Die ungarischen Pfeilkreuzler um Ferenc Szálasi haben, wie andere faschistische Bewegungen Südost- und Ostmitteleuropas, bislang wenig Beachtung gefunden: Sprachprobleme, weltweit verstreute Akten und kaum zugängliche Archive erschwerten eine fundierte Auseinandersetzung.
Margit Szöllösi-Janze analysiert die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen für die Entstehung der Pfeilkreuzler (1920 – 1935), um darauf aufbauend den Aufstieg und Niedergang der Massenbewegung (1935 – 1944) sowie die kurze Zeit ihrer Herrschaft (Oktober 1944 – März 1945) darzustellen.

MARGIT SZÖLLÖSI-JANZE ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Neuere Geschichte der Universität München. Für diese Arbeit erhielt sie den Preis der Südosteuropa-Gesellschaft 1987.

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 35

R. Oldenbourg Verlag München 1989

Margit Szöllösi-Janze

Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn

Historischer Kontext, Entwicklung und Herrschaft

R. Oldenbourg Verlag München 1989

Die Arbeit erhielt 1987 den Preis der Südosteuropa-Gesellschaft

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Szöllösi-Janze, Margit:
Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn: histor. Kontext,
Entwicklung u. Herrschaft / Margit Szöllösi-Janze. – München: Oldenbourg, 1989
(Studien zur Zeitgeschichte; Bd. 35)
Zugl.: München, Univ., Diss., 1985/86
ISBN 3-486-54711-9
NE: GT

© 1989 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-54711-9

Inhalt

Vorwort 7

Einleitung 9
I. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in Horthy-Ungarn 27
1. Sozioökonomische Grundstrukturen 28
Landwirtschaft S. 28 – Gewerbliche Wirtschaft S. 36 – Öffentlicher Dienst und freie Berufe S. 40
2. Úri társadalom – die „Herrengesellschaft" 41
Aristokratie und Unternehmerschaft S. 43 – Gentry, Bürokratie, Mittelklasse S. 45 – Beamte und Akademiker in der Horthy-Zeit S. 51 – Die Sonderstellung der Juden und der Antisemitismus S. 57 – Zur politischen Elite der Horthy-Ära S. 64
3. Das politische System und die Ära Bethlen 69
Verfassung und politische Entscheidungsträger S. 71 – Das politische System und seine Gegner S. 80 – Das politische System und seine Defizite S. 87
4. Die dreißiger Jahre: Vormarsch der radikalen Rechten 90
Die Regierung Gömbös und die „neue Rechte" S. 90 – Machtverschiebungen zwischen konservativer und neuer Rechter S. 96

II. Die Pfeilkreuzlerbewegung 1935 bis 1944 101
1. „Faschismus von unten": die Entstehung der Pfeilkreuzlerbewegung . . 101
Die Anfänge: die Partei des Willens der Nation S. 102 – Die Ungarische Nationalsozialistische Partei S. 112 – Das „Jahr der Bewegung" 1938 S. 116
2. Die soziale Basis der Pfeilkreuzpartei 126
Die quantitative und regionale Mitgliederentwicklung 1935 bis 1945 S. 126 – Das Sozialprofil der NYKP-Ortsgruppenleiter ländlicher Gemeinden 1940 S. 133 – Das Sozialprofil der mittleren NYKP-Führungsebene S. 144 – Die Wählerschaft der Pfeilkreuzler und die Parlamentswahlen 1939 S. 147
3. „Der Arbeiter ist der Erbauer der Nation" 165
Industriearbeiterschaft und Pfeilkreuzler S. 165 – Der Bergarbeiterstreik 1940 S. 173 – Die Pfeilkreuzler als Integrations- und Protestbewegung S. 183
4. Das Sozialprofil der Pfeilkreuzlerführung: Abgeordnete 1939/40 187
5. Pfeilkreuzler und Armee 194
6. Innere Gegensätze in der Pfeilkreuzpartei 1938/39 201
7. Pfeilkreuzlerbewegung und Drittes Reich bis 1939 208
8. Die hungaristische Weltanschauung 220
Geschichtsablauf, Liberalismus- und Marxismuskritik S. 227 – Das Christentum als moralische Grundlage S. 231 – Wirtschaft und Gesellschaft: die „Sozialnationale" S. 232 – Das Hungaristische Reich und die Europagemeinschaft S. 239 – „Einheit in Vielfalt" S. 248

9. Isolation und Niedergang 1940 bis 1943/44 250
Isolation und Aufschwung der Pfeilkreuzpartei 1940 S. 250 – Die Fusion von NYKP und Ungarischen Nationalsozialisten 1940 S. 258 – Auseinandersetzungen mit Ungarischen Nationalsozialisten und Volksbund S. 262 – Die Partei der Ungarischen Erneuerung und das Zerbrechen der NS-Einheit 1941 S. 267 – Der Niedergang der Pfeilkreuzpartei 1941 bis 1943/44 S. 274

III. Die Herrschaft der Pfeilkreuzler 1944/45 283
1. Vom „Unternehmen Margarethe" zum „Unternehmen Panzerfaust" . . . 283
Die deutsche Besetzung Ungarns und die Pfeilkreuzpartei S. 283 – Der Kriegsaustritt Rumäniens und seine Folgen S. 299 – Die Pfeilkreuzler vor der Machtergreifung S. 303
2. Machtergreifung und Machtlegalisierung 311
Hungaristische Verfassungspläne vor 1944 S. 311 – Machtübernahme und Regierungsbildung S. 314 – Legalisierung und Stabilisierung der Machtergreifung S. 323
3. NYKP, Parteien und Parlament 333
Die Sonderstellung der Pfeilkreuzpartei S. 335 – Die NYKP zwischen Elite- und Massenpartei S. 338 – Das Parlament unter der Herrschaft der Pfeilkreuzler S. 342 – Das Scheitern des Einparteiensystems und der Nationalbund S. 348
4. Instrumente der Machtausübung 356
Die Regierungskommissare S. 358 – Die Parteibeauftragten S. 366 – Der „Arbeitsstab des Führers der Nation" S. 375 – Polizeiwesen, Partei- und Nationaldienst S. 385 – Herrschaft zwischen Tradition, Systemveränderung und Zusammenbruch S. 394
5. Wirtschaft, Arbeiter und Berufsstände 401
Ansätze einer hungaristischen Wirtschafts- und Sozialpolitik S. 401 – Die „Berufsständeordnung der Werktätigen Nation" S. 409
6. Szálasi-Regime und Drittes Reich 413
Bemühungen um die Anerkennung der ungarischen Souveränität S. 413 – Die Judenpolitik des Szálasi-Regimes S. 426

Schlußbemerkung 433

Anhang 437
Zeittafel S. 437 – Szálasis Parteigründungen S. 440 – Karte: Verwaltungseinteilung Ungarns 1939 S. 441 – Szálasis Kabinettsentwürfe 1944 S. 442 – Abkürzungen S. 443

Quellen und Literatur 445
Namenregister 488
Sachregister 493

Vorwort

Dieser Arbeit liegt eine Dissertation zugrunde, die im Wintersemester 1985/86 von der Philosophischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München angenommen und für den Druck überarbeitet wurde.

Mein besonderer Dank gilt meinem Lehrer Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, der nicht nur die Arbeit mit großer Aufgeschlossenheit und vielfacher Unterstützung betreute und förderte, sondern auch durch anregende Gespräche meine Freude an der Geschichtswissenschaft immer wieder bestärkte.

Danken möchte ich weiter vor allem Prof. Dr. Martin Broszat für seine konstruktiven Bemerkungen, seine Initiative und hilfreiche Unterstützung. Dank gebührt ferner Prof. Dr. Miklós Lackó, Dr. Péter Sipos und Dr. Éva Standeisky für ihre Hilfestellung bei meinem Studienaufenthalt in Budapest.

Zahlreiche Archive und Bibliotheken haben durch ihre Gastfreundschaft entscheidend zum Gelingen der Studie beigetragen. Für ihr Entgegenkommen bedanke ich mich bei den Damen und Herren des Bundesarchivs in Koblenz, des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn, des Haus-, Hof- und Staatsarchivs und Allgemeinen Verwaltungsarchivs in Wien, des Public Record Office in London, der Bodleian Library in Oxford, des Parteihistorischen Instituts und der Abteilung für gesperrtes Schriftgut der Széchenyi-Landesbibliothek in Budapest. Hervorheben möchte ich die Unterstützung des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte sowie des Südost-Instituts in München. Zu besonderem Dank verpflichtet fühle ich mich Dr. Ernö v. Gömbös und seiner Frau für ihre vorbehaltlose Hilfe.

Dank schulde ich nicht zuletzt den finanziellen Förderern dieser Studie, nämlich dem Freistaat Bayern für ein Doktorandenstipendium zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Deutschen Forschungsgemeinschaft für eine Sachbeihilfestelle sowie dem Internationalen Kulturinstitut in Budapest für ein Stipendium zur Finanzierung meines Forschungsaufenthalts in Ungarn.

München, im Dezember 1987 Margit Szöllösi-Janze

Einleitung

Zu Nationalsozialismus, Faschismus, Totalitarismus und den damit zusammenhängenden Problemen sind inzwischen international so viele Abhandlungen, Aufsätze und Bücher erschienen, daß selbst der Fachmann Schwierigkeiten hat, sich den Überblick über den Stand der Diskussion zu bewahren. Die Quantität der Studien bedeutet natürlich nicht, daß zu diesem Themenbereich das letzte wissenschaftliche Wort schon gesprochen ist, im Gegenteil: Manche Fragestellungen wurden, vielleicht nicht zuletzt wegen des wachsenden zeitlichen Abstands zur „Epoche des Faschismus" (Nolte) und der damit verbundenen Entpolitisierung des Untersuchungsgegenstandes, überhaupt erst in den letzten Jahren aufgeworfen.

In jüngster Zeit mehren sich kritische Stimmen, die darauf verweisen, „daß die Schlacht der Theorien ohne detaillierte Kenntnisse der Tatsachen abläuft"[1]. Tatsächlich ist gerade die Theoriediskussion in Deutschland durch eine „beträchtliche außerdeutsche Ignoranz"[2] gekennzeichnet, d.h. man debattierte über den Faschismus unabhängig von Raum und Zeit, bezog sich aber stillschweigend ausschließlich auf den deutschen Nationalsozialismus. Der Schluß vom Einzelfall auf das Allgemeine ist jedoch nicht nur ein logischer Fehl-, sondern auch ein wissenschaftlicher und politischer Trugschluß.

Es war der Nestor der Faschismusforschung in der Bundesrepublik, Ernst Nolte, der schon Anfang der sechziger Jahre in seinen Untersuchungen den Blick über die deutschen Grenzen hinauslenkte und die Notwendigkeit eines vergleichenden Vorgehens betonte. Vor diesem Hintergrund wurde der Ruf nach einer systematischen, sich nicht auf das Aneinanderreihen nationalgeschichtlicher Einzelforschungen beschränkenden komparatistischen Faschismusforschung immer lauter; die Synchronisierung der Fragestellungen und Gegenstandsbereiche solle mit dem Ziel erfolgen, „strukturelle Übereinstimmung" und „partielle Singularität" der einzelnen Faschismen zu erfassen und zu formulieren. Ohne sofort eine ausgefeilte Theorie anbieten zu wollen, sei der heuristische Wert des Faschismusbegriffs beizubehalten und zu nutzen[3].

Einige interessante Beispiele systematisch vergleichender Faschismusforschung sind bereits erschienen[4]. Besonders wenig Beachtung fanden bisher aber der südost- und ostmitteleuropäische Raum, obwohl gerade die „Eiserne Garde" in Rumänien und die „Pfeilkreuzlerbewegung" in Ungarn quantitativ (bezogen auf das Verhältnis zwischen Zahl der Parteimitglieder und der Gesamtbevölkerung) zu den bedeutendsten faschistischen Massenbewegungen zählten[5]. Das Sprachproblem wie auch besonders die dem westlichen Forscher verschlossenen Archive der sozialistischen Staaten mögen die wesentlichen Ursachen dieses Mankos darstellen.

[1] Ormos, in: Jelenkor 27 (1984), S. 588.
[2] Schieder, in: Totalitarismus und Faschismus, 1980, S. 46.
[3] Ders., in: Schieder, 1983, S. 7, 11, 14.
[4] Vgl. z. B. Ormos/Incze, 1976; Larsen/Hagtvet/Myklebust, 1980; Mann, 1980; Schieder, 1983.
[5] Den Nachweis im einzelnen führt Heinen, 1986, der die Forschungslücke für Rumänien schließt.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit den ost- und südosteuropäischen Randstaaten unter dem Aspekt der Entstehung faschistischer Massenbewegungen hat jedoch noch von anderer Seite Auftrieb erfahren. Eine steigende Zahl historischer Arbeiten untersuchte seit Mitte der sechziger Jahre, ausgehend zunächst von wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen, die unterschiedlichen Wege der europäischen Staaten in die (ökonomische, soziale, politische, kulturelle) „Moderne"[6]. Als erklärungsbedürftig erwies sich auf dem Hintergrund der in jenen Jahren vieldiskutierten kommunistischen „Agententheorie" die Tatsache, daß in den USA, dem Land mit dem am weitesten entwickelten „Finanzkapital" im marxistisch-leninistischen Sinne, trotz härtester Betroffenheit durch die Weltwirtschaftskrise nicht einmal Ansätze einer faschistischen Massenbewegung entstanden, wohl aber in Ländern wie Ungarn und Rumänien, die auch in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts noch starke agrarisch-vorindustrielle Strukturen aufwiesen. Weiter stellte sich die Frage, warum dann ausgerechnet in Deutschland und Italien diese Bewegungen aus eigener Kraft, ohne Hilfe von außen, an die Macht gelangen konnten, nicht jedoch in Ostmittel- und Südosteuropa[7]. Ziel der Bemühungen, diese Fragen zu beantworten, war es, Korrelationen zwischen Weg in die Moderne bzw. sozioökonomisch-politischem Entwicklungsgrad und Faschismus festzustellen. Die Diskussion hatte sich jedoch alsbald in das Problem verstrickt, ob italienischer Faschismus und deutscher Nationalsozialismus eher als „agents of modernization" oder vielmehr als Versuche einer reaktionären „de-modernization" zu betrachten seien[8].

Schieders Einwand, an den Korrelationen zwischen Modernisierung und Faschismus interessierten zunächst weniger die Folgen als die Ursachen, ist zuzustimmen[9]. Es kann nun nicht darum gehen, wie Wippermann unterstellt, Faschismus nur in Beziehung zu setzen mit einem bestimmten Entwicklungsstadium des ökonomischen Modernisierungsprozesses; man stieße dann in der Tat sehr bald auf das Problem, in Kroatien, Ungarn, Rumänien sehr starke faschistische Bewegungen feststellen zu müssen, nicht jedoch in den wirtschaftlich vergleichbaren Staaten Polen, Bulgarien, Griechenland oder im Baltikum, wo sie nur sehr schwach waren oder ganz fehlten[10]. Aufgabe ist vielmehr, Modernisierung als einen äußerst vielschichtigen, widersprüchlichen Prozeß zu begreifen, der stets partiell, d.h. in allen gesellschaftlichen Teilbereichen (Wirtschaft, Kultur, politische Sphäre) abläuft und sich nicht zuletzt in der „Mentalität" einzelner sozialer Gruppen niederschlägt; weiter gilt es, geeignete Indikatoren zum quantitativen und qualitativen Nachweis von „Modernität" bzw. „Rückständigkeit" zu erarbeiten und dann den Befund in Beziehung zu setzen mit dem Ergebnis einer detaillierten empirischen Faschismusanalyse des untersuchten Landes, wobei die Unterscheidung zwischen einer faschistischen Bewegungs- und einer Regimephase eine Selbstverständlichkeit ist.

[6] Ein erster Vorstoß war die Studie von Gerschenkron, 1962, über wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive; ihm folgten vor allem Moore, 1966 (1969); Organski, 1967; Wallerstein, 1974; Wehler, 1975; Berend/Ránki, 1982.

[7] Vgl. hierzu auch Kocka, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 25 (1980), S. 3 ff.

[8] Turner, in: World Politics 24 (1971/72), S. 548.

[9] Schieder, in: Totalitarismus und Faschismus, 1980, S. 47.

[10] Wippermann, 1983, S. 202.

Die historische Forschung hat bisher erst einige Hypothesen zur Erklärung bzw. Korrelation der komplexen Zusammenhänge vorgestellt, die für die Entstehung faschistischer Bewegungen und ihren unterschiedlichen politischen Erfolg von einem Ursachenbündel ausgehen. Nur drei Ansätze seien erwähnt: Nach Almond sind es vier Grundprobleme, die sich allen Gesellschaften im krisenhaften Modernisierungsprozeß stellen, nämlich internationale Anpassung und Integration, wirtschaftliche Umverteilung, Ausweitung der politischen Partizipation durch Demokratisierung und Schaffung der nationalen Einheit. Unter den Übergangsgesellschaften nahmen Deutschland und Italien, in denen der Faschismus erfolgreich die Macht erobern konnte, insofern eine Sonderstellung ein, als sie als einzige mit allen vier Anpassungsproblemen gleichzeitig konfrontiert waren, d.h. „unter den Druck kumulativer Revolutionen" gerieten[11].

Schieder baut auf diesem Modell auf, wenn s.E. Faschismus als Regime in Ländern virulent wird, die die drei Etappen der Modernisierung – nationale Integration, politische Verfassungsbildung (Weg vom Obrigkeits- zum Verfassungsstaat) und Industrialisierung – gleichzeitig durchlaufen. Länder, die im 20. Jahrhundert noch nicht bzw. erst seit kurzem in den Industrialisierungs- und Verfassungsbildungsprozeß eingetreten waren, wichen im Krisenfall auf traditionelle Formen autoritärer Herrschaft, z.B. eine Militärdiktatur, aus[12].

Jowitt widmet sich dem Problem einer differenzierteren Erfassung und Analyse transitionaler Gesellschaften. Es gebe in ihnen drei Möglichkeiten konkreter Ausgestaltung, nämlich 1. „compartmentalization", d.h. in ständisch-vorindustriellen Gesellschaften existieren moderne Enklaven, die die materiellen und ideellen Interessen der Standeseliten und -institutionen nicht gefährden; 2. „domination", d.h. der jeweils stärkere Gesellschaftstyp benutzt den schwächeren zu seiner eigenen Stärkung, sowie 3. die Möglichkeit des „displacement", in der die Gesellschaft auf sozialen Gruppen mit verschiedenen Organisationsformen, die dem ständisch-agrarischen oder kapitalistisch-modernen Typ entsprechen, beruht. Wenn diese Gruppen relativ gleich stark seien, werde der daraus entstehene Konflikt entweder durch Krieg und Imperialismus externalisiert oder intern durch Bürgerkrieg oder Faschismus gelöst[13]. Diese hochkomplizierten Probleme zu entscheiden ist nicht das Thema dieser Arbeit, doch ist die weiterführende Perspektive aufzuweisen, auf deren Hintergrund sich die wissenschaftliche, aber auch politische Relevanz einer Beschäftigung mit der Pfeilkreuzlerbewegung im Ungarn der Horthy-Ära darstellt.

Die westdeutsche Geschichtsforschung beschäftigt sich, wenn sie von Ungarn in der Zwischenkriegs- und Weltkriegszeit überhaupt Notiz nimmt, zumeist mit der Untersuchung der Wirtschafts- und Außenpolitik des Dritten Reichs im südosteuropäischen Raum[14]. Neben dem Sprachproblem mag ein Grund auch darin liegen, daß die-

[11] Almond, in: Zapf, 1969, S.214, 216.

[12] Schieder, in: Totalitarismus und Faschismus, 1980, S.47f.; vgl. auch Lepsius, in: Ritter, 1973, S.58ff.

[13] Jowitt, in: ders., 1978, S.13.

[14] Vgl. z.B. Broszat, in: HZ 206 (1968), S.45ff.; Hillgruber, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 9 (1959), S.651ff.; 10 (1960), S.78ff.; Wehler, in: VfZ 11 (1963), S.72ff.; Volkmann, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg 1, 1979, S.175ff.; Hoensch, 1967; Wendt, in: Festschrift Fritz Fischer, 1973, S.483ff.; ders., in: Hirschfeld/Kettenacker, 1981, S.414ff.

ses Gebiet durch die Editionen zur Außenpolitik des Deutschen Reichs quellenmäßig am weitesten erschlossen ist. Nur wenige deutsche Historiker befassen sich dagegen mit den innerungarischen Vorgängen der Horthy-Zeit[15]. Die quantitativ kaum ins Gewicht fallenden Arbeiten über die Pfeilkreuzlerbewegung stützen sich nicht auf eigene Forschungen, sondern referieren Ergebnisse angelsächsischer oder ungarischer Autoren[16]. Die angelsächsische Geschichtsforschung hat demgegenüber offenbar weniger Berührungsängste, wenngleich sich ein hoher Prozentsatz emigrierter Ungarn oder deren Nachkommen unter den Historikern befinden, die sich mit den internen Verhältnissen der Horthy-Zeit beschäftigen. Erwähnenswert sind beispielsweise eine reiche Literatur zur Geschichte des ungarischen Judentums[17] sowie eine bereits Mitte der sechziger Jahre einsetzende große Zahl von Sammelbänden zum internationalen Faschismus, deren Beiträge der Einführung sowohl in die Geschichte des Horthy-Regimes und der ungarischen extremen Rechten als auch in die vergleichend orientierte Faschismusforschung dienen[18].

Ein Klassiker, und für jeden an der Geschichte Horthy-Ungarns Interessierten unverzichtbar, ist immer noch das 1957 erschienene zweibändige Werk des britischen Historikers Macartney, „October Fifteenth". Macartney stützte seine Aussagen zur Innenpolitik in Ermangelung von Archivmaterial zu wesentlichen Teilen auf zeitgenössische Presseberichte, Memoiren oder ihm persönlich mitgeteilte Berichte ehemaliger ungarischer Politiker und Diplomaten[19]. Auf diese Weise stellt das Buch eine schier unerschöpfliche Fundgrube interessanter Fakten und Entwicklungen dar, über die man aufgrund der sehr schlechten Quellenlage für diesen Zeitraum sonst keine Kenntnis hätte; „der Macartney" dient allen westlichen Historikern[20], aber auch – offen oder unausgesprochen – der ungarischen Forschung[21] als wesentliche Grundlage. Das Buch hat jedoch den nicht zu verschweigenden Nachteil, daß – abgesehen von der übergroßen Detailfülle, die die Benutzbarkeit des Werks erschwert – Macartney nur sehr selten Quellenkritik übt, obwohl seine meist konservativen Informanten die Dinge sehr eindeutig aus ihrer subjektiven Sicht wiedergeben; zudem verzichtete der Verfasser allzu häufig auf die erforderlichen Quellennachweise[22].

[15] Vgl. Broszats Gutachten zur Judendiskriminierung und -vernichtung in Ungarn, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, 1958, S. 183 ff.; ders., in: VfZ 14 (1966), S. 225 ff., über Faschismus und Kollaboration in Ostmitteleuropa; Krusenstjern, 1981, über die Kleinlandwirtepartei 1909–1922/29; Lehmann, 1975, über den Reichsverweser-Stellvertreter. Vgl. auch die deutschsprachigen Publikationen emigrierter Ungarn, z. B. Borbándi, 1976; Révész, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 47 ff. sowie die militärhistorischen Arbeiten von Gosztony.

[16] Nolte, 1979 (b), S. 204 ff.; Thamer/Wippermann, 1977, S. 84 ff.; Wippermann, 1983, S. 91 ff.

[17] Vgl. hierzu besonders die zahlreichen Publikationen von Braham sowie von Klein, McCagg und Vago.

[18] Vgl. als Beispiele Rogger/Weber, 1966; Laqueur/Mosse, 1966; Sugar/Lederer, 1971; Sugar, 1971; Woolf, 1970; Sinanian/Deák/Ludz, 1974; Laqueur, 1976; Mosse, 1979.

[19] Zu den verwendeten Quellen vgl. Macartney I, S. IX ff.

[20] So z. B. der von der „Hoover Institution on War, Revolution and Peace" geförderten Studie von Nagy-Talavera, 1970, der den Vergleich faschistischer Bewegungen in Ungarn und Rumänien in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellte.

[21] So z. B. Rozsnyói, 1962, über den „Szálasi-Putsch"; die Erkenntnisse stammen von Macartney, der jedoch nicht zitiert wird.

[22] Vgl. dazu auch die Rezension von Incze und Ránki aus marxistisch-leninistischer Sicht, in: AH 5 (1958), S. 419 ff.

Andrew C. Janos' 1982 erschienene Untersuchung der „Politics of Backwardness" in Ungarn 1825–1945 ist nicht nur deshalb beachtenswert, weil es sich dabei um eine der in der Gegenwart seltenen Langzeitstudien über 120 Jahre handelt. Sie besticht vielmehr durch den Versuch, die Methoden und Erkenntnisse über sozioökonomische und politische Modernisierung, wie sie Wallerstein erarbeitet hat, am Beispiel der historischen Entwicklung Ungarns umzusetzen und zu überprüfen. Der Verfasser entwirft ein überzeugendes sozialhistorisches Konzept, dem sich nach breiter Analyse des 19. Jahrhunderts sowohl die Räterepublik Béla Kuns wie auch die Pfeilkreuzlerbewegung einordnen lassen.

Eine ebenfalls vor dem Hintergrund der Modernisierungstheorien argumentierende, strukturfunktionalistisch vorgehende Untersuchung ist William M. Batkays 1982 erschienene Monographie „Authoritarian Politics in a Transitional State" über die Regierungspartei Bethlens 1919–1926. Batkay beschäftigte sich als erster Wissenschaftler mit dem eigentümlichen Gebilde der die politische Szene Horthy-Ungarns dominierenden Regierungspartei, um auf diesem Wege zu den Besonderheiten des politischen Systems und seinen immanenten Schwächen vorzudringen. Obwohl die Studie mit dem Jahr 1926 abbricht, liegen die die Entwicklung der dreißiger Jahre bestimmenden Strukturen bereits klar zutage.

Vor der Darstellung des Forschungsstandes in der ungarischen marxistischen Historiographie erscheint es sinnvoll, zunächst mit Fischer und Seewann auf ihre bisher drei Entwicklungsphasen aufmerksam zu machen[23]. Während der Zeitabschnitt 1945–1948/49 als Übergangsphase (Aufbruch der marxistischen und Endzeit der bürgerlichen Geschichtsschreibung) interpretiert werden kann, die sich nicht zuletzt in der Schließung bzw. Neugründung und Reorganisation entsprechender Forschungsinstitutionen niederschlug, ist die erste Phase der marxistischen Historiographie (1949–1956) gekennzeichnet durch ihre Instrumentalisierung im politischen und propagandistischen Kampf. Diese Periode war nach heutiger ungarischer Auffassung bestimmt von starrem Dogmatismus in der Theorie und irrealen, vom „bürokratischen Zentralismus" durchgepreßten Zielsetzungen in der Praxis. Erste Kritik am Personenkult äußerte das ZK bereits im Juni 1953, die von der Geschichtswissenschaft vorsichtig nachvollzogen wurde, doch leitete erst der Schock von 1956 die Anfänge einer Neuorientierung ein, die dann in einer zweiten Phase bis 1969 dauern sollte.

Diese zweite Phase stand sowohl im ideologischen Zweifrontenkrieg gegen Dogmatismus und Revisionismus als auch unter dem Eindruck der sogenannten „Molnár-Debatte" und der mit ihr verbundenen Konfrontationen: In einem „gewitterartigen Akt der Selbstreinigung" (Seewann) begann die Verwissenschaftlichung der marxistischen ungarischen Geschichtsforschung und ihre Restitution auf veränderter Grundlage. Diese Periode stand weniger im Zeichen großer Werke als der großen Diskussionen, in denen die Konturen der dritten Phase (ab 1970) vorgezeichnet wurden. Erst in den siebziger Jahren fand die marxistische Geschichtswissenschaft in Ungarn insofern zu sich selbst, als sie endlich von dem Zwang befreit war, ununterbrochen ihre eigene

[23] Fischer, 1982, S. 69ff.; Seewann, in: Südost-Forschungen 41 (1982), S. 289ff. Seewann unterscheidet drei, Fischer dagegen fünf Phasen, doch werden die Zäsuren im wesentlichen gleich gesetzt. Die scheinbare Differenz ergibt sich daraus, daß Fischer die Übergangsjahre 1945–1948 als erste Phase markiert sowie den Zeitraum 1949–1956 in zwei Einzelphasen (1949–1953; 1954–1956) unterteilt.

bürgerliche bzw. dogmatische Vergangenheit reflektieren zu müssen. Parallel zur Einleitung der ökonomischen Reformpolitik 1968 verabschiedete das ZK im Juni 1969 neue wissenschaftspolitische Richtlinien, die der historischen Forschung eine neue Grundlage gaben. Vorgegebenes „Planziel" war die Erarbeitung einer Geschichte Ungarns in zehn Bänden, von denen als erster der sehr beachtliche Band 8 über die Periode 1918/19–1945 im Jahr 1976 erschien[24]. Als Kennzeichen dieser dritten Phase gelten eine neue, empirisch orientierte Konzeption der Detailforschung, die Rezeption neuer (auch westlicher) Ansätze, eine zunehmend komparatistische Ausrichtung und die gleichmäßige Förderung aller historischen Teildisziplinen.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Horthy-Regime war in der ersten Entwicklungsphase der ungarischen marxistischen Historiographie mit der Feststellung seines faschistischen Charakters erledigt. Nicht zuletzt aufgrund der forcierten Quellenveröffentlichungen zur Horthy-Ära ab 1960 entstand jedoch in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine intensive, in den siebziger Jahren anhaltende Diskussion über den Charakter des Horthy-Systems sowie über den Faschismus im allgemeinen, die verschiedenen Meinungen und Ansätzen durchaus Raum ließ[25]. Von einem dogmatischen Festklammern an der Dimitroff-Formel kann also keine Rede mehr sein, so daß sich Ormos/Incze 1980 darüber beschweren, die marxistische Faschismusforschung werde in westlichen Untersuchungen „meistens durch so eindeutige, abgeschliffene und einseitige marxistische Thesen charakterisiert", wie es in dieser Ausschließlichkeit nur zu Anfang der fünfziger Jahre der Fall gewesen sei[26].

Dem ist andererseits entgegenzuhalten, daß die verschiedensten marxistischen Ansätze der Faschismusforschung bisher oft weniger von der Notwendigkeit wissenschaftlicher Begriffsklärung oder -bildung inspiriert waren, sondern eher den aktuellen Stand innermarxistischer ideologischer und machtpolitischer Richtungskämpfe reflektierten[27]. So preßt beispielsweise der DDR-Historiker Door noch in seiner 1981 (!) erschienenen „Neuesten Geschichte Ungarns" das Horthy-Regime entgegen allen weiterführenden Ergebnissen gerade der ungarischen Forschung in den schiefen Rahmen der Agententheorie, liegt doch der Schwerpunkt der von ihm zitierten Sekundärliteratur in den fünfziger Jahren. Demnach strebten Horthy und Bethlen als Vertreter der „reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals und des Großgrundbesitzes" „von Anfang an eine faschistische Diktatur" an; der Faschisierungsprozeß sei 1921/22 durch die Konsolidierung der Horthy-Herrschaft gebremst, dann jedoch 1925 und besonders mit Gömbös 1932 „noch ausschließlicher, totalitärer" ausgebaut worden. In Anbetracht der nicht zu leugnenden Tatsache, daß das „Finanzkapital" in Ungarn nur schwach entwickelt war, muß Door den Kunstgriff einer „mehr oder weniger politisch relevanten Bindung des inneren Großkapitals an das Auslandskapital" anwenden, um damit zu belegen, daß der ungarische Faschismus seine sozioökonomischen Wurzeln nicht allein im nationalen, sondern auch im internationalen Finanzkapital hatte[28]. Das

[24] Seewann macht darauf aufmerksam, daß die Fertigstellung der zehn Bände auch das Ende dieser dritten Phase markieren könnte, da für die freiwerdenden Kapazitäten neue Schwerpunkte gesucht werden müßten.

[25] Dazu ausführlich Fischer, 1982, S. 49 ff., 75 f.

[26] Ormos/Incze, 1980, S. 5 f.

[27] Vgl. dazu Schieder, in: ders., 1983, S. 13.

[28] Door, 1981, S. 64 f.

Szálasi-Regime läßt sich damit qualitativ nicht von der Horthy-Ära unterscheiden: Eine „Garnitur von Vertretern der herrschenden Klassen" sicherte die „Kontinuität in der Herrschaft der reaktionärsten Kreise des ungarischen Finanzkapitals und der Magnaten"[29]. So viel zu Door.

Wieviel differenzierter, empirischer, breiter gefächert ist dagegen der Stand der sich ja ebenfalls auf den Historischen Materialismus berufenden ungarischen Forschung zu Horthy-Zeit und Faschismus. Gegenüber früheren Meinungen, die bereits im Wechsel von Bethlen zu Gömbös einen Übergang vom verdeckten zum offenen faschistischen Terror zu bemerken glaubten[30], warnten zu Beginn der siebziger Jahre kritische Stimmen davor, nicht zur Kenntnis zu nehmen, daß faschistische Diktaturen als „Massenbewegung mit sehr breiter Basis zustande und an die Macht" kamen[31]. Der insbesondere durch seine wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen auch im westlichen Ausland bekannt gewordene Historiker György Ránki vertrat dezidiert die Ansicht, es sei eine gefährliche Simplifizierung, den Faschismus ohne weiteres auf eine rückschrittliche Massenbewegung oder die reaktionäre Manifestation des Großkapitals zu reduzieren[32].

Diese prinzipielle Offenheit für neue Ansätze, Fragestellungen und Themenbereiche bedeutet nun keineswegs, daß beispielsweise die Pfeilkreuzlerbewegung in ihrem historischen Umfeld bereits ausreichend erforscht worden wäre. Während das hohe Niveau und die Geschlossenheit der Erforschung der Wirtschaftsgeschichte und der Außenpolitik[33] des Zeitraums unbestritten ist, macht sich trotz der Vielzahl der erschienenen Monographien und Aufsätze in der Darstellung der inneren Entwicklung ein gewisser Rückstand bemerkbar, der nach Kis/Erdödy „mit der Inkonsequenz bei der Beurteilung des Charakters der Horthy-Ära, also des ungarischen Faschismus, sowie allgemein mit den Problemen bei der Definition des Faschismus erklärt werden muß". Kis/Erdödy sprechen ganz konkret die Probleme an, die sich bei der Anwendung der Dimitroff-Formel auf die ungarischen Verhältnisse stellen, nämlich 1. die Tatsache, daß sich das Finanzkapital in Ungarn überwiegend in jüdischem Besitz befunden habe, was eine Benutzung wild antisemitischer „Agenten" ausschließe, sowie 2. das Diktum der offenen terroristischen Diktatur, die erst ab März 1944, von außen durch die deutsche Besetzung des Landes importiert, zu beobachten sei[34].

Drei für die vorliegende Arbeit zentrale Monographien wurden bereits Mitte der sechziger bzw. Anfang der siebziger Jahre verfaßt. Den politischen Aufstieg von Szálasis Pfeilkreuzlern und ihren sozialen Hintergrund zeichnet Lackós 1966 erschienene Studie nach, die 1969 unter dem Titel „Arrow-Cross Men, National Socialists

[29] Ebenda, S. 125. Immerhin rang sich Door, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 15/2 (1971), S. 53, Anm. 15, zu der paradoxen Erkenntnis durch, eine der „Besonderheiten" des ungarischen Faschismus sei eine rechte Opposition als „politische Reserve des ungarischen und des deutschen Faschismus".

[30] Szabolcs, 1965, S. 140.

[31] Vajda, in: Magyar Filozófiai Szemle 14 (1970), S. 525.

[32] Ránki, in: Sugar, 1971, S. 72.

[33] Vgl. dazu in der Bibliographie die Arbeiten von Ránki und Berend/Ránki sowie von Ádám, Juhász, Kerekes und anderen.

[34] Kis/Erdödy, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1980/81: Faschismus in Österreich und international, S. 139 f.

1935–1944" in einer gekürzten englischen Übersetzung publiziert wurde[35]. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf den Jahren bis 1940/41, während die Zeit bis 1944 wohl auch in Ermangelung von Quellen nur kursorisch behandelt wird. Lackó stützt seine Aussagen im wesentlichen auf zwei von ihm erstmals benutzte Quellenbestände: zum einen auf die im Archiv des Parteihistorischen Instituts aufbewahrten politischen Berichte der Gendarmerie über die Aktivitäten der extremen Rechten sowie zum anderen auf die „Geschichte der ungarischen nationalsozialistischen Bewegungen" von József Sombor-Schweinitzer, bis März 1944 Leiter der politischen Polizei in Budapest, die er 1943 im Auftrag der Regierung aus dem Aktenmaterial der politischen Polizei zusammenstellte. Ziel der sehr detaillierten, fundierten Schrift war wahrscheinlich, den Westalliierten, mit denen die Regierung Kállay heimlich Kontakt aufgenommen hatte, die antinazistische Haltung der ungarischen Führung zu dokumentieren[36].

Während sich Lackó mit Szálasis Massenbewegung befaßt, behandelt Péter Sipos in seiner 1970 veröffentlichten Monographie über Béla Imrédy und die Partei der Ungarischen Erneuerung[37] politische Laufbahn, Ziele und Methoden eines Politikers, der in der Literatur oft etwas salopp als „Gentleman-" oder „Salonfaschist" bezeichnet wird. 1938/39 Ministerpräsident, war Imrédy bis 1940 Mitglied der Regierungspartei, bis er mit einer eigenen Parteigründung die Zahl der Oppositionsparteien rechts von der Regierung vergrößerte. Interessant ist der Fall Imrédys und seiner Partei in der Gegenüberstellung mit Szálasis Pfeilkreuzlern.

Nur eine einzige, 1974 erschienene Studie von Éva Teleki hat die Untersuchung der Szálasi-Herrschaft in den letzten Kriegsmonaten (ab 16.10.1944) zum Thema[38]. Leider ist die Monographie, die das in diesem Fall tatsächlich sehr schwierige Problem der Verbindung chronologischer und systematischer Darstellung nicht überzeugend gelöst hat, nicht nur stellenweise undeutlich, miß- oder gar unverständlich, sondern sie ist auch in weiten Passagen schlichtweg falsch. Die ungute Eigenschaft der Autorin, als Quellenangabe nur ein Archivaktenzeichen anzuführen, über Art, Datum, Entstehungsort, Überlieferung usw. des zitierten Dokuments jedoch nichts zu verraten, macht die wissenschaftliche Benutzung der Darstellung schwer. Das Gegenlesen der Studie mit den inzwischen verfügbaren Quellen erwies ihre hohe Unzuverlässigkeit.

Die vorliegende Arbeit versteht sich insofern als Beitrag zur internationalen Faschismusdiskussion, als sie den Fall Horthy-Ungarns und der Pfeilkreuzlerbewegung der empirisch orientierten, vergleichend vorgehenden historischen und politikwissenschaftlichen Forschung zugänglich machen möchte. Ein systematischer Vergleich mit den faschistischen Bewegungen oder Regimen anderer Länder findet also nicht statt; andererseits entstammen die leitenden Fragestellungen der Arbeit der unvermindert

[35] Lackó, 1966, 1969. Zitiert wird die längere ungarische Fassung, in Klammern jedoch gegebenenfalls auf die englische Übersetzung verwiesen. Veröffentlichte Vorarbeiten, die jedoch noch eher der orthodox-marxistischen Faschismusdeutung verhaftet sind, vgl. ders., in: TSz 5 (1962), S. 449 ff.; ders., in: Sz 97 (1963), S. 782 ff.

[36] Ders., 1966, S. 60, Anm. 38, S. 344.

[37] P. Sipos, 1970; Vorarbeiten zu dieser Monographie behandeln Bildung, Krise und Sturz der Regierung Imrédy; vgl. ders., in: Sz 100 (1966), S. 62 ff.; ders., in: TSz 9 (1966), S. 42 ff.

[38] Teleki, 1974. Einen ihrer inhaltlichen Schwerpunkte, die innere Struktur der Pfeilkreuzlerherrschaft, bringt Teleki weitaus prägnanter und klarer in einem Beitrag für ein Universitätslehrbuch auf den Nenner; vgl. dies., in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 388 ff.

anhaltenden Faschismusdebatte und sind darauf ausgerichtet, der komparatistischen Forschung zugeführt zu werden oder diese noch anzuregen.

Die stellenweise chronologisch, meist jedoch systematisch vorgehende Arbeit gliedert sich inhaltlich in drei Hauptteile. Der erste beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen als dem historischen Kontext für die Entstehung der Pfeilkreuzler; das übergreifende Thema des zweiten und dritten Teils ist ihre Bewegungs- bzw. Herrschaftsphase.

Daß *der* Faschismus nicht monokausal auf eine einzige Ursache zurückzuführen ist, ist eine Erkenntnis, die auch in der modernen ungarischen Geschichtswissenschaft zu der Konsequenz geführt hat, das Zusammenwirken eines Bündels, wenn nicht gar eines „Systems" kausaler Faktoren anzunehmen[39]. Um das Phänomen der Entstehung faschistischer Massenbewegungen adäquat erfassen zu können, ist eine sozioökonomische „Standortbestimmung" der untersuchten Gesellschaft nicht zu umgehen, wobei der Feststellung ihres Entwicklungsgrades im Industrialisierungs- und Modernisierungsprozeß besondere Bedeutung beigemessen wird. Freilich kann damit der Anspruch auf eine erschöpfende wirtschafts- und sozialgeschichtliche Darstellung Ungarns im Untersuchungszeitraum nicht befriedigt werden; Ziel ist nur, die Pfeilkreuzlerbewegung im historischen Umfeld Horthy-Ungarns zu verorten.

Die Untersuchung der sozialen Zusammensetzung der politischen Elite der Horthy-Ära leitet über zur Analyse des politischen Systems, seiner staatsrechtlich wie politisch wichtigen Grundfaktoren und seiner Defizite. Als Ausgangspunkt gewählt wurde dafür der Befund der Bethlenschen Konsolidierungsphase nach der Niederschlagung der Räterepublik, um dem in einem zweiten Schritt die Entwicklung der dreißiger Jahre zu kontrastieren. Mit einer Typologie der ungarischen Rechten und extremen Rechten soll der Versuch unternommen werden, qualitative, historisch relevante Unterschiede innerhalb des breiten rechtsradikalen Spektrums zu erarbeiten, die auf die Gegenüberstellung eines in der Tradition verwurzelten „Faschismus von oben" Gömbösscher Prägung und der eigentlichen faschistischen Massenbewegung Ungarns, der Pfeilkreuzler, hinauslaufen.

Die wechselvolle Geschichte des „Faschismus von unten" wird am Beispiel seiner politisch bedeutendsten Partei, den Hungaristen um Ferenc Szálasi, zunächst bis 1938/39 nachgezeichnet. Diesem chronologisch vorgehenden Abschnitt schließt sich die systematische Untersuchung der Sozialstruktur der Pfeilkreuzpartei bzw. -bewegung an, um die historisch wie politisch relevante Frage nach der sozialen Zusammensetzung ihrer Massenbasis unter Mitgliedern und Anhängern sowie ihrer Führungsgruppe zu beantworten. Nach einem Überblick über die zeitliche und regionale Mitgliederentwicklung der Partei liegt der inhaltliche Schwerpunkt auf dem Sozialprofil der Ortsgruppenleiter auf Gemeindeebene 1940, der Parteielite am Beispiel der NS-Abgeordneten 1939/40 sowie der Wählerschaft 1939, als die Bewegung auf dem Scheitelpunkt ihrer Entwicklung angekommen war. In eigenen Kapiteln soll dem nicht unbeträchtlichen Erfolg der Hungaristenbewegung in Arbeiterschaft und Armee nachgegangen werden, wobei die Ergebnisse in Anbetracht der schlechten Quellenlage und der mangelnden Vorarbeiten in vielem hypothetisch bleiben. Ähnlich steht es mit den Untersuchungsresultaten zur Klärung der Beziehungen zwischen Szálasi-

[39] Vgl. z. B. Ormos/Incze, 1980, S. 15.

Partei und den braunen Machthabern des Dritten Reichs, auf die jedoch wegen ihrer hohen Bedeutung in der zeitgenössischen und gegenwärtigen politischen wie historischen Auseinandersetzung nicht verzichtet werden sollte. Ein weiterer systematischer Abschnitt beschäftigt sich mit der Rekonstruktion der „hungaristischen" Ideologie und versucht, ihre aus der Situation des Vielvölkergemischs entstandenen Besonderheiten herauszuarbeiten. Dies ist um so legitimer, als im Gegensatz etwa zu Liberalismus und Marxismus die Reihe faschistischer Theoretiker mehr als begrenzt ist[40], so daß der Nachweis der ideologischen Bandbreite durchaus Interesse beanspruchen kann.

Die Geschichte der Pfeilkreuzlerbewegung ist gekennzeichnet durch einen ebenso boomhaften Aufstieg wie plötzlichen Niedergang. Unter Rückkehr auf die chronologische Ebene der Parteientwicklung zeichnet das folgende Kapitel die Stationen dieses Niedergangs ab 1940 nach, der sich in der Zersplitterung der Partei und einem Zustand der Lähmung und Stagnation des einst so regen Parteilebens manifestierte. Neben den politischen und ideologischen Ursachen interessieren auch die sozialen Hintergründe für die in der Bewegung auftretenden Gegensätze und Auseinandersetzungen.

Als Ein- und Überleitung zum Szálasi-Regime (ab 16. Oktober 1944) dienen die Ausführungen zur Zeit der deutschen Besetzung Ungarns ab März 1944 und zu den der Machtübernahme unmittelbar vorangehenden Wochen. Aus der dichtgedrängten Fülle der Ereignisse und Entwicklungen wird die Beobachtung der auf ihre Machtergreifung hinarbeitenden hungaristischen Parteiführung herausgegriffen. Ohne den unter SS-Regie stehenden Pfeilkreuzlerputsch im einzelnen auszuführen, wird in der Folge zunächst die rechtlich-politische Seite der Absetzung Horthys und der Machtergreifung bzw. -legalisierung umrissen. Aus Quellengründen konzentriert sich der Blick danach auf eine Analyse der Binnenstruktur der hungaristischen Herrschaft und der Instrumente ihrer Machtausübung. Es stellt sich die Frage, ob sich trotz des militärischen Zusammenbruchs und des aus Flüchtlingsströmen, Versorgungsproblemen, Evakuierungsmaßnahmen, politischem Systemwechsel usw. entstandenen Chaos nicht doch Elemente faschistischer Herrschaft rekonstruieren lassen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf den rechtlichen und politischen Einbau der privilegierten Pfeilkreuzpartei und ihrer Gliederungen und die dadurch bedingten Verschiebungen im Herrschaftsgefüge gerichtet. Die Dynamik und visionäre Kraft der Hungaristenbewegung erhellt aus der Tatsache, daß noch im Zusammenbruch versucht wurde, den Systemwechsel durchzuführen und Elemente des Zukunftsstaates in Ansätzen zu realisieren.

Obwohl die ungarische Innenpolitik im gesamten Untersuchungszeitraum maßgeblich von der internationalen Großwetterlage und den Entwicklungen der Außenpolitik geprägt war, werden die außenpolitischen Einflüsse und Determinanten nur am Rande in die Arbeit einbezogen. Ebensowenig darf man eine lückenlose Darstellung der Innenpolitik der Horthy-Ära erwarten. Ausgeblendet werden müssen historisch an sich so interessante Untersuchungsbereiche wie die Analyse der „linken" Oppositionsparteien (Liberale, Kleinlandwirte, Sozialdemokraten), der deutschen Volksgruppe in

[40] Michel, 1977, S. 5, bringt den bildhaften Vergleich, daß der Faschismus keine eigene „Bibel" habe; „Mein Kampf" könne höchstens als „Altes Testament" des Nazismus betrachtet werden.

Ungarn und ihres politischen Verhaltens, der Geschichte des ungarischen Judentums, der Kirchen, der Armee, des gesamten kulturellen Bereichs usw., obwohl sich daraus mit Sicherheit wichtige Aspekte auch für die Erforschung der Hungaristenbewegung ergäben. Dies würde nicht nur den Rahmen der Arbeit sprengen; der Mangel an wissenschaftlichen Vorarbeiten (z.B. zum Thema Kirchen) sowie das gänzliche Fehlen[41] oder die verwehrte Zugänglichkeit wichtiger Quellenbestände führen zu der Konsequenz, daß manche Fragestellungen nur angerissen werden können. Die Schwerpunktsetzung der Untersuchung erfolgte also nicht allein nur nach inhaltlich-wissenschaftlichen Kriterien, sondern mußte sich dem Diktat des verfügbaren Quellenmaterials beugen.

Die restriktive Politik der Archivöffnung und Quellenedition in den sozialistischen Staaten konfrontiert jeden westlichen Zeithistoriker mit dem Problem der Quellenbeschaffung. Die existierenden deutschen Aktenbestände besonders des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts in Bonn, jedoch auch des Bundesarchivs Koblenz und des Instituts für Zeitgeschichte, München, konnten hervorragend dafür verwendet werden, sich dem Thema gleichsam von „außen" zu nähern. Die gut informierten Berichte der deutschen Gesandtschaft in Budapest und der sich daraus ergebende Schriftwechsel mit dem Auswärtigen Amt liefern teilweise scharfsichtige Beobachtungen der innenpolitischen Lage in Ungarn und damit auch der Entstehung und Entwicklung der Pfeilkreuzlerbewegung, wenngleich die deutsche Interessengebundenheit bei der quellenkritischen Auswertung dieser Dokumente in Betracht gezogen werden muß. Dies gilt in verstärktem Maße für die Dokumente der SS bzw. des SD, die auch in Ungarn ihre eigenen machtpolitischen Wege gingen, über ein ausgebautes Netz geheimer Informanten verfügten und sich besonders rege um die Belange der deutschen Volksgruppe kümmerten.

Eine Möglichkeit der Ergänzung und des Gegenlesens der deutschen Archivmaterialien boten zunächst die diesbezüglich leider nicht sehr umfangreichen Bestände des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs und des Allgemeinen Verwaltungsarchivs bis 1938. Die österreichischen diplomatischen Kreise und Sicherheitsbehörden reagierten aus guten Gründen sensibel auf die wachsenden nationalsozialistischen (deutschen wie ungarischen) Umtriebe im südöstlichen Nachbarland, besonders in den westungarischen Gebieten. In verstärktem Maße gilt dies für die Bestände des Foreign Office im Public Record Office, London, mit seinen instruktiven Berichten der englischen Gesandtschaft in Budapest bis 1941 und den kenntnisreichen Analysen der FO-Mitarbeiter, insbesondere den Studien Macartneys; seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen bzw. der Kriegserklärung 1941 liegen dann nur noch Geheimdienstmeldun-

[41] Das völlige Fehlen von einschlägigen Dokumenten ist auf drei Ursachen zurückzuführen: erstens auf die häufigen Phasen der Illegalität und den geringen Organisationsgrad der Szálasi-Parteien, was beides der systematischen Anlage und Überlieferung von Akten nicht förderlich ist; zweitens auf Zerstörungen durch Kriegseinwirkungen (Verlust bei Umlagerungen, Verbrennen usw.); drittens auf planmäßige Zerstörungen von Aktenmaterial durch die sich zurückziehenden Hungaristen in den letzten Kriegsmonaten.

gen vor[42]. Die englischen Archivbestände werden ergänzt durch den Nachlaß Macartneys in der Bodleian Library, Oxford, der die Materialien für sein Buch „October Fifteenth" enthält.

Nur in begrenztem Ausmaß kann der Historiker auf ungarische Quelleneditionen zur innenpolitischen Lage bzw. zur Pfeilkreuzlerbewegung zurückgreifen. Die breit angelegte Edition zur Geschichte des gegenrevolutionären Ungarn ist im Jahr 1931 steckengeblieben[43]. Den ganzen Zeitraum bis 1944 decken die in Auswahl edierten Geheimakten Horthys[44], das Tagebuch des Feldmarschalleutnant und Parlamentsabgeordneten Kálmán Shvoy[45] sowie die Akten zur Geschichte der Hauptstadt Budapest[46] ab. In den Quellenveröffentlichungen zur Befreiung Ungarns vom Faschismus 1944/45 finden sich zur Verstärkung der Kontrastwirkung eingestreute Einzeldokumente zum Szálasi-Regime[47]. Abgesehen von drei deutlich für propagandistische Zwecke konzipierten, recht zweifelhaften Auszügen aus dem Szálasi-, Imrédy- und Bárdossy-Prozeß[48] 1945/46 sind auch die Akten der Verfahren vor dem Volksgerichtshof 1945/46 nicht ediert; die archivierten Originaldokumente sind der westlichen Forschung nicht zugänglich. Nur das in Auszügen von Karsai 1978 veröffentlichte „Szálasi-Tagebuch" für den Zeitraum von 1940–1944 bietet eine Edition ausschließlich von originärem Pfeilkreuzlermaterial[49].

Von großem wissenschaftlichem Wert war die auch von der ungarischen Forschung bisher noch nicht in ausreichendem Maß herangezogene Sammlung aller in der Horthy-Ära gedruckten Zeitungen, Zeitschriften, Pamphlete, Flugblätter rechtsradikaler Provenienz in der Abteilung für „gesperrte Materialien" der Széchenyi-Landesbibliothek in Budapest (Országos Széchenyi Könyvtár – Zárolt Kiadványok Tára), die auf Antrag auch dem westlichen Historiker zur Verfügung steht. Seltenste Druckerzeugnisse mit einem deutlichen quantitativen Schwerpunkt in den dreißiger Jahren konnten insbesondere für die Rekonstruktion des politischen Aufstiegs der Pfeilkreuzler zur Massenbewegung bzw. -partei, ihrer Propagandamethoden und -inhalte sowie ihrer Ideologie ausgewertet werden. Ergänzt wurde dieser Bestand durch die quantitativ allerdings relativ begrenzte Sammlung von Flugblättern und hektographiertem Material im Archiv des Parteihistorischen Instituts, Budapest.

Unveröffentlichtes Archivmaterial im engeren Sinne (Akten, Dokumente u.ä.) konnte in Ungarn nicht eingesehen werden. In den USA, der Bundesrepublik und Österreich fanden sich zum Glück mehrere große Bestände mit zumeist völlig unbekanntem, sogar verschollen geglaubtem Material. Gar nicht zu überschätzen ist der wissenschaftliche Wert der Akten und Dokumente, die der nach Deutschland geflohenen Szálasi-Regierung 1945 von den Amerikanern abgenommen und in die National Archives, Washington, gebracht wurden. Der Bestand wurde als Microfilm Publi-

[42] Eine Auswahl der wichtigsten Dokumente des PRO zur britischen Ungarnpolitik der Jahre 1936–1939 ist in der Edition The Shadow of the Swastika, 1975, erschienen.
[43] Iratok az ellenforradalom történetéhez, 1919–1945, 5 Bde., 1953 ff.
[44] Horthy Miklós titkos iratai, 1972; in englischer Übersetzung, jedoch gekürzt: The Confidential Papers of Admiral Horthy, 1965.
[45] Shvoy Kálmán titkos naplója és emlékirata, 1983.
[46] Források Budapest történetéhez, 1919–1945, 1972.
[47] Sorsforduló, 2 Bde., 1970; Lengyel/Sáry/Tirnitz, 1970.
[48] Itél a történelem, 3 Bde., 1945/46.
[49] „Szálasi naplója", 1978.

cation T973 (21 Rollen mit je über tausend Aufnahmen) verfilmt; eine Kopie ist im Münchner Institut für Zeitgeschichte (MA 1541) verfügbar[50]. Zumindest ein Teil dieser Filme ist offenbar auch im Mikrofilmarchiv des Budapester Staatsarchivs vorhanden, denn Teleki zitiert in ihrer Monographie aus diesen Akten, ohne sie jedoch zu identifizieren.

Der Inhalt des völlig ungeordneten Bestands ist relativ leicht zu beschreiben, aber ziemlich schwer zu bearbeiten. Neben Broschüren, Zeitungen, Landkarten und militärischen Akten (u.a. das hochinteressante Tagebuch des Generalstabschefs János Vörös, April–Oktober 1944) liegt sein eindeutiger Schwerpunkt (14 Filme) auf Akten aus Partei und Regierung. Diese enthalten im wesentlichen drei Teilbestände: zunächst die Akten des sogenannten „Landesaufbauamts", das seit 1940 damit beschäftigt war, eine Unmenge von Studien über die Grundlagen des hungaristischen Zukunftsstaats zu erstellen und die Machtübernahme auf dem Papier vorzubereiten. Die Pläne erstreckten sich auf alle nur denkbaren Bereiche, von Verwaltung, Justiz, Finanzen, Gesundheitswesen über Industrie und Landwirtschaft bis zu Sozialpolitik, Kultur und Kirche[51]. Den zweiten Schwerpunkt bilden die verschiedensten Aktenbestände aus der Zeit der Szálasi-Herrschaft 1944/45, teilweise ebenfalls aus dem Landesaufbauamt, teilweise aus dem Rechenschaftsamt, den einzelnen Ministerien oder Parteistellen. Man findet hier Protokolle, Briefwechsel, Gesetze, Berichte, Reden, Pläne, Skizzen usw., bei denen in einigen Fällen Datierung und Identifizierung nicht mehr möglich ist. Einen dritten Teilbestand stellen die Materialien von Szálasis Büchern über den Hungarismus, die in zahlreichen verstreuten Exemplaren, Fragmenten und Überarbeitungen vorliegen.

In der Endphase des Pfeilkreuzlerregimes war der „Führer der Nation" Szálasi für die Mitglieder der Staats- und Parteiführung kaum zu sprechen, da er in völliger Zurückgezogenheit sein gigantisches Werk über den Hungarismus verfaßte bzw. zusammenstellte. Bisher war nur das „Szálasi-Tagebuch" als ein Teil des Monumentalwerks bekannt; die übrigen Teile galten als verschollen. Konzeption und Inhalt der „Bücher über den Hungarismus" konnten nun erstmals fixiert und ausgewertet werden.

Szálasi plante vier Bücher über den Hungarismus, betitelt „Das Ziel" (A Cél), „Der Weg" (Az Út), „Kampf um die Macht" (Harc a hatalomért) und „Tagebuch. Geschichte von Szálasis Kampf" (Napló. Szálasi harcának története). Das erste Buch sollte, einer gewissen Zahlensymbolik folgend, einbändig, das zweite in zwei, das dritte in drei, das vierte in vier Teilbänden erscheinen[52].

„Hungarismus 1. Das Ziel", mit dem Untertitel „Grundlagen der Ideenordnung des Hungarismus", erschien noch am 15. Dezember 1944 in Budapest; das Vorwort des damaligen stellvertretenden Landesaufbauleiters Köfaragó-Gyelnik datiert vom Februar 1944. Das Buch umfaßt die wichtigsten ideologischen Grundsatztexte aus Szálasis Feder, grob gegliedert in die Zeitphasen vor und nach seiner Haft (vor dem 6. Juli

[50] Vgl. den „Guide to the Collection of Hungarian Political and Military Records, 1909–1945", 1972; ein ausführliches internes Repertorium befindet sich im Institut für Zeitgeschichte.

[51] Dieser Bestand entspricht der vom ehemaligen Landesaufbauleiter Vágó, 1960, S. 45 f., in seinem „Offenen Brief" angesprochenen „Sammlung Hungaristischer Reformpläne" von 1943, die nach der Flucht aus Ungarn an den CIC „verraten" und angeblich von diesem vernichtet worden war.

[52] IfZ, MA 1541/14, B. 176: Plan der Bücher über den Hungarismus.

1938; nach dem 1. Oktober 1940)[53]. Der Teil vor Juli 1938 enthält Szálasis 1938 in Zusammenarbeit mit Graf Lajos Széchenyi in diversen Pfeilkreuzlerzeitungen veröffentlichte Programmschrift „Weg und Ziel" (Út és cél), die neben der ideologischen Fixierung der Rolle von Bauern, Arbeitern und Intelligenz das Konzept des „Hungarismus" und „Konnationalismus" ausdrückt. Die Texte nach 1940 bestehen aus seinen Grundsatzreden vor dem Arbeiter-, Bauern- und Akademiker-Großrat der Partei am 18. Oktober, 22. November bzw. 27. Dezember 1942 sowie, mit dem Titel „Großraum, Lebensraum, Führungsvolk" (Nagytér, élettér, vezetönép), vor der Parteikonferenz für auswärtige Angelegenheiten am 15./16. Juni 1943[54]. Ein Anhang enthält die Studie „Europas strategischer Lebensraum" (Európa hadászati élettere) mit sechs illustrierenden Landkarten als Anlage[55].

Das zweite Buch, „Der Weg" mit dem Untertitel „Grundlagen des politischen Wegs des Hungarismus", wurde für den Druck vorbereitet, aber nie fertiggestellt[56]. Nach dem auf den Weihnachtstag 1944 datierten Vorwort Köfaragó-Gyelniks steht hier Szálasi als politischer Kämpfer und Parteiführer im Mittelpunkt, in Ergänzung zum „ersten Buch", das den weltanschaulichen Visionär dokumentiert. Beim „Weg" handelt es sich um eine chronologische Edition sämtlicher von Szálasi je verfaßten Flugblätter, Artikel, Rundbriefe, Propagandaschriften usw. von den Anfängen seiner politischen Betätigung 1933 bis zur Machtübernahme 1944. Die Grobgliederung der Sammlung entspricht auch hier den Zeitabschnitten vor, während und nach der Inhaftierung des Parteiführers. Eine kurze Zusammenfassung Köfaragós der für die Bewegung wichtigsten Ereignisse geht den jahrweise zusammengestellten Dokumenten voran. Die Bibliographie der aufgenommenen Texte umfaßt 54 Posten[57].

Die Konzeption von „Der Weg" stellt für den Historiker insofern einen Glücksfall dar, als er hier Originaltexte vorfindet, die sonst verschollen, zerstreut oder nur schwer zugänglich sind[58]. Das gilt insbesondere für die Flugschriften und Rundbriefe der Frühphase der Bewegung 1935–1937, aber auch für die Neujahrsreden Szálasis vor dem Großrat der Partei 1940–1944 sowie für seine protokollierten Antworten auf Fragen von Parteifunktionären auf den sogenannten „Informationstagen" vom 8. Oktober 1943 bis 7. Juli 1944 im Anhang[59]. Allerdings ist der Maßstab der Objektivität an diese Edition nicht heranzutragen. Aus naheliegenden politischen Gründen wurde beispielsweise Szálasis Rede vor dem Großrat Anfang April 1944, in der er sich sehr negativ über die deutsche Besetzung Ungarns und die neue Regierung geäußert hatte, nicht in die Sammlung aufgenommen[60].

Das dritte Buch über den Hungarismus, „Kampf um die Macht", ist identisch mit dem „Szálasi-Tagebuch", das, von Karsai 1978 nur in Auszügen für den Zeitraum 1940–1944 ediert[61], im Institut für Zeitgeschichte in einer vollständigen Abschrift

[53] Ebenda, 1541/9, B. 12: Inhaltsverzeichnis von „Hungarismus 1", 15.12.1944.
[54] Alle Reden nach 1940 und die wichtigsten Kapitel aus „Út és cél", in: ebenda, 1541/7, B. 651 bis 790. Im Nachdruck (ohne die Rede von 1943) in: Szálasi Ferenc alapvetö munkája, 1959.
[55] IfZ, MA 1541/6, B. 426–505.
[56] Vgl. das Manuskript von „Az Út" mit fast allen Anlagen in: ebenda, 1541/5, B. 652–1052.
[57] Ebenda, 1541/1, B. 481–537: Zettelkasten.
[58] Das komplette Inhaltsverzeichnis vgl. ebenda, 1541/5, B. 652 ff.
[59] Diesen „Anhang" vgl. vollständig ebenda, 1541/1, B. 323–480, 813–824.
[60] Diese Rede vgl. ebenda, 1541/5, B. 408–419.
[61] „Szálasi naplója", 1978.

vorliegt[62]. Nach dem Vorwort des stellvertretenden Landesaufbauleiters Jobbágy vom Januar 1945 sollte es den Weg Szálasis und seiner Partei bis zur Machtergreifung dokumentieren; das geschieht durch eine tagebuchartige Beschreibung der wichtigsten Ereignisse, Briefwechsel und Unterredungen, die teilweise im originalen Wortlaut als Beleg angefügt sind. Die zwanziger und den Anfang der dreißiger Jahre nur summarisch behandelnd, liefert das Werk ab Oktober 1936 genauere Informationen, die ab 1940 an Umfang zunehmen und ab 1943 in monatlichen Abschnitten zusammengefaßt werden. Der Schwerpunkt liegt auf dem Jahr 1944. Die ursprünglich geplanten drei Bände sollten sich auf die Zeit vom 8. Oktober 1936 bis 18. März 1944, 19. März 1944 bis 16. Oktober 1944 sowie auf einen Dokumentenanhang aufteilen. Allerdings bricht die Darstellung mit dem 13. Oktober 1944 ab; die für den dritten Teilband vorgesehenen Dokumente gingen entweder verloren oder wurden an den entsprechenden Tagebuchstellen in den laufenden Text integriert, so daß die dreibändige Gliederung nicht mehr einsichtig ist. „Kampf um die Macht" befand sich zwar angeblich bereits im Druck[63], ist jedoch in weiten Teilen ein sprachlich noch nicht ausgearbeiteter, 1225 eng beschriebene Seiten umfassender, monströser Entwurf geblieben.

Die Überlieferungsgeschichte des „dritten Buchs", dessen einzelne Abschnitte unter dem Titel „Tagebuch der hungaristischen Bewegung" stehen, ist abenteuerlich und verwickelt. Aus nicht bekannten Gründen war es in dem von den Amerikanern konfiszierten Pfeilkreuzlerbestand nicht enthalten. Zwischen der Flucht der Szálasi-Regierung nach Deutschland und dem Auftauchen des Buchs in Budapest als Belastungsmaterial in den Volksgerichtsprozessen 1945/46 klafft eine Überlieferungslücke. Der britische Historiker Macartney, der sich zu jener Zeit in Budapest aufhielt, konnte sich vom damaligen Justizminister eine komplette Abschrift beschaffen, die sich zunächst in der Bibliothek des St. Antony's College, Oxford, befand und jetzt im Macartney-Nachlaß in der Bodleian Library, Oxford, aufbewahrt wird. Das Exemplar des Instituts für Zeitgeschichte ist ein Durchschlag der Abschrift, und auch der Herausgeber der ungarischen Teiledition mußte auf Macartneys Kopie zurückgreifen, weil das in Ungarn verbliebene Original angeblich verlorenging[64].

Die Bezeichnung „Szálasi-Tagebuch" ist eigentlich falsch, hat sich aber seit Macartney in der Literatur eingebürgert. Es setzt sich zusammen aus Szálasis privaten Tagebuchaufzeichnungen über wichtige Unterredungen mit ungarischen und deutschen Politikern, Offizieren, Agenten usw., weiter den Texten einiger seiner Memoranden, Eingaben und Briefe, den Protokollen und Berichten hoher Parteiführer, denen er größeres Gewicht beimaß, sowie Teilen von Parlamentsprotokollen, Geheimberichten von Parteiagenten usw. Der Quellenwert des Tagebuchs ist hoch anzusetzen, obwohl es die Quellenkritik im einzelnen recht schwer hat. Karsai bemerkt, daß das Szálasi-Tagebuch in Macartneys Werk in Ermangelung anderer Archivmaterialien zu sehr in den Vordergrund gestellt worden sei; die ungarische Forschung habe dieses Material schon kritischer benutzt[65]. Eine systematische quellenkritische Studie wurde ungarischerseits jedoch nie erstellt, und auch die Zahl derer, die diese Quellen überhaupt heranziehen, ist sehr gering. Dabei ist das Hungaristische Tagebuch für viele Vorgänge

[62] IfZ, Fb 102: Szálasi-Tagebuch, 2 Bde.
[63] Ebenda, MA 1541/14, B. 176: Plan der Bücher über den Hungarismus.
[64] Vgl. dazu auch „Szálasi Naplója", 1978, S. 7 ff.
[65] Ebenda, S. 8.

die einzige Quelle, auch und insbesondere für die politisch wichtigen Verhandlungen mit den Deutschen und mit Vertretern der ungarischen extremen Rechten 1944.

In einigen Fällen waren Gegenlesen und Kontrolle des Tagebuchinhalts mit seinen zugrunde liegenden Quellen, den von Szálasi herangezogenen und verarbeiteten Dokumenten, möglich, die sich in den verfilmten Pfeilkreuzlerbeständen der National Archives befinden. Auch die Meldungen der deutschen Gesandtschaft oder des SD konnten, wenn auch nur selten, zu seiner Überprüfung herangezogen werden. Das Tagebuch erwies sich als durchaus verläßliche Quelle. Die als Anlagen beigefügten Quellentexte entsprechen, soweit dies überprüft werden konnte, zumeist wörtlich den Originaldokumenten oder weisen höchstens geringe stilistische Überarbeitungen auf. Es ist allerdings in Rechnung zu stellen, daß das „Tagebuch" ganz extrem aus Szálasis Perspektive geschrieben wurde. So finden sich beispielsweise kaum Aufzeichnungen für die Zeit seiner Haft 1938–1940, obwohl die Partei in diesen Jahren den Höhepunkt ihrer Entwicklung erlebte. Zudem enthält das Vorwort den Hinweis, daß wegen der zeitlichen und räumlichen Nähe der Geschehnisse einige Namen und Unterredungen nicht in die Darstellung aufgenommen wurden, was ebenfalls in den quellenkritischen Umgang mit dem Tagebuch einzuberechnen ist. Es gibt andererseits Aufschluß über Szálasis Sicht der Dinge, seine Pläne, Hoffnungen, Befürchtungen; auch wenn seine Lagebeurteilungen nicht mit der Realität übereinstimmten, so sind sie doch in die historische Analyse einzubeziehen, denn auch aus verzerrten Wahrnehmungen entstehen politisch relevante Handlungsorientierungen.

Das vierte Buch, „Tagebuch", befand sich im Gegensatz zu den anderen drei Büchern über den Hungarismus, die bereits erschienen oder mehr oder weniger für den Druck fertiggestellt waren, erst „in Vorbereitung"[66], so daß sein Inhalt nicht rekonstruiert werden kann. Nicht einmal seine genaue Konzeption stand offenbar fest. Nach Karsai war es gedacht als Dokumentation der Aufzeichnungen hoher Parteifunktionäre zur Geschichte der hungaristischen Bewegung[67], die von Szálasi aufgefordert waren, Tagebuch zu schreiben und wichtige Ereignisse und Unterredungen zu protokollieren. Im Pfeilkreuzlerbestand der National Archives könnten sich Dokumente befinden, die eigens zu diesem Zweck gesammelt worden waren[68], doch sind sie nicht als solche kenntlich gemacht. Viele Anzeichen sprechen eher dafür, daß man die Arbeiten für das vierte Buch gar nicht mehr in Angriff genommen bzw. die vorhandenen wenigen Materialien als Anlagen dem „dritten Buch" beigefügt hatte.

Zwei Nachlässe in Privatbesitz, deren Inhalt sich nur zum kleinsten Teil mit den verfilmten Beständen deckt, ergänzen die Quellen zur Untersuchung des Szálasi-Regimes. Aufgrund ihrer Herkunft von der obersten Regierungs- und Parteiebene ist ihre inhaltliche Reichweite auf diese Bereiche begrenzt. Es handelt sich dabei um die Nachlässe des Ministers ohne Portefeuille und „Landesleiters für die Arbeitsordnung", Feldmarschalleutnant Árpád Henney, und des Fraktionsvorsitzenden und stellvertretenden Ministerpräsidenten der Szálasi-Regierung, Jenö Szöllösi.

[66] IfZ, MA 1541/14, B. 176.

[67] „Szálasi Naplója", 1978, S. 7 ff.

[68] So z. B. das Tagebuch Köfaragó-Gyelniks für Dezember 1943 bis Februar 1944, in: IfZ, MA 1541/3, B. 469–532; oder die tagebuchartig zusammengefaßten Kurzprotokolle von Unterredungen Szálasis mit Parteifunktionären, Oktober–Dezember 1940, in: ebenda, 1541/1, B. 541–581, 835–895.

Die Dokumente des Henney-Nachlasses greifen in Einzelstücken bis in das Jahr 1943 zurück und erstrecken sich auch auf die Zeit nach 1945. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf den Monaten Oktober 1944 bis März 1945 und umfaßt zahlreiche Protokolle von Gesprächen, die Szálasi mit seinen Ministern kurz nach der Machtübernahme geführt hatte, sowie amtlichen Schriftverkehr des „Arbeitsstabs des Führers der Nation", dem Henney vorstand.

Als umfangreicher und vielschichtiger erwies sich der Nachlaß Szöllösis, der als stellvertretender Ministerpräsident die Aufgaben des Kabinettschefs zu erfüllen hatte. Zentrales Stück dieses Bestandes ist ein 226 maschinengeschriebene Seiten umfassendes Tagebuch über den Zeitraum vom 4. Dezember 1944 bis zum 21. April 1945, wo es plötzlich abbricht[69]. Dem Tagebuch beigefügt sind 24 zum Teil sehr umfangreiche Anlagen aus Protokollen, Briefen, Reden und amtlichem Schriftverkehr. Darüber hinaus umfaßt der Nachlaß zahlreiche andere hochinteressante Dokumente zur Absetzung Horthys und der Machtübernahme Szálasis, Gesetzentwürfe, Regierungspläne, amtliche Dokumente und wichtige Protokolle.

Das ebenfalls in Privatbesitz befindliche Tagebuch des Kultusministers der Szálasi-Regierung, Ferenc Rajniss, wurde fallweise herangezogen. Erst nach Rajniss' Rücktritt von seinem Amt im März und April 1945 verfaßt, behandelt es im Rückgriff seine Biographie, politische Laufbahn und Zeit als Minister; Selbstrechtfertigungen und „Abrechnungen" mit Szálasi prägen Sprache und Inhalt des Dokuments.

Einige Anmerkungen zur Zitierweise seien kurz beigefügt. Direkte Zitate aus ungarischen Texten wurden bei größtmöglicher Textnähe ins Deutsche übersetzt, auch wenn dabei die ästhetischen Seiten der Sprache oftmals zu kurz kamen. Auch indirekte Zitate aus den ideologischen Schriften der Pfeilkreuzler halten sich eng an die Wortwahl des Originals, da die Funktion der Sprache in faschistischen wie überhaupt allen politischen Massenbewegungen einen wichtigen Untersuchungsgegenstand der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung darstellt. Da Szálasi im Laufe der Jahre mehrere von der Regierung verbotene Parteien verschiedenen Namens gründete, wird in der Folge zusammenfassend und vereinfachend von den „Pfeilkreuzlern" oder den „Hungaristen" gesprochen, wenn es sich um die Mitglieder der Szálasi-Partei handelt. Während der Terminus „Hungarismus" ausschließlich der Bezeichnung von Szálasis Ideologie eines spezifisch ungarischen Nationalsozialismus diente, „Hungaristen" also die Sammelbezeichnung der Mitglieder seiner Partei war, wurden besonders zu Anfang der dreißiger Jahre alle rechtsradikalen, sich als Nationalsozialisten titulierenden Gruppierungen verallgemeinernd „Pfeilkreuzler" genannt. Das Symbol des Pfeilkreuzes wurde von vielen Parteien benutzt, doch war Szálasis „Pfeilkreuzpartei" die quantitativ und politisch bedeutendste. „Pfeilkreuzler" sind in der vorliegenden Untersuchung also ausschließlich Szálasis Leute; ist von anderen Gruppierungen oder Parteien die Rede, werden sie bei ihrem offiziellen Namen genannt oder entsprechend abgekürzt.

[69] In der kulturpolitischen ungarischen Zeitung „Kritika" 8 (1984), S. 16ff., wurden mit dem Original identische Auszüge aus dem Szöllösi-Tagebuch veröffentlicht. Dem Herausgeber Kázmér Nagy lagen offenbar insgesamt 50 Seiten umfassende Bruchstücke des Tagebuchs ohne Anlagen vor. Über die Überlieferungsgeschichte dieser Fragmente gibt Nagys Einleitung nur partiell Auskunft.

Um den Anmerkungsapparat zu entlasten, werden, wie bereits in dieser Einleitung praktiziert, nur der Verfasser (bei Editionen: der Titel) und das Erscheinungsjahr des zitierten Werks angegeben. Kurztitel erschienen in Anbetracht der großenteils ungarischen Literatur nicht zweckmäßig. In der Bibliographie wird der vollständige Titel genannt, im Falle von ungarischen Publikationen in Klammern eine deutsche Übersetzung beigefügt.

I. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in Horthy-Ungarn

Die sich im Übergang von der Agrar- in die Industriegesellschaft befindenden Randgebiete des modernen Europa waren in der Zwischenkriegszeit gekennzeichnet durch eine beträchtliche „Asynchronität"[1] ihrer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen oder, so Theodor Geigers der Geologie entlehnter Terminus, durch „sozialgeschichtliche Verwerfungen": „Strukturen, die im sozialgeschichtlichen Nacheinander auftreten, finden sich im gesellschaftlichen Jetzt bei verschiedenen Bevölkerungsteilen im Nebeneinander."[2] Auch im Falle Horthy-Ungarns koexistierten neben „modernen" kapitalistischen starke agrarisch-vorindustrielle, ständische Strukturen, die es im folgenden zu erfassen und nachzuzeichnen gilt.

Welche Indikatoren sind zur Feststellung des Entwicklungsgrades einer Gesellschaft heranzuziehen? Was die sozioökonomische Seite angeht, so haben Politikwissenschaft und Entwicklungssoziologie für die Erforschung der Probleme der Dritten Welt einen sehr detaillierten Katalog von Indikatoren bereitgestellt[3], die auch auf die Untersuchung historischer Gesellschaften angewandt werden können; erste historisch-komparative Datensammlungen liegen bereits vor[4]. Die Gewichtung der einzelnen Variablen in derart komplexen Indikatorenbündeln gestaltet sich jedoch äußerst schwierig, ebenso wie die Entwicklung von Kriterien, ob ein Trend nun als „modern" oder als „unmodern" einzuschätzen ist[5]. Die vorliegende Arbeit versucht eine Abschätzung anhand der Indikatoren Erwerbsstruktur, soziale Gliederung, Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft, technischer Entwicklungsstand und Produktivität.

Für die Feststellung des staatlich-politischen Entwicklungsgrades hat sich die Wissenschaft noch nicht auf eindeutige Indikatoren geeinigt, jedoch im Vergleich des Befundes mit dem „klassischen" Weg der westeuropäischen Industriegesellschaften in die politische Moderne einen pragmatischen Ausweg gefunden[6]. Zu untersuchen sind zum einen die verfassungsrechtliche Stellung und politische Funktion von Exekutive und Legislative, von gesellschaftlichen Institutionen und Interessengruppen, von Par-

[1] So Ormos/Incze, 1980, S. 10.
[2] Geiger, 1932/1967, S. 85.
[3] Vgl. dazu Nohlen/Nuscheler, in: Handbuch der Dritten Welt 1, 1982, S. 480 ff.
[4] Für die USA, Rußland, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien im Zeitraum 1815–1965 vgl. z. B. Indikatoren der Modernisierung, 1975.
[5] Matzerath/Volkmann, in: Kocka, 1977, S. 109, Anm. *: Diskussionsbeitrag Borchardt.
[6] Diese „Lösung" hat natürlich den zu reflektierenden Nachteil einer deutlichen Westlastigkeit; vgl. ebenda, S. 112: Diskussionsbeitrag Kocka.

teien bzw. Parteiensystem sowie Wahlrecht, Zusammensetzung und Verhalten der politischen Eliten; zum anderen scheint der territorialen und inneren Nationsbildung (rechtlich-politische und soziokulturelle Vereinheitlichung, Herausbildung der nationalen Identität u.ä.) erhebliche Bedeutung zuzukommen[7].

Bereits Theodor Geiger hat in seiner wegweisenden Studie zur sozialen Schichtung des deutschen Volkes 1932 auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, die „Mentalität" sozialer Gruppen, definiert als „geistig-seelische Disposition", als „unmittelbare Prägung des Menschen durch seine soziale Lebenswelt und die von ihr ausstrahlenden, an ihr gemachten Lebenserfahrungen", zu erforschen[8]. Erst in jüngerer Zeit hat diese Anregung, die auf die Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Sozialbewußtsein zielt, über den Umweg über die USA und Großbritannien auch in der sogenannten „Lebensweltforschung" der westdeutschen Soziologie Einzug gehalten, indem man „soziale Milieus" als Analyseeinheiten verwendet. Ein soziales Milieu definiert sich aus sozialem Status, Alltagsbewußtsein und Wertorientierungen, bezieht also neben den klassischen soziodemographischen Merkmalen auch qualitative Elemente (Werte, Einstellungen usw.) ein. Die traditionellen Schichtungs- oder Klassenmodelle, die beide auf die subjektive Lebenslage wenig oder gar nicht Bezug nehmen, müssen also durch die Einbeziehung qualitativer Befunde ergänzt und dynamisiert werden. Allerdings liegen, abgesehen von den methodischen Schwierigkeiten und Quellenproblemen, die sich dem Historiker stellen[9], für den Fall Horthy-Ungarns erst ansatzweise gesicherte Kenntnisse zur „Mentalitätsgeschichte" vor, so daß sie nur am Rande in die vorliegende Arbeit einfließen können.

1. Sozioökonomische Grundstrukturen

Landwirtschaft

Die Ergebnisse der Volkszählungen von 1910, 1920, 1930 und 1941 machen sowohl die Erwerbsstruktur der ungarischen Bevölkerung als auch den Prozeß langsamen sozialen Wandels greifbar[10]:

[7] Vgl. dazu Ormos/Incze, 1980, S. 11 f.; Schieder, in: Totalitarismus und Faschismus, 1980, S. 47.
[8] Geiger, 1932/1967, S. 77.
[9] Vgl. Schulze, in: GWU 36 (1985), S. 261 ff.
[10] Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 96. Nach Geschlecht differenzierte Tabellen befinden sich ebenda. In Bd. 4, 1979, S. 42 ff. werden für 1941 obige Daten nach Komitaten (alte und neue Verwaltungseinteilung) aufgeschlüsselt. Gerundete Zahlen vgl. auch MT 8/2, S. 770 f.

Erwerbsgruppen	1910*	1920	1930	1941*
	in % der Gesamtbevölkerung			
Landwirtschaft	55,9	55,8	51,8	48,7
Bergbau/Hüttenwesen	1,2	1,5	1,3	1,8
Industrie, Handwerk	20,1	19,1	21,7	23,6
Handel	4,1	4,5	4,9	5,1
Geld, Kredit, Versicherung	0,5	0,6	0,5	0,5
Verkehr	4,0	4,4	3,9	4,0
Öffentlicher Dienst, freie Berufe	4,0	4,7	5,1	5,1
Streitkräfte	0,8	1,5	0,8	1,7
Tagelöhner**	2,3	1,2	1,4	0,8
Dienstboten	2,8	2,2	2,3	1,9
Rentner, Pensionär	0,9	1,8	3,5	3,8
Rentier, Kapitalist	1,1	0,7	0,6	0,3
Sonstige***	2,3	2,0	2,2	2,7

* bezogen auf das Gebiet Trianon-Ungarns
** Tagelöhner ohne besondere Bezeichnung
*** sonstige Berufe, Berufslose, ohne Angabe

Auffällig hoch, jedoch mit deutlich abnehmender Tendenz, lag in der Horthy-Ära immer noch der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung. Zieht man aber in Betracht, daß 1900 (auf dem Gebiet Trianon-Ungarns) noch 60,8% der Bevölkerung im Agrarbereich arbeiteten[11], so verringerte sich ihr Prozentsatz innerhalb von 40 Jahren bis 1941 um 12,1%, also immerhin um rund ein Fünftel. Die Zahl der in den Dörfern lebenden Bevölkerung nahm ebenfalls, allerdings sehr langsam, ab. Während das Wachstum der übrigen Städte praktisch stagnierte, konnte nur Budapest seine Einwohnerzahl vergrößern. Der Urbanisierungsprozeß ging sehr allmählich und regional ungleichgewichtig voran[12]:

	1910	1920	1930	1941
	in % der Gesamtbevölkerung			
Budapest	14,6	15,4	16,6	18,4
andere Städte	19,6	19,9	19,7	19,9
Dörfer	65,8	64,7	63,7	61,7

Die Landwirtschaft stellte den höchsten Beitrag zum Nationaleinkommen, der sich im Lauf der Jahre nicht verringerte, sondern im Gegenteil, besonders nach Aufnahme

[11] A. Kovács, 1941, S. 44.
[12] MT 8/2, S. 769. Aus der Abnahme der Dorfbevölkerung und gleichzeitigen Zunahme der Budapester Einwohnerzahl darf nicht auf eine geradlinige Migrationsbewegung geschlossen werden; „Umwege" über andere Städte sind wahrscheinlich. Zu berücksichtigen ist ferner die große Zahl von Dörfern im Industriegürtel von Budapest.

enger wirtschaftlicher Verbindungen mit dem an Agrarprodukten interessierten Dritten Reich, noch leicht anstieg[13]:

	1924/25	1928/29	1934/35
		in %	
Landwirtschaft	37,1	39,7	40,0
Industrie und Handwerk	26,9	29,3	27,7
Bergbau, Hüttenwesen	1,8	1,8	1,5
Transport, Handel	6,2	6,3	5,5
Sonstige	28,0	22,9	25,3

Dem seien, um Horthy-Ungarns ökonomischen Entwicklungsstand zu illustrieren, einige Zahlen für Großbritannien aus dem Jahr 1841 (!) gegenübergestellt: Nur mehr 22% der Bevölkerung waren in der Landwirtschaft erwerbstätig, hingegen 41% in der Industrie und 14% in Handel und Verkehr. Der Anteil der Landwirtschaft am britischen Bruttosozialprodukt umfaßte 22%, der der Industrie 34%; der gesamte gewerbliche Sektor (Industrie, Transport, Handel usw.) stellte 44% des BSP[14].

Die extrem ungleichen landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse, die sich im Lauf der ungarischen Geschichte herausgebildet hatten, blieben nach 1920 im wesentlichen unangetastet und stellen ein typisches Kennzeichen Horthy-Ungarns dar. Schon 1895, im Jahr der ersten großen statistischen Erfassung der Agrarbetriebe, verfügten im Königreich (ohne Kroatien und Slowenien) 0,2% (3768 Betriebe mit über 1000 Katasterjoch[15] Grund) der landwirtschaftlichen Betriebe (insgesamt 2388482) über 32% des gesamten bebaubaren Landes. Auf der anderen Seite mußten sich knapp 1,3 Millionen Kleinstbetriebe unter 5 Kj (53,6% der Agrarbetriebe) mit 5,8% der landwirtschaftlichen Nutzfläche begnügen. Als besitzlose Landarbeiter wurden rund zwei Millionen Menschen errechnet[16].

Der zweite große Agrarzensus von 1935 wies 11444863 Kj als landwirtschaftliche Nutzfläche ohne Weideland aus[17], was 65860 km² oder 70,7% der nutzbaren Gesamtfläche Ungarns bedeutete[18]. Auffallend ist bei der statistischen Aufschlüsselung

[13] Ebenda, S. 763.

[14] Berend/Ránki, 1982, S. 17.

[15] Katasterjoch = Kj (ungarische Flächeneinheit). 1 Kj = 0,575465 ha; 1 ha = 1,737726 Kj. Zur Erleichterung des Vergleichs einige gerundete Maßangaben:

1 Kj = 0,58 ha	100 Kj = 58 ha
5 Kj = 2,9 ha	1000 Kj = 575 ha
10 Kj = 5,8 ha	5000 Kj = 2877 ha
50 Kj = 29 ha	10000 Kj = 5755 ha

[16] Király, in: Gollwitzer, 1977, S. 406, Tabelle 2. Vgl. zusammenfassend auch Silagi, in: Handbuch der europäischen Geschichte 7/2, S. 890 sowie Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 369. Jámbor, in: Történeti statisztikai évkönyv 1963/64, S. 230 f., nennt (gerundete) Zahlen für die Jahre 1895, 1918, 1935 und 1949.

[17] Also Ackerland, Wiesen, Gärten und Weinberge.

[18] Némethy, in: MSSz 14 (1936), S. 1007 ff.; JSHS 15 (1937), S. 403.

der Besitzverhältnisse auch hier der krasse Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Kleinstbauern bzw. landlosem Proletariat[19]:

Besitzgruppe	Zahl der Betriebe		Gesamtfläche	
Unter 1 Kj	628431	(38,5%)	236417 Kj	(1,5%)
1–5 Kj	556352	(34,2%)	1394829 Kj	(8,7%)
5–10 Kj	204471	(12,5%)	1477376 Kj	(9,2%)
10–50 Kj	217849	(13,2%)	4198246 Kj	(26,2%)
50–100 Kj	15240	(1,0%)	1036162 Kj	(6,4%)
100–500 Kj	9632	(0,5%)	1985715 Kj	(12,3%)
500–1000 Kj	1362	(0,1%)	944250 Kj	(5,9%)
1000–5000 Kj	885		1701975 Kj	(10,6%)
5000–10000 Kj	101		680084 Kj	(4,2%)
10000–20000 Kj	48		690953 Kj	(4,2%)
20000–50000 Kj	25		855106 Kj	(5,3%)
50000–100000 Kj	10		671475 Kj	(4,2%)
über 100000 Kj	1		209256 Kj	(1,3%)
insgesamt	1634407		16081844 Kj	

Aus diesen Zahlen wird deutlich, daß die zeitgenössische Unterteilung der Betriebsgrößen in Großgrundbesitz (über 1000 Kj), mittelgroßen Grundbesitz (100–1000 Kj) und Kleinbesitz (unter 100 Kj)[20] wenig aussagekräftig ist. Dabei ist es weniger von Nachteil, daß sie nach oben unabgeschlossen ist, als daß die untere Einheit Unvergleichbares zusammenfaßt. Es ist daher sinnvoll und in der Literatur üblich, die Kleingrundbesitzer unter 100 Kj weiter aufzuteilen in Großbauern (50–100 Kj), Mittelbauern (20–50 Kj), Kleinbauern (5–20 Kj) und Zwergbauern (unter 5 Kj)[21].

1935 verfügten also die 1070 dem Großgrundbesitz zuzurechnenden, knapp 0,1% der Betriebe über 29,8% der Nutzfläche. Dem standen 1,2 Millionen Zwergbauern mit weniger als 5 Kj Grund gegenüber, d.h. 72,7% der ländlichen Betriebe mußten sich mit schmalen 10,2% der Nutzfläche begnügen. Dabei ist die Bodenqualität dieser Kleinstbesitze noch nicht berücksichtigt: Einer zeitgenössischen Untersuchung zufolge hatte die Hälfte der Zwergparzellen unter 1 Kj keinen Ackerboden[22]. Diese für ganz Ungarn berechneten Zahlen variieren je nach Region zum Teil beträchtlich. So lag der Anteil des Großgrundbesitzes mit 34,9% in Transdanubien am höchsten, während sich in der Großen Tiefebene mit 55,7% die meisten Kleinbesitze (unter 100 Kj) befanden; das mittelgroße Grundeigentum war mit 24,4% im nordöstlichen Hügelland relativ am stärksten[23]:

[19] Borbándi, 1976, S. 45; auch bei Király, in: Gollwitzer, 1977, S. 408, Tabelle 4; MT 8/2, S. 729.
[20] Konkoly-Thege, in: JSHS 14 (1936), S. 216.
[21] Vgl. dazu MT 8/2, S. 789 f., 792.
[22] Szöllösy, in: MSSz 15 (1937), S. 180; ähnlich Sajóhelyi, in: MK 10 (1937); JSHS 16 (1938), S. 135 f. Beide Untersuchungen gehen von geringfügig anderen Berechnungsgrundlagen aus.
[23] Konkoly-Thege, in: JSHS 14 (1936), S. 216.

	Trans-danubien	Große Tiefebene	nordöstliches Hügelland	insgesamt
			in %	
Kleinbesitz	50,5	55,7	45,9	52,1
mittelgroßer Besitz	14,6	19,6	24,4	18,4
Großgrundbesitz	34,9	24,7	29,7	29,5

Die Zahlen belegen das deutliche Fehlen mittelgroßer Betriebe: Einige wenige Großgrundbesitzer standen einem Heer von Zwergbauern gegenüber, die ihre Familien von den Erträgen ihres Bodens nicht ernähren konnten und daher auf Zuerwerb als Tagelöhner, Knecht oder Landarbeiter angewiesen waren[24].

Noch schwieriger war die Situation des ländlichen Proletariats im engeren Sinne, das über keinerlei Grundbesitz verfügte. 1930 zählten dazu in erster Linie die 215 799 Knechte und 553 009 Landarbeiter[25] mit ihren Familien, zusammen mit den im Gartenbau u. a. Beschäftigten fast 1,9 Millionen Arbeiter. Ihre Anzahl nahm zwar im Laufe der Horthy-Ära leicht ab (1910*: 1 975 855; 1920: 2 175 578; 1930: 1 874 035; 1941*: 1 740 351)[26]. Von der nur nominellen Bodenreform der Bethlen-Zeit blieb der Großgrundbesitz unangetastet, während kleine und mittlere Betriebe in Kleinstparzellen unter 5 Kj zerstückelt wurden. Für die Jahre 1929 bis 1934 sind 125 264 Fälle von Aufteilungen bekannt; die davon betroffene Fläche umfaßte 1 666 386 Kj[27]. Die fortschreitende Parzellierung zersplitterte die Ländereien in unrentable „Größen" und brachte einem zuvor besitzlosen Landarbeiter keine wirtschaftliche Unabhängigkeit. Vielmehr führten die hohen Ablösesummen und niedrigen Erträge zur Verschuldung der Kleinstbauern. Definiert man folglich Agrarproletariat in einem weiteren Sinne als völlig Besitzlose plus Zwergbauern am Rande des Existenzminimums, so ist der Titel des 1928 erschienenen Buchs von György Oláh zu diesem Thema, „Drei Millionen Bettler", nicht übertrieben. Diese Zahl gewinnt angesichts der Einwohnerzahl Ungarns von nur 8,7 Millionen (1930) um so mehr an Bedeutung[28].

Vor dem Ersten Weltkrieg waren noch Hunderttausende verarmter oder landloser Bauern nach Amerika ausgewandert, zwischen 1899 und 1913 fast 1,4 Millionen[29]. Diese Möglichkeit entfiel in der Horthy-Zeit; zugleich war der nur langsam expandierende gewerbliche Sektor nicht in der Lage, das Überangebot an ländlichen Arbeitskräften aufzusaugen, so daß im gesamten Agrarbereich eine chronische Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung herrschte. 1938 wurde die Arbeitskapazität der Landbevölkerung nur zu 76% ausgenützt, die der Tagelöhner gar nur zu 65%. Die ländliche Arbeitslosigkeit nahm allerdings in den dreißiger Jahren ab (1935: 22,4%; 1936:

[24] Es lassen sich allein 271 000 Tagelöhner mit eigenem oder gepachtetem Land unter 1 Kj nachweisen; vgl. Borbándi, 1976, S. 54.

[25] Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 143.

[26] Ebenda, S. 140; zusammenfassend auch MT 8/2, S. 792 ff. Zum selben Ergebnis, jedoch aufgrund einer anderen Kategorisierung, kommt Király, in: Gollwitzer, 1977, S. 407, Tabelle 3.

[27] Einzelheiten bei Thirring, in: MSSz 14 (1936), S. 412 ff.; JSHS 14 (1936), S. 434; auch Berend/Ránki, 1974, S. 153 f.

[28] Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 96.

[29] Borbándi, 1976, S. 69.

18,7%; 1937: 15,1%; 1938: 12,5% im Jahresdurchschnitt); sie betraf Jugendliche und Frauen besonders hart, während die Beschäftigungsquote der Männer über dem Durchschnitt lag[30].

Zu den kaum vorstellbaren, bedrückenden materiellen Verhältnissen hinzu kam häufig eine noch fast feudale Abhängigkeit vom Grundherrn mit Arbeitspflicht zur Erntezeit, Prügelstrafe und dem Verbot jeder sozialen und politischen Organisierung. Die eindrucksvollsten Beschreibungen der sozialen Lage der Bauern und Landarbeiter hat die Nachwelt den Ende der zwanziger Jahre sich formierenden „Dorferforschern" (falukutatók) zu verdanken, einer Gruppe von Soziologen und populistischen Schriftstellern, die im Gegensatz zu den sich an der westlichen Zivilisation und Kultur orientierenden „Urbanisten" der Ansicht waren, die ungarische Intelligenz müsse sich auf ihre bäuerlichen Wurzeln besinnen und das ursprüngliche Wesen des Ungarn im Bauern wiederentdecken. Diese Autoren, die auf die akademische Jugend einen nicht zu unterschätzenden Einfluß ausübten, strömten in die Dörfer und machten das vorgefundene Elend, das weit entfernt war vom Ideal eines gesunden Bauernstandes, publik[31].

Die miserable Lage der unteren bäuerlichen Schichten und Landarbeiter wird in der Einkommensstatistik 1930/31 deutlich; allerdings liegen die Zahlen wegen des massiven Einbruchs der Weltwirtschaftskrise besonders niedrig[32]:

Beruf	Jahresdurchschnittseinkommen pro Kopf in Pengö
Landarbeiter	183,4
Knechte und Gesinde	205,3
Kleinstbauern (1–10 Kj)	227,2
Kleingrundbesitzer (10–100 Kj)	429,6
Tagelöhner, Streitkräfte, unbekannte Berufe	200,0
kleine selbständige Handwerker	342,0
Arbeiter in Industrie, Verkehr	396,7
Berg- und Hüttenarbeiter	442,5
Durchschnitt	288,8

Obwohl insbesondere die Kategorie der Kleingrundbesitzer noch sehr breit gefaßt ist und die Kategorie der Arbeiter sowohl Facharbeiter als auch Ungelernte aus unter-

[30] Varga, in: JSHS 16 (1938), S. 284; Szeibert, in: MSSz 17 (1939), S. 365 ff.; JSHS 17 (1939), S. 244. Der Höhepunkt der ländlichen Arbeitslosigkeit lag naturgemäß im Winter (Januar 1938: 30,6%) und erreichte seinen Tiefststand zur Erntezeit (Juni 1938: 3,0%).

[31] Über den ungarischen Populismus vgl. ausführlich und mit detaillierter Bibliographie Borbándi, 1976; eine Bibliographie der Werke der „Dorferforscher" auch MT 8/2, S. 1329 f.

[32] Alle folgenden Zahlen nach Matolcsy, in: KSz 60 (1936), S. 285 f.; JSHS 15 (1937), S. 408. Die Zahl der Spitzenverdiener über 50000 Pengö betrug 1931 gar nur 1654 Personen und sank wegen der Großen Depression auf 1449 im Jahr 1932; vgl. Neubauer, in: MSSz 15 (1937), S. 1065 ff.; JSHS 16 (1938), S. 135.

schiedlichsten Lohngruppen enthält, also erhebliche Abweichungen vom Durchschnittswert nach oben und unten vorauszusetzen sind, wird deutlich, daß ländliches Proletariat und Bauerntum materiell weit schlechter gestellt waren als die unteren Schichten der in der gewerblichen Wirtschaft Tätigen. Hält man sich weiter vor Augen, daß nach derselben Statistik das Durchschnittseinkommen 907,9 Pengö betrug, so treten die Einkommensunterschiede noch krasser hervor. Während 79,8% der Bevölkerung nur über ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 288,8 Pengö verfügten, entfielen auf die restlichen 20,2% immerhin 1500,3 Pengö. Wie schmal die Gruppe der Spitzenverdiener war, zeigt ihre absolute Zahl: 1931 hatten nur 16619 Personen ein Einkommen über 10000 Pengö.

Trotz radikaler Töne von rechts wurde bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs die Agrarreform nicht in Angriff genommen. Auch sozialpolitische Maßnahmen ließen bis 1939/40 auf sich warten, als sie unter dem Druck der Kriegswirtschaft und der notwendigen Sicherung der Versorgungslage eingeführt wurden (1939: Alters- und Sozialversicherung für die Beschäftigten im Agrarsektor; 1940: Gesetz XXIII zur Unterstützung kinderreicher Bauernfamilien; 1941: Verordnung zum leichteren Erwerb von Kleinbesitzen und -pachtungen; sozialer Wohnungsbau u.ä.)[33]. Durch Gesetz XV/1940 wurden schließlich die Mindestlöhne für Landarbeiter festgelegt[34].

Während ab 1850 hohe Getreidepreise erzielt werden konnten und Verbesserungen der Infrastruktur (Ausbau des Eisenbahn- und Straßennetzes), günstige Kreditbedingungen und der steigende Bedarf der industrialisierten Länder Westeuropas an Agrarprodukten positive Auswirkungen auf die gesamte Landwirtschaft zu haben schienen, hatte Ungarn ab etwa 1875 mit einer strukturellen Agrarkrise zu kämpfen. Sie wurde verursacht durch das Auftauchen billigen Überseegetreides auf den europäischen Märkten, das nach Lösung des Transportproblems (Eisenbahnbau in USA, Expansion der Handelsschiffahrt) wegen seiner niedrigen Produktionskosten weit unter dem Preis des ungarischen Getreides angeboten werden konnte. Ergebnis war ein ständiger Fall der Getreidepreise[35]. Aufgrund der extensiven Bewirtschaftung und des geringen Mechanisierungsgrades war die Produktivität der ungarischen Landwirtschaft niedrig, die Produktionskosten hingegen lagen vergleichsweise hoch. Die Lage verbesserte sich nach dem Ersten Weltkrieg nicht; die ungarische Landwirtschaft verlor durch die Zerschlagung der Donaumonarchie ihre bisherigen Absatzmärkte. Der nur schwach entwickelte Binnenmarkt konnte die in erster Linie auf Großgrundbesitz erwirtschafteten Getreideüberschüsse nicht aufnehmen. Die ökonomische Stabilität Ungarns hing somit einseitig von den auf dem Weltmarkt erzielten Weizenpreisen ab, denn Weizen war mit Abstand der wichtigste Posten des ungarischen Außenhandels[36].

[33] Borbándi, 1976, S. 58; JSHS 17 (1939), S. 355.

[34] Erstmals war es 1938 in 94 Bezirken und 19 Städten zur Festlegung der Mindestlöhne durch eine paritätische Kommission gekommen; vgl. Perneczky, in: MK 12 (1939); JSHS 17 (1939), S. 362. Zur Festlegung der Mindestlöhne ausführlich Nádújfalvy, in: MSSz 18 (1940), S. 853 ff.; ders., in: MSSz 19 (1941), S. 188 ff., 265 ff.; Heller, in: MSSz 19 (1941), S. 8 ff., 105 ff., 381 ff.

[35] Janos, 1982, S. 120 f.; ähnlich Berend/Ránki, 1974, S. 43.

[36] Vgl. hierzu MSE 46 (1938), S. 157, Tabelle 5, über die wichtigsten Exportgüter Ungarns 1936 bis 1938: Die Erträge aus dem Weizenexport beliefen sich 1936 auf knapp 16% des Gesamtertrages aus dem Außenhandel; an zweiter Stelle folgte die Ausfuhr von Vieh mit 12%.

Aufgrund der niedrigen Mechanisierungsrate – 1925 gab es in ganz Ungarn 1189 Traktoren, 1929 6800, 1938 6957[37] – und eines nur schwach entwickelten bäuerlichen Genossenschaftswesens[38] nahmen Produktivität und Rentabilität der Landwirtschaft in der Zwischenkriegszeit nicht zu. Es ist sogar eine gegenläufige Tendenz zu beobachten, wie die folgende Tabelle am Beispiel der Weizenerzeugung verdeutlicht[39]:

Jahr	Gesamterzeugungskosten in P/Kj	Gesamterzeugungskosten, umgerechnet in dz Weizen	Ertragsdurchschnitt in dz/Kj	Differenz in dz
1924/25	245,83	7,0	5,7	−1,3
1925/26	224,18	7,7	7,9	+0,2
1926/27	224,17	7,7	7,8	+0,1
1927/28	221,89	7,6	7,4	−0,2
1928/29	187,86	8,3	9,3	+1,0
1929/30	163,80	8,4	7,8	−0,6
1930/31	136,40	8,8	7,8	−1,0
1931/32	128,85	8,6	7,0	−1,6
1932/33	131,21	9,0	6,6	−2,4
1933/34	109,91	10,9	9,5	−1,4
1934/35	117,33	8,3	6,6	−1,7
1935/36	120,79	8,5	7,9	−0,6
1936/37	132,95	8,4	8,4	0,0
1937/38	154,02	8,3	7,6	−0,7
1938/39	162,60	9,1	9,6	+0,5
1939/40	171,76	9,8	9,5	−0,3

Die Tabelle belegt ein äußerst ungünstiges Verhältnis zwischen angefallenen Kosten und Erträgen. Besonders die Jahre während und nach der Weltwirtschaftskrise wiesen ein starkes Minus auf; erst 1938/39 konnte wieder ein leichtes Plus erwirtschaftet werden.

Die geringe Rentabilität des Getreideanbaus hatte eine hohe Verschuldung der gesamten Landwirtschaft zur Folge. Die Nachkriegsinflation hatte zwar die Vorkriegsschulden der agrarischen Betriebe (1913 auf dem Gebiet Trianon-Ungarns rund drei Milliarden Pengö) beinahe völlig entwertet, so daß sie für 1924 als schuldenfrei angenommen werden können[40]. Danach erhöhte sich die Schuldenlast der Landwirtschaft jedoch rapide, bis sie ab 1928/29 durch den Sturz der Getreidepreise untragbar wurde und die Regierung durch Gesetze zum Schutz der Schuldner eingreifen mußte[41].

[37] Zur Mechanisierung der Landwirtschaft vgl. ausführlicher Berend/Ránki, 1974, S. 128 f.
[38] Ausführlich Schandl, in: MK 9 (1936); JSHS 15 (1937), S. 531. Die 55 Genossenschaften Anfang 1937 hatten nur 7108 Mitglieder, die eine Fläche von knapp 29000 Kj bewirtschafteten.
[39] Auszug aus der Tabelle von Matolcsy, 1940, S. 14.
[40] A magyar nemzetgazdaság fejlödésére vonatkozó adatok 1924/25–1937/38, 1938, S. 48.
[41] Eine Statistik für die Jahre 1925–1932 vgl. ebenda, S. 39.

Der New Yorker Börsenkrach wirkte sich sofort auf die Weltgetreidepreise aus, die steil nach unten stürzten. Verschärft wurde die gerade für Ungarn mit seiner einseitigen Wirtschaftsstruktur verhängnisvolle Lage durch die Rekordernte 1928, die den Markt mit großen Getreidemengen überschwemmte und eine Baisse der Preise bewirkte. Da außerdem die Exportmöglichkeiten durch die Autarkiebestrebungen der europäischen Länder sanken, wurde die ungarische Landwirtschaft von der Depression besonders hart betroffen[42]. Die schon hohe Zahl der Arbeitslosen im Agrarsektor stieg auf 800 000[43]. Die sogenannte „Agrarschere" zwischen den Preisindices für industrielle und agrarische Produkte öffnete sich weit zuungunsten der Landwirtschaft (1913 = 100; 1929 = 115,8; 1933 = 170,4; 1938 = 137,4)[44].

Um den völligen Bankrott der Landwirtschaft abzuwehren, wurden 1926 bis 1933 Kredite im Wert von 2,3 Milliarden Pengö bereitgestellt, eine Summe, die drei- bis viermal höher lag als vor 1914[45]. 1930 nahm der Staat mehr Kredite auf als je zuvor und subventionierte damit vor allem die vor dem Konkurs stehenden Großgrundbesitzer, bis im Sommer 1931 das ungarische Finanzsystem im Anschluß an den Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt kollabierte[46]. Die finanzielle Privilegierung des Großgrundbesitzes durch den Staat wird deutlich, wenn man die Preisentwicklung von Getreide und tierischen Produkten miteinander vergleicht: Letztere fielen weitaus steiler ab, da Viehzucht in erster Linie von mittleren und großen Bauern betrieben wurde, Getreideanbau dagegen von den agrarischen Groß- und Mammutbetrieben, die für den Erhalt des Staates existentiell waren und daher stärker subventioniert wurden[47]. Trotz der massiven Subventionen stieg die Zahl der Pfändungen von Grundbesitz von 12 000 im Jahr 1929 auf 20 000 1932/33[48].

Gewerbliche Wirtschaft

Dem agrarischen stand auf der anderen Seite ein langsam wachsender, vom Ersten Weltkrieg jedoch in seiner Entwicklung zurückgeworfener gewerblicher Erwerbssektor (Bergbau; Industrie und Handwerk; Handel; Verkehr; Geld-, Kredit- und Versicherungswesen) gegenüber[49]:

[42] Die Entwicklung der Getreidepreise 1924/25–1938/39 in Budapest und Liverpool vgl. auf dem Diagramm bei Matolcsy, 1940, S. 9; dazu auch Berend/Ránki, 1974, S. 117.

[43] Nagy-Talavera, 1970, S. 83.

[44] Guothfalvy-Dorner, in: Baranyai, 1940, S. 130; ähnlich Macartney I, S. 90.

[45] Judik, in: MK 11 (1938); JSHS 16 (1938), S. 481; György, in: KSz 61 (1937); JSHS 18 (1940), S. 81.

[46] Nagy-Talavera, 1970, S. 83.

[47] Ránki, in: AH 5 (1958), S. 209 (Rezension zu Incze, 1955).

[48] Berend/Ránki, 1960 (b), S. 66. Im Jahr 1932, dem gleichzeitigen Höhepunkt der Wirtschaftskrise und einer Selbstmordwelle (352 Suizide, 334 Suizidversuche auf eine Million Einwohner) waren 28,7 % der Selbstmörder Bauern; vgl. Szél, in: MSSz 15 (1937), S. 1039 ff.

[49] Berechnet aus Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 96; die Vergleichszahl für 1900 bei A. Kovács, 1941, S. 44.

1900*	1910*	1920	1930	1941*
		in % der Bevölkerung		
24,8	29,9	30,1	32,3	35,0

* hier und im folgenden bis auf Widerruf bezogen auf das Gebiet von Trianon-Ungarn

Demnach war 1930 ein knappes Drittel der Bevölkerung in der gewerblichen Wirtschaft tätig; die Vergleichszahl des Jahres 1900 belegt deutlich, daß der Modernisierungsprozeß vor dem Ersten Weltkrieg erheblich schneller abgelaufen war als in der von Kriegsfolgen, Inflation, Weltwirtschaftskrise und schließlich vom Zweiten Weltkrieg und der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Dritten Reich geprägten Horthy-Ära. In Betracht zu ziehen sind bei der Bewertung dieser Zahlen zudem erhebliche regionale Disparitäten. Die agrarische „Provinz" stand in krassem Gegensatz zur Hauptstadt Budapest und ihrer Umgebung, die nicht nur das politische, sondern auch das industrielle Zentrum des Landes bildete. So waren 1941[50] beispielsweise noch 77,5% der Bevölkerung des Komitats Bihar im Osten Ungarns in der Landwirtschaft tätig. Die Zahlen für die in der Großen Tiefebene gelegenen Komitate Hajdu und Csanád lauten 72,8 bzw. 70,6%. Aber auch die Komitate Transdanubiens westlich der Donau wiesen einen hohen Anteil der im Agrarsektor tätigen Bevölkerung auf, z. B. das Komitat Sopron mit 70,6%, Vas mit 66,6% oder Zala mit 68,2%. Ganz anders dagegen die Hauptstadt (1941: 1 164 963 Einwohner): Von der Budapester Bevölkerung waren tätig in

Industrie und Handwerk	41,8%
Handel	13,3%
Geld-, Kredit-, Versicherungswesen	1,9%
Verkehr	6,0%
Öffentlicher Dienst, freie Berufe	12,3%.

Wenngleich die „Provinz" Groß-Budapest an Zahl der Fabrikbetriebe überflügelte (1938: 1859 in Groß-Budapest, 2131 im übrigen Ungarn), so konzentrierten sich 61,2% (182 074) der Fabrikarbeiterschaft Ungarns 1938 in der Hauptstadt (gegenüber 115 666 in den Komitaten). Erstmals im Jahr 1925, von da an jedoch deutlich und mit wachsendem Abstand, übertraf der in Budapest und Umgebung erwirtschaftete Produktionswert den des übrigen Ungarn (1938: 59% gegenüber 41% in der Provinz)[51]. Nach 1932 gewann die Hauptstadt noch mehr an Bedeutung, da sich hier die wesentlichen Kreditinstitute befanden, von denen die Bewältigung der Weltwirtschaftskrise durch die staatliche Devisen- und Kreditpolitik ausging[52]. Ab Mitte 1933 machte sich der ökonomische Aufschwung zuerst in Budapest bemerkbar – jetzt waren die engen wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland wieder von Vorteil – und zog etwas später die Provinzen nach. Die wirtschaftliche Entwicklung Ungarns wurde folglich von der

[50] Die folgenden Zahlen berechnet aus: Az 1941. évi népszámlálás 4, 1979, S. 42 f.
[51] Berechnet nach den Zahlen von Guothfalvy-Dorner, in: JSHS 19 (1941), S. 52, Tabelle 5.
[52] Vgl. dazu ausführlich Ács, in: KSz 60 (1936); JSHS 15 (1937), S. 409.

Initiative der Hauptstadt immer abhängiger; ihre nationale Bedeutung wuchs auf Kosten der ländlichen Regionen wie auch der kleineren Städte[53].

Die nach dem Ersten Weltkrieg eingetretenen Strukturveränderungen führten zu einer verstärkten Fortentwicklung der Leichtindustrie bzw. der Klein- und Mittelbetriebe; damit verbunden waren eine beträchtliche Abnahme der Facharbeiterschaft und entsprechende Zunahme an- und ungelernter Arbeiter, darunter ein erheblicher Anteil von Frauen[54].

In der Zwischenkriegszeit waren 45% aller Industriearbeiter in Kleinbetrieben beschäftigt, wo sie mehr als 25% der industriellen Güter produzierten. Trotz höherer Rationalisierung gelang es den Großbetrieben nicht, die Kleinen, denen eine große Zahl billiger (ungelernter, meist weiblicher) Arbeitskräfte zur Verfügung stand, zu verdrängen; der Anteil von Fabriken mit mehr als 500 Beschäftigten fiel von 38 auf 32%[55]. Die große Bedeutung von Kleinindustrie und Handwerk für die ungarische gewerbliche Wirtschaft[56] erhellt sich aus den Ergebnissen der Volkszählung 1930. Von insgesamt 216068 selbständigen Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk[57] waren 160855 Handwerker mit 158119 Betrieben. Diese konzentrierten sich auf das Bekleidungs- (36,3%), Bau- (21,1%), Metall- (11,2%), Lebensmittel- (10,8%), Holz- und Gaststättengewerbe (je 9,0%). Sie verteilten sich regional zu 75,4% auf die Komitate, 14,3% auf Budapest und 10,3% auf die übrigen zehn ungarischen Städte[58].

Weit über die Hälfte dieser handwerklichen Kleinbetriebe (58,1%; 90870), die fast alle (93,9%) über keinerlei Kraftmaschinen verfügten, waren Ein-Mann-Betriebe; die restlichen 41,9% (65457) hatten insgesamt 169687 Beschäftigte. Betrachtet man die Betriebe mit Beschäftigten, so handelte es sich mehrheitlich um kleine Werkstätten: 20,8% hatten nur einen, 17,9% zwei bis fünf, 2,1% sechs bis zehn, 0,7% elf bis neunzehn und nur 0,4% zwanzig und mehr Beschäftigte[59]. Im selben Jahr 1930 betrug die Zahl der Fabrikarbeiter (Mittel- und Großbetriebe) 217012[60]. Da ferner noch 45% der männlichen Industriearbeiter „Arbeiter der ersten Generation" waren, d.h. nicht von Arbeiterfamilien abstammten[61], wird deutlich, daß Industrie und Gewerbe in Horthy-Ungarn einen noch jungen, stark von Kleingewerbe und Handwerk geprägten Sektor darstellten, was die Arbeitssituation und das Bewußtsein der Industriearbeiterschaft erheblich beeinflussen mußte[62].

[53] Dazu Surányi-Unger, in: JSHS 15 (1937), S. 240f.

[54] Vgl. MT 8/2, S. 754, 799f.; Berend/Ránki, 1974, S. 157. Die vor dem Weltkrieg übergewichtige Lebensmittelindustrie verlor ihre führende Rolle, zählte aber nach wie vor zu den stärksten Industriezweigen; die Bedeutung der Schwerindustrie stagnierte bzw. nahm leicht ab.

[55] Berend/Ránki, 1974, S. 140; vgl. auch MT 8/2, S. 799.

[56] Zur Rolle des Handwerks 1900–1940 Ránki, in: TSz (1964), S. 423ff.

[57] Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 116.

[58] Farkasfalvi, in: MSSz 13 (1935), S. 537, Tabelle 1. Auf die geringfügig unterschiedlichen Erhebungsmethoden in Volkszählung 1930 und Handwerksstatistik macht aufmerksam Ránki, in: TSz 7 (1964), S. 443.

[59] Farkasfalvi, in: MSSz 13 (1935), S. 538f., Tabellen 2 und 3.

[60] Guothfalvy-Dorner, in: JSHS 19 (1941), S. 52, Tabelle 5.

[61] MT 8/2, S. 774.

[62] Vgl. dazu ausführlich S. 165ff. dieser Arbeit; auch Lackó, 1958; ders., 1961; MT 8/2, S. 800: „Zweifellos aber sank [...] der Einfluß der organisierten, bewußten Arbeiterschichten auf die neueren Schichten der Arbeiterklasse und das Ganze der Gesellschaft."

Ein Vergleich der Zahl der Erwerbstätigen 1920 und 1930 belegt, daß sich der Anteil der Industriearbeiterschaft im engeren Sinne (Arbeiter in Industrie und Bergbau) von 52,2 auf 56,9% auf Kosten von Dienstboten, Kommunalarbeitern, Tagelöhnern usw. erhöhte. Trotzdem bleibt der Prozentsatz nichtindustrieller Arbeiter auffallend hoch[63]:

	1920 absolut	1920 in %	1930 absolut	1930 in %
Industrie und Bergbau	464445	52,2	660775	56,9
Handel	60980	6,9	84223	7,3
Verkehr	85626	9,7	82830	7,1
Öffentlicher Dienst	46673	5,3	58078	5,0
Tagelöhner	50118	5,7	61046	5,3
Dienstboten	155892	17,6	176987	15,3
Sonstige	22785	2,6	36033	3,1
insgesamt	886519		1159972	

Die im öffentlichen Sektor beschäftigten Arbeiter (Bahn, Post, Kommunalarbeiter usw.) unterschieden sich in ihrer materiellen Lage kaum von der Industriearbeiterschaft, doch kamen sie in den Genuß eines sicheren Arbeitsplatzes[64] und einer kleinen Rente, was sich auf ihre mentale Disposition und politischen Orientierungen auswirken mußte. Erstaunlich hoch blieb mit über 15% der Anteil der Dienstboten; sie bildeten, in ihrer Mehrheit junge Mädchen vom Lande, die unterste, kaum organisierte Schicht des städtischen Proletariats. Das nichtindustrielle städtische Proletariat stellte für die bäuerlichen Unterschichten eine Zwischenstation auf der Migration vom Land in die Stadt bzw. in die Industriearbeiterschaft dar. Entsprechend hoch lag ihr Anteil bei Dienstboten (63%), staatlichen und kommunalen Arbeitern (54%), Arbeitern im Verkehrswesen (51%) und Tagelöhnern (45%; Zahlen für 1930)[65].

Der „alte Mittelstand" aus selbständigen kleinen Händlern, Handwerkern und Fuhrleuten ist in der Zwischenkriegszeit auf rund 300000–350000 Familien zu schätzen[66]. Das Jahr 1941 weist insgesamt 324560 Selbständige mit höchstens fünf Beschäftigten in Handwerk, Handel und Verkehr aus, wobei es sich zu rund 80% um Ein-Mann-Betriebe handelte[67]. Hinter diesen Zahlen sind noch beträchtliche soziale

[63] Ebenda, S. 796.

[64] Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit lag auch in Zeiten guter Konjunktur bei immerhin 10%; zur Zeit der Weltwirtschaftskrise waren über 200000 Industriearbeiter, also jeder dritte, ohne Beschäftigung (geschätzte Zahl 1933: 241000); vgl. ebenda, S. 800f.; Berend/Ránki, 1960 (b), S. 111. Dies war um so schlimmer, als es keine Arbeitslosenunterstützung gab; jede Art von Bezahlung sollte nach Ansicht von Arbeitgebern und Regierung nur gegen geleistete Arbeit erfolgen. Zu den Anfängen der Arbeitslosenhilfe vgl. Baksay, in: Sz 117 (1983), S. 741ff.

[65] MT 8/2, S. 796f.

[66] Ebenda, S. 780.

[67] Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 374.

Unterschiede zu vermuten. Insbesondere auf dem Dorf oder in den städtischen Außenbezirken lebte der „alte Mittelstand" oft unter dem Niveau der Arbeiter- oder Bauernschaft. So wohnten 1928 46% der selbständigen Handwerker und 33% der Kleinhändler von Budapest mit ihren Familien in Einzimmerwohnungen; eine tägliche Arbeitszeit von zehn bis zwölf Stunden war die Norm[68].

Die Zahl der dem „neuen Mittelstand" zuzurechnenden Angestellten im gewerblichen Bereich betrug rund 110000 Erwerbstätige (1929: 107477; 1933: 94795; 1937: 112205)[69]. Dabei stieg insbesondere der Anteil der Angestellten in der Industrie. Er vergrößerte sich innerhalb von zehn Jahren um 50%[70].

Öffentlicher Dienst und freie Berufe

Die Erwerbsstrukturstatistik ergibt einen Anteil von rund 5% für die im öffentlichen Dienst und in den freien Berufen beschäftigte Bevölkerung: 1910*: 4,0%; 1920: 4,7%; 1930: 5,1%; 1941*: 5,1%[71]. Weiter sind jedoch die gesondert aufgeführten Streitkräfte sowie die Rentner und Pensionäre in die Untersuchung einzubeziehen. Das Personal der Streitkräfte unterliegt insofern Sonderbedingungen, als der militärische Sektor sich nicht nach ökonomischen „Gesetzen" fortentwickelt, sondern von innen- wie außenpolitischen Gegebenheiten abhängt. Das starke Schwanken der Erwerbstätigen im Militärbereich (1910*: 53508; 1920: 87965; 1930: 40980; 1941*: 127836)[72] beruhte natürlich auf den Demobilmachungsmaßnahmen nach dem Ersten Weltkrieg, der im Trianoner Vertrag erzwungenen Berufsarmee von höchstens 35000 Mann bzw., nach Anerkennung der Rüstungsgleichberechtigung Ungarns im Abkommen von Bled 1938, auf der Aufrüstung und dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg im Juni 1941[73].

Auffallend hoch ist der steigende Anteil der Rentner und Pensionäre und ihrer Angehörigen auf 3,5 bzw. 3,8% der Bevölkerung 1930 und 1941*. In absoluten Zahlen ausgedrückt gab es 1910* 31392 Rentner (1,0% der Erwerbstätigen), 1920 bereits 64669 (1,7%), 1930 135372 (3,4%) und 1941* 180211 (4,0%)[74]. Die Ursache dieses Pensionistenbergs lag nicht etwa nur in einem steigenden Anteil alter Leute, sondern in der Tatsache, daß nach der Zerschlagung der Doppelmonarchie die ungarischen Staatsbediensteten aus Verwaltung, Bahn, Post usw. aus den Nachfolgestaaten in das verkleinerte Trianon-Ungarn flohen, dort aber nur zum Teil in den ohnehin aufgeblähten bürokratischen Apparat übernommen werden konnten. Die anderen mußten in den Ruhestand versetzt werden. Die übermäßige Belastung des Staatshaushalts zur

[68] MT 8/2, S. 780f.

[69] Incze, 1955, S. 366f., zitiert nach Balogh, 1967, S. 15f. Interessanterweise sank jedoch das Jahresdurchschnittsgehalt der Angestellten ab 1929 beständig und erholte sich nicht vom Einbruch der Weltwirtschaftskrise. Hatte es 1929 noch 2700 P betragen, war es 1933 auf 2308 P, 1937 auf 2155 P abgesunken.

[70] MT 8/2, S. 782.

[71] Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 96.

[72] Ebenda, S. 105.

[73] Förster, in: Das Deutsche Reich und der 2. Weltkrieg 4, 1983, S. 354. Ungarn hatte jedoch bereits vor Bled sein Heer insgeheim vermehrt. Es umfaßte zum Zeitpunkt des Abkommens 85252 Mann; vgl. ebenda.

[74] Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 105.

Zeit der Weltwirtschaftskrise machte weitere Stellenabbaumaßnahmen nötig, wodurch sich die Zahl der Pensionierten weiter vergrößerte[75].

Nach Abzug der Selbständigen von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Kategorie „Öffentlicher Dienst und freie Berufe" lassen sich Freiberufler und Beamte (Verwaltung, Rechtspflege, Unterrichts- und Gesundheitswesen, Kirche u.ä.) voneinander unterscheiden. Nicht enthalten sind hier jedoch die Bediensteten der staatlichen Unternehmen (Bahn, Post usw.), so daß die eigentlichen Zahlen der Erwerbstätigen im öffentlichen Sektor noch erheblich höher liegen müssen[76]:

	1910*	1920	1930	1941*
Freiberufler	15534	17216	20198	21208
Öffentlicher Dienst	111812	151613	176804	208946
insgesamt	127346	168829	197002	230154

Während sich die Zahl der erwerbstätigen Freiberufler bis 1941 um ein Drittel vergrößerte[77], verzeichnete der öffentliche Dienst eine noch stärkere Zunahme. Es dominierten hier die Verwaltung (1910*: 41639 Erwerbstätige; 1920: 57920; 1930: 65665; 1941*: 77779) und das Erziehungswesen (1910*: 28146; 1920: 39651; 1930: 42347; 1941*: 49697)[78].

2. Úri társadalom – die „Herrengesellschaft"

Die Erwerbsstruktur der Bevölkerung Horthy-Ungarns sagt viel, aber längst nicht alles über den Entwicklungsstand dieser Gesellschaft. Ebenso wäre es verfehlt, ihre Sozialstruktur allein nach dem Kriterium des Besitzes und der Verfügung über die gesellschaftlich relevanten Produktionsmittel zu bestimmen, wie es in einer idealtypischen Klassengesellschaft der Fall ist, da die ungarische Gesellschaft der Horthy-Ära „auch Symptome eines ‚Kastenwesens' aufwies, das mit den die Klassengliederung bestimmenden wirtschaftlich-sozialen Faktoren allein nicht zu erklären ist"[79].

Der Hinweis auf das Kastenwesen ist zwar eine ironisch-umgangssprachlich gemeinte Übertreibung, doch spricht sie das Überdauern „zahlreicher Struktur- und Einstellungselemente der alten Adelsgesellschaft"[80] an. Tatsächlich finden sich bedeu-

[75] Hierzu ausführlich S. 51 ff. dieser Arbeit; zusammenfassend auch A. Kovács, 1941, S. 45 f.

[76] Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 105, 117. Die Zahlen stimmen überein mit MT 8/2, S. 781, wo die Gesamtzahl der „Intelligenz" (Beamte, freie Berufe, Angestellte) mit 275000 Familien angegeben wird.

[77] Der Schwerpunkt lag auf den freien medizinischen und juristischen Berufen; vgl. Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 117.

[78] Ebenda, S. 105, 117.

[79] MT 8/2, S. 773. Ebenda, S. 773 ff., schränkt in diesem Sinne das auf S. 772 wiedergegebene Klassenstrukturschema ein, das die Gesellschaft grob in Lohnabhängige, kleine Warenproduzenten, Kapitalisten/Grundbesitzer und „sonstige" unterteilt.

[80] Ebenda, S. 773.

tende Reststrukturen der alten ständisch-feudalen Gesellschaftsordnung, die, „unter starkem Einfluß ritueller Verhaltensweisen" stehend, eng mit der „ideellen und moralischen Ausstrahlungskraft" der führenden Adelsschicht verbunden ist. Die Zugehörigkeit zu einem Stand und die damit verknüpften Privilegien und Sonderpflichten bemessen sich primär nach Herkunft und Geburt („ascribed status"), wohingegen Reichtum, Besitz, Bildung, Leistung zur Statuszuweisung sekundär sind. Wichtig erscheint die Betonung des rituellen Elements in einer Ständegesellschaft, das sich in einem ausgeprägten Standesbewußtsein der oberen Stände, einem eigenen Ehrenkodex, einer spezifischen Lebensführung und einem daran ausgerichteten Heirats- und Sozialverhalten manifestiert[81].

Schon György Lukács stellte für Ungarn fest, daß der Zusammenprall zwischen den kapitalistischen und feudalen Kräften „unter steten Zugeständnissen an die feudalen Relikte" vor sich ging, so daß der Gegensatz zwischen den „feudalen Überbleibseln" und der Bourgeoisie „vielfach verwaschen" wurde[82]. Auch Ránki vertritt die Ansicht, daß bis zum Ende der Horthy-Ära Herkunftsprivilegien den gesellschaftlichen Status mindestens in demselben Maße bestimmten wie Vermögen und Reichtum, was die industriell-kapitalistische Fortentwicklung in vieler Hinsicht behindert habe[83].

Zwar waren die Regeln dieser ständisch geprägten „Herrengesellschaft" (úr, *Herr*) nirgends festgeschrieben, doch wußte jeder, wer wessen „Herr" war. Dies gelang nicht zuletzt durch ein ausgeklügeltes System von Titeln, Rangabzeichen und Grußformeln, die, je nach gesellschaftlicher Position, in den verschiedensten Nuancen verwendet wurden. So lautete die Anrede eines Notars „gnädiger Herr" (tekintetes úr), eines Bürgermeisters „wohlgeborener Herr" (nagyságos úr), eines Ministerialrats „hochgeborener Herr" (méltoságos úr) und eines Ministers „Exzellenz" (kegyelmes úr)[84]. Ein nicht ranggemäßer Gruß oder eine gegen die ungeschriebene Hierarchie verstoßende Tischordnung auch bei inoffiziellen Gelegenheiten galten als größte Beleidigung, war ein gesellschaftlicher Titel doch nicht nur für das Individuum, sondern auch für die ganze Familie prestigehebend[85]. Deutlich wurde die interne Hierarchie beispielsweise am Casino- und Clubleben. Der exklusivste Eliteclub, das „Nationalcasino" (Nemzeti Casino), hatte nur 450 Mitglieder, und zwar ausschließlich Aristokraten, Regierungsmitglieder und höchstrangige Offiziere. Über ein hohes Einkommen und Vermögen ließ sich der Zugang nicht erkaufen, so daß Unternehmer und Bankiers in diesen Kreisen nicht vertreten waren. Der Weg eines „homo novus" in das Nationalcasino führte ausschließlich über die politische Karriere als einer in der Adelsgesellschaft anerkannten Beschäftigung[86].

Innerhalb desselben Standes duzte man sich bei Altersgleichheit automatisch, um die soziale Ranggleichheit zu betonen. Ein Älterer sprach den Jüngeren – in deutscher Übersetzung seltsam familiär – mit „mein Sohn" (fiam) oder „mein (jüngerer) Bruder"

[81] Siebel, 1974, S. 246 f.
[82] Lukács, Az ész trónfosztása, zitiert nach Márkus, in: AH 18 (1972), S. 123.
[83] MT 8/2, S. 773.
[84] Angemessene deutsche Übersetzungen sind leider kaum möglich.
[85] Vgl. hierzu Szabolcs, 1965, S. 14, 48; Kosa, in: JCEA 16 (1956), S. 256 ff. Eine gute Einführung in die Gepflogenheiten des „herrschaftlichen Ungarn" geben die zeitgenössischen Veröffentlichungen von Makkai, 1937 und 1942.
[86] Stier, in: Sz 117 (1983), S. 439.

(öcsém) an; umgekehrt lautete die Anrede „mein Oheim" (bátyám). Diese Formeln hatten mit einer tatsächlichen Verwandtschaft nichts zu tun, doch galt eine Anrede mit „Herr X" oder „Sie" als leicht geringschätzig und wurde nur für sozial niedriger Gestellte gebraucht[87].

Neben den Titeln verfügte jeder Stand über informelle Reste einer Kleiderordnung und einen eigenen „Knigge", dessen Mißachtung mit Prestigeverlust sanktioniert wurde. So tat beispielsweise ein Berg von Schulden dem gesellschaftlichen Ansehen eines adeligen Grundbesitzers, der nach Herrenmanier auf großem Fuß lebte, keinen Abbruch, im Gegenteil. Ein Angehöriger des unteren Mittelstandes war jedoch bereits im Abseits, wenn er seine Rechnungen nicht pünktlich bezahlte[88]. Es ist auf diese, auch auf andere gesellschaftliche Gruppen ausstrahlende Adelsmentalität zurückzuführen, daß von den der hochverschuldeten Landwirtschaft 1926–1931 gewährten Krediten nur 10 % für Produktivinvestitionen ausgegeben wurden; dagegen entfielen 10 % auf Luxusartikel, 22 % auf andere Konsumzwecke, 10 % auf die Schuldentilgung und 48 % auf den Erwerb neuen Landes. Konsequenz war, daß infolge der starken Nachfrage die Bodenpreise stark anstiegen und der Abstand zwischen dem Einkommen aus dem neu erworbenen Land und der Höhe der zu tilgenden Schulden sich erweiterte[89].

Tatsächlich ist Horthy-Ungarn als ein „inextricable kaleidoscope of the customs, behavioral patterns and social values of each of the last three centuries" vorzustellen, in dem die großen sozialen Unterschiede mit den „sacrosanct values" von Geburt und Herkunft eng verknüpft waren[90]. Daneben entwickelte sich jedoch eine moderne Industriegesellschaft, in der sich die Position des einzelnen nicht mehr nach Rang und Titel bestimmen ließ[91].

Aristokratie und Unternehmerschaft

Ganz oben an der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie stand in der Zwischenkriegszeit der traditionell führende Hochadel. Nur 526 aristokratische Familien verfügten über die immensen, die ungarische Agrarstruktur kennzeichnenden Latifundien, darunter, um nur die bekanntesten Namen zu nennen, die Habsburger, Esterházy, Festetics, Pallavicini. Diese schmale Magnatenschicht nannte ein Drittel der Bodenfläche Ungarns ihr eigen[92]. Der adelige Ehrenkodex gestattete – neben dem traditionell anerkannten Engagement in der politischen Führung des Landes – nur leitende Verwaltungstätigkeiten, so in erster Linie die Verwaltung der Güter, aber auch leitende Positionen in Industrie und Bankwesen, weniger im Handel, da dieser einen niedrigeren Prestigewert hatte[93]. Die Aristokraten wurden jedoch nicht selbst als Industrielle tätig. Die unternehmerische Initiative überließen sie, da eine magyarische

[87] Janos, 1982, S. 122, Anm. 104.
[88] Kosa, in: JCEA 16 (1956), S. 263.
[89] György, in: KSz 61 (1937); JSHS 18 (1940), S. 81.
[90] History of the Hungarian Nation, 1969, S. 256.
[91] Vgl. auch Kosa, in: JCEA 16 (1956), S. 257.
[92] MT 8/2, S. 774. Nach einer Untersuchung 1942 waren nur 34,3% der aristokratischen Familien magyarischer Herkunft; vgl. Janos, 1982, S. 19, Anm. 24.
[93] Kosa, in: JCEA 16 (1956), S. 263.

bürgerliche Schicht im 19. Jahrhundert fehlte, den Juden[94]. Da die Magnatenehre führende Positionen als Direktoren und Aufsichtsratsvorsitzende sowie die Anlage von Geldvermögen in Industrieunternehmungen gestattete, entstand eine enge, für Ungarn eigentümliche wirtschaftliche und auch familiäre Verflechtung zwischen grundbesitzendem Adel und zumeist jüdischem Bank- und Industriekapital.

Zum Großkapital im engeren Sinne eines Monopol- oder Finanzkapitals gehörten nur um die 50 Familien[95]. Wegen Ungarns später, von „oben" eingeleiteter Industrialisierung war dem Bank- und Kreditwesen von Anfang an eine wichtige Funktion zugekommen. Die Konzentrations- und Monopolisierungstendenz nach dem Ersten Weltkrieg – Ende 1924 gab es in Ungarn noch 2168, 1938 nur mehr 1425 Banken – führte nicht nur dazu, daß die acht größten Budapester Banken direkt oder indirekt 130 andere und damit 72 % der Kapitalressourcen kontrollierten sowie, durch die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital, auch 60 % der ungarischen Industrie[96]. Dabei kam der Handelsbank (Kereskedelmi Bank) und der Kreditbank (Hitelbank) die größte Bedeutung zu. Sie kontrollierten nach Berechnungen von Berend/Ránki mehr als 50 % des Industriekapitals[97].

Diese wenigen führenden Bank- und industriellen Großunternehmen waren in den Händen einer schmalen Gruppe jüdischer, miteinander durch Heirat verbundener Familien. Hingewiesen sei auf die Familiengruppe um die Kreditbank und die Ungarische Allgemeine Steinkohlenbergbau AG (Magyar Általános Kőszénbánya RT.), die Familien Vida-Perényi, Ullmann und Kornfeld sowie auf die Familien Weiss und Chorin um die Handelsbank, Manfred-Weiss-Werke und die Salgótarjáner Steinkohlenbergbau-Gesellschaft (Salgótarjáni Kőszénbánya Társaság). Hierzu zählten weiter die Familien Bíró, Fellner und Goldberger. Durch Heiraten entstand aus diesen beiden Großgruppen ein engeres Interessenkartell der Familien Weiss-Kornfeld-Chorin-Mauthner[98].

Die enge Verflechtung zwischen großgrundbesitzendem Adel und Großkapital kam jedoch nicht nur einseitig dadurch zustande, daß die Aristokraten ihre Vermögen in Wertpapieren anlegten, in den Aufsichtsräten und Vorständen großer Unternehmen führende Positionen einnahmen und dadurch unbestreitbar auch ihre politische Führungsrolle untermauerten. Auch von seiten der Unternehmerschaft ist eine deutliche Tendenz zu beobachten, sich der traditionellen Adelselite anzunähern, indem man, abgesehen von den nicht seltenen Heiraten mit adeligen Familien, in landwirtschaftlichen Grundbesitz investierte und auf diese Weise zu den führenden Grundbesitzern des Landes avancierte[99].

Nach einer Untersuchung von 1922 waren knapp 20 % der Großgrundbesitze über 1000 Kj in jüdischer Hand, obwohl die größten Latifundien weiterhin den Aristokraten sowie der katholischen Kirche gehörten, die als einer der reichsten Grundeigner

[94] Vgl. dazu ausführlich S. 57 ff. dieser Arbeit.
[95] MT 8/2, S. 775.
[96] Berend/Ránki, 1974, S. 147 ff.; vgl. auch Klein, in: JSS 28 (1966), S. 81.
[97] Berend/Ránki, 1960 (b), S. 103; auch McCagg, in: JMH 44 (1972), S. 75.
[98] Berend/Ránki, 1960 (b), S. 104; MT 8/2, S. 775 f. Eine detaillierte Aufstellung von Größe, Kapitaleignern und Direktoren der einzelnen Unternehmungen vgl. in: Iratok az ellenforradalom történetéhez 2, S. 565 ff., 3, S. 812 ff.
[99] Vgl. hierzu MT 8/2, S. 777; Macartney I, S. 19; Klein, in: JSS 28 (1966), S. 82.

des Landes fest in das politisch-soziale System integriert war[100]. Während der gemeine Adel („Gentry") seinen (mittelgroßen) Grundbesitz verlor, rückte das jüdische Großbürgertum nach und besaß 19 % der Agrarbetriebe zwischen 200 und 1000 Kj. Auffälliger noch schlug sich das Interesse jüdischer Unternehmer an Grundbesitz in ihrem Anteil an gepachteten Grundstücken nieder: 73,2 % der Großpächter über 1000 Kj und 62 % der Pächter mittelgroßer Ländereien waren Juden[101].

Die These von der „Feudalisierung des Bürgertums", ein mitteleuropäischer Vorgang[102], ist hier ganz wörtlich zu nehmen, da im 19. und frühen 20. Jahrhundert 346 jüdischen Familien der Adelstitel verliehen wurde[103]. Diese orientierten sich in ihrem sozialen, politischen und kulturellen Verhalten an den adeligen Eliten: „Hungary's ‚new class' gave its political allegiance not to the cause of ‚bourgeois democracy', but to the country's ruling noble caste. Voluntarily it entered ‚service' to the old regime, and thus made possible the anomalous continuity of Hungary's political leadership from the early nineteenth century until 1944."[104] Obwohl nach dem Ersten Weltkrieg infolge von Inflation und Weltwirtschaftskrise ein gewisser personeller Austausch innerhalb der ökonomischen jüdischen Elite stattfand, so änderte sich nichts daran, daß sich diese „just as wild for ranks and titles as their predecessors" verhielten[105].

Gentry, Bürokratie, Mittelklasse

Ein Vergleich der typisierten Modernisierungsprozesse der westlichen Kernländer („core countries") des globalen ökonomischen Systems und der Länder und Regionen an der Peripherie dieses Systems (Osteuropa, Dritte Welt) belegt, daß in letzteren die Industrialisierung durch Orientierung am westlichen Vorbild von oben durch den Staat in die Wege geleitet wurde (und wird), obwohl sich die Produktivkräfte noch in keinem derart fortgeschrittenen Entwicklungszustand befinden. An der Peripherie dreht sich der historische Prozeßablauf des Westens also um. In Anbetracht des als beispielhaft empfundenen Fortschritts der westlichen Länder wurde/wird an der Peripherie zuerst der moderne Verwaltungsstaat geschaffen, um einen vergleichbaren Modernisierungsprozeß zu initiieren. Mit anderen Worten: „The modern state took shape

[100] Zu den Vermögensverhältnissen der Kirche vgl. die Statistiken für 1925, 1928 und 1935, in: A püspöki kar tanácskozásai, 1984, S. 362–371.

[101] A. Kovács, 1922, S. 40 f.; dazu auch Janos, 1982, S. 115; Nagy-Talavera, 1970, S. 41, Anm. *; Borbándi, 1976, S. 50, Anm. 44.

[102] Vgl. dazu ausführlich Mayer, 1984, S. 83 ff. Demnach war die „Tendenz zur Aristokratisierung" beim Bürgertum viel stärker als die Verbürgerlichung des Adels; für Ungarn ebenda, S. 118 ff.

[103] McCagg, in: JMH 44 (1972), S. 65; ders., 1972, S. 17. Zusammenfassend auch Janos, 1982, S. 179.

[104] McCagg, in: JMH 44 (1972), S. 78. Ziel des europäischen Bürgertums war nach Mayer, 1984, S. 88, „nicht, die grundbesitzende herrschende Kaste in Bedrängnis zu bringen oder zu entmachten, sondern in sie einzubrechen". Mayers umstrittene These der Feudalisierung als eines gemeineuropäischen Vorgangs wird hier nicht übernommen.

[105] McCagg, in: JMH 44 (1972), S. 77. Tabelle 5 macht die „Feudalisierung" des Großkapitals quantitativ greifbar. Beispielsweise bestand die Führungsgruppe des Industriellenverbands GYOSZ aus 73 Personen: einem Ausländer, 2 Aristokraten, 4 Unbekannten, 22 Nichtjuden, 44 Juden; von diesen waren 23 adelig, weitere 10 hatten andere Ehrentitel.

before the modern economy; it came into being not as a product, but as a potential instrument of social change."[106]

Diese Umkehr des Prozeßablaufs hat eine in ihrer Bedeutung gar nicht zu überschätzende Konsequenz. Der Staat als Initiator einer „modernen" Entwicklung gewinnt eine wichtige, wenn nicht dominante Position gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft, der Etatismus überschattet den Kapitalismus. Reformen werden von oben eingeleitet; sogar die politischen Revolutionen in den peripheren Ländern stehen oft unter der Leitung von Teilen der traditionellen Eliten (niederer Adel), wobei feudale Strukturen nur halbherzig oder gar nicht beseitigt werden[107]. Weiter bedeutet dies, daß die Geschichtsforschung ihr Augenmerk nicht nur auf die Industrialisierung und die Konflikte der ökonomischen Klassen (Großgrundbesitz – Agrarproletariat; Großkapital – Industrieproletariat), sondern auch auf die Bürokratisierung von Politik und Wirtschaft sowie die Entstehung einer „politischen Klasse" im öffentlichen Dienst richten muß[108].

Seit 1608 wurde der ungarische Adel offiziell in zwei Gruppen unterteilt, in Aristokratie und gemeinen Adel, dessen Zahl ständig zunahm. 1787 gab es bereits knapp 390 000 Angehörige des niederen Adels, 1839 wurde ihre Zahl auf 620 000 geschätzt, immerhin 5 % der Gesamtbevölkerung[109]. Während Ende des 18. Jahrhunderts in der Tschechei ein Adeliger auf 828, in Oberösterreich auf 353, in Niederösterreich auf 152 und in Frankreich auf 180 Bewohner kam, entfiel in Ungarn ein Adeliger auf 20 (!) Einwohner[110]. Ungefähr ein Fünftel des gemeinen Adels zählte nach der damaligen Statistik zu den „possessionati" mit einem Einkommen zwischen 500 und 3000 Fls., die über mittelgroßen Grundbesitz verfügten und grundherrliche Rechte ausübten. Diese mittlere Adelsschicht bezeichnete sich im 19. Jahrhundert mit Blick auf England als „Gentry" (dzsentri). Die restlichen vier Fünftel des gemeinen Adels waren Kleinadelige ohne Grundherrschaft, die sich wirtschaftlich und kulturell kaum von der bäuerlichen Bevölkerung unterschieden[111].

Die Gentry stellte sich im Vormärz an die Spitze der politischen Reformbewegung. Aus Protest der „Nation von Freien" gegen die habsburgische Willkürherrschaft im Bündnis mit der ungarischen Aristokratie und gegen ihre Versuche, die Rechte des Ständeparlaments und die Autonomie der Komitate zu beschneiden, verkündete sie unter dem Einfluß liberaler Ideen aus Frankreich und Großbritannien ihre Forderungen: Volkssouveränität, Ministerverantwortlichkeit, repräsentative Regierung, Zivilehe, Aufhebung der feudalen Privilegien und Bodenrechte sowie der Zünfte, Entwicklung einer nationalen Industrie und, vor allen Dingen, nationale Unabhängigkeit. Die Frage, warum gerade die Gentry zum Träger des ungarischen Liberalismus wurde, ist in Hinblick auf ihr englisches Gegenstück oft damit beantwortet worden, es habe sich um eine Schicht agrarischer Unternehmer gehandelt; diese habe das veraltete Ständesystem abgelehnt und bekämpft, weil es ihre ökonomischen Chancen und die Expan-

[106] Janos, 1982, S. 314; erläuternd dazu S. 313 ff.; für das 19. Jahrhundert Berend/Ránki, 1982.
[107] Ebenda, S. 28 ff.
[108] Janos, 1982, S. XXII.
[109] Ebenda, S. 18.
[110] Szabolcs, 1965, S. 7.
[111] Janos, 1982, S. 18. f. Der Zensus von 1809 erfaßte 3112 „bene possessionati" mit einem Jahreseinkommen über 3000 Fls. sowie 27 166 „possessionati".

sion des Marktes verhinderte. Dagegen argumentiert Janos, daß die Gentry keineswegs eine aufstrebende, sondern im Gegenteil eine wirtschaftlich absteigende Gruppe repräsentierte, deren führende politische Vertreter, von Schulden erdrückt wie ihre Standesgenossen, finanziell am Abgrund standen. Aus dieser Sachlage ergab sich eine für Ungarn wie für andere periphere Länder Europas charakteristische „Uminterpretation" des Liberalismus: „Liberalism became the ideology of a class desperately searching for alternatives to economic entrepreneurship. This class was ready to dispense with its erstwhile feudal privileges because they impeded this search."[112]

Gerade um den kapitalistischen Marktgesetzen zu entrinnen, denen die hochverschuldeten, unrentablen Agrarbetriebe unweigerlich zum Opfer gefallen wären, kämpfte die Gentry gegen feudale Privilegien, aber auf der anderen Seite auch für eine Stärkung des modernen Staates. Er sollte sie durch protektionistische Maßnahmen gegen die Marktgesetze schützen und im Ernstfall in seine politischen und Verwaltungsinstitutionen aufnehmen. Die traditionelle Rolle des Ständestaats, den wirtschaftlichen und politischen Forderungen der anerkannten korporativen Gruppen auf Schutz und einen privilegierten Status nachzukommen[113], blieb also auch unter neuem, „liberalem" Vorzeichen bestehen. Gegenüber diesem Interesse traten die Forderungen nach Garantie der Grund- und individuellen Freiheitsrechte allmählich in den Hintergrund.

Die Gegenrevolution von 1849 liquidierte zwar die Anfänge eines parlamentarischen Regierungssystems in Ungarn, blockierte aber nicht wirtschaftliche, soziale und Verwaltungsreformen. Nach dem Ausgleich von 1867 wurde diese Entwicklung fortgeführt, doch entstanden weder Demokratie noch Marktwirtschaft, sondern hinter einer liberalen Fassade ein subtiles „neokorporatistisches" Herrschaftssystem der Bürokratie in Kooperation mit dem Großgrundbesitz[114].

Schon vor der Revolution 1848 war das Problem der hochverschuldeten oder bereits grundbesitzlosen Gentry deutlich geworden, doch beschleunigte sich der Prozeß ihres Absinkens in der zweiten Jahrhunderthälfte besonders nach dem Überangebot billigen Überseegetreides auf den europäischen Märkten. Zwischen 1867 und 1895 sank der Anteil mittelgroßer Grundbesitze (200–1000 Kj) an der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 16,8 auf 9,1%. Hatte 1809 die Zahl der „possessionati"-Adeligen rund 27000 betragen, so gab es 1875 noch 13748, fünfzehn Jahre später nur mehr 9592 Grundbesitzer mittleren Einkommens, von denen jedoch nur zwei Drittel der Gentry angehörten. In der Zwischenkriegszeit schließlich zählte man 2200 Familien mit Grundbesitz zwischen 200 und 1000 Kj[115].

Ganz im Gegensatz zu den westlichen Trägern des Liberalismus war die vor dem Ruin stehende Gentry keineswegs bereit, auf unternehmerische Tätigkeiten auszuwei-

[112] Ebenda, S. 65; ausführlich dazu S. 64 ff.

[113] Jowitt, in: ders., 1978, S. 28. Demnach war die wirtschaftliche, aber auch die politische Sphäre „parcelled rather than organized" unter den ständischen „claimants on the national patrimony". Der protektionistische Grundzug des ungarischen Liberalismus zeigte sich nicht zuletzt an dem immensen Erfolg von Friedrich Lists „Das nationale System der politischen Ökonomie" in Ungarn; vgl. Janos, 1982, S. 65 f.

[114] Ebenda, S. 84 ff.; dazu auch Jowitt, in: ders., 1978, S. 1.

[115] Janos, 1982, S. 120; MT 8/2, S. 777.

chen. Industrie und Handel überließ man weiterhin dem jüdischen Bürgertum[116]. Man wollte kein neues Leben anfangen, sondern das alte, wenn auch unter neuen Umständen, fortführen; nur im Staatsdienst war ein Festhalten an der traditionellen Lebensführung möglich[117]. Die adelige Distanz zu „unwürdigen" Tätigkeiten war stärker als jeder Liberalismus. Man strebte daher in den gesellschaftlich anerkannten Staatsdienst mit der Folge, daß Ungarn eine im Verhältnis zu seinem sozioökonomischen Entwicklungsgrad enorm aufgeblähte Bürokratie hatte, die sich mit den fortgeschrittenen Industriestaaten durchaus messen konnte. 1872 gab es rund 22000 Beamte, drei Jahre später waren es bereits 32000. Die Zahlen der nächsten Jahre stiegen, parallel zur ungünstigen Entwicklung auf dem Agrarsektor, sprunghaft an. Das Statistische Jahrbuch ermittelte 1890 60776 Beamte, 1900 waren es 97835, zehn Jahre später 119937[118]. Im Jahrzehnt vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, 1904–1914/15, nahmen die Staatsbeamten um 43,6 % zu; im Krieg, als die Eingezogenen durch neue Beamte ersetzt wurden, ist ein weiteres Anwachsen zu verzeichnen[119]. Bei diesen Zahlen handelt es sich wohlgemerkt nur um Beamte des staatlichen Verwaltungsapparats. Bezieht man die Beschäftigten der Stadtverwaltungen sowie der staatlichen Unternehmen ein, belief sich die Gesamtzahl für 1904 auf 265447, für 1914 bereits auf 387922[120].

Durch die enge Verquickung des Beamtenapparates mit der Regierungspartei und der Großgrundbesitzerschaft wurde die Gentry-Bürokratie zum wichtigen, wenn auch nicht allmächtigen und an gewisse liberale und traditionell-adelige Verhaltensnormen (Parlamentarismus, unabhängige Presse, unabhängiges Gerichtswesen) gebundenen politischen Handlungsfaktor[121]. Um die Jahrhundertwende bietet sich folgendes Bild: „Der Staatsapparat war von der engen Interessengemeinschaft der Grundbesitzerfamilien, vom engen Netz der adeligen Verwandtschaft durchwoben: ein Drittel der Ministerien, drei Viertel der Komitatsverwaltung, der überwiegende Teil der Richter und des Offizierskorps wurden von der Gentry gestellt. Fast die Hälfte des Abgeordnetenhauses und der Parteien rekrutierte sich aus ihren Reihen."[122]

Das vorstehende Zitat betont stark die Verflechtung, ja Abhängigkeit der Bürokratie vom adeligen Grundbesitz. Dabei wird der Tatsache, daß sich die Gentry in eine Beamtenklasse verwandelt hatte[123], nur wenig Gewicht beigemessen. Richtig ist, daß die Bürokratie aus Gründen der Selbsterhaltung existentiell auf die Stützung des Großgrundbesitzes wie auch auf eine verstärkte Industrialisierung angewiesen war, doch geschah dies aus etatistischem Eigeninteresse. Janos geht mit guten Gründen so weit, der Beamtenschicht eine relative Autonomie zuzugestehen und als „politische

[116] Noch 1938 bemerkte der im Southern Department des Foreign Office tätige A. N. Noble, die Magyaren betrachteten „engagement in commerce as slightly vulgar and beneath their dignity", woraus sich die jüdische Dominanz in diesem Sektor erkläre, vgl.: PRO. FO 371. 22373, S. 222: Anmerkung von Noble zu Knox' Bericht, 13.4.1938.

[117] Dazu auch Szabolcs, 1965, S. 13.

[118] Janos, 1982, S. 94; etwas abweichende Zahlen bei Nagy-Talavera, 1970, S. 42.

[119] Szabolcs, 1965, S. 25.

[120] Janos, 1982, S. 94.

[121] Ausführlich ebenda, S. 92 ff.

[122] Hanák, in: AH 10 (1964), S. 18. Die Dominanz der Gentry galt nicht für die Stadtverwaltungen, die sich aus technisch-kommerziellen Berufen rekrutierten; vgl. Szabolcs, 1965, S. 44 ff.

[123] Batkay, 1982, S. 69.

Klasse" bzw., im Anschluß an Hugh Seton-Watson, als „state bourgeoisie" mit eigenen Interessen zu bezeichnen[124]. Die Krise dieses Systems war jedoch von Anfang an vorprogrammiert und latent. Die Kluft zwischen den Kosten für einen überdimensionierten Beamtenapparat und einer noch rückständigen Wirtschaft war nur durch hohe öffentliche Schulden und Steuern zu schließen. Der Zusammenbruch stand dann bevor, wenn zum einen Staatsverschuldung und Steuerbelastung nicht mehr zu erhöhen waren, zum anderen der Beamtenapparat quantitativ weiterhin anwuchs, ohne daß die Wirtschaft des Landes Schritt halten konnte.

Soziologisch gesehen rekrutierte sich die ungarische Beamtenschaft zunächst aus der ruinierten Gentry und deren Nachkommen, doch fanden sich auf den führenden Posten in der Ministerialbürokratie und, in geringerem Maß, in der Verwaltung auch Angehörige der Aristokratie. Zunehmend stießen akademisch gebildete Bürgerliche in die oberen Beamtenränge vor, da ein Gesetz von 1885 die Aufnahme in den öffentlichen Dienst an gewisse Qualifikationen knüpfte. Noch 1890 okkupierte die Gentry 56,7 % der Führungspositionen in der Ministerialbürokratie von vier Ministerien (Ministerpräsidium, Inneres, Handel, Finanzen), die Aristokratie 2,4 %, Bürgerliche 22,7 %. (Die Abstammung der restlichen 9,2 % ist unbekannt.) Bis 1910 sank der Gentry-Anteil auf 45,9 %, der Prozentsatz der Bürgerlichen stieg auf 41,5 %, der der Aristokraten auf 3,5 %[125].

Wie bereits für die Großindustriellen eine „Feudalisierung" durch Assimilation an aristokratische Verhaltensmuster und Normen festgestellt wurde, wiederholte sich dieser Vorgang in der Bürokratie mit den Aufsteigern aus (klein)bürgerlichen Schichten. Sie übernahmen Lebensstil und Werthaltungen der Gentry[126], so daß sich mit der Beamtenschaft eine für Ungarn typische gesellschaftliche Gruppe mit einem sehr dezidierten, an „gentroiden" Normen orientierten Selbstverständnis und Standesbewußtsein herausbildete, die sogenannte „Mittelklasse" (középosztály). Sie ist auf gar keinen Fall, das sei hier eigens betont, mit der westeuropäischen bürgerlichen „Mittelschicht" oder dem „Mittelstand" gleichzusetzen. Die ungarische Mittelklasse war in sozialer Zusammensetzung und materieller Lage sehr heterogen, grenzte sich aber durch ihr Standesbewußtsein und die ideologische Überbewertung ihrer sozialen Position und Rolle von den anderen gesellschaftlichen Gruppen ab. Auch in den zwanziger Jahren bildete die Bürokratie ihren Kern: Hier dominierten die Gentry bzw. Beamtenfamilien, die vor drei Generationen der Gentry entstammten, so daß die Beurteilung der Mittelklasse als halbfeudaler bürokratischer Kaste in mancher Hinsicht zutreffend ist[127]. Die Assimilierung der (klein)bürgerlichen Aufsteiger an Verhaltensmuster und Mentalität der Gentry führte zur Herausbildung eines „pseudo-gentry or gentroid element in Hungarian society"[128].

[124] Janos, in: Huntington/Moore, 1970, S. 205.

[125] Ders., 1982, S. 110, Tabelle 8. Zu beachten ist dabei die Statushierarchie der einzelnen Ministerien. Bürgerliche befanden sich in erster Linie in Positionen, die ein erhöhtes Maß an Sachkenntnissen erforderten, z. B. im Finanzministerium.

[126] Batkay, 1982, S. 69; ähnlich History of the Hungarian Nation, 1969, S. 256; Nagy-Talavera, 1970, S. 42.

[127] Pándi, in: Sz 99 (1965), S. 136.

[128] History of the Hungarian Nation, 1969, S. 256.

Über quantitativen Umfang und Zusammensetzung der ungarischen Mittelklasse besteht auch in der modernen Forschung noch keine Einigkeit, zumal wissenschaftlich fundierte Studien über Mentalität und Verhalten einzelner sozialer Gruppen bisher fehlen. Es ist tatsächlich fraglich, ob man die in der Literatur zu findende Identifizierung einer „unteren Mittelklasse" nachvollziehen sollte, die ihrerseits in obere und untere, städtische und ländliche Schichten zu unterteilen sei. Unter diese Kategorisierung fallen dann zum einen der selbständige alte Mittelstand (Handwerker, Händler) sowie die unteren Schichten des neuen Mittelstands (kleine Beamte und Angestellte, Unteroffiziere in Armee und Gendarmerie, Polizisten), andererseits aber auch mittlere und große Bauern und sogar Facharbeiter[129]. Es scheint vielmehr in Hinblick auf den dürftigen Forschungsstand angebracht, insbesondere bei Arbeitern, Bauern und altem Mittelstand zunächst von einem eigenen, spezifischen (Standes-)Bewußtsein auszugehen. Nicht so bei den kleinen Beamten und den Angehörigen von Armee, Gendarmerie und Polizei in den niederen Dienstgraden: Bei ihnen ist unabhängig von ihrer sehr schlechten materiellen Situation ein gewisser Stolz anzunehmen, zum „herrschaftlichen" Staatsapparat dazuzugehören und an der Machtsphäre der Herren zu partizipieren.

Die Begriffsbestimmungen der eigentlichen Mittelklasse decken sich darin, daß ihr Kern aus den höheren und mittleren Beamten einschließlich der Lehrer und Offiziere bestand[130]. Darüber hinaus wollen einige Studien auch die mittleren Grundbesitzer, die freien Berufe sowie kleinere und mittlere Unternehmer unter diesen Terminus subsumieren[131]. Quantitative Berechnungen und Schätzungen schwanken dementsprechend zwischen 500000 bis 800000 Personen[132]. Während man eine soziale und mentale Affinität zwischen „gentroider" Mittelklasse und wirtschaftlich bedrängten mittleren Grundbesitzern annehmen kann, wird der Fall bei den kleinen und mittleren Unternehmern erheblich schwieriger. Auch wenn ein beträchtlicher Teil sich in Abgrenzung vom jüdischen Großkapital als „christliches" Bürgertum verstand und vom Staat eine Stärkung seiner ökonomischen Position durch Zurückdrängung der jüdischen Konkurrenz erhoffte, ist der Mittelklasse-Begriff nicht ohne weiteres anwendbar, da deren Mentalität kapitalistischen Unternehmergeist ja gerade ausschloß. Kompliziert ist die Sachlage ebenfalls bei Akademikern und freien Berufen. Ein akademischer Titel war für Nichtadelige notwendige Zulassungsvoraussetzung in den höheren Staatsdienst und sicherte gleichzeitig einen Anspruch auf den Mittelklasse-Status, mochten auch die materiellen Verhältnisse beispielsweise der Lehrer mehr als

[129] So z.B. bei Kosa, in: JCEA 16 (1956), S.258ff.; auch Hanák, in: AH 10 (1964), S.24. Nicht ganz eindeutig in MT 8/2, S.780f., wo der alte Mittelstand als „Kleinbürgertum" im Kapitel über „Die Herren-Mittelklasse und die mittlere Bourgeoisie" abgehandelt wird.

[130] Notwendige, aber nicht hinreichende Kriterien der Zugehörigkeit zur Mittelklasse waren nach zeitgenössischer Ansicht Abitur, gesellschaftlicher Status, Zugehörigkeit zum Beamtenapparat; vgl. Pándi, in: Sz 99 (1965), S.132ff. Dort auch Beispiele für verschiedene zeitgenössische Mittelklasse-Definitionen (Weis, Szekfü, Kornis).

[131] So z.B. Emmerich, 1974, S.43; Kosa, in: JCEA 16 (1956), S.258; Pándi, in: Sz 99 (1965), S.135.

[132] Emmerich, 1974, S.44, errechnet aufgrund der Volkszählung 1930 505200 Personen; Pándi, in: Sz 99 (1965), S.135f., kommt auf 800000 Personen. Kosa, in: JCEA 16 (1956), S.257, schätzt die Mittelklasse auf 5 bis 8% der Gesamtbevölkerung. Ránki, in: MT 8/2, S.778, enthält sich jeder Zahlenangabe.

bescheiden sein. Unter den Freiberuflern finden sich zahlreiche Juristen, Philologen usw., die in Staatsdienst und Politik keine Stellung gefunden hatten; sie waren gezwungen, als Rechtsanwälte, Journalisten usw. tätig zu sein. Aus diesen Berufsgruppen erwuchsen die schärfsten (liberalen, sozialistischen, kommunistischen und rechtsradikalen) Kritiker des neokorporatistischen Gesellschaftsgefüges.

Beamte und Akademiker in der Horthy-Zeit

Die rasante Aufblähung des Beamtenapparats in dem durch den Trianoner Vertrag enorm verkleinerten Nachkriegsungarn wird anhand der absoluten Zahlen der Erwerbspersonen im öffentlichen Sektor besonders deutlich[133]:

	1910*	1920	1930	1941*
Öffentlicher Dienst**	111812	151613	176804	208946
Militär	53508	87965	40980	127836
Rentner/Pensionäre	31392	64669	135372	180211
insgesamt	196712	304247	353156	516993

* bezogen auf das Gebiet von Trianon-Ungarn
** ohne Bahn, Post usw.

Die Vorkriegsentwicklung verschärfte sich im von den Kriegsfolgen wirtschaftlich hart betroffenen Rumpfungarn erheblich: 1914 kam ein Staatsbeamter noch auf 377, 1921 bereits auf 134, 1942 schließlich auf 100 Einwohner[134]. Aus den Nachfolgestaaten strömten die magyarischen Beamten des zerschlagenen Königreichs mit ihren Familien ins Kernland, das sich nun nicht nur mit der Handhabung der Flüchtlingsfrage konfrontiert sah (offizielle Zahl der Flüchtlinge: 350000), sondern auch mit dem Problem der Aufnahme der Beamten in den Staatsdienst bzw. ihrer finanziellen Versorgung im Ruhestand. Der personelle Druck erhöhte sich durch ungarische Adelige, die ihren Grundbesitz durch die Landreformen in den Nachfolgestaaten ganz oder teilweise verloren hatten[135]. Die Gebietsrevisionen der Jahre 1938–1941 brachten ein weiteres schubartiges Anwachsen der Beamtenschaft mit sich. Einer englischen Quelle vom Januar 1943 zufolge hatte sich seit dem letzten „Trianon-Haushalt" 1938 Ungarns Territorium um 50 %, die Bevölkerung um 58 %, die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst jedoch um 90 % vergrößert. Dies bedeutete für den Staatshaushalt 1942 ein Anwachsen der Personalkosten um 300 % gegenüber 1938, nämlich von 272 auf 888 Millionen Pengö[136].

[133] Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 105, 117.
[134] Szabolcs, 1965, S. 27; PRO. FO 371. 34493, S. 24: Hungarian News Survey 4/5, London, 25.1.1943.
[135] Szabolcs, 1965, S. 29 ff., 122.
[136] PRO. FO 371. 34493, S. 24 f.: Hungarian News Survey 4/5, 25.1.1943.

Ungünstig für die Finanzlage des Staates wirkte sich weiter aus, daß, während die Zahlen der Amtsgehilfen, Hilfsbeamten usw. nach dem Krieg wenigstens stagnierten (1914/15: 93949; 1921/22: 93097) und die der Angestellten und Arbeiter in den Staatsbetrieben stark sanken (1914/15: 172922; 1921/22: 46221), die Zahl der Beamtenschaft selbst weiter anstieg (1914/15: 65049; 1921/22: 69765). Dabei nahm ausgerechnet der Anteil der höheren Gehaltsklassen überproportional zu, während die Zahl der Beamten in den unteren Dienstgraden stark abnahm (1914/15: 16163; 1920/21: 10399)[137]. Der dadurch entstandene Druck auf den durch Reparationsforderungen wie Inflation ohnehin stark belasteten Staatshaushalt war immens. Die Gehälter der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im militärischen und zivilen Bereich verschlangen angeblich über 50% des Budgets[138]. Versuche, Stellen abzubauen, waren entweder quantitativ unbedeutend oder vergrößerten nur die Anzahl der pensionsberechtigten Ruhegehaltsempfänger[139].

Natürlich bot der Dienst als Beamter im Vergleich mit anderen Berufsgruppen nicht unerhebliche Vorteile. Neben einem sicheren Arbeitsplatz, einer sicheren Beförderung und Altersversorgung waren dies vor allem eine kurze Arbeitszeit und ein bezahlter Urlaub. Die Ermittlung der Arbeitszeit ist fast unmöglich, da die Dienstvorschriften nicht eingehalten wurden. Aus den zahlreichen Beschwerden läßt sich eine Arbeitszeit von morgens 9/10 Uhr bis 13/14 Uhr und nachmittags vielleicht noch von zwei bis vier Stunden schätzen. Die Statistiken über die Dauer des Urlaubs unterliegen ebenfalls einem relativ hohen Ungenauigkeitsfaktor, da dieser, eher auf Gewohnheitsrecht denn auf Verordnung beruhend, dem Statistischen Amt nicht gemeldet wurde. Eine Statistik für Staatsbeamte in Budapest 1928 belegt, daß 65% der Beamten zwischen 15–42 Tage bezahlten Urlaub bekamen; Arbeitern dagegen stand in der Praxis kein Urlaub zu[140].

Andererseits verschlechterte sich die materielle Situation der Beamten nach dem Ersten Weltkrieg rapide. Der öffentliche Dienst mußte real größere Einkommenseinbußen hinnehmen als andere Berufsgruppen. Die Statistik der Realeinkommen vom Dezember 1920 und Mai 1921 macht, obwohl seit dem Tiefststand im Dezember 1919 eine aufsteigende Tendenz zu verzeichnen ist, die verheerende Situation im Vergleich zum Vorkriegsstand deutlich (Dezember 1913 = 100). Demnach waren Ende 1920 die Realeinkommen der Beamten auf ein knappes Fünftel des Standes von 1913 gesunken; ähnliche Einbußen erlitten nur noch die Offiziere und Angestellten der privaten Wirtschaft[141]:

[137] Szabolcs, 1965, S. 27 f.; zusammenfassend Janos, 1982, S. 248.
[138] Ders. in: Huntington/Moore, 1970, S. 211 (ohne Jahreszahl). Nach Nagy-Talavera, 1970, S. 69 waren es 39% (ohne Jahr).
[139] Dazu ausführlich Szabolcs, 1965, S. 77 ff., 84 ff., 92 ff.
[140] Ebenda, S. 20 ff.
[141] Ebenda, S. 64 f.

	Dezember 1920	Mai 1921
Tagelöhner	62,2	89,7
handwerkliche Facharbeiter	57,5	80,3
Facharbeiter	47,9	66,9
Angestellter	20,6	28,8
Staatsbeamter	19,6	30,3
Offiziere	19,1	32,0

Trotz mehrmaliger Gehaltsneuordnungen blieben die Gehälter der Beamten stets hinter der Entwertung der ungarischen Krone durch die zuletzt galoppierende Inflation zurück, so daß die Angehörigen der staatlichen Administration zunehmend auf Nebenbeschäftigungen angewiesen waren. Ihren Tiefpunkt erreichte die Entwicklung im Jahr 1923, danach besserte sich die Lage, obwohl sie noch immer weit hinter dem Vorkriegsstand zurückblieb. Die folgende Tabelle vergleicht die Realeinkommen der elf Beamtengehaltsklassen für die Jahre 1923 (Oktober), 1924, 1925 und 1928 (1914 = 100)[142]:

	1923*	1924	1925	1928
I	–	36,3	29,0	34,8
II	10	40,5	32,2	36,6
III	13	41,2	32,6	37,9
IV	13	39,5	27,6	32,2
V	14	35,1	27,4	32,0
VI	17	43,4	33,9	36,8
VII	18	42,0	33,2	36,5
VIII	20	43,7	33,0	37,4
IX	23	48,8	36,3	40,8
X	25	52,5	38,3	46,2
XI	28	61,3	44,0	45,5

* Bezugspunkt ist hier Oktober 1913 = 100

Das Jahr 1924 verzeichnete eine Gehaltsneuordnung, die jedoch ihr Ziel nicht erreichte, da sie die Geldentwertung nicht einholen konnte und die Belastung des Staatshaushalts trotzdem weiter stieg. Im Jahr 1925 sank das Realeinkommen erneut ab; auch 1928 war der Stand von 1924 noch nicht erreicht, obwohl eine zweite Gehaltsneuordnung im Juli 1925 den Verfall der Realeinkommen ein wenig stabilisieren konnte. Die Beamtengehälter erreichten 1924 in den meisten Fällen also nicht einmal 50 % des Vorkriegsstandes, während sich im Gegensatz zu den unmittelbaren Nachkriegsjahren die Lage der Angestellten in der freien Wirtschaft verbessert hatte[143].

[142] Ebenda, S. 68, 105, 110; Janos, 1982, S. 249, Tabelle 32.
[143] Szabolcs, 1965, S. 107.

Szabolcs' einschlägige Studie zur ungarischen Beamtenschaft bricht leider mit dem Jahr 1926 ab und hat bisher keine Fortsetzung gefunden, obwohl gerade die Jahre der Weltwirtschaftskrise interessant wären. Mit einem Schlag wurden die zögernden Gehaltsverbesserungen der zwanziger Jahre zunichte gemacht. Bereits in den ersten Monaten der Krise mußten die Gehälter um durchschnittlich 20 % gesenkt werden[144].

Die zitierten Zahlen belegen, daß die Mitglieder des aufgeblähten Beamtenapparats nach dem Ersten Weltkrieg eine Pauperisierung bisher unbekannten Ausmaßes erlitten, die ihre politischen Konsequenzen haben sollte, zumal materielle Situation und „gentroides" Selbstverständnis in krassen Widerspruch gerieten. Zwar genoß die Beamtenschaft den in einer Deflationskrise mit hoher Arbeitslosigkeit unschätzbaren Vorteil eines sicheren Arbeitsplatzes, doch war, was die für das politische Verhalten ausschlaggebende Selbsteinschätzung angeht, ihre materielle Lage mit ihrem sozialen Statusbewußtsein nicht zu vereinbaren. In diesem Sinne notierte bereits Theodor Geiger in seiner berühmten Studie 1932 für Deutschland, der „Verteidigungszustand" der deutschen Beamtenschaft sei entscheidend auf „die gelegentlich in krampfhafte Formen abartende Verteidigung eines gesellschaftlichen Prestiges der Schicht als solcher" zurückzuführen[145]. Diese Beurteilung trifft auch auf die ungarische Beamtenschaft zu, die zudem durch den hohen Anteil von Flüchtlingen aus den Nachfolgestaaten zu den Hauptträgern des Revisionismus gehörte[146]. Gerade der Staatsapparat war also in Ungarn für eine politische Radikalisierung nach rechts anfällig.

Trotz der bedrückenden materiellen Lage nahm der Konkurrenzkampf in und um die Stellen im öffentlichen Dienst zu. Die Gentry-Bürokratie geriet unter Druck von Aufsteigern aus Bauern-, Handwerker- und kleinen Beamtenfamilien, so daß sie „quickly fell back on the ‚sacred principle of great-grandmotherhood', activating family connections in the defense of class prerogatives"[147].

Der Nepotismus trieb gerade in der Horthy-Ära seine üppigsten Blüten in der modernen ungarischen Geschichte. Obwohl der Anteil der sogenannten „historischen Klassen" (Aristokratie, Gentry) im gesamten öffentlichen Sektor auf 15 % abgesunken war, blieben ihnen dennoch die Führungspositionen in Verwaltung und Politik vorbehalten. Ihr Prozentsatz an den höheren und höchsten Stellen in Ministerpräsidium, Innen- und Finanzministerium sowie in den Komitatsverwaltungen betrug 1927 immer noch um die 55 %[148]. Standesgemäße Ministerien waren insbesondere Justiz und Äußeres, auch noch Landwirtschaft und Inneres; fern lagen dem „gentroiden" Denken Wirtschaft, Handel sowie Unterricht und Kultus. Den geringsten Status besaßen Bahn, Post und Sparkassen[149].

Problematisch war die Situation besonders für diejenigen, die, ohne Namen und gesellschaftliche Verbindungen, noch in den bereits überfüllten bürokratischen Apparat hineinwollten, also die Hochschulabgänger. Sie rekrutierten sich, so eine Statistik der an den ungarischen Universitäten Immatrikulierten 1920/21, zu 60,3 % aus Beamten-, Lehrer-, Offiziers- und Pfarrerfamilien, hingegen nur zu 3,6 % aus den Reihen der

[144] Janos, 1982, S. 255.
[145] Geiger, 1932/1967, S. 87.
[146] Kertész, 1953, S. 20.
[147] Janos, 1982, S. 250.
[148] Ebenda, S. 250 f.; eine genaue statistische Aufstellung vgl. S. 251, Tabelle 34.
[149] Szabolcs, 1965, S. 35.

Grundbesitzer[150]. Während in ganz Südosteuropa die Entwicklung eines höheren Bildungswesens eine nationale Prestigeangelegenheit war[151], verschärfte sich die Lage in Ungarn in den zwanziger Jahren zur Akademikerschwemme. Hatten sich die akademisch Gebildeten ohnehin schon überproportional in und um Budapest konzentriert, so kamen mit den Flüchtlingen aus den Nachfolgestaaten zahlreiche Beamte mit Abitur oder Hochschulabschluß ins Kernland. Von den 21 Millionen Einwohnern Großungarns hatten 1910 251534 das Abitur (Gymnasium); 1920 waren es in Trianon-Ungarn mit seinen knapp 8 Millionen Einwohnern 209826, davon rund 60000 Flüchtlinge. Die Diskrepanz war eigentlich noch wesentlich größer, da die Zahlen die Abschlüsse der Realgymnasien und anderer höherer Schulen ohne Latein nicht einbezogen[152].

Um Ungarns kulturelle Überlegenheit gegenüber den slawischen Nachbarn zu beweisen, wurde nach 1920 das Erziehungssystem weiter ausgebaut, die Universitäten Pozsony (Preßburg/Bratislava) und Kolozsvár (Klausenburg/Cluj) nach Pécs bzw. Szeged „repatriiert". 1938 gab es im kleinen Ungarn immerhin fünf Universitäten (vier Universitäten, eine Technische Universität) und 30 Hochschulen, wenngleich auch die Hörerzahl sehr niedrig lag. Die vier Universitäten hatten beispielsweise im Semester 1937/38 zusammen nicht einmal 8000 Hörer[153]. Das eigentliche Problem war weniger die Zahl der Hochschulabgänger als ihre sehr ungleichgewichtige, einseitig auf den Staatsdienst ausgerichtete Verteilung auf die einzelnen Fakultäten[154]:

Universitätsabschluß in	1930 absolut	1930 in %	1941 absolut	1941 in %
Rechtswissenschaft	17620	20,3	20276	22,1
Staatswissenschaft	9448	10,9	10702	11,7
Lehrer*	13859	15,9	17304	18,8
Agronomie	6410	7,4	5549	6,1
Volkswirtschaft	1643	1,9	2836	3,1
Ingenieurwissenschaften**	11409	13,1	12480	13,6
Medizin	9772	11,3	11732	12,8
Tiermedizin	1303	1,5	1418	1,5
Pharmazie	3425	3,9	3703	4,0
Theologie	6237	7,2	1156	1,3
Sonstige	5759	6,6	4523	5,0
insgesamt	86885	100,0	91679	100,0

* einschließlich Zeichen-, Musik-, Turnlehrer
** einschließlich Bergbau- und Forstingenieure

[150] Ebenda, S. 125.
[151] Janos, in: Huntington/Moore, 1970, S. 210.
[152] Ders., 1982, S. 247.
[153] Balogh, 1967, S. 6f.
[154] Errechnet aus: Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 87. Die Zahlen bei Balogh, 1967, S. 10, weichen zum Teil beträchtlich ab, obwohl die Datenbasis dieselbe sein müßte.

Die auf den öffentlichen Dienst ausgerichteten Studiengänge Rechts- und Staatswissenschaften sowie die Lehrberufe[155] vereinigten bereits, bei leicht steigender Tendenz, rund die Hälfte der Hochschulabschlüsse auf sich, während die gerade für ein Land im Industrialisierungsprozeß so wichtigen Wirtschaftswissenschaften nur einen verschwindend geringen, wenn auch leicht anwachsenden Anteil für sich beanspruchen konnten. Nur gute 13 % der Hochschulabgänger waren Techniker. Wenn auch ein knappes Drittel der Juristen in Ermangelung von Stellen im öffentlichen Dienst freiberuflich tätig sein mußte (1930: 5641; 1941: 5880)[156], war der Druck auf den Beamtenapparat doch sehr groß. Das Fach Staatswissenschaften diente ausschließlich dem höheren Beamtennachwuchs. Unterrichtet wurde neben Staats- und Verwaltungswissen auch eine Art breit gefaßter Gesellschaftswissenschaft (Soziographie, Rechts- und Sozialgeschichte). Studienorte waren die Universitäten Budapest, Szeged, Pécs, Debrecen sowie die Rechtsakademien von Eger, Miskolc und Kecskemét. Demgegenüber erhielt die Volkswirtschaft erst 1920 eine selbständige Fakultät an der Universität Budapest[157].

Bereits in den zwanziger Jahren bildete sich ein politisch relevantes „akademisches Proletariat". Am 1. März 1928 wurde in Ungarn eine landesweite Erfassung der „geistig Schaffenden" durchgeführt, die auch diejenigen ermittelte (Kriterium: Abitur), die zum Zeitpunkt der Erhebung nicht berufstätig (Studenten, Hausfrauen usw.), nicht auf einem geistigen Arbeitsgebiet tätig oder ganz arbeitslos waren. Demnach waren von den insgesamt 277 343 Erfaßten (3,3 % der Gesamtbevölkerung von 8 455 500) arbeitslos (bzw. als Freiberufler ohne Aufträge) 10 034 Personen (3,6 %), davon 68 % Männer, 32 % Frauen; 47 % waren seit mehr als zwei Jahren ohne Arbeit[158]. In Anbetracht der niedrigen Zahl von Frauen mit Abitur (8 % der berufstätigen Frauen) bzw. von Akademikerinnen (8 % der Akademiker 1930)[159] waren also weibliche „geistig Schaffende" überproportional von der Arbeitslosigkeit betroffen. Der Arbeitslosenzahl hinzuzuzählen sind 22 704 Personen (8,2 % der „geistig Schaffenden"), die keine ihrer Ausbildung entsprechende Stelle gefunden hatten und in nichtgeistige Berufe (als Chauffeure, Schaffner, Tagelöhner usw.) ausweichen mußten. Dabei handelte es sich in erster Linie um ein Problem der jungen Generation, da aus der Altersklasse der 20- bis 39jährigen (54 % der „geistig Schaffenden") 74 % arbeitslos waren. Das politisch brisante Potential arbeitsloser Intellektueller konzentrierte sich mit 61 % auf die Hauptstadt Budapest[160].

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen verschärfte sich dramatisch in den Jahren der Weltwirtschaftskrise und mündete schließlich in eine chronische Akademikerarbeitslosigkeit. 30 % der Hochschulabgänger/Berufsanfänger in

[155] Es gilt zu beachten, daß ein Teil der Lehrer freiberuflich tätig war, nämlich 1930 2642 und 1941 2422; vgl. Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 117.

[156] Ebenda, S. 117.

[157] Nach schriftlicher Auskunft von Dr. László Marjanucz, Universität Szeged. Bis 1923 gab es keine promovierten Nationalökonomen. Die ausführliche Promotionsstatistik vgl. bei Szabolcs, 1965, S. 40.

[158] A szellemi munkások összeírása 1928, Budapest 1930, zitiert nach Emmerich, 1974, S. 86 f., Anm. 14.

[159] JSHS 17 (1939), S. 343 f.; Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 87.

[160] A szellemi munkások összeírása 1928, 1930, zitiert nach Emmerich, 1974, S. 86 f., Anm. 14.

Jura, 55 % in Ingenieurswissenschaften, 70 % in den Lehrberufen und 90 % in Agrarwissenschaften waren in den Jahren der Depression stellungslos[161]. Die Budapester Sozialerhebung von 1935 machte allein in der Hauptstadt 13 198 arbeitslose Intellektuelle aus (56,5 % Männer, 43,5 % Frauen), die unter zum Teil katastrophalen sozialen Umständen leben mußten[162]. Die Bedeutung dieses Proletarisierungsprozesses muß sehr hoch angesetzt werden. Mit der Aussicht auf potentielle Arbeitslosigkeit radikalisierte sich die Studentenschaft, so daß sich die Universitäten zu „hotbeds of social unrest"[163] wandelten. Die Frustration der akademischen Jugend entlud sich in erster Linie in einem vehementen Antisemitismus. Zudem entstand nun unter den Freiberuflern und stellungslosen Intellektuellen neben der von sozialem Abstieg bedrohten Gruppe der Beamten und Offiziere eine neue „political counterclass" außerhalb von Staat und Verwaltungsmaschinerie. Ihre Besonderheit und politische Brisanz lag darin, daß sie sich „not only ‚down', but ‚out' of the political machine and its spoils system" befanden[164].

Die Sonderstellung der Juden und der Antisemitismus

In Ungarn fehlte ein magyarisches Bürgertum bzw. eine gesellschaftliche Schicht, die nicht nur fähig, sondern auch willens war, unternehmerisch tätig zu sein. Die auf die Bürokratie ausgerichtete Mittelklasse entbehrte zahlreicher „bürgerlicher" Züge; ein mittleres, sich selbst als „christlich" verstehendes Industrie- und Handelsbürgertum entwickelte sich erst sehr spät, so daß allein die Juden das eigentlich „bourgeoise" Element darstellten. Die im 18. Jahrhundert einsetzende Einwanderung osteuropäischer Juden[165] wurde von den Regierungen der Kompromiß-Ära gefördert, da man sich ökonomischen Nutzen von ihnen erwartete. Auf die Spitzenstellung einiger weniger jüdischer Familien in Industrie und Bankgewerbe und ihre Verflechtung mit der Aristokratie ist bereits verwiesen worden. Die „Arbeitsteilung" zwischen den Repräsentanten des Feudalismus und des Kapitalismus funktionierte auch in der Zwischenkriegszeit; Macartneys Formulierung von der „tacit Interessengemeinschaft, the terms of which were well understood by both parties"[166] spielt auf diese Kooperation an.

Eine statistische Auswertung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung des ungarischen Judentums ist von Interesse, um an die Wurzeln des bereits im 19. Jahrhundert entstandenen, von den herrschenden Eliten jedoch unterdrückten[167], erst ab 1918/19 massiv aufbrechenden Antisemitismus zu gelangen. Statistisches Ma-

[161] Olay, in: TT 14 (1934), S. 288, zitiert nach Janos, 1982, S. 255.
[162] JSHS 17 (1939), S. 343 f.
[163] Janos, in: Huntington/Moore, 1970, S. 211.
[164] Ders., 1982, S. 256.
[165] Vgl. zusammenfassend McCagg, 1972, S. 61 ff.; kurz auch Macartney I, S. 18; Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 367 ff.
[166] Macartney I, S. 21.
[167] Zum ungarischen Antisemitismus zur Zeit des Dualismus vgl. Hellwing, 1972 und Handler, 1980.

terial[168] ist in verläßlichem, ausreichendem Maße vorhanden, da die Konfessionszugehörigkeit in allen Volkszählungen ermittelt wurde. Nicht erfaßt wurden bei dieser Vorgehensweise die gerade in führenden jüdischen Kreisen erhebliche Zahl von Konversionen. Sozialer Aufstieg, ökonomischer Erfolg und Akzeptanz durch den tonangebenden Adel waren im allgemeinen an die Taufe gebunden[169].

Ab 1900, besonders unter dem Ministerpräsidenten Graf István Tisza, wurden Juden auch in den Beamten- und Regierungsapparat aufgenommen. Die Zahl jüdischer Abgeordneter stieg zwischen 1905 und 1910 von praktisch 0 auf 102; allein im Parlament von 1910 gab es 84 Abgeordnete (22 %) jüdischer Herkunft[170]. In den obersten Regierungskreisen waren sechs oder acht jüdische Minister und neun jüdische Staatssekretäre zu finden; das Oberhaus hatte 16 jüdische Mitglieder. Von den erwähnten jüdischen Abgeordneten waren mindestens drei Viertel konvertiert; nur jeweils einer der jüdischen Minister und Staatssekretäre war dem israelitischen Glauben treu geblieben. Informell an den Religionswechsel gebunden waren der Zutritt zu den elitären Clubs und Gesellschaften, Heiraten mit ungarischen Adeligen, Nobilitierung sowie die Berufung jüdischer Professoren auf einen Lehrstuhl[171].

Auch in den zwanziger und dreißiger Jahren brachen die Übertritte von Juden zum Christentum nicht ab; sie stiegen in Zeiten des wachsenden Antisemitismus. Die Zahl jüdischer Konvertiten belief sich 1919 auf 7146, ein Jahr später auf 1925, um ab 1922 auf unter 500 zu sinken. Ab 1934 überstieg sie erneut die Tausend, um 1938, als das Erste Judengesetz in Kraft trat, auf 8584 emporzuschnellen. Insgesamt waren 1919–1938 30774 Juden zu den christlichen Konfessionen übergetreten. Die minimale Zahl der Konfessionslosen ist zu vernachlässigen[172].

Ausgehend vom Kriterium der Religionszugehörigkeit gab es 1920 in Ungarn 473329 Juden; ihre Zahl nahm in den folgenden Jahrzehnten aufgrund der sinkenden Geburtenrate beständig ab (1930: 444552; 1941: 400760)[173]. Dies bedeutete ein Absinken ihres Bevölkerungsanteils auf dem Gebiet Trianon-Ungarns um 1,6 % in zwei Jahrzehnten (1920: 5,9 %; 1930: 5,1 %; 1941*: 4,3 %), doch gilt es bei dieser letzten Zahl zu beachten, daß die 1938–1941 wiederangeschlossenen Gebiete hier nicht enthalten sind. Auffällig ist zunächst der hohe Urbanisierungsgrad der jüdischen gegenüber der Gesamtbevölkerung. Bereits 1900 lebte ein Viertel der Juden in Städten über 50000 Einwohner; der jüdische Bevölkerungsanteil in Budapest betrug 1910 knapp 25 %[174]. 1930 wohnten in Budapest und den zehn Munizipalstädten, in denen rund

[168] Grundlage für die meisten statistischen Ausführungen in der wissenschaftlichen Literatur über die Sonderstellung der Juden sind die Untersuchungen des Statistikers A. Kovács, 1922, 1938 und 1941. Obwohl selbst Antisemit, wie Titel („Die Expansion des Judentums in Ungarn") und Fazit seines Hauptwerks 1922 (S. 52 f.) unschwer erkennen lassen, sind seine Daten und Berechnungen jedoch verläßlich und ernst zu nehmen; vgl. dazu auch Macartney I, S. 18; McCagg, 1972, S. 63.

[169] Janos, 1982, S. 180.

[170] McCagg, 1972, S. 185.

[171] Janos, 1982, S. 178 ff.

[172] Ausführlich Jánki, in: MSSz 17 (1939), S. 1115, Tabelle 2 und S. 1117, Tabelle 4; zusammenfassend Klein, in: JSS 28 (1966), S. 97, Anm. 109.

[173] Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 89; dort auch eine Aufschlüsselung nach Altersgruppen, die die sinkende Geburtenrate und den steigenden Anteil der über 60jährigen belegt.

[174] Klein, in: JSS 28 (1966), S. 81.

20 % der Gesamtbevölkerung Ungarns lebten, 56 % der ungarischen Juden[175]. Diese konzentrierten sich wiederum auffällig auf die Hauptstadt: Über 50 % von ihnen lebten in Groß-Budapest[176]; der jüdische Bevölkerungsanteil in den zehn Munizipalstädten betrug noch 14,8 %, in den ländlichen Großgemeinden hingegen nur mehr 3,4 %, in den Dörfern 1,8 %[177].

Entsprechend ungleichgewichtig fällt die statistische Analyse der Erwerbsstruktur (nach den Ergebnissen der Volkszählung 1930) des ungarischen Judentums aus. Die Aufstellung gewinnt noch an Aussagekraft, vergleicht man sie mit der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Ungarn[178]:

Erwerbsgruppen	jüdische Erwerbstätige		
	absolut	Anteil an Erwerbsgruppe (in %)	Anteil an jüdischen Erwerbstätigen (in %)
Landwirtschaft	5786	0,3	2,7
Bergbau/Hüttenwesen	268	0,8	0,1
Industrie und Handwerk	73841	8,3	34,7
Handel, Kreditwesen	90040	40,0	42,3
Verkehr	4127	3,7	1,9
Gewerbliche Wirtschaft insgesamt	*168276*	*13,3*	*79,0*
Öffentlicher Dienst, freie Berufe	17354	8,9	8,1
Streitkräfte	154	0,4	0,1
Tagelöhner	880	1,4	0,4
Pensionäre, Kapitaleigner	15420	9,1	7,2
Dienstboten	1821	1,0	0,8
Sonstige	3544	5,7	1,7
insgesamt	213235	5,3	100,0

Den auffälligsten Kontrast bildet der primäre Sektor: Während 50,8 % aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt waren, lag der entsprechende Anteil der jüdischen Erwerbsbevölkerung bei nur 2,7 %. Dieses Verhältnis kehrte sich in der gewerblichen Wirtschaft beinahe um. Den 31,5 % der in diesem Bereich Erwerbstätigen standen 79 % der jüdischen Erwerbstätigen gegenüber. Am auffälligsten war die Diskrepanz dabei in den Sparten Handel und Kreditwesen. Nur 5,6 % aller, jedoch 42,3 % der jüdischen Erwerbstätigen fanden hier ihr Auskommen. Die im Bereich „Öffentlicher Dienst und freie Berufe" tätigen Juden konzentrierten sich allerdings fast ausschließlich auf letztere, da der in den zwanziger Jahren aufbrechende Antisemitismus die Juden wieder aus dem Staatsdienst verdrängte. Im Jahr 1928 bekannten

[175] MT 8/2, S. 785 (beruht großenteils auf A. Kovács, 1938).
[176] A. Kovács, 1938, S. 5; JSHS 16 (1938), S. 347; Klein, in: JSS 28 (1966), S. 81.
[177] MT 8/2, S. 785.
[178] A. Kovács, 1941, S. 65; Az 1941. évi népszámlálás 3, 1978, S. 97.

sich nur 573 (von 30404) Verwaltungsbeamte, 41 (von 1756) Richter und Staatsanwälte sowie 84 (von 2789) Gerichtsbeamte zum israelitischen Glauben[179].

Deutlicher noch wird der bürgerliche Charakter des ungarischen Judentums durch seinen Anteil an den einzelnen Berufsgruppen. Zugrunde liegen für die folgenden Abschnitte die Zahlen der Volkszählung 1920, die sich jedoch bis 1930 nicht wesentlich veränderten[180]. Der Prozentsatz von Juden an den gemeinhin dem Proletariat zuzurechnenden Berufen war ausgesprochen niedrig und bemaß sich 1920 auf

0,1 % der Landarbeiter
0,2 % der Kleinstgrundbesitzer
0,4 % der Bergleute
1,9 % der Dienstboten
2,5 % der Transportarbeiter
7,3 % der Industriearbeiter.

Ganz anders verhielt es sich dagegen bei den Selbständigen und Angestellten in Industrie und Handwerk, Handel und Finanzwesen sowie in den freien Berufen. Jüdischer Abstammung waren:

	selbständig	angestellt
im Bergbau	37,7 %	21,3 %
in Industrie und Handwerk	12,3 %	39,1 %
im Handel	53,0 %	48,2 %
im Finanzwesen	80,0 %	43,7 %

Die einzelnen Kategorien berücksichtigen Einkommens- und Vermögensunterschiede natürlich nicht und vereinen den Großindustriellen wie den ärmlichsten Handwerker in einem Ein-Mann-Betrieb unter „Selbständige in Industrie und Handwerk"; dasselbe gilt auch für den Handel. Nicht zu bezweifeln ist der überproportionale Anteil von Juden an den Reichen und sehr Reichen. Sie stellten 1930 50 der 70 Steuerzahler mit Einkommen über 200000 Pengö sowie 160 der 291 Steuerzahler mit Einkommen zwischen 100000 und 200000 Pengö[181].

Ähnlich hoch war der Anteil von Juden in freien Berufen, Wissenschaft und Künsten. Juden waren

22,7 % der Schauspieler
23,6 % der Musiker
27,3 % der Schriftsteller
34,3 % der Journalisten (70 % der Journalisten in Budapest)
50,6 % der Rechtsanwälte
59,9 % der privaten Ärzte.

[179] Szabolcs, 1965, S. 124.
[180] Macartney I, S. 19; Nagy-Talavera, 1970, S. 41, Anm. *; A. Kovács, 1938; JSHS 16 (1938), S. 346 f.
[181] Janos, 1982, S. 225.

Die Diskrepanz zwischen dem geringen jüdischen Bevölkerungsanteil und seiner wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Spitzenstellung bildete eine der Grundlagen des 1918/19 auflodernden, von Bethlen im Lauf der zwanziger Jahre eingedämmten und „neutralisierten", in den dreißiger Jahren zur „Judenfrage" proklamierten Antisemitismus, dem sich rasch auch rassistische Untertöne und Argumentationen beimengten. Es mag eine wichtige Rolle gespielt haben, daß, da der ungarische Nationalismus außenpolitisch durch den Vertrag von Trianon blockiert und (vorläufig) nicht zu realisieren war, er sich nach innen gegen ethnische, kulturelle oder sonstige Minderheiten richtete, denn auch die Ungarndeutschen gerieten unter Druck, wenngleich längst nicht in demselben Ausmaß wie die Juden[182]. Verbreitet durch eine Flut antisemitischer Schriften und Flugblätter[183], stießen die Forderungen nach Angleichung des Anteils von Juden in Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft an den Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung gerade in der durch Pauperisierung bedrohten oder in ihren Aufstiegschancen gehinderten „christlichen Mittelklasse" nicht auf taube Ohren, im Gegenteil: Sie wurde zum Träger des ungarischen Antisemitismus, in dem sich die sozialen Spannungen und inhärenten Probleme des ungleichgewichtigen, verzerrten Gesellschaftssystems entluden. Die Gedankenführung war denkbar einfach, denn überall, wo sich Schwierigkeiten auftaten, schienen die Juden die Schuld zu tragen. Während Gentry-Grundbesitzer ihre Ländereien, hochverschuldet oder ruiniert, verkaufen mußten, stieg der Anteil jüdischer Grundeigner und Pächter. Die Expansion des mittleren „christlichen" Industrie- und Handelsbürgertums stieß auf die Grenzen, die ihm durch das (jüdische) Großkapital gesetzt waren. Die von potentieller Arbeitslosigkeit bedrohten Studenten sahen ihre Berufsaussichten in den freien akademischen Berufen von Juden blockiert, die jüdische Konkurrenz in Kultur und Wissenschaft schien unüberwindbar. Die pauperisierte, sich politisch radikalisierende Beamtenschaft glaubte sich einer undurchdringlichen Koalition aus aristokratischem Großgrundbesitz und jüdischem Großkapital an den Schaltstellen der Macht gegenüber. Die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Marktgesetze schienen mit dem Judentum korreliert[184]; dem jüdischen, fremden, „raffenden" Kapitalismus wurde ein christlicher, nationaler, „schaffender" Kapitalismus entgegengesetzt. Der Antisemitismus trug deutliche antikapitalistische, aber auch antifeudalistische Züge, die eng mit dem Wunsch nach wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen verknüpft waren[185].

Unter diesen Voraussetzungen wurde Ungarn zum ersten Staat mit einer antisemitischen Gesetzgebung. Das Numerus-clausus-Gesetz XXV/1920 beschränkte den An-

[182] Auf diesen Gesichtspunkt verweisen auch Thamer/Wippermann, 1977, S. 87.

[183] Einer der „produktivsten" antisemitischen Autoren war Zoltán Bosnyák; vgl. Bibliographie.

[184] Reichsverweser Horthy selbst bekannte in einem vertraulichen Schreiben an Ministerpräsident Teleki am 14.10.1940, er sei sein ganzes Leben Antisemit gewesen und habe niemals mit Juden verkehrt: Es sei ihm unerträglich, daß in Ungarn jede Fabrik, Bank, Unternehmung und Zeitung in jüdischer Hand sei. Weil Ungarn jedoch wirtschaftlich von den Juden abhänge, sei es völlig unmöglich, sie sofort aus dem Wirtschaftsleben auszuschalten, wie dies einige forderten; vgl. Horthy Miklós titkos iratai, 1972, Nr. 51, S. 261 f.

[185] Es handelte sich dabei um eine im ganzen ostmittel- und südosteuropäischen Raum verbreitete Erscheinung; vgl. Sugar, in: ders., 1971, S. 153 f. Vgl. dazu auch B. Vago, 1975, S. 150: „the binding cement in the nationalism of South Eastern Europe was antisemitism".

teil jüdischer Studenten an den Universitäten auf ihren Bevölkerungsanteil[186]. Waren vor dem Ersten Weltkrieg 28,4 %, während des Krieges sogar 33,6 % der Studenten Juden gewesen, so sank ihr Anteil 1920/21 auf 5,9 %, um bis 1929/30 wieder auf 10,5 % anzusteigen. Da jedoch ausländische Studienabschlüsse anerkannt, die radikalen antisemitischen Gruppierungen der frühen Horthy-Ära in der Konsolidierungsphase der Bethlen-Regierung zurückgedrängt und das Gesetz zunächst stillschweigend ignoriert, dann (1928) revidiert wurde, wandelte sich der jüdische Anteil in den einzelnen Erwerbsgruppen nur unerheblich[187]. Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen und sozialen Destabilisierung durch die Weltwirtschaftskrise und der Judenpolitik des Dritten Reiches wurde die vom Staat durch Gesetze zu initiierende Neuverteilung der bürgerlichen Positionen in Wirtschaft und Kultur erneut vehement aufgegriffen und zum politischen Tagesgespräch. Die Entwicklung erreichte ihren (vorläufigen) Höhepunkt in den ersten beiden „Judengesetzen" 1938 und 1939 sowie den Nachfolgegesetzen der vierziger Jahre.

Einem zweiten, mindestens ebenso wichtigen Argumentationsstrang des ungarischen Antisemitismus zufolge steckten die Juden nicht nur hinter dem Kapitalismus, sondern auch hinter seinem genauen Gegenteil, dem „Bolschewismus" und Sozialismus. Den beiden Gegensätzen wurde als tertium comparationis eine gegen die Nation gerichtete, internationalistische, dem Ungarntum schädliche Stoßrichtung unterstellt. Die Räterepublik Béla Kuns wandelte sich nach ihrer Niederschlagung, auch durch den Einsatz entsprechender Propagandamanöver, zum traumatischen Erlebnis der Nation: Es entstand die jüdische Dolchstoßlegende.

Politische Ideologien könnten niemals Gehör finden, trügen sie nicht einen der historisch-politischen Realität nahekommenden Kern in sich. Untersucht man die soziale Zusammensetzung der Führungspersönlichkeiten der linksliberalen, sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen, die ab 1900 an Bedeutung gewannen, sich an die Spitze der unzufriedenen Massen stellten und die Revolutionen von 1918/19 politisch bestimmten, so fällt auf, daß sie sich nicht aus der traditionalen Führungselite aus Aristokratie und Gentry rekrutierten, sondern aus dem Milieu der gebildeten Geschäftsleute und Freiberufler in Budapest und den größeren Provinzstädten. Eine Untersuchung des Sozialprofils der politischen Führungsgruppe der Räterepublik ergibt, daß von den 45 Volkskommissaren 18 (40 %) einen Universitätsabschluß besaßen (je zwei Ärzte, Ingenieure und Ökonomen, mehrere Juristen); weitere 14 hatten eine höhere Schule absolviert. 13 waren Facharbeiter, die über die sozialdemokratische Partei oder die Gewerkschaften die politische Laufbahn betreten hatten[188].

Dieser Befund stimmt mit der Tatsache überein, daß ein Großteil der revolutionären Führer der modernen Geschichte, von Robespierre über Lenin zu Fidel Castro, den bürgerlichen Mittelschichten und häufig Akademikerkreisen entstammten. Da

[186] Genauer dazu Silagi, in: Ungarn-Jahrbuch 5 (1973), S. 201 f.

[187] Janos, 1982, S. 226. Eine Statistik jüdischer Studenten an Universitäten und Hochschulen sowie an den juristischen und medizinischen Fakultäten vor 1914 vgl. ebenda, S. 178, Tabelle 25.

[188] Ebenda, S. 173, 175, Anm. 79.

diese in Ungarn jedoch überwiegend von Juden gebildet wurden, ist ihr hoher Prozentsatz unter den Linksintellektuellen aus soziologischen Gründen einsichtig[189]. Der hohe Anteil von Juden an den Führungsgruppen der politischen Linken und extremen Linken in Ungarn ist auffällig, was von der antisemitischen Propaganda weidlich ausgenutzt wurde[190]:

	insgesamt	Juden		Nichtjuden		möglicherweise Juden	
		absolut	in %	absolut	in%	absolut	in %
Abgeordnete zu Sozialistenkongressen	175	73	41,7	66	37,7	36	20,6
Nationalrat November 1918	20	8	40,0	10	50,0	2	10,0
Volkskommissare 1919	45	27	60,0	11	24,4	7	15,6

Von den 457 von Janos untersuchten linken Führungspersönlichkeiten waren 207 (45,3 %) mit Sicherheit, weitere 82 möglicherweise jüdischer Herkunft[191]. Dies ist um so bemerkenswerter, als gerade im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg Juden der Zugang auch in die führenden politischen und Verwaltungspositionen eröffnet wurde. Dieser Weg führte jedoch notwendig über Konversion zum christlichen Glauben und über weitgehende Anpassung an Sitte, Lebensweise, Kultur der herrschenden Elite. Nicht alle wollten diesen Weg beschreiten: „In contrast to those who bought themselves into baronies [...] leaders of the counterculture, and the Jewish intelligentsia within it, did not seek assimilation by artificial means, but rather sought to create an order in which the whole issue of assimilation was irrelevant."[192]

Während mit der Niederschlagung der Räterepublik auch die extreme Linke in Ungarn verschwand, bildete die jüdische Intelligenz weiterhin den Kern der auf ihren rechten Flügel zurechtgestutzten Sozialdemokratie und der nur schwachen, auf Budapest konzentrierten Liberalen. 1929 waren vier der 14 Parlamentsabgeordneten und 24 der 53 Mitglieder der Budapester Stadtratsfraktion der Sozialdemokraten jüdischer Abstammung, ebenso die Hälfte der Budapester Stadtratsfraktion des liberalen Demokratischen Blocks[193]. Diesem Muster entsprach auch ihr Wahlverhalten. Da die Juden in Ungarn viel homogener und assimilierter waren als ihre Glaubensgenossen in Rumänien, gab es keine eigene jüdische oder religiöse Partei; die zionistische Bewegung war hier schwächer als im übrigen Mittel- und Osteuropa. Ihre Stimmen bei Wahlen gaben sie entweder den Sozialdemokraten oder, wenn sie gehobenen gesellschaftlichen Schichten angehörten, den auf Budapest konzentrierten Liberalen; nur „a minute

[189] Hierzu Nagy-Talavera, 1970, S. 42 f.

[190] Die ausführliche statistische Zusammenstellung (aus seriösen Quellen) vgl. bei Janos, 1982, S. 177, Tabelle 24.

[191] Ebenda, S. 177.

[192] Litván, Magyar gondolat – szabad gondolat, 1978, S. 67, zitiert nach ebenda, S. 181.

[193] Ebenda, S. 227. Zs. Nagy, 1972, untersucht die liberale Opposition in Budapest 1919–1944; zu liberalen Vereinigungen vgl. dies., in: TSz 19 (1976), S. 335 ff.

proportion" aus den obersten jüdischen Kreisen stimmte für die systemtragende Regierungspartei[194].

Zur politischen Elite der Horthy-Ära

Für die gesamte Horthy-Ära ist ein deutliches Übergewicht der politischen gegenüber den ökonomischen Eliten festzustellen, obwohl es zahlreiche enge Verflechtungen gab: „Es handelt sich keinesfalls um gleichgestellte Kategorien, die politische Macht stand – wenn auch nicht stets mit dem gleichen Gewicht – während der ganzen Epoche über der ökonomischen Macht, bzw. es konnte nur ein relativ geringer Prozentsatz der ökonomischen Führerschicht der politischen Elite angehören, deren Rahmen zugunsten der Schichten feudaler Herkunft stark exklusiv war."[195]

Das Großgrundbesitzertum, also an erster Stelle die aristokratischen Latifundienbesitzer, aber auch die katholische Kirche und zu Landbesitz gelangte nichtadelige Grundbesitzer, gehörte zwar zur ökonomischen Elite, doch waren seine politischen Ziele weniger homogen als seine wirtschaftlichen Interessen. Es spaltete sich traditionell in einen legitimistischen, die Habsburger Monarchie unterstützenden Flügel aus vor allen Dingen westungarischen, katholischen Aristokraten und einen Flügel der Habsburg-Gegner aus ostungarischen, protestantischen Aristokraten und der Gentry. Als „freie Königswähler" forderten diese nicht nur ein nationales, ungarisches Königtum, sondern auch eine maßgebliche Rolle bei seiner Bestimmung. Zu Beginn der Horthy-Ära teilten sich die legitimistischen Aristokraten auf in „Konformisten", die sich der systemtragenden Regierungspartei anschlossen, und solche, die regierungsfreundlichen Parteien angehörten, während ein anderer Teil dem Legitimismus treu blieb, Horthy die Absetzung des Hauses Habsburg nie verzieh und sich von den politischen Geschäften abseits hielt. In die schmale Gruppe der politischen Entscheidungsträger gelangte folglich nur der nichtlegitimistische, zumeist durch die territorialen Regelungen der Pariser Vorortverträge auch persönlich betroffene Flügel von Aristokratie und Gentry[196].

Anders das Industrie- und Finanzkapital und seine Interessenverbände, die in den zwanziger Jahren in der Ära Bethlen den relativ größten politischen Einfluß in ihrer

[194] B. Vago, 1975, S. 143. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, daß der ungarische Nationalismus gerade unter den Juden vehemente Verteidiger fand; sie teilten das ungarische Überlegenheitsgefühl gegenüber den osteuropäischen und Balkanstaaten einschließlich der dort lebenden jüdischen Glaubensgenossen;vgl. Klein, in: JSS 28 (1966), S. 94 ff.; Nagy-Talavera, 1970, S. 67 ff. Gerade in den Nachfolgestaaten taten sie viel, um ungarische Parteien, Presse und Kultur zu bewahren. So schrieb Tiso nach dem Münchner Abkommen an Ribbentrop, die Slowakei würde einem Plebiszit in dem vonUngarn beanspruchten Gebiet zustimmen, wenn man die Juden von der Wahl ausschlösse, da sie für Ungarn stimmen würden; vgl. Macartney I, S. 299, Anm. 8. Barany, in: Vago/Mosse, 1974, S. 78 f., weist darauf hin, daß die kulturelle und soziale Integration der Juden in Ungarn regional stark variierte und abhängig war von Faktoren wie Zeitpunkt der Einwanderung nach Ungarn, Bildung, Beruf usw.

[195] Márkus, in: AH 18 (1972), S. 126; ähnlich auch Lackó, in: VfZ 21 (1973), S. 49.

[196] Vgl. hierzu Márkus, in: AH 18 (1972), S. 126 ff., 138; Stier, in: Sz 117 (1983), S. 439; Erös, in: Woolf, 1970, S. 115.

Geschichte ausüben konnten und auch in relativ höchstem Maß an der direkten Ausübung der politischen Macht teilhatten, bis sie in den dreißiger Jahren mit der sogenannten „Wachablösung" wieder in den Hintergrund gedrängt wurden. Trotz der engen Beziehungen zur Aristokratie konnte sich die Unternehmerschaft jedoch auch in den zwanziger Jahren niemals eine direkte, beständige und quantitativ bedeutsame Interessenvertretung in Parlament und Regierung sichern. Sogar im Wirtschaftsausschuß war sie nur schwach vertreten[197].

Während also das Großkapital in der politischen Sphäre personell kaum präsent war, sah es umgekehrt anders aus. Die enge finanzielle und familiäre Verflochtenheit von Adel und Hochfinanz/Unternehmerschaft setzte sich in der Präsenz zahlreicher politischer Führungspersönlichkeiten oder ihrer Angehörigen in wirtschaftlichen Entscheidungspositionen fort[198]. Durch diese Interessenverwobenheit gelang es wiederum den Wirtschaftskreisen, indirekt politischen Einfluß auszuüben. Man hat es also mit dem politischen System eines „gentry state [...] financed by the urban bourgeoisie" zu tun oder, in anderen Worten, mit einem Interessenkartell „that resulted in policy outputs benefitting important urban groups lacking formal access to the decision-makers, without directly affecting the social-economic status of a bureaucracy infused with gentry values"[199]. Die hohe Bedeutung personeller Kontakte und Verbundenheiten für eine erfolgreiche politische Interessenvertretung des Großkapitals markierte jedoch gleichzeitig die immanente Schwäche dieses Systems: Der politische Einfluß der Wirtschaft schwand mit dem Austausch der Männer an den politischen Entscheidungsstellen in Regierung und Verwaltung in den dreißiger Jahren.

Die dritte Gruppe im Machtkartell der Horthy-Elite war die Bürokratie in Militär und Verwaltungsapparat, deren Bedeutung sich in den zwanziger Jahren noch erhöhte, da die Rekrutierung der politischen Elite wesentlich über sie und nicht über die Regierungspartei verlief; sie bildete den Hauptzugang zu den führenden Regierungs-, Komitats-, aber auch Abgeordnetenpositionen. Die Rolle der Regierungspartei beschränkte sich darauf, die sich in der Administration auf die politische Karriere Vorbereitenden in ihren Reihen zu akzeptieren, war also im großen und ganzen passiv[200]. Der Anteil von Beamten in den Entscheidungspositionen war infolgedessen sehr hoch und nahm im Lauf der Jahre weiter zu. Eine klassische, in der Forschung immer wieder zitierte Untersuchung zur Soziologie des ungarischen Abgeordnetenhauses aus den Jahren 1933 bzw. 1936 errechnete folgende Prozentzahlen von Beamten unter den Mandatsträgern[201]:

[197] Márkus, in: AH 18 (1972), S. 129 f.; Stier, in: Sz 117 (1983), S. 435, 440.

[198] Die eklatantesten Beispiele, nämlich das Engagement der Familien Horthy, Kállay, Teleki, Bethlen in den Vorstandsetagen von Bank- und Industrieunternehmen vgl. Berend/Ránki, 1960 (b), S. 108 f.; Stier, in: Sz 117 (1983), S. 440 f.

[199] Batkay, 1982, S. 92 f.

[200] Ebenda, S. 53, 58; Hanák, in: AH 10 (1964), S. 18; vgl. auch Stier, in: Sz 117 (1983), S. 437.

[201] Rudai, in: TT 13 (1933), S. 215 ff. sowie ders., 1936, hier zitiert nach Janos, 1982, S. 213, Tabelle 26. Rudais Zahlen werden auszugsweise wiedergegeben bei Márkus, in: AH 18 (1972), S. 132 sowie bei Pándi, in: Sz 99 (1965), S. 139.

	Abgeordnetenhaus	Regierungspartei	Opposition
1922	22,0	27,2	14,3
1926	24,1	28,7	13,6
1931	26,1	32,2	16,2

Der Beamtenanteil in der systemtragenden Regierungspartei war demnach doppelt so hoch wie in den schwachen Oppositionsparteien, in denen eine erfolgreiche politische Karriere im Sinne eines Aufstiegs in die schmale Gruppe der Entscheidungsträger unmöglich war. Der Nachteil der zitierten Studie besteht allerdings darin, daß sie nur die als Beamte klassifizierte, die direkt vom öffentlichen Dienst ins Parlament wechselten. Janos ging in seiner umfassenden Studie 1982 diesem Problem nach, analysierte die Biographien von 803 Abgeordneten der Jahre 1922 bis 1939 und kam zu dem Ergebnis, daß 56,5 % (!) der Parlamentarier „some prior experience in public service" hatten, und zwar vor allem im Verwaltungsbereich[202].

Die zur Beamtenelite gehörigen Schichten und diejenigen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft, Ausbildung usw. die Aussicht hatten, in ihre Reihen aufgenommen zu werden, waren nach dem Ersten Weltkrieg in weiten Teilen mit der Möglichkeit wirtschaftlichen und sozialen Abstiegs und somit des Verlusts der Partizipation am politischen Geschehen konfrontiert. In Zeiten existentieller Krisen (Krieg, Weltwirtschaftskrise) spaltete sich die Beamtenschaft folglich in zwei Lager. Während insbesondere die hohen Dienstgrade nach wie vor die entscheidende systemtragende Rolle spielten, radikalisierte sich ein Großteil der mittleren Beamtenschaft, Offiziere, Akademiker politisch nach rechts. Unzufrieden nicht nur mit ihrer sozialen Situation, sondern auch mit der politischen und gesellschaftlichen Lage der gesamten Nation stellten sie Forderungen nach wirtschaftlicher, sozialer und politischer Veränderung des verkrusteten Koalitionssystems aus Großgrundbesitz, Unternehmerschaft und hoher Bürokratie. In ihrer von glühendem Nationalismus, Antisemitismus, Antikommunismus und auch Antifeudalismus geprägten Kritik sprachen sie der Aristokratie die Befähigung zur Leitung des Staates ab und meldeten einen eigenen Führungsanspruch an: „Der Hochadel ist zur Führung nicht mehr geeignet, weil er von fremder Abstammung ist und mit den Juden im Bunde steht, die Arbeiterklasse kann nicht führen, weil sie unpatriotisch ist, nur die Mittelklasse kann der Führer der Nation sein."[203]

Diese Zweiteilung der politischen Elite in Regierung und Verwaltung in einen ultrakonservativen Block aus aristokratischem Großgrundbesitz, Großkapital und hohen Beamten auf der einen und rechtsgerichteten Militärs, Beamten, Mittelklasse-Angehörigen auf der anderen Seite bestand bereits in den Anfängen der Konterrevolution gegen die Räterepublik Béla Kuns[204]. In Wien organisierten sich die konservative Aristokratie, höchste Offiziere und Finanzkreise, unter ihnen so bekannte Namen wie die Grafen Teleki, Gyula Károlyi, Pallavicini und Bethlen; letzterer übernahm bald die

[202] Janos, 1982, S. 213.

[203] Kiss Sándor szarvasi tanítóképzös igazgató sajtopöre, in: A Cél 14, S. 58, zitiert nach Pándi, in: Sz 99 (1965), S. 140; zusammenfassend auch Márkus, in: AH 18 (1972), S. 131 ff.; Lackó, 1969, S. 6 ff.; Braham, Genocide I, S. 58 ff.

[204] Im folgenden nach Macartney I, S. 36; Nagy-Talavera, 1970, S. 49 ff.

geistige und politische Führung dieses nach Restauration strebenden Kreises. Szeged dagegen, das in der französischen Besatzungszone Ungarns lag – Frankreich war selbstverständlich an einem weiteren Vordringen des Bolschewismus nicht interessiert – bildete das Zentrum konterrevolutionär eingestellter Beamter, Offiziere und verarmter Kleinadeliger, also genau jener Schichten, die das Rekrutierungsfeld der rechtsradikalen Mittelklasse darstellten. Ihr Kampf gegen die Revolution bedeutete zugleich einen Kampf zur Sicherung ihrer Existenzgrundlage in Verwaltung und Armee, denn ein sozialistisches Ungarn hätte das Ende ihrer privilegierten Stellung in diesen Institutionen impliziert: „Thus the bulk of the people who formed the nucleus of the Szeged counterrevolution were more or less dispossessed, or in danger of becoming dispossessed. The wealth was in the hand of the magnates and Jewish financiers, who were in Vienna, and were mainly interested in the restoration of the status quo ante."[205]

Die Wiener Aristokraten machten aus diesem Standesunterschied kein Hehl. Als es zur Zusammenarbeit zwischen beiden, ursprünglich voneinander unabhängigen Gruppen kam, betrachtete man die Szegediner als nützliche Instrumente, zumal sie im Gegensatz zu den Wienern über eigene Truppen verfügten, die man jedoch nach Erreichen des gemeinsamen Ziels auf ihren Platz verweisen müsse. Der politischen Ideologie der rechtsradikalen Mittelklasse gab der Ort Szeged seinen Namen. Unter dem Schlagwort des „Szegedi gondolat", der „Ideen von Szeged", strebten diese Kräfte einen Machtwechsel in ihrem Sinne an und stellten mit ihrem bedeutendsten Führer Gyula Gömbös, dessen Name mit den politischen Zielen der Szegediner synonym gesetzt wird, 1932 erstmals einen Ministerpräsidenten. Rechtsradikale Gruppen aus Szeged waren es auch, auf deren Konto nach der Niederschlagung der Räterepublik die Ausschreitungen selbsternannter Offizierskommandos gingen, die sich gegen wirkliche und vermeintliche Anhänger des „Bolschewismus", insbesondere gegen Juden, richteten[206].

Es ist fraglich, ob man jenes System, dem der Reichsverweser Horthy seinen Namen gab, tatsächlich ohne weiteres mit dem Schlagwort „Konterrevolution" bezeichnen sollte, wie es für die marxistische Forschung selbstverständlich ist. Dies ist insofern konsequent, als es für den Marxismus im 20. Jahrhundert nur *eine* Revolution geben kann, an der der Begriff der Konterrevolution dann gemessen wird. Weber hat demgegenüber die Überlegung ins Spiel gebracht, daß es politisch wie historisch unzutreffend sei, ein System, das deutliche Zeichen der Restauration des Status quo ante trage, undifferenziert als „konterrevolutionär" zu bezeichnen; „weißer Terror" und Gewalt seien nicht typisch für eine Konterrevolution, sondern auch in anderen politischen Formen und Systemen zu finden. Weber schlägt vor, zwischen den konservativen „antirevolutionaries" (Bethlen, Horthy) und den rechtsradikalen, tatsächlichen „counterrevolutionaries" (Gömbös, Imrédy) zu unterscheiden[207].

[205] Ebenda, 1970, S. 51.

[206] Die Zahlen der Opfer des Roten Terrors wurden von verschiedenen Autoren auf 342 bis 578 geschätzt, die des Weißen Terrors auf 626 bis über 2000. Hinzu kamen Tausende von Internierten, politischen Prozessen usw.; vgl. dazu Janos, 1982, S. 202, Anm. 1.

[207] Weber, in: JCH 9 (1974), S. 13, 17.

Diese Unterscheidung spricht die Tatsache des „dualen Charakters“[208] des Horthy-Systems an, dessen politische Elite in den zwanziger Jahren latent, in den Dreißigern hingegen manifest in einen adelig-konservativen, jeder Art von politischer und gesellschaftlicher Veränderung abgeneigten und einen rechtsradikalen Flügel zerfiel. Dieser trat nach außen durchaus „revolutionär“ auf, widersetzte sich offen der Restauration der Vorkriegsverhältnisse und forderte fundamentale Änderungen in Regierung und Gesellschaft. Ob es sich dabei tatsächlich um eine „alternative revolution“ handelte und nicht eher um eine „alternative to revolution“, wird noch zu untersuchen sein[209].

Festzuhalten bleibt zunächst, daß beide Flügel sich darin einig waren, Emanzipationsbestrebungen unterer sozialer Schichten mit allen Mitteln zu verhindern, was sowohl die Parteien der Linken wie auch später der nationalsozialistischen Rechten zu spüren bekamen. Daneben spielten sich jedoch innerhalb der politischen Elite heftige Machtkämpfe zwischen beiden Gruppen ab, die den Lauf der ungarischen Geschichte maßgeblich bestimmen sollten. Unter diesem Blickwinkel gliedert sich die Horthy-Ära in fünf Teilphasen[210]:

Von August 1919 bis 1923 konstituierte sich langsam die Koalition der drei Säulen Horthy-Ungarns aus Großgrundbesitz, Großkapital und konservativer Bürokratie. Um zum inneren Gleichgewicht zu gelangen, mußten Teile der radikalisierten Mittelklasse, die die Frühphase nach der Niederschlagung der Räterepublik dominiert hatte, in das System integriert und damit beschränkt an der Regierungsmacht beteiligt werden; andere wurden dagegen in den Hintergrund gedrängt und gelangten nicht in politische Machtpositionen.

Die Ära Bethlen bis zum August 1931 war gekennzeichnet durch die wirtschaftliche und politische Konsolidierung des Horthy-Regimes, wobei Großagrarier und Großbourgeoisie wichtige Machtpositionen zurückgewinnen und absichern konnten. Die Weltwirtschaftskrise erschütterte jedoch ihre Koalition und bewirkte eine Stärkung der radikalen Kräfte.

In den Jahren bis 1935 zerbrach das labile Kräftegleichgewicht der Bethlen-Zeit. Die latenten Konflikte innerhalb der politischen Elite manifestierten sich im Zerfall der Regierungspartei in einen konservativen und einen ständig wachsenden rechten Flügel, der mit Gömbös erstmals einen Ministerpräsidenten (1932–1936) stellte. Der deutliche Rechtsruck der Regierung veranlaßte Bethlen zum Austritt aus der Regierungspartei, doch blieb er einer der einflußreichsten Vertrauten Horthys.

Die konservativen Kräfte mußten sich bis 1939 weiter zurückziehen, während die radikalisierte Mittelklasse ihre Stellungen ausbauen konnte und unter dem Eindruck des Dritten Reichs, aber auch der Entstehung faschistischer Parteien im eigenen Land kontinuierlich nach rechts driftete.

Die Jahre des Zweiten Weltkriegs erlaubten einen Gegenvorstoß des konservativen Adels, der zwar mit Hitlers Hilfe die außenpolitische Revision der Grenzen von Trianon durchsetzen, sich jedoch politisch nicht zu eng an das Dritte Reich anlehnen

[208] Den „dual character“ des Horthy-Systems mit konservativen und „faschistischen“ Zügen betont auch Erös, in: Woolf 1970, S. 111 f.

[209] Dieses Wortspiel bei Weber, in: JCH 9 (1974), S. 17.

[210] Im wesentlichen nach Márkus, in: AH 18 (1972), S. 134 f.; verkürzt auch bei Stier, in: Sz 117 (1983), S. 437 f.

wollte und daher eine schwankende Neutralitätspolitik zwischen den Fronten führte. Seine Position wurde gefördert durch das Scheitern des Rußlandfeldzugs, bei dem die ungarischen Truppen hohe Verluste erlitten. Der Versuch einer vorsichtigen Annäherung an die Westalliierten wurde zuerst durch die Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen im März 1944, dann im Oktober 1944 durch die Machtergreifung der Pfeilkreuzler zunichte gemacht.

3. Das politische System und die Ära Bethlen

Zwei grundlegende Konstituenten bestimmten das politische Leben der gesamten Horthy-Ära: das Trauma der Räterepublik und des Bolschewismus sowie die leidenschaftliche Ablehnung des „Friedensdiktats" von Trianon und der daraus resultierende Revisionismus[211]. Beide Anti-Haltungen waren nicht etwa auf die „herrschenden Klassen" beschränkt, obwohl sie von Regierungsseite durch eine entsprechende Propaganda forciert wurden; das Nein zum Kommunismus und zur Trianoner Grenzziehung war in breiten gesellschaftlichen Schichten verankert und bildete einen, wenn nicht sogar *den* grundlegenden sozialpsychologischen Faktor, der die geschichtliche Entwicklung Ungarns von 1919 bis 1944/45 durchzog.

Trotz zahlreicher sozialpolitischer Reformen (Achtstundentag, bezahlter Urlaub, Arbeitsunfall-, Arbeitslosenversicherung), die gleich nach dem Sieg über die Räterepublik zusammen mit allen anderen während ihrer Herrschaft erlassenen Gesetzen und Verordnungen außer Kraft gesetzt wurden, galt Béla Kuns Regime auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht als gescheitert. Einer der wesentlichen Gründe dafür lag in der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, die statt der Neuaufteilung des enteigneten Bodens durchgesetzt wurde. Die Opposition der enteigneten Grundbesitzer und Kapitalisten gegen die Rätediktatur erstaunt nicht. Jedoch erschien nach Jászis Worten Kuns Regime auch den Massen als Herrschaft des städtischen Proletariats über die Landbevölkerung sowie der Juden als fremder Rasse über die christlichen Ungarn[212]. Macartneys im März 1940 für das Foreign Office erstellter „Report on Hungary" hob hervor, daß der Kommunismus gerade in der Arbeiterschaft unpopulär sei. Nach Kuns Fiasko hätten die Kommunisten, die sich in die Sowjetunion absetzten, den ungarischen Arbeiter „the brunt of the reaction" ertragen lassen[213].

Mit der Niederschlagung der Räterepublik war nicht nur die revolutionäre Arbeiterbewegung liquidiert (die illegale kommunistische Partei hatte 1935 schätzungsweise rund tausend Mitglieder[214]), die Arbeiterbewegung als ganze entscheidend geschwächt und diskreditiert worden; der staatlich geförderte vehemente Antikommunismus richtete sich nicht allein gegen Kommunisten und Sozialisten, sondern auch gegen liberale Institutionen und Denkweisen. Die traumatische Angst vor dem „Bolschewismus" war immer präsent und verursachte eine permanente, der Realität nicht entspre-

[211] Zur „Strukturkrise" vor und nach dem Ersten Weltkrieg in ganz Ostmitteleuropa vgl. Conze, in: VfZ 1 (1953), S. 319 ff.

[212] Oscar Jászi, Revolution and Counter-Revolution in Hungary, London 1924, S. 156, zitiert nach Barany, in: Sugar, 1971, S. 74.

[213] PRO. FO 371. 24429, S. 367 f.

[214] B. Vago, in: JCH 5 (1970/3), S. 95.

chende Überschätzung der Gefahr von links. Zudem verbreitete sich in weiten Kreisen die Ansicht, daß Veränderungen des verkrusteten gesellschaftlichen und politischen Systems in Zukunft nicht von links, sondern von rechts angegangen werden müßten. Diese Disposition, radikale Reformen nur der extremen Rechten zuzutrauen, sollte in den dreißiger Jahren viel zum Aufstieg der Pfeilkreuzlerbewegung beitragen.

Das Trianoner „Friedensdiktat" stieß auf die einmütige, leidenschaftliche Ablehnung aller gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien und war damit Ursache eines allgemein verbreiteten Nationalismus und Revisionismus, bei dem man sich über das Ziel, nur nicht über die Mittel einig war. Trianon bewirkte jedoch auch die enttäuschte Abwendung vom westeuropäischen Fortschritt und seinen propagierten liberalen Werten und Zielen, die die führenden Kreise bis dahin als modellhaft bewunderten. Die bürgerlich-liberale Ideenwelt wurde zunehmend mit einer fremden, antinationalen Drohung identifiziert. In das entstandene ideologische Vakuum konnten in der Folge andere weltanschauliche Modelle eindringen, in den zwanziger Jahren der italienische Faschismus, in den dreißiger Jahren dann der deutsche Nationalsozialismus, die das Muster eines nationalen Neubeginns darzustellen schienen und mit deren Hilfe man die Revision der Pariser Verträge durchzusetzen glaubte.

Der am 4. Juni 1920 im Schlößchen Trianon in Versailles unterzeichnete Vertrag wurde am 15. November nach einer feierlichen Protesterklärung von der Nationalversammlung ratifiziert und am 26. Juli 1921 zum Gesetz XXXIII/1921 erklärt[215]. Neben Reparationsforderungen in nicht fixierter Höhe und Entwaffnungsbestimmungen, die die Armee auf ein Berufsheer von 35000 Mann beschränkten und gewisse Waffengattungen (schwere Artillerie, Panzer, Kampfflugzeuge) verboten, bestimmte der Vertrag die Zerstückelung des historischen ungarischen Königreichs. Von den 282876 km² des alten Ungarn (ohne Kroatien, das eine Sonderrolle innehatte) wurden 4020 km² an Österreich angegliedert (Burgenland), 589 km² an Polen, Ungarns einziger Hafen, Fiume, kam zu Italien. 61633 km² fielen an die Tschechoslowakei, 103093 km² an Rumänien und 20547 km² an Jugoslawien, das auch noch Kroatien (42541 km²) erhielt. Ungarns Restterritorium schrumpfte auf 92963 km², seine Einwohnerzahl von ursprünglich 18264533 auf 7615117. Auf Trianon-Ungarn entfielen demnach nur noch 32,9% des Territoriums und 41,7% der Einwohnerzahl des historischen Königreichs. Die neue, nationale Zugehörigkeiten in vielen Fällen nicht beachtende Grenzziehung schlug zahlreiche völlig oder überwiegend ungarisch bevölkerte Landstriche und Städte aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen den Nachfolgestaaten zu, so daß in Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei starke ungarische Minderheiten lebten (in Österreich rund 26000; in der Tschechoslowakei 1,07 Millionen; in Jugoslawien 465000; in Rumänien 1,66 Millionen). Darüber hinaus wurde der zusammenhängende Wirtschaftsraum der Donaumonarchie zerstört: Ungarn verlor seine meisten Rohstoffgebiete, behielt jedoch die um Budapest konzentrierten Industrieanlagen, die ihrerseits nun in den Nachfolgestaaten fehlten. Dadurch nahm der industrielle Charakter des Landes zu, denn in Trianon-Ungarn befanden sich 50,9%

[215] Vgl. für die folgenden Abschnitte die Landkarte im Anhang.

der im industriellen Sektor erwerbstätigen Bevölkerung, 55,6 % der Industrieanlagen, 82% der Schwerindustrie und 70% der Banken des alten Königreichs[216].

Der Friedensvertrag wurde allgemein als nationale Schande und Demütigung betrachtet, aus der man sich so bald als möglich zu erheben habe[217]. Am Tage seiner Unterzeichnung läuteten im ganzen Land die Glocken, der Verkehr stand für zehn Minuten still, Geschäfte, Schulen, Universitäten waren geschlossen. Der in der Ratifikationsdebatte der Nationalversammlung gestellte Antrag, bis zur Wiederherstellung des Reiches nationale Trauer zu verhängen, wurde ohne Gegenstimmen angenommen. 18 Jahre lang, bis zur Wiederangliederung eines Landesteils im November 1938 durch den 1. Wiener Schiedsspruch im Anschluß an das Münchner Abkommen, wehte auf allen öffentlichen Gebäuden die Nationalfahne auf Halbmast. „Nein, nein, niemals!" (Nem, nem, soha!) lautete die Protestparole gegen Trianon. Am 16. Januar 1921 wurde auf dem Freiheitsplatz vor dem Parlament ein Irredenta-Denkmal enthüllt. Vier die Himmelsrichtungen darstellende Statuen symbolisierten die an die Nachfolgestaaten abgetretenen Landesteile. Der Frieden nach dem Ersten Weltkrieg begann mit einer schweren Hypothek, denn die übermächtig empfundene Verletzung des ungarischen Nationalbewußtseins wies die politische Richtung für die Ableitung auch anderer Spannungen und Krisen[218].

Verfassung und politische Entscheidungsträger

Die politische Konsolidierung des Horthy-Regimes nach der Phase des „Weißen Terrors" wird gemeinhin mit dem Namen des Grafen István Bethlen[219] in Verbindung gebracht, Ministerpräsident seit dem 14. April 1921, der dem Zeitraum bis zu seinem Rücktritt am 19. August 1931 als „Ära Bethlen" seinen Namen gab. Angetreten mit einem am 26. November 1921 verkündeten Konsolidierungsprogramm (sozialer Frieden, Zusammenarbeit mit allen politischen Kräften, die sich am Wiederaufbau Ungarns beteiligen wollten), gelang es diesem Mann von großem politischen Format, Ungarn aus der außenpolitischen Isolation herauszuführen (18. September 1922: Aufnahme Ungarns in den Völkerbund). Er meisterte die wirtschaftliche Notlage des Landes aus Kriegsfolgen und Inflation und sicherte einen bescheidenen Neubeginn. Mit Bethlens Namen verbunden wird auch die innenpolitische Konsolidierung und Festigung Horthy-Ungarns nach seiner politisch unruhigen, von „weißem Terror" und rechtsgerichteten radikalen Kräften geprägten Frühphase[220]. Unter Bethlens Führung kristallisierte sich bereits vor seiner nominellen Ministerpräsidentschaft ein politisches System heraus, das zwei Grundzüge erkennen ließ: zum einen das bewußte Anknüpfen an den Institutionen, Normen und Wertvorstellungen des historischen Ungarn

[216] Zum Vertrag von Trianon vgl. MTK III, S. 873; MT 8/1, S. 423; Macartney I, S. 4 f.; Nagy-Talavera, 1970, S. 56; Janos, 1982, S. 205 f.; Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 372.

[217] Vgl. als nur eines der zahlreichen Beispiele J. Horváth, in: Baranyai, 1940, S. 591 ff. (in deutscher Sprache).

[218] MTK III, S. 873, 878; Nagy-Talavera, 1970, S. 57; Ormos/Incze, 1980, S. 11 f.

[219] Bethlens Kurzbiographie vgl. Országgyülési almanach 1935/40, S. 221 ff.

[220] Für die Zeit 1919–1922 vgl. ausführlich Pölöskei, 1980; zu Bethlens Konsolidierungsbestrebungen 1921/22 vgl. ders., in: PtK 20 (1974/3), S. 52 ff.

und die Restauration[221] der Herrschaft der traditionellen Eliten, zum anderen den Aufbau eines subtilen Systems der Machterhaltung und der Ausschaltung bzw. Neutralisierung der politischen Gegner.

Bethlen gilt nicht nur in der marxistisch-leninistischen Forschung als „der führende Politiker von Finanzkapital und Großgrundbesitz"[222]; hervorzuheben ist jedoch, daß er den Erfolg seines Konsolidierungsprogramms in nicht zu unterschätzendem Ausmaß auf die Unterstützung der Gentry-Bürokratie gründete, ja gerade sein „appeal to gentry loyalty" sicherte seine große Integrationskraft: „Bethlen represented gentry values much more than those of the arch-reactionary aristocrats, and he embodied them in his program for political consolidation."[223] Es entstand ein politisches System, das im Vergleich zum Dualismus antiliberaler und diktatorischer war, durch die stärkere Einbeziehung „mittlerer" Schichten aber auf einer breiteren sozialen Grundlage basierte, die jedoch das Potential politischer Radikalisierung nach rechts in sich barg.

Wie schon im großungarischen Königreich gab es auch in Horthy-Ungarn keine geschriebene, sondern wie in England nur eine historisch überlieferte Verfassung, die auf den sogenannten Blutvertrag vor der ungarischen Landnahme 896 zurückgeführt wurde. Diese vermeintliche tausendjährige Kontinuität wurde zum Programm erhoben und diente mit als Argument für die Wiederherstellung Ungarns in seinen historischen Grenzen wie auch für die Herrschaft des traditionellen Machtkartells. Eng damit verbunden war die Staatsdoktrin von der „Heiligen Krone", wie sie sich bereits in István Werböczis „Tripartitum" von 1517, der wichtigsten Rechtsaufzeichnung der ständischen Epoche, abgezeichnet hatte und noch vor dem Ersten Weltkrieg von Ákos Timon mit größter Wirkung für das öffentliche Rechtsbewußtsein entwickelt wurde. Die Stefanskrone verkörperte die Nation, die durch den Akt der Krönung dem Herrscher Staatsgewalt und Legitimation übertrug. Souverän war demnach die Nation, die durch das Symbol der Krone den König mit der Ausübung legitimer Herrschaft beauftragte. Auf sie stützte sich auch die Würde des Reichsverwesers: Er legte seinen Eid auf die Krone und Ungarns historische Verfassung ab. Gerichtsurteile wurden bis 1945 im Namen der Krone verkündet. Sie symbolisierte gleichzeitig die Kontinuität der unveränderten Staats- und Rechtsordnung sowie die historische Zusammengehörigkeit der Länder der Stefanskrone. Damit war sie Brennpunkt des ungarischen Nationalismus, der nicht so sehr auf ethnischen als vielmehr auf historischen Kategorien basierte. Die Doktrin der Heiligen Krone diente also ebenfalls der Aufrechterhaltung und Bekräftigung der ungarischen Gebietsansprüche sowie der „historisch" legitimierten Ablehnung der Republik als Staatsform; die beiden Revolutionen wurden auf diesem Hintergrund zu nichtmagyarischen, fremden und vorübergehenden Erscheinungen. Tatsächlich hat man niemals zuvor „in Ungarn der Idee und der Theorie der Hei-

[221] Der Restaurationsbegriff ist nur mit Vorsicht zu benutzen, denn aufgrund der veränderten internationalen Lage und der neuen internen Kräfteverhältnisse (Ausschaltung der Linken; verstärktes soziales und politisches Gewicht der mittleren Schichten) konnte der Vorkriegszustand nicht einfach wiederhergestellt werden.

[222] P. Sipos, 1970, S. 123. Vgl. dazu auch Szabolcs, 1965, S. 139.

[223] Batkay, 1982, S. 85; dazu auch Szinai, in: AH 23 (1977), S. 72.

ligen Krone in dem Maße gehuldigt, wie gerade in einer Zeit, in welcher es keinen König mehr gab"[224].

Die Ententemächte beschlossen am 2. Februar 1920 nur das Verbot der Restauration des Hauses Habsburg, betrachteten jedoch die Wahl der Staatsform als innere Angelegenheit Ungarns[225]. Die am 25./26. Januar 1920 gewählte Nationalversammlung, in der die Kleinlandwirtepartei die Mehrheit der Mandate stellte[226], hob in Gesetz I/1920 die Pragmatische Sanktion auf und erklärte Ungarns verfassungsmäßige Bindung an Österreich für nichtig. Zugleich setzte sie alle Gesetze und Verordnungen der bürgerlichen wie der Räterepublik außer Kraft, wodurch staatsrechtlich die Republik wieder abgeschafft und an der vorrevolutionären monarchistischen Staatsform angeknüpft wurde. Das Problem, wer dieser König sein sollte, das Parteien wie Nationalversammlung in Habsburgfreunde und -feinde zu spalten drohte, wurde schließlich durch einen Kompromiß umgangen: Der Thron wurde für vakant erklärt; bis zu seiner Besetzung sollte provisorisch ein Reichsverweser als Staatsoberhaupt gewählt werden[227]. Dieses staatsrechtliche Provisorium des „Königreichs ohne König" dauerte bis zum November 1944, als es nach der Machtübernahme der Pfeilkreuzler durch ein weiteres Provisorium, den „Führer der Nation", abgelöst wurde.

Am 1. März 1920 wählte die Nationalversammlung mit 131 von 141 Stimmen den 1868 geborenen ehemaligen k.u.k.-Konteradmiral Miklós von Horthy, der am 16. November 1919 an der Spitze der Nationalarmee[228] in das von den rumänischen Besatzungstruppen geräumte Budapest eingeritten war, zum Reichsverweser (kormányzó, *Regent*)[229]. Das Parlamentsgebäude war während der Stimmabgabe von bewaffneten Offizierskommandos umzingelt. Die Wahl Horthys wurde von verschiedenen politi-

[224] Révész, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 48. Zur ungarischen Verfassung und Heiligen Krone vgl. zusammenfassend Kardos, in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 438 ff.; ders., in: Études Historiques Hongroises 1 (1985), S. 523 ff.; Csizmadia, 1978, S. 606; Emmerich, 1974, S. 5 f.; Barany, in: Sugar/Lederer, 1971, S. 291.

[225] Vgl. dazu Pölöskei, in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 340.

[226] Trotz des gewaltsamen Drucks, den Armee und rechtsgerichtete Gruppen auf die Wähler ausübten, erreichte die Kleinlandwirtepartei 79 der 218 Mandate, wohingegen die nationalkonservative Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung KNEP (Keresztény Nemzeti Egyesülés Pártja) nur 72 Sitze gewann. Nach den Wahlen in den ehemaligen rumänischen Besatzungsgebieten jenseits der Theiß im Juni 1920 erhöhten die Kleinlandwirte ihre Sitze auf 91, während die Zahl der KNEP-Abgeordneten durch Parteiaustritte auf 59 sank; vgl. hierzu MT 8/1, S. 413 f. Zur verwirrenden Situation der Parteifusionen, -abspaltungen, -umbenennungen in diesen frühen Jahren vgl. Toth, in: Wende, 1981, S. 731 ff.

[227] Macartney I, S. 25; Révész, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 50; Janos, 1982, S. 203; MT 8/1, S. 414.

[228] Die Nationalarmee war sehr klein und umfaßte nur ca. 4000 Mann, größtenteils Offiziere, vgl. Gosztony, in: Ránki 1984 (b), S. 221 f.; zur Rolle der Armee 1919–1921 ausführlich Pataki, 1973.

[229] Horthy hatte zunächst den Titel eines Oberbefehlshabers oder Generalissimus (Fővezér) der gegenrevolutionären Truppen inne gehabt, der ihm die Teilnahme an den Ministerratssitzungen und großen politischen Einfluß auf die Regierungsentscheidungen sicherte. 1920 wurde diese Position aufgelöst, doch kam ihr Träger nun als Staatsoberhaupt in Frage; vgl. dazu auch Klocke, in: Ungarn-Jahrbuch 9 (1978), S. 184.

schen Gruppen getragen, die allerdings von unterschiedlichen Motiven geführt waren. Die „freien Königswähler" betrachteten die Wahl Horthys als ersten definitiven Schritt weg von Habsburg; legitimistische Kreise hingegen setzten gerade auf Horthys bekannte Loyalität zum Haus Habsburg und erhofften eine politische Stabilisierung in ihrem Sinne. Die Szegediner Rechte sah den neuen Reichsverweser als einen der Ihren und verband mit seiner Wahl die Hoffnung auf einen ersten Schritt in Richtung auf eine Militärdiktatur[230].

Horthy war von Anfang an bemüht, seine königsähnlichen Befugnisse als Reichsverweser, wie sie in Gesetz I/1920 niedergelegt worden waren, noch zu erweitern, ja er ließ sich nach seiner Wahl sogar nur unter dieser Bedingung vereidigen[231]. Die Ausdehnung seiner Rechte erfolgte nach der formellen Absetzung des Habsburger Königshauses durch Gesetz XLVII/1921 nach den zwei erfolglosen Rückkehrversuchen Karls IV.[232]. Den ursprünglichen Bestimmungen von Gesetz I/1920 zufolge[233] übte der Reichsverweser, im Gegensatz zum König, keine gesetzgeberische Funktion aus. Er durfte die Nationalversammlung nicht vertagen und erst nach erwiesener dauernder Arbeitsunfähigkeit auflösen; Neuwahlen mußten dann innerhalb von drei Monaten stattfinden. Vorherige parlamentarische Zustimmung war erforderlich für die Unterzeichnung von Verträgen mit anderen Ländern, von Kriegserklärungen oder Friedensverträgen sowie für den Einsatz der Armee außerhalb der Landesgrenzen. Erhebungen in den Adelsstand, die Ausübung von Patronatsrechten über die Kirche sowie der Erlaß von Amnestien waren dem Reichsverweser versagt. Das Parlament besaß das Recht, das provisorische Staatsoberhaupt zur Verantwortung zu ziehen; im Falle von Verfassungs- oder Gesetzesbruch konnte Anklage erhoben werden.

Die Ausdehnung der reichsverweserlichen Rechte erfolgte auf Kosten des Parlaments; Horthys Kompetenzen näherten sich zunehmend denen eines „Ersatzkönigs". Bereits Gesetz XVII/1920 vom 19. August 1920 räumte ihm das Amnestierecht sowie das Recht auf Vertagung und gar Auflösung des Parlaments mit gewissen Einschränkungen ein; im Falle unmittelbar drohender Gefahr durfte er als Oberster Kriegsherr die Armee auch ohne vorherige parlamentarische Zustimmung außerhalb der Landesgrenzen einsetzen. Als nächstes verlieh Gesetz XXII/1926 dem Reichsverweser die Möglichkeit, Mitglieder ins neu geschaffene Oberhaus zu ernennen, und modifizierte das Recht des Parlaments, den Regenten zur Verantwortung zu ziehen. Am 13. Juli 1933 gestand Gesetz XXIII/1933 ihm das vollständige königliche Recht auf Auflösung und zeitlich unbegrenzte Vertagung des Parlaments zu.

Im Juli 1937 schließlich nahm sich die Volksvertretung mit Gesetz XIX/1937 selbst die Möglichkeit, den Reichsverweser zur Verantwortung zu ziehen. Diesem wurde ferner das Recht auf Empfehlung eines Nachfolgers sowie ein extensives suspensives Vetorecht mit der letzten Möglichkeit der Parlamentsauflösung zugebilligt[234]. Die engli-

[230] Bogdan, 1979, S. 16.
[231] Lehmann, 1975, S. 15.
[232] Vgl. dazu MT 8/1, S. 432 ff., 443 ff.
[233] Das Folgende nach Pölöskei, in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 344 ff.; MTK III, S. 874, 927, 949; MT 8/1, S. 415; Révész, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 50 f.
[234] Die englische Übersetzung von Entwurf und Gesetz vgl. PRO. FO 371. 21152, S. 226 ff., 236 ff. sowie FO 434. 4, S. 81 ff.

sche „Times" bemerkte dazu, Horthy könne von nun an ohne weiteres als „King Horthy I" tituliert werden[235]. Den Abschluß dieser Entwicklung bildete das Gesetz II/1942 über die Einführung des Amts des Reichsverweser-Stellvertreters, zu dem Horthys Sohn István gewählt wurde. Die Tendenz zur königsähnlichen Aufwertung der Reichsverweserwürde mit deutlichen Bestrebungen zur Gründung einer Dynastie[236] fand damit ihren Höhepunkt. Der de iure provisorische Regent genoß de facto den Status eines Ersatzkönigs, während die Funktionen des Parlaments kontinuierlich ausgehöhlt wurden.

Orthodoxe marxistisch-leninistische Beurteilungen der Person Horthys, der, angeblich ein Anhänger des „totalen Faschismus", auch noch zu „one of its Central-European founders"[237] erklärt wurde, greifen weit daneben. Die moderne ungarische Geschichtsforschung enthält sich derartiger Einschätzungen. Tatsache bleibt seine politische Herkunft aus Szeged, doch zählte er eher zu den „antirevolutionaries" als zu den rechtsradikalen Szegedinern. Die Jahre in der k.u.k.-Kriegsmarine prägten seine Normen und Wertvorstellungen bis zuletzt. Auf diese im Grunde durch und durch konservative Einstellung eines k.u.k.-„Ehrenmanns"[238] ist wohl auch zurückzuführen, daß Horthy seine starke verfassungsrechtliche Stellung niemals ganz ausschöpfte (er machte nicht einmal von seinem Vetorecht Gebrauch), geschweige denn den gesteckten gesetzlichen Rahmen überschritt[239]. Es war von eminenter Bedeutung, daß er unter dem politischen Einfluß Bethlens, auch als dieser nicht mehr Ministerpräsident war, sowie anderer Mitglieder der „Hofkamarilla" stand[240]. Er wurde zu einer anerkannten, in breiten Schichten sehr populären Integrationsfigur und zum Symbol einer ganzen Epoche. Kein Weg zur politischen Macht führte an Horthy vorbei.

Die Institution des Parlaments wurde in der gesamten Horthy-Ära nicht angetastet, sondern genoß Respekt und hohes Prestige und war für Politik und Gesellschaft wegen seiner langen institutionellen Tradition und der Idee des Parlamentarismus von allergrößter Bedeutung; dabei war es weder demokratisch gewählt noch politisch mächtig. Neben Regierungspartei, Bürokratie und staatstragender „christlich-nationaler" Ideologie erfüllte das Parlament ohne Zweifel eine der wesentlichen Legitimationsfunktionen des politischen Systems[241].

Parlamentarisierung hatte in der europäischen Tradition und Staatstheorie zunächst überhaupt nichts mit Demokratisierung zu tun und bedeutete nicht mehr als „Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament. Der Gedanke, daß Regierungen aus dem Parlament hervorgehen müßten, war damit noch nicht gegeben."[242]

[235] Times, 14.6.1937.
[236] Ausführlich dazu Lehmann, 1975.
[237] Pethö, in: NHQU 4/12 (1963), S. 123, 131.
[238] Horthy jedoch als „Geistesverwandten Metternichs" zu bezeichnen, wie dies Lehmann, 1975, S. 67, tut, ist zu hoch gegriffen.
[239] Macartney I, S. 51. Horthys Biographie vgl. ebenda, S. 52 ff.; Pintér, 1968; Gosztony, 1973; Vas, 1975 (bis 1921). Eine strengen wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Horthy-Biographie ist noch nicht verfaßt worden.
[240] Dazu Nagy-Talavera, 1970, S. 53; Radvánszky, in: Ungarn-Jahrbuch 9 (1978), S. 197; Erös, in: Woolf, 1970, S. 121.
[241] Batkay, 1982, S. 90.
[242] Hennis, 1973, S. 91.

Auch in Horthy-Ungarn wurde die Regierung vom Staatsoberhaupt ernannt, war jedoch dem Parlament für ihr Tun verantwortlich. Obwohl das Gesetz die wichtigste Rechtsquelle war und blieb, wurden die Funktionen des Parlaments einerseits durch die Ausweitung der reichsverweserlichen Rechte, andererseits durch das traditionell starke, noch zunehmende Gewicht der Exekutive ausgehöhlt. Graf Aladár Széchenyi kam in der Oberhaussitzung vom 22. Mai 1936 zu der Schlußfolgerung: „Seit der Regierung von Dezsö Bánffy herrscht in Ungarn ein Pseudoparlamentarismus, richtiger eine Diktatur des jeweiligen Regierungschefs."[243]

Legislatives Organ war zunächst die Nationalversammlung (nemzetgyülés), bis am 11. November 1926 durch Gesetz XXII/1926 ein Zweikammersystem aus Abgeordneten- (képviselöház) und Oberhaus (felsöház) eingeführt wurde. Deutliches Vorbild des Oberhauses war das alte, im Herbst 1918 aufgelöste Herrenhaus (förendiház), so daß die restaurative, die Wiederherstellung der vorrevolutionären Ordnung erstrebende Tendenz der Bethlen-Ära hier vielleicht am augenfälligsten zum Ausdruck kam. Mit dem Oberhaus[244] schufen sich die traditionellen Machteliten eine prinzipiell mit dem Abgeordnetenhaus gleichrangige, durch Wahlen nicht legitimierte Machtbastion im Gesetzgebungsprozeß. Seine zunächst 242 Mitglieder rekrutierten sich entweder aufgrund erblichen Rechts, so die im Lande wohnenden männlichen Angehörigen des Hauses Habsburg-Lothringen nach Vollendung ihres 24. Lebensjahres wie auch die Aristokratie: Sie entsandte, eine jährliche Steuerzahlung von mindestens 2000 P vorausgesetzt, Vertreter aus ihren Reihen durch Wahl in das Oberhaus. Die meisten Mitglieder zogen jedoch qua Amt und Würden in die Erste Kammer ein, z. B. die höchsten Würdenträger der Kirchen einschließlich der beiden Oberrabbiner (diesen wurde 1940 gesetzlich die Mitgliedschaft abgesprochen), Vertreter der Städte, Universitäten und Berufsgruppen, von Handel, Industrie, Landwirtschaft. Schließlich erhielt Horthy als Reichsverweser das Recht, zunächst 40, später 50 Oberhausmitglieder auf Antrag der Regierung zu ernennen.

Gesetz XXII/1926 hatte für den Konfliktfall noch ein Übergewicht des Abgeordnetenhauses vorgesehen, das nach zweimaligem Veto des Oberhauses eine Gesetzesvorlage auch ohne dessen Billigung dem Reichsverweser zur Verkündung vorlegen konnte. Als in den dreißiger Jahren die Verschiebung der politischen Gewichte nach rechts im Abgeordnetenhaus offenbar wurde und sich die konservativen Eliten in den Hintergrund gedrängt fühlen mußten, erweiterte Gesetz XXVII/1937 die Befugnisse des Oberhauses zur völligen Gleichberechtigung (mit Ausnahme der Verabschiedung des Staatshaushaltes, die ausschließlich dem Abgeordnetenhaus vorbehalten blieb). Im Falle von Meinungsverschiedenheiten war die Unterbreitung der strittigen Gesetzesvorlage beim Reichsverweser durch das Abgeordnetenhaus nicht mehr statthaft, sondern beide Kammern mußten in einer gemeinsamen Sitzung über die Vorlage abstimmen. Das ultrakonservative, Reformen abblockende Oberhaus bildete das stärkste Bollwerk gegen den anwachsenden Antisemitismus und Nationalsozialismus.

[243] Felsöházi Értesitö, 22.5.1936, S. 20, zitiert nach Márkus, in: AH 18 (1972), S. 125.

[244] Zum Oberhaus vgl. Pölöskei, in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 356 ff.; Csizmadia, 1978, S. 586; Révész, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 51, 53 f.; Emmerich, 1974, S. 15 ff.; Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 376; Csekey, in: Baranyai, 1940, S. 574 f.; MTK III, S. 902, 951. Die vollständige englische Übersetzung des Oberhausgesetzes vgl. PRO. FO 434.5, S. 377 ff.

Grundlage der starken Stellung der Regierung war noch das alte Gesetz LXIII/1912, das ihr für den Kriegsfall Sondervollmachten auf Kosten von Parlament und Gebietskörperschaften zusprach, so daß mit Hilfe von Notstandsverordnungen regiert werden konnte. Gesetz VI/1920 vom 28. April 1920 verlängerte die ursprünglich bis Kriegsende befristete Geltungsdauer des Gesetzes bis Ende 1922, als schließlich der Regierung gestattet wurde, die aufgrund der Notstandsvollmacht erlassenen Verordnungen in Kraft zu lassen. Erst in den dreißiger Jahren wurde dies gerichtlich für ungültig erklärt[245]. Eine allgemeine Vollmacht, nur mit Verordnungen regieren zu dürfen, erteilte das Parlament der Regierung bis zum Landesverteidigungsgesetz II/1939 nicht mehr; andererseits waren so zentrale Rechte wie das Vereinigungs- und Versammlungsrecht nicht gesetzlich, sondern nur durch Verordnung geregelt[246]. Zudem garantierten einige Gesetze der Regierung das Recht, innerhalb ihres Rahmens gewisse Sachverhalte auf dem Verordnungsweg zu regeln, so beispielsweise Gesetz XXVI/1931 über die Sicherung der Kreditordnung und des Gleichgewichts des Staatshaushalts, wonach der Finanzminister zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise Verordnungen erlassen konnte, die eigentlich in den Kompetenzbereich des Parlaments fielen. Diese Vollmachten mußten jedoch vom Parlament meist jährlich verlängert, die erlassenen Verordnungen dem sogenannten „33er Ausschuß" aus beiden Häusern zur Bestätigung vorgelegt werden[247].

Erst das am 11. März 1939 verkündete Verteidigungsgesetz II/1939, das generell im Falle eines Krieges oder der unmittelbaren Kriegsgefahr die Rechte von Regierung und militärischer Führung erweiterte, erteilte der Exekutive wieder eine allgemeine Ermächtigung, Maßnahmen im Interesse der Landesverteidigung zu treffen, was sehr extensiv interpretiert wurde. Aufgrund dieser Ermächtigung durfte die Regierung in die Tätigkeit der Verwaltungsbehörden und der Polizei, in die Freiheitsrechte (Aufhebung des Vereinigungs- und Versammlungsrechts, Kontrolle von Post, Telefon, Presse usw., Anordnung polizeilicher Überwachung, Ausweisungen usw.) sowie in Finanz- und Justizangelegenheiten eingreifen. Darüber hinaus war ihr gestattet, all jene privatrechtlichen, Verwaltungs-, exekutiven und legislativen Anordnungen zu treffen, die nach ihrer Beurteilung im Interesse der Landesverteidigung unbedingt nötig seien. Ausgenommen waren Veränderungen im Bereich der Organisation und Tätigkeit der obersten Staatsorgane, der Gebietskörperschaften und der Gemeindeautonomie[248]. Alle Regierungsverordnungen des Szálasi-Regimes 1944/45 basierten auf diesem Gesetz.

Die starke Stellung der staatlichen Exekutive kam auch auf Kosten der verfassungsrechtlich prinzipiell autonomen Gebietskörperschaften (Komitate und ihnen gleichgestellte Städte mit Munizipalrecht; Hauptstadt Budapest mit Sonderstatus) zustande, deren gewählte Selbstverwaltungsgremien, in erster Linie die „Vollversammlung" (közgyülés) mit 150–450 Mitgliedern (je nach Größe), die politische Interessenvertre-

[245] Pölöskei, in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 347 ff.; Csizmadia, 1978, S. 607 f. Demnach wurde z. B. die strafrechtliche Verfolgung politischer Straftaten 1½ Jahre lang durch die Verordnungen 4038 und 4039 M.E. aus dem Jahre 1919 geregelt.

[246] Vgl. dazu Szinai, in: TSz 14 (1971), S. 490 f.

[247] Csizmadia, 1978, S. 608; MTK III, S. 917; Révész, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 54 f.

[248] Csizmadia, 1978, S. 608 f.

tung der Gebietskörperschaft zur Aufgabe hatten. Die Vollversammlung war jedoch nur zu zwei Fünfteln gewählt; weitere zwei Fünftel wurden aus den Reihen der „Virilisten", der größten Steuerzahler der Region, gestellt, der Rest entfiel auf Vertreter der wichtigsten Interessengruppen (Religionsgemeinschaften, führende Beamte usw.). Ihre Beschlüsse mußten zuerst der Regierung zur Billigung vorgelegt werden, ehe sie zur Ausführung kamen. Von ständig steigendem Gewicht war der Obergespan, der vom Staatsoberhaupt auf Vorschlag des Innenministers ernannt wurde, um als Vertreter der Zentralregierung die Übereinstimmung von Selbstverwaltung und Regierungspolitik zu gewährleisten. Durch den Vorsitz in den Selbstverwaltungsgremien konnte er direkte Kontrolle ausüben. Budapest als der Revolution „schuldige" Stadt mußte gar in mehreren „Verwaltungsreformen" weitere gesetzliche Beschränkungen seiner Autonomie hinnehmen. Neben die allgemeine Verwaltung der Gebietskörperschaften trat die direkt der Zentralregierung unterstehende Ressortverwaltung, die seit der Jahrhundertwende, besonders aber in der Horthy-Ära ihre Kompetenzen ausdehnen konnte. Beispiele dieser schleichenden „Verstaatlichung" auf Kosten der Selbstverwaltung sind die Verstaatlichung der Polizei 1919, des öffentlichen Gesundheitswesens 1936, der Sozialdienste 1941, der Baubehörden, Standesämter, veterinärmedizinischen Organe usw. Diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt im Jahr 1942, als aufgrund des Notstandsrechts die Besetzung aller selbstverwalteter Positionen durch den Innenminister verfügt wurde[249].

Ein beredtes Zeugnis des Demokratieverständnisses der politisch tonangebenden Kreise gibt Bethlens Regierungserklärung vom 19. April 1921: „Und wie stehen wir zu der Demokratie? [...] Demokratie kann ja nicht die blinde Herrschaft der Massen, der rohen Massen bedeuten. [...] Die wahre Demokratie sichert die Führung der intelligenten Klassen [...]. Die Demokratie, die nicht auszusprechen wagt, daß in dieser Demokratie die Intelligenz zur Führungsrolle berufen ist, ist keine Demokratie, sondern Demagogie."[250]

Das Wahlrecht war eines der Mittel, mit dessen Hilfe die Führung der „intelligenten Klassen" durchgesetzt werden konnte, obwohl der ungarische Soziologe Weis 1930 der Mehrheit der Führungsschicht bescheinigte, sie zeige „für geistige Belange im geringsten Ausmaße Interesse" und konzentriere sich auf Repräsentation, Genuß ihrer Privilegien und Kampf um die Macht bzw. Machterhaltung[251]. Vor dem Ersten Weltkrieg waren nur rund 7% der Gesamtbevölkerung der ungarischen Monarchie wahlberechtigt[252]. Auf Druck der Entente verabschiedete die Regierung Friedrich im November 1919 die Wahlrechtsverordnung 5985/1919 M.E. in Hinblick auf die für Januar 1920 angesetzten Wahlen zur Nationalversammlung[253]. Ihre Bestimmungen

[249] Ebenda, S. 592 ff.

[250] Bethlen I. gróf beszédei és írásai I, 1933, S. 159.

[251] Weis, 1930, S. 57, zitiert nach Emmerich, 1974, S. 14.

[252] Batkay, 1982, S. 55. Nagy-Talavera, 1970, S. 8, Anm. *, erwähnt die Sozialstruktur der gut 970 000 Wahlberechtigten 1908: Von ihnen waren 660 000 Grundbesitzer, 136 000 Unternehmer und andere Kapitaleigner, 127 000 Kleinlandwirte und Handwerker sowie gut 48 000 Arbeiter und Intellektuelle. Wahlberechtigt waren also nur ca. 175 000 Personen ohne oder nur mit bescheidenem Eigentum an Produktionsmitteln.

[253] Die folgenden Abschnitte zum Wahlrecht vgl. Révész, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 51 ff.; MTK III, S. 868, 884, 898; MT 8/1, S. 413, 451; Szakács, in: AH 22 (1976), S. 116.

waren die demokratischsten der gesamten Horthy-Ära und gestanden 39,7% der Gesamtbevölkerung das Stimmrecht zu. Die Wahlen waren erstmals allgemein und geheim; das aktive Wahlrecht war nur gebunden an die Vollendung des 24. Lebensjahres, sechsjährige Staatsbürgerschaft und einen ständigen Wohnsitz in derselben Ortschaft seit mindestens einem halben Jahr; Frauen mußten den Nachweis des Lesens und Schreibens erbringen. Nicht zuletzt diesem Wahlrecht verdankte die Kleinlandwirtepartei trotz des Drucks rechtsgerichteter Gruppen ihren Erfolg[254].

Knapp zweieinhalb Jahre später, am 2. März 1922, verkündete die Regierung Bethlen die „Reform der Reform" rechtzeitig vor den für Mai/Juni 1922 angesetzten Parlamentswahlen (das Mandat der Nationalversammlung war auf zwei Jahre begrenzt), und zwar aufgrund ihrer Sondervollmachten nicht durch Gesetz, sondern durch Verordnung 2200/1922 M.E. Mit Ausnahme von Budapest und den Munizipalstädten wurde wieder die offene Abstimmung vorgeschrieben, das Stimmrecht an einen „Bildungszensus" gebunden. Das aktive Wahlrecht war beschränkt auf Personen, die das 24. Lebensjahr (bei Frauen das 30.; die Altersgrenze galt nicht für Frauen mit Universitätsabschluß) überschritten hatten, seit zehn Jahren die ungarische Staatsbürgerschaft besaßen, seit mindestens zwei Jahren in derselben Gemeinde wohnhaft waren und vier Volksschulklassen besucht hatten. Frauen mußten darüber hinaus verheiratet mit mindestens drei Kindern sein oder sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Die Stoßrichtung dieser Wahlverordnung ist deutlich zu erkennen: Durch die Bindung des Stimmrechts an Bildungsstand und lange Ortsansässigkeit sollten speziell die unteren Schichten von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen werden, wobei Frauen noch besonders benachteiligt wurden. Die Zahl der Wahlberechtigten sank auf 29,8% der Gesamtbevölkerung.

Erst am 7. Juli 1925 wurde das erste Wahlgesetz (XXVI/1925) verabschiedet, das im wesentlichen die Bestimmungen der Verordnung von 1922 enthielt. Eine geheime Abstimmung gab es nur in den Listenwahlbezirken (Großstädte), die Wahlen in den ländlichen Einzelwahlbezirken waren offen[255]. Das 1938 verabschiedete zweite Wahlgesetz (XIX/1938) führte die geheime Abstimmung zwar auf dem Lande wieder ein, knüpfte dafür das Stimmrecht jedoch an weiter verschärfte Bedingungen[256].

Das undemokratische Wahlrecht sicherte von 1922 bis zu den letzten Wahlen 1939 der systemtragenden Regierungspartei jedesmal einen überwältigenden Wahlsieg. Oppositionelle Parteien, zumal jene, die sich auf untere gesellschaftliche Schichten stützten, hatten praktisch keine Chance, im Parlament die Mehrheit der Mandate zu erringen. Obwohl man es formal mit einem Mehrparteiensystem zu tun hatte, handelte es sich im Falle Horthy-Ungarns eher um eine Art „aufgeweichten Einparteiensystems", in dem eine dominante Regierungspartei, von der Opposition relativ unangefochten, die Geschicke des Landes bestimmte, ohne daß andere Parteien gesetzlich verboten zu werden brauchten. Schon die Vorschriften zur Kandidatenaufstellung wirkten sich für die Opposition nachteilig aus, da jeder, der sich als Kandidat aufstellen lassen wollte, die Unterschriften von mindestens 10% der Wahlberechtigten als Empfehlung nachweisen (in großen Wahlkreisen von mindestens 1000 Personen) und eine hohe Kau-

[254] Die Sozialdemokraten boykottierten die Wahlen aus Protest gegen den Terror von rechts.

[255] Der Anteil der Stimmberechtigten sank auf 26,6% der Bevölkerung im Jahr 1926 und stieg in der Folge leicht an: 1931: 29,4%; 1935: 33,8%.

[256] Vgl. dazu ausführlich S. 149 ff. dieser Arbeit.

tion hinterlegen mußte, so daß Unbegüterte von Anfang an ausschieden. Gab jemand für mehrere Kandidaten eine Empfehlung, war seine Unterschrift ungültig. Zudem wurden durch die Unterzeichnung einer oppositionellen Liste die mit der Regierung nicht konform gehenden Personen den Behörden namentlich aktenkundig und mußten mit handfesten Nachteilen rechnen. Für Beamte war eine oppositionelle Wahlempfehlung völlig undenkbar[257]. Das richtige Wahlergebnis sicherte sich die Regierung zudem mit dem mehr oder weniger gewaltsamen Druck von Bürokratie und Gendarmerie besonders auf die Landbevölkerung. Gegen die enge Verflochtenheit von Bürokratie, Regierungspartei und Parlament besaß die Opposition keine Chancen.

Das politische System und seine Gegner

Das Horthy-Regime kannte neben dem restriktiven Wahlrecht und dem Einsatz der Polizeikräfte[258] zwei Methoden, um mit politischen Gegnern fertig zu werden: entweder ihre völlige Ausschaltung oder ihre „Neutralisierung". Die gesetzliche Möglichkeit, gegen politisch mißliebige Kräfte bis zu ihrer vollständigen Ausschaltung vorzugehen, schuf sich die Nationalversammlung im März 1921 mit Gesetz III/1921 zum Schutz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Im Rahmen dieses Gesetzes waren beschränkte Versammlungs-, Vereinigungs-, Rede- und Pressefreiheit garantiert, doch drohte denen, die eine Bewegung zum Umsturz der „rechtmäßigen" Ordnung in Staat und Gesellschaft anregten oder anführten, besonders jedoch denen, die die ausschließliche Herrschaft einer sozialen Klasse forderten, eine Strafe von drei Jahren Zuchthaus bis zur Todesstrafe. Ebenso durften diejenigen strafrechtlich verfolgt werden, die Behauptungen aufstellten oder verbreiteten, die das Ansehen des ungarischen Staates schmälerten. Der Wortlaut des Gesetzes zielte deutlich auf Sozialisten und Kommunisten, die als politische Akteure bis in die letzten Jahre des Zweiten Weltkriegs hinein nur am Rande auftraten. Ihre Anhänger waren nach der Niederschlagung der Räterepublik großenteils emigriert, ermordet oder in den Gefängnissen und Internierungslagern verschwunden. Die äußerst dehnbaren, der Regierung einen weiten Interpretationsspielraum lassenden Klauseln des Gesetzes konnten jedoch ohne weiteres auch auf politische Gegner von rechts angewandt werden; sie machten ferner den Erlaß eines eigenen Pressezensurgesetzes bis 1938/39 überflüssig[259].

Statt den Weg des offenkundigen Verbotes und Zwanges zu gehen, bevorzugten die Machteliten jedoch die Möglichkeit der Neutralisierung politisch unliebsamer Kräfte, machte dies doch nach außen gegenüber den Ententemächten einen positiven Eindruck und erwies sich in der politischen Praxis als ausgesprochen erfolgreich. Die

[257] Hinzu kam, daß trotz offizieller Aufhebung der Pressezensur der Regierung genügend Möglichkeiten blieben, in die Pressefreiheit „lenkend" einzugreifen; vgl. Szinai, in: TSz 14 (1971), S. 491 f.; Pölöskei, in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 350 ff.

[258] Quellen zur Tätigkeit der Geheimpolizei 1920–1944 vgl. Megfigyelés alatt, 1977, die neben Organisation und Aufbau der Geheimpolizei ausschließlich ihren Einsatz gegen die politische Linke belegen. Die extreme Rechte wird ignoriert. Die Edition suggeriert, es habe seit den frühen 1920er Jahren eine riesige kommunistische, sozialistische und gewerkschaftliche Widerstandsbewegung gegeben.

[259] MTK III, S. 879; Barany, in: Sugar, 1971, S. 76; Emmerich, 1974, S. 212 ff.; zur zeitgenössischen Auslegung vgl. Angyal/Isaák, II, 1941, S. 430 ff.

Kleinlandwirtepartei[260], die mit der Forderung nach einer umfassenden Agrarreform die Wahlen zur Nationalversammlung 1920 gewonnen hatte, wurde durch die Fusion mit den konservativ-nationalen Kräften zur Regierungspartei entschärft. Ein erster Zusammenschluß der Kleinlandwirte mit der Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung im Juli 1920 scheiterte zwar im Februar 1921 an der Königsfrage. Dem politischen Geschick des auf politische Konsolidierung abhebenden Ministerpräsidenten Bethlen gelang es jedoch, am 22. Februar 1922 eine erneute Parteifusion in die Wege zu leiten. Unter der offiziellen Bezeichnung „Christliche Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger", kurz „Einheitspartei" (Egységes Párt) genannt, stellte sie (unter verschiedenen Namen) bis zum Ende der Horthy-Ära 1944 die systemtragende Regierungspartei[261]. Obwohl ihr Parteiprogramm sich neben der Schaffung eines christlichen und nationalen Ungarn und des sozialen Friedens mit der Arbeiterschaft auch die Durchführung der Agrarreform auf die Fahnen geschrieben hatte, war diese mit der Bildung der Einheitspartei endgültig gescheitert. Die ehemaligen kleinen Landwirte wurden von den konservativen Großgrundbesitzerkreisen in einem Ausmaß „integriert", daß sie als gestaltende politische Kraft ausschieden und nur mehr einen (unter mehreren) Flügel der Regierungspartei bildeten. Die Bodenreform, die im November 1920 als Gesetz XXXVI/1920 von der Nationalversammlung verabschiedet und im März 1924 durch Gesetz VII/1924 erweitert wurde, geriet durch die Ausschaltung der Kleinlandwirte endgültig auf das tote Gleis und verlief im Sande. Erst durch die Gründung der Unabhängigen Kleinlandwirtepartei im Oktober 1930 konnte sich das Bauerntum als politische Kraft erneut dauerhaft formieren[262].

Nach Adelsmanier neutralisiert und ins System, wenn auch natürlich nicht in die Regierungspartei integriert wurden ebenfalls die Sozialdemokraten und Gewerkschaften bzw. deren reformistischer Flügel. Sie sahen sich zunächst vor dem existentiellen Abgrund, drohte ihnen nach 1919 doch Verbot und politische Verfolgung. Bethlens wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen waren geprägt von den zeitgenössischen soziologischen Theorien ökonomischer Modernisierung, d.h. er war davon überzeugt, daß die Industriearbeiterschaft – im Gegensatz zum Bauerntum, das er als historisch überlebt betrachtete – in der Zukunft eine wesentliche gesellschaftliche Rolle spielen würde. Sein Ziel war daher die Pazifizierung der Arbeiterbewegung und ihre Integration in das politische System in entschärfter Form, ohne daß die traditionellen Machteliten ihre dominante Position aufzugeben brauchten. Dieser Intention dienten zum einen die Initiierung sozialgesetzgeberischer Maßnahmen nach der wirtschaftlichen Konsolidierung, zum anderen die schriftliche Fixierung des politischen Status

[260] Vgl. ausführlich die Monographie von Krusenstjern, 1981.

[261] Hervorzuheben ist, daß Bethlen die Regierungspartei erst schuf, d.h. hier stellte nicht die größte Partei den Ministerpräsidenten, sondern der Regierungschef „stellte" eine Partei; vgl. Szinai, in: AH 23 (1977), S. 72.

[262] Zur Bildung der Regierungspartei vgl. Toth, in: Wende, 1981, S. 740f., 743, wo auch die komplizierten, unübersichtlichen Vorgänge in der Parteienlandschaft der frühen Horthy-Ära gut zusammengefaßt sind. Vgl. weiter MTK III, S. 874, 876, 878, 884, 892; zum politischen Charakter der Unabhängigen Kleinlandwirte in der ersten Hälfte der 1930er Jahre vgl. Vago, in: JCH 5 (1970/3), S. 97.

der Arbeiterbewegung in dem geheim gehaltenen „Bethlen-Peyer-Pakt" vom 22. Dezember 1921[263].

Der Text des Abkommens wurde nicht bzw. nur in Auszügen veröffentlicht, so daß beide Seiten ihn in der Öffentlichkeit je nach Interessenlage interpretieren konnten[264]. Die zwischen der Regierung und der Führung der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften geschlossene Vereinbarung[265] garantierte die legale Betätigung der reformistischen Arbeiterbewegung, d.h. die Vereinigungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit wurden garantiert. Konfisziertes Gewerkschaftseigentum sollte zurückerstattet, politische Gefangene freigelassen, anhängige Gerichtsverfahren niedergeschlagen werden. Gewährleistet wurden weiter die Autonomie der Sozialversicherung für Arbeiter, die Aufhebung der die Freizügigkeit der Bergarbeiter einschränkenden Verordnungen sowie das Recht auf kollektive Tarifverhandlungen. Dagegen mußte die Sozialdemokratie zusichern, die Interessen der Arbeiterschaft als identisch mit denen der ganzen Nation zu betrachten, nach außen aktiv die Anliegen Ungarns zu verteidigen, sich republikanischer Propaganda und politischer Streiks zu enthalten sowie zur politischen und wirtschaftlichen loyalen Kooperation mit den bürgerlichen Klassen bereit zu sein. Während die aufgelösten Gewerkschaften von Eisenbahn, Post und öffentlichem Dienst erst gar nicht wieder zugelassen wurden und jede gewerkschaftliche Betätigung in diesem Bereich verboten blieb, verpflichtete sich die Sozialdemokratische Partei, mit ihrer Agitation niemals die Kontinuität der Produktion, besonders im Bergbau, zu gefährden; der politischen Tätigkeit unter der Landarbeiterschaft hatte sie sich ganz zu enthalten.

Das Abkommen sicherte einerseits die legale Betätigung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die nicht unberechtigt nach der Niederschlagung der Räterepublik um ihre Fortexistenz gebangt hatte; andererseits wurde sie zur für System und Regierung ungefährlichen Opposition zurechtgestutzt. Ihre Politik in den durch verschärfte politische und soziale Spannungen geprägten dreißiger Jahren zielte auf Besitzstandswahrung. Sie wollte auf keinen Fall durch scharfe Oppositionspolitik ein Parteiverbot oder die Einführung eines korporativen Systems riskieren, was ihr sowohl von der extremen Linken wie auch der extremen Rechten den Vorwurf eintrug, die Interessen der Arbeiterschaft verraten zu haben. Nach der Ausschaltung der extremen und der Neutralisierung der gemäßigten Linken sollte es den Pfeilkreuzlern vorbehalten bleiben, sozialrevolutionäre Töne anzuschlagen.

Bethlens Ziel der politischen Konsolidierung und der Restitution des Rechtsstaats umfaßte auch die Entpolitisierung und Zurückdrängung der die Frühphase der Horthy-Ära beherrschenden rechtsradikalen Gruppierungen und Offizierskommandos aus vor dem Ersten Weltkrieg politisch noch völlig bedeutungslosen verarmten Gentry-Militärs[266]. Ihre Gewalttätigkeit und die Radikalität ihrer Forderungen (Abschaffung

[263] Janos, 1982, S. 232 ff. Die Beurteilung von Bethlens Sozialprogramm als „extensive" (S. 234) ist jedoch übertrieben.

[264] Szabó/Pintér, 1980, S. 8. Die deutsche Übersetzung der im sozialdemokratischen Parteiorgan „Népszava" am 31.12.1924 veröffentlichten gekürzten Fassung vgl. Emmerich, 1974, S. 23 ff.

[265] Dokumente zur Vorgeschichte des Abkommens vgl. Iratok az ellenforradalom történetéhez II, S. 245 ff.; den Abdruck des vollständigen Textes bei Réti, in: Sz 84 (1950), S. 77 ff.; zusammenfassend Macartney I, S. 43 f.; Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 375; MT 8/1, S. 446 ff.

[266] Vgl. dazu auch Ránki, in: TSz 5 (1962), S. 355.

des Parlamentarismus und Einführung einer Diktatur, gewaltsame Revision von Trianon, Enteignung des jüdischen Großkapitals, Machtübernahme durch die Mittelklasse) stießen nicht nur im Ausland auf Ablehnung, von dem sich Bethlen wirtschaftliche Hilfe zum Wiederaufbau Ungarns erwartete, sondern gefährdeten auch die langfristigen politischen und wirtschaftlichen Interessen der konservativen Kreise in Adel, Bürokratie und Unternehmerschaft. Diesen Interessen widersprach beispielsweise der heftige Antisemitismus mit seinen Forderungen nach Enteignung des Großgrundbesitzes und jüdischen Großkapitals. Nicht nur betrachtete Bethlen gerade diese Kreise für den Wiederaufbau Ungarns als unentbehrlich; ein Vorgehen gegen sie hätte auch einen gefährlichen Präzedenzfall für Eingriffe ins Privateigentum überhaupt geschaffen, der auf untere gesellschaftliche Schichten demoralisierend hätte wirken müssen[267]. Freilich wäre eine gewaltsame Zurückdrängung der rechtsradikalen Gruppierungen politisch ungeschickt und auch nur schlecht möglich gewesen, hatte man doch gemeinsam die Räterepublik liquidiert und war sich einig gegen den Bolschewismus. Die Regierung kam zwar nicht darum herum, einige irredentistische Vereinigungen durch Verordnung zu verbieten (5. Juli 1921) oder die Obergespane anzuweisen, gegen Gewalttätigkeiten der Freikorps einzuschreiten und die Ententemächte angreifende Propaganda zu unterbinden (31. Oktober 1921)[268]. Bethlen wählte aber lieber den Weg der Integration der Rechtsradikalen „off the streets" in das System, um sie „by a combination of persuasion and payoffs" gerade durch die Einbindung in das politische Establishment zu neutralisieren und in den Hintergrund zu drängen. So erhielten die Führer der rechtsradikalen Studentenorganisationen Posten in der Bürokratie, um dann schleunigst aus der politisch unruhigen Hauptstadt in die Provinz versetzt zu werden. Während die Armee durch erhöhte Gehalts- und Pensionszahlungen und die Zusicherung geheimer staatlicher Förderung entgegen den Beschränkungen des Trianoner Vertrags beruhigt wurde, erhielten die Führer der radikalen Offizierskommandos einen Sitz im Parlament oder eine hohe Stellung in der Ministerialbürokratie, oder sie wurden nach einer Beförderung in die reguläre Armee zurückversetzt[269]. Eine Integrationsfunktion zu erfüllen hatte ferner die Einrichtung des „Heldenordens" (vitézi rend) als Ersatz für die dem Reichsverweser nicht zustehende Möglichkeit der Nobilitierung. Durch den „vitéz"-Titel und eine an den mittelalterlichen Ritterschlag erinnernde Zeremonie sollten verdiente Kriegsteilnehmer geehrt und in die standesbewußte adelig-konservative Machtelite integriert werden[270].

Die (Re-)Integration der Rechtsradikalen in den Beamten- und Militärapparat implizierte politische Disziplinierung und Eingliederung in eine Hierarchie festumrissener Rollen, die unkalkulierbare, der wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung entgegenlaufende Störaktionen unmöglich machte. Auch die Verhängung nur leichter

[267] Janos, 1982, S. 223. Zum Thema Bethlen und die Juden vgl. ebenda, S. 222 ff.

[268] MTK III, S. 880, 882.

[269] Janos, 1982, S. 208 f.; ebenda, Anm. 9, nennt einige konkrete Beispiele. Vgl. zusammenfassend Erös, in: Woolf, 1970, S. 121; Nagy-Talavera, 1970, S. 57 f.

[270] Der Heldenorden wurde von den alten Aristokratenfamilien niemals als „ihresgleichen" akzeptiert. Seine Mitglieder wurden in der Folge eine der rechtsgerichteten Zellen innerhalb des Establishments; vgl. dazu Janos, 1982, S. 252 f.; Silagi, in: Ungarn-Jahrbuch 5 (1973), S. 205; Nagy-Talavera, 1970, S. 87, Anm. *; MTK III, S. 876, 881. Der Heldenorden wurde von Anbeginn auf Horthys eigenen Wunsch „judenrein" gehalten.

Strafen gegen gefaßte Gewalttäter in Anbetracht ihrer „patriotischen Motive" diente dem Ziel, diese nicht gegen das Horthy-System zu verbittern, sondern zu pazifizieren und politisch zu entschärfen. Die Ideen der Szegediner Rechten, ihr militanter, gegen den Marxismus wie auch gegen die Herrschaft von Aristokratie und Großkapital gerichteter Antisemitismus und fanatischer Nationalismus waren nach ihrer Zurückdrängung in der Bethlen-Ära jedoch keineswegs verschwunden, sondern lebten fort in der alles integrierenden Regierungspartei, in der die Szegediner den rechten, zunächst ständig an politischer Bedeutung verlierenden Flügel bildeten, im Beamtenapparat, in dem eine offenkundige politische Betätigung disziplinarrechtlich allerdings verboten war[271], und in den unzähligen konterrevolutionären, zur Zeit der Revolutionen oder kurz danach gegründeten paramilitärischen und/oder politischen (teilweise geheimen) Gesellschaften, deren Anzahl sich Anfang der zwanziger Jahre angeblich auf 10000 (!) belief[272].

Entscheidend war, daß neben Staatsbeamten ein hoher Anteil von Offizieren oder ehemaligen Soldaten in diesen Geheimbünden vertreten war, so daß enge personelle Verbindungen zur Armee bestanden. Koordinierendes, übergeordnetes Organ war der im Mai 1921 von der Regierung zur Zusammenfassung, aber auch besseren Kontrolle der irredentistischen, radikal nationalistischen, rassistischen Gruppierungen gegründete „Bund gesellschaftlicher Vereinigungen" TESZ (Társadalmi Egyesületek Szövetsége). Zu den wichtigsten Organisationen innerhalb des TESZ gehörten die „Vereinigung der Erwachenden Ungarn" ÉME (Ébredö Magyarok Egyesülete), die in zahlreiche Terroranschläge verwickelt war, so daß die Polizei am 30. August 1923 gezwungen war, mehrere ÉME-Mitglieder wegen staatsfeindlicher Aktionen und politischen Putschversuchs zu verhaften, sowie der „Ungarische Landeswehrmachtsverband" MOVE (Magyar Országos Véderö Egyesülete) unter Gyula Gömbös, der eine führende Rolle in den Geheimbünden bekleidete. Der MOVE stand später auch Zivilisten offen und gründete weitere Geheimgesellschaften, z.B. den „Bund von Etelköz" EKSZ (Etelközi Szövetség), der nach den altungarischen Stämmen gegliedert war und unter der Führung von sieben „Stammeshäuptlingen" stand[273].

Wer über keinen „großen Namen" oder entsprechende gesellschaftliche Verbindungen verfügte, für den erfüllten die politischen Gesellschaften eine wichtige Funktion z.B. bei der Stellensuche. Sie waren Interessenverbände der radikalisierten Militärs und Beamten. Jüngere Forschungen haben ergeben, daß ihr tatsächlicher Einfluß auf Politik und Stellenbesetzungen bisher überschätzt wurde. Hatten sie bis 1922 tatsächlich erfolgreich ihre Ziele verfolgen können, so erstreckte sich Bethlens Konsolidierungspolitik bis auf die Entmachtung der Geheimgesellschaften. Bethlen behielt sich nicht nur die Kontrolle der Stellenbesetzungen selbst vor, sondern brachte die Gesellschaften gar durch geschickte Personalpolitik unter seine Kontrolle. Er ging sogar so

[271] Eine Verordnung vom 19.10.1923 verbot den Angehörigen des öffentlichen Dienstes, politischen Vereinigungen beizutreten, die ihre Unparteilichkeit beeinflussen könnten; vgl. MTK III, S.889.

[272] Nagy-Talavera, 1970, S.50f.

[273] MTK III, S.880, 889; Nagy-Talavera, 1970, S.50f.; Erös, in: Woolf 1970, S.118. Zur MOVE ausführlich Dosané, 1972.

weit, 1923 Soldaten und Beamten die Mitgliedschaft in den Gesellschaften zu verbieten, wodurch er ihre soziale Rekrutierungsbasis empfindlich schwächte[274].

Tatsache jedoch bleibt, daß die Szegediner, wenn auch (vorläufig) nicht in führenden Positionen, in den Staatsapparat integriert waren, so daß eine Reaktivierung dieser Kräfte durch einen Wandel in den politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen seinen direkten Niederschlag in einem Rechtsruck der Verwaltungs-, Militär- und Regierungsmaschinerie finden mußte.

Auch in der ungarischen Historiographie wurden in letzter Zeit Zweifel laut, ob man alle diese politischen Gesellschaften und Organisationen undifferenziert in ihrer Gesamtheit als faschistisch bezeichnen könne. Tatsächlich bietet die radikale Rechte der frühen zwanziger Jahre ein sehr vielfältiges und vielschichtiges Bild, bei dessen Beurteilung man sich vor übereilten Schlüssen hüten sollte[275]. Detaillierte Untersuchungen zu diesem sehr komplizierten Thema stehen noch aus. Andererseits hat Niethammer darauf verwiesen, daß der Formierungsphase faschistischer Massenbewegungen im eigentlichen Sinn stets eine diffuse, sehr heterogene, quantitativ noch unbedeutende Phase der Mobilisierung der politischen Rechten vorausging, die sich in der Bildung ganz unterschiedlicher Kampfbünde, politischer Zirkel, Putsch- und Terrorgruppen niederschlug. Diesen „Spielarten des Rechtsaktivismus" ist also zumindest eine Vorläuferfunktion zuzuschreiben[276].

Die Verdrängung der „newcomers" der konterrevolutionären Frühphase des Horthy-Regimes 1919–1921 (rechtsradikale Kräfte, Kleinlandwirte usw.) durch Bethlens Restaurationspolitik zugunsten der traditionellen Machteliten schlägt sich deutlich in der Sozial- und Altersstruktur der Nationalversammlung wie auch der Regierungsmitglieder nieder; zurückgegriffen werden kann dabei – cum grano salis wegen terminologischer und methodischer Uneindeutigkeiten – auf Janos' statistische Aufarbeitungen mehrerer Quellen über die Zusammensetzung der politischen Elite. Auffällig ist zunächst der Wandel der Altersstruktur der Abgeordneten der Regierungspartei (in %)[277]:

	1905	1920*	1922	1926	1931
bis 40	17,6	38,7	29,3	11,1	7,9
41–60	61,0	54,6	63,9	78,9	78,9
über 61	21,4	6,7	6,8	10,0	13,2

* Die Zahlen beziehen sich auf die Abgeordneten der die Koalitionsregierung tragenden Parteien aus Christlich-Nationalen und Kleinlandwirten.

[274] Batkay, 1982, S. 50f., 133, Anm. 18; Szinai, in: TSz 14 (1971), S. 486.

[275] Szakály, in: HK 29 (1982), S. 662 (Rezension zu Mikics, 1981).

[276] Niethammer, in: Politische Bildung 5 (1972), S. 19; dazu auch Vago, in: Laqueur, 1976, S. 231.

[277] Die folgenden Tabellen und Zahlen aus Janos, 1982, S. 278ff., Auszüge aus Tabelle 36–39. Undeutlich ist Janos' Bezeichnung „Age of Deputies of Government Machine"; der die Tabelle interpretierende Text S. 279 spricht jedoch explizit von „parliamentarians" bzw. „ranks of his Unitary Party", so daß gefolgert werden kann, bei „Government Machine" handele es sich um die Abgeordneten der Regierungspartei.

Während die Wahl 1920 den Anteil jüngerer Abgeordneter unter 40 mit einem Schlag auf knappe 40% angehoben hatte, was gegenüber 1905 eine gute Verdoppelung ihres Prozentanteils bedeutete, sank die Zahl der unter 40jährigen mit Einsetzen der Bethlen-Ära 1922 sofort signifikant ab. Das Senioritätsprinzip setzte sich in einem Ausmaße durch, das die Verhältnisse des adelig-konservativen Vorkriegsungarn weit hinter sich ließ, denn die Parlamente 1926 und 1931 waren Versammlungen älterer, arrivierter Herren.

Janos' Statistik der Berufsstruktur der Abgeordneten der Regierungspartei kann nur mit Vorbehalt wiedergegeben werden[278]. Deutlich wird, daß die regierungstragenden Abgeordneten 1920 ihre politische Laufbahn weniger in den traditionell als Sprungbrett in die Politik dienenden Berufen (Großgrundbesitzer, öffentlicher Dienst, Rechtsanwalt) begonnen hatten, wie es in der Bethlen-Ära wieder der Fall war. Sie rekrutierten sich eher aus den bisher marginalen Gruppen wie Kleinlandwirten, Geistlichen und Lehrern (in %):

	1905	1920	1922	1926	1931
Grundbesitzer*	30,2	30,0	33,3	29,7	32,7
Öffentlicher Dienst	34,6	15,8	27,2	28,7	32,2
Rechtsanwalt	20,1	11,2	15,0	16,4	19,8
Geistlichkeit	0,6	12,1	4,1	3,5	1,3
Angestellte	1,2	3,4	0,7	1,2	0,7
Journalisten/Lehrer	9,5	11,0	6,1	4,7	7,2
andere freie Berufe	0,6	4,8	4,8	6,4	5,9
„Business"	3,2	7,7	8,8	9,4	9.2

* einschließlich der Kleinlandwirte, die 1920 rund zwei Drittel ausmachten

Dementsprechend niedriger lag 1919 bis 1921 der Anteil von Angehörigen der „historischen Klassen" (Aristokratie, Gentry) unter Abgeordneten (Parlament, Regierungspartei) und Kabinettsmitgliedern, während die Bethlen-Ära deutlich in die traditionellen Fahrwasser zurücklenkte:

[278] Die Zusammenfassung von Journalisten und Lehrern bleibt unklar, ebenso wie die Kategorie „Business" (Unternehmer und Handwerker?). Die Kategorie Grundbesitzer unterscheidet nicht zwischen Großagrariern und Kleinlandwirten.

	Aristokratie absolut	in %	Gentry absolut	in %	Bürgerliche absolut	in %	unbekannt absolut	in %
1919–1921								
Parlament	11	4,5	61	24,9	154	62,9	19	7,7
Kabinette	4	8,9	7	15,6	32	71,1	2	4,4
1921–1932								
Parlament*	47	9,6	168	34,3	257	52,4	18	3,7
Regierungspartei*	28	8,9	138	43,9	135	43,0	13	4,2
Kabinette	7	20,6	12	35,3	14	41,2	1	2,9

* aufgrund der Wahlen 1922 und 1926

Hatte der Anteil von Adeligen (Aristokratie und Gentry) an den Abgeordneten 1887 bis 1910 noch 61,9% betragen, so sank er 1919 bis 1921 auf 29,4%, während der Anteil der Nichtadeligen von 29,1% vor dem Krieg auf 62,9% anwuchs[279]. Die Verhältnisse hatten sich also umgekehrt. Die Bethlen-Ära bedeutete auch in dieser Hinsicht eine Restauration: Mit Ausnahme des Abgeordnetenhauses, wo die Nichtadeligen knapp ihren quantitativen Vorsprung wahren konnten, erlebte der Adel in der Regierungspartei und besonders in den Kabinetten eine Renaissance; auffällig ist hier besonders der hohe Anteil von Aristokraten. Für die radikale Rechte der frühen Horthy-Ära bestätigt sich damit die Annahme, daß ein Großteil „came from a generation of educated plebeians [...] They came of political age around the end of World War I, but found their upward mobility frustrated by an older generation of professional politicians recruited from the members of the gentry and the aristocracy."[280]

Das politische System und seine Defizite

Das Horthy-System erweist sich als konservativ-autoritäres Regime mit liberalen Reststrukturen wie einer relativ freien Presse, einem gewählten Parlament, einem unabhängigen Gerichtswesen, freien (wenn auch disziplinierten) Gewerkschaften und einem Mehrparteiensystem, das jedoch von einer übermächtigen Regierungspartei dominiert wurde. Die strukturfunktionalistisch orientierte Forschung hat dieses Parteiensystem Horthy-Ungarns treffend als autoritäres „non-competitive, one-party pluralistic system[s]" bezeichnet, dessen dominante Partei „pluralistisch organisiert" sei und sich anderen Gruppen gegenüber absorbierend verhalte[281].

Nach Huntington hängt die Bedeutung einer Partei in einem politischen System neben ihrer Legitimationsfunktion und ihrer Funktion zur Rekrutierung der politischen Führungselite wesentlich davon ab, ob sie in der Lage ist, Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu artikulieren und zu aggregieren, damit diese als „inputs" an das politische System herangetragen und in entsprechende „outputs" um-

[279] Die Zahlen für 1887–1910 vgl. ebenda, S. 137, Tabelle 16.
[280] Ebenda, S. 278. Die überwiegend negative Reaktion gerade der Jugend auf das konsolidierte Horthy-Regime vgl. bei Emmerich, 1974, S. 103 f.
[281] Batkay, 1982, S. 105.

gewandelt werden können[282]. Im Falle der Regierungspartei erfolgte die Interessenartikulation informell durch die enge Verflochtenheit von Partei und Beamtenapparat sowie durch die soziale Zugehörigkeit ihrer Mitglieder und Fraktionen. Die Partei trug nicht umsonst den Namen „Einheitspartei"[283]. Sie integrierte Kleinlandwirte, Großgrundbesitzer, Beamte, liberale Gruppen aus Handel und Industrie, rechtsradikale Szegediner, die christlich-konservative „Mitte" um Bethlen, Legitimisten, freie Königswähler usw., die durch gemeinsame Teilinteressen (Revision von Trianon, Antikommunismus) zusammengehalten wurden: „The combination of loose structure and diffuse ideology [...] gave the party a pluralistic character [...]. Consequently, the Unified Party was able to exercise an important role in integrating disparate factions of a fragmented elite, thus strengthening the base of support for the Bethlen regime and the political system."[284]

Ansetzend an der Interessenartikulation und -aggregation, weist Batkay nach, daß die Regierungspartei erheblich schwächer war, als man bisher angenommen hatte. Durch die Dominanz der Exekutive und die relative politische Machtlosigkeit des Parlaments konnten ihre Abgeordneten ohnehin nicht Umschlagplatz von Interessen-„inputs" in politische „outputs" sein. Zum anderen, und viel entscheidender, wurde diese Umsetzung allein schon dadurch verhindert, daß durch das Übergewicht der schmalen politischen Kreise um Bethlen und ihr Hauptziel der Bewahrung des politischen und sozialen Status quo gewisse Interessen und politische Alternativen nicht zum Zuge kamen[285]. Unter diesen Umständen jedoch waren sowohl die Regierungspartei als auch das politische System doppelt gefährdet: zum einen von innen, wenn eine oder mehrere der integrierten Interessengruppen sich nicht länger vom tonangebenden Machtkartell majorisieren lassen wollte(n); zum anderen von außen, wenn infolge der wirtschaftlichen und politischen Fortentwicklung neue Gruppen oder Bewegungen entstanden, die systemextern auftraten und nicht integriert werden konnten bzw. dies auch gar nicht wollten.

Die Gefährdung des Systems von innen war bereits in den zwanziger Jahren latent. Im August 1923 brach Gyula Gömbös[286] mit Bethlen, trat mit einigen seiner Anhänger aus der Einheitspartei aus und gründete zunächst nur einen Zusammenschluß von Abgeordneten unter dem Namen „Rassenschutzblock", im November 1924 dann eine eigene Partei, die „Ungarische Nationale Unabhängigkeitspartei", die gemeinhin unter dem Namen „Rassenschutzpartei" (Fajvédöpárt) bekannt war; sie gilt als erste faschistische oder „faschistoide" Partei Ungarns. Nach Ansicht der Rassenschützler sollte die wirtschaftliche Stabilisierung des Landes durch Zurückdrängung von Großkapital und Industrialisierung und durch die Bewahrung seines agrarischen Charakters erreicht werden. Das ungarische Volkstum sei gegen zersetzende fremde Einflüsse von innen

[282] Huntington, in: Huntington/Moore, 1970, S. 6.
[283] Dazu Batkay, 1982, S. 65 ff.
[284] Ebenda, S. 99 f.
[285] Ebenda, S. 68 f., 100 f.
[286] Gömbös' rechtsradikale Orientierung führte ihn früh in Kontakt zum nazistischen politischen Umfeld in Deutschland. Er versteckte nicht nur die flüchtigen Erzberger-Mörder auf seinem Gut, sondern scheint auch die Nationalsozialisten in Bayern vor 1923 finanziell unterstützt zu haben. Er war ferner in die Vorbereitungen zum Hitler-Putsch verwickelt; vgl. Pool, 1979, S. 288 ff.

und außen (Juden, Marxismus, Liberalismus) durch eine rassistische und militärische Organisation der Gesellschaft zu schützen, was jedoch auch die soziale Verantwortung gegenüber den proletarisierten Massen implizierte. Innenpolitisch forderten sie daher die „Wachablösung" (örségváltás) der konservativen, adelig-kapitalistischen Machtelite durch die „christliche Mittelklasse" mit dem Ziel einer starken diktatorischen Staatsmacht, außenpolitisch die Orientierung am faschistischen Italien Mussolinis.

Damit hatte sich ein Teil des rechtsradikalen Szegediner Flügels der Regierungspartei abgespalten und versuchte ein politisches Eigenleben als Partei. Dieser Versuch scheiterte an Bethlens geschickter Politik, mit der er die Gömbös-Gruppe isolierte und ein Auseinanderbrechen der Regierungspartei verhinderte, sowie an den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die einer rechtsradikalen Partei zu diesem Zeitpunkt nicht günstig waren. Als Gömbös die aussichtslose Zukunft der Rassenschützler erkannte, erklärte er sie im September 1928 für aufgelöst, trat wieder der Regierungspartei bei und wurde zum Staatssekretär im Verteidigungsministerium und wenig später zum Verteidigungsminister im Kabinett Bethlen III ernannt. Der Bethlensche Integrationsmechanismus lief hier in idealtypischer Weise ab; die konservative Regierung hatte tatsächlich niemals sämtliche Kontakte zu den Rassenschützlern abbrechen lassen[287].

In den zwanziger Jahren konnte die systeminterne Krise noch einmal zugunsten der konservativen Elite bewältigt werden; das Aufbrechen der Gegensätze in der Weltwirtschaftskrise sollte andere Folgen haben. Während sich in Mehrparteiensystemen gesellschaftlicher Wandel in einer Veränderung der Parteienlandschaft niederschlägt, in reinen Einparteiensystemen dagegen in der veränderten Rolle einzelner Faktionen in der Partei selbst, mehr noch in einem veränderten Verhältnis zwischen Partei und anderen Institutionen bzw. gesellschaftlichen Gruppen[288], war in Ungarn beides der Fall. Die Krise innerhalb der Regierungspartei stellte sich erneut ein; hinzu kamen diesmal auch systemexterne faschistische, auf die politische Mobilisierung der Massen zielende Parteien und Gruppierungen, die zu Recht als systemzerstörerisch eingeschätzt wurden. Sie waren nicht willens, integriert und neutralisiert zu werden; nicht nur aus politischen und sozialen, sondern auch aus strukturellen Gründen konnten sie gar nicht integrierter Bestandteil des Horthy-Systems werden, denn dieses gründete auf der Fernhaltung der Massen von jeder politischen Partizipation. Bei der Einheitspartei handelte es sich noch um eine ganz typische Honoratiorenpartei, die niemals eine Parteiorganisation im engeren Sinne entwickelte; ihre Zentrale in Budapest war lose mit gleichgesinnten Honoratioren in den Provinzen verbunden, die nur in Wahlzeiten als „Parteipolitiker" aktiv wurden[289]. Auf den Umgang mit politisch mobilisierten Massen war ein derartiges System nicht vorbereitet.

[287] Zur Krise innerhalb der Regierungspartei 1923 und der Gründung der Rassenschutzpartei vgl. ausführlich Batkay, 1982, S. 72 ff.; zusammenfassend auch Toth, in: Wende, 1981, S. 766; Nagy-Talavera, 1970, S. 70 ff.; MT 8/1, S. 512 ff.; MTK III, S. 889 ff.

[288] Huntington, in: Huntington/Moore, 1970, S. 6 f.

[289] Batkay, 1982, S. 45. Die Parteitage der Regierungspartei waren „in fact informal gatherings of the party elite, who were customarily invited to a ‚supper' by the party leadership"; vgl. ebenda, S. 36.

4. Die dreißiger Jahre: Vormarsch der radikalen Rechten

Die Regierung Gömbös und die „neue Rechte"

Die Weltwirtschaftskrise führte nicht nur zum eruptiven Aufbrechen der ökonomischen und sozialen Gegensätze, sondern auch zu einer Krise der politischen Elite. Die Männer um Bethlen schienen nicht in der Lage, die sich verschärfende Situation zu meistern; der Ruf nach einer Änderung der großen politischen Richtlinien wurde immer lauter. Der Weg einer linken Problemlösungsstrategie war durch Ungarns jüngste Vergangenheit verbaut, so daß sich, auch unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Erfolge in Deutschland, nur noch ein Ausweichen nach rechts anbot. Nicht zuletzt die Angst der Konservativen vor einer Mobilisierung der Massen ähnlich wie 1918/19 und vor einer Revolution war der Grund dafür, daß nach dem Rücktritt Bethlens (19. August 1931)[290] und dem kurzen Zwischenspiel des Grafen Gyula Károlyi (24. August 1931 bis 21. September 1932)[291] Horthy am 29. September 1932 Gyula Gömbös zum Ministerpräsidenten ernannte. Er, der prononcierteste Vertreter der Szegediner Rechten in der Regierungspartei, war der starke Mann des Jahres 1932, dem man die Bewältigung der Krise, die Verhinderung einer Revolution und die politische Stabilisierung zutraute. Durch seine Kontakte zu Armee und Geheimbünden und eine zunächst noch kleine, aber äußerst aktive Hausmacht gelang es Gömbös, seine Position politisch zu stärken, denn seine Regierung trug deutlichen Kompromißcharakter. Personell und politisch in Kabinett[292] und Regierungspartei „eingerahmt" von Bethlens konservativen Anhängern, die als Mehrheit den Ministerpräsidenten jederzeit stürzen konnten, mußte Gömbös inhaltliche Abstriche von seinem Programm machen. Von einer Auflösung des Parlaments zugunsten einer Diktatur, der propagierten Boden- und Wahlrechtsreform, einem wilden, antikapitalistischen Antisemitismus konnte keine Rede sein[293].

Auffällig ist das mit der Regierung Gömbös sichtbar veränderte Auftreten und Erscheinungsbild der radikalen Rechten, so daß es begründet ist, nicht mehr von Szegedinern oder Rassenschützlern zu sprechen, sondern vielmehr von der „neuen Rechten"[294]. In den zwanziger Jahren war der noch diffuse rechtsgerichtete Radikalismus völkisch bestimmt mit einer deutlichen antimodernistischen, agrarischen Stoßrichtung; die dreißiger Jahre bewirkten, sicher auch unter dem Eindruck Mussolinis und Hitlers, ein Umdenken. Es verbreitete sich die Erkenntnis, daß Revisionspolitik, militärische Stärke, Abbau der agrarischen wie industriellen Arbeitslosigkeit und Lösung der Weltwirtschaftskrise nur über eine verstärkte Industrialisierung und Modernisierung zu erreichen seien. Wenn auch nach außen das Schwärmen in Ungarns mytholo-

[290] Dazu Márkus, in: Sz 98 (1964), S. 42 ff., 419 ff.

[291] Ausführlich ders., 1968.

[292] Eine politische Charakterisierung von Gömbös' Kabinett vgl. Nagy-Talavera, 1970, S. 90 ff.; MT 8/1, S. 676.

[293] Zu Gömbös' Ministerpräsidentschaft vgl. MT 8/1, S. 674 ff.; Kónya, 1968; seine Biographie vgl. Macartney I, S. 72 ff.; Nagy-Talavera, 1970, S. 52, 71 f., 81; Országos almanach 1935/40, S. 262 ff.

[294] Die Terminologie schließt hier an Webers Unterscheidung von „alter" und „neuer Rechter" an; vgl. Sugar, in: Sinanian/Deák/Ludz, 1974, S. 20, 24 f.

gischer Vergangenheit und die Verherrlichung des Bauerntums keineswegs aufgegeben wurden, so vollzog sich doch eine deutliche Abkehr von der romantisierenden Schwärmerei hin zu einer rationalistischen, technokratischen Einstellung, die „managerial skills over and above the raw heroism" stellte. Gerade die Gömbös-Ära erlebte den Aufstieg talentierter Technokraten, darunter Offiziere, Beamte und besonders Wirtschafts- und Finanzexperten[295]. In Regierungspartei, Ministerien und Armee wurden zunehmend junge Männer des neuen Führungstyps an politisch wichtige Positionen lanciert, die die konservativen Honoratioren in den Hintergrund drängten. Zwar scheiterten Pläne zur Schaffung der Ämter eines stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie eines den Ressorts Landwirtschaft, Industrie und Handel übergeordneten Wirtschaftsministers, die Gömbös mit „seinen" Leuten besetzen und damit die Kräfteverhältnisse in der Regierung zu seinen Gunsten ändern wollte[296]. Dafür genossen seine Sonderbeauftragten und Experten für Wirtschaft und Finanzen direktes Vortragsrecht beim Regierungschef und bildeten ein informelles, von parlamentarischer Kontrolle freies „Gegenkabinett", das mit Parlament, Ministerien und Regierungspartei in Konflikt geriet[297]. Janos folgert aus dieser deutlichen technokratischen Grundeinstellung, daß Gömbös' Zurücknahme antisemitischer Parolen – öffentlich erstmals 1930 – weniger auf den Druck der konservativen Bethlen-Kreise zurückzuführen sei: „If between 1932 and 1935 there was a ‚Jewish problem' at all, it seemingly could be resolved by separating the good ones from the bad ones, that is, the military heroes, technical experts, and loyal businessmen from the socialist literati, commissars, and trade union leaders."[298]

Diese „neue Rechte" war nun nicht weniger rechts oder weniger radikal als zuvor, doch verfolgte sie ihre Ziele mit neuen, effizienten politischen Mitteln. Nach außen zeigte sich dies zunächst in der Einführung eines bisher unbekannten politischen Stils. Während die konservativen Adelskreise auch nicht im Traum daran gedacht hatten, im Volk um Anhänger zu werben, hielt es der neue Ministerpräsident in Anlehnung an das italienische und deutsche Modell für nötig, Propaganda für seine Politik zu treiben. Er bediente sich dazu neben den traditionellen (Massenveranstaltungen, Kundgebungen, Zeitungen) auch der neuen Propagandamedien wie Rundfunk, Lautsprecher, Propagandaautos usw. In seinen „95 Thesen"[299] stellte er ein Regierungsprogramm auf, das zur Verwirklichung eines neuen Ungarn führen sollte. Sammlungen seiner Reden und Aufrufe erschienen sogar in deutscher Sprache, ebenso eine Rechtfertigung seiner bisherigen Politik vor den Parlamentswahlen 1935[300].

[295] Janos, 1982, S. 258 ff. Genannt seien nur die Namen Kunder, Antal, Szakváry.

[296] Kónya, in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 365.

[297] Janos, 1982, S. 288.

[298] Ebenda, S. 260. In der Regierung Gömbös gab es zwar keine jüdischen wie auch erstmals keine aristokratischen Kabinettsmitglieder, dafür aber jüdische Abgeordnete der Regierungspartei und auch eine Anzahl von Juden in der hohen Beamtenschaft; Beispiele vgl. ebenda, S. 260 f., Anm. 62. So hieß es denn auch in Gömbös' Regierungserklärung vom 11.10.1932: „Der Judenschaft aber sage ich offen und aufrichtig: Ich habe meinen früheren Standpunkt einer Revision unterzogen!" Vgl. Gömbös, 1932, S. 45. Dazu auch Erös, in: Woolf, 1970, S. 127; Klein, in: JSS 28 (1968), S. 90.

[299] Gömbös lehnte sich hiermit bewußt an Luthers 95 Thesen an, mit denen die Reformation eingeleitet wurde; vgl. BL. NL Macartney/2: Manuskript Baron Kornfeld, o.J., S. 59.

[300] Vgl. dazu Gömbös, Für die nationale Selbstzwecklichkeit, 1932; ders., 1932–1935. Drei Jahre Regierung Gömbös, 1935.

Gömbös erklärte den ungarischen Staat für zutiefst reformbedürftig und erblickte die Lösung aller Probleme in der Errichtung einer harmonischen, die Klassengegensätze beseitigenden Volksgemeinschaft: „Die Scheidewände, die bewußt oder unbewußt errichtet worden sind, werde ich niederreißen, weil eine Nation von acht Millionen sich den Luxus nicht erlauben kann, daß es auf der einen Seite Satrapen gibt, auf der anderen aber Arbeiter, die diese mit haßerfüllten Augen verfolgen."[301] Diese Volksgemeinschaft gedachte er nach dem Vorbild des italienischen Faschismus zu schaffen, was die Liquidierung der sozialistischen Arbeiterbewegung implizierte. Die Arbeiterschaft sollte jedoch nicht mehr wie bisher aus dem nationalen Leben ausgeschlossen, sondern „vermittels sozialer und wirtschaftlicher Verfügungen" in die Nation integriert werden, „um mit uns ein harmonisches Ganzes zu bilden"[302]. Gömbös' im Herbst 1934 konkretisierten Pläne eines korporativen Systems sahen die Errichtung von Kammern aus Arbeitgebern und -nehmern vor. Zwar sollten sie unter staatlicher Lenkung und Kontrolle arbeiten, doch ist wahrscheinlich, daß seine weitergehenden, aus Rücksicht auf die Konservativen zurückgestellten Überlegungen die vollständige Übernahme des italienischen Modells anvisierten[303].

Die Propaganda Gömbös' hob immer wieder den modernen, zeitgenössischen Charakter seiner Regierung und die Hoffnung auf einen tatsächlichen Neuanfang mit der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise hervor. Dieser könne im Zeitalter der Technik und der Industrie nur mit der Durchsetzung des Leistungsprinzips gegen die bisher gültigen ständisch-feudalen Privilegien geschafft werden. Mit dem Hinweis, daß nun ein neues Zeitalter „der raschen Arbeit, der vollen Pflichterfüllung und der ehrlichen Leistungen" beginne, griff Gömbös in seiner Regierungserklärung gewisse Sitten als unverträglich mit der Moderne an: „Im Zeitalter der Elektrizität und des Radios können wir uns den Luxus nicht gestatten, daß in den Bureaustühlen pfeifenrauchende Ungarn sitzen."[304]

Vor dem Oberhaus behauptete er sogar, „daß die ungarische Bureaukratie überholt ist und sich dem Leben nicht anpaßt"[305]. Eine moderne, straff von oben geführte Bürokratie hielt Gömbös für einen wichtigen Faktor, denn mit ihrer Hilfe wollte er, ganz technokratisch-autoritär unter Ausschaltung der schwerfälligen parlamentarischen Institutionen, die Weltwirtschaftskrise meistern und die Entwicklung Ungarns vorantreiben; gleichzeitig sollte der wirtschaftliche und politische Einfluß der Finanz- und Agraroligarchien reduziert werden. Um diese Ziele zu erreichen, war Gömbös auf die Mobilisierung der Mittelklasse wie auch unterer gesellschaftlicher Schichten angewiesen, die das alte Establishment ersetzen sollten[306]. Während in Normalzeiten ein stabiles autoritäres System auch mit einer nur schwachen Regierungspartei überleben

[301] Antrittsrede vor der Regierungspartei, 5.10.1932, in: Gömbös, 1932, S. 16 f.

[302] Ebenda, S. 16.

[303] Vgl. dazu MT 8/1, S. 705 f.; Szabó/Pintér, 1980, S. 20; Kónya, in: AH 15 (1969), S. 317 ff. Mitte 1935 wurde unter der Führung von Béla Marton die „Nationale Arbeitszentrale" (Nemzeti Munkaközpont), organisiert auf berufsständischer und regionaler Grundlage, als Versuch einer rechtsgerichteten Arbeiterorganisation gegründet, doch konnte sie nur wenige Mitglieder anwerben und sich gegen die Konkurrenz der Pfeilkreuzlerbewegung nicht durchsetzen; vgl. P. Sipos, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte 43 (1978), S. 90.

[304] Regierungserklärung vor dem Abgeordnetenhaus, 11.10.1932, in: Gömbös, 1932, S. 46.

[305] Regierungserklärung vor dem Oberhaus, 13.10.1932, in: ebenda, S. 75.

[306] Janos, in: Huntington/Moore, 1970, S. 213.

kann, ändert sich dies in Krisensituationen, in denen es versucht, durch Schaffung einer (kontrollierten!) Massenbasis an Stärke und breiter Unterstützung zu gewinnen: „the authoritarian regime, which normally survives through popular indifference, suddenly discovers the need to have some organized and controlled structure through which otherwise potentially threatening political action may be channeled"[307].

Diesen Weg beschritt auch Gömbös, der an seinen Vorbildern Mussolini und dann Hitler die Bedeutung von Massenbewegungen für Machtergreifung und -durchsetzung erkannt hatte. Typischerweise jedoch rief er keine eigene politische Bewegung ins Leben, sondern wählte die Regierungspartei als Plattform für seine Aspirationen als ungarischer Führer. War diese unter Bethlen noch der in das Parlament verlängerte Arm des Verwaltungsapparats gewesen[308], so war es Gömbös' erstes Ziel, sie in eine moderne, durchorganisierte Führer- und Massenpartei faschistischen Typs umzuwandeln.

Gleich im Oktober 1932 wurde die Einheitspartei als „Partei der Nationalen Einheit" NEP (Nemzeti Egység Pártja) umorganisiert. Gömbös selbst wurde „Parteiführer" (pártvezér). Für die eigentliche Neuorganisation verantwortlich war der Generalsekretär der Partei, Béla Marton, der bereits unter den Offizierskommandos nach der Niederschlagung der Räterepublik eine führende Rolle gespielt hatte. Hauptziele waren zunächst der landesweite Ausbau der Parteiorganisation und die Mitgliederwerbung; gleichzeitig wurde erstmals ein ständiger Funktionärsapparat errichtet, der sich Aufgaben wie Propaganda, Sozialem, Organisierung der Frauen, Volkserziehung usw. widmen sollte[309]. In einer Anfangsphase bildeten sich am 15. Juni 1933 offiziell die landesweiten, regionalen und lokalen NEP-Organisationen und -parteibüros. Die ehemalige Honoratiorenpartei erhielt erstmals einen eigenen Partei- und Funktionärsapparat, den Gömbös vornehmlich mit seinen eigenen Leuten besetzte und so die konservativen Honoratioren zurückdrängte, übten diese doch keine Partei-, sondern Regierungs- und Verwaltungsfunktionen aus[310]. Gleichzeitig setzte mit tatkräftiger Unterstützung durch die Verwaltung die Mitgliederwerbung ein.

In einer zweiten Phase zur Zeit der Regierung Gömbös II, als Kabinett wie Fraktion durch das Anwachsen der Gömbös-Anhänger einen Rechtsrutsch erlebten, nahm der Ministerpräsident ab Mitte 1935 einen erneuten Anlauf, die Regierungspartei in eine Partei faschistischen Typs umzuwandeln. Gömbös startete nicht nur eine breite Propagandakampagne, sondern versuchte zudem, in der engen Verschränkung zwischen Partei und Bürokratie die reorganisierte Partei zum bestimmenden, den Staatsapparat beeinflussenden und kontrollierenden Faktor zu machen. Sie sollte organisatorisch vollständig auf dem Verwaltungssystem aufbauen. Die jeweils ranghöchsten regionalen

[307] Huntington, in: ebenda, S. 9.

[308] Janos, 1982, S. 289. Interessanterweise hatte Bethlen zu Anfang der zwanziger Jahre offenbar zuerst selbst geplant, mit Hilfe der Obergespane von oben (!) die neu gegründete Regierungspartei als eine breite Schichten umfassende Staatspartei aufzubauen, war jedoch an den Obergespanen gescheitert, die keine Parteiorganisation, sondern nur einen Organisationsrahmen wollten. Erst danach machte Bethlen nicht die Partei, sondern den Verwaltungsapparat zum tragenden Element seiner Konzeption; vgl. Szinai, in: TSz 14 (1971), S. 483 ff.; auch Kónya, in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 367.

[309] Janos, 1982, X. 288; ders., in: Huntington/Moore, 1970, S. 215; MTK III, S. 923; MT 8/1, S. 688 f.; Stier, in: Sz 105 (1971), S. 696 ff.

[310] MT 8/1, S. 688 f.; MTK III, S. 927; Macartney I, S. 119; Nagy-Talavera, 1970, S. 94 f.

und lokalen Verwaltungsbeamten wurden mit dem ihrer Stufe entsprechenden Parteiamt betraut, d.h. der Obergespan wurde Komitats-, der Oberstuhlrichter Bezirks- und der Notar Gemeindeführer der Regierungspartei. Durch diesen Kunstgriff lösten sich diese für die regionale und lokale Politik einflußreichen Beamten aus der Weisungsbefugnis der Zentralregierung und wurden dem Generalsekretär bzw. dem Parteiführer unterstellt. Gömbös und seine Leute konnten so unter Umgehung der zahlreichen Konservativen in Regierung und Ministerialbürokratie direkten Einfluß auf die Politik vor Ort nehmen. Dieses Konzept einer dominanten „Staatspartei" und der Politisierung des Verwaltungsapparates stieß jedoch in der überwiegend konservativen Komitatsbürokratie auf Widerstand, denn die absolute Mehrheit der Obergespane gehörte noch der „alten Garnitur" an, und nur sechs zählten zu Gömbös' Anhängern. Aber auch Innenminister Kozma befürchtete in der Aufhebung der Grenzen zwischen Verwaltung und Partei nicht grundlos eine Einmischung in seine Kompetenzen und eine Unterhöhlung seiner Position[311]. Die Aktivitäten Martons zur Organisierung der Partei „mögen in einem kollektivistischen Staat gut sein, aber das sind wir nicht, für uns sind sie schädlich", hieß es im Protokoll der Konferenz der Obergespane im Innenministerium am 12. Dezember 1935[312].

Im Hintergrund dieser Aktionen stand Bethlen selbst, der zwar am 6. März 1935 aus Protest gegen Gömbös mit dreizehn Gesinnungsgenossen aus der Regierungspartei ausgetreten war und keine politischen Ämter mehr bekleidete, trotzdem aber durch seine engen Verbindungen zu Horthy und der konservativen Machtelite einer der tonangebenden Männer blieb[313]. So bemerkte auch der österreichische Gesandte Hennet in seinem Bericht an das Außenministerium vom 6. August 1935: „Graf Stefan Bethlen, von dem es immer heisst, dass er sich seit der Entzweiung mit Ministerpräsident v. Gömbös von der Politik mehr und mehr zurückzieht, entfaltet doch hinter den Kulissen von Zeit zu Zeit eine Tätigkeit, die sich augenscheinlich auf eine Zusammenfassung der Opposition gegen die Regierung richtet."[314]

Die Krise zwischen rechtem Gömbös- und konservativem Bethlen-Flügel in Regierungspartei und Verwaltung endete im Januar 1936 durch einen Kompromiß, der auf längere Sicht jedoch das Scheitern der Gömbös-Pläne bedeutete: Marton blieb vorläufig Generalsekretär der NEP und setzte seine Organisationstätigkeit fort, doch unterstanden Obergespane wie alle Verwaltungsbehörden wieder ausschließlich der Zentralregierung und der Ministerialbürokratie[315]. Unter Ministerpräsident Darányi (10. Oktober 1936 bis 12. Mai 1938) wurde Gömbös' politische Maschinerie allmählich wieder abgebaut. Bereits im Dezember 1937 schaffte ein Parteistatut den Posten des NEP-Generalsekretärs ab, die Leiter und Sekretäre der lokalen und regionalen Parteiorganisationen wurden nicht mehr wie unter Gömbös von der Parteizentrale ernannt, sondern von den Orts-, Kreis- und Komitatsverbänden geheim gewählt. Zu-

[311] Vgl. dazu ausführlich Stier, in: Sz 105 (1971), S. 696ff.; auch MT 8/1, S. 712f.; Janos, 1982, S. 288; ders., in: Huntington/Moore, 1970, S. 215.

[312] Zitiert nach Stier, in: Sz 105 (1971), S. 700.

[313] Vgl. Näheres MT 8/1, S. 706ff.

[314] HHS, NPA: Ungarn 2/3. Innere Lage 1935–1938, S. 158. Infolge des Drucks von rechts näherten sich die Konservativen in der Regierungspartei politisch den Legitimisten, Kleinlandwirten und Liberalen.

[315] Stier, in: Sz 105 (1971), S. 701ff.

dem wurde die Zahl der Parteifunktionäre reduziert, ihre Posten wieder in Ehrenämter umgewandelt. Dies bedeutete das Scheitern des „Martonismus" und die erneute Reduktion der Regierungspartei auf eine Wahlmaschine mit Honoratiorenstrukturen[316].

Dieser Mißerfolg Gömbös' zum Aufbau einer modernen, am italienischen und deutschen Vorbild ausgerichteten Massenpartei mit ausgebautem Funktionärsapparat macht das Dilemma der „neuen Rechten" wie auch ihren sozialen und politischen Standort deutlich. Sie griff bei der Wahl ihrer Mittel auf die bereits vorhandene, politisch wie sozial vom konservativen Establishment geprägte Regierungspartei und den noch vom Dualismus übernommenen Verwaltungsapparat zurück und versuchte, mit traditionellen Methoden einen „Faschismus von oben" durchzusetzen. Da die Wahl der Mittel jedoch auf die Ziele zurückwirkt, scheiterte Gömbös dabei nicht nur an der erfolgreichen „‚Einrahmung' eines neuen Mannes, der Mussolini und Hitler nach Temperament und geistiger Herkunft verwandt war, durch die konservativen Mächte einer uralten Adelsherrschaft"[317]. Diese verteidigte zäh ihre Positionen, wenn sie auch im Laufe der dreißiger Jahre zunehmend in den Hintergrund gedrängt wurde. Die „neue Rechte" scheiterte letztlich an ihren immanenten Widersprüchen. Eine totalitäre faschistische Massenpartei läßt sich nicht von oben auf einem konservativen, statischen Verwaltungsapparat organisieren, schließen sich doch statischer Bürokratismus und auf einer dynamischen Massenpartei basierender Faschismus gegenseitig aus[318]. Es gelang den rechtsradikalen Technokraten nicht, aus der Bürokratie heraus die Massen politisch zu mobilisieren: „Who would want to join a revolutionary movement whose storm troppers were prefects, county magistrates, and lord lieutenants? For this reason, the parties remained heads without bodies, and elites without the mass base."[319]

Man könnte die „neue Rechte" als „thoroughly class-orientated, conservative fascism"[320] oder „Faschismus von oben" bezeichnen. Nicht nur ihre politische Einbindung in die traditionellen Institutionen wie Regierungspartei und Verwaltungsapparat, sondern auch die soziale Zugehörigkeit der Führungselite um Gömbös belegt, daß sie in ihrer überwiegenden Mehrheit der gentroiden Beamtenschaft entsprang und daher in ihren Werten und Verhaltensnormen viel konservativer war als die bewunderten deutschen und italienischen Vorbilder. Payne unterscheidet daher zu Recht zwischen „Faschisten" wie den Pfeilkreuzlern und der „radikalen Rechten" wie z. B. Gömbös, und zwar nicht deshalb, weil letztere politisch gemäßigter aufgetreten sei als die Faschisten; sie sei aber „more rightist" gewesen, d. h. sie habe starke Bindungen an die traditionellen Eliten und Strukturen unterhalten[321].

[316] Janos, 1982, S. 289 f.; vgl. hierzu den ausführlichen Bericht des österreichischen Gesandten in Budapest, Kunz, vom 18.12.1936, der die Reorganisation der NEP folgerichtig als Sieg Bethlens beschreibt; vgl. HHS, NPA: Ungarn 2/3: Innere Lage, 1935–1938, S. 357.

[317] Nolte, 1979 (b), S. 97; ähnlich Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 379.

[318] Dazu auch Stier, in: Sz 105 (1971), S. 703 f.

[319] Janos, in: Huntington/Moore, 1970, S. 218.

[320] Nagy-Talavera, 1970, S. 76 f. Borbándi, 1976, S. 16, betont, Gömbös sei „eher ein autoritär denkender und handelnder Nationalist als ein faschistischer oder nationalsozialistischer Diktator" gewesen. Ránki, in: Sugar, 1971, S. 69, betrachtet ihn dagegen als „the main spokesman of total fascism".

[321] Payne, 1980, S. 16 f., 20 f.

Gömbös und seine Leute waren also letzten Endes inhärenter Bestandteil der „Herren-Gesellschaft" und des ständisch geprägten Establishments und daher unfähig, die deutschen und italienischen Organisationsformen auf Ungarn zu übertragen, obwohl dies ihr erklärtes Ziel war. Im Grunde zeigten sie Distanz zu den potentiell revolutionären Massen, mißtrauten ihrer politischen Mobilisierung und waren auch nicht in der Lage, tatsächlich das System in Frage stellende Neuerungen (Agrarreform, Wahlrechtsreform) in Angriff zu nehmen[322]. Sie erstrebten, versucht man mit Huntington eine terminologische Einordnung, kein „revolutionary one-party system", obwohl sie nach außen diesen Eindruck zu erwecken suchten, sondern ein die Massen ausgrenzendes, autoritäres „exclusionary one-party system". Dieses ziele nur auf eine partielle Veränderung der Gesellschaft, im Gegensatz zum revolutionären System, das die Mobilisierung aller gesellschaftlichen Gruppen und die völlige Neubildung von Staat und Gesellschaft zum Ziel habe[323].

Machtverschiebungen zwischen konservativer und neuer Rechter

Wenn auch Gömbös' Experiment gescheitert war, so bedeutete dies keineswegs das Ende der radikalen Rechten in Horthy-Ungarn; vielmehr war der rechte Flügel der Regierungspartei angewachsen. Der Druck auf die Konservativen von rechts verstärkte sich einesteils durch die zunehmende außen- und wirtschaftspolitische Orientierung und schließlich Abhängigkeit Ungarns vom Dritten Reich[324], von dem sich ja auch die Konservativen die Revision des Trianoner Vertrags und die Öffnung des deutschen Marktes für ungarische Agrargüter erhofften; anderenteils durch wachsenden Druck von innen: Gömbös war es noch gelungen, durch seine charismatischen Züge integrierend auf die gesamte Rechte zu wirken. Sein unerwarteter Tod setzte einen Aufspaltungs- und Radikalisierungsprozeß in Gang, der das breite rechtsradikale Spektrum seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zur Folge hatte. Unter diesem doppelten Druck von innen und außen verschob sich die Regierungspolitik kontinuierlich nach rechts, auch wenn sie gerade von der konservativen Politikergruppe dominiert wurde. Ihre Haupttaktik zur vermeintlichen Festigung ihrer Position bestand darin, den Rechtsradikalen den „Wind aus den Segeln zu nehmen", deren Forderungen sie sich teilweise zu eigen machte, ein Versuch also, auf die bewährte Methode der Integration und Neutralisierung zurückzugreifen.

Die relative Einheit der herrschenden Eliten war mit Gömbös aufgebrochen und vertiefte sich in der Zeit seiner Ministerpräsidentschaft. Die Spaltung verlief sowohl horizontal, weil jungen Radikalen in niedrigen Dienstgraden in Bürokratie und Partei alte, konservativ-reaktionär gesinnte Männer auf den höheren Posten gegenüberstanden, als auch vertikal, indem junge Radikale durch Gömbös' und später Imrédys Protektion auch in Spitzenpositionen gelangten. So gab es nach 1935 konservative und

[322] Stier, in: Sz 105 (1971) S. 704 ff.; Nagy-Talavera, 1970, S. 76 f.

[323] Huntington/Moore, in: dies., 1970, S. 510.

[324] Zum Kampf der Großmächte um ökonomische Hegemonie im Donaubecken seit dem Ersten Weltkrieg und zum schließlichen Sieg NS-Deutschlands in diesem Kampf vgl. Ránki, 1983 (a). Zu Ungarns Rolle als „unwilling satellite" des Dritten Reichs und den daraus resultierenden Unstimmigkeiten vgl. Juhász, in: TSz 27 (1984), S. 269 ff. sowie Ránki, in: ders., 1984 (b), S. 261 ff.

radikale Ministerien. Während das Finanz-, Industrie- und Verteidigungsministerium sowie die Gendarmerie von den „neuen Rechten" okkupiert waren, bildeten das Innen- und Landwirtschaftsministerium wie auch die politische Polizei Bollwerke der Konservativen. Außen- und Justizministerium wie auch die Komitats- und Kommunalverwaltungen waren Schauplatz politischer Grabenkämpfe[325]. Die Flügelkämpfe innerhalb der regierenden Elite brachten Horthy endgültig in die entscheidende Schlüsselposition, so daß Janos dafür plädiert, die Bezeichnung „Horthy-Regime" im strengeren Sinne erst für die Zeit ab 1935 anzuwenden, da zuvor der Ministerpräsident dominiert habe[326]. Der Reichsverweser versuchte bei den Regierungsbildungen immer wieder, beide Flügel der Regierungspartei in Kooperation zu integrieren; Motiv bei der Auswahl des Ministerpräsidenten jedoch war dessen vermeintliche Distanz zum Dritten Reich[327].

Das Ergebnis war ein Alternieren von konservativen und rechtsgerichteten Regierungen, wobei sich wegen der ständigen Versuche, den rechten Flügel am Abdriften zu hindern, das politische Spektrum nach rechts verschob[328]: Gömbös' Nachfolger Darányi (10. Oktober 1936 bis 12. Mai 1938), der die NEP wieder strukturell auf eine Honoratiorenpartei reduzierte, scheiterte mit seinem Versuch, die Gegensätze zu integrieren, und mußte zurücktreten. Ministerpräsident Imrédy (14. Mai 1938 bis 15. Februar 1939), Finanzexperte und Präsident der Nationalbank, galt aufgrund seiner engen Beziehungen zur Hochfinanz und seiner bisherigen Haltung als Vertreter einer ultrakonservativen Einstellung und war genau deswegen auch ernannt worden. Er vollzog jedoch eine überraschende Wende nach rechts und vertrat eine dezidiert antisemitische, rechtsgerichtete Politik. In Gömbös' Fußstapfen, versuchte er wie dieser (vergeblich), der Regierungspartei eine von oben organisierte Massenbewegung zu verschaffen. Sein Experiment scheiterte am Widerstand der Konservativen. Sein Nachfolger Graf Pál Teleki (16. Februar 1939 bis 3. April 1941 durch Selbstmord) liquidierte zwar diese Ansätze, versuchte aber, den rechten Flügel in die Partei einzubinden. Während unter László Bárdossy (3. April 1941 bis 7. März 1942) Ungarn in den Krieg gegen die Sowjetunion und die westlichen Alliierten an der Seite Hitler-Deutschlands geführt wurde, erhielt das Land mit Miklós Kállay (9. März 1942 bis 19. März 1944) einen „old-style gentry politician" als konservativen Ministerpräsidenten, der innenpolitisch die Rechtsradikalen zurückzudrängen suchte und sich außenpolitisch mit dem Fernziel eines Waffenstillstands vorsichtig nach Westen orientierte. Er scheiterte an der deutschen Besetzung Ungarns am 19. März 1944.

Der erstarkende Einfluß der „neuen Rechten" auf Kosten der konservativen Machteliten in der Regierungspartei erweist sich am politischen Profil ihrer Fraktion nach den Wahlen 1931, 1935 und 1939. Zurückgegriffen werden kann dabei auf eine statistische Untersuchung von Sipos/Stier/Vida aus dem Jahr 1967[329]. 1931 bekannten

[325] Janos, 1982, S. 294 f.

[326] Ebenda, S. 298.

[327] Vgl. hierzu Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 381. Eine Ausnahme bildete nur Sztójay mit seiner bekannten prodeutschen und antisemitischen Einstellung, der unter dem Druck der deutschen Besatzung im März 1944 zum Regierungschef ernannt wurde.

[328] Vgl. Janos, 1982, S. 288 ff., 300 f.

[329] Die folgenden Zahlen nach Sipos/Stier/Vida, in: Sz 101 (1967), S. 602 ff. Aufgrund der beständigen Fluktuation zwischen den informellen, nicht fest organisierten Flügeln der Regierungspartei lassen sie sich nur als Tendenzen verstehen.

sich noch 40% der Abgeordneten explizit als Anhänger Bethlens, während weitere 28% sich zwar in erster Linie als Vertreter agrarischer Interessen verstanden, jedoch politisch die Bethlen-Linie stützten. Zum dezidiert rechten, an Gömbös orientierten Flügel der Fraktion waren mit Sicherheit nur 7% zu rechnen. Nach den Wahlen 1935 hatten sich die Gewichte signifikant verschoben. Nur noch 16% der Abgeordneten zählten zu den erklärten Anhängern Bethlens, wohingegen Gömbös seine Hausmacht auf 29% steigern konnte. Noch extremer gestalteten sich die Verhältnisse nach den Wahlen 1939. Die persönlichen Anhänger des Ministerpräsidenten Teleki umfaßten nur 9%, der rechte Flügel (einschließlich der ehemaligen Gömbös-Anhänger) 43%, der rechtsaußen stehende Imrédy-Flügel 12%. Die Bethlen-Fraktion war fast völlig verschwunden. Diese Verschiebung der Gewichte ging parallel mit einer fast völligen personellen Umbesetzung: Nur 19 (10,6%) Abgeordnete der Regierungspartei 1939 waren bereits 1931 Parlamentsmitglieder; die anderen waren „newcomers".

Die politische Verschiebung implizierte den Verlust der parteiinternen sozialen Basis des Bethlen-Flügels, obwohl das Sozialprofil der Fraktion insgesamt relativ konstant blieb. Die quantitativ ohnehin stets schwachen Vertreter des „Finanzkapitals" (1931: 2; 1935: 4) verschwanden bis 1939 völlig. Dagegen stieg die Zahl derer, die dem „christlichen" mittleren Industrie- und Handelsbürgertum zuzurechnen waren (1931: 3; 1935: 1; 1939: 6). Eine bezeichnende Umstrukturierung erfuhr die Kategorie „Grundbesitzer". Die Zahl der Großgrundbesitzer nahm beständig ab (1931: 16; 1935: 15; 1939: 7). Mehrheitlich gehörten sie 1939 zur „unteren" Besitzklasse mit Grund von ungefähr 2000 Kj. Demgegenüber stieg die Zahl der mittelgroßen Grundbesitzer (100–1000 Kj) von 19 (1931) auf 29 bzw. 38 in den Jahren 1935 und 1939. Sie bildeten den Kern des äußeren rechten NEP-Flügels um Mecsér 1935, während Imrédy seine Leute 1939 aus dem Kreis der Akademiker und Beamten rekrutierte.

Der Anteil der Beamten und Akademiker blieb im Untersuchungszeitraum konstant. Innerhalb der Bürokratie verschoben sich die Gewichte leicht zugunsten der Militärs (1931: 53 Beamte – 3 Offiziere; 1935: 41 – 9; 1939: 45 – 8), die ein Reservoir des rechten Parteiflügels darstellten. Von den 45 Beamten 1939 lassen sich 28 der Rechten zuordnen, 14 von ihnen hatten erstmals ein Mandat errungen. Die politisch Aktivsten unter ihnen waren zudem sehr jung; ihre politischen Wurzeln reichten in rechtsradikale Studenten- und Rassenschutzvereinigungen. Die Akademiker bildeten keine einheitliche Gruppe. Während Universitätsprofessoren und -dozenten durchweg dem konservativen Parteiflügel zuzurechnen waren, zählten Ärzte, Ingenieure und Journalisten, also die Freiberufler, mehrheitlich zur Rechten bzw. extremen Rechten. Herausgegriffen sei die Gruppe der Rechtsanwälte. Ihr Anteil war von 14,1% 1931 auf 10,0% acht Jahre später gesunken (1931: 22; 1935: 24; 1939: 18). Von den 18 Rechtsanwälten 1939 waren elf zum erstenmal gewählt worden. Acht von ihnen gehörten der jüngeren Generation an, die ihre Studien in den zwanziger Jahren abgeschlossen hatten. Ihre politische Karriere starteten sie ebenfalls aus rechtsgerichteten Studentenvereinigungen.

Die Vermutung, die zunehmende Dominanz der „neuen Rechten" in den dreißiger Jahren müsse nicht nur politische, sondern auch soziale Parallelen zur radikalen, christlich-nationalen Frühphase der Horthy-Ära[330] aufweisen, stützt sich nicht nur auf

[330] Vgl. hierzu S. 85 ff. dieser Arbeit.

den hohen Anteil politischer „newcomers" unter den Abgeordneten der Regierungspartei in beiden Phasen. Auffällig ist zunächst die Zunahme jüngerer Politiker unter 40 mit Gömbös' Regierungsantritt, die in deutlichem Gegensatz stand zur Bethlen-Periode, jedoch die Verhältnisse von 1920 nicht erreichte (in %)[331]:

	1920	1931	1935	1939
bis 40	38,7	7,9	27,6	15,8
41–60	54,6	78,9	56,0	73,5
über 61	6,7	13,2	16,4	16,7

Während der Anteil der über 60jährigen auch in der Ära der „neuen Rechten" nicht abnahm, sondern sogar noch leicht anstieg, verzeichnete das Jahr 1935 eine signifikante Zunahme der unter 40jährigen, die bis 1939 jedoch auffällig „alterten"; die Altersstruktur der Regierungsfraktion 1939 unterschied sich nur noch unwesentlich von 1931. Der Anteil der „historischen Klassen" der Aristokratie und Gentry erreichte mit der Ära der „neuen Rechten" einen der Horthy-Frühphase ähnlichen Tiefstand:

	Aristokratie		Gentry		Bürgerliche		unbekannt	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1921–1932								
Parlament*	47	9,6	168	34,3	257	52,4	18	3,7
Regierungspartei*	28	8,9	138	43,9	135	43,0	13	4,2
Kabinette	7	20,6	12	35,3	14	41,2	1	2,9
1932–1944								
Parlament**	41	8,0	138	27,1	297	58,2	34	6,7
Regierungspartei**	31	8,9	112	32,2	189	54,3	16	4,6
Kabinette	4	9,3	15	34,9	21	48,8	3	7,0

* aufgrund der Wahlen 1922 und 1926
** aufgrund der Wahlen 1935 und 1939

In den beiden zu vergleichenden Perioden blieb der Anteil der Aristokraten in Parlament und Regierungspartei bemerkenswert konstant, erlebte aber in den Kabinetten einen erheblichen Einbruch um mehr als die Hälfte. Umgekehrt verhielt es sich mit dem Prozentsatz der Gentry, die mit rund 35 % in allen Kabinetten des gesamten Untersuchungszeitraums 1921 bis 1944 vertreten war, jedoch im Gesamtparlament wie in der Regierungspartei anteilsmäßig signifikant absank zugunsten der Politiker nichtadeliger Herkunft. Daß die „neue Rechte" ihre soziale Basis überwiegend in den nichtadeligen Schichten hatte, belegt die Herkunft der konservativen und rechtsgerichteten Mitglieder der Kabinette 1932 bis 1944:

[331] Die folgenden Zahlen und Tabellen nach Janos, 1982, S. 280 ff., aus Tabelle 36, 38, 39.

	Konservative		„neue Rechte"		nicht einzuordnen
	absolut	in %	absolut	in %	absolut
Aristokratie	2	12,5	2	10,0	–
Gentry	10	62,5	3	15,0	1
Bürgerliche	3	18,8	14	70,0	4
unbekannt	1	6,2	1	5,0	2
insgesamt	16		20		7

Diese Daten sind zwar mit Vorsicht zu betrachten, da aufgrund der niedrigen Gesamtzahl eine Person gleich mit 5 oder mehr Prozent zu Buche schlägt, doch wird deutlich, daß der konservative Regierungsflügel nach wie vor eng (mit über 70 %) den traditionellen Adelseliten verbunden blieb; die „neue Rechte" dagegen bot Politikern nichtadeliger Herkunft erheblich größere Aufstiegschancen in die Regierungselite.

Bringt man die politische Entwicklung der dreißiger Jahre überblicksweise auf einen Nenner[332], so ergibt sich, daß trotz der Attacken von rechts die wesentlichen Elemente des politischen Systems bestehen blieben. Veränderungen stellten sich vor allem in vier Punkten ein:

Auf Kosten des Parlaments wuchsen die Kompetenzen von Exekutive und Staatsoberhaupt; die Legislative beschränkte sich zunehmend auf die Verabschiedung von Rahmengesetzen, die das Regieren mit Verordnungen gestattete.

Im Zuge der Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise erwarb sich der Staat Interventionsrechte zur Lenkung der Wirtschaft.

Im Parlament verschwand die linke Opposition bis auf schwache Reste, während in der Regierungspartei die Konservativen von den „neuen Rechten" verdrängt wurden[333] und die Pfeilkreuzler 1939 auch im Abgeordnetenhaus Einzug hielten.

Ab 1938/39 ist eine verstärkte Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte wahrnehmbar, die in den bei Kriegsausbruch verkündeten Ausnahmezustand mündeten. Die „Judengesetze" ab 1938 grenzten die Juden aus dem Kreis der Staatsbürger aus.

[332] Vgl. dazu Kónya, in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 383 ff.

[333] Zu den Veränderungen der christlich-nationalen Ideologie vgl. Lackó, in: új írás 14 (1974/10), S. 105 ff.; Juhász, 1983.

II. Die Pfeilkreuzlerbewegung 1935 bis 1944

1. „Faschismus von unten": die Entstehung der Pfeilkreuzlerbewegung

Mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise entstand eine Anzahl zunächst bedeutungsloser Splitterparteien, die sich explizit als „nationalsozialistisch" bezeichneten[1]. Oft nicht einmal von regionaler, sondern nur von lokaler Bedeutung, führten sie ein politisches Schattendasein im Zeichen des Aufbruchs der „neuen Rechten", ehe sie nach Wegfall der Integrations- und Hoffnungsfigur Gömbös' und dem Auftreten Ferenc Szálasis plötzlich zur systemgefährdenden Massenbewegung aufstiegen.

Das folgende Schema veranschaulicht die Typologie der ungarischen Rechten und extremen Rechten. Obwohl in der historischen Realität die Grenzen zwischen den einzelnen Typen keineswegs klar verliefen, sollten die in dem Raster systematisierten Faktoren den Verlauf der ungarischen Geschichte bis zum Kriegsende bestimmen.

	konservative „alte Rechte"	radikale „neue Rechte"	Pfeilkreuzler
Vertreter	Bethlen	Gömbös, Imrédy	Szálasi
soziale Basis	adeliger Großgrundbesitz, Hochfinanz, hohe Beamte/Militärs	radikalisierte Beamte/Militärs	soziale und politische „out-groups"; Massen
Parteityp	Honoratiorenpartei	„Funktionärspartei" von oben	Massenpartei von unten
Parteiensystem (Huntington)	„single party system"	„exclusionary one-party system"	„revolutionary one-party system"
politische Plattform	Regierungspartei, Verwaltung	Regierungspartei (bzw. Abspaltung), Verwaltung	Neugründung von Parteien; „Bewegung"
Rolle der Massen	keine	passive Unterstützung der politischen Elite	aktive Herbeiführung der nationalsozialistischen Revolution

[1] Diese NS-Parteien waren bisher noch nicht Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung. Die einzige Ausnahme ist Szakács, 1963, über die Sensenkreuzlerbewegung. Ein kurzer Überblick bei Toth, in: Wende, 1981, S. 750 f. sowie bei Lackó, 1966, S. 16 f. Eine gute Zusammenfassung der Geschichte und Programme der NS-Parteien bis 1938 aus zeitgenössischer Sicht gibt Közi-Horváth, in: Magyar Kultúra 25 (1938), S. 48 ff., 75 ff., 116 ff.

Mit der Formierung der Pfeilkreuzlerbewegung Szálasis wurde das Spektrum der politischen Rechten nicht nur um eine zusätzliche Facette erweitert, sondern es betrat ein neuartiger, den engen Rahmen des Horthy-Systems sprengender, faschistischer Parteityp die politische Bühne[2]. Die konservative wie die radikale Rechte waren, bei allen Unterschieden, Bestandteil des „Systems"; sie waren „the composits of a small upper and a broader lower layer of the socio-economic ‚in' group within every state in Eastern Europe"[3].

Demgegenüber sollte die Pfeilkreuzlerbewegung aufgrund ihrer politischen Stellung außerhalb des Systems und ihrer sozialen Massenbasis in den unteren gesellschaftlichen Schichten „out-group"-Charakter tragen, unbeschadet der Tatsache, daß in ihren Führungspositionen auch Offiziere, Grundbesitzer, Freiberufler zu finden waren. Die sozialgeschichtlich orientierte ungarische Forschung kommt zu dem Schluß, daß „die Führer und Erben des äußersten rechten Flügels der Rassenschützler, der Kommandostab der ungarischen nationalsozialistischen Bewegung – in ihrer Mehrzahl – nicht unmittelbar zur herrschenden Elite [gehörten]"[4].

Ausgehend von der „out-group"-Zugehörigkeit der Pfeilkreuzler weist Janos auf die ganz unterschiedliche politische Identität und damit sozialpsychologische Dimension der revolutionären Rechten hin: Für sie werde Politik zu einer Angelegenheit der persönlichen Identität mit religiösen Zügen. Während die Technokraten der „neuen Rechten" die Partei als bloßes Instrument betrachteten, sei sie für die revolutionäre Rechte das „Sine qua non" der eigenen wie der nationalen Existenz; sie leite ihre Identität aus der Ideologie und der Bewegung ab, nicht jedoch wie die „neue Rechte" aus dem sozialen Status, dem Korpsgeist der militärischen und zivilen Bürokratie[5].

Keinesfalls darf der ungarische Faschismus als fremdes Importgut aus Italien oder Deutschland verstanden werden. Die zeitgenössische konservative Propaganda bediente sich häufig dieses Vorwurfs, ignorierte jedoch bewußt oder unbewußt, daß die Bedingungen zur Entstehung einer derartigen Bewegung in Ungarn durchaus vorhanden waren. Die Pfeilkreuzler entwickelten sich eigenständig, wenn auch die Vorbild- und Stimulierungsfunktion des siegreichen deutschen Nationalsozialismus nicht in Abrede gestellt werden kann.

Die Anfänge: die Partei des Willens der Nation

Ferenc Szálasi[6] wurde am 6. Januar 1897 in Kassa/Kaschau (heute Košice) in Nordungarn in bescheidenen Verhältnissen geboren und schlug wie sein Vater und seine beiden Brüder die militärische Laufbahn ein. Die Herkunft seiner Familie spiegelte

[2] Ein Teil der historischen Forschung trägt dem insofern Rechnung, als sie die Gömbös-Rechten von den Pfeilkreuzlern zu unterscheiden sucht mit Gegensatzpaaren wie „Faschismus von oben" – „Faschismus von unten"; „Salonfaschismus" – „Radikalfaschismus"; „konstitutioneller Faschismus" – „totaler Faschismus" usw.

[3] Şugar, in: Sinanian/Deák/Ludz, 1974, S. 24.

[4] Márkus, in: AH 18 (1972), S. 134.

[5] Janos, in: Huntington/Moore, 1970, S. 223.

[6] Einen kurzen Lebenslauf vgl. Macartney I, S. 160 ff.; Lackó, 1966, S. 43 ff.; Nagy-Talavera, 1970, S. 114 ff.; Magyar életrajzi lexikon 2, S. 694. Fast alle Informationen stammen aus den Angaben von: IfZ, Fb 102: A Hungarista Mozgalom naplója (im folgenden: Szálasi-TB), 1918–8. 10. 1936, S. 5–13.

die Völkervielfalt der Donaumonarchie: Neben ungarischen, slowakischen, deutschen Einschlägen wurden 1938 auch armenische Vorväter entdeckt, was von Presse und politischen Gegnern propagandistisch ausgeschlachtet wurde[7]. Nach dem Besuch der Militärakademie in Wiener Neustadt und der Teilnahme am Ersten Weltkrieg trat Szálasi 1921 in die ungarische Armee ein. Nach Besuch der Kriegsschule (1923–1925) wurde er im Dezember 1925 in den Generalstab berufen und erzielte bei den militärischen Prüfungen beste Ergebnisse. Die Offizierslaufbahn prägte nicht nur entscheidend seine Persönlichkeit, sondern hatte auch die politisch später nützliche Bekanntschaft mit hohen Militärs zur Folge. Nach eigenen Angaben waren die Jahre von 1921 bis 1930 ausgefüllt mit ständigem Lernen und Studieren. Als Verfasser allgemein- wie militärpolitischer Schriften[8] schloß sich Szálasi 1930 rechtsgerichteten militärischen Kreisen an; die politische Polizei wurde auf den „Revolutionär in Uniform" aufmerksam. Am 25. August 1931 zitierte ihn Gömbös, damals Verteidigungsminister, zu sich und konfrontierte ihn mit den Beobachtungen der Polizei: Er, Szálasi, nehme an einer politischen Verschwörung teil mit dem Ziel, die Regierung gewaltsam zu stürzen. Der Minister ermahnte ihn, als Offizier nicht zu „politisieren", stand ihm aber durchaus wohlwollend gegenüber und fühlte sich an seine eigene Jugend erinnert[9]. Erst als Szálasi 1933 ohne Erlaubnis der Vorgesetzten seinen antiparlamentarischen „Plan zum Aufbau des ungarischen Staates"[10] veröffentlichte, wurde er aus dem Generalstab verabschiedet und strafhalber zur Truppe nach Eger versetzt. Um sich ganz seinen politischen Aktivitäten widmen zu können, bat er 1934 als Major um die Versetzung in den Ruhestand, der zum 1. März 1935 gewährt wurde.

Das „Szálasi-Tagebuch" enthält die Aufzeichnung einer für das Selbstverständnis der radikalen Rechten höchst aufschlußreichen Unterredung zwischen Szálasi und Ministerpräsident Gömbös am 15. Januar 1935. Auch er habe, so Gömbös, versucht, eine Bewegung von unten aufzubauen, doch sei die ungarische Nation dazu bereits nicht mehr fähig; man könne eine Bewegung nur noch von oben in Gang setzen. Er biete Szálasi daher ein Mandat in der NEP nebst einer Stellung an, die seine Pension auf 2000 Pengö monatlich aufrunde, sowie die Einsetzung als Organisator der Regierungspartei neben Béla Marton, da dieser sowieso nichts davon verstehe. Auf Szálasis Frage, warum er nicht vom Reichsverweser die Auflösung des Parlaments erbeten und in Wahlen alle anderen Parteien habe „verschwinden" lassen, antwortete Gömbös, er sei nicht Idealist, sondern Realpolitiker. Darauf Szálasi in einer für ihn typischen Wendung: Er wolle lieber „praktischer Idealist" als „theoretischer Realist" sein, da

[7] Vgl. z. B. den Bericht des britischen Gesandten Knox vom 9.5.1938, in: PRO. FO 371.22374, S. 13f. Der Abgeordnete der Kleinlandwirtepartei Dezsö Sulyok behauptete aufgrund von Abstammungsurkunden am 26.4.1938 vor dem Parlament, daß Szálasi nicht nur keinen Tropfen ungarischen Bluts, sondern nicht einmal die ungarische Staatsbürgerschaft besitze.

[8] Nur dem Titel nach bekannt sind: „Der Staatsführungsstab" 1929/30, „Rationalisierung in Beamtenfragen" 1930/32 und „Grundlagen der Demobilmachung" 1931; vgl. Szálasi-TB, 1918–8.10.1936, S. 6f.

[9] Ebenda, S. 7f.; vgl. dazu Lackó, 1966, S. 44f., der aufgrund einer breiteren Quellenbasis die Szene anschaulich beschreibt.

[10] F. Szálasy (sic), A magyar állam felépítésének terve, 1933. Dazu zusammenfassend Lackó, 1966, S. 48ff. Die Schrift forderte die Abschaffung des parlamentarischen Systems zugunsten der plebiszitären Diktatur eines „Führungspolitikers", hatte jedoch noch viele Züge des traditionellen Mittelklasse-Radikalismus.

Gömbös seine Realpolitik nicht umsetzen könne oder wolle. Er, Szálasi, werde eine Bewegung von unten initiieren, da anders die Nation nicht zu „retten" sei. Mandat und Stellung schlug er aus[11]. Gömbös' Offerte war die typische Reaktion der Horthy-Elite im Umgang mit politisch unliebsamen Kräften, nämlich der Versuch ihrer Integration in das System. Anders als die Rechtsradikalen der frühen Horthy-Zeit und die „Neuen Rechten" der dreißiger Jahre ließ sich Szálasi jedoch nicht „entschärfen". Eine Machtposition im bestehenden System schlug er aus zugunsten einer unsicheren Zukunft als messianischer Organisator einer Volksbewegung von unten, mit deren Hilfe er die ganze Macht erobern wollte.

Gömbös' Reaktion auf das Scheitern seiner Integrationsbemühungen war ebenso charakteristisch. Im Wahlkampf vor den Parlamentswahlen im April 1935, die den Rechten in der Regierungspartei einen großen Erfolg bringen sollten, klangen erstmals nationalsozialistische Töne an. Der österreichische Gesandte in Budapest, Hennet, gab in seinem Bericht vom 27. März 1935 ein Gespräch mit Gömbös vom Vortag wieder, in dem er diesen auf die „ungeahnt" zahlreichen nationalsozialistischen Kandidaten in Stadt und Land ansprach; man kenne sich nicht mehr aus, da manche als Hakenkreuzler, andere als Pfeilkreuzler, dritte einfach als Nationalsozialisten aufträten: „Der Herr Ministerpräsident sprach sehr geringschätzig davon, maß der Bewegung keinerlei Bedeutung zu und äußerte sich wörtlich ‚die bringe ich alle um'."[12]

Mit seiner Voraussage, es würden höchstens zwei NS-Kandidaten ins Parlament einziehen, sollte Gömbös recht behalten. Der auf die Zunahme nazistischer Kräfte sensibel reagierende Hennet registrierte nach den Wahlen das sehr auffällige „Anschwellen dieser Stimmen im Lande", mußte jedoch eingestehen, „daß die Regierung alle Machtmittel einsetzte, um diese Kandidaten zum Fall zu bringen"[13]. Auch in einem Bericht vom 10. September 1935 meldete Hennet, daß trotz der Sympathien eines Flügels der Regierungspartei mit dem Dritten Reich „die Pfeilkreuzlerbewegung bisher keine Unterstützung bei der Regierung findet"[14].

Szálasi hatte sich im Kreis Hatvan am Wahlkampf beteiligt, um dem im benachbarten Turán kandidierenden Rechtsradikalen Lajos Csoór Wahlhilfe zu leisten[15]. An ein Auftreten in größerem Stil war nicht zu denken, denn erst am 1. März (offiziell drei Tage später) hatte er zusammen mit seinem Freund Dr. Sándor Csia[16] seine „Partei des Willens der Nation" NAP (Nemzet Akaratának Pártja) gegründet, unter den zahlreichen Splitterparteien der äußersten Rechten die jüngste und zunächst schwächste.

[11] Szálasi-TB, 1918–8.10.1936, S.12f. Die exakte Datierung und inhaltliche Verifizierung des Gesprächs erlaubt IfZ, MA 1541/2, B.550: Denkschrift Szálasis an General L. Keresztes-Fischer, 9.10.1936.

[12] HHS, NPA: Ungarn 2/3: Innere Lage 1935–1938, S.87.

[13] Ebenda, S.114: Bericht Hennets vom 13.4.1935.

[14] Ebenda, Originalberichte der österreichischen Gesandtschaft, Budapest 7.1935–1938, S.117.

[15] Szálasi-TB, 1918–8.10.1936, S.14; IfZ, MA 1541/5, B.659: Az Út: 1936. Beiden Quellen zufolge hatte ein gemeinsames Abkommen Csoór verpflichtet, im Falle seines Wahlsiegs die neugegründete Szálasi-Partei NAP im Parlament zu vertreten. Csoór habe sich jedoch „feige" zurückgezogen.

[16] Szálasi hatte Csia im Herbst oder Winter 1933 in Eger kennengelernt. Neben gleichen politischen Ansichten verband beide Männer ein lebenslanger enger Kontakt; vgl. Szálasi-TB, 1918–8.10.1936, S.12; IfZ, MA 1541/5, B.657f.: Az Út: 1933–1934.

Dem Gründungsprotokoll zufolge trug Szálasi auf einer Versammlung Gleichgesinnter aus seiner neuen Studie „Ziel und Forderungen" (Cél és követelések) vor, die erstmals die Umrisse seiner spezifisch „hungaristischen" Ideologie enthielt[17]. Er schlug diese Schrift als Parteiprogramm der NAP vor, was einstimmig angenommen wurde. Der Kreis der Gründungsmitglieder muß sehr klein gewesen sein, denn man bestimmte keine Funktionäre, sondern bestallte Szálasi und Csia mit der Erledigung sämtlicher Angelegenheiten[18].

Der Aufbau der NAP nahm nach Angaben des Szálasi-Tagebuchs in der Umgebung von Budapest, den Komitaten Sopron, Nógrád und Heves im Nordwesten bzw. Norden Ungarns und dem Komitat Somogy im Südwesten sowie den Städten Szeged und Mátészalka seinen Anfang[19], doch lagen seine Schwerpunkte in der Pester Umgebung und dem Komitat Sopron. Die quantitativ bedeutungslose Partei unterschied sich auch darin nicht von den anderen NS-Gruppierungen, daß sie ihre Organisationsarbeit auf die ländlichen Bezirke konzentrierte und die Städte ausklammerte[20]. Über die Anfänge der ersten Szálasi-Partei und den Aufbau ihrer Organisation berichtete András Török, ein ehemaliger Sozialist, der sich Szálasis Pfeilkreuzlern anschloß und selbst an führender Stelle die Organisation der NAP vorantrieb[21]: „Seinen [Szálasis] politischen Einstand begleitete keine irgendwie große Sensation. Er gab einfache und ärmliche Flugblätter heraus, die großenteils unverständlich waren. In diesen Flugblättern war nur das die einzige Neuheit, daß Ferenc Szálasi ohne weiteres sofort die Regierungsmacht für sich und seine Gefährten forderte."[22]

Die im Manuskript des „Zweiten Buchs" über den Hungarismus im Original beiliegenden NAP-Flugblätter und -Rundbriefe bestätigen Töröks Urteil[23]. Die neue Partei konnte es sich offenbar gar nicht leisten, in einem Jahr mehr als sechs Propagandablättchen drucken zu lassen. Andererseits ist es bemerkenswert, daß es bereits im zweiten Parteirundbrief vom Februar 1936 in aller Offenheit hieß: „Wir erklären entschlossen, unmißverständlich und zum wiederholten Male, daß die Partei sich für die Machtübernahme organisiert und auf die vollständige Machtergreifung dringt."[24]

Erstaunlich sei nur gewesen, fuhr Török fort, daß man ohne angemessenes Programm, ohne Parteibüro, ohne materielle und inhaltliche Hilfsmittel die Bewegung überhaupt in Gang setzen konnte[25]. Entsprechend einfach war auch das praktische Vorgehen beim Aufbau der Parteiorganisation. Laut Organisationsanweisung sollte

[17] Szálasi, Cél és követelések, 1935; auch in IfZ, MA 1541/21, B.889–904; zusammenfassend Lackó, 1966, S.56ff. (S.13f.).

[18] Das Gründungsprotokoll vgl. Szálasi-TB, 1918–8.10.1936, S.13f. Namentlich erwähnt werden nur Szálasi, Csia, die Protokollantin sowie zwei Zeugen zur Beglaubigung des Protokolls. Eine beiliegende Anwesenheitsliste ging offenbar verloren.

[19] Ebenda, S.14.

[20] Lackó, 1966, S.63.

[21] 1939 brach Török mit Szálasi und veröffentlichte 1941 seine wahrscheinlich sogar auf Anweisung des antinazistischen Leiters der politischen Polizei, Sombor-Schweinitzer, verfaßte Broschüre „Szálasi ohne Maske". Die Quelle ist nur mit Vorsicht heranzuziehen, da ihr Hauptmotiv ziemlich eindeutig auf persönlicher Rache beruht; zu Török vgl. Lackó, 1966, S.60, Anm.37; Nagy-Talavera, 1970, S.128f.

[22] Török, 1941, S.19.

[23] Vgl. IfZ, MA 1541/5, B.663ff. und 1541/21, B.629ff.

[24] Ebenda, 1541/5, B.667.

[25] Török, 1941, S.29.

jede Ortsgruppe aus ihrem Leiter, dem „Fähnrich" (zászlós úr), einem „Zehnerrat" als engerem Führungsstab und zehn Zehnerschaften bestehen, deren Führer Mitglieder des Zehnerrats waren[26]. In der Praxis sah dies so aus, daß jeder von Szálasis Vertrauten versuchte, zehn verläßliche Leute um sich zu sammeln. Aus mehreren Zehnerschaften wurde dann eine größere Einheit gebildet[27]. Wie erfolgreich dieses Verfahren letztlich war, ist schwer zu sagen. Die Rundbriefe der Partei meldeten wahre Sensationszahlen. Demnach hatte die NAP ihr „nationserrettendes Gedankengut" bis Dezember 1935 in 542 Gemeinden getragen, bis April 1936 in 793, bis Mitte April 1937 gar in fast tausend[28]. Wenn man dagegen hält, daß die Partei im Monat ihres Verbots, im April 1937, nur einige tausend Mitglieder hatte[29], bedeutet dies entweder durchschnittlich zwei bis drei Eingeschriebene pro Gemeinde oder ist eine Übertreibung.

Das Jahr 1936 sollte die Wende zum politischen Erfolg einleiten, obwohl es zunächst mit einer katastrophalen Niederlage Szálasis in einer Nachwahl im April 1936 in Pomáz begonnen hatte[30]. Es war der Schock dieses Scheiterns, daß er nie wieder für ein Parlamentsmandat kandidierte und den parlamentarischen Weg zur Macht aufgab. Im Szálasi-Tagebuch hieß es dazu großspurig, er habe die Konsequenzen gezogen und die hungaristische Bewegung in Gang gesetzt, um „dem Parlament das Leben auf [zu]zwingen"[31]. Die Zusammenfassung für das Jahr 1936 im „Zweiten Buch" des Hungarismus vermerkt ebenfalls Szálasis Einsicht, „daß er seine Ziele auf nur parlamentarischer Ebene nicht verwirklichen kann"[32]. Wie beim deutschen und italienischen Vorbild bedeutete dies in der Praxis ein gleichzeitiges Vorgehen von oben und von unten.

Kurz nach Gömbös' Tod[33] schickte Szálasi am 9. Oktober 1936 eine zur Weiterleitung an Horthy bestimmte Denkschrift an General Lajos Keresztes-Fischer, den Leiter der Militärkanzlei des Reichsverwesers, offenbar auf dessen eigene Anregung hin. Nur der Reichsverweser, so das Schreiben, könne, gestützt auf den „Messias" des Volks, die Armee (!), die schwere Krise der Nation lösen und eine positive politische Entwicklung einleiten. Das Volk, das ein neues politisches System fordere, stelle ihn vor die Alternative, entweder, wie im Falle des italienischen Königs, von der Nation die neuen Grundlagen aufgezwungen zu bekommen, oder, wie im Falle Hindenburgs, die Notwendigkeiten der Zeit zu erkennen und die geeigneten Männer zu berufen. Szálasi forderte Horthy dazu auf, sich im Sinne der zweiten Lösung mit Hilfe der Armee an die Spitze der Nation zu stellen und diese mit einem „Nationsaufbauplan" auf den richtigen Weg zu führen[34]. Dies war, trotz des Hinweises auf Mussolini und Hit-

[26] IfZ, MA 1541/5, B.668: 2.Rundbrief, Februar 1936; ebenda, B.676: 3.Rundbrief, Juni 1936. Man beachte die zugrunde liegende militärische Konzeption und Terminologie.

[27] Török, 1941, S.31.

[28] IfZ, MA 1541/5, B.667, 675, 765: 2., 3. und 4.Rundbrief, Februar 1936, Juni 1936, Juli 1937.

[29] Vgl. zur Entwicklung der Mitgliederzahlen S.126ff. dieser Arbeit.

[30] Lackó, 1966, S.65f. Demnach entfielen von mehr als 12000 abgegebenen Stimmen auf Szálasi schwache 942.

[31] Szálasi-TB, 1918–8.10.1936, S.16.

[32] IfZ, MA 1541/5, B.661: Az Út: 1936.

[33] Es ist kein Zufall, daß Szálasi mit seiner Initiative erst den Tod des „Übervaters" der radikalen Rechten abwartete.

[34] Das gesamte Memorandum vgl. IfZ, MA 1541/2, B.549ff. sowie in einer stilistisch leicht überarbeiteten Version in: Szálasi-TB, 8.10.–31.12.1936, S.17ff.; vgl. auch Lackó, 1966, S.66.

ler, immer noch die Idee einer traditionellen Militärdiktatur bzw. der autoritären Diktatur des Reichsverwesers, garniert mit nur wenigen plebiszitären Komponenten[35]. Von einer Massenpartei war noch nirgends die Rede; auch seine eigene Person hielt Szálasi auffällig zurück. Ob das Memorandum Horthy jemals vorgelegt wurde, ist unwahrscheinlich, forderte es ihn doch unverhohlen zum Verfassungs- und Rechtsbruch auf. Der Reichsverweser hielt sich während seiner langen Regierungszeit streng an die erlassenen Gesetze. Die von Szálasi erbetene Audienz kam nicht zustande; Keresztes-Fischer zog sich vorsichtig zurück[36]. Deutlich wird jedoch die charakteristische Loyalität Szálasis zu Horthy, an der er bis 1944 unerschütterlich festhielt. Nur mit Wissen und Willen des Staatsoberhaupts, auf „legalem" Weg wie Hitler und Mussolini, sollte die neue Entwicklung eingeleitet, das politische System der Zukunft aufgebaut werden. Allerdings maß er in späteren Jahren nicht mehr der Armee das entscheidende Gewicht zu, sondern der hungaristischen Bewegung und ihrem Führer, womit das Konzept seine traditionell-autoritären Züge verlor.

Parallel zu diesen Bemühungen, von oben eine Entwicklung zum Führerstaat in Gang zu setzen, sollte die sich formierende Massenbewegung von unten Druck auf die Herrschenden ausüben. Im Juni 1936 wurde die Sensenkreuzlerbewegung Zoltán Böszörménys verboten, nachdem ihr geplanter „Marsch auf Budapest" am 1. Mai kläglich gescheitert war. Die zeitweise bis zu 20000 Parteimitglieder rekrutierten sich größtenteils aus verarmten Kleinbauern und Landarbeitern, die von Böszörménys sozialrevolutionärem Radikalismus angezogen wurden. Er versprach ihnen in bewußter Anknüpfung an agrarsozialistische Traditionen Land und „Sozialismus"[37]. Nach ihrem Verbot schlossen sich 1936/37 viele ehemalige Sensenkreuzler der Szálasi-Partei an, da die anderen NS-Parteien ihre quantitative und soziale Isolation (Beamte, Offiziere, untere kleinbürgerliche Schichten) nicht durchbrechen konnten[38].

Mitte bis Ende Oktober 1936[39] verbrachten Szálasi und sein Parteifreund Csia einige Wochen im Dritten Reich in Berlin, Nürnberg und München. Nach eigenen Tagebuchangaben hatte kein Treffen mit hohen NSDAP-Funktionären stattgefunden; die Reise habe der Information und Orientierung gedient und einen tiefen Eindruck

[35] So sollte beispielsweise der „Nationsaufbauplan" in einer Volksabstimmung gebilligt werden.

[36] Das Szálasi-TB, 8.10.–31.12.1936, S.21ff., verzeichnet Szálasis hartnäckige, aber erfolglose Anläufe, um über Keresztes-Fischer zu Horthy zu gelangen.

[37] Zusammenfassend zu den Sensenkreuzlern Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S.384ff.; Nolte, 1979 (b), S.208; Lackó, 1966, S.17ff.; ausführlich die Monographie von Szakács, 1963. Im Dezember 1931 gründete Böszörmény nach einer Deutschlandreise, auf der er angeblich mit Hitler zusammengetroffen war, die „Nationalsozialistische Ungarische Arbeiterpartei", die sich ab 1933 nach ihrem Parteiabzeichen (zwei gekreuzte Sensen in rotem Kreis auf grünem Grund, in der Mitte ein Totenschädel) „Sensenkreuzler-Bewegung" nannte und die radikalste der frühen NS-Parteien war. Am 1.5.1936 sollten nach Böszörménys Plan drei Millionen Bauern nach Budapest zur Machtergreifung marschieren, doch sammelten sich nur in einer Kleinstadt der Tiefebene, Nagykörös, einige tausend arme bis ärmste Bauern und Landarbeiter, die leicht zerstreut werden konnten. In einem Massenprozeß 1937 wurden 100 Angeklagte verurteilt, kamen jedoch in Anbetracht ihrer elenden materiellen Lage – 98 der 100 hatten weder Haus noch Land, besaßen kein Hemd und trugen zerfetzte Hosen – mit leichten Strafen davon.

[38] Lackó, 1966, S.64f., 69; Török, 1941, S.29.

[39] Nach Gendarmerie-Berichten auch bereits im August 1936; vgl. Lackó, 1966, S.67; im Szálasi-TB wird dies jedoch nicht erwähnt.

hinterlassen. In Berlin hielt Szálasi vor der ungarischen Kolonie einen Vortrag über weltanschauliche Fragen im Donaubecken und arbeitete den „Völkischen Beobachter" vor 1933 durch, um die Mittel der Presse-propaganda zu studieren. In Nürnberg geriet er mit dem Pg. Friedrich Seelmann, der ihn auf eine NSDAP-Versammlung in einem naheliegenden Dorf mitnahm „in eine wirklich intime weltanschauliche Freundschaft". In einer Gemeinde bei München erkundigte sich Szálasi in Anknüpfung an Kardinal Faulhabers vehemente Predigten beim Pfarrer eindringlich nach den Divergenzen zwischen Nationalsozialismus und katholischer Kirche[40].

Der Anstoß der Pomázer Wahlniederlage, eine Volksbewegung zu organisieren, erfuhr mit Szálasis Erlebnissen in Deutschland entscheidenden Auftrieb. Die zweite Jahreshälfte 1936 erlebte die Verlegung der Organisationstätigkeit der NAP nach Westungarn, um dort, so das Tagebuch, den Einfluß des deutschen Nationalsozialismus zu verdrängen[41]. Zugleich aber, und dies bedeutete die ausschlaggebende Zäsur im Aufstieg der Szálasi-Partei, wagte der NAP-Führer den Schritt vom Land in die Stadt und konzentrierte seine Werbung auf das Industrieproletariat. Dem Szálasi-Tagebuch zufolge war die Wendung hin zur Arbeiterschaft ein frühes Ergebnis seiner Studien zu Anfang seiner militärischen Laufbahn 1921: Am Beispiel des Ersten Weltkriegs habe er lernen müssen, daß ein zehntägiger Streik eine Armee lahmlege, weshalb eine Beschäftigung mit der Arbeiterfrage und die Integration der Arbeiterschaft in die Nation unerläßlich seien. Szálasi trat Anfang der dreißiger Jahre auch flüchtig mit der Sozialdemokratischen Partei in Kontakt[42]. Die Quellen weisen jedoch darauf hin, daß erst das Jahr 1936 die entscheidende Zäsur darstellte.

Die NAP startete ihre Propaganda im Budapester Arbeiterviertel Angyalföld wohl noch vor der Deutschlandreise im Oktober, wenn die Chronologie des Szálasi-Tagebuchs den Tatsachen entspricht[43]. Die Geheimpolizei observierte den Parteiführer bereits am 23. September in alarmierender Diskussion mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitern[44]. Mit den Erfahrungen in Deutschland verbunden war die Wendung des „völlig veränderten" Szálasi[45] zu einem sozialrevolutionären Radikalismus, der ihm den Aufstieg zur Massenbewegung eröffnete. Nach Aussage von Zeitgenossen wanderten arme Leute tagelang zu Fuß nach Budapest, um den Pfeilkreuzlerführer zu sehen[46]. Neben der Bestärkung, gerade in der Arbeiterschaft zu agitieren, bewog ihn das deutsche Vorbild, sich zum Führer einer vereinten nationalsozialistischen Bewegung zu machen. Szálasi trat nun erstmals mit den Führern der anderen Splitterparteien (Graf Festetics, Graf Pálffy, den Eitner-Brüdern, Meskó und lokalen Gruppenführern in Debrecen) zum Zwecke einer Parteieinheit in Kontakt – allerdings noch erfolglos[47].

[40] Szálasi-TB, 8.10.–31.12.1936, S.22f.; auch in IfZ, MA 1541/5, B.661: Az Út: 1936. Immerhin lernte Szálasi offenbar Himmler kennen; vgl. BA, NS 19 neu/1529: Aufzeichnung eines Gesprächs mit dem Volksbundführer Basch, 1940.
[41] Szálasi-TB, 1918–8.10.1936, S.16.
[42] Ebenda, S.6f.
[43] Ebenda, S.16.
[44] Zitiert nach Lackó, 1966, S.67.
[45] So Baky im Volksgerichtsprozeß 1945, zitiert nach ebenda, S.67, Anm.59.
[46] Török, 1941, S.9.
[47] IfZ, MA 1541/5, B.661: Az Út: 1936.

Erstmals am 8. März 1937 telegraphierte der deutsche Gesandtschaftsrat in Budapest, Werkmeister, an das Auswärtige Amt, daß sich seit einiger Zeit eine „verstärkte Regsamkeit an sich bedeutungsloser rechtsradikaler Splittergruppen, in erster Linie Pfeilkreuzler" bemerkbar mache, was bei Regierung, Opposition und „jüdischer Presse und jüdischem Kapital" Unruhe hervorgerufen und Putschgerüchte in Umlauf gebracht habe[48]. Ein zwei Tage später verfaßter ausführlicher Bericht Werkmeisters meldete eine fortschreitende politische Polarisierung, die ihren Ausdruck finde in blutigen antisemitischen Zusammenstößen unter der Studentenschaft, dem Ausbruch eines Bergarbeiterstreiks in Pécs sowie Putschgerüchten von rechts[49].

In diese von Gerüchten aufgeheizte Stimmung hinein reagierte die Regierung des Ministerpräsidenten Darányi zunächst mit der Anordnung der Beschlagnahmung sämtlicher nazistischer Zeitungen[50], nach einem guten Monat dann mit dem Verbot der NAP und der Verhaftung Szálasis am 15. April 1937, als gewisse umstürzlerische Publikationen der langsam größere Dimensionen annehmenden Partei aktenkundig wurden. Es handelte sich dabei um drei inkriminierte Schriftstücke[51]: zunächst um zwei an proletarische Schichten gerichtete Flugblätter „Ungarischer Arbeiter! Gesinnungsgenosse!" mit den Untertiteln „Recht, Arbeit, Achtung" und „Wir klagen im Namen von Heimat und Nation an" vom Februar und März 1937. Beide Texte versprachen, die Arbeiterschaft vom Joch des „feudalkapitalistischen" und sozialdemokratisch-kommunistischen Judentum zu befreien und die von der bürgerlichen Gesellschaft verhöhnten „stinkenden Proleten" in eine „arbeiterliebende Nation" zu integrieren[52]. Als zweites beanstandet wurde die erste und einzige Nummer der von Szálasi herausgegebenen und allein verfaßten Zeitung „Neuer Ungarischer Arbeiter" (Új Magyar Munkás) vom 15. März 1937[53] vom ersten bis zum letzten Artikel, die unter dem Untertitel „Zeitung der ungarischen geistigen, Industrie- und Landarbeiter" über das gewohnte Maß hinausgehende agitatorische Töne anschlug. Neben heftigsten antisemitischen Parolen und einer Erläuterung der Parteiziele enthielt eine Beilage Auszüge aus der NAP-„Kampfanweisung", die Regierung und Staatsanwaltschaft in besonderem Maße beschäftigte. Hier hieß es unverhohlen, bei der NAP handele es sich um eine „völlig militärische", eisern disziplinierte „Kampfbewegung" im ungarischen Freiheitskampf, die ihre Zeit nicht mit den in anderen Parteien üblichen „modischen Diskussionen" vergeude und sich „die völlige Machtergreifung zum Ziel gesetzt" habe. Keiner ihrer „Soldaten" dürfe sich „Stellung, Mandat, Titel, Rang" erwarten; auch nur der Gedanke an eine Kandidatur bei den systemerhaltenden Parlamentswahlen sei völlig ausgeschlossen, weil „wir die Arbeit des Parlaments für den größten Volksbetrug halten"[54].

[48] PA, AA. Gesandtschaft Budapest, 1937, Bd. 12, S. 121: Telegramm Nr. 13.
[49] Ebenda, S. 148 f.
[50] PRO. FO 371.21154, S. 115: BBC. News Bulletin. 6.3.1937.
[51] Török, 1941, S. 37.
[52] IfZ, MA 1541/5, B. 681 ff.
[53] Ebenda, B. 1049 ff. Zusammenfassend auch Lackó, 1966, S. 71 f.
[54] IfZ, MA 1541/5, B. 671 ff.: Auszug aus der NAP-Kampfanweisung, o. J. Während hier ein Vermerk die Anweisung auf 1936 datiert, datiert Török, 1941, S. 37, auf den 11.3.1937, was in Anbetracht des Parteiverbots im April 1937 wahrscheinlicher ist.

Diese Definition der NAP als einer Guerillakampftruppe, die antiparlamentarisch mit Gewalt die Staatsmacht erobern wollte, traf diesmal auf energische Gegenmaßnahmen der Regierung. Szálasi kam am 15. April für zwölf Tage ins Gefängnis und wurde dann nach Verhören durch die politische Polizei[55] und Einleitung eines Verfahrens entlassen. Dabei machte die gegnerische Presse ungewollt aus seiner Verhaftung die größte Propaganda für Szálasi, denn ein ehemaliger Offizier, der für seine politischen Ideale ins Gefängnis ging, war bei breiten Bevölkerungsschichten eine Sensation[56].

Das Verbot der NAP und Szálasis Verhaftung machten auch die deutsche Gesandtschaft in Budapest näher auf ihn aufmerksam. Werkmeister meldete erstmals am 17. April 1937 dem Auswärtigen Amt Genaueres zu seiner Person und seinen „faschistischen Ideen", um dann fortzufahren: „Eine klare Linie seines politischen Wollens und ein festes Programm war weder aus den Äußerungen Szálasys [sic] noch aus seinen Veröffentlichungen zu erkennen." Parteiverbot und Haftbefehl, so Werkmeister weiter, deuteten jedoch darauf hin, daß die Regierung in der Szálasi-Partei eine größere Bedrohung erblicke als in den anderen Pfeilkreuzlergruppen[57]. Von dieser Zeit an machten die Gesandtschaftsberichte immer einige kurze Anmerkungen zu Szálasis politischen Unternehmungen, d.h. seine Partei war für das Dritte Reich zu einem der regelmäßigen Beobachtung werten innenpolitischen Faktor avanciert. Im Sommer 1937, als die verbotene Partei ihre Aktivitäten illegal fortsetzte und in ihrem vierten Rundschreiben unbeirrt verkündete, „die Macht" als ganze zu wollen und die Arbeiter „aus den internationalen marxistischen Fesseln" zu befreien[58], war die Gesandtschaft in einer Aufstellung über die wichtigsten oppositionellen Rechtsgruppen bereits zu der Erkenntnis gelangt: „Major a. D. Szálasi scheint zurzeit von allen Führern der Rechtsopposition der tatkräftigste und derjenige, der seine Ideen am meisten durchgedacht [sic] hat." Er habe es verstanden, „aus dem Landarbeiterproletariat, der Kleinbürgerschicht und den unteren Beamten eine geschlossene Gefolgschaft zu bilden"[59].

Dieser Hinweis auf die soziale Basis der NAP ist wichtig, weil zu dieser frühen Phase der Parteigeschichte noch keine gesicherten Kenntnisse über die soziale Herkunft der Parteimitglieder vorliegen. Nach Lackó rekrutierten sie sich aus Soldaten, Gendarmen und kleinbürgerlichen Elementen[60], während sie Macartney zufolge fast alle der Arbeiterschaft entstammten[61]. Die Aufzeichnung der deutschen Gesandtschaft, der man einen fundierten Kenntnisstand unterstellen kann, macht dagegen deutlich, daß es sich zwar um untere gesellschaftliche Schichten handelte, unter denen jedoch das Industrieproletariat der Städte zu diesem Zeitpunkt noch keinen nennenswerten Anteil ausmachte.

[55] Vgl. Szálasi-TB, 1937, S. 26ff. (16.4.1937).
[56] Török, 1941, S. 38.
[57] PA, AA. Gesandtschaft Budapest, 1937, Bd. 12, S. 285f.
[58] IfZ, MA 1541/5, B. 766: 4. Rundbrief, Juli 1937.
[59] PA, AA. Gesandtschaft Budapest, 1937, Bd. 12: Aufzeichnung ohne Datum (vor Oktober 1937), S. 6f. Der Bericht meinte weiter, die Tatsache, daß Szálasi eine Verurteilung nicht scheue und sich offen zu seinen revolutionären Zielen bekenne, habe seine Beliebtheit in der „nationalen Jugend" und auch im Offizierskorps nur gesteigert.
[60] Lackó, 1966, S. 60, 74; er stützt sich u.a. auf Török, 1941, S. 23, wonach die NAP in der Arbeiterschaft nicht bekannt gewesen sei.
[61] Macartney I, S. 167.

Szálasis Prozeßgeschichte soll kurz im Zusammenhang vorweggenommen werden. In einem Urteil vom 23. April 1937 wurde er wegen versuchten gewaltsamen Umsturzes der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung sowie wegen konfessioneller Aufhetzung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt; beide Seiten legten Revision ein. Kurz darauf erhob die Staatsanwaltschaft erneut Anklage wegen versuchten Umsturzes in zwei Fällen, Schmähung der Nation und konfessioneller Hetze. Szálasi wurde von den ersten beiden Anklagepunkten freigesprochen, des dritten jedoch für schuldig befunden und zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Wieder legten Anklage und Verteidigung Revision ein[62]. Im November 1937 schließlich wurde ein dritter Prozeß gegen Szálasi eingeleitet, gegen dessen Urteil erneut Berufung eingelegt wurde. Die Anklage lautete auf versuchten gewaltsamen Umsturz der historischen Verfassung und der gesetzlichen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung sowie Aufbau einer totalitären Diktatur mit Hilfe einer bewaffneten Bewegung. Nach dem Bericht des deutschen Gesandten von Erdmannsdorff an das Auswärtige Amt vom 2. Dezember 1937 stellte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer fest, „dass ein solcher frontaler Angriff gegen die ungarische Verfassung, wie Szálasi ihn führe, seit der Proletarier-Diktatur Béla Kuns in Ungarn nicht vorgekommen sei". Szálasi wurde zu zehn Monaten verurteilt, „bemerkenswerterweise jedoch diesmal nicht zu Gefängnis, sondern zu Staatsgefängnis, d.h. zu einer nicht entehrenden Strafe, da Staatsgefängnis etwa mit unserer Festungshaft gleichbedeutend ist"[63].

Im Juli 1938 schließlich nahm die nächste Instanz (itélötábla) die drei anhängigen Verfahren auf und verurteilte Szálasi nach Gesetz III/1921 zu drei Jahren Zuchthaus. Obwohl die Verteidigung erneut Berufung beim obersten ungarischen Gericht (Kúria) einlegte, wurde er sofort verhaftet und auch gegen das Angebot einer Kaution nicht wieder freigesetzt[64]. Ende August 1938 bestätigte die Kurie das Urteil[65]. Bis zu seiner vorzeitigen Entlassung im September 1940 blieb Szálasi im „Sterngefängnis" für politische Straftäter in Szeged[66].

Getragen von einem messianischen Sendungsbewußtsein, wählte Szálasi bewußt den Weg durch die Instanzen, da er seine politischen Ziele nicht als Straftaten begreifen wollte. Schon im vierten Rundbrief der aufgelösten NAP vom Juli 1937 hatte Szálasi verkündet, das Ertragen einer möglichen Gefängnisstrafe bedeute für ihn „natürli-

[62] HHS, NPA: Ungarn 2/3 Innere Lage 1937–1938: Bericht der österreichischen Gesandtschaft, Budapest, 20.5.1937, S.623.

[63] PA, AA: Politik IV: Ungarn – Innere Politik, Bd.2, 1937/38.

[64] Török, 1941, S.76f.; vgl. auch den Bericht im Budapesti Hírlap Nr.150, 7.7.1938, S.4.

[65] Ebenda, Nr.190, 25.8.1938, S.6. Obwohl die Regierung größere Demonstrationen und Unruhen befürchtete und das Gerichtsgebäude mit einem starken Polizeiaufgebot sicherte, kam es zu keinen Zwischenfällen, da Szálasi in der Zeitung „Magyarság" zur Disziplin aufgerufen hatte. 35 Budapester Busfahrer, die einen 10minütigen Sympathiestreik für Szálasi abhielten, wurden auf der Stelle entlassen; vgl. dazu den Bericht der deutschen Gesandtschaft vom 24.8.1938, in: PA, AA. Politik IV: Ungarn – Nationalsozialismus.

[66] Gerüchte aus rechtsradikalen Kreisen, Mussolini habe den Reichsverweser 1938 zweimal um eine Amnestie für Szálasi gebeten, weil er eine von Italien gestützte stabile Szálasi-Regierung sowohl der jetzigen als auch einer von Hitler installierten NS-Regierung vorziehe, lassen sich (bisher) nicht verifizieren; vgl. PRO. FO 371.22375, S.34f.: Knox an Ingram, Budapest, 13.12.1938.

chen Weg und bewußtes Opfer"[67]. Der Kultusminister der späteren Szálasi-Regierung notierte 1945 über ein Erlebnis zur Regierungszeit Daránys in sein Tagebuch, Szálasi habe bei einem Treffen „in apostolischen Sätzen" ausgeführt, das ungarische Volk sei „nur mit Opfern" zu gewinnen, weshalb er den Weg ins Gefängnis wähle[68]. Die Haft war demnach Teil der Prophetie zum Aufbau einer Massenbewegung und zur „Erlösung" der Nation. Tatsächlich meldete ein deutscher Bericht bereits im Oktober 1938: „Praktisch kann das Verbleiben Szalasis in der Haft nur positiv gewertet werden, denn die grossen Massen seiner Anhänger werden dadurch gefühlsmäßig noch stärker zusammengehalten."[69]

Die Ungarische Nationalsozialistische Partei

Nach dem Verbot der NAP setzten ihre Mitglieder und Anhänger ihre Aktivitäten im Untergrund fort; insbesondere der radikale Flügel machte durch Demonstrationen, organisierte Provokationen und gewalttätige Ausschreitungen gegen Sozialdemokraten und Juden von sich reden. Die Fraktionssitzungen der Regierungspartei im August 1937 verliefen unruhig, da laut Tagebuchnotiz des NEP-Abgeordneten Kálmán Shvoy die Organisierung der Pfeilkreuzler bereits „so aggressiv" geworden sei, daß man nicht länger tatenlos zusehen könne[70].

Mit der zweiten Jahreshälfte 1937 setzte erstmals ein verstärkter Einigungsprozeß auf der extremen Rechten ein, der ihre Schlagkraft erheblich erhöhen sollte[71]. Am 1. August 1937 schlossen sich die erst im Juni gegründete „Rassenschützler-Sozialistische Partei" (Fajvédö Szocialista Párt) des Oberstuhlrichters im Kreis Gödöllö, László Endre[72], und Szálasis aufgelöste NAP zu einer gemeinsamen Partei zusammen, die den Namen „Ungarische Nationalsozialistische Partei" (Magyar Nemzeti Szocialista Párt, MNSZP) erhielt. Die beiden Männer gingen einen „Bund fürs Leben" ein, dem sich die Führer der anderen NS-Gruppierungen anschließen sollten. Verpflichtet auf das Programm des Hungarismus, setzte sich die MNSZP die „Organisierung der werktätigen ungarischen Volksgemeinschaft" zum Ziel. Formell stand sie unter der gemeinsamen Führung Szálasis und Endres bzw. ihrer Stellvertreter Csia und Graf Lajos Széchenyi, doch bestimmte das von diesen vieren unterzeichnete Vertragsdokument

[67] IfZ, MA 1541/5, B.768.

[68] TB Rajniss, 16.3.1945, S.29.

[69] IfZ, MA 70/1: Antikomintern-Material: Vertraulicher Bericht aus Ungarn (Ungarn Nr.2), Budapest, 17.10.1938, S.6. Nach diesem Bericht hatten in den letzten zwei Wochen sowohl Ministerpräsident Imrédy als auch Außenminister Kánya mit Vertretern der Hungaristen wegen einer eventuellen Amnestie Szálasis verhandelt. Imrédy selbst wolle ihn gern amnestieren, „aber Horthy sei entschieden dagegen".

[70] Shvoy Kálmán naplója, (26.8.1937), S.159; vgl. dazu Lackó, 1966, S.88.

[71] Deswegen rückten auch die „linken" Oppositionsparteien gegen den gemeinsamen Feind von rechts näher zusammen. In der Versammlung von Körmend erkärten Vertreter der Legitimisten, der Liberalen, der Christlichen Partei und der Unabhängigen Kleinlandwirte ihren Kampf gegen den Extremismus von rechts, was von den Sozialdemokraten mit Sympathie unterstüzt wurde; vgl. Pintér, 1980, S.137f.

[72] Endre wurde am 11.1.1938 als erster Nationalsozialist zum Untergespan des Komitats Pest gewählt; vgl. MTK III, S.952. Zu Endre vgl. Macartney I, S.186f., Anm.4; Lackó, 1966, S.90f.

Szálasi zum allein bevollmächtigten Führer in allen Parteiangelegenheiten[73], zumal Endre sich bald wieder zurückzog und 1938 aus Opportunitätsgründen der Regierungspartei beitrat[74].

Die folgenden Wochen und Monate vergingen mit Verhandlungen, andere NS-Parteien zum Anschluß zu bewegen. Am 24. Oktober 1937 trat man mit einer programmatischen Gründungsveranstaltung in der Budaer Redoute (Vigadó) an die Öffentlichkeit: Endres Rassenschützler, die „Nationalsozialistische Partei" des Debrecener Großbauern István Balogh[75] und drei oder vier weitere rechtsradikale Splittergruppen schlossen sich mit der Szálasi-Bewegung offiziell zur MNSZP zusammen, um, so die Formulierung, getragen vom Willen des Reichsverwesers und der ungarischen Nation, die Macht zu übernehmen. Das Parteiprogramm verpflichtete sich explizit der hungaristischen Ideologie Szálasis[76]. Somit standen Ende 1937 nur mehr drei wichtigere NS-Parteien außerhalb der MNSZP: die „Ungarische Nationalsozialistische Partei" des Grafen Sándor Festetics[77], die „Vereinigte Nationalsozialistische Partei" des Grafen Fidél Pálffy[78] sowie die „Nationale Front" von János Salló[79].

Kurz vor der Veranstaltung im Vigadó hatte die deutsche Gesandtschaft die Mitgliederzahl der vereingigungswilligen Parteien auf insgesamt rund 80000 geschätzt, meinte aber vorsichtig, die Pfeilkreuzler seien immer noch „weit davon entfernt, ein einheitliches politisches Gefüge zu sein oder auch nur zu werden"[80]. Die Gesandtschaft blieb auch danach skeptisch: „Auch mit einem gewissen Optimismus fällt es nach den bisherigen Erfahrungen schwer, in dieser neugegründeten ‚Ungarischen Nationalsozialistischen Partei' für die nahe Zukunft einen ernsthaften politischen Faktor in Ungarn zu sehen, da den Führern dieser Partei jede reale Vorstellung über das Ziel und auch über den Weg, wie sie etwa ihr Programm verwirklichen könnten, noch fehlt."[81]

[73] IfZ, MA 1541/5, B.724ff.: Fusionsdokument der MNSZP, Budapest, 1.8.1937. Die neue Partei übernahm die Parteizentrale der Rassenschützler, Andrássy Út 60, die bis zuletzt Hauptquartier der Szálasi-Partei blieb.

[74] Macartney I, S.229.

[75] Balogh gründete seine Partei 1933 und zog 1935 als einer der ersten beiden NS-Abgeordneten ins Parlament ein; vgl. Toth, in: Wende, 1981, S.750; Lackó, 1966, S.16.

[76] IfZ, MA 1541/5, B.724ff.: MNSZP-Programm der Versammlung im Budaer Vigadó, 24.10.1937. Vgl. auch PA, AA. Politik IV. Ungarn – Nationalsozialismus: Werkmeister an AA, 30.10.1937, S.2f.; zusammenfassend Lackó, 1966, S.95ff. (S.19).

[77] Der Aristokrat Festetics, Besitzer von 40000 Kj Grund, war Abgeordneter der NEP, ehe er Ende 1933 die „Ungarische Nationalsozialistische Partei" gründete. 1934 gelang ihm die Vereinigung mit den NS-Parteien Zoltán Meskós und Fidél Pálffys, doch trennte er sich bald von ihnen und fusionierte mit der Partei Baloghs. 1935 wurde er zum Abgeordneten gewählt. 1937 brach er mit Balogh wegen dessen Sympathien für Szálasi, der ihm viel zu radikal war; vgl. Toth, in: Wende, 1981, S.750; Nolte, 1979 (b), S.209; Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S.387; Lackó, 1966, S.16, 95.

[78] Der verarmte Graf Fidél Pálffy gründete seine Partei 1933 und fusionierte 1934 mit Meskó und Festetics, von denen er sich 1935 trennte; vgl. Toth, in: Wende, 1981, S.750.

[79] Vgl. Lackó, 1966, S.95, 97.

[80] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Innere Politik, Bd.2, 1937/38: Bericht Werkmeisters an das AA, 20.10.1937, S.2.

[81] Ebenda, Ungarn – Nationalsozialismus: Werkmeister an das AA, 30.10.1937, S.3.

Die MNSZP stand unter einer dreiköpfigen Leitung (Szálasi, Balogh, Graf Lajos Széchenyi), doch fiel de facto die Führung Szálasi zu. Der gemäßigte und der radikale Parteiflügel wurden von seiner Integrationskraft und seinem Führungswillen zusammengehalten. Wer sich der Parteidisziplin nicht fügen wollte, wurde ausgeschlossen, so z. B. Balogh selbst: Am 28. November 1937 proklamierte er auf einer Parteiversammlung in Debrecen Horthy wegen seiner Verdienste um die Nation ohne Wissen und Zustimmung der MNSZP-Führung feierlich zum König. Szálasi hielt jedoch bereits das Aufwerfen der Königsfrage für nicht zeitgemäß und ahndete die Verletzung der Parteidisziplin mit Ausschlußverfahren für 14 Männer vor dem Parteischiedsgericht[82].

Bis Ende 1937 baute die MNSZP ihre auf die Erfassung der städtischen Arbeiterschaft gerichteten Aktivitäten aus. Unter Szálasis Leitung bildete sich ein Fünferrat zur Organisierung der Industriearbeiterschaft. Die Mitglieder des Rats rekrutierten sich ausschließlich aus den Reihen des proletarisch-„marxistischen", aktivistischen Parteiflügels[83].

Ministerpräsident Darányi und sein Außenminister Kánya erkannten bei ihrem Besuch in Berlin im November 1937 die gegen die Tschechoslowakei zielende Stoßrichtung der deutschen Außenpolitik. Die Möglichkeit einer Gebietsrevision mit deutscher Unterstützung schien für Ungarn in greifbare Nähe gerückt. Ebenso zeichnete sich der „Anschluß" Österreichs ab. Mehrere Indizien deuten Anfang 1938 auf den Rechtsruck von ungarischer Regierung, Regierungspartei und gesamtem politischen Spektrum. So verkündete Darányi am 5. März in Györ ein Wiederbewaffnungsprogramm in Höhe von einer Milliarde Pengö, das am 30. April vom Parlament angenommen wurde und auf die einhellige Zustimmung der nationalistischen und rechtsradikalen Gruppen und Parteien stieß. In seiner Györer Rede erklärte Darányi gleichzeitig die gesetzliche Regelung der „Judenfrage" zum Regierungsprogramm; die Vorarbeiten zum Entwurf des ersten Judengesetzes wurden eingeleitet[84]. Parallel dazu brach mit dem Jahr 1938 für Szálasis Partei(en) eine Hochkonjunktur an, die in Anbetracht der Erfolge des deutschen Nationalsozialismus die Machtübernahme des Hungarismus in den Augen seiner Anhänger in den Bereich des Möglichen rückte. Am Neujahrsmorgen 1938 war die Hauptstadt mit Tausenden von Flugblättern übersät,

[82] IfZ, MA 1541/5, B. 736 f.: Erklärung von Szálasi und Széchenyi zur Debrecener Veranstaltung, 3. 12. 1937; ebenda, B. 738: parteiamtliche Erklärung Szálasis.

[83] Török, 1941, S. 50. Das Szálasi-TB verzeichnet für 1937 den Anschluß von „Marxisten" an die Bewegung und nennt die Namen Ferenc Kassai, István Péntek und András Török; vgl. Szálasi-TB, 1918–8. 10. 1936, S. 26. Von diesen übernahm Péntek die ideologische, Kassai die Propaganda- und Török die organisatorische Arbeit des Fünferrats. Szálasis Stellvertreter wurde Ferenc Baltazár, ebenfalls ein führender Vertreter des radikalen, sozialrevolutionären Parteiflügels; vgl. Török, 1941, S. 50; Lackó, 1966, S. 123 f. Kassai-Schallmeyer, von Beruf Drucker, stammte ursprünglich vom trotzkistischen Flügel der Kommunisten, hatte danach mehreren Parteien ganz unterschiedlicher Richtung angehört, stieß dann zu Szálasi und übernahm 1944/45 in seiner Regierung das Propagandaministerium; vgl. Török, 1941, S. 80; Lackó, 1966, S. 69, Anm. 71.

[84] Vgl. dazu zusammenfassend Macartney I, S. 202 ff.; Lackó, 1966, S. 98 ff. (S. 20 ff.); MT 8/2, S. 935 ff.; MTK III, S. 952 f.

auf denen nur ein Satz stand: „1938. Szálasi!" oder „1938 ist unser: Szálasi. Széchenyi."[85]

1938 sollte zum „Jahr der Bewegung" werden. Szálasis Name stand fast täglich in der Presse, seine Bewegung schien unaufhaltsam zu wachsen. Parlamentsabgeordnete lancierten besorgte Interpellationen im Abgeordnetenhaus[86]. Die Regierung reagierte in der traditionell bewährten Weise: Durch ihren politischen Ruck nach rechts versuchte sie einerseits, die radikalisierte, im Abdriften zur extremen Rechten begriffene gehobene Mittelklasse wieder an sich zu binden und damit zugleich das Wohlwollen der deutschen Reichsregierung zu erlangen. Andererseits griff sie zum Mittel der gewaltsamen Unterdrückung der ungeahnte Ausmaße annehmenden Massenbewegung, die das gesamte politische System aus den Angeln zu heben drohte. Bereits 1937 wurden führende Pfeilkreuzler wegen Verschwörung, Umsturz, subversiver Tätigkeit vor Gericht gestellt, verurteilt und interniert. Über einen derartigen Prozeß schrieb der britische Gesandte in Budapest, Sir Geoffrey Knox, am 20. Oktober 1937 an Eden, er könne sich nicht erinnern „of the imposition of so severe a sentence on a political charge, except in the case of offences connected with Communism"[87]. In seinem Jahresbericht für 1937 jedoch meinte Knox einschränkend, Regierung wie andere prominente Politiker hätten zwar Ziele und Methoden der ungarischen Nationalsozialisten mißbilligt, aber noch keine aktiven Maßnahmen zur Unterdrückung der Bewegung ergriffen. Grund seien die massiv antisemitischen Sympathien des Reichsverwesers[88]. Zudem warf der äußere rechte Flügel der Regierungspartei begehrliche Blicke auf Szálasis Bewegung, „weil, wie sie sagten, die Musik der Zukunft aus dieser Richtung komme"[89].

Mit Beginn des Jahres 1938 wurde Daránys Vorgehen dezidierter. In den dem österreichischen „Anschluß" vorangehenden, politisch ungewissen und angespannten Wochen wurde Szálasis MNSZP als Nachfolgeorganisation der aufgelösten NAP am 24. Februar 1938 verboten, ihre Räumlichkeiten geschlossen; Szálasi selbst und 72 führende Parteifunktionäre wurden zunächst verhaftet, dann unter polizeiliche Aufsicht gestellt. Der deutsche Gesandte von Erdmannsdorff meldete in seinem Bericht vom selben Tag, der Innenminister habe den Polizeibehörden strengste Weisung erteilt, „der seinerzeit gegen die Partei Szálasi's ergangenen Auflösungsverordnung mit allen gesetzlichen Mitteln Geltung zu verschaffen, nachdem festgestellt worden sei, daß die Tätigkeit der aufgelösten Partei getarnt mit denselben politischen Zielsetzungen, denselben politischen Methoden und Schlagworten unter Einbeziehung von Elementen, die mit Recht des Kommunismus verdächtigt werden könnten, fortgesetzt worden sei". Von den 72 Verhafteten seien 18 vorbestraft, davon auch einige wegen kommunistischer Straftaten; diese Meldung habe nach einer Notiz der Zeitung „Pester Lloyd" besonders auf dem rechten Flügel der Regierungspartei einen starken Eindruck hinterlassen[90].

[85] Ebenda, S. 951; Macartney I, S. 189; eine Abbildung vgl. Török, 1941, S. 66.

[86] Vgl. z. B. die Interpellation des Abgeordneten Hugo Payr am 16. 2. 1938, in: Források Budapest történetéhez, Nr. 205, S. 435 ff.

[87] The Shadow of the Swastika, Nr. 54, S. 241.

[88] Ebenda, Nr. 60, S. 253: Knox an Eden, 1. 1. 1938.

[89] So Béla Marton in der EKSz; vgl. Shvoy Kálmán naplója, S. 164 (Jahresrückblick 1937).

[90] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Nationalsozialismus: Bericht Erdmannsdorffs an das AA, Budapest, 24. 2. 1938, S. 2 f.

Wie weit man dieser vermeintlichen kommunistischen Unterwanderung Glauben schenken darf, sei dahingestellt. In seinem öffentlichen Protest gegen die Auflösung der MNSZP wies Szálasi diese Behauptung schärfstens zurück und äußerte die Vermutung, Kommunisten seien am Tag des geplanten Verbots als „agents provocateurs" in die Parteilokale entsandt worden[91]. Interessant ist, daß konservative Kreise in Anbetracht der politischen Mobilisierung der Massen den Kommunismusverdacht gegen die Pfeilkreuzler erhoben und das Schlagwort vom „grünen Bolschewismus" prägten, wie Szálasis Anhänger nach der grünen Farbe ihrer Hemden genannt wurden[92]. Ministerpräsident Darányi meinte zwar, Szálasi sei ein reiner Phantast, aber: „Solche Phantasten seien gefährlicher als gewisse Linkspolitiker, die die Regierung im Rahmen ihrer Partei bekämpften. Aus diesem Grund sei die Regierung nunmehr gewillt, ganz energisch gegen Szálasi und seine Leute vorzugehen. Allerdings will man dabei nach Möglichkeit vermeiden, Märtyrer zu schaffen."[93]

Das Verbot der MNSZP im Februar 1938 hatte jedoch noch weniger Erfolg als das der NAP vor einem Jahr. Diesmal intervenierten sogar Abgeordnete der Regierungspartei zugunsten Szálasis im Parlament und direkt bei Darányi und Innenminister Széll[94].

Das „Jahr der Bewegung" 1938

Der „Anschluß" Österreichs verschaffte der Pfeilkreuzlerbewegung einen gewaltigen Aufschwung. Sie sah in der Expansion und Stärkung des Dritten Reichs eine Chance, ihre eigene Machtergreifung zu beschleunigen. Die Übernahme der Regierungsgewalt rückte in greifbare Nähe, überall schien der Nationalsozialismus siegreich zu sein. Kálmán Shvoys Tagebuchnotiz zum 12. März 1938 lautete lapidar: „Riesiges Aufsehen, die Pfeilkreuzler sind in Ekstase, man sieht an ihrem Verhalten, daß sie sich viel davon erwarten."[95]

Broszat weist zu Recht darauf hin, daß Hitlers triumphale Erfolgsserie in Rumänien wie Ungarn nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch „revolutionierend" gewirkt habe[96]. Infolge der auf Ungarn überschwappenden nationalsozialistischen Welle, in der das Dritte Reich eher die „Rolle eines suggestiven Modells"[97] als eines „Importeurs" ausländischen Gedankenguts spielte, traten am 21. März sechs Abgeordnete des rechten Flügels der Unabhängigen Kleinlandwirte aus ihrer Partei aus und gründeten die „Nationale Bauern- und Arbeiterpartei" (Nemzeti Földmíves és Munkáspárt) mit deutlichen Sympathien für die Hungaristenbewegung. Unter ihnen befand sich der bekannte Agrarexperte Mátyás Matolcsy, dessen Lebensziel die Durchführung einer radikalen Bodenreform war. Er war mit seinen Plänen von Partei zu Par-

[91] Ebenda, DNB-Meldung Nr. 58, Budapest, 28. 2. 1938.
[92] In einer Broschüre mit dem Titel „Grüner Bolschewismus" wird explizit von denen gesprochen, „die nach Art von Szamuelli und Bucharin zum Durchbruch gelangen wollen"; vgl. Budaváry, 1941, S. 46.
[93] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Nationalsozialismus: Erdmannsdorff an das AA, Budapest, 24. 2. 1938, S. 4.
[94] Lackó, 1966, S. 103 (S. 24).
[95] Shvoy Kálmán naplója, S. 166.
[96] Broszat, in: HZ 206 (1968), S. 58.
[97] Seewann, in: Südostdeutsches Archiv 22/23 (1979/80), S. 147.

tei gewandert und hatte nirgends politische Unterstützung gefunden, bis er auf der extremen Rechten Gehör fand. Am 13. Juni 1938 schließlich spaltete sich der rechtsextreme Flügel der „Vereinigten Christlichen Partei" unter der Führung von Károly Maróthy-Meizler ab und gründete die „Christliche Nationalsozialistische Front" (Keresztény Nemzeti Szocialista Front)[98].

Der Anschluß Österreichs hatte die Regierung Darányi in eine Zwickmühle versetzt, denn die Orientierung der ungarischen Außenpolitik an Deutschland mit dem Ziel der Revision des Trianoner Vertrags war auf den Machtgewinn des Dritten Reichs angewiesen. Andererseits war ihr „die nunmehrige unmittelbare, erdrückende Nachbarschaft an das ‚Großdeutsche Reich' ein Gegenstand größter Sorge", zumal die österreichischen Nationalsozialisten eine heftige antiungarische Propaganda entfalteten[99]. Von innen wuchs der Druck der Hungaristenbewegung, die zu einem nicht mehr zu ignorierenden politischen Faktor geworden war. Der deutsche Gesandte von Erdmannsdorff berichtete am 22. April 1938 leicht indigniert von den „Mitteln rücksichtsloser Propaganda", mit denen die Pfeilkreuzler die Gunst der Stunde zu nutzen suchten, „u.a. mit der Behauptung, das Deutsche Reich stünde hinter ihnen und werde einer nationalsozialistischen ungarischen Regierung, aber nur dieser, die ungarisch besiedelten Teile des Burgenlandes zurückgeben"[100].

Zwei Tage später meldete der britische Gesandte Knox „the somewhat ominous symptom" nach London, daß die Öffentlichkeit sich zunehmend auf Person und Partei Szálasis konzentriere, der, obwohl noch unter Hausarrest (bis zum 29. Mai), seine Agitation mit derselben Energie wie zuvor fortsetze[101]. Am 27. März 1938 bereits hatte der inzwischen zu Szálasi gestoßene Journalist Kálmán Hubay die „Nationalsozialistische Ungarische Partei – Hungaristische Bewegung" NSZMP-HM (Nemzeti Szocialista Magyar Párt – Hungarista Mozgalom) als Nachfolgeorganisation der verbotenen MNSZP gegründet[102].

Darányi griff, nachdem das MNSZP-Verbot nichts gefruchtet hatte, in seiner doppelten Bedrängnis zum bewährten Mittel, sich nach innen Luft zu verschaffen, indem er versuchte, die Hungaristen ins gemäßigte politische Lager zu ziehen, um sie durch Einrahmung zu neutralisieren. Die englische Gesandtschaft berichtete, die Politik des Ministerpräsidenten gegenüber den Extremisten laufe darauf hinaus, „to clip their

[98] Sipos, 1970, S. 32; MTK III, S. 953, 955; zu Matolcsy vgl. Borbándi, 1976, S. 82.

[99] PA, AA. NL Erdmannsdorff: Die politischen Ereignisse in Ungarn während der Zeit von Mai 1937 – Juli 1941, S. 5. Gewisse Anzeichen weisen darauf hin, daß Deutschlands starke Position auch Szálasi selbst nicht geheuer war. Im Juni 1938 traf er mit dem polnischen Gesandten in Ungarn, Graf Mycielski, zu einem politischen Gespräch zusammen. Da Ungarn ökonomisch von Deutschlands Gnaden abhänge, so Szálasi, könne der deutschen Dominanz nur durch eine politische Nord-Süd-Achse Warschau-Budapest-Rom gegengesteuert werden; vgl. dazu den Brief des Geschäftsträgers der britischen Gesandtschaft in Budapest, A. D. F. Gascoigne, an das Foreign Office, 20.8.1938, in: The Shadow of the Swastika, Nr. 109, S. 327. Für die britische Außenpolitik war dies insofern interessant, als sie ernsthaft die Möglichkeit einer antideutschen Achse Warschau-Budapest-Rom erwog, jedoch selbst einräumte, daß diese Konzentration am schwächsten Glied der Kette, nämlich Ungarn, scheitern müsse; vgl. dazu Kertész, in: Ránki, 1984 (b), S. 308.

[100] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Innere Politik, Bd. 3, 1938.

[101] The Shadow of the Swastika, Nr. 99, S. 313.

[102] Vgl. Toth, in: Wende 1981, S. 755; Lackó, 1966, S. 105 f.

wings by the gradual adoption, by constitutional means, of a programme similar but substantially less drastic, than their own"[103].

Ein erster Schritt war die passive Unterstützung der Kandidatur des formalen NSZMP-HM-Gründers Hubay in den Parlamentsnachwahlen im Wahlbezirk Lovasberény Anfang April 1938, der mit einer beträchtlichen Stimmenmehrheit in das Abgeordnetenhaus einzog. Danach nahm Darányi mit Hubay direkten Kontakt auf und unterbreitete ihm ein Angebot auf Gegenseitigkeit: Wenn die Pfeilkreuzler bereit seien, ihre Ziele legal innerhalb des verfassungsmäßigen Rahmens zu verfolgen, werde die Regierung von Maßnahmen gegen sie absehen und ihnen eine angemessene parlamentarische Vertretung sichern[104]. Im Mai wandte sich der Ministerpräsident über einen Staatssekretär direkt an Szálasi: Die Hungaristische Bewegung müsse in das politische Leben der Nation integriert werden; sie solle wie die NSDAP in Deutschland ihren Kampf um die Macht auf parlamentarischer Ebene ausfechten. Wenn Szálasi dies akzeptiere, garantiere er ihm sieben Abgeordnetenmandate, eines davon an ihn, Szálasi, selbst. Dieser nahm, aus welchen Gründen auch immer, das Angebot an: „Sz. nimmt mit Freude Kenntnis von Darányis klugem und weisem Standpunkt, stimmt völlig mit ihm überein."[105] Über diese Aussage des Szálasi-Tagebuchs hinaus scheint Darányi weiter eine vertrauliche Erklärung des Hungaristenführers verlangt zu haben, in der dieser bestätigte, daß er weder durch einen Putsch noch über die Armee an die Macht gelangen wolle. Dafür werde er, Darányi, versuchen, Horthys negative Meinung über Szálasi abzubauen[106].

Dieser politisch wegen der nicht zentralen Rolle des Parlaments ungefährliche „Pakt" des Ministerpräsidenten sollte eine der Ursachen für seinen Sturz am 12. Mai werden. Die Konservativen sahen im Gegensatz zu Darányi keine Notwendigkeit, die Pfeilkreuzler durch Integration zu entschärfen, sondern betrachteten diese plebejischlaute, störende Bewegung weiterhin nur als Polizeiproblem. Darányi hatte sich in seiner Annäherung nach rechts viel zu weit vorgewagt[107]. Die erste Warnung stammte von Horthy selbst, der in einer Radioansprache am 3. April zwar den Anschluß als Vereinigung des einen „guten alten Freundes" mit dem anderen begrüßte und die daraus entstandene politische Spannung in Ungarn als gegenstandslos betrachtete; andererseits bezeichnete er jedoch im selben Zusammenhang Szálasi als selbsternannten „Weltveränderer", der mit „Phrasen" und „geschickter Demagogie" nicht nur die Massen, sondern möglicherweise sogar „intelligentere Gruppen" in die Irre führe und leichtfertig z. B. eine Bodenreform verspreche. Ebenso warnte er vor einer „politisierenden Armee" und drohte denen, die die innere Ordnung störten, mit ernsten Konsequenzen, wie man sie nach 1919 gegen „ordnungsstörende Elemente" angewandt habe[108].

[103] PRO. FO 371.22373, S. 240: Gascoigne an Halifax, 11. 4. 1938.

[104] Lackó, 1966, S. 105 f. (S. 25 f.).

[105] Szálasi-TB, 1938, S. 51. Einzige Bedingung sei, daß er als letzter der sieben ins Parlament einziehe.

[106] Lackó, 1966, S. 106 f. (S. 26). Darányis Vorstoß bei Horthy stieß bei diesem jedoch auf taube Ohren.

[107] Sipos, 1970, S. 34; MT 8/2, S. 941 ff.; Macartney I, S. 219 f.

[108] Horthy Miklós titkos iratai, Nr. 34, S. 170 ff. Horthys Argument gegen die Agrarreform war allerdings unschlagbar: Man könne nicht 9 Millionen Kj Grund an 9 Millionen Ungarn verteilen.

Hatten sich vor Daránys Sturz die Hungaristenführer noch bemüht, in der Öffentlichkeit einen gemäßigten Eindruck zu hinterlassen, fielen mit der Ernennung Béla Imrédys zum Ministerpräsidenten am 14. Mai 1938 sämtliche Hemmnisse. Imrédy, unter Gömbös Finanzminister, ab 6. Januar 1935 Nationalbankpräsident, in der Regierung Darányi II (ab 9. März 1938) Wirtschaftsminister ohne Portefeuille, war ein international anerkannter Finanzexperte[109] und galt als urkonservativ und anglophil. Nach Einschätzung des Gouverneurs der „Bank of England" wandten sich ihm „all the better elements in Hungary" mit der Hoffnung auf Rettung zu[110]. Die NSZMP-Parteileitung ließ den zuvor gebremsten radikalen Kräften freien Lauf. Die „hungaristische Revolution" schien die Straße zu regieren, um jetzt auf gewaltsamem Weg von unten die Macht zu erobern. Flugblattaktionen, Demonstrationen, Massenveranstaltungen, Gewalttätigkeiten bestimmten den Alltag.

Unter der Parole „1938, das Jahr der Befreiung der Nation"[111] entwickelte sich die NSZMP-HM zu einer landesweiten Organisation mit fester Hierarchie. Die zahlreichen, immer wieder eingestellten „Hungaristen"-Blätter berichteten laufend über den Stand der Organisationsarbeiten; demnach hatte die Partei Anfang Juli 1938 in allen Budapester Stadtbezirken Bezirksorganisationen, in einigen mußten wegen des Andrangs sogar Unterorganisationen gebildet werden. Ähnlich war die Lage in den Budapester Vorstädten wie auch in den Munizipal- und Komitatsstädten[112]. Am 1. August 1938 fusionierte die „Ungarische Nationalsozialistische Partei" des Grafen Sándor Festetics mit der Szálasi-Partei, die daraufhin in „Ungarische Nationalsozialistische Partei – Hungaristische Bewegung" MNSZP-HM (Magyar Nemzeti Szocialista Párt – Hungarista Mozgalom) umbenannt wurde. Sie stand unter der formalen Leitung von Hubay und Graf Széchenyi als Parteivorsitzende; das Amt des Parteiführers blieb stillschweigend dem inzwischen inhaftierten Szálasi vorbehalten. Graf Festetics zog sich nach der Fusion aus der Parteipolitik zurück. Werkmeister formulierte das vorsichtige Fazit, daß in den Pfeilkreuzlerparteien „zur Zeit alles im Fluß zu sein" scheine, und nahm wie gewohnt eine skeptische, abwartende Haltung ein, ob es Hubay gelänge, eine nationalsozialistische Einheitspartei zu bilden[113].

Eine Flut von Propagandaschriften, Flugblättern und Zeitungen versuchte, neben antisemitischen Hetzartikeln, die die radikale Lösung der Judenfrage auf rassischer Grundlage forderten[114], auch die hungaristische Weltanschauung als umfassende Konzeption zu verbreiten. In Artikelserien[115] und Massenpublikationen mit dem ver-

[109] So z. B. der Bericht des britischen Gesandten Knox an Halifax, 10. 3. 1938, in: PRO. FO 371. 22373, S. 198.

[110] Brief von Montagu Norman an Halifax, 26. 4. 1938, in: The Shadow of the Swastika, Nr. 100, S. 316. Zu Normans Verbindung zu Schacht und seiner möglichen Rolle als ausländischer Förderer der NSDAP vgl. Pool, 1979, S. 270 ff.

[111] Hungarista I/1, 2. 6. 1938, S. 6.

[112] Hungarista Kárpát-Duna I/1, 2. 7. 1938, S. 8; ähnlich auch z. B. Hungarista Út I/1, 9. 6. 1938, S. 8.

[113] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Nationalsozialismus: Werkmeister an das AA, 4. 8. 1938, S. 2. Vgl. auch das Fusionsdokument im Szálasi-TB, 1938, S. 61 f.

[114] Das stand im Gegensatz zum 1. Judengesetz XV/1938 vom 29. 5. 1938, das auf der Konfession basierte. Die von der „jüdischen Rasse" ausgehenden Hungaristen betrachteten den als Juden, der mehr als einen jüdischen Großelternteil hatte; vgl. Hungarista Program, 1938, S. 3.

[115] So z. B. Út és Cél, Teil I–IV, in: Hungarista I/1, 2. 6. 1938, S. 3 f.; Hungarista Út I/1, 9. 6. 1938, S. 3 f.; Hungarista Cél I/1, 14. 6. 1938, S. 3 f.

kürzten Parteiprogramm wurden die Grundzüge des Hungarismus unter das Volk gebracht. Neben dem Antisemitismus dominierten Themen aus Wirtschaft und Gesellschaft, auch wenn sie noch so vage oder unverständlich formuliert waren. Die Programmpunkte reichten von Prinzipien des Handels und Außenhandels, Schutzzöllen für die Landwirtschaft und Grundzügen einer Steuerreform über die Umrisse einer Sozialgesetzgebung (Mutterschutz, Mindestlöhne, 40-Stunden-Woche usw.) und einer Neuregelung der Arbeitswelt durch die Errichtung eines Ständesystems bis hin zum Versprechen einer radikalen Bodenreform und der Ankündigung einer „nationalkapitalistischen Privateigentumsordnung", die das Gleichgewicht von Arbeit, Kapital und Intelligenz sichere[116].

Andere Broschüren mit Titeln wie „Sozi – Pfeilkreuzler" zielten direkt auf die Erfassung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft; neben antisemitischen Parolen überwogen hier sozialrevolutionäre Töne, während die Programmschriften in Anbetracht eines möglichen erneuten Parteiverbots viel vorsichtiger formuliert waren: „Unabhängig von der allgemeinen Armut schreien drei Millionen rechtschaffener Ungarn – der wertvollste Teil unseres Volkes – wie Tiere in höchster Gefahr um Hilfe. Das Knurren der Mägen von drei Millionen unbekleideten, ausgemergelten hungernden Ungarn warnt unser träges Gewissen, das viehische Schicksal von drei Millionen Ungarn hämmert an die Tore der Gleichgültigkeit und brüllt in unsere Ohren."[117]

Ministerpräsident Imrédy[118] trat sein Amt mit der Überzeugung an, die enormen sozialen Spannungen der Zeit könnten nur durch ein Reformprogramm entschärft und beseitigt werden; gleichzeitig entzöge man dadurch den extremistischen Rechtsparteien den Boden. Imrédy, dessen gesellschaftspolitische Vorstellungen maßgeblich durch die päpstliche Enzyklika „Quadragesimo anno" von 1931 geprägt waren, begann seine Amtszeit mit dem Versuch, energisch die Pfeilkreuzler mit allen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln zurückzudrängen[119]. Noch am Tage seines Amtsantritts brachte er zwei Gesetzesanträge ein, die als Gesetze XVI und XVII/1938 am 29. Mai 1938 verabschiedet wurden. Gesetz XVIII/1938 vom 1. Juni zielte in dieselbe Richtung.

Gesetz XVI „über die zum Schutz der staatlichen Ordnung notwendigen strafrechtlichen Bestimmungen" verfügte die Bildung eines fünfköpfigen Gerichts eigens zur Aburteilung politischer Straftaten und ergänzte Gesetz III/1921, damit es voll auch gegen die extreme Rechte angewandt werden konnte. Demnach fielen auch solche Organisationen unter seine Wirkung, die zwar nicht explizit auf den gewaltsamen Umsturz oder die Diktatur einer Klasse hinarbeiteten, aus deren Zielsetzung, Verhalten, Eidesformeln usw. jedoch deutlich werde, daß sie die Gefahr der Subversion in sich trügen[120]. Gesetz XVII/1938 zur Verhinderung von „Mißbräuchen" des Vereinigungsrechts erklärte alle Parteien und Vereinigungen für verboten, die nicht über eine Genehmigung des Innenministers verfügten; gegen seine Entscheidung gab es keine

[116] Hungarista program. A Hungarizmus irányeszmei, 1938.
[117] „Szoci – nyilas", 1938, S. 19.
[118] Zusammenfassend Kónya, in: Pölöskei/Ránki, 1981. S. 372 ff.
[119] MT 8/2, S. 944 f. Demnach entsprach das Dollfuß-Regime am ehesten Imrédys Vorstellungen.
[120] Vgl. den Text in: Megfigyelés alatt, Nr. 130, S. 263 ff.

Einspruchsmöglichkeit. Zudem war die Antwortpflicht des Ministers auf den Gründungsantrag nicht mehr vorgeschrieben, so daß die Möglichkeit bestand, statt einer angreifbaren Entscheidung die Sache zu verzögern und so zu Fall zu bringen. Gesetz XVIII/1938 schließlich führte die Pressezensur wieder ein (Einreichen von Pflichtexemplaren bei den Behörden); Periodika mußten außerdem bis zum 15. August um eine Publikationserlaubnis der Regierung bitten. Wenn sie diese bis Jahresende nicht erhielten, mußte die Schrift eingestellt werden. Die Durchführungsverordnung des neuen Pressechefs Kolosváry-Borcsa verlegte diesen Termin sogar noch vor, was zwar mit dem Gesetz nicht in Einklang stand, aber zum Ergebnis hatte, daß von den rund 1300 Periodika 410 (knapp 32%) die Publikationserlaubnis verloren[121].

Um die Beamtenschaft von der Hungaristenbewegung fernzuhalten und wieder der Regierungspartei einzugliedern, erließ die Imrédy-Regierung mit ihrem konservativen Innenminister Ferenc Keresztes-Fischer bereits am 20. Mai die von der Opposition heftig angegriffene Verordnung 3400/1938 M.E., die den Beamten und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Mitgliedschaft in solchen Vereinigungen verbot, die sie „mit den Erfordernissen der gesetzlichen Ordnung" in Konflikt bringen könnten[122]. Eine neun Tage später veröffentlichte Liste führte zehn für Beamte verbotene Parteien an: Außer den an zehnter Stelle genannten Sozialdemokraten (!) handelte es sich ausschließlich um die diversen Pfeilkreuzler-Gruppen, zuallererst die Szálasi-Hubay-Partei, aber auch die Parteien bzw. Faktionen von Balogh, Festetics, Pálffy, Salló/Rajniss, Herkay, Marothy-Meizler, Perley und Tausz[123]. De facto konnten demnach Beamte nur in der Regierungspartei Mitglied sein. Wenn auch für den öffentlichen Bereich der Nutzen der Verordnung vor allen Dingen in ihrem Propagandawert gelegen haben mag[124], so folgten doch viele private Unternehmen und auch die Kirchen dem staatlichen Beispiel mit der Konsequenz, daß sich in der Hungaristenpartei wegen des erzwungenen Parteiaustritts zahlreicher „gemäßigter" Mittelklasse-Angehöriger das Gewicht zugunsten des sich aus unteren Schichten rekrutierenden radikalen Flügels verschob[125]. Es gab jedoch die Möglichkeit einer geheimen Mitgliedschaft[126].

All diese Gesetze und Verordnungen[127] waren wohl geeignet, die Erfolge der Hungaristen zu behindern; es gelang jedoch nicht, die Partei, hinter der inzwischen eine Massenbewegung stand, mit Polizeimitteln zu unterdrücken. Auch Imrédys größter Triumph, nämlich Szálasis Verurteilung im Juli und August 1938, konnte die weitere Radikalisierung der Massen und insbesondere den Einbruch der Bewegung in die Arbeiterschaft nicht bremsen, im Gegenteil: Den gefangenen Szálasi umgab innerhalb

[121] Sipos, 1970, S. 47 f., 61; Turóczi, 1970, S. 78 ff.; MT 8/2, S. 945; Lackó, 1966, S. 110.

[122] Magyarország rendeletek tára 72 (1938), Nr. 107, S. 421 f.

[123] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Innere Politik, Bd. 3, 1938: Werkmeister an das AA, 28. 7. 1938.

[124] Dem ehemaligen TESZ-Präsidenten Baross zufolge waren die Verbote von 3400/1938 schon immer in den Disziplinarvorschriften für Beamte enthalten. Imrédy habe ein Zeichen setzen wollen, um sich die Gunst Horthys zu sichern; vgl. BL. NL Macartney/2: Anmerkungen von G. Baross, o. J.

[125] Macartney I, S. 226; Nagy-Talavera, 1970, S. 137.

[126] Vgl. hierzu Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 395 f.

[127] Zu erwähnen ist ferner die Verordnung des Erziehungsministers, die es den Studenten unter Androhung der Relegation verbot, politisch aktiv zu sein; vgl. PRO. FO 371.22374, S. 86: Knox an Halifax, 19. 6. 1938.

kurzer Zeit die ausgesprochen werbewirksame Gloriole des Märtyrers. Massendemonstrationen, Flugblattaktionen und Zusammenstöße nahmen sprunghaft zu; das Pfeilkreuzler-Wochenblatt „Összetartás" *(Zusammenhalt)* entwickelte sich im Laufe des Sommers zu einem Massenblatt[128]. Flugblätter forderten die Parteimitglieder auf, bei jeder Zusammenkunft den Hauptplatz für Szálasi freizuhalten und ein Gebet für ihn zu sprechen: Er sei nach wie vor der Führer der Bewegung, dessen Anweisungen man Folge zu leisten habe[129].

Mit dem Münchner Abkommen von Ende September 1938 wurden auch die ungarischen Revisionsforderungen gegenüber der Tschechoslowakei wieder aktuell. Das Abkommen selbst traf zur Enttäuschung der ungarischen Regierung keine Entscheidung, sondern überließ die Regelung dieser Frage Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung; erst wenn nach zwei Wochen noch keine Lösung gefunden sei, sollte ein Schiedsspruch die Sache beschließen. Unter den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen war eine Gebietsrevision nur mit Wissen, Billigung und Hilfe Hitlers möglich. Als die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei nach kurzer Zeit ergebnislos abgebrochen wurden, erhoffte Ungarn von Deutschland die Zustimmung zu einer militärischen Invasion; als Gegenleistung bot es ein entschiedenes außenpolitisches Eintreten an der Seite der Achsenmächte, den Beitritt zum Antikominternpakt, den Austritt aus dem Völkerbund und den Abschluß eines Wirtschaftsabkommens mit zehnjähriger Laufzeit an. Hitler lehnte ab und untersagte eine militärische Intervention[130].

Nach dem Münchner Abkommen wurden mit Wissen und auf Initiative der ungarischen Regierung Freikorpsverbände, die „Lumpengarde" (rongyosgárda), aufgestellt, die den erhofften Anschluß Oberungarns (Felvidék) einleiten sollten. Zu den illegal agierenden Freitruppen gehörten auch etliche schlecht ausgerüstete hungaristische Einheiten, während in Ungarn selbst die Pfeilkreuzlerpropaganda die Verzögerung der Gebietsrevision mit der für Deutschland inakzeptablen politischen Unzuverlässigkeit der Imrédy-Regierung begründete. Als der Erste Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 die Revisionsfrage entschied und 11927 km² des bisher der Tschechoslowakei zugehörigen Oberlandes, nicht jedoch zur Enttäuschung aller die Karpato-Ukraine, wieder an Ungarn angliederte, wurden die Freikorpsverbände zurückbeordert. Sie bildeten die Rekrutierungsgrundlage für illegale bewaffnete Terroreinheiten, die in der aufgeheizten politischen Atmosphäre Straßenkämpfe, Anschläge und Attentate verübten. Die wichtigsten Verbände waren die „Schwarze Front" und die Organisation für „Parteiordnung und Parteiverteidigung"[131].

Imrédy selbst ging inzwischen zum Erstaunen der Konservativen, die ihn für einen der Ihren gehalten hatten, und zur größten Freude des rechten NEP-Flügels den Weg der „neuen Rechten". Sipos bemerkt ganz richtig, daß Imrédys Reformpläne nicht als „eine der totalen faschistischen Konstruktionen" einzustufen sind, „sondern ihre ‚inspirierende' Sorge ist gerade die Stärkung des gegenrevolutionären Systems mit ‚zeit-

[128] Vgl. Einzelheiten bei Lackó, 1966, S. 138 ff. (S. 47 f.).
[129] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Innere Politik, Bd. 4, 1938/39: Erdmannsdorff an das AA, 21. 2. 1939.
[130] Vgl. dazu MT 8/2, S. 960 ff.; MTK III, S. 958 ff.
[131] Vgl. dazu auch Lackó, 1966, S. 140 f.

gemäßen' Mitteln"[132]. Diese Reformvorhaben (Agrarreform, Abbau der Arbeitslosigkeit, Festlegung der Mindestlöhne usw.), mit denen Imrédy die sozialen Spannungen entschärfen und den Pfeilkreuzlern das Wasser abgraben wollte, gingen Hand in Hand mit Plänen zur Errichtung eines autoritären Regimes mit außenpolitischer Orientierung an Deutschland. Dazu zählte auch die Vorlage eines Entwurfs zu einem Zweiten Judengesetz am 21. Dezember 1938, das nicht mehr nur auf konfessioneller Grundlage basierte, sondern auch rassisch-biologische Elemente enthielt. Der Anteil von Juden in Handel und Gewerbe sollte auf 12%, in den akademischen Berufen auf 6% gesenkt werden. Das Wahlrecht wurde denen vorbehalten, deren Vorfahren seit mindestens 1867 im Lande lebten[133]. Das jüdische Großkapital wurde jedoch nicht angetastet, da sich Imrédy darüber im klaren war, daß nur nach langen Vorbereitungen das entstehende Vakuum an den wirtschaftlichen Schaltstellen durch geeignete „christliche Unternehmer" ausgefüllt werden konnte[134].

In deutlicher Anlehnung an Dollfuß' „Vaterländische Front" plante Imrédy eine Ungarische Front als Sammlungsbewegung der Rechten, die die Grundlage einer neuen Regierungspartei unter dem Namen „Nationalsoziale Volkspartei" (Nemzeti Szociális Néppárt) bilden sollte. In einem Einparteiensystem unter einer Präsidialregierung könnten die legislativen Abläufe beschleunigt und eine zügige nationalistische, antisemitische, aber auch sozialreformerische Politik durchgeführt werden. Da er auf parlamentarische Unterstützung für derartige Pläne nicht rechnen konnte, setzte Imrédy seine Hoffnungen auf ein Ermächtigungsgesetz. Zunächst gründete er wie Gömbös eine „Bewegung" von oben, um der neu zu organisierenden Regierungspartei eine breite Basis zu verschaffen. Am 13. Dezember 1938 nahm der NEP-Parteivorstand Imrédys Plan der Gründung einer „Bewegung des Ungarischen Lebens" MÉM (Magyar Élet Mozgalom) an, am 6. Januar 1939 fand die offizielle Gründung statt. In der MÉM-Leitung saßen außer Imrédy selbst seine treuen Gefolgsleute Jaross, Rátz und Hóman vom rechten NEP-Flügel[135]. Nach ihrer Vorstellung sollte die MÉM als Sammlungsbewegung von rechts die Hungaristen verdrängen und aufsaugen. Der britische Gesandte in Budapest vermerkte zwar den „nebulous idealism" von Imrédys Debütrede[136], wies jedoch ausdrücklich auf die Taktik der Integration und Neutralisierung hin, die deutlich hinter der Gründung zu erkennen sei: „it is hoped that it will be successful in rallying substantial numbers of the masses to the Government side, and thus weaken the ranks of Hungarian National-Socialists"[137].

Derartige Pläne und Ereignisse stießen auf die heftigste Opposition der Konservativen in Regierung und Parlament, die zwar quantitativ bereits in der Minderzahl waren, jedoch über wichtige informelle Verbindungen zu Horthy und anderen politischen

[132] Sipos, 1970, S. 236.

[133] Vgl. ausführlicher Nagy-Talavera, 1970, S. 147 f.; MTK III, S. 967; MT 8/2, S. 983 f. Text, Ausführungsbestimmungen und offizielle Begründung des Gesetzes vgl. Makkai/Némethy, 1939. Eine englische Übersetzung des Gesetzestextes und der Ausführungsverordnung 7720/1939 M.E. vom 19.8.1939 vgl. PRO. FO 371.24429, S. 10–34, 37–84. Das Gesetz wurde wegen Imrédys Sturz von der Regierung Teleki als Gesetz IV/1939 am 5.5.1939 verabschiedet.

[134] Vgl. dazu Sipos, 1970, S. 240 f.

[135] Ausführlich über Imrédys politische Entwicklung Sipos, 1970; zusammenfassend MT 8/2, S. 958 ff.; Lackó, 1966, S. 112 ff.

[136] PRO. FO 371.23112, S. 81: Telegramm Nr. 1 Saving von Knox an FO, 11.1.1939.

[137] Ebenda, S. 100: Knox an Halifax, 27.1.1939.

Entscheidungsträgern verfügten. Imrédy isolierte sich zunehmend. Seine Agrarreformpläne stießen auf den Widerstand der Großgrundbesitzer einschließlich der Kirchen, Unternehmerschaft und Hochfinanz opponierten gegen seine Wirtschaftspolitik und das Judengesetz. Zudem mißfielen den Konservativen Imrédys politische und wirtschaftliche Anlehnung an Deutschland, seine diktatorischen Absichten sowie die ihrer Ansicht nach die historische Verfassung Ungarns gefährdenden Pläne einer Regierungspartei mit Massenbasis. Im November 1938 traten 62 Abgeordnete, fast der gesamte Bethlen-Flügel, aus Protest gegen Imrédys rechtsautoritäre Politik aus der Regierungspartei aus; der Ministerpräsident erlitt, einmalig in Horthy-Ungarn, im Parlament eine Abstimmungsniederlage und trat zurück. Er wurde jedoch diesmal noch von Horthy gehalten, der das Rücktrittsgesuch nicht annahm. Erst am 15. Februar 1939, als die Opposition in Anknüpfung an vorausgegangene Pfeilkreuzlerattacken ausgerechnet bei Imrédy einen jüdischen Großelternteil entdeckt hatte, trat er nach Aufforderung des Reichsverwesers zurück[138].

Gegen die Umtriebe der Pfeilkreuzler jedoch, deren Massenanhang sich der Machtergreifung nahe wähnte, griff Imrédy nach wie vor mit Härte durch, stellten sie doch eine „Konkurrenz" für seine eigenen Pläne dar. Am 1. Dezember 1938 kam es anläßlich einer Massendemonstration von über 10000 Menschen für die Freilassung einiger inhaftierter Hungaristen zu blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei, die von Innenminister Keresztes-Fischer zu hartem Durchgreifen angehalten worden war[139]. Das eine Todesopfer wurde zum ungarischen Horst Wessel erklärt, das Ansehen der Bewegung gerade in den unteren gesellschaftlichen Schichten wuchs weiter. 348 Pfeilkreuzler wurden in Zusammenhang mit der Demonstration verhaftet, 46 kamen in Untersuchungshaft, gegen 49 wurden Disziplinarverfahren eingeleitet. Im Laufe des Dezembers wurden von der Polizei zahlreiche illegale Gruppen, bewaffnete Einheiten, Flugblattdruckereien aufgedeckt. Kurz vor Weihnachten verhaftete man eine von alten hungaristischen Kämpfern geführte Terrororganisation[140]. Als andere Terroristen am 3. Februar 1939 in einer „selbständigen" Aktion ein Granatenattentat auf eine Budapester Synagoge verübten und die Polizei Verbindungen zu führenden Parteifunktionären feststellte[141], war die Regierung zu Gegenmaßnahmen gezwungen. Einen Tag später verkündete der Innenminister das Standrecht[142]; die Regierung beschloß das Verbot der Hungaristenpartei, das am 24. Februar nach Imrédys Sturz bereits vom neuen Ministerpräsidenten Graf Pál Teleki erlassen wurde. 127 Parteibüros wurden geschlossen, 150 Personen verhaftet, 43 führende Hungaristen inter-

[138] MT 8/2, S. 968 ff.; Genaueres auch S. 147 ff. dieser Arbeit.

[139] Organisator der Demonstration war nachweislich Emil Kovarcz. Näheres über ihre organisatorische Durchführung und die Beteiligten vgl. IfZ, MA 1541/1, B. 873 f.: Inhaltsprotokoll der Unterredung Szálasi-Csaba Gál, 20. 10. 1940.

[140] Ausführlicher Lackó, 1966, S. 153 ff. (S. 57 ff.); vgl. auch PRO. FO 371.22375, S. 29: Knox an Halifax, 18. 12. 1938.

[141] Die kurz nach dem Attentat verhafteten Terroristen wurden der „Schwarzen Front" zugerechnet; es handelte sich um einen Chauffeur, einen Laufburschen, zwei Elektriker, einen Mechanikerlehrling und einen fünfmal wegen Diebstahls vorbestraften ehemaligen Prokuristen; vgl. Népszava Nr. 21, 19. 2. 1939, S. 10.

[142] „Standrecht" bedeutete nach ungarischer Praxis allerdings nicht „Kriegsrecht", sondern die Einführung von Schnellgerichtsverfahren im Falle von Gewaltverbrechen; vgl. PRO. FO 371.23112, S. 108 f.: Telegramm Nr. 17 von Knox an FO, 5. 2. 1939.

niert, Hausdurchsuchungen vorgenommen. Man fand in der Parteizentrale eine Namensliste der geheimen Parteimitglieder, also der Beamten, die entgegen der Verordnung 3400/1938 in der Partei verblieben waren und eigentlich nur als Zahlen geführt wurden[143].

Die Auflösungsverordnung des Innenministers nannte als Gründe für das Parteiverbot aufgrund Gesetz XVII/1938 das die „Ruhe und Ordnung von Staat und Gesellschaft" ständig gefährdende Verhalten der Parteimitglieder: Die Geheimorganisation „Schwarze Front" sei verfassungs- und gesetzeswidrig, deren namenlose Mitglieder als bewaffnete Einheit Aufklärungs- und Fahndungsarbeiten für die Partei erledigten sowie Terrorakte verübten; die landesweite Organisation für „Parteiordnung und Parteiverteidigung" kontrolliere die Ausführung der erlassenen Befehle und sei nach der Machtergreifung für die Erfüllung eines „ausgesprochen staatlichen Aufgabenkreises" (Polizei) vorgesehen. Im Falle von Verrat drohe den Mitgliedern beider Geheimorganisationen die Todesstrafe[144]. Die Hungaristenpartei selbst leugnete öffentlich ihre Verbindungen zu den Attentätern und behauptete, diese seien erst kürzlich als gekaufte „agents provocateurs" der Partei beigetreten, um einen Grund für ihr Verbot zu schaffen. Eine „Schwarze Front" gebe es überhaupt nicht[145]. Nach seiner Haftentlassung lud Szálasi jedoch am 20. Oktober 1940 die Angehörigen der gefangenen Attentäter zu einer Unterredung in die Parteizentrale. Diese wurden im Protokoll nicht nur „testvérek", *Brüder,* genannt, eine Bezeichnung ausschließlich für Parteimitglieder. Einige Angehörige baten zudem um eine materielle Unterstützung durch die Partei, die ebenfalls nur ihren einsitzenden Kämpfern gewährt wurde[146].

Die sozialdemokratische Parteizeitung „Népszava" meinte in ihrem Kommentar zum Hungaristenverbot zutreffend, daß ein Verbot allein das Problem diktatorischer, gewaltsamer Bestrebungen nicht lösen könne, auch wenn die gesetzlichen Mittel dafür bereitständen[147]. In einer Interpellation am 1. März protestierte der Abgeordnete und Parteivorsitzende Hubay gegen das Verbot der MNSZP-HM[148] und gab acht Tage später die Gründung der „Pfeilkreuzpartei" (Nyilaskeresztes Párt, NYKP) bekannt. Angemeldet wurde die neue Partei von vier angesehenen pensionierten Offizieren; die Gründungserklärung war ausgesprochen gemäßigt, so daß die NYKP zugelassen wurde. Auf die Parteigründer jedoch wurde erheblicher Druck ausgeübt, sich von der NYKP zurückzuziehen. Man zitierte sie vor den Oberbefehlshaber des Heeres, der ihnen mit der Entziehung der Pension und des Offiziersrangs drohte. Horthy verlangte von dem einen Mitglied des Heldenordens, sich zu distanzieren, da er sonst seinen vitéz-Titel zurückgeben müsse. Tatsächlich schied einer der Parteigründer in der Folge aus der NYKP aus, die übrigen nahmen das Risiko in Kauf[149].

[143] Lackó, 1966, S. 156 f. (S. 57 ff.); Népszava Nr. 26, 25.2.1939, S. 3 f. sowie Nr. 27, 26.2.1939, S. 12.

[144] Einen Auszug aus der Verordnung des Innenministers vgl. Források Budapest történetéhez, Nr. 217, S. 467 f.; den ganzen Text vgl. Népszava Nr. 26, 25.2.1939, S. 3.

[145] Vgl. z. B. Zöld könyv, 1939, S. 19 f.

[146] IfZ, MA 1541/1, B. 871 f.

[147] Népszava Nr. 26, 25.2.1939, S. 1.

[148] IfZ, MA 1541/14, B. 481: Sonderdruck der Interpellationen der Abgeordneten Hubay, Rátz und Haám, Budapest, 1.3.1939.

[149] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Innere Politik, Bd. 4, 1938/39: Erdmannsdorff an das AA, 16.3.1939. Zur Parteigründung vgl. auch Lackó, 1966, S. 159 (S. 62).

Das NYKP-Parteiprogramm vom 15. März 1939 unter dem Titel „Das wollen die Pfeilkreuzler!" gilt in der wissenschaftlichen Literatur als moderat. Es habe mit den extremistischen Forderungen „völlig gebrochen" und nur sehr vorsichtig soziale Inhalte lanciert[150]. Natürlich war es nach taktischen Gesichtspunkten abgefaßt, wollte die Partei doch zugelassen werden und an den vorgezogenen Parlamentswahlen teilnehmen, d.h. sie mußte möglichst viele Wählergruppen ansprechen. So fiel denn der Begriff des Hungarismus kein einziges Mal; die Rede war von der unzerstörbaren „Einheit des Stefansreichs", der unbedingten Revision des Trianoner Vertrags und der Beteuerung, alle Forderungen nur auf legalem, verfassungsmäßigem Weg durchsetzen zu wollen. Allerdings sprach sich das Programm, hier nun keineswegs so harmlos, für eine „gelenkte Wirtschaft" im zukünftigen „Arbeitsstaat" aus: Arbeitnehmer und Arbeitgeber seien in Korporationen unter staatlicher Direktive zu vereinen; die einzelnen Ständeführer bildeten zusammen den „Landesaufbaurat", der unter Beachtung der militärischen, völkischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes Landwirtschaft, Industrie, Handel und Kreditwesen lenken und in einem „ungarischen Vierjahresplan" (!) von mehreren Milliarden Pengö die Arbeitslosigkeit beseitigen sollte. Ferner beunruhigten Forderungen nach der Verstaatlichung der Kriegsindustrie und der Energieunternehmen. Ein eigener Abschnitt galt dem „Schutz des ungarischen Bluts". Er enthielt Punkte wie die Erklärung des Judentums zur Rasse und den Erlaß von Judengesetzen (ähnlich den Nürnberger Gesetzen), um die Juden zum Verlassen des Staates zu zwingen, andererseits auch Vorschriften zu Gesundheitsfürsorge, Mutterschutz, Ehestandsdarlehen und Einführung einer allgemeinen Volkskrankenversicherung[151].

2. Die soziale Basis der Pfeilkreuzpartei

Die quantitative und regionale Mitgliederentwicklung 1935 bis 1945

Über die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder in den verschiedenen Parteien Szálasis lassen sich nur schwer genaue Daten eruieren. Wegen der illegalen Untergrundarbeit und der zahlreichen Geheimmitgliedschaften gab es lange keine präzisen Listen oder Parteiregister. Zudem verstand man sich in erster Linie als Bewegung, weniger als Partei, so daß der Organisationsgrad besonders in der Frühphase eher gering war. Die folgenden Angaben aus Primärquellen und wissenschaftlicher Literatur[152] beruhen ihrerseits zumeist auf Schätzungen oder Extrapolationen aus anderen Daten; der Ungenauigkeitsfaktor dürfte erheblich sein, so daß viele Zahlen nur Tendenzen verdeutlichen. Hinzu kommt ihre streckenweise beträchtliche Widersprüchlichkeit. Nur für Januar 1943 konnte aus einer parteiinternen Aufstellung der genaue Mitglieder- und Organisationsstand in den einzelnen Komitaten ermittelt werden; die Daten für den

[150] Ebenda, S. 160.

[151] Ezt akarják a nyilasok! A Nyilaskeresztes Párt országepítö programja, 15.3.1939, in: IfZ, MA 1541/14, B. 469–472; abgedruckt auch in der Zeitung „Magyarság", 5.4.1939, S. 3f.

[152] Die in der Literatur genannten Zahlen stammen z.B. aus Polizeiberichten, Untersuchungen der Sozialdemokraten u.ä. Leider werden oft die Quellen für diese Daten nicht verraten, so daß ihr Wert fraglich ist.

Hauptbezirk Budapest umfassen sogar den Zeitraum eines Jahres von Februar 1942 bis Februar 1943[153]. In Anbetracht der starken Fluktuation der Pfeilkreuzlerbasis ist es jedoch nicht möglich, diese Angaben als Grundlage für Hochrechnungen auf frühere Jahre zu benutzen.

Die Zahlen für Szálasis erste Partei, die NAP, klaffen am meisten auseinander. Deák, der sich auf die Schätzungen ehemaliger Hungaristen beruft, nimmt bereits für September 1935, also sechs Monate nach der Gründung, 8000 eingeschriebene Mitglieder an, für April 1937, dem Monat ihrer Auflösung, gar 19000[154]. Diese Angaben sind mit Sicherheit zu hoch angesetzt; andere Schätzungen liegen weit darunter, sind jedoch ihrerseits widersprüchlich. Während Macartney für das Frühjahr 1937 nur genau 438 Parteimitglieder nennt[155], schätzt Lackó sie auf 1000 bis 2000[156]. Eine gut informierte Aufzeichnung der deutschen Gesandtschaft in Budapest über die wichtigsten oppositionellen Rechtsparteien 1937 nahm die Mitgliederzahl der NAP vor ihrem Verbot mit rund 4500 an und vermutete einen weiteren Zustrom von Beitrittswilligen in der Zeit der Illegalität[157].

Die nächsten verfügbaren Zahlen stammen erst aus dem Sommer 1938 (Juli, August), also dem Jahr der aufstrebenden, kämpfenden Hungaristenpartei. Polizeiberichten zufolge beliefen sich die Parteimitglieder im Juli 1938 auf 8000 bis 9000 Personen[158]. Hubay bestätigte diese Zahl in einem Zeitungsartikel vom März 1942: Sie habe damals 10000 nicht überschritten[159]. Andererseits deuten für Lackó Einzeldaten darauf hin, daß es sich um „einige zehntausend" gehandelt haben muß[160]. Der Geschäftsträger der britischen Gesandtschaft in Budapest, A.D.F. Gascoigne, ging in seinem Bericht vom 15. August 1938 an Lord Halifax über die Anfang des Monats erfolgte Fusion der Pfeilkreuzlerparteien von Szálasi und Festetics von erheblich höheren Zahlen aus. Seiner Information nach umfaßte die vereinigte Partei ca. 90000 eingeschriebene Mitglieder (davon 30000 aus der ehemaligen Festetics-Partei), gleichzeitig aber auch rund 50000 Beitrittswillige, über deren Aufnahmeantrag noch nicht entschieden sei[161]. Diese Angaben dürften zutreffen, da die Pfeilkreuzler in diesen Monaten den endgültigen Durchbruch zur Massenpartei schafften. Alle verfügbaren Zahlen deuten auf einen für ungarische Verhältnisse ungeheuren Massenzulauf der Partei, was nicht nur die Regierung, sondern auch das durch Hitlers Politik beunruhigte Ausland alarmieren mußte.

[153] NL Henney: Összesítö kimutatás – Mitgliederstand Januar 1943. Ránki, in: Larsen/Hagtvet/Myklebust, 1980, S. 401, spricht von „the frequently used membershiplist of 1940", die jedoch nirgendwo aufgeführt, geschweige denn ausgewertet wird.

[154] Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 396.

[155] Macartney I, S. 167. Die Zahl stammt aus dem Szálasi-TB, 1937, S. 26f., wo Szálasis Verhör durch den Leiter der politischen Polizei, Sombor-Schweinitzer, am 16.4. wiedergegeben wird. Sombor vermutete ca. 50000 Parteimitglieder; Szálasi wies ihn auf den Unterschied zwischen Partei und Bewegung hin und behauptete, das Mitgliederverzeichnis enthalte nur 458 (sic) Namen.

[156] Lackó, 1966, S. 63.

[157] PA, AA. Gesandtschaft Budapest, Bd. 12, 1937: Aufzeichnung o.J., S. 6.

[158] Lackó, 1966, S. 126, Anm. 70.

[159] Magyarság, 1.3.1942, zitiert nach ebenda.

[160] Ebenda, S. 126.

[161] The Shadow of the Swastika, Nr. 107, S. 325.

Ein deutscher Bericht vom 16. März 1939 über die innere Lage Ungarns bezeichnete die Hungaristenpartei zum Zeitpunkt ihrer Auflösung im Februar als die „zweifelsohne" größte ungarische Partei: Sie umfasse 400000 offizielle und weitere 100000 geheime Mitglieder, so daß eine halbe Million Menschen organisiert seien[162]. Dieselbe Zahl von 500000 Mitgliedern nannte ein gewisser Hall in seinem Pamphlet „Der Ungarische Nationalsozialismus hinter Gittern", in dem die ungarische Regierung wegen der Verurteilung Szálasis wild attackiert wurde, bereits für November 1938; er veranschlagte weiter die Anhänger von Sympathisanten auf „mehrere Millionen"[163]. Die Angaben beider Schriften sind weit übertrieben. Hall, aber auch der anonyme Berichterstatter waren ausgesprochene Befürworter Szálasis (eventuell Hungaristen im deutschen Exil?), die die maßgeblichen deutschen NS-Kreise dazu veranlassen wollten, mit der Hungaristenpartei Kontakt aufzunehmen und Szálasis Machtergreifung zu fördern; sie waren daher daran interessiert, die Zahl der Parteimitglieder möglichst hoch zu veranschlagen. Dasselbe Motiv ist einer deutschen Sonderveröffentlichung der Zeitung „Magyarság" vom 28. November 1938 zu unterstellen. Unter dem Titel „Die Hungaristische Bewegung in Ungarn" versuchte man, deutsche Anzeigenkunden zu gewinnen, um die Finanzen der Zeitung zu sanieren; zu diesem Zweck mußte die Zahl der Parteimitglieder als der (potentiellen) Leser der Anzeigen besonders hoch angesetzt werden. Folglich schrieb man von 240000 offenen und 300000 geheimen Mitgliedern[164].

Für das Jahr 1939 übernimmt die wissenschaftliche Literatur die Schätzungen auf 250000 bzw. 300000 Mitglieder, die Szálasi und Kovarcz in ihren Volksgerichtsprozessen nannten[165]. Die Zahl 250000 wird durch ein Gesprächsprotokoll von Ende 1940 gestützt[166]. Setzt man diese Angaben in Beziehung zur Einwohnerzahl Trianon-Ungarns (von der ja Kinder, Frauen, Greise als politisch inaktiv abzuziehen sind) von 9,1 Millionen 1939[167], so ergibt sich ein erstaunlich hoher Organisationsgrad für eine Partei, die erst vier Jahre zuvor gegründet worden war.

[162] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Innere Politik, Bd. 4, 1938/39: Anonymer Bericht vom 16.3.1939, S. 1. Der Verfasser gehörte sicher nicht dem AA an. Das AA leitete den ihm zugesandten Bericht an Erdmannsdorff in Budapest weiter, der ihn weisungsgemäß nach Kenntnisnahme zurückschickte.

[163] Hall, November 1938, S. 7. Das Pamphlet verursachte einige diplomatische Verwicklungen, da die ungarische Gesandtschaft in Berlin mehrmals gegen seine Verbreitung protestierte und um Beschlagnahmung bat; vgl. den Vorgang in: PA, AA. Politik IV: Ungarn – Nationalsozialismus, 1936–1939.

[164] AVA. Bürckel-Akten 1575/2: Ungarische Nationalsozialistische Partei.

[165] Lackó, 1966, S. 126, geht von „gut über 200000" aus. Thamer/Wippermann, 1977, S. 106 f., Anm. 50, nennen für den Zeitraum des Hitler-Stalin-Paktes bis Mitte 1941 den Mitgliederhöchststand von 250000; sie berufen sich auf Nagy-Talavera, 1970, S. 160, 169, wo allerdings nichts dergleichen zu finden ist.

[166] IfZ, MA 1541/1, B. 581: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasis mit dem Japaner Adachi Tsusutaro, 18.12.1940.

[167] Vgl. dazu MSE 46 (1938), S. 1, für den Stichtag 15.7.1939. Hinzu kommen allerdings zu den 9100886 Einwohnern in Rumpfungarn die 1044438 Einwohner des nach dem 1. Wiener Schiedsspruch angeschlossenen Oberungarn sowie die 671962 Bewohner der im März/April 1939 angeschlossenen Karpato-Ukraine.

Schwierig werden die Schätzungen für die Jahre des Niedergangs ab 1940. Während Deák die mit Sicherheit zu niedrig angesetzte Zahl von 116000 Ende 1940 nennt[168], veranschlagt Lackó Ende 1942 „nach einzelnen Quellen" immer noch 130000 bis 140000 Mitglieder[169], was einem Schwund von rund 50% in drei Jahren entspricht. Szálasi selbst bezeichnete in seinem Tagebuch im Dezember 1943 das „ständige Sinken der Mitgliederzahl" als größtes internes Problem der Partei; einer vertrauenswürdigen Schätzung zufolge liege ihre Stärke „um etliches unter hunderttausend"[170].

Anhand einer parteiinternen Aufstellung vom Januar 1943[171] lassen sich konkrete Daten über die Zahl der Mitglieder und Parteiorganisationen in den einzelnen Komitaten und damit über den Organisationsgrad der NYKP ermitteln. Die in dem Dokument genannten Zahlen der Einwohner und Ortschaften der einzelnen Komitate (einschließlich der Munizipalstädte) stimmen in vielen Fällen mit den Angaben des Ortsnamensverzeichnisses von 1941 überein, in dem allerdings der Anschluß des „Délvidék" an Ungarn nach Hitlers Überfall auf Jugoslawien 1941 noch nicht eingerechnet war. Diese Daten wurden aus irgendeiner anderen, nicht genannten statistischen Quelle in die Parteiliste nachgetragen.

Um einen einheitlichen Stand wiederzugeben, wurden daher für die vorliegende Untersuchung die Angaben des Ortsnamensverzeichnisses von 1944 herangezogen[172]. Die Verwendung der amtlichen Daten (Zahl der Einwohner und der Gemeinden) erwies sich zudem als notwendig, da dem Verfasser der parteiinternen Mitgliederaufstellung nicht nur offenkundige Rechen- und Schreibfehler unterliefen; einige Zahlen muten außerdem sehr abenteuerlich an, weil sie erheblich von den Daten des Ortsnamensverzeichnisses 1944 abweichen[173].

[168] Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 396.

[169] Lackó, 1966, S. 296.

[170] Szálasi-TB, 1943, S. 104. Informationsquelle Szálasis könnte der Brief des um den Zustand der Partei höchst besorgten stellvertretenden Landesaufbauleiters Köfaragó-Gyelnik vom 20.11.1943 gewesen sein. Demnach waren – bei sinkender Tendenz – nicht mehr als 90000 Parteimitglieder organisiert; vgl. IfZ, MA 1541/2, B. 881.

[171] NL Henney: Mitgliederaufstellung Januar 1943.

[172] Magyarország helységnévtára, 1944.

[173] Die erheblich abweichenden Daten der parteiinternen Aufstellung betreffen die absolute Zahl von Einwohnern und Gemeinden. Sie seien der Vollständigkeit halber aufgeführt. Komitat Bács-Bodrog: 847426 – 134; Baranya: 365705 – 331; Bereg: 330924 – 243; Csongrád: 357856 – 29; Somogy: 352148 – 275; Vas: 322775 – 363; Veszprém: 281840 – 201. Unter Umständen verlief die Parteieinteilung der aneinander grenzenden Komitate Somogy und Veszprém anders als die Verwaltungseinteilung. Die Differenzen der Daten der Parteiliste und des Ortsnamensverzeichnisses ließen sich so annähernd ausgleichen. Die Zahlen für die Komitate Bereg, Máramaros und Ung umfassen auch die Gebiete mit besonderem Verwaltungsstatus.

Komitat	Parteimitglieder	Parteiorganisationen	Einwohner	Gemeinden	Anteil der Parteimitglieder an den Einwohnern	Anteil der Parteiorganisationen an den Gemeinden
			absolut		in %	
* Abaúj-Torna	1110	24	228377	217	0,5	11,1
< Bács-Bodrog	8134	22	922070	138	0,9	15,9
< Baranya	1359	16	378586	338	0,4	4,7
* Bars és Hont	1816	72	146102	145	1,2	49,7
Békés	1674	26	338973	31	0,5	83,9
O Bereg	2400	–	358277	262	0,7	–
Borsod	2673	39	382321	176	0,7	22,1
(Kreis Ózd	1106	17	51651	26	2,1	65,4
sonstige Kreise)	1567	22	330670	150	0,5	14,7
Csanád	5269	38	177392	43	3,0	88,4
Csongrád	10649	22	360405	23	3,0	95,7
* Esztergom	1249	18	115385	51	1,1	35,3
Fejér	630	17	296013	101	0,2	16,8
Hajdu	4452	17	314398	20	1,4	85,0
Heves	3036	25	325422	115	0,9	21,7
Jász-Nagykun-Szolnok	1986	24	424970	53	0,5	45,3
> Kolozs	2503	8	267607	154	0,9	5,2
* Komárom	7983	83	293930	158	2,7	52,5
O Máramaros	410	–	487970	160	0,1	–
* Nyitra-Pozsony	3500	38	180991	77	1,9	49,4
Somogy	1735	40	391283	302	0,4	13,3
> Szolnok-Doboka	199	4	240583	262	0,1	1,5
Tolna	1071	28	273153	108	0,4	25,9
O Ugocsa	33	–	81138	48	0,0	–
O Ung	726	–	213658	214	0,3	–
< Vas	4614	97	326666	318	1,4	30,5
Veszprém	1957	17	266865	176	0,7	9,7

Die Siglen bezeichnen die Komitate, die teilweise oder als ganze 1938–1941 bei den Gebietsrevisionen wieder an Ungarn angeschlossen wurden. Dabei bedeuten

* Felvidék (Oberungarn) 1938
O Kárpátalja (Karpato-Ukraine) 1939
> Erdely (Siebenbürgen) 1940
< Délvidék (Südungarn) 1941

Bei obiger Statistik ausgeklammert wurden die Hauptstadt Budapest und das Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun, da hier die Partei der Verwaltungseinteilung nicht folgte, sondern eine eigene Gliederung in den Hauptbezirk Budapest und die Teilkomitate Süd-, Mitte- und Nord-Pest vornahm, so daß hier die Angaben aus der NYKP-Aufstellung übernommen werden mußten. Dies war um so eher möglich, als sich bei einem Vergleich der Zahl der Gesamtbevölkerung die Daten der Partei- und der amtlichen Statistik in etwa ausgleichen[174]:

[174] Die Zahl von 1,7 Millionen ist gerundet; addiert man sie zu den anderen Einwohnerzahlen der Parteistatistik, so erhält man 2638776. Das Ortsnamensverzeichnis 1941 weist für dieselbe Region 2698583 Einwohner aus.

	Parteimitglieder	Parteiorganisationen	Einwohner	Gemeinden	Anteil der Parteimitglieder an den Einwohnern	Anteil der Parteiorganisationen an den Gemeinden
	absolut				in %	
Hauptbezirk Budapest	29312	49	1700000	49	1,72	100
Süd-Pest	2618	37	409315	56	0,64	66,07
Mitte-Pest	4680	56	310231	97	1,51	57,73
Nord-Pest	1764	22	219230	49	0,80	44,90

Zählt man die Daten zusammen, so ergibt sich für Januar 1943 ein Mitgliederstand von 115600 organisierten Pfeilkreuzlern in 839 Ortsverbänden, was natürlich nicht mit einer entsprechenden Anzahl zahlender Mitglieder gleichzusetzen ist (Krieg, geringe Zahlungsmoral usw.). Tatsächlich muß die Zahl der eingeschriebenen NYKP-Mitglieder und Ortsgruppen noch höher gelegen haben, da beispielsweise von den Komitaten Nógrád (1939: rund 5000 Parteimitglieder[175]), Zala und Zemplén keine Angaben verfügbar waren, die NYKP dort jedoch mit Sicherheit vertreten war. Lackós Schätzung von 130000–140000 Parteimitgliedern Ende 1942 wird damit also gestützt[176].

Als nur potentielle Mitglieder betrachtet werden können die in der Parteistatistik in einer eigenen Rubrik aufgeführten 9409 Eingeschriebenen der NYKP-Jugendorganisationen[177]. Dabei konzentrierten sich die meisten Nachwuchskräfte auf die Komitate Csongrád (2260), Vas (1202) und Csanád (1140). Der Budapester Hauptbezirk folgte erst an vierter Stelle mit 960 jugendlichen Mitgliedern, war also relativ sehr schwach.

Die Statistik ergibt Anhaltspunkte für die regional sehr unterschiedliche Stärke der Pfeilkreuzler; die meisten Mitglieder (im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung) hatten sie 1943 demnach mit 3% in den Nachbarkomitaten Csanád und Csongrád im Südosten Ungarns. Da in ihnen die agrarischen und sozialen Probleme des Landes besonders eklatant zum Ausdruck kamen, wurden sie gemeinhin als „viharsarok", *Sturmeck, Unruheherd* bezeichnet. Das Elend der Landbevölkerung äußerte sich hier also in überdurchschnittlichem Engagement für die Hungaristen auch in den Zeiten ihres Niedergangs. An dritter und vierter Stelle der Statistik folgten die Komitate Komárom (2,7%) und Nyitra-Pozsony (1,9%), beide in Oberungarn gelegen und erst 1938 nach dem 1. Wiener Schiedsspruch fast ganz oder in großen Teilen wieder an Ungarn angeschlossen. Hier mag die jahrelange Irredentasituation der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei mit ihren politischen Spannungen ein wesentliches Motiv für den Parteibeitritt gewesen sein. Den in absoluten Zahlen stärksten Einzelverband der NYKP bildete der Hauptbezirk Budapest (Groß-Budapest) mit knapp 30000 Mitgliedern, was immerhin noch einen Anteil von 1,7% der Einwohner bedeutete. Daß die

[175] Nógrád megye története 3, 1970, S. 161.
[176] Lackó, 1966, S. 296.
[177] Parteimitgliedschaft war nach den NYKP-Statuten nur für Staatsbürger über 18 Jahren möglich; vgl. NYKP, Szervezési Szabályzat, 1943, S. 8.

Hauptstadt und die umliegenden Komitate eines der wesentlichen Pfeilkreuzlerreservoire darstellten, belegt auch die Analyse der Wahlen 1939[178].

Besonders in den 1939 und 1940 angeschlossenen Gebieten der Karpato-Ukraine und Nordsiebenbürgens scheint die Partei, vielleicht wegen der im Gegensatz zum Kernland und Oberungarn konservativeren staatlichen Verwaltung[179], kaum Fuß gefaßt zu haben. Nur das Komitat Kolozs bildete eine gewisse Ausnahme, da hier acht Ortsverbände immerhin 2503 Mitglieder umfaßten. Es erweist sich an dieser Stelle zum wiederholten Mal, wie notwendig detaillierte Regionalstudien wären, damit sinnvolle Aussagen überhaupt zu formulieren sind. Dabei müßte auch die Rolle politisch oder organisatorisch sehr befähigter Persönlichkeiten als Faktor einbezogen werden. Die über dem Durchschnitt liegende Mobilisierung der Einwohner im Kreis Ózd/Borsod (2,1%) für die NYKP mag in lokalen politischen oder sozialen Ursachen, eventuell aber auch im persönlichen Ansehen oder im Organisationstalent des Kreisleiters begründet sein. Die sonstigen Kreise des Komitats weisen demgegenüber eine eher unterdurchschnittliche Partizipation auf.

Die Pfeilkreuzlerbasis (Mitglieder wie auch Anhänger) war starken Fluktuationen ausgesetzt: 1939/40 war der Höhepunkt der Parteientwicklung überschritten; danach gingen die Zahlen in einem die Führung beunruhigenden Ausmaß bergab. Aus diesem Grunde erstellte sie nicht nur die zitierte Gesamtübersicht über den Mitgliederstand Januar 1943, sondern verfolgte auch die quantitative Entwicklung des bedeutendsten Parteiverbandes, des Budapester Hauptbezirks, über ein Jahr vom 28. Februar 1942 an[180]. Die rapide Auszehrung der Parteibasis wird hier in Zahlen greifbar:

Februar	1942	42489 Mitglieder
März	1942	40938
April	1942	38637
Mai	1942	34954
Juli	1942	32343
August	1942	30768
September	1942	30560
Dezember	1942	29326
Januar	1943	28954[181]
Februar	1943	28600

Innerhalb eines Jahres verlor die NYKP also knapp 33% ihrer Mitglieder, eine Entwicklung, die an die Substanz der Partei gehen mußte, zumal man annehmen kann, daß die Lage in der Provinz ähnlich war. In der Stadt Debrecen z.B., in der die NYKP im Boomjahr 1939 18536 eingeschriebene Mitglieder zählte, schrumpfte sie, will man

[178] Vgl. dazu S. 153 ff. dieser Arbeit.
[179] Dazu Janos, 1982, S. 296 f.
[180] NL Henney: Diagramm zur Mitgliederentwicklung in Budapest.
[181] Die Differenz zur oben genannten Zahl von 29312 Mitgliedern in der Gesamtaufstellung der Partei für Januar 1943 ist unerheblich und dürfte im unterschiedlichen Stichtag begründet sein.

der Zeitung „A mai nap" vom 29. Dezember 1943 folgen, auf nur 942 Mitglieder zusammen[182].

Das Jahr 1943 scheint den Tiefststand in der Mitgliederentwicklung zu markieren. 1944 brachte zunächst eine Stagnation, dann aber offenbar einen erneuten Aufschwung der Partei zur Zeit der deutschen Besetzung Ungarns nach dem 19. März[183]. Szöllösi nannte in einer Unterredung mit dem Reichsbevollmächtigten Veesenmayer am 1. April 1944, der ihn nach der Stärke der Pfeilkreuzpartei gefragt hatte, 150000 zahlende Mitglieder als Näherungswert; „offizielle Daten" gebe es leider nicht[184]. Deák zufolge hatte die NYKP zudem im April 1944 immer noch 58000 geheime Mitglieder[185]. Festzuhalten ist, daß im selben Monat der Organisationsleiter der NYKP, Emil Kovarcz, aus dem deutschen Exil zurückkehrte und mit großem Geschick die Organisationsarbeit der Partei belebte. Neue Ortsgruppen wurden gegründet, die Mitgliederzahlen stiegen wieder[186].

Die Daten für die letzten Kriegsmonate zur Zeit des Szálasi-Regimes sind nun vollends zweifelhaft. Nach Deák lag die Zahl der Mitglieder bereits im September 1944, also noch vor der Machtergreifung, bei 500000[187], was erheblich zu hoch gegriffen ist. Nach Szálasis Machtantritt erlebte die Partei einen Ansturm von Beitrittswilligen, verkündete jedoch Ende Oktober bis auf weiteres einen völligen Aufnahmestopp, der erst Mitte Januar 1945 wieder aufgehoben wurde; dann wollte allerdings kaum jemand der Partei beitreten[188]. Zahlen werden für diesen gesamten Zeitraum weder in den Quellen noch in der Literatur genannt. Zwar spricht Ernö Kovács, NYKP-Organisationsleiter seit der Machtübernahme, in einer Broschüre („organisationstechnischer" Lehrgang für NYKP-Komitats- und Stadtleiter) Mitte Februar 1945 noch vage von „mehreren hunderttausend"[189], doch dürfte diese Schätzung in Anbetracht der militärischen und politischen Lage eher Wunschtraum denn Realität gewesen sein. Wenn alle diese Daten auch meist unsicher sind, so wird doch deutlich, daß eine Partei mit einer Stärke von rund 100000 Mitgliedern in ihren schlechtesten Zeiten auf jeden Fall schon allein quantitativ im Honoratioren-Ungarn der Horthy-Ära einen Machtfaktor darstellen mußte.

Das Sozialprofil der NYKP-Ortsgruppenleiter ländlicher Gemeinden 1940

In Ermangelung statistisch verwertbarer Daten lassen sich keine Aussagen über den quantitativen Anteil bestimmter sozialer Gruppen an den gemeinen Parteimitgliedern

[182] PRO. FO 371.39257, S. 102: Memoranda on axis-controlled Europe, Nr. 135. Review of the Foreign Press, Series A, 18. 1. 1944. Der genaue Stichtag der Zählung wird nicht genannt.

[183] Nur Thamer/Wippermann, 1977, S. 106 f., Anm. 50, verzeichnen eine gegenläufige Tendenz (Anfang 1944: 127000 Mitglieder; danach: unter 100000). Eingeschränkt wird ihre Aussage dadurch, daß sie sich auf Nagy-Talavera, 1970, S. 160, 169, berufen, dort ähnliche Zahlen aber nicht zu finden sind.

[184] Szálasi-TB, April 1944, S. 24, Anlage 1: Protokoll einer Unterredung Szöllösi–Veesenmayer, 1. 4. 1944.

[185] Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 396.

[186] Nagy-Talavera, 1970, S. 202.

[187] Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 396.

[188] Teleki, 1974, S. 119.

[189] E. Kovács, 12. 2. 1945, o. O., S. 1.

treffen, insbesondere da man im Laufe der Jahre nicht nur quantitative, sondern auch qualitative (soziale) Veränderungen an der Parteibasis vermuten muß[190]. Lackó rekonstruiert die soziale Zusammensetzung der Parteimitglieder für die Jahre 1938/39 aus den zeitgenössischen Polizei- und Gendarmerieberichten, den parteiinternen Meldungen der Sozialdemokraten und einigen erhaltenen Fragmenten aus dem Aktenmaterial der Pfeilkreuzler. Folglich kann auch er keine quantitativen Angaben machen, sondern nur grob vier soziale Gruppen nach teilweise fragwürdigen Kategorien umreißen („gentroide Elemente", „Lumpenelemente", städtisches und ländliches Kleinbürgertum, städtisches und ländliches Proletariat)[191]. Von einem angeblich häufig benutzten Mitgliederverzeichnis von 1940[192] findet sich in der wissenschaftlichen Literatur keine Spur; auch für die Jahre danach ist keine derartige Liste erhalten[193].

Eine Sozialstrukturanalyse der NYKP-Ortsgruppenleiter ist dagegen möglich, stößt aber auf so erhebliche methodische Probleme, daß man diesen Versuch, geht man von den heutigen Ansprüchen an empirisch-statistische Untersuchungen aus, unterlassen müßte. Obwohl historische empirische Studien schon bescheidenere Anforderungen an Datenerhebung, Umfang der Datenbasis und Aufbereitung der Einzeldaten stellen, liegt für die Pfeilkreuzler der Fall immer noch sehr kompliziert. Es wäre jedoch unbefriedigend, diesen Versuch nicht doch zu wagen, natürlich unter allen methodisch-statistischen Vorbehalten.

Die nachfolgende Untersuchung bezieht sich auf NYKP-Ortsgruppenleiter aus 101 ländlichen Gemeinden im Jahr 1940, also auf die untere Parteiführungsebene. Da vergleichbare Angaben für andere Jahre nicht vorliegen, ist es unmöglich, eventuelle Veränderungen im Sozialprofil festzustellen. Die Daten wurden verschiedenen parteiinternen Veröffentlichungen entnommen[194], die in einer eigenen Rubrik die neu gegründeten Ortsgruppen auflisteten oder einen Überblick über die schon bestehenden Organisationen auf Gemeindeebene gaben. Dabei wurde in den meisten Fällen der Name des lokalen NYKP-Leiters angegeben; rund 50% von diesen nannten zusätzlich ihren Beruf, was nun als Datenbasis herangezogen wurde. Dabei ist zu betonen, daß sowohl dem Überblick über Ortsgruppen bzw. Neugründungen als auch der An-

[190] Nur Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 396 f., wagt es, unter Berufung auf einen persönlichen Bericht des Rechnungshofpräsidenten der späteren Szálasi-Regierung Prozentzahlen zu nennen, die von Carsten, 1968, S. 208; Barany, in: Sugar 1971, S. 76; Thamer/Wippermann, 1977, S. 106, Anm. 48 (dort jedoch falsch zitiert), übernommen werden. Demnach seien im April 1937 50% der Mitglieder Arbeiter, 8% Bauern, 12% Selbständige und 17% Offiziere gewesen. Bis Ende 1940 sei der Anteil der Arbeiter auf 41% gesunken, der der Bauern auf 13%, der Selbständigen auf 19% gestiegen. Abgesehen davon, daß die einzelnen Kategorien nicht hinreichend definiert werden, ist es nicht möglich, diese Zahlen zur exakten Ermittlung der NYKP-Sozialstruktur heranzuziehen.

[191] Lackó, 1966, S. 126, 133 ff. (S. 42 ff.).

[192] Ránki, in: Larsen/Hagtvet/Myklebust, 1980, S. 401.

[193] Die auf S. 129 ff. dieser Arbeit über die Entwicklung der Mitgliederzahlen zitierte parteiinterne Aufstellung für Januar 1943 läßt jedoch schließen, daß es zumindest zeitweilig exakte Verzeichnisse gegegen haben muß.

[194] Fiala, 1940, S. 129–144; NYKP, Mozgalmi közlemények, 1940, S. 4 f.; NYKP, Mozgalmi értesítö, 1940, S. 3, 13; NYKP, Mozgalmi hírek, 1940, S. 7 f., 10; NYKP, Mozgalmi tájékoztató, 1940, S. 3 f.; NYKP, Pártközlemények, 1940, S. 1–4. Doppelt aufgeführte Ortsgruppen wurden eliminiert, erst im Aufbau befindliche lokale Parteiorganisationen nicht berücksichtigt.

gabe der Berufsbezeichnung keinerlei Systematik unterliegt. Abgedruckt wurde, was man der Parteizentrale meldete. Manche Ortsverbände gaben keinerlei Bescheid, andere waren übereifrig und leiteten zusätzlich noch Name und Beruf des stellvertretenden Parteileiters und des Kassenwarts weiter. Durchweg keine Angaben wurden zur jeweiligen Mitgliederstärke gemacht. Es ist folglich nicht möglich, das Organisationsnetz der NYKP in ländlichen Gebieten oder die tatsächliche Zahl der Ortsgruppenneugründungen 1940 zu rekonstruieren oder gar die Zahl der Parteimitglieder und somit die politische Bedeutung der Pfeilkreuzler in den einzelnen Regionen zu ermitteln, so wünschenswert für die historische Forschung dies auch immer wäre. Die hier ausgewerteten 101 Berufsangaben stammten von Ortsgruppen aus ganz Ungarn mit regionalen Schwerpunkten im Norden und Südosten des Landes. Daraus allein lassen sich jedoch keine Schlüsse über Stärke oder politische Aktivität ableiten, sondern nur über die Gründlichkeit des mit statistischen Aufgaben betrauten Parteimitglieds. Trotzdem ist es nicht unwichtig, die regionale Verteilung der Nennungen zu ermitteln und aufzuführen. Von den 101 Ortsgruppen[195] lagen im Komitat

Abaúj-Torna	5	(davon 4 *)
Baranya	1	
Bihar	9	
Csanád	16	
Csongrád	5	
Fejér	1	
Hajdu	5	
Hont	7	(davon 2 *)
Jász-Nagykun-Szolnok	2	
Komárom	1	(davon 1 *)
Nógrád	34	(davon 2 *)
Pest	1	
Somogy	5	
Szabolcs	6	
Tolna	1	
Veszprém	2	

* Orte, die 1938 nach dem 1. Wiener Schiedsspruch wieder an Ungarn angegliedert wurden (Felvidék)

Ein schwerwiegendes Problem liegt in der Begrifflichkeit der Berufsbezeichnungen, die ja nicht nach statistischen Kriterien erfolgten, sondern durchweg der Umgangssprache entnommen sind und gerade zu den hier interessierenden Fragen der sozialen Schichtzugehörigkeit (Besitz, Einkommen, Bildung) keine oder nur unzureichende Aussagen machen. Zudem sind der Auswertbarkeit von Berufsangaben, die auf Selbstnennungen beruhen, Grenzen gesetzt. Abgesehen davon, daß sich hinter „objektiven" Zahlen „subjektive" Bekundungen der sozialen Selbsteinschätzung verbergen, sind gesicherte Informationen darüber, ob es sich um den erlernten oder den gegenwärtig

[195] Zugrunde gelegt wurde die zeitgenössische Verwaltungseinteilung des Ortsnamensverzeichnisses 1941; vgl. Magyarország helységnévtára, 1941.

ausgeübten Beruf handelt, nicht zu erhalten[196]. Viele Ergebnisse bleiben daher hypothetisch und können nur insoweit herangezogen werden, als sie Tendenzen oder Wahrscheinlichkeiten benennen.

In das gesellschaftliche Kontinuum werden unter dem Aspekt sozialer Ungleichheit durch Kategorienbildung, die je nach Erkenntnisinteresse und methodischem Ansatz differiert, letztendlich künstliche Schneisen geschlagen, die immer Zweifelsfälle entstehen lassen können. Es besteht bei soziologischen und sozialhistorischen Untersuchungen ganz allgemein das Problem, daß die Wahl eines sozialwissenschaftlichen Begriffs konstitutiv für den zu untersuchenden Gegenstand ist, d.h. für diesen Fall, daß allein durch die verwendete Begrifflichkeit die soziale Basis des Faschismus dezisionistisch festgelegt und nicht erst erforscht wird[197]. Die Entscheidung fiel hier zugunsten einer berufszentrierten, die horizontale (Funktion im Wirtschaftsprozeß) und vertikale (gesellschaftliche Hierarchie, beruflicher Status) Möglichkeit der Berufsklassifikation kombinierenden Einteilung der gesammelten Daten, nicht zuletzt aus dem Grund, weil diese am wenigsten „ideologiehaltig" ist[198].

I.	Unternehmer	5	5,0%
	– 4 (Klein-)Unternehmer		
	– 1 Unternehmensdirektor		
II.	freie Berufe	6	5,9%
	– 2 Apotheker		
	– 2 Rechtsanwälte		
	– 2 Arzt/Zahnarzt		
III.	Beamte, Angestellte	6	5,9%
	– 3 Angestellte		
	– 1 Polizist a. D.		
	– 2 Pfarrer (1 ev., 1 ref.)		
IV.	Handwerker, Händler	24	23,8%
	– 15 Handwerker (mit Sicherheit Meister: 8)		
	– 9 Händler		
V.	Landwirtschaft	46	45,5%
	– 45 Klein(st)grundbesitzer		
	– 1 Wildhüter		
VI.	Arbeiter	14	13,9%
	– 7 Bergarbeiter		
	– 4 Maurer		
	– 3 Sonstige		
	insgesamt	101	100,0%

[196] Zur Problematik der Berufsklassifikation vgl. Genuneit, in: Mann, 1980, S. 35 ff.

[197] Vgl. hierzu Jaschke, 1982, S. 145 f., der eindringlich auf die Gefahr hinweist, daß Realanalysen durch Definitionen ersetzt werden.

[198] Diese Einteilung bietet zudem den Vorteil, daß sie variabel ist und die Möglichkeit einer Umgruppierung des Datenmaterials und damit seiner Wiederverwendbarkeit offen läßt, wenn jemand eine andere Klassifizierung bevorzugt.

Unter I fallen sowohl Unternehmer als auch „angestellte Unternehmer". Da es sich um ländliche Gemeinden (ohne Kleinstädte) in zumeist rein agrarisch strukturierten Gebieten handelt, scheidet die Möglichkeit aus, es mit den sich in und um Budapest konzentrierenden Großunternehmern zu tun zu haben. Auch lassen die Branchenbenennungen (je ein Spediteur, Zementfabrikant, Baumeister und Mühlenbesitzer) eher auf kleinere Unternehmer schließen. Eine Ausnahme bildet der Unternehmensdirektor, da Aktiengesellschaften per definitionem ein größeres Grundkapital voraussetzen; außerdem wohnte er in dem zu Groß-Budapest zählenden Rákosliget. Bei dem Zementfabrikanten (aus der Großgemeinde Kevermes/Komitat Csanád) handelte es sich wohl höchstens um einen mittleren Unternehmer.

Kategorie III umfaßt den „neuen Mittelstand". Von den Angestellten ist nur einer als „Praktikant" näher spezifiziert, doch ist auch bei den anderen die untere Laufbahn wahrscheinlich. Bei den Händlern in Kategorie IV („alter Mittelstand") darf man (mit Ausnahme eines Immobilienmaklers) ebenfalls mit Sicherheit „kleine Existenzen" wie etwa Lebensmittelhändler annehmen. Unter dieselbe Kategorie fallen weiter die „klassischen" Handwerksberufe, von denen die Schuster und Metzger mit je drei Nennungen die stärkste Einzelgruppe bildeten. Gute 50% der Handwerker waren nachweislich Meister, die anderen machten keine näheren Angaben, so daß es sich wohl eher um unselbständig Beschäftigte gehandelt haben wird.

Die hohe Zahl der Bergarbeiter in VI resultiert daraus, daß aus dem Bergbaubezirk Salgótarján/Komitat Nógrád besonders viele Daten vorliegen. Auffällig ist auch die zweitstärkste Einzelgruppe, nämlich die der Maurer. Bei den „sonstigen" Arbeitern handelte es sich um je einen Mechaniker und Maschinenschlosser sowie einen nicht spezifizierten Fabrikarbeiter.

Die bäuerlichen Klein- und Kleinstgrundbesitzer bilden mit 45 Personen die quantitativ stärkste Gruppe; hinzu kommt ein unselbständig beschäftigter Wildhüter. Natürlich verzeichnet das vorliegende Datenmaterial nicht die Besitzverhältnisse; über die verwendeten umgangssprachlichen Begriffe lassen sich jedoch Hinweise auf die Größe des Grundbesitzes ablesen. Hier interessiert nun in erster Linie die Kategorie der Kleingrundbesitzer (unter 100 Kj), die sich weiter aufgliedert in Groß- (50–100 Kj), Mittel- (20–50 Kj), Klein- (5–20 Kj) und Zwergbauern (unter 5 Kj). 15 Kj Ackerboden gewährleisteten einer Familie einen bescheidenen Lebensunterhalt, der in etwa der unteren Grenze des „kleinbürgerlichen" Lebensstandards entsprach[199].

Auf dem Hintergrund dieser Größenverhältnisse sind nun die verwendeten zeitgenössischen Begriffe zu sehen. 17 Personen bezeichneten sich selbst als „földmüves", was wörtlich übersetzt neutral *der, der den Boden bebaut; Bauer* bedeutet, jedoch „einen seinen eigenen Grund bebauenden Kleinst- oder Kleinbesitzer"[200] impliziert. Man hat sich also unter dieser Bezeichnung in erster Linie einen unter ärmlichen Verhältnissen lebenden Bauern mit Grund bis 20 Kj vorzustellen. Neben einem nicht näher spezifizierten „Pächter" geben 20 Personen „gazdálkodó", *Landwirt,* als Beruf an. Impliziert wird auch in diesem Fall „ein kleinerer Grundbesitzer oder Pächter"[201], der

[199] MT 8/2, S. 789 ff.

[200] A magyar nyelv értelmezö szótára 2, S. 919. Das Wörterbuch verzeichnet auch die Bedeutungen einzelner Begriffe vor 1945.

[201] Ebenda, S. 1002.

jedoch tendenziell wohlhabender ist als der „földmüves": *Landwirt* in diesem Sinne meint „eine sich auf Klein- und Mittelgrundbesitz mit landwirtschaftlicher Produktion befassende Person"[202]. Diese Kategorie ist also relativ umfassend. Sie erreicht an ihrer oberen Grenze Grund und Boden über 100 Kj, greift aber andererseits auch weit in den (klein-)bäuerlichen Bereich hinein. Kleingrundbesitz (kisbirtok) meint nämlich im umgangssprachlichen Sinn „ein Grundstück, das sein Eigentümer mit Hilfe seiner Familienmitglieder ohne die Möglichkeit der Verwendung moderner Technik bebaut, und dessen Ertrag nur zum schmalen Unterhalt seiner Familie ausreicht"[203]. Unter diese Begriffsbestimmung würden nach obiger Definition insbesondere Klein- und Mittelbauern fallen. Die Berufsbezeichnung „Kleingrundbesitzer" (kisbirtokos) wird in den ausgewerteten Daten zweimal genannt.

Drei- bzw. viermal finden sich die Begriffe „gazda", *Landwirt, Bauer,* und „kisgazda", *Kleinlandwirt.* Während „gazda" einen auf eigenem Boden arbeitenden „wohlhabenderen" Bauern bezeichnet[204], also eher einen Großbauern, so ist ein Kleinlandwirt „ein Bauer, der über ein in bezug auf die lokalen Verhältnisse nicht als groß zu bezeichnendes Grundeigentum verfügt", folglich ein „Klein-" oder „Mittelbauer" (kisparaszt, középparaszt). Der Unterschied zwischen einem Klein- und Mittelbauern bestimmte sich umgangssprachlich nur indirekt über die Größe des Grundbesitzes. Während ein Kleinbauer ohne fremde Arbeitskraft ausschließlich für den Eigenbedarf produzierte, erwirtschaftete der Mittelbauer einen gewissen Überschuß und nahm auch gelegentlich fremde Arbeitskraft in Anspruch[205].

Als Fazit dieses sprachwissenschaftlich-semantischen Exkurses kann gelten, daß zwar aufgrund der Unbestimmtheit der umgangssprachlichen Begriffe eine genauere, in Zahlen greifbare Unterscheidung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse unterbleiben muß, daß aber andererseits eine ganz deutliche Konzentration auf Kleinbesitz unter 100 Kj und dabei auf Klein- und Mittelbauern zu verzeichnen ist. Ausgeschlossen sind Groß- und mittlere Grundbesitzer, die sich gemeinhin als „Grundbesitzer" (földbirtokos) bezeichneten[206]. Die Kategorie „földmüves" umfaßte in ihren unteren Schichten auch Leute, die dem Agrarproletariat zuzurechnen sind. Zwar werden völlig Landlose nicht aufgeführt, doch befanden sich die Zwergbauern in so bedrückenden materiellen Verhältnissen, daß sie zum Erhalt ihrer Familie noch Nebentätigkeiten im landwirtschaftlichen oder industriellen Bereich nachgehen mußten[207]. Es ist jedoch anzunehmen, daß gerade in den ländlichen Gemeinden mit ihrer strikten internen Hierarchie aus Prestigegründen möglichst nicht der Ärmste zum Ortsgruppenleiter ernannt wurde.

Die soziale Rekrutierung der Ortsgruppenleiter der NYKP auf dem Land war also durchaus heterogen. Dabei überwog mit 46% deutlich der agrarische Bereich, in dem die Gruppe der Klein(st)grundbesitzer dominierte. Die zweitstärkste Gruppe mit rund

[202] Magyar értelmezö kéziszótár, S. 457.
[203] A magyar nyelv értelmezö szótára 4, S. 180.
[204] Ebenda, Bd. 2, S. 1000.
[205] Ebenda, Bd. 4, S. 187, 193, 453.
[206] Ebenda, Bd. 2, S. 915.
[207] Nur in einem Fall der vorliegenden Datenmenge läßt sich dies zweifelsfrei nachweisen: Der Ortsgruppenleiter einer Gemeinde im Bergbaugebiet Salgótarján gab als Beruf „földmüves" und Bergarbeiter an.

24% stellten die Handwerker und Händler als typische Vertreter des „alten Mittelstandes" auf dem Dorf. Das offenkundige Fehlen aktiver Beamter in III bedeutet keineswegs, daß diese Berufsgruppe etwa nicht für Pfeilkreuzlerparolen ansprechbar gewesen wäre. Die Verordnung 3400/1938, die den Angehörigen des öffentlichen Dienstes die Zugehörigkeit zu einer als radikal eingestuften Partei verbot, wurde erst am 25. September 1940 durch die Verordnung 6840/1940 revidiert. Bis dahin konnten Beamte allenfalls geheime NYKP-Mitglieder sein, aber keine Ortsgruppenleiter. Das genaue Erscheinungsdatum der vorliegenden Quellen konnte zwar nicht festgestellt werden, doch scheint die Extremistenbestimmung noch in Kraft gewesen zu sein.

Es fehlt leider an lokalen und regionalen Studien, die es ermöglichen würden, die Sozialstruktur eines Dorfes oder einer Region mit der der NYKP-Ortsgruppenleiter in Beziehung zu bringen oder einen Vergleich mit dem Sozialprofil anderer Parteien im selben Untersuchungsraum anzustellen. Um doch noch zu Aussagen zu gelangen, sollen im folgenden die Daten einiger ausgewählter Komitate (Nógrád, Hajdu-Bihar, Csanád) aus den oben genannten Parteipublikationen mit den Ergebnissen der 1941 durchgeführten, doch erst kürzlich veröffentlichten Volkszählung[208] korreliert werden. Dabei muß auf zumindest zwei methodische Probleme hingewiesen werden. Der für die Analyse heranzuziehende erste Band der Volkszählungsergebnisse zur Erwerbstätigkeit in den einzelnen Gemeinden[209] legt um der Kompatibilität mit modernen Statistiken willen nicht die zeitgenössische, sondern die gegenwärtige Verwaltungseinteilung zugrunde. Nicht nur Fläche und Grenzen der Komitate haben sich durch Zusammenlegungen und Aufteilungen gegenüber 1940/41 verändert; die 1938–1940 an Ungarn angeschlossenen, 1945 jedoch erneut verlorenen Gebiete wurden in die Publikation nicht aufgenommen[210], so daß für diese Gemeinden ein Vergleich mit den Angaben aus der Ortsgruppenstatistik nicht möglich ist.

Schwerwiegender sind jedoch die vorgenommenen Umgruppierungen bei der Berufsgruppen- bzw. Brancheneinteilung, die ebenfalls mit der notwendigen Kompatibilität der Daten mit den modernen Volkszählungen begründet werden[211], daher jedoch ganz deutlich die Ausrichtung am sozialistischen Gesellschaftsmodell verraten. Aus den ursprünglich 15 Kategorien entstanden nach beträchtlichen Datenumschreibungen zehn neue, nach Erwerbszweigen systematisierte Kategorien:

I. Landwirtschaft (inkl. Wald- und Wasserwirtschaft)
II. Bergbau
III. Industrie und Handwerk
IV. Baugewerbe
V. Verkehrs- und Kommunikationswesen
VI. Handel
VII. Dienstleistungen
VIII. Öffentlicher Dienst
IX. Sonstige
X. Rentner[212].

[208] Az 1941. évi népszámlálás, 4 Bde., 1975–1979.
[209] Ebenda, Bd. 1, 1975: Foglalkozási adatok községek szerint.
[210] Da die Zählung am Stichtag 31.1./1.2.1941 vorgenommen wurde, konnten die 1941 angeschlossenen Gebiete (Délvidék) nicht erfaßt werden.
[211] Ebenda, S. 9.
[212] Ebenda, S. 16. Die alte Kategorisierung lautete: I. Urproduktion; II. Bergbau und Hüttenwesen; III. Industrie und Handwerk; IV. Handel; V. Geld-, Kredit- und Versicherungswesen; VI. Verkehr; VII. Öffentlicher Dienst und freie Berufe; VIII. Streitkräfte; IX. Tagelöhner; X. Dienstboten; XI. Rentner, Pensionäre; XII. Kapitaleigner, Rentiers; XIII. Sonstige; XIV. Beschäftigungslose; XV. ohne Angabe.

Dabei fallen entsprechend der sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht nur die Administration, sondern das gesamte Kultur-, Gesundheits-, Kredit- und Versicherungs-, Film- und Verlagswesen unter den öffentlichen Dienst in Kategorie VIII. IX vereinigt unter „Sonstige" so unterschiedliche Erwerbszweige wie Tagelöhner und „inaktive Erwerbspersonen", d.h. Kapitaleigner und Hausbesitzer[213]. Um innerhalb dieser zehn Großkategorien differenzieren zu können, werden zusätzlich die Subkategorien „Selbständige", „mithelfende Familienangehörige", „unselbständig Beschäftigte mit physischer Arbeit" und „unselbständig Beschäftigte mit geistiger Arbeit" eingeführt. Trotzdem ist es auch jetzt nicht möglich, beispielsweise einen Großunternehmer von einem kleinen selbständigen Handwerksmeister zu unterscheiden.

In den folgenden drei regionalen Fallstudien werden die Daten der erstellten Statistik der NYKP-Ortsgruppenleiter auf die Kategorien der veröffentlichten Volkszählung umgeschrieben; um der Kompatibilität und Deutlichkeit willen führt eine eigene Spalte auch das Sozialprofil der Ortsgruppenleiter nach der berufszentrierten Kategorisierung der vorliegenden Untersuchung auf. Herausgegriffen wird zunächst eine Gruppe von 20 Gemeinden im Bergbaugebiet des Komitats Nógrád (Kreis Salgótarján: 11 Gemeinden; Kreis Széchény: 9 Gemeinden)[214]:

	20 Gemeinden absolut	in %	20 Parteileiter absolut	in %	eigene Kategorisierung
Erwerbstätige in	14329		20		
Landwirtschaft	5931	41,4	10	50	I. –
Bergbau	4375	30,5	4	20	II. –
Industrie/Handwerk	1332	9,3	3	15	III. –
Baugewerbe	171	1,2	1	5	IV. 2 Handwerker
Verkehr/Kommunikation	425	3,0	–		1 Händler
Handel	311	2,2	1	5	V. 8 Kleinstgrundbesitzer
Dienstleistungen*	234	1,6	–	–	
Öffentlicher Dienst	364	2,5	–	–	1 Pächter
Sonstige	87	0,6	–	–	1 Wildhüter
Rentner	1099	7,7	1	5	VI. 5 Bergarbeiter
					1 Maurer
					1 Fabrikarbeiter

* Dienstleistungen für Körper, Wohnung, Haus: z.B. Dienstboten, Friseure usw.

[213] Ebenda, S. 10ff., 16.

[214] Ebenda, Statistik Nr. 3, S. 418ff. Ausgewertet wurden die Daten der Gemeinden Bárna, Cered, Endrefalva, Etes, Homokterenye, Karáncság, Kazár, Kishartyán, Kisterenye, Mátranovák, Mátraszele, Mátraverebély, Nógrádmegyer, Piliny, Ságújfalú, Szalmatercs, Széchényfelfalu, Vizslás, Zabar, Zagyvapálfalva.

Das Schema macht deutlich, daß sich die Rekrutierung der NYKP-Ortsgruppenleiter in etwa dem sozialen Umfeld anpaßte, hier einem Kohlenrevier mit immer noch starken agrarischen Strukturen. Dabei ist eine Konzentration auf die unteren sozialen Schichten feststellbar, bei der die Proletarier mit sieben Personen die zweitstärkste Gruppe bilden. Die Arbeiterberufe sind mehr als doppelt so häufig vertreten wie der ansonsten dominierende „alte Mittelstand" der Handwerker und Händler. Andererseits liegt auch hier der absolute und relative (mit 50%) Schwerpunkt auf dem landwirtschaftlichen Sektor. Neben einem Wildhüter und einem nicht spezifizierten Pächter deuten die Nennungen ausschließlich auf Kleinstbauern (földmüves) hin, die höchstwahrscheinlich für ihren Lebensunterhalt einer Nebentätigkeit in Bergbau oder benachbarter Industrie nachgehen mußten. Vergleicht man nun das Sozialprofil der erwerbstätigen Bevölkerung der 20 Gemeinden mit dem der NYKP-Ortsgruppenleiter, so erweist sich bei letzteren eine leichte Überrepräsentanz des Agrarsektors und eine ebensolche Unterrepräsentanz des Bergbaus; der sonstige gewerbliche Bereich dominiert leicht gegenüber dem Erwerbstätigendurchschnitt. Für die Kategorien Handel und Rentner lassen sich keine Aussagen treffen, da wegen der niedrigen Gesamtzahl der Parteileiter eine Person gleich mit 5% zu Buche schlägt.

Die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse der 20 Ortschaften[215] weisen von insgesamt 5931 Erwerbstätigen im primären Sektor 38,8% (2301) als Landarbeiter aus, von denen jedoch nur 681 ständig, die anderen 1620 zeitweise (saisonal) beschäftigt waren. Bei den übrigen 61,1% (3621) handelte es sich um selbständige Landwirte bzw. mithelfende Familienangehörige, die in ihrer übergroßen Mehrzahl auf Kleinstgrund zusammengedrängt waren: 43,5% der Landwirte und ihrer Angehörigen lebten von Grundbesitz unter 5 Kj, was ohne Nebenerwerbsquellen völlig ausgeschlossen war; weitere 25,6% (929) bezogen ihr Auskommen aus Grundbesitz zwischen 5–10 Kj, 18,7% (678) aus Grund zwischen 10–20 Kj. Aus dieser starken Gruppe (87,8% der Landwirte) rekrutierten sich die acht Klein(st)grundbesitzer unter den Ortsgruppenleitern, auch hier mit ihrem sozialen Umfeld korrespondierend[216].

Als Kontrast zum Salgótarjáner Bergbaurevier werden für die nächste Fallstudie 14 Gemeinden aus den rein agrarisch strukturierten Komitaten Hajdu und Bihar im Osten Ungarns gewählt[217]:

[215] Berechnet aus: ebenda, Statistik Nr. 1, S. 104ff.

[216] Die fehlenden 0,1% entfielen auf die insgesamt neun unselbständig im geistigen Bereich Beschäftigten in der Landwirtschaft, also Disponenten, Verwalter usw. auf den agrarischen Großbetrieben.

[217] Berechnet aus: ebenda, Statistik Nr. 3, S. 404ff. (Almosd, Balmazújváros, Báránd, Berekböszörmény, Biharkeresztes, Biharnagybajom, Esztár, Hajdubagos, Hajdudorog, Hajduhadház, Hosszupályi, Nádudvar, Sáránd, Vámospercs).

	14 Gemeinden absolut	in %	14 Parteileiter absolut	in %	eigene Kategorisierung
Erwerbstätige in	37650		14		
Landwirtschaft	30456	80,9	9	64,3	I. –
Bergbau	1	–	–	–	II. –
Industrie/Handwerk	2174	5,8	–	–	III. –
Baugewerbe	404	1,1	–	–	IV. 2 Handwerker[218]
Verkehr	600	1,6	–	–	3 Händler
Handel	1117	3,0	3	–	V. 9 Landwirte
Dienstleistungen	935	2,5	2	14,3	VI. –
Öffentlicher Dienst	1165	3,1	–	–	
Sonstige	135	0,4	–	–	
Rentner	663	1,8	–	–	

Der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft war hier mit knapp 81% fast doppelt so hoch wie in den 20 Bergbaugemeinden des Komitats Nógrád; die anderen Wirtschaftszweige spielten demgegenüber keine Rolle. Zwar stellten auch hier die Landwirte unter den Ortsgruppenleitern mit fast zwei Dritteln die stärkste Einzelgruppe, lagen jedoch deutlich unter dem Durchschnitt. Andererseits scheint der „alte Mittelstand" der kleinen Handwerker und Händler überrepräsentiert. Aus der Selbstbezeichnung der in der Landwirtschaft tätigen Ortsgruppenleiter („gazdálkodó": 8; „gazda": 1) ist tendenziell auf wohlhabendere Bauern zu schließen als in der Vergleichsgruppe der Bergbaugemeinden. Landarbeiter fehlten völlig, obwohl sie mit 12577 Personen 41,3% aller in der Urproduktion Erwerbstätigen ausmachten[219]. Auch bei den Pfeilkreuzlern gelang es also dem völlig landlosen Agrarproletariat nicht, wenigstens auf der untersten Hierarchiestufe der Gemeinden politisch führende Positionen einzunehmen. Ebensowenig vertreten waren jedoch auch die bürgerlichen Honoratioren eines Dorfes; die Berufsgruppen I–III fehlten völlig. Unter den Landwirten hingegen kann man schon eher einen angesehenen Mittel- oder Großbauern vermuten.

Die dritte Regionaluntersuchung gilt 15 ländlichen Gemeinden des Komitats Csanád im Südosten Ungarns[220]:

[218] Je ein Friseur und Photograph, die nach ebenda, S. 11, aus der Kategorie Gewerbe aus- und bei „Dienstleistungen für Körper, Wohnung, Haus usw." eingegliedert wurden.

[219] Berechnet aus: ebenda, Statistik Nr. 1, S. 90ff. Von den Landarbeitern waren nur 18,3% (2305) ständig, die übrigen 10272 zeitweise beschäftigt.

[220] Berechnet aus: ebenda, Statistik Nr. 3, S. 364ff., 386f. (Battonya, Csanádpalota, Deszk, Elek, Kevermes, Királyhegyes, Kiszombor, Kübekháza, Kunágota, Magyarbánhegyes, Medgyesbodzás, Medgyesegyháza, Mezökovácsháza, Pitvaros, Szöreg).

	15 Gemeinden absolut	in %	15 Parteileiter absolut	in %	eigene Kategorisierung	
Erwerbstätige in	35071		15			
Landwirtschaft	24895	71,0	6	40	I.	1 Zementfabrikant
Bergbau	1	–	–	–		1 Spediteur
Industrie/Handwerk	3400	9,7	2	13,3	II.	3 Freiberufler
Baugewerbe	542	1,5	2	13,3		(Rechtsanwalt, Arzt)[221]
Verkehr	528	1,5	1	6,7	III.	–
Handel	1262	3,6	1	6,7	IV.	1 Handwerker[222]
Dienstleistungen	1192	3,4	–	–		1 Händler[223]
Öffentlicher Dienst	2307	6,6	3	20,0	V.	6 Kleinbauern
Sonstige	131	0,4	–	–	VI.	2 Arbeiter[224]
Rentner	813	2,3	–	–		

Obwohl es sich auch hier um eine überwiegend agrarisch geprägte Region mit 71% Erwerbstätigen in der Landwirtschaft handelt, weist die Volkszählungsstatistik gegenüber den Gemeinden in den Komitaten Hajdu und Bihar einen signifikant höheren Erwerbstätigenanteil in Industrie/Handwerk und öffentlichem Dienst auf, was sich auch in der sozialen Zusammensetzung der NYKP-Ortsgruppenleiter widerzuspiegeln scheint. Der bereits beobachtete Trend einer relativen Unterrepräsentanz der Landwirte unter den lokalen Parteiführern setzt sich hier verstärkt fort, indem ihr Anteil 30% unter dem Durchschnittswert liegt. Dabei deuten die Selbstbezeichnungen wieder auf selbständige Klein(st)besitzer hin („földmüves": 2; „gazdálkodó": 1; „kisbirtokos": 1; „kisgazda": 2)[225]. Das in den Komitaten Hajdu und Bihar ausgesprochen homogene Sozialprofil der Pfeilkreuzlerführer (Landwirte; „alter Mittelstand") öffnete sich im Komitat Csanád erkennbar gegenüber allen Schichten und bezog mit Ausnahme des „neuen Mittelstandes" alle Berufsgruppen des sekundären und tertiären Sektors ein, wobei Arbeiter ebenso vertreten waren wie (kleinere) Unternehmer und akademisch gebildete Freiberufler. Der Anteil der in Industrie/Handwerk und Baugewerbe erwerbstätigen Ortsgruppenleiter lag deutlich über dem Durchschnitt. Insgesamt gesehen ergibt sich ein durchaus heterogenes Sozialprofil, bei dem die in agrari-

[221] Die drei Freiberufler fallen in der Volkszählungsstatistik unter die Kategorie „Öffentlicher Dienst/selbständig".

[222] Der Metzgermeister fällt nach ebenda, S. 11, mit dem gesamten Gaststätten- und Nahrungsmittelgewerbe unter die Kategorie „Handel".

[223] Der Immobilienmakler fällt zusammen mit dem Zementfabrikanten in die Kategorie „Baugewerbe".

[224] Je ein Mechaniker und Maschinenschlosser.

[225] Die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse der 15 Gemeinden ergeben 53,2% (13244) selbständige Landwirte und mithelfende Familienangehörige sowie 46,6% Landarbeiter ohne Grundbesitz, von denen über 70% (8559) nur zeitweilig beschäftigt waren. 52,6% der Selbständigen besaßen Grund unter 5 Kj, mußten also eine Nebentätigkeit ausüben. Die Zahlen wurden berechnet aus: ebenda, Statistik Nr. 1, S. 52ff., 74f.

schen, „vorindustriellen" Berufen Tätigen erkennbar von denen des Industriezeitalters (sekundärer und tertiärer Sektor) zurückgedrängt werden. Diesbezüglich waren die Pfeilkreuzler im Komitat Csanád „moderner" als die sie umgebende Gesellschaft.

Das Sozialprofil der mittleren NYKP-Führungsebene

Dasselbe Verfahren läßt sich nun auch auf die Auswertung der leider nur sehr spärlichen Daten der mittleren Parteiführungsebene (Kreise, Komitatsstädte; Komitate, Städte mit Munizipalrecht) anwenden. Quellengrundlage und damit die grundsätzliche Problematik bleiben gleich; die Aussagekraft der Ergebnisse verringert sich jedoch aufgrund des geringeren Umfangs der Datenbasis.

Für nur 21 der 248 Kreise[226] konnten 1940/41 die Berufsangaben der NYKP-Kreisleiter ermittelt werden[227]. Regional verteilten sich diese auf die Komitate

Bereg	1	(davon 1 *)
Bihar	1	
Csanád	5	
Nógrád	1	
Nyitra-Pozsony	1	(davon 1 *)
Pest-Pilis-Solt-Kiskun	6	
Szabolcs	1	
Torna	1	
Veszprém	3	
Zemplén	1	(davon 1 *)

* Kreise, die 1938 nach dem 1. Wiener Schiedsspruch wieder an Ungarn angegliedert wurden (Felvidék)

Unter Beibehaltung der berufszentrierten Kategorisierung ergibt sich für die Kreisleiter der NYKP folgendes Bild:

I. Unternehmer 3
- 2 (Klein-)Unternehmer
- 1 Unternehmensdirektor

II. freie Berufe 7
- 3 Rechtsanwälte
- 2 Apotheker
- 2 Zahnarzt/Tierarzt

III. Beamte, Angestellte 3
- 3 Angestellte

IV. Handwerker, Händler –

V. Landwirtschaft 6
- 3 Grundbesitzer
- 3 Kleingrundbesitzer

VI. Arbeiter 2

[226] Magyarország helységnévtára, 1941, S. 2 (einschließlich der autonomen Gebiete der Karpato-Ukraine).

[227] Fiala, 1940, S. 127, 130ff.; NYKP, Mozgalmi értesítö, 1940, S. 3; NYKP, Mozgalmi hírek, 1940, S. 8; NYKP, Mozgalmi tájékoztató, 1940, S. 3 f.

Auch wenn man die geringe Zahl von 21 Kreisen in Betracht zieht, die noch dazu nicht nach repräsentativen Gesichtspunkten ausgewählt werden konnten, sind doch einige Tendenzen hervorzuheben. Das soziale Spektrum verschob sich insgesamt nach oben, was insbesondere die Gruppe der existentiell unabhängigen Freiberufler stärkte, die mit sieben Personen, also einem Drittel, die größte Einzelgruppe stellten. Der agrarische Bestandteil nahm demgegenüber ab und folgte mit knappen 30% an zweiter Stelle. Jedoch hatte sich innerhalb dieser Kategorie das Schwergewicht verlagert. Während sich ein Kreisleiter als „földmüves" und Tagelöhner bezeichnete, gaben nur noch zwei weitere „gazdálkodó", *Landwirt,* an, bei denen es sich um wohlhabendere, aber immer noch kleine Grundeigner gehandelt haben mag. Hingegen finden sich hier auch erstmals drei „Grundbesitzer" (földbirtokos), nach der damaligen Terminologie also Mittel- oder Großgrundbesitzer. Während der Anteil der Arbeiter (ein Maurer, ein Mechaniker) sich immerhin noch auf ein knappes Zehntel belief, war der „alte Mittelstand" der Handwerker und Händler völlig verschwunden. Die Kategorie III läßt keine genaueren Schlußfolgerungen zu; nur einer der drei Angestellten war mit Sicherheit leitend (Ingenieur), die anderen machten keine spezifizierenden Angaben.

Faßt man die Kategorien I bis III zusammen, so stellte das gehobene (Besitz- und Bildungs-)Bürgertum die stärkste soziale Gruppe unter den NYKP-Kreisleitern; dabei lag der Schwerpunkt weniger auf den (Klein-)Unternehmern (ein Spediteur, ein Sodawasserhersteller) als ganz eindeutig auf den freien akademischen Berufen. Der Eindruck bestätigt sich bei der Betrachtung der den Kreisen gleichgeordneten Komitatsstädte (megyei város), von denen es 1941 genau 70[228] in Ungarn gab. Zwar liegen nur für zehn NYKP-Stadtführer Berufsangaben vor, doch ist die Tendenz deutlich[229].

I.	Unternehmer	2
II.	freie Berufe – 3 Rechtsanwälte – 1 Arzt	4
III.	Angestellte	2
IV.	Handwerker	1
V.	Grundbesitzer	1
VI.	–	–

Bis auf einen mittleren oder großen Grundbesitzer – das weitgehende Fehlen der in der Landwirtschaft Tätigen ist nur teilweise durch den urbanen Charakter einer Klein-

[228] Magyary, 1942, S. 333 f. Die Komitatsstadt entspricht der deutschen kreisfreien Stadt.

[229] Fiala, 1940, S. 127, 131, 133, 143; NYKP, Mozgalmi értesítö, 1940, S. 3. Es handelte sich dabei um die Parteileiter folgender Komitatsstädte: Csongrád/Komitat Csongrád; Kiskunhalas/Pest-Pilis-Solt-Kiskun; Kisújszállás/Jász-Nagykun-Szolnok; Losonc*/Nógrád; Makó/Csanád; Mohács/Baranya; Pestszentlörinc/Pest; Sátoraljaújhely/Zemplén; Szentes/Csongrád; Veszprém/Veszprém.

stadt erklärbar[230] – und einen Handwerker (Schneidermeister) lag die Führung der Partei in den Händen der Freiberufler. Wie bei den Kreisleitern hielten sich Unternehmer und „neuer Mittelstand" (ein Bankangestellter, ein Angestellter) quantitativ die Waage, doch nur Kategorie I und III zusammen kamen den freien Berufen in II zahlenmäßig gleich.

Auf der „oberen" mittleren Führungsebene der Komitate und Städte mit Munizipalrecht zeigt sich eine ganz ähnliche Tendenz. Von den 1941 41 Komitaten und 20 Städten mit Munizipalrecht[231] liegen die Berufsangaben von neun Komitats- und drei Stadtleitern der NYKP vor[232], die im folgenden zusammengefaßt werden:

I.	Unternehmer (Baumeister)	1
II.	freie Berufe – 3 Rechtsanwälte – 4 Ärzte	7
III.	Beamte, Angestellte – 3 Dozenten bzw. Lehrer – 1 Offizier a. D.	4
IV.	–	–
V.	–	–
VI.	–	–

Nicht nur Arbeiter und „alter Mittelstand" fehlten nun völlig, sondern auch die Landwirte und großen Grundbesitzer[233]. Erneut dominierten eindeutig die Freiberufler (Rechtsanwälte, Ärzte), die mit sieben von zwölf Personen knapp 60% der Parteiführer stellten. Damit waren sie gegenüber ihrem Anteil an den Erwerbstätigen ekla-

[230] Dabei ist erstaunlich, wie stark agrarisch einzelne dieser Städte immer noch geprägt waren. Von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen waren in der Landwirtschaft tätig: Csongrád: 60,1%; Kiskunhalas: 58,7%; Makó: 58,5%; Szentes: 52,0%; Mohács: 50,8%. Von der gewerblichen Wirtschaft geprägt waren hingegen Pestszentlörinc im Industriegürtel um Budapest, Veszprém und Sátoraljaújhely, wo nur 2,0%, 8,0% bzw. 12,1% in der Landwirtschaft erwerbstätig waren. Berechnet aus: Az 1941. évi népszámlálás 1, Statistik Nr. 3.

[231] Magyary, 1942, S. 267, 333.

[232] Fiala, 1940, S. 127, 131, 134, 136, 141, 144; NYKP, Mozgalmi közlemények, 1940, S. 5; NYKP, Mozgalmi értesitö, 1940, S. 3; NYKP, Mozgalmi hírek, 1940, S. 8.
Es handelte sich dabei um die Parteileiter der Komitate Csanád, Csongrád, Süd-Pest, o Máramaros, * Nyitra-Pozsony, > Szatmár, Szolnok, Tolna, Veszprém (* Oberungarn, angeschlossen 1938; o Karpato-Ukraine, 1939; > Nordsiebenbürgen, 1940) sowie der Munizipalstädte Hódmezövásárhely, Kecskemét und Szeged.

[233] Das ist insofern signifikant, als auch die drei Munizipalstädte erstaunlich starke agrarische Strukturen aufweisen: Von den 30438 Erwerbstätigen in Hódmezövásárhely (61776 Einwohner) waren noch 59,2% (18032) in der Landwirtschaft tätig. Die Daten für die beiden anderen Städte lauten: Kecskemét: 87269 Einwohner; 40913 Erwerbstätige, davon 53,9% (22070) in der Landwirtschaft. Szeged: 136752 Einwohner; 69339 Erwerbstätige, davon 34,1% (23624) in der Landwirtschaft. Von den drei Städten hatte Szeged, die einzige Großstadt im statistischen Sinne, den urbansten Charakter. Die Daten wurden berechnet aus: Az 1941. évi népszámlálás 1, Statistik Nr. 3.

tant überrepräsentiert. Während die Unternehmer nur einen Vertreter stellten, gewann erstmals der „neue Mittelstand" an größerer Bedeutung. Neben einem Offizier a.D. (Hauptmann) finden sich drei Lehrer/Dozenten. Es handelte sich bei ihnen um einen Privatdozenten an der Universität, einen pensionierten Lehrer einer höheren Schule und einen (offenbar noch aktiven) Gymnasialdirektor. Die Mehrzahl der Gymnasien war jedoch nicht staatlich, sondern kirchlich: 1938 existierten in Ungarn 69 staatliche und 87 kirchliche Gymnasien[234]. Festzuhalten bleibt jedenfalls das mit den Freiberuflern parallel verlaufende Vordringen der akademisch Gebildeten aus Erziehung und Wissenschaft (Bildungsbürgertum) in die oberen Führungspositionen der Partei zumindest im Jahr 1940.

Will man die Ergebnisse der Sozialstrukturanalysen der unteren und mittleren Parteiführer für 1940 zusammenfassen, so läßt sich folgendes festhalten:

Die Rekrutierung der Parteileiter auf unterer und mittlerer Ebene erfolgte aus heterogenen sozialen Gruppen. Dabei verlagerte sich das soziale Niveau bei den höheren Positionen auf die gehobenen gesellschaftlichen Schichten.

Auf Gemeindeebene dominierte eindeutig das bäuerliche Element, und zwar Kleinst- und Kleingrundbesitzer. Das Spektrum reichte dabei von ärmsten Zwergbauern bis zu wohlhabenderen Großbauern; besitzlose Landarbeiter fehlten in den Führungspositionen. Handwerker und kleine Händler folgten als zweitstärkste Gruppe als Repräsentanten des „alten Mittelstands". Der überwiegende Teil der Ortsgruppenleiter, nämlich rund 80% (Kategorien IV–VI), setzte sich also aus unteren bis mittleren (untere Mitte) sozialen Schichten zusammen.

Auf der mittleren Ebene verdrängten gehobene bürgerliche Kreise sowohl die Landwirte/Grundbesitzer als auch die Vertreter von altem Mittelstand und Arbeiterschaft. Dabei fielen die Unternehmer weniger ins Gewicht als die freien akademischen Berufe (besonders Rechtsanwälte und Ärzte). Der „neue Mittelstand" gewann erst auf Komitatsebene mit Akademikern aus Erziehung und Wissenschaft an Bedeutung, wobei zu reflektieren ist, daß den Beamten aufgrund der Extremistenverordnung 3400/1938 ein öffentliches Engagement für die Pfeilkreuzler versagt war.

Budapest spielte in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht in Ungarn eine Sonderrolle, die auch bei der Untersuchung der NYKP in Betracht zu ziehen ist. Es lassen sich folglich die bisher gewonnenen Ergebnisse auf keinen Fall auf die Verhältnisse in der Hauptstadt übertragen. Aufgrund mangelnder Quellen kann eine Analyse der Budapester Pfeilkreuzler hier nicht geleistet werden.

Die Wählerschaft der Pfeilkreuzler und die Parlamentswahlen 1939

Die Parlamentswahlen Ende Mai 1939 machen nicht nur die sich in den Jahren 1938/39 nach rechts verschiebenden politischen Kräfteverhältnisse quantitativ greifbar. Sie geben auch Auskunft über die Stärke der Anhängerschaft der Pfeilkreuzler, die sich ohnehin eher als informelle „Bewegung" denn als organisierte Partei verstanden, sowie – indirekt und mit allen Vorbehalten – über ihre soziale Zusammensetzung.

[234] Elekes, A mai Magyarország, S. 141, zitiert nach Balogh, 1967, S. 6.

Auf Veranlassung von Ministerpräsident Teleki löste Horthy am 4. Mai 1939 das Abgeordnetenhaus vorzeitig auf und setzte für den 28./29. Mai Neuwahlen an, d.h. die Oppositionsparteien hatten für Vorbereitung und Durchführung ihres Wahlkampfes ganze drei Wochen Zeit. Ziel der Regierung war es, ihrer Politik eine stabilere Grundlage in Parlament und Regierungspartei zu verschaffen. Aus Protest gegen Imrédys zunehmende rechtsgerichtete Politik hatten am 22./23. November 1938 58 Abgeordnete die Regierungspartei verlassen, so daß sich die Zahl der „Dissidenten" zusammen mit den bereits Mitte November Ausgetretenen auf 62 erhöhte[235]. Damit hatten fast alle noch im Parlament befindlichen Abgeordneten der Bethlenschen Konsolidierungsphase mit ihren engen Kontakten zu Großgrundbesitz und Hochfinanz die NEP verlassen, „die allmähliche Verdrängung der traditionell herrschenden Klassen von der direkten Ausübung der Macht"[236] zeichnete sich deutlich ab[237]. Zum ersten Mal in der Geschichte der Horthy-Ära konnte sich die Regierung nicht mehr auf eine überwältigende absolute Parlamentsmehrheit stützen. Von den insgesamt 245 Mandaten entfielen auf die NEP nur noch 103[238].

Nach dem Sturz Imrédys am 15. Februar 1939 „erbte" sein Nachfolger Teleki diese für die Regierungspartei im allgemeinen und die konservativen Kreise im besonderen ungünstige Sitzverteilung. Gestärkt durch die erfolgreiche Besetzung und Wiedereingliederung der Karpato-Ukraine Mitte März 1939 (nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei durch das Dritte Reich), versuchte der neue Ministerpräsident innenpolitisch, die weitere Radikalisierung der rechtsgerichteten Gruppen und Parteien zu verhindern. Einerseits ließ er bereits am 25. Februar die Hungaristenpartei verbieten und ihre führenden Funktionäre internieren, andererseits nahm er jedoch Positionen und Forderungen der Rechten in sein Regierungsprogramm auf, um diese unter Kontrolle zu bringen, zu „entschärfen" und zu integrieren[239].

Schon am 14. Januar 1939 hatten Bethlen und zehn weitere Vertreter der „auf der christlich-nationalen Grundlage stehenden rechtsgerichteten Oppositionspolitik" Horthy in einem Memorandum geraten, Neuwahlen auszuschreiben, um den sich unter Imrédy verstärkenden rechten Flügel der Regierungspartei auszuschalten. Vorher seien jedoch das Judenproblem und die Frage der Landreform befriedigend zu lösen, um der rechtsradikalen Agitation das Wasser abzugraben. Danach müsse die Restauration der Herrschaft der „christlich-nationalen", verfassungsmäßigen Kreise beginnen[240]. Teleki erfüllte diese „Bedingungen", indem er gleich bei seinem Amtsantritt betonte, er gedenke, weder die Zusammensetzung der Regierung noch das politi-

[235] Sipos, 1970, S. 71; MT 8/2, S. 968 f.; MTK III, S. 962.

[236] Sipos, 1970, S. 77.

[237] Interessant und vielsagend ist diesbezüglich die soziale Zusammensetzung der Dissidenten. Es handelt sich um I. 1 Industriellen, 3 Kapitalinteressenvertreter; II. 10 Rechtsanwälte, 9 sonstige Freiberufler; III. 18 Staatsbeamte, 4 Offiziere; V. 6 Groß-, 6 mittlere Grundbesitzer, 12 Großpächter, 2 Agrarinteressenvertreter, 1 Großbauern; vgl. dazu ebenda, S. 76, Anm. 247.

[238] Ebenda, S. 71; MTK III, S. 962.

[239] Der Geschäftsträger der britischen Botschaft Gascoigne schrieb am 12.2.1939 an Halifax, daß die Szálasi-Partei nicht nur durch die Inhaftierung ihrer Führer, sondern auch durch „the annexation by the Government of the main planks of their programme" erheblich geschwächt worden sei; vgl. The Shadow of the Swastika, Nr. 149, S. 393.

[240] Horthy Miklós titkos iratai, Nr. 43, S. 205 ff.

sche Programm seines Vorgängers abzuändern. Er übernahm damit die vorbereiteten, aber noch nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe der Regierung Imrédy; so wurde das zweite Judengesetz (Gesetz IV/1939) im Abgeordneten- und Oberhaus durchgesetzt und am 5. Mai verkündet. Zudem gelang es Teleki, Imrédy und seine Anhänger, die sich in der „Bewegung des Ungarischen Lebens" MÉM (Magyar Élet Mozgalom) organisiert hatten, durch eine Kompromißlösung am 22. Februar als rechten Flügel erneut in die Regierungspartei einzugliedern: Die MÉM bestehe als rein gesellschaftliche Vereinigung weiter; ihre politischen Zielsetzungen jedoch vertrete die neu zu organisierende Regierungspartei, die durch ihre Umbenennung in „Partei des Ungarischen Lebens" MÉP (Magyar Élet Pártja) die rechtsgerichteten Kräfte um Imrédy auch nominell integrierte[241]. Nun versuchte Teleki, durch Neuwahlen seiner Politik eine stabile parlamentarische Grundlage zu verschaffen, die er auch benötigte, um außenpolitisch zu einer gewissen Distanz zu Hitler-Deutschland zu gelangen[242].

Im Juni 1938 war ein neues Wahlgesetz (XIX/1938) verabschiedet worden, das endlich die geheime Abstimmung auch auf dem Land vorschrieb. Dafür wurden andererseits die Bedingungen für die Ausübung des Stimmrechts weiter verschärft, so daß der Prozentsatz der Wahlberechtigten (im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung) 1939 gegenüber den Wahlen 1935 von 33,8% auf 30,9% zurückging[243]. Die Zahl der Wahlkreise wurde auf 260 festgelegt, die sich auf 125 Listen- und 135 Einzelwahlkreise (der Kandidat mußte hier die relative Mehrheit, mindestens aber 40% der abgegebenen Stimmen erreichen) aufteilten[244]. Das aktive Wahlrecht in den städtischen Listenwahlkreisen war an folgende Voraussetzungen gebunden: Vollendung des 26. Lebensjahres bei Männern, des 30. bei Frauen; zehnjährige ungarische Staatsangehörigkeit; sechsjährige Ortsansässigkeit; Abschluß der sechs Grundschulklassen. Vom Bildungszensus ausgenommen waren ausgezeichnete Soldaten des Ersten Weltkriegs, Kriegsinvaliden, selbständige Gewerbetreibende usw. Die ländlichen Einzelwahlbezirke sahen noch schärfere Bestimmungen vor: Das Wahlalter lag bei Männern wie Frauen bei 30 Jahren; neben dem Nachweis einer sechsjährigen Ortsansässigkeit mußte der potentielle Wähler den Beweis dafür erbringen, daß er lesen und schreiben konnte und eine ständige Beschäftigung hatte (für Frauen: Ehefrau eines verdienenden Gatten, aus eigenem Vermögen lebende Ledige oder Mutter mindestens dreier Kinder). Akademiker waren ohne Rücksicht auf die Altersgrenze wahlberechtigt[245].

Die Hintergründe dieser Wahlrechtsbestimmungen sind durchsichtig. Regierung und Ministerialbürokratie mutmaßten, daß die Einführung des allgemeinen, geheimen Wahlrechts ein sprunghaftes Anwachsen von Abgeordneten der extremen Rechten nach sich ziehen würde. Die Heraufsetzung des Wahlalters diente dazu, die in der Jugend überproportional stark vermuteten rechtsradikalen Elemente von der Abstim-

[241] Zur außen- und innenpolitischen Situation und Entwicklung nach Telekis Amtsantritt vgl. zusammenfassend Lackó, 1966, S. 157 ff.; Macartney I, S. 329 ff.; MT 8/2, S. 976 ff.

[242] Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erklärte Teleki die „bewaffnete Neutralität" Ungarns.

[243] Révész, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 53.

[244] Kónya, in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 370.

[245] Janos, 1982, S. 293; Révész, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 53; Lackó, 1966, S. 163 (S. 65 f.); Toth, in: Wende, 1981, S. 734; MTK III, S. 955; Csekey, in: Baranyai, 1940, S. 575 (für den Stand 1940).

mung fernzuhalten[246]. Der Bildungszensus, die Vorschrift einer langen Ortsansässigkeit sowie der Nachweis einer ständigen Beschäftigung hatten zum Ziel, die unteren sozialen Gruppen (ländliches und städtischen Proletariat) auszuschließen, da gerade die Landarbeiter, unter denen noch dazu die Arbeitslosigkeit hoch war, zu häufigen Ortswechseln gezwungen waren; viele von ihnen waren nur saisonal bei verschiedenen Grundbesitzern beschäftigt. Die Auswirkungen des Bildungszensus sowie die eklatante Benachteiligung der Frauen liegen auf der Hand.

Zu diesen Einschränkungen kamen jedoch noch weitere Maßnahmen, die den Wahlkampf aller Oppositionsparteien massiv behinderten. Ein deutscher Bericht über die Wochen vor den Wahlen erläuterte ausführlich die Praktiken der Regierung, um politisch unliebsame Kandidaten auszuschalten und das Votum der unzufrieden bis revolutionär gestimmten Bevölkerung zu neutralisieren. Demnach nahm man die durch das Wahlgesetz notwendig gewordene Neueinteilung der Wahlkreise, die zudem erst einen Tag vor Auflösung des alten Parlaments bekanntgegeben wurde[247], nach Aussage dieses Berichts „aufgrund der Meldungen der Obergespane über die politische Einstellung der Bevölkerung" vor. So seien die Bezirke mit vorwiegend deutscher Bevölkerung systematisch „zerrissen", Gebiete mit rechtsradikal eingesteller Einwohnerschaft durch Zuteilung konservativer Gegenden „verwässert" worden[248].

Das neue Wahlrecht hatte zudem eine weitere Abänderung des Empfehlungssystems für Kandidaten mit sich gebracht. In Einzelwahlbezirken mußten mindestens 500, in Listenwahlbezirken mindestens 1500 Unterschriften vorgelegt werden. Nur im Fall von „Landesparteien" (országos párt), d.h. Parteien, die entweder bereits vier Abgeordnete im Parlament hatten oder aber 20000 stimmberechtigte Mitglieder nachweisen konnten, reduzierte sich diese Zahl auf 150 Empfehlungen in Einzel- und Listenwahlkreisen (150 Empfehlungen pro Listenkandidat)[249]. Der für die Kleinlandwirtepartei auf der Liste in Szeged kandidierende Kálmán Shvoy berichtete in seinen 1952 verfaßten privaten Erinnerungsnotizen, wie mühselig der Erwerb der nötigen Unterschriften für einen oppositionellen Kanditaten war: „Ich brauchte 450 Unterschriften, die Unterschrift mußte vor dem Notär oder (stellvertretenden) Bürgermeister im Rathaus geleistet werden. Vor dem Saal im Rathaus standen Beobachter der Regierungspartei und schrieben die auf, die meine Empfehlung unterzeichneten. Die Zeitungen waren völlig in der Hand der Regierungspartei"[250].

[246] Ránki versuchte in seiner Untersuchung der Wahlen in Budapest, eine Korrelation zwischen Wahlergebnis und Altersstruktur der Wähler herzustellen. Er erhielt jedoch keine schlüssigen Daten, die die Hypothese entweder stützen oder widerlegen könnten; vgl. Genaueres bei Ránki, in: Larsen/Hagtvet/Myklebust, 1980, S. 408.

[247] Die Ausführungsverordnung 264/1939 B. M. über die neue Wahlkreiseinteilung wurde im Budapesti Közlöny am 3.5.1939 veröffentlicht; den Text vgl. bei Némethy/Térfy, 1939, S. 152ff.

[248] IfZ, MA 70/1: Antikomintern-Material: Vertraulicher Bericht aus Ungarn (Ungarn Nr. 8), Budapest, 20.5.1939, S. 5; vgl. dazu auch Pintér, 1980, S. 199.

[249] Kónya, in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 371.

[250] Shvoy Kálmán naplója, S. 202.

Alle Oppositionsparteien, Pfeilkreuzler wie Sozialdemokraten, litten unter der Regelung, daß jeder Kandidat eine hohe Kaution[251] hinterlegen mußte, die er im Falle seiner Nichtwahl im Einzelwahlkreis nur dann zurückerhielt, wenn wenigstens 25% der gültigen Stimmen auf ihn entfallen waren[252]. Nicht nur wurden dadurch mittellose Bewerber ausgeschaltet; die Oppositionsparteien konnten somit auch nicht in allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen[253]. Der Wahlkampf des erfolglosen Kleinlandwirtekandidaten Shvoy hatte nach seiner Tagebuchnotiz vom 28./29. Mai 1939 das private Vermögen von 15000 Pengö gekostet[254].

Ein taktisches „Wahlkampfmittel" der Verwaltung war ferner die trickreiche Kombination zweier Normen: Zum einen war die Zahl der Unterschriften, die als Wahlempfehlung zu sammeln waren, nach oben nicht begrenzt, obwohl nur eine gewisse Anzahl benötigt wurde, zum anderen durfte, wer einmal eine Empfehlung gegeben hatte, keinen anderen Kandidaten mehr unterstützen. Der bereits erwähnte deutsche Bericht beschreibt sehr anschaulich, wie sich damit Wahlergebnisse im Sinne der Regierung erzielen ließen:

„Da die Regierung früher als alle anderen Parteien wusste, wie die neue Bezirkseinteilung war und da sie auch über den ganzen Verwaltungsapparat verfügte, liess sie in den ersten vierundzwanzig Stunden in den einzelnen Dörfern alle nur irgendwie erreichbaren Unterschriften sammeln, wobei es natürlich nicht an dem nötigen Druck fehlte, der leicht geltend gemacht werden konnte im Hinblick auf Steuerschulden, persönliche Beziehungen und ähnliche Dinge. [...] Wenn es nun in dieser Gemeinde der Regierung gelungen war, den grössten Teil dieser Wahlberechtigten zur Unterschrift zu bekommen, so brauchte sie von diesen Unterschriften nur einen Bruchteil zu verwenden. [...] Dadurch wurden aber die übrigen Parteien blockiert, denn sie konnten nun in dieser Gemeinde nicht einmal die notwendige Zahl der Unterschriften zusammenbekommen, wodurch die Möglichkeit einer Kandidatur überhaupt entfiel."[255]

Trotz geheimer Abstimmung gibt das Wahlergebnis 1939 also keineswegs die tatsächliche politische Einstellung der Bevölkerung wieder. Hinzu kommt weiter die Verzerrung der Sitzverteilung zugunsten der Regierungspartei durch das Mehrheitswahlrecht. Um so erstaunlicher ist das gute Abschneiden der Pfeilkreuzler wie der extremen Rechten insgesamt.

Noch die MNSZP hatte am 25. Januar 1938 in Fundamentalopposition zum „System" den eingereichten Wahlrechtsentwurf als „unwahr, unmoralisch und nutzlos" abgelehnt: Nicht die geheime Wahl, sondern nur eine Volksabstimmung über eine ungarische NS-Verfassung führe zum Systemwechsel[256]. Die Anfang März 1939 nach dem Hungaristenverbot wiedergegründete „Pfeilkreuzpartei" nahm an den Wahlen teil, war allerdings durch die Schutzhaft mehrerer führender Funktionäre und das am 13. April erfolgte dreimonatige Erscheinungsverbot ihrer Zeitung „Magyarság" erheb-

[251] § 78, Abs. 2 des Gesetzes XIX/1938 legte die Höhe der Kaution in Einzelwahlkreisen auf 2000 P fest, in Listenwahlkreisen mit zwei Abgeordneten auf 3000 P; für jeden weiteren Kandidaten waren je 500 P, höchstens jedoch 5000 P zu entrichten; vgl. Näheres bei Némethy/Térfy, 1939, S. 64.

[252] Die Rückzahlung der Kaution in Listenwahlkreisen erfolgte aufgrund komplizierter Berechnungen; vgl. dazu § 125 von Gesetz XIX/1938, in: ebenda, S. 106f.

[253] Pintér, 1980, S. 198f.

[254] Shvoy Kálmán naplója, S. 203.

[255] IfZ, MA 70/1; Antikomintern-Material: Vertraulicher Bericht aus Ungarn (Ungarn Nr. 8), 20. 5. 1939, S. 5f.

[256] Ebenda, 1541/5, B. 739: Erklärung der MNSZP zur Wahlrechtsreform, 25. 1. 1938.

lich geschwächt. Hinzu kam das Verbot der Parteiwochenzeitung „Összetartás" kurz vor den Wahlen[257]. Der Geschäftsträger der britischen Gesandtschaft in Budapest, Gascoigne, hatte zwar noch am 12. Februar von der potentiellen Stärke der Hungaristen berichtet, weil „although in two recent by-elections the Hungarist representatives were defeated by the Government candidates, the former succeeded in polling a considerable proportion of the votes despite the ‚persuasive' measures which, I am informed, were taken to ensure the return of the Government's nominees"[258]. Am 6. Mai meldete er jedoch seinem Außenminister die beruhigende Nachricht, daß die neugegründete Pfeilkreuzpartei „who might in the past have proved a serious menace to the Government at the elections, have not recovered yet from the action taken against them by Count Teleki last February"[259]. Auch der deutsche Gesandte Erdmannsdorff nahm am 15. April ein Scheitern der Pfeilkreuzler, die „einzige ernst zu nehmende Opposition", als sicher an und schätzte, daß alle rechtsradikalen Gruppen zusammen bei völlig unbeeinflußter Abstimmung 30%, in Anbetracht des neuen Wahlgesetzes jedoch wahrscheinlich nur 8 bis 10% der Stimmen auf sich vereinigen könnten[260]. Optimistischer gab sich einen Monat später ein vertraulicher Bericht aus Ungarn, der zwar einen haushohen Sieg der Regierungspartei (mit zwei Dritteln der Mandate) für gewiß erachtete, der NS-Rechten hingegen trotz ihrer Finanznot 30 Mandate voraussagte, „wobei Überraschungen nach oben hin nicht ganz ausgeschlossen scheinen"[261].

Trotz der kurzen Zeit und der Behinderungen durch die Regierung entfalteten die Pfeilkreuzler einen heftigen, intensiven Wahlkampf. Der Parteivorsitzende Hubay hielt innerhalb von zwei Wochen in 94 verschiedenen Orten politische Reden[262]. Daneben traf man ein Wahlkampfabkommen mit den anderen NS-Parteien und einigte sich auf gemeinsame Kandidaten, um sich nicht im eigenen Lager Konkurrenz zu machen. Alle, die es sich finanziell leisten konnten, die hohe Kaution zu stellen, wurden nominiert, ob sie nun bereits Parteimitglieder waren oder nicht. Die radikalen Parteiaktivisten wurden zur Propaganda eingesetzt, aber aus finanziellen und politischen Gründen nicht als Kandidaten aufgestellt. Unter den 63 NYKP-Kandidaten gab es nur einen Arbeiter und drei Kleinbauern. Der Wahlkampf variierte zwar je nach sozialer Zusammensetzung des Stimmbezirks, doch betonten die Pfeilkreuzler in ihrer Agitation im allgemeinen Themen wirtschaftlich-sozialen Inhalts[263].

Trotz der ungünstigen Ausgangsposition erreichte die nationalsozialistische Rechte ein Wahlergebnis, das für ungarische Verhältnisse einem Erdrutsch gleichkam. Die folgende Tabelle kontrastiert die Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus 1935 und 1939[264]:

[257] Fiala, 1940, S. 36.
[258] The Shadow of the Swastika, Nr. 149, S. 392 f.
[259] Ebenda, Nr. 158, S. 410.
[260] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Innere Politik, Bd. 4, 1938/39.
[261] IfZ, MA 70/1: Antikomintern-Material: Vertraulicher Bericht aus Ungarn (Ungarn Nr. 7), Budapest, 13. 5. 1939, S. 5 f.
[262] Fiala, 1940, S. 35.
[263] Lackó, 1966, S. 165 f. (S. 68); Macartney I, S. 350.
[264] MTK III, S. 936, 967; MT 8/1, S. 710 f.; MT 8/2, S. 993; Borbándi, 1976, S. 19 f. Die geringfügig anderen Zahlen bei Macartney I, S. 350, reflektieren den Stand von Ende 1939. Lackó, 1966, S. 167 f. (S. 68 f.) weist Druckfehler auf.

	1935	1939
Regierungspartei	170	183
Christliche Partei	14	4
NS-Kandidaten	2	49
davon NYKP	–	*31*
Kleinlandwirtepartei	25	14
Sozialdemokraten	11	5
Sonstige	23	5
Mandate insgesamt	245	260

Konnte man schon vor 1939 nicht eigentlich von einer „linken Opposition" sprechen, so war sie nach 1939 nun völlig bedeutungslos. Das Mehrheitswahlrecht jedoch verschleierte die eigentlichen politischen Kräfteverhältnisse, so daß der Stimmenanteil der einzelnen Parteien unbedingt erwähnt werden muß[265]:

Regierungspartei	50%	(erhält 70% der Mandate)
Christliche Partei	3%	
NS-Parteien/-Kandidaten	25%	(erhalten 18% der Mandate)
Kleinlandwirtepartei	15%	
Sozialdemokraten	4%	

Es ist hinzuzufügen, daß die Sozialdemokraten in nur rund 20 Wahlkreisen antraten, die Pfeilkreuz- und anderen NS-Parteien in rund 70 und die Kleinlandwirte in über 100. Sie erhielten in absoluten gerundeten Zahlen (in der Reihenfolge ihrer Nennung) 120000, 900000 bzw. 580000 Stimmen. Der eigentliche Rückhalt der extremen Rechten (wie auch der Sozialdemokraten und Kleinlandwirte) muß demnach erheblich größer gewesen sein, als diese Zahlen vermuten lassen[266].

Eine empirische Untersuchung einzelner Wahlkreise hinsichtlich der Sozialstruktur ihrer Bewohner und ihres Stimmverhaltens liegt nur für die Stadt Budapest vor[267], für die anderen Wahlkreise muß sich der Historiker mit der Benennung von Tendenzen begnügen[268].

In den drei Budapester (Listen-)Wahlkreisen Buda (rechtes Donau-Ufer und Margareteninsel), Pest Nord (Bezirke V, VI, VII, XIII) und Pest Süd (Bezirke IV, VIII, IX, X, XIV)[269] hatten von knapp 360000 Wahlberechtigten 295000, also 82%, ihre Stimme abgegeben. Von den 260 Sitzen im Parlament entfielen auf die Hauptstadt 27 Mandate. Das Wahlergebnis lautete im einzelnen[270]:

[265] Lackó, 1966, S. 169 (S. 69 f.).
[266] Ebenda, S. 169, 172 (S. 70); Nagy-Talavera, 1970, S. 154, Anm. ****.
[267] Ránki, in: Larsen/Hagtvet/Myklebust, 1980, S. 401 ff.; in ungarischer Sprache: TSz 19 (1976), S. 613 ff.; ders., 1983 (b), S. 385 ff.
[268] Lackó, 1966, S. 169 ff.
[269] Vgl. die Ausführungsverordnung 264/1939 B.M., Teil B/II, in: Némethy/Térfy, 1939, S. 193 f.
[270] Források Budapest történetéhez, Nr. 220, S. 472.

Partei	Stimmen absolut	in %	Mandate
Regierungspartei	95634	32,5	10
Pfeilkreuzpartei	72961	24,8	9
Bürgerliche Freiheitspartei	47584	16,1	5
Sozialdemokraten	34922	11,9	3
Nationale Front	14135	4,8	–
Christliche Partei	14024	4,8	–
Sonstige	10498	3,5	–
ungültig	4814	1,6	–
insgesamt	294572	100,0	27

Auffällig ist hier der massive Durchbruch der extremen Rechten, zu der neben den Pfeilkreuzlern auch Sallós „Nationale Front" gezählt werden muß. Letztere ging zwar, was die Mandatsverteilung angeht, leer aus, doch erhöht sich, rechnet man sie zum Ergebnis der NYKP hinzu, der Anteil der NS-Parteien auf 29,6% (87096 Stimmen). Damit waren sie der Regierungspartei gefährlich nahe gekommen, die jedoch ebenfalls Stimmengewinne verzeichnen konnte. 1935 hatte sie nur 26% der Stimmen erhalten, 1939 über 32%. Die bürgerlichen Liberalen, eine Besonderheit der Hauptstadt, mußten nur relativ geringe Verluste hinnehmen (1935: 19%). Eine vernichtende Niederlage erlitt die Christliche Partei, die 1935 noch 25,8% der Stimmen gewinnen konnte. Abgesehen von gewissen legitimistischen Zügen stand sie politisch der Regierungspartei nahe, mit der sie auch ein Wahlbündnis geschlossen hatte. Sie verlor Wähler an die MÉP oder an die Pfeilkreuzler. Lackó interpretiert diesen Vorgang plausibel damit, daß Mittelklasse und städtisches Kleinbürgertum, das Wählerreservoir der hauptsächlich mit religiösen Parolen vorgehenden Christlichen Partei, zwar „reaktionär" eingestellt, im Grunde jedoch unpolitisch gewesen seien und sich bisher politisch passiv verhalten hätten. Den Pfeilkreuzlern gelang im Zuge der sich 1938 abzeichnenden allgemeinen Politisierung und Polarisierung die Aktivierung dieser sozialen Gruppen und der Einbruch in dieses Wählerreservoir, was die Christliche Partei aufreiben mußte[271].

Sehr starke Einbußen erlitten weiter die Sozialdemokraten. Sie, die in den Wahlen 1922 noch rund 40% der Budapester Wähler für sich hatten gewinnen können und auch 1935 noch gute 22% der Stimmen erhielten, fielen auf schwache 12% zurück. Diese Niederlage war um so schmerzlicher, als 1939 nur knapp 35000 Wähler ihre Stimme den Sozialdemokraten gaben (1935: über 55000), obwohl sich die Zahl der Wahlberechtigten erhöht hatte. Unterscheidet man die drei Budapester Wahlkreise, so sank der sozialdemokratische Anteil in Buda von 15,7% 1935 auf 6,4% (5477 Stimmen; dagegen für die MÉP: 35252; NYKP: 23818; Nationale Front: 4766), in Pest Süd von 24,4% auf 12,2% und in Pest Nord von 25,3% auf 12,2% (15512 Stimmen; dagegen für die MÉP: 22095; Liberale: 25201; NYKP: 18457; Nationale Front:

[271] Lackó, 1966, S. 168, 170 (S. 69); ähnlich Ránki, in: Larsen/Hagtvet/Myklebust, 1980, S. 407.

3055)[272]. Der Anteil der NYKP (aller NS-Parteien) betrug in Buda 27,4 (32,7), in Pest Nord 20,5 (23,9) und in Pest Süd 27,2 (32,8)%[273].

Den Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur der 14 Budapester Bezirke und dem Wahlverhalten ihrer Bevölkerung verdeutlicht Ránki in seiner aufschlußreichen Kurzstudie[274]:

Sozialstruktur der Bezirke

	I	II	III	XI	XII	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XIII	XIV
„Ruling classes" ..	5,0	4,2	2,2	3,4	3,5	6,8	4,2	3,2	1,8	1,7	1,2	1,0	0,7	2,4
selbständige Handwerker	8,7	9,1	7,5	7,7	7,6	24,7	17,9	15,9	19,7	17,0	11,7	5,6	7,4	9,3
freie Berufe	3,8	4,6	1,2	2,6	3,1	7,8	8,3	4,3	2,3	2,2	1,2	0,6	0,4	1,2
Angestellte	14,2	15,1	7,6	13,9	12,9	12,3	21,0	13,2	9,1	8,5	8,8	5,9	5,1	8,9
Beamte	33,0	30,6	12,6	31,6	36,5	19,5	14,7	12,5	9,7	16,8	15,7	12,3	4,6	16,3
Industriearbeiter	12,8	15,2	45,3	20,6	16,6	10,9	12,2	23,7	29,4	39,6	33,4	50,4	58,4	36,1
Händler	1,6	1,6	2,2	2,1	1,4	3,2	5,1	6,7	7,3	6,0	3,1	1,9	2,6	2,9
andere Arbeiter und Dienstpersonal	8,9	7,8	12,4	11,9	11,4	3,6	4,6	6,3	6,6	7,3	9,5	14,0	12,2	16,2

Ergebnisse der Wahlen 1939 (in %)

Bezirk	Regierungspartei	Sozialdemokraten	Liberale	Pfeilkreuzler
I	48,6	3,3	12,1	23,5
II	39,6	5,0	16,8	24,1
III	31,2	13,1	0,9	33,2
XI	44,6	5,1	9,0	27,5
XII	43,7	4,1	10,6	26,7
IV	37,0	5,4	24,8	19,9
V	24,5	7,4	42,2	15,6
VI	21,7	13,8	33,0	19,8
VII	23,4	18,1	26,6	21,3
VIII	31,8	14,3	14,8	25,7
IX	32,5	11,2	8,1	28,3
X	37,4	14,2	3,5	29,4
XIII	26,8	20,8	20,2	21,8
XIV	35,2	13,6	8,2	29,6

[272] Lackó, 1966, S. 170f., 177. Die absoluten Zahlen wurden entnommen aus: Népszava Nr. 101, 31.5.1939, S. 1f. Das Ergebnis für Pest Süd lag nur provisorisch vor: MÉP: 38691; Liberale: 12528; NYKP: 30680; Nationale Front: 6370; Sozialdemokraten: 13077.

[273] Die Zahlen entstammen einer statistisch anscheinend zuverlässigen NYKP-Zusammenstellung der Wahlen 1939; vgl. IfZ, MA 1541/2, B. 1203.

[274] Ránki, in: Larsen/Hagtvet/Myklebust, 1980, S. 409f. Die Daten zur Sozialstruktur entnahm Ránki einer 1940 erstellten Statistik über die Berufsstruktur der Budapester Mieter; Genaueres zur Methode vgl. ebenda, S. 401ff.

Auffällig ist zunächst, daß die Pfeilkreuzler[275] im Gegensatz zu den Liberalen und Sozialdemokraten in allen 14 Bezirken relativ stark vertreten waren, d.h. es muß ihnen gelungen sein, in allen, sozial ganz unterschiedlich strukturierten Vierteln Fuß zu fassen. Zudem besteht eine eindeutige Korrelation zwischen dem besten Ergebnis der Liberalen und dem (relativ) schlechtesten Abschneiden der Pfeilkreuzler. Für die Bezirke IV, V, VI und VII lohnt sich daher eine genauere Untersuchung. Der V., VI. und VII. Bezirk (NYKP: 15,6%, 19,8% und 21,3%) waren sozial sehr unterschiedlich geprägt. Während der V. durch bessergestelle Geschäftsleute und Angestellte sowie zahlreiche Akademiker, besonders Rechtsanwälte, charakterisiert war, dominierten in VI und VII Arbeiter (30 bzw. 36%), Handwerker (15,9 bzw. 19,7%), kleine Geschäftsleute usw. Gemeinsam war ihnen jedoch der überproportional hohe jüdische Bevölkerungsanteil: V: 37%; VI: 39,3%; VII: 43%[276]. Tatsächlich waren die Juden, ungeachtet ihrer sozialen Zugehörigkeit, die einzige Gruppe, in die die Pfeilkreuzler – aus naheliegenden Gründen – politisch nicht eindringen konnten (und wollten). Jüdische Wähler aus den unteren Schichten pflegten ihre Stimme der Sozialdemokratie zu geben (daher auch der über dem Budapester Durchschnitt von knapp 12% liegende Anteil sozialdemokratischer Stimmen im VI. und besonders VII. Bezirk von 13,8 bzw. 18,1%), die der bürgerlichen Schichten hingegen den Liberalen. Die Regierungspartei wurde im allgemeinen von Juden nicht unterstützt: Ihre schlechtesten Ergebnisse lagen wie die der Pfeilkreuzler in den Bezirken mit hohem jüdischen Einwohneranteil bzw. Wahlerfolg der Liberalen.

Etwas anders lag der Fall im IV. Bezirk. Hier trafen ein überdurchschnittliches Abschneiden der Regierungspartei mit 37%, ein unterdurchschnittlicher Erfolg der Pfeilkreuzler mit 19,9% und das immerhin viertbeste Ergebnis der Liberalen (24,8%) aufeinander. Bei diesem Bezirk handelte es sich um die Pester „City", das Geschäftsviertel, das durch Industrielle, Aristokraten, bessergestellte Akademiker und Angestellte sowie Geschäftsleute mit hohem Einkommen charakterisiert war. Der jüdische Bevölkerungsanteil von 18,3% entsprach in etwa dem Budapester Durchschnittswert. Nichtjüdische Angehörige höherer sozialer Schichten gaben ihre Stimme also erkennbar der Regierungspartei. Es liegt die Hypothese nahe, daß die Pfeilkreuzler eher in ärmeren, nichtjüdischen als in wohlhabenden und/oder jüdischen Stadtvierteln Wahlstimmen gewinnen konnten. Die Sozialdemokraten wiesen in vielem Parallelen zu den Ergebnissen der Pfeilkreuzler auf. Wo diese schwach abschnitten, lagen auch sie meist unter dem Durchschnitt, in den rechtsextremen Hochburgen hingegen waren sie erfolgreicher als in anderen Bezirken.

An der Spitze der Stadtbezirke mit überdurchschnittlichen NYKP-Wahlerfolgen stand mit 33,2% Stimmen der III. Bezirk (Óbuda), ein Proletarierviertel mit 45,3% Industriearbeitern und 12,4% anderen Arbeitern bzw. Dienstpersonal. Neben Beamten und Akademikern mit durchweg niedrigem Einkommen und kleinen Handwerkern fällt der geringe jüdische (9,2%) und hohe deutsche Bevölkerungsanteil auf[277]. Während die Regierungspartei ein durchschnittliches, die Sozialdemokraten ein leicht überdurchschnittliches Ergebnis verzeichneten, mußten die Liberalen mit 0,9% ihr

[275] Die folgenden Ergebnisse aus ebenda, S. 404 ff.
[276] Der jüdische Bevölkerungsanteil in ganz Budapest betrug 20%.
[277] Leider nennt Ránki keinen Prozentsatz für den deutschen Bevölkerungsanteil.

schwächstes Abschneiden in ganz Budapest verbuchen. Ähnlich strukturiert waren der XIV., X. und IX. Bezirk, in denen die Pfeilkreuzler mit 29,6%, 29,4% und 28,3% der abgegebenen Stimmen ihre nächstbesten Ergebnisse holten. Der X. Bezirk wies mit 50,4% Industrie- und 14% anderen Arbeitern einen sehr hohen Proletarieranteil auf; in weitaus geringerem Maße waren kleinere Beamte, Angestellte und Handwerker vertreten. Der Prozentsatz der jüdischen Einwohnerschaft lag mit 5,5% erheblich unter dem Budapester Durchschnitt. Die Sozialdemokraten waren hier mit 14,2% in Hinblick auf den proletarischen Charakter des Viertels erstaunlich schwach. Beim XIV. Distrikt handelte es sich um ein relativ neues Wohnviertel mit einem Arbeiteranteil von über 50% (36% Industrie-, 16,2% andere Arbeiter); daneben dominierten kleine Händler, Handwerker und Beamte. Der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung war hier mit 12,3% ebenfalls unterdurchschnittlich. Der IX. Bezirk schließlich (12% jüdische Einwohner) war etwas weniger proletarisch geprägt (33,4% Industrie-, 9,5% andere Arbeiter) zugunsten eines höheren Anteils kleiner Beamter und Handwerker mit niedrigem Einkommen (15,7 bzw. 11,7%). Wesentlich erscheint hier, daß es sich bei den Arbeitern überwiegend um „newcomers", um Industrieproletarier der „ersten Generation" ohne Tradition in der sozialistischen Arbeiterbewegung gehandelt haben muß. Die sozialdemokratischen Wähler lagen mit 11,2% knapp unter dem Budapester Durchschnitt.

Die Bedeutung der „Generationenfrage" erhellt sich bei der Untersuchung des XIII. Bezirks, einem traditionellen Arbeiterviertel mit ebenfalls niedrigem jüdischen Bevölkerungsanteil (8%). 58,4% der Einwohner waren meist gelernte Industrie-, 12,2% andere Arbeiter. Mit geringen Prozentsätzen folgten Handwerker (9,3%), kleine Angestellte und Beamte (5,1 bzw. 4,6%). Die Sozialdemokraten erreichten hier auf „klassischem" Terrain ihr bestes Ergebnis mit 20,8% der abgegebenen Stimmen, auch die Liberalen lagen mit 20,2% erstaunlich weit vorn. Deutlich unterdurchschnittlich schnitten hingegen sowohl die Regierungspartei (26,8%) als auch die Pfeilkreuzler ab, die mit 21,8% ein nur unerheblich höheres Ergebnis erzielten als im jüdisch geprägten VII. Bezirk. Das alte Industrieproletariat erwies sich also, bei aller Vorsicht in Anbetracht einer groben Statistik, als relativ resistenter gegenüber den Pfeilkreuzlern als die Arbeiter der „newcomer"-Generation. Andererseits gab auch in diesem traditionellen Arbeiterviertel jeder fünfte Wähler seine Stimme den Pfeilkreuzlern, ein immer noch bemerkenswert hoher Anteil.

Der große Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Pfeilkreuzlern hinsichtlich ihres Vermögens, Wähler zu mobilisieren, liegt ganz eindeutig in der Tatsache, daß erstere als „weltanschaulich geprägte Interessenpartei" auf eine soziale Gruppe, nämlich die Arbeiterschaft, beschränkt blieben, letztere jedoch ähnlich wie die NSDAP als „Integrationspartei" modernen Typs die gruppen- und schichtenspezifischen Fesseln sprengten und – mit Ausnahme der Juden – alle sozialen Gruppen (natürlich mit gewissen Schwergewichten) erreichen konnten[278]. Ein Beleg dafür ist das immer noch überdurchschnittliche Abschneiden der Pfeilkreuzler mit 27,5 und 26,7% in den bürgerlich geprägten Bezirken XI und XII (mit niedrigem jüdischen Bevölkerungsanteil von 7,2 bzw. 7,6%). In beiden erreichte die Regierungspartei Spitzenergebnisse mit 44,6 bzw. 43,7%, während sowohl die Liberalen als auch erst recht die Sozialdemokra-

[278] Zauzich, 1976, S. 19, 31.

ten unterdurchschnittliche Werte erzielten. Der XI. Bezirk war durch Beamte (31,6%) und Angestellte (13,9%) mittlerer Einkommensgruppen gekennzeichnet, wies daneben aber auch einige neuere Arbeiterwohngebiete auf (20,6% Industrie-, 12,4% andere Arbeiter). Im Gegensatz dazu handelte es sich beim XII. Bezirk um eine reiche Wohngegend der Oberschichten aus Unternehmern und hohen Beamten mit einem gewissen Anteil von Dienstboten.

Ähnlich verhielt es sich mit den großbürgerlichen Bezirken I und II, beides Viertel der Ober- und oberen Mittelschicht mit einem hohen Anteil von bessergestellten Beamten und leitenden Angestellten, aber auch von Aristokraten und Unternehmern. Im I. Bezirk mit seinem niedrigen Prozentsatz an jüdischen Einwohnern (6,4%) erreichte die Regierungspartei mit 48,6% ihr Traumergebnis, die Sozialdemokraten schnitten mit 3,3% hier am schlechtesten ab. Immerhin waren die Pfeilkreuzler mit ihren 23,5% fast doppelt so stark wie die Liberalen. Der II. Bezirk mit seinem höheren jüdischen Bevölkerungsanteil (10,5%) verzeichnete dementsprechend ein besseres Ergebnis der Liberalen (16,8%) auf Kosten der Regierungspartei (39,6%) sowie ein weit unterdurchschnittliches Abschneiden der Sozialdemokraten mit 5,0%. Auch hier lagen die Pfeilkreuzler mit 24,1% nur ganz knapp unter ihrem Durchschnittsergebnis für Budapest. Die Pfeilkreuzler hatten demnach dank ihrer breitgestreuten ideologischen Aussagen Zulauf aus allen nichtjüdischen Bevölkerungsgruppen: „the success of the Arrow Cross would have been impossible had its activity or influence been limited to winning over either the middle-class or the unorganized workers alone"[279].

Zudem muß es ihnen gelungen sein, die Nichtwähler von 1935 für sich zu mobilisieren. Neben der Unterstützung durch unzufriedene Beamte, Offiziere usw. der Gentry-Mittelklasse und durch kleinbürgerliche Gruppen des „alten Mittelstandes" schafften sie durch ihre antikapitalistische, sozialrevolutionäre Agitation den Einbruch in die Arbeiterschaft, wo sie beträchtlichen Rückhalt, wenn nicht sogar die Mehrheit für sich gewannen.

Der Listenwahlkreis „Budapest Umgebung" (Budapest környék) mit seinen 32 Ortschaften[280], zu denen auch der „Rote Gürtel" der Arbeitervorstädte gehörte, erlebte einen geradezu sensationellen Durchbruch der Pfeilkreuzler. Mehr als 150000 Wahlberechtigte (1935: nur 100000) gaben hier ihre Stimme ab[281]:

	1935 in %	1939 in %	absolut
Regierungspartei	35,7	27,5	42175
Christliche Partei	13,5	6,9	10596
NS-Kandidaten, meist NYKP	–	41,7	64992
Sozialdemokraten	33,3	17,1	26213

[279] Ránki, in: Larsen/Hagtvet/Myklebust, 1980, S. 416.

[280] Vgl. dazu die Ausführungsverordnung 264/1939 B. M., Teil B/I, in: Némethy/Térfy, 1939, S. 192f.

[281] Lackó, 1966, S. 169; Népszava Nr. 101, 31. 5. 1939, S. 2.

Dies bedeutet, daß knapp 65000 Wähler der extremen Rechten (NYKP: 55591; Nationale Front: 9401) ihre Stimme gaben[282]. Wie in Budapest Stadt wurde die Christliche Partei aufgerieben, doch mußte hier auch die Regierungspartei herbe Verluste hinnehmen. Eine katastrophale Niederlage erlitten die Sozialdemokraten, deren Stimmanteil über 16% zurückging. Die Arbeitervorstädte um Budapest[283] zeigen diese Entwicklung besonders eklatant[284]:

	MÉP	NYKP	MSZDP
Kispest	6364	6722	4152
Ujpest	3238	6524	2712
Rákospalota	4331	5453	2728
Pestszentlörinc	3646	5034	2339
Pesterzsébet	3839	4187	3539
Csepel	1614	1515	1213
Pestújhely	792	1072	482

Bis auf die Donau-Insel Csepel im Süden Budapests, einem reinen Industriegebiet, wo sie bei beträchtlichem Stimmenanteil der Sozialdemokraten knapp von der Regierungspartei geschlagen wurden, konnten die Pfeilkreuzler in allen aufgeführten Ortschaften deutliche Siege erringen. Für den Ort Pestszentlörinc ist sogar das genaue Verhältnis zwischen Wähler- und Mitgliederzahl feststellbar: Der NYKP-Ortsverband umfaßte im März 1939 bei seiner Gründung rund 200, im Mai kurz vor den Wahlen 600 Mitglieder. Die Zahl der Wähler lag also gut achtmal höher als die der eingeschriebenen Mitglieder[285]. Hervorzuheben ist, daß sich bei einer Untersuchung der sozialen Herkunft der Arbeiter der Pester Umgebung der Anteil derer, die aus (Industrie-)Proletarierfamilien stammten, als höher erwies als in Budapest selbst[286]. Es ist also keineswegs so, daß die Pfeilkreuzler nur von ungelernten Arbeitern der „ersten Generation" gewählt wurden.

Für die ländlichen Wahlkreise ist es noch schwieriger, Aussagen über die politischen Kräfteverhältnisse oder die Korrelation zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten zu machen. Die NYKP stellte sich nicht einmal in der Hälfte der Wahlkreise zur Wahl. Untersucht man diese genauer, so erweist sich, daß das starke Abschneiden der extremen Rechten keineswegs auf die Großstadt Budapest beschränkt war, sondern sich auch in der Provinz abzeichnete. In den 18 Listenwahlkreisen, in denen Kandidaten der NYKP oder anderer NS-Parteien antraten, erhielten sie rund 35% der Stimmen (gegenüber 25% im Landesdurchschnitt), in den mehr als 60 Einzelwahlbezirken sogar 40%[287]. Zwar läßt das lückenhafte Material nur schwerpunktmäßige Aus-

[282] Ebenda.

[283] Zu „Groß-Budapest" gehörten nach zeitgenössischer Auffassung neben der Stadt Budapest noch 21 Ortschaften der Pester Umgebung; vgl. Lackó, 1958, S. 6, Anm. 1.

[284] Ders., 1966, S. 170.

[285] Fiala, 1940, S. 128f. Mitte Oktober 1939 hatte die NYKP ihre Mitglieder auf 1160 nahezu verdoppelt.

[286] Lackó, 1958, S. 24.

[287] Ders., 1966, S. 173.

sagen zu, doch erweist sich ein breiter, wenn auch regional unterschiedlicher Rückhalt der Pfeilkreuzler in der ländlichen Wählerschaft.

Fest steht ein beträchtlicher Einfluß der Pfeilkreuzlerparteien in den die Hauptstadt umgebenden Komitaten Pest-Pilis-Solt-Kiskun im Osten und Fejér im Westen. In fast allen Fällen lagen ihre Ergebnisse in 14 Wahlkreisen des Komitats Pest weit über dem Landesdurchschnitt, sechs konnten sie gewinnen[288]. Die NYKP-Bewerber erreichten Spitzenwerte in den Wahlkreisen Abony mit 56,4%, Cegléd mit 48,6% und Pilishegyvidék mit 52,4%; die Wahlkreise Monor und Nagykáta fielen mit 53,9 bzw. 69,8% an Kandidaten der Nationalen Front, der Kreis Aszód mit 73,5% an Lajos Csoór von der Volkswillenpartei. In den übrigen Kreisen kam die NYKP dem Stimmenanteil der Regierungspartei sehr nahe. Im Komitat Fejér spiegelt sich der Pfeilkreuzlerrückhalt nur unvollkommen in den Wahlergebnissen wider: Einen beträchtlichen Stimmenanteil gewann die NYKP in den Wahlkreisen Adony (41%), Mór (49,7%) und Székesfehérvár (35,6%), in Sárbogárd konnte die Nationale Front 41,1% erreichen[289].

Überdurchschnittliche Erfolge erzielten die Pfeilkreuzlerparteien ferner in den westungarischen Komitaten. Im Komitat Vas, wo sie in der Mehrzahl der Einzelwahlkreise gar nicht kandidierte, erreichte die NYKP in den Stimmbezirken Sárvár, Szombathely-Köszeg und Vasvár fast 40%. Auf der Liste entfielen auf sie rund 34 000 Stimmen, gegenüber 47 000 Stimmen der Regierungspartei und 13 000 der Kleinlandwirte. Ähnlich stark schnitten die rechtsradikalen Parteien im Komitat Zala westlich und nördlich des Plattensees ab, doch kandidierte hier die NYKP nur in einigen Wahlkreisen (Nagykanizsa: 49,3%; Sümeg: 33,3%) und überließ die anderen den hier traditionell starken Vereinigten Nationalsozialisten (Alsólendva: 51,1%; Keszthely: 67,6%; Zalaszentgrót: 42,2%). Im Komitat Györ dominierte dann wieder die NYKP (Wahlkreis Öttevény: 45,7%; Tét: 43,4%; Pannonhalma: 43,9%). Auch im südlich angrenzenden Komitat Veszprém erzielte sie Gewinne (Wahlkreis Veszprém: 40,3%; Zirc: 49,4%; Vereinigte Nationalsozialisten in Enying: 44,9%)[290]. Besonders erfolgreich war sie in Dörfern, deren Bewohner als Arbeiter in die Fabriken der Industriegebiete gingen, aber ihren Hauptwohnsitz in ihrer Heimat behielten[291]. Einen weiteren Beleg für die Hypothese, daß gerade die vom Lande stammende Arbeiterschaft der „ersten Generation" für die Pfeilkreuzlerpropaganda empfänglich war, findet man auch im Komitat Nógrád im Nordosten Ungarns, wo sich für die Großgemeinde Érsekvadkert, in der die NYKP die Stimmenmehrheit erzielen konnte, eine Korrelation zwischen Berufsstruktur und Wahlverhalten aufstellen läßt. Viele Einwohner arbeiteten in Budapest, und zwar speziell im Baugewerbe (einer typischen Durchgangsstation auf dem Weg vom Land in die Industriearbeiterschaft), in dem der Einfluß der Pfeilkreuzler besonders groß war[292].

In den östlichen und südöstlichen Landesteilen ist das Bild uneinheitlicher. Hier trafen die Pfeilkreuzler auf die Konkurrenz der Kleinlandwirte, denen es gelang, ihre Stellung in ihren traditionellen Hochburgen (in den Komitaten Bihar, Hajdu, Szatmár,

[288] Ebenda, S. 173 f.
[289] IfZ, MA 1541/2, B. 1201: NYKP-Aufstellung zur Wahl 1939.
[290] Ebenda, B. 1201–1203; auch Lackó, 1966, S. 174.
[291] Ebenda, S. 175.
[292] Nógrád megye története 3, 1970, S. 160 ff.

Szolnok, Süd-Pest usw.) einigermaßen zu behaupten. Insgesamt mußten sie jedoch starke Verluste hinnehmen, obwohl sie in den meisten Wahlkreisen einen Kandidaten aufstellen konnten. Sie verloren 42 Kautionen durch die Niederlagen ihrer Mandatsbewerber[293]. Eine genauere Untersuchung ergibt, daß, auf einen Nenner gebracht, die Kleinlandwirte dort stärkste oppositionelle Partei blieben, wo die Pfeilkreuzler keinen Kandidaten aufgestellt hatten, sonst aber nicht. Die NS-Rechte wurde also auch auf dem Lande von den unzufriedenen Bevölkerungsgruppen als die „bessere Oppositionspartei" eingeschätzt, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. So hatte die Kleinlandwirtepartei 1935 im Komitat Pest noch 61 000 Stimmen in den Einzelwahlkreisen gewinnen können; 1939 waren es nur noch 28 000, während auf der anderen Seite die Pfeilkreuzler zur dominanten Erscheinung wurden. Im Komitat Borsod im Nordosten Ungarns stellte die Kleinlandwirtepartei in vier von sechs Einzelwahlkreisen Kandidaten auf. In dreien konnte sie sich mit rund 3000–4000 Stimmen als stärkste Oppositionspartei gegenüber der immer noch siegreichen Regierungspartei (4000–5000 Stimmen) behaupten. Im vierten jedoch (Wahlkreis Mezökövesd) hatten auch die Pfeilkreuzler einen Kandidaten zur Wahl gestellt, und schlagartig änderte sich die Stimmenverteilung. Zwar erhielt der Kandidat der Regierungspartei mit 5416 Stimmen die meisten Voten, doch verwies der Bewerber der Pfeilkreuzler mit 4263 bzw. 37,8% der Stimmen den Konkurrenten der Kleinlandwirte mit 1633 Stimmen auf den dritten Platz[294].

Starken Rückhalt fand die NYKP im Komitat Szabolcs im äußersten Osten des Landes. Ihre Kandidaten erreichten in den Wahlkreisen Nyiregyháza und Nagyhalász 34,5 bzw. 38,7%, in Nyirmada 42,9% und in Nagykalló-Nyirbátor 45,9% der abgegebenen Stimmen[295]. Auf der Liste kam die Partei mit rund 23 000 Voten der Regierungspartei mit 26 000 gefährlich nahe und gewann von den 132 Gemeinden im Komitat in 46 die Mehrheit. Ähnlich verhielt es sich im Komitat Csanád, wo die Pfeilkreuzlerparteien auf der Liste gar nicht kandidierten. Nur in einem Einzelwahlkreis, der Komitatsstadt Makó, einer Kleinstadt mit starken agrarsozialistischen Traditionen, trat ein parteiloser Bewerber der NS-Rechten an. Soziologisch gesehen stellte die Gruppe der Kleinbauern in Makó einen besonders hohen Bevölkerungsanteil. Diese Gegend war für ihren Zwiebelanbau berühmt, der nicht vom Großgrundbesitz betrieben wurde. Der NS-Kandidat gewann mit 2567 Stimmen haushoch über den der MÉP mit 1446 Wählern; auf den sozialdemokratischen Bewerber entfielen nur 363 Stimmen[296].

Auch die Wahlergebnisse in den ländlichen Bergbaugebieten Ungarns belegen den erheblichen Stimmenrückhalt der NYKP, obwohl nur bruchstückhafte Daten bekannt sind. Den größten Durchbruch erzielte sie in den Komitaten Komárom und Esztergom, wo sie im Bergarbeiterort Tatabánya 45% der Listenstimmen erhielt; auf ihren Einzelkandidaten im selben Bezirk enfielen 39% (6258 Stimmen; MÉP: 44%, 7079 Stimmen; Sozialdemokraten: 11%, 1942 Stimmen; Kleinlandwirte: 6%, 879 Stim-

[293] IfZ, MA 1541/2, B. 1206.
[294] Lackó, 1966, S. 171 f., 174 (S. 71); IfZ, MA 1541/2, B. 1201; Nagy-Talavera, 1970, S. 153, Anm. ****.
[295] IfZ, MA 1541/2, B. 1203.
[296] Lackó, 1966, S. 173 f.; Nagy-Talavera, 1970, S. 153 f., Anm. ****.

men), auf ihren Kandidaten im benachbarten Tata 34,8%[297]. Im Komitat Nógrád, in dem ebenfalls Bergarbeiter die stärkste Gruppe innerhalb der Arbeiterschaft stellten, entfielen auf die NYKP, die zur Zeit der Wahlen rund 5000 eingeschriebene Mitglieder hatte, 21294 der insgesamt 58205 gültigen Stimmen (MÉP: 30007; Kleinlandwirte: 6904). Während in der Bergarbeiterstadt Salgótarján der MÉP-Kandidat die Wahl gewann, war in Rétság, einem anderen Einzelwahlkreis des Komitats, der NYKP-Bewerber mit 51,4% der Stimmen erfolgreich; im Wahlkreis Szirák errang der Kandidat der Pfeilkreuzpartei 45,5%[298].

In den industrialisierten Regionen der Provinz setzte sich dieselbe Tendenz fort, wie sie sich bereits in Budapest und Umgebung gezeigt hatte, nämlich ein massiver Einbruch in die Stimmen der Sozialdemokraten zugunsten der politischen Rechten. In den größeren Städten kam dieser Rechtsruck jedoch in erster Linie der Regierungspartei zugute[299]. In Györ/Raab gingen die für die Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen von rund 6400 im Jahr 1935 auf 4810 zurück (die Partei verlor also 25% ihrer Wähler), während sich die Regierungs- und Christliche Partei von 55 auf 66% (8756 Stimmen) verbessern konnten. Noch eklatanter waren die Verluste der linken Oppositionsparteien in Miskolc. Während 1935 die Kleinlandwirte noch 43%, die Sozialdemokraten 38% der Wähler für sich gewinnen konnten, stellten sich 1939 nur mehr Regierungs- und Sozialdemokratische Partei zur Wahl: Die MÉP erzielte mit 76% (11781) einen haushohen Sieg, letztere fiel auf 24% zurück, nachdem nur 3693 Wähler für sie gestimmt hatten (1935: rund 7400). In Pécs und Szeged kam der Rechtsruck jedoch auch den Pfeilkreuzlern zugute. Hatten in der in einem Kohlenrevier gelegenen Stadt Pécs 1935 die Regierungspartei 62%, die Sozialdemokraten immerhin 38% der Stimmen erhalten, so blieb 1939 bei im wesentlichen gleicher Zahl der Wahlberechtigten die Regierungspartei mit 60% zwar ohne größere Einbußen (11388 Stimmen), doch teilten sich die Pfeilkreuzler und die Sozialdemokraten mit je 20% die verbleibenden Stimmen: Die Voten der Sozialdemokraten waren von 7160 im Jahr 1935 auf 3807 1939, also um rund 48%, zurückgegangen. In Szeged, wo sie gegenüber 1935 knapp 60% ihrer Wähler verloren (1935: rund 6800; 1939: 2639), gewannen die Pfeilkreuzler mit gut 8000 Voten 22% der abgegebenen Stimmen auf Kosten der übrigen Parteien. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß es sich um einen Prestigewahlkreis der Regierungspartei handelte, da Ministerpräsident Teleki hier persönlich kandidierte und die Liste der MÉP anführte, die mit 19628 Stimmen auch überlegen gewann. Der Anteil der NYKP ist um so höher einzuschätzen, als ihr Ortsverband in Szeged damals angeblich nur 170 Mitglieder umfaßte[300].

Der Ausgang der Wahlen 1939 war für alle Parteien – mit Ausnahme der siegreichen Pfeilkreuzler – ein Schock. Die Sozialdemokraten gestanden zwar ihre Niederlage ein und versuchten, diese rational zu analysieren und politische Konsequenzen zu ziehen; nach außen proklamierten sie sogar ungebrochenen sozialistischen Kampf-

[297] Lackó, 1966, S. 175; dort auch weitere, allerdings sehr rudimentäre Daten; IfZ, MA 1541/2, B. 1202.

[298] Nógrád megye története 3, 1970, S. 160ff.; IfZ, MA 1541/2, B. 1202.

[299] Die folgenden Zahlen aus Népszava Nr. 101, 31.5.1939, S. 2; Lackó, 1966, S. 171, 175. Die Ergebnisse der Sozialdemokraten in den Großstädten für die Jahre 1931, 1935 und 1939 veröffentlicht Pintér, 1980, S. 203.

[300] Fiala, 1940, S. 139.

geist[301]. Andererseits kam ihre Schwäche klar darin zum Ausdruck, daß sie sich auf der Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses zur Erklärung des rechtsradikalen Erfolgs unter dem „hergelaufenen Proletariat" des Bolschewismusvorwurfs der Konservativen bedienen mußten: „In der Pfeilkreuzler-Phraseologie spielt ja die bolschewistische Phraseologie keine geringe Rolle, wie in der Pfeilkreuzlerbewegung die ehemaligen Bolschewisten keine geringe Rolle spielen."[302] Ansonsten setzten sie ihre Hoffnungen auf die nicht unbegründete Annahme, daß sicher sehr bald ein Zerfallsprozeß auf der extremen Rechten einsetzen würde; jedoch war die Schlußfolgerung, daß damit der sozialdemokratischen Fraktion wieder eine größere Rolle zukäme, falsch, wie die Zukunft erweisen sollte.

Auch der konservative Flügel der MÉP hatte trotz des hohen Wahlsiegs der Regierungspartei keine Freude am erzielten Ergebnis. Bethlen zeichnete in einem Artikel „Ergebnisse und Lehren der Wahlen" in der Zeitung „Pesti Napló" vom 8. Juni 1939 dem Leser ein beängstigendes Bild von Revolution und Untergang: „In der Stimmung des Landes zeigen sich die ernsten Symptome des Dammbruchs genau wie 1918, und es ist schon die letzte Stunde dafür gekommen, die sich in der Böschung zeigenden Spalten zu verstopfen, weil sich sonst wirklich schwerwiegende und verhängnisvolle Vorfälle ereignen könnten."[303]

Aber auch die gestärkte Rechte innerhalb der Regierungspartei spürte die Ambivalenz des Wahlergebnisses und sah sich zu Abgrenzungsversuchen nach rechts genötigt, so daß nach Sipos „vorübergehend eine Übereinstimmung gegenüber der gemeinsamen Gefahr" zwischen den in der MÉP vereinten „untereinander rivalisierenden Schichten der herrschenden Klassen"[304], also zwischen Konservativen und „neuen Rechten", zustande kam. István Antal, damals noch Staatssekretär im Justizministerium, wetterte am 2. Juni in der Zeitung „Új Magyarság", daß „die erprobten alten Kämpfer der rechtsgerichteten Rassenschutzpolitik [...] nicht nach dem romantischen Lorbeer der Girondisten [streben]"[305]. Während jedoch die Konservativen verstärkt zu Polizei- und Verwaltungsmaßnahmen greifen wollten, erblickte der rechte Flügel der MÉP, von Bethlen als „mit dem Rechtsradikalismus in ständiger Flirtbeziehung" beargwöhnt[306], in den Pfeilkreuzlern die Chance, deren Massenbasis als Hilfskräfte für die eigenen Ziele zu benutzen, wenn sie sich zuvor gewisser plebejischer „Schönheitsfehler" (illegale Methoden, Gewaltanwendung, soziale Demagogie) entledigt hätten: „Vor allen Dingen müssen sie begreifen, daß sie mit jenem Stil brechen müssen, der sie bisher von der ernsten Rechten trennte. Sie müssen ihre bisherigen lauten Schlagworte ablegen, die ungebremsten Einzelambitionen mancher Führer, ihre der ungarischen Seele nicht sympathischen Methoden."[307]

In den Parlamentswahlen 1939 war es den Pfeilkreuzlern gelungen, in allen sozialen Gruppen mit Ausnahme der Juden Wähler für sich zu mobilisieren. Eine genauere Be-

[301] Vgl. z.B. die Überschriften der Népszava Nr. 101, 31.5.1939, S. 1f.: „Unverzagt", oder Nr. 108, 8.6.1939, S. 3: „Die Kraft des sozialistischen Gedankens ist ungebrochen."
[302] Ebenda.
[303] Zitiert nach Sipos, 1970, S. 123; vgl. dazu auch Nagy-Talavera, 1970, S. 154.
[304] Sipos, 1970, S. 125.
[305] Zitiert nach ebenda, S. 124.
[306] Pesti Napló, 8.6.1939, zitiert nach ebenda, S. 123.
[307] Függetlenség, 31.5.1939, zitiert nach ebenda, S. 125.

stimmung ihres quantitativen Anteils ist zwar nicht möglich, doch scheint das Schwergewicht auf den unteren Schichten (Arbeiter, kleine Bauern, Handwerker, Händler, kleine Beamte und Angestellte usw.) gelegen zu haben. Lackó sieht in seiner Studie das Hauptrekrutierungsfeld der NYKP-Wähler zwar in „Mittelklasse" und städtischem wie ländlichem Kleinbürgertum, fährt aber fort, „that a considerable part of the votes for the arrow-cross came from the class of workers, semiproletarians, the backward layers of industrial workers, miners, and that the arrow-cross, fascist wave had disrupted even the ranks of organized labour in more than one instance"[308]. Auch Ránki vertritt die Ansicht, daß bei aller Attraktivität der Pfeilkreuzler für die „untere Mittelklasse" zu betonen sei, daß beim Wahlerfolg der NYKP „working class elements must have had almost an equal role with the middle class if they were not actually in the majority"[309].

Der Anteil ideologisch überzeugter Hungaristen dürfte allerdings eher gering gewesen sein. Die Pfeilkreuzler profitierten davon, daß es ihnen gelang, sich breiten gesellschaftlichen Schichten als Sprachrohr ihres Protests anzubieten, den sie über andere politische Parteien entweder überhaupt nicht oder nur in unzureichendem Maße zum Ausdruck bringen konnten. Ein typisches Beispiel sind Zwerggrundbesitzer und Agrarproletariat. Sie sahen ihre Interessen nur schlecht in der Kleinlandwirtepartei vertreten, deren soziale Basis sich in erster Linie aus der wohlhabenderen bis mittleren Bauernschaft rekrutierte[310]. Zudem war eine Bauernpartei, die im fernen Budapest von einem Mann (Tibor Eckhardt) geleitet wurde, der kaum etwas von Landwirtschaft verstand, nicht gerade glaubwürdig[311].

Für den Ausdruck radikalen Protests war der Weg nach links verbaut einerseits durch das Trauma der Räterepublik, andererseits durch das neutralisierte, moderate Auftreten der „linken" Opposition, die in Anbetracht des „Pfeilkreuzler-Fiebers" (nyilas láz) sogar immer näher an die Konservativen der Regierungspartei heranrückte. Schon am 29. November 1937 hatte der österreichische Gesandte in Budapest in seinem Bericht bemerkt: „Recht eigenartig und nur für ungarische Verhältnisse verständlich ist dabei die Stellung der parlamentarischen Opposition, welche zum Teil im eigenen, wohl überlegten Interesse und zum Schutze der Verfassung [...] selbst auf die Gefahr hin unpopulär zu werden, mit der Regierung meist durch dick und dünn geht und so eine starke Stütze des Ministerpräsidenten darstellt."[312]

Unter diesen Umständen kamen die revolutionär auftretenden und soziale Themen betonenden Pfeilkreuzler als Protestpartei am ehesten in Frage. Eine dem Nazismus durchaus abholde englische Studie schrieb 1939, daß man auf keinen Fall die Attraktivität unterschätzen dürfe, „which the revolutionary and social element in such a movement was bound to exercise in a country where all progressive movements had been

[308] Lackó, 1969, S. 72.
[309] Ránki, in: Larsen/Hagtvet/Myklebust, 1980, S. 405.
[310] Vgl. zum Dilemma und zur politischen Zukunft der Kleinlandwirte bereits Macartneys Foreign Office-Studie „Political structure and institutions in Hungary" vom 29.12.1942 (Druckfassung 3.5.1944), in: PRO. FO 371.34496, S. 10.
[311] Vgl. dazu ebenda, 23112, S. 288 f.: Enquiry regarding Mr. Tibor Eckhardt, 20.7.1939.
[312] HHS, NPA: Ungarn 2/3, Innere Lage 1935–1938, S. 691.

repressed as ‚bolshevism', and where virtually no attempt had been made to alleviate the lot of the peasants"[313].

Natürlich bemerkte man auch in Ungarn die wirtschafts- und außenpolitischen Erfolge in Deutschland, die für den damaligen Betrachter offensichtlich der Machtübernahme des Nationalsozialismus zu verdanken waren. Doch meinte auch der britische Gesandte in Budapest über die Parlamentswahlen 1939, daß der Zuwachs an Pfeilkreuzlerstimmen nur für den oberflächlichen Beobachter auf den Wunsch nach engeren Beziehungen mit Deutschland hindeuteten, während die „most intelligent observers" den Grund in der nur sehr langsam fortschreitenden Sozialgesetzgebung und der wachsenden Ungeduld der Öffentlichkeit sähen[314]. Diese Funktion der Pfeilkreuzler als Sprachrohr des Protests unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen erklärt neben ihrem rasanten politischen Aufstieg innerhalb weniger Jahre auch ihre zwar breite, aber instabile, starken Fluktationen unterworfene Basis sowie ihren Niedergang nach 1940. In den Kriegsjahren wurden nicht nur die Möglichkeiten für politische Agitation staatlicherseits beschränkt, sondern es brachen auch die Widersprüche innerhalb der extremen Rechten auf.

3. „Der Arbeiter ist der Erbauer der Nation"

Industriearbeiterschaft und Pfeilkreuzler

Im Gegensatz zu den anderen rechtsextremen Splittergruppen gelang allein Szálasis Hungaristenpartei ein nicht zu unterschätzender Einbruch in die Arbeiterschaft. Um diese Tatsache kommt auch die marxistisch-leninistische Forschung nicht herum, die sich zwar bemüht, die Bedeutung von „Lumpenproletariat" und „Kleinbürgertum" hervorzuheben, aber den beträchtlichen Anteil von Arbeitern unter Parteimitgliedern und Wählern anerkennen muß.

Der in weiten Teilen handwerklich-kleingewerblich geprägte Charakter der ungarischen Arbeiterschaft erfordert eine nähere Untersuchung ihrer sozialen Herkunft. Herangezogen wird dafür Lackós Studie von 1958 zur Zusammensetzung der Budapester Arbeiterschaft, die sich auf die Daten der Volkszählung 1930 und einer kleineren Erhebung über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des hauptstädtischen Proletariats vom Dezember 1929 stützt[315]. Natürlich ist wie immer bei den Angaben aus älteren Statistiken Vorsicht geboten. So wurden eventuelle Berufswechsel des Vaters ebensowenig erfaßt wie Genaueres über die Arbeiter in Klein- und Großbetrieben oder die Besitzverhältnisse der aus den verschiedenen bäuerlichen Schichten stam-

[313] South Eastern Europe, 1939, S. 60 f. So auch Macartney 1940 in seinem „Report on Hungary", wo er die Gründe für Massenzulauf und Abstieg der Pfeilkreuzler ausführlich analysierte; vgl. PRO. FO 371.24429, bes. S. 363 ff.

[314] The Shadow of the Swastika, Nr. 159, S. 411: O.St. Clair O'Malley an Lord Halifax, Budapest, 1. 6. 1939. Der Bericht fährt fort, daß „many of the Hungarist candidates spoke openly against a German ascendany".

[315] Lackó, 1958, zur sozialen Herkunft der Budapester Arbeiterschaft Ende der zwanziger Jahre; ders., 1961, behandelt dasselbe Thema für ganz Ungarn 1867–1949. Zusammenfassend vgl. MT 8/2, S. 797 f.

menden Arbeiter, so daß man nur zwischen Landarbeitern (Agrarproletariat) und Bauern mit Grundbesitz unterscheiden kann. Zudem wurde nicht zwischen Fach- und un-/angelernten Arbeitern differenziert[316]. Trotzdem erweisen die Daten, „daß in dem von uns behandelten Zeitraum die Industriearbeiterschaft in Hinblick auf ihre Herkunft im Landesdurchschnitt, aber auch in Budapest die am wenigsten homogene Klasse war"[317]. Folgende statistische Aufstellung belegt diese deutliche Tendenz[318]:

Beruf des Vaters	Industriearbeiter in Ungarn in %	Groß-Budapest in %	Provinz in %
I.			
Industriearbeiter	26,9	36,0	19,7
sonstige Arbeiter	13,4	15,7	11,7
II.			
Agrarproletarier	16,5	9,8	21,7
Bauern mit Grundbesitz	12,9	9,2	15,5
III.			
Handwerker, Kleingewerbe	20,4	17,4	22,7
IV.			
sonstige Selbständige*	3,2	4,1	2,5
V.			
Beamte, Angestellte, freie Berufe	2,7	3,8	1,9
VI.			
Rentner, Kapitaleigner usw.	4,2	4,0	4,3

* Handel, Verkehr usw.
absolute Zahl der Industriearbeiter: Ungarn: 634142; Groß-Budapest: 273408; Provinz: 360734

Aus diesen Zahlen abzulesen ist zum einen erneut die Bedeutung der Hauptstadt als Brennpunkt der ungarischen Industrie, denn der Anteil der Arbeiter der (mindestens) „zweiten Generation" lag hier mit 51,7% deutlich über dem in der Provinz mit 31,4%. Dabei belief sich der Prozentsatz an Industriearbeitern unter den „Vätern" auf 36 bzw. 19,7%. Auf der anderen Seite erweist sich ebenfalls, „daß am Ende der 1920er Jahre auch in Groß-Budapest die Gruppe der bereits aus dem Industrieproletariat stammenden Industriearbeiter verhältnismäßig gering war"[319]. Der Grund für diese Entwicklung ist unschwer in der späten, dafür aber um so schnelleren Industrialisierung Ungarns zu erkennen. Von den 1925 rund 960000 Einwohnern der Hauptstadt

[316] Über methodische Probleme vgl. Lackó, 1958, S. 10, 12ff.
[317] Ebenda, S. 18.
[318] Ebenda, S. 20f.; zur Kategorienbildung vgl. ebenda, S. 15ff.
[319] Ebenda, S. 19. Obige Aufstellung umfaßt Männer und Frauen. Dabei ist hervorzuheben, daß Arbeiterinnen in weit höherem Maß aus proletarischem Milieu stammten als die Männer; vgl. dazu die Tabelle ebenda, S. 20f. sowie ausführlich S. 44ff.

waren 590000, also weit über die Hälfte, nicht auch dort geboren. Der Anteil der Zugezogenen war unter den Eisenbahnern, Polizisten und Arbeitern besonders hoch[320].

Die Arbeiterschaft trug deutliche Züge einer „jungen" Klasse[321], d.h. der Anteil von Arbeitern der „ersten Generation" lag extrem hoch: 59,9% der Industriearbeiter in ganz Ungarn, 48,3% in Groß-Budapest und sogar 68,6% in der Provinz stammten von Vätern ab, die weder dem Industrieproletariat noch der „sonstigen" Arbeiterschaft angehörten. Zu letzterer zählten nach Lackós Kategorisierung neben Dienstboten auch städtische Tagelöhner sowie Arbeiter und Hilfspersonal in Handel, Verkehr und öffentlichem Dienst (Strecken-, Kommunalarbeiter usw.), die großenteils noch mit dem Dorf in enger Verbindung standen. Insgesamt fungierten die „sonstigen" Arbeiterberufe als Übergangsstation von der Beschäftigung im Agrarsektor hin zum Industrie- bzw. besonders zum Facharbeiter, wodurch der relativ hohe Anteil von „sonstigen" Arbeitern in der Vätergeneration in Groß-Budapest (15,7%) seine besondere Bedeutung erhält[322]. Lackó weist nachdrücklich auf die schlechte materielle Lage, aber unter dem „Sicherheits"-Gesichtspunkt kleinbürgerliche Lebensweise dieser teils bäuerlich, teils proletarisch, teils mittelständisch geprägten Gruppe hin.

Direkt von Landarbeitern und Bauern stammten landesweit knapp 30% der Industriearbeiter ab, wobei aus naheliegenden Gründen diese Gruppe in Groß-Budapest nur 19%, in der Provinz jedoch 37,2% ausmachte. Interessanterweise war der Anteil der aus dem völlig besitzlosen Agrarproletariat kommenden Arbeiter auf dem Land bedeutend höher als in Groß-Budapest, was Lackó mit der an den Ort bindenden Kraft der völligen Besitzlosigkeit zu erklären versucht. Gerade die in materiell besonders bedrückten Umständen lebenden agrarischen Schichten hätten die geringsten Möglichkeiten, als Industriearbeiter in die Stadt auszuweichen. Erst in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, als sich mit der steigenden Konjunktur (Aufrüstungsprogramm) sowohl die Arbeitslosigkeit verringerte als auch die Zahl der Industriearbeiterschaft erhöhte, wurden neben einer gestiegenen Selbstrekrutierungsquote Bauern und Landarbeiter zur Hauptquelle für den wachsenden Bedarf an Fabrikarbeitern[323].

Von größter Bedeutung sowohl für das Industrieproletariat wie für die gesamte Industrialisierung waren die Handwerker[324], war doch nicht nur die Zahl der in handwerklichen Kleinbetrieben beschäftigten Arbeiter ausgesprochen hoch. Ein wesentlicher Teil der Industriearbeiterschaft rekrutierte sich aus den Reihen der dörflichen Handwerker bzw. deren Nachkommen (Landesdurchschnitt: 20,4%; Groß-Budapest: 17,4%; Provinz: 22,7%[325]), da diese unter der erwerbstätigen Bevölkerung auf dem Lande besonders mobil waren, in die Hauptstadt zogen und die ungarische Facharbeiterschaft bildeten[326]. Doch standen auch die aus dieser Gruppe stammenden indu-

[320] Klocke, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 115.
[321] Im folgenden nach Lackó, 1958, S. 29 ff.
[322] Einen ähnlichen Übergangscharakter hatten innerhalb der gewerblichen Wirtschaft die Bau-, Baumaterialien- und Lebensmittelindustrie; vgl. ebenda, S. 40.
[323] Ebenda, S. 58.
[324] Im folgenden nach ebenda, S. 34 ff.
[325] Der Anteil der von Handwerkern Abstammenden lag noch höher, da die Volkszählung nur selbständige Handwerker erfaßte.
[326] Ihr Anteil als Rekrutierungsgruppe für Industriearbeiter verringerte sich laufend und betrug 1949 nur noch 13%.

striellen Facharbeiter noch in der Horthy-Zeit über ihre familiären Verbindungen „in enger Beziehung mit dem Dorf, für sie bedeutete das Dorf eine stiefmütterliche, aber vertraute Rückendeckung inmitten der Ungewißheiten des städtischen Arbeiterlebens"[327].

Daneben bleibt die erhebliche handwerkliche Prägung der Facharbeiterschaft erwähnenswert, denn vor dem Zweiten Weltkrieg befaßten sich die meisten Großunternehmen nicht mit der Facharbeiterausbildung, sondern überließen diese Aufgabe Klein- und Handwerksbetrieben, was nicht nur die fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten, sondern auch die soziale „Mentalität" beeinflußte. Hinzu kommt, daß der Facharbeiteranteil in den Fabrikbetrieben erheblich geringer war als in den kleingewerblich-handwerklich strukturierten Wirtschaftszweigen: 78%(!) der Budapester Facharbeiter waren in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten tätig[328].

Die ungarische Industriearbeiterschaft verfügte also im Gegensatz zum Proletariat der westlichen Industrienationen nicht nur über ein geringeres quantitatives und politisch-gesellschaftliches Gewicht, sondern lieferte hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft ein sehr heterogenes, kaum geschlossenes Bild. Ein „klassisches" Proletariat im eigentlichen Sinne zeichnete sich nur sehr verschwommen ab, während andererseits bäuerlichen und handwerklichen Elementen (Kleinproduzenten!) eine bedeutende Rolle zukam. Erstaunlich groß war immer noch das direkte oder indirekte Gewicht bäuerlich-agrarischer Bindungen und Einflüsse. So hatten noch 1930 13% (50000) der Industriearbeiter als Nebenerwerbslandwirte eigenen oder gepachteten Grundbesitz; bei den Bergarbeitern betrug dieser Prozentsatz gar rund 40%. Das bäuerliche Element war auch in Budapest noch größer, als die Daten zeigen[329].

Die soziale Herkunft der Industriearbeiterschaft kann natürlich nur ein Indikator unter mehreren sein und darf in ihren politischen Konsequenzen nicht überbewertet werden. Interessant in diesem Zusammenhang ist der durch die Umstrukturierung zugunsten der Leichtindustrie nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte Wandel in der fachlichen Zusammensetzung des Industrieproletariats. Besonders die aufstrebende Textilbranche arbeitete mit (wenn auch veralteten) Maschinen, die leicht von angelernten Arbeitskräften (oft Frauen) bedient werden konnten. Das Resultat war ein deutlicher Rückgang der Facharbeiter[330]:

Jahr	Facharbeiter (in %)	un-/angelernte Arbeiter (in %)
1921	45,5	54,5
1929	37,3	62,7
1938	30,3	69,7

Durch diese Entwicklung wurde den sozialistischen Gewerkschaften die Rekrutierungsgrundlage entzogen, denn ihre Mitglieder waren in erster Linie Facharbeiter aus der Eisen- und Stahlindustrie sowie anfänglich der Bergwerke. Der Strukturwandel

[327] Ebenda, S. 36.
[328] Ebenda, S. 28, 39f.
[329] Dazu ausführlich ebenda, S. 22, 39, 59, 63.
[330] Berend/Ránki, 1974, S. 157; vgl. auch dies., 1960 (b), S. 61ff., 98; MT 8/2, S. 799f.

der Industrie ließ die Zahl ungelernter Arbeitskräfte vom Lande anwachsen, die sich von den auf das „klassische" Proletariat konzentrierten Gewerkschaften nicht vertreten sahen und abseits hielten. Auch zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, die diese Gruppe an den Rand des Existenzminimums brachte, traten sie nicht den ohnehin wirtschaftlich und politisch stark geschwächten Gewerkschaften bei, die sich aus Angst vor der Einführung eines korporativen Wirtschaftssystems defensiv verhielten und zudem, wie die Sozialdemokraten, durch den Bethlen-Peyer-Pakt gebunden waren[331].

Auf diese großenteils bäuerlich-kleingewerblich geprägte Arbeiterschaft traf ab Herbst 1936 die Propaganda der Szálasi-Bewegung, die auf die Integration der Arbeiter in Partei und Nation zielte und sich ab 1937 zur Massenorganisation entwickelte. Die geheimen Gendarmerieberichte griffen diese Entwicklung alarmiert auf. Bereits am 2. Oktober 1936 wurde gemeldet, Szálasi habe am 23. September eine Unterredung mit Gewerkschaftsvertretern gehabt. Er versuche, die tonangebenden Männer für sich zu gewinnen, sie von den „sozialdemokratischen Irrlehren" zu überzeugen und zum Eintritt in seine eigene, nach „Fachgruppen" (szakcsoport) gegliederte Arbeiterorganisation zu bewegen, die sich in ihrem Aufbau an den Gewerkschaften orientiere[332].

Szálasis durchaus erfolgreiche Mitgliederwerbung unter der Arbeiterschaft wurde in den nächsten Monaten zu einem Hauptthema der Polizeiberichte:

„Szálasi plant, den aus der Sozialdemokratischen Partei herausgehobenen intelligenteren Arbeitern seminarähnliche Vorträge zu halten und Agitatoren auszubilden, um die Arbeiter für seine Partei zu gewinnen."

„Szálasi verstärkt seine Organisationsarbeit, er will vor allen Dingen die Arbeiterorganisationen ausbauen."

„Szálasi organisiert in Budapest eine Arbeiterbewegung."

„Szálasi [...] legt das Schwergewicht ausschließlich auf die Organisierung der Arbeiterschaft."

„Szálasi macht in Budapest ausschließlich eine Arbeiterbewegung. Er vernachlässigt seine Organisation auf dem Lande [...]. Seine zur Mittelklasse gehörigen Parteianhänger sehen mit Besorgnis, daß er eine Klassenbewegung organisiert."[333]

[331] Berend/Ránki, 1974, S. 163 ff.; Nagy-Talavera, 1970, S. 61; Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 397.

[332] Lackó, 1966, S. 67 f. Für das Jahr 1938 finden sich Hinweise auf die Binnengliederung der „Arbeiterfachgruppen"; vgl. Hungarista I/1, 2.6.1938, S. 6: Sieben „Hauptgruppen", nämlich A. landwirtschaftliche Industrie (im Sinne von Lebensmittel-, Bekleidungsindustrie, Tierverarbeitung usw.), B. Industrie, C. Bergbau und Hüttenwesen, D. Baugewerbe, E. Ackerbau, F. Transportwesen, G. öffentlicher Dienst, Gaststätten, Dienstboten u. ä., sollten in sechs bis zu 16 und mehr Untergruppen aufgeteilt werden. Das Organisationsziel der hungaristischen Arbeiterfachgruppen ging über das der sozialistischen Gewerkschaften hinaus, denn auch die Landarbeiter, die nach dem Bethlen-Peyer-Pakt ohne gewerkschaftliche Vertretung sein mußten, waren einbezogen. Schwierig ist, zwischen Ist- und Sollzustand zu unterscheiden. Die hungaristischen Zeitungen meldeten im Mai und Juni 1938 die Gründung einiger Fachgruppen und die Einrichtung ihrer Büros in der Parteizentrale; vgl. Palotai Kurir Nr. 16, 5.5.1938, S. 8 (Schiffer und Werftarbeiter; Sport; Universitäten; Handelsreisende); Hungarista Út I/1, 9.6.1938, S. 8 (Artisten und Schausteller; Budapester Verkehrsbetriebe; Kunst und Kultur; Uhrmacher, Gold- und Silberschmiede; Textilindustrie; Handel; Eisenbahner); Hungarista Cél I/1, 14.6.1938, S. 8 (Chauffeure).

[333] Gendarmerieberichte vom 9.10.1936, 28.1., 5.2., 12.2., 12.3.1937, zitiert nach Lackó, 1966, S. 68.

Nachdem zuvor die älteren rechtsextremen Splitterparteien besonders in der fernen Provinz aktiv gewesen waren, entstand nun mitten in der Hauptstadt eine faschistische Massenpartei, die durch eine bisher unbekannte sozialrevolutionäre, antisozialistisch, aber auch antikapitalistisch argumentierende Propaganda Arbeiter und andere Unterschichtangehörige (Dienstboten, Tagelöhner, Arbeitslose) organisierte und versuchte, praktisch wie ideologisch die Anhänger der Sozialdemokraten abzuwerben: Eine sozialistische Klassenbewegung sei im 20. Jahrhunderts reaktionär, da der „wirtschaftliche und politische Druck des entwickelten monopolistischen, kartellisierten Systems des Liberalkapitalismus" nicht mehr nur die Industriearbeiterschaft, sondern jede Schicht der werktätigen Nation betreffe. Die Arbeiterschaft müsse daher ihren Kampf gegen den Kapitalismus im Nationalsozialismus fortsetzen[334]. Dies beunruhigte nicht nur die Behörden, sondern auch die eigenen Mitglieder aus gehobenen gesellschaftlichen Schichten, von denen einige aus Protest mit der Begründung aus der Partei austraten, sie könnten nicht mit Kommunisten in ein und derselben Organisation zusammenarbeiten[335].

Die hungaristischen Zeitungen und Flugblätter schlugen ab 1937 einen scharfen, sozialrevolutionären Ton an. Die Zeitung „Neuer Ungarischer Arbeiter" (Új Magyar Munkás) garantierte dem Arbeiter „Recht, Arbeit und Achtung" und versprach ihm „eine sichere Heimat und eine arbeiterliebende Nation"[336]. Dabei mischten sich exzessive antisemitische Attacken mit Artikeln und Aufrufen wirtschaftlich-sozialen Inhalts. Der „Palótai Kurir" vom April 1938 agitierte beispielsweise gegen den jüdischen Schuhhändler Fried in Kőszeg/Güns, dessen Vertrieb von Fabrikware die Existenz der 48 selbständigen Schuhmachermeister der Stadt vernichtet und 120 Schustergesellen arbeitslos gemacht habe[337]. Die Zeitung „Hungarista" berichtete am 2. Juni 1938 auf Seite 1 von der menschenunwürdigen Lage eines kriegsblinden Bettlers, forderte auf Seite 2 auf, nicht bei Juden zu kaufen, teilte auf Seite 3 Szálasis nationalökonomische Grundsätze mit und erzählte auf Seite 4 (neben einem gegen die Sozialdemokraten gerichteten Artikel) vom Schicksal eines aus der Wohnung geworfenen Tagelöhners mit Frau und zwei Kindern, die nun im Freien lebten. Auf Seite 7 folgte dann ein Artikel mit der Überschrift „Im allgemeinen ‚Aufschwung' erstickt der Arbeiter im Elend"[338]. Einen Monat später informierte die Zeitung „Hungarista Kárpát-Duna" ausführlich über „Die Elendsquartiere von Újpest" und die in der Filzfabrik von Kőszeg gezahlten Hungerlöhne[339].

Es blieb jedoch nicht bei diesen oder ähnlichen Informations- bzw. Propaganda-Artikeln, sondern die Partei begann, selbst aktiv zu werden und für ihre Mitglieder Hilfe zu organisieren. Die bereits zitierte Zeitung „Hungarista Kárpát-Duna" teilte ihren Lesern mit, das „Arbeitsvermittlungsbüro" der Hungaristischen Bewegung habe in der Parteizentrale seine Tätigkeit aufgenommen. Alle Mitglieder, die jemanden einstellen

[334] Ferenc Kassai, Die Sozialdemokratie und der Weg der ungarischen Arbeiterschaft, in: Palótai Kurir Nr. 13, 15. 4. 1938, S. 6.

[335] Vgl. z. B. Budapesti Hírlap Nr. 157, 15. 7. 1938, S. 8; Nr. 185, 18. 8. 1935, S. 6; als zweiter Austrittsgrund wurde genannt, daß sich die Partei auf ausländische Geldquellen stütze.

[336] Új Magyar Munkás, 15. 3. 1937, S. 3.

[337] Palótai Kurir Nr. 13, 15. 4. 1938, S. 2.

[338] Hungarista I/1, 2. 6. 1938.

[339] Hungarista Kárpát-Duna I/1, 2. 7. 1938, S. 6 f.

könnten, sollten dies umgehend melden, damit ein arbeitsloser „Bruder" (testvér) eine Beschäftigung finden könne[340]. Leider gibt es keine Quellen, die Genaueres über Umfang und Erfolg dieser Arbeitsvermittlung der Partei berichten. Fest steht zumindest, daß die „Sozialabteilung" (Szociális Osztály) der 1939 gegründeten NYKP, die für die sozialen Belange der Mitglieder im weitesten Sinne einschließlich der materiellen Unterstützung der Familien der verhafteten „Kämpfer"[341] zuständig war, auch im Jahr 1940 noch einen parteiinternen Stellenmarkt organisierte. Arbeitgeber unter den Mitgliedern wurden gebeten, freie Stellen der Partei zu melden; die Zeitungen der Pfeilkreuzler veröffentlichten Stellenangebote und -gesuche, die besonders auf die ungelernten Arbeiter zugeschnitten waren[342].

Daneben organisierte die Sozialabteilung der Partei Hilfsaktionen für notleidende Mitglieder, angefangen von der Bitte eines wegen Krankheit stellungslosen Familienvaters mit vier Kindern um Kinderkleidung und Schuhe bis hin zum Wunsch eines Jugendlichen, ein „Bruder" möge seinen seit zehn Jahren bettlägerigen Vater während der anstehenden Prüfungstage zu sich nehmen. Die Parteiorganisation des VI. Budapester Bezirks gewährte bedürftigen Mitgliedern kostenlose ärztliche Versorgung und Rechtsberatung[343]. Im XIII. Bezirk, der mit 58,4% den höchsten Industriearbeiteranteil der gesamten Hauptstadt hatte[344], stellte ein wohlhabendes Parteimitglied sein Schwimmbad zur Verfügung[345]. Für die in der Stadt zumeist völlig isolierten Arbeiter vom Land vermittelte die Partei soziale Kontakte, beispielsweise in Form zahlreicher gesellschaftlicher Unternehmungen wie Teenachmittagen, gemeinsamen Abendessen und Ausflügen in die Umgebung[346].

Durch diese und ähnliche einfachste Hilfeleistungen füllten die Pfeilkreuzler eine Lücke, die die anderen Parteien offen ließen. Die politischen Parteien „verfügten im allgemeinen immer noch über die im Zeitalter des Dualismus entwickelte Struktur, und tatsächlich waren nur die Fraktionen in Parlament und Gebietskörperschaften tätig. Keine einzige Partei errichtete eine eigenständige Hierarchie und Bewegung, sie hielten nur einen Rahmen aufrecht, den sie in Wahlzeiten zum Leben erweckten."[347]

Ausnahmen bildeten hier nur die Sozialdemokraten und die Pfeilkreuzler; die anderen Parteien entsprachen in Aufbau und Tätigkeit dem Typ der das bürgerliche 19. Jahrhundert kennzeichnenden Honoratiorenpartei, die den Bedürfnissen und Interessen der Millionen von Agrar- und Industriearbeitern, verarmten Bauern, Handwerkern, Gesellen keineswegs gerecht werden konnte. Andererseits hatten Sozialdemokraten und Gewerkschaften durch ihre zum Teil erzwungene (Bethlen-Peyer-Pakt), zum Teil jedoch in der sozialistischen Tradition begründete Konzentration auf das klassische Industrieproletariat der Facharbeiter in Großbetrieben die Chance verpaßt, in die Reihen der ungelernten Arbeiter vom Land, der Tagelöhner und Dienstboten

[340] Ebenda, S. 8.

[341] Vgl. IfZ, MA 1541/1, B. 563: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi-Bereczky, 29. 11. 1940. Bereczky berichtete allerdings von zahlreichen Mißbräuchen. Demnach meldeten sich viele nach einer Mitgliedschaft von nur einigen Tagen für eine Stelle oder Unterstützung.

[342] Vgl. z. B. Magyarság Nr. 48, 5. 8. 1939, S. 4; NYKP, Mozgalmi tájékoztató, 1940, S. 7.

[343] NYKP, Mozgalmi hírek, 1940, S. 11; Fiala, 1940, S. 120 f., 124.

[344] Ránki, in: Larsen/Hagtvet/Myklebust, 1980, S. 411.

[345] Fiala, 1940, S. 123.

[346] Vgl. z. B. ebenda, S. 119 f., 123 f.; Magyarság Nr. 48, 5. 8. 1939, S. 4.

[347] Sipos, in: Magyar Nemzet, 25. 11. 1984, S. 7.

vorzudringen, die durch keine Tradition in der sozialistischen Arbeiterbewegung verwurzelt und nicht gewerkschaftlich organisiert waren. Sie fühlten sich in ihrem Elend von allen Parteien und Verbänden alleingelassen. Nur die Pfeilkreuzler boten ihnen eine Interessenvertretung[348], ja oft sogar erstmals eine soziale und politische Gemeinschaft in der fremden Umgebung der Industriestadt an: „The Arrow Cross performed a function that the socialists were unable to fulfill."[349]

In einer letztendlich immer noch auf den adeligen Großgrundbesitzer zugeschnittenen, von ständischem Prestigedenken durchdrungenen Gesellschaft experimentierte die Pfeilkreuzpartei mit einem Novum in der ungarischen Politik, nämlich der politischen und gesellschaftlichen Integration des „kleinen Mannes" in Partei und Nation unter der Fahne des Nationalsozialismus. Die sozialpsychologische Wirkung derartiger Ansätze muß hoch veranschlagt werden: „Die Formen, Veranstaltungen und Zeremonien des Parteilebens zogen den sich von den oberen Schichten verachtet, aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen fühlenden kleinen Mann an. Hier konnte auch er zu Wort kommen und eine Rolle spielen, wozu er anderswo keine Gelegenheit hatte. Viele Menschen interessierte die Möglichkeit, eine Funktion zu erfüllen. [...] sie waren ‚jemand'."[350]

Den politisch bisher meist passiven Arbeitern vom Lande, Agrarproletariern, Gesellen, kleinen Handwerkern usw. bot sich in den hungaristischen Reihen vielfach die Möglichkeit, selbst zum „Führer" (einer Orts-, Betriebs-, Bezirksgruppe) zu werden, etwas zu tun und ihren Protest gegen die herrschenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht nur verbal in gemäßigter Weise auszudrücken, wie es die Sozialdemokraten (gezwungenermaßen) taten. Dies galt bereits für die frühe Pfeilkreuzlerbewegung in der Provinz, der sich Teile der ländlichen Unterschichten anschlossen. So meldete am 15. Januar 1934 der Obergespan des Komitats Fejér dem Innenminister, es sei „ein wirklich bedenkliches Moment, daß sich die unterste Volksklasse der Partei anschließt, Leute, die während der Revolutionen eine Rolle gespielt haben, und an vielen Orten solche, die bisher als sozialdemokratisch eingestellt registriert waren, für die das Schwergewicht nicht auf der Bezeichnung ‚national', sondern auf ‚sozialistisch' liegt"[351].

Erst recht galt dies für Szálasis Parteien, die einem nationalen Sozialismus das Wort redeten und „lauter, entschlossener, kühner als die SZDP"[352] vorgingen, die seit Jahren ihren sozialistischen Zielen nicht nähergekommen war. Das Argument, man habe sich den Hungaristen deshalb angeschlossen, weil sie die einzige auf radikale Veränderung der Verhältnisse hinarbeitende Bewegung gewesen seien, während sich die Sozialdemokraten mit den staatstragenden Kräften Horthy-Ungarns arrangiert hätten, scheint immer wieder durch die Biographien der Beteiligten. Beispielhaft sei nur eine Stimme ausführlicher zitiert:

[348] Vgl. hierzu z.B. Nagy-Talavera, 1970, S. 154: „Wide segments of the government employees and the unorganized working masses had in the years 1939–1944 just one defender: the Arrow Cross."

[349] Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 397.

[350] Sipos, in: Magyar Nemzet, 25.11.1984, S. 7.

[351] Zitiert nach Pölöskei/Szakács, 1962, Bd. 2, S. 889. Leider wird nicht deutlich, um welche der frühen Pfeilkreuzler-Parteien es sich gehandelt hat.

[352] Ebenda, S. 888.

„Interessante Leute waren diese Sozialdemokraten. Sie glaubten, daß man mit der bloßen Lehre bzw. der Assoziation von Wissen erfolgreich Prinzipien oder Ideen verkünden könne. Seit Jahrzehnten verfolgten sie nicht eine Politik von Brot und Peitsche, sondern des Überzeugens und der nutzlosen Wortverschwendung. Ich war niemals im Zweifel, daß jene Arbeiter, die in der Sozialdemokratischen Partei waren, in kultureller Hinsicht viel gebildeter waren als die in jeder anderen Partei. Aber wie wir aus den Ereignissen sehen können, ist das nicht alles. Ich habe niemals daran gedacht, daß die Regierung die Sozialdemokratische Partei auflösen würde. Ich habe immer dafür gehalten, und tue es auch heute noch, daß wir ungarischen Sozialisten sowohl ideologisch als auch praktisch viel Besseres und viel mehr bieten müssen als die Sozialdemokraten, die sich mit der Situation schon versöhnt und ihre Kraft verloren haben."[353]

Der Bergarbeiterstreik 1940

Bei der Analyse des Sozialprofils der NYKP-Ortsgruppenleiter und der Parlamentswahlen 1939 stellte sich ein erheblicher Rückhalt der Pfeilkreuzler in den Reihen der Bergarbeiterschaft heraus[354]. Bergbau in Ungarn bedeutete Kohlebergbau, dessen Schwergewicht auf minderwertiger Braunkohle mit niedrigem Brennwert lag.

Der „Landesverband der Bergbau- und Hüttenarbeiter" war Anfang der zwanziger Jahre die stärkste und kämpferischste sozialistische ungarische Gewerkschaft. Betrachtet man die Entwicklung ihrer Mitgliederzahlen, so ergibt sich für die Jahre 1919–1936 ein steter Verfall[355]:

Jahre	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1919*	25457	1928	2958
1920	9700	1929	2235
1921	9012	1930	1298
1922	18302	1931	2872
1923	16360	1932	3116
1924	12826	1933	3348
1925	6834	1934	3492
1926	4714	1935	3617
1927	3985	1936	3561

* 4. Quartal 1919

Der spektakuläre Verfall der Mitgliederzahl 1920 war Folge des gewaltsamen Drucks auf die Arbeiterbewegung nach der Niederschlagung der Räterepublik. Die

[353] Török, 1941, S. 51.

[354] Zur Bergarbeiterschaft in Horthy-Ungarn vgl. die Monographien von Kubitsch, 1965, für die Zeit von 1919–1933 bzw. von Szekeres, 1970, für die Jahre 1934–1944. Beide Darstellungen konzentrieren sich neben der Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Aktivitäten der Sozialdemokraten und Kommunisten.

[355] Szekeres, 1970, S. 39, Anm. 1; S. 43, Anm. 7; Kubitsch, 1965, S. 77, für 1919–1923, der jedoch für 1920 und 1921 leicht abweichende Zahlen (9950 bzw. 9254) nennt. Quelle sind in beiden Fällen die Jahresberichte des Gewerkschaftsrats.

Konsolidierung des Horthy-Regimes in der Bethlen-Ära sicherte Sozialdemokraten und Gewerkschaften ein, wenn auch bescheidenes, Plätzchen. Die Integration der gemäßigten Arbeiterbewegung ins politische System durch den Bethlen-Peyer-Pakt führte zunächst zu einem deutlichen Emporschnellen der Mitgliederzahl der Bergarbeitergewerkschaft im Jahr 1922 um über 100%, doch machte sich schon ein Jahr später ein Abbröckeln der gewerkschaftlich Organisierten bemerkbar, das sich ab 1924 rasant fortsetzte. Der (vorläufige) Tiefpunkt lag im Jahr 1930 mit nur noch 1298 Gewerkschaftsmitgliedern, d.h. innerhalb von nur sechs Jahren (1924–1930) war der Mitgliederstand auf ein schwaches Zehntel zusammengeschrumpft. Ebenso schwand die Zahl der gewerkschaftlichen Ortsverbände von 59 (1924) auf 19 (1933)[356].

Der Grund für diesen rapiden Verfall kann nur vordergründig allein in der Zersplitterung und Schwächung der Gewerkschaftsbewegung unter dem Druck der Horthy-Elite gesehen werden. Die von einem Teil der Unternehmer und der Kirche unterstützte christlich-soziale Bergarbeitergewerkschaft hatte nach eigenen Angaben 1919 rund 15000 Mitglieder, doch erwiesen sich ihre Hoffnungen auf einen weiteren Aufschwung als trügerisch. Trotz verstärkter Organisationsbemühungen verlor sie erneut an Mitgliedern und Bedeutung[357]. 1926 gründete der ehemalige sozialistische Gewerkschaftsführer Vendel Csóka eine sich explizit als „unpolitisch" und „national" verstehende Bergarbeitervereinigung. Sie verursachte zwar laut Kubitsch „ernsthafte Schäden", indem sie zeitweilig einen Teil der Kumpel „irreleiten" konnte, doch gelangte sie nicht über einige Anfangserfolge hinaus[358]. Die Agitation der illegalen KP fand allenfalls marginalen Widerhall, doch entschloß auch sie sich im Herbst 1928 zur Gründung einer eigenen „roten" Bergarbeitergewerkschaft, was die sozialistische Gewerkschaftsbewegung weiter schwächte[359]. Diese Zersplitterung war jedoch nicht Ursache des Mitgliederschwundes, der die gesamte Arbeiterorganisation erfaßt hatte[360], sondern Symptom. Die sozialistische Gewerkschaftsbewegung brachte offenbar nicht mehr ihre frühere integrative Kraft auf, noch war sie in der Lage, durch praktische Erfolge zu überzeugen. Resultat dieser Entwicklung waren Mitgliederschwund und Zersplitterung, in erster Linie jedoch die Tatsache, daß die große Mehrheit der Bergarbeiter überhaupt nicht mehr organisiert war[361].

Die Jahre der Weltwirtschaftskrise führten nach dem Tiefstand 1930 zu einem regional begrenzten, leichten Ansteigen der Gewerkschaftsmitglieder. Es konzentrierte

[356] Szekeres, 1970, S.39. Die Jahre bis 1923 verzeichneten interessanterweise zwar eine Abnahme der Mitglieder, aber eine Zunahme der Ortsverbände, nämlich von 44 Ende 1919 auf 72 im Jahr 1923 (1920: 45; 1921: 60; 1922: 65); vgl. Kubitsch, 1965, S.77.

[357] Vgl. ebenda, S.74ff. Leider sind, abgesehen von lokalen Daten, keine Angaben über Stärke, Politik und Bedeutung der christlich-sozialen Gewerkschaften enthalten.

[358] Zu Csókas Gewerkschaftsverband ebenda, S.156ff., über dessen Größe ebenfalls nur lokale Daten mitgeteilt werden. Noch „sparsamer" Szekeres, 1970, S.41.

[359] Kubitsch, 1965, S.234ff.; Szekeres, 1970, S.41. Die Untergrundtätigkeit der Kommunisten erhält zwar in beiden Darstellungen ein besonderes Gewicht, doch täuscht dies in Hinsicht auf ihre politische Bedeutung.

[360] Gewerkschaftlich organisiert waren 1919: 212408 Arbeiter, 1922: 202956, 1926: 126260, 1931: 103522, 1932: 110060 Arbeiter, d.h. 1931 hatten die Gewerkschaften mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder von 1919 verloren; vgl. BL. NL Macartney/3: Brief des Ungarischen Gewerkschaftsrats an Macartney, Budapest, 29.7.1933.

[361] Darauf verweist Szekeres selbst, wenn auch an etwas versteckter Stelle: 1970, S.41, Anm.3.

sich auf die Abbaugebiete um Pécs, Brennberg/Komitat Sopron und Salgótarján, während in anderen Gebieten (Komitate Borsod und Heves; Tatabánya, Dorog usw.) das gewerkschaftliche Leben überhaupt erlosch[362]. Andererseits verschlechterte sich die gewerkschaftliche Lage nur wenig später gerade in den Revieren, die einen (geringen) Zuwachs zu verzeichnen gehabt hatten. So traten im Pécser Becken innerhalb von eineinhalb Jahren vom Herbst 1934 bis März 1936 rund 1500 Bergarbeiter aus der Gewerkschaft aus[363]. Mit dem Jahr 1936 stellte der Gewerkschaftsrat die Mitteilung der Mitgliederzahlen ein, so daß man für die folgenden Jahre auf Schätzungen angewiesen ist. Szekeres nimmt für 1937 höchstens 300 bis 400 zahlende Gewerkschaftsmitglieder an, eine vernichtend geringe Zahl angesichts der rund 50000 Bergarbeiter in Ungarn. Nach einer „Werbekampagne" 1938 stieg sie auf 900 Mitglieder[364].

In diesen Jahren verschlechterte sich die materielle und soziale Lage der Bergarbeiterschaft kontinuierlich. Die Jahre der Weltwirtschaftskrise brachten zwar 1932/33 ein Absinken des Kohleverbrauchs in Industrie und Eisenbahn von mehr als 25% gegenüber 1929, doch wirkte sich dies durch den Stopp ausländischer Kohleimporte und die Errichtung von Lagerhalden nur abgeschwächt auf die Kohleförderung aus (1929–1933: Sinken um 15%). Ebenso hielt sich die Zahl der beschäftigten Kumpel im Durchschnitt relativ konstant (1929: 31734; 1933: 32110)[365]. Massiv war jedoch der Verfall der Löhne seit 1929, der erst mit dem Jahr 1934 seinen Tiefstpunkt erreichen sollte[366]:

Jahr	Arbeitstage	Schichten/ Arbeiter	Lohn/Schicht	Lohn/Jahr
1929				1526 P
1930				1405 P
1931				1296 P
1932				1263 P
1933	216	262	4,29 P	1170 P
1934	231	270	3,92 P	1092 P
1935	225	276	3,89 P	1106 P
1936	221	276,5	3.92 P	1135 P
1937	238	286,5	4,01 P	1205 P
1938	254	292	4,05 P	1227 P

Das Jahreseinkommen erhöhte sich nach der Weltwirtschaftskrise zwar leicht, doch ist dies aus der steigenden Zahl der Arbeitstage und Schichten zu erklären. Der

[362] Ebenda, S. 42, 73, 76.

[363] Ebenda, S. 73. Noch schlechter sah es für die Sozialdemokratische Partei aus: 1935 waren nur 1351 Bergarbeiter Mitglieder, 1936 stieg ihre Zahl auf 2972; vgl. ebenda, S. 76, Tabelle 20.

[364] Ebenda, S. 114, 119.

[365] Vgl. die Tabellen bei Kubitsch, 1965, S. 196, 198f., 202. Die Durchschnittszahlen der Arbeitslosen im Bergbau sagen natürlich nichts aus über die unterschiedlich hohe Arbeitslosigkeit in einzelnen Bergarbeiterberufen oder über das Ausmaß von Kurzarbeit und zeitweiliger Einstellung der Förderung; vgl. ebenda, S. 200.

[366] Für 1929 bis 1933: ebenda, S. 210; für 1933 bis 1938: Szekeres, 1970, S. 26f., Tabelle 9 und 11.

Durchschnittslohn pro Schicht, 1929 zwischen 4,83–5,49 Pengö[367], erreichte erst 1935/36 seinen Tiefpunkt und stieg ab 1936/37 nur minimal an. Hinzu kommt, daß der Lohn teilweise in Naturalien ausgezahlt wurde, was in obige Zahlen bereits einberechnet ist. Trotz höherer Produktivität[368] hatten die Durchschnittslöhne der Bergarbeiter pro Schicht 1938 noch nicht den Stand von 1929 erreicht. Die folgende Tabelle belegt die Verteilung der Bergarbeiter auf die einzelnen Verdienstgruppen[369]:

Jahr	Bergarbeiter (in %)	Verdienst pro Arbeitstag (in Pengö)
1929	13	1 –2,50
	36	3,50–4
	44	4,50–7,50
	7	8,50–9,50
1936	32	0,80–2,80
	43	3,60–4
	23,2	5,20–6,80
	1,8	7,80–9,20

Der Anteil von Bergarbeitern in den niedrigen Lohngruppen war demnach unzweifelhaft gestiegen, und zwar von 49% (mit Löhnen bis 4 Pengö) im Jahr 1929 auf 75% sieben Jahre später; charakteristisch ist dabei das besonders starke Anwachsen der untersten Lohngruppen von 13% auf 32%. Gegenüber dieser deutlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen konnten die Bergbauaktiengesellschaften auf der anderen Seite ihre Gewinne ständig verbessern. Während der Lohnanteil am Produktionswert (1933: 45,2%; 1937: 34,9%) und an den Betriebsausgaben (1933: 59,8%; 1937: 48,5%) kontinuierlich sank, stieg der Reingewinn von 13,6 Millionen Pengö 1934 auf 26,5 Millionen im Jahr 1937. Erstmals das Jahr 1938 verzeichnete wieder einen leichten Rückgang der Reingewinne, da einige Sozialgesetze wirksam wurden[370].

Angesichts ihrer materiellen Verelendung verbreitete sich unter den Bergarbeitern eine wachsende Unruhe, und zwar um so mehr, als sie sich von Regierung, Parteien, Gewerkschaften im Stich gelassen fühlen mußten. Die Regierung war sich der fortschreitenden Radikalisierung der Reviere wohl bewußt und ließ sie von den Sicherheitsorganen überwachen. In einem Bericht vom Februar 1935 heißt es über die vorgefundene Lage:

> „Der Bergbau bietet heute nicht einmal für den notwendigsten Lebensunterhalt eine Grundlage. Die Bergarbeiterschaft verproletarisiert in hohem Maße und rutscht politisch nach linksaußen. Bis zur Stunde können die Bergbauunternehmen noch den erforderlichen Einfluß auf die Arbeiterschaft ausüben, indem sie diejenigen entlassen, die sie beim Politisieren erwischen. Dadurch wird jedoch die Frage nicht auf beruhigende Weise erledigt, weil die unzufriedene revolutionäre Schicht anwächst."[371]

[367] Tabelle bei Kubitsch, 1965, S. 212; ausführlicher zur Lohnfrage ebenda, S. 210ff. Besonders interessant sind die Haushaltsabrechnungen von zwei Hauern im Mai 1931 bzw. Juni 1932 (S. 215f.), die beide mit einem Minus enden.

[368] Szekeres, 1970, S. 27, Tabelle 10.

[369] Ebenda, S. 28, nach Angaben der Landesversicherungsanstalt.

[370] Ausführlich ebenda, S. 29, Tabelle 12.

[371] Zitiert nach ebenda, S. 68f.

Es ist ganz typisch für die traditionell-konservative Sichtweise, soziale Forderungen und die zunehmende politische Radikalisierung mit „linksaußen" und „Revolution", also Kommunismus, gleichzusetzen und eine entsprechende Abwehrstrategie aufzubauen. De facto verlief die historische Entwicklung jedoch anders, denn während wiederholte Werbekampagnen und Reorganisationsversuche der Sozialdemokraten und Gewerkschaften im Sande verliefen und praktisch ergebnislos blieben[372], begannen Szálasis Hungaristen und auch die „Nationale Front" ab ungefähr 1937 durchaus erfolgreich mit der Mitgliederwerbung unter den Bergarbeitern.

Aus Dorog/Komitat Esztergom, wo die Gewerkschaftsarbeit völlig eingestellt werden mußte, meldete der Sekretär des sozialdemokratischen Ortsverbandes im Sommer 1938 der Parteizentrale, der Ortsverband der Szálasi-Partei zähle gegenwärtig rund 2500 Mitglieder; seine führenden Persönlichkeiten umfaßten Händler, Kleinbauern, Eisen- und Bergarbeiter[373]. Diese Zahl ist um so bedeutsamer, als Dorog nur knapp über 8000 Einwohner hatte[374]. Auch in den anderen Kohlenrevieren konnten die Hungaristen einen starken Zulauf aus den Reihen der Bergarbeiterschaft verzeichnen, so in Salgótarján, Tatabánya, Felsögalla und dem Pécser Becken[375]. In Felsögalla/Komitat Komárom hatte sich nach Ansicht führender Hungaristen die stärkste reine Arbeiterorganisation ihrer Partei mit 1000 Mitgliedern gebildet[376]. Obwohl Angaben aus anderen Revieren nicht verfügbar sind, muß der Zulauf dort ähnlich gewesen sein. 1938, als die sozialistische Gewerkschaft nach einer Werbekampagne in ganz Ungarn schätzungsweise nur 900 Bergarbeiter als Mitglieder hatte[377], zählte also die hungaristische Ortsgruppe einer einzigen Gemeinde, die überwiegend vom Bergbau lebte (Dorog), allein 2500 Mitglieder[378].

Die Bergarbeiter müssen ihre Interessen durch die Szálasi-Partei erheblich besser vertreten gefühlt haben als durch die Organisationen der Arbeiterbewegung, worauf auch die sehr guten Ergebnisse der NYKP bei den Parlamentswahlen 1939 gerade in den Kohlenrevieren verweisen. Leider enthält sich die ungarische Forschung genauerer Angaben zu diesem Thema. Die bedeutende Rolle, die die NYKP bei Ausbruch, Organisierung und Verbreitung des großen Bergarbeiterstreiks vom Oktober 1940 spielte, ist nur dadurch zu erklären, daß die Partei in den Revieren sowohl über beträchtlichen politischen Einfluß als auch über ein engmaschiges Organisationsnetz verfügt haben muß.

Nach dem Einzug der NYKP in das Parlament 1939 war es der Abgeordnete Lajos Gruber, von Beruf Maschinenbauingenieur, der sich in scharf formulierten Interpellationen speziell um die Belange der Bergarbeiter kümmerte. Die vervielfältigten Texte der Eingaben ließ er illegal unter den Arbeitern verteilen, so daß diese den Eindruck

[372] Vgl. hierzu ausführlich ebenda, S. 73 ff., 111 ff.
[373] Zitiert nach Lackó, 1966, S. 131.
[374] Dorog hatte 1941 8196 Einwohner; vgl. Magyarország helységnévtára, 1941.
[375] Leider nennt Lackó keine Zahlen, sondern verweist auf Aktenzeichen der dem westlichen Forscher nicht zugänglichen ungarischen Archive; vgl. Lackó, 1966, S. 132, Anm. 104. Nur für vier Orte verrät er ungefähre Daten (zwischen 200–400 Neueintritte in Gemeinden mit rund 3000 Einwohnern 1938).
[376] Ebenda, S. 132.
[377] Szekeres, 1970, S. 119.
[378] Lackó, 1966, S. 131.

gewinnen mußten, daß es im Parlament endlich eine Partei gab, die ihnen eine Interessenvertretung anbot. Tatsächlich erschienen Gruber und andere NYKP-Abgeordnete in den Revieren, um sich an Ort und Stelle von den sozialen Verhältnissen zu überzeugen. Auf den anschließenden „Beschwerdetagen" protokollierten sie die vorgebrachten Klagen, um diese als Grundlage ihrer Propaganda und für weitere dringende Interpellationen heranzuziehen[379]. Die Beschwerden der Bergarbeiter gruppierten sich, so Gruber in seiner Interpellation an den Industrieminister vom 28. Juni 1939[380], um die minimalen Arbeitslöhne, die Überschreitung der Arbeitszeit, die Rentenfrage sowie die unmenschliche, entwürdigende Behandlung durch die Betriebsleitungen. Die Arbeiter würden für Hungerlöhne, die zur Deckung des Existenzminimums nicht mehr ausreichten, zu ständiger Mehrarbeit gezwungen, ohne dafür den 25%igen Zuschlag ausbezahlt zu bekommen, ebensowenig wie für Nacht- und Sonntagsarbeit. In den Bergwerksunternehmen betrage die tägliche Arbeitszeit immer 12, oft sogar 14 Stunden. Beschwerden bei der Direktion führten bestenfalls zu Beschimpfungen als „schmutzige Kommunisten", obwohl bei den letzten Wahlen von den rund 16000 Stimmberechtigten in Tatabánya nur 1800 die Sozialdemokraten, die übrigen jedoch die Regierungs- oder Pfeilkreuzpartei gewählt hätten. Beschimpfungen, hohe Lohnabzüge als Strafe für Verspätungen auch bei 10–15 km langen Wegen zum Arbeitsplatz seien an der Tagesordnung; es gebe sogar einen Betrieb, der seinen Arbeitern für die Dauer der Beschäftigung ein Heiratsverbot auferlege. Die Rente nach langjähriger Schwerstarbeit betrage monatlich nur 30 bis 35 Pengö, wovon niemand leben könne. Der Minister solle die angesprochenen Mißstände überprüfen und beseitigen lassen sowie die bereits ernannte Kommission anweisen, umgehend die Mindestlöhne auch für Bergarbeiter zu fixieren.

Tatsächlich hatte die Sozialgesetzgebung der Jahre 1937 und 1938 die Bergarbeiterschaft als Sondergruppe immer von ihren Regelungen ausgenommen. Endlich wurde im Sommer 1939 eine Regierungskommission mit der Festsetzung der Mindestlöhne im Bergbau beauftragt, die nach eingehender Überprüfung der Verhältnisse zu dem Schluß kam, erst nach einer 20–60%igen Lohnerhöhung käme man vertretbaren Mindestlöhnen nahe. Die Bergwerkseigentümer – 87% der Betriebe waren in privatem, 13% in staatlichem Besitz – protestierten und sahen den Zusammenbruch der Kohleförderung voraus, so daß die Regierung Teleki die Kommissionsvorschläge schnell ad acta legen ließ[381].

Im Jahr 1940 waren in 77 Braun- und acht Steinkohlebergwerken rund 46000 Arbeiter beschäftigt. Zwar hatte es auch in den dreißiger Jahren Bergarbeiterstreiks gegeben, doch waren diese in Ausmaß und Wirkung sehr begrenzt. Beim größten Streik 1937 hatten nach der amtlichen Statistik in acht Zechen 6714 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, so daß ein Arbeitsausfall von insgesamt 35509 Arbeitstagen entstand. Auch die Hungerstreiks dieser Jahre (1934, 1935 und 1936 in Pécs; 1938 in Brennberg) blieben auf einige Ortschaften beschränkt. Dem am 8. Oktober 1940 von Salgótarján ausgehenden landesweiten Bergarbeiterstreik kommt demgegenüber eine Sonderstellung zu. Nach offiziellen statistischen Angaben nahmen 31219 Arbeiter aus 36 Betrieben

[379] Vgl. z. B. den Bericht in der „Pesti Ujság" Nr. 166, 6. 8. 1939, S. 7.
[380] PI, A. 685–1/10.
[381] Szekeres, 1970, S. 163 f.

von 16 Bergwerksgesellschaften am Ausstand teil, so daß insgesamt 335669 Arbeitstage ausfielen[382]. Andere Quellen sprechen von mehr als 40000 Streikenden[383].

Konkreter Anlaß des Streiks war eine Teuerungswelle im Sommer 1940; die Arbeitgeber waren zu ausgleichenden Lohnerhöhungen nicht bereit. Von der Gewerkschaft war keine Hilfe zu erwarten. Sie erlebte 1940 ihren Tiefpunkt mit nicht einmal mehr 200 zahlenden Mitgliedern[384]. Anders die Pfeilkreuzler. In Anbetracht der unhaltbaren Lage rief Gruber zum 1. September 1940 einen geheimen Bergarbeiterkongreß mit 120 Delegierten aus allen Landesteilen in die Budapester NYKP-Zentrale zusammen, um über die Lohnforderungen zu beraten[385]. Man einigte sich auf eine 30%ige Erhöhung und verfaßte ein Memorandum, das Gruber dem Industrieminister übergeben wollte. Dort wurde u.a. Beschwerde geführt über die Zechen der Salgótarjáner Steinkohlenbergwerks-AG, die nicht nur die gesetzlichen Zuschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit verweigere, sondern auch nichts unternehme, die unhaltbaren Arbeitsbedingungen (kniehohes Wasser, schlammige Schächte ohne entsprechende Arbeitskleidung, mangelnde Entlüftung usw.) zu verbessern[386].

Während ein Streik der 1200 Bergarbeiter von Mátranovák am 6. September, die seit Wochen keine Fettration erhalten hatten, schon nach drei Tagen abgebrochen wurde[387], obwohl sich noch 4000 Beschäftigte der Nachbarzechen dem Ausstand angeschlossen hatten, galt dies doch als erstes deutliches Warnzeichen. Die Komitatsverwaltungen berichteten von fieberhaften Propaganda- und Organisationstätigkeiten der Pfeilkreuzler unter den Bergleuten. Um der drohenden Streikbewegung das Wasser abzugraben, beschloß die Regierung endlich – nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem Finanzminister, der wegen der Inflationsgefahr jede Lohnerhöhung ablehnte – eine 7%ige Steigerung der Löhne. Als diese am 7. Oktober offiziell verkündet wurde, war die Empörung groß, da man die Erhöhung als bei weitem zu gering empfand, zumal die Regierung gleichzeitig, um die „Lebensfähigkeit" der Landwirtschaft zu erhalten, die Anhebung der Preise für verschiedene Lebensmittel verordnet hatte[388]. Am 8. Oktober erfolgten die ersten Arbeitsniederlegungen in Salgótarján; bereits nach acht Tagen hatte sich der Arbeitskampf über das ganze Land ausgebreitet und erfaßte nicht nur Bergwerke, sondern auch einige Industrieunternehmen in den Revieren[389].

[382] Ebenda, S. 28, 162 f.

[383] Lackó, 1966, S. 238.

[384] Szekeres, 1970, S. 165, 167.

[385] Ebenda, S. 171; Lackó, 1966, S. 237 f. (S. 93).

[386] A NYKP nyilatkozata a bányász bérmozgalmak ügyében, 17.10.1940: Auszug aus dem Memorandum des Bergarbeiterkongresses vom 1.9.1940, S. 6 ff. (Anlage 4).

[387] Der Industrieminister veranlaßte, daß ein Wagon mit Fett und Speck nach Mátranovák geschickt wurde; vgl. ebenda, S. 1; Szekeres, 1970, S. 172 ff., benützt auch diese NYKP-Erklärung als Quelle, führt sie aber nicht in den Anmerkungen an.

[388] Ebenda, S. 171 ff.; A NYKP nyilatkozata, 17.10.1940, S. 2.

[389] Über den Ablauf des Streiks vgl. zusammenfassend Lackó, 1966, S. 238 ff. (S. 93 ff.); regional für das Komitat Nógrád vgl. Nógrád megye története 3, 1970, S. 167 ff. Ausführlich Szekeres, 1970, S. 174 ff. Szekeres' Quellengrundlage sind im wesentlichen die Akten des Verteidigungsministeriums im militärgeschichtlichen Archiv. Die spezielle Sichtweise des Militärs wird allerdings als quellenkritisches Problem nicht reflektiert. Es wäre müßig, an dieser Stelle den Ablauf des Streiks im einzelnen wiederzugeben, zumal die Quellenlage keine wesentliche Ergänzung der von Szekeres erstellten Rekonstruktion des Arbeitskampfes erlaubt.

Die Regierung war in Anbetracht der Entwicklung derart beunruhigt, daß sie der Presse jede Berichterstattung bis Mitte November untersagte; die Reviere wurden als kriegswichtige Betriebe vom Militär besetzt. Die Armee hatte den Befehl, die Streikenden mit Gewalt zur Aufgabe zu zwingen, doch erzielte sie trotz drastischer Maßnahmen (Massenverhaftungen, Bedrohungen, Gewaltanwendung usw.) keinerlei Erfolge[390]. Regierung und Unternehmensleitungen betrachteten den Ausstand als politischen Streik, der, angezettelt von den Pfeilkreuzlern, die Lohnforderungen nur als Vorwand benutze, in Wirklichkeit aber den Sturz der Regierung und die Machtübernahme des gerade vorzeitig aus der Haft entlassenen Szálasi zum Ziel habe[391]. Die Pfeilkreuzler ihrerseits interpretierten dies als Taktik der Regierung, von den sozialen Problemen abzulenken und einen Sündenbock auszumachen: Es handele sich ausschließlich um einen Streik für höhere Löhne, ausreichende Fettrationen und eine menschenwürdige Behandlungsweise. Gruber habe seit 1939 kontinuierlich die Regierung auf die Probleme der Bergarbeiter aufmerksam gemacht und im Interesse der Verhinderung eines Streiks um Behebung der objektiven Mißstände gebeten[392].

Interessanterweise teilten weite Teile des Militärs die Version der Pfeilkreuzler, so daß zwei Generäle, die zur Unterdrückung des Streiks eingesetzt waren, abgelöst werden mußten. Sie vertraten die Ansicht, es handele sich, obwohl sie das Mittel des Streiks nicht billigten, um einen reinen Arbeitskampf mit berechtigten Forderungen[393]. Die SD-Berichte über den Bergarbeiterstreik meldeten ebenfalls eine auffallend „arbeiterfreundliche Haltung der zum Schutz der Gruben eingesetzten Truppen"[394]; die zunächst entsandte Infanterie müsse von der Kavallerie abgelöst werden, weil diese „aufgrund ihrer mehr feudalistischen Gesamthaltung nicht so viel gefährliches Verständnis für die trostlose Wirtschaftslage der Bergarbeiter hat"[395]. Vor den Augen der Regierung entstand das Gespenst einer Pfeilkreuzlererhebung, unterstützt von Teilen der rechtsgerichteten Militärs. In Offizierskreisen zweifelte man, „ob im Einsatzfall die Soldaten auf die Arbeiter schießen würden"[396]. Ministerpräsident Teleki schätzte das Militär zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr als politisch zuverlässigen und kontrollierbaren Faktor ein[397].

Aufgrund der lückenhaften Quellenlage ist es fast unmöglich, die Gründe für das seltsam uneindeutige Auftreten der Pfeilkreuzler in der Streikfrage zu ermitteln[398]. Ihre rege Organisations- und Propagandatätigkeit in den Revieren in den Wochen vor Streikausbruch ist belegt, ebenso der scharfe Ton der Reden und Eingaben ihrer Ab-

[390] Lackó, 1966, S. 239 (S. 94).
[391] Vgl. A NYKP nyilatkozata, 17. 10. 1940, S. 3; Szekeres, 1970, S. 161, 179, 186.
[392] A NYKP nyilatkozata, 17. 10. 1940, S. 1, 3, 5.
[393] Szekeres, 1970, S. 179 f., 189; Lackó, 1966, S. 240.
[394] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd. 466: Chef von Sipo und SD an das AA, 11. 11. 1940, Anlage A, S. 1.
[395] Ebenda, Bd. 465: Chef von Sipo und SD an das AA, 29. 10. 1940, S. 3.
[396] Ebenda, S. 2.
[397] Horthy Miklós titkos iratai, Nr. 49, S. 233 f.: Memorandum Telekis an Horthy, 1. 9. 1940; vgl. dazu auch S. 198 dieser Arbeit.
[398] Interessanterweise sind zumindest die dem AA übermittelten SD-Berichte über den Streik ebenfalls ratlos, was die Verwicklung der NYKP-Parteiführung in die Organisation des Streiks angeht.

geordneten im Parlament[399]. Andererseits wehrten sie sich vehement gegen Vermutungen, sie selbst hätten den Streik organisiert.

Am 10. Oktober erschien eine zehnköpfige Bergarbeiterdelegation aus Salgótarján unter Leitung des NYKP-Kreisleiters József Halácsi bei dem kürzlich amnestierten Szálasi, der sich ausgiebig über Grund und Verlauf der Arbeitsniederlegung informierte. Das Inhaltsprotokoll der Unterredung[400], eine quellenkritisch hoch zu schätzende Überrestquelle, belegt, daß der erst kürzlich entlassene Parteiführer als „Drahtzieher" ausscheidet. Er war in keinerlei Hintergründe eingeweiht und hinkte im Gegenteil sogar den Ereignissen hinterher. Das heißt nun wiederum nicht, daß nicht andere, radikal eingestellte Gruppen der Partei in der Streikbewegung initiativ geworden waren. Halácsi berichtete, der Streik habe in der unorganisierten, aber überwiegend sozialdemokratisch gesinnten Frigyes-Grube aus Hunger seinen Ausgang genommen. Die Partei habe versucht, ihn zu verhindern, konnte aber „nur noch ein diszipliniertes Verhalten gewährleisten". Szálasi formulierte daraufhin den offiziellen Parteistandpunkt: Eine Arbeitsniederlegung sei zwar nur als nationale Widerstandsaktion legitim, d.h. dürfe nur auf seinen, Szálasis, Befehl hin erfolgen (!); das Verhalten der Arbeiterschaft sei aber verständlich: „Der Standpunkt der Partei ist: Prinzipiell sind wir gegen den Streik, im gegenwärtigen Fall aber geben wir der Arbeiterschaft recht."

Damit sanktionierte er nachträglich die Haltung der NYKP-Ortsverbände in den Revieren, wies aber zugleich darauf hin, daß man diesen Standpunkt „allerdings auch abändern könne". Fünf Tage später, am 15. Oktober, meldete Gruber dem Parteiführer, man verbreite, daß die Pfeilkreuzler den Streik schürten. Vajna habe vergeblich versucht, Generalstabschef Werth davon zu überzeugen, daß es sich um keine politische Aktion handele, halte jedoch eine dringende Interpellation für notwendig, „daß wir damit nichts zu tun haben, daß dies offenbar ein englisch-jüdisches Manöver ist". Szálasi stimmte zu und ordnete gleichzeitig eine entsprechende Presseerklärung über Ursachen und Verlauf des Ausstandes an, auch wenn diese wegen der Zensur nicht erscheinen könne. Weiter befahl er, „auf jede Weise und mit jedem Mittel darauf hin(zu)wirken, daß wir die Bergarbeiterfamilien unterstützen können". Interpellation und Presseerklärung erschienen am 17. Oktober[401].

Während die Pfeilkreuzler den Streik bis zum 20. Oktober in der Öffentlichkeit moralisch unterstützten, indem sie die Forderungen der Arbeiter für berechtigt hielten, Gruber mehrere Reisen in die Reviere unternahm und die Partei zahlreiche Aktivitäten entfaltete, machten sie danach eine Kehrtwendung und enthielten sich jeder weiteren Hilfeleistung für die in Bedrängnis geratenden Bergleute. Szálasi selbst erklärte sechs Tage später einer zehnköpfigen Bergarbeiterdelegation aus Ózd, die ihn um Unterstützung bitten wollte, Lohnforderungen müßten mit anderen Mitteln durchgesetzt werden als mit Streik (mit welchen, sagte er allerdings nicht), und verweigerte jede Hilfe. Am selben Tag war der bisherige Ansprechpartner der Bergleute, Gruber, für eine Delegation der Streikenden aus Tatabánya nirgends auffindbar; ande-

[399] Vgl. z.B. die Interpellation Grubers vom 9.10.1940 bei Lackó, 1966, S.238, Anm.153 (S.93).

[400] Die folgenden Ausführungen und Zitate aus IfZ, MA 1541/1, B.850–855.

[401] A NYKP-nyilatkozata a bányász bérmozgalmak ügyében, 17.10.1940. Eine deutsche Übersetzung dieser am 17.10.1940 im Parlament vorgebrachten Erklärung einschließlich aller Anlagen vgl. als Anlage B des Schreibens des Chefs von Sipo und SD an das AA, Berlin, 11.11.1940, in: PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd.466.

ren ließ er ausrichten, er stehe streikenden Bergarbeitern nicht zur Verfügung, er habe mit dem Streik nichts zu tun[402].

Nun auch von den Pfeilkreuzlern im Stich gelassen, waren die Bergarbeiter ohne jede Hoffnung und Möglichkeit, ihre Forderungen durchsetzen zu können; bis Anfang November war der Streik zusammengebrochen. Die Bergleute mußten akzeptieren, was ihnen geboten wurde: eine Neufestsetzung der Mindestlöhne in den unteren Lohngruppen, Lohnerhöhungen von durchschnittlich 15%, 25–50%ige Zuschläge auf Überstunden und Nacht-/Sonntagsarbeit und eine ausreichende Lebensmittelversorgung. Hinzu kam die einmalige Zahlung einer Herbst- und einer Winterhilfe. Die Regierung verzichtete ferner auf strenge Strafmaßnahmen und „Racheaktionen" und erließ bis Weihnachten eine Amnestie für die bereits von Kriegsgerichten verurteilten Kumpel[403].

Der Sinnes- und Haltungswandel der Pfeilkreuzler wird von Szekeres und Lackó in Ermangelung von Dokumenten mit der Hypothese begründet, die Deutschen hätten aus politisch-ökonomischem Eigeninteresse ihren ungarischen Gesinnungsgenossen zu verstehen gegeben, sie würden eine gewaltsame Machtübernahme von „unten" mit Hilfe der Streikbewegung nicht unterstützen[404]. Quellen, die diesen Schluß unzweideutig nahelegen, gibt es jedoch nicht. Die Berichte mehrerer Polizeispitzel enthielten Hinweise, daß die Pfeilkreuzler den 20. Oktober als Stichtag für eine große, den Streik entscheidende Zäsur betrachteten: Nach Meldung des einen habe die Parteiführung Anweisungen an die Streikenden verteilt, unbedingt bis zu diesem Tag durchzuhalten; in Salgótarján verbreiteten sich Gerüchte, daß am 20. Oktober die Deutschen Ungarn besetzen wollten[405]. Ein am 7. November verhörter Bergmann gab zu Protokoll, Gruber habe ihnen erklärt, die deutschen Truppen würden das Land besetzen und die Forderungen der Arbeiterschaft auf Kosten des jüdischen Kapitalismus befriedigen; danach übernehme die NYKP die Macht[406]. Am berühmten 20. Oktober jedoch passierte nichts Außergewöhnliches.

Wenn derartige Vermutungen und Gerüchte noch längst keine Belege für die Richtigkeit der Hypothese sind, so war der Streik doch gewiß nicht im Interesse des Dritten Reichs. Hitler mußte gerade 1940 an der Stabilität der politischen Verhältnisse in Ungarn wie in ganz Südosteuropa interessiert sein. Ein SD-Bericht vom 29. Oktober wies die Möglichkeit auf, daß der Streik sich auf die Schiffahrt ausweiten könne, was „lebenswichtige Interessen des Reiches", nämlich seine Ölversorgung, gefährden würde[407]. Die Bedeutung einer funktionierenden Verbindung mit dem Südosten Europas, insbesondere mit Rumänien, war für NS-Deutschland evident, so daß die Nachricht von der raschen Abnahme der Kohlenvorräte der ungarischen Eisenbahn berechtigte Unruhe auslöste[408]. Es gibt sogar einen Quellenhinweis darauf, daß deutsche Kohlelieferungen nach Ungarn veranlaßt wurden, denn der NYKP-Ideologe

[402] Szekeres, 1970, S. 192.
[403] Ebenda, S. 196, 201; Lackó, 1966, S. 241 (S. 95).
[404] Szekeres, 1970, S. 192 f.; Lackó, 1966, S. 241.
[405] Szekeres, 1970, S. 190.
[406] Lackó, 1966, S. 241 f., Anm. 163.
[407] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd. 465: Chef von Sipo und SD an das AA, Berlin, 29. 10. 1940, S. 3.
[408] Lackó, 1966, S. 241, Anm. 161.

Vágó schrieb im November 1940, es habe „unter den meist pfeilkreuzlerisch fühlenden Bergarbeitern Erbitterung hervorgerufen, daß der Streik durch Lieferungen deutscher Kohle abgebrochen wurde"[409].

Hitlers „Ruhebedürfnis" standen natürlich hungaristische Machtergreifungspläne entgegen, die nach einer Phase der Erschlaffung der Partei 1939/40 mit Szálasis vorzeitiger Haftentlassung durch Amnestie am 16. September 1940 einen immensen Auftrieb erfahren hatten. Zumindest der radikale Flügel der NYKP mag daran gedacht haben, durch Organisierung des Bergarbeiterstreiks und seine Ausweitung zum Generalstreik eine revolutionär gestimmte Volksbewegung zum Sturz der Regierung und zur Machtübernahme Szálasis ausnutzen zu können. Nicht nur häuften sich seit Sommer 1940 die entdeckten Verschwörergruppen und Attentats- oder Putschversuche[410]. Das Parteiarchiv beherbergte genauere Ausarbeitungen aus diesen kritischen Monaten für den Fall der Machtübernahme, so z. B. eine Schrift unter dem Decknamen Secundus über die „Organisierung der Lebensmittelversorgung für den Fall, daß die NYKP im Winter 1940/41 die Macht ergreift"[411]. In Betracht zu ziehen ist ferner die Fusion der Szálasi-Partei kurz vor Ausbruch des Streiks, am 29. September 1940, mit der „Ungarischen Nationalsozialistischen Partei" MNSZP, die über Baky, Ruszkay und andere in enger Beziehung zur SS stand[412]. Eine deutsche Einflußnahme über diese informellen Kanäle persönlicher, geheimer Kontakte ist nicht auszuschließen, wenn auch nicht belegbar.

Die Pfeilkreuzler als Integrations- und Protestbewegung

Nach Lackó machten „Lumpenelemente" einen nicht unbeträchtlichen Teil der einfachen Parteimitglieder bzw. der revolutionär-anarchistischen Aktivisten der Hungaristenbewegung aus[413]. Das Lumpenproletariat definiert sich in marxistischer Sicht als „eine deklassierte Schicht des Proletariats, die die Beziehung zur gesellschaftlichen Organisation des Produktionsprozesses verloren hat, eine ‚unbestimmte, aufgelöste, hin- und hergeworfene Masse' (Marx, 1852), die sich aus allen Schichten rekrutiert. Das L. ist – trotz oft großen materiellen Elends – nicht in der Lage, proletarisches Klassenbewußtsein zu entwickeln und sich im Kampf gegen das Kapital zu organisieren."[414]

Ohne gleich sämtliche marxistischen Implikationen des Begriffs mitzuvollziehen, kann er doch als Bezeichnung für die sozial Deklassierten aufgefaßt werden, deren Rolle im politischen und gesellschaftlichen Leben, wie Lackó richtig bemerkt, soziologisch noch nicht erforscht ist. Das liegt gewiß auch daran, daß sie als soziale Gruppe zum einen sehr heterogen zusammengesetzt, zum anderen mit statistischen Mitteln kaum erfaßbar sind, da Bildungsabschluß, erlernter Beruf, materielle Lage keine Indi-

[409] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd. 466: Chef von Sipo und SD an das AA, 19.11.1940: deutsche Übersetzung der Stellungnahme Vágós zu seinem Artikel in der Zeitschrift „A nép", 31.10.1940, über den Volksbund, S. 1.
[410] Vgl. dazu S. 254, 257, dieser Arbeit.
[411] IfZ, MA 1541/6, B. 656 ff.
[412] Näheres vgl. S. 258 ff. dieser Arbeit.
[413] Lackó, 1966, S. 133 ff. (S. 43 f.).
[414] Fuchs u. a., 1973, S. 411.

katoren für soziale Deklassierung darstellen. So spricht Lackó interessanterweise von einer faschistischen „Mentalität", mit der das Lumpenproletariat auch andere gesellschaftliche Gruppen „infiziert" habe[415]. Hier betritt der Historiker allerdings ungesichertes Glatteis, denn ohne genauere Begriffsbestimmung und empirische Untersuchungen wären der Spekulation Tür und Tor geöffnet. Daß Proletarier sich nicht in der sozialistischen Arbeiterbewegung engagierten, obwohl sie es in Anbetracht ihrer sozioökonomischen Lage eigentlich müßten, bleibt als Definition zu vage.

Trotzdem ist der Hinweis auf das Lumpenproletariat aufzugreifen und zu verfolgen. In der Gesellschaft Horthy-Ungarns, die deutliche Zeichen des Übergangs vom Agrar- ins Industriezeitalter aufwies, die zudem an einer industriellen wie agrarischen Überpopulation litt, welche von der nur schwach entwickelten Industrie und der krisengeschüttelten Landwirtschaft nicht aufgenommen werden konnte[416], mußte die soziale Entwurzelung zu einem Massenphänomen werden. Bestes Beispiel ist das Heer der vom Land zugezogenen, ungelernten Tagelöhner, die in Budapest auf einigen öffentlichen Plätzen tagtäglich – oft vergebens – auf Arbeit warteten, ohne soziale Absicherung oder familiären Rückhalt, nicht mehr Bauern/Landarbeiter, aber auch noch nicht Industriearbeiter. Das Abrutschen vieler dieser Leute in die Kriminalität und die Verbreitung einer explosiven, revolutionären Stimmung sind auf diesem Hintergrund nicht erstaunlich. Als Indikator sozialer Deklassierung wird gemeinhin der Nachweis krimineller Handlungen betrachtet. Tatsächlich belegt eine Polizeistatistik vom April 1941, daß von 4292 Aktivisten der Pfeilkreuzler 1228 Personen für insgesamt 1779 Straftaten vorbestraft waren, wovon allerdings rund 400 (immerhin der größte Einzelposten der Aufstellung) als mehr oder weniger politisch motivierte Straftaten abzuziehen sind. Dies ergäbe einen Anteil von ungefähr einem Viertel tatsächlicher oder potentieller Krimineller[417].

Die Attraktivität von Szálasis Hungaristen für die unteren sozialen Schichten blieb auch ausländischen Beobachtern nicht verborgen, was diese ganz richtig auf die verheerende materielle Lage der Mehrheit der ungarischen Bevölkerung und das Fehlen einer sozialistischen Alternative zurückführten. Sie betrachteten die proletarischen Anhänger Szálasis als natürliches Rekrutierungsreservoir der Kommunisten, ausgehend von der gängigen These, daß, je elender die Verhältnisse, die Affinität zur extremen Linken desto größer sei. Der britische Gesandte in Budapest, Knox, schrieb im März 1937 an Außenminister Eden, daß im Gegensatz zu den Zeiten von Gömbös der „Hitlerismus" unter den „better classes" an Boden verloren, unter den „lower orders" jedoch immens gewonnen habe: „Sixty per cent of the present day followers of Hungarian Hitlerism were the people who, after the war, had followed Bela Kuhn [sic]."[418] Auch in einem anderen Bericht acht Monate später betonte er die linke, sozialrevolu-

[415] Lackó, 1966, S. 134.

[416] Die mangelnde Möglichkeit zur „Ableitung" des Überschusses nichtintegrierter Gruppen führt nach Ormos/Incze zu ihrer politischen Aktivierung. Die Richtung dieser Aktivierung jedoch ist nicht per se bestimmt, sondern ergibt sich aus der Konstellation der politischen Rahmenbedingungen; vgl. Ormos/Incze, 1980, S. 13 ff.

[417] Lackó, 1966, S. 134 f. (S. 43 f.); zitiert auch bei Teleki, 1974, S. 123, 338, Anm. 65.

[418] The Shadow of the Swastika, Nr. 35, S. 215: Knox an Eden, 11. 3. 1937. Knox täuschte sich allerdings, als er die deutschen „importers of Nazism" als Hauptursache für die NS-Welle ausmachte.

tionäre Note der Pfeilkreuzlerpropaganda, deren Inhalt sich nur „in little or nothing from the gospel of Bela Kun" unterscheide, so daß eine subversive Bewegung entstanden sei[419]. Macartney führt den Erfolg der Pfeilkreuzlerbewegung ebenfalls darauf zurück, daß diese als einzige radikale Reformen forderte und nicht im Verdacht stand, letztendlich doch die alte Clique aus Großgrundbesitz und Großkapital zu stützen[420].

Der Protestcharakter der Pfeilkreuzler erklärt ihre Attraktivität für die unterschiedlichsten sozialen Schichten, so daß für Deák die Analyse der sozialen Basis des ungarischen Faschismus nur bedingt aussagefähig ist[421]. Aus diesem Grund schlossen sich sogar Mitglieder der nationalen Minderheiten der Szálasi-Partei an. Ein SD-Bericht vom 14. Oktober 1940 meldete unter der Überschrift „Slowaken in Oberungarn für Szálasy": „Die Slowaken von Ersekujvár (Neuhäusel) beabsichtigten, an Szálasy ein Begrüssungstelegramm zu richten, was durch den slowakischen Gesandten in Budapest verhindert wurde. Die Slowaken in Ersekujvár und jene in Kaschau neigen aus Opposition zu Ungarn mangels einer eigenen Partei zu Szálasy."[422]

Damit ist erneut die These ausgeschlossen, nach der der ungarische Faschismus auf ein reines Importgut aus dem expandierenden Dritten Reich zu reduzieren sei. Natürlich darf nun umgekehrt der Vorbildcharakter NS-Deutschlands und die weitreichende Wirkung besonders seiner Außenpolitik keinesfalls geleugnet werden. Nicht nur blickten Szálasi und seine Pfeilkreuzler bewundernd nach Deutschland und versuchten, wenn auch erfolglos, mit führenden Parteikreisen in Kontakt zu treten; bis in die Reihen der Landarbeiter hinein war der Sog des Dritten Reichs spürbar. So meldete beispielsweise der sozialdemokratische Ortsverband der Komitatsstadt Békéscsaba (1941: 52405 Einwohner[423]) in einem internen Bericht 1938, die Arbeiter- und Landarbeiterschaft zeige in Anbetracht der ständigen Kriegsspannung, der außenpolitischen Erfolge der Hakenkreuzler und besonders der deutsch-österreichischen Vereinigung Symptome der „Ermüdung und Niedergeschlagenheit", verfalle in politische Lethargie oder schließe sich der wachsenden Pfeilkreuzlerbewegung an[424]. Landarbeiter in der Komitatsstadt Jászberény (1941: 31067 Einwohner[425]) gewährten den Sozialdemokraten Einblick in ihre politischen Überlegungen:

> „Unter den Habenichtsen von Jászberény gewinnt jene Ansicht immer mehr Gewicht, daß die Demokratie kein zum Ziel führender Weg sei [...]. Sie gehen davon aus, daß es in Deutschland, Österreich und Spanien eine Demokratie gab. In den ersten beiden Ländern wurde sie, in Spanien wird sie jetzt niedergeschlagen, und die großen demokratischen Staaten verhindern dies nicht. Im Interesse von China tun sie nichts. Deshalb ist es schade um jede Arbeit, die Leute glauben nicht an die Demokratie."[426]

[419] Ebenda, Nr. 55, S. 242: Knox an das Foreign Office, 4.11.1937. Ähnlich auch in Knox' Jahresberichten für 1937 und 1938; vgl. ebenda, Nr. 60, S. 253 und Nr. 134, S. 367.

[420] Macartney I, S. 157. „To ignore the facts [...] is not only to do them injustice but to leave their appeal incomprehensible and to distort the whole political picture of the period."

[421] Deák, Diskussionsbeitrag, in: Sinanian/Deák/Ludz, 1974, S. 37: „If we consider that in East Central Europe Fascism was the only radical alternative in the 1920s and the 1930s, then it is safe to say that people who were dynamic, fanatic, dissatisfied, and anxious for change were more likely to join the fascist movements than others."

[422] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd. 465.

[423] Magyary, 1942, S. 333.

[424] Zitiert nach Pölöskei/Szakács, Bd. 2, 1962, S. 931.

[425] Magyary, 1942, S. 334.

[426] Zitiert nach Pölöskei/Szakács, Bd. 2, 1962, S. 930f.

Neben dieser Funktion als Protestbewegung boten die Pfeilkreuzler – als einzige Partei Ungarns weder Honoratioren- noch Klassenpartei, sondern moderne Massenintegrationspartei mit Zugriff auf alle sozialen Schichten – politisch bisher passiven oder nicht vertretenen Gruppen (ungelernte Arbeiter vom Land, Berg- und Landarbeiter, Tagelöhner, Kommunalbedienstete, Handwerker und Händler) eine Gemeinschaft an. Untere soziale Schichten hatten hier die Chance zu politischer Partizipation und Integration in die Einheit der Partei und über die Ideologie der Volksgemeinschaft in die Einheit der Nation, wovon sie de facto von der herrschenden Elite ausgeschlossen waren[427].

Nach Schödls auf Deutsch aufbauender Nationalismustheorie löste die Industrialisierung gewaltige massenpsychologische Folgewirkungen aus:

„durch den Wandel der Existenzbedingungen, in dessen Konsequenz auch durch soziale Mobilisierung und Politisierung werden sukzessiv alle Schichten der Völker zur existentiell notwendigen, bewußten Teilnahme am sozialen Lernvorgang getrieben; sie werden mit der notwendigerweise aufkommenden Identitätsfrage konfrontiert."[428]

Der Nationalstaat braucht aus Existenzgründen die Identifizierung breitester Bevölkerungsgruppen mit seinen Grundlagen und Zielen, um innenpolitische Geschlossenheit, außenpolitische Handlungsfähigkeit, wirtschaftlich-gesellschaftliche Modernisierung und „Ausgeglichenheit des massenpsychischen ‚Haushalts'" zu erreichen. Durch das integrative Vermögen des Nationalismus erzielt das soziale System sowohl die Mobilisierung als auch die Konsolidierung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen[429]. Auf der anderen Seite besteht für die Massen das Bedürfnis nach Identifizierung und Integration. Bei der Übertragung dieser Theorie auf Ungarn erweist sich erneut der Übergangscharakter des politischen wie wirtschaftlich-sozialen Systems der Horthy-Zeit: Der ungarische Nationalismus war als Ideologie seit dem 19. Jahrhundert voll entwikkelt und wurde von den staatstragenden Kräften auch in extremer Weise propagiert. Er war jedoch nicht allein durch die territoriale Amputation des ungarischen Königreichs durch den Trianoner Vertrag beschnitten, sondern auch dadurch, daß die herrschenden Eliten breite gesellschaftliche Gruppen von der Partizipation und der Integration in die Nation de facto ausschlossen. Ziel des modernen Nationalismus ist aber im Grunde „gesamtgesellschaftliche Selbstidentifikation", zu verstehen als „Angebot eines ideell-normativen Systems, das allen Mitgliedern einer nationalen Gesellschaft die Möglichkeit geben soll, sich untereinander wie gegenüber ihrer übrigen Umwelt als besondere Einheit zu begreifen"[430].

Folglich geriet nicht nur das gesamte Horthy-System in eine existentielle Krise, sondern die politisch wie sozial mobilisierten Massen suchten nach anderen Möglichkeiten der Identifizierung und Integration. In diese Lücke stieß die Pfeilkreuzlerbewegung mit ihrem Angebot neuer nationaler und sozialer Bindungen[431].

[427] Vgl. dazu auch Mosse, in: Laqueur/Mosse, 1966, S. 39.
[428] Schödl, 1978, S. 221.
[429] Ebenda.
[430] Jaworski, in: GG 8 (1982), S. 194.
[431] Vgl. dazu auch Schödl, in: MÖSTA 36 (1983), S. 408: „Die eigenständige Dynamik gerade des extremen Nationalismus in Österreich wie auch in Deutschland [...] überhaupt die soziopsychische Summe der weder manipulativ ‚von oben' geschaffenen noch interessenpolitisch-zweckrationalen Motive dieser Dynamik harrt weiterhin einer überzeugenden Erklärung."

4. Das Sozialprofil der Pfeilkreuzlerführung: Abgeordnete 1939/40

Das Sozialprofil der Pfeilkreuzler im 1939 neu gewählten Parlament weist im Vergleich zu den Abgeordneten der systemtragenden Regierungspartei und des Gesamtparlaments charakteristische Unterschiede auf. Materialgrundlage ist der 1940 erschienene „Parlamentsalmanach 1939–1944"[432], der bezüglich Stärke und Namen der einzelnen Fraktionen den Stand von Ende 1939/Anfang 1940 wiedergibt. Die interne Kräfteverteilung innerhalb der Pfeilkreuzlerparteien hatte sich gegenüber dem amtlichen Endergebnis der Wahl durch Parteiein- und -austritte, Fusionen, Abspaltungen usw. verändert[433]; zudem besaß nun die Regierungspartei ebenfalls einen äußeren rechten Flügel, der erheblich gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen war. Die im „Parlamentsalmanach" verwendeten Kategorien und Berufsbezeichnungen entstammten den Angaben der Abgeordneten zu Lebenslauf und Beruf, waren also Selbstbezeichnungen, keine statistischen Begriffe. So weit wie möglich wurde versucht, die Fehlerquote durch Gegenlesen mit den Angaben aus den Kurzbiographien der Mandatsträger im „Parlamentsalmanach" und aus dem „Amtlichen Adressen- und Namensverzeichnis"[434] gering zu halten, doch ist immer noch mit Unstimmigkeiten und Fehleinschätzungen zu rechnen. Für die nationalsozialistische Rechte ergeben sich nach dem im Almanach festgeschriebenen Stand folgende Sitze[435]:

Pfeilkreuzpartei (NYKP)	26
Pfeilkreuzler-Front (Baky-Matolcsy)	11
Ungarische Pfeilkreuzpartei (Meskó)	3
Christliche Nationalsozialistische Front (Maróthy)	2
Partei des Volkswillens (Csoór)	1
Parteilose	6
	49

Die bei der Untersuchung der Sozialstruktur der NYKP-Ortsgruppenleiter erarbeitete berufszentrierte Kategorisierung wird auch im folgenden angewandt. Dabei wird zunächst die Möglichkeit überprüft, ob die verschiedenen Pfeilkreuzlerparteien zu einer Gruppe zusammengefaßt werden können:

[432] Országgyülési almanach 1939–1944, 1940, S. 96 ff., 107 ff.
[433] Lackó, 1966, S. 185, Anm. 3.
[434] Magyarország tiszti cím – és névtára, 1944 (Juli), S. 23 ff.
[435] Das amtliche Wahlergebnis lautete auf 31 NYKP-Mandate, doch waren im Herbst 1939 5 Abgeordnete aus der Partei ausgetreten. Die offiziellen Namen der Parteien um Baky bzw. Meskó hießen: „Vereinigte Ungarische Nationalsozialistische Partei, Pfeilkreuzler-Front"; „Ungarische Nationalsozialistische Bauern- und Arbeiterpartei, Ungarische Pfeilkreuzpartei".

	NYKP	sonstige NS-Rechte	insgesamt
I. Unternehmer	–	–	–
– Direktoren	–	1	1
II. freie Berufe*	8	9	17
– Rechtsanwalt	5	4	9
III. Beamte, Angestellte, Militärs	14	8	22
– Beamte a. D.	–	1	1
– Offiziere a. D.	5	3	8
– Lehrer	2	1	3
– Geistliche	1	1	2
– Angestellte**	6	2	8
IV. Handwerker	–	1	1
V. Landwirtschaft			
– Grundbesitzer	2	2	4
– Landwirte	1	1	2
VI. Arbeiter	1	1	2
ingesamt	26	23	49

* hierzu zählen: Rechtsanwalt, Arzt, Apotheker, Journalist
** hierzu zählen 4 Ingenieure und 4 nicht spezifizierte „Privatangestellte"

Wenn sich auch in der NYKP verhältnismäßig mehr Angestellte und weniger Freiberufler finden, so sind diese Abweichungen doch nicht signifikant, zumal die instabilen internen Kräfteverhältnisse schon nach kurzer Zeit wieder neue Konstellationen schaffen konnten. Im Vergleich mit Regierungspartei und Gesamtparlament werden daher die Abgeordneten aller Pfeilkreuzlerparteien als Einheit betrachtet. Die folgende Aufstellung verzeichnet einerseits die absolute Zahl der Abgeordneten in einer Berufsgruppe, andererseits (in %) den Anteil dieser Berufsgruppe an der jeweiligen Fraktion bzw. am Parlament (s. Tabelle S. 189).

Es kommt hier nun nicht darauf an, die verzerrte Struktur des ungarischen Abgeordnetenhauses im Verhältnis zur Sozialstruktur der Bevölkerung zu erläutern, sondern es geht um die ersichtlichen Unterschiede zwischen den faschistischen Parteien und der Regierungspartei MÉP, auch wenn deren konservativer Flügel bis zur Bedeutungslosigkeit von der „neuen Rechten" verdrängt worden war[436].

Das soziale Schwergewicht der Regierungspartei ruhte ganz eindeutig auf den Groß- und mittleren Grundbesitzern, die mit 25,3% auch gegenüber dem mit 20% schon sehr hohen Grundbesitzeranteil des Gesamtparlaments überrepräsentiert waren.

[436] Eine Statistik zur Sozialstruktur der Abgeordneten 1939 auch bei Sipos/Stier/Vida, in: Sz 101 (1967), S. 604 ff. sowie Janos, 1982, S. 280, Tabelle 37, doch ist die Kategorienbildung beider Studien wenig aussagefähig. Zudem bestehen in Einzelfällen Abweichungen zu den Daten der hier erstellten Statistik.

Berufsgruppen	Pfeilkreuzler		Regierungspartei		Parlament	
I. Unternehmer	–		2	1,1%	3	1,0%
Direktoren	1	2,0%	3	1,7%	4	1,4%
II. freie Berufe	17	34,7%	35	19,7%	68	23,1%
– Rechtsanwalt	9	18,4%	21	11,8%	40	13,6%
III. Beamte, Angestellte, Militärs						
– Beamte	1	2,0%	37	20,8%	47	15,9%
– Offiziere	8	16,3%	12	6,7%	20	6,8%
– Geistliche	2	4,1%	4	2,2%	20	6,8%
– Universitätsprofessoren, -dozenten	–		8	4,5%	8	2,7%
– Lehrer	3	6,1%	1	0,6%	6	2,0%
– Angestellte	8	16,3%	12	6,7%	22	7,5%
– Gewerkschafter	–		–		3	1,0%
IV. Handwerker	1	2,0%	1	0,6%	4	1,4%
Händler	–		1	0,6%	1	0,3%
V. Landwirtschaft						
– Grundbesitzer	4	8,2%	45	25,3%	59	20,0%
– Landwirte, Kleinbauern	2	4,1%	11	6,2%	22	7,4%
– Interessenverbände	–		5	2,8%	5	1,7%
VI. Arbeiter	2	4,1%	1	0,6%	3	1,0%
Mandate	49		178		295	

Andererseits erstaunt das fast völlige Fehlen der Unternehmerschaft. Mit 20,8% lagen die Verwaltungsbeamten an zweiter Stelle, auch sie im Vergleich mit dem Parlamentsdurchschnitt von knapp 16% überproportional vertreten. Die drittstärkste Gruppe mit 19,7% bildeten die Freiberufler, doch lagen sie bereits unter dem Anteil der freien Berufe im Parlament mit 23,1%. Anders die Pfeilkreuzler: Während die vier Grundbesitzer[437] immerhin mit 8,2% die viertstärkste Gruppe innerhalb ihrer Abgeordneten bildeten, lagen sie doch andererseits ganz erheblich unter dem Grundbesitzeranteil des Parlaments und erst recht der MÉP. Auffallend ist ferner das fast vollständige Fehlen der Verwaltungsbeamten, was auf die Wirksamkeit der „Radikalenverordnung" 3400/1938 zurückzuführen sein dürfte. Diese galt allerdings auch für den militärischen Bereich. Hier ist jedoch bezeichnenderweise eine Überrepräsentanz der ehemaligen Offiziere festzustellen, die ebenso wie Szálasi aus politischen Gründen den

[437] Ákos Eitner, Sándor Eitner, Graf Miklós Sereńyi, Graf Lajos Széchenyi. 1935 hatte S. Eitner einen Grundbesitz von 1976 Kj, Serényi von 908 Kj und Széchenyi von 2890 Kj; vgl. Gazdacímtár 1935, S. 422, 435, 465. S. Eitner scheint zudem Ziegeleibesitzer gewesen zu sein; vgl. Magyarország tiszti cím- és névtára, 1944, S. 23. Bei den Adeligen in der NYKP-Führung handelte es sich um „abgerutschte", verarmte und verschuldete Aristokraten, die eine nur nominell führende Rolle spielten; vgl. Lackó, 1966, S. 122 f. (S. 38).

Dienst bei der Armee quittieren mußten. Die Bereitschaft, diesen Weg zu gehen, muß also unter den Militärs erheblich größer gewesen sein als unter den Beamten. Während der Anteil der Offiziere unter den MÉP-Abgeordneten dem Parlamentsdurchschnitt (6,8%) entsprach, lagen die NS-Militärs mit 16,3% weit darüber.

Die (sehr schlecht bezahlten) Lehrer scheinen sich ebenfalls verstärkt für die Pfeilkreuzler engagiert zu haben. Freilich ist nun nicht entscheidbar, ob sie an staatlichen oder kirchlichen Schulen unterrichteten, was hier jedoch auch sekundär ist. Konfrontiert man sie als Berufsgruppe mit den Universitätsprofessoren und -dozenten, die, als geistige Führungsgruppe der traditionellen Elite hinzuzurechnen, geschlossen der Regierungspartei angehörten, dann fanden sich drei von sechs Lehrern in den Reihen der Pfeilkreuzler; nur ein einziger war MÉP-Abgeordneter.

Der Anteil der Angestellten unter den Abgeordneten der Pfeilkreuzler lag mit 16,3% weit über dem Parlamentsdurchschnitt von 7,5% und der Regierungspartei von nur 6,7%. Ihre „Binnengliederung" hatte ihren Schwerpunkt auf den höheren und leitenden Angestellten:

	Pfeilkreuzler		Regierungspartei		Parlament	
Ingenieure	4	8,2%	8	4,5%	12	4,1%
Bankangestellte	–		3	1,7%	3	1,0%
„Angestellte"	4	8,2%	1	0,6%	7	2,4%

Während sich die Bankangestellten ausnahmslos in der Regierungspartei konzentrierten, engagierte sich ein überproportionaler Anteil der Ingenieure (unter diesen wiederum drei Maschinenbauingenieure) auf seiten der Pfeilkreuzler. Dies entsprach durchaus der Tradition des politischen Radikalismus in Ungarn, da auch in der Führungsgruppe der radikalen Linken vor 1919 die technische Intelligenz überrepräsentiert war. Im Gegensatz zu Philosophie und anderen Geisteswissenschaften, die als konservative Disziplinen galten, zogen die Ingenieurwissenschaften auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rückständigkeit des Landes fortschrittsorientierte, auf Veränderung hinarbeitende Kräfte an[438].

Die stärkste Gruppe innerhalb der Pfeilkreuzler bildeten die Freiberufler, die mit 34,7% ebenfalls weit über ihrem Anteil in Parament (23,1%) und Regierungspartei (19,7%) lagen. Unter ihnen ragten die Rechtsanwälte als größte Untergruppe hervor. Die hohe Repräsentanz der Ärzte unter den Pfeilkreuzlern – 4 (8,2%) im Gegensatz zu 5 (2,8%) in der MÉP und 10 (3,4%) im Parlament – ist darauf zurückzuführen, daß im damaligen Ungarn der Beruf des Mediziners ein relativ niedriges Prestige genoß und im allgemeinen von begabten jungen Männern aus unteren Schichten oder aus den nichtmagyarischen Nationalitäten als Weg zum sozialen Aufstieg benutzt wurde. So waren Ärzte unter den radikalen Linken von 1919 ebenfalls überproportional, im „Establishment" dagegen weitaus weniger vertreten[439]; diese Tradition setzte sich in der extremen Rechten fort.

[438] Janos, 1982, S. 176.
[439] Ebenda.

Unterzieht man die in beiden Fraktionen nur schwach vertretenen Berufsgruppen einer näheren Untersuchung, so erweist sich die niedrige Zahl von Handwerkern und Händlern unter den NS-Abgeordneten als besonders auffällig, da sie noch unter den Ortsgruppenleitern der NYKP einen bedeutenden Anteil gestellt hatten. Das bereits auf der mittleren Führungsebene klar erkennbare Fehlen des „alten Mittelstands" setzte sich also im Parlament fort. Als Hypothese zur Erklärung dieser Tatsache bietet sich nur an, daß für einen kleinen Selbständigen eine führende politische Position oder ein Mandat mit der Aufgabe seines Geschäfts gleichbedeutend gewesen wäre. Die drei im Parlament vertretenen Facharbeiter waren natürlich, gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung, weit unterrepräsentiert. Auffällig ist aber, daß zwei von ihnen der Pfeilkreuzler-Fraktion angehörten; jedoch hatte auch die Regierungspartei ihren „Parade"-Arbeiter.

Als Fazit dieser Untersuchung gilt für die Fraktion der MÉP, daß in ihr die für Horthy-Ungarn typische traditionelle Elite aus Grundbesitzern und Bürokratie mit zusammen über 50% die bedeutendste Gruppe bildete. Anders die NS-Rechte, in der das nicht in diese Elite integrierte, nichtjüdische Bürgertum (freie Berufe, Angestellte) tonangebend war. Einen Sonderfall stellten die überproportional vertretenen, rechtsradikal eingestellten Militärs dar. Faßt man nun Freiberufler und „neuen Mittelstand" zusammen, so machte diese Gruppe einen Anteil von knapp 45% aus, wobei aus den bekannten Gründen die Beamtenschaft fast völlig fehlte. Der agrarische Bereich mit Schwergewicht auf den Grundbesitzern erreichte nicht annähernd die Bedeutung wie in MÉP und Parlament.

An der Berufsstruktur erweist sich der erhebliche „out-group"-Charakter der Pfeilkreuzlerfraktion auch im Gegensatz zur „neuen Rechten" des Gömbös- und Imrédy-Flügels: „while the establishment radicals of the Gömbös-Imrédy stripe had entered right-wing politics from low-level positions in the machine where they had been frozen for a decade or so by conservative superiors, most of the national socialists were recruited from the ‚non-conventional' occupations [...] persons who had never been part of the administrative-political machine of the establishment"[440]. Dem entspricht die Dominanz der freien Berufe und Angestellten, nicht jedoch das Gewicht der ehemaligen Offiziere, die ja durchaus Teil des Staatsapparates waren. Offenbar rekrutierte sich die Pfeilkreuzler-Elite zwar überwiegend nicht aus den Unterschichten, aber aus Gruppen innerhalb der Mittelschicht, denen bisher der Zugang zur Politik weitgehend versperrt war[441]. So bestätigt auch die jüngst in Ungarn erschienene „Geschichte Ungarns" für das Szálasi-Regime 1944/45 den „out-group"-Charakter der hungaristischen Machthaber: „Die Szálasi-Herrschaft bedeutete bis zu einem gewissen Grad

[440] Ebenda, S. 285. Als Beispiele nennt Janos allerdings neben „educated persons" auch „smallholders, small business men, and manual workers", d. h. er spricht an dieser Stelle, ohne dies jedoch deutlich zu machen, nicht nur von der Elite, die er in diesem Kapitel eigentlich untersucht (vgl. ebenda, S. 278), sondern auch von den unteren Rängen der Partei und ihrer Gefolgschaft.

[441] Vgl. dazu Lerner, in: Lasswell/Lerner, 1965, S. 459, über die revolutionären Eliten der Linken wie der Rechten: „In gross terms, they came from those middle and lower-middle classes that had been recruited into the political life of the democratic societies throughout the nineteenth century. In their own societies, however, these classes had been denied access to politics."

einen Bruch mit dem Horthy-System; die direkte Regierungsgewalt [...] gelangte in die Hände einer Schicht, die davon früher großenteils ausgeschlossen war."[442] Damit scheint sich die für den deutschen Nationalsozialismus aufgestellte These, unter seinen Führungspersönlichkeiten hätten die „marginal men" überwogen[443], auch für Ungarn zu bestätigen.

Neben der abweichenden Berufsstruktur erweist auch die unterproportionale Zugehörigkeit zu Aristokratie und Gentry die Pfeilkreuzler-Elite als „out-group"[444]. Vergleicht man im folgenden die MÉP-Abgeordneten der liberal-konservativen Periode 1921 bis 1932 und der von der „neuen Rechten" bestimmten Ära 1932 bis 1939/44 mit den (hier insgesamt 50) NS-Abgeordneten des Parlaments 1940, so ergibt sich nach Janos' Berechnungen:

	1921–1932		1932–1944		NS-Abgeordnete	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Aristokratie	28	8,9	31	8,9	2	4
Gentry	138	43,9	112	32,2	12	24
Bürgerliche	135	43,0	189	54,5	34	68
unbekannt	13	4,2	16	4,6	2	4
insgesamt	314		348		50	

Die in der Gömbös-Ära begonnene Zurückdrängung der zuvor dominanten „historischen Klassen" bzw. insbesondere der Gentry durch nichtadelige Schichten setzte sich unter den NS-Abgeordneten verstärkt fort. Noch höher, nämlich 74,5%, war der Anteil der „commoners" unter den (90) Pfeilkreuzlerkandidaten für die Wahlen 1939 (Aristokratie: 3,3%; Gentry: 18,9%). Denselben Trend weist die Altersstruktur der MÉP- und NS-Abgeordneten auf (in %):

	1931	1935	1939	NS-Abgeordnete
unter 41	7,9	27,6	15,8	38
41–60	78,9	56,0	73,5	60
über 61	13,2	16,4	16,7	2

Die Gruppe der bis zu 40jährigen war unter den Pfeilkreuzlern mit 38% eindeutig am stärksten, während sie am Ende der Ära Bethlen nur 7,9% umfaßt hatte. Für die NS-Abgeordneten bedeutete dies, daß „they included a substantial number of those born after 1900 who were not part of the original Szeged clique or who could not be absorbed by the Gömbös machine during the crisis years"[445]. Andererseits war unter

[442] MT 8/2, S. 1188 f.

[443] Vgl. z. B. Lerner, in: Lasswell/Lerner, 1965, S. 288. „Marginality" bedeutet hier Abweichung „from a substantial number and variety of predominant attributes".

[444] Die folgenden Tabellen und Zahlen aus Janos, 1982, S. 280 ff., Auszüge aus den Tabellen 36, 38 und 40.

[445] Ebenda, S. 285.

ihnen die Gruppe der über 60jährigen mit 2% nur minimal vertreten. Es bestätigt sich also das Bild der Pfeilkreuzler als einer in erheblichem Maß von jüngeren Männern geprägten Bewegung.

Als vierten Indikator für den „out-group"-Charakter der Pfeilkreuzler-Elite führt Janos ihre „ethnic marginality" an[446]: Während die liberal-konservativen Minister 1932 bis 1944 zu knapp 88% magyarischer Abstammung gewesen seien, habe der magyarische Anteil der der „neuen Rechten" zuzurechnenden Regierungsmitglieder nur 30% betragen; 45% seien deutscher, 25% anderer Herkunft gewesen[447]. Der Befund für die NS-Elite falle dagegen uneindeutig aus. Unter den 90 Pfeilkreuzler-Kandidaten 1939 sei ein überraschend hoher Prozentsatz (62,2%) magyarischer (gegenüber 27,8% deutscher und 10% anderer) Abstammung zu verzeichnen, was sich möglicherweise dadurch erklären lasse, daß ihre Parteien sich vom Stigma ferngesteuerter Marionetten hätten befreien wollen. Unter den 50 gewählten Abgeordneten sei der Anteil der Deutschstämmigen dann auf 34% gestiegen. Die zwei hohen Parteifunktionäre und 15 Minister des Szálasi-Kabinetts 1944/45 seien schließlich „overwhelmingly plebeian (76,4) and ethnic (70,6) in composition" gewesen (mit acht Deutschstämmigen)[448].

Problematisch ist bei diesem Vorgehen nicht nur, daß bei der Untersuchung des Szálasi-Regimes Regierung und Parteispitze (diese noch dazu mit nur zwei Personen) unzulässig zusammengewürfelt werden; weiter übersieht Janos, daß es sich um eine Koalitionsregierung handelte, der auch Vertreter von Imrédys Erneuerungspartei (Rajniss) und des rechten MÉP-Flügels (Reményi-Schneller, Szász, Jurcsek) angehörten, die zwar sämtlich als „ethnic" markiert werden, jedoch nicht der NS-, sondern der „neuen Rechten" zuzurechnen sind[449]. Damit verändern sich jedoch mit den Prozentzahlen die abzuleitenden Konsequenzen.

Die vorliegende Arbeit kann aus Quellengründen keine eigene „Ahnenforschung" treiben, um den behaupteten überproportionalen Anteil ethnischer Minderheiten in der Pfeilkreuzlerführung zu bestätigen oder zu widerlegen. Janos scheint, ohne seine Kriterien zu benennen, allein davon auszugehen, ob die Namen der untersuchten Personen magyarischen, deutschen oder anderen Ursprungs sind, bzw. ob sich in ersterem Falle eine (aber wie lange zurückliegende?) Namensmagyarisierung nachweisen läßt. Szakálys Resultate über die ethnische Zusammensetzung der militärischen Führung[450] legen den Verdacht nahe, daß Janos' nur mangelhaft belegte Aussagen über den hohen Anteil von Deutschen oder Deutschstämmigen unter den ungarischen Rechtsradikalen, die sich auch sonst häufig in der Literatur finden, auf ähnlich schwankenden, methodisch nicht korrekten „Namensforschungen" beruhen. Versuche, gerade in dem Vielvölkergemisch des alten Ungarn aus nichtmagyarischen Namen auch „nichtmagyarische" politische Orientierungen ableiten zu wollen, greifen auf jeden Fall zu kurz. Damit stellt sich jedoch die Forderung nach wissenschaftlicher

[446] Janos, in: Huntington/Moore, 1970, S. 221. Janos verweist darauf, daß Szálasi armenische und deutsche, Codreanu ukrainische und deutsche Vorfahren hatten. Tiso und Tuka waren ungarischer Abstammung.

[447] Ders., 1982, S. 282, Tabelle 39.

[448] Ebenda, S. 284 f., Tabelle 40.

[449] Keine NYKP-Mitglieder waren wegen ihrer militärischen Position die ebenfalls „markierten" Generäle Beregfy und Hellebronth.

[450] Szakály, in: HK 31 (1984), S. 36 f.; vgl. dazu ausführlich das folgende Kapitel.

Erforschung der Lage der nationalen Minderheiten in Horthy-Ungarn, des Phänomens assimilationswilliger, ja eventuell „hyperassimilierter" Teile dieser Minoritäten und ihrer Mentalität und politischen Orientierungen (während gleichzeitig andere Teile derselben Minderheit eine militante Dissimilation betrieben, z. B. der deutsche „Volksbund"). Alle diese Fragen sind auch noch nicht annähernd von der Wissenschaft beantwortet, zumal der ganze Komplex damals wie heute ideologisch und politisch besetzt ist[451]. Die Klärung dieser und ähnlicher Probleme wäre um so wünschenswerter, als damit ein Beitrag zur Erforschung revolutionärer Eliten im allgemeinen[452] wie auch der von Janos festgestellten auffälligen Parallele zwischen den Eliten der extremen Linken und Rechten in Ungarn hinsichtlich ihrer sozialen und ethnischen Marginalität geleistet werden könnte[453].

5. Pfeilkreuzler und Armee

Ohne die internen politischen Kräfteverhältnisse und -verschiebungen im Offizierskorps der Horthy-Zeit im einzelnen zu verfolgen[454], kommt in zahlreichen Quellen ganz unterschiedlicher Herkunft die ab 1937 zunehmende rechtsextreme politische Einstellung nicht unbeträchtlicher Gruppen unter den Militärs deutlich zum Ausdruck. Beeindruckt von Hitlers außenpolitischen und dann militärischen Erfolgen befürchteten viele Offiziere, Ungarn könne wegen der ihrer Meinung nach nur halbherzigen Regierungspolitik den Anschluß an die Revision von Trianon verlieren.

Bei der Analyse des politischen Verhaltens der Offiziere ist zu unterscheiden zwischen tatsächlich nationalsozialistisch oder hungaristisch eingestellten Militärs und einer „prodeutschen" Gruppe. Letztere wollte parallel zu einem massiven Ausbau des Heeres durch die Orientierung am Dritten Reich die Zerschlagung des ungarischen Königreichs nach dem Ersten Weltkrieg revidieren und die an die Nachfolgestaaten verlorenen Gebiete wiedergewinnen, wobei über den extremen Nationalismus durchaus Elemente nazistischen Gedankenguts in das Denken dieser Leute eindringen konnten. Die meisten Quellen treffen diese analytische Unterscheidung nicht, da sich in der politischen Praxis beide Gruppen überlappten und das Erscheinungsbild nach außen ähnlich oder gleich war. Trotzdem bestanden scharfsinnige Beobachter auf einer Differenzierung, so beispielsweise der Teleki-Freund John Keyser, der nach einer Ungarn-Reise im Oktober 1938 ein Memorandum für das Foreign Office verfaßte: Seines Erachtens hatte der Nazismus nur innerhalb der Armee entschiedenen Rückhalt gewonnen, „which is computed to be between 80 and 90 per cent Nazi, or in this

[451] Vgl. dazu den aufschlußreichen Literaturbericht von Seewann, in: Südostdeutsches Archiv 22/23 (1979/80), S. 128 ff., über das Ungarndeutschtum der Zwischenkriegszeit. Ein wesentlicher Teil der Anti-Pfeilkreuzler-Propaganda bestand in dem Vorwurf, sie seien gar keine Ungarn, woran sich der Verdacht der „fünften Kolonne" und des Landesverrats anschloß.

[452] Dazu z. B. Lasswell/Lerner, 1965.

[453] Janos, 1982, S. 173 ff.; ders., in: Huntington/Moore, 1970, S. 222, 235, Anm. 34.

[454] Für die dreißiger Jahre vgl. Vargyai, 1983.

case pro-German. This ist especially so among the young officers. The reason ist not hard to find. They are mesmerised by the glory of the German army."[455]

Tatsächlich harrt das politische Verhalten der Horthy-Militärs immer noch einer vorurteilsfreien, sich nicht mit oberflächlichen Scheinergebnissen zufriedengebenden Erforschung. Erst in neuester Zeit lieferte eine soziologisch-statistische Untersuchung von 253 der obersten militärischen Führung zuzurechnenden Personen 1919–1944/45 (alle Verteidigungsminister, Armeebefehlshaber, Generalstabschefs, Generaloberste) verläßliche Daten über geographische und soziale Herkunft, Ausbildung und Laufbahn der militärischen Elite[456]. Das noch aus den politischen Meinungskämpfen der vierziger und fünfziger Jahren stammende, bis in die gegenwärtige Literatur übernommene Vorurteil, in der militärischen Elite der Horthy-Ära hätten sich viele Deutsche und Deutschstämmige befunden (Kriterium: Familienname bzw. Familienname des Vaters), woraus in simpler Logik eine prodeutsche und pronazistische Orientierung abgeleitet wurde, erwies sich als wissenschaftlich unhaltbar.

Die Personalakten der 253 Untersuchungspersonen belegen, daß diese sich – mit einer Ausnahme – noch zu k.u.k.-Zeiten, als dies nicht unbedingt von Vorteil war, sämtlich zur ungarischen Muttersprache bzw. Nationalität bekannt hatten. Außerdem hatten sich die „Namensforscher" mit dem Namen des Vaters begnügt, den Familiennamen der Mutter und erst recht der Großeltern jedoch nicht in Betracht gezogen. Hätten sie dies getan, so Szakály, wären sie zu dem Ergebnis gekommen, daß die vermeintlich „ungarischen" Generäle (z. B. Vilmos Nagy, Lajos Csatay) mindestens so „deutsch" wie die „deutschen" (z. B. Ferenc Szombathelyi, Aurél Medvey) „ungarisch" waren[457].

Aufschlußreicher für die politische Orientierung der Militärs ist hingegen ihre geographische und soziale Herkunft. Von den 253 untersuchten Personen stammten 117 (46,3%) aus den durch den Vertrag von Trianon von Ungarn abgetrennten Gebieten[458], so daß der in Horthy-Ungarn weitverbreitete Revisionismus hier zusätzlich im individuellen Lebenslauf und persönlichen Erleben verankert war. Eine erfolgreiche Revisionspolitik schien in den dreißiger Jahren jedoch nur im Anschluß an die Achse politisch durchführbar.

Wie die Kirche bot auch die Armee in einer noch weitgehend statusorientierten Gesellschaft Kindern weniger angesehener Familien Karrieremöglichkeiten. Von den 253 obersten Militärs liegen für 141 Personen die konkreten Berufsangaben des Vaters vor (Vater unbekannt: 2; ohne Angabe: 110 = 43,9%)[459]:

[455] The Shadow of the Swastika, Nr. 126, S. 355.
[456] Szakály, in: HK 31 (1984), S. 35 ff.
[457] Ebenda, S. 36 f.
[458] Ebenda, S. 46.
[459] Ebenda, S. 48 f. Szakálys rein numerische Statistik wurde nach den in dieser Arbeit verwendeten Kategorien zusammengefaßt.

I. Privatier	2	1,4%
II. freie Berufe		
– Rechtsanwalt	7	5,0%
– Arzt, Tierarzt	3	2,1%
– Apotheker	2	1,4%
III. Beamte, Angestellte, Militärs	107	75,9%
– Beamter*	32	22,7%
– Offizier	41	29,1%
– Geistlicher	2	1,4%
– Lehrer	8	5,7%
– Angestellte		
Ingenieur	4	2,8%
Bahnbediensteter	8	5,7%
„Angestellter"	10	7,1%
– „Akademiker"	2	1,4%
IV. Handwerker, kleine Händler	11	7,8%
V. Landwirtschaft		
– Grundbesitzer	6	4,3%
– Landwirt, Bauer	3	2,1%
	141	100%

* 17 kleine Staatsbeamte, 8 städtische oder Komitatsbeamte, 7 Richter

Das soziale Schwergewicht liegt für die erfaßten Personen überdeutlich auf dem „neuen Mittelstand" der Beamten, Offiziere und Angestellten mit 75,9%, wobei die unteren Dienstgrade und Gehaltsgruppen überwogen. Dabei bildeten „Soldatendynastien" die stärkste Rekrutierungsgruppe. Unternehmerschaft, Großgrundbesitzer, Bauern und Arbeiter waren nicht oder kaum vertreten. Freiberufler und „alter Mittelstand" hielten sich mit rund 8% in etwa die Waage und waren nur von marginaler Bedeutung.

Die soziale Herkunft hoher Militärs aus überwiegend kleinen Verhältnissen bestätigt sich bei der Untersuchung der Vermögensverhältnisse ihrer Familien. Für 79 Familien (31,2%) lagen Daten vor; von diesen waren 70 unbegütert, nur neun hatten Vermögen. Über einen bedeutenderen gesellschaftlichen und materiellen Hintergrund verfügten nur zwei Familien. Die bescheidene soziale Herkunft war mit ein Grund für das Ergreifen der militärischen Laufbahn, denn eine andere höhere Ausbildung wäre von den Eltern nicht finanzierbar gewesen[460].

Diese sozialen Aufsteiger aus kleinen Verhältnissen in hohe Positionen der statusorientierten Gesellschaft Horthy-Ungarns bildeten das idealtypische Rekrutierungsfeld des rechten Radikalismus. Zwar stellte die oberste militärische Führungsspitze natürlich eine „in-group" innerhalb der Machteliten dar, doch trug sie im Vergleich mit den vom Adel geprägten Führungsgruppen (z.B. dem hohen diplomatischen Korps,

[460] Ebenda, S. 48 f.

in dem bezeichnenderweise nur der ungarische Gesandte in Berlin 1935–1944, Sztójay, ein ehemaliger hoher Offizier (!), nicht adeliger Herkunft war[461]) plebejische „outgroup"-Züge, was sich in ihren politischen Orientierungen niederschlagen sollte. Es bestehen keine Zweifel, daß gerade unter den jüngeren Offizieren die Sympathien für die Pfeilkreuzler ab 1937/38 sprunghaft anstiegen. Diese wiederum versuchten, durch gezielte Flugblattaktionen das hungaristische Stimmungshoch auszunutzen[462].

Bereits am 27. März 1937 hatte der österreichische Militärattaché in Budapest, Oberst Regele, von einer offenkundigen pronazistischen Stimmung namentlich der jüngeren Offiziere berichtet: „Zur NEP stehen nach wie vor die von der Zweckmäßigkeit Beherrschten; die Legitimisten haben mehr Bewegungsfreiheit erhalten; die jungen Offze sind eher pfeilkreuzlerisch orientiert; bei pfeilkreuzlerischen Abg. verkehren Offze in Uniform demonstrativ; andere Offze haben Hitlerstatuen in ihren Wohnungen; besonders bei den Damen des Offzskorps ist die Betonung des NatSoz oft auffallend."[463]

Ein gutes Jahr später, am 2. April 1938, meinte Zoltán Nyisztor, Redakteur der katholischen Zeitschrift „Magyar Kultúra", in einem Brief an den ungarischen Primas alarmiert, daß die Szálasi-Bewegung, die die „allgemeine Unzufriedenheit" im Lande für sich einspanne, während die Regierung „gelähmt und kopflos" reagiere, in der Armee 80% zu ihren Anhängern zählen könne; Mitglieder des Offizierskorps bekundeten – für ungarische Verhältnisse völlig unüblich – unmißverständlich ihre prohungaristische Einstellung[464].

Mehrere Aufzeichnungen des Verteidigungsministeriums Ende 1938 enthalten Beispiele der offenkundigen Sympathien einiger Gruppen besonders unter den jüngeren Offizieren für die hungaristische Bewegung und den damals bereits inhaftierten Szálasi. Es ist die Rede von Demonstrationen unter Teilnahme von Offizieren, von „Éljen Szálasi"-Aufschriften auf Zügen mit Soldatentransporten, von Spiegeln, die unter bestimmten Blickwinkeln das Bild Szálasis freigäben, vom Gruß mit erhobenem rechten Arm und der Abkürzungsformel „ész" (Éljen Szálasi) und ähnlichen Vorfällen. Wenn auch Offiziere nicht immer direkt an diesen Aktionen beteiligt seien, so gäben sie ihrer Einstellung dadurch Ausdruck, daß sie nicht gegen ihre Untergebenen einschritten[465]. Dabei ist dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Offiziere, die Szálasi als einen der Ihren persönlich kannten, ein hohes Gewicht beizumessen.

Das mit der Beobachtung der rechtsradikalen politischen Szene betraute Innenministerium versorgte die militärische Führung regelmäßig mit ausführlichen Informationen. So hieß es beispielsweise in einem Bericht vom 3. November 1938, nach Wahrnehmung der Polizei verkehre täglich eine große Zahl von Offizieren und einfachen Soldaten in Uniform in der hungaristischen Parteizentrale[466]. Auch der britische

[461] Vgl. dazu Sakmyster, in: Ránki, 1984 (b), S. 295 ff.

[462] Genauer dazu Vargyai, 1983, S. 167.

[463] HHS, NPA. Ungarn 2/3: Innere Lage, 1935–1938, S. 432 Rs. Interessant auch der Hinweis, daß Loyalität zur Regierung durch Karrieredenken, nicht politische Überzeugung begründet war.

[464] Források Budapest történetéhez, Nr. 206, S. 439.

[465] Aufzeichnungen vom 2. und 13.12.1938, in: Csak szolgálati használatra, Nr. 114 und 115, S. 461 f.

[466] Vargyai, 1983, S. 183, Anm. 149.

Gesandte in Budapest berichtete Ende 1938 nach London, daß viele jüngere Offiziere Szálasis Hungarismus eine Chance geben würden. Ein von außen unter der Direktive Berlins installiertes Regime würden sie allerdings nicht dulden, doch gegenwärtig, so Knox, schienen die Hungaristen „to be entirely emancipated from Germany"[467]. „Politisieren" im Sinne von parteipolitischem Engagement war Offizieren in Horthy-Ungarn an sich streng verboten. Die zunehmende Radikalisierung der innenpolitischen Atmosphäre, die Hoffnung auf baldige Gebietsrevisionen und ein militärisches Aufrüstungsprogramm großen Stils ließ jedoch auch führende militärische Kreise ein gewisses Verständnis für das „rechtsgerichtete Politisieren" im Offizierskorps aufbringen; die Stimmung des Volks sei militärfeindlich, die Attacken der Presse, der Sozialdemokraten hätten die Atmosphäre unter den Offizieren vergiftet. Man könne ihr Verhalten zwar nicht entschuldigen, wohl aber damit erklären, daß die Regierung der Armee keine „Entwicklungsmöglichkeit" gewähre[468]. Erst im Herbst 1938 war ein scharfes disziplinarisches und strafrechtliches Eingreifen nicht mehr zu umgehen. Die Zahl der Bestrafungen lag nun recht hoch[469].

Die in dem oben zitierten Brief Nyisztors genannte Zahl von 80% Szálasi-Sympathisanten in der Armee ist wohl übertrieben, zeigt aber doch gerade dadurch, wie beunruhigt konservative Kreise auf das sprunghafte Anwachsen der Pfeilkreuzlerbewegung und ihre Kontakte zur Armee reagierten. Die Sorge war nicht unbegründet, weil die oberste militärische Führung nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, als ihr im Ausnahmezustand aufgrund Landesverteidigungsgesetz II/1939 Sonderrechte zukamen, zunehmend zu einem politischen Machtfaktor wurde, der seine eigenen Ziele verfolgte, ohne diese vorher mit der Regierung abgestimmt zu haben. Ministerpräsident Teleki brachte diese Tatsache im Herbst 1940 in einem Memorandum an Horthy zum Ausdruck. Er beklagte, Ungarn sei ein Land mit zwei Regierungen geworden, einer legalen und einer militärischen, die in alle Bereiche der zivilen Verwaltung hineinwirke, sich in die Außenpolitik einmische und nicht mehr kontrollierbar sei[470]. Horthy selbst, der sich des politischen Eigenlebens der militärischen Führung und der wachsenden Stärke rechtsradikaler Gruppen in der Armee gewahr wurde, beschwor in Reden die „geistige und seelische Einheit der Armee", von der die Existenz Ungarns abhänge, und warnte vor den „namenlosen Giftmischern", mit denen er, im Redekontext offensichtlich, die Pfeilkreuzler und ihre Sympathisanten meinte[471].

Nicht nur unter den Offizieren verbreitete sich pronazistisches oder hungaristisches Gedankengut, sondern auch, wenn auch mit anderem Tenor, unter den Mannschaften. Ein im Oktober 1938 entstandener deutscher „vertraulicher Bericht" zeichnete folgendes Bild: „Ein ungarischer Politiker, der Gelegenheit hatte, die Stimmung bei einigen Truppenteilen an der Grenze kennenzulernen, erklärte uns, dass er bisher geglaubt

[467] PRO. FO 317.23113, S. 53: Knox an Nichols, Budapest, 30.12.1938.

[468] So die Berichte des Generalstabschefs und des Oberbefehlshabers der Armee im Dezember 1937 bzw. Frühjahr 1938; vgl. Vargyai, 1983, S. 167 f.

[469] Beispiele vgl. Csak szolgálati használatra, S. 462, Anm.

[470] Horthy Miklós titkos iratai, Nr. 49, S. 233 ff. (1.9.1940).

[471] Rede Horthys in Kassa/Kaschau vor der neu gegründeten Luftwaffenakademie zum 1. Jahrestag der Wiederangliederung Oberungarns, in: PA, AA. Politik IV: Ungarn – Innere Politik, Bd. 4, 1938/39: Erdmannsdorff an das AA, 7.11.1939.

habe, dass etwa 50% der Armee hinter Szálasi stehen. Nun habe er aber gesehen, dass eigentlich die ganze Armee für Szálasi ist."[472]

Diese Meldung bezog sich allerdings nicht nur auf die reguläre Armee, sondern auch auf die Erfahrungen mit der „Lumpengarde", Freikorpsverbänden aus bewaffneten Freiwilligen, die seit Anfang Oktober aufgestellt wurden, um dem Wiederanschluß Oberungarns und der Karpato-Ukraine „nachzuhelfen"[473]. Sie rekrutierten sich auch aus Mitgliedern der Hungaristenpartei und ihrer paramilitärischen Verbände. Über die politische Zugehörigkeit der „Lumpengardisten" meldete obiger Bericht: „Bei den sogenannten Freikorps, deren Mitgliederzahl sich auf etwa 14000 beläuft, ist es genauso. Sehr viele Abteilungen des [sic] Freikorps wollten sich nicht auf Horthy vereidigen lassen, sondern nur auf Szálasi. Daraufhin wurden sie zur Armee überwiesen und dort als Soldaten zwangsweise auf Horthy vereidigt."[474]

Zwangsvereidigungen dieser Art[475] verhalfen vielleicht der regulären Befehlsgewalt zur Durchsetzung, änderten aber an der politischen Einstellung und „Zuverlässigkeit" nichts. Daß dadurch sogar noch mehr rechtsradikale Kräfte in die Armee gelangten, scheint den Verantwortlichen entweder nicht klar gewesen zu sein, oder sie hegten – was wahrscheinlicher ist – Pläne, sich die Massenbasis der Pfeilkreuzler nützlich zu machen, für die eigenen Ziele einzuspannen und durch Einrahmung zu entschärfen. Tatsächlich scheint die Taktik der Regierung in der Armee eher Unruhe und verstärktes Mißtrauen hervorgerufen zu haben. Ein deutschsprachiger Bericht vom 29. Oktober 1938 machte in den Reihen von Armee und besonders Freikorps „eine ausgesprochen revolutionäre Stimmung" aus, so daß man „mit allen Wahrscheinlichkeiten" rechnen müsse[476]. Den Grund für den wachsenden Unmut hatte derselbe Verfasser bereits vier Tage zuvor genannt: Die Regierung wage nicht, den hauptsächlich von den Hungaristen gebildeten Freikorps Waffen zu geben; erst nach Überschreitung der Grenze in Zivil würden sie „unvollkommen bewaffnet" und unter die Führung regierungstreuer Kommandanten gestellt, jedoch aufgrund ihrer mangelhaften Ausrüstung praktisch alle aufgerieben: „Das Misstrauen, das Einsehen, dass man gegen die moderne tschechische Armee mit dieser Bewaffnung als Kanonenfutter gilt, und die Erkenntnis, dass die Bevölkerung der Karpatho-Ukraine sich nicht mit gegen das tschechische Regime erhebt, führt dieser Männer noch mehr gegen die jetzige Regierung Imrédy. Hinzu kommt, dass man draussen an der Front die ungarischen Nationalsozialisten wohl bracuht [sic], in der ‚Heimat' selbst gegen sie mit den gemeinsten Mitteln angeht."[477]

[472] IfZ, MA 70/1: Antikomintern-Material. Vertraulicher Bericht aus Ungarn Nr. 2, Budapest, 17.10.1938, S. 5.

[473] Vgl. dazu S. 122 dieser Arbeit.

[474] IfZ, MA 70/1: Antikomintern-Material. Vertraulicher Bericht aus Ungarn Nr. 2, 17.10.1938, S. 5f.

[475] Der britische Gesandte erhielt demgegenüber die Information, die Regierung habe nur kurzfristig die Aufstellung von Freikorpsverbänden erwogen, diese Idee dann verworfen und die bereits gemeldeten 4000 Freiwilligen in die reguläre Armee übernommen; vgl. PRO. FO 371.22381, S. 158: Telegramm Nr. 128 von Knox an FO, Budapest, 28.9.1938.

[476] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Innere Politik, Bd. 3, 1938: Bericht aus Budapest, 29.10.1938. Der Verfasser bleibt ungenannt; seine offenkundige prohungaristische Einstellung läßt vermuten, daß es sich um den deutschsprachigen Bericht eines ungarischen Szálasi-Anhängers handelt.

[477] Ebenda: Bericht aus Budapest, 25.10.1938.

Entspricht dieser Bericht den Tatsachen, so bedeutet dies, daß die Regierung Pfeilkreuzlerverbände aufstellen ließ, um sich des Unruhepotentials im eigenen Lande zu entledigen, da sie davon ausgehen konnte, daß diese nur dezimiert zurückkehren würden. Das zweigleisige Vorgehen der Regierung wurde von der hungaristischen Propaganda aufgegriffen: „Tausende" von Grünhemden seien dem Aufruf der Partei gefolgt, sich zu den ungarischen Freitruppen gegen die „tschechischen Terrorkommandos" zu melden, unter ihnen namhafte Redakteure der Zeitungen „Magyarság" und „Összetartás"; ihr patriotischer Helden- und Opfermut sei von der Regierung verraten worden[478].

Der von Horthy beschworene einheitliche Geist der Armee war illusorisch. Auch der Mecsér-Braun-Bericht vom Ende August 1940 schätzte die Honvéd als im allgemeinen „deutschfreundlich und weitgehendst rechtsradikal" ein und schrieb, „dass die Armee an und für sich keine geschlossene Einheit darstellt, sondern eine Zusammenfassung von Freikorps. Die Stimmung dieser Freikorps ist je nach Zusammensetzung der obersten Führung verschieden, keinesfalls aber einheitlich."[479]

Es würde jedoch zu kurz greifen, wollte man die massiven sozialen Probleme und die daraus resultierenden Spannungen ignorieren, die in der Armee zum Ausbruch kamen. Der oben bereits zitierte Bericht des NYKP-Mitglieds András Mecsér[480] und des deutschen Direktors der „Transdanubia", Otto Braun[481], der an das Außenpolitische Amt der NSDAP gerichtet war, spricht dies deutlich aus, auch wenn der politische Standpunkt der beiden Verfasser und damit eine spezifische Sichtweise der Dinge zu berücksichtigen sind. Ein Großteil der Armee[482] sei „durch den langen Militärdienst an den Bettelstab gebracht". Landarbeiter und Kleinbauern lebten im allgemeinen von Naturaleinkommen bzw. -lohn, könnten sich also für den Winter nicht verpflegen.

[478] Zöld könyv, 1939, S. 18, 25.

[479] IfZ, MA 600: NSDAP, Außenpolitisches Amt, B. 18334.

[480] András Mecsér, ein ehemaliger Husarenoffizier, dann Landwirt, lernte angeblich auf einer Geschäftsreise nach Deutschland Anfang der 1920er Jahre Hitler kennen und war von ihm fasziniert. Auf jeden Fall war er mit Hitler persönlich bekannt, stand mit deutschen NS-Kreisen in engem Kontakt und war später als Abgeordneter auf dem extrem rechten Flügel der Regierungspartei nach Macartneys Worten „Hitler's agent in a more downright fashion than any other Hungarian". Im Sommer 1939 trat er der NYKP bei; vgl. Näheres bei Macartney I, S. 112; Lackó, 1966, S. 39, 184.

[481] Die „Transdanubia Ein- und Ausfuhr-Handelsgesellschaft m.b.H." mit Sitz in Berlin verzeichnete unter ihrem Direktor Braun, einem hervorragenden Kenner der ungarischen Verhältnisse und des Gömbös-Kreises, „seit Jahr und Tag die grössten Umsätze mit den ungarischen Genossenschaften auf dem Lebensmittelgebiet", so das Begleitschreiben des Außenpolitischen Amtes der NSDAP an den Chef der Reichskanzlei, Lammers, vom 1.9.1940, dem der Mecsér-Braun-Bericht übersandt wurde; vgl. IfZ, MA 600: NSDAP, Außenpolitisches Amt, B. 18330. Mecsér und Braun waren also nicht nur politische, sondern auch Geschäftspartner. Ein SD-Bericht vom 16.1.1941 erwähnt Braun dann als Angestellten der IG-Farben-Industrie; vgl. PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd. 466.

[482] Mecsér und Braun nennen hier die Zahl von rund einer Million Mann, was jedoch weit übertrieben ist. Anfang März 1941, nach Inkrafttreten des zweiten Teils der Armeereform, wies sie eine Friedenssollstärke von 13574 Offizieren und 174241 Unteroffizieren und Mannschaften auf, die jedoch nicht erreicht wurde. Die Kriegssollstärke betrug 24000 Offiziere und 600000 Mann; vgl. Förster, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, 1983, S. 355.

Aber auch Kleingewerbetreibende seien hart betroffen, da die monatliche Unterstützung für die Familien nur 12 Pengö betrage. Der Bericht belegt die Verschränkung von materiellem Elend, sozialrevolutionärer Grundstimmung und extremem Nationalismus, hier der gewaltsamen Annexion Siebenbürgens:

„All dies trägt dazu bei, dass die Armee vor allem gegen ihre eigene Regierung aufgebracht ist, die Armee inclusive sämtlicher Offiziere äussert sich nur in den schärfsten Worten gegenüber ihre [sic] Regierung. [...] Die Regierung hat jedwedes Vertrauen bei der Armee verloren. Dieses ist auch der Grund dafür, dass die Armee entschlossen ist, selbständig zu handeln und den Weisungen ihrer Regierung nicht zu folgen. Die Armee stellt heute in ihrer Gesamtheit eine politisierende Armee dar, die entschlossen ist, sich das, was ihr die Regierung seit Monaten in Aussicht stellt, nämlich Siebenbürgen, selbst zu holen."[483]

6. Innere Gegensätze in der Pfeilkreuzpartei 1938/1939

Die Gegensätze, die die Gesellschaft Horthy-Ungarns prägten, sollten auch in der Pfeilkreuzlerbewegung aufbrechen. Die Partei bestand aus zwei politisch wie sozial unterscheidbaren Flügeln, einem „gemäßigten" aus Beamten, Offizieren, freien Berufen und einem radikalen, aktivistischen Flügel aus unteren gesellschaftlichen Schichten, dem die Bewegung ihre politische Dynamik verdankte. Ormos' These für die Erfolglosigkeit faschistischer Bewegungen im Donaubecken (Ungarn, Rumänien, Österreich), denen eine Machtübernahme ohne Hilfe von außen nie gelang, beruft sich auf genau diesen Befund. Sie waren, so Ormos, entweder unfähig, eine Massenbewegung zu organisieren, da sie sich auf für die Führungsschichten ungefährliche soziale Gruppen beschränkten, oder es handelte sich um eine Massenbewegung mit plebejischem Gepräge, was eine Einigung mit den gesellschaftlichen Spitzengruppen völlig unmöglich machte[484]. Wenn dies auch sicher nicht der einzige Grund dafür war, daß die Pfeilkreuzler nicht aus eigener Kraft an die Macht gelangten, so sollte doch der innerhalb der Hungaristenpartei selbst wie zwischen den verschiedenen rechtsextremen Parteien aufbrechende soziale und politische Gegensatz ihre Entwicklung bis zuletzt bestimmen: Trotz wiederholter Versuche kam es niemals zu einer Vereinigung aller Pfeilkreuzlerparteien.

Der britische Freund des Grafen Teleki, John Keyser, hatte diese Situation im Auge, als er nach einer Ungarn-Reise im Herbst 1938 in einem Memorandum an das Foreign Office bemerkte, die dortige NS-Bewegung entbehre eines inneren Zusammenhalts, weil sie sich aus drei verschiedenen Bewegungen zusammensetze: „First, a national movement to regain lost territory [...] secondly, a middle class movement which aims at occupying the position held by the capitalists; and, thirdly a movement of the masses – both urban and rural – which seeks to destroy capitalism. Both the second and the third are, of course, included in the first and share an expression of their aims in a common anti-semitism."[485]

So meinte denn auch der im August 1938 aus der MNSZP-HM ausgetretene Sándor Unghváry[486] in seiner antihungaristischen Schrift von 1939, er habe sogar in der

[483] IfZ, MA 600: NSDAP, Außenpolitisches Amt, B. 18333 f.
[484] Ormos, in: Jelenkor 27 (1984), S. 590.
[485] The Shadow of the Swastika, Nr. 126, S. 354 f.
[486] Vgl. dazu die Meldung im Budapesti Hírlap Nr. 185, 18. 8. 1938, S. 6.

Parteizentrale selbst einen „völligen Mangel an Ordnung", Disziplin und straffer Führung und „eher eine Art demokratisches Chaos" feststellen müssen[487]. Szálasi hatte bis zu seiner endgültigen Inhaftierung im Juli/August 1938 durch seine Integrationskraft die Gegensätze zwischen den beiden Parteiflügeln noch ausgleichen können, obwohl im Frühsommer nach Polizeiberichten die ersten Differenzen mit Hubay aufgetreten waren. Während Szálasi die Ansicht vertrat, alle, die wie er unter Polizeiaufsicht gestellt seien, müßten auch eine führende Position in der Partei erhalten, war der weitaus nüchternere Hubay strikt dagegen, weil sich darunter auch ehemalige „Kommunisten" befänden[488].

Nach Szálasis Verhaftung geriet unter Hubays vorsichtigerem Parteivorsitz der gemäßigte, etatistische Flügel der Mittelklasse in den Vordergrund, der eine Politik der legalen Machtübernahme durch Wahlen, Mitarbeit im Parlament usw. verfolgte und die gewalttätigen, illegalen Methoden der radikalen Hungaristen ablehnte, die mit Hilfe der Massen die Macht von der Straße aus erobern wollten. Hubays Einschätzung der Lage war ganz realistisch, da es deutlich geworden war, daß die Partei weder quantitativ noch organisatorisch in der Lage war, die Regierungsmacht zu übernehmen, und daß zum anderen das Dritte Reich derartige Bestrebungen nicht unterstützen würde. Hitler mußte in Anbetracht seiner weitergehenden Pläne an der politischen Stabilität in Ungarn interessiert sein, zumal er mit den jeweiligen Regierungen gut kooperierte; die Verschiebungen des politischen Spektrums der Regierungspartei nach rechts kamen den deutschen Konzeptionen durchaus entgegen. Warnendes Beispiel für die radikalen Hungaristen war das Schicksal Codreanus und der Eisernen Garde in Rumänien im November 1938.

Die Parteiführung kam übereinstimmend zu der Ansicht, daß man die Pläne einer revolutionären Machtübernahme von unten aufgeben müsse. Während der die radikale Linie vertretende Kovarcz jedoch dafür eintrat, die revolutionären mit den legalen politischen Mitteln zu kombinieren, konzentrierte sich Hubay ganz auf den verfassungsmäßigen Weg zur Macht und versuchte, die angestaute Spannung unter den mobilisierten Parteimitgliedern, die noch für 1938 die Machtergreifung erwarteten, abzuleiten und zu entschärfen. Die im November 1938 ausgegebene Parole lautete demnach auch: „1938 war unser – 1939 bauen wir unseren hungaristischen Staat auf."[489]

Die Verdrängung der Extremisten ging nur allmählich vonstatten; eine vollständige Unterdrückung gelang nie, zumal die Partei, um ihren Masseneinfluß zu wahren und auszubauen, auf aufsehenerregende Parolen und Aktionen und damit auch auf den radikalen Flügel angewiesen war, denn nur als Massenbewegung konnte sie ihren politischen Einfluß zur Geltung bringen; darin unterschied sie sich fundamental von der Regierungspartei mit ihren informellen Honoratiorenstrukturen. Zum anderen waren die aggressiven kleinbürgerlichen und proletarischen Elemente quantitativ nicht zu ignorieren. Sie bildeten den Massenanhang der Hungaristen, ohne sie fiel die Partei in die Bedeutungslosigkeit zurück.

[487] Unghváry, 1939, S. 11.

[488] Lackó, 1966, S. 148 (S. 53 f.); im folgenden, wenn nicht anders angegeben, nach ebenda, S. 149 ff. (S. 53 ff.).

[489] Magyarság, 24. 11. 1938, zitiert nach ebenda, S. 153.

Hubay sah sich folglich vor einem doppelten Dilemma: Er mußte die Massenbasis der Partei halten und ausbauen, den Radikalen Konzessionen machen und revolutionärere Parolen verkünden, als er eigentlich vertrat; dies rief wiederum die Opposition gemäßigter Stimmen in Parteiführung und Fraktion hervor, die Hubays Linie zu extremistisch fanden und aus der Partei austraten mit der Begründung, sie könnten die Abenteurerpolitik der Parteileitung nicht mehr unterstützen. Unter diesen Flügelkämpfen rieb sich die Bewegung nach 1939 immer weiter auf, da Hubay nicht in der Lage war, die sozialen und politischen Spannungen in der Partei auszugleichen. Lackós Hypothese ist unter diesen Umständen nicht unwahrscheinlich, daß Hubay selbst die zunächst von Imrédy in Gang gesetzte und von seinem Nachfolger Teleki fortgeführte Verhaftungswelle gegen Parteiaktivisten und Terroreinheiten insgeheim begrüßte, erledigte doch somit die Polizei die undankbare Aufgabe, die sonst ihm zugefallen wäre. Auf diese Weise blieben die Parteieinheit und sein Gesicht als Parteivorsitzender gewahrt.

Ihren Höhepunkt als Massenbewegung erlebte die NYKP mit ihrem Wahlerfolg Ende Mai 1939 und ihrem Einzug ins Parlament, wo sie in zahlreichen Interpellationen einen scharfen, regierungsfeindlichen Ton anschlug und überwiegend Themen sozialpolitischen Inhalts ansprach[490]. Trotzdem mehrten sich bald in der Partei Erscheinungen der Stagnation und des Zerfalls. Das lag nicht zuletzt auch an äußeren Ereignissen wie z.B. dem mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verhängten Ausnahmezustand. Er engte mit seinen Beschränkungen des Vereinigungs- und Versammlungsrechts, den erweiterten Internierungsmöglichkeiten der Polizei und der verschärften Pressezensur die Bewegungsfähigkeit sämtlicher Parteien, insbesondere aber der auf die Öffentlichkeit angewiesenen Pfeilkreuzler wesentlich ein[491]. Gesetz II/1939 begrenzte zwar die Dauer des Ausnahmezustands auf vier Monate, falls das Land sich nicht selbst im Kriegszustand befinde; die Regierung erreichte jedoch im Dezember 1939 seine Verlängerung bis Mai 1940[492].

Die sich 1939 abzeichnende Lähmung der NYKP war jedoch auch darauf zurückzuführen, daß es der Parteiführung nicht gelang, eine einheitliche Linie zu finden, sich bei den „Komitatsfürsten" der Partei durchzusetzen und den gemäßigten wie den radikal-sozialrevolutionären Flügel zu integrieren. Das zeigte sich bereits beim Bekanntwerden des Hitler-Stalin-Paktes, der innerhalb der Partei ganz unterschiedliche Reaktionen hervorrief. Die einen feierten auf Demonstrationen mit Bildern von Stalin und Hitler die Entstehung der gemeinsamen Front der proletarischen Mächte gegen die kapitalistischen Plutokratien[493]. Einem deutschen Geheimbericht zufolge waren „die Kreise der Reichsverweserclique sehr enttäuscht", nicht jedoch die Pfeilkreuzler: „In den *rechtsradikalen Kreisen* ist man begeistert von der jüngsten Entwicklung, und zwar mehr aus weltanschaulicher Einstellung heraus, als aus praktischen politischen Über-

[490] In der Parlamentssitzung vom 21.6. stammen 12 von 20, in der vom 28.6. 22 von 26 Interpellationen von den nationalsozialistischen Gruppierungen; vgl. Näheres ebenda, S. 186 f.

[491] Die Texte der Ausnahmeverordnungen 8100, 8110, 8120, 8130, 8140, 8150, 8300 sowie 12113 und 12116/1939 M.E. wurden veröffentlicht in: Budapesti Közlöny 199, 2.9.1939 (englische Übersetzung vgl. PRO. FO 371.24429, S. 119 ff.).

[492] MTK III, S. 969; Kónya, in: Pölöskei/Ránki 1981, S. 383.

[493] Nagy-Talavera, 1970, S. 156; Thamer/Wippermann, 1977, S. 107, Anm. 50; Lackó, 1966, S. 193.

legungen. Man sieht eben in dieser Entwicklung einen weiteren Beweis für die *ungeheure Kraft der neuen Ideen des Nationalsozialismus*."[494]

Ebensowenig unglaubwürdig ist jedoch die Aussage des ungarischen Gesandten in Großbritannien, das deutsch-sowjetische Abkommen habe „completely demoralised the Hungarian Nazi Party, whose main plank had always been opposition to Communism". Die Pfeilkreuzler seien nun „so weakened and disorganised", daß sie für das Horthy-System keine Gefahr mehr darstellten[495]. Insbesondere die Parteiführung geriet nun in ein erhebliches Dilemma, sah sie sich doch weder in der Lage, weiterhin ihrer antikommunistischen Agitation nachzukommen, noch, sich vorbehaltlos der „proletarischen Front" anzuschließen und damit ihre Anhänger und Mitglieder aus gehobenen sozialen Schichten zu verprellen.

Ein noch uneinheitlicheres Bild bot sich dem Beobachter in der ab Herbst 1939 anschließenden Bodenreformdiskussion[496]. Am 29. September erklärte Hubay im Abgeordnetenhaus, seine Partei binde ihre Teilnahme an der bevorstehenden Beratung des Regierungsentwurfs zur Bodenreform sowie an der weiteren parlamentarischen Arbeit an drei Vorbedingungen: Szálasis Freilassung, die Aufhebung der Internierungen und der Verordnung 3400/1938. Da die Erfüllung dieser Bedingungen abgelehnt wurde, traten die NYKP-Abgeordneten in den parlamentarischen Streik, allerdings ohne positive Ergebnisse. Die Tätigkeit des Parlaments wurde durch ihr Fernbleiben nicht weiter gestört, so daß die NYKP, nun völlig in der Isolation, am 4. Dezember ihre Passivität wieder aufgab und erneut an den Sitzungen und der parlamentarischen Arbeit teilnahm. Die antinazistische Presse nutzte diesen Vorfall, indem sie behauptete, die NYKP sei agrarreformfeindlich eingestellt. Sie zwang damit die Partei zur Stellungnahme in der Bodenreformfrage, die ausgesprochen uneindeutig ausfiel.

Lackó und im Anschluß an ihn Juhász[497] stellen fest, daß im Sommer 1939 die Pfeilkreuzler ihre frühere Demagogie in der Agrarfrage aufgegeben und offen für den Großgrundbesitz Stellung genommen hätten, um so dem an der Erhaltung des ungarischen Großgrundbesitzsystems interessierten Deutschen Reich zu dienen. Es liegt allerdings näher, sich das Meinungsspektrum der Hungaristen zur Agrarreform in seiner ganzen Breite vor Augen zu halten und die feststellbaren Gegensätze auf ihre heterogene soziale Zusammensetzung und damit Interessengebundenheit zurückzuführen. Szálasis ideologische Vorgaben selbst gingen relativ weit, doch wurde er, was die praktische Durchführung einer Bodenreform anging, in seinen Schriften und Reden nicht sehr konkret, wie ja überhaupt nicht die praxisbezogene Realpolitik, sondern die ideologische Vision seine Sache war. Während seiner Haft[498] veränderte sich unter Hubays Führung die parteiinterne Konstellation zugunsten des konservativeren Flü-

[494] IfZ, MA 70/1: Antikomintern-Material. Streng vertraulicher Bericht (Ungarn Nr. 12), Budapest 29.8.1939, S. 1 (im Original unterstrichen).

[495] Inhaltsprotokoll einer Unterredung mit dem ungarischen Gesandten im Foreign Office, 26.8.1939, in: The Shadow of the Swastika, Nr. 163, S. 417.

[496] Lackó, 1966, S. 195 ff.

[497] Juhász, 1983, S. 82.

[498] Macartney I, S. 164, schreibt, leider ohne nähere Ausführungen und Quellenangaben, von drei verschiedenen Agrarprogrammen der Pfeilkreuzler, an deren Ausarbeitung Szálasi nicht beteiligt war. Es handelte sich um Matolcsy, Roósz und einen nicht genannten Vertreter der „kolkhoz method".

gels: Der für Wirtschaftsfragen zuständige Pál Vágó prägte das bodenreformfeindliche Parteiprogramm vom März 1939. Erst nach Szálasis vorzeitiger Entlassung im Herbst 1940 erstarkten erneut die Befürworter einer radikalen Agrarreform, doch geriet diese Frage mit Ungarns Eintritt in den Zweiten Weltkrieg in den Hintergrund.

Szálasis Aussagen zur Bodenreform[499] gingen nicht von volkswirtschaftlichen Zweck-Nutzen-Berechnungen, sondern von der ideologisch bedeutsamen Funktion der Bauern in der Nation aus. Die Regelung der bäuerlichen Besitzverhältnisse sei für die Nation schlechthin schicksalsentscheidend. Die ungarischen, zu Agrarproletariern abgesunkenen Bauern müßten durch die nationalsozialistische Revolution und ihren Freiheitskampf gegen die angelsächsisch-jüdische Weltherrschaft eine zweite neue „Landnahme" (honfoglalás) durchsetzen analog der Einwanderung der Ungarn nach Europa vor 1000 Jahren. Das Agrarproletariat müsse auf Kosten des Großgrundbesitzes in eine Klasse von Kleinbesitzern umgewandelt werden, die die neue führende Mittelschicht bilden und sich als entscheidender Faktor der Staatsmacht bewußt werden solle. Es sei daher unter allen Umständen eine radikale Agrarreform durchzuführen. Da alles moralische, geistige und materielle Hab und Gut unveräußerliches Eigentum der Nation sei, müsse man den Bauern in seine natürlichen Rechte einsetzen. Der Boden gehöre dem, der ihn persönlich bearbeite.

Im Interesse der Nation liegt folglich nach Szálasi der entsprechend der Bodenbeschaffenheit größenmäßig variierende bäuerliche Kleinbesitz. Die intensive Bebauung der kleinen Familienbetriebe (einschließlich der Gärten der Arbeiter und Intellektuellen), die ausschließlich für den Eigenbedarf produzieren, sollte insbesondere das Gebiet zwischen Donau und Theiß in Ungarns und Europas erstes „Gartenparadies" (kertparadicsom) verwandeln[500]. Der Großgrundbesitz werde enteignet und nach dem Erbpachtsystem dem Landwirt als selbständige Bauernwirtschaft in Eigenverantwortung überlassen. Ihren Schutz ebenso wie die Regelung der bäuerlichen Schulden übernehme der hungaristische Staat durch die Neugestaltung des Kreditwesens. Er lasse sich die Schulden der Bauern überschreiben und regele die Abzahlung mit den Gläubigern.

Bereits das NYKP-Programm vom März 1939[501] vertrat in der Bodenreformfrage eine relativ konservative Ansicht, da es auch nach taktischen Gesichtspunkten verfaßt worden war. Eine Neuordnung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse war demnach explizit dem Ziel untergeordnet, den agrarischen Produktionsdurchschnitt zu erhöhen. Zwar hielt man auch hier den bäuerlichen Kleinbesitz von 20 bis 100 Kj für ideal, weshalb auch ein gesetzliches Verbot weiterer Landaufteilungen bei Grundstükken dieser Größe ausgesprochen werden sollte. Gegen Entschädigung enteignet, in Parzellen geteilt und an „würdige" Personen ausgegeben werden sollte jedoch nur

[499] Szálasi hat, wie es seine Art war, seine einmal gewonnenen Überzeugungen nie verändert. So auch in der Bodenreformfrage: Die folgenden Textzitate aus den Jahren 1938 und 1942 unterscheiden sich nicht inhaltlich, sondern nur in ihrer Ausführlichkeit. Sie entstammen der Programmschrift „Út és cél" sowie Szálasis Rede vor dem Bauerngroßrat, beide abgedruckt in: Szálasi Ferenc alapvető munkája, 1959, S. 36 f. bzw. S. 72, 77 ff., 84 f.

[500] Diese Idee der Schaffung eines intensiv in Familienbetrieben bebauten „Garten-Ungarn" stammte allerdings nicht originär von Szálasi, sondern war ein in Populistenkreisen diskutiertes Konzept; vgl. Somogyi, 1943.

[501] IfZ, MA 1541/14, B. 470 f.: NYKP-Programm, 15. 3. 1939.

Großgrundbesitz in Hand von Juden, Ausländern, Banken, Hochverrätern sowie die allergrößten Latifundien. Alle anderen Großgüter in Privatbesitz seien nicht anzutasten, stünden aber wie die industriellen Großbetriebe unter der Kontrolle und Lenkung des Landesaufbaurats. Das Privateigentum werde anerkannt, doch könne die Bewirtschaftung des Bodens nicht Privatsache sein.

Es ging also in erster Linie darum, den Agrar- wie den industriellen Sektor in dem Konzept einer „gelenkten Nationalwirtschaft" zu erfassen, von dem man sich die Lösung der ökonomischen Probleme des Landes versprach. Enteignung und Aufteilung betrafen nur den Besitz von zu nationalen Feinden erklärten Personengruppen, nicht den Großgrundbesitz an sich. Wenn auch die bäuerliche Wirtschaftsform besonders geschützt und gefördert werden sollte, so ist doch die letztlich bodenreformskeptische Tendenz des Programms nicht von der Hand zu weisen.

Die die Wirtschaft betreffenden Punkte des Parteiprogramms waren maßgebend vom NYKP-„Wirtschaftsexperten" Pál Vágó formuliert worden, der in einer im April 1939 erschienenen Broschüre[502] exakt dieselben Forderungen aufstellte und ökonomisch begründete. Er bezeichnete sogar pauschal die Forderung nach Aufteilung des Großgrundbesitzes als Demagogie und sozialdemokratische Taktik zur Errichtung eines kommunistischen Staates. Der agrarische Großbetrieb als Wirtschaftsform solle im Interesse der Produktionssteigerung beibehalten und in das vage umrissene Konzept einer Planwirtschaft integriert werden. Dies war einer der wesentlichen Gründe der Nationalsozialistischen Landarbeiter- und Arbeiterpartei, trotz vieler Vorteile nicht mit der NYKP zu fusionieren. Man erstrebe einen „individualistischen Nationalsozialismus" kleiner selbständiger Existenzen, keinen auf agrarischen und industriellen Großbetrieben aufbauenden „Staatssozialismus"[503].

Mit dem Jahr 1940 und erst recht mit Szálasis Entlassung gelangte der zuvor verdrängte radikale Parteiflügel erneut zu Wort, dessen systemverändernde Vorstellungen auch eine Neuordnung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse umfaßten. Im Mai 1940 hielt Mátyás Matolcsy, der sich, ursprünglich der Kleinlandwirtepartei entstammend, politisch gerade aufgrund seiner agrarreformerischen Vorstellungen nach rechtsaußen entwickelt hatte, auf dem Funktionärsfortbildungsseminar der NYKP einen Vortrag über „Unsere grundbesitzpolitischen Aufgaben"[504], dem als somit parteioffizielle Stellungnahme und aufgrund seiner Nähe zu Szálasis Ausführungen keineswegs eine so marginale Rolle zukommt, wie Lackó meint[505].

Matolcsy nannte wie Vágó die „quantitative und qualitative Produktionssteigerung" als wichtigste Aufgabe der künftigen Agrarpolitik, erwähnte aber gleichzeitig auch ihre militärische und rassenpolitische Bedeutung. Der Boden gehöre der ungarischen Volksgemeinschaft und dürfe daher nur „Blutsungarn" gehören, also nicht Juden, „jüdischen" Aktiengesellschaften oder Ausländern. Diese seien als erste zu enteignen. Mit dem schlecht funktionierenden System des Großgrundbesitzes sei abzurechnen. Der Ertrag pro Katasterjoch liege bei Großgrundbesitz um 30% unter dem des Kleingrundbesitzes. Für eine Agrarreform zur Verfügung stünden der gesamte Boden in

[502] Vágó, 1939, S. 99 ff. Lackós Datierung auf Sommer 1939 (1966, S. 197) ist nicht korrekt.
[503] Nemzet Szava Nr. 33, 13. 8. 1939, S. 7.
[504] Das Folgende aus Matolcsy, in: A NYKP 1940 májusában tartott vezetöképzö tanfolyamának anyaga.
[505] Lackó, 1966, S. 197.

jüdischer und ausländischer Hand sowie alle Besitztümer über 1000 Kj, so daß rund 3 Millionen Kj zur Verteilung kämen. Die Größe der neu geschaffenen Kleinbesitze variiere zwischen 10 und 30 Kj, also im klein- bis mittelbäuerlichen Bereich. Aus diesen Maßnahmen ergäben sich – und hier hebt Matolcsy nun ins Reich der Phantasie ab – Produktionssteigerungen um 30%, weitere 20% aus der geplanten Flurbereinigung und 50% durch Bodenverbesserungen, so daß der gegenwärtige Stand um 100% übertroffen werde.

Mit diesen Ausführungen hatte Matolcsy als Vertreter einer weitestgehenden Bodenreform allerdings auch den Boden der Realität verlassen. Ähnliche phantastische Ideen finden sich zwar öfter im hungaristischen Gedankengut, doch liegt hier der Verdacht der Demagogie nahe: Auch ein Fortbildungsseminar für Parteifunktionäre war kein agitationsfreier Raum. Andererseits gibt es keine Anzeichen dafür, daß Matolcsy und die sozialrevolutionären Aktivisten nicht von der Richtigkeit dieser und ähnlicher Ausführungen überzeugt waren. So läßt sich eher die These vom Nebeneinander unterschiedlichster Agrarprogramme aufgrund der sozialen und politischen Interessenbindungen ihrer Verfechter belegen als die Vermutung öffentlicher antifeudaler und antikapitalistischer Agitationen bei im Grunde bodenreformfeindlicher Einstellung.

Ab Herbst 1939 geriet die NYKP-Führung zunehmend in politische Bedrängnis, hervorgerufen erstmals auch durch einen deutlichen Mitglieder- und Anhängerschwund. Die sich seit Mitte 1938 spürbar verbessernde wirtschaftliche Lage, das Steigen der Reallöhne und Sinken der Arbeitslosigkeit sowie sozialpolitische Maßnahmen führten zu einem Abbau der sozialen Spannungen und der revolutionär geladenen Unzufriedenheit gerade der unteren gesellschaftlichen Schichten, die die Massenbasis der Pfeilkreuzler bildeten. Gleichzeitig entfernte sich aber auch die gehobene Mittelklasse von der NYKP und schloß sich den „Salonfaschisten" der anderen NS-Fraktionen oder des rechten Flügels der Regierungspartei an, die durch die Verabschiedung des zweiten Judengesetzes und den Wiederanschluß der Karpato-Ukraine im März 1939 wieder an Attraktivität für diese Gruppen gewonnen hatte. Das Engagement in einer politischen Partei, deren internes Verhältnis zu einem unberechenbaren radikalen Flügel mit Massenanhang nicht geklärt war, schien ihren Interessen eher abträglich[506].

Erstes Warnzeichen war eine Reihe von Niederlagen in Nachwahlen zum Parlament bzw. in Wahlen für die Vertretungsorgane der Gebietskörperschaften. Im Wahlkreis von Balatonfüred, der durch Darányis Tod seinen Abgeordneten verloren hatte, kam es im November 1939 zu einer Nachwahl. Während die Pfeilkreuzler Ende Mai bei den Parlamentswahlen noch gute 4600 Stimmen auf sich hatten vereinigen können (gegenüber 11 300 der MÉP), erreichte ihr prominenter Kandidat András Mecsér, der erst im Sommer vom äußersten rechten Flügel der Regierungspartei in die NYKP übergetreten war, nur knappe 2700 Stimmen, was 18% der Voten entsprach (dagegen MÉP: 12 100 Stimmen)[507]. Dem schloß sich eine Serie von Niederlagen in weiteren Wahlen im Dezember 1939 und Anfang 1940 an[508].

[506] Vgl. dazu ebenda, S. 203 ff. (S. 77 ff.).
[507] Sipos, 1970, S. 141, Anm. 118.
[508] Im folgenden nach Lackó, 1966, S. 207 ff. (80 ff.).

Bereits zwei Tage nach Balatonfüred forderte eine Gruppe von neun NYKP-Abgeordneten Hubays Rücktritt, den sie für die Wahlniederlage, das Scheitern des Parlamentsboykotts sowie für die ihrer Ansicht nach ungehemmte, von der Parteiführung nicht eingeschränkte Tätigkeit illegaler Gruppen verantwortlich machte. Am 29. November lehnte zwar die NYKP-Fraktion ihre Forderung nach einem neuen Parteivorsitzenden ab, doch traten danach fünf Abgeordnete aus der Partei aus[509]. Der Traum von einer vereinten Pfeilkreuzlerpartei war damit vorläufig ausgeträumt, die NYKP hatte ihre Integrationskraft verloren, zumal die anderen NS-Fraktionen und -Parteien ihre offensichtliche Schwäche ausnutzten und sich mit unterschiedlichen Argumenten von der „überzogenen", unverantwortlichen Politik der NYKP abgrenzten.

Gleichzeitig mit der Kritik von Parlamentsfraktion und Gemäßigten gerieten Hubay und die Parteiführung auch unter den Druck der radikalen Hungaristen. Sie forderten eine Rückkehr zu den alten Prinzipien und zu Szálasis Ideen, kurz: eine kompromißlose Politik mit Hilfe von Massenaktionen sowie Vorbereitungen zur Machtergreifung. Kern der radikalen Kritiker war nach den Erkenntnissen des Leiters der politischen Polizei, Sombor-Schweinitzer, das hungaristische Parteibüro in Wien, das, ab Sommer 1939 unter dem Namen „Szálasi-Garde", aus Ungarn geflohenen hungaristischen Kämpfern ein Auffangbecken bot und die Kritik gegen Hubay organisierte. Ziel war, durch Flugblätter gegen Hubays Legalitätspolitik und den Aufbau einer „Ideenschutzgruppe" (eszmevédelmi csoport) in Ungarn die revolutionäre Parteilinie und damit die Verbindung zu den Massen wiederherzustellen und die „Abweichler" auszuschließen und gegebenenfalls zu bestrafen. Hubay gelang es jedoch, im Dezember, kurz nach der Palastrevolution der aus der NYKP ausgetretenen Abgeordneten, die Gefährlichkeit der radikalen Hungaristengruppe zu entschärfen: Er ließ sechs ihrer führenden Männer aus der Partei ausschließen mit der Begründung, man habe sich von Leuten mit „marxistischen Neigungen" befreien müssen.

7. Pfeilkreuzlerbewegung und Drittes Reich bis 1939

Die Pfeilkreuzler verdankten ihren Aufstieg zur Massenbewegung nicht der Unterstützung der „am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals", wie es die auf dem XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern vom Dezember 1933 formulierte Agententheorie des Faschismus bestimmte[510]. Das schmale Finanzkapital im marxistisch-leninistischen Sinne befand sich in Ungarn fast ausschließlich in jüdischer Hand; materielle und immaterielle Zuwendungen an die Szálasi- oder andere Pfeilkreuzlerparteien lassen sich nicht nur nicht nachweisen, sondern sind völlig ausgeschlossen. Das gleiche gilt für Aristokratie und Großgrundbesitz. Im Bereich des Möglichen liegen finanzielle Hilfen von seiten einiger mittlerer und kleiner Unternehmer des „christlichen Wirtschaftsbürgertums", doch sind derartige Transaktionen aus Mangel an einschlägigem Quellenmaterial bis heute nicht nachweisbar.

[509] Es handelte sich um Halmai, Zimmer, Nyireö, Mosonyi, K. Rácz.
[510] Vgl. den Wortlaut in: Die kommunistische Internationale, 1966, S. 279.

Schon mit dem Entstehen der Pfeilkreuzlerbewegung wurde in der zeitgenössischen Presse und Politik der Verdacht geäußert, es handele sich bei ihnen um „Söldlinge der Deutschen", um von Hitler ferngesteuerte oder sogar bezahlte Agenten. Der Abgeordnete Payr stellte in einer Interpellation im Februar 1938 fest, die Pfeilkreuzlergruppen wollten Ungarn „zur Kolonie einer ausländischen Macht herabwürdigen", und fragte die Regierung, woher die Gelder zur Finanzierung ihrer Tätigkeit stammten[511]. Die politische Öffentlichkeit ging selbstverständlich davon aus, daß „the Hungarian Nazis are very well provided with funds"; deren Herkunft vermutete man in Deutschland, allerdings „without having definite knowledge of the sources"[512]. Die Pfeilkreuzler bestritten natürlich derartige Vorwürfe, die ihre Ziele und Aktivitäten als Landesverrat brandmarken und damit politisch erledigen sollten, vehement und pochten auf ihre ungarische Eigenständigkeit[513].

Der Vorbildcharakter Hitlers und der deutschen „Hakenkreuzler" ist ganz unbestritten: Braunhemd, Hakenkreuz und Gruß wurden anfangs ebenso nachgeahmt wie das Programm der NSDAP. „Wo bist du, ungarischer Hitler?" hieß der Titel einer NS-Broschüre 1932[514]. Erst als der Innenminister 1933 Hakenkreuz und Braunhemd als Hoheitszeichen einer fremden Macht verbot, führte Zoltán Meskó im September dieses Jahres das für Ungarn typische Pfeilkreuz und das Grünhemd ein, die von den anderen Parteien übernommen wurden und der Bewegung ihren Namen gaben[515].

Das Thema Parteienfinanzierung führt im allgemeinen unweigerlich ins Gestrüpp der durch schriftliche Quellen nicht belegbaren Gerüchte und Vermutungen. Im Fall der Pfeilkreuzler stößt die Beantwortung dieser Frage noch dazu in den Dschungel nachrichtendienstlicher Geheimkontakte vor, die naturgemäß keinen Niederschlag in systematisch angelegtem Aktenmaterial finden. Zudem ist das bisher zugängliche, verfügbare Quellenmaterial zu spärlich, als daß eine abschließende, wissenschaftlichen Kriterien standhaltende Beurteilung möglich wäre. Die ungarische Forschung nimmt bereits für die Frühphase der NAP, Szálasis erster Partei, Verbindungen nach Deutschland an, obwohl sie, wie Lackó selbst zugibt, durch Quellen nicht zu belegen sind[516].

Mit Sicherheit flossen Gelder oder andere (im)materielle Hilfeleistungen von Deutschland nach Ungarn; es stellt sich jedoch die Frage nach dem oder den Empfänger(n). Analytisch zu unterscheiden sind dabei selbstverständlich die gezielte reichsdeutsche Propaganda und Unterstützung einiger Gruppen und Persönlichkeiten der

[511] PA, AA. Politik IV: Ungarn, Innere Politik, Bd. 2, 1937/38: Erdmannsdorff an AA, 16. 2. 1938.

[512] So Horthys Sohn István in einem Gespräch mit dem britischen Botschafter in Berlin, Henderson, am 26. 8. 1938; vgl. PRO. FO 371.22380, S. 193: Henderson an Halifax, Berlin, 26. 8. 1938.

[513] So heißt es in der hungaristischen Broschüre „Szoci – nyilas", 1938, S. 1: „Der Nationalsozialismus ist keine an eine Person, und erst recht nicht an eine ausländische, gebundene Bewegung. Seine Mutter ist der Geist der ungarischen Gegenrevolution, die dem Bolschewismus in Ungarn folgende national eingestellte Bewegung."

[514] Némethy, 1932.

[515] Vgl. dazu Deák, in: Rogger/Weber, 1966, S. 386 f.; Lackó, 1966, S. 16 ff.; Toth, in: Wende, 1981, S. 750.

[516] Lackó, 1966, S. 93.

ungarndeutschen Minderheit, dem hier nicht nachgegangen werden soll, und Zuwendungen an die Szálasi- oder andere NS-Parteien. Die ohnehin sehr oft nur auf Gerüchten beruhenden Quellen treffen diese Unterscheidung in vielen Fällen nicht.

Es erstaunt nicht, daß vor allen Dingen österreichische Beobachter sensibel auf Informationen reagierten, es gebe enge Kontakte zwischen deutschen Kreisen und ungarischen bzw. volksdeutschen Nationalsozialisten, zumal es aktenkundig war, daß Propagandamaterial aus Deutschland über Ungarn nach Österreich geschmuggelt wurde[517]. Ab Anfang 1937 häuften sich derartige Meldungen. Die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit im Bundeskanzleramt sah es am 22. Januar als erwiesen an, „dass österr. nat.soz. Kreise mit deutschen Nat.soz. in Ungarn oder mit der Pfeilkreuzbewegung in Westungarn in ständiger Verbindung stehen"[518]. Ein Situationsbericht „aus privater Quelle" verzeichnete am 12. März 1937: „Die deutsche Hetzpropaganda wird in der Provinz materiell immer besser unterbaut und als Folge wird das Land immer mehr mit haken- und pfeilkreuzlerischem Propagandamaterial überschwemmt."[519]

In diesen Tagen durchzogen Gerüchte eines bevorstehenden rechtsradikalen Putschversuches (genannt wurden die Namen Marton und Mecsér)[520] das Land. Drei Millionen Reichsmark seien zu seiner Unterstützung von Deutschland und Italien nach Ungarn geflossen[521]. Am 11. März meldete die Nachtausgabe der Zeitung „Telegraf", man habe als führende NS-Agitatoren in Budapest „drei alte Bekannte aus Wien" entdeckt, die vier bis fünf Millionen Reichsmark nach Ungarn geschafft und, getarnt als Unterstützung deutscher Kulturvereine, verteilt hätten[522].

[517] HHS, NPA: Ungarn 2/21: Die nationalsozialistische und Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn 1933–1937, S. 570ff.: Österreichische Gesandtschaft Budapest an das Bundeskanzleramt, 28.1.1936.

[518] AVA. Bundeskanzleramt Inneres/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit: Dienstzettel zu einer Mitteilung des Bundesministeriums für Landesverteidigung, 22.1.1937. Bei der westungarischen Pfeilkreuzlerpartei dürfte es sich um die Festetics-Partei gehandelt haben.

[519] HHS, NPA: Ungarn 2/3 Innere Lage 1935–1938, S. 518.

[520] Der britische Gesandte Sir G. Knox meldete ebenfalls am 11.3.1937 nach London, die extreme Rechte, nämlich einige seit Gömbös' Tod „verrückt" gewordene Mitglieder der Regierungspartei unter der Führung von Marton und Mecsér planten einen Marsch auf Budapest und würden dabei nicht nur von den Pfeilkreuzlern aller Parteien unterstützt, sondern auch von Deutschland finanziert. Seit dem 5. März gebe es in der Presse entsprechende Gerüchte; vgl. The Shadow of the Swastika, Nr. 35, S. 214.

[521] PRO. FO 371.21154, S. 115: BBC News Bulletin, 6.3.1937.

[522] AVA. Bundeskanzleramt Inneres/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit: Telegraf, Nachtausgabe, 11.3.1937. Bei den drei „Bekannten" handelte es sich um Baron Hahn, den ehemals in Wien tätigen reichsdeutschen Zeitungskorrespondenten Schepky sowie um Rademacher, 1935 in Budapest als „Generalvertretung der NSDAP München–Berlin, politische Vertretung für Ungarn"; vgl. hierzu HHS. Originalberichte der österreichischen Gesandtschaft, Budapest, 7.1935–1938, S. 80: Geschäftsträger Kunz an Bundeskanzleramt, 21.8.1935. Anfang März 1937 war Rademacher Leiter der reichsdeutschen Pressestelle in Budapest; vgl. ebenda, S. 630: Gesandter Baar an Bundeskanzleramt, 3.3.1937. Rademacher war eindeutig als Agent in Ungarn beschäftigt; vgl. Macartney II, S. 36. Hahn, in Wien einst wegen Nazi-Aktivitäten verhaftet, galt dem ungarischen Außenminister Kánya 1935 als einer der zahlreichen „journalistic spies" um den deutschen Botschafter und als „Ribbentrop's man"; vgl. den Brief des britischen Gesandten in Budapest, Ramsay, an Hoare vom 1.10.1935, in: PRO. FO 371.19520, S. 255. Hahn wurde zum Chef des Deutschen Nachrichtenbüros in Budapest ernannt; vgl. ebenda, 21152, S. 195.

Aus diesen vagen Andeutungen und Vermutungen lassen sich natürlich keine hieb- und stichfesten Belege für die Identität der Spender und Empfänger gewinnen. Es wäre verfehlt, eventuelle deutsche Hilfeleistungen ausschließlich auf finanzielle Transaktionen reduzieren zu wollen; in Betracht zu ziehen sind ebenfalls immaterielle Hilfen wie z. B. die Duldung von Parteibüros im Reichsgebiet oder die Aufnahme und Versorgung politisch verfolgter Pfeilkreuzler (sehr oft im Nachrichtendienst) sowie materielle (nichtfinanzielle) Unterstützungsleistungen wie z. B. das Drucken von ungarischen Flugblättern in Deutschland. In diesem Zusammenhang ist jedoch genau zu untersuchen, welche deutschen Stellen daran beteiligt waren bzw. derartiges mißbilligten.

Der britische Gesandte in Ungarn, Knox, bemerkte in einem Schreiben an Lord Halifax am 24. April 1938, die Tendenz hin zum Nationalsozialismus sei ganz deutlich, doch scheine für den Augenblick Deutschland keine offene Unterstützung zu gewähren; Festetics und ein Beauftragter Szálasis hätten kürzlich Bürckel in Wien einen Besuch abgestattet, nur um zu erfahren, daß der ungarische Nationalsozialismus in Deutschland nicht willkommen sei. Er selbst glaube, so Knox weiter, an die Richtigkeit dieser Information, denn es sei ganz natürlich, „that the Germans should not wish to indispose a Hungarian Government which appears to be sufficiently subservient to them, by any encouragement of a subversive movement that must inevitably come to that Government's knowledge"[523].

Dieser Aspekt betont völlig richtig, daß Hitler bei seinen weitergehenden Kriegsplänen in erster Linie an der politischen Stabilität im südosteuropäischen Raum interessiert sein mußte. Broszat bemerkt, daß Hitler mit autoritären Systemen, die sich auf die Oberschicht, Armee und Exekutive stützten, viel lieber paktierte als mit den einheimischen faschistischen Bewegungen, deren Instabilität er erfaßte und Regierungsfähigkeit er bezweifelte; zudem sah er die ideologischen Probleme voraus, die sich gerade aus der Zusammenarbeit mit den geistesverwandten Bruderbewegungen einstellen würden[524].

Derartige Probleme ergaben sich nicht mit den ungarischen Regierungen, die aufgrund der wachsenden außenpolitischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit Ungarns vom Dritten Reich sowie der Verschiebung des politischen Spektrums nach rechts ohnehin den Forderungen Hitlers entgegenkamen. Der Präsident der „Bank of England", Norman, meinte sogar in einem Brief an Halifax vom 26. April 1938, also kurz nach dem „Anschluß" Österreichs, die Machtergreifung einer dilettantischen nationalsozialistischen Regierung in Ungarn und das daraus entstehende wirtschaftliche Chaos, das vielleicht mit dem Ruf nach einer Intervention Deutschlands enden würde, „would greatly embarrass the Germans"[525]. Tatsächlich soll Hitler gerade kurz zuvor in Graz zu Reichsstatthalter Seyss-Inquart bemerkt haben, „ihm sei die augenblickliche ungarische Regierung viel lieber als eine nationalsozialistische", und Erdmannsdorff konkretisierte diesen Ausspruch, man habe „alles Interesse an einem Weiterbestand der Regierung Darányi, schon in Ermangelung eines für unsere Interessen

[523] The Shadow of the Swastika, Nr. 99, S. 313.
[524] Vgl. dazu Broszat, in: HZ 206 (1968), S. 90 ff.; ähnlich Lackó, in: TSz 5 (1962), S. 465 f.
[525] The Shadow of the Swastika, Nr. 100, S. 315; vgl. dazu auch Lackó, 1969, S. 26 f.; Sipos, 1970, S. 31.

gleichwertigen, geschweige denn besseren Ersatzes"[526]. Andererseits wies ein Mitarbeiter des Foreign Office in einem Dienstvermerk zum oben zitierten Knox-Bericht vom 24. April ebenfalls richtig darauf hin, daß „Germany can perfectly well countenance and encourage the spread of Hungarian Nazism and at the same time prevent it from discomfiting the subservient Gov(ernmen)t at Budapest"[527].

Der scheinbare Widerspruch zwischen Unterstützung und Distanz des Dritten Reichs gegenüber den Pfeilkreuzlern löst sich auf, wenn man zum einen die Annahme aufgibt, die Außenpolitik sei ausschließlich über die offiziellen Kanäle von Auswärtigem Amt und Regierung abgewickelt worden; zum anderen konnte auch die offizielle deutsche Regierungspolitik die Existenz der Pfeilkreuzlerbewegung als indirektes, aber wirkungsvolles politisches Druckmittel benutzen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Deutschen sie systematisch aufgebaut und unterstützt hätten mit dem Ziel, in Ungarn eine Pfeilkreuzler-Machtergreifung herbeizuführen. Auch Lackó schreibt, daß zwar die Hilfe NS-Deutschlands „entscheidend mitgewirkt" habe bei der Ausweitung zur Massenbewegung (für diese These bleibt er allerdings jeden Beleg schuldig), daß aber trotzdem die Unterstützung bei weitem nicht ausreichend war; die NYKP-Führung habe bei den deutschen offiziellen Kreisen überhaupt ein entschiedenes Eintreten für eine Machtübernahme der Pfeilkreuzler vermißt[528]. Es scheint, daß die NYKP nicht zur Kenntnis nehmen wollte, nach welchen Kriterien sich die Reichspolitik richtete, obwohl dies im Grunde ganz einfach war: „Man war nicht bereit, aus Gründen der Ideenverwandtschaft zu ihren Gunsten einzugreifen, solange das keinen unmittelbaren Nutzen versprach und sofern es nicht in das Konzept der deutschen Außenpolitik paßte."[529]

Erst in den Jahren des Zweiten Weltkriegs sollte es von Bedeutung werden, daß die miteinander rivalisierenden Machtträger des Dritten Reichs ein „zweites Eisen im Feuer" hatten als potentielle Alternative zur amtierenden ungarischen Regierung bzw. zu den informellen Machtträgern um Horthy. Unterschiedlich war dabei nur die personelle und politische Zusammensetzung dieser Alternative. Insbesondere die NSDAP schien sich anfangs dem außenpolitischen Kalkül der Reichsregierung nicht ohne weiteres unterzuordnen und pflegte Kontakte zu ausländischen, sich dem Nationalsozialismus geistesverwandt fühlenden Organisationen. Heß ließ daher am 16. Juni 1933 amtlich bekanntmachen, die Reichsleitung lehne eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates grundsätzlich ab, d.h. sie weigere sich auch, „Parteigebilden ausserhalb der Grenzen irgendwelche Weisungen zu geben, selbst wenn diese Parteigebilde der NSDAP entsprechen oder verwandt sind"[530]. Drei Monate später mußte Heß seine Anordnung wiederholen und konkretisieren: „Natio-

[526] ADAP, D/V, Nr. 195, S. 229: Gesandter Erdmannsdorff an Staatssekretär von Weizsäcker, Budapest, 21.4.1938.

[527] The Shadow of the Swastika, Nr. 99, S. 314.

[528] Lackó, 1966, S. 143.

[529] Hagen/Höttl, 1955, S. 339. Ganz in diesem Sinne forderte Staatssekretär von Weizsäcker den deutschen Gesandten in Bukarest, Fabricius, am 7.6.1938 anläßlich der Verurteilung Codreanus auf, sich äußerst zurückzuhalten: „Die Ähnlichkeit der Ideologien kann uns nicht veranlassen, aus dieser Zurückhaltung herauszutreten und uns in die inneren Verhältnisse Rumäniens einzumischen." Vgl. hierzu ADAP, D/V, Nr. 207, S. 239.

[530] AVA: Bürckel-Akten 1575/2: Ungarn – Ungarische nationalsozialistische Partei. Die Auslandsorganisation der NSDAP wurde ausdrücklich von dieser Bestimmung ausgenommen.

nalsozialistische (faschistische) oder ähnliche Organisationen", auch solche mit Sitz in Deutschland, seien nicht berechtigt, sich auf die NSDAP zu berufen; den Dienststellen der NSDAP sei der Kontakt mit diesen Organisationen streng verboten[531]. Diese Bekanntmachung betraf bereits auch nicht näher identifizierte „Ungarische Nationalsozialisten" (in Anbetracht des frühen Zeitpunkts wohl die Böszörmény-Partei), die sich mit Unterstützung des Gaus Berlin der NSDAP in der Reichshauptstadt ein Büro eingerichtet hatten; obwohl Rosenberg den Abbruch dieser Verbindung angeordnet hatte, war dies bis zum 19. September 1933 noch nicht geschehen[532].

Auch nach 1933 fanden sich einige regionale Parteigliederungen nicht damit ab, keine eigene Politik nach außen mehr zu verfolgen, sehr zum Ärger des Auswärtigen Amtes bzw. der deutschen Auslandsvertretungen, die die entstandenen Schwierigkeiten der Partei-Sonderpolitik vor Ort bereinigen mußten. So protestierte die deutsche Gesandtschaft Budapest am 1. Juni 1937 gegen Schriftwechsel und Verkehr der Gauamtsleitung des NSV Dessau und des Amtsgerichts Burg/Magdeburg mit der Ungarischen Nationalsozialistischen Partei und berief sich dabei auf den „wiederholt nachdrücklichst betonten" Grundsatz von Parteileitung und Reichsregierung, „dass der Nationalsozialismus eine innerdeutsche Angelegenheit sei und aus diesem Grunde jede Art von Verbindung mit ausländischen Organisationen ähnlichen Charakters nicht in Betracht komme"[533].

Zu diplomatischen Verwicklungen führte in erster Linie die Tätigkeit der Auslandsbüros der verschiedenen Pfeilkreuzlerparteien im deutschen Reichsgebiet, die nach Erkenntnissen der ungarischen politischen Polizei illegale Aktionen in Ungarn organisierten und Flugblätter druckten bzw. im Dienst von SS oder Gestapo standen[534]. Immer wieder protestierte die ungarische Gesandtschaft gegen die Existenz der Büros, jedoch nur mit vorübergehendem Erfolg. Es gab mächtige, nicht identifizierbare Personen und Stellen, die die Auflösungsanordnungen unterliefen.

Aus Anlaß einer Verbalnote der ungarischen Gesandtschaft an das Auswärtige Amt vom 3. April 1938, in der die Regierung gegen das Wiener Büro der Ungarischen Nationalsozialistischen Partei des Grafen Festetics protestierte, das „auch die Unterstützung der Wiener Polizei genießt", fühlte sich Bormann wegen der entstandenen diplomatischen Verwicklungen bemüßigt, selbst an Bürckel zu schreiben. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, hieß es in seinem Schreiben, habe die Werbetätigkeit der Pfeilkreuzler in Wien unter den dortigen Ungarn einstellen lassen; die Ungarische Nationalsozialistische Partei habe aber die Überlassung eines Raumes im Wiener „Braunen Haus" erreicht. Er bitte Bürckel, dem Auswärtigen Amt zu entsprechen und die weitere Betätigung dieser Partei in Wien und im Deutschen Reich zu unterbinden, „da es aus politischen Gründen durchaus unerwünscht sei, daß sich eine ungarische politische Partei, die zu der ungarischen Regierung in schärfster Opposition stehe, in Deutschland betätige"[535].

[531] Ebenda: Anordnung Heß' vom 9.9.1933.
[532] IfZ, MA 225: Rosenberg-Akten, B.23: Schreiben Rosenbergs an Stabsleiter Bormann, 19.9.1933.
[533] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Nationalsozialismus.
[534] Vgl. dazu Lackó, 1969, S. 50.
[535] AVA. Bürckel-Akten 1575/2: Ungarn – Ungarische nationalsozialistische Partei: Bormann an Bürckel, München, 1.6.1938.

Bürckel ging der Sache nach, zumal sie durch den Anschluß der Wiener Festetics-Partei an Szálasis Hungaristen Ende Mai 1938[536] noch an politischer Brisanz gewonnen hatte. Der Gauamtsleiter Neugeborn der Gauleitung Wien meldete am 15. Juni, die ungarischen Pfeilkreuzler seien bereits seit längerem aus dem Braunen Haus ausgezogen; acht Tage später schickte er die Nachricht, der neue Sitz der Partei befinde sich nun in der Mariahilferstraße 105[537]. Das Auswärtige Amt, das sich offenbar auch direkt an die SS-Führung gewandt hatte, erhielt am 4. August dieselbe Information. Die zur Hungaristenbewegung gehörige Ungarische Nationalsozialistische Partei, hieß es in dem Schreiben, die zur Zeit 500 ordentliche und 300 vorläufige Mitglieder umfasse und im wesentlichen Sprechstunden für nationalsozialistische Flüchtlinge aus Ungarn abhalte, habe ihr Parteilokal aus dem Braunen Haus verlegen müssen; ihre „Werbetätigkeit" und das Tragen ihrer Parteiuniform im Reichsgebiet sei von der Gestapo unterbunden worden[538]. Das mit Hilfe der NSDAP errichtete Parteibüro selbst blieb demnach jedoch bestehen und konnte – mit Einschränkungen und unter deutscher Kontrolle – seine Tätigkeit fortsetzen, was offenbar im Interesse der SS lag, denn die Gestapo hätte ohne Mühe die Pfeilkreuzlerorganisation(en) in Wien innerhalb kürzester Zeit zerschlagen können. Hinzu kommt, daß sich in Wien ohnehin nur eine Zweigorganisation der Ungarischen Nationalsozialistischen Partei befand. Ihre Landesleitung Deutschland hatte nach Gestapo-Informationen vom 14. September 1938 ihren Sitz in Berlin, weitere Geschäftsstellen befanden sich in Nürnberg, Stettin und München[539].

Was die materielle Unterstützung der Pfeilkreuzler in Ungarn durch deutsche Gelder oder Sachleistungen angeht, so sind zunächst direkte und indirekte Zuwendungen zu unterscheiden. Konkrete Anhaltspunkte in den spärlichen verfügbaren Quellen finden sich erst für das Jahr 1938, als sich Szálasis Hungaristen zur Massenbewegung entwickelten und damit als nicht mehr zu ignorierender Faktor der ungarischen Innenpolitik überhaupt erst interessant wurden.

Der Verleger Olivér Rupprecht hatte seine mit Verlust arbeitende konservativ-legitimistische Tageszeitung „Magyarság" im Mai 1938 der Szálasi-Partei zur Verfügung gestellt, was für diese von großer Bedeutung war, da sie damit erstmals ein täglich erscheinendes Blatt für ihre Zwecke einsetzen konnte[540]. Die Spuren der Finanzierung der „Magyarság" führten direkt nach Deutschland. Rupprecht, „Vertreter der Bewegung für das Deutsche Reich", hielt sich seit September 1938 ständig dort auf und

[536] Ebenda: Mitteilung des Leiters der Wiener „Kampfformationen der Ungarischen Nationalsozialistischen Partei", Adalbert (Béla) von Haumeder-Hegedüs, an Bürckel, 28. 5. 1938.

[537] Ebenda: Gauamtsleiter Neugeborn an Bürckel, 15. 6. bzw. 23. 6. 1938.

[538] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Nationalsozialismus: RFSS und ChdDP, i.A. Dr. Best, an das AA, Berlin, 4. 8. 1938.

[539] Ebenda, Inland II A/B. Organisationen ungarischer Staatsbürger im deutschen Reich, 1934–39. Leider ist über Größe, Tätigkeit, politische Bedeutung usw. von Landesleitung und Zweigorganisationen nichts weiter zu erfahren.

[540] Lackó, 1966, S. 122.

versuchte, Geldquellen für die Zeitung zu erschließen. Einer im November 1938 gestarteten Werbekampagne um deutsche Anzeigenkunden ist zu entnehmen, daß die tägliche Auflage der „Magyarság" seit ihrer Abstellung für die Hungaristen von 16000 auf 65000 hochgeschnellt war. Zu verdanken sei der Erfolg des Blattes, so Rupprecht, „dem Verständnis, das unsrer [sic] Bewegung seitens einiger Stellen der Ostmark entgegengebracht wurde, wodurch es gelang, dem Blatt in grösster Not einen Rotationskredit von 100000 Pengö zu verschaffen. Diesen Kredit hat die Österreichische Creditanstalt Wiener Bankverein garantiert."[541]

Mit diesem ersten Kredit waren jedoch die finanziellen Sorgen der Zeitung keineswegs behoben; nach Rupprecht lag dies an der „Verjudung" der ungarischen Wirtschaft, denn die „arischen" Wirtschaftskreise seien zu schwach, um dem Blatt so viele Anzeigen zukommen zu lassen, daß ihr Überleben gesichert sei. Der Antrag der „Magyarság" an das deutsche Propagandaministerium und den Werberat der Deutschen Wirtschaft, unter deutschen Großfirmen um Anzeigen werben zu dürfen, wurde von diesen Stellen genehmigt[542]. Welche Geldgeber nun genau die Finanzierung der „Magyarság" sicherstellten, ob sich neben Wirtschaftskreisen auch amtliche Stellen (Partei, SS) einschalteten, konnte nicht ermittelt werden. Lackó spricht ebenfalls nur ganz allgemein von einer „deutschen Quelle". Bei Rupprecht handelte es sich jedoch um einen Sonderfall in der Hungaristenbewegung. Er wurde zu einer der wichtigsten Personen des deutschen Spionagedienstes in Ungarn, seine Redaktion zum zentralen Umschlageplatz für Geheimdienstberichte und entsprechende Geldleistungen[543]. Rupprechts SS-Bindungen führten ihn jedoch zum Baky-Pálffy-Flügel der Pfeilkreuzpartei, der mit Szálasi nach seiner Haftentlassung 1940 eben wegen dieser Kontakte und der damit verknüpften ideologischen und politischen Unterschiede in Kollision geriet und 1941 aus der Partei ausgeschlossen wurde oder sie freiwillig verließ[544].

Was nun die direkte Finanzierung der Szálasi-Partei angeht, so erschwert sich die Untersuchung nicht nur wegen der selbstverständlichen Geheimhaltung derartiger Kontakte, sondern auch dadurch, daß es, wenn man den Worten des im August 1938 aus der Hungaristenpartei ausgetretenen Funktionärs Sándor Unghváry glauben darf[545], in diesem Jahr vier Kassen für die Abwicklung der Parteifinanzen gab, die Parteizentrale selbst sich jedoch nicht damit befaßte. Diese Kassen rechneten nicht ab, so daß eine Zusammenstellung der Ausgaben (zur Bezahlung der Funktionäre, der Solidaritätsunterstützung an die Familien inhaftierter Parteimitglieder, der Propaganda usw.) niemals möglich sei. Eine Kasse führe der alte Szálasi-Freund Sándor Csia, eine

[541] AVA. Bürckel-Akten 1575/2: Ungarische nationalsozialistische Partei: „Die Hungaristische Bewegung in Ungarn", Budapest, 28.11.1938.

[542] Ebenda.

[543] Lackó, 1966, S.122.

[544] Vgl. dazu ausführlich S.272ff. dieser Arbeit.

[545] Seinen Austritt begründete Unghváry damit, daß es in der Partei Kommunisten gebe und daß sie sich auf ausländische Gelder stütze. Beides aber bedeute Verrat an Heimat, Nation und ungarischer Rasse; vgl. hierzu Budapesti Hírlap 185, 18.8.1938, S.6. 1939 veröffentlichte er ein Buch mit seinen Erfahrungen; vgl. Unghváry, 1939.

weitere Franz Rothen[546]. Ferner gebe es eine Sonderkasse für Beiträge geheimer Parteimitglieder unter den Militärs, die der mit der Eintreibung beauftragte Offizier einzahle. Die vierte Kasse schließlich laufe über die EKE[547]. Dabei handelte es sich, wie man Rupprechts oben zitierter Anzeigenwerbekampagne entnehmen kann, um eine landwirtschaftliche Genossenschaft, deren Reinertrag aus dem Ein- und Ausfuhrhandel mit Deutschland dem „Kampffond der Bewegung" zufließe. Die Bedeutung dieser Genossenschaft freilich dürfte nicht sehr hoch veranschlagt werden, denn Rupprecht schrieb selbst, daß die EKE seit Herbst 1938 „durch die Machinationen der jüdisch-liberalen Wirtschaftskräfte Ungarns" fast völlig aus dem deutsch-ungarischen Handel verdrängt worden sei[548].

Als Geldquellen der Hungaristenpartei nannte Unghváry neben den Mitgliedsbeiträgen zwei anonyme, ständig zahlende Staatssekretäre, einige Ministerialbeamte, den deutschen Gesandtschaftsrat Baron von Oberbeck, die Ungarisch-Italienische Bank sowie die Konsumgenossenschaft „Hangya"[549]. Als unumstößliche Beweise können diese Ausführungen nicht herangezogen werden, zumal Unghváry in seiner Position keinen Einblick in die Parteifinanzen hatte und seine Informationen wieder über Dritte und Vierte bezog. Ebensowenig finden sich bei ihm Erkenntnisse über die Höhe der angeblichen Zahlungen oder etwa über die interessante Frage, ob nicht weit größere Summen aus Deutschland oder Italien an ganz andere Empfänger in Ungarn flossen. Auch die englische Gesandtschaft, die 1938 jenseits der Gerüchteküche die reale Finanzlage der ungarischen NS-Parteien vorsichtig erkunden ließ, kam zu dem Ergebnis, daß, falls diese überhaupt Geld aus Deutschland erhielten, es keinesfalls viel sein könne[550].

Eine mögliche Verbindung der Pfeilkreuzler mit dem faschistischen Italien ist noch schwerer zu belegen. Obwohl für Italien eine „starke Tendenz zur ideologischen Ex-

[546] Der volksdeutsche Franz Rothen gehörte zunächst dem Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein UDV an und zählte zum Flügel um den sich zunehmend nach rechts orientierenden Dr. Franz Basch, später Führer des nazistischen „Volksbunds". Basch lehnte Rothen nach Wissen des deutschen Gesandten in Budapest 1939 jedoch seit langem scharf ab. 1936 wurde Rothen wegen Schmähung der Würde des ungarischen Staates verurteilt. 1938 bis 1939 war er in Szálasis Partei zuständig für die auswärtigen Angelegenheiten der Partei. Er flüchtete 1939 nach Deutschland, wurde Osteuropa-Referent im Auswärtigen Amt und einer der wichtigsten Männer für den deutschen Nachrichtendienst in Ungarn. Szálasi sah 1941 Rothen als Drahtzieher des völkischen Baky-Pálffy-Flügels, den er mangels Loyalität zum Hungarismus aus der Partei verdrängte; vgl. zu Rothen Lackó, 1966, S. 93, 344; Macartney I, S. 171; PA, AA. Politik IV: Ungarn – Nationalsozialismus; Erdmannsdorff an das AA, 23. 5. 1939; S. 2 f.

[547] Unghváry, 1939, S. 74 f.

[548] AVA Bürckel-Akten 1575/2: Ungarische nationalsozialistische Partei: „Die Hungaristische Bewegung in Ungarn", 28. 11. 1938.

[549] Unghváry, 1939, S. 75 f. Die Konsumgenossenschaft „Hangya" wurde bereits in einem Situationsbericht aus Ungarn vom 12. 3. 1937 „aus privater Quelle" neben der deutschen Gesandtschaft und der deutsch-ungarischen Handelskammer als wichtigste deutsche Geldquelle der volksdeutschen und ungarischen Nationalsozialisten genannt. Die Hangya wickelte nach diesem Bericht „den überwiegenden Teil der deutschen Geschäfte" ab; vgl. HHS, NPA. Ungarn 2/3 Innere Lage 1935–1938, S. 518. Zum Selbstverständnis der „Hangya", die ihre Funktion in der Versorgung der christlichen Kleinhändler gegen die jüdischen „Kartelle und Trusts" sah, vgl. IfZ, MA 1541/11, B. 547 ff.: Studie, 12. 7. 1940.

[550] PRO. FO 371.22374, S. 100: Gascoigne an Halifax, 14. 7. 1938.

pansion und zur Fraternisierung mit Ausländern" festzustellen ist, die sich z. B. in der Unterstützung der Eisernen Garde in Rumänien niederschlug, so fehlen für Ungarn derartige Quellen oder sogar nur ungestützte Vermutungen fast völlig[551]. Der Grund dürfte sowohl in der von Anfang an deutlichen Hitler-Orientierung der spät entstandenen Pfeilkreuzler als auch in den positiven Beziehungen zwischen der italienischen und ungarischen Regierung seit Ende der zwanziger Jahre liegen[552]. Nur eine einzige Quelle belegt bisher eine Verbindung zwischen Hungaristen und Faschisten. Nach der Machtübernahme plante Szálasi als „Führer der Nation" Ende 1944 einen Staatsbesuch bei Mussolini, weil „der Duce der erste verantwortliche Staatsmann war, der sich für den Hungarismus interessierte, und weil der von der freundschaftlichen italienischen Nation Entsandte bei jeder Gelegenheit anwesend war, wenn die Hungaristen wichtige Entscheidungen auf ideologischem Gebiet treffen mußten"[553].

Erst wieder die Wahlen Ende Mai 1939 nährten Gerüchte über die massive Unterstützung der Pfeilkreuzpartei durch deutsche Stellen. Ihre finanzielle Lage war in der Tat miserabel. Sie startete den Wahlkampf mit 140 Pengö und zwei Schreibmaschinen[554]. Ein anonymer Bericht vom 16. März 1939 bestätigte diesen Sachverhalt: „Die Szálasi-Partei steht ohne jedwede Hilfsmittel da. [...] Wenn diese Partei von deutscher Seite aus keine moralische und finanzielle Unterstützung erhalten kann, wird sie trotz der grossen Zahl ihrer Parteimitglieder kaum mit einer grossen Abgeordnetenzahl ins Parlament kommen können. [...] Es ist sicher, dass wir heute mit relativ kleinen Mitteln in der Lage wären, die ungarische Innenpolitik massgebend zu beeinflussen."[555]

Noch im April meldete Knox dem Foreign Office, die Hungaristenbewegung befinde sich derzeit „at low ebb"; es gebe keine Hinweise, daß sie vom Reich finanzielle Hilfe erhalte[556]. Auf der Höhe des Wahlkampfes im Mai erlebte Ungarn jedoch einen politischen Skandal, der großes Aufsehen erregte und von der Regierung hervorragend als Wahlkampfmittel benutzt werden konnte. Zum einen waren 100 000 Exemplare eines „handgreiflich auf deutschem Papier gedruckten" sogenannten „Grünbuchs"[557] per Post zahlreichen Redaktionen und Wählern ohne Angabe von Verfasser, Absender und Druckerei zugegangen; der Stempel vom 17. Mai nannte Postämter in Berlin-Charlottenburg, Stuttgart und München. Auf 32 Seiten (einschließlich einem Szálasi-Bild) wurden die Geschichte und die politischen Ziele der Hungaristischen Bewegung umrissen, ungarische Politiker und Institutionen heftig attackiert sowie die Wahl der Pfeilkreuzlerkandidaten empfohlen[558].

[551] Vgl. Borejsza, in: VfZ 29 (1981), S. 579ff., Zitat S. 588; zur „faschistischen Internationale" ausführlich Ledeen, 1972.

[552] Vgl. dazu Kerekes, 1966 und 1973.

[553] IfZ, MA 1541/1, B. 121: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasis mit dem italienischen Geschäftsträger Graziani, 20. 11. 1944.

[554] P. Vágó, 1960, S. 24; dieselbe Summe wurde genannt in Hubays Prozeß vor dem Volksgerichtshof; vgl. Lackó, 1966, S. 165 (S. 67).

[555] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Innere Politik, Bd. 4, 1938/39: Erdmannsdorff an das AA, Budapest 5. 4. 1939: Rücksendung eines Berichts über Ungarn, Berlin, 16. 3. 1939.

[556] PRO. FO 371.23065, S. 4ff.: Knox an Strang, FO, 24. 4. 1939.

[557] Zöld könyv, 1939.

[558] Vgl. zur Grünbuch-Affäre ADAP, D/VI, Nr. 436, S. 486f.: Telegramm Nr. 161 vom 25. 5. von Erdmannsdorff an das AA, sowie den in dem Telegramm angekündigten ergänzenden Bericht vom 23. 5. 1939, in: PA, AA. Politik IV: Ungarn – Nationalsozialismus.

Gleichzeitig wurde die verstärkte Wahlkampfagitation der Pfeilkreuzler auf Gelder aus Deutschland zurückgeführt: Deutsche Agenten hätten alle ungarischen Währungsreserven in Zürich aufgekauft und nach Ungarn an die Pfeilkreuzpartei überwiesen. Dabei habe es sich um so erhebliche Beträge gehandelt, daß der Kurs des Pengö an der Züricher Börse stark gestiegen sei[559]. Eine andere Quelle spricht sogar von Pengö-Aufkäufen in Paris, London und Zürich, mit denen der NS-Wahlkampf in Ungarn finanziert worden sei[560]. Ministerpräsident Teleki, berichtete Erdmannsdorff, deutete in einer Rede an, „er wisse wohl, dass durch das Land auch solches Geld rolle, nach dem ein seiner Nation getreuer Ungar nie seine Hand ausstrecken dürfe"; die Presse schrieb von Landesverrat und einem „Angriff von einer Skrupellosigkeit, die an den roten Terror der Kommunistenherrschaft erinnere". Erdmannsdorff schloß seinen ausführlichen Bericht mit der Bemerkung, die Angelegenheit stelle eine „unerfreuliche Belastung" der deutsch-ungarischen Beziehungen dar; zudem sei ein Anwachsen der Pfeilkreuzpartei dem ungarländischen Deutschtum keineswegs von Vorteil[561]. Außenminister Csáky betonte in seinem offiziellen Protest, er empfinde dieses Vorgehen, dem zwar die Reichsregierung, nicht aber „gewisse Wiener Stellen" fernstünden, als „Dolchstoß" gegen seine Bemühungen, um Vertrauen in die deutsche Politik zu werben[562]. Insgeheim jedoch war die ungarische Regierung davon überzeugt, die deutsche Regierung selbst stünde hinter der Wahlkampfhilfe für die Pfeilkreuzler[563].

Die Pfeilkreuzlerführung selbst stritt jede Entgegennahme ausländischer Wahlkampfhilfe entschieden ab. Der Parteivorsitzende und Abgeordnete Hubay erklärte, er habe das „Grünbuch" nicht erhalten, seine Herkunft sei ihm völlig unbekannt. Überdies finanziere sich die Partei ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und nehme „weder ausländisches noch inländisches schmutziges Geld"[564].

Was die Grünbuch-Affäre anbelangt, so waren Ribbentrop und das Auswärtige Amt nicht über ihre Hintergründe informiert. In Reaktion auf Erdmannsdorffs Telegramm vom 25. Mai ging Ribbentrop Csákys Hinweis auf „gewisse Wiener Stellen" nach und veranlaßte verärgert, „dies zu untersuchen und den Unsinn in Wien ein für allemal abzustellen"[565]. Den verfügbaren Quellen ist jedoch nicht zu entnehmen, ob diese Vermutungen berechtigt waren und wie die Angelegenheit zu Ende geführt wurde. Eine

[559] Ebenda: Erdmannsdorff an das AA, Budapest, 23.5.1939, S.1; Macartney I, S.350; Nagy-Talavera, 1970, S.153, Anm.*; Lackó, 1966, S.165 (S.67).

[560] The Shadow of the Swastika, Nr.162, S.416: Protokoll einer Unterredung zwischen dem ungarischen Gesandten in London, Barcza, und Sir A. Cadogan im Foreign Office, 9.8.1939.

[561] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Nationalsozialismus: Erdmannsdorff an das AA, 23.5.1939, S.2f.

[562] ADAP, D/VI, Nr.436, S.487: Telegramm Nr.161 von Erdmannsdorff an das AA, 25.5.1939.

[563] So meinte der ungarische Gesandte in London am 9.8.1939 im Foreign Office, seine Regierung „had ascertained that shortly before the recent Hungarian elections the German Government had purchased quantities of Pengös in Paris, Zürich and London with which they had financed the election campaign of the Nazi Party in Hungary"; vgl. The Shadow of the Swastika, Nr.162, S.416.

[564] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Nationalsozialismus: Erdmannsdorff an das AA, 23.5.1939, S.3.

[565] ADAP, D/VI, Nr.436, S.487: Telegramm Nr.161 von Erdmannsdorff an das AA, 25.5.1939, Randvermerk Ribbentrops an den Staatssekretär. Er bezog sich auf einen Protest der ungarischen Gesandtschaft bereits vom 8.5. gegen die politischen Tätigkeiten der Ungarischen Nationalsozialistischen Partei-Hungaristische Bewegung auf Reichsgebiet; am 23.5. leitete das AA dieses Schreiben an Reichsführer SS, Propagandaministerium und Außenpolitisches

sehr viel konkretere Spur führt dagegen nach Berlin zu dem deutschen Großkaufmann Otto Braun. Braun gehörte, will man einer anonymen, aber gut informierten deutschsprachigen Aufzeichnung über die Jahre 1942 bis 1944 in Ungarn Glauben schenken, zum Kreis der Erzbergermörder, die auf Gömbös' Gut in Tétény Unterschlupf gefunden hatten. 1934 in die Röhmaffäre verwickelt, konnte er erst nach Vergessen der Angelegenheit nach Berlin zurückkehren,wo er die „Transdanubia" Im- und Export-Gesellschaft gründete. In Zusammenarbeit mit András Mecsér erwirtschaftete er große Profite aus ungarischen Importen nach Deutschland und, so der ungenannte Verfasser, „finanzierte manche politischen Geschäfte", z. B. den Druck des vom NYKP-Presseleiter Fiala verfaßten „Grünbuchs"[566]. Ist diese Behauptung zutreffend, so ist Hubays oben zitierte Ahnungslosigkeit als Unwahrheit entlarvt. Ob jemand und wenn ja, wer hinter Braun stand, der mit Sicherheit auch über gute Beziehungen zu NSDAP-Parteigrößen verfügte, bleibt jedoch völlig im dunkeln.

Hinter den Pengötransaktionen im Ausland ist keinesfalls die Wiener Hungaristenorganisation zu vermuten, obwohl Ribbentrops oben zitierte Maßnahmen gegen den „Unsinn in Wien" sowohl wegen des „Grünbuchs" als auch wegen der finanziellen Wahlkampfhilfe ergriffen wurden. Alle verfügbaren Quellen sprechen explizit von deutschen Agenten. Die Ungereimtheiten in diesem Fall beginnen allerdings schon bei der Höhe der angeblich überwiesenen Summe. Lackó spricht nur von „mehr als 500 000 Pengö", die deutsche Beauftragte in den Tagen nach der Parlamentsauflösung in der Schweiz gekauft und der Pfeilkreuzlerführung auf illegalem Wege übersandt hätten[567]. Er hält sich damit an Telekis Angaben in der Parlamentssitzung vom 21. Juni 1939. Teleki war am 9. Mai von der Nationalbank unterrichtet worden, daß am 8. und 9. desselben Monats an der Züricher Börse ein mit Sicherheit nicht ungarischer Staatsbürger 500 000 bis 600 000 Pengö gekauft habe. Der Regierungschef war allerdings vorsichtig genug, den vermuteten Empfänger nicht explizit zu benennen; er beschränkte sich darauf, zwischen dem „Grünbuch" und dem Geld aus dem Ausland keinen „ursächlichen Zusammenhang, aber eine Parallele" zu sehen[568]. In Erdmannsdorffs alarmierendem Telegramm vom 25. Mai ist dagegen schon die Rede von „über 1 000 000 Pengö"[569].

In den bisher zugänglichen Quellen finden sich weder eindeutige Beweise noch Widerlegungen für die Pengötransaktionen an die Pfeilkreuzpartei[570]. Vágós „offener

Amt der NSDAP weiter mit der Bitte, die genannte Partei aufzulösen und ihre Büros zu schließen. Ein Schnellbrief vom 31. 5. an den RFSS wiederholte die Bitte.

[566] BL. NL Macartney/4, Nr. 15: Aufzeichnung, o. V., o. J.

[567] Lackó, 1966, S. 165 (S. 67).

[568] Képviselöházi Napló, 21. 6. 1939, S. 63. Hubay hatte wegen der umlaufenden Gerüchte einer deutschen Wahlhilfe an seine Partei eine Interpellation eingebracht, auf die Teleki antwortete. Macartney I, S. 350, nennt die ungeheure Summe von 5 bis 6 Millionen Pengö, doch dürfte diese Zahl auf einem Lesefehler der in den Parlamentsprotokollen genannten Summe beruhen.

[569] ADAP, D/VI, Nr. 436, S. 486.

[570] Noch im August 1939 versuchte die ungarische Regierung, die Identität der Pengö-Aufkäufer in London zu klären; vgl. The Shadow of the Swastika, Nr. 162, S. 416: Protokoll der Unterredung Barcza–Cadogan im Foreign Office, London, 9. 8. 1939. Das Schatzamt, dem die Angelegenheit zur Klärung übergeben worden war, war jedoch ohnmächtig. Man vermutete, daß die Pengönoten von vielen Agenten in kleinen Mengen gekauft worden waren, so daß die Feststellung ihrer Namen unmöglich sei; vgl. PRO. FO 371.23111, S. 100.

Brief" an Macartney meint zum Thema, daß die Tätigkeit deutscher Agenten in Zürich natürlich nicht kontrollierbar sei, die Szálasi-Partei jedoch von den besagten 5 bis 6 Millionen nichts erhalten habe. Sein Argument ist durchaus zu bedenken: Hätte sie auch nur den fünften Teil der Summe erhalten, hätte sie den Wahlkampf ganz anders führen können[571]. Tatsächlich konnte die NYKP nur in 63 Wahlbezirken einen eigenen Kandidaten aufstellen; auch trotz des Wahlkampfabkommens mit den anderen Parteien kandidierten NS-Bewerber nur in gut 70 Stimmbezirken. Zudem schreibt Lackó selbst, daß aufgrund der schlechten finanziellen Situation der Partei jeder „Konjunkturritter" als Kandidat aufgestellt worden sei, der über das notwendige Geld oder gesellschaftliches Ansehen verfügte[572].

Alle diese Einzelheiten verweisen nicht gerade auf finanziellen Überfluß, was andererseits die Überweisung kleinerer Beträge nicht ausschließt. Millionenbeträge aus deutschen Quellen an die NYKP sind jedoch sehr unwahrscheinlich; daß die Partei die für die Kandidatenaufstellung notwendigen Summen durch Kredite der ungarischen Filialen deutscher Banken aufbrachte[573], liegt demgegenüber viel eher im Bereich des Möglichen. Den Wahlerfolg der Pfeilkreuzler jedoch auf deutsche Gelder zurückführen zu wollen, wäre verfehlt.

Die Wahlen 1939 bedeuteten allerdings eine Zäsur auch im Verhalten der amtlichen deutschen Kreise gegenüber den Pfeilkreuzlern. Der äußerst skeptische deutsche Gesandte von Erdmannsdorff hatte noch im Januar 1939 der Überwindung der Zersplitterung der „Kräfte im hiesigen rechtsradikalen Lager" keine Chance gegeben, bis sich nicht alle Parteiführer einem politischen Ziel und einer politischen Führung untergeordnet hätten[574]. Die SS erfaßte blitzschnell die Bedeutung des Wahlergebnisses: Nicht der Sieg der Regierungspartei sei das „eigentliche Ereignis", sondern das „gewaltige Anwachsen der Rechtsradikalen auf Kosten der liberalen Linken". Jetzt komme es darauf an, das Wahlkampfbündnis zwischen Hubay und den anderen NS-Parteien in „eine rechtsradikale Einheitsfront in Ungarn" umzuwandeln[575]. Damit war das vorrangige deutsche Interesse an der gesamten ungarischen extremen Rechten in den nächsten Jahren umrissen: Angestrebtes Ziel war die Bildung einer vereinigten NS-Partei.

8. Die hungaristische Weltanschauung

Der Versuch einer systematischen Rekonstruktion der hungaristischen[576] Ideologie trifft auf die Schwierigkeit, daß sich der Leser der Reden und Schriften Szálasis den Sinn der nur schwer verständlichen und stark emotional-assoziativen Texte aus Ein-

[571] P. Vágó, 1960, S. 22. Vágó hatte von Macartneys Lesefehler (vgl. Anm. [568]) keine Kenntnis.
[572] Lackó, 1966, S. 165 f., 169.
[573] Ebenda, S. 165 (S. 67).
[574] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Nationalsozialismus: Erdmannsdorff an das AA, Budapest, 17. 1. 1939.
[575] BA, R 43 II/1502 a: Chef des Sicherheitshauptamtes an Lammers, Chef der Reichskanzlei, Berlin, 7. 7. 1939, S. 1, 5.
[576] Der Begriff „Hungarismus" wurde erstmals im Juli 1937 im vierten NAP-Rundbrief benutzt und gelangte im Oktober 1937 auf jener Fusionsversammlung in der Budapester Redoute zur Kenntnis einer breiteren Öffentlichkeit; vgl. Szálasi Naplója, Vorwort, S. 10 f.

zelbruchstücken zusammensetzen muß, um die zugrunde liegenden Denkmuster zu ermitteln. Dabei hat man es streckenweise mit metaphorischen, d.h. nicht mit der Normalsprache identischen Bedeutungen zu tun, so daß man wie bei der Analyse literarischer Texte sekundäre Bedeutungsebenen ansetzen muß[577]. Das so rekonstruierte Gedankengebäude bleibt zwar in vielem lückenhaft oder gar widersprüchlich, doch ist es konsistenter, als ein erstes Lesen der Texte vermuten läßt.

Zunächst stellt sich die Frage nach dem Stellenwert, der einem Gedankengebäude zugeschrieben werden kann. Szálasi schaffte es, eine Massenbewegung um sich zu sammeln, doch waren seine Anhänger nicht unbedingt ideologisch überzeugte Hungaristen, sondern stammten eher aus dem breiten Protestpotential von Leuten, die mit den herrschenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen Bedingungen in Horthy-Ungarn unzufrieden waren und sich von Szálasi eine, sei es auch noch so vage, Besserung ihrer Lage erhofften. Der Hungarismus kann jedoch nicht als bezugsloses Gedankengespinst abgetan werden, sondern muß – als Ganzes oder zumindest in Teilen – ein reales Bedürfnis der Parteigefolgschaft angesprochen haben. Ebensowenig geht es an, ihn von vornherein als „die retrograde Utopie eines halbgebildeten, mit Bürokratismus durchtränkten Offiziers"[578] zu klassifizieren und daraus die Konsequenz abzuleiten, es handele sich bei den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen um reine soziale Demagogie. Gerade das Beispiel des ungarischen Faschismus zeigt ja, daß die Zuordnung von Ideologie und Klasseninteresse so einfach nicht vorgenommen werden kann. Dies ist auch dann unzulässig, wenn sich wie hier auffällige inhaltliche Parallelen und Kongruenzen zu den Vorstellungen der „alten" bzw. „neuen" Rechten ergeben. Zu denken ist dabei etwa an den glühenden Nationalismus und den sich daraus ableitenden Revisionismus, den Antisemitismus und die Wertschätzung des Christentums. Andererseits dürfen diese Ähnlichkeiten auch nicht ignoriert werden. Es stellt sich vielmehr die Aufgabe, die Funktion dieser Ideologeme in den verschiedenen Weltanschauungen zu untersuchen, denn die oberflächliche Feststellung partieller Äquivalenzen ohne vorherigen systematischen Vergleich der Ideologien bleibt letzten Endes unwissenschaftlich.

Ohne an dieser Stelle eine explizite Ideologiekritik formulieren zu wollen oder etwa eine Untersuchung eventueller funktionaler Unterschiede gleicher Strukturen in den Ideologien der politischen Rechten vornehmen zu können[579], legitimiert sich eine inhaltliche Rekonstruktion des Hungarismus schon allein dadurch, daß er für eine nicht unbeträchtliche Gruppe von Menschen als Orientierung für politisches Handeln diente und historisch wirksam wurde. Es kann nicht unwesentlich sein zu erfahren, was in den Köpfen derer vorging, die von der nationalsozialistischen Neuordnung Europas unter maßgeblicher Beteiligung der Hungaristen träumten.

Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Tatsache, daß es Szálasi nicht gelang, in Friedenszeiten an die Macht zu kommen und seine Vorstellungen auf Staatsebene zu realisieren. Man kann folglich nicht nachweisen, wie „ernst" es die Pfeilkreuzler bei-

[577] Macartney I, S. 164, stellt resigniert fest: „His book ‚Út És Cél' is much rather a collection of aphorisms than a reasoned exposition of doctrine, and the present writer must confess that he read it through with more interest than comprehension."

[578] Lackó, 1966, S. 47. Dieses Urteil steht für Lackó schon zu Beginn seiner Studie fest.

[579] Dafür fehlt es leider auch an gründlichen wissenschaftlichen Analysen.

spielsweise mit ihren sozialrevolutionären Forderungen meinten: ob sie diese tatsächlich nur rein taktisch, in demagogischer Absicht, benutzten, um die Massen zu gewinnen und danach sofort aufzugeben, oder ob sie sie gegen den Widerstand der traditionellen Eliten radikal durchsetzen würden. Die wenigen Monate, die Szálasi nach dem 15. Oktober 1944 an der Macht war, können nicht herangezogen werden. Der auf ungarischem Territorium tobende Krieg mit allen seinen Begleiterscheinungen (Flüchtlingszüge, Zusammenbrechen der Kommunikations- und Verkehrsverbindungen, Versorgungsprobleme, Zusammenbruch der deutschen Front und Vorrücken der Roten Armee) machte Politik im eigentlichen Sinne, nämlich als politische, ökonomische, soziale und kulturelle Gestaltung eines Gemeinwesens, nicht mehr (bzw. kaum) möglich[580].

Methodisch nicht unproblematisch ist das hier angewandte Vorgehen bei der Zusammenstellung des „Textes" der zu rekonstruierenden hungaristischen Ideologie. Man könnte meinen, daß die Programme der diversen Parteigründungen der Pfeilkreuzler ihre Ideologie am ungebrochensten spiegeln; ihr Quellenwert ist jedoch einzuschränken, da sie auch in der Absicht verfaßt wurden, die Regierung zu beruhigen, damit die Partei nicht wieder aufgelöst wurde. Als Materialgrundlage dienten daher die programmatischen Schriften Szálasis, die er selbst als Kernstücke seiner Ideologie betrachtete und als Buch 1 des Hungarismus, „Das Ziel", veröffentlichen wollte, erweitert durch einige Texte aus dem Buch „Der Weg". Diese wurden fallweise ergänzt durch Äußerungen anderer Hungaristen, wenn sie, ganz auf Szálasis Linie liegend, als klärende Erläuterungen oder nähere inhaltliche Ausführungen gelten können. Es besteht natürlich die Gefahr unzulässiger Personalisierung durch die überwiegende Konzentration auf die Person des Hungaristenführers und seine Vorstellungen, die ja nicht unbedingt mit denen seiner Gefolgsleute deckungsgleich waren. Dem ist zu entgegnen, daß Szálasi durchaus als *der* „Chefideologe" seiner Partei anerkannt war. Brachen ideologisch-politische Differenzen aus, so resultierten daraus Parteiabspaltungen, -austritte und -ausschlüsse. Gerade Szálasi als weltanschaulicher Visionär und Dogmatiker ging rigoros gegen ideologische Abweichler vor.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der semantischen Hierarchie der hungaristischen Ideologeme, d.h. es gab – wie bei allen Ideologien – Fragen, bei denen Konsens unter der Gefolgschaft obligatorisch, andere, bei denen Dissens möglich war. Unerläßlich war der Konsens bezüglich der Anerkennung Szálasis als Führer oder des Fernziels eines hungaristischen Großreiches; dagegen war Dissens gestattet bei Problemen der konkreten Durchführung der Bodenreform[581]. Bei praxisbezogenen, realitätsnahen Punkten waren die Dissensmöglichkeiten im allgemeinen größer als in Fragen mit weltanschaulich-abstrakten Dimensionen wie z.B. der Vision eines „konnationalistischen" Europas.

Problematisch könnte ferner sein, daß verschiedene, zeitlich von 1933 bis 1945 reichende Texte wie ein einziger Gesamttext behandelt werden. Dieser gleichsam „statische" Ansatz, der grundlegende Veränderungen in der Ideologie ignoriert, legitimiert

[580] So auch Nolte, 1979 (b), S. 211, der in Zusammenhang mit den Pfeilkreuzlern die Frage aufwirft, „ob nämlich unter bestimmten Umständen eine faschistische Bewegung nicht nur in Worten und nicht erst in ihren Auswirkungen, sondern unmittelbar und primär einen sozialrevolutionären Charakter tragen kann".

[581] Vgl. dazu S. 204 ff. dieser Arbeit.

sich andererseits durch die Tatsache, daß Szálasi mit eigentümlicher, von seinen Gegnern oft kritisierter Starrheit an einmal gewonnenen Einsichten festhielt und auch unter Druck keine ideologischen Konzessionen machte. Natürlich ist im Lauf der Zeit eine inhaltliche Fortentwicklung von Szálasis Überlegungen festzustellen, so z. B. eine zunehmende Lösung von traditionalen Denkformen und der Realität, eine Akzentverschiebung hin zur Gewinnung der Arbeiterschaft sowie gegen Kriegsende die Konzentration auf visionäre Entwürfe eines hungaristischen Reichs und einer europäischen NS-Nationengemeinschaft auf Grundlage einer geopolitisch begründeten Lebensraumtheorie. Nichtsdestotrotz soll hier vom Zeitfaktor abstrahiert werden, denn die zugrunde liegenden Denkstrukturen blieben gleich: Viele erst später entwickelte Theoreme waren in den früheren Schriften wenn nicht bereits rudimentär vorhanden, dann doch logisch impliziert.

Eine weitere Schwierigkeit betrifft nicht nur die hungaristische Ideologie, sondern stellt sich überhaupt bei der Analyse faschistischer Theorien: „Sowohl Hitler als Mussolini hatte eine Abneigung dagegen, Parteiprogramme aufzustellen, denn sie erinnerten an ‚Dogmatismus'. Der Faschismus betonte vielmehr die ‚Bewegung', [...]. Der gesamte europäische Faschismus hinterließ den Eindruck, daß die Bewegung unbegrenzt sei, eine fortwährende Ekstase im Sinne Nietzsches."[582] Der Historiker steht also vor dem Problem, entweder seinem Untersuchungsgegenstand eine Kohärenz zu unterstellen, die er nicht besitzt[583], oder aber ihn als unverständliches, vages Phantasiegebäude abzutun. Damit jedoch bleiben zugrunde liegende konkrete Inhalte im dunkeln, die durch die Analyse der sekundären, metaphorischen Bedeutungsebene ermittelt und dem ideologischen Gesamtsystem eingegliedert werden können.

Die faschistische Betonung der Bewegung, der Aktion ist auch bei den Hungaristen deutlich zu fassen. Ausgehend von der Definition: „Alles Leben ist Bewegung. Ohne Bewegung kein Leben"[584] wird Stillstand, Statik, Dogma mit „Tod" gleichgesetzt: Dynamik, Bewegung jedoch bedeuten Leben und Zukunft[585]. Insofern betonte Szálasi immer wieder, daß der Sieg des Hungarismus nicht mit bürokratischen Schreibtischtätern zu erlangen sei. Die künftige Führungsschicht dürfe auf keinen Fall in Büros eingeschlossen werden wie die Verwaltungsbeamten der traditionellen Elite, denn ohne Freiheit und Selbständigkeit, Freude und Hoffnung nur um der Akten willen zu leben, sei schlimmer als der Tod: „Tot ist jeder Buchstabe, nur der Geist der Buchstaben ist Leben."[586] Dieses Mißtrauen gegenüber dem schriftlich Fixierten, dem Eindeutigen

[582] Mosse, in: Laqueur/Mosse, 1966, S. 32.

[583] Davor warnt Legters, in: Sugar, 1971, S. 5.

[584] Szálasi, Rede „Großraum – Lebensraum – Führungsvolk" (GLF), 15./16. 6. 1943, in: IfZ, MA 1541/6, B. 110.

[585] Vgl. dazu die Schlußrede Málnásis vor dem Budapester Strafgericht, 15. 11. 1937, in: ders., 1959, S. 291: Seine ungarische Geschichte werde von dynamisch eingestellten Idealisten positiv aufgenommen, von statisch eingestellten Menschen und Materialisten hingegen abgelehnt und bekämpft.

[586] Szálasi, Út és cél, (= UC), 1938, zitiert nach: Szálasi Ferenc alapvetö munkája, 1959, S. 43. Eine ähnliche Argumentation findet sich im Vorwort von Hitlers „Mein Kampf": „Ich weiß, daß man Menschen weniger durch das geschriebene Wort als vielmehr durch das gesprochene zu gewinnen vermag, daß jede große Bewegung auf dieser Erde ihr Wachsen den großen Rednern und nicht den großen Schreibern verdankt." Szálasi meinte jedoch die politische Aktion überhaupt.

und „Formalen" und die Hervorhebung der „lebendigen" Dynamik lassen erkennen, daß Hungarismus und autoritäre, etatistische Vorstellungen aus rechtskonservativer Ecke in Widerspruch standen. Szálasi antwortete 1945 auf die Frage des ehemaligen Kultusministers Hóman, wie er seine Einstellung zur Rechts- und Verfassungskontinuität beschreiben würde, mit einer für ihn typischen, oft wiederholten Formel: „Wenn ich zwischen Verfassung und Nation, Gesetz und Leben, Recht und Wahrheit wählen muß, dann werde ich immer Nation, Leben und Wahrheit wählen, einfach deshalb, weil diese drei ewig sind, aus diesen dreien fließt alles. Verfassung, Gesetz und Recht sind notwendige, aber vergängliche Formen, die vergehen, wenn die Nation das neue Leben, die neue Wahrheit begriffen hat und leben will."[587]

Das heißt im Klartext, daß „tote", rechtsstaatliche Hemmnisse von der zum „Leben" drängenden Nation in Form der siegreichen hungaristischen „Bewegung" außer Kraft gesetzt werden dürfen, ja sogar müssen; an ihre Stelle tritt die Parteidisziplin. Das bedeutet weiter, daß es nicht genügt, nur eine neue Partei zu organisieren, sondern ausschlaggebend ist die Existenz einer „Bewegung" im neuen Geist, die der Partei zeitlich vorausgeht. Partei und Bewegung stehen in dieser Sicht zueinander im Verhältnis wie Körper und Seele, die Partei ist folglich die „Verkörperung" des neuen Lebens[588].

Die hungaristische Selbstinterpretation geht jedoch noch weiter. Da die alte, als statisch empfundene politische Ordnung mit „Tod" semantisiert wird, wird andererseits die Pfeilkreuzlerbewegung als „Leben" sakralisiert. Ihr kommt eine Erlösungsfunktion[589] zu, die sich in expliziter religiöser Begrifflichkeit ausdrückt. Ein Flugblatt der NYKP aus Debrecen vom 15. April 1939, nach eigenen Angaben in 170000 Exemplaren erschienen, zeigt ganz deutlich die Verschmelzung revolutionärer und religiös-christlicher Terminologie, wodurch die Propagandaschrift einen fast gebetsartigen Charakter annimmt: „Die Zeit der Endkämpfe ist gekommen. Das Große Herz, die Hungaristische Bewegung, schlägt kräftig, es ist glühend wie das flüssige Eisen [...]. Tu

[587] Szálasi gegenüber Vertretern des Nationalbundes, 28.2.1945, in: NL Szöllösi, TB, Anlage 11, S.134/140f.

[588] Szálasi in einer Unterredung mit Kultusminister Hóman 1938; vgl. Szálasi-TB, 1938, S.52. Ebenso, wie die Partei nur die in greifbare Form gebrachte Bewegung ist, wird der Staat als die äußere Organisation der Nation aufgefaßt. Obige Ausführungen über das theoretisch begründete Mißtrauen gegenüber allem schriftlich Fixierten scheinen in Widerspruch zu stehen mit einem „Verschriftlichungswahn" in der Praxis. Im „Hungaristischen Tagebuch" ließ Szálasi die Entwicklung von Partei und Bewegung bis zur Machtergreifung genau dokumentieren, z.T. unter Anlage originaler Protokolle und ähnlicher Schriftstücke. Er selbst verbrachte 1944/45 viel Zeit mit der Abfassung seines Buchs über Theorie und Geschichte des Hungarismus; sein Inhalt sei nicht konstruiert, „sondern ich habe streng auf Dokumentengrundlage die Fakten zusammengestellt"; vgl. NL Szöllösi: TB, Anlage 11: Konferenz von Vertretern des Nationalbundes bei Szálasi, 28.2.1945, S.62/70. Ein möglicher Ansatzpunkt zur Erklärung dieses scheinbaren Widerspruchs liegt darin, daß durch die Verschriftlichung von Ideologie Kohärenz und Praxisbezug des Gedankengebäudes postuliert werden. Darüber hinaus ist es logisch konsequent, wenn ein sich als einmalig empfindender charismatischer Führer seine Ideen und die Fortentwicklung seiner politischen Bewegung hin zum ersehnten Fernziel dokumentieren läßt, um sie der Nachwelt zu erhalten und in ihrer Einmaligkeit zu präsentieren.

[589] Vgl. auch das Organisationsstatut der NYKP 1943, Szervezési Szabályzat, S.11: „Die Pfeilkreuzlerpartei ist nicht nur eine politische Partei, sondern auch eine moralische Körperschaft."

Deine Hand aufs Herz, blicke nach Szeged und sprich mit uns: Ich will, daß das ungarische Volk wieder frei ist! [...] Ich will, daß mit dem heutigen System Schluß gemacht wird, das der Mörder von Volk und Nation ist. Ich will, daß die Vertreter und Unterstützter des heutigen Systems verschwinden, die das Vaterland verraten."[590]

Málnási zeichnete in seiner Geschichte Ungarns den Weg der Nation als einen Kreuzweg analog den Leidensstationen Christi und interpretierte sein Buch als Aufschrei kurz vor der letzten Station, dem Tod der Nation[591]. Wie einen „Messias" erwarte das ungarische Volk den, der ihm die „Erlösung" bringe[592]. Als diese messianische Erlösergestalt begriff sich Szálasi selbst. Angesprochen auf die Tatsache, daß seine Partei stets eine Bewegung ärmerer sozialer Schichten gewesen sei, antwortete er, daß genau darin ihre Stärke liege: Alle geschichtsmächtigen Bewegungen hätten sich aus den Unterschichten rekrutiert, so wie auch Christus (!) seine Bewegung (!) mit zwölf zerlumpten Armen begonnen habe[593]. Er verglich die Organisierung von hungaristischer Bewegung und Partei mit einer „Gott nachahmenden Arbeit"[594]; der Kampf für den Nationalsozialismus bedeutet „Opfer und Dienst" für die Nation[595]. Unter diesem Blickwinkel ist auch das Parteisymbol, das Pfeilkreuz, zu interpretieren: Es war das Heereszeichen des heiligen ungarischen Königs László/Ladislaus (1077–1095)[596].

Gerade die Analogie zu Christus impliziert Leiden und Verfolgung – inhaftierte Pfeilkreuzler wurden somit zu „Märtyrern"[597] –, aber auch das Wissen von der Auferstehung nach dem Tod und vom Endsieg. Alle Erlösungsideologien enden schließlich in der Aufhebung ihrer Träger. So lautete der wichtigste der zahlreichen propagandistischen Wahlsprüche der Hungaristen in typischer Formulierung Szálasis: „Ohne Karfreitag keine Auferstehung!", der Parteigruß: „Durchhalten!" (Kitartás!). Auf diesem Hintergrund konnte auch die Niederlage des Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg durch explizite Analogie zum Tode Christi am Kreuz ideologisch in das weltanschauliche System des Hungarismus integriert werden, da auf diese Weise die Wiederauferstehung vom Tod, d.h. der Triumph des Nationalsozialismus zur Gewißheit wurde: „Unsere Stärke ist der unerschütterliche Glaube. Der Glaube, der sich nicht vor dem Leiden fürchtet; der Glaube, der unter den Heimsuchungen nicht wankt; der Glaube, der am Kreuz nicht stirbt, sondern wiedergeboren wird. Unser Glaube: ohne Karfreitag keine Auferstehung. Man muß den bitteren Becher bis zum letzten Tropfen leeren, damit eine neue Welt geboren werden kann. Und wir werden den bitteren Becher auch bis zum letzten Tropfen leeren, damit jene neue Welt entstehen kann, die dem menschlichen Leben neuen Sinn geben wird."[598]

[590] PI, A. 685 – 1/12.
[591] Schlußrede Málnásis vor dem Budapester Strafgericht, 15.11.1937, in: ders., 1959, S. 287 f.
[592] Zöld könyv, 1939, S. 7.
[593] IfZ, MA 1541/1, B. 720: Protokoll der Antworten Szálasis auf Fragen während seiner Landesrundfahrt, 10.–12.2.1945.
[594] Szálasi in einer Unterredung mit Kultusminister Hóman 1938; vgl. Szálasi-TB, 1938, S. 52.
[595] NYKP, Mozgalmi közlemények, 1940, S. 2, aus der programmatischen Antrittsrede Szálasis nach seiner Haftentlassung.
[596] Vgl. Koós, 1960, S. 135.
[597] Vgl. hierzu auch den in deutlicher Anlehnung an die Bibel verfaßten Wahlspruch: „Nicht der ist mächtig, der verfolgt, sondern der, der verfolgt wird"; z.B. UC, S. 7.
[598] NL Szöllösi: Protokoll des 2. hungaristischen Kronrats, 23.2.1945: Rede des Ministers für die totale Mobilmachung Kovarcz, S. 123 f.

Besonders für einen Ausländer ist Szálasis Sprache nicht leicht zugänglich, ging er doch so weit, nach Bedarf neue Wörter oder Wortkombinationen zu prägen, um einen Sachverhalt treffender auszudrücken; Sprache hatte für ihn eine ausgesprochen hohe Bedeutung. Diese schöpferische Tätigkeit ist ein Beleg für Ernst Cassirers These, daß im Nationalsozialismus die „magische" Funktion des Wortes über die semantisch-logische die Oberhand gewonnen habe, was sich in der Prägung neuer Begriffe und dem Bedeutungswandel der alten Worte manifestiere; da die „emotionale Atmosphäre" der neuen Termini ihre semantische Bedeutung überwiege, sei es nicht möglich, diese zu übersetzen oder gar „aus einem geistigen Klima in ein ganz anderes" zu übertragen[599]. Um dem Leser eine Vorstellung von Szálasis Terminologie zu vermitteln, lehnen sich die übersetzten wörtlichen Zitate der folgenden Kapitel so nah wie möglich an die verwendete Begrifflichkeit an[600]. Großes Gewicht legte Szálasi auf die Unterscheidung zwischen „hon" und „haza", im Deutschen beide mit *Vaterland, Heimat* zu übersetzen. Während „hon" jedoch nur das Gebiet bedeute, wo ein Volk lebe und arbeite, impliziere „haza" viel mehr: Hier lebten ein oder mehrere Völker wie eine „große Familie" zusammen, die im Ernstfall die Heimat, die Recht und Freiheit sichere, aber auch Pflichterfüllung fordere, mit ihrem Blut verteidigten. Bis jetzt hätten die Ungarn wie die Nationalitäten stets nur „hon" gehabt; erst im hungaristischen Reich würde für alle Völker des Karpatenbeckens aus „hon" „haza". Ein weiteres Beispiel für Szálasis Bemühen um einen konzentrierten bildhaften Ausdruck ist der von ihm geprägte Begriff „Volkspersönlichkeit" (népszemélyiség); er wurde gewählt im bewußten Gegensatz zu *Minderheit* und *Nationalität,* da diese beiden Wörter stets mit *Mehrheit* und *Unterdrückung* assoziiert würden. Hingegen betone der Bestandteil *Person,* daß das Volk eine *Rechtsperson* sei, d.h. Pflichten und Rechte habe, Recht setzen und Bündnisse schließen könne; nur aus *Personen* könne sich eine wahre Völker„familie" und -gemeinschaft innerhalb einer Nation bilden[601].

Szálasis hungaristische Ideologie ist eine eigenartige Zusammenstellung von Elementen schon bekannter Denkmuster und politischer Theorien mit neu hinzugefügten Schlußfolgerungen und Verbindungen. Über die Herkunft der verwendeten theoretischen Versatzstücke bestehen in der Forschung große Unstimmigkeiten. Während Lackó im Anschluß an eine 1946 erschienene Arbeit behauptet, Szálasi habe den Hungarismus nach der Lektüre von geschichtlichen, geographischen, ethnographischen und sprachgeschichtlichen Werken, dem Alten und dem Neuen Testament sowie Vierkandts „Handwörterbuch der Soziologie" entwickelt[602], betonen andere seine Kenntnis der Werke von Marx, Trotzki, Bebel, Lenin und Kropotkin[603]. Dieser Frage soll aus Mangel an einsehbaren Primärquellen nicht nachgegangen werden.

[599] Cassirer, 1949, S. 368 f.

[600] Für den deutschen Nationalsozialismus stellen sich ähnliche Probleme. So dürfte beispielsweise das Wort „Obersturmbannführer" kaum übersetzbar sein. Das Dritte Reich hat indes weltweit eine so traurige Berühmtheit erlangt, daß sich eine Übersetzung erübrigt.

[601] Koós, 1960, S. 138 f., 178 ff.

[602] Lackó, 1966, S. 44, nach Szirmai, 1946, S. 262 f.

[603] Török, 1941, S. 17; Weber, 1964, S. 92; Nagy-Talavera, 1970, S. 114 f. Zudem wird vom maßgeblichen Einfluß eines Hellsehers und Astrologen gemunkelt, der ein Buch über die nach mathematischen Berechnungen zu erwartenden Kriege und Revolutionen geschrieben hatte; vgl. z. B. Lackó, 1966, S. 62, Anm. 42; Nagy-Talavera, 1970, S. 115, Anm. *; das Szálasi-Tagebuch bestätigt nur die Beschäftigung mit Karl Marx und seiner Lehre.

Geschichtsablauf, Liberalismus- und Marxismuskritik

Szálasis Geschichtsauffassung orientierte sich an der Periodisierung nach Antike, Mittelalter und Neuzeit, deren gemeinsamer Grundzug in der Ausbeutung der arbeitenden Massen durch eine kleine Elite liege. Ausbeutung und Kampf gegen die Ausbeutung seien so alt wie die Geschichte selbst[604]. Jeder historischen Epoche unterliege eine Art von „Kapitalismus"[605]: Die Ausbeutungswirtschaft der Antike („Beutekapitalismus") beruhe auf der mittels physischer Gewalt stabilisierten Herrschaft über die zum Werkzeug degradierten Sklaven. Die gesellschaftlichen Kämpfe dieser vom Imperialismus geprägten Epoche entlüden sich in Sklavenrevolten, die die Freiheit des Menschen zum Ziel hätten. Das auf dem „Güterkapitalismus" beruhende Mittelalter lebe von der Ausbeutung der Leibeigenen; seine Weltanschauung, der Feudalismus, stütze sich auf moralische, geistige und materielle Privilegien. Die mittelalterlichen Bauernaufstände strebten nicht mehr nur die Befreiung des Menschen an, sondern auch die „Befreiung" des Bodens. Die ökonomische Ordnung der Neuzeit schließlich sei der „Geldkapitalismus" bzw. die Profitwirtschaft, die ihnen entsprechende Regierungsform die Plutokratie. Die Ausgebeuteten dieser Epoche, die Proletarier, hielten durch ihre Arbeit den Profitherrn aus und versuchten in ihren Revolutionen, Mensch, Boden und Arbeit zu befreien[606].

Der Erste Weltkrieg stellt die entscheidende Zäsur innerhalb der bisherigen geschichtlichen Entwicklung dar. In jener Krise habe, so Szálasi, die ökonomische Elite ihre Herrschaft in Gefahr gesehen und mußte sich vor den Ausgebeuteten auf die Werte von Heimat, Nation und Volk berufen, um diese für die Landesverteidigung zu gewinnen. Zwar sei dies nur Mittel zum Zweck gewesen, nämlich Verteidigung der eigenen materiellen Interessen auf Kosten anderer, doch sei nun nach dem Tod von Millionen von Soldaten und Zivilisten eine Rückkehr zu den alten Zuständen moralisch nicht mehr möglich: „Das Großkapital jedoch, das im Krieg nur gewonnen hat, wollte seine Tätigkeit dort fortsetzen, wo es 1914 aufgehört hat. Die Herren des Großkapitals wagten zu glauben, daß all die Bereicherung, die der Krieg für einzelne auf Kosten des Blutes und des Leidens von Millionen mit sich brachte, nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch in großem Maßstab zu steigern sei."[607]

Aus den Trümmern des Ersten Weltkrieges sei ein neuer Menschentypus entstanden, wie ihn das neue historische Zeitalter des Nationalsozialismus erfordere. Das restaurierte System sozialer Ungerechtigkeit in allen europäischen Ländern einschließlich Ungarns werde unweigerlich und notwendig zusammenbrechen[608]. Nach schweren, blutigen Kämpfen werden das alte liberale System der „Nationalwirtschaft" (nemzetgazdálkodás) Platz machen, die auf der Arbeitskraft der verantwortlich in den natio-

[604] Szálasi, Rede vor dem Arbeitergroßrat (= RAR), zitiert nach: Szálasi Ferenc alapvetö munkája, 1959, 18.10.1942, S.65.

[605] Kapital definiert sich als „alles, was unter, über, in und um uns ist; was in der moralischen, geistigen und materiellen Welt auffindbar ist. Wer gegen das Kapital spricht, spricht gegen das Weltall. Kapital und Leben sind eins."; vgl. UC, S.26.

[606] RAR, S.63f.

[607] UC, S.20, auch S.59.

[608] Szálasi, Cél és követelések (= CK), 1935, S.15; auch Zöld könyv, 1939, S.12.

nalsozialistischen „Arbeitsstaat" (munkaállam)[609] integrierten Werktätigen beruhe. Das Mittel zur Gelddeckung in diesem System des „Nationalkapitalismus" (nemzetkapitalizmus) sei die Arbeitsfähigkeit der „totalen Nation" (totális nemzet), ihr wertvollstes Kapital der zur Gründung eines Vaterlandes fähige und im Boden verwurzelte Mensch („a honképes és talajgyökeres ember"). Die Volksbewegungen, die die Etablierung des notwendig kommenden, nationalsozialistischen Arbeitsstaates erkämpften, zielten auf die Befreiung von Mensch, Boden, Arbeit und Volk; in der ungarischen Praxis bedeute dies die Errichtung des Hungarismus. Dieser mit dem Nationalsozialismus erfochtene Freiheitskampf schließt nach Szálasi den jahrtausendealten Kampf der Arbeiter gegen ihre Ausbeutung ab, wie es die „ewigen moralischen Gesetze der natürlichen Weltordnung" forderten. Der glückliche, konfliktfreie Endzustand, der Friede hinsichtlich Arbeit, Gesellschaft, Boden und Nation, kurz: die „Pax Hungarica", seien erreicht, die Geschichte als Aufeinanderfolge gesellschaftlicher Kämpfe beendet[610].

Die Anklänge und Ähnlichkeiten mit der marxistischen Geschichtsphilosophie sind nicht zu übersehen, auch wenn dies nur rein äußerliche Formalstrukturen sein mögen. In beiden Fällen mündet der lineare, teleologische Ablauf der Geschichte notwendig in einen konfliktfreien, harmonischen Ideal- und Friedenszustand der Menschheit, in dem die antagonistischen gesellschaftlichen Gegensätze aufgehoben sind. Motor der historischen Fortentwicklung sind Klassenkämpfe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Der Hochkapitalismus des 19. und 20. Jahrhunderts schließlich verschärft den gesellschaftlichen Gegensatz so sehr, daß das „System" notwendig zusammenbrechen muß, um einer Gesellschaft ohne Klassenkämpfe und ohne Geschichte im herkömmlichen Sinn Platz zu machen[611]. Die charakteristische Wendung macht Szálasis Ideologie in der Identifizierung der „Ausbeuter", denn der Drahtzieher hinter allen Systemen sozialer Ungleichheit ist „der ewige Jude, der der ewige Feind und Ausbeuter der arbeitenden Völker bleiben wird"[612], obwohl er es mit allen Mitteln verbergen will.

An dieser Stelle wird ganz deutlich, wie für die Pfeilkreuzler aufgrund der spezifischen Situation Ungarns wirtschaftliche und soziale Kritik einhergeht mit einem scharfen Antisemitismus, handelt es sich doch in ihrer Sicht um ein und dasselbe Pro-

[609] Szálasi spricht stets vom „Arbeitsstaat" (munkaállam); der gelegentlich zu findende Begriff „Arbeiterstaat" (munkásállam), z. B. RAR; S. 65, dürfte auf einem Druckfehler beruhen.

[610] RAR, S. 64 ff.; UC, S. 21, 26

[611] An anderer Stelle äußert Szálasi ein nicht so sozialkritisches Geschichtsbild: In den einzelnen Epochen entwickeln sich nacheinander drei Totalitäten, die in der jeweils nächsten Periode aufgehoben werden und unbedingten Gehorsam fordern. Auf die Totalität des Soldaten in der Antike folgt die mittelalterliche Totalität der Kirche, in der Neuzeit schließlich die Totalität der jüdischen Führer des Wirtschaftslebens. Der Nationalsozialismus entwickle endlich die Totalität der Nation, die die früheren drei Totalitäten in sich aufhebe, d. h. ihre negativen Seiten vernichte und die positiven in neuer Form zur Entfaltung bringe; vgl. hierzu UC, S. 14. Deutlich wird hier die unterschiedliche Rolle der Geschichtstheorie in Marxismus und Hungarismus. Während der historische Materialismus objektive Wissenschaftlichkeit für sich beansprucht, inhaltlich fixiert ist, ist der Inhalt der hungaristischen Geschichtstheorie austauschbar; wichtig ist allein ihre Funktion, d. h. die Konstruktion eines Geschichtsablaufs, der in den nationalsozialistischen Idealzustand der „totalen" Nation mündet.

[612] RAR, S. 65.

blem: „Unseren gegen das veraltete System des Privatkapitalismus begonnenen Kampf kann man nicht ohne die Lösung der Judenfrage zum Sieg führen."[613] Das Ende aller Ausbeutung im Hungarismus bedeutet also, daß die Juden „weg" müssen, und zwar nicht nur aus ihren ökonomischen Machtpositionen (Szálasi prägt hier den Begriff der jüdischen „Bankokratie" [bankokrácia][614], der in Analogie zum marxistisch-leninistischen „Finanzkapital" steht), sondern auch aus dem politischen und kulturellen Leben, ja überhaupt aus dem Lebensraum der Nation. Die Eliminierung der Juden impliziert gleichzeitig die Entmachtung der traditionellen Eliten, da sie, von den Ausbeutern als Werkzeug benutzt, aus der Not ihres Volkes Vorteile gezogen hätten. Das an der Spitze entstehende Vakuum müsse eine neue, hungaristische Elite einnehmen, die sich aus Bauern, Arbeitern und Teilen der Intelligenz rekrutiere[615].

Grundübel des Liberalismus ist nach Szálasi sein durch und durch materialistisches Wesen, das das „natürliche" Gleichgewicht der Welt, nämlich die Balance zwischen Moral, Geist und Materie, zugunsten des Profits ins Wanken brachte und folglich nur noch ausgezehrte moralische und geistige Inhalte zur Verbrämung seines Profitstrebens liefere[616]. Geld sei nicht bloßes Mittel, sondern Selbstzweck, Religion und erste Macht im Staat. Ohne Geld sei nichts, mit Geld alles erreichbar und käuflich. Daher produziere die liberale Wirtschaft auch nicht, sondern jage nur dem Profit nach. Aufgrund dieses Materialismus, der alle Lebensbereiche unterjocht habe, atomisierte der Liberalismus Volk und Nation in isolierte Staatsbürger, die Heimat werde zum bloßen Staat degradiert, dem die alleinige Aufgabe zukomme, die Ausbeutung gesetzlich zu untermauern und das System mit rechtlichen Sanktionen gegen Opponenten abzusichern. In der Unmoral des Liberalismus bestätige sich das ansonsten falsche Sprichwort, daß Privateigentum Diebstahl sei[617]. Das der liberalen Ausbeutungsordnung entsprechende politische System ist die Plutokratie: „Plutokratie ist jene Gesellschaftsform, in der das Geld den Staat regiert und nicht der Staat das Geld. Sie ist durch eine gesetzliche Ordnung und Gesinnung gekennzeichnet, die einer verschwinden[den], in der Regel dem Staatsvolke fremden, zum größten Teil jüdischen und jüdisch versippten Minorität die tatsächliche Lenkung des Wirtschaftslebens und der Staatsgewalt durch die getarnte Macht der Bankorganisationen gestattet. Die Entwicklung dieses Systems wurde in der ganzen Welt von der parlamentarischen Regierungsform begünstigt."[618]

Szálasis Beurteilung des Marxismus geht von folgendem Ansatz aus: Die Arbeiterschaft sei vom Marxismus enttäuscht, denn überall dort, wo das System des internationalen Großkapitals abgeschafft wurde, sei mit der kommunistischen Praxis der

[613] UC, S. 21.

[614] Ebenda, S. 33.

[615] Szálasi, Rede vor dem Großrat der „Intelligenz" (= RIR), zitiert aus: Szálasi Ferenc alapvetö munkája, 1959, S. 102.

[616] UC, S. 59; Rede vor dem Bauerngroßrat (= RBR), 22. 11. 1942, zitiert aus: Szálasi Ferenc alapvetö munkája, 1959, S. 87. Die Dreiheit von Moral, Geist und Materie findet sich fast formelhaft in Szálasis Schriften, sei es als Aufforderung, das verlorene Gleichgewicht wiederherzustellen und eine moralische, geistige und materielle Erneuerung Ungarns einzuleiten, sei es als die drei Grundfaktoren des ungarischen Nationalsozialismus: Christentum (Moral), Hungarismus (Geist), nationalsozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung (Materie).

[617] UC, S. 25, 31, 58.

[618] P. Vágó, 1941, S. 4.

Marxismus verschwunden. Dort hingegen, wo der Nationalsozialismus die alten Plutokratien zerstört habe, sei auch der Marxismus vergangen[619]; die Arbeiterschaft jedoch habe ihre moralischen, geistigen, materiellen Existenzbedingungen gesichert vorgefunden. Internationales Großkapital, Liberalismus und Marxismus ergänzten sich folglich in ihrer Zielsetzung, stützten sich gegenseitig und seien sich nicht wesensfremd. Hinter allen drei Erscheinungen stehe das zur Weltherrschaft greifende internationale Judentum[620]. Demnach müsse der Schlag auf drei Fronten gleichzeitig gegen Liberalismus, Marxismus und Judentum geführt werden. Der Eliminierung der Juden kommt folglich grundsätzliche Bedeutung zu, denn sie bedingt das Ende von Liberalismus und Marxismus.

Vor diesem Hintergrund sind Marxismus und Liberalismus nur Funktionen des jüdischen Großkapitals. Basiert das liberale System auf dem „Geldkapitalismus", so ist der Marxismus nach Szálasi nichts anderes als „Staatskapitalismus": „Im Liberalismus dient der Staat dem einzelnen, der einzelne dem Kapital; im Marxismus dient der einzelne dem Staat, der Staat dem Kapital."[621]

Dieser Teufelskreis könne erst im Hungarismus durchbrochen werden, denn sein Ziel sei weder der Individualismus, d.h. das auf dem Eigennutz des einzelnen aufbauende liberale System, noch der Kollektivismus, also der die Individualität des Menschen leugnende Marxismus, denn beide seien Formen des (jüdischen) Materialismus[622]. Es sei Kennzeichen des nationalsozialistischen Staates, daß „das Kapital dem Staat, der Staat der Nation dient und damit den moralischen, geistigen und materiellen Werten und Interessen der Volksgemeinschaft ausnahmslos zum Besten und zum Nutzen jedes Mitglieds"[623].

Der notwendig kommende, zu erkämpfende Idealstaat der Zukunft beruht nach Szálasi auf drei konstitutiven Grundlagen.

Moralische Basis sei das Christentum, die christliche Nation und ihre gesetzlich geregelte Verbindung zu den Amtskirchen.

Die materielle Ordnung regele die sogenannte „Sozialnationale" (sociálnacionálé), die durch Nationalkapitalismus und nationalsozialistische Arbeitsordnung eine klassenlose Volksgemeinschaft schaffen werde. Dieser von Szálasi erfundene Begriff steht in bewußtem Kontrast zur kommunistischen „Internationale" und sollte den sozialen und nationalen Charakter der klassenlosen hungaristischen Gesellschaft betonen.

Der Hungarismus schließlich bilde die geistige Grundlage für das Zusammenleben der Völker des Donau-Karpaten-Beckens im nationalsozialistischen Staat. Verteidigt gegen „imperialistische Bestrebungen" wird diese moralische, geistige und materielle Einheit durch die „Bewaffnete Nation" (Fegyveres Nemzet)[624].

[619] Der Leser weiß, warum und auf welche Weise.

[620] UC, S. 40f. Unter diesem Aspekt kann man neben einer orthodox-marxistischen auch eine nationalsozialistisch-faschistische Agententheorie unterscheiden. Nach der einen bedient sich die Großbourgeoisie der faschistischen Kampftruppen zur Erhaltung des Kapitalismus, nach der anderen benützt das internationale Judentum die Kommunisten als Kampftruppe zur Versklavung der Völker und zur Internationalisierung der Wirtschaft im Interesse der jüdischen Weltherrschaft.

[621] Ebenda, S. 27.

[622] Vgl. hierzu Vágó/Toll, S. 32.

[623] UC, S. 27.

[624] Ebenda, S. 57.

Das Christentum als moralische Grundlage

Die politische Führungsschicht Horthy-Ungarns begriff sich als christlich-national, um dadurch ihren entschiedenen weltanschaulichen Gegensatz zu der als jüdisch-atheistisch und internationalistisch kritisierten Revolution von 1918/19 zu betonen. Für die Pfeilkreuzler um Szálasi[625] ist bezeichnend, daß sie im Gegensatz zum deutschen Nationalsozialismus Christentum und christliche Kirchen keineswegs ablehnten (Szálasi selbst war praktizierender Katholik), sondern im Gegenteil versuchten, die Unterstützung der Kirchen für ihre Politik zu gewinnen und die Grundsätze der christlichen Religion auch in ihre Ideologie einzubauen: „Wir werden nicht mit dem Neuheidentum das Heidentum des liberalen Systems austreiben, sondern mit dem in tiefer Gottgläubigkeit wurzelnden ungarischen Nationalsozialismus."[626]

Die Kirchenpolitik des Dritten Reichs wirkte bis nach Ungarn und drängte die Hungaristen in die Defensive: Erdmanssdorff gab in einem Bericht vom 11. Juli 1938 einen Artikel Hubays in der „Magyarság" wieder, in dem dieser die Geistlichkeit davor warnte, die Pfeilkreuzler nur deshalb als Heiden zu bezeichnen, „weil sich in einem fremden Staat bedauerliche Zwischenfälle zwischen der nationalsozialistischen Weltanschauung und den christlichen Kirchen ereigneten". Man müsse diese Gegensätze, die in Deutschland aufgetaucht seien, „auf das tiefste bedauern"[627]. Die Kirchen müßten erkennen, so Szálasi in „Út és cél", daß der atheistische Kommunismus das Kampfmittel der jüdisch-materialistischen Weltordnung sei, während hingegen das Christentum nur den Hungarismus als Waffe wählen könne und müsse, denn er allein garantiere sowohl Liebe zum Vaterland als auch Liebe zu Gott, die sich wechselseitig bedingten. Der hungaristische Staat werde die stärkste Stütze der Kirchen sein[628]. Infolgedessen müsse im hungaristischen Staat jeder Bürger einer christlichen Konfession angehören; Atheismus, aber auch nichtchristliche Religionen würden nicht toleriert: „Der Hungarismus ist gott- und christusgläubig; er duldet nicht die Leugnung Gottes, die Verhöhnung Christi, die Leugnung der Religion."[629]

Auf keinen Fall würde der hungaristische Staat eine „politisierende Kirche" dulden, da dies seine Totalität unzulässig einschränke. Das Totalitätsstreben der Kirchen auf religiösem Gebiet entspreche ihrem durch Christus verkündeten Auftrag; ihr weltliches Totalitätsstreben, das sich in ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus äußere, beruhe hingegen auf einer Fehlinterpretation der Worte Jesu: „Wir geben Gott,

[625] Es gab auch einen explizit antichristlichen Flügel der Partei, z.B. die Leute um Málnási. Diese vertraten eine dem deutschen NS nahekommende völkische Ideologie und wandten sich daher bald den Ungarischen Nationalsozialisten um Baky zu oder wurden aus der NYKP ausgeschlossen.

[626] UC, S. 15.

[627] PA, AA. Politik IV: Ungarn – Nationalsozialismus.

[628] UC, S. 13f.

[629] Ebenda, S. 8, 12; CK, S. 10. Szálasi erteilte hiermit auch den archaisierenden Anhängern der Wiedereinführung der altungarischen turanischen Religion eine eindeutige Absage, die politisch ebenfalls der extremen Rechten zuzuordnen sind; sie bekannten sich zu den nichteuropäischen, asiatisch-turanischen Ursprüngen des Ungarntums; vgl. dazu UC, S. 16. Kurz nach seiner Machtergreifung brachte Szálasi seine Ablehnung der Turanier gegenüber Kultusminister Rajniss drastisch zum Ausdruck: „Die Bewegung des Weißen Pferdes hat vor 2–3000 Jahren ihre Pflicht getan, aber heute dulden wir sie nur noch in Form von Würstchen." Vgl. NL Henney: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi-Rajniss, 23.10.1944, S. 1.

was Gottes ist, und geben unserer Nation, was der Nation ist. [...] Die Kirchen dürfen nicht Staat im Staate sein."[630]

Diese Forderungen Szálasis bedeuten die Beschränkung der Kirchen auf ihre rein seelsorgerische Tätigkeit; hier sollten sie ungehindert aktiv sein. Von jeder auch nur entfernt politischen Tätigkeit hätten sie sich zu enthalten; alle christlichen politischen Vereinigungen seien unverzüglich einzustellen. Der Abschluß eines neuen Konkordats mit der katholischen Kirche solle dies staatsrechtlich manifestieren[631]. Tatsächlich wurden mehrere Konkordatsentwürfe erarbeitet, die Szálasis ideologische Vorgaben in konkrete Vertragstexte umsetzten. So betrachtete es Ferenc Tar 1942 als Ziel seines Entwurfs, dem schädlichen Einfluß des Vatikans in Ungarn ein Ende zu setzen und eine unter Direktive des NS-Staats stehende Nationalkirche zu errichten. Dem dienten Bestimmungen wie die Abschaffung der päpstlichen Nuntiatur, die Verstaatlichung aller kirchlichen Schulen, die Kontrolle des kirchlichen Grundbesitzes und seine Verwendung zur Bezahlung der Geistlichen sowie die staatliche Einziehung und Zuteilung der Kirchensteuer. Über einen entsprechenden Berufsstand erfolgte abschließend die Integration der Kirchen in die Nation, was nicht nur ihre Kontrolle, sondern auch ihre Gleichschaltung implizierte: Der Konkordatsentwurf bestimmte mit der Errichtung des Berufsstands der Kirchen das Ende aller „politisch gefärbten kirchlichen Vereinigungen"[632].

Wirtschaft und Gesellschaft: die „Sozialnationale"

Szálasi ging davon aus, daß die alte vertikale, durch das Gegeneinander von Kapital und Arbeit geprägte Gesellschaft durch ihre Klassenkämpfe die Nation aufreibe. Es sei daher eine horizontal gegliederte, korporative Gesellschaftsordnung zu schaffen[633], in der die Klassenschranken durch die Volksgemeinschaft aufgehoben würden. Die über wirtschaftliche Selbstverwaltung verfügenden Stände seien „organisch" in die Staatsmacht zu integrieren[634]. Vorangetrieben und erreicht wird dieses Ziel mit Hilfe der „Sozialnationale": „Der ungarische Nationalsozialismus gibt den Werktätigen in der Sozialnationale eine neue Ideologie. Sie umfaßt den sozialistischen Nationalismus und setzt jenen Lügen ein Ende, daß Nationalismus und Sozialismus Feuer und Wasser, also nicht zu vereinen sind."[635]

Immer wieder betont Szálasi, daß der Sozialismus, der bis jetzt Privileg der Industriearbeiterklasse gewesen sei, aus den engen Grenzen des „Klassensozialismus" herausgeführt und als „Nationalsozialismus" auf alle Schichten der Nation ausgedehnt

[630] UC, S. 13, 19.
[631] CK, S. 10.
[632] IfZ, MA 1541/2, B. 92ff.: Ferenc Tar, Unsere kirchenpolitischen Aufgaben, 26.4.1942. Weitere Punkte bestimmten die Entfernung „staatsfeindlicher" und jüdischer Priester, die Betonung des Neuen Testaments unter Auslassung jüdischer Elemente sowie die Erlaubnis gemischtkonfessioneller Ehen zum Zwecke der Bevölkerungsvermehrung.
[633] Vgl. hierzu auch Málnási, 1959, S. 290.
[634] UC, S. 25; CK, S. 9. Dies ist ein heikler Punkt der Theorie, da die dem Ständestaatsgedanken implizite Autonomie der Stände mit den Totalitätsansprüchen von Führer, Partei, Staat kollidieren.
[635] UC, S. 42.

werden müsse[636]. Der Sozialismus sei eine moralische, geistige und materielle „Ideenordnung" (!), die nur innerhalb einer Nation erfüllt werden könne[637]. Nationalismus und Sozialismus gehörten untrennbar zusammen, denn das eine ohne das andere führe unweigerlich zum Chauvinismus bzw. zum Materialismus, was beides in einen für die Völker katastrophalen Imperialismus münde[638]. Gerade Nationalismus und Chauvinismus dürften nicht miteinander verwechselt werden, wie es in der politischen Praxis so oft geschehe. Aus der hungaristischen Definition folgt, „daß der Nationalismus sich primär auf die eigene Nation richtet, sich auf sie bezieht und beschränkt, sich gleichsam nach *innen* wendet, sich selbst zuwendet. Sein Ziel ist eine je umfassendere und intensivere Erschließung der eigenen Kraftquellen. Der Chauvinismus ist demgegenüber nach *außen* gerichtet, er ist aggressiv und angriffslustig, er will die eigene Nation auf Kosten und durch Benachteiligung der anderen stärken. Während die Konsequenz des ‚nach innen gewandten' Nationalismus der Sozialismus ist, geht der ‚nach außen gewandte' Chauvinismus mit dem Imperialismus Hand in Hand."[639]

Noch 1938 meinte Szálasi, daß zwar alle existierenden nationalsozialistischen Staaten (also auch Deutschland!) einen aktiven Nationalismus, jedoch keinen sozialistischen Nationalismus realisiert hätten, aus dem sich dann der nationalistische Sozialismus entwickeln könne. Sozialistisches Bewußtsein und sozialistische Ordnung im Nationalismus könne nur die Sozialnationale erzeugen, die damit für einen „nationalsozialistischen" Staat konstitutiv wird[640]: „Die materielle Ordnung des Hungarismus besteht aus der Nationalwirtschaft und der Arbeitsordnung. Ihre ideologische Grundlage: die Sozialnationale."[641] Hervorzuheben ist zunächst das hohe, jedoch ganz abstrakte Verständnis von Arbeit, wie es in den Begriffen „Arbeitsordnung" und „Arbeitsstaat" zum Ausdruck gelangt. Das von Gott kommende Leben sei heilig, könne aber nur mit Arbeit erhalten und geschützt werden: „Wenn unser Recht auf Leben heilig und natürlich ist, dann haben wir auch ein Recht auf die unser Leben sichernde Arbeit."[642]

Aus dieser Annahme leitet sich die Folgerung ab, daß erstens die Arbeit zur Grundlage des nationalsozialistischen Staates wird, daß sie zweitens eine gesellschaftliche Pflicht bedeutet[643], daß drittens jedoch der einzelne auch ein Recht auf Arbeit hat: So wie der Staat das Leben seiner Bürger verteidigen und schützen müsse, sei er verpflichtet, Arbeitsplätze zu garantieren, denn jede verlorene Arbeitsstunde gefährde die Zukunft der Nation; Arbeitslosigkeit jedoch bedeute ihren Tod[644]. Im Gegensatz etwa zum liberalen Kapitalismus, in dem Arbeit zur „Ware" erniedrigt werde, stelle sie im Hungarismus einen Wert, nämlich den größten Schatz der Nationsgemeinschaft,

[636] Ebenda.
[637] Aus einer programmatischen Rede Szálasis nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus 1940, in: NYKP, Mozgalmi közlemények 1940, S. 2.
[638] RAR, S. 63, 67.
[639] Ö.A., 1957, S. 4f.
[640] UC, S. 29, 40; vgl. hierzu auch RIR, S. 103, wo Szálasi vor den „Pseudohungaristen" warnt.
[641] UC, S. 9.
[642] Nyilaskeresztes irányelvek, 1940, S. 1.
[643] NYKP, A munka és munkarendszer, 1940, S. 5; vgl. auch PI, A. 685–1/2: NYKP, Orsz ágos szakmaszervezési osztály, 1. Rundbrief, 15.5.1940, S. 1: „In seiner [= des NS] Staatsordnung wird ausschließlich die Arbeit wertgeschätzt."
[644] Nyilaskeresztes irányelvek, 1940, S. 1.

dar[645]. Diese Auffassung hat weitreichende Konsequenzen, fordert sie doch Interventionen des Staates (als der politischen Organisation der Nation) in das Wirtschaftssystem.

Zum selben Resultat des notwendigen staatlichen Eingriffs in die Wirtschafts- und Sozialsphäre gelangen die hungaristischen Theoretiker auch über einen zweiten Argumentationsstrang: Zu den wichtigsten Aufgaben des Nationalsozialismus gehöre „der gerechte Ausgleich der Vermögensungleichheiten [...] und die Brechung der auf Mißbrauch beruhenden, sogenannten ‚sehr geschickten', aber unmoralischen Bereicherung"[646]. Die Ausbeutung der arbeitenden Klassen werde nicht durch die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln beendet; die „Nationalwirtschaft" des NS-Staates beruhe weiterhin auf dem Privateigentum, denn es sei zu betonen, „daß zwischen schaffendem Kapital und Arbeit niemals ein natürlicher Interessengegensatz bestanden hat"[647].

Mietwucher gebe es nur bei Wohnungsmangel, Hungerlöhne seien nur bei zu wenig Arbeitsgelegenheiten durchsetzbar; durch Wohnungsbau und das Schaffen von Arbeitsplätzen könne man diese Probleme beseitigen, denn die großen Ungleichheiten der Vermögensverteilung, von Wissen und Bildung, rührten nicht vom Privateigentum, sondern von der Zinswirtschaft als „Bereicherung aus dem Verdienst anderer ohne eigene Arbeit" her[648]. Folglich anerkenne, garantiere und verteidige die Sozialnationale das Privateigentum. Trotzdem sei der NS-Staat „sozialistisch", denn der am Wirtschaftsablauf teilnehmende Staatsbürger sei der nationalen Volksgemeinschaft verpflichtet[649]. Der Staat habe das Recht und die Pflicht, auf das mit gemeinsamer Kraft geschaffene Kapital zum gemeinsamen Nutzen Einfluß auszuüben[650]. Daraus ergibt sich für die hungaristische Zukunft: „In der ungarisch-sozialistischen Wirtschaftsordnung kann trotz aller Garantie der Unverletzlichkeit des Privateigentums die Wirtschaftsweise nicht Privatsache bleiben."[651]

Um jedoch den Grundsatz der Anerkennung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Forderung nach Sozialismus und staatlicher Planwirtschaft miteinander vereinen zu können, wird die Nation, ganz in Entsprechung zur Lehre der Heiligen Krone, zum theoretischen Kapitaleigner erklärt. Sie stelle das Kapital dem einzelnen als Mittel (nicht als Selbstzweck wie im Liberalismus) zur Verfügung, damit er es zum allgemeinen Nutzen verwende, denn Wirtschaft und Arbeit seien Mittel zur Produktion lebensnotwendiger Güter, um die Nation moralisch, geistig und materiell zu stärken. Aus dieser Argumentation folgt, daß die Produktionsmittel zwar praktisch in Privatbesitz sind, der Staat jedoch durch das theoretische „Obereigentum" der Nation die Verfügungsgewalt des einzelnen zugunsten der Allgemeinheit einschränkt. Daher nennt Szálasi als dritten Produktionsfaktor neben Kapital und Arbeit die Planung[652].

[645] NYKP, A munka és munkarendszer, 1940, S. 7 f. Aus diesem Grund steht auch die Arbeit (nicht etwa das Individuum!) unter dem Schutz des Staates; vgl. PI, A. 685–1/2: NYKP, Országos szakmaszervezési osztály, 1. Rundbrief, 15.5.1940, S. 1.
[646] UC, S. 20.
[647] Vágó, 1940, S. 16.
[648] Ebenda, S. 16, 37.
[649] UC, S. 25.
[650] Szálasi, A magyar állam felépítésének terve [= MAFT], 1933, S. 11 f.
[651] Vágó, 1939, S. 69; ähnlich: Nyilaskeresztes irányelvek, 1940, S. 3.
[652] UC, S. 21, 25 ff.

Der von E. P. Thompson in die wissenschaftliche Diskussion eingebrachte Begriff der „moral economy" ist auch auf die hungaristischen Wirtschaftsüberlegungen zu beziehen. Thompson stellt für England Ende des 18. Jahrhunderts Aufstände gegen „ungerechte" Kornpreise, „ungerechte" Löhne usw. fest, die die „old paternalist moral economy" gegen die Gesetze des freien Marktes wiedereinsetzen sollten[653]. Der auf einer gegenseitigen Beziehung (Arbeit gegen Unterhalt und Schutz) beruhenden patriarchalischen Agrargesellschaft folgte die entpersonalisierte Ausbeutung des Industriekapitalismus, in dem die Höhe von Löhnen und Preisen von den anonymen Marktgesetzen, nicht aber von den Normen der Moral oder der Tradition bestimmt wurde[654]. Die von den Hungaristen vorgebrachten wirtschaftlichen und sozialen Forderungen sind Ausdruck derselben „moral economy". Ähnliche Überlegungen wurden, wenngleich nicht so radikal, auch von anderen rechtsgerichteten und „christlich-nationalen" Theoretikern in Ungarn angestellt. In der hungaristischen Ideologie finden sich Belege für die Richtigkeit der Hypothese. Die Vermögensunterschiede im liberalen Kapitalismus wurden explizit als „unmoralisch" bezeichnet, die Ausnützung der Marktgesetze als „Mißbrauch"[655]; man erhob die Forderung nach einem „sauberen" ungarischen Handel ohne Spekulation und Wucher[656]. Die Festsetzung der Löhne im hungaristischen Zukunftsstaat bemesse sich an dem ein menschenwürdiges Leben garantierenden Gegenwert für eine Arbeitsleistung; das Lohnsystem müsse zwar flexibel sein (Familien- und Leistungszulagen), dürfe aber nicht wie im „klassischen" Wirtschaftssystem von wirtschaftlichen Schwankungen abhängen. Der Werktätige bekomme seinen Lohn, „aber den wahren angemessenen Arbeitslohn, den nicht der Arbeitgeber nach seinem Eigeninteresse festlegt"[657].

Ganz deutlich wird dieser „moralisch" argumentierende Antikapitalismus bei den Ausführungen über die liberale „Zinsknechtschaft" (kamat rabszolgaság). Kapitalertrag, Zins und Wucher, so der sich vornehmlich mit Wirtschaftsfragen befassende Hungarist Pál Vágó unter Berufung auf den christlich-sozialen Bischof Prohászka, seien nach katholischer Ansicht „unmoralische" Erscheinungen der modernen Volkswirtschaft. Der unsoziale Charakter der heutigen Gesellschaft stamme nicht vom Privateigentum, sondern „von der Verzinsung angehäufter Gelder". Suspekt ist also in dieser Sicht die „Produktivität des Geldes", die den Menschen versklavt und anonymen Mächten und Wirkkräften unterwirft[658]. Die Identifikation des Judentums als Drahtzieher ist folglich ein Versuch, die kapitalistischen Marktgesetze „greifbar" (und „aufhebbar"!) zu machen, indem eine abgrenzbare Personengruppe als verborgener Akteur ausgemacht wird. Das Geld- und Kreditwesen war daher immer einer der Hauptangriffspunkte der Pfeilkreuzler-Agitation. Sie endete mit dem Ruf nach Einführung einer „produktiven Kreditschöpfung", in der von der Golddeckung der einheimischen Währung abgegangen werden müsse, um so die Herrschaft des Geldes

[653] Thompson, 1963, S. 65 ff.
[654] Ebenda, S. 203. „There is no whisper of the ‚just' prise, or of a wage justified in relation to social or moral sanctions, as opposed to the operation of free market forces. Antagonism is accepted of intrinsic to the relations of production."
[655] UC, S. 20.
[656] Nyilaskeresztes iranyelvek, 1940, S. 3.
[657] NYKP, A munka és munkarendszer, 1940, S. 8.
[658] Vágó, 1940, S. 37.

und des Zinses zu brechen; die Deckung der Währung erfolge durch die dem hungaristischen Staat zugrunde liegende produktive Arbeit des Landes[659]. Das Geld werde somit vom Herrscher zum Diener der Nation[660].

An diese „moralische" Kapitalismusverurteilung schließt die Liberalismuskritik an, die den Materialismus, das Profitstreben, die Atomisierung von Volk und Nation zu isolierten Staatsbürgern beklagt[661]. Dahinter steht zweifellos die Erkenntnis der Auflösung traditionaler Gemeinschaftsformen. Alle liberalen Plutokratien, so Szálasi, brächten 99% der Bevölkerung Not und „Ungerechtigkeit"; da es jedoch das „natürliche" Ziel eines jeden Volkes sei, „Gerechtigkeit" und sein moralisches, geistiges, materielles „Glück" durchzusetzen, sei es „unabänderliches" Gesetz, daß die vom Liberalismus enttäuschten Völker neues Glück und neue Gerechtigkeit forderten und blutig erkämpften[662].

Andererseits greift es zu kurz, die Pfeilkreuzler nur als späte Verfechter der „moral economy" und entsprechender Forderungen nach Glück und Gerechtigkeit zu interpretieren. Es handelte sich bei der hungaristischen Ideologie um eine eigentümliche Kombination von „moral economy" und zeitgenössischen Modernisierungskonzepten. Zu deutlich erkannten die hungaristischen Ideologen die Repressivität der starken ständisch-feudalen Relikte. So wurde nicht einfach die Rückkehr in die Geborgenheit alter, bäuerlich-familialer Gemeinschaftsformen gepredigt. Zwar erhält die Familie eine immense Bedeutung als Kernzelle des totalen hungaristischen Staates, doch wird daneben – letztlich auf Kosten der Familie! – der Aufbau einer Massenpartei modernen Typs und anderer Massenorganisationen als neuer Formen von Gemeinschaft propagiert und in Ansätzen realisiert.

Ebensowenig vorindustriellen Ursprungs ist der Ruf nach einer staatlichen Wirtschaftslenkung. Mögen die ökonomischen Vorstellungen der Pfeilkreuzler auch noch so verschwommen und widersprüchlich gewesen sein, die konkret genannten Ziele der hungaristischen Planwirtschaft – Industrialisierung, Rationalisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft, Elektrifizierung, Straßenbau, Aufbau landwirtschaftlicher Fachschulen und einer volkswirtschaftlichen Universität, Entschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe, Ausbau des Genossenschaftswesens, Einführung von Preisbindungen, die Festsetzung der Löhne durch einen „Landeswirtschaftsrat" über „Arbeiterkammern" und „Arbeitsämter", Verstaatlichung von Versicherungen, Kartellen, Energieunternehmen und der gesamten Kriegsindustrie[663] – sind eindeutig „modern".

Besonders interessant ist die Verbindung von rückwärtsgewandten, romantisierenden Vorstellungen mit modernen Elementen bei der Rolle von Bauerntum und Landwirtschaft in der hungaristischen Programmatik: „Der Bauer ist die Stütze der Nation."[664] Wie alle faschistischen Theoretiker schreibt auch Szálasi dem Bauernstand größte ideologische Bedeutung zu: Er ist durch seine nahe Beziehung zur Erde quasi

[659] Ders., 1939, S. 74 f., 69; Nyilaskeresztes irányelvek, 1940, S. 2.
[660] UC, S. 32.
[661] Ebenda, S. 31, 58 f.; RBR, S. 87.
[662] RIR, S. 91; vgl. auch Málnásis Schlußrede vor dem Budapester Strafgericht, 15.11.1937, in: Málnási, 1959, S. 289.
[663] MAFT, S. 19 f.; Nyilaskeresztes irányelvek, 1940, S. 3; NYKP, A munka és munkarendszer, 1940, S. 8.
[664] UC, S. 10 f., 35; RAR, S. 67; RIR, S. 97.

das Urelement der Nation: „Die Reichsgrenze ist immer dort, wo der Pflug des Bauern pflügt, [...] weil das Bajonett am Pflug zerbricht."[665] Obwohl Bauern große Helden der ungarischen Geschichte gestellt hätten und die für die Existenz der Nation lebenswichtigen Kulturformen wie Volkskunst, Volksmusik usw. trügen, seien sie stets von der herrschenden Schicht betrogen und ausgebeutet worden[666]. Damit jedoch befinde sich die gesamte Nation unmittelbar in Gefahr: „Wenn aus der Intelligenz, der Arbeiterschaft, den Soldaten Proletarier wurden, so konnte dies nur deshalb geschehen, weil sich vor ihnen der Bauer zum Agrarproletarier wandelte; so lösten sie sich von der Bauernschaft, wurden zu Wurzellosen; die Bauernschaft hingegen war daraufhin ohne Stamm und Laub."[667]

Materielles Ziel des hungaristischen „Nationalkapitalismus" sei „der Aufbau des über Industrie verfügenden, auf hohem Niveau stehenden, ungarischen nationalsozialistischen Bauernstaates", in dem Arbeiterschaft und Bauerntum untrennbar miteinander verbunden seien[668]. Der hungaristische Bauernstaat ist dabei vom bloßen Agrarstaat zu unterscheiden. Der Agrarstaat, so Szálasi zu Hans Freyer vom Deutschen Wissenschaftlichen Institut in Budapest, bedeute ein System von landwirtschaftlichem Großgrundbesitz, das von besitzlosen Agrarproletariern unterhalten werde; die Landwirtschaft sei voll maschinisiert, um die Profite zu steigern. Im Bauernstaat hingegen sei der Bauer verantwortlicher Eigentümer des Bodens[669]. Das besage nun nicht, daß die Industrialisierung Ungarns rückgängig gemacht werden solle, sondern ziele auf eine Umstrukturierung der Wirtschaft auf Kosten der überentwickelten Schwer- und anderer Industrien[670]: „[Wir] räumen mit dem minderwertigen Industriestaat auf, der über den Bauern und den Proletarier verfügt. Nicht, daß irgend jemand meint, der Hungarismus sei industriefeindlich, also gegen die Industrialisierung. Dies wäre ein Irrtum und eine tendenziöse Verdrehung. Wir sind uns sehr darüber im klaren, daß die Industrie notwendig ist, aber nicht als Ziel, sondern als Mittel. Wir werden also die Industrie auf den Platz stellen, wo sie der Nation dienlich ist. Nicht die Maschine wird über die Nation herrschen, [...] sondern die Nation über die Maschine."[671]

Um das niedrige Niveau der Landwirtschaft zu heben und eine intensive Bebauung zu ermöglichen, sei eine hochentwickelte landwirtschaftliche Industrie vonnöten. Maschinen und andere technische Mittel stellten die ersten Stützen des Bauern dar, um seine nationalen Pflichten zu erfüllen. Grundlage sei eine gut organisierte, mechanisierte Kleinindustrie, die sich nicht zu Großunternehmen auswachsen dürfe; industrielle Ballungszentren müßten vermieden, die einzelnen Betriebe dezentralisiert über das Land verteilt werden. Produktion und Preise der Agrarindustrie, den Verkauf der Ernte zu sicheren Preisen und die Gewährung der notwendigen Kreditmittel zu günstigen Bedingungen kontrolliere der hungaristische Staat[672].

[665] RBR, S. 78. Erde wird in der europäischen Literatur der Zwischenkriegszeit mit „Weiblichkeit, Mütterlichkeit, Geburt, Urkraft" usw. korreliert.
[666] UC, S. 35 f.
[667] RBR, S. 74.
[668] UC, S. 9, 12, 36; RBR, S. 74.
[669] Szálasi-TB, 1941, S. 10; ähnlich RBR, S. 75.
[670] MAFT, S. 18.
[671] RBR, S. 74.
[672] Ebenda, S. 85 ff.

„Der Arbeiter ist der Erbauer der Nation."[673] Aufgrund der ihm bekannten politischen Apathie der ungarischen Bauern setzte Szálasi alles auf die Gewinnung der Arbeiterschaft für seine Idee; sie nahm folglich auch in seiner hungaristischen Theorie einen entscheidenden Platz ein. Demnach seien die Bauern für den ungarischen Nationalsozialismus kein aktives, handelndes Element, da sie nur sehr langsam neue Lebensformen und Ordnungen annähmen. Ihre Welt des „egozentrischen Sozialismus" gehe nicht über sein einziges Ziel, die Sozialisierung des Bodens, hinaus. Anders die Arbeiter: Schon einmal seien sie sich einer Ideologie bewußt geworden, um heldenhaft für ihren Sieg zu kämpfen und ein neues System zu gründen. Sie rissen sich selbstsicher von alten Ideologien los und gingen aktiv zu neuen Lebensweisen und Einstellungen über. Daraus folge, daß jede Ideologie nur dann siegen könne, wenn sie die Arbeiterschaft für sich gewonnen habe. Sie sei das kämpferische, die Bauern das verteidigende Element der Nation[674].

Szálasi unterscheidet den Arbeiter vom für den Marxismus anfälligen Proletarier, der gar kein echter Sozialist, sondern ein gehorsames, verantwortungsloses Werkzeug im Dienst der „jüdischen, plutokratischen Galgenordnung" sei. Als ein in völliger moralischer, geistiger und materieller Gleichgültigkeit und Leere lebender Lohnsklave reibe er sich in Lohnkämpfen und Streiks auf, erreiche aber nichts[675]. Der bürgerlichen Gesellschaft wirft Szálasi vor, daß sie die Arbeiterschaft 1918/19, als sie sich vom Internationalismus abwenden wollte[676], als „stinkige Proleten" verhöhnte und somit zu einer Ideologie zurückzwang, die sie schon längst überwunden hatte; der Aufbau Ungarns nach dem Krieg ging ohne, sogar gegen sie vonstatten. Erst im hungaristischen Staat, der die von den traditionellen Parteien und Vereinigungen noch vertiefte Klassenstruktur der Gesellschaft aufbreche, werde sie organisch in die Nation integriert und anerkannt. Der Nationalsozialismus sei die Chance für die Arbeiter, aktive Sozialisten und aktive Patrioten zugleich zu werden[677].

„Die Intelligenz ist der Führer und Richtungsweiser der Nation."[678] Ebenso, wie zwischen Proletarier und Arbeiter, Agrarproletarier und Bauer zu unterscheiden ist, setzt Szálasi die hungaristische Intelligenz nicht mit der traditionellen Mittelklasse gleich. Das Bürgertum sei zwischen den international organisierten Plutokraten und Proletariern bis auf einen kleinen Rest, die Mittelklasse, aufgerieben worden. Erfaßt von einer Ideologie der Angst, schließe sich die Mittelklasse entweder der bourgeoisen Ordnung an oder verfalle in Anarchismus und Nihilismus, zu rückgratlosen, moralisch dekadenten und opportunistischen Mitläufern[679]. Szálasi unterscheidet in der akademischen Mittelklasse drei nach ihrem Bewußtsein abgrenzbare Gruppen. Die oberste Schicht, von jüdischem Geist und Blut infiziert, sei als „die wirklichen geistigen und moralischen Schmarotzer unserer Heimat" für die hungaristische Bewegung verloren.

[673] UC, S. 10f., 38; RAR, S. 67f.; RIR, S. 97.
[674] UC, S. 39. Es ist bezeichnend, daß sich für Szálasi die Arbeiter nicht ihrer sozioökonomischen Lage bewußt werden, um dann ein Klassenbewußtsein aufzubauen, sondern von Anfang an für eine Ideologie kämpfen.
[675] Ebenda, S. 40; RAR, S. 68.
[676] Auf welche Vorgänge Szálasi damit anspielt, bleibt unklar.
[677] UC, S. 41f.
[678] Ebenda, S. 10f., 43; RAR, S. 67f.; RIR, S. 97.
[679] Ebenda, S. 97f.; UC, S. 44.

Die zweite Gruppe der Verwaltungsbeamten und höheren Angestellten habe unter dem Druck von oben ihre Überzeugungen aufgegeben und diene verängstigt dem, der sie seine Macht spüren lasse. Entfremdet von Bauern- und Arbeiterschaft, habe sie ihre Wurzeln in der Nation verloren, sei sich aber dessen bewußt. Diese Gruppe müsse durch die Aufklärungsarbeit der Pfeilkreuzler angesprochen, befreit und in die Volksgemeinschaft eingegliedert werden. Als dritte seien die zu nennen, „die in sich den Geruch der teuren ungarischen Erde bewahrt haben, die mit bäuerlichen Wurzeln die ungarischen Tugenden, Gebräuche, Erinnerungen festhalten". Als Retter der Nation stellten sie die künftige hungaristische Führungsschicht und Leistungselite, sobald sie mit der Arbeiterbewegung der Pfeilkreuzler engsten Kontakt aufgenommen hätten[680].

Das Hungaristische Reich und die Europagemeinschaft

Im Jahr 1942 ordnete Szálasi die obligatorische „anthropologische Untersuchung" jedes Parteifunktionärs an und initiierte innerhalb der Partei die „wissenschaftliche, rassenbiologische Forschungsarbeit"[681]. Rassenanthropologe der Partei wurde Zsolt Hargitai, der von sich behauptete, auch den kleinsten jüdischen Einschlag nachweisen zu können, und der bei Szálasi nur die hervorragendsten rassischen Elemente der ungarischen Führungselite festzustellen glaubte. Vorläufig aufgenommene Parteimitglieder mußten, um einen ständigen Ausweis zu erlangen, von Hargitai ihre Abstammung mit Dokumenten überprüfen lassen[682]. Wie Graf Miklós Serényi, der „Entjudungsleiter" der Partei (zsidótlanitás vezetöje)[683] oder S. Ujvárosi[684] verfaßte er „Studien" für das NYKP-Archiv, die Antisemitismus und Rassismus eine naturwissenschaftliche Grundlage verschaffen sollten. In dieser Absicht erstellte Hargitai Tabellen über die psychischen Eigenschaften der einzelnen Rassen oder „über die Vermischung der Menschenrassen", in denen er die körperlich und psychisch vorteilhaften, „tolerablen" oder nachteiligen Verbindungen aufführte[685].

Problematisch wurden derartige Versuche bereits ideologieintern bei ihrer Übertragung auf das Völkergemisch Südosteuropas und auf die Ungarn selbst, deren nach deutscher Herrenvolktheorie höchst zweifelhafte rassische Herkunft die konsequente Anwendung des Rassebegriffs gewissen „Anstrengungen" unterwarf. Für die Ungarn wurde eine rassische Zusammensetzung aus ugrisch-ostbaltischen und mongolisch-kaukasisch-hunnischen Stämmen festgestellt. Doch während beispielsweise Málnási diese Mischung im Fahrwasser der deutschen Rassentheorie für minderwertig, weil disharmonisch erachtete, warf ihm sein Gegner Hargitai „Mangel an Fachwissen" vor:

[680] Ebenda, S. 44 ff.
[681] Szálasi-TB, 1942, S. 44 f.
[682] IfZ, MA 1541/13, B. 58 ff.: Abschrift eines „Interview mit dem Rassenanthropologen der Pfeilkreuzlerbewegung", o. J.
[683] Vgl. z. B. ebenda, 1541/10, B. 554 ff.: Miklós Serényi, Geschichte des Judentums (Parteiarchiv 3.5.1942).
[684] Ebenda, B. 1101 ff.: S. Ujvárosi, Rassengeschichte des ungarischen Volkes, o. J.; Die psychischen Eigenschaften des ungarischen Volkes, o. J.
[685] Ebenda, B. 636 ff.: Zsolt Hargitai, Gutachen und Studie (Parteiarchiv 13.7.1942).

Beide Herkunftsstränge gehörten einer angeblich „gondvanischen Urrasse" an und harmonierten daher sogar sehr positiv[686].

Aufgrund der besonderen Bedingungen im Karpatenbecken benutzten die Hungaristen um Szálasi[687] den Rassebegriff im allgemeinen polar, d.h. sie unterschieden mit seiner Hilfe Juden und Nichtjuden; sie stellten keine Hierarchie rassisch höher- und minderwertiger nichtjüdischer Völker auf. Von den anderen Völkern wird ohne weitere Ausführungen festgestellt, daß sie in Abgrenzung zum Judentum eben eine andere Rasse seien, deren „Sauberkeit" man sichern wolle.[688] Die Vermischung der Volksgruppen im Donaubecken wird sogar als „blutveredelnd" anerkannt, eine Unmöglichkeit für den deutschen Nationalsozialismus[689].

Nach der hungaristischen Theorie organisiert sich ein Volk nach der Wanderschaft aus verwandten Familien und Sippen; es regelt seine Verhältnisse intern und zu den Nachbarvölkern, um sein Überleben zu sichern. Es wird dann zur Nation, wenn aus dieser Notwendigkeit eine Lebens- und Schicksalsgemeinschaft mehrerer Völker geworden ist. Bedingung für die Nationsbildung, aber auch Kriterium zur Unterscheidung der Rassen ist, daß das betreffende Volk bodenständig („talajgyökeres") und fähig ist, eine nationale Heimat zu gründen („honképes"), was die Existenz eines Bauerntums voraussetzt[690]. Juden und Zigeuner erfüllen diese Voraussetzungen nicht und gehören folglich nicht zur Völkerfamilie des Karpatenbeckens. Gerade deswegen sind sie nach Szálasi für die Volksgemeinschaft, die Nation, gefährlich, denn es sei das natürliche Ziel jedes Volkes, eine Nation zu bilden; die Juden hingegen könnten und wollten dies gar nicht und seien daher eine destruktive, fremdrassige Volksgruppe ohne Nation und ohne jedes patriotische Gefühl. Sie seien daher aus dem Lebensraum der Volksgemeinschaft auszuschließen: „Deswegen verkündet der Hungarismus nicht den Antisemitismus (Feindschaft gegenüber den Juden), sondern den Asemitismus (Befreiung von den Juden). Der Hungarismus wird keine Judengesetze bringen, weil die Gesetze auch Rechte absichern; das Judentum aber darf sogar darauf kein Recht haben, in dieser Gemeinschaft, die es bis jetzt ausgepreßt hat, rechtlos zu leben."[691]

Die Juden müssen also aus dem gesamten europäischen Großraum verschwinden.[692] Szálasis Antisemitismus weist dabei nicht derart pathologische Dimensionen

[686] Ebenda, B. 149 ff.: Gutachten über die in Málnásis Buch „Aufgaben" geäußerten Ansichten, 30.6.1942.

[687] Janos, 1982, S. 273 ff., unterscheidet drei ungarische Rassenmodelle, nämlich die den asiatischen Ursprung der Ungarn ideologisierenden Turanier, die „Paneuropa"-Konzeption der Ungarischen Nationalsozialisten, der Imrédy-Partei und einiger anderer Rechtspolitiker, die die Neuordnung Europas nach deutschem Modell anstrebten, und Szálasis „Hungarismus".

[688] Konkret meinte dieser Rassenschutz Offenlegung des Judentums als Rasse und Verbot von Mischehen, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und regelmäßige Untersuchung der Männer, obligatorische ärztliche Untersuchung vor der Eheschließung, Mutterschutzmaßnahmen, Reform des allgemeinen Gesundheitswesens, Eheschließungsdarlehen und Staffelung der Löhne nach der Größe der Familie; vgl. Nyilaskeresztes irányelvek, 1940, S. 3 f. Das deutsche Vorbild ist hier leicht zu erkennen.

[689] UC, S. 54 f.; vgl. auch Nagy-Talavera, 1970, S. 119.

[690] Diese beiden Begriffe sind ebenfalls Beispiele für Szálasis „sprachschöpferisches" Bemühen; vgl. ihre Verwendung im ideologischen Argumentationszusammenhang in GLF, B. 79.

[691] UC, S. 12; auch S. 9, 19.

[692] RIR, S. 101. In diesem Zusammenhang fällt der Vergleich der Juden mit Pestbazillen: Beide seien von ihrer Unschädlichkeit und Harmlosigkeit überzeugt und könnten nichts für ihre

auf wie bei Hitler oder Himmler. Braham bescheinigt ihm in seinem großen Werk über den Völkermord am ungarischen Judentum sogar, er sei persönlich „relatively more moderate than many of his contemporaries"[693] gewesen. Der Ungarnexperte des RSHA/Referat VIa Nachrichtendienst, Dr. Höttl, sagte im Eichmann-Prozeß aus, Szálasi habe zur Judenfrage „etwas verschwommene Anschauungen" geäußert, die letztlich nur auf die „Überbewertung des magyarischen Elementes" hinausliefen[694].

Szálasi als weltanschaulicher Visionär beschränkte sich darauf, das Fernziel der Judenpolitik abzustecken, nämlich die Auswanderung in ein Land, wo sie niemandem mehr schaden könnten. Dort sollten sie den Aufbau einer ihrer Verfassung entsprechenden Welt realisieren, nämlich „den selbständigen, unabhängigen, freien und demokratischen Judenstaat, in dem es immer Frieden, immer Brot, immer Arbeit geben wird"[695]. 1935, in der Programmschrift der NAP, forderte er als Zwischenlösung des Gesetzgebers die verfassungsrechtliche Regelung der Judenfrage im Einklang mit den Interessen des Staates (ohne nähere Ausführungen), die gesetzliche Definition der Juden als Rasse[696], ein endgültiges Ende der Einwanderung von Juden und die Ausweisung derjenigen, die sich nach dem 1. August 1914 in Ungarn niedergelassen bzw. die Staatsbürgerschaft erworben, die am Ersten Weltkrieg nicht teilgenommen oder gegen Gesetze verstoßen hätten[697]. Ziel war demnach die Isolierung und Verdrängung der Juden durch die Gesetzgebung.

Im allgemeinen überließ Szálasi es anderen Funktionären, konkrete Schritte einer Judenpolitik zu erarbeiten, die sich am deutschen Vorbild, freilich auch an den ungarischen Judengesetzen orientierten. So bestimmte ein Anfang der vierziger Jahre entstandener, im NYKP-Archiv aufbewahrter, verfassungsartiger Entwurf für den hungaristischen Zukunftsstaat, „Das Hungaristische Gesetz", in deutlichem Anklang an die Nürnberger Gesetze, daß im Gegensatz zu den „anerkannten Volksgruppen" Juden und Zigeuner als bloße „Einwohner Ungarns" nur im Besitz der „allgemeinen Volksrechte" seien (Versorgung in Kindheit, Alter, Krankheit usw., Grundschulbesuch). Die „Bürgerrechte" (Besuch höherer Schulen, Wahl- und Vereinigungsrecht, freie Berufswahl im Rahmen des staatlichen Arbeitsplans, Verbeamtung) blieben ihnen vorenthalten[698].

Nicht von der Hand zu weisen ist die Rezeption deutscher „Lösungsmöglichkeiten" bei einem Vortrag des NYKP-„Entjudungsleiters" Serényi 1940 oder 1941 über die Aussiedelung des ungarischen Judentums. Sein Vorschlag, in Städten mit über 50000 Einwohnern Ghettos zu errichten, während Dörfer und Kleinstädte völlig judenfrei zu sein hätten, setzt Hitlers Judenpolitik im eroberten Polen voraus. Die Ghettojuden würden, so Serényi, da sie ihre eigene Rasse nicht betrügen und ausplündern wollten,

Natur. Für die befallenen Völker seien sie jedoch Gift. Zur Verwendung biologisch-organischer Begriffe und Denkmuster in der faschistischen Sprache vgl. Bein, in: VfZ 13 (1965), S. 121 ff.

693 Braham, Genocide I, S. 64; Macartney I, S. 165; ähnlich auch Lévai auf einem Symposium in Jerusalem 1969; vgl. Vágó, in: Laqueur, 1976, S. 245.

694 IfZ, G 01: Eichmann-Prozeß. Vernehmungen: Aussage Dr. W. Höttl vor dem Bezirksgericht Bad Aussee, 19.6.1961, S. 42 f.

695 RIR, S. 101.

696 Dabei Orientierung an den Nürnberger Gesetzen.

697 CK, S. 11.

698 IfZ, MA 1541/5, B. 61 ff.: Gesetzentwurf, o. V.

verarmen und freiwillig ins Ausland abwandern, was staatlicherseits zu unterstützen sei. Auch die Erörterung eines möglichen Aufnahmelandes zeigt die Teilkenntnis deutscher Pläne, nicht jedoch ihre sklavische Nachahmung: Palästina als Aufnahmeland sei leider zu klein und gehöre den Arabern; das ausreichend große Madagaskar gehöre den Franzosen. Der ungarische Staat werde daher besonders mit Argentinien, Brasilien und Chile verhandeln, um auswanderungswillige Juden aufzunehmen. Der erste Schritt zur nationalsozialistischen Neuordnung sei die Gründung des Judenstaates außerhalb Europas[699].

Die bekannten und zugänglichen Pfeilkreuzler-Quellen auch späterer Jahre gehen nicht über Diskriminierung, gesellschaftliche Isolation, Arbeitsdienstpflicht und erzwungene Auswanderung hinaus. Wenn auch stets vehement die endgültige Lösung der Judenfrage gefordert wurde, so lassen sich in internen Beständen oder Tagebüchern keine Pläne über Tötungsaktionen oder Deportationen nachweisen. Das Wort Auschwitz fällt in den zugänglichen Aufzeichnungen und Akten kein einziges Mal, so daß sich darüber, wer wann über den Holocaust im deutschen Machtbereich informiert war, nur Vermutungen anstellen lassen.

Für die Hungaristen war die Nation der höchste Wert und Ziel jeder Politik: „Ein Wille: die Nation, eine Macht: die Bewegung, ein Herrscher: die NATION!"[700]

Der Hungarismus knüpfte am traditionellen, nicht-ethnischen, vielmehr politisch-historischen Verständnis der Nation an, ging jedoch durch die Einbeziehung geopolitischer Vorstellungen darüber hinaus. Der Grund für die negative Entwicklung Ungarns liege darin, so Szálasi, daß es die herrschenden Eliten bis in die jüngste Vergangenheit versäumt hätten, den verschiedenen Nationalitäten im ungarischen Staat eine echte Heimat zu geben; der Staat als institutionelles Gerüst könne keine moralischen, geistigen und materiellen Werte vermitteln. Deswegen suchten alle „Schwesternationen" einen Staat, der ihnen auch Heimat sei[701]. Dieser verwirkliche sich im Hungaristischen Reich, der „Karpaten-Donau-Großheimat" (Kárpát-Duna-Nagy-Haza; im folgenden abgekürzt: KDNH): Das Donau-Karpaten-Becken mit seinen zwölf historischen Völkern forme als abgrenzbarer Raum eine der reichsten geopolitischen Einheiten. Die hier lebenden Völker seien organische Mitglieder der hungaristischen Nation der Großen Heimat[702], denn das Karpatenbecken bilde ihren natürlichen „Lebensraum"[703]. Die Bezeichnung „Ungarn" sollte bewußt vermieden werden[704], denn die

[699] PI, A. 685-1/3: Miklós Serényi, A Magyarországi zsidóság kitelepitésének lehetöségei, wahrscheinlich 1940 oder 1941.

[700] UC, S. 7.

[701] Ebenda, S. 50.

[702] RBR, S. 81, 97. 1935 lautete die Bezeichnung der Großen Heimat noch „Vereinigte Länder von Hungaria" (Hungária Egyesült Földek, abgekürzt HEF); die dahinter steckende Theorie ist jedoch schon dieselbe; vgl. CK, S. 4 ff.

[703] „Lebensraum" (élettér) definiert sich als Gebiet, auf dem aus mehreren Völkern eine Nation entsteht; vgl. GLF, B. 79. Die Anklänge an Haushofers Geopolitik und andere deutsche Lebensraumideologien sind offenbar, doch fehlt bei den Hungaristen die Koppelung des Raumgedankens mit – konkreter und metaphorischer – Raumnot, die zur gewaltsamen Expansion drängt; ebenso fehlt natürlich eine Begründung der Überlegenheit des Deutschtums. Zu Haushofer vgl. Diner, in: VfZ 32 (1984), S. 1 ff.

[704] Koós, 1960, S. 179. Dies bildete einen der Hauptangriffspunkte der Kritik an Szálasi. Die 1941 erschienene Schrift des Parlamentsabgeordneten und Chefredakteurs der Zeitung „Nemzeti Élet", László Budaváry, wollte unter dem Titel „Grüner Bolschewismus" den „na-

„Völkerfamilie" erbaue sich als staatlichen Überbau ein föderativ gegliedertes Reich von gleichberechtigten, politisch, wirtschaftlich und kulturell autonomen Volksgruppen. Das im NYKP-Archiv aufbewahrte „Hungaristische Gesetz" leitete aus diesen Vorgaben staats- und verfassungsrechtliche Konsequenzen für den Zukunftsstaat ab: Es bestimmte in § 7 explizit die volle Gleichberechtigung zwischen der ungarischen „Volksfamilie" und den „anerkannten Volksgruppen"[705]. Dieser Entwurf ging bei weitem über die damals gängigen nationalitätenpolitischen Vorstellungen hinaus, die den in den Reichsverband zurückkehrenden Völkern höchstens verschiedene Autonomiestufen entsprechend ihrem „ungarischen" Nationalbewußtsein und ihrer Assimilationsbereitschaft zugestehen wollten[706].

Die einzelnen Schwesternationen ließen sich nach hungaristischer Konzeption in bestimmten, ihnen natürlichen Landschaften nieder, und zwar die Slawen im Bergland, die Deutschen im Hügelland, die Rumänen in den alpinen Regionen und die Ungarn im Flachland. Mit Ausnahme der Deutschen handelte es sich immer um geschlossene Volksblöcke; verstreut siedelnde Volksgruppenteile und -mitglieder sollten in ihre natürlichen Gebiete zurückkehren[707]. Einen Stein des Anstoßes bildete für alle patriotischen Ungarn neben der zugrunde liegenden Volksgruppentheorie die Tatsache, daß das gemeinhin als ungarisch betrachtete Siebenbürgen nicht dem ungarischen Landesteil angehörte, sondern einen Sonderstatus bekam[708].

Die hungaristische Ideologie sprach den Ungarn ein besonders großes und fruchtbares Gebiet zu. Zwar seien die Völker einander gleichberechtigt, denn sie gehörten alle zur selben Nation; andererseits müsse jedoch die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Einheit der Großen Heimat erst geschaffen werden. Diese Aufgabe komme dem „Führungsvolk" (vezetőnép) zu, das aus seinen natürlichen Gegebenheiten heraus Bewegung, d.h. Leben schaffe und die anderen Völker zur nationalen Lebens- und Schicksalsgemeinschaft führe. Für Südosteuropa erfüllten die Ungarn diese Rolle, was nach Szálasis Illusion von allen Völkern des Donau-Karpaten-Beckens auch ohne weiteres anerkannt werde[709]. Mit der hungaristischen Ideologie und der Sozialnationale erkämpften sie in ihrem Lebensraum die „Pax Hungarica", der sich die anderen Völker freiwillig, ohne militärische Gewalt, aus Überzeugung anschlössen. Sie

tionslosen", unnationalen Charakter der Pfeilkreuzlerbewegung nachweisen. In einer programmatischen Rede habe Szálasi, so Budaváry, das Wort „Ungarn" kein einziges Mal benützt, sondern stets gezielt von der KDNH gesprochen, „als ob in seiner Seele der Name Ungarns gestorben wäre". Wenn KDNH die historischen Länder der Stefanskrone bezeichne, brauche man keinen neuen Namen; heftigst zu kritisieren sei jedoch, wenn dies bedeuten solle, daß Ungarn als solches zu bestehen aufhöre und Mitglied eines großen Karpaten-Donau-Lebensraumes werde; vgl. Budaváry, 1941, S. 42.

[705] IfZ, MA 1541/5, B. 61 ff.

[706] Tilkovszky, 1975, S. 11 f.; vgl. auch S. 250 ff. dieser Arbeit über den Nationalitätengesetzentwurf 1940 der Abgeordneten Hubay und Vágó.

[707] UC, S. 50 f.; über die ethnische Verteilung der Nationalitäten in dem als KDNH vorgesehenen Gebiet vgl. die Karte bei Nagy-Talavera, 1970, S. 117. Vgl. auch die Karte aus einem der ersten NAP-Flugblätter mit dem Titel „Vereinigte Länder von Hungaria", März 1936; vgl. IfZ, MA 1541/5, B. 663; auch abgedruckt in Török, 1941, S. 21.

[708] Nagy-Talavera, 1970, S. 116; Török, 1941, S. 20. Genauere Vorstellungen Szálasis über Siebenbürgen, in dem Deutsche, Rumänen, ungarische Székler siedelten, waren nicht zu ermitteln.

[709] UC, S. 11, 53 f.; RIR, S. 95; GLF, B. 79, 110 ff.

hätten endlich eine echte Heimat ohne Ausbeutung und Unterdrückung gefunden; das alte Nationalitätenproblem sei gelöst, der Friede des Donaubeckens und Mitteleuropas gesichert[710].

Das Karpatenbecken bilde nicht nur eine geopolitische, sondern auch eine kulturelle und wirtschaftliche Einheit[711]. Jedes Volk solle seine ihm eigene Kultur entwikkeln, da dies im Interesse der Nation liege. Die wechselseitigen Einflüsse dieser Volkskulturen führten auf die Dauer zur Herausbildung eines „Karpaten-Donau-Kulturgebiets", in dem sich eine gemeinsame hungaristische Kultur fortentwickle und veredele. Ziel sei folglich nicht, daß die Volksgruppen ihre eigene Kultur verlören; ihre Besonderheiten seien im Gegenteil unentbehrliche Kraftfaktoren der Volksgemeinschaft. Wirtschaftlich spiele das Karpatenbecken aufgrund seiner zentralen Lage in Europa die Rolle eines bedeutenden Umschlagplatzes für landwirtschaftliche und industrielle Produkte. Das Becken, im Westen industriell, im Osten agrarisch geprägt, befindet sich somit in einem für die hungaristische Ideologie so wichtigen ökonomischen Gleichgewichtszustand. Zerfällt diese wirtschaftliche Einheit wie nach dem Vertrag von Trianon, wird demnach nicht nur die ökonomische Balance des Donaubekkens, sondern sogar die von ganz Mitteleuropa gestört.

Darüber hinaus betont Szálasi die auch unter außenpolitischem Aspekt eminent hohe Bedeutung der Einheit des Donaubeckens. In Einzelstaaten zersplittert, werde es zum Schlachtfeld hegemonialer Bestrebungen aus Ost und West. Historische Aufgabe des Hungarismus sei nun, diese für den Frieden Europas lebenswichtige Einheit zu realisieren. Falls das ungarische Führungsvolk diese geschichtlich notwendige Pflicht nicht erfüllen könne, werde die Einheit auf andere Weise hergestellt, und zwar – Szálasi wird hier prophetisch – durch einen alles zerstörenden Krieg. Nach seiner Beendigung würden die Großmächte in einem „zweiten Westfälischen Frieden" eine neue Landkarte Europas zeichnen und die Völker des Donaubeckens in eine von ihnen diktierte Einheit zwingen.

Drei sich gegenseitig bedingende „Totalitäten" kennzeichnen für Szálasi den Aufbau des Nationalsozialismus: die Totalitäten der Familie, der Nation und der Gemeinschaft der Nationen in Europa. Dieser Gedanke, den Szálasi auch unter Druck niemals aufgab, impliziert, daß jede Nation ihre eigene nationalsozialistische Ordnung aufbauen und mit den anderen Nationen eine gleichberechtigte, friedliche europäische Staatengemeinschaft bilden müsse, die keine Kriege und keinen Imperialismus kenne[712].

Der „Großraum" (nagytér) Europa, definiert als Gebiet der Gemeinschaft mehrerer gleichwertiger Nationen, ist für Szálasi längst kein rein geographischer, sondern wie der „Lebensraum" ein politisch-historischer Begriff und Raum: Als solcher geht er weit über die Grenzen des europäischen Kontinents hinaus und umfaßt auch Kleinasien und Afrika nördlich der Linie Aden–Dakar[713]. Dieser Großraum Europa umfaßt

[710] UC, S. 11; RBR, S. 74.

[711] Im folgenden nach UC, S. 50 ff.; ähnlich auch RBR, S. 82.

[712] RIR, S. 94. In dieser friedlichen Zukunftsutopie des Hungarismus liegt nun der bedeutendste Unterschied zum deutschen Nationalsozialismus.

[713] GLF, B. 80, 97. Historisch legitimiert werde diese Grenzbestimmung durch Alexander den Großen, Karl den Großen, das arabische, türkische, habsburgische und napoleonische Reich; diese seien erste Versuche einer europäischen Einigung.

mehrere nationale Lebensräume mit je einem anderen „Führungsvolk": im Nordosten den slawischen Lebensraum unter russischer (!) Führung[714], im Nordwesten unter deutscher Prärogative den germanischen Lebensraum zwischen Rhein, Weser, Elbe, Oder und Weichsel (!)[715], im Südwesten den romanischen Mittelmeerraum, geführt von Franzosen (!) und Italienern sowie im Südosten, als Herzstück Europas, umgeben von den anderen Lebensräumen und daher als „das europäischste Gebiet", den Karpaten-Donau-Raum mit dem ungarischen Führungsvolk. Der kleinasiatische oder islamische Lebensraum sei noch nicht genauer bestimmbar, da der Islam die ihm eigene politische Ordnung erst noch finden müsse. Andererseits sei es „historische Tatsache", daß England immer außerhalb Europas gestanden habe und daher hier nicht zähle[716].

Die Führungsvölker des neuen Zeitalters in Europa sind nach Szálasi die Deutschen, Italiener und Ungarn, die eine weltanschauliche Parallelbewegung hervorgebracht hätten und nur gemeinsam den vereinigten europäischen Großraum schaffen könnten[717]. Die Slawen seien noch moskauorientiert und daher erst nach dem Sieg über den Bolschewismus zu gewinnen; die Deutschen jedoch müßten endlich ihre Ostwanderung beenden und sich zwischen Rhein und Oder einrichten[718]. Es sei aber zu betonen, daß es „auserwählte" und nichtauserwählte Völker nicht gebe[719].

Auf diesem ideologischen Hintergrund besonders interessant sind Stellung und Rolle Rumäniens und der Eisernen Garde im Hungaristischen Großreich, über dessen südöstliche Grenzen die verfügbaren Quellen widersprüchliche Informationen liefern. So bildeten für Szálasi einmal die Alpen, die Karpaten, Dnjestr, Schwarzes Meer, Ägäis und Mittelmeer die natürlichen Grenzen der KDNH, was den Einschluß Rumäniens, ja sogar Griechenlands implizieren würde[720]. Im allgemeinen beschränkte er sich jedoch in seinen konkreteren Entwürfen und Ausführungen auf das Karpatenbekken unter Einbeziehung Siebenbürgens[721] bzw. auf die historischen Länder der Stefanskrone, ohne einen selbständigen rumänischen Staat auszuschließen. 1941 betonte Szálasi gegenüber einem deutschen Besucher, die Donau mit ihrer Quelle im Schwarzwald und ihrer Mündung im Schwarzen Meer zwinge geopolitisch das deutsche, ungarische und rumänische Volk in eine Lebens-, Gefährten- und Schicksalsgemeinschaft, dies sei „Tatsache". Die Vernichtung eines der drei Völker ziehe die der beiden anderen nach sich[722]. Diese Formulierung ist nicht ganz eindeutig, doch weisen andere Texte nach, daß in Analogie zum deutschen und ungarischen Reich auch an ein unabhängiges Rumänien gedacht war: „An der oberen Donau muß sich m.E. der Lebensraum unter Führung des deutschen Volkes herausbilden, an der mittleren Donau muß

[714] Also keine Rede von einem rassisch minderwertigen slawischen Sklavenvolk!
[715] Die Rede wurde im Juni 1943 gehalten, als die deutsche Expansion im Osten längst ihren Höhepunkt überschritten hatte.
[716] GLF, B. 102 ff.
[717] Ebenda, B. 113.
[718] Konferenz der Vertreter des Nationalbundes bei Szálasi, 28.2.1945, in: NL Szöllösi: TB, Anlage 11, S. 221 f.
[719] GLF, B. 114.
[720] RBR, S. 81.
[721] Vgl. z. B. die Skizze der KDNH bei Török, 1941, S. 20.
[722] Szálasi-TB, 1941, S. 5.

er sich unter der Führung des ungarischen Volkes entwickeln, und an der unteren Donau müssen sich die Dinge unter Führung des rumänischen Volkes entwickeln."[723]

Durch diese Formulierung wird den Rumänen eine den Deutschen und Ungarn gleichberechtigte Rolle als Führungsvolk in einem eigenen Lebensraum zugestanden. Es gibt weitere Indizien, daß gerade aufgrund der hungaristischen Ideologie das Verhältnis Szálasis zu Rumänien unverkrampfter war, als man es bei einem ungarischen Nationalisten annehmen würde. So berichtet der Außenminister der Wiener Exilregierung der Eisernen Garde, Sturdza, in seinen Memoiren, der hungaristische Außenminister Kemény habe ihm erzählt, daß Szálasi nach dem 2. Wiener Schiedsspruch auf einer Pfeilkreuzlerversammlung in Kolozsvár/Cluj seine Anhänger zu einer Gedenkminute für den ermordeten Codreanu aufgefordert habe, „‚with whom', he said, ‚we could perhaps have found another solution to the problem of our two countries'"[724].

Die drei europäischen Führungsvölker entwickelten nach Szálasis Interpretation drei Hauptrichtungen der neuen NS-Weltanschauung zur Zerstörung der alten Ordnung. Totalität sei ihr gemeinsamer Grundzug. Die drei Ansätze stünden jedoch insofern miteinander in Konkurrenz, als sich die Frage ergebe, welcher von ihnen den Nationen und Völkern Europas am besten werde dienen können[725]. Ziel des italienischen Faschismus sei der totale Staat und der Aufbau eines Imperiums. Historisch gesehen hätten sich alle Gemeinschaften südlich des Limes den mediterranen Gegebenheiten gemäß stets in Staaten bzw. Imperien organisiert (griechische Stadtstaaten, Imperium Romanum, Gottesstaat der römischen Kirche, Spanisches Habsburgerreich, Frankreich, faschistisches Italien). Anders die Schicksals- und Lebensgemeinschaft nördlich des Limes. Der deutsche Nationalsozialismus ziele als völkische Bewegung auf die Totalität von Volk und Blut, d.h. die Auserwähltheit, Berufung und Überlegenheit der nordischen Rasse über jedes Volk der Erde. Diese Eigenschaften lägen nach der völkischen Theorie in der biologisch-rassisch bedingten Kraft und Veranlagung der Arier begründet, unter denen nur die nordische Rasse die Führungsrolle übernehmen dürfe. Besonders stark betonte Szálasi den Unterschied des Hungarismus zur völkischen Theorie. Im Gegensatz zu dieser strebe er die Verwirklichung der totalen Nation an, was die Harmonie von Nationalismus und Sozialismus garantiere, ohne daß sie in Chauvinismus bzw. Materialismus entarteten[726]. Immer wieder gab Szálasi dem Recht auf eine spezifisch ungarische Form des Nationalsozialismus Ausdruck: „Das ideologische System des Hungarismus: *Nicht Hitlerismus, nicht Faschismus, nicht Antisemitismus, sondern Hungarismus.*"[727]

„Unser Ziel ist Hungaria, unser Weg ist der ungarische Nationalsozialismus."[728] Die Hungaristen erkannten deutlich, daß eine Anwendung der völkischen Ideologie auf die südosteuropäischen Gegebenheiten unmöglich war. Szálasi selbst ging, wenn auch nicht in seinen ideologischen Schriften und großen Reden, so doch in Gesprächen un-

[723] NL Szöllösi: TB, Anlage 11, S.213/220f.: Protokoll der Unterredung Szálasis mit Vertretern des Nationalbundes, 28.2.1945; so auch schon fast zwei Jahre früher in GLF, B.108.

[724] Sturdza, 1968, S.267. Es existieren Hinweise, daß die Pfeilkreuzlerführung bereits im November 1940 in Nordsiebenbürgen Kontakte zur Eisernen Garde herstellte.

[725] NL Szöllösi: TB, Anlage 2, S.20: Rede vom 6.1.1945 vor dem Offizierskorps der Garnison Köszeg; auch GLF, B.98.

[726] RIR, S.95; GLF, B.98f.

[727] UC, S.8, 10.

[728] Ebenda, S.7.

ter vier Augen, in seiner Ablehnung des völkischen Rassismus weiter, indem er beispielsweise 1941 gegenüber dem Leiter des Deutschen Wissenschaftlichen Instituts in Budapest, Hans Freyer, den „Rosenbergismus" als „jüdisch" (!) kritisierte: Seit 6000 Jahren hielten sich die Juden für das auserwählte Volk und hätten sich einen Gott geschaffen, dessen einzige Aufgabe der Dienst an den Juden sei. Ebenso verhalte es sich mit der auserwählten nordischen Rasse Rosenbergs, der jetzt nur noch ein eigener Gott fehle[729].

Nach hungaristischer Konzeption sind die Nationen im geopolitisch-historisch bestimmten Großraum Europa aufeinander angewiesen. Sie bilden eine auf derselben Kultur, Zivilisation und Technik beruhende Nationengemeinschaft, die im Gegensatz zum Völkerbund und der internationalen Rechtspraxis des Liberalismus nicht auf der Ausbeutung der Staaten, sondern auf der Gleichwertigkeit der Nationen fuße. Die harmonische Gemeinschaft der Nationen regele die Idee des „Konnationalismus" (Konnacionalizmus), eine zwischennationale Ordnung[730], was soviel bedeute wie „das Geregelt-Sein, Aufeinander-abgestimmt-Sein der der nationalen Existenz und dem Nationalismus entspringenden Lebensfunken der teilnehmenden Nationen"[731].

Der Konnationalismus impliziere, daß nach dem Endsieg des Nationalsozialismus jede kriegerische Initiative überflüssig, unnatürlich und unbegründet sei – im Gegensatz zum Zweiten Weltkrieg, der einem „Lebensbedürfnis" entspringe, da London–Paris–Washington dem deutschen, italienischen und japanischen Volk den „Platz an der Sonne" gewaltsam vorenthalten wollten[732]: Minimalziel dieses Krieges sei, „daß es nach diesem Krieg unter den Völkern Europas keine Kriege mehr geben darf. Ich sehe schon jetzt, Brüder, unter dem Gesichtspunkt der nationalsozialistischen Ideologie ganz Europa als einen Nationalitätenstaat [...]. Meines Erachtens ist jedoch die Europäische Gemeinschaft nichts anderes als die Erweiterung unserer ungarischen Probleme auf Europa."[733] Was also die „Pax Hungarica" für den Lebensraum des Donaubeckens bedeutet, regelt der Konnationalismus für den Großraum Europa. Die Möglichkeit des freien Mit- und Nebeneinanders der europäischen Staaten in einem nationalsozialistischen Vereinten Europa auf der Grundlage von Sozialnationale und Arbeitsfrieden ist für Szálasi der gewaltige Vorteil und die Überlegenheit des Hungarismus als ordnungspolitischer Konzeption gegenüber dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus[734].

[729] Szálasi-TB, 1941, S. 11.
[730] GLF, B. 80; UC, S. 60f.
[731] Ö.A., 1957, S. 11.
[732] GLF, B. 81ff.
[733] Szálasi gegenüber den Vertretern des Nationalbundes, 28.2.1945, in: NL Szöllösi: TB, Anlage 11, S. 211.
[734] Einige wenige Hinweise deuten darauf hin, daß Szálasi ein Weltsystem aus Großraumgemeinschaften vorschwebte; zentral sei die Gemeinschaft des europäischen und nordamerikanischen Großraums, die, mit dem Atlantik als Binnenmeer, den Weltfrieden garantiere; vgl. GLF, B. 84f.

„Einheit in Vielfalt"

Nach Lackós Ansicht ist Szálasi nicht als „Ideologe des faschistischen Radikalismus" zu betrachten, da sich „in den wirren Phantasmagorien eines paranoiden Psychopathen" starke konservative Relikte fänden. Der Traum vom „Bauernstaat" sei Ausdruck eines agrarischen Traditionalismus, der Gedanke vom sozialen Gleichgewicht des „Ich" und „Wir" sowie die Betonung des Christentums seien auf die christliche Soziallehre zurückführbar. Szálasis hartnäckiges Festhalten am legalen Weg zur Macht, seine bis August 1944 dauernde Loyalität zum Staatsoberhaupt, seine Forderung nach Befehl und Gehorsam gegenüber der Obrigkeit könne man als Vermischung eines traditionalen Militarismus mit faschistischen Elementen bewerten. Der Hungarismus sei nichts anderes als eine Ergänzung des herkömmlichen ungarischen Chauvinismus mit dem faschistischen Volksgemeinschaftsgedanken. Erst gegen Kriegsende habe sich Szálasi von den traditional-konservativen Relikten gelöst, so daß seine Rassen- und Lebensraumüberlegungen nun einen „völlig faschistischen Charakter" angenommen hätten[735].

Nun ist tatsächlich die Übernahme konservativer, aus Ideologien des 19. Jahrhunderts stammender Strukturen im Hungarismus offenkundig. Es stellt sich aber die Frage, ob nicht wie bei der „moral economy" diese konservativen Elemente durch ihre Lösung aus dem traditionalen Argumentationszusammenhang und neuartige Kombination untereinander oder mit anderen Elementen eine neue Qualität annehmen, die es verbietet, von einer bloßen „Mischung" von konservativen mit faschistischen Ideologemen zu sprechen. Wie „radikal" nun Szálasis hungaristische Ideologie letztlich war, sei dahingestellt; auf keinen Fall jedoch spielte der soziale Gedanke dabei eine so marginale Rolle, wie Lackós These suggeriert, nach der die Betonung sozialkritischer Themen und Überlegungen Szálasi bis zum Schluß ferngestanden sei[736]. Sie blieben aber Teil seiner Gesamtvision eines neuen, eher gefühlten als durchdachten Weltentwurfs, der über eine sozial- und wirtschaftspolitische Neuordnung weit hinausging. Vergleicht man diesen alle „Hindernisse" der politischen Realität hinter sich zurücklassenden Traum mit den Konzeptionen des deutschen Nationalsozialismus, so wirkt er trotz aller Wirklichkeitsferne entschieden „gemäßigter". Dies liegt jedoch nicht in konservativen Relikten begründet, sondern in seinem vom völkischen Modell ver-

[735] Lackó, in: új írás 14 (1974/10), S. 108.

[736] Ebenda, S. 108f. Nach Lackó war Szálasi in seiner Vorgehensweise, nicht jedoch in seiner Ideologie radikal: Um zur Macht zu gelangen, seien ihm alle Mittel recht gewesen, auch die politische Mobilisierung der Arbeiterschaft. Abgesehen davon, daß gerade der letzte Punkt bei Szálasi durchaus weltanschaulich begründet war, ist es interessant festzustellen, daß Lackó unter „radikalem Faschismus" offenbar die Dominanz sozialrevolutionärer Thesen und Aktionen versteht. Als radikalfaschistische Ideologen führt er gegen Szálasi den Historiker Málnási und den „Nationalbolschewisten" Ferenc Kassai an. Obwohl der antiklerikal eingestellte Málnási in seiner „ungarischen Geschichte" tatsächlich den Klassengegensatz zwischen Herren und Armen betonte, lag später das Schwergewicht seiner Schriften ausschließlich auf rassenpolitischen Überlegungen im völkisch-germanischen Sinne. In den (wenigen) verfügbaren Äußerungen Kassais ist oft von der Arbeiterschaft die Rede, doch ließen sich seine Überlegungen ohne Probleme in Szálasis hungaristische Vision integrieren.

schiedenen, auf die Bedingungen des Vielvölkergemischs zugeschnittenen Ansatzpunkt.

Abstrahiert man von den konkreten Inhalten der hungaristischen Ideologie, so fällt eine Vielzahl einander nebengeordneter Denk- und Gliederungsmodelle auf. Es finden sich ein soziales, ein biologisch-rassisches, ein religiöses und ein geopolitisch-räumliches Modell, die jeweils nur für einen bestimmten Teilaspekt der Gesamtideologie Gültigkeit besitzen. Insofern existiert auch kein durchgängiges Begriffskontinuum, sondern eine Vielfalt von nur partiell verbindlichen Begriffen. Besonders deutlich wird dies am Rassebegriff, der auf Juden und Zigeuner angewandt wird, bei anderen Völkern und Nationen jedoch dem geopolitischen Raummodell weichen muß.

Durch diese Vielzahl der miteinander in Verbindung gebrachten Gliederungsmodelle gelingt es, Gemeinsamkeiten und Verknüpfungen mit anderen ideologischen Systemen herauszustellen und somit sehr integrationsfähig zu wirken. Es entstehen Bezüge zu Christentum und Mythos, zum Sozialismus, zum nationalistischen Reichsgedanken, zum Rassismus usw. Dieser Ansatz unterscheidet sich vom Nationalsozialismus eines Hitler, Himmler und Rosenberg. Wesentlich biologisch-rassistisch geprägt, wurde das deutsche Modell an Juden, anderen Völkern und auch innergesellschaftlich angelegt, insofern als man das Phänomen sozialer Schichtung auf rassisch-biologische Ungleichheit bzw. Höher- und Minderwertigkeit zurückführte. Der völkische Nationalsozialismus zielte also darauf ab, die sich ihm darbietende Vielfalt der Phänomene theoretisch wie praktisch auf eine Einheit zu reduzieren, nämlich die Einteilung der Weltgesellschaft in eine strikte Hierarchie von Herren und Sklaven aufgrund rassischer Kriterien. Im Gegensatz dazu versuchte Szálasis Hungarismus, eine Einheit zu bilden, in der die Vielheit bis zu einem gewissen Grad erhalten bleiben sollte; er thematisierte explizit das Problem, wieviel Vielheit in der Einheit möglich ist, ja es ging darum, eine neue „Einheit-in-Vielfalt-Ordnung" im hungaristischen Sinn herbeizuführen. Diese Auffassung eines spezifisch ungarischen Nationalsozialismus ist offenkundig von den Bedingungen des Vielvölkergemischs in Ungarn und Südosteuropa geprägt; danach wird das Modell auf ganz Europa übertragen.

Der Anspruch auf „Einheit in Vielfalt" wirft zunächst das Problem der Kohärenz der Einzelelemente auf. Diese wird postuliert durch eine totalitär auftretende Ideologie, die sich explizit als einheitsbildend versteht, und durch die Existenz des einen, einmaligen Führers, der allein durch die Berufung seiner Person die verworrene, als schlecht empfundene Vielheit zur neuen, vielfältigen Einheit führt. Daraus folgt aber auch, daß nicht irgendeine Vielfalt im hungaristischen Sinn als positiv zu bewerten ist. Deutlich wird dies an der Forderung Szálasis, die Völker des Karpatenbeckens sollten sich in den ihnen „natürlichen" Landschaften niederlassen und geschlossene Volkstumsblöcke bilden; verstreut siedelnde Volksgruppenteile und -mitglieder hingegen müßten in ihre natürlichen Gebiete zurückkehren. Diese „Rücksiedelungspläne" zeigen, daß Vielheit nur räumlich begrenzt und in geordnetem Zustand geduldet wird, daß chaotische, ungeordnete, „liberalistische" Vielheit abzulehnen und zu beseitigen ist. Letztlich sind also nur die geopolitischen Räume vielfältig, auf die sich die Völker in homogenen Blöcken verteilen müssen. Im Gegensatz zum Expansionismus der deutschen Herrenvolktheorie entwirft der Hungarismus gleichsam ein „Kompressionsmodell", nach dem sich die Völker in den ihnen natürlichen Stammräumen komprimieren. Daß die Zuweisung der einzelnen Gebiete und Lebensräume das un-

garische „Führungsvolk" begünstigt, steht auf einem anderen Blatt. Politische und weltanschauliche „Unordnung", d.h. Opposition läßt jedenfalls die immanente Logik des hungaristischen „Einheit-in-Vielfalt-Systems" nicht zu.

9. Isolation und Niedergang 1940 bis 1943/44

Isolation und Aufschwung der Pfeilkreuzpartei 1940

1940 setzte sich der nach den Wahlen 1939 begonnene Prozeß der politischen Isolierung der NYKP zunächst weiter fort. Macartney stellte nach seinem Ungarn-Besuch am Jahresanfang „den Zusammenbruch der Pfeilkreuzleropposition" fest[737], und der britische Presseattaché in Budapest notierte im April erleichtert „something of a setback". Er führte diesen Rückschlag auf die Maßnahmen der Regierung und die mangelnde Popularität der Pfeilkreuzlerführer zurück[738]. Der Abstieg der Bewegung gipfelte in dem Skandal, den der von den Abgeordneten Hubay und Vágó am 7. Juni 1940 im Parlament eingebrachte Gesetzentwurf „über die Autonomie und Matrikelführung der auf dem Gebiet der Ungarischen Heiligen Krone lebenden Volksgruppen" [739] auslöste. Das Thema der Nationalitätenpolitik, mit dem die Regierung in die Enge getrieben werden sollte, war aktuell gewählt, da sich die Frage der nationalen Minderheiten im Zusammenhang mit den bereits erfolgten oder noch anstehenden Gebietsrevisionen und der strittigen Sonderrolle des „Volksbunds der Deutschen in Ungarn" gerade in diesen Monaten vor dem Zweiten Wiener Schiedsspruch neu stellte.

Der Gesetzentwurf bezog sich laut Präambel nicht auf die Grenzen Rumpf-Ungarns, sondern auf alle „Länder der Ungarischen Heiligen Krone" und ihre Einwohner, die, ungeachtet ihrer Nationalität, gemeinsam und gleichberechtigt die ungarische Nation bildeten. Da der Vertrag von Trianon als Resultat der ungelösten Nationalitätenfrage betrachtet werden müsse, habe seine Revision, so die allgemeine Begründung des Entwurfs, die befriedigende Regelung dieses Problems zur Voraussetzung.

Abweichend von der geltenden, sich auf das Individuum beziehenden Rechtsauffassung gestanden Hubay und Vágó den „Volksgruppen" als kollektiven Rechtspersonen öffentlich-rechtlichen Status zu, damit sie ihre kulturellen, rassischen, sprachlichen und weltanschaulichen Eigenheiten zum Ausdruck bringen könnten. Die Volksgruppen sollten sich unter der Führung von gewählten, vom Staatsoberhaupt bestätigten und auf die Verfassung vereidigten „Volksgruppenführern" eigene Verfassungen ge-

[737] PRO. FO 371.24429, S.363: C. A. Macartney, Report on Hungary, o.J. (März 1940).

[738] Ebenda, S.153: Memorandum von F. G. Redward, 19.4.1940. Redward vermerkte jedoch, daß der Nationalsozialismus in Ungarn „a latent force" bleibe und sich bei Gelegenheit reaktivieren könne.

[739] Törvényjavaslat: A Magyar Szent Korona területén élö népcsoportok önkormányzatáról és anyakönyvezéséröl, 1940. Eine deutsche Übersetzung des Entwurfs vgl. PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd.465: Chef Sipo und SD an das AA, Berlin, 15.7.1940, Anlage. Zitiert wird im folgenden aus der ungarischen Fassung. Vgl. zusammenfassend Tilkovszky, 1981, S.80ff.; Nagy-Talavera, 1970, S.161; Macartney I, S.401; Lackó, 1966, S.223ff.

ben, um ihre Selbstverwaltungsaufgaben (Erziehungs-, Kultur- und Bildungswesen, Wohlfahrt, Ernennung der Beamten in Verwaltung und Ordnungskräften sowie Entsendung von Abgeordneten ins Parlament) zu erfüllen. Dem Staat obliege über die Person eines Nationalitätenministers nur die Oberaufsicht (§§ 1–5). Da die autonomen Volksgruppen staatliche Funktionen ausübten, hätten sie nicht nur das Recht auf eigene Behörden und die Ernennung eigener Beamten, sondern auch auf die Matrikelführung ihrer Angehörigen. Ein Wechsel der Volksgruppenzugehörigkeit wie auch eine Magyarisierung des Namens waren laut Entwurf nicht mehr gestattet (§§ 6, 7, 11, 15–17)[740]. Die Volksgruppen sollten zur Erfüllung ihrer Aufgaben sogar über einen eigenen autonomen Haushalt verfügen, der sich aus freiwilligen Spenden und einer eigenen Volksgruppensteuer finanziere. Unterschiede zwischen reicheren und ärmeren Volksgruppen seien durch finanzielle Zuwendungen des Gesamtstaats auszugleichen (§ 8).

Noch interessanter als der Gesetzentwurf und seine Einzelheiten waren indes die Reaktionen, die er auslöste, zumal die Regierung durch einen Spitzel über seinen Inhalt schon vor der öffentlichen Vorlage informiert war und eine dementsprechend gut organisierte Pressekampagne lancieren konnte[741]. In der 115. Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Vorsitzende Tasnádi Nagy, er habe festgestellt, „daß der Antrag die ungarische Staatlichkeit in ihrer Grundlage angreift", und veranlaßte, daß er deshalb weder gedruckt noch verteilt wurde; das Parlament lehnte es mehrheitlich ab, sich mit dem Entwurf überhaupt auseinanderzusetzen. Zwischenrufer tönten von „Schande! Schmach! Verrat!" oder forderten, die „Vaterlandsverräter" vor ein Kriegsgericht zu stellen[742]. In Anbetracht des bevorstehenden Abkommens um eine Gebietsrevision in Siebenbürgen wagte es die Regierung jedoch nicht, ohne Rückversicherung in Deutschland schärfer gegen den Entwurf und seine Verfasser vorzugehen. Außenminister Csáky hatte allerdings nach eigenen Worten am 12. Juni mit Ribbentrop telefoniert, der ihm freie Hand gab[743].

In der 117. Parlamentssitzung am 13. Juni wies Ministerpräsident Teleki darauf hin, daß die geforderte Volksgruppenautonomie nicht nur die Einheit des Staates, sondern auch der Nation auflöse und das Ungarntum zur bloßen Volksgruppe degradiere; auf Grundlage von Gesetz XIX/1938, § 167 stellte er den Antrag, Hubay und Vágó ihres Mandats zu entheben, da sie ihre Pflicht der Treue zur ungarischen Heimat und Nation verletzt hätten. Am 22. Juli beschloß der Inkompatibilitätsausschuß des Parla-

[740] Eine Ausnahme dieser Regelungen bildeten nur die Juden, denen der Status einer eigenen Volksgruppe nicht zuerkannt wurde und die auch nicht Mitglieder einer anderen Volksgruppe sein durften; vgl. § 22.

[741] Tilkovszky, 1981, S. 80. Ebenda, S. 84, meint zutreffend: „Die ungarischen Chauvinisten aber fühlten sich seit langem nicht so in ihrem Element wie in diesen Tagen."

[742] Képviselőházi Napló 1939/VI, S. 195. Interessanterweise griff die Propagandakampagne gegen den Entwurf öfters auf den Vergleich mit den linksliberalen nationalitätenpolitischen Vorstellungen des verhaßten Jászi zurück. Folglich meinte einer der Zwischenrufer auf derselben Parlamentssitzung unter großem Beifall: „Aus dem Oszkár-Jászi-Misthaufen sind die Eier geschlüpft, die Oszkár Jászi gelegt hat"; vgl. ebenda. Ähnlich auch Budaváry, 1941, S. 27: „Wir wollen glauben, daß Kálmán Hubay und Pál Vágó in ihrer Tendenz sehr weit vom berüchtigten Oszkár Jászi-Jakubovics stehen, doch im Endergebnis wollten sie doch nur dessen wahnsinnige Phantasmagorien legalisieren."

[743] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd. 465: Chef Sipo und SD an das AA, 15.7.1940, S. 2.

ments mit elf gegen eine Stimme, Telekis Antrag nachzukommen, womit nach der Bestätigung durch das Parlament Hubays und Vágós Mandat erlosch[744]. Die aus diesem Anlaß stattfindenden Demonstrationen wurden von der Polizei rigoros zerschlagen, insgesamt 450 protestierende Pfeilkreuzler bei dieser Gelegenheit verhaftet[745].

Ausgesprochen nachteilig für die NYKP wirkten sich der „Sturm der Entrüstung" und die „schärfste Ablehnung [...] in der gesamten ungarischen Öffentlichkeit" aus[746], die ihr Antrag auslöste. Obwohl Hubay zu seiner Rechtfertigung sofort eine hektographierte Erklärung an alle Abgeordneten versandte und den Entwurf mit Zitaten von Széchenyi und Kossuth zu legitimieren suchte[747], obwohl Flugblätter der Öffentlichkeit die Notwendigkeit der Vorlage nahebringen wollten[748], traten gleich zwei NYKP-Abgeordnete (Antal Keck, Gyula Szendröi-Kovách) aus der Partei aus, ein dritter (Sándor Pröhle) legte sein Mandat nieder. Wichtige rechtsgerichtete patriotische Verbände und Gesellschaften, dazu Behörden, Stadträte usw. distanzierten sich öffentlich von dem Gesetzentwurf, Parteimitglieder gaben in der Presse ihren Austritt bekannt[749]. Die anderen NS-Parteien und -Abgeordneten im Parlament rückten empört von der NYKP ab[750], so daß eine Einheit weiter entfernt schien denn je. Der Antrag führte somit nicht zu einer Schwächung, sondern im Gegenteil durch die Annäherung des rechten an den konservativen Flügel der MÉP zu einer Stärkung der Regierung Teleki, die nunmehr energischere Schritte gegen die Pfeilkreuzler unternehmen konnte.

Der Hubay-Vágó-Entwurf zur Volksgruppenautonomie gab dem Verdacht neue Nahrung, bei den Pfeilkreuzlern handele es sich um irregeleitete Massen unter der Führung einiger von Deutschland ferngesteuerter Agenten. So hieß es beispielsweise in einem vom SD eigens übersetzten und dem Auswärtigem Amt übersandten Flugblatt: „Sie boten das Vaterland den Deutschen auf Lakaienart an. Ihr niederträchtiger Gesetzentwurf ist die getreue Abschrift der Karlsbader Forderungen Henleins [...]. Sie sind Nazi-Führer, sie wollen die Deutschen hereinbringen, sie sind die 5. Kolonne, die den Verrat beabsichtigen und organisieren. Sie brauchen ein Protektorat, Führer und Hakenkreuzfahne."[751]

[744] Képviselöházi Napló 1939/IV, S. 261 ff., 489; vgl. hierzu auch die ausführliche Berichterstattung in: Népszava Nr. 164, 23.7.1940, S. 5, 10. Demnach hatte Teleki gar ein Parteiverbot in Erwägung gezogen, diese Überlegungen jedoch dann fallengelassen, da nicht klar gewesen sei, ob die Partei den Antrag überhaupt gekannt und diskutiert habe. Die nachrückenden NYKP-Abgeordneten waren Gyula Sütö und Vilmos Kuhajda.

[745] Lackó, 1966, S. 228.

[746] IfZ, MA 441/2: SD-Meldungen aus dem Reich, B. 1803 f.: Meldungen aus dem Reich, Nr. 98, 20.6.1940, S. 18 f.

[747] Hubay, Röpirat, o.J. (Juni oder Juli 1940).

[748] Vgl. einige Beispiele in PI, A. 685–1/12.

[749] Vgl. Beispiele in: Népszava Nr. 132, 14.6.1940, S. 3 und Nr. 133, 15.6.1940, S. 5. Vgl. auch Lackó, 1966, S. 227.

[750] So meinte z. B. der „Alt-Pfeilkreuzler" Meskó in der Parlamentssitzung vom 11.6., die NYKP habe kein Recht, das Pfeilkreuz zu tragen, weil sie es kompromittiert habe; vgl. Képviselöházi Napló 1939/VI, S. 195. Meskós NS-Landarbeiter- und Arbeiterpartei hatte bereits 1939 eine Fusion mit der Begründung abgelehnt, das Konzept der „Vereinigten Lande von Hungária" mit seinen damals noch sehr vage formulierten Autonomieforderungen komme einer „nationalen Selbstverstümmelung" gleich; vgl. Nemzet Szava Nr. 33, 13.8.1939, S. 7.

[751] PA, AA. Inland II A/B: Ungarn-Spionageabwehr, Vertrauensmänner, 1940–1944: Chef Sipo und SD an das AA, 30.7.1940.

Tatsächlich weicht der Entwurf insbesondere in seiner allgemeinen Begründung von Szálasis Ideen und Formulierungen ab und verrät ein deutliches Werben um die Gunst des Dritten Reichs. So hieß es, man müsse die „Interessen und prinzipiellen Gesichtspunkte" in Betracht ziehen, die die Politik des Deutschen Reichs im Bereich der mittleren Donau leiteten. Ziel der vom „plutokratischen Imperialismus" diktierten Pariser Verträge sei die Vernichtung Deutschlands und seiner natürlichen wirtschaftlichen Kraftquelle, des Donaubeckens, gewesen; Deutschlands Interesse und Aufgabe sei daher die Aufhebung der Pariser Friedensordnung, die politische Stärkung Ungarns als Wiederherstellung „des natürlichen Lebensraums des Deutschen Reiches" sowie die Abstimmung der deutschen Interessen mit den „in den südöstlichen (deutschen) Lebensraum" eingeschalteten Völkern[752].

Die Frage nach den (reichs- oder volks-)deutschen Hintermännern des Entwurfs wurde öffentlich diskutiert. Ein dem Auswärtigen Amt übersandter SD-Bericht vom 15. Juli meldete, von reichsdeutscher Seite sei, soweit bekannt, niemand an seiner Ausarbeitung beteiligt gewesen; die deutsche und ruthenische Volksgruppenführung habe den Entwurf jedoch vor seiner Eingabe beraten und gebilligt[753]. Demgegenüber verzeichnet das Hungaristische Tagebuch, die Vorlage sei unter der Federführung Vágós noch von Hubay, Kemény und zwei „Leuten von Basch", also Angehörigen des deutschen „Volksbunds", verfaßt worden[754].

Die Rolle des Volksbunds in dieser Angelegenheit bleibt unklar. Die NYKP versuchte offenbar seit den Wahlen 1939, das gespannte Verhältnis zu den volksdeutschen Nationalsozialisten um Basch zu normalisieren; im Oktober erklärte Vágó die Bereitschaft seiner Partei, einen auf den deutschen Volksgruppenrechtsforderungen basierenden Gesetzentwurf vorzulegen. Basch und Goldschmidt diskutierten zwar, so Vágó in seinem „Offenen Brief" 1960, die Vorlage, erarbeiteten jedoch insgeheim ein eigenes, weit gemäßigteres Memorandum, um im Gegensatz zum radikalen Pfeilkreuzlerentwurf die Chancen für die eigene Vorlage zu verbessern[755]. Das doppelte Spiel der Volksbundführung belegt auch ein SD-Bericht vom Juli 1940, nach dem Basch selbst vor Beginn der Verhandlungen die Regierung von dem geplanten Entwurf unterrichtet hatte[756].

Die Reaktion der Volksdeutschen Mittelstelle auf den Hubay-Vágó-Gesetzentwurf macht allerdings deutlich, daß die Ideologen des deutschen Nationalsozialismus ihre Interessen keineswegs durch den Vorstoß der Pfeilkreuzler befördert sahen. Der Entwurf sei aus politischen Gründen für Deutschland unzweckmäßig, hieß es am 14. Juni, da er ein allgemeines Volksgruppenrecht verwirklichen wolle, d.h. also der deutschen Volksgruppe keine Sonderposition zugestand. Einen Tag später betonte eine Stellungnahme, daß „der Entwurf für die deutsche Volksgruppe völlig untragbar ist, weil er die Erhaltung des bestehenden Zustandes der Madjarisierung vieler tausender Deutscher

[752] Törvényjavaslat: Allgemeine Begründung, S. 1 ff.

[753] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd. 465: Chef Sipo und SD an das AA, 15.7.1940.

[754] Szálasi-TB, Juni 1944, Anlage 18, S. 58: Protokoll einer Unterredung Kemény-Haller, 31.5.1944.

[755] P. Vágó, 1960, S. 14 f., 21; Tilkovszky, 1981, S. 77 ff.

[756] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd. 465: Chef Sipo und SD an AA, 15.7.1940, S. 2.

bewirkt sowie einer weiteren Madjarisierung Tür und Tor öffnet"[757]. Das Dritte Reich konnte am Aufbau eines starken Großreichs gleichberechtigter Volksgruppen im Südosten Europas kein Interesse haben[758].

Der Nationalitätengesetzentwurf scheint allerdings nur in der politischen Elite, den Oppositionsparteien und (gehobeneren) gesellschaftlichen Schichten Empörung ausgelöst zu haben, denn die NYKP verzeichnete ab Sommer 1940 ein Aufwachen aus der Phase der Stagnation und einen bemerkenswerten (Zwischen-)Aufschwung. Das lag zum einen an Hitlers triumphalem Feldzug im Westen; die „Konjunktur" für den ungarischen Nationalsozialismus stieg wieder an. Zum anderen hatte die unbefriedigende innenpolitische, wirtschaftliche und soziale Lage des Jahres 1940 erneut Spannungen hervorgerufen. Der Verfasser eines regierungsfreundlichen Memorandums schrieb im Herbst 1940: „1940! [...] Schwerer Winter, Hochwasser, schlechte Ernte, Rohstoffmangel, Arbeitslosigkeit, Mobilmachung, Teuerung, fehlende Mittelklasse, verarmende Arbeiterschaft. Die natürliche Folge sind Unzufriedenheit und extremistische Neigungen."[759]

Auch die Aktivitäten des extremistischen Flügels der NYKP nahmen erneut zu. Im Juni 1940 meldeten die Zeitungen mehrere Prozesse gegen radikale Hungaristen, denen versuchter gewaltsamer Umsturz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, Vergehen gegen die Würde der ungarischen Nation, Verbreitung von Verleumdungen und Spendensammlungen für den inhaftierten Szálasi vorgeworfen wurden[760]. Im Juli 1940 entdeckte die Polizei frühzeitig eine Verschwörung meist proletarischer Pfeilkreuzler, die die Entführung Horthys, die Freipressung Szálasis und seine Ernennung zum Ministerpräsidenten bzw. gar zum Staatsoberhaupt geplant hatten. Die Affäre erhielt ihre Bedeutung durch die Tatsache, daß sie unter der Leitung des NYKP-Abgeordneten und Parteileiters für die Organisierung der Betriebe, Károly Wirth, stand[761]. Die Angelegenheit wurde aus diplomatischen Gründen, nämlich wegen der bevorstehenden Wiederangliederung Nordsiebenbürgens, zunächst geheimgehalten. Ähnlich vertuscht wurde die Entdeckung der illegalen Aktivitäten der ebenfalls auf einen Staatsstreich hinarbeitenden „Eisenbahnfront", von der direkte Verbindungen zum NYKP-Abgeordneten Emil Kovarcz führten. Durch Sabotageakte sollte der Verkehr von und nach Budapest unterbrochen, die Hauptstadt abgeschnitten werden; dort war die Besetzung der Ministerien und anderer öffentlicher Gebäude geplant, während bewaffnete Einheiten die Straße kontrollierten. Als Zeichen der Erhebung sollte ein Granatenattentat auf Innenminister Keresztes-Fischer dienen[762].

Diese Pfeilkreuzler-„Konjunktur" steigerte sich noch durch die Amnestie Horthys für Szálasi und andere verurteilte Hungaristenführer kurz vor dem Zweiten Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940, mit dem Deutschland und Italien Ungarn die Wiederangliederung Nordsiebenbürgens (43 591 km² mit fast 2,2 Millionen Einwoh-

[757] BA, R 57/1050, 864, zitiert nach Tilkovszky, 1981, S. 82.
[758] Vgl. dazu auch ebenda, S. 159 ff.; ders., 1975, S. 13; P. Vágó, 1960, S. 9 ff.
[759] Horthy Miklós titkos iratai, Nr. 50, S. 254.
[760] Népszava Nr. 126, 7.6.1940, S. 9; Nr. 128, 9.6.1940, S. 5.
[761] Vgl. dazu den Bericht des Leiters der politischen Polizei Sombor-Schweinitzer vom 31.7.1940, in: Horthy Miklós titkos iratai, Nr. 48, S. 225 ff.; Magyarország Nr. 255, 8.11.1940, S. 1.
[762] Ebenda, S. 2; auch Lackó, 1966, S. 228 f. (S. 88 f.); Nagy-Talavera, 1970, S. 164.

nern, davon 51,4 % Ungarn) zusprachen[763]. Am 17. September wurde Szálasi aus der Haft entlassen[764]; acht Tage später revidierte die Verordnung 6840/1940 M.E. die Verordnung 3400/1938, die den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Mitgliedschaft in extremistischen Parteien verboten hatte[765]. Der Eintritt in politische Parteien oder Organisationen unterlag in Zukunft keinen Einschränkungen; verboten blieb jedoch nach wie vor ein aktives Engagement, z. B. ein Parteiamt zu bekleiden, auf Veranstaltungen aufzutreten, bei Ausübung öffentlicher Funktionen ein Parteiabzeichen zu tragen usw. Der Abgeordnete Gruber sah nicht ohne Grund „unabsehbare Möglichkeiten" für seine Partei bei Post, Bahn und sogar in der hohen Beamtenschaft[766]. Glaubt man einem englischen Bericht, so stieg nach Aufhebung der Verordnung die Zahl der NYKP-Mitglieder in Budapest innerhalb von zwei Tagen um 30 %[767].

Die maßgeblichen Gründe für die Amnestie Szálasis nannte ein SD-Bericht vom 17. Oktober 1940: Erster und wichtigster Grund sei das deutsch-ungarische Zusatzprotokoll zum Zweiten Wiener Schiedsspruch, das den Mitgliedern der deutschen Volksgruppe das freie Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung garantiere[768]. Mit diesem Zugeständnis gerate die Regierung aber gegenüber den Pfeilkreuzlern in Bedrängnis, deren Verfolgung nun nicht mehr legitimierbar sei. Außerdem erforderten die Gebietserwerbungen mit großen nationalen Minderheiten eine „Zusammenfassung des Magyarentums": Eine scharfe Opposition der radikalen Rechten sei in dieser kritischen Lage zu gefährlich. Bemerkenswert sei schließlich, daß die Amnestie Szálasis an keine politischen Bedingungen geknüpft und dieser in seiner persönlichen und politischen Freiheit nicht behindert sei; die Regierung setze ihre Hoffnungen offenbar auf die in der Vergangenheit erfahrbaren Gegensätze und Unzulänglichkeiten innerhalb der Pfeilkreuzlerbewegung[769]. Nur so ist es zu erklären, daß trotz des bestehenden Ausnahmezustands die Behörden nicht einschritten, als mehrere hunderttausend Flugblätter mit Szálasis Bild und der Ankündigung verteilt wurden, er habe die Parteiführung wieder übernommen[770].

Die Pfeilkreuzler knüpften immense Erwartungen an Szálasis Rückkehr auf die politische Bühne. Er wurde von seinen Anhängern begeistert empfangen, hofften doch alle, daß mit ihm die aufgetretenen Gegensätze in der Partei, ihre kürzlichen Niederlagen und Mißerfolge sowie die schwächende Zersplitterung der NS-Rechten in Ungarn überwunden werden könnten[771]. Ganz im Gegensatz zu Hubays vorsichtigem, gemä-

[763] Den Text vgl. ADAP, D/X, Nr. 413, S. 479 ff.

[764] Noch im Juni war Szálasis Gesamtstrafe erneut auf drei Jahre, einen Monat, 23 Tage festgelegt worden; vgl. Népszava Nr. 124, 5.6.1940, S. 9.

[765] MTK III, S. 976.

[766] Pesti Ujság Nr. 221, 30.9.1940, S. 6.

[767] PRO. FO 371.24429, S. 158: Telegramm Nr. 435 von O'Malley an FO, Budapest, 5.10.1940: Fortnightly report.

[768] Vgl. dazu ADAP, D/X, Nr. 413, S. 482 ff.

[769] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd. 465: Chef Sipo u. SD an AA, 17.10.1940, S. 9 f., 17. Am 5.10. bat Szálasi Teleki in einer Audienz um die Klärung des Gerüchts, Horthy habe ihn nur auf deutschen Druck begnadigt. Wenn dies zutreffe, werde er sich sofort zur Fortsetzung seiner Strafe melden; vgl. Szálasi-TB, 1940, S. 85. Nach Macartney I, S. 433, hatten die Deutschen Szálasis Freilassung nicht verlangt.

[770] PRO. FO 371.24429, S. 158: Telegramm Nr. 435 von O'Malley an FO, Budapest, 5.10.1940: Fortnightly report.

[771] Seinen Empfang vgl. NYKP, Mozgalmi közlemények, 1940, S. 1 ff.

ßigtem Taktieren schlug Szálasi radikale Töne an. In seiner programmatischen Antrittsrede vom 7. Oktober, in der er die Grundzüge des Hungarismus unverändert wiederholte, vertrat er die Ansicht, das Verhältnis zwischen NYKP und Regierung sei von so tiefen weltanschaulichen Gegensätzen geprägt, daß die Partei keine Zusammenarbeit wünsche, sondern mit Hilfe der von ihr geführten Volksbewegung die Macht erobern wolle[772]. Sie werde mit den Mitteln kämpfen, mit denen sie angegriffen werde: „Oppositionspartei kann sie auch nicht sein, denn als solche wäre sie eine Partei des jetzigen Systems."[773]

Tatsächlich reaktivierte Szálasi die darniederliegende Parteiarbeit und verhalf ihr zu neuem Schwung. Unverändertes Ziel waren die Vorbereitung der Machtübernahme und die Erarbeitung der Konturen des hungaristischen Zukunftsstaates. „Wir haben ungeheuer viele Parteiorganisationen, aber die Arbeit, die man [zur Machtübernahme] bräuchte, gibt es noch nicht"[774], mußte der stellvertretende NYKP-Organisationsleiter Mihály Orosz gestehen. Hier setzte Szálasi an. Die bloße Stimmung genügte ihm nicht; harte Organisationsarbeit sollte es ermöglichen, daß die Nation, wenn sie zusammenbreche, „in eine sichere und feste Umfassung fällt". Mit Henney erarbeitete er das NYKP-Organisationsstatut, mit Vágó die Grundlagen des hungaristischen „Landesaufbaus". Csaba Gál schließlich wurde mit der Vorbereitung der notwendigen „personellen Umstellung" im Zukunftsstaat beauftragt[775]. Überliefert sind eine Vielzahl seiner protokollierten Unterredungen mit führenden Parteifunktionären, ihre vorgebrachten Rechenschaftsberichte und neu zugewiesenen Aufgabenbereiche, die Erstellung gigantischer Arbeitspläne und insbesondere Versuche, die Nationalitätengruppen der Partei zu organisieren[776].

Mit der Rückkehr Szálasis traten auch die von Hubay aus der Partei ausgeschlossenen oder verdrängten radikalen Hungaristen wieder stärker in den politischen Vordergrund. Die NYKP-Zeitungen riefen alle auf, die wegen ihrer NS-Einstellung verurteilt, interniert, inhaftiert oder unter polizeiliche Aufsicht gestellt worden waren, sich namentlich unter Angabe von Strafmaß und -dauer in der Rechtsabteilung der Parteizentrale zu melden[777]. Polizeiberichte gaben an, Szálasi habe veranlaßt, daß die alten Hungaristen sowie jene, die aus dem Gefängnis freigekommen oder aus dem deutschen Exil zurückgekehrt seien, wichtige Positionen in der Parteihierarchie bekämen;

[772] Die ganze Rede vgl. IfZ, MA 1541/2, B.827–832; auch NYKP, Mozgalmi közlemények, 1940, S.3 (Auszug).

[773] PA, AA. Inland II A/B: Ungarn – Spionageabwehr, Vertrauensmänner, 1940–1944: Deutsche Übersetzung der Szálasi-Rede, übersandt vom SD an AA, 28.10.1940, S.3. Szálasi erklärte typischerweise in derselben Rede, er strebe eine Macht an, wie sie der Duce besitze, „weil ich immer ein Staatsoberhaupt hatte, habe und auch immer haben werde"; vgl. ebenda, S.1. Gerade deutsche Kreise jedoch waren von Szálasis Auftreten enttäuscht. Seine Rede sei „zum größten Teil ein Gemisch von Phrasen" gewesen, habe „so gut wie überhaupt keine praktischen Gesichtspunkte und konkreten Forderungen" enthalten und sei „selbst für politische Routiniers unverständlich" geblieben. Sie habe daher ihre Wirkung auf die Bevölkerung verfehlt; vgl. ebenda, Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd.466: Chef Sipo und SD an AA, 12.11.1940, S.3f.

[774] IfZ, MA 1541/1, B.542f.: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi-Orosz, 4.11.1940.

[775] Ebenda, 1541/5, B.811: Az Út: 1940.

[776] Ebenda, 1541/1, B.541–581, 835–895 für die Zeiträume vom 7. bis 28.10. sowie 2.11. bis 18.12.1940.

[777] So z.B. NYKP, Mozgalmi közlemények, 1940, S.6; Pesti Ujság Nr.225, 4.10.1940, S.2.

sie würden für die unter Hubay eher vernachlässigte Organisierung der Arbeiterschaft und der Betriebe eingesetzt[778]. Als schließlich im Oktober der von den Pfeilkreuzlern „angeregte" Bergarbeiterstreik ausbrach, sah sich die Regierung, innenpolitisch durch den Beitritt Ungarns zum Dreimächtepakt gegen Angriffe von rechts gestärkt, erneut zu Gegenmaßnahmen gezwungen.

Horthy, der sich zunehmend von Attentätern und Pfeilkreuzler-Sympathisanten an politisch und wirtschaftlich verantwortlichen Posten umgeben sah, schrieb an Ministerpräsident Teleki, er sehe in dieser kritischen Situation keinen anderen Ausweg, als das Standrecht zu verkünden und den NYKP-Führern damit zu drohen, die Partei zu verbieten und ihre Führer an die Wand zu stellen, wenn sie ihre umstürzlerischen Aktivitäten nicht einstellten. Zu derart energischen Schritten kam es allerdings nicht[779]. Dafür wurden am 7. November 1940 die im Sommer aufgedeckten Umsturzpläne der NYKP-Abgeordneten Kovarcz und Wirth publik gemacht und um die Aufhebung ihrer Immunität nachgesucht. Parallel dazu bat die Staatsanwaltschaft um die Aufhebung der Immunität der vier NYKP-Abgeordneten Kovarcz, Gál, Csia und Lill wegen Unterstützung bzw. Mitwisserschaft einer auf die gewaltsame Machtergreifung hinarbeitenden Geheimorganisation (unter Ádám Bock) im Sommer 1939[780]. Bereits vier Tage später entschied das Parlament im Falle Kovarcz/Wirth im Sinne der Staatsanwaltschaft; am selben Tag begann der Hochverratsprozeß gegen Teilnehmer einer entdeckten Verschwörergruppe unter Führung von Pál Iván, der sich selbst allerdings rechtzeitig nach Deutschland hatte absetzen können[781]. Die ersten Monate des Jahres 1941 brachten die Auflösung weiterer Tarnorganisationen. Wirth wurde Ende Januar zu 15 Jahren Zuchthaus, Kovarcz im Februar zu zwei Jahren bzw. im April zu weiteren fünf Jahren Haft verurteilt, doch gelang ihm die Flucht nach Deutschland. Ebenfalls zu Haftstrafen von einem halben bzw. einem Jahr verurteilt wurden Gruber und Hubay. Neben diesen „Prominenten" kamen viele andere, nicht namhafte Pfeilkreuzler hinter Gitter[782].

Charakteristischerweise begann Szálasi sofort nach seiner Entlassung erneut mit dem Werben um die Unterstützung des Reichsverwesers. Bereits in seiner Antrittsrede vor der NYKP-Führung am 7. Oktober 1940 hob er hervor, daß er „immer ein Staatsoberhaupt hatte, habe und auch immer haben werde", und verglich seine angestrebte Machtposition mit der Stellung des Duce[783]. Bis in das Jahr 1944 reichten seine erfolglosen Gesuche um eine Audienz bei Horthy, den er von der Notwendig-

[778] Dazu Lackó, 1966, S. 253 (S. 102). Demnach bedeutete die Rückkehr Kassais aus dem Gefängnis 1941 und seine Wiedereinsetzung als Leiter der Arbeiterorganisation eine erhebliche Stärkung des radikalen Flügels.

[779] Horthy Miklós titkos iratai, Nr. 51, S. 262 ff.: Horthy an Teleki, 14.10.1940; in englischer Übersetzung: Admiral Horthy's Confidential Papers, Nr. 36, S. 151 f.; auch Lackó, 1966, S. 239 f.

[780] Magyarország Nr. 255, 8.11.1940, S. 1 f.

[781] PRO. FO 371.24429, S. 159 f.: Telegramm Nr. 508 von O'Malley an FO, Budapest, 12.11.1940; vgl. auch Lackó, 1966, S. 242.

[782] Vgl. dazu die Telegramme O'Malleys an das FO, z. B. Nr. 599, 23.12.1940, in: PRO. FO 371.24429, S. 163; Nr. 89, 8.2.1941, in: ebenda, 26612, S. 38 f.; zusammenfassend Lackó, 1966, S. 248.

[783] PA, AA. Inland II A/B. Ungarn – Spionageabwehr, Vertrauensmänner, 1940–1944: Deutsche Übersetzung der Rede, übersandt vom SD an das AA, 28.10.1940.

keit der Errichtung eines nationalsozialistischen Systems in Ungarn überzeugen wollte. Schon am 5. Oktober 1940 hatte Szálasi Ministerpräsident Teleki um die Vermittlung einer Audienz gebeten – ohne Ergebnis. Am 11. November und 5. Dezember 1941 wandte er sich schriftlich mit derselben Bitte direkt an Horthy: Nicht die Regierung könne die Nation vor der unvermeidlichen Katastrophe retten, sondern nur die vom gemeinsamen Willen des Staatsoberhaupts und der Nation (sprich: der NYKP und ihres Führers) getragene NS-Entwicklung. Beide Male verweigerte Horthy, der keine diktatorischen Absichten, geschweige denn im Verein mit dem Pfeilkreuzlerführer, hegte, jede Aussprache mit dem Hinweis auf die Verfassungsmäßigkeit der Regierung, die sein volles Vertrauen besitze[784]. Nicht anders war das Ergebnis von Szálasis Vorstößen im Jahr 1943, obwohl er am 13. Januar immerhin zu einer zweistündigen Audienz bei Ministerpräsident Kállay vordrang[785]. Am 31. März bemühten sich die NYKP-Abgeordneten Szöllösi, Csia und Budinszky in einem Memorandum an Horthy[786], am 28. Mai der Leiter der außenpolitischen Abteilung der NYKP, Kemény, in einem Brief an Ministerpräsident Kállay[787] und am 2. Juli Szálasi erneut direkt bei Horthy[788] um eine Audienz für den Hungaristenführer. Erst Ende August 1944 jedoch ging Szálasi zu einem „Ohne-Horthy-Konzept" über.

Die Fusion von NYKP und Ungarischen Nationalsozialisten 1940

Das Parteileben nahm im Herbst 1940 einen kräftigen Aufschwung; nach Polizeiinformationen bildeten sich im Lauf des Jahres mehr als 200 neue Ortsgruppen (darunter jedoch auch einige Wiedergründungen)[789]. Szálasi war jedoch mit dem Zustand der NYKP alles andere als zufrieden. Er stellte das völlige Fehlen jeder Organisation und Disziplin fest, eine „anarchistische Stimmung oder stimmungsmäßige Anarchie", den Zerfall der Partei in Cliquen sowie die „Veruntreuung" der hungaristischen Ideologie[790]. Andererseits schien er einem politischen Erfolg näher denn je, da sich kurz nach seiner Haftentlassung die NYKP mit der „Ungarischen Nationalsozialistischen Partei" MNSZP (Magyar Nemzeti Szocialista Párt) des Grafen Fidél Pálffy vereinigte.

Im August 1939 hatte sich der ehemalige Gendarmerieoffizier László Baky[791] der „Vereinigten Ungarischen Nationalsozialistischen Partei" Pálffys angeschlossen, in der

[784] Den kompletten wörtlichen Briefwechsel in dieser Angelegenheit verlas Szálasi in seiner Neujahrsansprache am 10.1.1942; vgl. IfZ, MA 1541/10, B. 442 ff.

[785] Szálasi-TB, Januar 1943, S. 47 ff.; Macartney II, S. 131; Lackó, 1966, S. 297.

[786] IfZ, MA 1541/11, B. 327 ff.

[787] Ebenda, 1541/5, B. 398 f.

[788] Ebenda, B. 395 ff. Die letzten beiden Dokumente auch im Szálasi-TB, Juli 1943, S. 79 ff.; zusammenfassend auch Lackó, 1966, S. 301 ff.

[789] Ebenda, S. 250 f.

[790] Szálasi-TB, 1940, S. 81, 83.

[791] Näheres zu Baky vgl. Macartney I, S. 187 f.; Lackó, 1966, S. 67, Anm. 59, S. 120 f., Anm. 56 (S. 36 f.); Magyar életrajzi lexikon 1, S. 80. Baky hatte sich nach der „radikalen" Wende Szálasis nach dessen Deutschlandreise 1936 von diesem entfremdet, war dann jedoch ab 1937 oder 1938 an führender Stelle in der Hungaristenpartei tätig, allerdings als Doppelagent. Er lieferte dem Innenministerium Informationen über die Hungaristen, diesen jedoch auch Interna aus der Regierung. Eventuell ab 1938, sicher ab 1940 war er zudem SS-Agent. 1939 trat

er bald tonangebend wurde. Am 26. September 1939 wurde die offizielle Gründung der „Vereinigten Ungarischen Nationalsozialistischen Partei – Pfeilkreuzlerfront" bekanntgegeben[792]. Sie hatte 1939/40 im Parlament elf Mandate[793]. Im Januar 1940 fanden erstmals Fusionsverhandlungen zwischen der Pálffy-Partei und der NYKP statt, die sich ergebnislos bis Mai 1940 hinzogen und dann abgebrochen wurden. Einzige Quellengrundlage zur Rekonstruktion der Verhandlungen ist eine NYKP-Dokumentation des Jahres 1940, die, aus 28 Dokumenten bestehend, vor allem den Briefwechsel zwischen Hubay und Pálffy enthält und offensichtlich dem Ziel diente, letzterem die Schuld für das Scheitern zuzuschieben. Streitpunkte waren demnach die Haltung der NYKP zur Bodenreformfrage, ihr Verhalten im Parlament und ihre Methoden zur Machtergreifung; Pálffys Partei nahm für sich in Anspruch, unter allen Umständen auf dem Boden der Verfassung zu stehen, und verurteilte daher politische Mittel, die zu Gefängnis, Internierung und polizeilicher Aufsicht führten[794].

Die Baky-Pálffy-Partei nutzte den Skandal um die NYKP-Gesetzesvorlage zur Nationalitätenfrage, um die aus der Pfeilkreuzpartei austretenden Abgeordneten und Mitglieder an sich zu binden. Am 24. Juni 1940 gab Mátyás Matolcsy im Parlament die Gründung einer neuen Partei, der „Ungarischen Nationalsozialistischen Partei" MNSZP, bekannt, die mit 15 Abgeordneten die zweitgrößte Oppositionsfraktion nach der NYKP bildete. Die MNSZP stand unter der Führung von Pálffy, Matolcsy und Antal Keck[795].

Die MNSZP ist bisher noch nicht wissenschaftlich untersucht worden; die Quellenlage ist mehr als dürftig, so daß man mit Aussagen außerordentlich vorsichtig sein muß. In der Literatur gilt sie, ohne daß dies jedoch ausreichend belegt würde, als „a distinctly bourgeois fascist group despite some peasant following in Transdanubia"[796]. Auf der Grundlage der völkischen Theorie nach deutschem Muster stehend, unterhielt sie mit der SS engste Verbindungen und wurde zu Deutschlands „chief and [...] only contractual agents in Hungary"[797].

Auf dem jetzigen Kenntnisstand lassen sich nur einige vorsichtige Aussagen über die MNSZP-Führung formulieren. Sie zählte, vergleicht man sie mit der Szálasi-Partei, eher zur Gruppe der „Salonfaschisten", jedoch mit ganz eindeutig nationalsozialistischer Ideologie. Im Gegensatz zur NYKP, die bei ihrem Universalangriff gegen das

er aus der Szálasi-Partei aus und wurde zur wichtigsten Figur von Pálffys Ungarischen Nationalsozialisten. Zur Zeit der deutschen Besetzung Ungarns organisierte er als Staatssekretär im Innenministerium zusammen mit László Endre die Deportation der ungarischen Juden. Bakys Loyalität galt dabei ausschließlich Himmler, dessen Mann er war. Auf dem Höhepunkt der Krise der Regierung Sztójay im August 1944 erklärte er, „daß er den Reichsführer [!] nunmehr bitten müsse, ihn von seiner Verantwortung zu entbinden"; vgl. PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1944, Bd. 472: Fernschreiben Nr. 3027 von Kaltenbrunner an Ribbentrop, 4.8.1944, S. 4 f.

[792] Sipos, 1970, S. 125.

[793] Országgyülési almanach 1939/44, S. 100.

[794] Die NYKP-Dokumentation vgl. A nyilas egység-tárgyalások okmányai, 1940. Zusammenfassend auch Lackó, 1966, S. 217 f. (S. 82 f.).

[795] Vgl. dazu das Protokoll der 121. Parlamentssitzung, 24.6.1940, in: Képviselöházi Napló 1939/VI, S. 307 f., mit einer kurzen Programmatik der Partei und einer Liste der 15 Abgeordneten.

[796] Nagy-Talavera, 1970, S. 164.

[797] Macartney I, S. 428.

alte Regime alle Mittel, von der sozialen Demagogie über Attentate bis zur parlamentarischen Tätigkeit einsetzte, ihren Kampf um die Macht also ideologisch und „physisch" ausfocht und sich dabei auf eine Massenbewegung auch unterer sozialer Schichten bis hin zum Lumpenproletariat stützen konnte, enthielt sich die MNSZP der sozialrevolutionären Agitation und beschränkte sich auf Propaganda und Parlamentsarbeit. Massenaktionen von „unten" lehnte sie ab; sie hätte sie auch kaum initiieren können, folgten ihr doch keine Massen. Ihre Mitglieder rekrutierten sich in erster Linie aus Beamten, Militärs und Freiberuflern, die Wert auf ihre „Salonfähigkeit" legten. Führende Männer der MNSZP (Baky, Ruszkay, Rupprecht) unterhielten enge (nachrichtendienstliche) Kontakte zur deutschen SS, wie auch die völkischen Elemente ihrer Ideologie dem deutschen Nationalsozialismus weit eher entsprachen als etwa Szálasis Hungarismus, der sich gegen rassisch-biologische Herrenvolktheorien sperrte[798].

Ende August 1940 streckte die MNSZP erneut ihre Fühler zur Pfeilkreuzpartei aus, um eine Fusion herbeizuführen. Um die trennende Kluft zu überwinden, betraute sie den pensionierten Feldmarschalleutnant Jenö Ruszkay, der sich bereits 1919 in der Gegenrevolution einen Namen gemacht hatte und ebenfalls Kontakte zur SS unterhielt[799], mit der Parteiführung. Nach Lackó geschah dies auf Anregung der SS über Franz Rothen und László Baky. Die Strategie der deutschen Ungarnpolitik der vierziger Jahre bestand darin, das Horthy-Regime zwar weiter zu stützen und mit ihm zu kooperieren, jedoch gleichzeitig für den Notfall eine regierungsfähige Partei rechts von der Regierungspartei aufzubauen. Durch eine Fusion mit der NYKP sollte deren Massenbasis genutzt werden. Auch das rumänische Beispiel der Zusammenarbeit von Antonescu und der Eisernen Garde schien die Bildung einer gemeinsamen Plattform unter Einbeziehung des rechten MÉP-Flügels als gangbaren Weg auszuweisen[800]. Man war dafür auch bereit, Szálasi als Führer dieser vereinten NS-Partei anzuerkennen. Mit seinem Nimbus als Märtyrer war er der einzige geeignete Mann, die Massen anzuziehen, zu organisieren und zu halten, kurz: eine „Bewegung" zu führen; andererseits erwartete man von ihm die Zügelung des radikalen Parteiflügels. Auch für Szálasi war eine Fusion attraktiv, verfügten Ruszkay und die MNSZP-Führung doch über sehr nützliche Verbindungen zu Armee, Regierung, anderen wichtigen Persönlichkeiten sowie zu deutschen Kreisen. Zudem schien wegen der deutschen Siege im Westen die „Großwetterlage" für einen vereinten Aufbruch des ungarischen Nationalsozialismus so günstig wie nie[801].

Die dem Szálasi-Tagebuch beigefügten Dokumente erlauben eine Rekonstruktion der Fusionsverhandlungen. Demnach teilte Ruszkay Szálasi kurz nach seiner Entlas-

[798] Hierzu auch Tilkovszky, 1975, S. 19.

[799] Ruszkays ausführliche Berichte an den SD hatten durchaus landesverräterische Qualität. So unterrichtete er z. B. am 22.9.1942 den SD über den ungarischen Abwehrdienst, was um so wichtiger war, als er selbst längere Zeit die militärische Abwehr geleitet hatte; vgl. PA, AA. Inland II g: Akten betr. Auslandsmeldungen des SD. Ungarn, Bd. IV, 1941–1943. Eine Notiz des Referats D III im Auswärtigen Amt vom 21.10.1942 bezeichnete ihn gar als „Vertreter des SD in Ungarn"; vgl. ebenda: Berichte über Ungarn, 1942, Bd. 469.

[800] Dazu Lackó, 1966, S. 230 ff. (S. 89 f., 106).

[801] Vgl. auch Sipos, 1970, S. 186 ff.

sung am 19. September[802] schriftlich mit, die Regierung müsse unter den gegenwärtigen Umständen mit dem Nahen der „neuen Welt" rechnen; Vorbedingung für einen Erfolg sei „a) die enge und disziplinierte Zusammenfassung aller ungarischen nationalsozialistischen Kräfte unter *Deiner* Führerschaft", denn alle persönlichen Ambitionen, Streitigkeiten und Intrigen müßten in Anbetracht des gemeinsamen Ziels hintangestellt werden, sowie b) eine ernsthafte Arbeit „im Geist der Versöhnung", was „den Männern der alten Welt den ‚Rückzug in Ehren' [im Original deutsch] sichern könnte, zum anderen zu einem solchen Übergang führte (à la Hindenburg – Hugenberg – Hitler), der die zur Vorbereitung nötige Zeit und Vorgehensweise ergeben würde". Die Lage sei „todernst", unabhängig von den Vorgängen im Ausland blieben zur Abwicklung des Vorhabens maximal vier bis fünf Monate[803].

Der Hinweis auf die Abfolge Hindenburg – Hugenberg – Hitler läßt keinen Zweifel an der eingeschlagenen Taktik. In Nachahmung des deutschen Vorbilds sollte die Macht nicht allein über die Straße durch die Mobilisierung der Massen, auch nicht über eine potentielle parlamentarische Mehrheit gewonnen werden, sondern über eine Koalition mit rechtskonservativen Kräften, die dann wie in Deutschland an die Wand gedrückt werden sollten.

Bereits einen Tag nach diesem Brief erließ Ruszkay am 20. September einen Runderlaß an seine Partei, in dem er indirekt die geplante Fusion ankündigte, da er Szálasi als „Führer der gesamten ungarischen nationalsozialistischen Bewegung" titulierte[804]. Sieben Tage später gaben Szálasi und Ruszkay in einer Presseerklärung die Vereinigung ihrer Parteien bekannt, die bis zum 6. Oktober durchzuführen sei. Zur Beseitigung der letzten Hindernisse mußten die fünf aus der NYKP ausgetretenen Abgeordneten, die „Dissidenten", die sich der MNSZP angeschlossen hatten, ein von Szálasi diktiertes „Reuebekenntnis" unterzeichnen[805]. Am 29. September schließlich unterschrieben die beiden Parteiführer die offizielle Fusionsurkunde. Die vereinigte „Pfeilkreuzpartei" NYKP[806] stand unter der ausschließlichen Führung Szálasis; im beratenden Parteiführerrat saßen ferner Csia, Hubay, Graf Széchenyi und Ruszkay[807], d.h. auch hier waren die Szálasi-Anhänger in der Mehrheit.

In der ersten Sitzung des Parteiführerrats am 8. Oktober 1940 umriß der Hungaristenchef die interne Aufgabenteilung: Ruszkay war für sämtliche außenpolitischen

[802] Lackó datiert diesen Brief aufgrund der im Szálasi-Prozeß verwendeten Dokumente auf den 9.9., also noch vor Szálasis Haftentlassung; vgl. Lackó, 1966, S. 231, Anm. 133. Das Szálasi-TB datiert auf den 19.9. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, daß Ruszkay einen die Strategie der nationalsozialistischen Machtübernahme enthüllenden vertraulichen Brief ins Gefängnis geschickt haben soll, wo die Post von der Direktion mit Sicherheit geöffnet und gelesen wurde.

[803] Szálasi-TB, 1940, Anlage 4, S. 78 f.; zusammenfassend Lackó, 1966, S. 231 (S. 90).

[804] Szálasi-TB, 1940, Anlage 5, S. 79 f.

[805] Ebenda, Anlage 6, S. 81 f. Vgl. auch den Abdruck aller Dokumente in der Pfeilkreuzlerpresse, z. B. Magyarság Nr. 217, 1.10.1940, S. 1.

[806] Der geplante Name „Pfeilkreuzpartei – Hungaristische Bewegung" mußte aufgegeben werden, da die Regierung das Wort „Bewegung" nicht genehmigte; vgl. PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd. 465: Chef Sipo und SD an AA, 17.10.1940, S. 14.

[807] Szálasi-TB, 1940, Anlage 8, S. 82 f.; auch NYKP, Mozgalmi tájékoztató, 1940, S. 1; vgl. dazu Macartney I, S. 434; Nagy-Talavera, 1970, S. 165; Lackó, 1966, S. 232 f.

Fragen zuständig, Széchenyi für den Parteiaufbau, Hubay für Presse und Propaganda; die Führung der Parlamentsfraktion und der Bereich der Innenpolitik oblagen Csia[808]. Die vereinigte Partei verfügte über 46 Abgeordnete im Parlament, als am 3. Oktober auch noch die Christliche Nationalsozialistische Partei um Károly Marothy-Meizler ihren Anschluß an die NYKP bekanntgab[809]. Nur drei NS-Abgeordnete, Kálmán Rácz, Meskó und Szemere, blieben parteilos[810].

Auseinandersetzungen mit Ungarischen Nationalsozialisten und Volksbund

Die Hoffnungen auf eine starke vereinigte NS-Partei von Dauer zerschlugen sich allerdings schon vor der offiziell bekanntgegebenen Fusion von MNSZP und NYKP. Die Rechnung der Deutschen wie auch der führenden Kreise in der Pálffy-Partei, Szálasi von seinem unbequemen Hungarismus abziehen zu können, sollte nicht aufgehen. Ein SD-Bericht vom 12. November 1940 klagte, man habe gehofft, „daß Szálasi während seiner mehr als zweijährigen Gefängnishaft eine innere Läuterung durchmachen würde, mußte aber nun erleben, daß er genauso wie früher Illusionen über die Stellung Ungarns nachjagt“[811]. Mit der ihm eigenen visionären Sturheit in weltanschaulichen Fragen wich Szálasi von seinen Prinzipien nicht ab[812], obwohl der Druck gleich nach seiner Haftentlassung einsetzte. Amtliche deutsche Regierungs- und Parteistellen hielten sich dabei wie schon in den Jahren zuvor weitestgehend zurück, obwohl Szálasi sich darum bemühte, offizielle Kontakte zur NSDAP anzuknüpfen. Als Führer der ungarischen NS-Bewegung, die er als gleichberechtigt neben der deutschen und italienischen anerkannt wissen wollte, wollte er „nur mit offiziellen Verbindungsleuten verkehren“[813]. Er stellte sich dies als gegenseitigen Austausch von Parteivertretern vor[814]. Die Deutschen hüteten sich aus guten politischen Gründen davor, jemals so „amtlich“ zu werden, waren sie doch mit der ungarischen Regierung vertraglich verbunden. Am 6. Dezember 1940 gab Szálasi vor dem Parteiführerrat seine Versuche um eine offizielle Anerkennung der NYKP auf und teilte mit, er lasse ihre auswärtigen Beziehun-

[808] IfZ, MA 1541/1, B. 847 f.: Ergebnisprotokoll. Der in der MNSZP so wichtige László Baky mußte in den Hintergrund treten, war er für Szálasi doch wenig akzeptabel. Dieser ließ in der „Angelegenheit Baky“ Nachforschungen über dessen Intrigen gegen die Parteiführung anstellen; vgl. ebenda, B. 889 f.: Protokoll der Unterredung Szálasi-Gál, 25.10.1940.

[809] Pesti Ujság Nr. 226, 5.10.1940, S. 1.

[810] Lackó, 1966, S. 233.

[811] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd. 466: Chef Sipo und SD an AA, 12.11.1940, S. 3.

[812] Vgl. z. B. das Interview deutscher Journalisten mit Szálasi nach seiner Entlassung, in: BA, NS 19 neu/1529.

[813] IfZ, MA 1541/1, B. 862 f.: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasis mit Csia und Hubay, 14.10.1940. Aus diesem Grund weigerte sich Szálasi zunächst auch, nach seiner Entlassung die bereits beleidigten Vertreter der deutschen Presse in Ungarn zu empfangen, obwohl Ruszkay ihm dies dringend empfahl und obwohl einer von ihnen „eine vertrauliche Mitteilung vom deutschen Gesandten“ für ihn hatte; vgl. ebenda, B. 857 f.: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi-Ruszkay, 15.10.1940.

[814] Ebenda, B. 858; auch Szálasi-TB, 1940, S. 87 f.; vgl. dazu auch Sipos, 1970, S. 119.

gen wegen Hitlers und Mussolinis Verhalten einstellen[815]. Anfang 1941 notierte er im Hungaristischen Tagebuch, er suche „ernsthafte Verbindungen" zur NSDAP und den europäischen NS-Parteien, doch seien alle Anstrengungen vergeblich; auch die wenigen Anfangserfolge hätten sich verflüchtigt[816].

Da die Deutschen sich offiziell zurückhielten, um ihre Ungarnpolitik nicht zu gefährden, mußten sie andere, inoffizielle Wege und Geheimkontakte nutzen, um auf Szálasi Einfluß auszuüben. Franz Rothen in Deutschland ließ ihm über den Journalisten und Agenten Adolf Michaelis mitteilen, „daß es mit dem Hungarismus zu Ende ist, daß der Hungarismus vor 1938 gut war, aber die Ereignisse ihn schon jetzt überholt haben, weil er nicht zeitgemäß ist"[817]. Er habe, so Michaelis, den Plan zur Neuordnung Südosteuropas gesehen. Demnach erhielten die sieben auf Ungarns Gebiet lebenden Völkerschaften je einen „völkischen Staat", der mit Berlin verbunden sei. Da in dieser Konzeption der Hungarismus keinen Platz habe, müsse Szálasi die Tatsachen akzeptieren; dann könne ihm Rothen zur völligen Verfügung stehen. Mit anderen Worten: Falls Szálasi auf die deutschen Bedingungen einging, war ihm ihre politische und materielle Unterstützung in Aussicht gestellt. Szálasis Antwort auf Michaelis' Vorgaben war typisch: Da Michaelis kein offizieller Beauftragter sei, sei er auch nicht zu amtlichen Äußerungen befugt. Zwar überstürzten sich die Ereignisse, doch hinkten sie immer noch weit hinter dem Hungarismus her[818].

Kurz nach Michaelis wurde Szálasi von Mecsér besucht, der ebenfalls in engsten Beziehungen zu deutschen NS-Kreisen stand. Ende August 1940 bereits hatte Mecsér aus Anlaß des Zweiten Wiener Schiedsspruchs in einem Bericht an das Außenpolitische Amt der NSDAP einen Vorschlag mit seinem Wunschkabinett zur Zusammenfassung aller nationalen Kräfte unterbreitet, dessen Mitglieder bereit seien, „wirklich ehrlich, aufrichtig und treu mit Deutschland zu arbeiten". Er deutete dabei die Möglichkeit an, das neue Regime unter deutschem Druck entstehen zu lassen. Seine Traumregierung der nationalen Konzentration umfaßte alle Parteien der extremen Rechten, von der NYKP bis zum rechten Flügel der MÉP, schlug er doch Ruszkay als Verteidigungs-, Szálasi als Innen- und einen weiteren Pfeilkreuzler, Tibor Koszmovszky, als Justizminister vor[819].

[815] IfZ, MA 1541/1, B. 569: Kurzprotokoll der Sitzung des Parteiführerrats, 6.12.1940. Schon im Oktober hatte Szálasi entschieden, in Deutschland keine NYKP-Auslandsorganisationen zu errichten, obwohl „man" an ihn herangetreten sei, in Wien, München und Berlin Parteizentralen aufzubauen; vgl. ebenda, B. 886 f.: Kurzprotokoll der Sitzung des Parteiführerrats, 25.10.1940.

[816] Szálasi-TB, 1941, S. 3 f. Den Grund für die deutsche Zurückhaltung sah Szálasi in den Erfolgen der Wehrmacht begründet, wodurch nur mehr die deutsche Sichtweise zum Ausdruck gelange. Demnach seien die Polen ein „Ausfallvolk", die Ungarn ein „retrogrades Volk" und die Rumänen ein „Volk ohne Kultur", denen staatliche Selbständigkeit nicht zustehe. Darauf Szálasi: „Sz. erhebt Einspruch gegen eine solche kurzsichtige Einstellung."

[817] Ebenda, 1940, S. 80.

[818] Ebenda, S. 80; vgl. auch Macartney I, S. 434; Lackó, 1969, S. 90 f., Anm. 49.

[819] IfZ, MA 600: NSDAP, Außenpolitisches Amt, B. 18338 f.: Bericht von Mecsér und Braun über die Lage in Ungarn, 30.8.1940. Die weiteren Wunschminister waren: Imrédy als Ministerpräsident, Mecsér als Außen-, Rajniss als Kultus-, Kunder als Industrie-, Reményi-Schneller als Finanz- und Graf Mihály Teleki als Landwirtschaftsminister.

Mecsérs Besuch bei Szálasi in dieser Angelegenheit verlief jedoch wenig erfreulich. Der Hungaristenführer vermerkte in seinem Tagebuch: „Mecsér möchte ebenfalls zwischen Hungarismus und völkischer Bewegung vermitteln, einseitig, zum Schaden des Hungarismus."[820] Mecsérs „Lösung" lag tatsächlich voll auf der Linie des deutschen Nationalsozialismus bzw. der SS: In Ungarn und ganz Südosteuropa solle eine komitatsähnliche Ordnung völkischer Staaten errichtet werden. Jeder völkische Staat bilde „eine Art Komitat", an dessen Spitze ein deutscher (!) Ober- und Untergespan stehe. Derartige Konzeptionen von Ungarn als eines deutschen Gaus oder „Komitats" waren für Szálasi außerhalb jeder Diskussion. Er kam zu der Erkenntnis, es gebe zwar ein starkes Bedürfnis nach einem Zusammenschluß der Parteien der extremen Rechten, aber: „Franz Rothen will ihn [Szálasi] für die Praxis des deutschen Nationalsozialismus gewinnen, er könnte dies deutschen offiziellen Kreisen versprochen haben."[821]

Als Szálasi kurz darauf eine gut bezahlte Stellung in der Redaktion der von Deutschland finanziell unterstützten Zeitung „Magyarság" ablehnte, um seine völlige Unabhängigkeit zu bewahren, erregte er bereits Bakys Ärger[822]. Szálasi war sich also bewußt, daß versucht wurde, ihn und seine Partei für deutsche Zwecke zu instrumentalisieren. Er sah seine Bewegung am Jahresende in „Cliquen" zerfallen, die untereinander stark verwoben seien und „nicht ganz akzeptable" Verbindungen zu den Fahndungsorganen von Polizei und Gendarmerie sowie zum deutschen Nachrichtendienst unterhielten. Alle Fäden schienen bei Rothen in Deutschland zusammenzulaufen[823]. Szálasi mißtraute ihm über die Maßen und stilisierte ihn zu seinem Hauptgegenspieler: „Unter Franz Rothens persönlicher Führung entsteht in Ungarn die Gruppe, die mit allen Mitteln dem Land die deutsche Praxis des Nationalsozialismus aufzwingen will. Zu dieser Gruppe gehören die gesamte Leitung der Tageszeitung ‚Magyarság', Michaelis, einer namens Kienast [...]. Dieser Gruppe nähert sich die Pálffy-Fraktion."[824]

Daß Szálasi keineswegs gewillt war, sich um der Einheit willen auf die „deutsche Praxis des Nationalsozialismus" einzulassen, belegen auch seine ergebnislos verlaufenen Verhandlungen mit dem Volksbund-Führer Basch. Mit der Rückendeckung durch das deutsch-ungarische Protokoll des Zweiten Wiener Schiedsspruchs, das den Angehörigen der deutschen Volksgruppe das freie Bekenntnis zum Nationalsozialismus und eine begünstigte Rolle gegenüber allen anderen Minderheiten zugestand[825], begann der Volksbund im Herbst 1940, alle Deutschen in Ungarn unter seiner Fahne zu versammeln. Sie wurden aufgefordert, sich wieder zu ihrem Deutschtum, zur führenden Rasse, zu bekennen[826]. Der Volksbund umfaßte im Oktober 1940 53 000 Mit-

[820] Szálasi-TB, 1940, S. 80.

[821] Ebenda, S. 80 f.

[822] Ebenda, S. 86. Dort heißt es wörtlich: „Sz. will seine völlige Unabhängigkeit bewahren, deshalb nimmt er sie [die Stellung] nicht an. Sz. weiß schon, daß die „Magyarság" über Rothen finanzielle Hilfe von seiten der amtlichen deutschen Führung erhält, infolgedessen hat sie auch wirklich starke Verpflichtungen".

[823] Ebenda, S. 99. Er stellte in seinem übermäßigen Mißtrauen acht verschiedene Cliquen fest.

[824] Ebenda, S. 95; vgl. zusammenfassend Lackó, 1969, S. 107 f.

[825] Vgl. ADAP, D/X, Nr. 413, S. 482; vgl. auch Broszat, in: HZ 206 (1968), S. 550.

[826] PI, A. 685–1/12: Flugblatt, undatiert (1940). Hier hieß es ganz unmißverständlich: „Der romantische Traum der ungarischen Selbständigkeit wird sich auch auflösen. Südosteuropa wird zum Großdeutschen Reich gehören."

glieder in 167 Ortsgruppen; im Frühjahr 1941 hatte sich diese Zahl auf 97 000 Mitglieder in 410 Ortsgruppen erhöht[827]. Der Konflikt mit Szálasis hungaristischen Plänen, die ja auch die im Karpatenbecken siedelnden Deutschen einbezogen, war in dem Augenblick vorprogrammiert, als Basch die in der NYKP organisierten Deutschen aufforderte, auszutreten und sich dem Volksbund anzuschließen[828]: Szálasi müsse seinen Anspruch, auch unter den Volksdeutschen um Mitglieder zu werben, aufgeben, da Himmler die Erfassung der gesamten deutschen Volksgruppe im Volksbund fordere[829].

Die NYKP-Parteileitung reagierte zunächst sehr vorsichtig und wies alle Parteileiter in den von Deutschen bewohnten Gebieten an, die Organisationsbemühungen des Volksbunds nicht zu behindern, nicht dagegen zu „agitieren" und ein freundschaftliches Verhältnis zu bewahren; alle umstrittenen Fragen würden demnächst geklärt[830]. Zwischen dem 16. und 19. Oktober 1940[831] trafen sich Szálasi und Basch zu ihrem ersten vereinbarten Gespräch. Der Streit entzündete sich an der Bedeutung des Wiener Abkommens und des Nationalsozialismus überhaupt. Für Basch stand mit dem Schiedsspruch die deutsche Volksgruppe unter dem Schutz des Dritten Reichs. Sie erkenne nur mehr Adolf Hitler als Führer aller Deutschen an; ein Ungar könne höchstens als Ministerpräsident, niemals aber als Führer der Deutschen in Ungarn akzeptiert werden. Derartige Vorstellungen widersprachen Szálasis hungaristischen Reichskonzeptionen. Er hätte, so entgegnete er Basch, den Wiener Vertrag nie unterschrieben, denn sein erster Abschnitt sei eine Verletzung der staatlichen Souveränität Ungarns; die in Abschnitt 2 zugesicherte Loyalität der deutschen Volksgruppe gegenüber dem ungarischen Staat könne er nur mit einem vulgären Sprichwort bezeichnen[832]. Unter einer hungaristischen Regierung wäre die Unterzeichnung eines derartigen Vertrags gar nicht notwendig, da sie ohnehin jeder „Volkspersönlichkeit" das Recht auf „Leben" gewährleiste[833].

Der eigentliche Gegensatz lag in der unterschiedlichen Interpretation dessen, was Nationalsozialismus bedeute. Nach Basch war die Pfeilkreuzlerbewegung „etatistisch, faschistisch oder hungaristisch, keineswegs aber nationalsozialistisch", d.h. für ihn war der Nationalsozialismus eine auf das deutsche Volk (bzw. Rasse) zugeschnittene, allein den deutschen Interessen dienende Weltanschauung. Nach dem Grundsatz der volksdeutschen Bewegung in Ungarn „müsse alles wieder deutsch werden, was einstmal

[827] Tilkovszky, 1981, S. 152. 1941 gaben 7,4 % der 13,6 Millionen Einwohner Ungarns Deutsch als Muttersprache an; vgl. MTK III, S. 979.

[828] Vgl. hierzu z.B. den Situationsbericht Vágós über das Verhältnis zwischen NYKP und deutscher Volksgruppe, 9.9.1940, in: PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn 1940, Bd. 465: Chef Sipo und SD an AA, 4.10.1940.

[829] Szálasi-TB, 1940, S. 90.

[830] PI, A. 685–1/2: 8. Rundbrief der NYKP-Organisationsabteilung, 10.9.1940, Punkt 9.

[831] Die Datierung nach Tilkovszky, 1981, S. 112.

[832] BA, NS 19 neu/1529: Aussprache zwischen Szálasi und Basch, o.V., o.J., S. 1. Das „Sprichwort" lautete: „Wie wenn man einem Scheißhaufen eine Krawatte umbindet."

[833] Szálasi-TB, 1940, S. 89.

deutsch war"; ihrem Volkstum entfremdete Menschen seien wieder dem Deutschtum zuzuführen[834].

Anders dagegen Szálasi, der den Nationalsozialismus als gemeinsame weltanschauliche Grundlage der Völker der Europa-Gemeinschaft begriff. Seine Partei werde nicht darauf verzichten, unter der deutschen Volksgruppe um Mitglieder zu werben, wiewohl er die deutschen Parteimitglieder nicht hindern werde, dem Volksbund beizutreten. Wenn ein Deutscher von seinen im Wiener Abkommen garantierten Rechten keinen Gebrauch mache, sei er in die Hungaristenbewegung organisierbar. Auf dieser Linie lag auch der auf dem Großrat der Partei verkündete offizielle Standpunkt der NYKP zum Volksbund, der sich auf die im Hubay-Vágó-Gesetzentwurf formulierte Konzeption der Volksgruppenautonomie berief, den Deutschen jedoch keine Sonderposition zugestand[835].

Tatsächlich begann die Pfeilkreuzpartei Ende Oktober 1940, Nationalitätensektionen unter eigenen Volksgruppenführern und kenntlichem Parteiabzeichen einzurichten, was die Volksbundführung in Alarmzustand versetzte[836]. Obwohl die NYKP-Leitung dazu aufforderte, den Volksbund nicht zu behindern und „die Vorbedingungen einer liebevollen, brüderlichen Zusammenarbeit" zu schaffen[837], blieb das gegenseitige Verhältnis mehr als gespannt. Auch im Deutschen Reich selbst nahm man enttäuscht zur Kenntnis, daß Basch einen Verzicht der NYKP auf parteipolitische Tätigkeit unter den Ungarndeutschen nicht hatte erreichen können[838]. Während im Volksbund Gerüchte umgingen, die Pfeilkreuzlerführung plane, „daß nach der Machtergreifung Szálasis eine Volkszählung stattfinden soll und die Deutschen, die sich zu ihrem Volk bekennen, würde man mit allen Mitteln aussiedeln"[839], stellte sich Szálasi nach seinem Gespräch mit Basch darauf ein, daß Hitler nach dem Krieg die Aufteilung Ungarns beabsichtige: Der östliche Teil falle an die Sowjetunion, der westliche an Deutschland[840], d.h. er sah Polens Schicksal auf Ungarn zukommen. In der Folgezeit sollte es zwar in partiellen Fragen zur Kooperation zwischen Volksbund und NYKP kommen, doch stützte sich die Volksbundführung in ihren langfristigen Konzeptionen auf den rechten Flügel der Regierungspartei sowie das im September 1941 entstandene nationalsozialistische Parteienbündnis[841].

[834] BA, NS 19 neu/1529: Aussprache Szálasi-Basch, S.1f. Als Beispiel nannte Basch die Stadt Fünfkirchen, die 1890 noch zu 70% deutsch gewesen sei. Szálasi entgegnete, er nehme die Zeit vor 1526 als Grundlage; damals sei Pécs/Fünfkirchen noch eine rein magyarische Stadt gewesen.

[835] Szálasi-TB, 1940, S.89f. sowie Anlage 11, S.91f.

[836] Vgl. dazu IfZ, MA 330: Persönlicher Stab RFSS, B.4233f.: Berichte von Albert Ilg an Dr. Franz Basch, Budapest, 27. und 28.10.1940; auch Tilkovszky, 1975, S.18f.; ders., 1981, S.118.

[837] Szálasi-TB, 1940, Anlage 11, S.92.

[838] Vgl. z.B. PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd.466: Chef Sipo und SD an AA, 12.11.1940.

[839] BA, NS 19 neu/1529: Bericht Martin, o.J. (Oktober 1940), S.4.

[840] Ebenda: Aussprache zwischen Szálasi und Basch, S.3.

[841] Vgl. dazu Tilkovszky, 1981, S.290. Es wäre jedoch verfehlt, Basch als simplen Befehlsempfänger aus Berlin zu betrachten. Seine Führerstellung basierte eher auf der Legitimation durch seine eigene Volksgruppe als auf dem Willen der VOMI, die Basch keine Sympathien entgegenbrachte; vgl. dazu Seewann, in: Südostdeutsches Archiv 22/23 (1979/80), S.148.

Die Partei der Ungarischen Erneuerung und das Zerbrechen der NS-Einheit 1941

Noch ein weiteres Ereignis im Herbst 1940 machte von Anbeginn deutlich, daß sich die Hoffnungen auf eine vereinte ungarische NS-Rechte nicht erfüllen würden. Der rechtsgerichtete Imrédy-Flügel der Regierungspartei, der nach den Wahlen 1939 schärfere Konturen angenommen hatte[842], trat nach heftigen Auseinandersetzungen mit der Politik des Ministerpräsidenten Teleki aus der MÉP aus. Imrédys Austritt am 3. Oktober schlossen sich zwischen dem 5. und 10. Oktober seine nächsten Anhänger, doch entgegen den allgemeinen Erwartungen nur 18 Abgeordnete an. Imrédy verfolgte seinen ursprünglichen Plan, parteilos zu bleiben, nicht weiter und gab am 14. Oktober im Innenministerium und sieben Tage später im Parlament die Gründung einer neuen Partei bekannt, der „Partei der Ungarischen Erneuerung" MMP (Magyar Megújulás Pártja). Die Regierungspartei war der Gefahr einer Spaltung erneut entronnen; es blieb bei der Absplitterung der MMP, die die Mehrheit der MÉP im Parlament nicht gefährdete[843]. Während sich zwischen MNSZP und der deutschen SS Querverbindungen feststellen lassen, so war es im Fall der MMP das Auswärtige Amt, das bereits im Frühjahr 1940 Imrédy und seine Gruppe für „ein besonders geeignetes Werkzeug" gehalten hatte. Obzwar die verfügbaren Quellen nicht nachweisen, daß der Austritt der Imrédy-Anhänger aus der Regierungspartei und die Gründung der MMP auf direkte deutsche Initiative erfolgten, so sollte in der Zukunft doch deutlich werden, daß trotz gewisser Belastungen durch Imrédys jüdische Vorfahren führende Kreise des Auswärtigen Amts seine Aufgabe und Rolle nicht mehr innerhalb der MÉP sahen, sondern als seriöse, verläßliche Führerfigur mit exzellenten wirtschaftlichen Sachkenntnissen auf der NS-Rechten[844].

Hatte schon 1939 der britische Gesandte Knox in Imrédys erster Gründung, der MÉM, eine „bowdlerised edition of the Nazi and Fascist parties" ausgemacht[845], so gruppierte sich auch um die MMP ohne Zweifel „the who's who of Szeged fascism"[846], Männer wie Andor Jaross, Antal Kunder, Jenö Rátz, Ferenc Rajniss. Die politische Bedeutung dieser quantitativ beschränkten Gruppe war um so höher, als es sich nicht um Neulinge, sondern um Fachleute mit politischer, großenteils sogar mit Regierungserfahrung und entsprechenden gesellschaftlichen Verbindungen handelte[847].

[842] Der Vorteil des Imrédy-Flügels lag in seiner im Vergleich zur Gesamtpartei größeren politischen und sozialen Homogenität und dem überdurchschnittlichen politischen Engagement seines Kerns aus mobilen, aufstiegsorientierten jungen Rechtsanwälten, Journalisten usw.; dazu Sipos, 1970, S. 128.

[843] Vgl. Näheres ebenda, S. 189 ff.; Lackó, 1966, S. 245 ff. (S. 92 ff.); Macartney I, S. 436 f. Die Namen der ausgetretenen Abgeordneten vgl. Képviselöházi Napló 1939/VII, S. 127 f. (143. Sitzung, 21.10.1940).

[844] Lackó, 1966, S. 220, 245, 261.

[845] PRO. FO 371.23112, S. 81: Telegramm Nr. 1 Saving von Knox an FO, 11.1.1939.

[846] Nagy-Talavera, 1970, S. 166.

[847] Imrédy übernahm die Führung der MMP, seine Stellvertreter waren Rátz und Jaross; Kunder übernahm die Leitung der Abteilung Volkswirtschaft; vgl. Sipos, 1970, S. 203. Weitere einflußreiche MMP-Mitglieder mit Kurzbiographie vgl. ebenda, S. 205 ff. Regierungserfahrung hatten Jaross (Minister für das wiederangeschlossene Oberungarn 1938–1940), Kunder (Industrie- und Handelsminister 1938/39), Rátz (1937 Chef des Generalstabs; 1938 Verteidigungsminister) sowie Imrédy selbst als Ministerpräsident 1938–1939.

Das ausgesprochen achsenfreundliche Programm der MMP, das eine Diktatur des Ministerpräsidenten, das Verbot aller politischen Parteien und linksgerichteten Vereinigungen, ein Einparteiensystem, die Abschaffung des Oberhauses, die Reorganisation des Abgeordnetenhauses auf korporativer Basis und den Ausbau der Judengesetzgebung als innenpolitische Ziele verfolgte[848], kam in vieler Hinsicht deutschen Vorstellungen sehr nahe; andererseits war Imrédy bestrebt, „sich und seine Organisation auch in Äußerlichkeiten, in Methode und Stil von der Szálasi-Partei abzugrenzen"[849].

Der MMP fehlten die sozialrevolutionäre, antikapitalistische Agitation, die Aufwiegelung der Massen, ja überhaupt ernsthaftere Bestrebungen, eine Massenpartei zu bilden. Sie blieb strukturell eine Gruppe von Abgeordneten, die von „oben" versuchten, sich eine Partei und damit eine gewisse politische und soziale Basis zu schaffen, was sie als typische Vertreter der „neuen Rechten" ausweist. Imrédy wollte die Regierung nicht erobern, sondern übernehmen, das alte System revidieren, nicht aber durch eine faschistische, auf einer Massenbewegung beruhende Diktatur ersetzen. Ziel war eine deutschfreundliche, antisemitische, nationalistische und militaristische Diktatur mit sozialreformerischen Zügen, jedoch ohne weitgehendere gesellschaftliche und politische Veränderungen[850].

Die Zielgruppen der MMP-Propaganda waren keinesfalls die „Massen" bzw. untere gesellschaftliche Schichten. Imrédy wolle, so Ruszkay in einer Unterredung mit Szálasi am 15. Oktober 1940, „jene Elemente aufsaugen, die rechts gesinnt sind, aber in die Pfeilkreuzpartei nicht eintreten möchten", in Augen der NYKP-Führung also „die feige Substanz des Bürgertums"[851]. Die MMP umwarb gezielt Leute aus gehobenem sozialen Milieu mit Einfluß auf die öffentliche Meinung, also die Honoratioren der ländlichen Städte (Lehrer, Pfarrer, Vereinsvorsitzende), Journalisten, Beamte usw., was der Partei die Chance eröffnete, in Politik und Verwaltung auf regionaler und lokaler Ebene eine Rolle zu spielen. Einen zweiten Schwerpunkt bildete die Gewinnung der akademischen Jugend. In der Praxis gelang es der MMP nicht, ihre typischen Honoratiorenstrukturen zu überwinden. Die Parteiorganisation war lokal und regional nicht oder nur rudimentär entwickelt, die Budapester Zentrale leitete die Ortsverbände meist direkt. Gewisse Erfolge verbuchte die Partei in den städtischen Wirtschafts- und Verwaltungszentren des wiederangeschlossenen Nordsiebenbürgen sowie über Jaross in Oberungarn; auf dem Gebiet Trianon-Ungarns gewann sie nur sehr begrenzten Einfluß in Transdanubien (Komitat Somogy; Pécs, Kaposvár), ohne jedoch Partei- oder gar „Bewegungscharakter" anzunehmen. In der Tiefebene besaß sie nur in Debrecen einen bedeutenderen Ortsverband. In Budapest scheint die MMP nur 100–400, politisch nicht besonders aktive Mitglieder gehabt zu haben[852].

Trotz dieser verschwindend geringen Mitgliederzahlen war die Partei alles andere als politisch einflußlos; ihr innenpolitisches Gewicht beruhte nicht auf ihrer Organisation als Partei, sondern auf den gesellschaftlichen Verbindungen ihrer wenigen Mitglieder und Führungspersönlichkeiten, was sie der Regierungspartei sehr ähnlich

[848] Hierzu ausführlich ebenda, S. 246 f.; Macartney I, S. 436 f.
[849] Sipos, 1970, S. 251.
[850] Vgl. hierzu Borbándi, in: Ungarn-Jahrbuch 3 (1971), S. 238 f., der die Unterschiede zwischen „Imrédisten" und Pfeilkreuzlern sehr deutlich herausarbeitet.
[851] IfZ, MA 1541/1, B. 856: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi-Ruszkay, 15.10.1940.
[852] Sipos, 1970, S. 216 ff.

machte[853]. Nach Sipos konzentrierte sich die soziale Zugehörigkeit der MMP-Mitglieder auf die gehobene Mittelklasse, d.h. auf höhere Beamte, Angestellte und Freiberufler. Für 116 Ortsgruppenleiter im Zeitraum zwischen Oktober 1940 und März 1944 konnten aus Parteipresse und Akten des Innenministeriums die Berufsangaben ermittelt werden[854]. Auf die in der vorliegenden Arbeit verwendete Kategorisierung übertragen, ergibt sich, daß von diesen 116 Personen 23 (19,8%) den freien Berufen zuzurechnen waren (davon 17 Rechtsanwälte), 31 (26,7%) hingegen dem „neuen Mittelstand" aus Beamten, Angestellten usw.; dabei kam den Angestellten (12; davon zwei Ingenieure) und den Geistlichen (9; davon fünf katholischer, vier protestantischer Konfession) ein besonders großes Gewicht zu. Beamte und Offiziere schlugen dagegen nur mit sieben bzw. einer Person zu Buche. Nicht eindeutig interpretierbar ist die sich aus Sipos' marxistischem Ansatz ergebende Kategorie „Bourgeoisie"[855], die mit immerhin 47 Personen die größte Einzelgruppe bildete. Dazu zählten neben drei Bank- und Fabrikdirektoren jedoch auch 19 „Händler" und 25 „Gewerbetreibende/Handwerker" (iparos). Zwar sind die Besitzverhältnisse nicht erfaßt; man muß aber mit großer Wahrscheinlichkeit kleinere Existenzen des „alten Mittelstands" annehmen. Die MMP hat also auch in die „kleinbürgerlichen" Schichten hereingereicht. Bezeichnend bleibt daneben das fast völlige Fehlen der in der Landwirtschaft erwerbstätigen Bevölkerung (nur drei Grundbesitzer, sechs Kleinlandwirte).

Am tendenziell eher gehobenen sozialen Charakter der MMP besteht kein Zweifel. Während die Pfeilkreuzler unter den einfachen Beamten oder den jüngeren Offizieren (oft noch aus Szálasis persönlichem Bekanntenkreis) Anklang fanden, konnte die MMP hohe und höchste Beamte und Militärs für sich gewinnen. Ein Polizeibericht über die Mitgliederwerbung beider Parteien in Nordsiebenbürgen 1941 verzeichnete denn auch explizit, daß die NYKP „hauptsächlich in den untersten Schichten der Gesellschaft" Anhänger finden konnte. Gehobene soziale Gruppen der Mittelklasse und solche, die sich politisch nicht zu sehr exponieren wollten, zogen die MMP vor, da sie die radikalen Töne der Pfeilkreuzler und ihr plebejischer Charakter abschreckten[856].

Der stellvertretende MMP-Vorsitzende Rátz nannte im Januar 1941 in einem Gespräch mit Szálasi drei Argumente für die Gründung der Partei Imrédys, die das politische Profil der MMP treffend charakterisieren. Erstens wollten sich viele Ungarn dem neuen „Zeitgeist" anschließen, aber ihre gewohnte Umgebung und Lebensführung nicht aufs Spiel setzen; sie hielten zweitens das Pfeilkreuzlerprogramm für „zu radikal" und hätten davor Angst; drittens wage der überwiegende Teil der Mittelklasse nicht, sich offen zum neuen Zeitgeist zu bekennen, und suche sich daher eine Partei,

[853] Beispiele für die gesellschaftlichen Verbindungen zur „christlichen Großbourgeoisie", zu Ministerien und Massenmedien (Presse, Radio, Film) und zum höheren Offizierskorps vgl. ebenda, S. 230f.

[854] Ebenda, S. 228f. Sipos hatte nur dürftiges Quellenmaterial zur Verfügung; leider macht er keine Angaben über die regionale Verteilung noch darüber, ob es sich um groß-, kleinstädtische oder dörfliche Ortsgruppen handelte. Die MMP konzentrierte sich im allgemeinen auf das städtische Milieu.

[855] Sipos kategorisiert in die Obergruppen I. Bourgeoisie, II. Intelligenz, III. Beamte, IV. Sonstige.

[856] Ebenda, S. 219f. In Nordsiebenbürgen kam als Negativum hinzu, daß die Pfeilkreuzler versuchten, mit den Überresten der Eisernen Garde in Kontakt zu treten.

„die eher oppositionell und nicht weltanschaulich ist"[857]. Da jedoch, wie natürlich auch in deutschen Regierungskreisen bekannt, einzig Szálasi über eine Partei mit Massenanhang verfügte und an eine vereinigte NS-Rechte ohne seine Pfeilkreuzler nicht zu denken war, da zudem der Einigungsprozeß mit der Fusion von NYKP und MNSZP einen so hoffnungsvollen, raschen Anfang genommen hatte, wurden Fusions- oder zumindest Bündnisverhandlungen auch zwischen MMP und NYKP aufgenommen. Ihre Stoßrichtung zielte auf eine Unterordnung Szálasis und seiner Bewegung unter die Führung Imrédys[858].

Ein anonymer „ungarischer arischer Großindustrieller" vertrat nach einem SD-Bericht im Sommer 1940 die Ansicht, als Nachfolger Telekis sei nur Imrédy vorstellbar, der zwar durch seine partielle nichtarische Abstammung eine gewisse Belastung darstelle, „sonst aber für diesen Posten geradezu ideal sei. [...] Der Gedanke, Szalassy [sic] zum Ministerpräsidenten zu machen, sei undurchführbar. Szalassy sei ein Phantast, ein Abenteurer und verantwortungsloser Politiker."[859]

Diese Meinung teilten denn auch maßgebliche deutsche Kreise. Die Imrédisten argumentierten bei den Verhandlungen mit der NYKP, sie hätten die Köpfe, den Sachverstand, die Pfeilkreuzler hingegen die Massen; die Massen bedürften eines Kopfes, also der Führung durch Imrédy und seine Partei[860]. Ziel war letztendlich die Ausschaltung des unhandsamen Szálasi und die Instrumentalisierung und gleichzeitige politische Entschärfung seiner Bewegung: Programm und Ziele der NYKP, so ein Unternehmensdirektor, seien „unleugbar richtig", „aber die Mehrheit der Partei ist Gesindel, und ihr Führer verrückt. Daher, um Imrédys Worte zu benutzen, ist die Vernichtung des Gesindels dadurch erreichbar, daß wir seine Prinzipien verkünden"[861].

Die gleich im Oktober 1940 aufgenommenen Verhandlungen[862] waren folglich für den aufmerksamen Beobachter von Anfang an aussichtslos, zu groß waren die Unterschiede von sozialer Basis und politischem Vorgehen beider Parteien. Imrédys Ausfälle gegen die Pfeilkreuzler wurden nur von Szálasi selbst übertroffen, der Imrédy seit seiner Verurteilung 1938 als seinen Intimfeind und nun auch als Konkurrenten um die Führerschaft betrachtete. Ein erstes, auf Drängen Ruszkays zustande gekommenes Treffen zwischen beiden Parteiführern noch im Oktober endete mit Ausbrüchen unversöhnlichen Hasses[863].

Das Hungaristische Tagebuch verfolgt den Lauf der Verhandlungen bis in den Sommer 1941, als sie ergebnislos abgebrochen wurden, und bringt in den aufgenommenen Kurzprotokollen den unterschiedlichen Charakter beider Parteien auf den

[857] Szálasi-TB, 1941, S. 1.

[858] Vgl. hierzu Lackó, 1966, S. 258 f.

[859] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1940, Bd. 465: Chef Sipo u. SD an AA, 14.8.1940, S. 9 f.

[860] Szálasi-TB, 1941, S. 1.

[861] Zitiert nach Sipos, 1970, S. 230.

[862] Vgl. z. B. die tagebuchartig zusammengefaßten Kurzprotokolle (Oktober–Dezember 1940), in: IfZ, MA 1541/1, B. 541 ff., 856 ff.

[863] Diese Episode vgl. Szálasi-TB, 1940, S. 86 f. Sie wird anschaulich geschildert bei Macartney I, S. 437; Nagy-Talavera, 1970, S. 166. Zur Datierung auf Oktober 1940 vgl. IfZ, MA 1541/1, B. 884: Kurzprotokoll der Sitzung des Parteiführerrats, 25.10.1940. Szálasi berichtete über sein dreistündiges Gespräch mit Imrédy, ohne die Vorfälle zu erwähnen.

Nenner. Auf das Argument, die Pfeilkreuzlermassen bedürften Imrédys Kopfes zu ihrer Führung, antwortete Szálasi, eine Partei wie die MMP, die nur einen Kopf, aber keinen Körper habe, könne ihren Platz nur „im höchsten Panoptikum" finden, nicht aber in der Politik. Kurz darauf bemerkte er gegenüber dem deutschen Industriellen Otto Braun, die hungaristische Herrschaft „wird keinen von liberalen Herren abgelegten Frack anziehen"[864]. Szálasi strebte unverändert nach der Alleinherrschaft und war nicht bereit, den immer noch dem alten System verbundenen Imrédy in die vorgesehene Regierung aufzunehmen. Das Ergebnis einer weiteren Verhandlungsrunde lautete kurz und bündig: „Sz. erklärt unnachgiebig, alles habe seine Grenzen; er sei einer solchen Vereinigung nicht willens, durch die sowohl er als auch seine Bewegung Selbstmord begingen, nur deshalb, um einem rassisch und politisch zweifelhaften Mann einen Dienst zu erweisen."[865]

Die strittigen Punkte konzentrierten sich auf drei Sachverhalte, nämlich erstens Szálasis Anspruch auf die Führerrolle bei starrem Festhalten an Horthy als Staatsoberhaupt, zweitens seine unbedingte Festlegung auf den Hungarismus und drittens die Tatsache, daß die NYKP weiterhin Mitglieder in der deutschen Minderheit organisiere, anstatt sich ausschließlich auf das ungarische Volk zu beschränken[866]. Diese drei Kritikpunkte der MMP entsprachen genau den Interessen des Dritten Reichs in Ungarn, und zwar sowohl des Auswärtigen Amtes wie auch der SS, denen Szálasis Pläne einer Karpaten-Donau-Großheimat und seine Weigerung, die Sonderrolle der Deutschen anzuerkennen, alles andere als gelegen kamen. Hier traf sich die MMP mit dem Baky-Pálffy-Flügel der NYKP, der nun innerhalb der Pfeilkreuzpartei versuchte, Szálasi auf die richtige Linie zu bringen und die Einigung mit der MMP voranzutreiben. Bereits auf einer protokollierten Konferenz der NYKP-Führung am 22. November 1940 berichtete Ruszkay, ihn erreichten ständige Anfragen aus Deutschland, ob man nicht mit der MMP in Kürze positive Ergebnisse erzielen könne. „Die deutschen Kreise" erwarteten die politische Umgestaltung des Landes von einer geeinten nationalen und sozialistischen Gruppierung und sahen praktische Erfolge als Voraussetzung dieser Entwicklung an[867]. Noch deutlicher wurde der deutsche Industrielle Otto Braun in einer ebenfalls aufgezeichneten Unterredung mit Szálasi am 8. Dezember, der unverhohlen für Ende Februar 1941 einen Machtwechsel in Ungarn voraussagte: „Man denke an Imrédy als Übergangsregierung und sähe es gern, wenn auch die Pfeilkreuzpartei mit ihm zusammenarbeite bzw. ihn stütze."[868]

Obwohl das Protokoll nicht eindeutig klärt, welche Kreise unter „man" zu verstehen sind, lief die deutsche Taktik in Ungarn also nachweislich zweigleisig: Während sie offiziell die Regierung als einzigen verantwortlichen Faktor ihrer Außenpolitik betrachtete und stützte, behielt sie als Druckmittel und Ausweichmöglichkeit die rechtsradikale Opposition als zweites Eisen im Feuer. Diese war natürlich nur als geeinte Kraft effizient und handhabbar, wobei in Deutschland offensichtlich Wert auf die von der NYKP erfaßten „tiefsten Schichten des Volks" gelegt wurde. Zu diesem Zweck

[864] Szálasi-TB, 1941, S. 1, 4.
[865] Ebenda, S. 16.
[866] Ebenda, S. 15.
[867] IfZ, MA 1541/1, B. 562 f.
[868] Ebenda, B. 570; im folgenden nach ebenda, B. 570 f.

lockte man Szálasi mit der Zusage, eine Regierung Imrédy sei nur als Übergangslösung geplant, was eine spätere Machtübergabe an Szálasi suggeriert. Als zweiten Köder legte Braun den vom Hungaristenführer ersehnten deutschen „offiziellen Gesandten" bei der Pfeilkreuzpartei aus und enthüllte gleichzeitig, wer hinter ihm stand: Der Verbindungsmann sei „angeblich" jemand, der zur Zeit „unter Ribbentrop arbeite". Es wurde sogar ein Name genannt, den der Protokollant nicht kannte und folglich mißverstand, der jedoch zeigt, wie früh die deutsche Ungarnpolitik personell feststand: „Er versprach, daß Feselmayer [sic] kommt, der offizieller Beauftragter wird."[869] Natürlich hütete man sich in Deutschland vor diesem Schritt, so daß Szálasi am 18. Dezember einem japanischen Gesprächspartner auf Anfrage mißmutig bekennen mußte, die NYKP habe weder mit dem italienischen Faschismus noch mit dem deutschen Nationalsozialismus „direkte Verbindung"[870].

Allerdings war der Hungaristenführer, wie die Verhandlungen mit der MMP zeigen, nicht in der Lage und auch nicht bereit, sein tiefverwurzeltes Mißtrauen gegenüber Imrédy zu überwinden oder gar an einer Koalition teilzunehmen. Er vertrat hier wie auch später hartnäckig den parteiamtlichen Standpunkt, daß sich die NYKP nur an Koalitionen beteilige, die sie auch führe[871]. Auf provisorische Lösungen ließ er sich nicht ein und wurde folglich für die deutschen Interessen wertlos. Man hatte voll auf die Bildung einer vereinigten NS-Partei gesetzt, die sich Szálasis Massenanhang zunutze machen, aber keinesfalls unter seiner Führung stehen sollte. Die Deutschen schwenkten nun über zu einem „Ohne-Szálasi-Konzept" unter Einbeziehung der ehemaligen MNSZP. So, wie der Baky-Pálffy-Flügel zuvor auf eine Einigung mit der MMP gedrängt hatte, arbeitete er jetzt auf deutsche Anregung auf die Spaltung der NYKP hin.

Schon im Frühjahr 1941 erhielt Szálasi durch Parteimitglieder im Telefonabhördienst die Mitschriften von Bakys Telefonaten mit Franz Rothen in Deutschland und damit den Beweis, daß die ehemalige MNSZP mit deutscher Rückendeckung das Auseinanderbrechen der Pfeilkreuzpartei vorbereitete[872]. Die Gegensätze innerhalb der NYKP spitzten sich nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion noch erheblich zu. Der „Magyarság"-Eigentümer Rupprecht forderte Szálasi auf, endlich die deutschen Pläne für Südosteuropa und die Notwendigkeit der Schaffung völkischer Staaten anzuerkennen sowie seine Organisationsbemühungen ausschließlich auf die Magyaren zu konzentrieren, um nicht mit den deutschen Interessen zu kollidieren. Derartige Konzeptionen verglich dieser mit einem „neuen Trianon" und erklärte, „daß Großraum und Großdeutsches Reich nicht ein und dasselbe sind, gar nicht sein können. Die Grenzen des Großdeutschen Reichs werden nicht dort sein, wo die Grenzen des Großraums verlaufen. Wenn der ganze Großraum ‚Großdeutsches Reich' hieße, wäre die imperialistische Zielsetzung von seiten der deutschen Führung unleugbar.

[869] Ebenda, B. 577 f.: Kurzprotokoll der Unterredung der NYKP-Führung, 13.12.1940.
[870] Ebenda, B. 580: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi – Adachi Tsusutaro, 18.12.1940.
[871] Vgl. z. B. ebenda, 1541/11, B. 718: Szálasi, Rede o. J. (1942). Daher auch trotz Fusion der deutliche Führungsanspruch gegenüber der MNSZP.
[872] Szálasi-TB, 1941, S. 8. Baky und Rothen sprachen von Szálasi respektlos als vom „Dalai Lama".

Auf die imperialistische Lösung jedoch kann man keinen nationalistischen und sozialistischen Großraum bauen."[873]

Ein SD-Bericht vom August 1941 meldete, daß ein großer Teil der NYKP mit dem Verhalten ihrer Führung unzufrieden sei und eine Fusion mit der Imrédy-Partei befürworte, und zwar um so mehr, als Baky nach seiner Rückkehr aus Deutschland in einer Rede erklärt habe, „massgebliche Persönlichkeiten der NSDAP und des Deutschen Reiches hätten ihm gegenüber die Notwendigkeit einer Fusion zwischen den Pfeilkreuzlern und der Imrédy-Gruppe betont"[874]. Als sich jedoch Szálasi nach wie vor kompromißlos verhielt, riß den Deutschen der Geduldsfaden. Ende August oder Anfang September kam der Ungarnbeauftragte des nachrichtendienstlichen Amts VI des RSHA, Dr. Wilhelm Höttl, nach Budapest und erklärte Baky und Rupprecht, Himmler wolle nicht die Szálasi-Partei an die Macht bringen, sondern wünsche, daß sie mit möglichst vielen Anhängern aus der NYKP austräten, die MNSZP wiedergründeten und mit Imrédys MMP ein Bündnis eingingen. Am 12. September 1941 war es soweit: Baky erklärte seinen Parteiaustritt, gefolgt von elf Abgeordneten; drei von ihnen traten Imrédys MMP bei (gefolgt bald von einem vierten), die damit ihre Fraktion auf 24 Abgeordnete ausbaute. Die restlichen acht gründeten am 18. September die MNSZP neu, die unter der nominellen Führung des ebenfalls aus der NYKP ausgetretenen Grafen Pálffy stand. Rupprecht stellte daraufhin seine Zeitung „Magyarság" der neuen MNSZP zur Verfügung[875].

Szálasi, von seinen Getreuen zur Stellungnahme zur Abspaltung der „Baky-Rupprecht-Rothen-Michaelis-Gruppe" aufgefordert, sah zwar die Spannung innerhalb der Partei „zur Krise vertieft", meinte aber, es handele sich erst um ein Vor-, nicht um das Hauptbeben: „Die ausgeschiedene Gruppe steht im Dienst des imperialistischen Flügels der Deutschen. [...] Der Nationalsozialismus hat damit nichts gemein."[876]

Am 24. September wurde schließlich ein Fraktionsbündnis zwischen MMP und MNSZP unter der Bezeichnung „Ungarische Erneuerung – Nationalsozialistisches Parteibündnis" (Magyar Megújulás Nemzeti Szocialista Pártszövetség) gebildet. Sein starker Mann war Imrédy, der seine Position in dem Bewußtsein auf- und ausbaute, daß die Deutschen ihn und seine Partei als verläßliche Partner in Ungarn einmal an die Macht bringen würden: Sie verfüge über „erprobte und regierungsfähige Politiker" und „erstrangige Wirtschafts- und Militärfachmänner", während die NYKP sich selbst durch ihre „übergeschnappten Unterweltführer" disqualifiziere[877]. Szálasi dagegen erkannte „in allem nur einen riesigen politischen Betrug" und drohte, mit den „politi-

[873] Ebenda, S. 9.

[874] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1941, Bd. 467: Chef Sipo u. SD an AA, 8.8.1941, S. 1. Auch Erzherzog Albrecht, der im Juli eine Deutschlandreise unternommen und Szálasi angeboten hatte, für ihn mit Hitler zu verhandeln (als Gegenleistung wünschte er eine Unterstützung bei seinen Plänen, zum Reichsverweser zu avancieren), was Szálasi jedoch ablehnte, meldete der MMP, amtliche deutsche Kreise unterstützten den ungarischen NS nur dann, wenn eine Vereinigung oder wenigstens ein Bündnis zustande käme; vgl. Macartney II, S. 43.

[875] Lackó, 1966, S. 266 f.; Macartney II, S. 44.

[876] Szálasi-TB, 1941, S. 17 f.

[877] So eine Anlage zum Bericht Sombor-Schweinitzers über Ansichten und Aktivitäten der MMP, 29.1.1943, in: Horthy Miklós titkos iratai, Nr. 66, S. 344.

schen Falschspielern" und „Pseudonationalsozialisten" abzurechnen[878]. Mit dem Fraktionsbündnis jedoch (24 MMP-, 9 MNSZP-Abgeordnete) war die NYKP mit ihren 31 Abgeordneten im Parlament an die zweite Stelle der Oppositionsparteien gerutscht[879].

Der Niedergang der Pfeilkreuzpartei 1941 bis 1943/44

Mit dem Auseinanderbrechen der NYKP im September 1941 war die Krise nicht beendet: Immer noch gab es etliche, die den Pfeilkreuzlerführer „für einen gefährlichen, empfindlichen, apolitischen Träumer halten, für einen, der verschwommenen Hirngespinsten nachjagt, der kein Gefühl für die wahre Politik, die Realitäten des Lebens hat"[880], und eine sofortige Fusion mit der Imrédy- und Pálffy-Partei anrieten. Das Abbröckeln von Mitgliedern aus gehobenen sozialen Schichten, die insbesondere in Imrédys MMP eine echte Alternative zur NYKP sehen mußten, war unaufhaltsam und schwächte die Partei erheblich, obwohl Szálasi dies als positiven und notwendigen Vorgang bewertet wissen wollte, denn „nur die Spreu trennt sich von der Partei"[881].

Zu dieser „Spreu" zählte auch der langjährige Szálasi-Stellvertreter Hubay, der zur Zeit des Bruchs im Gefängnis einsaß und nach seiner Entlassung sofort Kontakt zu Imrédy und Pálffy aufnahm, bis Szálasi ihn zusammen mit dem ebenfalls auf MNSZP-Linie liegenden Ruszkay am 23. Februar 1942 aus der Partei ausschloß. Nicht ganz zu Unrecht vermutete er hinter ihnen eine Intrige der „Imrédy-Baky-Clique" gegen seine Partei und Person und glaubte, mit dem Ausschluß der beiden „Konjunkturritter" eine Schlacht gewonnen zu haben[882]. In der Sicht der Szálasi-Treuen nahm „mit dem 23. Februar 1942 die Hungaristische Bewegung ihren alten Platz in der Parteiführung" wieder ein[883]. Allerdings erblickte der Hungaristenführer in den Monaten vor Hubays und Ruszkays Parteiausschluß den Höhepunkt der Krise. Die Situation war aufgrund der ultimativen Forderungen und Drohungen beider Seiten derart angespannt, daß Szálasi sie zu den schwersten Tagen seines Lebens rechnete und sich sogar ernsthaft mit dem Gedanken an eine Auflösung und Neugründung der Partei bzw. die Abgabe der Parteiführung trug[884].

Diesen beiden folgte im Frühjahr 1942 der Abgeordnete Gruber, der nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis sofort den Anschluß an die MNSZP suchte. Der Abgeordnete Matolcsy trat ebenfalls aus der NYKP aus und wurde ein Jahr später wieder Mitglied der Regierungspartei. Ödön Málnási, der lange als Ideologe der Pfeilkreuzler

[878] Szálasi-TB, 1941, S. 18, 24, 26. Namentlich meinte er damit Imrédy, Rátz, Jaross, Rajniss, Baky, Rupprecht und Rothen.

[879] Vgl. dazu auch Lackó, 1966, S. 267; Macartney II, S. 45. Laut MTK III, S. 984, bildete sich das Fraktionsbündnis erst am 29.9.1941.

[880] Szálasi-TB, 1941, S. 19.

[881] Ebenda, Februar 1942, S. 34.

[882] Ebenda, S. 32 ff.

[883] IfZ, MA 1541/5, B. 845: Az Út: 1940.

[884] Ebenda, 1541/11, B. 617 f.: Rede Szálasis über die parteiinterne Krise vor dem NYKP-Großrat, 18.4.1942. Ersteres verwarf er, weil er die Krise fälschlich in der Parteizentrale lokalisiert sah. Der erwogene Rückzug aus dem politischen Leben kann in Anbetracht von Szálasis missionarischem Sendungsbewußtsein nur einer momentanen depressiven Stimmungslage entsprungen sein.

gegolten hatte, dann aber voll auf die Linie des völkischen Nationalsozialismus umgeschwenkt war, wurde schließlich von Szálasi aller Parteiämter enthoben, woraufhin er ebenfalls die NYKP verließ und in der Zeitung „Magyarság" mitarbeitete[885]. Im November 1942 stand eine auf 18 Abgeordnete geschrumpfte NYKP-Fraktion im Parlament 44 Mitgliedern des Nationalsozialistischen Parteibündnisses gegenüber[886]. Die Krise reichte so tief, daß von der alten Garde nur mehr Csia übriggeblieben war. Fast die komplette Führungsgarnitur mußte ausgetauscht werden. In die freigewordenen Stellen rückten ab 5. Februar 1943 neue Männer wie Henney (Organisation), Gera (Presse und Propaganda), Szöllösi (politische Leitung, Fraktionsführung) und Kemény (auswärtige Angelegenheiten) nach, die bisher weniger von sich hatten reden machen[887].

In völlig überzogener Eigeninterpretation verglichen die Hungaristen 1942, das Jahr der inneren Säuberung der Partei, mit den „Säuberungen" in der siegreichen deutschen NS-Bewegung 1933 bis 1938[888]. Die große innere Krise der Partei hatte in Szálasis Augen die innenpolitische Situation Ungarns endgültig und unmißverständlich geklärt, so daß drei Gruppen zu unterscheiden seien: erstens die „angelsächsisch-jüdisch-marxistische" mit der Regierungspartei an der Spitze (!), zweitens die „den deutschen Imperialismus mitspielende Gruppe" Imrédy–Ruszkay–Baky sowie drittens die den Interessen der ungarischen Nation dienende NYKP[889]. Der Auszug der gehobenen sozialen Schichten aus der Pfeilkreuzpartei verstärkte jedoch deren kleinbürgerlich-proletarischen Charakter, hatte also nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale Konsequenz: Weder der Pálffy- noch erst recht der Imrédy-Partei gelang es, Szálasis plebejischen Massenanhang zu gewinnen, so daß die NYKP über die „Blutarmut" ihrer Konkurrenzparteien triumphierte[890].

Alte hungaristische Parteimitglieder hatten, als die Verhandlungen mit der MMP noch liefen, in einer Eingabe an den Parteiführer gegen eine potentielle Zusammenarbeit mit Imrédy protestiert[891], der als „Salonnazi" für sie untragbar war. Ein nach dem

[885] Lackó, 1966, S. 268 f. Málnási war tatsächlich ein Kuckucksei in Szálasis unmittelbarer Umgebung, doch war dieser zu mißtrauisch, um nicht die Zeichen zu deuten. Bereits nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus Anfang 1941 hatte Málnási geäußert, „er habe seine Ansichten vom Hungarismus und vom ungarischen Volk geändert". Vor die Alternative gestellt, sich entweder zum Hungarismus zu bekennen oder die Partei zu verlassen, hatte er sich zum Bleiben entschlossen, hing jedoch Theorien von der hohen nordischen und der niederen ungarischen Rasse an, was Szálasi nicht zu dulden gewillt war; vgl. Szálasi-TB, 1941, S. 2; 1942, S. 42. Deutschen Quellen ist zu entnehmen, daß Málnási „sich mehr als Volksdeutscher denn als Ungar" fühle: „Er bleibt, wie er sagt, in der Pfeilkreuzler-Partei, um so Deutschland zu dienen."; vgl. PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1942, Bd. 468: Aufzeichnung Rademachers über Málnásis Besuch, 14.5.1942, S. 1 f. Im September 1942 hieß es, Málnási, „der im deutschen Sinne als absolut zuverlässig anzusehen ist", habe sich „auf Veranlassung des Auswärtigen Amts von der ‚Pfeilkreuzler'-Partei zurückgezogen"; vgl. ebenda, AA an RSHA, 1.9.1942.

[886] PRO. FO 371.34496, S. 13: Macartney-Memorandum, 29.12.1942 (Druck: 3.5.1944): „Political structure and institutions in Hungary".

[887] Szálasi-TB, 1943, S. 50 f.; auch Lackó, 1966, S. 274.

[888] IfZ, MA 1541/5, B. 845: Az Út, 1940.

[889] Szálasi-TB, 1942, S. 35.

[890] PI, A. 685–1/3: NYKP – 1943. dec. havi tájékoztató, S. 7 f.

[891] Lackó, 1966, S. 265, Anm. 6.

September 1941 entstandener Polizeibericht meldete: „Die Gruppe der Arbeiter hält vorläufig neben Szálasi aus, aber ihr Verhalten in Hinblick auf die Zukunft ist ungewiß. Sie halten die Imrédy-Partei für bürgerlich [...] sie sind von revolutionärer Mentalität, wollen sehr ‚radikale' und gewaltsame Veränderungen und hoffen, dies eher über Szálasi zu verwirklichen."[892] Auch Málnási mußte noch vor seinem Parteiaustritt auf seiner Deutschland-Reise im Mai 1942 im Auswärtigen Amt gestehen: „Die Massen der Pfeilkreuzler hängen nach wie vor an dem Mythos Szálasi."[893]

Einige mit Szálasis Parteiführung unzufriedene Angehörige des radikalen Pfeilkreuzlerflügels hatten sich zwar aus Protest der MNSZP angeschlossen[894], doch brachen hier die Gegensätze noch schneller und vollständiger auf als in der NYKP. Ihre Erkenntnis lautete denn auch: „Fidél Pálffy, László Baky und die übrigen ausgetretenen Pfeilkreuzlerabgeordneten stehen den Arbeitern absolut fremd und verständnislos gegenüber." Das Urteil über Imrédys Gefolgschaft war demgegenüber noch vernichtender: „Was aber die Partei der Ungarischen Erneuerung betrifft, so läßt sich mit ihr überhaupt nichts anfangen, weil es dort nur Herren mit gebügelten Hosen gibt, die für die Organisierung der Arbeiter keinerlei Opfer bringen wollen."[895]

Der Auszug der gehobenen sozialen Schichten aus der NYKP und der damit verbundene relative Zuwachs des proletarischen Flügels beunruhigte auch die in der Partei verbliebenen konservativen Elemente. So meinten denn einige Mitglieder der NYKP-Fraktion im Juli 1942 im Gespräch, „die völlige Ausschaltung der Intellektuellen" werde zu einer Katastrophe führen, da die unteren Schichten zur Führung nicht geeignet seien. Im selben Monat trat nach einem Gendarmeriebericht die Leitung der NYKP-Ortsgruppe Horgos aus der Partei aus, weil „sich die Organisation ausschließlich aus Tagelöhnern zusammensetzt, und weil sie trotz all ihrer Bemühungen keine besseren Leute für die Partei gewinnen konnte"[896].

Andererseits bedeutete das nicht, daß die Pfeilkreuzpartei in dieser Zeit auch ihre Massenbasis in den unteren sozialen Schichten ausweiten konnte, im Gegenteil: Seit ihrem Rückzug aus dem Bergarbeiterstreik Ende Oktober 1940, besonders aber seit dem Sommer 1941 machten sich eine eigenartige Lähmung und Stagnation des Parteilebens sowie auch ein quantitativ alles andere als unbedeutender Rückgang der Mitgliederzahlen bemerkbar. Dies lag natürlich auch an den Einschränkungen der politischen Freiheiten durch das geltende Ausnahmerecht in Kriegszeiten und am scharfen Vorgehen der Regierung gegen illegale (oft terroristische) Einheiten und ihre Kontaktleute in der Parteiführung (Wirth, Kovarcz, Gruber) Ende 1940/Anfang 1941. Gendarmerieberichte meldeten aber ab Januar 1941 das Erschlaffen der Parteiarbeit an der

[892] Zitiert nach ebenda, S. 270.

[893] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1942, Bd. 468: Aufzeichnung Rademachers, 14.5.1940, S. 2.

[894] Vgl. dazu Lackó, 1966, S. 269, Anm. 24.

[895] Zitiert nach ebenda, S. 270.

[896] Zitiert nach ebenda, S. 286. Die Fraktion hatte obendrein Statussorgen innerhalb der Partei: Ende 1941 beschwerte sie sich bei Szálasi über die Gliederungen der NYKP, „weil diese die Abgeordneten nicht als gleichrangige Parteimitglieder akzeptieren wollen und sie scharfer Kritik aussetzen". Dies hemme ihre parlamentarische Arbeit und zerstöre ihr Ansehen. Szálasis „klassische" Antwort: Er bedauere sehr, aber er könne anderen auch kein Ansehen verschaffen; vgl. Szálasi-TB, 1941, S. 26.

Basis, die mangelnde Zahlungsmoral bei der Begleichung der Mitgliedsbeiträge, die Enttäuschung Szálasis über den schlechten Stand der Organisationstätigkeit der Partei in den Betrieben sowie die Auflösung vieler ländlicher Ortsgruppen[897]. Die NYKP zog sich zudem von den großen Fragen der Tages- und Kriegspolitik zurück, dämpfte ihren Ton im Parlament und gab außerparlamentarische Massenaktionen und gewaltsame Machtergreifungsversuche ganz auf, gewarnt nicht zuletzt vom Schicksal der Eisernen Garde in Rumänien.

In einem Gespräch mit dem deutschen Gesandtschaftsrat und Agenten Rademacher im Oktober 1941 betonte Szálasi seine loyale Haltung gegenüber Horthy und meinte, daß zwar ein gewaltsames Vorgehen von Partei und Bewegung zur Machtergreifung möglich sei, aber nur, wenn die deutsche Führung zustimme; er habe keinerlei „Lust", die hungaristische Bewegung dasselbe Schicksal erleiden zu lassen wie die Eiserne Garde, die von Antonescu mit Hilfe deutscher Bajonette niedergemacht worden sei. Rademacher ließ Szálasi über die deutsche Haltung nicht im unklaren. Die Reichsregierung sei mit der ungarischen Regierung, nicht mit der Pfeilkreuzpartei vertraglich verbunden: „Falls also die Partei was auch immer gegen die ungarische Regierung initiiert, wird sie sich deutschen Bajonetten gegenüber finden."[898]

Diese ganz unmißverständliche Drohung war mit ein Grund für Szálasis abwartende Haltung, der jedoch mit unerschütterlicher Sicherheit davon überzeugt war, daß die Zeit der hungaristischen Machtergreifung notwendig kommen werde. Darüber hinaus fühlte er sich offenbar schon seit der Beteiligung Ungarns am deutschen Überfall auf Jugoslawien (11. April 1941) und erst recht seit dem Kriegseintritt Ungarns an deutscher Seite (26. Juni 1941)[899] zur Loyalität verpflichtet, obwohl seiner Ansicht nach mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion „die ganze Menschheit Zeuge der blutigsten Dummheit der Weltgeschichte" geworden sei[900]. „So lange die Waffen das Wort haben, gibt es keinen Platz für Politik", meinte die „Magyarság" vom 13. April 1941 in diesem Sinne. Im Mai verbot Szálasi den Parteimitgliedern jede Art von Straßendemonstration und kündigte bei Zuwiderhandlung disziplinarische Maßnahmen an[901].

Statt auf aufsehenerregende Aktionen nach außen konzentrierte sich die Parteiarbeit auf die Erstellung von Studien für den „Landesaufbau" (Országépités) des hungaristischen Zukunftsstaates. Begonnen hatte man im November 1941 mit einer rund 20 Personen umfassenden Parteiabteilung zur Ausarbeitung des „Zielsystems" (Célrendszer) im Gegensatz zum liberalen „heutigen System" (Marendszer). 1942 betrug die Zahl der Mitarbeiter bereits 120, doch stieß ihre Tätigkeit auf finanzielle Probleme, In-

[897] Lackó, 1966, S. 250 f. (S. 101 f.).

[898] Szálasi-TB, 1941, S. 20 f. Diese Begegnung wurde für Szálasi zur vielzitierten Schlüsselszene; vgl. z. B. IfZ, MA 1541/1, B. 325 f.: Protokollierte Antworten Szálasis auf Fragen vor dem NYKP-Großrat, 8.10.1943.

[899] England brach nach dem Einmarsch nach Jugoslawien die diplomatischen Beziehungen zu Ungarn ab, erklärte aber erst am 7.12.1941 den Krieg. Ungarn antwortete am 12.12. mit einer Kriegserklärung an die USA; vgl. MTK III, S. 985.

[900] Szálasi-TB, 1941, S. 7 f. Szálasi glaubte zwar, daß die Abrechnung mit dem Marxismus einmal erfolgen müsse, war aber andererseits davon überzeugt, daß mit der Umsetzung des Nationalsozialismus in die Praxis der Kommunismus in der Sowjetunion von selbst zusammenbrechen würde.

[901] Zitiert nach Lackó, 1966, S. 278.

teresselosigkeit und Verfolgung durch die Behörden. 1943 entstand dann durch eine erneute parteiinterne Umstrukturierung das NYKP-Landesaufbauamt in seiner endgültigen Form[902]. Es setzte sich zusammen aus einer Vielzahl einander neben- oder untergeordneter Fachgruppen[903], meistens aus Akademikern, die Reformpläne für ihre jeweilige Disziplin entwarfen. Diese „Sammlung hungaristischer Reformpläne"[904] wurde im Parteiarchiv für die Zeit der Machtübernahme aufbewahrt. Nach Angaben des damaligen stellvertretenden NYKP-Landesaufbauleiters János Dolgos umfaßte 1943 der innere Stab seines Amts rund 200, ein äußerer Mitarbeiterstab 400 Personen; hinzu kämen die von Fall zu Fall Beteiligten[905]. Im August 1944 bestand der engere Stab trotz der angeordneten Auflösung der Partei aus mehr als 300 Personen[906]. Aufgrund der erstellten Detailstudien verfaßte das Landesaufbauamt 1942 bis 1944 unter ständiger Rückkoppelung zum Parteiführer sogenannte „Arbeitspläne" für nahezu alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft[907].

Die Außenaktivitäten der Partei 1941 bis 1943/44 in Presse und Parlament beschränkten sich auf wenige Themenbereiche, wobei sozialpolitische Fragen ganz zurücktraten. Übergeordneter Bezugspunkt war die bedingungslose Teilnahme Ungarns am „Weltanschauungskrieg" gegen den Bolschewismus an der Seite der Achsenmächte, was sowohl die militärische und wirtschaftliche Teilnahme am Krieg gegen den äußeren Feind wie auch das energische Vorgehen gegen die inneren Gegner bedeutete. Besonders suspekt mußte den Pfeilkreuzlern die Ministerpräsidentschaft Kállays erscheinen, der ja tatsächlich nicht nur dem deutschen Druck auf eine radikale Lösung der „Judenfrage" nicht nachgab, sondern auch versuchte, in Kontakt mit den Westmächten Ungarn vorsichtig aus dem Krieg zurückzuziehen. Szálasis Urteil stand nach einer knapp zweistündigen Audienz am 13. Januar 1943 endgültig fest: „Ganz und gar ein Freund der Angelsachsen."[908]

Neben der Kritik an der Judenpolitik der Regierung, die als zu inkonsequent eingestuft wurde, konzentrierte sich die NYKP auf die Forderung nach verschärftem staatlichen Vorgehen gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften, zumal sich mit Verschlechterung der militärischen Lage der Widerstand der Linken bildete bzw. verstärkte. Bereits im Herbst 1940 hatte Baky nach der Fusion der MNSZP eine eigene Gruppe innerhalb der Pfeilkreuzpartei gegründet mit der Aufgabe, die Tätigkeiten der Linksparteien zu beobachten und „Kommunisten" den Behörden zu melden bzw. Notizen für die Zeit nach der Machtübernahme zu machen[909].

[902] IfZ, MA 1541/2, B.804f.: Rechenschaftsbericht von Köfaragó-Gyelnik an Szálasi, Velem, 19.1.1945.

[903] Es handelte sich um 12 Haupt- und 135 Fachgruppen, von denen angeblich 90 bereits tätig, die restlichen 45 im Aufbau begriffen waren; vgl. ebenda, B.837: János Dolgos, Bericht über den Landesaufbau, o.J. (1943).

[904] Vgl. Vágó, 1960, S.45f.

[905] IfZ, MA 1541/2, B.837f.: Dolgos-Bericht.

[906] Ebenda, B.806: Rechenschaftsbericht Köfaragós, 19.1.1945.

[907] Vgl. z.B. ebenda, 1541/6, B.125ff.

[908] Szálasi-TB, Januar 1943, S.47ff. Die negative Beurteilung Kállays umfaßte sieben Punkte. Eine deutsche Übersetzung vgl. PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1943, Bd.470.

[909] Lackó, 1966, S.275, 290f.

Einen zweiten Schwerpunkt bildeten die Auseinandersetzungen im Vorfeld von Gesetz II/1942 vom 15. Februar über die Einführung des Reichsverweser-Stellvertreters, zu dem vier Tage später Horthys Sohn István gewählt wurde. NYKP wie das Nationalsozialistische Parteienbündnis bezogen gegen die „dynastische" Lösung der Nachfolgefrage Stellung, erreichten mit ihrer Opposition jedoch nur, daß sich Horthys Abneigung gegen die Pfeilkreuzler noch verstärkte[910]. Hinzu kam, daß der Ausnahmezustand infolge des Krieges die Propaganda- und Aktionsmöglichkeiten der Partei erheblich einschränkte. Sie verlor mit dem Parlament, das 1943 nur zweimal zusammentrat und dann jeweils vertagt wurde, eine wichtige öffentliche Plattform; der Protest der NYKP-Führung gegen die Vertagung, die sie als „Putsch" Kállays und „politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sabotage" attackierte, und ihre Forderung nach Neuwahlen (mitten im Krieg!) blieben ergebnislos[911]. Dies wog um so mehr, als am 17. März 1943 der Innenminister ihre einzige Tageszeitung, die „Pesti Újság", verboten hatte. Erst im September 1943 konnte mit der Zeitung „Összetartás *(Zusammenhalt)* ein Ersatz gefunden werden[912].

Die letztlich moderate, abwartende Haltung und Passivität der Parteileitung führte zur erneuten Bildung einer innerparteilichen radikalen Opposition, die sich in ihren Hoffnungen getäuscht sah und Szálasi Verrat an den Interessen der Arbeiter und Bauern durch seine zahme Politik vorwarf. Szálasi, der nach seiner Entlassung zahlreichen radikalen Hungaristen des Kampfjahres 1938, die von Hubay ausgeschlossen oder verdrängt worden waren, sogar führende Positionen in der Partei hatte zukommen lassen, mußte nun selbst zum Mittel des Parteiausschlusses greifen[913]. Der Attentismus und die Aktionsverbote der NYKP-Leitung stießen in der aktivistischen Basis auf völliges Unverständnis, denn: „Wir brauchen ständig Bewegung und Aktivität, weil wir nur so unsere Massen halten können."[914]

Tatsächlich steckte die Parteileitung in einem Dilemma, denn das allmähliche Abbröckeln der Parteibasis und die Erschlaffung des einstigen politischen Schwungs waren nicht zu übersehen. Die Indizien für einen Zerfall der Massenbasis[915] mehrten sich seit Sommer 1941: „Grabesstille im Parteileben", meldete ein Bericht der politischen Polizei[916]. Die Partei konnte ihrer Funktion als integratives Sprachrohr des Protests nicht mehr nachkommen, als infolge des Krieges sich auch unter Anhängern und Mitgliedern Unzufriedenheit wegen der Teuerung und schlechten Lebensmittelversorgung zeigte; soziale Spannungen traten verschärft zutage. Die NYKP-Führung, die im

[910] Ausführlich Lehmann, 1975; zusammenfassend MT 8/2, S. 1074 f.

[911] Vgl. hierzu die Denkschriften Szálasis an Ministerpräsident Kállay vom 7.5. und 2.7.1943, in: IfZ, MA 1541/5, B. 380 ff., oder im Szálasi-TB, Mai/Juli 1943, S. 62 ff., 77 ff., Zitat S. 62. Szálasi beauftragte Gera mit der Vorbereitung auf die Wahlen; ebenda, Juni 1943, S. 74.

[912] Vgl. ebenda, März 1943, S. 58; zusammenfassend Lackó, 1966, S. 296 f.

[913] Vgl. z. B. PI, A: 685–1/11: Tetemrehívás, März 1941. In diesem „offenen Brief an Herrn Franz Szálasi" agitierte der ehemalige Arbeiter-, Bauern- und Organisationsleiter der NSZMP-HM von 1938 gegen die zu moderate Linie der NYKP-Führung; vgl. dazu auch Lackó, 1966, S. 254 f. (S. 103).

[914] Zitiert nach ebenda, S. 279 f.

[915] Zahlreiche Beispiele vgl. ebenda, S. 283. Es gibt jedoch zu wenige gesicherte Daten, die den Schrumpfungsprozeß quantitativ greifbar machen. Zudem darf nicht ignoriert werden, daß die Mehrzahl der Männer im Feld stand.

[916] Zitiert nach ebenda, S. 281.

Sommer 1941 ihrer Ortsgruppe im Bergarbeiterdorf Felsögalla Einhalt gebot, da diese sich mit Streikgedanken trug[917], wurde im November mit dem Rücktritt der Ortsgruppenleitung von Szentendre konfrontiert, die ihre Tätigkeit einstellte, „weil sich die Lage zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse sehr zugespitzt hat"[918].

Das soziale Rekrutierungsfeld von Mitgliedern und Parteileitung verlagerte sich deutlich nach unten, während politische Aktivität und Mitgliederzahl einem sich beschleunigenden Erosionsprozeß unterworfen waren. Kampagnen zur Mitgliederwerbung im Winter 1942/43 blieben ohne Widerhall. Nach Einschätzung der politischen Polizei beschränkte sich zu dieser Zeit die Tätigkeit der Partei auf die Abhaltung ihrer Großratssitzungen[919].

Der Zerfall der Massenbasis der NYKP erreichte Ende 1943 einen Tiefstpunkt. Szálasi selbst notierte im Hungaristischen Tagebuch im Dezember 1943, in Zusammenhang mit der Partei tauchten deutliche Probleme auf, nämlich „ein ständiges Sinken der Mitgliederzahl", die jetzt „um etliches unter hunderttausend" liege, eine Ermüdung und Lustlosigkeit nicht nur unter den Mitgliedern, sondern auch unter den führenden Funktionären, das Fehlen jeglicher Propaganda- und Organisationsarbeit sowie eine ungeeignete personelle Zusammensetzung der Parteizentrale. Er beurteilte die Gesamtsituation jedoch nicht übertrieben pessimistisch, da aufgrund der militärischen und außenpolitischen Lage alle europäischen NS-Bewegungen in der Krise steckten, was sich nach der zu erwartenden militärischen Wende zugunsten Deutschlands ändern werde[920].

Andere teilten diese letztlich optimistische Einschätzung keineswegs. Der geheime Ungarn-Bericht des zur Beurteilung der innenpolitischen Situation entsandten SS-Standartenführers und Gesandten zur besonderen Verwendung, Edmund Veesenmayer, zeichnete bereits im April 1943 ein düsteres Bild: „Die Szalasi-Bewegung – einstmals zu manchen Hoffnungen berechtigend – ist heute zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Solange Szalasi im Gefängnis saß, war er Mythos und es verband sich mit ihm der Nimbus eines politischen Märtyrers. Von der Systemregierung klugerweise begnadigt und freigelassen, traten Führungsstreitigkeiten, Korruption und politische Unfähigkeit sehr rasch in Erscheinung und führten dazu, daß heute von dieser Bewegung nur wenig übrig geblieben ist."[921] Zu diesem Zeitpunkt hatte die deut-

[917] Ebenda, S. 279, 281.
[918] Zitiert nach ebenda, S. 283.
[919] Ebenda, S. 295 f.
[920] Szálasi-TB, Dezember 1943, S. 104.
[921] BA, NS 19 neu/1529: 1. Veesenmayer-Bericht, 30.4.1943, S. 5. Nach Ansicht Veesenmayers kämen allein Imrédy und Bárdossy „für eine nationale Regierung ernsthaft in Frage", da sie beide für „ernsthafte, kluge und weitsichtige Politiker" zu halten seien und sich „durch ein ehrliches und klares Bekenntnis zum Führer und zur Achse" auszeichneten. Sie hätten allerdings nicht die „notwendige Stoßkraft und erforderliche Gefolgschaft" für einen „wirklichen Systemwechsel"; vgl. ebenda, S. 7 f. Daher seien, um Ungarn im Sinne der Achse wirksam zu beeinflussen, nachhaltige Regierungsänderungen nur mit, nicht ohne oder gegen Horthy zu realisieren; Anstoß, Durchführung und Sicherung müßten von außen, vom Reich aus erfolgen. Der „Wert bzw. der Unwert der nationalen Opposition" machten es dabei erforderlich, den Schwerpunkt der Bemühungen auf die einzige Massenorganisation, nämlich die Armee, zu legen; vgl. ebenda, S. 14.

sche Führung die Pfeilkreuzlerbewegung völlig aufgegeben und setzte auf ganz andere Institutionen bzw. Persönlichkeiten.

Auch innerhalb der Parteispitze mehrten sich Ende 1943 die Stimmen derer, die dem fortschreitenden Verfall aktiv entgegenarbeiten und die politische Initiative ergreifen wollten. Der stellvertretende Landesaufbauleiter Vilmos Köfaragó-Gyelnik zeigte sich fassungslos, daß sich am Tag der Befreiung Mussolinis, einer seines Erachtens einmaligen politischen Gelegenheit, kein Mensch in der Parteizentrale aufhielt[922], und beurteilte es als „einfach katastrophal", daß die Partei die „Wachablösung" von äußeren Umständen abhängig mache und ständig verschiebe[923]. Warnende Stimmen, daß dies „mit der heutigen Garnitur" völlig unmöglich sei[924], erstaunten Köfaragó wegen ihres „fatalistischen, sich fügenden, resignierten Tons"[925]. Am 20. November 1943 schickte er Szálasi ein dringliches Memorandum, in dem er seine Zweifel an dessen „unverbesserlichem Optimismus" ausdrückte: Die auf 90000 gesunkene Zahl der NYKP-Mitglieder, ihre Kraftlosigkeit und Immobilität sowie die administrative, nicht jedoch kämpferische Einstellung der Parteiführung verursachten irreparable Schäden[926].

Interessant ist Szálasis Reaktion bzw. besser: Nicht-Reaktion auf diese Denkschrift. Erst nach einer Woche und auf Drängen seines Kanzleileiters überflog er sie und veranlaßte – nichts. Köfaragó fühlte sich „tief verletzt", beurteilte im Zorn das passive Verhalten seines Führers als „unrettbar dumm" und beschloß die geheime Errichtung eines „Unsichtbaren Parteiaufbaus" (Láthatlan Pártépités – LAP) aus zuverlässigen Gleichgesinnten, um die NYKP erneut zu einem schlagkräftigen Kampfinstrument zu machen[927]. Die erste geheime Zusammenkunft der von Köfaragó ausgewählten zunächst acht, später zehn LAP-Mitglieder[928] fand am 6. Dezember 1943 in Budapest statt. Aus der kritischen Einsicht, daß Szálasi nur denen zuhöre, die „ihm ständig Angenehmes" sagten, beschloß man, als Gegengewicht eine „unsichtbare Clique, eine Kamarilla" zu bilden. Einmal wöchentlich wollte man sich an wechselnden Orten treffen, um stets nach der gleichen Tagesordnung (Bericht – Kritik – Vorschläge – Beschluß) Lösungen zur mißlichen Lage der Partei zu erarbeiten[929].

Köfaragós handschriftliches Tagebuch jener Monate gibt Aufschluß über Inhalte und Ergebnisse der LAP-Treffen sowie über die Stimmung in der Partei[930]. Die ungeduldige Kritik an der Parteiführung sowie an Person und Führungsstil Szálasis scheint immer weitere Kreise erfaßt zu haben. Auch in „schwachen" NYKP-Gremien, so Köfaragó, werde der Ton „immer lauter und schärfer". Besonders die personellen Entscheidungen stießen oft auf Unverständnis, wobei man sich die Frage stellte, ob diese

[922] IfZ, MA 1541/2, B. 794: Köfaragó an Gera, 28.9.1943.
[923] Ebenda, B. 791: Köfaragó an Gera, 6.10.1943.
[924] Ebenda, B. 878: Gera an Köfaragó, 26.10.1943.
[925] Ebenda, B. 791: Köfaragó an Gera, 6.10.1943.
[926] Ebenda, B. 880ff.: Köfaragó an Szálasi, 20.11.1943. Köfaragó schlug die strukturelle und personelle Reorganisation des Parteiaufbauamts vor, wobei er deutlich auf seine eigene Person als den erforderlichen, Göring vergleichbaren (!) Parteiaufbauleiter hinwies.
[927] Ebenda, B. 886f.: Handschriftliche Notiz Köfaragós.
[928] Anwesend waren Henney, Pethö, Temesváry, Angyal, Klug, Szeretö, Pekló und Szerdahelyi, alle hohe Parteifunktionäre. Später kamen noch Kocsárd und E. Rajk dazu.
[929] Ebenda, B. 857ff.: Rede Köfaragós auf der 1. LAP-Konferenz, 6.12.1943.
[930] Ebenda, 1541/3, B. 469–532: Köfaragó-TB, 10.12.1943 bis 26.2.1944.

einfach nur falsch waren oder aber hochgesteckten, dem Durchschnittsmenschen nicht einsichtigen Zielen folgten[931]. Der „Mythos Szálasi" war nun sogar in der engeren NYKP-Gefolgschaft nachhaltig erschüttert.

Die Arbeit des „Unsichtbaren Parteiaufbaus" konzentrierte sich auf die Diskussion personeller und organisatorischer Veränderungen in der NYKP mit dem Ziel der Aktivierung der Partei für die Machtübernahme. Köfaragó zeigte sich zwar bald enttäuscht über die Unfähigkeit und Inflexibilität einiger Mitglieder, namentlich Henneys und Angyals, doch einigte man sich am 27. Dezember 1943 auf einen gemeinsamen LAP-Entwurf, der Szálasi überbracht und erläutert wurde. Er lief im wesentlichen auf intensive Organisationsbemühungen auf dem Lande unter der zentralen Direktive des Parteiaufbauleiters hinaus. Da die materielle Lage der NYKP verheerend war, boten die LAP-Mitglieder Kocsárd und Rajk zur Finanzierung der Anfangsarbeiten 100 000 bzw. 4000 Pengö als Spenden an, falls Szálasi den Vorschlägen zustimme[932].

Tatsächlich beendete die LAP-Initiative die Phase der Stagnation und Passivität. Am 14. Januar erklärte Szálasi 1944 kurzerhand zum Jahr der Entscheidung und ordnete aufgrund der ihm vorgelegten Anträge die „totale Mobilmachung der Partei" an. Angesichts dieser Überstürzung war nun wieder Köfaragó nicht grundlos pessimistisch, weil seiner Meinung nach die Vorbereitungen für die Machtergreifung quantitativ und qualitativ nicht ausreichten[933].

Das Ausmaß dessen, was nun tatsächlich geschah, ist aufgrund fehlener Quellen nur schwer abzuschätzen. Der Unsichtbare Parteiaufbau führte zwar seine Arbeit noch bis in den Februar hinein fort, doch veranlaßten Indiskretionen und Unfähigkeit Köfaragó zur Einstellung seiner Bemühungen[934]. Die NYKP-internen Streitigkeiten gingen weiter, lähmten die Parteiarbeit und lösten gerade bei den radikalen Elementen Niedergeschlagenheit aus. Trotzdem müssen die eingeleiteten Organisationsanstrengungen, der verstärkte Spendenfluß für diesen Zweck, die Parolen vom Jahr der Entscheidung, auch die sich zuspitzende Weltkriegslage dazu beigetragen haben, daß die Partei die Talsohle ihres Niedergangs überwand und sich in einer Aufwärtsentwicklung befand, als unvorhergesehene Ereignisse von außen, nämlich die deutsche Besetzung Ungarns am 19. März 1944, die politischen Rahmenbedingungen radikal veränderten.

[931] Ebenda, B. 477 f.

[932] Ebenda, 486 ff. Köfaragó grollte allerdings, daß Henney, der Szálasi die LAP-Vorschläge erläutern sollte, ihren Sinn gar nicht begriffen, sondern nur seine eigenen Gedanken vorgebracht habe; vgl. ebenda, B. 491 ff.

[933] Ebenda, B. 496 f.; vgl. dazu auch den Entwurf von Szálasis Rede vor dem Parteiführerrat im Februar 1944; ebenda, MA 1541/2, B. 651.

[934] Ebenda, 1541/3, B. 505 ff., 527: Köfaragó-TB.

III. Die Herrschaft der Pfeilkreuzler 1944/45

1. Vom „Unternehmen Margarethe" zum „Unternehmen Panzerfaust"

Die deutsche Besetzung Ungarns und die Pfeilkreuzpartei

Schon der erste Veesenmayer-Bericht über Ungarn vom 30. April 1943 hatte die Ansicht vertreten, die den deutschen Plänen hinderliche, wegen ihrer Kontaktversuche mit den westlichen Alliierten gefährliche konservative Regierung Kállay und ihre Träger müßten „nicht nur aus ihren Machtpositionen, sondern endgültig verschwinden". Anstoß, Durchführung und Sicherung einer erfolgreichen Regierungsänderung könne zwar nur „durch eine nachhaltige Einflußnahme von außen, also praktisch vom Reich aus" erfolgen, doch sei ein Erfolg „nur *mit,* nicht aber *ohne* oder gar *gegen* die Persönlichkeit des Reichsverwesers" gewährleistet[1]. Nach seinem zweiten Ungarn-Besuch im November 1943, als sich durch den Sturz Mussolinis und den alliierten Vormarsch in Italien die militärisch-politische Situation des Dritten Reichs verschärft hatte, meinte Veesenmayer in seinem Bericht vom 10. Dezember, die innere Entwicklung Ungarns erfordere jetzt ein energisches und schnelles Eingreifen, jedoch „wenn irgend möglich nur mit dem Reichsverweser", wobei eine „sogenannte ungarische Lösung" einer „rein deutschen machtmäßigen Lösung aus vielen Gründen vorzuziehen" sei. Horthy gegenüber müsse die „Methode Zuckerbrot und Peitsche" angewandt werden[2].

Veesenmayers Berichte sollten die Ungarn-Politik des Dritten Reichs 1944 maßgeblich beeinflussen. Ganz deutlich wird, daß Szálasis Pfeilkreuzler in den deutschen Planungen keine Rolle spielten. Während Veesenmayer bei beiden Ungarn-Besuchen mit führenden Persönlichkeiten der extremen Rechten, besonders mit Imrédy, zusammentraf und mit ihnen verhandelte, wurde Szálasi diese „Ehre" nicht zuteil. Eine Regierungsbeteiligung Szálasis wäre bei Horthy niemals durchzusetzen gewesen, und Veesenmayer beurteilte die Pfeilkreuzpartei negativ[3].

[1] BA, NS 19 neu/1529: 1. Veesenmayer-Bericht, 30.4.1943, S.11, 14 (Hervorhebung im Original unterstrichen).

[2] Griff nach Südosteuropa, Nr.119, S.232f.: 2. Veesenmayer-Bericht, 10.12.1943. Der Bericht wurde auf Wunsch Ribbentrops in einigen wesentlichen Punkten geändert, z.B. in dem Vorschlag einer maßgeblichen Einschaltung Himmlers oder Görings; vgl. BA, NS 19 neu/2067: Vermerk des SS Hauptamtes/Amtsgruppe D, 5. 2. 1944.

[3] Lackó, 1966, S.300, 304ff. Nur Veesenmayers politischer Berater Haller trat mit der NYKP völlig unverbindlich und ergebnislos in Kontakt; vgl. ebenda, S.305.

Auch nach dem erfolgreichen Abschluß des „Unternehmens Margarethe“[4] im März/April 1944, wonach ungarisches Territorium erstmals Zielobjekt alliierter Luftangriffe und militärischer Einsätze überhaupt wurde, wurden die Pfeilkreuzpartei und ihr Führer zunächst völlig übergangen. Nach der unblutigen, widerstandslosen Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen am 19. März – während Hitler seinen „Gast“ Horthy in Schloß Klessheim vor vollendete Tatsachen stellte[5] – wurde Veesenmayer, der in seinem zweiten Bericht die Entsendung eines „politischen Sonderbeauftragten“ nach Ungarn „mit weitgehenden Vollmachten“ vorgeschlagen hatte[6], von Hitler zum „Reichsbevollmächtigten und Gesandten“ in Ungarn ernannt; er erhalte, so das Ernennungsschreiben, seine Weisungen vom Reichsaußenminister und sei „für die gesamte politische Entwicklung in Ungarn verantwortlich“[7].

Es sollte allerdings für die ungarische Entwicklung von Bedeutung sein, daß Veesenmayer und sein Stab[8] in ein Rivalitätsverhältnis mit der SS traten, die mit Taktik und Zielen des Reichsbevollmächtigten keineswegs übereinstimmte und eine schwer überschaubare Sonderpolitik in Ungarn verfolgte[9]. Bereits das Ernennungsschreiben Veesenmayers hatte die Weisung enthalten, daß für die Aufgaben der SS und der Polizei, insbesondere zur Erledigung der Judenfrage, „zu dem Stab des Reichsbevollmächtigten ein höherer SS- und Polizeiführer [tritt], der nach seinen politischen Weisungen handelt“[10]. Zum HSSPF[11] in Ungarn wurde offiziell am 31. März 1944 Otto Winkelmann[12] mit einem engeren Stab von 25 Personen ernannt; er befehligte und 500–600 Männer[13]. Unter ihm arbeitete neben der Sicherheitspolizei zur Verfolgung der innenpolitischen Gegner auch das Sondereinsatzkommando Eichmanns, der ihm

[4] Die militärische Vorbereitung und Durchführung des Unternehmens thematisiert Kun, in: HK 10 (1963/1), S. 37 ff. Ausführlich zum Unternehmen Margarethe und zur Zeit der deutschen Besetzung Ungarns vgl. Ránki, 1984 (in deutscher Sprache); ders., ²1978; ders., in: AH 11 (1965), S. 261 ff.; Macartney II, S. 221 ff.; MT 8/2, S. 1151 ff.; aus DDR-Sicht Door, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas 10 (1967), S. 107 ff. und 12 (1968), S. 193 ff.; ders., in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 15/2 (1971), S. 37 ff.

[5] Völlig überraschend kamen die Ereignisse jedoch für keinen der Beteiligten. Veres, der Kontaktmann im ungarischen Außenministerium, über den die Geheimverhandlungen zwischen den Briten und der „surrender group“ um Kállay gelaufen waren, telegraphierte bereits am 17. 3., deutsche Truppenkonzentrationen ließen auf eine Besetzung Ungarns schließen, obwohl der deutsche Gesandte dies abstreite. „Regent and War Cabinet were permanently opposed and were fully aware that turning point Hungarian history has arrived“; vgl. PRO. FO 371.39258, S. 19: FO-Minute, 20. 3. 1944.

[6] Griff nach Südosteuropa, Nr. 119, S. 234.

[7] PA, AA. Büro des Staatssekretärs: Ungarn, 1. 1.–30. 4. 1944, Bd. 11, S. 109871 f.: Abschrift der Ernennung Veesenmayers, Führerhauptquartier, 19. 3. 1944.

[8] Vgl. eine Übersicht bei Hilberg, 1982, S. 558 f.

[9] Die Wehrmacht ernannte General Greiffenberg zum Bevollmächtigten Deutschen General in Ungarn.

[10] PA, AA. Büro des Staatssekretärs: Ungarn, 1. 1.–30. 4. 1944, Bd. 11, S. 109872: Ernennung Veesenmayers.

[11] Zur Institution des HSSPF vgl. die Monographie von Birn, 1986 sowie Buchheim, in: VfZ 11 (1963), S. 362 ff.

[12] Winkelmanns Kurzbiographie vgl. bei Birn, 1986, S. 348.

[13] Ránki, 1984, S. 202.

über seine grausigen Tätigkeiten und „Erfolge" Bericht erstattete, doch hatte Winkelmann keine unmittelbaren Kontrollbefugnisse[14].

Aufgrund der Erfahrungen mit anderen HSSPF hatte Ribbentrop Veesenmayer angewiesen, seinen politischen Alleinvertretungsanspruch unter allen Umständen zu wahren[15], doch institutionalisierte der HSSPF die politische Machtentfaltung der SS. Er vertrat in seinem regionalen Kompetenzbereich den RFSS in allen von diesem wahrgenommenen Aufgaben (in Abgrenzung von Wehrmacht, Partei und Staat) und war laut Erlaß Himmlers vom 21. Mai 1941 explizit „für das Gebiet der politischen Verwaltung vorgesehen"[16]. Schon wegen dieser Bestimmung mußte Winkelmann also politische Aktivitäten entfalten, mochte er selbst auch, wie Macartney schreibt, „a relatively passive and inoffensive man" gewesen sein. Druck in Richtung auf eine intensive politische Betätigung im Sinne der SS übten besonders sein politischer Berater Kienast und der Leiter des politischen Nachrichtendienstes in Ungarn, Höttl, aus[17]. Es konnte folglich nicht die Rede davon sein, daß Winkelmann nach den politischen Weisungen des Reichsbevollmächtigten handelte, zumal er selbst betonte, daß er Veesenmayer nicht unterstellt war, sondern sie sich als „gleichberechtigte Partner" gegenübertraten[18]. Veesenmayer verbrachte nach eigenen Angaben 70% seiner Zeit damit, gegen die SS anzukämpfen[19].

Hauptaufgabe des Reichsbevollmächtigten war es zunächst, „in Ungarn die Bildung einer neuen nationalen Regierung in die Wege zu leiten, die entschlossen ist, ihre Bündnispflichten aus dem Dreimächtepakt loyal und bis zum Endsieg zu erfüllen"; diese Regierung von deutschen Gnaden sollte vom Bevollmächtigten „maßgebend beraten" werden[20]. De facto hatten die Deutschen das eigentliche politische Sagen und leiteten nicht nur die volle Integration Ungarns in die deutsche Kriegswirtschaft ein[21], sondern eröffneten auch mit Hilfe von Gestapo, SS und ungarischen Behörden den Kampf an der „inneren Front" gegen alle unliebsamen politischen Kräfte und organi-

[14] Birn, 1986, S. 177, 299; Ránki, 1984, S. 203. Eine Aufstellung der Winkelmann untergeordneten Stellen vgl. ebenda, S. 202 sowie in: Unbestrafte Kriegsverbrecher, S. 77; Hilberg, 1982, S. 559; Tabelle 68.

[15] Birn, 1986, S. 298.

[16] Zitiert nach Buchheim, in: VfZ 11 (1963), S. 369; auch Birn, 1986, S. 396 ff.

[17] Macartney II, S. 260; vgl. auch Ránki, 1984, S. 202.

[18] IfZ, G 01: Eichmann-Prozeß – Vernehmungen. Aussage Winkelmanns vor dem Amtsgericht Bordesholm, 19. 5. 1961, S. 4; vgl. dazu auch ebenda, Beweisdokumente: Eidesstattliche Erklärung Grell, Nürnberg, 26. 5. 1948 (Steengracht-Dokument Nr. 80), S. 2.

[19] Macartney II, S. 261.

[20] PA, AA. Büro des Staatssekretärs: Ungarn, 1. 1.–30. 4. 1944, Bd. 11, S. 109871 f.: Ernennung Veesenmayers.

[21] Sehr aufschlußreich ist hier die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Clodius über die Sicherung der kriegswichtigen deutschen Wirtschaftsinteressen in Ungarn, 23. 4. 1944, in: ADAP, E/VII, Nr. 360, S. 684 ff. Vgl. zu diesem Themenkomplex auch die Dokumente über die geheime Festsetzung eines ungarischen „Kriegslastenbeitrags" von 200 Millionen Pengö am 17. 4.; ebenda, Nr. 338, S. 637 sowie über den Abschluß eines Wirtschafts- und Finanzabkommens am 2. 6.; ebenda, E/VIII, Nr. 50, S. 96 f. Der deutsche Text des Finanzabkommens befindet sich auch im Szálasi-TB, Juli 1944, Anlage 3, S. 13 ff.

sierten die Vernichtung des ungarischen Judentums[22]. Formal blieb die Regierungsmacht aber in ungarischen Händen, wie auch Horthy als Reichsverweser mit ungeschmälerten Rechten an seinem Platz blieb.

Diese geschickte Zurückhaltung der Besatzer, insbesondere die „German trump card" Horthy[23], verliehen der willfährigen neuen Regierung die Aura der Legitimität. Es war das erklärte Ziel der Deutschen, nur mit ihr zusammenzuarbeiten; Horthy sollte „immer mehr von den Regierungsgeschäften ferngehalten, in den Hintergrund gedrängt und allmählich in der Burg völlig isoliert" werden, um ihn „allmählich völlig auszuschalten"[24]. Diese Taktik war bis Ende Juni 1944 erfolgreich: Horthy blieb politisch tatsächlich weitgehend passiv. Gegenüber Szálasi erklärte er am 3. Mai in der nun endlich zustandegekommenen Audienz, die Regierung solle nur machen, was sie wolle; diese Regierung hätten die Deutschen gewünscht, er wolle ausschließlich und einzig die Armee in der Hand behalten[25]. In den folgenden Wochen konnte Eichmann ungehindert mit Hilfe der ungarischen Behörden die Deportation der Juden aus den Provinzen organisieren und durchführen. Horthys Ausspruch besagt allerdings auch, daß der Reichsverweser es aufgab, mit der Regierung zu kooperieren. Nachdem das Parlament ebenfalls mehrheitlich von der Rechten dominiert war, mußte er nun einen informellen Kreis von politischen Vertrauten aufbauen, in dem die Armee bzw. einige ihm treu ergebene Offiziere eine große Rolle spielten.

Veesenmayers Favorit bei der Bildung der neuen Regierung war zunächst Imrédy. Dieser war jedoch weder bei Horthy, der für eine Beamtenregierung plädierte, noch bei Kaltenbrunner durchsetzbar[26]. Für die SS war Imrédy, auf den der Reichsbevollmächtigte große Stücke hielt, als Politiker jüdischer Abstammung völlig indiskutabel; sie mißtraute Horthy, der den entscheidenden Stein in Veesenmayers politischem Gebäude darstellte, und der reaktionären Regierungspartei. Höttl[27] plante eine breite Koalitionsregierung der nationalen Konzentration, die sich auf die alten Ansprechpartner der SS in Ungarn, Baky und Ruszkay bzw. ihre MNSZP, stützen sollte; auch

[22] Vgl. dazu ausführlich Braham, Genocide II, 1981; zusammenfassend Ránki, 1984, S. 297 ff. Professor Namier von der Jewish Agency hatte Mitte Oktober 1943 im FO davor gewarnt, die sich zunehmend nach Westen orientierende Kállay-Regierung zu „any premature desertion of Germany" zu veranlassen; die „comparative security" der sich in Ungarn befindenden 800 000 Juden fiele nach einer deutschen Besetzung des Landes weg, es drohe die „extermination of the last important body of Jewry left in Europe". Er sollte recht behalten; vgl. PRO. FO 371.34498, S. 166: Notiz von Randall, 14. 10. 1943.

[23] Ebenda, 39252, S. 137: FO-Telegramm Nr. 1025 an den britischen Gesandten in Kairo, 30. 3. 1944.

[24] ADAP, E/VII, Nr. 313, S. 600: Telegramm des Gesandten Altenburg an Veesenmayer, 2. 4. 1944.

[25] Szálasi-TB, Mai 1944, S. 53. Die drei ungarischen Armeen standen jedoch unter dem militärischen Kommando der deutschen Wehrmacht.

[26] Vgl. Ránki, 1984, S. 164, 167, 171 f. Vgl. zum Hin und Her um Imrédy die Telegramme Nr. 492 und 493 von Veesenmayer an Ribbentrop vom 20. 3. 1944, in: PA, AA. Büro des Staatssekretärs: Ungarn, 1. 1.–30. 4. 1944, Bd. 11, S. 109 865 ff. sowie das Szálasi-TB, Mai 1944, S. 53.

[27] Höttl ergriff des öfteren politische Eigeninitiativen. Veesenmayer beschwerte sich, daß er „sich laufend in rein politische Fragen ein[mischte]"; vgl. BL. NL Macartney/8: Veesenmayer an Macartney, Hamburg, 22. 6. 1953.

für die NYKP waren zwei Ressorts vorgesehen, jedoch ohne Szálasi, von dem Höttl eine sehr negative Meinung hatte[28].

Nach schwierigen Verhandlungen setzte Veesenmayer den langjährigen (1935–1944) ungarischen Gesandten in Berlin, Döme Sztójay[29], als Ministerpräsidenten durch. Die Politik des Reichsbevollmächtigten bei der Kabinettsbildung war geschickt darauf angelegt, den Widerstand Horthys und anderer maßgeblicher Persönlichkeiten zu vermindern und so die Akzeptanz und „Legalisierung" der Regierung zu erleichtern. Gleich drei Minister wurden von der Regierung Kállay übernommen (Csatay, Antal, Reményi-Schneller), um die politische Kontinuität zu betonen; die übrigen stammten aus der Regierungspartei bzw. Imrédys MMP (Jaross, Kunder, Rátz), d.h. erstmals seit Beginn der Bethlen-Ära gab es wieder eine Mehrparteienregierung. Imrédys Kabinettseintritt wurde zunächst aus Rücksicht auf Horthy zurückgestellt; die MNSZP konnte nur auf Sonderinitiative Kaltenbrunners Baky als Staatssekretär ins Innenministerium lancieren, wo er zusammen mit László Endre die Deportationen der ungarischen Juden organisierte. Die NYKP blieb völlig ohne Beteiligung und wurde nicht einmal konsultiert[30].

Szálasi war zunächst vom Vorgehen Deutschlands brüskiert. Eine offizielle Stellungnahme der NYKP zu den Ereignissen vom 19. März verkündete, es sei unveränderter Standpunkt der Partei, „ daß unser ungarisches Volk fähig ist, seine eigene nationalsozialistische Entwicklung aus eigener Kraft zu verwirklichen, und daß sie [die NYKP] die Macht nur nach dem freien Willen der ungarischen Nation auszuüben wünscht[31]". Die hungaristische Weltanschauung bleibe auch unter den veränderten Gegebenheiten gleich; man werde die Parteiarbeit mit dem Ziel der totalen Erfassung der ungarischen Nation fortsetzen, sich auf keinen Kuhhandel mit anderen Parteien einlassen, sondern den Kampf alleine durchfechten[32]. Kollaboration mit den Besatzern und der neuen Regierung wurde zunächst strikt untersagt, worauf durch die SD-Berichte bereits Gerüchte über die „Deutschfeindlichkeit Szálasis" und die Vorbereitung einer Pfeilkreuzlerrevolution geisterten[33].

Der hohe NYKP-Funktionär und spätere Innenminister Vajna hielt das Sztójay-Kabinett für eine „Spießbürgerregierung", die zu radikalen Maßnahmen nicht fähig sei, und Szálasi notierte kurz und bündig im Tagebuch, es handele sich um nichts anderes als „eine sich auf die Stärke und Macht der Deutschen stützende Regierung, sie führt die Anordnungen aus, die die Deutschen vorschreiben, sie bedeutet in jeder Hinsicht ausgesprochen eine Übergangsregierung"[34]. In einer am 28. März verfaßten Rede für

[28] Macartney II, S. 260 f.; Hagen/Höttl, 1950, S. 338 f., 354 f., Tilkovszky, in: Sz 107 (1973), S. 29 f.

[29] Zu Sztójays politischer Biographie vgl. Sakmyster, in: Ránki 1984 (b), S. 295 ff.

[30] Zusammenfassend zur Bildung der Regierung Sztójay Hillgruber, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 10 (1960), S. 82 ff.; Lackó, 1966, S. 314 f. (S. 111); Sipos, 1970, S. 253; Macartney II, S. 249 ff.; MT 8/2, S. 1155 ff.; MTK III, S. 993 ff.

[31] Szálasi-TB, April 1944, Anlage 3, S. 35.

[32] Ebenda, S. 35 f.

[33] Vgl. hierzu BA, NS 19 neu/2067: Auszüge aus den Berichten aus Ungarn, 24. 4. 1944, S. 2. Der NYKP-Komitatsleiter Dr. Franz Schiberna war demnach zum „Bevollmächtigten des deutschen Stadtkommandanten" in Weissbrunn ernannt worden mit der Aufgabe, die Arisierung der jüdischen Geschäfte und die damit verbundenen Arbeiten zu leiten. Auf Befehl Szálasis mußte Schiberna dieses Amt zurückgeben.

[34] Szálasi-TB, März 1944, S. 10.

den NYKP-Großrat im April betonte der Parteiführer, „daß wir die Regierung nicht für nationalsozialistisch halten, insbesondere aber nicht für ungarisch nationalsozialistisch, weil dazu sowohl die personellen als auch inhaltlichen Vorbedingungen fehlen". Es handele sich um „keinen weltanschaulichen Systemwechsel", sondern um ein Übergangsstadium mit einer Regierung, „die keine gesunden, starken Wurzeln in unserer Nation hat, die entschieden und ausdrücklich eine quantitative und qualitative Minderheit bedeutet"[35].

Noch in dieser Rede stellte Szálasi zehn Maximalforderungen auf, damit seine Partei, die an den Umständen der Bildung der „Übergangsregierung" keinen Anteil gehabt habe und sich daher auch nicht gebunden fühle, einen „wohlwollend abwartenden Standpunkt" einnehme[36]. Allerdings notierte Veesenmayer bereits am 31. März in einem Telegramm an Ribbentrop, daß sich jetzt in der Haltung der rechtsradikalen Gruppen, besonders Szálasis, der bisher „in mehr oder minder scharfer Opposition zur neuen Regierung" gestanden habe, eine Wendung hin zur Herstellung eines „Burgfriedens" abzeichne. Szálasi, der noch vor wenigen Tagen Veesenmayer weder besuchen noch sonstwie sehen wollte, hatte ihm am Vortag ausrichten lassen, er bitte dringend um baldigen Empfang und Aussprache[37]. Am 31. März erklärte der Hungaristenführer vor Parteifunktionären vielversprechend, seinem Gefühl nach würde im jetzt beginnenden „zweiten Akt" der Ereignisse „unsere Partei und Bewegung die Hauptrolle spielen", doch müßte sie „so initiativ werden, daß unsere Nation ihre weiteren Schritte auf ihrem Schicksalsweg bereits aus eigener Kraft unternimmt"[38].

Die Szálasi-Partei war mit der deutschen Besetzung Ungarns zur einzigen zugelassenen politischen Kraft außerhalb der an der Regierung beteiligten Gruppierungen geworden. Die Sozialdemokratische und die Unabhängige Kleinlandwirtepartei sowie der Bauernbund wurden am 28. März verboten, einige kleinere bürgerliche Parteien folgten im April nach. Die Gewerkschaften wurden nicht aufgelöst, sondern einem Regierungskommissar unterstellt und gleichgeschaltet. Die Verhaftungswelle machte auch vor den Konservativen nicht halt und zwang so prominente Politiker wie Bethlen, Kállay, Keresztes-Fischer zu Flucht und Versteck. Die Säuberungen ergriffen Verwaltung, Wirtschaft und Kultur[39].

Im Gegensatz zu den „Linksparteien" konnte die NYKP ihrer Propaganda- und Organisationstätigkeit nachgehen und nach Rückkehr ihres fähigen Organisationsleiters Emil Kovarcz aus dem deutschen Exil im April 1944 wieder an Mitgliedern zuneh-

[35] Ebenda, April 1944, S. 36. Die gesamte Rede vgl. IfZ, MA 1541/5, B. 408 ff.

[36] Szálasi-TB, April 1944, S. 37. Die Bedingungen reichten vom Bekenntnis der Regierung zum Hungarismus bis zur Garantie freier Propagandatätigkeit.

[37] PA, AA. Büro des Staatssekretärs: Ungarn, 1.1.–30.4.1944, Bd. 11, S. 110016: Telegramm Nr. 639 von Veesenmayer an Ribbentrop, 31.3.1944.

[38] IfZ, MA 1541/1, B. 427, 429: Antworten Szálasis auf Fragen von NYKP-Funktionären, Budapest, 31.3.1944.

[39] Das ungefähre Ausmaß der wichtigeren personellen Veränderungen nach dem 19.3. im Verwaltungswesen (Ober- und Untergespane, Oberstuhlrichter, Bürgermeister, Regierungskommissare, Direktoren staatlicher Betriebe, Universitätsrektoren usw.) vgl. Az 1944. évi Magyarország tiszti cím- és névtára pótfüzete, (Juli) 1944, S. 79. Die wichtigsten personellen Veränderungen in Wirtschaft und Kultur vgl. PRO. FO 371.39274: Hungarian News Survey 27, London, 5.6.1944.

men[40]. Die Regierung erließ Mitte April eine Amnestie für rechtsradikale politische Straftäter und schlug alle noch anhängigen Prozesse nieder. Die Unruhe verursachende „Mobilmachung" der Pfeilkreuzler traf jedoch nicht auf die uneingeschränkte Zustimmung von Behörden und deutschen Besatzern. Das Anfang April aufgehobene Versammlungsverbot wurde am Monatsende erneut verhängt und bremste die merkliche politische Erholung der NYKP[41]. Die Partei hatte Demonstrationen nicht nur in Budapest, sondern auch in Städten wie Kolozsvár, Miskolc und Nagyvárad veranstaltet; die ungarischen Behörden versuchten nun, so ein englischer Geheimdienstbericht, „to stifle these demonstrations"[42]. Der NYKP-Führer des Komitats Baranya wurde am 7. Mai verhaftet, weil er eine Versammlung einberufen hatte[43]. Von seiten der Pfeilkreuzler erhob man den Vorwurf, daß das geltende Versammlungsverbot nur gegen die NYKP angewandt werde, die Organisierung der Imrédy- und Pálffy-Partei jedoch unter dem Schutz der Behörden vor sich gehe[44]. Szálasi befahl vor Parteifunktionären, die Verordnung zu ignorieren: „wir führen nur Verordnungen durch, die auch die anderen Parteien achten. Das Versammlungsverbot gibt es für uns nicht mehr!"[45]

Mit der Besetzung Ungarns und der Bildung der Sztójay-Regierung war erneut die Frage einer vereinigten extremen Rechten unter Einbeziehung der Pfeilkreuzler aktuell geworden. Schon anläßlich eines Abendessens bei dem Industriellen Felix Szentirmay hatte Veesenmayer auf seiner zweiten Ungarn-Reise die Möglichkeit einer Zusammenarbeit von MMP, MNSZP und NYKP angeschnitten, um von den ebenfalls anwesenden Ruszkay und Imrédy die Antwort zu erhalten, daß man mit der NYKP kooperieren müsse: Ohne ihren Massenanhang bestehe keine Hoffnung auf eine „glatte Entwicklung"; die Person Szálasis jedoch schließe das Zustandekommen einer Absprache völlig aus[46].

[40] Vgl. Nagy-Talavera, 1970, S. 202. Auch Lackó verzeichnet einen partiellen Mitgliederzuwachs und Ausbau der NYKP-Organisation, teilweise sogar die Gründung neuer Ortsgruppen. Im ganzen sei das Bild jedoch uneinheitlich, da an anderen Orten die Partei völlig verschwand bzw. Mitglieder an die Imrédy-Partei verlor. Lackós Belege für diese These sind allerdings von zweifelhaftem Wert. Der Schluß von der geschätzten Anzahl der Zuhörer bei vereinzelten Parteiversammlungen in Kriegszeiten, in denen die meisten Männer zum Militär eingezogen waren, auf die Stärke und Bedeutung einer Partei ist nicht zulässig; vgl. dazu Lackó, 1966, S. 315 ff. Auch der SD konnte sich über die Stärke der NYKP kein deutliches Bild verschaffen; vgl. die Telegramme Veesenmayers an das AA mit der Weitergabe von SD-Meldungen, in: PA, AA. Büro des Staatssekretärs: Ungarn, 1.5.–24.7.1944, Bd. 12: Telegramme vom 20.5., 2.6., 23.6.1944 usw.

[41] Lackó, 1966, S. 315. Hauptmotiv für das erneute Verbot war nach Lackó die für den 1. Mai erwartete Massendemonstration der Linken.

[42] PRO. FO 371.39262, S. 109: Press Reading Bureau, Stockholm, an Political Intelligence Dept., London, 1.5.1944: Hungary Nr. 31.

[43] Ebenda, 39252, S. 180 f.: Telegramm Nr. 1887 vom FO an die britische Gesandtschaft Kairo, 1.6.1944.

[44] Szálasi-TB, Juni 1944, Anlage 4, S. 18 f.; weitere Zusammenstöße mit den Behörden vgl. ebenda, April 1944, S. 39; Mai, S. 48; Juli, S. 116 ff.

[45] IfZ, MA 1541/1, B. 480: Antwort Szálasis auf Fragen von NYKP-Funktionären, Budapest, 7.7.1944.

[46] Szálasi-TB, März 1944, S. 11. Szálasi hatte nach dem 19.3.1944 von dieser Unterredung Kenntnis erhalten. Er datierte sie fälschlich auf Januar 1944; vgl. dazu auch Macartney II, S. 195.

Kurz nach dem 19. März hatte ein hoher SS-Führer mit Namen Huber Vajna zu sich gebeten und erklärt, eine Vereinigung der Rechten sei absolut notwendig, und auch Imrédy forderte die Pfeilkreuzpartei zur Zusammenarbeit auf, was Szálasi jedoch untersagte[47]. Nicht zuletzt war die Regierung selbst daran interessiert, mit der NYKP ins Einvernehmen zu kommen. Eine Opposition der immer noch bzw. schon wieder über beträchtliche Massen verfügenden Hungaristenpartei konnten sich unter den gegebenen Umständen weder die Sztójay-Regierung noch die deutscher Besatzer leisten. Zudem hätte eine aktive Einbindung der Pfeilkreuzler in eine vereinigte Rechtspartei oder zumindest in ein die Regierung stützendes Parteienbündnis eine erhebliche Stärkung des ausschließlich von den Deutschen und vom Vertrauen des nur vorerst passiven Horthy abhängigen Sztójay-Kabinetts bedeutet, das über keinerlei breitere „Basis" verfügte.

Der nach der deutschen Besetzung erneut politisch aktive Ruszkay rief am 28. März fünf hohe NYKP-Funktionäre (Vajna, Szöllösi, Kassai, Gergely, Vágó) zusammen, um mit ihnen über die Bildung einer Einheitspartei zu verhandeln. Er vermittelte zu diesem Zweck am 1. April ein Gespräch mit Veesenmayer, nachdem bereits am Vortag ein von Basch vermitteltes Gespräch Szálasi – Höttl stattgefunden hatte[48]. Szálasi erschien jedoch nicht selbst, da er eine Intrige Ruszkays zur Spaltung von Partei und Bewegung vermutete[49]. Erst am 3. April trafen Szálasi und Veesenmayer in der deutschen Gesandtschaft zu einer zweistündigen Unterredung zusammen, die für letzteren „enttäuschend" verlief, denn es sei überhaupt nicht absehbar, „wie weit ich ihn [Szálasi] meinen politischen Zwecken nutzbar machen kann". Während Veesenmayer den Hungaristenführer „für unaufrichtig, taktisch gewandt, geistig nicht sehr hochstehend" hielt[50], war dieser umgekehrt von Auftreten und geistigen Fähigkeiten des Deutschen positiv beeindruckt[51].

Typischerweise fragte Szálasi als wahrscheinlich einziger ungarischer Politiker[52] Veesenmayer zu Eingang des Gesprächs nach Sinn und Bedeutung seines Titels, worauf er diesem die Erklärung entlockte, er halte sich als Hitlers persönlicher Bevollmächtigter in Ungarn auf; nur als Gesandter könne er nicht mit Oppositionsparteien verhandeln, als Bevollmächtigter Hitlers allerdings schon. Szálasis Reaktion auf diese Antwort war zwiespältig. Zum einen fragte er, wie üblich pochend auf die Anerkennung der ungarischen Souveränität, ob Deutschland dann auch den persönlichen Bevollmächtigten des ungarischen Staatsoberhaupts anerkennen würde, worauf Veesenmayer süffisant meinte, dies wäre höchstens im Falle einer ungarischen Besetzung des Deutschen Reichs möglich. Andererseits glaubte sich Szálasi am Ziel seiner jahrelangen vergeblichen Bemühungen, daß Hitler durch Veesenmayer endlich einen offiziel-

[47] Szálasi-TB, März 1944, S. 10.
[48] Vgl. dazu ausführlich Tilkovszky, in: Sz 107 (1973), S. 30 ff.
[49] Szálasi-TB, April 1944, S. 23 ff.
[50] ADAP, E/VIII, Nr. 318, S. 606: Telegramm Nr. 696 von Veesenmayer an Ribbentrop, 5. 4. 1944. Ebenfalls wenig begeistert von Szálasis Persönlichkeit war später Sonderbotschafter Rahn, der im Oktober 1944 nach Budapest kam. Er hatte den „Eindruck eines nüchternen, eigenwilligen Mannes von höchstens durchschnittlichem politischen Talent"; vgl. BL. NL Macartney/8: Rahn an Macartney, Uhingen, 4. 12. 1948.
[51] Szálasi-TB, April 1944, S. 30.
[52] Vgl. dazu Macartney II, S. 258, Anm. 1.

len, direkten und persönlichen Kontakt mit der Pfeilkreuzpartei und ihrem Führer unter vollständiger Ausschaltung der Diplomatie aufnehmen wolle, um von Führer zu Führer, von Partei zu Partei das künftige gemeinsame Vorgehen im „weltanschaulichen Ringen" des Zweiten Weltkriegs abzustimmen und zu koordinieren. Davon konnte zwar keine Rede sein, doch notierte Szálasi in völliger Verkennung der deutschen Taktik und Motive, daß gegenwärtig keine imperialistischen Bestrebungen der Deutschen in Südosteuropa bzw. Ungarn feststellbar seien[53].

Nach diesem Gespräch gab es für Szálasi „drei Faktoren", die er für die weitere Entwicklung Ungarns anerkannte, nämlich Horthy als Staatsoberhaupt, an dem er loyal festhielt[54], Ministerpräsident Sztójay[55] sowie Veesenmayer als „Hitlers Bevollmächtigten"[56]; zu Gesprächen mit anderen deutschen Stellen war er zwar grundsätzlich bereit, betrachtete sie jedoch als völlig unverbindlich. Er setzte sich sogar bei Veesenmayer dafür ein, endlich die „Sonderdiplomatie des Nachrichtendienstes" zu unterbinden, da mehrere deutsche „Linien" seiner totalen Stellung als Bevollmächtigtem Hitlers widersprächen[57]. Sogar als ihm von deutscher Seite nahegelegt wurde, Winkelmann als die entscheidende Person in Ungarn zu betrachten, da seit dem Attentat vom 20. Juli die amtliche Außenpolitik in den Hintergrund gedrängt worden sei und Himmler auch die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen habe, hielt Szálasi unerschütterlich daran fest, nur mit Veesenmayer zu verhandeln, bis er amtlich von entsprechenden Veränderungen in Deutschland unterrichtet worden sei[58].

Was eine eventuelle Einheitspartei oder nur die aktive Stützung der Regierung durch ein rechtsextremes Parteienbündnis anging, so war Szálasi auch gegenüber Veesenmayer nicht zu Kompromissen bereit. Er hatte bereits im Sommer 1942 zur Zeit der hoffnungslosen Verhandlungen mit der MMP die zwei einzigen für seine Partei gangbaren Wege definitiv festgelegt: entweder eine Koalition unter Führung der NYKP oder eine Einparteiendiktatur der Pfeilkreuzler[59]. Überzeugt davon, daß die Stunde der hungaristischen Machtergreifung früher oder später mit Sicherheit schlagen werde, teilte er Veesenmayer mit, er „verfolge stur und kompromißlos die Durch-

[53] Szálasi-TB, April 1944, S. 28, 30.

[54] Szálasi strebte wie zuvor Mussolinis Stellung an; vgl. ebenda, April 1944, Anlage 1, S. 26: Protokoll der Unterredung Szöllösi-Veesenmayer, 1. 4. 1944. Sein größter Wunsch einer Audienz bei Horthy ging am 3. 5. unter Vermittlung Sztójays in Erfüllung. Während Horthy dem Hungaristenführer völlig verständnislos gegenübersaß, war Szálasi in seinem Wunschdenken felsenfest davon überzeugt, Horthy stünde nur unter dem schlechten Einfluß seiner „angelsächsisch-jüdischen" Berater; seine Deutschfeindlichkeit sei eingeflüstert, eine verfassungsmäßige nationalsozialistische Regierung werde er anerkennen; vgl. ebenda, Mai 1944, S. 48 ff.; Macartney II, S. 264, 291. Szálasis Loyalität ging so weit, daß er Horthy vom Inhalt seiner Unterredung mit Veesenmayer einschießlich seiner Entwürfe von Idealkabinetten schriftlich unterrichtete; vgl. z. B. Szálasi-TB, August 1944, Anlage 15, S. 33 ff.

[55] Szálasi hatte Respekt vor der Person Sztójays, insbesondere seit dieser ihm den Zugang zum Reichsverweser eröffnet hatte. Das hielt ihn allerdings nicht davon ab, die Regierung als ganze heftig anzugreifen; vgl. Macartney II, S. 291 f.

[56] Zu Szálasis Festhalten an den „drei Faktoren" vgl. z. B. Szálasi-TB, Juli 1944, S. 70: Unterredung Szálasi – Haller; vgl. dazu auch Macartney II. S. 290.

[57] Szálasi-TB, Juli 1944, S. 71: Unterredung Szálasi-Haller.

[58] Ebenda, August 1944, S. 90 f.: Unterredung Szálasi – Warnecke, 20. 8. 1944.

[59] IfZ, MA 1541/11, B. 718: Szálasi, Rede, o. J. (1942); auch ebenda, 1541/1, B. 429 ff.: Antworten Szálasis auf Fragen von Parteifunktionären, 31. 3. 1944.

setzung seines Programms und lehne jeden Kompromiß ab. Er mache daher eine Mitwirkung seiner Partei davon abhängig, daß die Person des Ministerpräsidenten durch ihn bestimmt werde, während er selbst als Führer der Partei keine amtliche Stellung einnehmen wolle."[60] Auf der Sitzung des Obersten Geheimen Parteirats am 1. Mai verkündete Szálasi seinen endgültigen Entschluß: Er wolle nicht als Minister an einer Regierung teilnehmen, sondern nur eine solche Ernennung akzeptieren, die ihn direkt dem Staatsoberhaupt unterordne; eine Koalitionsregierung müsse unter allen Umständen inhaltlich und personell von der Pfeilkreuzpartei bestimmt werden[61].

Man kann hier davon absehen, die sich anschließenden endlosen Verhandlungen der Parteien untereinander sowie mit den deutschen Machtfaktoren zur Bildung einer vereinigten NS-Partei oder eines regierungstragenden Parteienbündnisses unter Einbeziehung der NYKP in den nachfolgenden Wochen und Monaten im einzelnen nachzuzeichnen. Sie sind minutiös einschließlich der von Szálasi erdachten Kabinettsentwürfe im Hungaristischen Tagebuch protokolliert.

Nicht nur waren die an der Koalitionsregierung beteiligten Parteien heillos untereinander zerstritten und kämpften verbissen um die Führungsrolle, so daß die Situation des Sztójay-Kabinetts bereits Mitte April als krisenhaft und „most precarious"[62] beurteilt werden mußte. Hubays Ungarische Nationalsozialisten fühlten sich zu kurz gekommen, attackierten heftig die vom verhaßten alten System „geerbten" Regierungsmitglieder und propagierten eine NS-Einheitspartei unter ihrer Führung. Als Imrédy am 24./25. Mai zum Minister für wirtschaftliche Koordination ernannt wurde, kündigte die MNSZP die Parteiallianz mit den Imrédisten und agitierte offen gegen den Regierungsblock aus MÉP und MMP[63]. Imrédy seinerseits unternahm deutliche Versuche, zum starken Mann des Kabinetts zu avancieren. Der am 14. April auf sein Betreiben gegründete „Kameradschaftsbund der Ostfrontkämpfer" KABSZ (Keleti Arcvonal Bajtársi Szövetsége) nannte als sein Ziel relativ vage den „Kampf gegen den Bolschewismus an jeder Front des ungarischen Lebens" bis zu seiner endgültigen Vernichtung[64]. Dahinter steckte jedoch Imrédys Bemühen, sich eine Machtposition aus Regierung, Staatsapparat und KABSZ als Massenbasis aufzubauen[65]. Zunehmend ins Hintertreffen geriet dabei die Regierungspartei, die nicht nur deutliche Auflösungs-

[60] ADAP, E/VIII, Nr. 318, S. 605: Telegramm Veesenmayers an Ribbentrop, 5.4.1944. Auch Szálasi-TB, April 1944, S. 29. Als am 18.6. Höttl vom nachrichtendienstlichen Amt VI des RSHA nachfragte, wie Szálasi seine künftige Rolle außerhalb einer eventuellen Koalitionsregierung verstehe, verwies Vajna auf Attila, die „Geißel Gottes": Szálasi werde „Geißel sein, von der niemand weiß, wann und wohin sie niederschlagen wird. Er kann dies tun, weil Partei und Bewegung in seiner Hand sein werden."; vgl. dazu ebenda, Juni 1944, Anlage 6, S. 30.

[61] Ebenda, Mai 1944, S. 80. Szálasis personelle Überlegungen, die er in diesem Zusammenhang anstellte, vgl. im Anhang dieser Arbeit.

[62] PRO. FO 371.39262, S. 13: Telegramm Nr. 629 von Hoare an FO, Madrid, 24.4.1944.

[63] Vgl. dazu ebenda, S. 109: Hungary No. 31, Press Reading Bureau, Stockholm, an Political Intelligence Dept., London, 1.5.1944 sowie die „Memoranda on Axis-controlled Europe" Nr. 186, 195: Review of the Foreign Press, Series A, 30.5. und 27.6.1944, in: ebenda, 39263, S. 48 A bzw. 39264, S. 72 A, 73.

[64] PI, A. 685-1/1: KABSZ-Vereinsstatuten. Abzeichen des Bundes war ein Totenkopf über zwei gekreuzten Schwertern.

[65] Vgl. Lackó, 1966, S. 323 f.; Ránki, 1966, S. 227 ff.; auch PRO. FO 371.39264, S. 72 A: Memoranda on Axis-controlled Europe" Nr. 195: Review of the Foreign Press, Series A, 27.6.1944.

erscheinungen aufwies[66], sondern mit der realistischen Gefahr konfrontiert wurde, „immer bedeutungsloser" zu werden. Veesenmayer erkannte folglich völlig richtig in der MÉP den Hauptmotor der Bestrebungen zur Gründung einer Einheitspartei unter Einschluß der NYKP[67].

Szálasi selbst stand als von den Parteiungen je nach Lage geschmähter oder umworbener Dritter abseits und war keinen Millimeter von dem Standpunkt abzubringen, den er gegenüber Veesenmayer Anfang April eingenommen hatte. Ruszkay, Imrédy, der ehemalige Ministerpräsident Bárdossy, im Mai sogar Ministerpräsident Sztójay selbst versuchten vergeblich, eine Einigung mit der Pfeilkreuzpartei zu erzielen: Szálasi gab seinen Führungsanspruch nicht auf[68], zumal alle diskutierten Vorschläge darauf hinausgelaufen wären, ihn von seiner Partei zu trennen und zu entmachten, um seinen führerlos gewordenen Massenanhang für die eigenen Zwecke ausnutzen zu können.

Dies galt für das Maximalziel einer vereinigten Partei der nationalen Konzentration, die die Selbstauflösung der Parteien und die Bildung einer neuen Partei mit neuer Parteizentrale und neuem Programm zur Voraussetzung hatte; einen entsprechenden Plan des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rátz vom 15. April bezeichnete Vajna als inakzeptable Mischung aus „Szegediner Gedankengut", Pseudonationalsozialismus, Hungarismus und aufgeklärtem Liberalismus. Szálasi entschied, den Entwurf erst gar nicht zur Kenntnis zu nehmen[69]. Rátz' Ankündigung eines Parteiverbots im Falle einer Weigerung konterte er mit der Gegendrohung, daß „dann diese Regierung solche Stöße aus dem Untergrund bekommt, daß sie an ein Erdbeben glaubt und nicht weiß, wohin sie ihren Kopf tun soll"[70].

Aber auch Sztójays Vorschlag eines engsten Parteienbündnisses der „nationalen Konzentration", das er anstelle der endgültig gescheiterten Bemühungen um eine Einheitspartei ins Auge faßte, ging Ende Juli davon aus, „daß die weiteren Uneinigkeiten und Streitigkeiten zwischen den Parteien in den heutigen gefahrvollen Zeiten das Land in den Abgrund der Vernichtung stürzen können"[71]. In der Praxis bedeutete

[66] Die MÉP-Fraktion war geschwächt durch den Parteiausschluß der Kállay-Anhänger, die Bildung einer selbständigen Volksdeutschen (7) sowie Ruthenischen Parlamentsgruppe (7) und den Parteiaustritt mehrerer Abgeordneter. Ende Mai 1944 waren 33 ehemalige MÉP-Abgeordnete parteilos; vgl. ebenda, S. 72 A/73.

[67] PA, AA. Büro des Staatssekretärs: Ungarn, 1.5.–24.7.1944, Bd. 12, S. 110282: Telegramm Nr. 144 von Veesenmayer an Ribbentrop, 2.5.1944.

[68] Den Gang der Verhandlungen vgl. ausführlich Macartney II, stark zusammenfassend und verkürzend dagegen Lackó, 1966, S. 321 ff., der sich im wesentlichen auf Macartney bezieht. Nur im Komitat Zala gelang es dem Obergespan im Juni, wenigstens auf dem Papier einen gemeinsamen Ausschuß aus je drei Vertretern der MÉP, MMP und MNSZP auf Komitatsebene zu bilden. Entscheidungen sollten einstimmig gefällt werden, dann aber für alle drei Parteien verbindlich sein. Bereits der Beschluß zur Bildung ähnlicher Parteiausschüsse auf Kreis- bzw. Stadtebene scheiterte. Die nur vier am 3.8. zur Sitzung erschienenen Ausschußmitglieder beschlossen, in Zukunft nur noch dann Sitzungen einzuberufen, wenn äußere Hindernisse (z.B. Bombardierungen) entfielen; damit war das Schicksal des Ausschusses besiegelt; vgl. dazu ausführlich Degré, in: Sz 98 (1964), S. 1188 ff.

[69] Szálasi-TB, April 1944, S. 39 f.

[70] IfZ, MA 1541/1, B. 456: Antworten Szálasis auf Fragen von NYKP-Funktionären, 5.5.1944.

[71] Szálasi-TB, Juli 1944, Anlage 41, S. 133 f.: Wortlaut der von Sztójay verfaßten gemeinsamen Erklärung zur Schließung eines Parteienbündnisses, 26.7.1944.

dies die Einstellung jeder Mitgliederwerbung, Parteipropaganda und parteipolitischen Tätigkeit sowie die Schließung sämtlicher Parteibüros mit Ausnahme der Budapester Zentrale. Zwar galten diese Bestimmungen für alle unterzeichnenden Parteien gleichermaßen, doch trafen sie de facto nur die NYKP, die als einzige der in Frage kommenden Parteien Bewegungscharakter besaß und daher in ihrem politischen Einfluß gerade von der Organisierung der Massen in einer landesweit gut ausgebauten Partei abhängig war. Hinzu kam, daß sich mit der Unterzeichnung des Dokuments die Parteien dazu verpflichten sollten, „die gegenwärtige Regierung mit voller Kraft und allen zur Verfügung stehenden Mitteln vorbehaltlos bei der Durchführung des Programms zu unterstützen, das die von Ministerpräsident Döme Sztójay am 24. und 25. Mai vor beiden Häusern des Parlaments gehaltene Regierungserklärung als Regierungsprogramm beinhaltete“[72].

Im Klartext: Die Hungaristenpartei sollte unter Verzicht auf all das, woraus sie ihre politische Stärke bezog, eine Regierung und ein Programm mittragen, an denen sie nicht beteiligt war. Unter diesen Bedingungen war nichts anderes als Szálasis Ablehnung zu erwarten. Einzig einer hungaristisch dominierten Regierungskoalition wollte er sein Einverständnis geben, was natürlich bei den anderen Parteien auf wenig Gegenliebe stieß, mußten sie sich doch durch die „offenen Totalitätsansprüche“[73] Szálasis in ihrer Existenz gefährdet sehen. Ihre Befürchtungen waren nur zu sehr begründet, denn am 1. Juli erklärte der Pfeilkreuzlerführer Veesenmayers politischem Berater Kurt Haller in aller Offenheit, „daß die Hitler-Hugenberg-Koalition seines Wissens nur ein paar Monate dauerte“:

> „Danach verschwand Hugenberg aus der Koalition, und die NSDAP blieb allein auf dem Kampfplatz. PV [= Pártvezető, *Parteiführer*] wird auch zu gegebener Zeit diesen Koalitionsweltrekord überflügeln und mit den in Betracht kommenden Parteien und Personen ein paar Monate lang zusammenarbeiten, aber danach wird er sie gnadenlos liquidieren, und allein die totale Pfeilkreuzpartei wird die Dinge weiter führen.“[74]

Veesenmayer hatte im übrigen die Bemühungen zur Gründung einer Einheitspartei von Anfang an „als völlig aussichtslos betrachtet, da die Gegensätzlichkeiten zwischen den einzelnen Parteien, Gruppen und Persönlichkeiten ebenso tiefgreifend sind, wie die mit diesen Bestrebungen verbundenen Interessentenwünsche auseinanderlaufen“[75]. Selbst als sich Sztójay höchstpersönlich in die Verhandlungen einschaltete, rechnete Veesenmayer nicht ernsthaft mit einer Veränderung der politischen Konstellationen, da sich die Gegensätze „dadurch höchstens vom Parteienkampf auf das Feld des Ministeriums“ verlagerten. Seine Taktik war es, sich bewußt zurückzuhalten, um den Eindruck zu vermeiden, er blockiere die Gründung der Einheitspartei; er konnte auf diese Weise seinen Einfluß auf die gesamte politische Entwicklung durch das Ausspielen der einzelnen Parteien und Persönlichkeiten am besten wahrnehmen[76].

[72] Ebenda, S. 134.
[73] BA, NS 19 neu/2067: Bericht Ruszkays von Anfang Juni 1944, S. 4.
[74] Szálasi-TB, Juli 1944, S. 4.
[75] PA, AA. Büro des Staatssekretärs: Ungarn, 1.5.–24.7.1944, Bd. 12, S. 110282: Telegramm Nr. 144 von Veesenmayer an Ribbentrop, 2.5.1944.
[76] Ebenda, S. 110340f.: Telegramm Nr. 172 von Veesenmayer an Ribbentrop, 3.5.1944.

Die Besatzer waren jedoch gezwungen, dem Hin und Her auf der extremen Rechten mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als Ende Juni Horthy aus seiner Passivität erwachte und eine den Deutschen ungelegene politische Aktivität entfaltete. Er stand dabei unter dem Eindruck massiver internationaler und kirchlicher Proteste gegen die Judendeportationen[77] sowie eines von Bethlen im Versteck verfaßten Memorandums, nach dem er zur Wiederherstellung der staatlichen Souveränität Ungarns das Sztójay-Kabinett entlassen und eine unpolitische Fachleuteregierung aus hohen Militärs und Verwaltungsexperten ernennen sollte[78]. Auf dem Kronrat vom 26. Juni verkündete Horthy seine feste Absicht, die Deportation der Budapester Juden verhindern und die damit befaßten Staatssekretäre, Baky und Endre, entlassen zu wollen. Diese wurden denn auch schrittweise entmachtet und ihrer Funktionen entbunden, während sich die Konzentration und anschließende Deportation der Juden außerhalb der Hauptstadt noch bis in den Juli fortsetzte. In diese zugespitzte Lage hinein fielen ein gescheitertes Attentat auf Horthys persönlichen Freund, István Bárcziházi Bárczy, Staatssekretär im Ministerpräsidium, am 29. Juni und die Vorbereitung eines rechtsradikalen Putschversuchs Anfang Juli. Hinter beidem steckten die Ungarischen Nationalsozialisten, namentlich Baky; in letzterem Fall war auch die SS verwickelt, die sich jedoch bald aus dem Unternehmen zurückzog[79].

Bereits am 28. Juni teilte Horthy seinem Generalstabschef János Vörös mit, daß Hinweise auf eine geplante gewaltsame Entfernung der Regierung durch die Baky-Partei mit Hilfe von Gestapo und SS deuteten[80]. Vörös war zwar schon am 17. Juni davon unterrichtet worden, daß Baky bewaffnete Einheiten aufstellte, hielt aber noch am 6. Juli einen Putschversuch für „völlig ausgeschlossen"[81], obwohl bereits mehrere tausend Mann in Budapest zusammengezogen waren. Szálasi hatte sogar, typisch für seine Loyalität zu Horthy, über Vajna bei Sztójay einen kurz bevorstehenden Putschversuch angezeigt, sich und seine Partei distanziert und die Drahtzieher benannt[82]. Horthytreue Offiziere zwangen Baky am 6./7. Juli in einem Ultimatum zur Aufgabe und zum Abzug seiner Einheiten, zumal deutsche Hilfe ausblieb[83].

Unter diesen Umständen verstärkte sich Horthys Bestreben, die deutschen Besatzer, d.h. besonders die SS-Einheiten, und ihre Marionettenregierung loszuwerden. Am 7. Juli stellte er Vörös sogar die vorsichtige Frage, ob im Notfall die ungarische Armee den deutschen Kräften standhalten könne. Dieser beschwor eine Katastrophe „wie nach dem Tatarensturm" und betonte die absolute Notwendigkeit einer politisch-diplomatischen Lösung[84]. In einem lange geplanten Brief an Hitler vom 17. Juli drängte Horthy auf die versprochene Zurückziehung der deutschen Truppen, SS- und Ge-

[77] Macartney II, S. 302 f.; Vigh, 1984, S. 27 f.

[78] Horthy Miklós titkos iratai, Nr. 87, S. 457 ff.: Memorandum Bethlens, Ende Juni 1944.

[78] Zusammenfassend Macartney II, S. 303 ff.; Vigh, 1984, S. 30 ff.; MT 8/2, S. 1170 ff.; Ránki, 1984, S. 344 ff.

[80] IfZ, MA 1541/15, B. 443 f.: Vörös-TB, 29. 6. 1944, S. 38 f.

[81] Ebenda, B. 436, 450: 17. 6. und 6. 7. 1944, S. 33, 42.

[82] Ebenda, 1541/1, B. 471 f.: Antwort Szálasis auf Fragen von Parteifunktionären, 7. 7. 1944; ebenda, 1541/14, B. 100: NYKP-Flugblatt „Was steckt dahinter?", o.J.

[83] Vgl. Näheres im Bericht des militärischen Leiters der Niederschlagung, Oberst Koszorús, an Macartney, Washington D.C., 17. 11. 1961, in: BL. NL Macartney/14; auch Vigh, 1984, S. 31 ff., der sich ebenfalls auf (nicht näher benannte) „Erinnerungen" Koszorús' bezieht.

[84] IfZ, MA 1541/15, B. 452 f.: Vörös-TB, 7. 7. 1944, S. 43.

stapo-Einheiten und kündigte die Ablösung der Sztójay- durch eine Militärregierung an[85]. Veesenmayer verständigte sofort Ribbentrop und Hitler von Horthys Vorhaben, so daß Ribbentrop bereits einen Tag später in bisher unerhörtem Ton im Auftrag Hitlers schärfste Gegenmaßnahmen androhte, wenn an der Zusammensetzung der Regierung auch nur ein bißchen geändert werde[86]. Horthy zog sein Vorhaben zurück, doch hatte sich seine politische „Unzuverlässigkeit" erwiesen: Die Sztójay-Regierung wurde einzig durch deutschen Druck im Amt gehalten.

Sowohl der Reichsbevollmächtigte als auch die SS waren genötigt, nach Ausweichmöglichkeiten zu suchen, um gegebenenfalls ein zweites Eisen im Feuer zu haben. Veesenmayer kam nicht umhin, nicht nur die NYKP, sondern auch Szálasi als ihren Parteiführer in seine Überlegungen einzubeziehen. Bereits am 25. Juli traf er mit dem Hungaristenführer zusammen und nahm seine Vorschläge zur Bildung einer Koalitionsregierung entgegen. Am 6. August ließ er sich in einer zweiten Unterredung Szálasis Liste für eine Koalitions- und für eine rein hungaristische Regierung vorlegen[87]. Über die konkreten politischen Züge einer Regierung für den „Notfall" vertraten der Reichsbevollmächtigte und die SS jedoch durchaus unterschiedliche Konzeptionen, die sie rivalisierend bei Hitler durchzusetzen wünschten.

Konkreter Hintergrund für Veesenmayers plötzliche lebhafte Gesprächsbereitschaft waren die Krise des Sztójay-Kabinetts und die Spannungen zu Winkelmann[88], die sich Anfang August zuspitzten, als bekannt wurde, daß sich die SS hinter dem Rücken der ungarischen Regierung und des Reichsbevollmächtigten in den Besitz der Manfred-Weiss-Werke in Csepel versetzt hatte. Sie hatte die jüdischen Eigner durch die Zusicherung freier Ausreise ihrer Familien zur Überschreibung erpreßt[89]. Der selber zutiefst verärgerte Veesenmayer kam in die groteske Situation, gegenüber der vor den Kopf gestoßenen Regierung die Aktion verteidigen und einen Kompromiß suchen zu müssen. Er wollte unter allen Umständen Imrédy im Kabinett halten, verhinderte dadurch aber eine von der SS befürwortete Koalitionsregierung mit Baky und eventuell einigen „passablen" NYKP-Ministern[90]; die SS befürchtete, daß Veesenmayer jetzt

[85] Horthy Miklós titkos iratai, Nr. 88, S. 466 ff.: Brief Horthys an Hitler, 17. 7. 1944.

[86] Wörtlich bei Ránki, 1984, S. 356 ff.; Macartney II, S. 308. Bakys und Endres Entlassung wurde rückgängig gemacht, doch widersetzte sich Horthy erfolgreich, ihnen auch ihre alten Funktionen wiederzugeben.

[87] Szálasi-TB, Juli 1944, S. 119 ff.; August 1944, S. 61 ff.; vgl. dazu auch den Anhang dieser Arbeit.

[88] Der in Ungarn von Veesenmayer und Winkelmann ausgetragene Machtkampf zwischen Himmler und Ribbentrop verschärfte sich im August derart, daß nach englischen Geheimdienstinformationen Himmler dem Reichsbevollmächtigten ausrichten ließ, er könne dessen Sicherheit nicht mehr garantieren, wenn er sich nicht nach seinen, sondern nach Ribbentrops Anordnungen richte; vgl. PRO. FO 371.39264, S. 58 A: Telegramm Nr. 3874 von Norton an FO, Bern, 18. 8. 1944.

[89] Als Quellen zu dieser SS-Aktion vgl. BA, NS 19 neu/1494; PA, AA. Inland II geheim: Manfred-Weiss-Werke; ADAP, E/VIII, Dokumente Nr. 40, 48, 66, 106, 117, 124; auch in: The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 408 ff., S. 834 ff. Zusammenfassend dazu auch Karsai/Szinai, in: Sz 95 (1961), S. 680 ff.; Birn, 1986, S. 178, 299 f.; Ránki, 1984, S. 283 ff.

[90] Gedacht war an Budinszky und Vágó, die jedoch nicht dazu bereit waren, gegen Szálasis Anordnungen zu verstoßen, und das Angebot eines Ministeramtes ablehnten; vgl. Szálasi-TB, August 1944, S. 4; Anlage 8, S. 21; Anlagen 10 und 11, S. 25 ff. Winkelmanns Überlegungen richteten sich jedoch auch auf eine Koalitionsregierung unter Ausschluß der NYKP; vgl. ebenda, Juli 1944, S. 136; August 1944, Anlage 8, S. 19 f.

nur noch die Möglichkeit habe, „eine reine Pfeilkreuzler-Regierung zu bilden, was vom Sicherheitsstandpunkt des Reiches gesehen untragbar wäre"[91]. Der Konflikt, der hinter den Kulissen in Deutschland nur durch ein Machtwort Hitlers beendet werden konnte, gipfelte in Ungarn am 7. August im Ausscheiden der MMP-Minister Imrédy, Jaross und Kunder aus dem Kabinett, das fortan nur noch von der Regierungspartei getragen wurde[92].

Das gegenseitige Mißtrauen zwischen den Deutschen und dem Hungaristenführer konnte auch in diesen kritischen Wochen nicht überwunden werden. Der Reichsbevollmächtigte dachte gar nicht daran, einzig und allein aus einer vermeintlichen weltanschaulichen Verwandtschaft heraus voll auf die Pfeilkreuzler zu setzen, sondern mußte versuchen, den Reichsverweser bei der Stange zu halten und sich den Überblick über den Parteienhader zu bewahren, den er durch „das von mir gepflegte Ausspielen der Gruppen untereinander"[93] für die deutschen Interessen ausnutzen konnte. Der Favorit seiner Pläne war stets Imrédy. Aber auch über das machtpolitische Taktieren hinaus reichte Veesenmayers Reserviertheit. In den Reden einiger NYKP-Politiker vermeinte er gar Äußerungen vernommen zu haben, „die so klingen, wie eine Art Nacionalbolschewismus"[94].

Auch die SS, die alles daran gesetzt hatte, Imrédy aus dem Kabinett zu entfernen, ging in ihren Überlegungen zur Beendigung der unlösbaren Krise der Sztójay-Regierung nur so weit, auf eine Koalitionsregierung unter Einbeziehung der Pfeilkreuzpartei hinzuarbeiten; diese sollte jedoch von der MNSZP geführt werden. Noch im Juni wurde Graf Pálffy, laut Höttl ein „ganz außerordentlich verläßlicher Mann"[95], als Ministerpräsident ins Auge gefaßt, der als Aristokrat sowohl dem Reichsverweser als auch dem hohen Adel und der hohen Geistlichkeit nahegebracht werden könne; Baky sollte auf Himmlers ausdrücklichen Wunsch die Führung der Staatssicherheit übernehmen[96]. Szálasi lehnte es jedoch ab, ein von Pálffy in Übereinkunft mit Höttl Anfang Juli formuliertes Fusionsabkommen der NYKP und der MNSZP zu unterzeichnen[97].

Szálasis Mißtrauen gegenüber den wahren deutschen Zielen in Ungarn war bereits Ende Mai wieder wach geworden, doch wie 1940/41 vermutete er Machtkämpfe zwischen einer „imperialistischen" und einer „wahren" nationalsozialistischen Gruppe in-

[91] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1944, Bd. 472: Fernschreiben Nr. 3027 von Kaltenbrunner an Ribbentrop, 4. 8. 1944.

[92] MTK III, S. 995. Neuer Innenminister wurde zur „Entpolitisierung" des Amts Miklós Bonczós; Industrieminister Lajos Szász übernahm zusätzlich das Handels- und Verkehrsministerium. Vgl. auch Macartney II, S. 309.

[93] PA, AA. Büro des Staatssekretärs: Ungarn, 1. 5.–24. 7. 1944, Bd. 12, S. 110282: Telegramm Nr. 144 von Veesenmayer an Ribbentrop, 2. 5. 1944.

[94] Szálasi-TB, Mai 1944, Anlage 1, S. 47: Protokoll der Unterredung Veesenmayer – Szöllösi, 28. 4. 1944. Der Satz wurde deutsch notiert und entspricht wohl einem wörtlichen Zitat. Veesenmayer konkretisierte seine Aussage zwar nicht, ließ aber durchblicken, er meine die von den Pfeilkreuzlern vertretenen Forderungen nach Lohnerhöhung, ohne daß die Finanzierungsgrundlage gesichert sei.

[95] Zitiert nach Lackó, 1966, S. 314, Anm. 2.

[96] Vgl. dazu Szálasi-TB, Juli 1944, Anlage 2, S. 7 ff.: Aufzeichnung Vajnas über seine Unterredung mit Höttl, 16. 6. 1944.

[97] Ebenda, Juli 1944, Anlage 5, S. 17 ff.: Entwurf eines Fusionsabkommens, 1. 7. 1944.

nerhalb der deutschen Führung. Zu der Erkenntnis, daß der bewunderte Adolf Hitler selbst so „pseudonationalsozialistisch" sein könnte, nicht nach der NS-Gemeinschaft gleichberechtigter Völker, sondern nach der deutschen Herrschaft über die Völker Europas zu streben, konnte sich der Pfeilkreuzlerführer niemals durchringen. Nach einer Unterredung mit Haller am 5. Juni notierte er im Tagebuch: „Es sieht so aus, als könnte tatsächlich eine gewisse deutsche Initiative bestehen, Ungarn völlig ins Großdeutsche Reich zu integrieren; dies ist jedoch nicht der amtliche Plan, sondern vielleicht ein geduldeter."[98] Es mußte daher Szálasis Interesse sein, die „amtliche" deutsche Führung von der Richtigkeit des hungaristischen Standpunkts zu überzeugen, zumal ihm Vajna nach einem Gespräch mit Höttl am 16. Juni zu Protokoll gab, die Deutschen hätten schon vor dem Wort „Hungarismus" Angst[99].

Szálasi knüpfte in seiner kritischen Sicht der gegenwärtigen Lage an der Politik der Regierung an und meinte in einer Audienz am 16. Juni zu Sztójay, eine kleine Gruppe, die jedoch den Kern der jetzigen Regierung bilde und daher über Machtmittel verfüge, betreibe unter Stützung auf die Bajonette der Deutschen „geradewegs den Ausverkauf dieses Landes sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und militärischer Hinsicht". Er machte kein Hehl daraus, wen er konkret mit dieser Kritik meinte, nämlich in Ungarn seine alten Rivalen, die MNSZP mit ihren SS-Kontakten, in Deutschland dagegen die SS und „einige deutsche kapitalistische und imperialistische Kreise", die mit Duldung der ungarischen Regierung versuchten, „unser wirtschaftliches Leben in ihre Hände zu bekommen"; er werde sich gegen „diese kapitalistische und imperialistische Einmischung" und den „Ausverkauf unserer Wertgegenstände" mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Den politischen und gesellschaftlichen Ausverkauf Ungarns sah er darin begründet, daß „unter anderem Herr Baky mit seinem unqualifizierbaren Verhalten zum Ausdruck gebracht hat, daß in Ungarn politisch nur das geschehen könne, was er als Anordnung von Himmler bekomme" und daß die ungarische Regierung mit der deutschen solche Abmachungen treffe, „die die Souveränität des Landes aufs vollständigste verletzen"[100].

Am 21. Juni ließ Szálasi Hitler ein Memorandum weltanschaulichen Inhalts zukommen[101]. Als Höttl in einer Unterredung mit Szöllösi am 14. Juli diese Denkschrift ansprach und vorsichtig die Ansicht vertrat, der Führer werde wegen übergroßer Beanspruchung keine Zeit finden, sich mit weltanschaulichen Fragen zu beschäftigen, wurde ihm entgegnet, dies sei unbedingt notwendig, da man sonst „die ungarische Nation nicht restlos für die Idee des Neuen Europa in den Kampf stellen könne". Ein

[98] Szálasi-TB, Juni 1944, S. 3.

[99] Ebenda, Juli 1944, Anlage 2, S. 12.

[100] Ebenda, Juni 1944, S. 24. Szálasi spielte damit auf das am 14. 4. geschlossene Waffen-SS-Abkommen an, dessen Wortlaut ihm bis dahin jedoch nicht bekannt war. Demnach wurden ungarische Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit für die Dauer des Kriegs der Wehrdienstpflicht in der Waffen-SS überlassen, wodurch sie nicht wie bisher ihre ungarische Staatsangehörigkeit verloren, aber gleichzeitig als deutsche Reichsangehörige galten. Deutsche Volkszugehörigkeit definierte sich nach „Lebensweise" und „Volkstumsmerkmalen" bzw. dem freiwilligen Bekenntnis zum Deutschtum; vgl. ADAP, E/VII, Nr. 353, S. 660 ff. Szálasi hielt dagegen bis auf weiteres an den Bestimmungen des 2. Wiener Schiedsspruches fest.

[101] Szálasi-TB, Juni 1944, S. 35. Ein weiteres Original des Memorandums wurde dem Reichsverweser, eine Abschrift dem Ministerpräsidenten zugeschickt. Der Inhalt ist nicht bekannt.

Bericht über die Tätigkeit ukrainischer Partisanen, so Szöllösi weiter, habe erkennen lassen, daß die Deutschen an der Front „gewisse Fehler" begangen hätten: „Damit dies nicht auch an der ungarischen Front geschieht, hält unsere Partei es für unbedingt notwendig, daß jene grundlegenden Fragen, die Ferenc Szálasi in seiner an den Führer gerichteten Schrift aufgeworfen hat, geklärt werden."[102]

Nachdem die Denkschrift unbeantwortet blieb, ließ Szálasi Ende Juli 1944, als sich die deutsche Militärmacht überall auf dem Rückzug befand, Hitler über Veesenmayer seinen völlig ernst gemeinten Entwurf der politischen Ausgestaltung der NS-Europagemeinschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme und Äußerung übermitteln; eine Kopie schickte er an Mussolini. Unter der Führung Hitlers und seines Stellvertreters Mussolini sollte ein oberster „Europastab" gebildet werden aus Bevollmächtigten der mit Berlin und Rom verbündeten Staaten bzw. der sich auf deutschem oder italienischem Gebiet aufhaltenden, weltanschaulich verwandten Exilregierungen; teilnahmeberechtigt seien ferner jene europäischen Staaten, die den nationalsozialistischen neuen Zeitgeist verspürten. Als Bevollmächtigte schlug Szálasi die Führer der jeweiligen nationalen faschistischen (Splitter-)Parteien vor, so z. B. Horia Sima für Rumänien, Wlassow für Rußland, Degrelle für Belgien, Mussert für Holland, Quisling für Norwegen und sich selbst für Ungarn. Er plante jedoch auch die Einbeziehung eines arabischen, persischen, tunesischen, libyschen, ägyptischen und abessinischen Beauftragten sowie eines Beauftragten der Buren in Südafrika. Zum asiatischen, nord-, mittel- und südamerikanischen Großraum sollten Verbindungsleute aufgestellt werden[103].

Wenn man sich vor Augen hält, in welcher konkreten militärischen Situation – nach der alliierten Landung in der Normandie! – dieser rein visionäre, jedes Realitätsbezugs entbehrende Entwurf Szálasis bei Hitler eintraf, erstaunt es nicht weiter, daß nicht nur keine hinhaltende, sondern überhaupt keine Antwort nach Ungarn übermittelt wurde. In den sich überstürzenden Ereignissen des Monats August jedoch hatte selbst der weltferne Ideologe Szálasi keine Zeit, auf das Antwortschreiben zu warten.

Der Kriegsaustritt Rumäniens und seine Folgen

Die Situation änderte sich grundlegend, als am 20. August 1944 die Rote Armee ihre Offensive gegen die rumänische Front startete und bereits zwei Tage später Iasi einnahm; einen Tag darauf war die deutsch-rumänische Verteidigungslinie zusammengebrochen. König Michael ließ die Regierung Antonescu verhaften, nachdem diese zu einem Waffenstillstandsgesuch nicht bereit gewesen war. Noch am selben Tag, am 23. August, bat die neue Regierung unter General Sanatescu um einen Waffenstillstand, am 25. August erklärte Rumänien Deutschland den Krieg. Der am 12. September in Moskau unterzeichnete Waffenstillstand deklarierte den Zweiten Wiener Schiedsspruch für nichtig und gestand Rumänien die Wiederangliederung ganz Siebenbürgens zu[104]. Der Frontwechsel Rumäniens bedeutete für die deutsche Wehrmacht den Verlust ganz Südosteuropas. Nach einer Eroberung Siebenbürgens

[102] Ebenda, Juli 1944, Anlage 21, S. 61: Protokoll der Unterredung Szöllösi-Höttl, 14. 7. 1944.

[103] Ebenda, Anlage 39, S. 125 f.: Entwurf der künftigen NS-Europagemeinschaft, 27. 7. 1944. Die neutralen Staaten, darunter auch Spanien und Portugal trotz des in diesen Ländern spürbaren „neuen Zeitgeistes", sollten nur Beobachter entsenden dürfen.

[104] Vgl. Hillgruber, 1965, S. 216 ff.; MTK III, S. 995.

durch die Rote Armee standen zudem die ungarische Tiefebene und in der Folge das südöstliche Reichsgebiet den sowjetischen Truppen offen. Ein möglicher Abfall Ungarns hätte für NS-Deutschland jedoch nicht nur militärisch eine Katastrophe bedeutet. Noch am 31. Juli hatte Hitler gegenüber Jodl betont, er betrachte Ungarn als „notwendigste Sicherung": Das Land sei ernährungsmäßig der einzige mögliche Ersatz für die Verluste Deutschlands, biete rohstoffmäßig „eine Quelle für eine ganze Menge" und stelle verkehrsmäßig die Voraussetzung für ganz Südosteuropa dar[105].

Horthy reagierte nicht so, wie es den deutschen Interessen entsprochen hätte. Zwar startete Anfang September die ungarische Armee eine allerdings nur kurzfristig erfolgreiche Offensive zur Eroberung Südsiebenbürgens, um die sowjetischen Truppen noch in den Karpaten aufzuhalten; am 29. August jedoch entließ Horthy offiziell die Regierung Sztójay und beauftragte Generaloberst Lakatos mit der Bildung einer neuen „unpolitischen" Regierung aus Fachleuten und hohen Militärs. Er folgte darin fast bis ins Detail den Vorschlägen, die ihm Bethlen, der immer noch als graue Eminenz die einflußreichste Persönlichkeit im informellen Kreis um den Reichsverweser war, in seinem Memorandum Ende Juni unterbreitet hatte. Horthy hatte bereits damals Lakatos als möglichen Ministerpräsidenten ins Auge gefaßt[106].

Der Abfall Rumäniens hatte Horthys Position gegenüber den nunmehr sehr bedrängten Deutschen entscheidend gestärkt: Er ernannte Lakatos zum Ministerpräsidenten, machte aber den Fehler, seine Ministerliste, die im wesentlichen Bethlens Vorgabe vom Juni entsprach, mit Veesenmayer zu verhandeln, der mit dem Entwurf einer eigenen Wunschregierung unter Beteiligung sämtlicher Rechtsparteien einschließlich der NYKP erschien[107]. Mit der Ernennung Reményi-Schnellers zum Finanz- sowie Jurcseks zum Landwirtschafts- und Versorgungsminister gelang dem Reichsbevollmächtigten der Einbau zweier unbedingt achsentreuer Politiker in die Lakatos-Regierung, die ihn in der Folge von allen Schritten des Kabinetts unterrichteten[108].

Die eigentliche Aufgabe der neuen Regierung blieb den deutschen Besatzern nicht verborgen. Ganz in Übereinstimmung mit Bethlens Juni-Memorandum sollte sie vorsichtig die Souveränität Ungarns wiederherstellen und den Austritt aus dem Krieg in die Wege leiten. Dabei hatte der größere Teil des Kabinetts in den folgenden Wochen nur reine Routineaufgaben zu erledigen und wurde nicht an der „hohen Politik" beteiligt. Die eigentlichen politischen Entscheidungsträger bildeten einen sehr schmalen Kreis, der im wesentlichen aus Lakatos, Außenminister Hennyey, Verteidigungsminister Csatay, dem Chef des Generalstabs Vörös, den Leitern der Kabinetts- und der Mi-

[105] Hitlers Lagebesprechungen, S. 589.

[106] Vgl. dazu S. 295 dieser Arbeit; MT 8/2, S. 1171 f.; Macartney II, S. 307 f.

[107] Veesenmayers Wunschregierung sah Sztójay als Ministerpräsidenten, Jurcsek als seinen Stellvertreter, Pálffy als Außen-, Ruszkay als Verteidigungs-, Jaross als Nationalitäten- und Endre als Arbeitsminister vor. Über die Beteiligung dreier Pfeilkreuzler (Budinszky als Justiz-, Vágó als Propaganda-, Hellebronth als Industrieminister) habe er zwar mit Szálasi noch nicht gesprochen, hoffe aber, dies durchsetzen zu können; vgl. dazu PA, AA. Inland II g: Judenfrage in Ungarn, 1943–1945, Bd. 209, S. 72 f.: Telegramm Nr. 2368 von Veesenmayer an das AA, 24. 8. 1944.

[108] Dazu ausführlich Vigh, 1984, S. 52 ff.; Macartney II, S. 323 ff.

litärkanzlei, Ambrózy und Vattay, Horthys Adjutanten Tost, dem Befehlshaber der Leibwache Lázár, Horthys Sohn Miklós Horthy Jr. und seiner Schwiegertochter bestand[109].

Wenn auch die ungarische Bevölkerung von den eingeleiteten Bemühungen um einen Waffenstillstand nichts erfuhr, da die Presse dieselben Parolen wie zuvor verbreitete, blieb doch der mit der Regierung Lakatos eingeleitete Kurswechsel nicht verborgen. Noch Sztójay hatte am 23. August alle bestehenden Parteien für aufgelöst erklärt. Der Ernennung des neuen Kabinetts folgten die endgültige Einstellung der Judendeportationen[110], die Freilassung politischer Gefangener und ein breit angelegtes Revirement des hohen Beamtenapparats. Dieses war nach Macartneys Erkenntnissen „a very radical one, even more complete than that which had been effected in the previous March and, of course, in the opposite sense. The ‚March Men' – Imrédists, National Socialists, and Right wing MEP men – vanished [...]. The new men were either soldiers or sober conservatives, solid adherents of Horthy's and men connected with the name and tradition of Count Bethlen."[111]

Der sich bis zum Sturz Horthys und der Machtübernahme der Pfeilkreuzler abspielende „Polit-Krimi" ersten Ranges kann hier nicht in all seinen komplexen Einzelheiten nachgezeichnet werden[112], zumal seine Hintergründe in vieler Hinsicht immer noch „im Halbdunkel" liegen[113]. Horthy versuchte mit der Ernennung der Lakatos-Regierung unter neuen Bedingungen auf die bereits von Kállay verfolgte Politik einer Kontaktaufnahme mit den westlichen Alliierten zurückzukehren. Er wollte mit ihnen einen Waffenstillstand abschließen, aber Ungarn weiterhin gegen eine Invasion der Roten Armee verteidigen, allerdings ohne dem bisherigen Bündnispartner Deutschland den Krieg erklären zu müssen, was sich mit dem Ehrgefühl Horthys und der anderen Beteiligten nicht vereinen ließ[114].

Bereits am 28. August nahmen ungarische Diplomaten in der Schweiz die seit der deutschen Besetzung Ungarns abgerissenen Kontakte mit den Westmächten wieder auf, doch war ein Waffenstillstand ohne Einbeziehung der Sowjetunion nicht möglich. Nach vergeblichen Versuchen, mit den angelsächsischen Alliierten ins Gespräch zu kommen und das Land von ihren Truppen besetzen zu lassen, um nicht mit dem bolschewistischen Erzfeind verhandeln und Ungarn der Roten Armee übergeben zu müs-

[109] Vgl. hierzu ebenda, S. 325.

[110] Zusammenfassend ebenda, S. 327 ff. Auf Horthys besondere Anordnung wurden die für die Judendeportationen zuständig gewesenen Staatssekretäre im Innenministerium, Baky und Endre, nun endlich entlassen.

[111] Ebenda, S. 326 f.

[112] Allein die ereignisgeschichtlichen Zusammenhänge sind bücherfüllend; vgl. sehr ausführlich ebenda, S. 319 ff.; Vigh, 1984. Zusammenfassend oder Teilaspekte betonend MT 8/2, S. 1173 ff.; Rozsnyói, 1977; dies., in: AH 8 (1961), S. 57 ff.; Korom, in: Sz 108 (1974), S. 836 ff., 1062 ff.; ders., 1981, S. 87 ff.; Ölvedi, in: HK 22 (1975), S. 73 ff. Aufschlußreich auch die entsprechenden Passagen in der Memoirenliteratur, besonders Hennyey, 1975; Horthy, 1953; Lakatos, 1981.

[113] Lehmann, in: Ungarn-Jahrbuch 5 (1973), S. 215.

[114] Horthy orientierte sich nicht am Beispiel des rumänischen, sondern des finnischen Waffenstillstands; vgl. Vigh, 1984, S. 170 ff.

sen[115], entsandte Horthy am 28. September nach langem Zögern eine dreiköpfige Geheimdelegation unter Generaloberst Faragho nach Moskau[116].

Am 23. September bereits hatten sowjetische Einheiten die ungarische Grenze bei Dombegyház, Battonya und Csanádpalota überschritten und drei Tage später mit Makó die erste größere Stadt erobert[117]. Horthys Zögern und das interne politische Hin und Her um den Abschluß eines Waffenstillstands verschafften den Deutschen Zeit, um die nötigen Vorbereitungen gegen einen Abfall Ungarns zu treffen. Während sich am 1. September nur rund 80000 deutsche Soldaten in Ungarn aufhielten, hatte sich ihre Zahl einen Monat später auf 196000 erhöht; Mitte Oktober betrug ihre Stärke aufgrund der Rückzugsmanöver und Truppenverstärkungen rund eine halbe Million Mann[118].

Vor dem Abfall Rumäniens hatten sich der Reichsbevollmächtigte und die SS bemüht, ihre unterschiedlichen Konzeptionen zur Behebung der schwelenden Krise der Regierung Sztójay konkurrierend bei Hitler durchzusetzen. Die Entscheidung war noch nicht gefallen, als der rumänische Waffenstillstand eine erneute Wende der ungarischen Verhältnisse verursachte. Die Grundlage von Veesenmayers Überlegungen 1943, nämlich ein den deutschen Interessen dienendes Regime mit, auf keinen Fall aber gegen Horthy zu errichten, war durch die Initiativen des Reichsverwesers erschüttert. Bereits am Abend des 23. August hatte Winkelmann die ersten Anordnungen getroffen, um einen dem rumänischen Beispiel folgenden „Verrat" Ungarns zu verhindern bzw. „unschädlich zu machen". Er ließ die Verteidigungsanlagen der königlichen Burg auskundschaften, um gegebenenfalls gegen den Amts- und Wohnsitz des Reichsverwesers sowie zentrale Ministerien vorgehen zu können, und gab Anordnung zur Ausarbeitung einer Propagandaaktion, um „das ungarische Volk aus seiner Lethargie aufzuschütteln". Eine Kontaktaufnahme der SS mit den Pfeilkreuzlern erfolgte erst am 31. August, nach der offiziellen Einsetzung der Regierung Lakatos, für Winkelmann „ein Alarmsignal des Verrats"[119].

Die deutschen Vorbereitungen zum „Unternehmen Panzerfaust" verliefen auf mehreren Ebenen, doch lagen Organisation und Durchführung in Händen der SS. Veesenmayer deckte die politische Seite der Aktion ab, General von Greiffenberg sollte sich um die Lösung der militärischen Probleme kümmern. Ihre Konzeptionen zur Durchführung des Unternehmens wichen nicht unerheblich voneinander ab.

[115] Vgl. dazu ebenda, S. 58 ff.

[116] Ebenda, S. 124 ff.; MT 8/2, S. 1174 ff.; Macartney II, S. 353 ff. Die Funktelegramme zwischen Horthy und der Moskauer Delegation sowie die Noten der ungarischen Delegation an den sowjetischen Verhandlungspartner vgl. bei Macartney, in: VfZ 14 (1966) S. 88 ff.

[117] MTK III, S. 996.

[118] Ránki, 1984, S. 397.

[119] Bericht Winkelmanns an den RFSS Himmler über die Durchführung des „Unternehmens Panzerfaust", 25. 10. 1944 (BA, NS 19 neu/2067), veröffentlicht bei Lehmann, in: Ungarn-Jahrbuch 5 (1973), S. 223 f. Die „Wochenberichte Südosteuropa" des SD ignorierten bisher die Pfeilkreuzler und die hungaristische Presse völlig. Dies änderte sich mit dem 279. Wochenbericht, 27. 8.–3. 9., wo erstmals unter der Überschrift „Staat, Volk oder Nation" über einen Artikel Keménys im „Összetartás" vom 26. 7. über die hungaristische Sicht des Nationalsozialismus in Ungarn („Pseudonationalsozialisten, Völkische, Hungaristen") zusammenfassend berichtet wurde; vgl. BA, R 58/124: Wochenberichte Südosteuropa, Juni 1943–September 1944.

Winkelmann plädierte für eine präventive militärische Aktion, nachdem auch er nun voll auf Szálasi setzte. Am 11. September schickte er Hitler höchstpersönlich ein Telegramm, um ihn endlich zum Handeln zu bewegen, obwohl er über den tatsächlichen Stand von Horthys Verhandlungen und Entschlüssen keineswegs voll informiert war: „Meines Erachtens muß die Staatsgewalt sofort Szálasi, der als einziger eine über das ganze Land gut funktionierende Organisation besitzt, übertragen werden."[120]

Der deutsche Geheimdienst unter Höttl ging in dieser Frage eigene Wege und erarbeitete einen Plan, in Anbetracht der äußerst schmalen Basis der Verschwörung nur den vermeintlich beteiligten Personenkreis (die Generäle Bakay, Hardy, Dálnoki Miklós und Dálnoki Veress) auszuschalten, Horthys Handlungsfreiheit einzuschränken und zu kontrollieren, ohne ihn jedoch zu beseitigen. Einen inneren Umsturz hielt Höttl hinsichtlich der militärischen Gesamtlage für viel zu gefährlich, zumal er die Pfeilkreuzler für völlig regierungsunfähig einschätzte[121].

Veesenmayer vertrat die zunächst auch praktizierte Linie des Abwartens und Festhaltens an Horthy, der in seiner Position als Reichsverweser immer noch der beste Garant der deutschen Interessen sei. Erst für den Fall eines manifesten „Verrats" sollte ein Putsch vorbereitet und eine Regierung Szálasi installiert werden[122].

Mitte September waren sich Himmler und Ribbentrop einig, daß eine gewaltsame deutsche Intervention in Ungarn erforderlich sei. Hitler setzte auf die Taktik Veesenmayers und wollte seine Entscheidung nur im letzten Augenblick fällen: „Gegenüber den zur Entscheidung drängenden Pfeilkreuzlern verhielt sich Hitler auch in dieser Hinsicht vorsichtig. Er wollte eine Machtergreifung der Pfeilkreuzler erst dann, wenn jede Hoffnung auf eine Zusammenarbeit mit Horthy dahin war."[123] Anfang Oktober legte sich Hitler endgültig auf Szálasi fest. Es begann ein zeitlicher Wettlauf zwischen Horthys Verhandlungen in Moskau und dem Countdown des „Unternehmen Panzerfaust"; beide Seiten kamen fast gleichzeitig am Ziel an: Horthy lag nur ein bis zwei Tage vor dem vorbereiteten Präventivschlag der Deutschen[124].

Die Pfeilkreuzler vor der Machtergreifung

Szálasi hatte noch am 21. August, zwei Tage vor dem Waffenstillstandsgesuch Rumäniens, seine „traurige Überzeugung" zum Ausdruck gebracht, „das nationalsozialistische System in Deutschland habe bisher zweierlei Menschen in Europa hervorgebracht: entweder Partisanen oder aber solche, die vor der deutschen Macht auf dem Bauch lägen [...] unter solchen Umständen brauche man sich nicht zu wundern, daß

[120] ADAP, E/VIII, Nr. 234, S. 447.

[121] Hagen/Höttl, 1955, S. 371. Höttls Name findet sich aus diesem Grund kaum in Szálasis Dokumenten; er hatte jedoch Kontakte zu Kovarcz; vgl. BL. NL Macartney/7: Michaelis an Macartney, Herford, 16. 11. 1949.

[122] Vgl. Vigh, 1984, S. 178, 181.

[123] Ránki, 1984, S. 399.

[124] Ende September wurde der Mussolini-Befreier Skorzeny mit seiner Einheit nach Budapest entsandt, um im Falle eines Putsches die Burg zu besetzen; ihm folgte im Oktober SS-General von dem Bach-Zelewsky, dem die militärische Leitung der in Budapest erwarteten Kämpfe übertragen wurde. Zur Führung der entscheidenden Gespräche mit Horthy erschien Sonderbotschafter Rahn in der ungarischen Hauptstadt; vgl. dazu MT 8/2, S. 1182, 1186; Vigh, 1984, S. 179.

die so sehr propagierte Europagemeinschaft noch überhaupt nicht zustande gekommen sei, und Deutschland, sei es offen, sei es im verborgenen, gegen alle Völker Europas kämpfen müsse"[125].

Nach dem Kriegsaustritt Rumäniens glaubten die Pfeilkreuzler die Stunde ihrer Machtergreifung gekommen. Sie stürmten am Morgen des 24. August um 4.30 Uhr in die deutsche Gesandtschaft, forderten die Ablösung und Verhaftung der unverläßlichen „Generalsclique", hielten die Gerüchte einer Entlassung Sztójays für den ersten Schritt zum Verrat und verlangten deutsche Unterstützung bei der hungaristischen Machtübernahme; alle Kritik am Zustandekommen der Sztójay-Regierung war vergessen. Veesenmayer sah zu diesem Zeitpunkt noch Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Horthy und der neu zu bildenden Militärregierung und lehnte es ab, sofort den „Parteidienst" der NYKP zu bewaffnen und einen Putsch zu unterstützen[126]. Er mahnte zur Geduld, forderte Szálasi jedoch auf, eine Liste der Persönlichkeiten zusammenzustellen, die zu einer gemeinsamen „Lagebesprechung" eingeladen werden sollten[127], und hielt über seinen Sonderbeauftragten Kurt Haller den Kontakt zur zunächst von seinem Verhalten ausgesprochen enttäuschten Pfeilkreuzpartei. Er habe es „furchtbar satt", ständig „ein guter Junge sein" zu müssen, entgegnete Szálasi wenig später auf Veesenmayers hinhaltende Vorschläge und drängte auf Aktionen[128].

Noch am 24. August formulierte Szálasi den offiziellen Standpunkt der NYKP unter den gewandelten Bedingungen. Zum einen bestätigte er seine Loyalität zu Horthy, indem er wie in den Jahren zuvor die politische Entwicklung Ungarns vom gemeinsamen Willen der Nation (sprich: der NYKP) und des Staatsoberhaupts abhängig machte[129]. Ferner ging er davon aus, daß aufgrund der eingetretenen Notlage die krisengeschüttelte Sztójay-Regierung von jener breiten, von der MÉP bis zur NYKP reichenden Koalitionsregierung abgelöst werden würde, um die man in den letzten Monaten vergeblich verhandelt hatte. Darauf verweist bereits die auf Veesenmayers Wunsch erstellte Politikerliste für eine Lagebesprechung, die mit Ausnahme der Intimfeinde Imrédy und Baky Persönlichkeiten sämtlicher Parteien aufführte[130]. Unbeirrt wiederholte Szálasi, nur einer NYKP-geführten Koalition beizutreten, und nannte die drei „Faktoren", die er in den kommenden Koalitionsverhandlungen akzeptieren wolle: das Staatsoberhaupt, den Ministerpräsidenten – Sztójay, den Szálasi persönlich schätzte, war zu dieser Zeit noch im Amt – sowie den deutschen Gesandten[131].

Man gelangte auch in Berlin allmählich zu der Einsicht, daß Szálasi und seine Partei „jene auch von den Massen unterstützte Kraft darstellen, auf die sich Deutschland

[125] Szálasi-TB, August 1944, S. 91: Unterredung Szálasi – Warnecke, 21.8.1944.
[126] Macartney II, S. 323; Vigh, 1984, S. 187.
[127] Szálasi-TB, August 1944, S. 111.
[128] IfZ, MA 1541/14, B. 322: Protokoll der Antworten Szálasis auf Fragen von NYKP-Funktionären, 5. und 7.9.1944. Der Vorfall datiert auf den 30.8.1944.
[129] Ebenda, 1541/13, B. 267: Information. Standpunkt und Schritte der NYKP im Interesse der innenpolitischen Entwickung, 24.8.1944.
[130] Szálasi-TB, August 1944, S. 111. Die Liste enthielt Persönlichkeiten sämtlicher Parteien, angefangen vom rechten Flügel der MÉP (Jurcsek, Szász, Mihály Teleki), der Siebenbürgischen Partei (Béla Teleki), dem Volksbund (Basch), der MMP (Rajniss, Jaross, Ney), der MNSZP (Pálffy, Ruszkay), der NYKP (Szálasi, Vajna, Kovarcz) und Parteilosen (Endre); vgl. dazu die Aufstellung im Anhang.
[131] IfZ, MA 1541/13, B. 267: Information, 24.8.1944.

stützen könnte, wenn Horthy einen Waffenstillstand schließen wollte"[132]. Nicht zuletzt die „first class underground organisation"[133] der Pfeilkreuzler konnte den Deutschen unter den gegebenen Umständen von größtem Nutzen sein. Am 28. August kam in einer Unterredung zwischen Haller und dem für die auswärtigen Angelegenheiten der NYKP zuständigen Kemény erstmals deutlich zum Ausdruck, daß die Deutschen eine bewaffnete Machtübernahme der Hungaristen zumindest als eines ihrer Ziele ins Auge faßten. Haller fragte, ob die Partei notfalls mobilmachen könne und über Waffen verfüge; nach Kemény hatte die NYKP „höchstens ein paar Maschinenpistolen", brauche jedoch die Sicherheit, von den Deutschen nicht im Stich gelassen zu werden, „damit man nicht nach zwei Tagen in Europa darüber lacht, daß der Putsch der Pfeilkreuzlerclique blutig unterdrückt wurde". Haller seinerseits interessierte sich konkret dafür, „ob und was wir initiieren könnten [...] ob Ferenc Szálasi in, sagen wir 48 Stunden eine Aktion planen, organisieren und ausführen könne". Dies wurde bejaht, doch an „gewisse Bedingungen und Fragen" Szálasis geknüpft[134].

Veesenmayer gelang es, Szálasi nach der „Tragikkomödie" der ersten Audienz am 3. Mai[135] noch einen zweiten Empfang beim Reichsverweser zu vermitteln, denn immer noch hoffte der Hungaristenführer, Horthy für seine Pläne gewinnen zu können, d.h. verfassungsmäßig, ohne Gewaltanwendung und deutsche Hilfe, an die Macht zu gelangen. Die am 29. August stattfindende Unterredung stellte insofern einen Wendepunkt dar, als sich Szálasi danach darauf einstellte, ohne das Staatsoberhaupt vorgehen zu müssen.

Bereits zu Beginn des Gesprächs unter vier Augen habe Horthy „den Eindruck eines außergewöhnlich nervösen, fahrigen, ungeheuer unruhigen Mannes" gemacht, der mit seinem Gewissen ringe. Auf Szálasis alten Vorschlag, der Reichsverweser möge sich mit Hilfe der NYKP an die Spitze der Nation stellen (sprich: eine Diktatur errichten) und ihn mit der Regierungsbildung betrauen, ging Horthy wie üblich nicht ein. Er klagte dagegen über die ständige Einmischung der Deutschen in die militärischen und politischen Belange Ungarns und rechtfertigte die Ernennung der neuen „administrativen Regierung", die die Geschicke des Landes „völlig politikfrei" führen werde[136]. Szálasi stellte in seinem Fazit der Unterredung fest, das Staatsoberhaupt habe sich „in den Dienst der angelsächsisch-jüdischen Interessen" begeben und könne höchstens noch „durch irgendein Wunder" gerettet werden: „Partei und Bewegung müssen alles aufbieten, daß für den Fall, daß der Reichsverweser ehrlos wird, die Nation nicht mit ihm zusammen in die tödliche Tiefe der Ehrlosigkeit fällt."[137]

Obwohl Szálasi noch am 19. September hoffte, „eine Lösung mit dem Reichsverweser" zu finden, fühlte er sich gegenüber Horthy als Staatsoberhaupt nicht mehr zur Loyalität verpflichtet. Dieser hatte seines Erachtens dreimal die Verfassung gebrochen, nämlich durch die Auflösung aller noch existierenden Parteien am 23. August, durch

[132] Aussage Veesenmayers im Szálasi-Prozeß, zitiert nach Lackó, 1966, S. 327.

[133] So ein ungarischer Gewerkschafter gegenüber dem britischen Geheimdienst am 20.8.1944; vgl. PRO. FO 371.39265, S. 106: Telegramm Nr. 1032 von V. Mallet an FO, Stockholm 6.9.1944; ausführlicher ebenda, S. 113 ff.

[134] Szálasi-TB, August 1944, Anlage 41, S. 115: Unterredung Haller – Kemény, 28.8.1944.

[135] Zusammenfassend Macartney II, S. 291, nach den Eintragungen des Szálasi-TB.

[136] Szálasi-TB, August 1944, S. 122 ff.

[137] Ebenda, S. 125.

die Ernennung der Regierung Lakatos sowie durch die geheimen Waffenstillstandsverhandlungen entgegen den Bündnispflichten Ungarns aus dem Antikomintern- und Dreimächtepakt[138].

Tatsächlich mußten sich auch die Kreise um Horthy mit der Frage auseinandersetzen, ob ein Waffenstillstandsgesuch ohne Zustimmung des Parlaments verfassungsmäßig war. Man fand einen Ausweg in einer Analogie-Konstruktion zum Recht des Reichsverwesers als Oberstem Kriegsherrn, im Falle unmittelbar drohender Gefahr die Armee auch ohne vorherige parlamentarische Zustimmung außerhalb der Landesgrenzen einzusetzen (Gesetz: XVII/1920): Er sei dann ebenfalls berechtigt, im Notfall auch ohne Konsultation des Parlaments um einen Waffenstillstand zu ersuchen[139]. Die Gegner eines ungarischen Kriegsaustritts gingen davon aus, daß dies nicht möglich sei.

Als Szálasi nach der Audienz bei Horthy Veesenmayer zu einer sofortigen Aktion mit den Hungaristen drängen wollte, erklärte dieser, man brauche von deutscher Seite aus mindestens drei Wochen zur Vorbereitung eines derartigen Unternehmens[140]. Das Mißtrauen des Pfeilkreuzlerführers wuchs durch die scheinbare Hinhaltetaktik des Reichsbevollmächtigten ins Unermeßliche. Kemény kritisierte in einem am 30. August verfaßten Gutachten, daß vor dem 19. März sowohl das Auswärtige Amt als auch die SS die Hungaristen im Stich gelassen, ja sogar ein feindseliges Verhalten an den Tag gelegt hätten; aber auch danach hätten die Deutschen sich niemals dazu entschließen können, ausschließlich auf die Hungaristenpartei zu setzen[141]. Szálasi sah in Verkennung der Umstände das deutsche Streben nach Zeitgewinn darin begründet, daß unter Hinweis auf die Passivität der Hungaristen in der herrschenden Krisenlage nur ein Vorwand geschaffen werden sollte, um „in Ungarn und ganz Südosteuropa ohne Befragung der hiesigen Volksbewegungen jene Ordnung einführen zu können, die höchstens für das deutsche Volk den Nationalsozialismus bedeuten wird"[142]. Er war sich dessen bewußt, daß er für die erfolgreiche Durchführung einer gewaltsamen Machtübernahme auf die Waffen der Deutschen angewiesen war; er mußte jedoch versuchen, den vermuteten imperialistischen deutschen Bestrebungen in Ungarn durch eigene Putschvorbereitungen[143] und durch die Bildung einer möglichst breiten

[138] Ebenda, September 1944, Anlage 30, S. 43: Unterredung Szálasi – Haller, 19. 9. 1944. Horthy sollte nach Szálasis Vorschlag wie im März ins Führerhauptquartier eingeladen, währenddessen in Ungarn die Durchführung „des vollständigen und radikalen Systemwechsels" eingeleitet werden.

[139] Macartney II, S. 394 f. Macartney selbst wagt es nicht, in dieser verfassungsrechtlichen Frage zu entscheiden. Den Befürwortern dieser Interpretation war ebenfalls nicht wohl in ihrer Haut: Sie veranlaßten Lakatos, pro forma Horthy aufzufordern, das Parlament zu konsultieren, der darauf antwortete, daß dies technisch nicht möglich sei.

[140] Ebenda, S. 331; Vigh, 1984, S. 188.

[141] Szálasi-TB, August 1944, Anlage 42, S. 116 ff.

[142] Ebenda, S. 127: Unterredung Szálasi – Veesenmayer, 31. 8. 1944.

[143] Am 13. 9. ernannte Szálasi den ehemaligen NYKP-Abgeordneten, Organisationsleiter und Major a. D. Emil Kovarcz zum Befehlshaber der bewaffneten Kräfte der Partei und gab ihm die Vollmacht, die hungaristische Machtergreifung vorzubereiten. Gleichzeitig beauftragte er Generaloberst Beregfy, den ehemaligen Befehlshaber der 1. ungarischen Armee, und Vajna mit den Vorbereitungen in Militär bzw. Polizei und Gendarmerie; vgl. Vigh, 1984, S. 87 f. Beregfy hatte bereits Anfang August bei Veesenmayer vorgesprochen und die Ansicht vertreten, in Ungarn sei die notwendige totale militärische Führung nur mit Szálasi zu realisieren; vgl. Szálasi-TB, August 1944, Anlagen 30 und 31, S. 77 f.

innerungarischen Initiative gegen Horthys Waffenstillstandsbemühungen zuvorzukommen.

Dazu kam ihm der Vorschlag Rajniss', nach Imrédys Sturz im Sommer der starke Mann der MMP, auf eine Wiederbelebung der unter Sztójay gescheiterten Bemühungen um eine vereinigte Rechte sehr gelegen. Nach Macartney erfolgte Rajniss' Vorstoß „with Veesenmayer's blessing", vielleicht sogar auf seine Anregung[144]. Am 14. September zeigte Haller in einem Gespräch mit Kemény erstmals Interesse an Rajniss und fragte nach der Einstellung der NYKP zu diesem Mann[145]. Zwei Tage später fand ein Treffen zwischen Szálasi und Rajniss statt, in dem beide ihre weitestgehende Übereinstimmung bei der Beurteilung der innenpolitischen Lage feststellten. Rajniss zeigte sich mit Szálasis Plan, zur Rettung der Nation eine Regierung „auf wirklich breiter Basis", d.h. eine Koalitionsregierung der äußersten Rechten, zu bilden, einverstanden. Man beschloß für die nächste Zukunft enge politische Kontakte, gemeinsame Lagebesprechungen sowie die Einstellung gegenseitiger parteipolitischer Attacken. Auf Szálasi machte Rajniss „einen angenehmen Eindruck", so daß die Begegnung zur „Grundlage für die mit vereinten Kräften durchgeführte politische Entwicklung" wurde[146]. Haller zeigte sich einen Tag später über den Beschluß zur politischen Zusammenarbeit äußerst zufrieden, ebenso über die Bereitschaft des ehemaligen Ministerpräsidenten Bárdossy zur Mitarbeit[147].

Noch die Regierung Sztójay hatte am 23. August unter Berufung auf den Notstand durch Verordnung 3080/1944 M.E. alle noch bestehenden Parteien „ungeachtet ihres Parteistandpunkts" aufgelöst, „parteipolitische Aktivitäten jeder Art" verboten und die Beschlagnahmung des Vermögens der betroffenen Parteien bestimmt[148]. Somit wäre die Bildung einer Einheitspartei ein Akt der Illegalität gewesen und hätte von den Behörden noch im Ansatz unterbunden werden können, ganz abgesehen von der Frage, ob sich die Beteiligten tatsächlich auf eine Fusion ihrer Parteien geeinigt hätten. Der Ausweg lag in der Bildung eines Zusammenschlusses der Parlamentsabgeordneten, deren freie Betätigung von der Regierung ohne Verfassungsbruch nicht behindert werden konnte. Am 28. September billigte Szálasi das von Szöllösi, dem NYKP-Fraktionsvorsitzenden, ausgearbeitete Gründungsdokument. Die Abgeordneten wurden darin aufgefordert, sich der „Front des Willens der Nation" (Nemzet Akaratának Frontja)[149] anzuschließen in der Überzeugung, „daß man diesen Kampf gegen jeden unsere Grenzen bedrohenden Feind – wer auch immer das sei – mit der gleichen Entschlossenheit führen muß" und daß man „den weltanschaulichen Kampf, der jetzt seinen Gipfelpunkt erreicht, nur in unverbrüchlicher Treue zu unseren deutschen, italie-

[144] Macartney II, S. 368.

[145] Szálasi-TB, September 1944, Anlage 20, S. 17 f.

[146] Ebenda, S. 21 f.: Unterredung Szálasi – Rajniss, 16. 9. 1944.

[147] Ebenda, Anlage 22, S. 26: Unterredung Kemény – Haller, 17. 9. 1944.

[148] Magyarországi rendeletek tára 78 (1944), Nr. 482, S. 1637 f.; auch in: Keesings Archiv der Gegenwart 14, 24. 8. 1944, S. 6498. Die einzelnen Parteien wurden von der Verordnung sehr unterschiedlich betroffen. Während sich für die MÉP kaum etwas änderte, da sie ihre Bedeutung nicht aus ihrer Parteiorganisation bezog, war die NYKP am härtesten betroffen; vgl. Macartney II, S. 329 f.

[149] Die Analogie zu Szálasis erster Parteigründung 1935, der „Nemzet Akaratának Pártja", ist nicht zu überhören.

nischen und japanischen Verbündeten und im Kampf Schulter an Schulter mit ihnen bis zum Schluß erfolgreich beenden" könne. Mit der Unterzeichnung erklärten sich die Abgeordneten dazu bereit, alle Kräfte „in den Dienst der inneren und äußeren Verteidigung" zu stellen, jeden Parteienstreit zu beenden und mit allen Gleichgesinnten ungeachtet ihrer früheren Parteizugehörigkeit zusammenzuarbeiten. Ziel war, so viele Abgeordnete zur Unterzeichnung zu gewinnen, daß sie als „verfassungsmäßige Mehrheit des Parlaments" Regierung und Reichsverweser gegenübertreten konnten[150]. Dieser Erstentwurf wurde von Rajniss überarbeitet, um ihn auch für konservative Unterzeichnungswillige akzeptabel zu machen[151].

Am 1. Oktober einigten sich Szálasi und Rajniss auf die schnellstmögliche Bildung der Abgeordnetenvereinigung unter der offiziellen Bezeichnung „Nationalbund der Gesetzgeber" (Törvényhozók Nemzeti Szövetsége), im allgemeinen „Nationalbund" (Nemzeti Szövetség) genannt[152]. Als Präsident war der Industrieminister der Sztójay-Regierung, Lajos Szász, vorgesehen. 150 Abgeordnete sollten einzeln der Vereinigung beitreten und dem Ministerpräsidenten durch eine Delegation übermitteln, „daß sie die Mehrheit des Parlaments bedeuteten, und ihn zum Rücktritt auffordern, da sie der Führung und Regierung des Ministerpräsidenten kein Vertrauen entgegenbrächten"[153].

Die Initiative lief also darauf hinaus, die Regierung Lakatos unter Aktivierung des bisher politisch fast völlig ausgeschalteten Abgeordnetenhauses parlamentarisch zu stürzen und eine neue, von Szálasi bestimmte Regierung beim Reichsverweser durchzusetzen. Rajniss und der Hungaristenführer hatten sich in Punkt 4 ihrer Abmachung darauf geeinigt, den Nationalbund, die Regierungsbildung sowie die weitere politische Entwicklung unter die Führung der NYKP bzw. Szálasis zu stellen. Dem Reichsverweser schließlich sollte dies alles mit dem Zusatz übermittelt werden, „daß er in seinen Entschließungen und Entscheidungen, besonders bei der Bildung der neuen Regierung, auch die Wünsche dieser parlamentarischen Mehrheit beachten möge"[154].

Szálasis Interesse an der Initiative des Nationalbundes war ganz deutlich. Er wollte mit ihrer Hilfe verfassungsmäßig und parlamentarisch, ohne gewaltsame Entfernung des Reichsverwesers, an die Macht gelangen; zugleich konnte er die Vereinigung auch als Instrument der Zusammenfassung, Disziplinierung und Gleichschaltung der nicht der NYKP angehörigen Abgeordneten verwenden, auf deren Mitarbeit er zumindest zu Anfang seines Machtantritts angewiesen war. Umgekehrt betrachteten Veesenmayer wie auch andere Unterzeichnungswillige den Nationalbund nicht nur als ein Mittel, um auf Horthy und die Regierung Druck auszuüben. Er sollte auch verhindern, daß Szálasi innerhalb der Gruppe derer, die einen Waffenstillstand mit der Sowjetunion und eine Besetzung Ungarns durch die Rote Armee ablehnten, aber keinesfalls Pfeilkreuzler oder überzeugte Nationalsozialisten waren, Oberwasser erhalten und zu mächtig werden konnte[155]. Veesenmayer widersetzte sich heftig allen Plänen einer

[150] Szálasi-TB, September 1944, Anlage 37, S. 53 f.: Entwurf, o. J.
[151] NL Szöllösi: TB, Anlage 7: Aufzeichnung über die Umstände der Gründung des Nationalbundes, o. J., S. 2.
[152] Das Gründungsdokument vgl. ebenda, Anlage 12, o. J.
[153] Szálasi-TB, Oktober 1944, S. 7.
[154] Ebenda; vgl. hierzu auch Macartney II, S. 368.
[155] Hierzu ebenda, S. 368, Anm. 1.

hungaristischen Alleinherrschaft und drängte auf eine Koalitionsregierung, in der er Szálasi durch „vernünftige Elemente" einzurahmen und unter Kontrolle zu halten hoffte. Er mußte jedoch unter diesen Umständen die Forderung des Hungaristenführers akzeptieren, die Regierungskoalition unter die Leitung der NYKP zu stellen, da sonst Szálasi nicht zur Zusammenarbeit bereit gewesen wäre[156].

Während mit Ausnahme von Erzherzog Joseph der Nationalbund im konservativen Oberhaus keine Resonanz fand, erklärten innerhalb kurzer Zeit 138 Abgeordnete ihren Beitritt, darunter drei Minister der amtierenden Regierung, nämlich Reményi-Schneller, Jurcsek und Innenminister Bonczos. Zuvor hatte jedoch nach Macartneys Forschungen Mihály Teleki die kursierende Beitrittserklärung[157] Lakatos und dessen Staatssekretär Fáy vorgelegt, die eine weitere „Entnazifizierung" des Textes durchführen ließen und Anweisung gaben, so viele Unterschriften als möglich zu sammeln, um die Rechtsradikalen zu neutralisieren. Der Nationalbund konnte also theoretisch Szálasi sowohl legal an die Macht bringen als auch zugunsten einer anderen Regierung von der Macht fernhalten. Am 12. Oktober wurde die Bildung des Nationalbunds mit dem erklärten Ziel, den Krieg an der Seite des deutschen Bündnispartners fortzusetzen, offiziell bekanntgegeben[158].

Noch am selben Tag ging Tasnádi Nagy, Parlamentspräsident und Vorstandsmitglied der Vereinigung, in ihrem Namen zu Horthy, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß der Reichsverweser nach der Verfassung dazu verpflichtet sei, in für die Nation entscheidenden Fragen das Parlament zu konsultieren. Über Horthys Antwort gehen die Quellen auseinander. Während Vajna im Szálasi-Prozeß aussagte, Horthy habe versichert, er werde ohne vorherige Konsultation des Parlaments keine entscheidenden Schritte unternehmen, stellte der Reichsverweser selbst eine derartige Zusage in Abrede[159]. Eine zur Zeit der Szálasi-Regierung verfaßte Aufzeichnung über die Umstände der Bildung des Nationalbunds belegt demgegenüber, daß Horthy – von Tasnádi explizit darauf hingewiesen, daß der Reichsverweser nicht befugt sei, ohne das Parlament einen Waffenstillstand oder Friedensschluß einzuleiten – die salomonische Antwort gegeben habe, er kenne seine Pflichten[160].

Die gleichzeitig stattfindende Unterredung zwischen dem Vorstand des Nationalbunds und Ministerpräsident Lakatos, unterstützt von Csatay und Hennyey, verlief stürmisch. Auf die Erläuterung des Programms der Vereinigung und die Mißtrauenserklärung der Parlamentsmehrheit gegenüber der Regierung konterte Lakatos mit dem Vorwurf, er müsse den nicht nur ohne sein Wissen, sondern auch hinter seinem Rücken zustande gekommenen Nationalbund als gegen Staatsoberhaupt und Regierung gerichtet betrachten. Angesprochen auf die Faragho-Mission in Moskau, leugnete er jede Kenntnis und versicherte, mit ihm an der Spitze werde es zu keinem „Verrat"

[156] Vgl. im Anhang die Regierungsentwürfe Szálasis, die er mit Veesenmayer verhandelte; vgl. auch Vigh, 1984, S. 190.

[157] Nach Rajniss war sein eigener Entwurf noch von Bárdossy überarbeitet worden; vgl. TB Rajniss, 2.4.1945, S. 48.

[158] Vgl. dazu Macartney II, S. 368f.; Vigh, 1984, S. 196f.; Braham, Genocide II, S. 823; vgl. bei diesen auch die Liste der Vorstandsmitglieder.

[159] Macartney II, S. 386.

[160] NL Szöllösi: TB, Anlage 7: Aufzeichnung über die Gründung des Nationalbunds, o.J., S. 3.

kommen, obwohl Deutschland Ungarn militärisch im Stich gelassen habe[161]. Die Antworten von Lakatos und Hennyey, so Hennyey in seinen Lebenserinnerungen, „machten offensichtlich starken Eindruck auf die Anwesenden und sie verließen das Ministerpräsidium in einer gedrückten Simmung"[162].

Auf diese Weise war der Versuch, auf verfassungsmäßigem Weg einen Regierungswechsel zu veranlassen, relativ sang- und klanglos im Sande verlaufen; für Szálasi war die Macht nur noch über einen Putsch mit deutscher Hilfe, unter gewaltsamer Beseitigung Horthys zu erreichen. Die Initiative des Nationalbunds beurteilte er im Hungaristischen Tagebuch am 13. Oktober trotz ihres Scheiterns „als wirklich wichtig und sehr dringend", „weil es zu befürchten steht, daß, wenn es zu einer gewaltsamen Lösung kommt, die Deutschen die Umstellung alleine durchführen, hingegen alle diejenigen, die weiterkämpfen wollen, in die SS einreihen; die Selbständigkeit der ungarischen Nation wäre also erheblich gefährdet"[163].

Szálasi war auf die Deutschen angewiesen, befürchtete jedoch, wieder wie im März 1944 ignoriert zu werden. Noch am 4. Oktober war er sich nach einer Unterredung mit Veesenmayer nicht sicher, ob die deutsche Führung nicht doch noch einen letzten Versuch mache, Ungarn „auf imperialistische Weise" in ihre nationalsozialistische Ordnung zu integrieren: „Vielleicht besteht noch immer die Möglichkeit, daß Deutschland die Ereignisse auf ganz engen Grundlagen betrachtet und seine Entscheidungen fällt; also sieht es noch immer nicht die Notwendigkeit der Schaffung der nationalistischen und sozialistischen Europagemeinschaft, sondern nur nationalsozialistisches Wohl und Lebenssicherung von Deutschland und dem deutschen Volk."[164]

Daß Deutschland den Krieg verlieren würde, wie es die militärische Situation nahelegte, war für Szálasi offensichtlich außerhalb jeder Vorstellung. Am 10. Oktober notierte er nach einem Gespräch mit Haller im Tagebuch seinen Eindruck, die Deutschen warteten auf unumstößliche Beweise für den Vertragsbruch des Reichsverwesers, um danach alleine, nach eigenen Interessen, zu handeln[165].

Das Mißtrauen des Hungaristenführers, die Deutschen könnten eine militärische Aktion starten, Horthy und die Regierung beseitigen, aber die Pfeilkreuzler nicht beteiligen, also keinen Systemwechsel initiieren, sondern Ungarn als Protektorat in das Dritte Reich einverleiben, war zwar in diesem Fall nicht begründet, hatte sich jedoch bis zum Schluß nicht gelegt. Bestärkt wurde er in dieser Vermutung durch seine erzwungene Untätigkeit in den letzten zwei bis drei Wochen vor der Durchführung des Unternehmens Panzerfaust: Szálasi wie auch andere für die Aktion wichtige Personen waren, um sie vor einer Verhaftung durch die ungarischen Behörden zu schützen, in deutschen Gewahrsam genommen worden. Hitler selbst hatte den Reichsbevollmächtigten für Szálasis persönliche Sicherheit verantwortlich gemacht[166]. Der Pfeilkreuzlerführer saß in untätiger, unbefriedigender Sicherheit bei Veesenmayer und fühlte

[161] Macartney II, S. 386 f.; Vigh, 1984, S. 197 f. Vgl. auch NL Szöllösi: TB, Anlage 7: Aufzeichnung, S. 4; TB Rajniss; 2. 4. 1945, S. 50 f.
[162] Hennyey, 1975, S. 67.
[163] Szálasi-TB, Oktober 1944, S. 37 f.
[164] Ebenda, S. 13.
[165] Ebenda, S. 23.
[166] Ebenda, September 1944, S. 48, 54, 56; vgl. dazu auch Macartney II, S. 358; Vigh, 1984, S. 182, 192; Braham, Genocide II, S. 821 f.

den Gang der Weltgeschichte an sich vorbeiziehen: Hitler betrachte ihn zwar angeblich als „die einzige verantwortliche Person in Ungarn", aber „er könne nicht verstehen, wie er dieser Verantwortlichkeit Genüge leisten könne, wenn er genau dann in zwei Zimmern eingeschlossen sei, wenn er am verantwortungsvollsten handeln müßte"[167]. Umgekehrt wurde auf diese Weise natürlich auch verhindert, daß in der äußerst gespannten Lage der zur Macht drängende Szálasi eine eigene, unabgesprochene Aktion starten und die deutschen Planungen zunichte machen konnte, was den Erfolg des ganzen Unternehmens in Frage gestellt hätte.

2. Machtergreifung und Machtlegalisierung

Hungaristische Verfassungspläne vor 1944

Weit zurück reichten Pläne Szálasis und anderer führender Hungaristen, wie nach einer potentiellen Machtübernahme der erhoffte Zukunftsstaat verfassungs- und staatsrechtlich zu organisieren sei. Während derartige Überlegungen vor 1940 noch recht diffus waren, konkretisierten sie sich nach Szálasis Haftentlassung.

Heydrich persönlich übersandte Ribbentrop am 26. Oktober 1940 die deutsche Übersetzung eines entsprechenden Entwurfs der obersten NYKP-Führung, der Szálasi zur Kenntnisnahme und Billigung übergeben worden war[168]. Während der erste Paragraph über das Staatsoberhaupt blaß und unbestimmt blieb – das Staatsoberhaupt „regiert nicht, sondern herrscht", seine Rechte und Pflichten seien gesetzlich zu umreißen –, gerieten die Ausführungen über das künftige Regierungssystem um so genauer. Dabei diente offensichtlich das Verhältnis zwischen König Viktor Emanuel und Mussolini als Vorlage, d.h. Szálasi ging von seiner Loyalität zum Staatsoberhaupt Horthy aus und integrierte dessen Funktion in die hungaristischen Verfassungsentwürfe[169].

Haupt der Regierung und Inhaber aller politischen, exekutorischen und militärischen Gewalt, so § 2 des Entwurfs, sei der „Nádor" (Palatin), zu dem § 21 „Ferenc *Szalasi,* Kgl. Ungarischer Ministerpräsident" ernannte[170]. Er sei für seine Macht „der

[167] Szálasi-TB, Oktober 1944, S. 22f.: Unterredung Szálasi – Haller, 10.10.1944. Weitere Probleme bereite es ihm, daß er immer noch nicht wisse, welche Rolle die deutsche Führung Ungarn zuschreibe, ob das Land nur einen Zeitgewinn bedeute oder als „Bastion" in die militärischen Pläne integriert sei. Einen Tag später überbrachte Veesenmayer persönlich die Antworten auf diese Fragen: Szálasi sei für Hitler der einzige verantwortliche Politiker in Ungarn; Ungarn sei und bleibe ein selbständiger, unabhängiger Staat und bilde eine Bastion, keinen bloßen Zeitgewinn; vgl. ebenda, S. 27.

[168] PA, AA. Inland IIg: Berichte über Ungarn, 1940, Bd. 465: Heydrich an Ribbentrop, 26.10. 1940. Die ungarische Vorlage der Übersetzung ist mit einiger Sicherheit zu sehen im Entwurf „Das Hungaristische Gesetz über die Ausübung der Regierungsgewalt (Nadorgesetz)", o.V., o.J., in: IfZ, MA 1541/7, B. 587 ff. Zitiert wird aus der deutschen Übersetzung.

[169] Eine ebenfalls aus diesen Monaten stammende Kurzstudie „Über die Aufteilung der Staatsgewalt" schrieb explizit: „Reichsverweser: Kompetenzen des italienischen Königs: Herrschaft"; vgl. ebenda, B. 600.

[170] Es war also klar, daß der Weg zur höchsten Machtposition über das Amt des Ministerpräsidenten führte. Ein nicht datierter, von den Pfeilkreuzlern für die Machtübernahme verfaßter Aufruf Horthys an „Ungarns Völker" schrieb dem Reichsverweser vor, Szálasi gleichzeitig zum Reichsverweserstellvertreter, Ministerpräsidenten, Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber zu ernennen; vgl. ebenda, B. 602.

Nation gegenüber mit seinem Haupte verantwortlich"; alle fünf Jahre werde in einer obligatorischen Volksabstimmung die Vertrauensfrage gestellt, die mit „ja" oder „nein" beantwortet werden müsse (Wahlpflicht). Wahlberechtigt seien alle Staatsbürger über 21 Jahre ohne Ansehen von Nationalität, Bekenntnis oder Beruf; die Wahlen seien allgemein und geheim (§ 3).

Allein die plebiszitäre Abstimmung über den Nádor, der mit seinen Ideen und Taten „dem allgemeinen Interesse der Nation" diene, erteilte diesem eine Machtfülle und Bedeutung, die das vorgesehene Staatsoberhaupt auf eine rein repräsentative Funktion reduzierten. Von Hitlers „Volksabstimmungen" unterschied diesen Entwurf nur der gesetzliche fünfjährige Turnus; der Wahltermin konnte jedoch laut § 3 auf Wunsch das Palatins auch vorverlegt werden.

Interessant ist die Vermischung archaisierender und moderner, totalitärer Inhalte und Strukturen. Der Titel des Nádor, des Palatins, entstammte dem ungarischen Mittelalter und bezeichnete den Statthalter des Königs; er implizierte also die Existenz eines Königtums, umging aber den 1920 geschaffenen Titel des Reichsverwesers, der ja schon mit dem Staatsoberhaupt (Horthy) besetzt war. Der letzte Palatin, der Habsburger Erzherzog Stefan, war am 23. September 1848 von seinem Amt zurückgetreten[171].

In noch fernere Vergangenheit griffen die Bezeichnungen der exekutorischen Hilfsorgane des Palatins zurück: Vier „Landesgroße" (országnagy)[172], nämlich der „Landesrichter" (innere Angelegenheiten), der „Kanzler" (auswärtige Angelegenheiten), der „Wächter der Nation" (Landesverteidigung) und der „Schatzmeister" (Wirtschaftsangelegenheiten) leiteten, nur dem Nádor „mit ihrem Haupte verantwortlich", entsprechende „Regierungsgruppen", deren je fünf Hauptabteilungen unter „Ministern bezw. Sektionschefs" stünden (§§ 6–8). Zu den „Landesgroßen" als einer Art Superminister trat der „Chef des Verwaltungsstabs", zu dessen Kompetenzen neben Organisation, Personalpolitik und Nachwuchsausbildung auch Wirtschafts- und Gesetzesplanung(!) sowie Gleichschaltung und Kontrolle zählten (§ 9)[173].

Unter mittelalterlich-mythischer Maske findet sich also der Entwurf eines totalitären, nach militärischem Muster organisierten Regierungssystems. Doch damit nicht genug: Der Nádor war weiter nach § 5 der Führer der offenbar einzigen Partei, die als „Hilfsorgan bei der Ausübung der politischen Macht" (§ 5) öffentlich-rechtlichen Status erhalten sollte. Ihre Funktionäre seien den Staatsbeamten rechtlich gleichgestellt. Die Gebietsgliederung der Partei werde von der Verwaltung übernommen, die regionalen Parteiführer leiteten zugleich die entsprechende Verwaltungseinheit (§ 10)[174].

Neben Exekutive und Partei sieht der Entwurf weiter eine ständisch gegliederte Legislative vor, nämlich den „Reichsrat", die „zuständige Organisation des Nadors [!] zur Schaffung von Gesetzen" (§ 19). Seine Abgeordneten, notwendigerweise Parteimitglie-

[171] MTK III, S. 687; eine Aufstellung aller ungarischen Palatine vgl. MTK IV, S. 1142 ff.

[172] Der kaum übersetzbare Begriff entspricht in etwa den Erzämtern des Heiligen Römischen Reichs.

[173] Vielsagend sind besonders die Ressorts des „Wächters der Nation", der laut § 8 für „die moralische und physische Kampfbereitschaft der Nation" zuständig war. Ihm unterstanden Landesverteidigung, Gesundheitswesen, nationale Kunst, Propaganda und nationale Erziehung außerhalb der Schule.

[174] Das Land sei verwaltungstechnisch in Provinzen, Komitate und Kreise zu unterteilen, die einem Obergespan, Untergespan bzw. Oberstuhlrichter unterstellt seien; vgl. § 11.

der, setzten sich aus Vertretern der Nationalitäten[175], Konfessionen[176], Berufsstände[177] und der Partei zusammen. Der Nador jedoch sei berechtigt, „die notwendigen Verfügungen auf dem Wege der Verordnungen zu erlassen, und zwar bis zur Entstehung des Reichsrates unabhängig von der Gesetzgebung bezw. nach der Entstehung des Reichsrates im Rahmen der Gesetzgebung" (§ 20). Das Parlament sollte also, nach entsprechender Umgestaltung, als entmachtete Institution zur Wahrung der Legalität und zur Sicherung der Rechtskontinuität nach außen und innen erhalten bleiben.

Dieser frühe, für den Fall der Machtübernahme bereitstehende Gesetzentwurf stellte das Grundgerüst hungaristischer Verfassungskonzeptionen dar, die auch nach außen vertreten wurden[178]. Das Parteibüro für den Landesaufbau erweiterte und verfeinerte die Entwürfe und fertigte immer wieder Studien und gewaltige Organisationsskizzen des hungaristischen Zukunftsstaates an[179]. Der „Staatsführungsstab" (államvezérkar), der an die Stelle der traditionellen Regierung treten sollte, bestand nach dem zuletzt ausgearbeiteten Verfassungsentwurf aus neun „Unterführern"[180], deren Aufgabenzuweisung ganz deutlich dem Ziel diente, zentrale Prämissen der Ideologie in staatlich-organisatorische Realität zu übersetzen[181].

Die reale Machtübernahme vom 15. Oktober 1944 zwang Szálasi aufgrund der vorgegebenen Kräftekonstellationen auf allen Gebieten zu Zugeständnissen und Kompromissen, doch blieben die eigentlichen Zielsetzungen davon unberührt; sie wurden entweder bis nach Kriegsende verschoben oder in Ansätzen verwirklicht.

[175] Nach § 14 sollten die Nationalitäten ihre inneren Angelegenheiten autonom durch eigene Organisationen regeln, allerdings unter Aufsicht des „Landesrichters" bzw. Nationalitätenministers. Als Nationalitäten anerkannt waren nach § 15 das ungarische Volk „als der unbedingte und einzige berufene Träger des ungarischen Staates" sowie die deutsche, rumänische, ruthenische, südslawische und slowakische Volksgruppe.

[176] Anerkannt waren als Konfessionen nach § 16 die katholische, protestantische (evangelische, reformierte, baptistische), griechisch-orthodoxe und unitarische Glaubensgemeinschaft.

[177] Vorgesehen waren sechs Berufsstände, nämlich 1. Geld, Kredit, Versicherungen; 2. Urproduktion, Ernährung; 3. Industrie; 4. Handel; 5. freie Berufe und 6. öffentliche Angestellte und Pensionisten. Sie stünden unter der Führung der Minister der entsprechenden Regierungsgruppe bzw. des Verwaltungsstabschefs; vgl. § 17.

[178] Vgl. z.B. Vágó, 1941, S.21ff., eine in deutscher Sprache vervielfältigte Vortragsreihe, die einige Passagen des Entwurfs fast wörtlich übernimmt. Das Parlament sei „durch ein begutachtendes Gremium von auserlesenen Fachmännern abzulösen", die der Palatin „ohne kostspielige Wahlen" in den Reichstag berufe. Der Schatzmeister sei ein „Wirtschaftsdiktator" zur „Verwirklichung der Zielsetzungen der hungaristischen Planwirtschaft".

[179] Vgl. z.B. IfZ, MA 1541/2, B.695: Skizze, 29.10.1942; ebenda, 1541/5, B.67ff.: Das Hungaristische Gesetz. In Detailfragen divergieren die verschiedenen Entwürfe.

[180] Ebenda, 1541/2, B.948, 1034: Konzepte (von Köfaragó-Gyelnik?) für Vorträge am 31.10. und 23.11.1943. Aufgeführt wurden der Staats-, Nations-, Führer-, Partei- und Stände-„Große", der Schatzmeister, Landesrichter, Kanzler und Jugendführer.

[181] So sollten beispielsweise die „natürlichen Forderungen" der ideologischen Trias Familie – Betrieb – Siedlungsort durch den „Nationsgroßen", den Schatzmeister bzw. den „Staatsgroßen" in die staatliche Führungsspitze übertragen werden; vgl. ebenda, B.646ff.: Denkschrift des NYKP-Landesaufbaubüros, 27.4.1944.

Machtübernahme und Regierungsbildung

In einer Begegnung am 2. Oktober 1944, an der auch Winkelmann, Kovarcz und Krumholz teilnahmen, teilte Veesenmayer Szálasi nach dessen Tagebucheintrag mit, Hitler habe endlich entschieden, daß der Reichsverweser nicht im Amt bleiben dürfe. Daraus ergäben sich zwei Folgerungen: Zum einen müsse Szálasi die Ministerpräsidentschaft mit solchen Vollmachten übernehmen, daß „die oberste Führung der Staatsgeschäfte und auch die Ausübung der Rechte des Obersten Kriegsherrn" bei ihm lägen; zum anderen solle „zur Sicherung der Verfassungskontinuität" ein „Regentschaftsrat" (kormányzótanács) aus drei Personen gebildet werden[182]. Das bedeutete also die Entfernung des derzeitigen legalen Staatsoberhauptes, die formale Einsetzung eines dreiköpfigen Gremiums an seine Stelle zur Wahrung des legalen Scheins und die Ausstattung des Ministerpräsidentenamtes mit einer Macht, die de facto der des Staatsoberhaupts gleichkam.

Szálasis weitere Überlegungen zum politisch-verfassungsrechtlichen Ablauf der Machtübernahme folgten im wesentlichen dieser Vorgabe, deckte sie sich doch mit seinem Ziel der Ernennung zum Nádor. Nur an den Regentschaftsrat verschwendete er nie einen Gedanken. Bereits am 5. Oktober übergab er Haller konkrete Vorschläge zur Machtergreifung, gegliedert nach den drei Punkten Durchführung (zwei alternative Möglichkeiten), Entwurf von Horthys Abdankungserklärung sowie Überlegungen zu den deutsch-ungarischen Beziehungen. Die in IV. festgehaltenen Gedanken über die weiteren politischen und verfassungsrechtlichen Schritte behielt er für sich bzw. notierte sie im Tagebuch[183]. Ausgangspunkt für beide Durchführungsalternativen war die Ermächtigung des Ministerpräsidenten, die Rechte des Staatsoberhauptes auszuüben. In der „idealen" Abdankungserklärung Horthys (II.) hieß es dazu: „Im Hinblick auf die krisenhaften Zeiten, Situation und Umstände und bis zur Regelung der Staatsoberhauptsfrage im verfassungsrechtlichen Rahmen übertrage ich die Führung der Staatsgeschäfte und die gesamten Befugnisse des Obersten Kriegsherrn auf den kgl. ung. Ministerpräsidenten, Ferenc Szálasi."

Danach ernenne und vereidige der Reichsverweser die neue Regierung, um daraufhin abzudanken und seine Rücktrittserklärung zu unterschreiben. Falls er sofort abdanke, müßten die Kabinettsmitglieder von dem provisorisch mit den Kompetenzen des Staatsoberhaupts bekleideten Ministerpräsidenten ernannt und vereidigt werden. Nach Konstituierung der neuen Regierung trete der durch Gesetz XIX/1937 zur gesetzlichen Vorbereitung der Reichsverweserwahl vorgesehene Reichsrat (országtanács) zusammen. Er beschließe, das Amt des Reichsverwesers unter Hinweis auf dessen Verdienste nicht mehr zu besetzen, sondern statt dessen die Institution des Nádor wiedereinzuführen. Seine Befugnisse seien nach seiner Wahl durch das Parlament innerhalb eines Monats gesetzlich festzusetzen; bis dahin übe er die Rechte des Reichsverwesers (ohne die in den Gesetzen XIX/1937 und II/1942 enthaltenen Kompetenzen) aus.

Über die geplante weitere Zukunft des auf jeden Fall zur Abdankung zu bewegenden Horthy findet man widersprüchliche Angaben. Winkelmann hatte bereits in jener

[182] Szálasi-TB, 2.10.1944, S. 8.
[183] Im folgenden nach ebenda, 5.10.1944, S. 14ff.

Unterredung vom 2. Oktober die Ansicht vertreten, Horthy müsse nach seinem Rücktritt unbedingt aus Ungarn entfernt und nach Deutschland gebracht werden, da sich sonst um ihn ein neuer Widerstandskern bilden würde. Szálasi widersprach energisch: Horthy müsse bleiben, weil er sonst als „Märtyrer" Ungarns innere Ruhe und Sicherheit gefährde, und „damit er in den großen Landes- und Hochverratsprozessen als direkt verhörter Zeuge auftreten kann und über sich selbst das Urteil spricht"[184]. Dagegen enthielten Szálasis geheime Überlegungen zur Durchführung der Machtergreifung vom 5. Oktober (Punkt IV.) die Absicht, das Parlament über den Reichsrat anweisen zu lassen, die Verdienste des Reichsverwesers in einem Gesetz zu kodifizieren sowie ein weiteres Gesetz über die Versorgung Horthys und seiner Familie zu verabschieden[185]. Es sei dahingestellt, welche Pläne Szálasi mit Horthy „eigentlich" hatte, denn Winkelmann setzte sich mit seinem Vorhaben durch.

Allein die detaillierte Darstellung der verwickelten, hochdramatischen Ereignisse des 15. und 16. Oktober 1944 wäre bücherfüllend[186]. Horthy teilte der Nation über Radio am 15. Oktober um 12.30 Uhr (wiederholt um 13.10 und 14.10 Uhr) mit, „daß wir mit unseren Gegnern einen vorläufigen Waffenstillstand schließen und ihnen gegenüber alle Feindseligkeiten einstellen"[187]. Nach der zweiten Wiederholung verlas Horthy seinen Armeebefehl, der in seiner undeutlichen Formulierung Verwirrung hinterließ. Der Befehl erteilte keine genauen Anweisungen, sondern gab die Aufforderung des Obersten Kriegsherrn wieder, „getreu Eurem Soldateneid in Treue und vorbehaltlosem Gehorsam meinem über Eure vorgesetzten Befehlshaber gegebenen Befehl Folge zu leisten"[188].

Der nachmittags bei den ungarischen Truppen eintreffende Befehl des Chefs des Generalstabs jedoch lautete, daß der Waffenstillstand noch nicht geschlossen sei, der Kampf also gegen jeden Angreifer fortgesetzt werden müsse[189]. Die militärisch, politisch und psychologisch nicht vorbereitete Proklamation Horthys, die bei den Truppen Ratlosigkeit hervorrief[190], war der Beginn eines aussichtslosen, zum Scheitern verurteilten Unterfangens, das vom Putsch der Pfeilkreuzler unter der Führung der SS und der Machtübernahme Szálasis zunichte gemacht wurde. Erstes Indiz für die Erfolglosigkeit Horthys war die Verlesung von Szálasis am 1. Oktober auf Aufforderung

[184] Ebenda, 2.10.1944, S.9f.

[185] Ebenda, 5.10.1944, S.16.

[186] Vgl. dazu die immer noch ausführlichste Darstellung bei Macartney II, S.319ff.; Vigh, 1984, S.257ff.; Rozsnyói, 1977; dies., in: AH 8 (1961), S.57ff.; Braham, Genocide II, S.821ff.; Karsai/Somlyai, 1970, S.56ff.; Lehmann, in: Ungarn-Jahrbuch 5 (1973), S.215ff.; aus der Sicht der deutschen Wehrmacht vgl. Kriegstagebuch des OKW IV/1, S.841ff.; unverzichtbar auch die umfangreiche Memoirenliteratur.

[187] Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Nr.133, S.400ff., Zitat S.402; im Szálasi-TB, Oktober 1944, Anlage 11, S.39f. befindet sich eine beglaubigte Abschrift vom 16.2.1945.

[188] Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Nr.134, S.402; Vigh, 1984, S.271; Szálasi-TB, Oktober 1944, Anlage 12, S.41.

[189] Vigh, 1984, S.282.

[190] Nach Gosztony kam es in der Armee „zu dramatischen Szenen: Die Generalstabsoffiziere, die die Horthy-Proklamation durch den Rundfunk hörten, sprachen von Verrat an Deutschland, und einige weinten sogar vor Wut, daß man sie zwingen würde, ihren bisherigen Verbündeten in den Rücken zu fallen"; vgl. Gosztony, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 20 (1970), S.732, Anm.129.

Winkelmanns verfaßten „Kriegsbefehl an die bewaffnete Nation" im Radio abends um 18.25 Uhr[191].

Die Aktionen liefen ohne großes Blutvergießen relativ reibungslos ab. Die Bevölkerung wartete aufgrund der widersprüchlichen Radiomeldungen auf die Klärung der Situation und reagierte – mit Ausnahme einiger jüdischer Arbeitsdienstgruppen, die vor Freude ihre Judensterne und gelben Armbinden wegwarfen – völlig passiv, so daß das Alltagsleben sich sehr schnell wieder normalisierte[192]. SD-Chef Geschke meldete in seinem politischen Wochenbericht am 21. Oktober an Winkelmann, daß die Machtübernahme „sich sowohl in Budapest als auch in der Provinz allgemein völlig reibungslos [vollzog], zumal sowohl die Pfeilkreuzler als auch die deutschen beteiligten Dienststellen auf diesen Fall seit langem vorbereitet waren. Irgendwelche kommunistischen Störungsversuche haben sich überhaupt nicht ereignet."[193]

Als Generaloberst Dálnoki Miklós, Befehlshaber der 1. ungarischen Armee, am 17. Oktober mit seinem Stab zur Roten Armee überging und in einem vier Tage später zu Hunderttausenden über den ungarischen Linien abgeworfenen Flugblatt die Truppen aufforderte, seinem Beispiel zu folgen, hatte dies weniger Erfolg als erhofft, obwohl die Kampfkraft der Armee bereits gebrochen war[194] und sie von den Pfeilkreuzlern stets als politisch unzuverlässiger Faktor betrachtet wurde. Eine Liste „verläßlicher" Offiziere von Mitte November enthielt nur 57 Namen[195].

Drei Bedingungen wurden Horthy von deutscher Seite gestellt, nämlich als Reichsverweser formell abzudanken, Szálasi zum Ministerpräsidenten zu ernennen sowie die Waffenstillstandsproklamation zu dementieren und ihr Erscheinen mit dem Mißbrauch des Namens Horthy zu erklären[196]. Der Reichsverweser sah sich nach anfänglichem Widerstand am 16. Oktober gegen 16 Uhr dazu gezwungen, seine Proklamation vom Vortage öffentlich „für nichtig" zu erklären und „den vom ungarischen Chef des Generalstabs an die Truppen ausgegebenen Befehl" zu wiederholen, „wonach die Truppen mit Begeisterung weiter zu kämpfen haben, wie es die schwere Kampflage erfordert, um des Ruhmes der Honvedarmee würdig zu bleiben"[197]. Immerhin wider-

[191] NL Henney: Hadparancs a fegyveres nemzethez, datiert auf: „... Oktober 1944"; auch Szálasi-TB, Oktober 1944, Anlage 2, S. 3 ff.; Összetartás (Sonderausgabe), 16. 10. 1944, S. 1 f.; Vigh, 1984, S. 331. Über Kovarcz gelangte der Entwurf nach Wien, wo laut Szálasi-TB mehrere hunderttausend, nach Winkelmanns Bericht an Himmler jedoch 3 Millionen (!) Exemplare gedruckt, heimlich per Lastwagen nach Ungarn zurücktransportiert und dann verteilt wurden; vgl. dazu den Winkelmann-Bericht vom 25. 10. bei Lehmann, in: Ungarn-Jahrbuch 5 (1973), S. 224; Szálasi-TB, Oktober 1944, S. 7.

[192] Braham, Genocide II, S. 827 f.; Macartney II, S. 444; Teleki, 1974, S. 61.

[193] IfZ, MA 652/3: Akten BdS Slowakei, B. 6843. Geschke bemerkte weiter, daß nur „gewisse Kreise der bisher bevorzugten Stände vor dem Sozialprogramm der Pfeilkreuzler Nachteile für sich befürchten" und daher dem Machtwechsel distanziert gegenüberstünden; vgl. ebenda, B. 6846.

[194] Vgl. Gosztony, 1964, S. 7; ergänzend Friessner, 1956, S. 147.

[195] IfZ, MA 1541/1, B. 127 ff.: Anlage zum Bericht Kemény, 16. 11. 1944.

[196] Macartney II, S. 438; Vigh, 1984, S. 354, 357.

[197] NL Szöllösi: „An das ungarische Volk und an die Honved-Armee!" Proklamation Horthys vom 16. 10. 1944, handschriftliches Original. Der Aufruf wurde von Lakatos in deutscher Sprache handschriftlich verfaßt und von Horthy signiert. Das deutsche Original galt nach Macartney II, S. 439, bisher als verschollen, ist jedoch auch abgedruckt in: Keesings Archiv der Gegenwart, 17. 10. 1944, S. 6560. Der deutsche Aufruf wurde daraufhin ins Ungarische

setzte sich Horthy mit dieser Formulierung der deutschen Forderung, seinen Aufruf überhaupt zu verleugnen und seine Urheberschaft in Abrede zu stellen.

Seine eigentliche Abdankungserklärung und gleichzeitige Ernennung Szálasis zum Ministerpräsidenten unterschrieb der Reichsverweser gar erst spät am Abend des 16. Oktober gegen 20 Uhr: „Montag [16.10.] aber kam Veesenmayer mit Lakatos noch einmal zu mir und Lakatos versuchte mich lange zu überreden, ich möchte eine Erklärung unterschreiben, laut der ich abdanke und Szálasi zum Ministerpräsidenten ernenne. Da ich dies verweigerte, spielte er auf das in Gefahr befindliche Leben meines Sohnes Niki an. Ich ließ daraufhin Veesenmayer rufen und gab mein Einverständnis, wenn Niki in Wien tatsächlich zu uns zusteigt, da ich für sein unschuldiges Leben zitterte. Er gab mir abermals sein Ehrenwort."[198]

Während der Unterzeichnung, so seine Memoiren, erklärte Horthy mündlich, er danke weder ab, noch ernenne er Szálasi zum Regierungschef; er unterschreibe aber, um das Leben seines (von der Einheit Skorzenys entführten) Sohnes zu retten; seine unter Androhung von Gewalt erpreßte Unterschrift sei verfassungsrechtlich nicht gültig[199]. Sein oben bereits zitierter Brief vom 18. Oktober 1944 an Finanzminister Reményi-Schneller läßt jedoch eine andere Deutung zu, denn er fuhr dort fort: „doch mein Sohn stieg nicht zu, so daß ich mein Versprechen abzudanken und die Ernennung selbstverständlich zurückziehe"[200]. Diese Formulierung impliziert, daß Horthy zum damaligen Zeitpunkt seine Unterzeichnung der Urkunde als rechtsgültig betrachtete, wenn die deutsche Seite den „Kontrakt" eingehalten hätte.

Die Rücktrittserklärung Horthys wurde vom deutschen Sonderbotschafter Rahn und von Lakatos auf deutsch verfaßt und von Rajniss ins Ungarische übersetzt. Szálasis eigener, vor zehn Tagen verfaßter Entwurf wurde nicht verwendet, da er mit drei Sei-

übersetzt: Der maschinenschriftliche Text enthält die handschriftliche Bestätigung Lakatos', daß er mit der deutschen, in seiner Gegenwart unterzeichneten Erstversion inhaltsgleich sei, wurde von Horthy aber nicht unterzeichnet (NL Szöllösi: Original); vgl. dazu auch Macartney II, S. 438 f. Horthy, 1953, S. 294, behauptete später in seinen Memoiren: „Diese Mängel konnten auch dadurch nicht geheilt werden, daß Ministerpräsident Lakatos unter dem ungarischsprachigen Text einer an die Nation gerichteten Proklamation ähnlichen Inhalts handschriftlich erklärte, sie stimme mit einer in seiner Gegenwart unterschriebenen Urschrift überein. Ein [sic] solche Urschrift, falls sie existiert hat, habe ich nicht unterschrieben." Horthys Gedächtnis läßt ihn hier im Stich: Nicht nur entfiel ihm der Inhalt der Erklärung, sondern er hat sie auch handschriftlich signiert, wenn auch nicht mit vollem Namen unterschrieben. Die ungarische Übersetzung enthält einige weniger inhaltliche als stilistische Abweichungen. Der in Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Nr. 135, S. 403 abgedruckte deutsche Text ist eine Rückübersetzung aus dem Ungarischen und stimmt mit dem deutschen Original nicht überein.

[198] ADAP, E/VIII, Nr. 277, S. 509: Brief Horthys an Finanzminister Reményi-Schneller, Weilheim, 18.10.1944.

[199] Horthy, 1953, S. 294; Vigh, 1984, S. 361 f.; auch Macartney II, S. 440. So auch in den Interviews, die Horthy am 17. und 18.7.1945 Macartney gab: Er wolle „not sign, but ‚write his name on the scarp of paper'. He did so, saying that this was no signature"; vgl. PRO. FO 371.48509, S. 9.: Macartney-Memorandum, 24.7.1945. Ähnlich ebenda, 59015: Memorandum Horthys an Außenminister Ernest Bevin, Weilheim, 14.4.1946. Horthy leitete aus der Ungültigkeit seiner Unterschrift ab, daß er weiter als demokratisch legitimiertes (!) ungarisches Staatsoberhaupt zu betrachten sei, und wollte als solches in die bevorstehenden Friedensverhandlungen einbezogen werden.

[200] ADAP, E/VIII, Nr. 277, S. 509.

ten viel zu lang war[201]. Im deutschen Originaltext der Erklärung heißt es: „An die Präsidenten beider Häuser. Hiermit erkläre ich, daß ich mich entschlossen habe, in dieser schweren Stunde der ungarischen Geschichte im Interesse einer erfolgreichen Kriegsführung und der inneren Einheit und Geschlossenheit der Nation von meinem Amte als Reichsverweser zurückzutreten und auf alle damit verbundenen gesetzlichen Rechte zu verzichten. Ich habe Herrn Franz Szálasi mit der Bildung einer neuen Regierung der nationalen Einheit beauftragt."[202]

Diese Fassung war weit von der geplanten „idealen" Abdankungserklärung vom 5. Oktober entfernt, denn von einem provisorisch mit den Kompetenzen des Staatsoberhaupts bekleideten Ministerpräsidenten konnte keine Rede sein. Der Reichsverweser hatte also zu guter Letzt doch schriftlich abgedankt: „Die Deutschen entfernten Horthy vom Stuhl des Reichsverwesers also auf die der Form nach vorteilhafteste Weise, ohne Gewalt, und dies legalisierte bis zu einem gewissen Grade die Machtübernahme der Pfeilkreuzler."[203]

Trotzdem stellt sich die Frage der Legalität in anderer Weise, hält man sich vor Augen, daß die Minister der Szálasi-Regierung bereits um 16 Uhr ernannt und vereidigt worden waren, und zwar von Szálasi selbst, Stunden vor der Abdankung Horthys[204]. Tatsächlich war der Pfeilkreuzlerführer am 16. Oktober zweimal, nämlich gegen 10 Uhr morgens und nach 16 Uhr nachmittags, vor Horthy erschienen und hatte um seine Ernennung gebeten[205]. Die Versionen über diese unter vier Augen geführten Gespräche gehen weit auseinander. In seinen Memoiren schrieb der ehemalige Reichsverweser, er habe Szálasi die Ernennung bereits bei seinem ersten Besuch verweigert:

> „Ministerpräsident Lakatos, Feldmarschalleutnant Vattay und Oberstleutnant Tost waren bei mir. Nach einiger Zeit kam ein deutscher Offizier herein und meldete, ‚der Ministerpräsident' wünsche mich zu sprechen. Sehr erstaunt ging ich ins Nebenzimmer, wo mich – Ferenc Szálasi mit dem Hitlergruß und der Bitte empfing, ihn zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Das war mir in meiner langen Laufbahn bisher noch nicht vorgekommen, daß jemand selbst um seine Ernennung bat. Ich riet Herrn Szálasi, sich doch von den Deutschen ernennen zu lassen, falls das nicht bereits geschehen sei. ‚Da ich hier ein Gefangener bin', setzte ich hinzu, ‚kann ich auch keine staatlichen Funktionen ausüben, und im übrigen wären Sie der letzte, den ich zum Ministerpräsidenten ernennen würde.' Das hinderte den Führer der Pfeilkreuzler

[201] Macartney II, S. 439.

[202] NL Szöllösi: deutsches Original. Vigh, 1984, S. 361; Macartney II, S. 440f. Die in Keesings Archiv der Gegenwart 14, 17.10.1944, S. 6560, abgedruckte deutsche Fassung divergiert vom Original; u.a. wird Szálasi mit dem Doktortitel bedacht. Im NL Szöllösi liegen die deutsche und die ungarische Version als Original bzw. Photographie des Originals (mit Unterschrift Horthys) vor; Lakatos' Gegenzeichnung fehlte. Die von den ungarischen Zeitungen am 18.10. veröffentlichte Rücktrittserklärung Horthys weist (geringfügige) inhaltliche Abweichungen auf; ein Vergleich der beiden ungarischen Versionen findet sich bei Macartney II, S. 440f. Der Text in: Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Nr. 136, S. 403, ist eine Rückübersetzung aus der veröffentlichten ungarischen Version.

[203] MT 8/2, S. 1188.

[204] Macartney II, S. 442. Im Volksgerichtsprozeß gegen die Mitglieder der Szálasi-Regierung ging es um genau diese Frage, nämlich ob sie durch ihre Vereidigung durch Szálasi, obwohl Horthy noch offiziell im Amt war, Hochverrat begangen hätten; vgl. ebenda, Anm. 5.

[205] Zu den Zeitangaben ebenda, S. 436, 439; Vigh, 1984, S. 353. In der Unterredung mit Macartney am 17. und 18.7.1945 datierte Horthy die erste Unterredung auf 5 Uhr morgens und machte für die zweite keine Zeitangabe; vgl. PRO. FO 371.48509, S. 9: Macartney-Memorandum, 24.7.1945.

freilich nicht, am Nachmittag noch einmal mit dem gleichen Ansinnen an mich heranzutreten, natürlich nur, um die gleiche Antwort zu erhalten."[206]

Szálasi behauptete demgegenüber, und er blieb auch vor dem Volksgerichtshof bei dieser Version, Horthy habe ihm am Vormittag zwar nichts Schriftliches gegeben, ihn aber mündlich autorisiert, „‚to act as Minister President and, pending a final settlement, to exercise the Regent's functions also'"[207].

Aussage steht hier gegen Aussage[208]. Tatsächlich ist diese Frage aus den Quellen kaum zu klären. Winkelmanns Abschlußbericht vom 25. Oktober 1944 über Vorbereitung und Durchführung des „Unternehmens Panzerfaust" gab die Vorgänge nur sehr verkürzt wieder. Er erwähnte das langwierige Hin und Her um Horthys Abdankung mit keinem Wort, legte aber Szálasis Lesart zugrunde, von dem er die entsprechende Information ja auch hatte: „Im Laufe des 16.10.1944 hat dann Horthy, wie ich schon gemeldet habe, seinen Rücktritt erklärt. Er hat Szálasi als Ministerpräsident gleichzeitig mit den Rechten des Reichsverwesers eingesetzt."[209]

Die am 19. Oktober irrtümlich in der ungarischen Presse veröffentlichten Ergebnisse der ersten Ministerratssitzung der Szálasi-Regierung vor zwei Tagen zeichneten den Ablauf des 16. Oktober in fünf Schritten nach, sind aber, was das erste Gespräch zwischen Szálasi und Horthy betrifft, dermaßen kryptisch formuliert, daß sie nur wenig erhellen können. Es ist dort unter b) die Rede von einer „mündlichen Erklärung und Ermächtigung des Reichsverwesers vom Morgen des 16. Oktober", wonach man dringend Maßnahmen zur Bildung einer obersten verantwortlichen Staatsführung ergreifen müsse, damit die Nation in diesen Krisenzeiten nicht ohne Leitung bleibe. In der zweiten Unterredung jedoch, so Punkt c) dieser Zusammenfassung, habe Horthy mündlich alles wieder zurückgenommen mit der Begründung, er sei nicht Herr seines freien Willens und betrachte sich als Staatsoberhaupt, das nicht regieren könne[210].

Ein gewisses Licht in diese Widersprüchlichkeiten bringt der bereits zitierte Brief Horthys an Reményi-Schneller vom 18. Oktober 1944, der den quellenkritisch wichtigen Vorteil hat, eine Überrest-Quelle aus chronologisch nächster Nähe zu sein, von der Forschung aber bisher nicht ausgewertet wurde. In diesem (von Baron A. von Dörnberg persönlich zu überbringenden) Schreiben heißt es: „Als ich in Gesellschaft von Ministerpräsident Lakatos, Vattay und Brunsvik, Generaloberst und Reserveoberstleutnant, in einem Zimmer des Hatvaner Schlosses weilte, kam ein deutscher Offizier mit dem Bescheid herein, der Ministerpräsident will mich sprechen. Auf meine Frage, wer das sein sollte, da doch Lakatos im Zimmer war, antwortete er, es wäre Szálasi. Da kamen sie darauf, daß er doch eine Ernennung benötigt. Ich habe

[206] Horthy, 1953, S. 292. Diese Version wird wörtlich zitiert bei Vigh, 1984, S. 353 und in Auszügen bei Macartney II, S. 437, dessen Darstellung sie zugrunde liegt. Sie wird auch in der sonstigen Literatur übernommen.

[207] Ebenda, S. 437. Es wird leider nicht deutlich, aus welcher Quelle dieses übersetzte wörtliche Zitat stammt, doch legt der Textzusammenhang nahe, daß es sich um eine Prozeßaussage handelt.

[208] Der Volksgerichtshof kam zu dem Schluß, Szálasi habe bewußt gelogen. Alle Angeklagten sagten übereinstimmend – bis auf eine Ausnahme –, sie hätten zwar nichts Schriftliches gesehen, sich aber auf Szálasis Wort verlassen; vgl. ebenda, S. 437, 442, Anm. 5.

[209] Vgl. den Text bei Lehmann, in: Ungarn-Jahrbuch 5 (1973), S. 228.

[210] Összetartás und Magyarság, Nr. 238, 19.10.1944, S. 3 bzw. S. 5; auf deutsch, allerdings an den interessanten Textstellen in sehr schlechter Übersetzung, in: Pester Lloyd Nr. 238, 19.10.1944, S. 1; in englischer Übersetzung bei Macartney II, S. 437, Anm. 1.

diese Ernennung – als Szálasi nachmittags zum zweitenmal heraufkam bitten – verweigert."[211]

Nimmt man Horthys Formulierungen beim Wort, so schweigt der Text über Ablauf und Ergebnis des Gesprächs vom Morgen; deutlich wird nur, daß der Reichsverweser völlig selbstverständlich Lakatos als Ministerpräsidenten betrachtete. Lakatos hatte jedoch in den frühesten Morgenstunden gegen 2.30 Uhr dem deutschen Gesandtschaftssekretär Feine die Bereitschaft seiner Regierung zum Rücktritt erklärt[212]. Erst während ihrer zweiten Unterredung am Nachmittag hatte Horthy nach seinen eigenen Worten Szálasi explizit die Ernennung verweigert.

Welche Schlußfolgerungen sind nun aus diesem Quellenbefund zu ziehen? Tatsächlich können eine explizite mündliche Abdankung des Reichsverwesers sowie Ernennung Szálasis zum Regierungschef während der morgendlichen Unterredung wohl kaum angenommen werden, geschweige denn eine zusätzliche Betrauung mit den Rechten des Staatsoberhaupts. Szálasi hingegen muß von den deutschen Informationen ausgegangen sein, nach denen Lakatos schriftlich Feine vom beabsichtigten Rücktritt seiner Regierung und der Bereitschaft Horthys informiert hatte, „von seinem Amt als Reichsverweser abzudanken und sich in das Privatleben zurückzuziehen"[213].

Dies war nun aber keineswegs mit Ermächtigung Horthys geschehen, sondern beruhte auf Mißverständnissen und/oder bewußten Falschmeldungen von Lakatos bzw. Vattay[214]. Nimmt man nun einerseits an, daß beide Gesprächspartner von ganz offenkundig anderen Voraussetzungen ausgingen, Szálasi obendrein in Macartneys Worten „to an almost incredible degree" die Gabe des „wishful thinking" besaß[215], daß andererseits der von der Sorge um Sohn und Vaterland zermürbte, unter immensem Druck stehende 76jährige Reichsverweser bei der morgendlichen Unterredung nicht ganz so eindeutig sprach und handelte, wie es seine Memoirenversion suggeriert, sondern ausweichende, verallgemeinernde Formulierungen benutzte, so hebt sich der Widerspruch zwischen der Szálasi- und der Horthy-Version zwar nicht auf, wird aber erklärbar.

Ganz egal jedoch, was Horthy wirklich sagte: Auch wenn er tatsächlich Szálasi nicht nur zum Ministerpräsidenten ernannt, sondern auch mit seinen Rechten und Kompetenzen als Staatsoberhaupt betraut hätte, wäre dies ein illegaler Akt gewesen, denn die Gesetze I/1920 und XIX/1937 legten ganz eindeutig fest, daß der Reichsverweser niemandem einfach seine Macht übertragen konnte; er hatte zwar ein Vorschlagsrecht, doch mußte das neue Staatsoberhaupt von beiden Häusern des Parlaments auf einer gemeinsamen Sitzung gewählt werden[216].

[211] ADAP, E/VIII, Nr. 277, S. 508. Ob der Brief jemals seinen Adressaten erreichte, ist nicht ersichtlich. Brief und Memoiren divergieren zudem in der Identität der vierten Person.

[212] Macartney II, S. 432f.; Vigh, 1984, S. 342f. Zum Vollzug dieser Absichts(!)erklärung durch den auf 10 Uhr angesetzten Ministerrat kam es im Lauf der Ereignisse nicht mehr. Die Regierung Lakatos ist demnach niemals formell zurückgetreten.

[213] Macartney II, S. 432f., Zitat S. 433; Vigh, 1984, S. 343. Das ganze Dokument vgl. Keesings Archiv der Gegenwart, 25. 10. 1944, S. 6570.

[214] Die „Wahrheit" wird auch hier kaum zu rekonstruieren sein. Zum neuesten Stand der Diskussion vgl. Vigh, 1984, S. 339ff.

[215] Macartney II, S. 437.

[216] Vgl. hierzu auch László, in: Katolikus Szemle 1980, S. 88.

Über den Ablauf der zweiten Audienz, nämlich der expliziten Weigerung des Reichsverwesers, Szálasi zu ernennen, stimmen die Quellen beider Seiten dann wieder überein; jedoch war zu diesem Zeitpunkt das Szálasi-Kabinett durch den die Kompetenzen des Staatsoberhaupts für sich reklamierenden Ministerpräsidenten bereits ernannt und vereidigt.

Wie mit Veesenmayer und dem Nationalbund ausgehandelt, bestand das neue Kabinett aus einer Koalition der sogenannten „nationalen Opposition" der Parteien, deren Abgeordnete sich gegen Horthys Waffenstillstandsverhandlungen gewandt hatten. Es umfaßte also alle Kräfte vom rechten Flügel der MÉP bis zur NYKP unter Einschluß von Imrédys Erneuerungspartei und den Ungarischen Nationalsozialisten, die jedoch nicht mit ihren politisch wichtigsten Exponenten (Baky; Imrédy) und zudem sehr schwach (je ein Minister) vertreten waren. Szálasi hatte seine alten Widersacher bewußt aus der Regierung ferngehalten. Das Schwergewicht des Koalitionskabinetts lag deutlich auf der Pfeilkreuzpartei[217]. Wichtiger als ihr quantitatives Gewicht jedoch war, daß die NYKP auch die qualitativ bedeutsamen, weil politisch und ideologisch richtungweisenden Minister stellte, z.B. den Innenminister, dem nicht nur der gesamte Verwaltungs- und Polizeiapparat, sondern auch die Leitung der Judenpolitik unterstand.

Die Kabinettsliste lautete:

stellvertretender Ministerpräsident	Jenö Szöllösi, NYKP
Außenminister	Baron Gábor Kemény, NYKP
Innenminister	Gábor Vajna, NYKP
Finanzen	Lajos Reményi-Schneller, MÉP
Landwirtschaft	Graf Fidél Pálffy, MNSZP
Handel und Verkehr	Lajos Szász, MÉP
Erziehung und Kultus	Ferenc Rajniss, MMP
Justiz	László Budinszky, NYKP
Verteidigung	Generaloberst Károly Beregfy
Versorgungswesen	Béla Jurcsek, MÉP
Industrie	Emil Szakváry, NYKP
Propaganda	Ferenc Kassai, NYKP
Kriegsproduktion	Feldmarschalleutnant Vilmos Hellebronth
Minister für totale Mobilmachung und Kriegseinsatz der Nation[218]	Emil Kovarcz, NYKP

[217] Der Völkische Beobachter Nr. 293, 25.10.1944, S. 1f., schrieb dazu, das neue Kabinett „trägt seiner Herkunft und dem Zeitpunkt seiner Entstehung nach den Stempel einer revolutionären Kampfregierung. Ton und Ausrichtung der neuen hungaristischen Staatsführung geben die Pfeilkreuzler an." Auch FO-Kreise in Großbritannien registrierten, daß mit den Pfeilkreuzlern „an entirely new force" an die Macht gelangt war, die als „very different from the traditional Conservative rulers" einzuschätzen sei; vgl. PRO. FO 371.39267: Review of the Foreign Press, Series A: Memorandum Nr. 243, 31.10.1944.

[218] Dieser neu geschaffene Ministerposten war zuständig für Abstimmung und Einsatz sämtlicher materieller und personeller Ressourcen der Nation für die Kriegsziele. U.a. sollten die Ressortminister den Personal- und Sachbedarf aller ihnen unterstehenden Behörden, Ämter usw. dem Minister für den Kriegseinsatz mitteilen, der über die Bedarfspläne entschied; vgl. Verordnung 4000/1944 M.E. vom 23.11.1944 über die zentrale Lenkung der Kriegswirtschaft, in: Belügyi Közlöny 50 (1944), Nr. 797, S. 1690f. Später, ab Januar 1945, sollte er das sogenannte „Arbeitsheer" (munkahadsereg) aufstellen und leiten; vgl. NL Szöllösi: TB, 31.1.1944, S. 55. Die Konzeption des Ministeriums hätte einen riesigen neuen Apparat erfordert, der in den wenigen Monaten der Pfeilkreuzlerherrschaft nicht mehr realisiert wurde.

Noch bevor Horthys schriftliche Abdankung und gleichzeitige Betrauung Szálasis mit der Regierungsbildung vorlag, erließ der neue Ministerpräsident zwei weitere Verordnungen[219], mit denen er seine Sondervollmachten dekretierte und der Absprache mit Veesenmayer vom 2. Oktober über die Bildung eines dreiköpfigen Regentschaftsrats nachkam. So hieß es in Verordnung 3667/1944 M. E.:

„In Hinblick auf die Umstände und die außerordentliche Maßnahmen erfordernde Situation hat er [Horthy] zugestimmt, daß ich zur Regelung der Staatsoberhauptsfrage einen dreiköpfigen Regentschaftsrat bilde und bis zur Bildung des Regentschaftsrates bzw. bis zur Vorlage eines Entwurfs über die Ausübung der Macht des Staatsoberhauptes und seiner Annahme unter den gesetzlichen Formen in meiner Eigenschaft als kgl. ung. Ministerpräsident provisorisch auch die Kompetenzen des Reichsverwesers ausübe, damit aus dem Verzug für unsere Nation und Heimat kein Schaden und keine Gefahr entstehen."[220]

In der sofort danach erlassenen Verordnung 3668/1944 M.E. bestimmte Szálasi dann die Bildung des Regentschaftsrats mit sofortiger Wirkung und ernannte Verteidigungsminister Beregfy, Kultusminister Rajniss und seinen alten Freund Csia zu seinen Mitgliedern[221].

Mit dieser Besetzung und Aufgabenbestimmung versuchte Szálasi, deutsche Pläne zum Einbau systeminterner Kontrollen des neuen Regierungschefs zu umgehen und zu neutralisieren. Der Reichsbevollmächtigte hatte als Mitglieder Ex-Ministerpräsident Döme Sztójay, Generalmajor László Szabó (1933–1943 Militärattaché, 1944 Gesandter in Rom) und Gerichtspräsident Jenö Szemák vorgesehen, doch wurde dieses Vorhaben von Szálasi durchkreuzt[222]. Veesenmayer sagte später vor dem Volksgerichtshof aus, der Regentschaftsrat hätte die Rechte des Staatsoberhauptes und Kontrollaufgaben gegenüber Szálasi wahrnehmen sollen; dazu sei es jedoch nicht gekommen, da dieser die gesamte Macht bei sich konzentriert habe[223].

Veesenmayers Aussage wird durch einen Tagebucheintrag des von seinen Ämtern zurückgetretenen Rajniss vom 11. März 1945 unterstützt. Rajniss machte sich im nachhinein Vorwürfe, daß er zur Zeit des „Horthy-Putsches" „dem deutschen Druck" nachgab und in die Regierung eintrat, und fuhr fort:

„Rahn, der nach Budapest geschickte Botschafter, sagte bestimmt zehnmal, daß meine Aufgabe ‚die Sicherung der ruhigen, noblen [úri], anständigen Lösung' unter den vielen unerfahrenen Menschen sei [...]. Man legte mir dar, daß man im *Regentschaftsrat* unbedingt die Politik unterstützen werde, die ich verträte, und daß man nicht erlauben werde, daß jene unreifen, überspannten Elemente das Land zerstörten. Man erklärte, daß nur *‚äußerste Notwendigkeit'* die Szálasi-Lösung hervorgebracht habe, aber meine Mitgliedschaft im Regentschaftsrat würde die nüchterne politische Führung garantieren."[224]

Vor die eventuelle Wahl zwischen Ministeramt und Regentschaftsrat gestellt, sollte sich Rajniss nach deutschem Wunsch unbedingt für letzteres entscheiden, so daß er selbst glaubte, daß er „in dem von *Hitler* geforderten Regentschaftsrat noch retten

[219] Zur Chronologie Macartney II, S. 442.
[220] NL Szöllösi: unterschriebenes Original, veröffentlicht in Összetartás Nr. 236, 17. 10. 1944, S. 3.
[221] Original bzw. Veröffentlichung ebenda.
[222] Itél a történelem. A Szálasi-per, 1946, S. 14 f., 24.
[223] Zitiert nach Teleki, 1974, S. 232 f., Anm. 10.
[224] TB Rajniss, 11. 3. 1945, S. 12 f. (Hervorhebung im Original unterstrichen).

könne, was zu retten ist. [...] *Szálasi hat den Regentschaftsrat nicht ein einziges Mal einberufen.*"[225]

Im Gegenzug funktionierte Szálasi den Rat zu seinem eigenen Druck- und Kontrollmittel gegenüber Reichsrat und Parlament um, die nach Gesetz XIX/1937 für Entwurf bzw. Abstimmung des Gesetzes über die Wahl eines neuen Staatsoberhauptes zuständig waren. Um die Legalität ihrer Machtübernahme zu betonen, waren die Hungaristen einerseits um die Einhaltung dieser verfassungsrechtlichen Vorschriften bemüht; andererseits bestimmten sie den 4. November ultimativ als den Stichtag, bis zu dem die Staatsoberhauptsfrage zu regeln sei: „sollte der Reichstag bis zum 4. November die Frage des Staatsoberhauptes verfassungsrechtlich, gesetzmäßig nicht regeln wollen oder können, wird die Regierung mit einem aus den eigenen Mitgliedern zu bildenden Dreier-Regentschaftsrat diese Fragen niederlegen und nach dem angegebenen Zeitpunkt in Form eines Antrags vor den Reichstag bringen"[226].

Auf dem am 17. Oktober zum erstenmal tagenden Ministerrat definierte Szálasi in seinem „Plan zum Wiederaufbau des Landes" die Aufgaben seiner Regierung: „Der totale Kriegseinsatz der Nation, die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Führung des Krieges bis zum siegreichen Ende an der Seite der Dreierpaktmächte, die Klärung der innenpolitischen und staatsrechtlichen Lage auf Grund der gültigen Gesetze und der lebenswichtigen Forderungen; die unbedingte Sicherung der beiden Aufgaben mit allen zur Verfügung stehenden moralischen, geistigen und materiellen Mitteln."[227] Dies bedeutete, mit anderen Worten, die Fortführung des Krieges an deutscher Seite, eine Kriegsführung im weiteren, d.h. nicht nur militärischen und kriegswirtschaftlichen Sinn, sondern auch auf politischem und gesellschaftlichem Gebiet, was eine hungaristische Umgestaltung des Status quo impliziert, sowie die Legalisierung der Machtübernahme der Hungaristen.

Legalisierung und Stabilisierung der Machtergreifung

Die neuen Machthaber bemühten sich, die vorgeschriebenen Gesetze peinlich genau einzuhalten, um die Legalität des Regierungswechsels und der Abdankung Horthys zu dokumentieren. Der erste Schritt in diese Richtung war die Korrektur der am 19. Oktober offenbar nur unvollkommen zensiert veröffentlichten Fassung der Ergebnisse der ersten Ministerratssitzung vor zwei Tagen, auf der Szálasi seinen „Arbeitsplan" bekanntgegeben hatte. So hatte es dort in aller Naivität geheißen, Grundlage der neuen Regierung sei die „Erklärung des Budapester deutschen Gesandten Veesenmayer am 26. September und 11. Oktober: In den Augen des Führers ist die einzige

[225] Ebenda, S.13 (Hervorhebung im Original unterstrichen). Allerdings hatte Szálasi nach Rajniss' Rücktritt im März 1945 eine Sitzung des Regentschaftsrats in seiner neuen Zusammensetzung (Beregfy, Csia, Gera) auf den 3.4. angesetzt, die wegen der Evakuierung nach Deutschland nicht mehr zustandekam; vgl. IfZ, MA 1541/5, B.647: Arbeitsplan für April 1945.

[226] Pester Lloyd Nr.238, 19.10.1944, S.1; vgl. in ungarischer Sprache in „Magyarság" und „Összetartás" vom selben Tag. Dieser Passus ist in der „korrigierten" Fassung des Plans vom 22.10.1944 ersatzlos gestrichen.

[227] Ebenda. Dieser Passus ist in beiden veröffentlichten Versionen gleich; vgl. „Pester Lloyd", „Magyarság" und „Összetartás" vom 19. und 22.10.1944. Zitiert wird hier aus dem Pester Lloyd vom 22.10., weil die Übersetzung vom 19.10. zu schlecht ist.

verantwortliche Person Ungarns der Parteileiter. Ungarn ist ein freier, selbständiger und unabhängiger Staat, der seine Freiheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit in dem Maße und so erlangen wird, wie er für sie kämpft."[228]

Dem folgte die Schilderung der Ereignisse, die schließlich zur Abdankung Horthys und Ernennung Szálasis geführt hatten. Der aufmerksame Zeitungsleser konnte sich den ungefähren Hintergrund dessen rekonstruieren, was tatsächlich vorgefallen war, zumal Budapest seit Anfang Oktober voll war von Gerüchten über einen Staatsstreich bzw. die Vorbereitung eines Waffenstillstands[229]. Insbesondere die Rolle und Verantwortung NS-Deutschlands waren aus den Formulierungen ablesbar wie auch der Hinweis darauf, daß der Reichsverweser nicht ohne Widerstand zurückgetreten war. In diesem Sinne schrieb auch der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Ungarn und Chef der Einsatzgruppe G, Geschke, am 27. Oktober in seinem politischen Wochenbericht an Winkelmann über die „bemerkenswerte Feststellung" in dieser ersten Fassung: „Dies würde bedeuten, dass der Deutsche Gesandte und Reichsbevollmächtigte schon vor dem Rücktritt Horthys mit Szálasi verhandelt und diesen zum Nachfolger des Reichsverwesers bezw. des Ministerpräsidenten ausersehen hätte. Diese Fassung ist nach der ersten Veröffentlichung als unvernünftig empfunden und wieder zurückgezogen worden."[230]

Die neuen Machthaber waren natürlich bemüht, den Eindruck, sie seien nur eine Regierung von Hitlers Gnaden, zu verwischen. Schon drei Tage später, am 22. Oktober, veröffentlichte die ungarische Presse die sichtlich „überarbeitete" Version des Arbeitsplans mit der Vorbemerkung, daß bei seiner ersten Publikation „sich bei der Abschrift einige Fehler und aus anderen Berichten übernommene Sätze eingeschlichen hatten"[231].

Beim Vergleich der beiden Fassungen wird deutlich, welche Passagen als besonders inkriminierend empfunden wurden. Veesenmayers Rolle wurde mit keinem Wort mehr erwähnt[232], ebensowenig das Hin und Her um die Abdankung des Reichsverwesers, von dem es nur noch hieß, er habe seine „unter verfassungswidrigen Umständen zustande gekommene Proklamation vom 15. Oktober 1944" für nichtig erklärt und den Parteiführer mit der Regierungsbildung beauftragt. Dagegen hob die zweite Version hervor, das freie, selbständige und unabhängige Ungarn sei „von den hungaristi-

[228] Pester Lloyd Nr. 238, 19. 10. 1944. Das ungarische Original vgl. IfZ, MA 1541/2, B. 101 ff.

[229] Vgl. z. B. PRO. FO 371.39256, S. 14: Augenzeugenberichte über die Ereignisse in Budapest, übermittelt vom britischen Generalkonsulat Zürich an die Gesandtschaft in Bern, 3. 11. 1944.

[230] IfZ, MA 652/3: Akten BdS Slowakei, B. 6834.

[231] Pester Lloyd Nr. 241, 22. 10. 1944, S. 1. Der Völkische Beobachter Nr. 302, 4. 11. 1944, S. 3, veröffentlichte unter dem Titel „Ungarns totaler Kriegseinsatz" eine ausführliche Zusammenfassung der zweiten Version.

[232] Dafür wurden mehreren Deutschen hohe ungarische Auszeichnungen erteilt als „Ausdruck des ewigen Danks der ungarischen Nation", weil sie „hellsichtig die Ereignisse beobachtet und so die ungarisch-deutsche Zusammenarbeit in einem der schwierigsten und ernstesten Zeitabschnitte des Kriegs begründet" hätten; vgl. Összetartás Nr. 259, 5. 11. 1944, S. 5. Das ungarische Publikum konnte dadurch unschwer die „Hauptdrahtzieher" und Leiter des Unternehmens Panzerfaust identifizieren.

schen Grundsätzen der inneren Einheit, der nationalen Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit bestimmt"[233].

Der nächste Schritt bestand in der gesetzlichen Regelung der Staatsoberhauptsfrage, gekoppelt mit der nachträglichen Legalisierung der Ernennung Szálasis zum Ministerpräsidenten und provisorischen Staatsoberhaupt sowie der inzwischen getroffenen Verfügungen der neuen Regierung. Dabei hielt Szálasi immer noch an seinem Plan der Abschaffung des Reichsverweseramtes und der Wiedereinführung der alten Palatinswürde (Nádor) fest. Seine Staatsideen standen jedoch der allgemeinen ungarischen Rechtsauffassung entgegen und trafen auf den Widerstand Veesenmayers und konservativer Kreise in den Koalitionsparteien. Diese wollten nicht nur eine einseitige Machtkonzentration in Händen Szálasis verhindern[234], sondern drängten auf eine verfassungsgemäße Lösung, ein Wunsch, der sich mit dem Interesse der neuen Machthaber nach Legalisierung ihrer Regierungsübernahme deckte. Wollten sie zu einer Einigung gelangen, mußte ein rechtlich-politischer Kompromiß gesucht werden, denn am 27. Oktober trat zum ersten- und letztenmal in seiner Geschichte der durch Gesetz XIX/1937, §§ 3 und 4 vorgeschriebene Reichsrat (országtanács) – wenn auch verspätet – zusammen. Noch vor dieser Reichsratssitzung initiierten daher Erzherzog Joseph und Oberhauspräsident Baron Perényi eine informelle Konferenz zur Abklärung eines akzeptablen Kompromisses, auf der Szálasi zusicherte, er werde die parlamentarische Ordnung und die Gesetze des Landes einhalten[235].

Im Reichsrat, der im Falle einer Vakanz des Reichsverweseramtes bis zur Eidesleistung des neuen Regenten an seiner Stelle tätig sein sollte, versammelten sich als Mitglieder der amtierende Ministerpräsident (Szálasi sowie Szöllösi als sein Stellvertreter), die Präsidenten des Ober- und Abgeordnetenhauses (Baron Zsigmond Perényi bzw. András Tasnádi Nagy), der Fürstprimas von Ungarn (Kardinal Serédi)[236], der Oberbefehlshaber der Armee (Beregfy) sowie die zweiten Vorsitzenden der Kurie und des Verwaltungsgerichtshofs (Mihály Jakab und Kornél Balázs). Aufgabe dieses Gremiums war laut Gesetz zum einen, bis zur Eidesleistung des neuen Regenten dessen Befugnisse auszuüben; zum anderen mußte der Reichsrat das zur Wahl und Vereidigung des neuen Staatsoberhaupts notwendige Gesetz verkünden sowie die organisatorischen Vorkehrungen treffen, damit spätestens am achten Tag der Vakanz des Reichsverweseramtes die beiden Häuser des Parlaments in gemeinsamer Sitzung zur Wahl seines Nachfolgers zusammentreten könnten[237].

[233] Pester Lloyd Nr. 241, 22. 10. 1944, S. 1.

[234] Konservative Entwürfe zielten darauf, Erzherzog Joseph oder seinen Sohn unter irgendeinem Titel zum Staatsoberhaupt zu machen, was wiederum für die Pfeilkreuzler inakzeptabel war; vgl. Macartney II, S. 446 f.

[235] BL. NL Macartney/8: Jenö Szemák, Kurienpräsident und Rechtsberater der Szálasi-Regierung, an Macartney, Rauris, 16.12.1958, S. 6 f.

[236] Noch für Macartney II, S. 447, Anm. 2., war die Präsenz Serédis nicht gesichert. Seine Teilnahme wird jedoch durch Dokumente belegt; vgl. László, in: Katolikus Szemle 1980, S. 87 ff.

[237] Der Rat hatte jedoch weder das Recht, das Parlament aufzulösen oder zu vertagen, noch die Kompetenz, die Regierung oder einzelne Minister ihres Amtes zu entheben. Seine Anordnungen waren nur mit Gegenzeichnung des zuständigen Ministers gültig; vgl. Magyar Törvénytár 1937, S. 165 f.

Unter den gegebenen Umständen folgte aus diesen Vorschriften eine paradoxe Situation. Bis zur Wahl des neuen Staatsoberhaupts wurden dessen Funktionen von zwei bzw. sogar drei Institutionen ausgeübt: zunächst als de iure einzig legaler Körperschaft durch den Reichsrat; durch den dreiköpfigen Regentschaftsrat, der, falls es zu keiner Einigung kommen sollte, bereit stand, die Aufgabe des Reichsrats zu übernehmen; schließlich, aber de facto allein ausschlaggebend, Szálasi als provisorisch mit den Kompetenzen des Staatsoberhaupts ausgestatteter Ministerpräsident.

Die Reichsratssitzung vom 27. Oktober ging nicht reibungslos über die Bühne, wie sich mit Hilfe des Protokolls der Redebeiträge Kardinal Serédis[238] und anderer Dokumente rekonstruieren läßt. Der Rat mußte zunächst feststellen, ob überhaupt der Fall einer Vakanz eingetreten war, d.h. es ging um die Frage der Rechtmäßigkeit der Abdankung Horthys. Nach Vorlage der Originalurkunde wurde zwar seine Unterschrift als authentisch anerkannt; andererseits beanstandeten Serédi und Tasnádi Nagy, daß das Dokument nicht, wie das Gesetz es erfordere, vom damaligen Ministerpräsidenten gegengezeichnet war[239]. Tatsächlich fuhr Szöllösi am 1. November zu Lakatos, der sich in Tihany am Plattensee aufhielt, und bat ihn um die nachträgliche Gegenzeichnung, die dieser schließlich auch leistete[240]. Die gegengezeichnete Abdankung wurde am 2. November vom Oberhauspräsidenten Perényi entgegengenommen und handschriftlich bestätigt[241].

Als zweifelhaft erschienen Kardinal Serédi weiter die Umstände von Horthys Abdankung. Sollte der Rücktritt erpreßt worden sein, so sei seine verfassungsrechtliche Gültigkeit fraglich[242]. Zur „Behebung" dieses Mangels diente eine schriftliche eidesstattliche Erklärung Szálasis, in der er angab, „daß ich aus der mit dem Herrn Reichsverweser geführten persönlichen Unterredung den festen Eindruck gewonnen habe, daß der Herr Reichsverweser seinen Rücktritt nicht unter äußerem Zwang beschlossen hat, sondern deshalb, weil er zu der Überzeugung gelangt war, daß er dies in der gegebenen Situation im Interesse des Landes tun müsse"[243].

Nicht ausgeräumt werden konnte Fürstprimas Serédis Kritik[244] an der Usurpation von Titel und Rechten des Reichsverwesers durch Szálasi. Das von Horthy unterzeichnete Dokument ernenne ihn schließlich nur zum Ministerpräsidenten; zudem sei auch die etwaige mündliche Übertragung der Kompetenzen des Staatsoberhauptes verfassungswidrig, da dazu ausschließlich das Parlament befugt sei. Serédi zeigte sich

[238] Abgedruckt bei Rosdy, Dokumentum, in: Vigilia 34 (1969), S. 858 ff.; zusammenfassend László, in: Katolikus Szemle 1980, S. 87 ff.

[239] Rosdy, Dokumentation, in: Vigilia 34 (1969), S. 859.

[240] NL Szöllösi: Original der von Lakatos gegengezeichneten Abdankungsurkunde Horthys, 16. 10. 1944; unterzeichnetes Protokoll der nachträglichen Gegenzeichnung, 1. 11. 1944. Vgl. auch IfZ, MA 1541/4, B. 197: Vernehmungsprotokoll von Lakatos, Sopronköhida, 10. 1. 1945. Vgl. auch Macartney II, S. 441, Anm. 1 sowie Vigh, 1984, S. 362 f., die den Besuch fälschlich auf den 30. oder 31. 10. datieren.

[241] Diese handschriftliche, auf Budapest, 2. 11. 1944 datierte und unterzeichnete Bestätigung befindet sich im NL Szöllösi: „Ich bestätige, daß ich die gegengezeichnete handschriftliche Abdankungserklärung des Reichsverwesers entgegengenommen habe."

[242] Rosdy, Dokumentum, in: Vigilia 34 (1969), S. 859.

[243] NL Szöllösi: Erklärung (Durchschlag), nicht signiert, datiert auf Oktober 1944, ohne Angabe des Tages.

[244] Im folgenden aus Rosdy, Dokumentum, in: Vigilia 34 (1969), S. 859 f.

jedoch dazu bereit, trotz seiner erheblichen politisch-verfassungsrechtlichen Bedenken die Vakanz des Verweseramtes anzuerkennen und an der Reichsratssitzung teilzunehmen. Er selbst schlug vor, daß das am 3. November einzuberufende Parlament in geheimer Abstimmung keinen Reichsverweser, sondern nur ein provisorisches Staatsoberhaupt wählen möge, dessen Titel der Kardinal mit Staats-, Landes- oder Nationsführer (állam-, ország-, nemzetvezetö) umschrieb. Der Kandidat für dieses Amt solle keiner Partei angehören und nur sehr begrenzte, für die Existenz des Staates unbedingt notwendige Rechte ausüben dürfen. Ein derartiges Provisorium sei deshalb vorzuziehen, weil „– obwohl die beiden Häuser sicherlich beschlußfähig sein werden – wir alle doch spüren, daß das Parlament zwar rechtlich, nicht aber mehr moralisch die ganze Nation vertritt, da je ein Teil seiner Abgeordneten verhaftet, ein anderer zum Militärdienst eingezogen ist, wieder ein anderer sich [in den Gebieten] unter russischer Besetzung aufhält oder sich nicht mehr im Parlament sehen lassen kann". Diese offenen Zweifel an der Legalität und Legitimität der neuen Regierung und die Kritik an ihren ungesetzlichen Maßnahmen führten dazu, daß anscheinend auf Szálasis Anweisung Serédis Beitrag aus dem offiziellen Protokoll gestrichen und erst nach dessen lebhaftem Protest als Anhang wieder beigefügt wurde.

Mit dem Vorschlag der Wahl eines „Führers der Nation" (nemzetvezetö) als vorläufigem Staatsoberhaupt war eine Kompromißformel zwischen Machthabern und Reichsrat gefunden, die Szálasi unter Verzicht auf den Nádor-Titel akzeptierte. Der Rat beschloß, unter Hinweis auf die Situation des teilweise zum Kriegsschauplatz gewordenen Landes die Verweserwahl zu verschieben und die gemeinsame Wahlsitzung beider Kammern des Parlaments nicht einzuberufen; er schlug statt dessen dem Parlament vor, ein Gesetz über die vorläufige Ausübung der Macht des Staatsoberhaupts zu verabschieden[245].

Nachdem nun sowohl Horthys Abdankung anerkannt als auch der Kompromiß in der Staatsoberhauptsfrage formuliert waren, legte Szálasi als designierter Ministerpräsident vor dem Reichsrat als verfassungsrechtlich zuständiger Institution seinen Amtseid ab; Serédi selbst sprach die Eidesformel vor[246].

Am 3. November 1944 nahmen beide Häuser[247] den von der Regierung ausgearbeiteten Entwurf an und verabschiedeten ihn als Gesetz X/1944[248]. Das Parlament, so § 1, nehme Horthys Rücktritt am 16. Oktober zur Kenntnis, und nehme weiter „bil-

[245] NL Szöllösi: Gesetz X/1944, Vorrede, beschlossen und verkündet am 3.11.1944; auch z.B. in: Pesti Hirlap, 3.11.1944; vgl. hierzu auch Teleki, 1974, S.96; Macartney II, S.447.

[246] Dies erwähnt nur ebenda, S.447, der seine Kenntnisse über die Sitzung dem Bericht des Kurienpräsidenten Szemák vom 16.12.1958 verdankt; vgl. BL. NL Macartney/8. Dieser war zwar nicht selbst anwesend, wurde jedoch von seinem Stellvertreter Jakab ausführlich nach der Sitzung informiert. Die Richtigkeit von Jakabs Informationen sei später von Baron Perényi in einem Gespräch mit Szemák bekräftigt worden.

[247] Die rein quantitative Beschlußfähigkeit des Parlaments ist anzuzweifeln. In der Literatur ist zu finden, von den 372 Abgeordneten seien nur 55 zur Abstimmung erschienen; vgl. Macartney II, S.447; Teleki, 1974, S.97f. Laut László Nagy von der MMP, der das Gesetz in der Parlamentssitzung offiziell einbrachte, waren dagegen „mehr als 100 Abgeordnete" anwesend; vgl. BL. NL Macartney/8: Szemák an Macartney, 16.12.1958.

[248] Im folgenden aus NL Szöllösi: Gesetz X/1944; vgl. dazu den zusammenfassenden Bericht im Völkischen Beobachter Nr.302, 4.11.1944, S.1; auch in Keesings Archiv der Gegenwart 14, 1944, S.6582.

ligend" zur Kenntnis, daß seitdem Ministerpräsident Szálasi dessen Kompetenzen provisorisch wahrnehme (§ 2). Damit waren die Abdankung Horthys und die Machtergreifung Szálasis nachträglich parlamentarisch legalisiert, ebenso alle unter die Rechtsbefugnisse der Legislative oder des Reichsverweseramtes fallenden „Anordnungen und Maßnahmen, die der das Amt des Reichsverwesers provisorisch ausübende kgl. ung. Ministerpräsident Ferenc Szálasi, das durch ihn gebildete kgl. ung. Ministerium und die einzelnen Minister seit dem 16. Oktober 1944 bis zum Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes verfügt haben" (§ 2). § 3 des Gesetzes vertagte die Besetzung des Reichsverweseramtes und betraute bis zu seiner Wiederbesetzung Szálasi mit den Aufgaben und Kompetenzen des Staatsoberhaupts mit dem Titel „Führer der Nation" (Nemzetvezető)[249].

Das Gesetz versuchte, die Position des NV (Nemzetvezető) einerseits mit der Tradition des Reichsverweseramtes zu verbinden, andererseits aber auch Neuerungen einzuführen, die den vorgegebenen Rahmen sprengten. Ganz dem Text der in Gesetz I/1920, § 18 festgelegten Eidesformel des Reichsverwesers[250] folgte die Vereidigung des NV in § 4, natürlich mit dem Ziel, dadurch den Nachweis der Kontinuität, Legalität und Legitimität zu erbringen und zu verstärken. Auf einer sofort einzuberufenden gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Parlaments (am 4. November) sollte der NV schwören, „daß ich Ungarn treu sein werde, seine Gesetze und seine alten, guten und anerkannten Bräuche einhalte und auch von anderen einhalten lasse, seine Unabhängigkeit und sein Territorium verteidige, mein Amt als Führer der Nation im Sinne der Verfassung und in Übereinkunft mit dem Parlament durch die verantwortliche Regierung ausübe und alles tue, was ich zum Wohl und zur Ehre des Landes gerecht tun kann" (§ 4).

Eine Abweichung von der rechtlichen Tradition, die jedoch de facto bereits seit dem 16. Oktober bestand, stellte die in § 5 formulierte Möglichkeit dar, daß der NV das Amt des Staatsoberhauptes wie auch des Regierungschefs in seiner Person vereinigen könne[251]. In diesem Falle mußte ein ständiger Stellvertretender Ministerpräsident ernannt oder einer der Minister mit diesem Amt betraut werden, dessen Aufgabe in der ministeriellen Gegenzeichnung der Anordnungen und Maßnahmen des NV bestand. Mit dieser Hilfskonstruktion wurde folglich die außerordentliche Machtposition

[249] Dieser Titel taucht in den eingesehenen Quellen erstmals in Kardinal Serédis Vorschlägen für ein provisorisches Staatsoberhaupt am 27.10. auf, scheint also keine „Erfindung" der Pfeilkreuzler zu sein, wie in der Literatur oft suggeriert wird. Hinzuweisen ist auf die sprachliche Nuance zwischen „vezér" und „vezető", die im Deutschen beide mit *Führer* übersetzt werden können. „Vezér" meint jedoch den Führer im militärischen Sinn oder den Diktator; in Zusammenhang mit Hitler wurde nur von „Vezér" gesprochen. „Vezető" hat dagegen eine erkennbar abgeschwächte, zivilere Bedeutung und wird am treffendsten mit *Leiter* übersetzt. Der Begriff wird i.a. im Sinne von *Abteilungs-* oder *Betriebsleiter* gebraucht; vgl. A magyar nyelv értelmező szótára VII, S. 393, 401. Szálasi beanspruchte für sich nur den vezető-Titel. Nach seiner Haftentlassung hatte er die Anrede „vezér" untersagt, „weil er im Dienst stehe, und dies sei die Pflicht, die er bis zum Ende erfülle"; vgl. IfZ, MA 1541/1, B. 847: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi-Fehér-Szabó, 8.10.1940.

[250] Magyar Törvénytár 1920, S. 12 f.; Csizmadia, 1978, S. 610.

[251] Daß dabei Hitlers Stellung das bewußte Vorbild war, kann zwar aus den Quellen nicht belegt, aber doch vermutet werden.

Szálasis formell mit der parlamentarischen Tradition verbunden, auch dies mit dem Ziel, die Rechtskontinuität zu wahren und zu betonen[252].

§§ 5 und 6 hatten zwar dem NV alle Rechte des Reichsverwesers – und damit neben den zivilen auch die militärischen des Obersten Kriegsherrn –, denselben strafrechtlichen Schutz sowie die Unverletzlichkeit seiner Person zugestanden, darüber hinaus jedoch einige wesentliche Einschränkungen verfügt. Gesetz II/1942 über die Einsetzung eines Reichsverweser-Stellvertreters verlor durch § 8 seine Wirkung. In § 6 wurde dem Parlament die Möglichkeit zugesprochen, den NV im Falle eines Verfassungs- oder Gesetzesbruchs (auf Antrag wenigstens 100 Abgeordneter) mit Zweidrittelmehrheit zur Verantwortung zu ziehen[253]. Horthy hatte es dagegen 1937 geschafft, daß das Parlament sich dieses Recht durch Gesetz XIX/1937, § 7, selber nahm. Obwohl also Szálasi rein rechtlich diesbezüglich eine schwächere Stellung innehatte als vormals Horthy, so war doch de facto seine Absetzung durch das Parlament während der fünf Monate seiner Herrschaft völlig undenkbar, war er doch in einer Person Staatsoberhaupt, Regierungschef, Oberster Kriegsherr und nicht zuletzt Führer einer mobilisierbaren Massenpartei.

Gesetz X/1944, unterzeichnet von den Präsidenten beider Parlamentskammern, schloß mit einer bemerkenswerten, in § 10 niedergelegten Formel, die noch einmal seine parlamentarische Entstehung zum Ausdruck bringen sollte. Explizit wurde festgehalten, daß das Parlament selbst, nicht etwa die Regierung, dieses Gesetz „als den Willen der Nation" zum Wohl des ungarischen Volks geschaffen habe und verkünde.

Auch den deutschen Beobachtern der innenpolitischen Szene fiel dieses Streben nach Einhaltung bzw. Herstellung der gesetzlich-verfassungsrechtlichen Vorschriften und die immer wiederkehrende Betonung der Legalität und Legitimität auf. SD-Chef Geschke bemerkte in seinem politischen Wochenbericht vom 4. November 1944, daß mit der Schaffung des NV-Amtes „in einer geschickten Konstruktion" die Königs- und die Nádoridee übergangen, das Reichsverweseramt offiziell aber nicht abgeschafft worden sei, das als „offene Tür" weiter bestehe. Der Bericht fuhr fort: „Bemerkenswert ist das Bemühen der Regierung, die Machtübernahme und die Bestellung Szálasis zum ‚Führer der Nation' juristisch zu untermauern und in allen vorgeschriebenen gesetzmässigen Formen durchzuführen. Das entsprach einmal der übertriebenen Rechtsauffassung der Ungarn und vor allem auch dem Bestreben, eine völlig verfassungsmässige Regierung zu bilden im Hinblick auf bestehende und nach einem etwaigen Fall Budapests etwa noch zu bildende Gegenregierungen."[254]

Zwar wird nicht deutlich, was Geschke mit „bestehenden" Gegenregierungen meinte – die Provisorische Nationalregierung wurde erst am 22. Dezember 1944 in Debrecen gebildet –, doch deutet der Bericht an, daß die auffälligen Legalisierungsbemühungen der neuen Machthaber nicht nur dem Hier und Jetzt galten, sondern in die Zukunft gerichtet waren. Der Fall Budapests, das weitere Vordringen der Roten Armee und die Bildung einer zweiten ungarischen Regierung in ihrem Gefolge wurden als reale Möglichkeiten einkalkuliert, ebenso wie eine Evakuierung von Regierung,

[252] Einen stellvertretenden Ministerpräsidenten hatte erstmals die Sztójay-Regierung.

[253] Koós, 1960, S. 252, behauptet, diese Klausel sei auf expliziten Wunsch Szálasis eingefügt worden.

[254] IfZ, MA 652/3: Akten BdS Slowakei, B. 6827.

Parlament und Verwaltung aus Budapest oder gar außerhalb der Landesgrenzen[255]. Unter Berufung auf Verfassung, Gesetz und Parlament konnte dann gegen eine Gegenregierung argumentiert werden.

Der Widerstand konservativer Gruppen gegen Szálasis Aufstieg zum Führer der Nation war mit der nachträglichen Legalisierung durch Gesetz X/1944 nicht gebrochen[256]. Kurz vor der Vereidigungsfeier am 4. November, auf der Szálasi in der Tradition der ungarischen Könige und des Reichsverwesers seinen Eid auf die Stefanskrone als letzten, in Ungarn seit Jahrhunderten zum Nachweis legitimer Herrschaft erforderlichen Akt ablegen wollte, entdeckte man, daß die Krone entwendet worden war. Erst nach scharfem Verhör gab einer der beiden Kronwächter[257], Baron Perényi, „unter großer Bedrängnis" zu, sie aus der Lade genommen und im Keller der Kronwache vergraben zu haben[258]. Ohne daß diese Vorfälle publik gemacht wurden, konnte nach der Wiederauffindung der Insignie rechtmäßiger Herrschaft die vorgesehene Vereidigungszeremonie im weißen Marmorsaal der königlichen Burg stattfinden, auf der die Referenten beider Häuser des Parlaments die formale wie materielle Rechtskontinuität betonten[259].

Das optische Bild dieser Feierstunde bringt ein wesentliches Charakteristikum der Hungaristenherrschaft zum Ausdruck, nämlich die Verbindung von Alt und Neu, von Tradition und Bruch. Bedeutete schon der Eid auf die Krone an historischem Ort ein bewußtes Anknüpfen an die ungarische Geschichte, so wurde dieses Element verstärkt durch den Aufmarsch von Horthys Leibwache sowie die Anwesenheit des habsburgischen Erzherzogs Joseph, anderer aristokratischer Oberhausmitglieder, Abgeordneter,

[255] Gleich das nächste Gesetz XI/1944 vom 13.11.1944 ermächtigte die Präsidenten von Ober- und Abgeordnetenhaus, Parlamentssitzungen im Notfall auch außerhalb Budapests abzuhalten; vgl. NL Henney: Gesetz XI/1944.

[256] Im Oberhaus mußten einige neue Mitglieder ernannt werden, um die vakanten Sitze für die Abstimmung über das Gesetz zu besetzen; vgl. Teleki, 1974, S. 98. Als Serédi den Text des Entwurfs gelesen hatte, verließ er demonstrativ den Sitzungssaal und erschien auch nicht zur Vereidigung Szálasis; vgl. László, in: Katolikus Szemle 1980, S. 91.

[257] Das Amt der Kronwächter, eine eigenartige Institution des ungarischen Staatsrechts, wurde erstmals 1464, zuletzt 1928 gesetzlich geregelt. Sie standen nicht unter der Amtsgewalt des Königs, sondern unter der Gewalt der Krone, die König und Reichstag gemeinsam ausübten. Seit 1790/92 gab es je einen katholischen und protestantischen Kronhüter. Nach Gesetz XXV/1928 übten sie ihr Amt im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten aus; nur im Falle einer äußersten Gefährdung der Krone durfte letzterer entsprechende Verfügungen alleine treffen. Dagegen legte § 9, ebenfalls für den äußersten Notfall, die Unabhängigkeit der Stellung und Würde der Kronhüter fest; vgl. zusammenfassend Radványszky, in: Ungarn-Jahrbuch 4 (1972), S. 27 ff. Auf diesen Paragraphen konnte sich der Widerstand der Kronhüter gegen Szálasi rechtlich stützen.

[258] NL Szöllösi: TB, 19.3.1945, S. 150. Demnach hatten die beiden Kronwächter Perényi und Radványszky mit Hilfe von zwei Unteroffizieren heimlich noch vor der Machtergreifung Szálasis die beiden äußeren Siegel der Kronlade aufgebrochen, die Krone herausgenommen, die Siegel zurückgeklebt und die Krone vergraben. Simontsits, 1983, S. 44 ff., gibt, allerdings ohne seine Quelle zu nennen, eine abweichende Darstellung. Demnach hatten bereits im September die Kronwächter zusammen mit Lakatos die gesamte Lade mit der Krone und den anderen Reichsinsignien im Keller vergraben.

[259] Den genauen Plan zum Ablauf der Zeremonie vgl. NL Szöllösi. Die Vereidigung schildern Macartney II, S. 447 f.; Teleki, 1974, S. 98 f. Vom diplomatischen Corps anwesend waren die Vertreter der verbündeten und neutralen Staaten; eine Liste vgl. IfZ, MA 1541/1, B. 198 f.

hoher Offiziere usw., also von Vertretern des „Ancien Régime", gekleidet in die traditionelle ungarische Galauniform, geschmückt mit Säbeln und mit Reiherfedern besetzten Hüten. Davon unterschieden sich jedoch auffällig die neuen Machthaber, angetan mit Parteiuniform, grünem Hemd und Stiefeln[260], die ihre Herrschaft durchaus als Revolution, wenn auch nicht als zerstörerische wie die liberale und kommunistische, so doch als konstruktive, verstehen wollten[261]. Szálasi selbst erschien in seinem alten, einfachen Zivilanzug mit grünem Hemd, grüner Krawatte und abgenommenem Hut[262]. Dieser optische Gegensatz zeigte einprägsam, „daß die Machtübernahme der Pfeilkreuzler neue Elemente in die Führungsschichten der politischen Macht hineinhebt, daß sie aber auch einen Teil der alten Machthaber integriert"[263].

Das versuchte Mit- und Nebeneinander von Alt und Neu erwies sich in der Praxis schnell als Gegeneinander. Gleich nach der Machtübernahme begann „der mit der vorläufigen Führung der Staatsgeschäfte beauftragte Ministerpräsident", die bisherigen Obergespane an der Spitze der Komitate auf – wie es hieß – eigenen Wunsch ihres Amtes zu entbinden und neue, politisch verläßliche Beamte zu ernennen[264]. Es handelte sich bei ihnen, so SD-Chef Geschke in seinem Wochenbericht vom 4. November, „fast durchweg um Funktionäre der Partei, die sich in den betreffenden Komitaten Verdienste erworben haben. Darunter befinden sich eine Anzahl hier bekannter, durchaus tatkräftiger Männer. Die Eignung der übrigen muss sich erst erweisen müssen [sic]."[265] Daneben kam es noch zu anderen personellen Veränderungen in politisch wichtigen Positionen. Abgelöst wurden z. B. die Präsidenten des Obersten Staatlichen Rechnungshofs[266] und der Ungarischen Nationalbank[267], mehrere Staatssekretäre und Regierungskommissare[268] sowie die vorsitzenden Richter der obersten Gerichte[269].

Es ist wegen mangelnder Quellen nicht möglich, den tatsächlichen Umfang der insgesamt von Regierung und Parteibeauftragten vorgenommenen Säuberungen festzustellen. Die Pfeilkreuzpartei war weder quantitativ noch ihrer sozialen Zusammensetzung nach in der Lage, sämtliche relevanten Posten in Armee und Verwaltung mit sachkundigen Parteileuten zu besetzen, so daß sie zur Zusammenarbeit mit „Elemen-

[260] Vgl. hierzu MT 8/2, S. 1192; Macartney II, S. 447 f.

[261] Vgl. z. B. Szálasi-TB, Anhang: Vorwort von Lajos Jobbagy, zum 3. Buch des Hungarismus, „Kampf um die Macht".

[262] Virradat Nr. 45, 6. 11. 1945, S. 3.

[263] MT 8/2, S. 1192.

[264] Összetartás Nr. 257, 3. 11. 1944, S. 3 sowie Magyarság Nr. 250, 4. 11. 1944, S. 3, verzeichnen namentlich 24 abgelöste und neu ernannte Obergespane. Teleki, 1974, S. 92 f., berichtet von Fällen, daß Parteistellen bereits vor den offiziellen „Säuberungen" durch die Regierung eigenmächtig unter Berufung auf ihre Kontrollfunktion bzw. auf die Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit Obergespane und Bürgermeister ein- und absetzten.

[265] IfZ, MA 652/3: Akten BdS Slowakei, B. 6828.

[266] Magyarság Nr. 239, 20. 10. 1944, S. 3. Ernannt wurde der alte NYKP-Funktionär Dr. Ede Voight.

[267] Ebenda, Nr. 241, 22. 10. 1944, S. 3. Ernannt wurde László Temesváry, ebenfalls langjähriger Parteifunktionär.

[268] Vgl. z. B. ebenda, Nr. 245, 27. 10. 1944, S. 5; Nr. 247, 29. 10. 1944, S. 5; Nr. 274, 2. 12. 1944, S. 3 usw.

[269] Virradat Nr. 46, 13. 11. 1944, S. 4.

ten des alten Systems" gezwungen war. Dieser Umstand konnte auch vor den scharfsichtigen deutschen Stellen nicht verborgen werden:

„Der geringe Mitgliederbestand der Partei stellt auch heute noch keinen Querschnitt durch die soziale Schichtung des Volkes dar. Die soziale Struktur der Partei vor der Machtübernahme, als vorwiegend Arbeiter, kleinere Beamte und Kleinbauern zu ihr zählten, hat sich nach der Machtübernahme dahingehend ausgewirkt, dass die Partei nicht über das erforderliche Menschenmaterial mit genügender politischer und weltanschaulicher Schulung, sowie den nötigen Fachkenntnissen verfügte, um [zum] einen die Machtpositionen zu besetzen und zum anderen das gesamte Volk politisch und weltanschaulich zu schulen und zu durchdringen. So kommt es häufig vor, dass sowohl unfähige Parteimitglieder, als auch politisch nicht vollkommen zuverlässige Personen wegen ihrer Fachkenntnisse auf ihrem Posten belassen wurden."[270]

Gleich nach der Machtübernahme hatte Szálasi die Armee am 17. Oktober von ihrem Eid auf Horthy gelöst und neu vereidigt; aber erst nach der endgültigen Klärung der Staatsoberhauptsfrage legte die gesamte Beamtenschaft einschließlich der von Kardinal Serédi dazu angewiesenen katholischen Lehrer und – zum zweiten Mal – die Armee den Eid auf den Führer der Nation ab, wobei sich kaum Widerstand zeigte[271]. Die Mitte November durch Verordnung endgültig bestimmte Eidesformel für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes lautete, „daß ich der ungarischen Nation und Ungarns Führer der Nation, Ferenc Szálasi, treu sein werde". Der Eid wurde also nicht nur auf die Person des Führers, sondern auch auf die Nation abgelegt; der Diensteid der Richter sah statt dessen in leichter Abwandlung den Schwur auf die Verfassung und den NV vor[272]. Die Vereidigung auf eine Person war zudem kein Bruch mit der Verfassungstradition, denn auch vor Szálasi hatte zumindest der Diensteid der Soldaten das persönliche Treuegelöbnis auf Horthy vorgesehen.

Den Verfahren zur Machtergreifung und -erhaltung von „oben" entsprach die Machtübernahme von „unten", auf der Straße. Im Gegensatz jedoch zur NSDAP, die sich 1933 ebenfalls der Strategie der Eroberung der Macht von oben und unten bedient hatte, gelang es der NYKP-Führung nicht, die Kontrolle über ihre nun großenteils bewaffnete Parteibasis zu bewahren. Deren in den letzten Wochen des Wartens angestaute Spannung entlud sich unter dem Eindruck einer möglichen militärischen Niederlage schlagartig in ungehemmten, blutigen Ausschreitungen besonders gegen die jüdische Budapester Bevölkerung als dem „inneren Feind" schlechthin[273]. Dabei scheint nach übereinstimmenden Aussagen verschiedenster Quellen das soziale Niveau dieser Terrorbanden ausgesprochen niedrig gewesen zu sein. Der Kastner-Bericht schreibt über diese Tage: „Die Regierung war immer weniger in der Lage, die entfesselte Unterwelt zu meistern. In dem herrenlos gewordenen Land, in dem sich nach und nach jede gesetzliche Ordnung und Disziplin auflöste, spielte man Revolu-

[270] IfZ, MA 652/3: Akten BdS Slowakei, B. 5685: Politischer Lagebericht Nr. 1/45 von Geschke an Winkelmann, 11. 2. 1945.

[271] PRO. FO 371.39267: Review of the Foreign Press, Series A: Memorandum Nr. 252, 21. 11. 1944. Demnach wurde wegen der offenen Staatsoberhauptsfrage die Neuvereidigung zunächst nicht weiter verfolgt. Auch nach Macartney II, S. 448, wurde die Armee erst nach dem 4. 11. vereidigt. Dagegen schreibt Teleki, 1974, S. 75, 325, Anm. 9, ohne Nachweise, daß die Armee zweimal vereidigt wurde. Tatsächlich ist ein unvereidigter Zustand der Armee nicht anzunehmen.

[272] Verordnung 4070/1944 M.E., 15. 11. 1944, in: Belügyi Közlöny 49 (1944), Nr. 788, S. 1680.

[273] Vgl. dazu ausführlicher S. 426 ff. dieser Arbeit.

tion."[274] Auch nach Ansicht von Wilhelm Höttl vom Nachrichtendienst der SS in Ungarn handelte es sich bei diesen Trupps um Leute, „welche vielfach aus dem ausgesprochenen Lumpenproletariat stammten"[275].

Der zurückgetretene Kultusminister Rajniss machte sich im April 1945 rückblikkend, voller Verbitterung und Selbstrechtfertigung, in seinem Tagebuch Gedanken über die sozialpsychologischen Ursachen der Ausschreitungen. Szálasis „barfüßige" Anhänger, so Rajniss, benutzten den Machtwechsel und die propagierten sozialpolitischen Forderungen zu ihrer eigenen Einkleidung und plünderten zuerst die Juden, danach die Bauernschaft aus. Ganz arme Leute, die in ihrem Leben noch nie mehr als zwei- bis dreihundert Pengö gesehen hätten, glaubten, in eine neue Welt zu treten[276].

Sie machten „Revolution" auf ihre eigene Art, unter dem Druck und Eindruck der vorrückenden Roten Armee. Das Gefühl, endlich „mächtig", aber in einer aussichtslosen Lage zu sein, mag sie letztlich dazu bewogen haben, vor dem absehbaren eigenen Untergang besonders radikal gegen den „inneren Feind" vorzugehen[277]. Ihre Ausschreitungen in diesem System der „Systemlosigkeit"[278] waren nicht von Partei- und Staatsführung angeordnet, koordiniert und zentral gesteuert, wie dies im Dritten Reich der Machtergreifungsphase der Fall war. Obwohl die Parteileitung in der Presse strengste Ahndung von Machtmißbräuchen, Disziplinlosigkeit und ungesetzlichen Aktionen ankündete, wurden keine ernsthaften Maßnahmen ergriffen, um der Lage Herr zu werden.

3. NYKP, Parteien und Parlament

Die Anfang Dezember 1944 erfolgende Evakuierung von Ministerien, Parlament, militärischer und Parteiführung nach Westungarn bildet eine wichtige Zäsur in den wenigen Monaten der Pfeilkreuzlerherrschaft. Evakuierungspläne hatte es schon vor Szálasis Machtübernahme in Anbetracht eines möglichen Vormarschs der Roten Armee auf Budapest gegeben. Die erste Verordnung zur Evakuierung des Honvédministeriums beispielsweise datierte vom 10. Oktober 1944[279]. Die Szálasi-Regierung hatte von Anfang an eine Evakuierung in nächster Zukunft in Betracht gezogen. Veesenmayer mußte bereits Mitte November mit allen Druckmitteln, die ihm zur Verfügung standen, einen panikartigen, völlig unvorbereiteten Aufbruch nach Westungarn verhindern: „Hatte heute morgen von Regierungsseite amtlich gehört, daß Szálasi und die Ministerien planten, in den nächsten Tagen nach Westungarn zu evakuieren. In

[274] Der Kastner-Bericht, S. 201; auch IfZ, G 01: Eichmann-Prozeß, Beweisdokumente, S. 107.

[275] Ebenda, Vernehmungen: Aussage Dr. Höttl vor dem Bezirksgericht Bad Aussee, 19.6.1961, S. 42. Höttls Aussagen über die Pfeilkreuzler enthalten neben vielen zutreffenden Kenntnissen und richtigen Einschätzungen auch krasse Fehlurteile.

[276] TB Rajniss, 5.4.1945, S. 61.

[277] In ähnliche Richtung deutet ein Bericht ungarischer Flüchtlinge; vgl. BL. NL Macartney/3: Press Reading Bureau, Stockholm, an Political Intelligence Dept., London, 4.1.1945: Hungary No. 3, S. 3 f.

[278] Ránki, 1984, S. 400.

[279] Zur Evakuierung von Verteidigungsministerium und militärischer Führung vgl. Gazsi, in: LSz 14 (1964), S. 134 ff.

Hinblick auf völlig ungenügende Vorbereitungen, insbesondere aber, weil ich es grundsätzlich psychologisch und praktisch für falsch halte, daß Regierung evakuiert, ohne daß hierfür durch militärische Lage eine unbedingte Notwendigkeit besteht, habe ich Szálasi veranlaßt, diesen Plan zurückzuziehen."[280]

Ein eigens für die Evakuierung von Regierung und Bevölkerung aus den von der Roten Armee bedrohten Gebieten ernannter Regierungskommissar[281] und sein Stab bereiteten das Zurückweichen nach Westen vor. Bereits am 4. November erschien seine Verordnung über die ausgewiesenen Aufnahmegebiete in den Komitaten Vas und Sopron in Westungarn mit den Sitzen Köszeg/Güns (Szálasi und seine Arbeitsstäbe, Ministerpräsidium, Verteidigungsministerium, ehemalige Reichsverweserschaft, militärische Führung, Mobilmachungsministerium), Szombathely/Steinamanger (Innen-, Außen-, Justiz-, Kultus-, Propagandaministerium), Sopron (Parlament, Finanz-, Handels-, Industrie-, Landwirtschafts-, Versorgungsministerium)[282]. Anfang Dezember fand die Übersiedelung nach Westungarn statt, obwohl die Regierung offiziell betonte, „daß wir auch weiterhin Budapest als den Sitz unserer Regierung betrachten, wir werden dahin zurückkehren [...]. Wir betrachten also die Lage von Budapest überhaupt nicht als hoffnungslos."[283]

Die Lage Budapests und Ungarns war jedoch hoffnungslos – Pest wurde am 18. Januar, Buda erst am 13. Februar 1945 nach heftigsten Kämpfen von der Roten Armee erobert[284] –, so daß die Szálasi-Regierung nicht nur nicht zurückkehren konnte, sondern Ende März/Anfang April 1945 nach dem völligen militärischen Zusammenbruch der deutschen und ungarischen Streitkräfte in Ungarn nach Deutschland fliehen mußte.

Die hungaristische Herrschaftsphase zerfällt demnach in zwei deutlich unterscheidbare zeitliche Abschnitte, vor und nach dem Verlassen der Hauptstadt. Während Szálasi in Budapest zu Kompromissen mit den Deutschen und auch mit den in Regierung, Ministerien, Parlament und Bürokratie verankerten Vertretern der nichthungaristischen Rechtsparteien gezwungen war, auf der anderen Seite Veesenmayer die Regierungstätigkeit kontrollierte, bot sich den Pfeilkreuzlern nach der Evakuierung in Westungarn ein gewisser Freiraum. Die Deutschen kümmerten sich immer weniger um die innerungarischen Vorgänge, da sie zum einen mit den politischen Institutionen des Szálasi-Regimes nie einen so engen Kontakt unterhielten wie noch zu Horthys Zeiten, zum anderen die militärische Lage des Reichs sie zur Konzentration auf

[280] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1944/45, Bd. 473: Telegramm Nr. 3223 von Veesenmayer an Ribbentrop, 8. 11. 1944.

[281] Vgl. dazu S. 358 ff. dieser Arbeit.

[282] Vgl. Sorsforduló I, Nr. 45, S. 94 ff.; Teleki, 1974, S. 221. Die Situation der von Flüchtlingen überfüllten Stadt Köszeg gibt die Meldung des Bürgermeisters an den Untergespan des Komitats Vas vom 18. 11. (also noch vor dem Eintreffen der evakuierten Regierungsorgane) wieder. Demnach betrug die Einwohnerzahl der Stadt 10321 Personen; die Aufnahmefähigkeit Köszegs darüber hinaus lag bei 4000 Personen, doch gab es bereits 8582 einquartierte Flüchtlinge und Bombenopfer sowie 1670 einquartierte ungarische Soldaten. Die Zahl der ebenfalls hier untergebrachten deutschen Soldaten war nicht bekannt; vgl. ebenda, Nr. 90, S. 171 f.

[283] Rede Szöllösis auf der ersten Sitzung des Nationalbunds in Sopron, 1. 12. 1944, zitiert nach Karsai/Somlyai, 1970, S. 106.

[284] Militärgeschichtlich vgl. Gosztony, 1964 und 1969; Tóth, 1975.

die eigenen Angelegenheiten zwang. Infolgedessen gelang es Szálasi, die einst geschlossenen Kompromisse allmählich beiseite zu schieben, die nichthungaristische Rechte zurückzudrängen und den Einfluß der NYKP zu stärken. Er stützte seine Macht zunehmend auf die Partei, d.h. er begann in Westungarn, mitten im Zusammenbruch, seine Vorstellungen vom hungaristischen Reich, wenn auch nur in Ansätzen, zu verwirklichen[285].

Die Sonderstellung der Pfeilkreuzpartei

Den für Konzeption und Realität des neuen Staatswesens entscheidenden Faktor bildete die Hungaristenpartei, begriff sie sich doch als revolutionäre Avantgarde bei der Umgestaltung von Staat und Gesellschaft. Noch am 17. Oktober benannte Szálasi den Ausgangspunkt zur Fixierung ihrer Rolle: Die Partei als Verkörperung des wahren politischen Willens der Nation und Träger ihrer Weltanschauung sei "als deren höchstes Kontrollorgan" in das Hungaristische Reich zu integrieren[286].

Um ihre Lenkungs-, Ordnungs- und Kontrollfunktionen wahrnehmen zu können, mußte die NYKP zunächst auch formal wieder legalisiert werden. Innenminister Vajna hob am 17. Oktober 1944 in der Verordnung 202.800/1944 B. M. Sztójays Parteienverbot vom 24. August nicht einfach auf, sondern beließ es im Gegenteil weiter in Kraft, nahm jedoch die Pfeilkreuzpartei von seiner Wirkung aus und bestimmte die sofortige Rückerstattung ihres konfiszierten Vermögens: „Ich nehme die Pfeilkreuzpartei – Hungaristische Bewegung von der Wirkung der Verordnung 3080/1944 M. E. über die Auflösung der politischen Parteien aus und gestatte, daß die Partei im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Ordnung ihre volle Tätigkeit als politische Partei fortsetzt."[287] Nicht so jedoch die an der Regierung beteiligten nichthungaristischen Parteien, denen diese Vorzugsbehandlung nicht zugestanden wurde: „Die Tätigkeit der übrigen Parteien oder die Gründung neuer Parteien ist so lange verboten, bis zu einem späteren Zeitpunkt die gesetzliche Regelung des Parteilebens fällig wird."[288]

Die NYKP-Führung gab am selben Tag ihren Gliederungen Anweisung, ihre Tätigkeit gemäß den gültigen Organisationsstatuten wieder aufzunehmen[289]. Das noch bestehende allgemeine Versammlungsverbot wurde erst einen Monat später, am 13. November, wiederum nur für die Pfeilkreuzpartei aufgehoben, so daß sie ungehindert ihre Zusammenkünfte abhalten konnte, die anderen Parteien aber nicht[290].

[285] Vgl. dazu auch Teleki, 1974, S. 222 ff.

[286] IfZ, MA 1541/12, B. 324: Arbeitsplan des „Parteigroßen", 17. 10. 1944.

[287] Belügyi Közlöny Nr. 44 (1944), S. 1604; vgl. dazu auch die deutsche, allerdings nicht wörtliche Wiedergabe im Völkischen Beobachter Nr. 288, 19.10.1944, S. 3 und Keesings Archiv der Gegenwart 14, 28. 10. 1944, S. 6575. Die Zeitung Összetartás Nr. 240, 21. 10. 1944, S. 3, veröffentlichte zwei inhaltlich ähnliche Fassungen der Verordnung, von denen die zweite, erheblich „juristischer" formulierte mit der amtlichen Fassung übereinstimmt. Wahrscheinlich wurden hier aus Versehen Entwurf und offizielle Version abgedruckt. Die Wiedergabe der Verordnung bei Teleki, 1974, S. 112, fußt auf der Erstfassung. Im Entwurf heißt es: „Ich gestatte von neuem die Bildung und Tätigkeit der Pfeilkreuzpartei–Hungaristische Bewegung als der Verkörperung des politischen Willens der Nation."

[288] Összetartás Nr. 240, 21. 10. 1944, S. 3: Text des Entwurfs. In der amtlichen Fassung fehlte dieser Passus.

[289] Ebenda, S. 3: A NYKP-HM hírei.

[290] Ebenda, Nr. 273, 22. 11. 1944, S. 3; auch Teleki, 1974, S. 112.

Diese rechtliche und politische Privilegierung der NYKP macht deutlich, daß die am Nationalbund beteiligten, die Szálasi-Regierung mittragenden Parteien, die de iure sogar verboten blieben, keineswegs als gleichwertig, sondern als zweit- oder drittrangig betrachtet wurden. Andererseits waren die Pfeilkreuzler zu schwach, um ein Einparteiensystem durchzusetzen und aufzubauen; sie waren angewiesen auf die Unterstützung der äußeren Rechten des alten Systems. Infolgedessen verzichtete man auf die radikale Durchsetzung des Verbots politischer Parteien, ja man setzte in gewissem Sinne sogar ihre de facto-Existenz voraus. Am 13. November 1944 erging eine „streng geheime" Verordnung des Innenministers (18006/1944 B. M.) an alle Komitate, Gendarmerie- und Polizeikommandanten sowie die Parteiführungen der MÉP, MMP und MNSZP mit folgendem Inhalt: „Es ist nicht zu wünschen, daß infolge von nicht vorhersehbaren Ereignissen die Akten der ehemaligen rechtsgerichteten Parteien, insbesondere ihre Mitgliederverzeichnisse, in gegnerische Hände gelangen. Deshalb gestatte ich, daß die aufgrund Verordnung 3080/1944 M. E. in Verwahrung genommenen Akten der Partei des Ungarischen Lebens, der Siebenbürgischen Partei, der Partei der Ungarischen Erneuerung und der Ungarischen Nationalsozialistischen Partei ausgehändigt werden, falls die ehemalige Partei dies wünscht."[291]

Nimmt man die Formulierung dieses Erlasses beim Wort, so waren die Parteien gleichzeitig aufgelöst und existent. Die Polizei- und Verwaltungsbehörden arbeiteten auf Weisung einer Regierung unter hungaristischer Führung, so daß man im Gefahrenfall ohne weiteres das beschlagnahmte Material hätte vernichten können. Hier wurde jedoch im Gegenteil verbotenen Parteien ihr Schriftgut inklusive der Mitgliederverzeichnisse zurückerstattet, mit deren Hilfe eine Reorganisation geradezu gefördert wurde. Dieses uneindeutige Verhalten der Regierung war auf den Zwang zu Rücksichtnahme und Kompromiß in der gegebenen realpolitischen Situation zurückzuführen, denn die ideologische Konzeption der Hungaristenpartei als Verkörperung des Willens der Nation entzog anderen Parteien die Existenzberechtigung.

Szálasi selbst legte Wert darauf, den Kompromißcharakter seiner Regierung zu betonen und den gegenwärtigen Übergangsstaat nicht als hungaristisch zu bezeichnen: Die herrschende Unordnung und die schwierigen Umstände dürften nicht auf das Konto des Hungarismus geschrieben werden: „Dies ist noch kein hungaristisches Ungarn, sondern ein die Sünden des alten Systems liquidierendes Ungarn."[292]

Die deutliche Tendenz, die anderen Parteien an die Wand zu drücken, wurde von deutscher Seite allerdings eher mißmutig zur Kenntnis genommen, ohne daß man sie jedoch verhindern konnte. SD-Chef Geschke notierte bereits am 27. Oktober in seinem Wochenbericht an Winkelmann: „Mit jedem Tag erweist es sich deutlicher, dass die Szálasi-Bewegung auf dem besten Wege ist, sehr bald zu einer totalitären Partei zu werden, indem sie die anderen Parteien aufsaugt, bezw. – wenn sie sich ablehnend verhalten – ausschaltet."[293]

Zum Zeitpunkt dieses Berichts waren bereits Verhandlungen zwischen der NYKP und den Führungen der MNSZP und des „Kameradschaftsbundes der Ostfrontkämpfer" KABSZ (Keleti Arcvonal Bajtársi Szövetsége) mit dem Ziel der Fusion ihrer Or-

[291] Sorsforduló I, Nr. 74, S. 144 f.; Karsai/Somylai, 1970, S. 91; Teleki, 1974, S. 367, Anm. 19.

[292] NL Szöllösi: Protokoll des 2. Kronrats, 23. 2. 1945, S. 75: Antwort Szálasis auf Budinszkys Referat.

[293] IfZ, MA 652/3: Akten BdS Slowakei, B. 6833.

ganisationen im Gange. MNSZP und KABSZ hatten beide Szálasis Machtübernahme unterstützt: Graf Pálffy, Vorsitzender der Ungarischen Nationalsozialisten, durch seinen Regierungseintritt als Landwirtschaftsminister, der ursprünglich Imrédys MMP nahestehende KABSZ[294] durch die tätliche Mithilfe seiner Mitglieder. Mit anderen Gruppierungen und Parteien wurden derartige Verhandlungen (zunächst) gar nicht geführt. Am 16. November 1944 erklärten MNSZP und KABSZ gemeinsam ihre freiwillige Auflösung und ihren geschlossenen Beitritt in die Pfeilkreuzpartei, um „alle Kräfte hinter dem Führer der Nation" zu vereinigen[295]. Noch am selben Tag forderte Pálffy die ehemaligen Mitglieder der MNSZP auf, seinem Beispiel zu folgen und der NYKP beizutreten, wo man sie „in brüderlicher Liebe" empfangen werde[296]. Tatsächlich wurden sie nicht zwangsweise in die Hungaristenpartei eingereiht.

Während am 4. Dezember die führenden Persönlichkeiten aus Partei-/Vereinsspitze und Parlamentsfraktion zeremoniell der NYKP beitraten[297], sollten die übrigen Mitglieder ihren Beitrittswunsch bis zum 15. des Monats persönlich oder schriftlich vorbringen. Sie würden dann, so der für den technischen Ablauf der Fusion zuständige NYKP-Leiter für den Parteiaufbau, Gera, automatisch gleichberechtigte Parteimitglieder; nur Personen, die weniger als sechs Monate einer der beiden Organisationen angehört hätten, bekämen einen provisorischen, alle anderen einen endgültigen Parteiausweis. Mit derselben Regelung wurde jedoch andererseits die Besetzung höherer Parteiämter durch ehemalige MNSZP- und KABSZ-Angehörige ausgeschlossen, denn zur Wahrung der Einheit sollte in jeder NYKP-Gliederung die alte hungaristische Führung an ihrem Platz bleiben; die Neueingetretenen seien nur allmählich in leitende Positionen zu integrieren[298]. Bei aller proklamierten Gleichberechtigung wurde damit erneut der hungaristische Führungsanspruch unter Beweis gestellt.

Tatsächlich schlossen sich die NS-Parteien und -Gruppen niemals restlos Szálasis Weltanschauung und Führung an[299]. In seiner Rede vor dem 2. Kronrat[300] am 23. Fe-

[294] Vgl. dazu S. 292 dieser Arbeit. Nach Imrédys Sturz auch vom KABSZ-Vorsitz kam es bereits ab August zu Kontakten zwischen den NYKP und dem von Ney geleiteten KABSZ; vgl. Szálasi-TB, August 1944, Anlage 9, S. 22 ff. sowie ebenda, S. 106. Szálasis Meinung schon damals: „der KABSZ als solcher ist völlig überflüssig".

[295] Völkischer Beobachter Nr. 316, 21. 11. 1944, S. 1; Teleki, 1974, S. 113 f.

[296] Magyarság Nr. 263, 19. 11. 1944, S. 1.

[297] Macartney II, S. 448; vgl. auch Összetartás Nr. 283, 3. 12. 1944, S. 3.

[298] Ebenda, Nr. 273, 22. 11. 1944, S. 3. Die Parteiverordnung bestimmte weiter, daß alle Vermögenswerte von MNSZP und KABSZ auf die NYKP übergingen.

[299] Vgl. hierzu auch Teleki, 1974, S. 114.

[300] Der Kronrat (Koronatanács) war eine noch aus den Zeiten des Königtums stammende informelle Versammlung der höchsten Amtsträger des Landes, die auch von Horthy übernommen worden war. Szálasi entschloß sich im Januar 1945, die Institution dieses Beratungsorgans aufzugreifen und monatlich einen Kronrat zur Gewährleistung einer einheitlichen und beständigen Staatsführung abzuhalten. Teilnehmen sollten, da die Zusammensetzung des Kronrats nicht gesetzlich geregelt war, zunächst die Minister, die in 15minütigen protokollierten Referaten die aktuelle Lage zu beurteilen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten hätten; weiter die Leiter der „Spitzenorgane", d. h. der nationalpolitischen Ämter, sowie die Vertreter der Nation in ihrem politischen Willen (Partei), ihrem werktätigen Teil (Berufsstände) und ihren Volksgruppen. Die Reden der Regierungsmitglieder durften nur von Einwürfen Szálasis unterbrochen werden; vgl. dazu NL Szöllösi: Protokoll des 1. Kronrats, 26. 1. 1945, S. 2: Einführungsworte Szálasis sowie ebenda, TB, Anlage 3: Planung des 1. Kronrats, von Langsfeld, Leiter der Zivilkanzlei, an Szöllösi, 14. 1. 1945.

bruar 1945 erwähnte Innenminister Vajna, „daß der größte Teil der Mitglieder der Ungarischen Nationalsozialistischen Partei sich der Hungaristischen Bewegung angeschlossen hat und deren treue Stütze darstellt". Nicht so positiv stehe es hingegen mit den ehemaligen Angehörigen des KABSZ sowie Imrédys MMP. Grund dafür sei, „daß – obwohl unser Parteileben wirklich lebhaft begonnen hat – der größte Teil dieser Leute weder für uns gewonnen noch ausreichend aufgeklärt ist"[301].

Die NYKP zwischen Elite- und Massenpartei

Der rechtlichen und politischen Privilegierung der Pfeilkreuzpartei entsprach die Sonderstellung der nun teilweise bewaffneten Parteimitglieder, denen nach dem 15. Oktober die Rolle der politisch entscheidenden Gruppe zufiel mit der Chance, selbst Macht auszuüben, sei es mit oder ohne Amt. Durch Verfügung Szálasis wurden sie der allgemeinen Gerichtsbarkeit insofern entzogen, als im Falle eines Strafprozesses gegen ein NYKP-Mitglied zwar das Verfahren bis zur rechtskräftigen Verurteilung durchzuführen war, der Justizvollzug jedoch dann bis auf weiteres ausgesetzt wurde. Die Gerichtsakten mußten dem Justizministerium ausgehändigt werden, das sie dem NV zur persönlichen Entscheidung in jedem Einzelfall weiterleitete[302].

Am 22. November erließ die Regierung die Verordnung 4120/1944 M. E. zur Rehabilitierung derjenigen NYKP-Mitglieder, die seit dem 21. Mai 1938, als die Radikalenverordnung 3400/1938 der Regierung Imrédy verkündet worden war, wegen ihrer nationalsozialistischen Einstellung Rechtsnachteile erlitten hatten[303]. Bis zum 30. Juni 1945, so § 1, konnten diejenigen, die aus politischen Gründen aus ihren Stellungen im öffentlichen Dienst (einschließlich der öffentlichen Betriebe) entfernt bzw. nicht mehr befördert worden waren, durch eine Eingabe an den Regierungskommissar für Personalangelegenheiten[304] ihre Wiedereinstellung bzw. eine entsprechende Beförderung erbitten. Der durch Kündigung oder Beförderungsstopp erfolgte Verdienstausfall sollte rückerstattet werden, wobei ein Gehalt von über 300 Pengö monatlich anzurechnen war (§ 2). Die §§ 3 und 4 enthielten dieselbe Regelung für Beschäftigte in der Privatwirtschaft, wobei die Regierung einen Betrieb dazu zwingen konnte, einen aus politischen Gründen Gekündigten wieder einzustellen und ihm die entgangenen Bezüge zurückzuzahlen (minus Verdienste von über 300 Pengö im Monat). Im Falle von erheblichen Vermögensnachteilen waren die Betroffenen nach § 4 sogar berechtigt, vom Regierungskommissar einen angemessenen Schadenersatz als Wiedergutmachung zu fordern, doch war eine endgültige Entscheidung hier dem Finanzminister vorbehalten. Wer zwar einen „Vermögens- oder moralischen Nachteil" erlitten hatte, einen finanziellen oder sonstigen Schadenersatz aber nicht in Anspruch nehmen

[301] Ebenda, Protokoll des 2. Kronrats, 23. 2. 1945, S. 99 f.

[302] IfZ, MA 1541/3, B. 729: Budinszky an Henney, Szombathely, 1. 3. 1945; dazu auch B. 739 f. und 767 f. Das späte Datum bedeutet nicht, daß den Parteimitgliedern erst im März 1945 ein gerichtlicher Sonderstatus zukam. Budinszky hatte zuvor jedoch die Gerichte fälschlicherweise angewiesen, die Entscheidung des NV bereits vor Ablauf des Verfahrens einzuholen. Teleki, 1974, S. 131, bezieht sich ohne genauere Angaben ebenfalls auf dieses Dokument.

[303] Belügyi Közlöny 50 (1944), Nr. 798, S. 1691 f.; die Verordnung wurde am 25. 11. 1944 verkündet. Teleki, 1974, S. 118, zitiert nur Bruchstücke.

[304] Vgl. dazu S. 368 f. dieser Arbeit.

wollte, konnte sich vom Kommissar eine Bescheinigung ausstellen lassen, die ihn als alten Kämpfer für die nationalsozialistische Sache auswies (§ 5).

Schließlich war laut § 6 der Justizminister – im militärischen Bereich der Honvédminister – befugt zu entscheiden, ob ein bereits vor dem 16. Oktober begangenes Delikt die Förderung der Pfeilkreuzlerbewegung bezweckt hatte, was nach den neuen staatlichen Prinzipien nicht als ungesetzlich zu betrachten war. In diesem Fall war das Verfahren sofort niederzuschlagen bzw. das Gerichtsurteil aufzuheben; zu Freiheitsstrafen Verurteilte sollten entlassen, Geldstrafen umgehend zurückerstattet werden.

Nachweislich nahm der Regierungskommissar für Personalangelegenheiten seine Tätigkeit auf. Es wird auch zu Wiedereinstellungen und Beförderungen gekommen sein, denn in Anbetracht des Mangels an weltanschaulich und politisch verläßlichen Leuten waren die hungaristischen Machthaber auf jeden einzelnen angewiesen; dasselbe gilt für die erheblichen staatlichen Interventionsmöglichkeiten in schwebende oder abgeschlossene Gerichtsverfahren. Aus der angestrebten Rehabilitation ehemals verfolgter Hungaristen in großem Ausmaß wurde jedoch nichts. Als am 3. Februar 1945 der NYKP-Großrat im auf Westungarn zusammengeschmolzenen Restterritorium stattfand, mußte der Organisationsleiter, Dr. Ernö Kovács, ernüchtert feststellen, daß von den lokalen und regionalen Parteistellen, die mit der Erstellung von Namenslisten benachteiligter Parteimitglieder beauftragt worden waren, „bis zum heutigen Tag keine einzige Antwort eingetroffen" war; von „Totalität, Disziplin und Organisiertheit" der Partei könne keine Rede sein[305].

Bei dieser wie bei anderen Verordnungen ist jedoch in Rechnung zu stellen, daß sie weniger für die sofortige Verwirklichung konzipiert waren, sondern für den hungaristischen Zukunftsstaat Rechtsansprüche der alten Parteimitglieder aufstellen oder absichern sollten. Ganz deutlich wird dies bei einer anderen Regelung, nach der die Zeit der Parteimitgliedschaft bis zum 15. Oktober 1944 bei der Renten- und Pensionsberechnung einfach, die im Zusammenhang mit der Pfeilkreuzlerbewegung erlittenen Haftstrafen hingegen doppelt den Dienst- und Arbeitsjahren hinzuzurechnen seien[306].

Daß sich nach der hungaristischen Machtübernahme zahlreiche Beitrittswillige vor den Parteihäusern einfanden[307], zeigt, daß im Oktober 1944 noch viele es für opportun hielten, sich auf die Seite des Nationalsozialismus zu stellen. Szálasi hatte jedoch bereits früher entschieden, vom Tag der Machtübernahme an keine Mitglieder mehr aufzunehmen[308]. Die Partei versuchte also nicht den Durchbruch zur breiten Massenpartei, sondern schirmte sich im Gegenteil als Elite gegen den Ansturm der „Konjunkturritter" ab: „In unseren Parteigeschäftsstellen geben sich solche Leute die Klinke in die Hand, die jetzt die Hungaristische Bewegung entdeckt haben"[309], höhnte der Kommentator des Parteiblatts „Összetartás". Die Parteiführung handelte schnell. Bereits am 18. Oktober verhängte sie einen Aufnahmestopp für neue Parteimitglieder.

[305] IfZ, MA 1541/21, B.938: Broschüre „Der Großrat der NYKP-HM", Kapuvár, 3.2.1945, S.10.

[306] Teleki, 1974, S.118f.

[307] Ebenda, S.119.

[308] Vgl. Szálasis Antwort auf Fragen von Parteifunktionären am 7.11.1943 und 31.3.1944, in: IfZ, MA 1541/1, B.354, 437. Mitglieder sollten erst wieder aufgenommen werden, wenn die Kinder, die im Jahr der Machtergreifung 6 Jahre alt waren, nach einer hungaristischen Erziehung ihre politische Volljährigkeit erreicht hätten.

[309] Összetartás Nr.244, 26.10.1944, S.5.

Nur im Falle der Gründung einer neuen Ortsgruppe gelte diese Anweisung nicht; diese erhalte von der Partei sofort volle moralische und geistige, nicht aber materielle Unterstützung[310]. Eine Ausnahme bildeten ferner die früher aus der Partei Ausgetretenen, die aufgerufen wurden, ihre Mitgliedschaft zu erneuern[311]. Es ist unter diesen Umständen fraglich, ob tatsächlich, wie Teleki behauptet, von einem „plötzlichen Anwachsen der Mitgliederzahl" in erster Linie durch „solche, die sich ein Amt erhofften, und anderes Gesindel, das die unruhigen Zeiten ausnutzen wollte"[312], die Rede sein kann, zumal diese Behauptung weder quantitativ bestimmt noch durch Quellen belegt wird. Der Mitgliederzuwachs 1944 dürfte eher in den Monaten nach der deutschen Besetzung stattgefunden haben.

Am allgemeinen Aufnahmestopp in die NYKP zeigt sich das auch bei anderen faschistischen Parteien zu beobachtende Schwanken im Selbstverständnis als Massenpartei oder als Eliteorganisation[313]. Einerseits war Massenanhang für Ideologie und Politik unentbehrlich; andererseits schloß das Bewußtsein, einer politischen Avantgarde anzugehören, die Öffnung der Partei zur Integration tausender, großenteils aus Opportunitätserwägungen zum Eintritt entschlossener neuer Parteimitglieder aus. Derartige Überlegungen fanden ihren Niederschlag in den Strategievorstellungen der Parteiführung. So führte Dr. Ernö Kovács, Landesleiter für Parteiorganisation (országos pártszervezés vezetöje), im Februar 1945 auf einem Lehrgang für die Komitats- und Stadtführer sowie deren Arbeitsstäbe über die Organisationsprinzipien der NYKP aus: „Unsere Organisation baut also nicht auf der Masse auf, sondern auf dem hervorragenden Individuum, nicht auf dem einzelnen, sondern auf der Individualität, der Persönlichkeit." Ziel sei nicht die Quantität, sondern die Qualität, so daß bei der Aufnahme eines Mitglieds stets die Frage geprüft werden müsse, ob die Partei dadurch an moralischer Kraft gewinne. Für die konkrete Organisationsarbeit bedeute dies, daß nur 1 bis 2 % der Bevölkerung als Parteimitglieder in Frage kämen, die dann allerdings auch in vorderster Front stünden; für einen weiteren Rest von 10 % sei die „totale Mobilisierung" ausreichend[314]. Das Ziel, nur 1 % der Bevölkerung als „Stahlkern" in der Partei zu organisieren[315], hatte Szálasi bereits in der tiefen Krise der NYKP 1941 bis 1943 vorgegeben.[316]. Es reichte zurück in die Frühzeit der Bewegung, als die NAP-

[310] Ebenda, Nr. 240, 21.10.1944, S. 3: A NYKP-HM hírei.

[311] Soproni Hírlap, 24.10.1944, zitiert nach Teleki, 1974, S. 118.

[312] Ebenda, S. 119.

[313] Häufig übersehen wird die Tatsache, daß nach der Erfahrung der „März-Gefallenen" auf Anordnung Hitlers der Reichsschatzmeister der NSDAP durch Verfügung 6/33 eine Mitgliedersperre verhängte; sie galt seit dem 1.5.1933, nahm allerdings die Angehörigen von HJ, NSBO, SA und SS aus. Am 1.5.1937 erfolgte eine Lockerung der Sperre für gewisse Personengruppen. Erst zwei Jahre später, am 1.5.1939, wurde der Mitgliederstopp völlig aufgehoben; vgl. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, 1958, S. 316f. In Betracht zu ziehen ist ferner, daß die SS als nationalsozialistischer Eliteorden ein Gegengewicht zur „Entwertung" der Partei durch die Massen bildete.

[314] Kovács, 1945, S. 7.

[315] IfZ, MA 1541/1, B. 726: Antwort Szálasis auf Fragen während seiner Landesrundfahrt, 10.–12.2.1945.

[316] Vgl. ebenda, 1541/2, B. 881f.: Köfaragó an Szálasi, 20.11.1943. Köfaragó setzte in seiner kritischen Denkschrift die 1%-Regelung voraus.

Kampfanweisung das Ende der Mitgliederaufnahme in Aussicht stellte, damit „die Auserwählten" an der Macht bleiben könnten[317].

Der angestrebte, für totalitäre Verhältnisse niedrige Organisationsgrad von nur 1 % der Gesamtbevölkerung, die Ablehnung der Masse und Hochschätzung des „hervorragenden Individuums" sind klare Indikatoren für das letztlich elitäre, auf aristokratischen Prinzipien (hier wörtlich als „Herrschaft der Besten") beruhende Selbstverständnis der Pfeilkreuzler bzw. korrekter: ihrer Führung und Parteiideologen. Das bedeutete nun aber nicht die Existenz politik- und ideologiefreier Räume für die parteilich Nichtorganisierten. Alle Mitglieder der Nation, insbesondere alle Inhaber von Führungspositionen, so Justizminister Budinszky in einem Interview im März 1945, müßten weltanschaulich gebunden sein, d.h. den Nationalsozialismus „in seiner ungarischen Prägung" als Hungarismus kennen und bejahen sowie ihr „Leben nach seiner Lehre" führen. Von der Weltanschauung zu unterscheiden sei die Mitgliedschaft in der NYKP, von der sogar einige Berufsstände wie Soldaten, Geistliche und Richter um ihrer Neutralität willen (!) ausgeschlossen blieben. Tatsächlich hatte bereits am 27. Oktober der Verteidigungsminister Soldaten und Polizisten den NS-Gruß verboten. Alle Mitglieder der Streitkräfte sollten sich parteipolitischer Aktivitäten enthalten und nicht einmal Parteiabzeichen tragen. Die Armee blieb folglich, so ein Kommentator in England, „one step outside the Nyilas organisation"[318]. Für sie sowie die anderen Nichtmitglieder sollte statt dessen als Massenorganisation keine Partei, sondern der „Hungaria-Orden" (Hungária-Rend) geschaffen werden, „eine zu errichtende gesellschaftliche Spitzenorganisation, der jeder beitreten und in der jeder seine weltanschauliche Schulung erhalten kann"; hier wollte man nur „weltanschauliche und hungaristisch-nationalpolitische Probleme, nicht aber Fragen der Parteipolitik" behandeln[319].

Läßt man sich auf diese Unterscheidung zwischen Parteizugehörigkeit und weltanschaulicher Gebundenheit ein, so konkretisiert sich das Bild des „Hungaria-Ordens" als einer Organisation, die im wesentlichen Schulungs- und propagandistische Aufgaben zu erfüllen hatte, während die Partei selbst den politisch Handelnden und Verantwortlichen vorbehalten war. Derartige Pläne blieben allerdings im Entwurfsstadium stecken[320], war doch bereits im Dezember 1944 durch die territoriale Beschränkung der Pfeilkreuzler-Herrschaft auf Westungarn und die Auswirkungen des Krieges die Zahl der Parteimitglieder so gesunken, daß Szálasi am Vorabend des NYKP-Großrats am 1. Dezember 1944 die Aufnahme jedes „Menschen mit guten Absichten" in die Partei verkündete[321]. Es dauerte jedoch bis zum 18. Januar 1945, bis der Aufnahmestopp durch den Erlaß Nr. 135 des Parteiorganisationsleiters Kovács tatsächlich aufgehoben bzw. die Zulassung neuer Mitglieder angeordnet wurde[322]: Da nun die Partei „keine Konjunktur" habe, stehe die hungaristische Gesinnung jedes Beitrittswilligen

[317] Ebenda, 1541/5, B. 673: NAP-Kampfanweisung, o.J. (1936 oder 1937).
[318] PRO. FO 371.39267: Review of the Foreign Press, Series A: Memorandum Nr. 252, 21.11.1944.
[319] Pester Lloyd Nr. 54, 8.3.1945, S. 1.
[320] IfZ, MA 1541/7, B. 306 ff.: Verordnungsentwurf des Kulturamts zur Errichtung des Hungaria-Ordens, Velem, 20.2.1945; vgl. auch ebenda, 1541/1, B. 737 sowie Teleki, 1974, S. 116.
[321] Soproni Hírlap, 6.12.1944, zitiert nach ebenda, S. 119.
[322] IfZ, MA 1541/4, B. 461.

außer Zweifel[323]. Zu diesem späten Zeitpunkt aber konnte aufgrund der verheerenden militärischen Lage von einem Massenansturm auf die Partei keine Rede sein.

Das Parlament unter der Herrschaft der Pfeilkreuzler

Nachdem mit der deutschen Besetzung Ungarns im März 1944 das Parlament von „linken" Abgeordneten und Anhängern des Bethlen-Kállay-Flügels gesäubert worden war, bestand es nach der Bildung des überparteilichen Nationalbunds im Oktober 1944 in seiner Mehrheit nur mehr aus Vertretern des rechten Flügels der Regierungspartei MÉP und der anderen rechtsextremen Parteien. Mit der Machtübernahme Szálasis betraf der Anpassungsdruck alle nichthungaristischen Abgeordneten. Dem Parlament, dessen Rolle aufgrund des Ausnahmezustands für die Dauer des Krieges bis auf einen kleinen Rest eingeschränkt, das als Institution jedoch aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse nicht angetastet worden war[324], wurden im Arbeitsplan der neuen Regierung weitreichende, verfassungsrechtliche und -politische Veränderungen in Aussicht gestellt, obwohl sein Fortbestand garantiert wurde: „Die Regierung wird die Geschäfte des Landes zusammen mit dem Reichstag führen, und will und wird die Verantwortung der totalen Kriegsführung mit beiden Häusern des Reichstages in vollem Maße teilen. Beide Häuser des Reichstages müssen in persönlicher [gemeint ist: personeller] und sachlicher Hinsicht den Forderungen der Zeit entsprechen und dem Gebot des Lebenswillens der Nation untergeordnet und angepaßt werden."[325]

Aus Rücksicht auf die Deutschen und die regierungstragenden Parteien konnte Szálasi sein Fernziel nicht sofort in Angriff nehmen, Abgeordneten- und Oberhaus in zwei Kammern zur Vertretung des politischen Willens der Nation bzw. des Willens der werktätigen Nation umzuwandeln, was die Einführung eines Einparteien- und Ständestaates zur Voraussetzung hatte[326]. Ebensowenig setzte sich jedoch der Flügel der Hungaristen durch, der trotz entgegenstehender Bestimmungen von Gesetz X/1944 einen Gesetzentwurf vorbereitete, der eine Vertagung des Parlaments auf die Dauer des Krieges bestimmte und dem Staatsoberhaupt neben den exekutiven auch alle legislativen Rechte zusprach[327]. Formal wurde die legislative Funktion des Parla-

[323] Ebenda, 1541/21, B.936: Broschüre „Der Großrat der NYKP-HM", Kapuvár, 3.2.1945, S.6.

[324] Frühere Machtergreifungspläne der Pfeilkreuzler gingen stets von der sofortigen Auflösung beider Häuser des Parlaments und plebiszitären Abstimmungen über die Politik der hungaristischen Führung aus; vgl. z.B. IfZ, MA 1541/7, B.602: Pfeilkreuzler-Entwurf eines Aufrufs Horthys an „Ungarns Völker", o.J.

[325] Pester Lloyd Nr.241, 22.10.1944, S.2: Arbeitsplan; Aufgaben des stellvertretenden Ministerpräsidenten.

[326] „Die Berufsstände drücken den Willen der werktätigen Nation aus und werden an die Stelle des Oberhauses rücken. Das Unterhaus bleibt der Ort der politischen Nation"; vgl. NL Henney: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi – Kovarcz, 25.10.1944, S.2. Vgl. auch Teleki, 1974, S.224.

[327] IfZ, MA 1541/2, B.862–865, 868: Gesetzentwurf „über die Wiederherstellung der Nádor-Würde", November 1944. Hinter dem Entwurf ist offenbar Innenminister Vajna zu vermuten, der laut Teleki, 1974, S.95f., in seinem „Plan zur Gewährleistung der Wiederherstellung der staatsrechtlichen Ordnung und Kontinuität sowie des Verfassungslebens" Ende Oktober 1944 ebendiese Bestimmungen vorsah.

ments sogar überbetont[328], um die Legalität des Machtwechsels und der neuen Regierung sowie die verfassungsrechtliche Kontinuität hervorzuheben.

Dies wurde noch wichtiger nach der Bildung der Provisorischen Nationalversammlung in Debrecen am 21. Dezember 1944[329], so daß Veesenmayer am 3. Januar 1945 den Ministerrat drängte, die Arbeit des Parlaments „unbedingt aufrechtzuerhalten", dies „propagativ [sic] stark auszunützen" und Abgeordneten- und Oberhaus „unter allen Umständen" zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit ins Reich zu evakuieren[330]. Die Fortführung der Parlamentsarbeit war um so eher möglich, als seine politische Schwäche offenkundig war; die neuen Machthaber mußten von ihm weder ernsthaften Widerstand noch eine reelle Gefährdung ihrer Position befürchten[331].

In § 9 des Gesetzes X/1944 über die vorläufige Regelung der Staatsoberhauptsfrage wurde die bereits durch Gesetz VIII/1944 verlängerte Legislaturperiode des am 10. Juni 1939 einberufenen Parlaments erneut verlängert, und zwar bis zum Ende des sechsten Monats nach Friedensschluß[332]. In der Folgezeit trat das Parlament erheblich häufiger zu Sitzungen zusammen als in den Monaten und Jahren vor Szálasis Machtantritt. So tagte es im Monat Februar 1945 mindestens einmal wöchentlich, manchmal sogar häufiger[333]. Man versuchte, den Anschein der Normalität und eines geregelten parlamentarischen Lebens aufrechtzuerhalten, indem beispielsweise Budgetfragen akribisch unter Einhaltung aller parlamentarischen Verfahrensvorschriften abgehandelt wurden[334].

Im allgemeinen wurden jedoch entweder unbedeutende Gegenstände beraten oder Gesetze verabschiedet, bei denen es sich zwar um wichtige Vorlagen handelte, die aber den bereits geschaffenen Tatsachen hinterherhinkten und diese verfassungsmäßig legalisierten; nur unwesentliche Änderungen in den Gesetzentwürfen konnten durchgesetzt werden. Die wirklichen Schaltstellen der Macht lagen bei Szálasi als dem Führer

[328] Ebenda, S. 224 f.

[329] MTK IV, S. 1013.

[330] NL Szöllösi: Aufzeichnung der Ministerratssitzung vom 3. 1. 1945, S. 1.

[331] Es wird im folgenden nur noch vom Abgeordnetenhaus die Rede sein, da für die Vorgänge im Oberhaus kaum Quellen verfügbar sind. Erst am 30. 10. 1944 hatte sich auch im Oberhaus unter der führenden Rolle Erzherzog Josephs der Nationalbund gebildet, doch schloß sich die Mehrheit der auf Lebenszeit ernannten Oberhausmitglieder Szálasi nicht an; vgl. Összetartás Nr. 254, 1. 11. 1944, S. 2; Teleki, 1974, S. 98. Um sich die nötige Gefolgschaft zu sichern, ernannte Szálasi in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt mehrmals neue Oberhausmitglieder, z. B. im November Jenö Rátz, Dr. Károly Kiss und Péter Szerdahelyi; vgl. Összetartás Nr. 269, 7. 11. 1944, S. 5, sowie im Januar den Parteiideologen István Péntek, Béla Juszkó und Lajos Bihari; vgl. NL Szöllösi: TB, Anlage 6: Monatsbericht Szöllösis für Januar 1945, Köszeg, 9. 2. 1945, S. 6. In der Sitzung vom 8. 11. 1944 wählte das Oberhaus Jenö Rátz zu seinem neuen Präsidenten, Baron Berthold Feilitzsch und Graf Károly Apponyi zu seinen Vizepräsidenten; vgl. Összetartás Nr. 263, 10. 11. 1944, S. 4. Letzterer wurde bereits Anfang Dezember gegen István Zadravecz ausgetauscht; vgl. Teleki, 1974, S. 230. Da trotz aller Gleichschaltungsmaßnahmen offenbar immer noch Widerstände auftraten, erarbeitete das Justizministerium im Februar eine Gesetzesvorlage zur Verfahrensänderung im Gesetzgebungsprozeß; vgl. NL Szöllösi: TB, Anlage 14: Monatsbericht für Februar, Köszeg, 5. 3. 1945, S. 9.

[332] Ebenda, Gesetz X/1944, 4. 11. 1944.

[333] Ebenda, TB, Anlage 14: Monatsbericht Februar 1945, S. 13 f. Der Ministerrat trat ebenfalls einmal wöchentlich zusammen; vgl. ebenda, S. 8 ff.

[334] Vgl. ebenda, TB, 14. 12. 1944, S. 14 f.; Köszegi Hírek, 16. 12. 1944.

der Nation, bei Regierung, Partei und, vor allen Dingen, bei den Deutschen, die das politische und militärische Schicksal des Landes in Händen hielten. Die politische Führung Ungarns erfolgte im wesentlichen über Regierungsverordnungen[335], Parteierlasse und Führerbefehl. In seinem politischen Lagebericht 1/1945 vom 11. Februar 1945 zog SD-Chef Geschke folgendes Fazit der Parlamentstätigkeit: „Der Nationale Bund der Reichstagsabgeordneten, der in gewissen Abständen in Ödenburg (Sopron) tagt, hat bisher keine nennenswerten Ergebnisse seiner Sitzungen aufzuweisen. Man verliert sich in Kleinigkeiten, die keinesfalls der schweren und harten Zeit angepasst und dienlich sind. Zur Zeit beherrscht die Teilnehmer nur eine Sorge, nämlich die der Evakuierung ins Reich."[336]

Eines der größten Probleme bei der Aufrechterhaltung eines parlamentarischen Scheinlebens war das ständige Sinken der Zahl der an den Sitzungen teilnehmenden Abgeordneten. Zunächst waren die NYKP-Abgeordneten nur in Ausnahmefällen anwesend, damit deutlich bekundend, welchen Stellenwert sie der Parlamentsarbeit beimaßen, was den Mißmut der nichthungaristischen Mandatsträger erregte. Am 5. Dezember äußerte der Präsident des Nationalbunds, Lajos Szász, sein „großes Bedauern", „daß die Mitglieder der Pfeilkreuzpartei an den Sitzungen des Nationalbunds kaum teilzunehmen pflegen"[337], während Ex-Kultusminister Bálint Hóman eine deutlichere Sprache anschlug: „Wir erleben jetzt, daß die Mitglieder von zwei Parteien völlig wegbleiben, obwohl sie hier in Sopron sind. Es sieht so aus, als ob es eine offizielle Regierungspartei: die Pfeilkreuz- und die Nationalsozialistische Partei, gäbe und eine die Regierung stützende, aber völlig andere Parteiengruppe im Abgeordneten- und Oberhaus, die aus dem rechten Flügel der ehemaligen Partei des Ungarischen Lebens, der Ungarischen Erneuerungspartei und der Siebenbürgischen Partei besteht."[338]

Die Illusion einer Gleichberechtigung der Mitglieder des Nationalbunds konnte also nicht einmal in dem ohnehin machtlosen Parlament aufrechterhalten werden. Daran sollte sich auch bis zuletzt nichts ändern. Noch auf der Sitzung des ständigen Ausschusses des Nationalbunds am 6. März drängte Hóman, „daß die Mitglieder der Pfeilkreuzpartei in größerer Zahl unsere Sitzungen besuchen sollten, damit wir uns dadurch besser kennenlernen", und Marton beklagte, daß es ein, zwei hungaristische Minister gebe, die noch nie an den Sitzungen des Nationalbunds teilgenommen hätten, so daß man gar nicht wisse, welches Arbeitsgebiet sie hätten; man wisse nur, daß sie eines hätten[339].

Das eigentliche Problem jedoch war die massive Zunahme vakanter Sitze im Abgeordneten- und Oberhaus, so daß die Gefahr akut wurde, den Schein des Parlamentarismus nicht mehr wahren zu können. Ein Teil der Abgeordneten war wegen der Einzie-

[335] Am 30.1.1945 verlängerte das Parlament die außerordentlichen Vollmachten der Regierung Szálasi, d.h. die „Ermächtigung, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen", bis zum 31.12.1945; vgl. BA, R 58/528, S.142 Rs.: Lagebericht Südosteuropa Nr.300, 28.1.–4.2.1945, S.33. Am 23.1. hatte Szöllösi die Vorlage im Parlament eingebracht; vgl. NL Szöllösi: TB, 23.1.1945, S.43.

[336] IfZ, MA 652/1: Akten BdS Slowakei, B.5684.

[337] Zitiert nach Teleki, 1974, S.228.

[338] Zitiert nach ebenda.

[339] NL Szöllösi: TB, Anlage 15: Protokoll der Sitzung des ständigen Ausschusses des Nationalbunds, 6.3.1945, S.21, 63.

hung zum Militärdienst oder der sowjetischen Besetzung weiter Landesteile verhindert, an den Sitzungen teilzunehmen. Anderen wurde die Beteiligung durch Zwangsmittel aller Art, Drohungen, Verletzung ihrer Immunität, Verhaftungen usw. erschwert oder unmöglich gemacht[340]. Erheblich war jedoch auch die Zahl derer, die sich der Umsiedlung von Budapest nach Sopron verweigerten und entweder ihr Mandat niederlegten oder um zumeist langfristige Beurlaubungen baten[341]. Bis zum 3. Januar 1945 hatten sich 126 Abgeordnete und 42 Oberhausmitglieder für eine Evakuierung nach Deutschland angemeldet[342], d.h. sie mußten der Parlamentsverlegung nach Sopron gefolgt sein[343], wenn auch mit diesen Zahlen nichts über ihre tatsächliche Aktivität gesagt ist.

Am 1. Dezember gab der stellvertretende Ministerpräsident Szöllösi dem Nationalbund erstmals den Plan einer Parlamentsumbildung bekannt, die er mit der großen Zahl der Fehlenden und der Inkompatibilitätsfrage begründete; der Führer wolle neue Kräfte im Parlament sehen. Hóman widersprach heftig: So notwendig eine Parlamentsreform auch sei, sie sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder verfassungsrechtlich noch politisch noch aus Gründen der „historischen Akustik" durchführbar; die Zeit dafür komme erst wieder mit dem Vorrücken der ungarischen Truppen nach Osten[344]. Trotzdem arbeitete die Regierung einen entsprechenden Gesetzentwurf aus, der dem Abgeordnetenhaus am 9. Dezember vorgelegt[345] und in der Presse propagandistisch untermauert wurde mit dem Hinweis, die Ernennung neuer Abgeordneter sei notwendig geworden, da wegen der allgemeinen Lage keine Wahlen abgehalten werden könnten; um die Legalität dieses Verfahrens zu belegen, wurde auf die Gebietsrevisionen 1938–1941 verwiesen: Die Abgeordneten dieser Regionen waren ebenfalls ernannt worden[346].

Der Regierungsentwurf „über die Berufung von Parlamentsabgeordneten auf die nicht eingenommenen, vakant gewordenen oder in Zukunft vakant werdenden Sitze" im Abgeordnetenhaus, der am 29. Dezember 1944 als Gesetz XIII/1944 verabschiedet wurde[347], bestimmte, daß als neue Abgeordnete diejenigen Staatsbürger in Frage kämen, „die das Parlament auf Antrag des Ministerpräsidenten oder stellvertretenden

[340] Vgl. dazu Teleki, 1974, S. 226f., die vier Beispiele aufführt, u.a. den Justiz- und Kultusminister der Sztójay-Regierung, István Antal, der Anfang Dezember 1944 verhaftet und erst wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, nachdem er sein Mandat niedergelegt hatte; vgl. ebenda, S. 366, Anm. 12; zur Affäre Antal vgl. NL Szöllösi: TB, Dezember 1944, S. 10, 24; Januar 1945, S. 14.

[341] Vgl. dazu Teleki, 1974, S. 227f. Demnach baten auf der Sitzung vom 7. 12. fünf Abgeordnete um Beurlaubung, am 12. 12. einer, am 14. 12. drei, am 16. 12. einer, am 22. 12. vier sowie am 29. 12. zwei. Begründung in den meisten Fällen: Krankheit. Auf den letzten beiden Sitzungen verweigerten die anwesenden Abgeordneten ihre Zustimmung, so daß die Beurlaubungen nicht genehmigt wurden. Fälle von Mandatsniederlegungen verzeichnet der Monatsbericht Szöllösis für Januar 1945, in: NL Szöllösi: TB, Anlage 6, S. 7.

[342] Ebenda, Aufzeichnung der Ministerratssitzung vom 3. 1. 1945, S. 3.

[343] Nach Karsai/Somlyai, 1970, S. 106, kamen nur 60–70 Abgeordnete in Sopron an.

[344] Zitiert nach Teleki, 1974, S. 228f.

[345] Beteiligt an der Erarbeitung der Vorlage waren Szöllösi, Budinszky und Baky (Staatssekretär im Innenministerium); vgl. NL Szöllösi: TB, Dezember 1944, S. 3f., 7, 23.

[346] Vgl. z.B. Köszegi Hírek Nr. 52, 16. 12. 1944, S. 1.

[347] NL Szöllösi: TB, 29. 12. 1944, S. 44.

Ministerpräsidenten – auf Beschluß beider Häuser – in das Abgeordnetenhaus des Parlaments beruft"[348].

Hintergedanke bei der Berufung neuer Abgeordneter, bei der dem Vorschlagsrecht des Ministerpräsidenten das entscheidende Gewicht zukam, war nicht nur die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Parlaments, sondern darüber hinaus die Besetzung der vakanten Mandate mit politisch verläßlichen Parteimitgliedern, was die Kräfteverhältnisse im Abgeordnetenhaus erheblich veränderte und den Nationalbund von innen heraus aushöhlte. Ziel der Regierung war zunächst, die noch in der Horthy-Zeit ihres Mandats enthobenen ehemaligen NYKP-Abgeordneten zu rehabilitieren und wieder zu Mandatsträgern zu machen, an ihrer Spitze Vágó, Hubay, Kovarcz, Gruber, Wirth[349]. Bei den anderen für einen Parlamentssitz vorgeschlagenen Männern handelte es sich ausschließlich um hochrangige Parteifunktionäre[350]. Am 11. Januar 1945 schließlich wurden insgesamt 26 neue Abgeordnete ins Parlament berufen[351], so daß die Zahl der NYKP-Abgeordneten nun 46 betrug.

Fast unerwartet für die Regierung, widersetzten sich die nichthungaristischen Abgeordneten der Verabschiedung des Gesetzes nicht, obwohl seine Absicht jedermann klar war. In seinem Monatsbericht für Januar 1945 an Szálasi konnte der stellvertretende Ministerpräsident nicht umhin, die Loyalität beider Häuser des Parlaments gegenüber der Regierung eigens hervorzuheben, da weder Widerstand noch Schwierigkeiten festzustellen seien: „So haben sie auch die mit ausdrücklich hungaristischer Zielsetzung eingebrachten Gesetzesvorlagen ganz glatt angenommen [...]. So blieb z.B. im Lauf der Behandlung der Gesetzesvorlage zur Ernennung von Parlamentsabgeordneten auf die nicht eingenommenen, vakant gewordenen oder in Zukunft noch

[348] IfZ, MA 1541/4, B.109: XIII/1944, § 1; auch NL Szöllösi: Entwurf von XIII/1944, Köszeg, 8.12.1944; vgl. auch Teleki, 1974, S.229. Die Einberufung neuer Abgeordneter zur Gewährleistung einer ungestörten und kontinuierlichen Arbeit des Parlaments sei auch insofern verfassungsgemäß, als der Abgeordnete nicht seinen Wahlkreis, sondern das ganze Land vertrete; da das Land Operationsgebiet sei, in dem man keine Wahlen abhalten könne, müßten neue Parlamentarier berufen werden; vgl. NL Szöllösi: Begründung von Gesetz XIII/1944.

[349] Ebenda: Liste der durch den Ministerpräsidenten vorzuschlagenden Abgeordneten im Sinne der Vorlage zu Gesetz XIII/1944, Köszeg, 13.12.1944 (Unterschriften von Arpád Henney und Géza Szögi, Staatssekretär im Ministerpräsidium). In der Reihe der ihres Mandats enthobenen ehemaligen Abgeordneten finden sich insgesamt zehn Namen, neben den bereits aufgeführten noch Graf Pálffy, Dr. Kerekes, Sütö, Nesz und Orosz.

[350] Ebenda. Der Entwurf nennt 12 Namen mit Angabe des derzeitigen Postens in Partei oder Arbeitsstab des NV, nämlich Arpád Henney (Landesleiter für die Arbeitsordnung), Dr. József Gera (Landesleiter für den Parteiaufbau), Gyula Gergely (Parteileiter für Siebenbürgen, Leiter des Wirtschaftsamts), Dr. Köfaragó-Gyelnik (Leiter des Landesaufbaus), Antal Ostián (Parteipropagandaleiter), Dr. Ernö Kovács (NYKP-Organisationsleiter), István Angyal (stellvertretender Leiter für die Arbeitsordnung), Béla Toth (Parteileiter des Hauptbezirks Budapest), Dr. Lajos Göllner (Leiter der auswärtigen Parteiangelegenheiten), Dr. István Török (Parteileiter der Stadt Makó), Dr. Sándor Olaszy (Parteidienstführer), Dr. Gábor Jancsuskó (NYKP-Komitatsleiter für Bács-Bodrog).

[351] Ebenda, TB, Anlage 6: Monatsbericht Januar 1945, S.6. Berufen wurden alle 21 Männer der Vorschlagsliste vom Dezember; einer, Wirth, war bereits tot. Dazu kamen noch J. Dalacsi, I. Török, I. Návay, J. Adorján und J. Fazekas.

werdenden Abgeordnetensitze keinem einzigen Abgeordneten jener Umstand ein Geheimnis, daß dieses Gesetz bestimmt sein wird, die Rehabilitierung der ihres Mandats entbundenen hungaristischen Abgeordneten zu gewährleisten; trotz dieses Wissens fand sich kein einziger Abgeordneter, der dagegen Stellung genommen hätte."[352]

Mit Gesetz XIII/1944 war die Möglichkeit geschaffen, jederzeit die vakanten Mandate zu besetzen und das Abgeordnetenhaus vor Funktionsunfähigkeit zu bewahren. Als schwierig erwies sich jedoch für die nach Legalität und Einhaltung der geltenden Rechtsvorschriften strebenden Hungaristen, die Vakanz der Sitze juristisch einwandfrei festzustellen. Kein Problem war dies bei offiziellen Mandatsniederlegungen oder im Todesfall eines Abgeordneten. Anders verhielt sich die Rechtslage z. B. bei den seit März 1944 zwar de facto aus dem Parlament „verschwundenen" (weil verhafteten, getöteten, sich verbergenden) Vertretern der linken, liberalen oder konservativen Opposition, deren Parteien zwar verboten, die aber selbst de iure immer noch Abgeordnete waren. Der einfachste Weg, nämlich per Gesetz die Abgeordneten gewisser Parteien ihres Mandats für verlustig zu erklären, konnte aus Legalitätsgründen nicht gewählt werden. Ein entsprechender Entwurf vom Januar 1945, der kurzerhand die Mandate der ehemaligen Kleinlandwirte-, Sozialdemokratischen und Bürgerlichen Freiheitspartei wegen nationsfeindlicher Tätigkeit und Kumpanei mit dem Feind aufhob und dasselbe Verfahren für Abgeordnete vorsah, die sich nicht dem Nationalbund anschlossen, sich ohne Erlaubnis im Ausland aufhielten oder freiwillig in den besetzten Landesteilen zurückblieben, wurde nicht aufgegriffen[353].

Szálasi hatte Szöllösi einen Termin bis zum 1. Februar gesetzt, zu dem er das Problem der mit der Treue zur Nation „inkompatiblen" Abgeordneten zu lösen hatte. Diese Frist erwies sich schon bald als zu kurz bemessen, da, zum größten Mißvergnügen des Staatsrechtsbüros des „Arbeitsstabs des NV", Szöllösi den herkömmlichen, langwierigen und rechtlich schwierigen Weg über das Inkompatibilitätsverfahren einschlug, das an eine gesetzliche Frist und individuelle Tatbestandsfeststellung gebunden war. Letztere könne, so der Referent des Staatsrechtsamtes Dr. Albert Jancsó in bemerkenswerter Offenheit, nicht beigebracht werden, da keine konkreten Beweise gegen die betreffenden Abgeordneten vorlägen. Am 13. Februar habe der Abgeordnete János Halmay den Inkompatibilitätsantrag gegen 23 Mandatsträger der Kleinlandwirte, Sozialdemokraten, Bürgerlichen Freiheitspartei sowie gegen Kálmán Rácz eingereicht, ohne daß – außer gegen den Vorsitzenden der Kleinlandwirtepartei, Zoltán Tildy – stichfeste individuelle Beweise vorlägen; erst nach Monaten sei ein mit Sicherheit „zu gemäßigtes" Ergebnis zu erwarten. Um diese mißliche Lage zu beenden, schlug Jancsó am 20. Februar vor, die 24 Abgeordneten wenn schon nicht per gesetzlicher Enthebung, dann doch über die rechtlich mögliche Entziehung der Staatsbür-

[352] Ebenda, S. 5. Grund für den auffälligen Hinweis auf die Loyalität der Abgeordneten mag gewesen sein, daß Szálasi von etwaigen radikalen Durchgriffen gegen vermeintliche Opponenten oder von seinen Einheitsparteikonzeptionen abgehalten werden sollte.

[353] IfZ, MA 1541/12, B. 381. § 2 des Gesetzentwurfs sah vor, die vakanten Sitze proporzgemäß auf NYKP und Volksbund zu verteilen, und zwar so, daß Bauern, Arbeiter und Intelligenz gleichmäßig bedacht würden.

gerschaft ihres Mandats für verlustig zu erklären; dieser Trick wurde jedoch von Szöllösi aus juristischen Gründen abgelehnt[354].

Juristisch und politisch völlig verfahren wurde die Situation, als sich schließlich die Frage aufwarf, ob gegen die im Januar zu Abgeordneten ernannten Leiter der nationalpolitischen Ämter[355] nicht ebenfalls ein Inkompatibilitätsverfahren einzuleiten sei. Das Problem ergab sich aus der rechtlich nicht fixierten Stellung des nationalpolitischen „Arbeitsstabs des NV" zwischen Partei und Staat. Am 23. Februar wies Henney, der als „Landesleiter für die Arbeitsordnung" dem „Arbeitsstab des NV" vorstand, diejenigen Amtsleiter, die auch Abgeordnete waren, an, gegen sich selbst das Inkompatibilitätsverfahren einzuleiten, um diese Frage zu klären. Der Leiter des Staatsrechtsamts, Haála, machte ihn jedoch drei Tage später in einem Schreiben darauf aufmerksam, welche Folgen dies für die laufenden Verfahren gegen „Tildy und Genossen" habe: Er selbst sei in seiner Eigenschaft als Abgeordneter zugleich auch der Vorsitzende des Inkompatibilitätsausschusses des Parlaments, müsse diese Position jedoch aufgeben, wenn gegen ihn ein derartiges Verfahren anhängig sei. Haálas Vorschlag, einen Regierungsantrag auf Änderung des Inkompatibilitätsgesetzes XXIV/1901 einzubringen, der explizit festhalte, daß das Amt des Leiters eines nationalpolitischen Büros ebenso wie das eines Ministers oder Staatssekretärs mit einem Parlamentsmandat vereinbar sei, wurde von Szöllösi aus politischen Gründen abgelehnt; andererseits weigerten sich auch die übrigen Amtsleiter, Szöllösis Aufforderung zum Rücktritt nachzukommen[356]. Eine Lösung der Frage kam nicht in Sicht; bis weit in den März hinein, als sich das Staatsrechtsamt endlich entschloß, den Entwurf zu einem völlig neuen, den Erfordernissen der Lage angepaßten Inkompatibilitätsgesetz auszuarbeiten[357], trug sie zur fruchtlosen Selbstbeschäftigung von Parlament, Ministerpräsidium und Staatsrechtsamt bei, obwohl es gerade in diesen Wochen zahllose praxisbezogenere Probleme zu lösen gegeben hätte.

Das Scheitern des Einparteiensystems und der Nationalbund

Die Frage nach der offiziellen Einführung eines Einparteiensystems, die die nichthungaristischen Mitglieder des Nationalbunds irritierte, kam mit der erfolgreichen Fusion von MNSZP und KABSZ in die Pfeilkreuzpartei nicht endgültig vom Tisch.

[354] NL Szöllösi: TB, 17.1.1945, S.27; NL Henney: Schreiben Jancsós an Henney, Sopron, 20.3.1945, S.1f. Die Angelegenheit wird bei Teleki, 1974, S.278, falsch dargestellt, denn sie bringt die Einleitung des Inkompatibilitätsverfahrens in Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf der Regierung „zur Verewigung der Verdienste von Ferenc Szálasi, Ungarns Führer der Nation". Damit der parlamentarischen Beratung keine Hindernisse entgegenstünden, habe Szálasi die Entfernung oppositioneller Abgeordneter angeordnet. Die von Teleki selbst zitierte Namensliste (S.380f., Anm.49) der Abgeordneten, gegen die das Verfahren eingeleitet wurde, zeigt jedoch, daß es sich um die Mandate der Kleinlandwirte (10), der Sozialdemokraten (5), der Bürgerlichen Freiheitspartei (5) sowie drei „sonstiger" handelte, die als „linke Opposition" seit März 1944 das Parlament nicht mehr betreten, also keinem Gesetzgebungsverfahren gefährlich werden konnten.

[355] Vgl. dazu S.375ff. dieser Arbeit.

[356] NL Henney: Schreiben Haálas an Henney, Köszeg, 26.2.1945, S.1.

[357] Ebenda, Haála an Henney, Sopron, 10.3.1945, S.1f.

Der veröffentlichte Arbeitsplan der Regierung vom 17. Oktober 1944 hatte dem Justizminister u.a. die Gesetzesinitiative zur „c) Anerkennung der Verdienste der hungaristischen Bewegung im Dienste der Nation; d) Anerkennung der Verdienste auch der übrigen nationalsozialistischen Parteien und rechtsgerichteten Bewegungen um die ungarische Nation"[358] als Aufgabe zugewiesen, was die Vertreter der Parteien zunächst sehr beruhigt hatte. Seit Dezember 1944[359] drängte Szálasi die Regierung zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs „über die Verewigung der Verdienste der für die nationalistische und sozialistische Idee kämpfenden Parteien, Vereinigungen und Bewegungen", der am 12. Januar 1945 von der Regierung als Antrag eingebracht[360], vier Tage später vom Abgeordnetenhaus im allgemeinen, am 30. Januar auch in Details angenommen wurde; am 9. Februar folgte die Zustimmung des Oberhauses[361] und die Verkündung als Gesetz II/1945[362].

Während § 1 die gesetzliche Kodifizierung der „unvergänglichen Verdienste" der NYKP-HM bestimmte, die lange Jahre unter großen Opfern für das Wohl und die Lebenssicherheit der Nation und gegen die „Ausbeuter des plutokratisch-marxistisch-judaistischen Systems in Ungarn und ihre Söldlinge" gekämpft habe, gedachte in § 2 das Parlament „in dankbarer Anerkennung" der MMP, MNSZP, des Nationalbunds und der deutschen Volksgruppe in Ungarn (!) sowie der Vereinigungen und Bewegungen, die an der nationalsozialistischen Entwicklung wesentlich mitgewirkt hätten. Die Regierungspartei MÉP wurde hier nicht eigens erwähnt, obwohl dies in der Parlamentssitzung vom 16. Januar vorgeschlagen worden war[363]; nur die MÉP-Abgeordneten, die Szálasis Machtübernahme unterstützt hatten, wurden mittelbar durch die Nennung des Nationalbunds gewürdigt.

Wer nun meinte, mit der parlamentarischen Beratung und Verkündung von Gesetz II/1945, das ja auch die Verdienste anderer Parteien anerkannte, sei die drohende gesetzliche Einführung eines Einparteiensystems endgültig verhindert, sah sich allerdings getäuscht. Der Druck in Richtung auf eine Diktatur der Hungaristenpartei nahm zu. Anfang Januar gab Szálasi Szöllösi den Auftrag, „sofort Schritte zur Einheitspartei [zu] unternehmen!"[364].

Auf dem ersten Kronrat vom 26. Januar 1945, als der Entwurf von Gesetz II/1945 noch im Parlament verhandelt wurde, hielt Justizminister Budinszky eine für alle

[358] Pester Lloyd Nr. 241, 22. 10. 1944, S. 2.

[359] NL Szöllösi: TB, 5. 1. 1945, S. 4, vermerkt, daß Szálasi eine „Neufassung" der Gesetzesvorlage zur Würdigung der Verdienste der Parteien wünsche. Es muß also einen Erstentwurf gegeben haben.

[360] Ebenda, Parlamentsdrucksache Nr. 910, Sopron, 12. 1. 1945.

[361] Ebenda, TB, Anlage 6: Monatsbericht Januar 1945, S. 6 ff.

[362] Vgl. den Gesetzestext in: IfZ, MA 1541/4, B. 104 f.; auch NL Szöllösi: Parlamentsdrucksache Nr. 910, 12. 1. 1945.

[363] Teleki, 1974, S. 367, Anm. 29.

[364] NL Szöllösi: TB, Anlage 1: Bericht für 1944, Köszeg, 4. 1. 1945, S. 4 (Anmerkung Szálasis zum Bericht). An dieser Textstelle hieß es, Nationalbund und Parlament seien heute identische Begriffe. Szálasi solle demnächst jene richtungsweisende Rede halten, die er für Dezember in Aussicht gestellt habe. Diese Rede könnte Ausgangspunkt für die angeordnete Integration des Nationalbunds in die NYKP sei, vgl. ebenda, S. 4. Die Rede, die Szálasi mit einem knappen „Nein!" verweigerte, war in der Erstversion des Arbeitsplans der Regierung in Aussicht gestellt worden; vgl. Pester Lloyd Nr. 238, 19. 10. 1944, S. 2.

Nicht-NYKP-Mitglieder höchst beunruhigende Rede: „Heute kann sich de iure nur die Hungaristenpartei frei betätigen, de facto existieren im Parlament auch andere Parteien, die sich im Nationalbund zusammengeschlossen haben. [...] Ich bin Anhänger des Einparteiensystems und hielte es deshalb für wünschenswert, wenn der Führer der Nation die Einberufung der im Nationalbund zusammengeschlossenen Abgeordneten und der Mitglieder ihrer Parteien zum Gegenstand seiner weisen Überlegungen machen würde."[365] Zwar schwächte Budinszky im folgenden seine Rede etwas ab, indem er erklärte, das Einparteiensystem durch „geistige Überzeugung" zu schaffen, doch ging Szálasi in seinen Antwortbemerkungen mit keinem Wort auf diesen Passus ein, sondern zeigte sich ganz allgemein „mit den Ansichten und Vorschlägen völlig einverstanden"[366].

Szálasis Position zu diesem Punkt ging auf den Sommer 1942 zurück, als er für die ungarische „nationalsozialistische Volksbewegung" zwei gangbare Wege festgelegt hatte: entweder eine von der NYKP dominierte Koalition oder die Errichtung eines Einparteiensystems, was im Gegensatz zur ersten Lösung bereits den Besitz der Staatsmacht voraussetze. Interessant ist die am Marxismus orientierte Bestimmung der Funktion dieser Diktatur. Sie war nach Szálasi nur ein technisches Mittel mit Übergangscharakter zur Herbeiführung des NS-Systems nach der Machtergreifung, auf keinen Fall Selbstzweck; letzteres bedeute für das politische, wirtschaftliche und soziale Leben der Nation allerhöchste Gefahr. Demnach könne in Ungarn nur die NYKP eine positive, erfolgreiche Übergangsdiktatur errichten, da nur sie im Volk verwurzelt sei[367].

Am 17. Oktober 1944 kam Szálasi im Arbeitsplan der Partei auf diesen Gedanken zurück. Nach dem Ende der Einparteiendiktatur – die Koalition blieb unerwähnt – trennten sich im verfassungsmäßigen Stadium des hungaristischen Zukunftsstaats Partei und Bewegung, so daß mehrere Parteien, am besten drei, zuzulassen seien: eine Mehrheitspartei, eine Oppositionspartei (die nur eine Regierungs-, keine weltanschauliche Opposition sein dürfte) und eine Minderheitenpartei[368]. Nach diesen Quellen scheint Szálasi einen Stufenplan verfolgt zu haben. Ausgehend von der existenten unbefriedigenden Koalitionslösung plante er die Fusion aller beteiligten Parteien in die NYKP und die Errichtung einer Einparteiendiktatur, um dann in einer dritten Phase, dem etablierten Nationalsozialismus, einem scheinbaren gemäßigten Mehrparteiensystem den Vorzug zu geben. Er sah darin, so eine spätere Äußerung, einen „Mittelweg" zwischen der kommunistischen Einparteiendiktatur und den angeblich oft „40–50" Parteien in liberalen Staaten[369].

[365] NL Szöllösi: Protokoll des 1. Kronrats, 26. 1. 1945, S. 22.

[366] Ebenda, S. 22 ff.

[367] IfZ, MA 1541/1, B. 430 f.: Antworten Szálasis auf Fragen von Parteifunktionären, 31. 3. 1944; auch ebenda, B. 718: Rede, o. J. (1942).

[368] Ebenda, 1541/12, B. 324. Szálasi gab zugleich die Anweisung, für diese Phase ein Parteiengesetz auszuarbeiten.

[369] NL Szöllösi: TB, 9. 2. 1945, S. 69. Allerdings scheint es Szálasi nicht für nötig gehalten zu haben, seine engeren Mitarbeiter in diese Gedankengänge einzuweihen. Szöllösi hörte am 9. 2. 1945 zum erstenmal von der Idee eines „Mittelwegs" und beurteilte sie als hochinteressant und zutreffend.

Gerade das scheinbar die Existenz der ehemaligen Rechtsparteien garantierende Gesetz II/1945 wurde von den Pfeilkreuzlern dahingehend interpretiert, daß mit seiner einstimmigen Annahme die Parteien ihren eigenen Untergang beschlossen hätten. So antwortete Szálasi auf dem 2. Kronrat am 23. Februar 1945 auf die Rede des Handelsministers und Nationalbundpräsidenten Szász, der sich gegen eine radikale Lösung der Parteienfrage ausgesprochen hatte: „Dieses Gesetz hat eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß die Zielsetzungen dieser Parteien gleich sind, in die gleiche Richtung gehen. Wenn das so ist, kann der nächste Initiativschritt von seiten der im Gesetzentwurf aufgezählten Parteien nicht ausbleiben; dies kann jedoch vernunftgemäß nur zu einer solchen Körperschaft führen, die auch in ihrem inneren Gehalt und ihrer äußeren Manifestation eins ist."[370]

Obwohl Szálasi gleich darauf einwarf, die Mitglieder des Kronrats könnten beruhigt sein, da es die Nation nicht interessiere, ob man in einem Ein- oder Mehrparteiensystem lebe, sofern ihre Sicherheit garantiert sei[371], wurde dasselbe Argument den Vertretern des Nationalbunds auf ihrer Sammelaudienz am 28. Februar in verschärfter Formulierung entgegengehalten. Szálasi forderte die Parteien unverhohlen auf, sich in einer Einheitspartei zusammenzuschließen, wie es das Ziel aller rechtsgerichteten und nationalsozialistischen Parteien seit März 1944 sei. Er sehe nicht mehr die Notwendigkeit, mehrere Parteien oder ein Parteienbündnis aufrechtzuerhalten, da diese „schon bisher auf einem Weg vorangegangen sind, auch jetzt auf ein Ziel hin vorangehen, also ihre ganze politische und gesellschaftliche Einstellung ein gemeinsames Ziel, ein gemeinsames Wollen, eine gemeinsame Handlungsabsicht bekommen hat"[372].

Aus diesen Ausführungen wird zweierlei deutlich: Das unmittelbar angestrebte Ziel lag in der Alleinherrschaft eines Führers und einer Partei, der NYKP. Andererseits erweist gerade diese Passage die relative politische Ohnmacht Szálasis als „Führer der Nation", da nach mehr als vier Monaten seit der Machtübernahme die „Parteienfrage" noch nicht gelöst war. Natürlich lag dies auch großenteils an der katastrophalen militärischen Lage, die wenig Raum ließ für die systematische Verfolgung und Durchsetzung politischer Ziele. Noch wichtiger war jedoch die fortdauernde Zersplitterung der ungarischen extremen Rechten, deren gemeinsamer Nenner am 15. Oktober allein darin bestanden hatte, einen Waffenstillstand mit den Sowjets zu verhindern und einen Sieg an deutscher Seite zu erringen, zumindest aber die Besetzung Ungarns durch die Rote Armee abzuwehren. Zudem waren die politischen und sozialen Unterschiede zu groß, als daß sie nach allen bisher vergeblichen Bemühungen um eine rechte Einheitspartei plötzlich hätten überwunden werden können. Die hungaristische Ideologie entfaltete niemals eine Integrationskraft über den engeren Kern der eigenen Reihen hinaus, und auch Szálasi selbst war bei weitem nicht der charismatische Führer, für den er sich hielt. Die prinzipielle Bereitschaft, Gewalt zur Durchsetzung seiner Ziele anzuwenden, war bei ihm natürlich vorhanden und wurde auch rigoros in die Tat umgesetzt, doch glaubte er andererseits fest an die Überzeugungskraft seiner Ideologie und politischen Argumentation. Anders ist es nicht erklärlich, daß Szálasi die Vertre-

[370] Ebenda, Protokoll des 2. Kronrats, 23. 2. 1945, S. 8 f.
[371] Ebenda, S. 9.
[372] Ebenda, TB, Anlage 11: Protokoll der Audienz von Vertretern des Nationalbunds bei Szálasi, 28. 2. 1944, S. 12 f.

ter des Nationalbunds am 28. Februar zu einer langen Audienz empfing und anscheinend auf die Wirkung seiner Worte vertraute, um die nichthungaristischen Abgeordneten zum freiwilligen Beitritt in die NYKP zu bewegen.

Die Illusion überwog in diesen letzten Wochen deutlich die Realität, denn über alle politischen Divergenzen hinaus war in Anbetracht des nahen militärischen und politischen Zusammenbruchs niemand mehr gewillt, sich durch den Eintritt in die NYKP politisch zu kompromittieren. Trotzdem hielten die Mitglieder des Nationalbunds neben den Pfeilkreuzlern aus. Der Grund für dieses Verhalten lag nach Rajniss in der Angst, daß im Falle eines deutschen Vorstoßes die Hungaristen mit ihnen abrechnen würden; aus Überzeugung wollte niemand die Fusion[373]. Folglich griffen sie nicht zu oppositionellen Methoden, versuchten aber mit allen Mitteln, den Beitritt in die Pfeilkreuzpartei zu umgehen bzw. hinauszuzögern.

Eklatanter Ausbruch der bisher latenten Spannungen in Regierung und Parlament war der Rücktritt von Kultusminister Rajniss[374], des einzigen Vertreters der MMP in der Regierung und Initiators des Nationalbunds. Die 2. Kronratssitzung am 23. Februar 1945 hatte unter ungünstigen Bedingungen begonnen, denn nach Szöllösis Tagebuchnotizen war Szálasi von Anfang an fahler und nervöser als üblich; seine explosive Stimmung prägte die ganze Sitzung. So machte er auf die Referate der Minister nur wenige, stets gallige Bemerkungen[375].

Der Hauptteil von Rajniss' Rede[376] befaßte sich mit der potentiellen Einführung des Einparteiensystems und den Machtmißbräuchen der Pfeilkreuzpartei. Die Ungarn, so Rajniss, seien ein mystisch veranlagtes Volk, das an historische Kontinuität und an die große Persönlichkeit glaube. Dies gelte besonders jetzt. Nur über die Person des Führers der Nation, d.h. über die unerschütterliche Treue des ungarischen Volks zu seinem Staatsoberhaupt, könnten Partei und nationalsozialistische Bewegung ihre Basis im Volk verbreitern, nicht aber über die zwangsweise Einführung des Einparteiensystems. Parteipolitische Zugeständnisse dürften sich nicht gegen die historische Rechts- und Verfassungskontinuität durchsetzen. Der Hungarismus könne keine neue Farbe im politischen Leben Ungarns sein, sondern müsse wie der Regenbogen alle anderen Farben enthalten. Um die Mißstände der gegenwärtigen Lage zu beseitigen, stellte Rajniss folgende Forderungen auf: „Brechen der örtlichen Tyranneien", Bremsen der „immer noch entarteten Anzeigen- und Verleumdungswut", schnelle Überprüfung der Verhaftungen und Ungesetzlichkeiten, Anwendung des Standrechts auf Verletzung der persönlichen Freiheit und auf unrechtmäßige Requirierungen usw. Zudem sollten die NYKP-Propagandisten in Lohnfragen nicht verkünden, das ideale Lohn- und Wirtschaftssystem sei nur wegen der nichthungaristischen Kabinettsmitglieder noch nicht verwirklicht worden, wie überhaupt die billige Verurteilung der Mi-

[373] TB Rajniss, 9.4.1945, S.65f.

[374] Vgl. dazu sehr verkürzt auch Teleki, 1974, S.281.

[375] NL Szöllösi: TB, 23.2.1945, S.99; TB Rajniss, 9.4.1945, S.63.

[376] Den Redetext vgl. im Wortlaut IfZ, MA 1541/4, B.230ff.; NL Szöllösi: TB, Anlage 8; zusammenfassend ebenda, TB, 23.2.1945, S.100; auch TB Rajniss, 9.4.1945, S.63f., obwohl Rajniss hier einen schärferen Ton suggeriert, als er in Wirklichkeit war. Zitiert wird im folgenden aus dem offiziellen Protokoll des 2. Kronrats, 23.2.1945, S.56ff., im NL Szöllösi.

nister eingestellt werden müsse. Zum Abschluß seiner Rede forderte Rajniss kurz und bündig noch die Ablösung des Verteidigungsministers und obersten Befehlshabers Beregfy, den er für unfähig erachtete.

Obwohl Szöllösi die wesentlichen Teile von Rajniss' Referat als „betontermaßen die allerloyalsten" beurteilte[377], war Szálasis Reaktion die ungünstigste. Ohne auf den Inhalt im einzelnen einzugehen, erklärte er brüsk, nur die feindliche öffentliche Meinung beschäftige sich mit der Frage der Legalität; er anerkenne keine Rechtskontinuität, sondern nur eine „Lebenskontinuität". Nach den Regeln der Physik bedeuteten die Farben des Regenbogens die gebrochene Einheit; erst wenn die Einheit wiederhergestellt sei, verschwänden die Farben zugunsten des einheitlichen weißen Lichts[378]. Nach dieser Reaktion entfernte sich Rajniss und gab sein Redemanuskript zunächst auch nicht dem protokollführenden Henney ab, so daß Szöllösi sofort ahnte, daß ein Anschluß des Nationalbunds an die Pfeilkreuzpartei nach einem Ausscheiden Rajniss' wohl illusorisch sei[379].

Am 24. Februar überreichte Rajniss seine Rücktrittserklärung als Kultusminister[380]. Drei Argumente führte der stellvertretende Ministerpräsident bei Szálasi an, um diesen davon zu überzeugen, die Demission nicht anzunehmen: Er könne nicht nur in der Regierung einen Zerfallsprozeß mit unberechenbarem Ausgang auslösen, sondern führe den inneren und äußeren Feinden einen deutlichen Desorganisationsprozeß vor Augen; darüber hinaus sei der Parteieintritt des Nationalbunds aufs äußerste erschwert, da man auf die Hilfe Rajniss' als MMP-Parteiführer angewiesen sei[381].

Szálasi nahm den Rücktritt zunächst auch nicht an, allerdings wegen eines Formfehlers[382], doch veranlaßte er am 2. März die personelle Umbildung des an sich völlig untätigen und machtlosen Regentschaftsrats, so daß statt Rajniss der NYKP-Aufbauleiter József Gera zum neuen Mitglied ernannt wurde[383]. Am 6. März erneuerte Rajniss sein Entlassungsgesuch als Minister mit der Begründung, er genieße offensichtlich nicht das zur Ausübung des Ministeramts nötige Vertrauen, da er von seiner Enthebung als Mitglied des Regentschaftsrats nicht einmal benachrichtigt worden sei[384]. Einen Tag darauf übergab Rajniss sein korrigiertes und begründetes Rücktrittsgesuch und erhielt das Entlassungsdokument[385]. Endlich, so Rajniss in seinem Tagebuch, sei er nicht mehr Minister, sondern ein freier Mann: „Die Clique hat verläßlich gearbeitet; sie wußten, daß nach Aufhebung meiner Mitgliedschaft im Regentschaftsrat ich nicht

[377] Ebenda, TB, 23.2.1945, S.100.

[378] Ebenda, Protokoll des 2. Kronrats, S.61f. Rajniss sah darin einen Bruch von Szálasis Eid auf die Gesetze und Gebräuche Ungarns; vgl. TB Rajniss, 9.4.1945, S.64.

[379] NL Szöllösi: TB, 23.2.1945, S.101.

[380] Ebenda, TB, Anlage 10: Rücktrittserklärung Rajniss', 24.2.1945.

[381] Ebenda: Begleitschreiben Szöllösis zu Rajniss' Rücktrittserklärung, 26.2.1945, S.1f.

[382] Ebenda, TB, 28.2.1945, S.112. Rajniss hatte in der Anrede „Mein Führer" statt wie vorgeschrieben „Führer" geschrieben. Außerdem sollte er seinen Rücktritt begründen und nicht nur erklären.

[383] Hivatalos Közlöny, 15.3.1945, zitiert nach Teleki, 1974, S.281. Gera mußte aus Inkompatibilitätsgründen sein Parteiamt aufgeben, so daß Dr. Gábor Jancsuskó neuer NYKP-Aufbauleiter wurde; vgl. NL Szöllösi: TB, 2.3.1944, S.119.

[384] Ebenda, TB, Anlage 13: zweite Rücktrittserklärung Rajniss', 6.3.1945.

[385] Ebenda, TB, 7.3.1945, S.131.

auf meinem Posten bleibe, und daß der Ministersitz für einen ‚verläßlichen' Hungaristen frei wird."[386]

Daß die in diesen selben Tagen stattfindenden Parteibeitrittsverhandlungen mit dem Nationalbund zu keinem günstigen Ergebnis führten, erstaunt unter diesen Umständen nicht, obwohl die Rajniss-Affäre sicherlich nicht der einzige und ausschlaggebende Grund für ihr Scheitern war. Noch am 27. Februar hatte Szöllösi mit einigen Mitgliedern des Bundes gesprochen, um die delikate politische Aufgabe ihrer Audienz bei Szálasi vorzubereiten. Die Meinungen und Antworten waren ausweichend bis ablehnend. Kritisiert wurden u. a. die hungaristische Kirchenpolitik und die Inhaftierung der Bischöfe Mindszenty und Shvoy, die gewalttätigen Machtmißbräuche der Pfeilkreuzpartei, die die Meinung der Bevölkerung negativ prägten und das Ansehen der Regierung schmälerten, sowie Szálasis Rückzug aus der politischen Praxis[387].

Die am 28. Februar stattfindende Audienz von 17 nichthungaristischen Abgeordneten bei Szálasi in Anwesenheit von Szöllösi und Innenminister Vajna war beherrscht von den ungeduldigen Zurechtweisungen des NV auf unpräzise oder ausweichende Formulierungen. Unter Hinweis auf die seit März 1944 laufenden Bemühungen um die Bildung einer rechten Einheitspartei, die nicht von ihm, sondern von einer Gruppe von Rechtsparteien betrieben worden sei, forderte Szálasi die anderen Parteien zum Eintritt in die NYKP als dem Ziel ihrer Wünsche auf[388]. Der Parlamentspräsident und MÉP-Abgeordnete Tasnádi Nagy formulierte drei Problempunkte: Erstens habe man Angst, in der NYKP als Mitglieder zweiter Klasse zu gelten; zweitens würden Dinge geschehen, für die der Nationalbund keine Verantwortung übernehmen könne wie z. B. „gewisse Verhaftungen", und drittens müsse man vor einem Eintritt erst einmal die hungaristische Weltanschauung und das konkrete Parteiprogramm kennenlernen[389].

Während Szálasi auf den ersten Punkt gar nicht einging und zum zweiten seine nächsten kirchenpolitischen Schritte mit dem Ziel eines neuen Konkordats darlegte[390], war seine Reaktion auf den dritten Einwand derart barsch, wenn auch nicht ohne Folgerichtigkeit, daß, obwohl die Audienz noch fortgesetzt wurde[391], ihr Ende

[386] TB Rajniss, 9. 3. 1945, S. 7. Nach Rajniss' Rücktritt wurde nicht Hubay, der Leiter des Kulturamts, neuer Kultusminister, sondern Szálasi übernahm das Ressort, Szöllösi führte die laufenden – in Anbetracht des vorgerückten Zeitpunkts wohl unerheblichen – Geschäfte. Die praktische Arbeit lag in den Händen des Staatssekretärs Román Tárczay-Felicides, laut Rajniss „der beschränkteste Staatssekretär des Vaterlandes', der sofort mit der „hungaristischen Umgestaltung" begann: Er enthob viele ihres Postens, brüllte herum und bedrohte angeblich sogar die Leute mit dem Revolver; vgl. ebenda, 9. 3. 1945, S. 9; 12. 4., S. 67.

[387] NL Szöllösi: TB, 27. 2. 1945, S. 107 f.

[388] Ebenda, 28. 2. 1945, S. 114 f.; TB, Anlage 11: Protokoll der Audienz des Nationalbunds bei Szálasi, 28. 2. 1945, S. 10 ff.

[389] Ebenda, S. 33 ff.

[390] Ebenda, S. 41 ff., 50 ff.

[391] Angeschnitten wurden ferner „gewisse politische oder – so können wir sagen – ideologische Gegensätze" (Hóman), z. B. in Rechts- und Verfassungsfragen sowie in der Frage des Privateigentums, da nicht klar sei, „wie das Eigentum des Individuums und das der Gemeinschaft angeordnet sind" (Hóman). Als problematisch erwiesen sich weiter der Einbau der Partei in Verfassung und Verwaltung sowie die Unmöglichkeit einer parlamentarischen Opposition; vgl. ebenda, S. 131 f., 142, 151 f., 154 ff.

im Grunde schon erreicht war: „In Parlament, Presse, Radio hat man uns ein Jahrzehnt lang gestoßen und geschlagen. Man hat verkündet, wir seien verrückt, wir seien wahnsinnig, wir verstünden nichts vom Leben, und jetzt wollen die Brüder, daß ich erklären soll, was der Hungarismus und seine politische Zielsetzung ist? Jetzt weiß ich schließlich nicht, wer verrückt ist, ich oder jene."[392]

Auch die Sitzungen des ständigen Ausschusses des Nationalbunds am 6. und 13. März brachten keine weiterführenden Resultate, erreichten aber insofern ihr Ziel, als die Frage des Parteibeitritts nicht negativ entschieden, sondern verzögert wurde, bis sie sich mit dem Zusammenbruch von selbst erledigte. Zwar machte Szálasi noch am 6. März den Weg in die Pfeilkreuzpartei frei, indem alle, die schon vor der Machtergreifung dem Nationalbund angehört hatten, ohne weitere Empfehlung und Überprüfung Parteimitglieder werden konnten. Die Aussprache vom selben Tag zeigte jedoch für Szöllösi alle Anzeichen traditioneller Denkweisen von „Politikern der alten Welt". Einer nach dem anderen habe das Wort ergriffen, auf hohem stilistischen Niveau politische Erklärungen abgegeben, ohne zum eigentlichen Thema Stellung zu beziehen[393]. Weil angeblich weder das Parteiprogramm noch der organisatorische Aufbau der NYKP bekannt waren, einigte man sich, die strittigen Punkte auf einer Fragenliste zusammenzufassen, die von Beauftragten der Partei beantwortet werden sollten[394].

Das Bekanntwerden von Rajniss' endgültigem Rücktritt förderte nach allgemeiner Auffassung die Entfremdung zwischen Regierung und Nationalbund. Da der ebenfalls der MMP zugehörige Staatssekretär im Justizministerium, László Nagy, Rajniss folgte und sein Amt niederlegte, war damit die Partei der Ungarischen Erneuerung nicht mehr in der Regierung vertreten. Der Zerfall der Regierung konnte nur mit Mühe verhindert werden[395].

Dieses Thema war auch Teil der letzten Sitzung des ständigen Ausschusses des Nationalbunds am 13. März, die sich mit dem NYKP-Eintritt befaßte. Veesenmayer hatte der Vereinigung auf Anfrage geraten, sich der Hungaristenpartei anzuschließen, obwohl er sich sonst – angeblich – nicht in die ungarische Innenpolitik einmische[396]. In der Sitzung wurde auf Szász' Antrag der Eintritt bis nach dem Erscheinen von Szálasis angekündigtem Buch über den Hungarismus vertagt, aus dem man sich zunächst in-

[392] Ebenda, S. 61.

[393] Ebenda, TB, 6. 3. 1945, S. 128 f.

[394] Ebenda, TB, Anlage 15: Protokoll der Sitzung des ständigen Ausschusses des Nationalbunds, 6. 3. 1945, S. 84 ff. Eine große Rolle in der Diskussion spielte der Vorwurf, die NYKP-Abgeordneten und auch einige NYKP-Minister ließen sich niemals im Parlament sehen, so daß man weder Kontakt habe noch Informationen erhalte; vgl. ebenda, S. 21, 52, 63, 84 usw.

[395] Ebenda, TB, 9. 3. 1945, S. 136. Szöllösi versuchte die Gemüter zu beruhigen, indem er erklärte, Rajniss und Nagy seien aus persönlichen, nicht aus politischen Gründen zurückgetreten. Nach Rajniss' Aufzeichnungen folgten seiner Entlassung die Rücktrittsgesuche mehrerer Minister. Budinszkys Gesuch lehnte Szálasi ab und forderte die Entfernung von Staatssekretär Nagy aus dem Justizministerium, da nur ein Hungarist diesen Posten inne haben dürfe. Szász und Kassai zogen ihre Bitte um Entlassung zurück; Reményi-Schneller blieb, weil er unmöglich sein Ministerium „verdammten Laien" überlassen könne; vgl. TB Rajniss, 10. 3. 1945, S. 10 f.

[396] NL Szöllösi: TB, 10. 3. 1945, S. 137 f.

formieren wolle, um einen einheitlichen Standpunkt beziehen zu können[397]. Alle Versuche von hungaristischer Seite, Druck auszuüben, indem man das Zögern des Nationalbunds als mangelndes Vertrauen in Regierung und Staatsführung interpretierte (was lebhaft bestritten wurde), nützten nichts: Szálasis Versuch, einen hungaristischen Einparteienstaat zu schaffen und die NYKP zur Monopolpartei zu machen, war gescheitert.

4. Instrumente der Machtausübung

Das folgende Schema soll die Machtstellung des „Führers der Nation" und die Struktur der Pfeilkreuzlerherrschaft verdeutlichen. Dabei ist zu betonen, daß in der historischen Wirklichkeit die Verhältnisse bei weitem nicht so „geordnet" waren, wie es die zeichnerische Darstellung suggeriert. Am 23. September bereits hatte die Rote Armee die ungarische Grenze überschritten und drang weiter nach Westen vor. Das OKH erklärte am 15. Oktober nach Bekanntwerden von Horthys Waffenstillstandsgesuch in Moskau ganz Ungarn zum deutschen Operationsgebiet, was das Ende der ungarischen Armeeführung im eigenen Lande bedeutete. Alle ungarischen Verbände mußten nun deutschen Befehlen gehorchen[398]. Am 30. Oktober zog die Szálasi-Regierung nach. In der Verordnung 4800/1944 deklarierte der Verteidigungsminister und Chef des Generalstabs das gesamte verbleibende Territorium zum Operationsgebiet, was für die zivile Verwaltung die Einführung von Regierungskommissaren mit Sondervollmachten zur Konsequenz hatte[399]. Am Heiligen Abend war Budapest von sowjetischen Truppen umzingelt; im Januar beschränkte sich die Herrschaft der Hungaristen auf ein Viertel des ungarischen Territoriums.

Tatsächlich stellt sich die Frage, ob man bei einem „Staat", der von militärischem Zusammenbruch, zurückweichenden Truppen, Flüchtlingsströmen, Evakuierung und immensen Versorgungsproblemen gekennzeichnet und dessen Territorium bald auf die Front reduziert war, überhaupt sinnvoll von „Herrschaftsstrukturen" sprechen kann, was ja eine gewisse Stabilität der Verhältnisse impliziert. Diese war schon allein dadurch nicht gewährleistet, daß Szálasi an der Spitze des Staates wie zuvor als Parteiführer weniger handelte als ununterbrochen Pläne entwarf, Studien in Auftrag gab und einem engsten Kreis von Mitarbeitern permanente Neuentwürfe und Umstrukturierungen befahl. Hinzu kam die Verselbständigung der Partei- bzw. Parteidienstverbände der „Basis" durch die Auflösung der festen Kompetenzbeziehungen. Den zentralen Institutionen entglitt zunehmend die Fähigkeit, ihre Beschlüsse nach unten durchzusetzen. Ferner ist in Betracht zu ziehen, daß die eigentliche Macht in deutschen Händen, genauer in Händen von Wehrmacht und SS lag. Nach dem 15. Oktober hatte Winkelmann seinen Konkurrenten Veesenmayer endgültig überflügelt. Die SS konnte in der Folgezeit einen weiteren, ihre Machtposition stärkenden Aufgaben-

[397] Ebenda, 13.3., S. 141 f.; TB, Anlage 16: Protokoll der Sitzung des ständigen Ausschusses des Nationalbunds, 13.3.1945, S. 241 ff., 271.

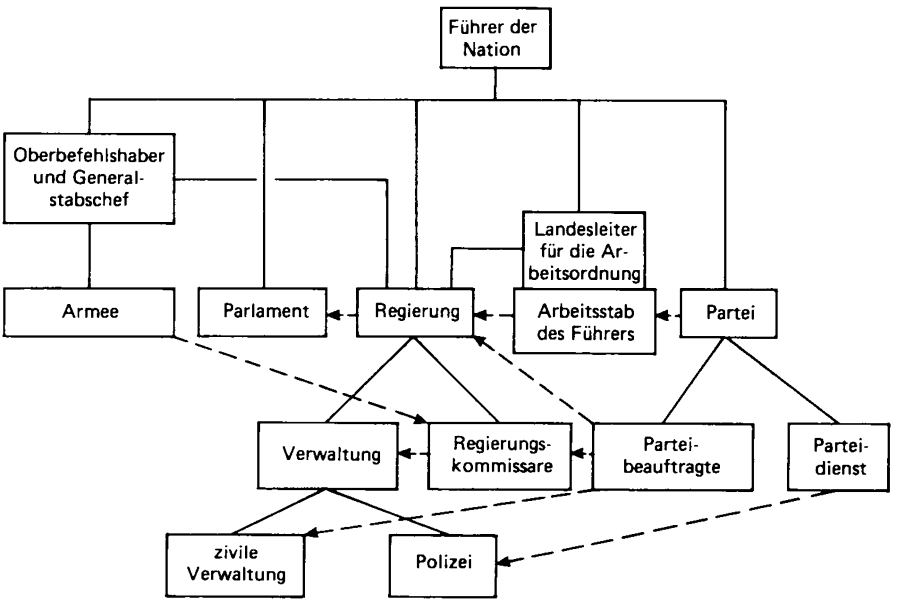
[398] Hillgruber, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 10 (1960), S. 97; Gosztony, in: ebenda, 31 (1982), S. 158.

[399] MTK III, S. 997; vgl. auch S. 361 ff. dieser Arbeit.

bereich in Ungarn an sich reißen, nämlich die Organisation der Massenevakuierung von Gütern und Menschen ins Reich[400].

Trotzdem soll der Versuch unternommen werden, den Aufbau der Pfeilkreuzlerherrschaft zu rekonstruieren, denn abgesehen von der „totalen Kriegführung" gegen die vordringenden Sowjettruppen war eine radikale Partei mit in Anbetracht der Lage schier unglaublichem Eifer dabei, ein neues politisches System aufzubauen, das nach dem erhofften Endsieg auf ganz Ungarn übertragen werden sollte. In Ansätzen lassen sich Elemente des Zukunftsstaates bereits erkennen. Andererseits waren die neuen Machthaber gezwungen, die Institutionen der Horthy-Zeit (Armee, Ministerial- und Verwaltungsapparat, Parlament) zu übernehmen, so daß sich Gegensätze, Kompetenzüberschneidungen, Rivalitäten ergeben mußten, die durchaus Gegenstand wissenschaftlichen Interesses sind.

Die Darstellung zeigt deutlich die drei Säulen der hungaristischen Herrschaft: Armee, Staat und Partei. Ein reibungsloses Zusammenwirken dieser drei Faktoren war das erklärte Ziel des hungaristischen Zukunftsstaates und sollte bis auf die unterste Ebene der Gemeinde durchgesetzt werden[401].



(Die durchgezogenen Linien markieren Unter- bzw. Nebenordnungsverhältnisse, die gestrichelten kennzeichnen Einflußmöglichkeiten.)

[400] Vgl. Birn, 1986, S. 303 f.
[401] NL Szöllösi: TB, 9. 3. 1945, S. 132 ff.

Die Regierungskommissare

Die „Regierungskommissare" (kormánybiztosok) wurden als erste neben dem traditionellen staatlichen Apparat von Ministerien und Verwaltung tätig und bildeten ein zusätzliches Machtzentrum. Kultusminister Rajniss vermerkte in seinem Tagebuch, Szálasi habe nach seiner Machtübernahme in kürzester Zeit rund 100 Regierungskommissare und „Bürochefs" ernannt, um für seine Leute zusätzliche Machtpositionen zu schaffen[402].

Im Gegensatz etwa zu den Parteibeauftragten oder den nationalpolitischen Ämtern handelte es sich bei den Regierungskommissaren nicht um eine „Erfindung" der Pfeilkreuzler. Bereits Gesetz LXIII/1912 vom 21. Dezember 1912 über den Ausnahmezustand im Kriegsfall bzw. bei Kriegsgefahr ermächtigte die Regierung, die Obergespane zu Regierungskommissaren mit Sondervollmachten zu ernennen; die Selbstverwaltungsgremien der Komitate waren dann bereits aufgelöst. Es handelte sich bei den Kommissaren also um ein Mittel der staatlichen Zentralisierung unter Aufhebung der Selbstverwaltungsfreiräume der Gebietskörperschaften. Daneben bestand jedoch auch die Möglichkeit, Regierungskommissare mit Sonderaufgaben zu betrauen[403]. Ihre Befugnisse bezogen sich in der Regel „auf eine konkrete, aber den Kompetenzbereich mehrerer Ministerien berührende Aufgabe", d.h. die Kommissare waren in Bereichen tätig, die einer „horizontalen Zusammenfassung" bedurften. Regierungskommissare konnten von der Regierung, aber auch von den einzelnen Ressortministern ernannt werden[404].

Besonders in den unruhigen politischen Zeiten zu Anfang der Horthy-Ära waren zahlreiche Kommissare tätig, die mit der politischen Konsolidierung ihre Arbeit einstellten[405]. Im Jahr 1937 wurde erneut ein Regierungskommissar ernannt, nämlich zur Bekämpfung der Akademikerarbeitslosigkeit; seine Aufgaben waren die Untersuchung der Gründe für die verheerende Arbeitsmarktlage für Hochschulabsolventen und die Erarbeitung von Lösungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze[406].

Aktuell wurde die Einsetzung von Regierungskommissaren erneut mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Gesetz II/1939 über die Landesverteidigung[407] hatte in § 142 die Regierung ermächtigt, im Falle von Krieg oder Kriegsgefahr die Tätigkeit der Selbstverwaltungskörperschaften aufzuheben, das Vorgehen der Verwaltungsbehörden in Abweichung von den bestehenden Gesetzen zu regeln und die Aufgaben des Obergespans/Oberbürgermeisters bzw. andere Verwaltungsaufgaben einem Regierungskommissar zu übertragen; für die zum Operationsgebiet erklärten Regionen durfte sie besondere administrative Regeln festsetzen. Aufgrund der Ermächtigung durch Innenminister oder Regierung war der Kommissar mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet: Er „kann amtshalber jede solche Entscheidung der Komitats-, Stadt- und Gemeindebehörden aufheben, die der Kriegführung abträglich ist oder die Aufrecht-

[402] TB Rajniss, 5.4.1945, S.62. Mit „Bürochefs" waren die Leiter der nationalpolitischen Büros gemeint; vgl. S.375ff. dieser Arbeit.
[403] Csizmadia, 1978, S.594; MTK III, S.824.
[404] Magyary, 1942, S.128.
[405] Csizmadia, 1978, S.594.
[406] Szabolcs, 1965, S.5.
[407] Magyar Törvénytár 1939, S.85f.

erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gefährdet" (§ 143) und war befugt, wenn nötig, eigene Maßnahmen zu treffen. Die Regierung konnte ihn weiter dazu ermächtigen, mit Ausnahme des Personals von Staatsanwaltschaft und Gerichtswesen die Beschäftigten von Staat, Gebietskörperschaften und Gemeinden sowie den Gemeindevorstand für Amtszwecke in Anspruch zu nehmen und diese, falls sie seine Anweisungen nicht oder nur unter Verzögerung ausführten, zeitweise oder ständig ihres Postens entheben (§ 144).

Bisher wurde das Kommissarswesen noch niemals systematisch untersucht. Genaue Angaben über Anzahl, Namen, Datum der Ernennung oder Amtsenthebung sowie ihre Aufgaben und Kompetenzen lassen sich aus der geschichts- oder verwaltungswissenschaftlichen Literatur und den zugänglichen Quellen nur schwer oder gar nicht ermitteln.

Bereits am 2. September 1939 wurden aufgrund des Ausnahmezustands durch Verordnung 8300/1939 ein Regierungskommissar zur Preisüberwachung und durch Verordnung 8280/1939 acht Mobilmachungskommissare bei den einzelnen Armeekorps ernannt, deren Aufgabe sich auf die Vorbereitung der Mobilmachung und die Unterstützung der militärischen Befehlshaber bei der Zusammenarbeit mit den zivilen Behörden erstreckte[408]. Mit der Verordnung 780/1943 M.E. wurde jeder Obergespan für sein Komitat zum Kommissar für das Versorgungswesen erklärt[409].

Nach der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen im März 1944 kam es zu einer sprunghaften Zunahme der Regierungskommissare, die an die Spitze bedeutender gesellschaftlicher Vereinigungen, Verbände, Selbstverwaltungskörperschaften ernannt wurden und als Instrument der politischen Gleichschaltung dienten. So wurde am 28. März Béla Marton als Kommissar an die Spitze der (nicht verbotenen) Gewerkschaften gestellt; Mihály Kolosváry-Borcsa übernahm den mit weiten Kompetenzen ausgestatteten Posten des Kommissars für das Pressewesen und begann alsbald mit der Vernichtung „jüdischen" Schriftguts. Ferner bestimmte die Regierung Kommissare für Luftschutz, Evakuierung, die Sozialversicherungsanstalten OTI und MABI usw.[410] Mitte April 1944 wurden erstmals einige Regionen Ungarns im Osten, Südosten und Süden zu „Operationsgebieten" erklärt und unter Regierungskommissare als Leiter der Zivilverwaltung gestellt. Trotz ihrer weiten Kompetenzen waren de facto jedoch bereits die lokalen militärischen Befehlshaber ausschlaggebend, d.h. also – mit Ausnahme von Siebenbürgen – die deutsche Wehrmacht[411]. Mit Verschlechterung der militärischen Lage mußten freilich immer mehr Operationsgebiete ausgewiesen werden, so daß die Zahl der Regierungskommissare starken Schwankungen unterworfen war.

Szálasi hatte sich vor der Machtübernahme offenbar nur über die Kommissare für die Operationsgebiete Gedanken gemacht. Sein erklärtes Ziel war, überall die zivile Verwaltung dem militärischen Befehlshaber des jeweiligen Gebiets zu unterstellen[412]. Am 22. September 1944, kurz vor dem Durchbruch der Roten Armee nach Südostungarn, übergab er Kovarcz einen Rohentwurf, den dieser in Absprache mit Krumholz

[408] Budapesti Közlöny Nr. 199, 2.9.1939, S. 9; Kónya, in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 383.
[409] Csizmadia, 1978, S. 594.
[410] Macartney II, S. 272; MTK III, S. 993 f.; Sorsforduló I, Nr. 29, S. 56, Anm.
[411] Macartney II, S. 259.
[412] NL Henney: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi-Vajna, 26.10.1944, S. 5.

und Hanke von der SS detailliert ausarbeiten sollte. Das Gebiet östlich der Theiß, so die Skizze, müsse zum Operationsgebiet erklärt werden. Die obersten Exekutivorgane des „militärischen Führers" seien neben Polizei, Gendarmerie und den „sonstigen bewaffneten Kräften" auch die Organisationen der NYKP und der „für die Zivilbevölkerung ernannte Kommissar", der an der Spitze der zivilen Verwaltung stehen solle[413].

In Anbetracht der mit dem Amt verbundenen Machtbefugnisse übernahm Szálasi nach dem 15. Oktober zunächst die Institution der Regierungskommissare, erhöhte ihre Zahl und ernannte eigene oder zumindest sehr zuverlässige Leute. Ihre genaue Anzahl ist nirgends festgehalten; sie hat auf jeden Fall 50 überstiegen. Die Kommissare konzentrierten sich im Versorgungswesen (Preise, Vorratswirtschaft usw.), im Finanzministerium, wo sie an die Spitze wichtiger Banken gestellt wurden, sowie im Kompetenzbereich des Innenministeriums (innere Verwaltung, Judenangelegenheiten, Selbstverwaltungsorgane wichtiger gesellschaftlicher Verbände). Aber auch im propagandistisch umzufunktionierenden Presse- und Kulturbereich (Theater, Film, Musik, Presse, Rundfunk usw.) wurden sie eingesetzt[414]. Ferner war immer noch der Regierungskommissar zur Beseitigung der Akademikerarbeitslosigkeit tätig, der nach einem SS-Bericht „bei der Arisierung der ungarischen Wirtschaft wichtige Aufgaben durchzuführen hatte"[415].

In Ermangelung einschlägigen Quellenmaterials läßt sich nur über die Aktivitäten des Evakuierungskommissars und der Regierungskommissare für die Operationsgebiete Genaueres ermitteln. Die Kompetenzen des bereits vor der hungaristischen Machtübernahme tätigen Regierungskommissars für Evakuierung (kiüritési kormánybiztos) wurden am 21. Oktober 1944 durch Verordnung 3696/1944 M.E. erweitert; drei Tage später erfolgte, ebenfalls durch Verordnung (3730/1944 M.E.), die Umbenennung des Kommissariats (országos elhelyezési kormánybiztos) und zugleich eine personelle Umbesetzung. Der neue, dem Innenministerium zugehörige Kommissar, Generalleutnant Ferenc Kisbarnaki Farkas, teilte gleich einen Tag darauf dem Mobilmachungskommissar mit, die neue ungarische Regierung habe, im Gegensatz zur Auffassung der alten Machthaber, die völlige Evakuierung von Gütern und Menschen aus den gefährdeten Gebieten angeordnet; sie sei, unabhängig von Alter und Geschlecht, nicht freiwillig, sondern obligatorisch durchzuführen. Die Kommandeure der betroffenen Honvéd-Bezirke sollten sich zur Evakuierung bereitmachen, doch sei diese, um Panik zu vermeiden, noch nicht endgültig angeordnet, die zu evakuierenden Gebiete noch nicht bestimmt[416]. Noch am selben Tag, am 25. Oktober, fand unter dem Vorsitz des Innenministers eine Konferenz statt, die über die Evakuierung ganz Budapests beriet. Farkas wies auf die immensen, kaum zu lösenden Probleme einer derartigen Unternehmung hin (Personal- und Zeitmangel; Ausweisung von Aufnahmegebieten in Westungarn und Deutschland; Versorgungsprobleme usw.)[417]. Aus organisationstech-

[413] Szálasi-TB, September 1944, S. 40f.
[414] Vgl. IfZ, MA 1541/14, B. 1070ff.: Erlasse Szálasis über die Auflösung der Regierungskommissariate, 26. 11. 1944.
[415] BA, R 58/528, S. 107: SS-Lagebericht Südosteuropa Nr. 296, 1.–7. 1. 1945, S. 68.
[416] Sorsforduló I, Nr. 29, S. 56, Anm.
[417] Ebenda, S. 52ff.

nischen Gründen war auch nicht an eine annähernde Verwirklichung dieses Maximalprogramms zu denken, so daß Farkas bis zum 4. November nur die Verlegung der Ministerien und anderer Regierungsorgane aus Budapest nach Westungarn in die Komitate Vas und Sopron organisieren und anordnen konnte[418].

Die rechtlichen Voraussetzungen für die landesweite Tätigkeit der Regierungskommissare für die Operationsgebiete (hadmüveleti kormánybiztosok) schufen die Verordnungen 3770/1944 des Ministerpräsidenten[419] bzw. 4800/1944 des Verteidigungsministers[420]. In Hinblick auf die militärische Lage wurde am 29. und 30. Oktober das gesamte noch nicht von der Roten Armee besetzte Territorium Ungarns zum Operationsgebiet erklärt, dessen zivile Verwaltungseinheiten je einem Kommissar unterstellt waren. Diese Kommissare verfügten über nicht unerhebliche Kompetenzen, standen sie doch an der wichtigen Schnittstelle zwischen militärischer Führung und ziviler Verwaltung. Infolgedessen enthob die Regierung Szálasi zunächst die noch von Sztójay und Lakatos eingesetzten[421] Kommissare ihres Postens und ernannte am 25. Oktober neue, zuverlässige Amtsträger. Dabei wurden einmal Kommissare für die der 1., 2. und 3. Armee zugehörigen Territorien bestimmt[422], die die Verbindung zwischen den militärischen (auch deutschen) Befehlshabern und den für die einzelnen Armeekorps zuständigen Kommissaren sicherten[423]. Von diesen gab es im Oktober 1944 zunächst sieben[424], die in ihrer Operationszone zugleich auch die Funktion des Mobilmachungskommissars ausübten[425]. Allen Regierungskommissaren für die Operationsgebiete übergeordnet war zur zentralen Leitung und Abstimmung der „Führer der Zivilverwaltung der Operationsgebiete" (a hadmüveleti területek polgári közigazgatásának vezetöje), zu dem Dr. László Endre, Staatssekretär im Innenministerium, ernannt wurde. Über Endre, der in dieser Eigenschaft zur obersten Führungsspitze gehörte, war die Institution der Kommissare für die Operationsgebiete mit dem traditionell für die Verwaltung zuständigen Innenministerium verknüpft. Im Zuge der Verschlechterung der militärischen Lage und des sich ständig verkleinernden Hoheitsgebiets der hungaristischen Regierung veränderte sich ihre Zahl fortlaufend und beschränkte sich zuletzt auf das Gebiet des Regierungskommissars Kocsárd in Westungarn.

Am 14. November übertrug Verordnung 4020/1944 den Kommissaren in ihren Operationszonen sämtliche Kompetenzen, die zuvor die Fachminister als oberste

[418] Den Text der Verordnung einschließlich der angewiesenen Verteilung der einzelnen Ministerien vgl. ebenda, Nr. 45, S. 94 ff. Es würde zu weit führen, die weiteren Evakuierungsmaßnahmen zu verfolgen. Quellen zum Thema befinden sich z. B. in Sorsforduló I und II; Karsai/Somlyai, 1970, und anderen Editionen zur Befreiung Ungarns.

[419] Budapesti Közlöny Nr. 247, 29. 10. 1944, zitiert nach Sorsforduló I, Nr. 29, S. 56, Anm.

[420] MTK III, S. 997.

[421] Vgl. Pester Lloyd Nr. 248, 31. 10. 1944, S. 3 sowie Teleki, 1974, S. 330, Anm. 21. Es werden 13 bzw. 14 Namen aufgeführt.

[422] Magyarság Nr. 247, 29. 10. 1944, S. 5; auch NL Henney, masch. Telefonverzeichnis Oktober 1944; Teleki, 1974, S. 330, Anm. 22. Es handelte sich um die ehemaligen Obergespane Dr. Lajos Varga und Dr. László Szlávy für die 1. bzw. 3. Armee und den Grundbesitzer Imre Návay für die 2. Armee.

[423] Sorsforduló I, Nr. 29, S. 56, Anm.

[424] Die Namen und Zuteilungen vgl. Pester Lloyd Nr. 248, 31. 10. 1944, S. 3; Teleki, 1974, S. 330, Anm. 22.

[425] Hivatalos Közlöny Nr. 1, 6. 1. 1945, S. 1.

Dienstherren der einzelnen Behörden ausgeübt hatten. Sie wurden ferner zur letzten Appellationsinstanz in Kriegsgerichtsprozessen. Die Kommissare standen folglich an der Spitze von regionaler Verwaltung, Polizei und anderen Behörden und verfügten zudem, so die Verordnung weiter, über alle Parteiorganisationen und -dienste der NYKP[426]. Innenminister Vajna begründete die Entscheidung für die neue Verwaltungsgrundlage: „Infolge der Entwicklung der militärischen Lage mußte man dafür Sorge tragen, eine Behörde für die Ausübung der entsprechenden sachlichen Befugnisse der einzelnen Minister zu bestimmen, die für die unteren Behörden und die Allgemeinheit relativ leicht zu erreichen ist. Am geeignetsten erscheint hier der Regierungskommissar für das Operationsgebiet, den die Verordnung mit den entsprechenden sachlichen Befugnissen der einzelnen Minister bevollmächtigt."[427]

Tatsächlich entbehrte dieser Schritt der Kompetenzverlagerung weg von den obersten Zentralinstanzen nach unten auf regionale Ebene in der gegebenen Situation nicht der inneren Logik und Notwendigkeit. Die Evakuierung der Ministerien nach Westungarn einerseits, andererseits die infolge des Kriegsverlaufs auftretenden Kommunikationsprobleme machten es den Ressortministern oft unmöglich, ihren Amtspflichten vor Ort nachzukommen[428]. Allerdings stiftete die Verordnung in ihrer unklaren Abfassung weitgehende Verwirrung, die Raum ließ für die Entfaltung der machtpolitischen Ambitionen einzelner Kommissare. Unklar war z.B., wer zu welchem Zweck die Gliederungen der Partei in Anspruch nehmen durfte. Szálasis später Einsicht zufolge war nur Endre dazu befugt[429]. Die Praxis sah anders aus: Einige Kommissare begannen sogar, sich in die Angelegenheiten der Partei einzumischen. NYKP-Organisationsleiter Kovács sah sich am 18. Januar 1945 zum Erlaß der „Verordnung Nr. 139" gezwungen, in der er den Parteiführern mitteilte, „daß die Regierungskommissare der Operationsgebiete in die inneren Angelegenheiten der Parteigliederungen nicht hineinreden, keine organisatorischen Anweisungen geben und keine personellen Veränderungen bewerkstelligen dürfen"[430].

Auf der anderen Seite stießen die Kommissare mit dem Verwaltungsapparat zusammen. Minister und Beamte, die entweder keine Parteimitglieder waren oder über keinen direkten Rückhalt und keine Hausmacht in der Partei verfügten, gerieten ins Hintertreffen. Der Untergespan des Komitats Pest-Pilis-Solt-Kiskun beschwerte sich, daß in Hinblick auf die Evakuierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft von den Regierungskommissaren für die Operationsgebiete sachlich falsche Anordnungen getroffen worden seien; es müßten dringend Fachleute neben sie gestellt werden[431]. Auf der Ministerratssitzung vom 18. Dezember trugen sich die nichthungaristischen Minister Szász, Rajniss und Reményi-Schneller offen mit Rücktrittsgedanken. Besonders letzte-

[426] Vgl. PRO. FO 371.39267: Review of the Foreign Press, Series A: Memorandum Nr. 258, 5.12.1944.

[427] Dunántúli Hírlap, 18.11.1944, zitiert nach Teleki, 1974, S. 241 f.

[428] PRO. FO 317.39267: Review of the Foreign Press, Series A: Memorandum Nr. 258, 5.12.1944.

[429] IfZ, MA 1541/1, B. 738: Antwort Szálasis auf Fragen während seiner Landesrundfahrt, 21.1.1945.

[430] Ebenda, 1541/4, B. 461.

[431] Sorsforduló I, Nr. 29, S. 54 f.: Protokoll der Konferenz beim Innenminister über die Evakuierung Budapests, 25.10.1944.

rer äußerte sich ausgesprochen ungeduldig, da die Kommissare reihenweise seine Finanzdirektoren ihres Amtes enthöben, ohne ihn zu fragen, und Leute einsetzten, die sein Vertrauen nicht besäßen[432].

Handels- und Verkehrsminister Szász forderte am 29. Dezember vom stellvertretenden Ministerpräsidenten die Verhaftung von Emánuel Kocsárd, dem Kommissar für das Operationsgebiet des Komitats Vas. Er könne und wolle seinem Amt nicht mehr nachgehen, da es mit Kocsárd ständig Reibereien und Kompetenzstreitigkeiten gebe. Nur mit Mühe konnte er von diesem Schritt zurückgehalten werden[433]. Der Streitpunkt war typisch: Kocsárd hatte am 27. Dezember unter Berufung auf seine Vollmachten den Eisenbahnbetriebsdirektor von Szombathely seines Postens enthoben. Zur Begründung berief er sich auf die mündlichen Meldungen der bei der Direktion und Betriebsdirektion der Eisenbahn tätigen Parteibeauftragten: Trotz entsprechender Unterbreitungen beim Handels- und Verkehrsminister seien von diesem keine Maßnahmen getroffen worden, so daß er selbst nach Rücksprache mit Endre aktiv geworden sei und die Amtsenthebung angeordnet habe[434]. Für die Minister sah der Fall völlig anders aus. Auch nach Szöllösis Ansicht hatte Kocsárd den Eisenbahnbeamten völlig unbegründet entlassen, dem zuständigen Minister zuvor keine Meldung über die Angelegenheit erstattet und auch nachher keine konkreten Beschwerden vorbringen können. Der Vorfall war so ernst, daß er Szálasi vorgetragen wurde[435].

Bei Kocsárd – von Beruf Bauingenieur; NYKP-Komitatsleiter, Regierungskommissar und Obergespan des Komitats Vas[436] – scheint es sich um einen besonders eifrigen Regierungskommissar und Parteifunktionär gehandelt zu haben, der sich an keine institutionellen Beschränkungen durch traditionelle Organe halten wollte und sogar die Regierung angriff: Er hatte sich den Ministern gegenüber zu einem Zeitungsartikel mit dem Titel „Weg mit den Nörglern" hinreißen lassen und die vom Ministerrat verfolgte politische Linie als gegen das Gemeinwohl gerichtet bezeichnet. Szöllösi folgerte auf der Ministerratssitzung vom 10. Januar, auf der Handelsminister Szász erneut mit seinem Rücktritt drohte, daß, wenn er nicht sofort in dieses „Wespennest" greife, der Zerfall des Kabinetts beginne, und schlug vor, Kocsárd seines Amtes zu entheben, was bei mehreren Ministern (Kassai, Kovarcz, Vajna) augenblickliche Zustimmung auslöste[437]. Die Angelegenheit wurde untersucht. Kocsárd verfaßte Ende Januar 1945 einen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit als Regierungskommissar[438], doch kam es zu keinen Konsequenzen, geschweige denn einer Amtsenthebung.

Der Abschlußbericht Szöllösis für das Jahr 1944 vermerkte die ständigen Reibereien und Divergenzen zwischen regulärer Verwaltung und Regierungskommissaren, und zwar sowohl der Kommissare für Sonderaufgaben als auch der für die Operationsgebiete, die ein erhebliches Störelement dargestellt haben müssen[439]. Der ohnehin nur schwer zu wahrende Überblick über das Kommissarswesen im Pfeilkreuzler-Rest-

[432] NL Szöllösi: TB, 18. 12. 1944, S. 20.
[433] Ebenda, 29. 12. 1944, S. 33.
[434] NL Henney: Rechtfertigungsschrift Kocsárds, 27. 1. 1945, S. 1.
[435] NL Szöllösi: TB, 29. 12. 1944, S. 33 f.
[436] Sorsforduló I, Nr. 22, S. 44; Magyarság Nr. 250, 4. 11. 1944, S. 3.
[437] NL Szöllösi: TB, 10. 1. 1945, S. 15 f.
[438] NL Henney: Rechenschaftsbericht Kocsárds, 27. 1. 1945.
[439] NL Szöllösi: TB, Anlage 1: Bericht 1945, 4. 1. 1945, S. 2.

staat verkompliziert sich weiter durch die Tatsache, daß fast zeitgleich mit seinem Aufbau bereits wieder seine Demontage angeordnet wurde, ein beinahe unglaublicher Vorgang. Schon der erste Arbeitsplan des Versorgungsministeriums, der die bis zum 1. November 1944 (!) zu erledigenden Aufgaben aufzählte, enthielt als Punkte 5 und 6 die Rückgliederung der Preis- wie der Brennstoffversorgungskommission in das Ministerium[440]. Vom 26. November datieren zwei Erlasse Szálasis über die Aufhebung sämtlicher Regierungskommissare zum 1. Januar bzw. 1. Februar 1945; dies geschehe, so die Begründung, in Zusammenhang mit der „Umstellung im Personalwesen" in den einzelnen Ministerien, einvernehmlich mit dem Kommissar für das Personalwesen, Csaba Gál[441].

Trotz einiger interner Widersprüche[442] lassen sich beide Erlasse durch Hinzuziehung weiterer Quellen dahingehend interpretieren, daß die meisten Regierungskommissare für Sonderaufgaben ihre Tätigkeit zum 1. Januar, die für die Operationsgebiete zum 1. Februar einstellen sollten. Ein von der deutschen SS erstellter „Lagebericht Südosteuropa" meldete, daß am 20. Dezember eine Regierungsverordnung den Wirkungskreis des Versorgungsministers neu festgelegt und „die Tätigkeit sämtlicher Regierungskommissare mit sofortiger Wirkung" aufgehoben habe. Der Minister sei verantwortlich für Ablieferung, Aufkauf, Lagerung und Verteilung der diversen Güter für militärische und zivile Zwecke und könne sämtliche bisher damit befaßten Behörden sowie Polizei, Gendarmerie und im Notfall das Militär in Anspruch nehmen[443]. Der Abschlußbericht Szöllösis für 1944 begrüßte denn auch nachhaltig die „große Erleichterung und wesentliche Besserung", die jene Anordnung Szálasis bewirkt habe[444].

Die Störung einer geregelten Regierungs- und Verwaltungstätigkeit durch die Kommissare wäre alleine niemals der ausschlaggebende Grund für ihre Abschaffung gewesen. Nach der Tagebuchaufzeichnung des Kultusministers Rajniss war es deutscher Druck, der Szálasi veranlaßte, jenes „Gesindel" loszuwerden[445]. Für diese Interpretation finden sich jedoch in den vorliegenden Quellen keine Belege[446]. Vielmehr zeigt sich an dieser Stelle der doppelte, letztlich widersprüchliche Zug hungaristischer Staats- und Verwaltungsvorstellungen: einmal eine Vereinfachung und Rationalisierung des administrativen Aufbaus, um dem Führerprinzip entsprechende klare Zuständigkeiten und Befehlswege zu schaffen. Demgemäß wurden die Sonderkompetenzen der im Versorgungsbereich tätigen Kommissare wieder dem zuständigen Ressortministerium rückübertragen[447]; die Aufgaben des Regierungskommissars für Akademikerarbeitslosigkeit nahm in Zukunft die Hauptabteilung IV des Ministerpräsidiums wahr[448].

[440] IfZ, MA 1541/14, B. 918.
[441] Ebenda, B. 1070 ff.
[442] Die Regierung hatte offensichtlich selber den Überblick über das wuchernde Kommissarswesen verloren.
[443] BA, R 58/528: Lagebericht Südosteuropa Nr. 295, 17.–31. 12. 1944, S. 59; vgl. auch NL Szöllösi: TB, 19. und 22. 12. 1944, S. 21, 24 sowie Hivatalos Közlöny Nr. 1, 6. 1. 1945, S. 1, über die Aufhebung einiger Kommissariate zu diesem Termin.
[444] NL Szöllösi: TB, Anlage 1: Bericht 1945, 4. 1. 1945, S. 2.
[445] TB Rajniss, 5. 4. 1945, S. 62.
[446] Dies bedeutet nicht, daß es nicht doch deutsche Initiativen gab.
[447] BA, R 58/528: Lagebericht Südosteuropa Nr. 295, S. 59.
[448] IfZ, MA 1541/3, B. 724: Angyal an Pethö, Köszeg, 23. 1. 1945.

Andererseits ist die Tendenz unverkennbar, das bestehende Staats- und Verwaltungsgefüge umzuformen und einen der hungaristischen Ideologie Genüge leistenden Apparat zu errichten, was mit den mißtrauisch beäugten traditionellen Institutionen einschließlich des Kommissarswesens nicht zu machen war. In diesem Sinne wurde Csaba Gál, der als dem Innenministerium zugeordneter Kommissar für Personalangelegenheiten ohnehin nur einen mühsam „verstaatlichten" Parteibeauftragten darstellte, zum Leiter des neu geschaffenen „nationalpolitischen Amts für Personalwesen", in dem sich das Hineinwirken der Monopolpartei in den Staatsapparat institutionalisierte. Die Funktionen der aufgehobenen Regierungskommissariate wurden also entweder wieder von den Ministerien übernommen oder neuen, der Ideologie eher entsprechenden Institutionen wie Parteibeauftragten oder nationalpolitischem Arbeitsstab übertragen. Auf diesen Zusammenhang verwies auch ein SS-Lagebericht Anfang Januar: „Innenpolitisch wäre auf die fortgesetzte Organisationstätigkeit der Regierung Szalasi hinzuweisen, die noch immer keine einheitliche Linie gefunden zu haben scheint. Auf der einen Seite werden wohl Vereinfachungen im Verwaltungsapparat vorgenommen, wie z. B. die unter 3. und 4.1. erwähnte Auflassung des Amtes der Regierungskommissare für die verschiedenen Ressorts, andererseits wächst jedoch die Sucht Szalasis, alles auf alle Fälle um-, durch- und neuzuorganisieren. Der von ihm so lange gehegte Lieblingsgedanke eines Staatsgeneralstabes nimmt immer greifbarere Formen an."[449]

Das Zusammentreffen von Ideologie und mangelnder Verwaltungspraxis führte allerdings in dem vor dem militärischen Zusammenbruch stehenden Land zu katastrophalen Auswirkungen. Insbesondere Szálasi selbst kümmerte sich wenig um die verwaltungstechnischen Aspekte seiner Anweisungen. Der bereits zitierte Jahresbericht 1944, der die Abschaffung der Regierungskommissare lebhaft begrüßt hatte, vermerkte mit einem deutlichen Ton des Bedauerns die noch verbliebenen Positionen der Kommissare für die Operationsgebiete[450]. Diese, obwohl aufgrund der sich ständig verändernden militärischen Lage bereits 1944 Um- und Neubesetzungen unterworfen[451], sollten aber, so die eigenhändige Notiz Szálasis am Rand des Berichts, auch weiterhin tätig sein.

Es blieb Ministern und Verwaltung also nichts anderes übrig, als sich mit der gegebenen Situation abzufinden. Um weitere Spannungen zu vermeiden, trat Szöllösi ab 29. Dezember mit dem Führer der Zivilverwaltung der Operationsgebiete, Endre, in Kontakt, um auf einer gemeinsamen Konferenz aller Kommissare die entstandenen Probleme anzusprechen und zu beseitigen[452]. Auf der am 2. Januar in Szombathely stattfindenden Zusammenkunft rief der stellvertretende Ministerpräsident dazu auf, die kritische Lage nicht noch zu erschweren; aus jeder übereilten Maßnahme könnten Verwicklungen entstehen, die jetzt im schlimmsten Augenblick, nämlich nach der

[449] BA, R 58/528: Lagebericht Südosteuropa Nr. 296, 1.–7. 1. 1945, S. 71 f.

[450] NL Szöllösi: TB, Anlage 1: Bericht für 1944, S. 2 f. Auch andere Regierungskommissare stellten nachweislich ihre Tätigkeit zu einem späteren als dem vorgesehenen Zeitpunkt ein; vgl. z. B. die Verordnungen im Amtsblatt Hivatalos Közlöny Nr. 14, 19. 2. 1945, S. 1 oder Nr. 19, 16. 3. 1945, S. 2.

[451] Vgl. z. B. die Verordnung 4115/1944 M.E. vom 22. 11. 1944, in: Hivatalos Közlöny Nr. 1, 6. 1. 1945, S. 1.

[452] NL Szöllösi: TB, Anlage 1: Bericht für 1944, S. 3.

Gründung der Gegenregierung in Debrecen, dem Gegner ein in Zersetzung befindliches Herrschaftsgefüge vor Augen führten[453].

Diese und ähnliche Appelle fruchteten nichts, die Streitigkeiten hielten an. Szálasis ideologiegeleitete Anweisungen machten die Situation immer undurchsichtiger und verworrener. Mitten im militärischen Zusammenbruch schwebte ihm nun die Realisierung eines „hungaristischen Obergespans" vor. Bereits im Dezember 1944 bestimmte eine Verordnung als Vorbereitung dieses Vorhabens, daß die Obergespane, die von der Zentralregierung eingesetzten höchsten Beamten der Komitate, über dieselben Kompetenzen verfügen sollten wie die Regierungskommissare, was das Chaos noch vergrößerte:

> „Es macht die Verwicklung der Befugnisse noch verwickelter, daß aufgrund der letzten Anordnungen auch die Obergespane über die Kompetenzen der Regierungskommissare für die Operationsgebiete verfügen. Daraus entsteht eine Situation, daß auf genau demselben Gebiet zwei Leute über genau dieselben Befugnisse verfügen; z.B. kann für das Gebiet des Komitats Veszprém in erster Linie der mit den Befugnissen des Regierungskommissars für die Operationsgebiete bekleidete Obergespan des Komitats Veszprém Anordnungen treffen, aber auch der dem Befehlshaber des militärischen Bezirks Szombathely zugeordnete Regierungskommissar für das Operationsgebiet auf genau demselben Gebiet mit denselben Befugnissen."[454]

In einem zweiten Schritt wurden nun die Kommissare für die Operationsgebiete abgeschafft, d.h. auch hier verband sich ihre Aufhebung mit der geplanten Übernahme ihrer Funktionen durch eine neue, „hungaristische" Institution. Am 17. Januar wies Szálasi seinen Innenminister an, bis zum 1. März jene Kommissare aufzulösen und ihre Kompetenzen den Obergespanen zu übertragen, die gleichzeitig auch das Amt des NYKP-Komitatsführers ausüben sollten[455]. Dadurch sollten, so ein deutscher Bericht, „die Arbeit der Partei und die Tätigkeit der Verwaltung in vollen Einklang gebracht, sowie die Priorität der Partei gesichert werden, was sich im Interesse der Erreichung der hochgestreckten [sic] Ziele der Partei als unumgänglich erwiesen hat"[456]. Die Abschaffung der Regierungskommissare für die Operationsgebiete hatte also nichts mit der Tatsache zu tun, daß sie ohnehin wegen des Vordringens der Roten Armee überflüssig wurden, sondern diente dem Fernziel der Integration der Partei in den Staatsapparat. Auf der Ministerratssitzung vom 7. Februar legte Szöllösi einen entsprechenden Verordnungsentwurf über die „vorläufige Einstellung" der Kommissare vor[457], der erwartungsgemäß angenommen wurde[458].

Die Parteibeauftragten

Schon früh, am 18. Oktober 1944, machte Gera, der NYKP-Aufbauleiter, in einer Parteiverordnung das Selbstverständnis der Pfeilkreuzpartei über ihre Rolle im hungaristischen Staat deutlich: „Aufgabe der Partei ist die Unterstützung der die Ordnung aufrechterhaltenden Arbeit der Behörden, die Sicherung der Fortführung der Produk-

[453] Ebenda, TB, 2.1.1945, S.1f.
[454] Ebenda, TB, Anlage 1: Bericht für 1944, S.3; vgl. auch Teleki, 1974, S.242, 372, Anm.25.
[455] IfZ, MA 1541/7, B.148: Kurzprotokoll der Audienz Szálasi-Vajna, 17.1.1945.
[456] BA, R 58/528: Lagebericht Südosteuropa Nr.305, 4.–11.3.1945, S.42.
[457] NL Szöllösi: TB, Anlage 14: Bericht für Februar 1945, Köszeg, 5.3.1945, S.9.
[458] Vgl. die Veröffentlichung des Amtsblatts Hivatalos Közlöny Nr.19, 16.3.1945, S.2; auch Teleki, 1974, S.242f.

tion und die Kontrolle der Ausführung der vom Führer der NYKP-HM sowie von den Ministerien erlassenen oder noch zu erlassenden Verordnungen im praktischen Leben."[459]

Der Text, der danach fast täglich im Parteiblatt „Összetartás" wiederholt wurde, beinhaltet nicht nur das ideologisch begründete Recht der Partei auf Intervention bzw. Mitwirkung an den Aufgaben der staatlichen Exekutive inklusive der Polizei, sondern deutet an, daß nicht nur Regierungs-, sondern auch Parteiverordnungen im öffentlichen Leben zur Geltung gebracht werden sollten. Die Partei wurde zur unverantwortlichen Exekutive und Kontrollinstanz neben dem Staats- und Verwaltungsapparat. Derselbe, oben zitierte Parteierlaß verfügte weiter: „Die Führer der Parteiorganisationen vertreten die den politischen Willen der Nation tragende Partei gegenüber den lokalen Exekutivorganen. [...] Wenn der Führer der Parteiorganisation irgendeine nationsfeindliche Aktivität oder auch nur Verzögerung bei der Ausführung der erlassenen Maßnahmen wahrnimmt, greift er sofort ein. Er erstattet nur dann Bericht, wenn Beendigung oder Vergeltung des wahrgenommenen Phänomens zentrales Eingreifen erfordern."[460]

Obwohl eine gleichzeitig veröffentlichte Anordnung davor warnte, „Maßnahmen ohne gesetzliche Rechtsgrundlage" zu ergreifen, wogegen von seiten der Parteiführung „unbarmherzig" vorgegangen würde[461], waren hiermit der Willkür doch Tür und Tor geöffnet. Auf allen Ebenen, von der Gemeinde bis zum Komitat, begannen die lokalen und regionalen Parteigliederungen, sich als politisch maßgebliche Faktoren in Politik und Verwaltung einzuschalten, Entscheidungen zu treffen und Anweisungen zu geben, ohne daß ihre Befugnisse eindeutig geklärt waren. Um ihren Kontrollaufgaben nachkommen zu können, wurden auf alle administrativen Ebenen, aber auch in die wichtigeren Unternehmungen „Parteibeauftragte" (pártmegbizottak) entsandt, für eine radikale, auf rasche, umfassende Änderungen in Staat und Gesellschaft zielende Partei wohl die einzige Möglichkeit, an Ort und Stelle direkten Einfluß auszuüben.

Bereits am 22. Oktober 1944 teilte Emánuel Kocsárd, NYKP-Führer im Komitat Vas, dem Untergespan unter Berufung auf jene Parteiverordnung mit, „daß ich im Interesse der ordnungserhaltenden Arbeit der Behörden und der Gewährleistung des politischen Willens der Nation es für unbedingt notwendig halte, daß ein Parteibeauftragter in das unter der Leitung des Herrn Untergespan stehende Amt entsandt wird. Ich teile dem Herrn Untergespan mit, daß es Recht und Pflicht des Parteibeauftragten ist, den gesamten Geschäftsgang zu kontrollieren und, falls notwendig, Anweisungen zu geben."[462]

Während die lokalen und regionalen Parteiverbände offenbar ganz selbständig die Entsendung von Parteibeauftragten in die mittlere und obere Verwaltungsebene verfügten, versuchte die Parteiführung, diesen Wildwuchs in den Griff zu bekommen,

[459] Összetartás Nr. 240, 21. 10. 1944, S. 3.
[460] Ebenda.
[461] Ebenda.
[462] Sorsforduló I, Nr. 22, 22. 10. 1944, S. 44. Ein Schreiben ähnlichen Inhalts erhielt auch der Bürgermeister von Szombathely. Nach ebenda, Nr. 28, S. 52, Anm., übernahm die NYKP ihre Kontrolltätigkeit auf der unteren Verwaltungsebene der Kreise nur sehr schleppend. Man kann jedoch davon ausgehen, daß dies von Ort zu Ort sehr verschieden war.

aber auch nach Szálasis Wahl zum Führer der Nation die Ministerien und andere wichtige Ämter stärker unter Kontrolle zu stellen[463].

Für diesen Zweck wurde zunächst die Stelle des „Regierungskommissars für Personalangelegenheiten" (személyügyek kormánybiztosa) im Innenministerium geschaffen. Seine Aufgaben und Befugnisse[464] regelte die Verordnung 3228/1944 M.E. vom 4. November 1944, derzufolge er die „Personalangelegenheiten" der Beschäftigten im öffentlichen wie im privaten (!) Bereich überprüfen, kontrollieren und gegebenenfalls die nötigen personellen Veränderungen einleiten sollte. Dieser politisch wie ideologisch hochbrisante Posten wurde nicht nur mit einem alten Hungaristen besetzt (seit 1. November: Csaba Gál[465]), sondern stand auch formal auf der Schnittstelle zwischen Staats- und Parteiapparat. Der Kommissar war ermächtigt, Parteibeauftragte in alle Ministerien zu ernennen und zu beaufsichtigen. Die Beauftragten selbst galten laut Verordnung „als ein den betreffenden Ministern nebengeordnetes Organ". Sie waren reine Parteifunktionäre, die über die Institution des Personalkommissars nur locker mit dem Staatsapparat in Verbindung standen. Die Verordnung erteilte ihnen die Berechtigung, die politische Zuverlässigkeit aller öffentlich oder privat Beschäftigten in Ministerien, den nachgeordneten Behörden, öffentlichen oder privaten Institutionen, Gesellschaften, Unternehmungen, Betrieben und Fabriken zu überprüfen und beim zuständigen Minister die notwendigen Personalveränderungen zu beantragen[466].

Hier waren nicht nur Reibereien zwischen Ressortministern und Regierungskommissaren bzw. Parteibeauftragten wegen ungeklärter Kompetenzen, Aufgabenbereiche und Unterordnungsverhältnisse vorprogrammiert, sondern ebenso zwischen Parteibeauftragten und Administration sowie den Regierungskommissaren für die Operationsgebiete, die ja ebenfalls befugt waren, die Verwaltung zu kontrollieren und personelle Veränderungen anzuordnen. Da zudem die Partei ihre in der Verordnung vom 18. Oktober angesprochenen Kontrollaufgaben sehr extensiv auslegte, kam es zu direkten Zusammenstößen zwischen NYKP und der staatlichen Exekutive.

Während die Parteibeauftragten in den einzelnen Ministerien ihre Tätigkeit erst sehr spät, nämlich ab Dezember 1944 aufnahmen[467], war ihre Installation auf allen anderen Ebenen bereits in vollem Gange. Der in der Situation der Machtergreifung entstandene Wildwuchs war jedoch nicht mehr zu beseitigen. In einem Rundbrief an die Gliederungen der NYKP schrieb der Parteibeauftragte im Innenministerium, Bodonyi, am 19. Januar, daß er es für ausgesprochen schädlich halte, wenn an vielen Orten neben den auf amtlichem Weg ernannten Parteibeauftragten auch von lokalen Parteiorganisationen bestimmte Beauftragte wirkten. Er hoffe, in Absprache mit dem Leiter für den Parteiaufbau eine klare Lösung zu schaffen, „denn wenn zweierlei Parteibeauftragte tätig sind, so kann dies nur Ursache zur Verwirrung sein". Aus demselben

[463] Vgl. hierzu auch Teleki, 1974, S. 95.

[464] Im folgenden aus: Összetartás Nr. 259, 5. 11. 1944, S. 3; auch Teleki, 1974, S. 238.

[465] Virradat Nr. 45, 6. 11. 1944, S. 4. Wie so oft, scheint auch hier der Amtsträger schon vor seiner offiziellen Ernennung tätig gewesen zu sein. Mit Gál gab es ständige Probleme persönlicher Art. Er war taktlos, unnachsichtig und gab sich hemmungslos Wein, Weib und Gesang hin. Es finden sich zahlreiche Beschwerden über sein rüdes Verhalten; vgl. NL Szöllösi: TB, 21. 12. 1944, S. 23, 10. 3. 1945, S. 138.

[466] Összetartás Nr. 259, 5. 11. 1944, S. 3.

[467] Teleki, 1974, S. 238. Der Parteibeauftragte im Ministerpräsidium, Dr. Ernö Vajna, trat seinen Dienst verspätet am 23. 12. an; vgl. NL Szöllösi: TB, 23. 12. 1944, S. 26.

Schreiben geht hervor, daß Szálasi die Einstellung von Parteibeauftragten bis auf Gemeindeebene hinunter angeordnet hatte, die in Aussicht gestellte Verordnung zur Regelung ihrer Tätigkeit jedoch noch nicht erschienen war; eine eindeutige Bestimmung und Abgrenzung der Kompetenzen konnte nicht vorgenommen werden. So mußte sich auch Bodonyis Rundbrief mit der Erklärung begnügen, daß die Verwaltung keineswegs über die Parteibeauftragten verfügen dürfe, daß aber umgekehrt es auch diesen nicht gestattet sei, sich in rein administrative Angelegenheiten einzumischen[468].

Das entstandene Kompetenzchaos resultierte also zum einen aus der ungeregelten Nebenordnung von Staat und Partei, zu nicht geringen Teilen aber auch aus dem Versagen der Parteiführung, die sich zu keinem Zeitpunkt in der Lage zeigte, den Überblick zu bewahren und ihren eigenen Beauftragten Anweisungen zu erteilen. Der Parteibeauftragte in der Zentrale der Geldinstitute (Pénzintézeti Központ), der dort am 17. Oktober auf Befehl die Kontrolle übernommen hatte, beklagte sich bereits am 22. November in einem Brief an Szálasi, daß er keinen schriftlichen Auftrag, keine konkreten Anweisungen erhalten habe, so daß er sich wider Willen gezwungen sehe, auch in Fragen von landesweiter Bedeutung eigenständig zu entscheiden[469].

Das Hauptdilemma war natürlich, daß die Parteibeauftragten in vielen Fällen nicht die notwendigen Kompetenzen besaßen, um „ihr" Sachgebiet zu kontrollieren. Der oben zitierte NYKP-Beauftragte, immerhin ein Fachmann und seit 25 Jahren in der Zentrale der Geldinstitute tätig, mußte zugeben, daß die in die Großbanken abgeordneten Parteibeauftragten großenteils nicht über die nötigen Kenntnisse verfügten, so daß er hungaristisch gesinnte Revisoren aus seiner eigenen Dienststelle neben sie ernennen mußte[470]. Damit stand also ein Kontrolleur hinter dem Kontrolleur des Bankdirektors, eine Konstruktion, die weder der Übersichtlichkeit der Verhältnisse noch dem Ansehen der Partei zuträglich sein konnte.

Ministerien und Behörden beschritten zunächst einen typisch bürokratischen Weg, um mit den unbequemen, sich in alles einmischende Funktionären fertig zu werden. Sie begannen, die Parteibeauftragten durch die Vergabe von Ämtern und Titeln zu „verstaatlichen", sie in den Staatsapparat und seine Hierarchie einzubauen und damit zu disziplinieren, was diese in Hinblick auf eine potentielle Machterweiterung auch zu akzeptieren schienen. Anfang Dezember 1944 verfügte Szálasi, alle Parteibeauftragten von ihren mittlerweile erworbenen staatlichen Ämtern zu entheben, da sie nicht den einzelnen Ministerien, sondern ausschließlich der Partei angehörten[471]. Am 15. Januar 1945 jedoch mußte dieses Verbot wiederholt werden[472].

[468] Zitiert nach Teleki, 1974, S. 243 f.

[469] IfZ, MA 1541/12, B. 767 f. Der Regierungskommissar für das Personalwesen, Csaba Gál, hatte sofort nach der Machtübernahme Parteibeauftragte und „Ministerialkommissare" in die Budapester Großbanken zur Durchführung personeller Säuberungen entsandt. Allerdings wurden auch letztere nicht amtlich bestätigt, da Finanzminister Remény-Schneller in einem Akt passiver Resistenz die Anerkennung der längst tätigen Kommissare ständig „vergaß"; vgl. ebenda, 1541/1, B. 58: Nationalbankpräsident Temesváry über Konflikte mit dem Finanzminister, 13. 11. 1944.

[470] Ebenda, 1541/12, B. 767.

[471] NL Szöllösi: TB, 8. 12. 1944, S. 4 f.

[472] Teleki, 1974, S. 240.

Es blieb also bei ständigen Streitigkeiten, Machtkämpfen und Intrigen. Die Partei klagte über „seelische Vergiftung", „Defaitismus" und „Kleingläubigkeit" unter der Bevölkerung, die von Behörden und renitenten einzelnen Beamten, z. B. „wegen dessen allgemein bekannter feudaler Auffassung", gefördert würden und nur dadurch zu beseitigen seien, „daß wir drastisch in die Verwaltungsmaschinerie eingreifen und gnadenlos jene Leute entfernen, gegen die zwar keine konkreten Anklagen zu erheben sind, aber von denen jederzeit und überall die oben erwähnte pfeilkreuzlerfeindliche Mentalität und Verhaltensweise offensichtlich wird"[473].

Dabei war es das Dilemma der Pfeilkreuzler, daß sie bei weitem nicht über die Anzahl von Anhängern verfügten, die nötig gewesen wären, den gesamten Verwaltungsapparat mit politisch verläßlichen Beamten zu durchsetzen. Diese Schwachstelle bemerkte SD-Chef Geschke bereits einen Monat nach Szálasis Machtübernahme[474]: „Die Regierung hat zwar die führenden Beamten, insbesondere die Obergespane ausgewechselt, die Kontrolle über das Staatsgeschehen ist jedoch noch unzulänglich, da die mittlere Beamtenschaft noch nicht vom neuen Geist erfasst und ihre Arbeit noch keineswegs den Erfordernissen der derzeitigen Lage angepasst ist. Der alte langsame Bürokratentrott ist noch vielfach festzustellen." Die „liberalistische Einstellung der Beamtenschaft", so der Bericht weiter, erschwere die Durchführung der notwendigen Maßnahmen: „In allen Behörden bilden sich Zellen und Cliquen jener Leute, die das gegenwärtige Regime so gut als möglich überdauern wollen, um nach Änderung der politischen Lage im geeigneten Moment in den Vordergrund zu treten. [...] Eine wirkliche Durchdringung des nat.soz. Gedankens in der öffentlichen Verwaltung ist aber noch nicht gelungen."

Umgekehrt führten die Behörden Beschwerde über Parteiorgane und -beauftragte, die ohne Absprache oder Information inkompetente Maßnahmen ergriffen, die entsprechenden administrativen Verfügungen völlig zuwiderliefen und besonders im Versorgungswesen erhebliche Störungen und Verwirrungen verursachten[475]. Andere, wie z. B. Nationalbankpräsident Temesváry, selbst ein Hungarist, widersetzten sich dem Einbau eines Parteimannes in ihre Behörde. Temesváry schrieb einen Monat nach einer entsprechenden Aufforderung am 26. Januar 1945 zurück: „ich kann unter den gegenwärtigen Umständen keinen Verbindungsmann bestimmen. Wie ich aus der Praxis ersehe, bin ich selbst als Verbindungsmann genug."[476]

Die Übergriffe der Partei erstreckten sich bis auf das Militär, so daß eine am 12. Dezember veröffentlichte Parteiverordnung zum Schutz der „inneren Ordnung und Würde" der Armee es den Parteimitgliedern aufs allerschärfste untersagte, Honvédoffiziere und -soldaten sich in der Öffentlichkeit ausweisen zu lassen; dafür seien ausschließlich die Ortskommandanten zuständig[477]. Das Verhältnis zwischen Armee und Partei war damit jedoch noch nicht geklärt. Ende Dezember beispielsweise erteilte der

[473] Lengyel/Sáry/Tirnitz, Bd. II, Nr. 1, S. 305: Bericht des NYKP-Leiters des Komitats Sopron, Dr. Tibor Pap, an den Obergespan, Sopron, 27. 11. 1944; auch Teleki, 1974, S. 245.
[474] IfZ, MA 652/1: Akten BdS Slowakei, B. 5692 f.
[475] Vgl. Beispiele bei Lengyel/Sáry/Tirnitz, Bd. II, Nr. 5, S. 311 f.; Nr. 10, S. 316 f. usw.
[476] Zitiert nach Teleki, 1974, S. 239.
[477] Összetartás Nr. 289, 12. 12. 1944, S. 2.

NYKP-Führer der Stadt Köszeg einer militärischen Einheit ungeniert Befehle, woraufhin Beregfy den Mann wegen Kompetenzüberschreitung verhaften lassen wollte[478]. An anderen Orten nahmen lokale Parteiorganisationen Offiziere in Haft, was von Szálasi daraufhin strengstens verboten wurde. Noch am 5. Februar erging eine Anweisung an alle Parteiorganisationen, daß die NYKP „aus keinerlei Gründen das Recht hat, sich in die Angelegenheiten der Armee zu mischen"[479].

Die Minister erregten sich ebenfalls heftig über die sie behindernden Parteibeauftragten. Während der NYKP-Mann im Propagandaministerium einen Skandal verursachte, indem er 116000 Pengö veruntreute und von dem sich im Lauf der Untersuchungen herausstellte, daß er nicht einmal Parteimitglied war[480], mußte Minister Hellebronth seine Teilnahme an der Ministerratssitzung am 10. Januar wegen Treibstoffmangels absagen, da ein Parteibeauftragter die sechs vollen Tankwagen aus Sopron abbeordert habe[481]. Justizminister Budinszky schließlich teilte kurz vor Weihnachten vertraulich mit, er fühle sich gezwungen, sich in zwei Angelegenheiten beim Kommissar für Personalangelegenheiten Gál zu melden und wahrscheinlich nach Canossa zu gehen, worauf der stellvertretende Ministerpräsident meinte, es sei nicht „gesund", daß man offensichtlich Gáls Gnade erwerben müsse, wenn man in Ruhe arbeiten wolle[482].

Am Thema der Parteibeauftragten schieden sich auch die Geister in der Hungaristenpartei. Szöllösi, ein Vertreter des etatistischen NYKP-Flügels, sah eine seiner Hauptaufgaben als stellvertretender Ministerpräsident darin, das Hineinregieren der Parteifunktionäre in die Ministerien zu verhindern, indem er sich streng an den hierarchischen Verhältnissen und Normen orientierte[483], wiederholt Szálasi die strittigen Vorfälle unterbreitete und für die Sache der Minister Partei ergriff. Der „Führer der Nation" jedoch stand prinzipiell auf seiten der Partei, so daß die Zusammenarbeit mit seinem Stellvertreter in der Regierung nicht ohne Spannung war. Neben Szöllösis Bemerkung in seinem Jahresbericht 1944, als eine seiner wichtigsten Tätigkeiten betrachte er die Sicherung der harmonischen und ungestörten Arbeit der Regierung, hatte Szálasi am Rand vermerkt: „Ja, aber nicht auf Kosten der Partei." In einer mündlichen Erläuterung fügte er hinzu, er werde, wenn irgendein Regierungsmitglied mit der Partei zusammenstoße, auf jeden Fall der Partei recht geben[484].

Das Problem ständiger Friktionen war immerhin so dringend geworden, daß zu seiner Lösung am 9. Januar eine Konferenz zwischen Szöllösi, Vajna, Endre, Gál, Henney und Gera stattfand. Letzterer wurde gebeten, in der Partei darauf hinzuweisen, daß ihre Kontrollaufgaben nicht mit den Kompetenzen der Sachbearbeiter deckungsgleich seien; Parteiorgane dürften sich nicht unter dem Deckmantel der Kontrolle in den Aufgabenbereich der Administration einmischen[485]. Eine entsprechende Verfü-

[478] NL Szöllösi: TB, 28. 12. 1944, S. 32.
[479] Teleki, 1974, S. 268.
[480] NL Szöllösi: TB, 16. 12. 1944, S. 19.
[481] Ebenda, 9. 1. 1945, S. 12.
[482] Ebenda, 23. 12. 1944, S. 28. Zwischen Gál und Szöllösi ist es offenbar zu erheblichen Auseinandersetzungen gekommen; vgl. ebenda, S. 23, 44.
[483] Vgl. ebenda, 18. 12. 1944, S. 19.
[484] Ebenda, 17. 1. 1945, S. 26. Darauf Szöllösi: Er könne niemals mit der Partei, sondern höchstens mit einigen Mitgliedern zusammenstoßen.
[485] Ebenda, 9. 1. 1945, S. 11.

gung der Parteiführung wurde fünf Tage später erlassen. Die Parteileiter, hieß es in dem Rundschreiben, sollten sich um eine friedliche Zusammenarbeit mit der lokalen Verwaltung bemühen. Diese sei nicht die alte Administration, sondern die des hungaristischen Staates; folglich müsse die gegenwärtige „Vertrauenskrise" zwischen Partei und Verwaltung als gänzlich unangebracht beurteilt werden. Die Verwaltung sei für die Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung zuständig; die Aufgabe der Partei beschränke sich demgegenüber „auf die Kontrolle und die Unterstützung der Arbeit der Behörden"[486].

Gerade in diesem letzten Punkt erweist sich, daß das Problem letztlich unlösbar war. Obwohl die katastrophale militärische und politische Lage höchste Disziplin und strengste Aufrechterhaltung der Ordnung gegenüber jedweden Verselbständigungstendenzen erfordert hätte, wurden die Kontroll- und sonstigen Rechte der Partei bzw. ihrer Beauftragten niemals definitiv umrissen. Das lag nicht zuletzt daran, daß die Frage der Einführung eines Einparteiensystems sowie die verfassungsrechtliche Stellung der NYKP nicht hatten geregelt werden können. So beklagte auch Propagandaminister Kassai auf seiner Rede vor dem 1. Kronrat (26. Januar 1945), daß die Hungaristenpartei, obwohl sie als einzige den politischen Willen der Nation ausdrücke, praktisch noch nicht ins Leben der Nation integriert sei. Es komme dabei nicht auf die Eingliederung von Personen an, sondern auf die Integration der Partei als Organ des öffentlichen Rechts (!) in Verwaltung und Staat; sie dürfe nicht auf bloße Kontrollaufgaben reduziert werden, sondern müsse auch ihrer Bestimmung als schöpferischem und durchführendem Organ gerecht werden können[487].

Auch innerhalb der Partei meldeten sich kritische Stimmen zu Wort, die durch die Vorfälle den Aufbau des hungaristischen Staates gefährdet sahen. In den erhaltenen Aktenbeständen des Rechenschaftsamts[488] befinden sich zwei eindringlich formulierte Denkschriften von Anfang 1945, deren Verfasser nicht aus den Dokumenten hervorgehen. Man kann nun, wie Teleki es tut, beide Eingaben dem Amtsleiter selbst, Dr. Tibor Pethö, zuschreiben[489], oder aber, wofür mehr spricht, den zeitlich früheren Bericht als eine Eingabe an Pethö betrachten[490], den dieser als Grundlage für sein eigenes, an Szálasi gerichtetes Memorandum heranzog[491]. Die letztliche Klärung der Verfasserschaft ist jedoch zumindest in diesem Zusammenhang nebensächlich.

Der erste Bericht schilderte 14 Einzelbeispiele von Kompetenzüberschreitungen und Übergriffen einzelner Parteiorganisationen oder -mitglieder gegenüber Behörden, Armee, Gendarmerie oder Zivilisten. Den Ursprung der Mißstände, Symptome einer Massenerscheinung, sah er in der „Freibeuterei" von Pfeilkreuzlern, die als selbsternannte „geborene Detektive" nach Spionen, Juden und besonders jüdischem Vermögen fahndeten, Verwaltungs- und Sicherheitsorgane ignorierten und ein Gutteil der

[486] IfZ, MA 1541/4, B. 448 f.: Rundbrief 1/1945 des Parteiaufbauleiters Gera, Kapuvár, 14. 1. 1945; auch Teleki, 1974, S. 247.

[487] NL Szöllösi: Protokoll des 1. Kronrats, 26. 1. 1945, S. 17.

[488] Vgl. dazu S. 380 f. dieser Arbeit.

[489] Teleki, 1974, S. 273 f. Nicht deutlich wird, nach welchem Verfahren Teleki die undatierten Memoranden auf Ende Januar bzw. Februar 1945 datieren kann; ihrem Inhalt ist nur eine sichere zeitliche Fixierung auf Anfang 1945 (nach Weihnachten 1944) zu entnehmen.

[490] IfZ, MA 1541/4, B. 204 ff.: Bericht über Übergriffe der Partei, o. J. (nach Weihnachten 1944).

[491] Ebenda, 1541/3, B. 775 ff: Eingabe an Szálasi (Pethö), o. J. In der Einleitung ist die Rede von zwei Berichten zuverlässiger Hungaristen.

lokalen Lebensmittel- und Benzinverteilung in Eigenregie leiteten. Zur Hebung des in der Gesellschaft gesunkenen Ansehens der Partei empfahl die Schrift, es „dringend und auf jede Art und Weise" zu verhindern, „daß sich jeder auf eigene Initiative in alles einmischen kann [...] dies trifft vor allem auf die Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Sicherheit zu". Nur durch die Unterbindung der Eigenmächtigkeiten der Partei könne die Gesellschaft beruhigt und das Vertrauen in die Person des Führers der Nation hergestellt werden[492].

Die zweite, inhaltlich auf der ersten aufbauende Denkschrift schlug einen nicht weniger dringlichen Tonfall an: „Der überwiegende Teil der Parteiorganisationen ist sich über seine Aufgaben und Befugnisse nicht im klaren", argumentierte Pethö, der nicht verschwieg, daß zwar einige in gutem Glauben handelten, andere aber um persönlicher Vorteile willen oder gar zur Befriedigung sadistischer Neigungen. Die verbreitete Rechtsunsicherheit – „es wagen sogar die vorgesetzten Gendarmeriebefehlshaber nicht, sich mit der Partei anzulegen" – treibe nun auch die unteren Bevölkerungsschichten zu Distanz zum Hungarismus und Zweifel an seinen moralischen Grundlagen. Die Schuld an der Misere gab Pethö der Parteiführung, die keine Maßnahmen zur Bereinigung der Mißstände ergreife[493].

Auch die Regierung drängte im Februar auf eine Intervention Szálasis. Eines der Hauptthemen der Ministerratssitzungen im Februar, schrieb Szöllösi in seinem monatlichen Rechenschaftsbericht, sei immer noch die „Frage des Verhältnisses von Partei und Staat". Obwohl man eine leichte Besserungstendenz wahrnehmen könne, wolle er nicht verschweigen, „daß einige Minister an der Tätigkeit der Parteibeauftragten und hauptsächlich der ohne Auftrag vorgehenden Parteileute viel zu beanstanden haben. Dies gilt besonders für personelle Belange, wo der eine oder andere Minister sich darüber beschwerte, daß die Parteibeauftragten gegen die nicht zu beanstandende Tätigkeit einzelner Beamter völlig allgemein gehaltene, unbegründete Beanstandungen erheben."[494] Tatsächlich sah sich Szálasi nun – kurz vor dem endgültigen Zusammenbruch! – veranlaßt, Maßnahmen zu ergreifen. Am 9. März überraschte er die Mitglieder des Parteiführerrats mit der Ankündigung, es sei an der Zeit, die entstandenen Auswüchse zu beseitigen. Er habe bis jetzt Partei, Regierung und Armee freien Lauf gelassen; hätte er früher eingegriffen, wären die Mängel und Mißstände sicherlich nicht derartig ins Auge gesprungen[495].

Das zusammenfassende Protokoll der Sitzung[496] sowie ein ausführlicher Tagebucheintrag des teilnehmenden Szöllösi[497] erlauben die Rekonstruktion von Szálasis „Reformbeschlüssen", die in den hungaristischen Zukunftsstaat übernommen werden sollten. Erneut glaubte er, dem Führerprinzip und dem militärischen Denken verhaftet, die Ursache aller Probleme im Fehlen von Kontakt- und Überwachungsleuten an entscheidenden Schaltstellen des politischen Gefüges zu erkennen. Ihre vermeintliche

[492] Ebenda, 1541/4, B. 204 ff., Zitat B. 208.
[493] Ebenda, 1541/8, B. 775 f.
[494] NL Szöllösi: TB, Anlage 14: Bericht für Februar 1945, Köszeg, 5. 3. 1945, S. 12 f.
[495] Ebenda, TB, 9. 3. 1945, S. 132 f.
[496] IfZ, MA 1541/2, B. 1121 ff. (Aufzeichnung Köfaragós) sowie ebenda, 1541/6, B. 843 ff. (Endfassung). Teleki, 1974, S. 132, 175, 268 scheint sich, ohne nähere Angaben zu Quelle und Datum, in ihren Ausführungen ebenfalls auf dieses Dokument zu stützen.
[497] NL Szöllösi: TB, 9. 3. 1945, S. 132 ff.

Lösung lag in der Bestimmung neuer Amtsträger. Neben der Ernennung Dr. Gábor Jancsuskós zum stellvertretenden Parteileiter mit allen Vollmachten sollten Verbindungsmänner zwischen Partei und Armee bzw. staatlicher Exekutive das Kompetenzenchaos und die Befehlswege lichten. Oberstleutnant Jenö Andreánszky wurde zum Staatssekretär im Honvédministerium ernannt mit der Aufgabe der politisch-weltanschaulichen Kontrolle und Erziehung der Armee[498]. Die Partei sollte in der Regel nur über ihn mit der Armee in Kontakt treten. Andreánszky, als hoher Beamter ein Mitglied des Staatsapparats, war nun seinerseits zu kontrollieren durch einen „Beauftragten des Parteiführers", also einen Parteifunktionär. Als Neuerung kam jedoch hinzu, daß Andreánszky ebenfalls einen „Beauftragten der Bewaffneten Nation" in die NYKP-Führung entsenden durfte. Ähnlich gestaltete sich die Neuregelung der Beziehungen zwischen Partei und staatlicher Exekutive. Nur László Endre als Leiter der Zivilverwaltung der Operationsgebiete sollte der Partei als Verbindungsmann zur Verwaltung zur Verfügung stehen. Ihm sowie der Regierung zugeordnet war als „Beauftragter des Parteiführers" der bisherige NYKP-Organisationsleiter Dr. Ernö Kovács. Als Neuerung galt auch hier die mögliche Entsendung eines „Regierungsbeauftragten" neben den Parteimann Kovács.

Damit war erneut keine prinzipielle Entscheidung über die Kompetenzbereiche und Aufgaben der einzelnen Faktoren getroffen, sondern auf die Scheinlösung der Vermehrung der Kontakt- und Kontrollposten an den Schnittstellen zwischen Partei und Staat/Armee ausgewichen worden. Partei, Armee und Staat galten als die drei tragenden Stützen des hungaristischen Gemeinwesens. NYKP-Gemeindeführer, staatlicher Notär (jegyzö) und der Ortskommandant der Streitkräfte sollten nach Szálasis Vorstellungen die künftige dreiköpfige Führung der Gemeinden übernehmen, engstens zusammenarbeiten und alle Anordnungen und ihre Durchführung gemeinsam besprechen; ein ab 1. April (!) in jeder Gemeinde tätiger „Beauftragter des Parteiführers" war angewiesen, die Zusammenarbeit der drei Faktoren zu kontrollieren und im Falle von Störungen diese sofort an Szálasi zu melden. Das Übergewicht der Partei war damit auf unterer Ebene institutionalisiert. Szálasi bestimmte in diesem Zusammenhang die NYKP explizit als „Organ zur Kontrolle der Staatsmacht: sie ist es und wird es bleiben"[499]. Allerdings plante er, Mißbräuche einzudämmen und den entstandenen Wildwuchs zu beseitigen, indem er den Funktionsträgern der NYKP die parteiamtliche Bestätigung ihres Postens bis zum 1. Juli vorschrieb.

Auch die zeitlich jüngste Quelle zur Problematik der Parteibeauftragten, ein Rundschreiben des stellvertretenden Parteiführers Jancsuskó vom 22. März[500], zeigt, daß auf diesem Gebiet keinerlei Fortschritte erzielt werden konnten. Es deckte sich inhaltlich fast völlig mit dem bereits zitierten Schreiben des Parteibeauftragten im Innenministerium Bodonyi vom 19. Januar. Im Gegenteil, Szálasis Anweisungen hätten, wären sie noch realisiert worden, eine weitere Verkomplizierung der Lage nach sich gezogen, denn noch am 23. März (!) ließ er Szöllösi über Parteijugendleiter Emil Csonka einen

[498] Schon am 16.11.1944 hatte Kemény in einem Bericht Andreánszky als politischen Staatssekretär neben dem Verteidigungsminister und Generalstabschef vorgeschlagen; die Krise in der personell nicht auf den Hungarismus „umgestellten" Armee mache ein solches Kontrollorgan erforderlich; vgl. IfZ, MA 1541/1, B. 125 f.

[499] Ebenda, 1541/2, B. 1131.

[500] Összetartás, Sopron, 22.3.1945, zitiert nach Teleki, 1974, S. 247.

Brief übergeben, in dem er den Wunsch äußerte, in jedes Ministerium einen Beauftragten der NYKP-Jugend zu entsenden. Abgesehen davon, daß gar keine geeigneten Jugendlichen mehr zur Verfügung standen[501], scheiterte dieses Projekt an der Flucht der Szálasi-Regierung nach Westen.

Der „Arbeitsstab des Führers der Nation"

Bei der Errichtung der nationalpolitischen Büros (nemzetpolitikai irodák) handelt es sich um den deutlichsten Versuch der Pfeilkreuzler, die Partei rechtlich und institutionell an der Macht zu beteiligen und als Verfassungsfaktor in den Staat zu integrieren. Ziel war die Umstrukturierung der traditionellen Staatsführung aus Regierung und Ministerialbürokratie zugunsten eines dem NV unterstellten „Nations-" oder „Staatsführungsstabs" (nemzet-, államvezérkar) aus mehreren „Spitzenorganen" (csúcsszervek). Die Regierung war nur ein Faktor unter mehreren, und bei weitem nicht der wichtigste. Angestrebt wurde vielmehr, „daß im neuen Staat die Ministerien verkümmern und der Staatsführungsstab lenkt und regiert"[502].

Bereits am 30. September 1944 entwarf Szálasi im Tagebuch die Grundzüge des künftigen Stabes[503]. Unter dem „Obersten Führer" und seinem Stellvertreter Csia stand eine Reihe von Ämtern und Gremien, die in ihrer Bezeichnung, Aufgabenstellung und personellen Besetzung direkt den entsprechenden Abteilungen der Partei entlehnt waren. Die Binnengliederung der NYKP[504] wurde also auf den Nationsführungsstab übertragen. Direkt dem Führer unterstellt waren der für Koordinierungs- und Kontrollaufgaben zuständige „Landesleiter für die Arbeitsordnung" (Országos Munkarendvezető), das umfassend konzipierte Landesaufbauamt zur Erarbeitung von Plänen und Gesetzen für Politik, Wirtschaft und Soziales, weiter je ein Amt für verfassungs- und öffentlich-rechtliche Fragen des ungarischen Lebens- und europäischen Großraums, für „Bewaffnete Nation" (Fegyveres Nemzet) und „Ideenordnung" (Eszmerend). Dem Stellvertreter untergeordnet und damit dem Obersten Führer indirekt unterstellt werden sollten der „Landesleiter für Personalangelegenheiten", das Parteibüro, die Leibgarde, die Ämter für Wirtschaft und Volksgemeinschaft sowie die Militär- und die Kabinettskanzlei (Katonai Iroda, Kabinetiroda); letztere waren traditionelle Institutionen, die dem Staatsoberhaupt als Verbindungsämter zum Militär bzw. zur Regierung dienten.

Neben diesen Ämtern und ihren Leitern waren im Plan noch vier führende Gremien vorgesehen: zuerst der „Oberste Rat" (Legfelsőbb Tanács) aus Ministerpräsident, Führer-Stellvertreter, den Leitern der Parteiorganisation und der Arbeitsordnung sowie dem Außenminister, wobei „von Fall zu Fall Fachminister oder andere öffentliche Amtsträger" heranzuziehen waren. Weit weniger wichtig waren der Ministerrat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten, dessen Entschlüsse ohne Zustimmung von oben nicht zur Durchführung gelangen konnten, der „Volksgemeinschaftsrat" (Népközös-

[501] NL Szöllösi: TB, 23.3.1945, S.157f.
[502] IfZ, MA 1541/12, B.783: Kurzprotokoll der Audienz Szálasi-Hubay, 13.11.1944.
[503] Szálasi-TB, 30.9.1944. S.62f.
[504] Die Binnengliederung der Partei vgl. NYKP, Szervezési szabályzat, 1943.

ségi Tanács)[505] und der „Rat der Leiter der Regierungssitze" (Kormányszéktartók tanácsa)[506], beide unter dem Vorsitz des Führer-Stellvertreters.

Aus diesem Rohentwurf vom Ende September 1944 wird deutlich, daß der traditionelle Regierungsapparat, nämlich die Minister und ihre Ministerien, wenn auch nicht völlig eliminiert werden, so doch in relative Bedeutungslosigkeit absinken sollte, während anders strukturierte, aus dem Parteiapparat hervorgehende Institutionen als Konkurrenzorgane installiert wurden. Nicht nur wurde der Ministerrat – von den Ressortministern war erst gar nicht die Rede, geschweige denn vom Parlament – als Entscheidungsgremium degradiert; neben der Tatsache, daß selbstverständlich das Führerprinzip alle eigenverantwortlichen Entscheidungen ausschloß, bleibt die Frage offen, welche Funktionen Regierung und Ministerien überhaupt noch zu erfüllen hatten, da Büros und Ämter vorgesehen waren, die offensichtlich gouvernementale Aufgaben versehen sollten.

Die als unbefriedigend empfundene Kompromißsituation nach Szálasis Machtübernahme, die weite Teile der alten Horthy-Eliten im Staatsapparat belassen mußte, bestärkte die Hungaristen in ihrem Vorhaben, den September-Entwurf mit einigen Abwandlungen trotz des für derart umfangreiche Veränderungen ungünstigen Zeitpunkts in die Realität umzusetzen. Als Zwischenlösung auf dem Weg zu diesem Ziel war geplant, die Leiter der späteren Büros bis zu deren endgültigen Einrichtung als Regierungskommissare einzusetzen[507], die ja durch die bisherige politische und rechtliche Praxis gedeckt waren.

Unter der Bezeichnung „Arbeitsstab des Führers der Nation" (Nemzetvezető munkatörzse) begannen die Pfeilkreuzler unter der Leitung Henneys ab November, sogenannte „nationalpolitische Büros" (nemzetpolitikai irodák) als Gegen- (und später Über-)Gewicht zum herkömmlichen Staatsapparat aufzubauen[508]. Das Unterfangen, den Arbeitsstab unter Umgehung des Parlaments einfach durch Parteiverordnung einzuführen, scheiterte jedoch am Widerstand der Abgeordneten des Nationalbunds, die nicht ohne Grund besorgt reagierten. Der Abgeordnete Béla Nyári faßte am 5. Dezember die Kritik zusammen: Es sei völlig unmöglich, durch eine einzige Verordnung, auch wenn sie von höchster Stelle komme, die gewachsenen politischen Strukturen umzubilden. Eine so wichtige Veränderung könne nicht unter Umgehung des Parlaments vorgenommen werden[509]. Daraufhin wurde von der Regierung ein entsprechender Gesetzentwurf vorbereitet, im Parlament beraten und als Gesetz I/1945 am

[505] In diesem Rat sollten sich die Führer der im Karpaten-Donauraum lebenden „Volkspersönlichkeiten" versammeln.

[506] Dieser von Szálasi geprägte Begriff ist leider nur schwer zu übersetzen. Die vorgesehene hungaristische Verwaltungsreform sollte, in Analogie zu den Hauptbezirken der Partei, mehrere Komitate unter Berücksichtigung geopolitischer Gesichtspunkte zu „Regierungssitzen" als größten Verwaltungseinheiten zusammenfassen.

[507] Szálasi-TB, 30.9.1944, S.62. Dies traf jedoch nur für den Landesleiter für Personalangelegenheiten, Csaba Gál, zu, der zuvor Regierungskommissar mit demselben Titel im Innenministerium war.

[508] Vgl. dazu auch Teleki, 1974, S.232ff., allerdings sehr verkürzt und oft unklar. Nach Aussage Köfaragó-Gyelniks wurden dabei die vielen Mitarbeiter des NYKP-Landesaufbauamts mit wenigen Ausnahmen ignoriert, was in der Partei böses Blut verursachte; vgl. IfZ, MA 1541/2, B.806: Rechenschaftsbericht Köfaragós, Velem, 19.1.1945.

[509] Zitiert nach Teleki, 1974, S.233.

4. Januar 1945 verabschiedet[510]. De facto war der Aufbau des Arbeitsstabes jedoch bereits in vollem Gange.

Es lohnt sich, Gesetzentwurf und Begründung, die am 22. Dezember 1944 als Parlamentsdrucksache Nr. 906 dem Rechtsausschuß vorgelegt wurden, näher zu untersuchen[511]. Der Führer der Nation, so die Begründung, verfüge über die Zivilkanzlei (Polgári Iroda)[512], die ihm die Vorlagen der Minister unterbreite: „es ist aber notwendig, sich auch um ein Organ zu kümmern, das, dem Führer der Nation direkt unterstellt, die Pläne der Pfeilkreuzpartei – Hungaristische Bewegung ausarbeitet"[513]. Dieses Organ sei der „Arbeitsstab des Führers der Nation" aus mehreren „nationalpolitischen Büros"; er stehe unter der Führung des „Landesleiters für die Arbeitsordnung", der als „Staatsminister beim Führer der Nation"[514] Regierungsmitglied und somit berechtigt sei, an den Ministerratssitzungen teilzunehmen; sein Stellvertreter habe den Rang eines Staatssekretärs (§§ 1–3). Aufschlußreich ist die Aufgabenumschreibung der nationalpolitischen Büros im § 5 des Gesetzes, denn sie „initiieren und erarbeiten für die einzelnen Fachminister all jene Gesetzesvorlagen und Verordnungsentwürfe, die dazu berufen sein werden, die landesaufbauenden [országépitö] Pläne der Pfeilkreuzpartei – Hungaristische Bewegung in allen Beziehungen des nationalen Lebens, also in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen, vorzubereiten"[515].

Alle schriftlichen Vorlagen der Büros sollten dann über den Minister beim NV den zuständigen Ressortministern zugeleitet werden. Mit dem Arbeitsstab schuf sich also die NYKP eine halb staatliche, halb parteiliche Institution mit weitreichenden politischen Kompetenzen: Die Mitarbeiter der nationalpolitischen Büros waren keine Staatsbeamten, sondern Parteifunktionäre[516], deren Gehälter jedoch dem Staatshaushalt entnommen wurden (§ 9). Durch seine gesetzliche Einführung wurde der Arbeitsstab zu einem Verfassungsorgan der Partei, das die traditionellen Institutionen (Regierung, Ministerialapparat, auch das Parlament) verdrängte und überflüssig machte. So sprach der Erstentwurf der Gesetzesbegründung in einer in der Endfassung verworfenen Formulierung auch davon, daß durch die Errichtung des Arbeitsstabes Verwal-

[510] IfZ, MA 1541/3, B.735f. Am 29.12.1944 stimmte das Abgeordneten-, am 4.1.1945 das Oberhaus zu.

[511] NL Szöllösi: Parlamentsdrucksache Nr.906, Sopron, 22.12.1944. Die Entstehung der Gesetzesvorlage läßt sich gut verfolgen, denn im NL befinden sich zwei maschinenschriftliche Vorentwürfe, datiert Köszeg, 14. (16.) bzw. 18.12.1944. Während sich die zweite Version wörtlich mit der endgültigen Vorlage deckt, enthält die erste Fassung einige bedeutsame Abweichungen.

[512] Die „Kabinettskanzlei" des Reichsverwesers wurde als Institution beibehalten, am 1.11.1944 jedoch in „Zivilkanzlei" umbenannt.

[513] NL Szöllösi: Drucksache Nr.906, Begründung. Im Erstentwurf vom 14.12. heißt es deutlicher: „die Pläne der NYKP-HM aus der Theorie in die Realität des praktischen Lebens umsetzt".

[514] Der Ministertitel ist nur schwer ins Deutsche übertragbar. Wörtlich übersetzt lautet er „Minister um die Person des NV" (a NV személye körüli miniszter). Interessant ist die Herkunft dieses Ministerpostens. Es gab ihn in der Zeit des Dualismus von 1867 bis Ende Oktober 1918 als „Minister um die Person Ihrer Majestät" des Königs (Ö Felsége személye körüli miniszter); vgl. Magyarország tiszti cím-és névtára 51, Juli 1944, Zusatzheft, S.7. Szálasi führte also einen Ministertitel wieder ein, der vor dem 1.Weltkrieg vom königlichen (!) Staatsoberhaupt verwendet und von Horthy nicht weitergeführt worden war.

[515] IfZ, MA 1541/3, B.735: I/1945.

[516] So in der Erstfassung der Gesetzesbegründung; vgl. NL Szöllösi, 16.12.1944.

tung und Partei getrennt und die nationalpolitischen Büros dazwischengeschoben würden[517]. Man beeilte sich hinzuzufügen, daß dadurch „natürlich" die Arbeit der einzelnen Ministerien nicht ersetzt, sondern nur durch eine der hungaristischen Ideologie entsprechende Rechtsentwicklung ergänzt würde. Der Ministertitel des Landesleiters für die Arbeitsordnung leiste der Verfassungsvorschrift der Ministerverantwortlichkeit Genüge[518].

Auch dieser letzte Hinweis auf die Wahrung der historischen Rechtskontinuität kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß de facto die nationalpolitischen Büros nur sehr locker mit dem Staatsapparat und damit seiner Hierarchie und Kontrolle verbunden waren. Eher war es umgekehrt: Durch den „Minister beim Führer der Nation" wurde ein Exponent der Partei direkt, mit allen Rechten, im Ministerrat institutionalisiert. Daß auf keinen Fall an eine Stärkung der Position der Minister gedacht war, zeigt ein Vergleich von Erstentwurf und amtlicher Fassung der Gesetzesbegründung. In der früheren Version versuchte Szöllösi als Vertreter des etatistisch ausgerichteten Parteiflügels, im Konfliktfall den Ministerrat als entscheidende Instanz zu bestimmen. Dort heißt es, die reibungslose Zusammenarbeit von Partei und staatlicher Administration werde dadurch gewährleistet, „daß er den Ausgleich eventueller Meinungsverschiedenheiten auf den Ministerrat überträgt und die Unterbreitung der dort gefällten Entscheidung beim Führer der Nation dem Ministerpräsidenten bzw. dem stellvertretenden Ministerpräsidenten anvertraut"[519].

Diese Interpretation ging aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen von Unstimmigkeiten und Divergenzen zwischen Partei und (Ministerial-)Bürokratie aus. Sie zielte darauf ab, den Landesleiter für die Arbeitsordnung, der in dieser Funktion unmittelbar dem Führer der Nation unterstellt war und direkten Zugang zu ihm hatte, im Falle einer Auseinandersetzung strikt als Minister zu betrachten, ihn somit auf „einen unter mehreren" zu reduzieren und der Hierarchie des Ministerrats unterzuordnen; diese bestimmte den stellvertretenden Ministerpräsidenten als „primus inter pares" zur Schaltstelle nach oben. Der Passus, der ganz deutlich eine politische Stärkung der Regierung bezweckte, war offenbar parteiintern nicht durchsetzbar und wurde in der zuletzt gültigen Version der Gesetzesbegründung ersatzlos gestrichen: Meinungsverschiedenheiten zwischen Partei und Staat waren amtlich nicht vorgesehen, erst recht nicht die erneute Erstarkung der Position des Ministerrats.

Eine Parallele für das institutionalisierte Hineinwirken der Monopolpartei in den Staat findet man in der europäischen Zeitgeschichte am ehesten im Büro des Stellvertreters des Führers, der späteren Parteikanzlei, in NS-Deutschland. Heß' Aufgabe bestand darin, neben der einheitlichen politischen Ausrichtung der Gauleitungen, Gliederungen und angeschlossenen Verbände der NSDAP auch bei der Gesetzesgestaltung der Reichsbehörden und bei ihrer personellen Besetzung mitzuwirken. Heß wie später Bormann hatten die Befugnisse eines Reichsministers „zur Gewährleistung engster Zusammenarbeit der Partei mit den staatlichen Behören"; die vorhandenen Quellen dokumentieren deutlich „die Mitwirkung des Stellvertreters des Führers bzw. der Partei-Kanzlei an politischen, gesetzgeberischen und administrativen Handlungen der

[517] Ebenda, Vorentwurf der Begründung, 14.12.1944.
[518] Ebenda, Drucksache Nr. 906, Begründung, 22.12.1944.
[519] Ebenda, Vorentwurf der Begründung, 16.12.1944.

staatlichen Organe"[520]. Eine direkte Nachahmung des deutschen Vorbilds durch die Errichtung des Arbeitsstabs des NV in Ungarn ist allerdings aus den verfügbaren Quellen nicht nachweisbar.

Durch die parlamentarische Verabschiedung von Gesetz I/1945 am 4. Januar 1945, die offizielle Ernennung Árpád Henneys zum Landesleiter für die Arbeitsordnung und Staatsminister beim Führer der Nation am selben Tag[521] und durch die am 13. Januar vorgenommene Bestimmung seines Stellvertreters und Staatssekretärs, István Angyal[522], wurde nachträglich die Einführung eines neuen Verfassungsorgans legalisiert, dessen Aufbau längst im Gange war. Es wurden zunächst elf, dann 13 nationalpolitische Büros geschaffen und mit führenden Parteifunktionären besetzt[523]:

Büro für Staatsrecht (Államjogi Iroda)	Dr. Robert Haála*
Kulturbüro (Kulturiroda)	Kálmán Hubay
Staatssicherheitsamt (Nemzetbiztonsági Iroda)	László Baky
Volksgemeinschaftsbüro (Népközösségi Iroda)	Dr. József Leicht*
Nationalökonomisches Büro (Nemzetgazdasági Iroda)	Gyula Gergely*
Amt für Landesaufbau (Országépítési Iroda)	Dr. Vilmos Köfaragó-Gyelnik*/ Ákos Nagy*
Bauernamt (Parasztiroda)	Imre Tatár
Parteibüro (Pártiroda)	Graf Miklós Serényi*
Rechenschaftsamt (Számonkérő Iroda)	Dr. Tibor Pethö
Amt für Personalangelegenheiten (Személyügyi Iroda)	Csaba Gál*
Weltanschauungsamt (Világnézeti Iroda)	István Péntek*
Amt der Werktätigen Nation (A Dolgozó Nemzet Irodája)	Gyözö Mosonyi
Amt der Bewaffneten Nation (A Fegyveres Nemzet Irodája)	Generaloberst Lajos Nádas

Die mit * bezeichneten Funktionäre wurden bereits in der erwähnten Konzeption des Arbeitsstabs vom 30.9.1944 im Szálasi-TB als Amtsleiter vorgeschlagen.

Interessanterweise fand Gesetz I/1945 keineswegs die begeisterte Zustimmung der politisch wichtigsten Amtsleiter. Köfaragó-Gyelnik und Pethö, beide altgediente Hungaristen, wurden von der Gesetzesvorlage der Regierung überrascht und kamen mit ihren Protesten – zunächst – zu spät. Köfaragó beurteilte den ihm im nachhinein zugestellten Entwurf Szöllösis vom 18. Dezember als „dumm und frech"[524] und protestierte heftig mit einem Gegenentwurf und einer Eingabe an Szálasi. Seine Gründe waren freilich durchsichtig, schwebte ihm doch eine mächtige Immediatstellung seines Landesaufbauamts als ein „übergreifendes generalstabsähnliches Spitzenorgan" vor. Eine Unterordnung unter Henney, dessen Fähigkeiten und Person er seit ihrer gemeinsamen Arbeit im LAP 1943/44 äußerst gering einschätzte, kam für ihn nicht in Frage[525]. Im Gesetzentwurf der Regierung erkannte er folglich eine Degradierung und den Versuch von „Kuckucksjungen", „die geistige Elite der Partei seit 5 Jahren", nämlich das verdiente Landesaufbauamt der NYKP, zugunsten der Regierung kaltzustel-

[520] Granier/Henke/Oldenhage, 1977, S. 342.
[521] NL Henney: Ernennungsschreiben Henneys, Stabsquartier, 4.1.1945; vgl. im Amtsblatt Hivatalos Közlöny Nr. 1, 6.1.1945, S. 1.
[522] Ebenda, Nr. 6, 27.1.1945, S. 1.
[523] NL Szöllösi: Vorentwurf des Gesetzesantrags, § 2, 14.12.1944; Teleki, 1974, S. 234.
[524] IfZ, MA 1541/2, B. 723: Anmerkung Köfaragós zum Entwurf vom 18.12.1944, 2.1.1945.
[525] Ebenda, B. 816 ff.: Köfaragó an Szálasi, Velem, 31.12.1944.

len[526]. Es traf durchaus zu, daß hier die konservativeren Kräfte in Regierung und Parlament versuchten, von den traditionellen Prinzipien der Staatsführung zu retten, was zu retten war. Durch die Doppelfunktion Henneys als Arbeitsordnungsleiter und Staatsminister war der nationalpolitische Arbeitsstab dem Ministerrat angegliedert und, wenn auch lose, in das herkömmliche Regierungssystem integriert worden. Zudem fand der zuvor völlig unkontrollierte Einbau der Partei in den Staatsapparat mit seiner gesetzlichen Festschreibung ein Ende und unterlag in Zukunft einklagbaren rechtlichen Normen.

Innerhalb des nationalpolitischen Arbeitsstabes fanden Prozesse statt, die auf eine interne Hierarchisierung der einzelnen Büros und die Machtexpansion einiger Amtsleiter hinausliefen. Aufgrund der militärischen Lage blieben beispielsweise das nationalökonomische Büro, das mit den wirtschaftlichen Voraussetzungen des hungaristischen Neuaufbaus befaßt war, oder das Bauernamt, das mit Hilfe der vorliegenden Studien des NYKP-Landesaufbauamts den angestrebten Bauernstaat konzipierte[527], auf eine rein ideologische, in der aktuellen Situation politisch irrelevante Tätigkeit beschränkt. Dem Kulturamt oblag neben der Konzipierung neuer staatlicher Orden[528], der Pflege des „Heldenkults" und der Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs zum Neuaufbau Budapests[529] immerhin auch eine so politische Aufgabe wie die „Rationalisierung der Kulturverbände"[530]. Hubays Bemühungen, aus Städten und Komitaten Listen derjenigen Vereinigungen zu erhalten, die in das neue System integrierbar bzw. aufzulösen seien, verliefen aufgrund der Kriegsumstände ergebnislos. In seinem Abschlußbericht forderte er daher den Innenminister auf, bis auf weiteres die Tätigkeit sämtlicher Kulturverbände einzustellen[531].

Politisch relevant war auf der anderen Seite das Büro für Personalangelegenheiten, das an die Stelle des gleichnamigen Regierungskommissariats trat. Von Bedeutung besonders für Regierungsmitglieder, aber auch für den gesamten Arbeitsstab war die

[526] Ebenda, B. 723: Anmerkung Köfaragós, 2. 1. 1945.

[527] Vgl. ebenda, 1541/4, B. 715 ff.: Imre Tatár, Entwurf des Bauernstaats, Köszeg, 28. 2. 1945.

[528] Vgl. ebenda, 1541/2, 733 ff., 797 ff.: Entwurf Hubays, 15. 1. 1945, über Grundstruktur und Organisation. Vorgesehen waren demnach ein „Pfeilkreuzlerorden" für Militärs, ein „Hungaristischer Sternorden" für Zivilisten und ein „Treueorden" für Parteimitglieder. Zusammengefaßt waren alle drei im „Hungaristischen Treueordenskapitel" unter dem „Großmeister" Szálasi.

[529] Vgl. ebenda, 1541/4, B. 735 ff.: Entwurf zum Architekturwettbewerb, Köszeg, 14. 1. 1945; vgl. dazu Pester Lloyd Nr. 58, 13. 3. 1945, S. 3. Demnach hatte der Führer der Nation eine Million Pengö für den besten Plan ausgeschrieben. Die Zeitung veröffentlichte auszugsweise einen Aufsatz des Hauptreferenten des Kulturbüros, des Architekten László Szabó, über die Grundzüge des Wiederaufbaus: Die Fabriken sollten in die Nähe der Rohstoffquellen, jedenfalls auf das freie Land hinaus verlegt werden, damit „die Arbeiterschaft wieder in den bäuerlichen Lebenskreis zurückfindet". Budapest solle kulturelles Zentrum werden, was sich im ganzen Stadtbild niederschlagen müsse. Nur künstlerisch und historisch wertvolle Bauten und Denkmäler sollten erhalten bzw. wiederaufgebaut werden; sonst sei ein großzügiger Neuaufbau anzustreben. Fixpunkt sei ein großes Heldendenkmal in der Stadtmitte.

[530] IfZ, MA 1541/2, B. 209: Brief 20/1945 von Hubay an das Landesaufbauamt, Köszeg, 13. 1. 1945.

[531] Ebenda, B. 211 ff.: Bericht Hubays, Köszeg, 31. 12. 1944. Landesaufbauleiter Köfaragó, dem die Studie zur Stellungnahme vorgelegt wurde, vermerkte am 2. 1. 1945 am Rand, daß die erteilte Aufgabe weder erfüllt noch überhaupt verstanden worden sei; vgl. ebenda, B. 217. Zusammenfassend auch Teleki, 1974, S. 236 f.

Tätigkeit des „Rechenschaftsamts" unter Tibor Pethö. Er kontrollierte, ob die Verrichtungen von Ministerien, Behörden, Partei usw., also aller öffentlichen Institutionen, das Verhalten der dort Beschäftigten sowie der Gehalt der erlassenen Verordnungen und Gesetze den Anforderungen für den Aufbau des hungaristischen Staates genügten. Alle Kronratsreden der Minister mußten ihm zur Überprüfung vorgelegt werden[532]. Pethös Amt entwickelte sich damit zur obersten Kontrollinstanz innerhalb der Staatsführung und zum Vorreiter der rechtlich-politischen Integration von Partei und nationalpolitischen Büros in das Regierungssystem. Später übernahm es auch noch die Kompetenzen des Staatsrechtsbüros, das mit der Erarbeitung eines hungaristischen Verfassungsentwurfs und eines neuen Wahlrechts befaßt war[533].

Andererseits ist es fraglich, in welchem Umfang das laut Teleki „berüchtigte"[534] Rechenschaftsamt überhaupt aktiv gewesen sein kann. Von den 40 Planstellen (6 Hauptreferenten, 11 Referenten, 8 Hilfsreferenten; Sekretärinnen, Chauffeure) waren nachweislich nur drei besetzt, nämlich die des Amtsleiters, eines Referenten und einer Schreibkraft[535]. Die von Teleki zum Nachweis einer optimalen finanziellen Ausstattung herangezogenen vermeintlich immens hohen Personal- und Sachkosten stammen bei näherer Untersuchung der Quelle aus dem hypothetischen Budgetentwurf Pethös für 1945, und zwar für alle 40 Planstellen. Die tatsächlichen Kosten für die drei besetzten Stellen lagen entsprechend niedriger durchaus im Bereich des Normalen[536]. Von der Vorstellung eines umfassenden, auch auf mittlerer und unterer Ebene wirksamen Überwachungsapparats muß also Abschied genommen werden. Zwar konnte das Rechenschaftsamt von seinem gesetzlichen Recht Gebrauch machen, das Personal der Ministerien bzw. der ihnen unterstellten Behörden für seine Zwecke heranzuziehen[537]. Seine mächtige Position stand jedoch im wesentlichen auf dem Papier bzw., präziser formuliert, beschränkte sich auf die allerhöchste Regierungsspitze. Dort allerdings stellte Pethö durchaus eine treibende Kraft dar, zumal das Justizministerium, das sämtliche Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Einzelministerien abschließend formulierte, seinem engeren Überwachungsbereich zugeordnet war[538].

Ähnlich verhielt es sich mit dem Landesaufbaubüro. Sein Leiter Köfaragó-Gyelnik schrieb ihm, natürlich auch zur Hebung der eigenen Position, die denkbar höchsten

[532] Vgl. IfZ, MA 1541/3, B.771.

[533] Zusammenfassend auch Teleki, 1974, S.235f., allerdings trotz wörtlicher Zitate ohne jede Quellenangabe. Nicht zu verwechseln ist das Rechenschaftsamt (Számonkérö Iroda) mit der Rechenschaftsorganisation(Számonkérö Szervezet), die als politische Polizei eingesetzt wurde; vgl. S.387f. dieser Arbeit. Beide wurden und werden häufig verwechselt. Obwohl Szálasi wegen der ständigen Verwechslungsgefahr am 2.1.1945 eine Namensänderung anordnete, kam es nicht mehr dazu; vgl. IfZ, MA 1541/3, B.926: Pethö an Orendy, Köszeg, 17.1.1945.

[534] Teleki, 1974, S.369, Anm.25.

[535] IfZ, MA 1541/3, B.915ff.: Aufstellung 2/1945 des Rechenschaftsamts, Köszeg, 17.1.1945; ähnlich ebenda, B.902.

[536] Ebenda, B.928f.: Budgetentwurf Pethös, o.J.; Teleki, 1974, S.370, Anm.25. Demnach betrugen die angenommenen Personalausgaben für 40 Planstellen 645000 P, die Sachkosten 175000 P im Jahr. De facto veranschlagte Pethö für sich 36000 P, für seinen Referenten 24000 P und die Sekretärin 9600 P. Die bei Teleki angegebenen Sachkosten von 610000 P beruhen auf einem Lesefehler.

[537] NL Szöllösi: Parlamentsdrucksache Nr.906, Gesetzentwurf § 6, 22.12.1944.

[538] IfZ, MA 1541/12, B.751: Kurzprotokoll der Konferenz des Arbeitsstabs, 18.1.1945.

Aufgaben zu: Es sei zuständig für die „Aufarbeitung" der Führungstätigkeit des NV, z.B. die Abstimmung von Planung, Organisation und oberster militärischer, Partei- und Staatsführung, die Vorbereitung von Rechtsnormen usw.; zudem leite sein Amt die vom NV erteilten Aufgaben weiter, registriere diese und kontrolliere die Verordnungen der Ministerien und der nationalpolitischen Büros vor ihrem Erlaß[539]. Die Machtstellung und -expansion seines Amtes begründete Köfagó unter Rechtfertigungszwang an anderer Stelle mit dem Hinweis, daß das Ansehen der Partei vor den Deutschen wiederhergestellt bzw. vermehrt werden müsse: Die heute tätigen „pseudohungaristischen Beamten oder hungaristischen Dilettanten" machten sonst die Deutschen glauben, daß allein sie selbst die ausschlaggebenden Faktoren seien[540]. Köfagó leitete daraus für sich das – mit Szálasi abgestimmte – Recht ab, nicht nur Verbindungsleute seines Amts in 30 staatliche Spitzengremien (Ministerien, Partei, Post und Bahn, Nationalbank usw.) zu entsenden[541], sondern auch die Arbeitsplanbücher seiner Amtsleiterkollegen zu inspizieren[542].

Die historische Realität kam auch in diesem Fall den hochfliegenden Entwürfen nicht nach. Köfagó war nach eigenen Worten in den ersten Wochen als Landesaufbauleiter damit beschäftigt, sein Amt überhaupt erst zu schaffen und auszurüsten; kaum annähernd beendet, folgte die Evakuierung nach Westungarn mit den damit verbundenen Unterbringungs- und Versorgungsproblemen. Es standen weder Geld noch ein Auto noch andere Betriebsmittel zur Verfügung[543]. Zwar war das Landesaufbauamt personell viel besser ausgestattet als Pethös Rechenschaftsbüro, doch kann man auch die 16 besetzten Planstellen (je vier Hauptreferenten und Referenten, drei Hilfsreferenten, zwei Sekretärinnen, je ein Chauffeur und Dokumentarist) nicht unbedingt als riesigen Apparat bezeichnen[544]. Zudem war es mit der Herausgabe von Szálasis Werken über den Hungarismus überbeansprucht. Auch schwächte allem Anschein nach Köfagós vorübergehende Entlassung nachhaltig seine Position, so daß man den tatsächlichen politischen Einfluß des Landesaufbauamts nicht überschätzen sollte.

Obwohl der nationalpolitische Arbeitsstab nur ansatzweise verwirklicht werden und schon aus personellen Gründen niemals seine Tätigkeit im geplanten Umfang aufnehmen[545] konnte, der Ministerialapparat ihm also stets überlegen blieb, ist doch tenden-

[539] Ebenda, 1541/2, B.819f.: Köfagó an Szálasi, Velem, 31.12.1944: Gegenentwurf zu Gesetz I/1945. Letzteres kollidierte mit Pethös Rechenschaftsamt.

[540] Ebenda, B.812: Köfagó an Szálasi, Velem, 13.1.1945.

[541] Ebenda, B.18: Merkzettel von Köfagó, 13.11.1944; NL Henney: Aufstellung des stellvertretenden Landesaufbauleiters, Velem, 17.1.1945. Es handelte sich nicht nur um reine Planspiele, denn einzelne Vollzugsmeldungen belegen den „Einbau" von Verbindungsmännern; andere lehnten ab; vgl. IfZ, MA 1541/2, B.204ff.

[542] Ebenda, B.190: OÉ-Rundbrief, Velem, 23.12.1944; ebenda, B.79: Bericht von Köfagó, 15.3.1945.

[543] Ebenda, B.808: Rechenschaftsbericht Köfagós, Velem, 19.1.1945.

[544] Ebenda, B.268f.: Aufstellung des Landesaufbauamts, Velem, 3.1.1945. Köfagós Budgetentwurf für 1945 belief sich auf stolze 1,8 Millionen P, davon 578000 P für Personalausgaben (26 Planstellen); vgl. ebenda, B.825.

[545] Das Weltanschauungsamt z.B. war auf zehn Planstellen konzipiert, von denen nur die des Amtsleiters Péntek besetzt war; vgl. ebenda, 1541/14, B.1039ff.: Aufbau des Weltanschauungsamts, o.J.

ziell auf höchster Ebene eine von Szálasi geförderte Machtexpansion der Büros auf Kosten der traditionellen Regierungsinstitutionen auszumachen, die die Regelungen von Gesetz I/1945 überschritt. Motoren dieser Entwicklung waren insbesondere Pethö, in geringerem Maße Köfaragó, aber auch der NV selbst, der die Ämter unter Umgehung des spröden Ministerialapparats als Exekutivorgane seiner Anordnungen benutzte[546]. Hatte Gesetz I/1945 noch bestimmt, daß die Ämter ihre Gesetz- und Verordnungsentwürfe über den Arbeitsordnungsleiter an die Ressortminister weiterleiteten, so sah die Realität bald anders aus. Ungeschriebenes, niemals genauer gefaßtes „Gesetz" für die Zusammenarbeit der einzelnen politischen Faktoren war der Grundsatz, daß die Planung den nationalpolitischen Büros zustehe, die Exekutive Aufgabe der Ministerien sei, während die Kontrolle der Partei obliege[547]. Bereits in der Aufbauphase der Ämter hatte Szálasi sein erweitertes Verständnis ihrer Tätigkeit bestimmt, an dem er, Gesetz hin oder her, stets festhielt: „Das Amt ist kein beratendes, sondern ein lenkendes Organ, das die Arbeiten der Ministerien leitet, denn diese Ämter sind die Hüter und Beförderer des Willens des Nationsführers."[548]

Den ersten Schritt markierte Szálasis Entschluß Anfang Februar, die Büroleiter zur Teilnahme an seinen Einzelaudienzen mit den Ministern heranzuziehen. Diese waren berechtigt, sich einmal im Monat direkt an den Führer der Nation zu wenden. Die Gelegenheit zur freieren Aussprache war mit jener Anordnung vorbei. Die Regierungsmitglieder wurden mit der Begründung, die nationalpolitischen Büros müßten schließlich über die Arbeit der Minister informiert sein, de facto der umfassenden Kontrolle des Arbeitsstabes unterworfen[549].

Parallel dazu verliefen die Vorbereitungen zum zweiten Schritt zur Entmachtung der Regierung: ihre Kontrolle durch den „Kern des späteren Nationsführungsstabs"[550]. Eine auf den 20. Januar datierte, offenbar aber nicht weiter beachtete Dienstweganweisung bestimmte kurzerhand, daß die Verordnungen, Maßnahmen usw. der „unter die einzelnen Ämter gehörigen Ministerien" (!) zunächst den betreffenden Amtsleitern zuzustellen seien[551]. Dies bedeutete nun ganz konkret den Versuch der Integration eines unverantwortlichen Faktors in den legislativen Prozeß. Drei Tage später regte Pethö bei der Durchsicht der vom Justizministerium erstellten Liste aller erlassenen und vorbereiteten Gesetze und Verordnungen bei Szálasi an, die Ministerien sollten diese in Zukunft bereits vor Fertigstellung des Entwurfs den zuständigen nationalpolitischen Büros zur Stellungnahme übersenden. Die Antwort belief sich auf ein knappes „Ja"[552].

[546] So forderte z. B. der Kulturamtsleiter auf Anweisung des NV den Propagandaminister zur Einstellung einer Tageszeitung auf, obwohl Presseangelegenheiten unter das Ministerpräsidium fielen; vgl. NL Szöllösi: TB, Anlage 10: Szöllösi an Szálasi, Köszeg, 26. 2. 1945, S. 4.

[547] IfZ, MA 1541/3, B. 769: Anmerkungen Pethös zur Rede des Finanzministers auf dem 2. Kronrat (23. 2. 1945), o. J.

[548] Ebenda, 1541/12, B. 783: Kurzprotokoll der Audienz Szálasi-Hubay, 13. 11. 1944.

[549] NL Szöllösi: TB, 9. 2. 1945, S. 70. Szöllösi, der Szálasis Entscheidung für „nicht sehr glücklich" hielt, verfiel auf einen Ausweg: Die Minister sollten sich vertrauliche Themen bis zum Ende der Audienz vorbehalten und dann Szálasi um ein Gespräch unter vier Augen bitten.

[550] So Szálasi auf der Amtsleiterkonferenz am 18. 1. 1945; vgl. IfZ, MA 1541/7, B. 161.

[551] Ebenda, B. 163: Dienstweganweisung, Velem, 20. 1. 1945.

[552] Ebenda, 1541/3, B. 813.

Am 3. Februar teilte Pethö diese Weisung des NV Staatsminister Henney mit und bat ihn, sie seinen Ministerkollegen wie einen obligatorischen Ministerratsbeschluß zu empfehlen. Die frühzeitige Einschaltung der Amtsleiter in den legislativen Prozeß sei unbedingt notwendig, weil, so die vielsagende Begründung, die Änderung eines Gesetzentwurfs „in der Luft der Parlamentssitzung" schwerer vor sich gehe und „politischen oder anderen Störfaktoren" unterliege[553]. Auf der Ministerratssitzung vom 21. Februar[554] machte Henney die geforderte „peinliche" Ankündigung. Die Regierungsmitglieder hielten dieses Ansinnen für einen erheblichen Eingriff in das Prinzip der Ministerverantwortlichkeit und forderten Szálasi auf, von diesem Plan Abstand zu nehmen[555]. Szöllösi verdeutlichte ein paar Tage später in einem vermittelnden Brief die Einstellung der Minister: Die Zusammenarbeit mit den Büros sei zwar unbedingt erforderlich, doch müsse man in der gegenwärtigen politischen Lage Rücksicht auf die Minister nehmen, die an der Anweisung in dieser Form Anstoß genommen hätten[556].

Den Ministern war völlig klar, daß hier versucht werden sollte, die traditionellen Verfassungsorgane unter die Kontrolle und Direktive eines Amts zu zwingen, das die dominante Rolle der Partei sowohl bei der Führung der Staatsgeschäfte als auch bei der Planung des noch fernen hungaristischen Zukunftsstaates institutionalisierte. Damit wären jedoch die konservativeren Enklaven in Parlament und Staatsspitze ihrer ohnehin beschränkten Möglichkeiten beraubt. Der ehemalige Kultusminister Rajniss schrieb nach seiner Entlassung in sein Tagebuch, aus dem „Szálasi-Büro", das sich durch Teilung ständig vermehre, sei eine „geheime Regierung" entstanden mit dem Ziel, im Falle eines größeren deutschen Sieges die eigentliche Regierung abzusetzen und an ihrer Stelle eine „rein" hungaristische Führung zu bilden. Auf jedem Ministerrat habe es heftige Zusammenstöße gegeben, „aber es erwies sich, daß der Ministerrat nur noch scheinbar die Macht ausübte"[557].

Umgekehrt waren sich Parteifunktionäre und Amtsleiter durchaus dieses Beweggrundes ihrer Widersacher bewußt. Nicht der tagespolitisch erforderliche, zweckrationale Kompromiß, sondern die nur in der Ideologie zu suchende Motivation, trotz hoffnungsloser Lage dem hungaristischen Zukunftsstaat einen Schritt näher zu kommen, begründete ihr Verhalten. Pethö bemerkte daher zu Remény-Schnellers Rede vor dem 2. Kronrat am 23. Februar, in der sich dieser kritisch über die Zusammenarbeit zwischen Ministerien, Partei und Arbeitsstab geäußert hatte, daß er die Einschaltung der Ämter in die Ministerien für absolut notwendig halte: „Es ist eine Tatsache, daß sich die Ministerien großenteils noch aus den Leuten des alten Systems zusammensetzen, die von Weltanschauung und Geist des Hungarismus nur eine blasse oder gar keine Vorstellung haben."[558] Daraus folgte nicht nur die Kontrolle der gesetzgebe-

[553] Ebenda, B. 727: Pethö an Henney, Köszeg, 3. 2. 1945. Mit diesem Argument kam Pethö dem möglichen Einwand entgegen, daß die meisten Amtsleiter auch Abgeordnete seien und auf diese Weise „legal" ihren Einfluß geltend machen könnten.

[554] Andere Quellen nennen den 6. 2., z. B. ebenda, B. 769, 966.

[555] NL Szöllösi: TB, 21. 2. 1945, S. 96.

[556] Ebenda, TB, Anlage 10: Brief an Szálasi, Köszeg, 26. 2. 1945, S. 5. Szöllösis Gegenentwurf umging das Kernproblem: Nicht die Minister schickten ihre Entwürfe an die nationalpolitischen Ämter, sondern die Zivilkanzlei; vgl. ebenda, S. 5.

[557] TB Rajniss, 5. 4. 1945, S. 62.

[558] IfZ, MA 1541/3, B. 770: Anmerkungen Pethös, o. J.

rischen Tätigkeit der Regierung, sondern auch die Notwendigkeit, selber Gesetzesinitiativen zu ergreifen.

Bedauerlicherweise lagen keine weiteren Quellen vor, die die systematische Verfolgung dieses Aspekts der Pfeilkreuzlerherrschaft gestatten würden. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Stellung der Minister sich wieder verstärkte, indem Szálasi – aus welchen Gründen auch immer – die Kompetenzen der nationalpolitischen Büros im März wieder beschränkte. Sie durften in Zukunft keine Gesetzentwürfe mehr erarbeiten, sondern nur noch „Vorschläge" in einer „gewissen Richtung" machen, die, wenn er, Szálasi, sie als richtig beurteilt habe, dem zuständigen Ministerium zur Ausarbeitung zuzuleiten seien[559]. Diese Aussage ist natürlich mehr als vage, insbesondere, was die „gewisse Richtung" angeht; andererseits ist aus der Formulierung herauszulesen, daß sich der Arbeitsstab aus seiner aktiven Rolle beim Gesetzgebungsprozeß zurückziehen sollte.

Polizeiwesen, Partei- und Nationaldienst

Am 26. Oktober 1944 referierte Gendarmerieoberst István Láday, der vor zehn Tagen mit der Aufgabe der Reorganisation der politischen Polizei zum Staatssekretär im Innenministerium ernannt worden war[560], auf Vajnas Audienz bei Szálasi über den Zustand des ungarischen Polizeiwesens: „Es fällt auseinander. Personell und auch territorial. In Budapest sind die Ordnungskräfte kaum in der Hand zu halten. Waffen gibt es keine, und wenn doch, dann sind sie veraltet. [...] Es ist auch notwendig, im Verein mit der Verwaltung die Polizei umzuorganisieren. Dies gelingt auch hoffentlich bis zum 1.1.1945."[561]

Die Re- bzw. Neuorganisation der Ordnungskräfte im Szálasi-Regime war nicht nur auf die Auflösungserscheinungen im traditionellen Apparat zurückzuführen, sondern beruhte auch auf einem tiefen Mißtrauen der Pfeilkreuzler gegenüber Polizei und Gendarmerie, deren Personalbestand, Organisation und Dienstvorschriften noch aus der Horthy-Ära stammten; die Zusammenarbeit mit dem alten Sicherheitsapparat schien nur innerhalb gewisser Grenzen möglich. Es wurden Fälle von Resistenz gegen die Anordnungen der NYKP bekannt. Während nach dem Bericht eines ungarischen Flüchtlings Mitte Dezember die Gendarmerie in der Bevölkerung gefürchteter war als die Gestapo, erwies sich die Polizei zumindest in Teilen als „unzuverlässig", indem sie Verhaftete wieder auf freien Fuß setzte, entwendete Güter ihren rechtmäßigen Eigentümern zurückgab oder Informationen an die schwedische Botschaft weiterleitete[562].

Schon auf der ersten Ministerratssitzung der Szálasi-Regierung am 17. Oktober wurden sowohl der Innen- als auch der Verteidigungsminister für die innere Sicherheit des Landes verantwortlich gemacht. So hieß es in dem veröffentlichten Regierungsprogramm: „2. Der Innenminister verhindert, daß ein innerer oder äußerer Feind die

[559] NL Szöllösi: TB, 5.3.1945, S.125.

[560] Belügyi Közlöny, 29.10.1944, zitiert nach Teleki, 1974, S.120.

[561] NL Henney: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi – Vajna, 26.10.1944, S.3.

[562] PRO. FO 371.48482: Telegramm Nr.2 von V. Mallet an FO, Stockholm, 1.1.1945. Auf derselben Quelle basiert „Hungary" Nr.3 des Press Reading Bureau, Stockholm, an Political Intelligence Dept., London, 4.1.1945, in: BL. NL Macartney/3.

innere Front der Nation durchbricht; [... er] zentralisiert die Sicherheit des Staates; [...] 3. Honvédminister: [...] c) Die Schaffung der Richtlinien und praktischen Rahmen zum inneren Landesverteidigungsdienst und der inneren Landesverteidigung schlechthin."[563] Auf der Audienz Vajnas bei Szálasi am 26. Oktober nahm der für das Polizeiwesen zuständige Staatssekretär Láday diesen Plan auf und kündigte an, daß sowohl die Polizei als auch die Gendarmerie nach militärischem Muster umorganisiert würden; zum Zwecke der Beaufsichtigung dieser Umbildung sei ein militärischer Beobachter zu ernennen[564].

Bis Anfang Dezember 1944 waren die Vorbereitungen für die Umorganisation abgeschlossen und wurden in die Realität umgesetzt. Eine Verordnung unterstellte Polizei und Gendarmerie nun sowohl dem Honvéd- als auch dem Innenministerium. Der im Bereich der öffentlichen Sicherheit tätige Teil der Polizei wurde nach militärischem Muster umgebildet, damit der Organisation der Streitkräfte eingegliedert und gelangte unter Angleichung ihrer Rangstufenbezeichnungen an die der Gendarmerie zusammen mit dieser unter eine einheitliche, dem Verteidigungsminister unterstellte Führung; in Angelegenheiten jedoch, die zum Aufgabenbereich des Innenministers gehörten, waren sie nach wie vor an diesen verwiesen. Die Verordnung bestimmte weiter eine enge Zusammenarbeit von Verteidigungs- und Innenminister bei der Festlegung des Aufgabengebietes des Bezirkskommandanten der Polizei sowie bei der bis zum 31. Dezember 1944 zu erfolgenden Ausführung der Umorganisation[565].

Die Konsequenz dieser gemeinsamen Zuständigkeit von zwei Ministerien ist leicht absehbar. Noch auf der Ministerratssitzung vom 21. März 1945 meldete sich Innenminister Vajna zu Wort und meinte, wenn er kein Hungarist wäre, hätte er seinen Ministersessel schon längst geräumt. Das Prinzip der totalen Führung schließe es aus, daß, wie bei Polizei und Gendarmerie geschehen, mehrere Führungspositionen mit denselben Kompetenzen betraut seien. Von der Gendarmerie unterstünden gegenwärtig 5000 Mann dem Innen-, jedoch 15000 Mann dem Verteidigungsminister oder dem deutschen militärischen Oberbefehl. Neulich habe der im Honvédministerium tätige Inspektor für Polizei und Gendarmerie gar eine Anordnung erlassen, daß jeder Gendarm nur ihm verantwortlich sei[566].

Die Pfeilkreuzler unternahmen jedoch nicht nur den Versuch, Polizei und Gendarmerie zu reorganisieren. Mißtrauisch gegenüber den Institutionen des alten Systems, setzten sie vor allen Dingen auf die Bildung neuer Einheiten im Bereich des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes.

Szálasi wies Innenminister Vajna an, zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Sicherheit in den Operationsgebieten eine selbständige bewaffnete Organisation aufzustellen; Vajna gab diesen Auftrag an Staatssekretär Baky weiter, der Plan und Dienstordnung des „Lagersicherheitsdienstes" (Tábori Biztonsági Szolgálat) ausarbeitete. Wie Gendarmerie und Polizei unterstand der Sicherheitsdienst Innen- wie Verteidigungs-

[563] Pester Lloyd Nr. 238, 19. 10. 1944, S. 1; die Zweitversion war in diesem Fall gleichlautend; vgl. ebenda, Nr. 241, 22. 10. 1944, S. 1 f.
[564] NL Henney: Unterredung Szálasi – Vajna, 26. 10. 1944, S. 3.
[565] Magyarság Nr. 279, 8. 12. 1944, S. 3.
[566] NL Szöllösi: Protokoll der Ministerratssitzung, Köszeg, 21. 3. 1945, S. 8.

ministerium gleichermaßen; die Verordnung zu seiner offiziellen Gründung wurde jedoch von letzterem erlassen. Die Bildung der neuen Organisation war bis zum 30. November 1944 abgeschlossen. Die Verordnung wies dem Lagersicherheitsdienst einen sehr weitgefaßten Aufgabenbereich zu. Er reichte von der Aufrechterhaltung der allgemeinen Sicherheit und Ordnung über den Einsatz gegen Deserteure, Saboteure, Partisanen, Spione und Streikende bis hin zur Unterstützung von Evakuierungs-, Um- und Rücksiedelungsaktionen. Zur Durchführung seines Auftrags war der Sicherheitsdienst berechtigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen und Deserteure, flüchtige Arbeitsdienstverpflichtete usw. zu erschießen; im Falle von Spionen, Saboteuren und Partisanen war er dazu sogar verpflichtet[567].

Aus Mangel an einschlägigen Quellen ist über die Arbeit des Lagersicherheitsdienstes, seine personelle Ausstattung und ähnliche Fragen kaum etwas bekannt. Tatsache ist, daß er bis zuletzt in erheblichem Umfang tätig war und auf dem ständig schrumpfenden Herrschaftsgebiet der Pfeilkreuzler großangelegte Razzien abhielt, um den „Feind an der inneren Front" zu schlagen. Aus Vajnas Rede vor dem zweiten hungaristischen Kronrat ist das Ergebnis der „Säuberungsarbeit" des Lagersicherheitsdienstes vom 2. Februar 1945 bekannt. Demnach wurden insgesamt 7683 Personen aufgegriffen, davon 996 Deserteure, 2326 „sich ohne Weisung herumtreibende Soldaten", 4126 Männer, die dem Einberufungsbefehl nicht gefolgt waren, und 129 „herumstreunende" Arbeitsdienstler. Bei den restlichen Personen handelte es sich um Arbeiter aus Kriegsbetrieben, Kriegsgefangene, Partisanen, Juden und Ausländer. Sichergestellt worden seien weiter viele Waffen und anderes Kriegsmaterial[568].

Auf der bereits zitierten Unterredung zwischen Szálasi und Vajna am 26. Oktober 1944 wurde Staatssekretär Láday angewiesen, unter der Leitung von Gendarmerieoberstleutnant Norbert Orendy eine Einheit zu bilden, „deren Aufgabe die Kontrolle nicht nur der Nation, sondern auch der Ministerien, sogar der Partei ist"[569]. Unter dem Namen „Nationale Rechenschaftsorganisation" (Nemzeti számonkérö szervezet/különitmény)[570] war sie zur Aufklärung und Verfolgung von Vorfällen und Straftaten politischer Art befugt, ohne Hinblick auf Beruf, gesellschaftliche und politische Stellung oder Verdienste im zivilen und militärischen Bereich. Über Orendys hierarchische Stellung finden sich in der Literatur widersprüchliche Aussagen. Er scheint jedoch Szálasis Vertrauen genossen und direkten Zugang zu ihm gehabt zu haben, denn als sich der Obergespan des Komitats Vas über Übergriffe der Rechenschaftsorganisation beschwerte, antwortete ihm Staatssekretär Láday: „Orendy ist nur Szálasi verant-

[567] Honvédségi Rendeletek, 5.12.1944, zitiert nach Teleki, 1974, S.120ff. Einige hochgestellte Militärs im Verteidigungsministerium protestierten gegen den Schießbefehl und argumentierten, daß die Verordnung gesetzeswidrig sei. Unter Hinweis auf die sich auflösende Disziplin wurde die Regelung beibehalten.

[568] NL Szöllösi: Protokoll des 2. Kronrats, 23.2.1945, S.108f.; dieselben Zahlen bei Teleki, 1974, S.275. Demnach wurden von den Aufgegriffenen 150 Personen sofort hingerichtet.

[569] NL Henney: Unterredung Szálasi – Vajna, 26.10.1944, S.3. Offenbar wurde die Tätigkeit dieser Sondertruppe erst nachträglich durch Verordnung 560/1945 legalisiert; vgl. Hivatalos Közlöny Nr.19, 16.3.1945, S.5f.

[570] Im folgenden nach Hollós, 1971, S.401ff.; Teleki, 1974, S.122f., 337, Anm.59.

wortlich, und das Nationale Rechenschaftskommando geht in seinem Geiste, nach seinen Anordnungen vor."[571]

Organisatorisch setzte sich das Nationale Rechenschaftskommando aus der 300 Mann starken Fahndungsabteilung (die sich ihrerseits in drei Unterabteilungen für Militär, Industrie und Politik gliederte), der Aufklärungsabteilung, der technischen Aufklärungsabteilung sowie einer Sturmkompanie zusammen. Personell rekrutierte es sich im wesentlichen aus politisch zuverlässigen Gendarmerieoffizieren; die Aufklärungsabteilung wurde sogar ausdrücklich aus der NYKP aufgebaut, da es ihre Aufgabe war, mit Hilfe der Parteigliederungen ein landesweites, geheimes Informationsnetz aufzubauen. Hier verschwammen erneut die Grenzen zwischen Staat und Partei, nahmen doch die Rechenschaftsorganisation wie die mit Polizeiaufgaben betraute Partei gegenseitig ihre Zuarbeit und ihre Dienste in Anspruch.

Das Nationale Rechenschaftskommando fahndete und ermittelte zunächst gegen politische Gegner des Regimes (z. B. gegen den in der Widerstandsbewegung führend tätigen, aus der Kleinlandwirtepartei stammenden Endre Bajcsy-Zsilinszky) und versuchte, die Hintergründe des „Verrats" der geheimen Waffenstillstandsverhandlungen Horthys mit der Sowjetunion aufzuklären. Darüber hinaus überwachte es jedoch auch die führenden Politiker von NYKP und den anderen Parteien, wenn sie abweichende Meinungen vertreten hatten und noch vertraten. Ermittelt wurde gegen Baky, Hóman und den ehemaligen Propagandaminister István Antal; Endre, Imrédy und Jenö Rátz standen unter Beobachtung. Es wurden sogar Unterredungen zwischen dem HSSPF Winkelmann und SD-Chef Geschke abgehört[572]. Die Rechenschaftsorganisation wurde jedoch auch in den Reihen der Pfeilkreuzpartei selbst gefürchtet, da sie gegen ihre bewaffneten Abteilungen und Untergliederungen vorging, wenn diese gewisse Grenzen überschritten.

Nachdem ab 24. Dezember der größere Teil des Kommandos nach Westungarn (Kapuvár, Sopron) ausgesiedelt worden war – eine hundertköpfige Einheit blieb im umzingelten Budapest zurück –, wurde in Kapuvár eine eigene Unterabteilung zur Aufklärung und Ahndung von Mißbräuchen durch NYKP-Funktionäre und -Mitglieder gegründet; Anlaß waren Meinungsverschiedenheiten der Pfeilkreuzlerführer über die eingezogenen jüdischen Vermögen[573]. In Pápa wurde beispielsweise die gesamte Parteispitze wegen Gehorsamsverweigerung verhaftet. Um gegen NYKP-Mitglieder ermitteln bzw. die Untersuchungen auch zu Ende führen zu können, war jedoch in jedem Einzelfall Szálasis Erlaubnis notwendig; er entschied auch darüber, ob gegen die bewaffneten Organisationen der Partei vorgegangen werden durfte[574].

[571] Zitiert nach Hollós, 1971, S. 402 f. Nach Teleki, 1974, S. 122, war Innenminister Vajna Orendy übergeordnet.

[572] Nach ebenda, S. 122, fertigte die Rechenschaftsorganisation sogar Haftbefehle gegen die mit der deutschen SS kooperierenden Offiziere Károly Ney, Jenö Ruszkay und Vince Görgey an; leider werden weder Datum noch Quellen genannt.

[573] Hollós, 1971, S. 402, 415 f.

[574] Teleki, 1974, S. 123, jedoch ohne Datum und Nennung der Hintergründe. Nach ebenda, S. 122, und Hollós, 1971, S. 403, beschränkte sich die Tätigkeit des Rechenschaftskommandos nicht nur auf Fahndung und Aufklärung, sondern es hatte nach Szálasis Anordnung auch Sorge dafür zu tragen, daß die Kriegsgerichte „entsprechende" Urteile fällten. Im Falle von Freisprüchen oder zu wenigen Todesurteilen sollen die Richter verhaftet worden sein. Hollós und Teleki geben jedoch unterschiedliche Versionen beim Vorgehen der Rechenschaftsorganisation wieder und verzichten beide auf jede noch so vage Quellenangabe.

Die Organisationstätigkeit der Pfeilkreuzler im Bereich der inneren Sicherheit und Ordnung beschränkte sich nicht auf die Gründung neuer Polizeieinheiten. Kennzeichen der hungaristischen Herrschaft ist vielmehr die Betrauung des bewaffneten NYKP-Parteidienstes mit Polizeiaufgaben im staatlichen Bereich[575]. Die Situation nach Szálasis Machtübernahme war zunächst völlig ungeregelt, denn sowohl Parteidienst als auch bewaffnete einfache NYKP-Mitglieder[576] gingen selbständig gegen den „inneren Feind" vor und übernahmen Polizei- und Ordnungsaufgaben, wozu sie als selbsternannte Vertreter des politischen Willens der Nation nach ihrer Ideologie auch ermächtigt waren. Ungeklärt waren dabei jedoch die Weisungsbefugnisse der Partei gegenüber Behörden und staatlicher Polizei, so daß schon am 18. Oktober Parteiaufbauleiter Gera in einem Erlaß den Versuch unternahm, durch Aufstellung eines verbindlichen Dienstweges das Kompetenzenchaos zu lichten, Übergriffe einzuschränken und die Inanspruchnahme der Polizei durch die Partei zu regeln:

„Partei und staatliche Polizeiorgane sind einander nebengeordnet und auf diese Weise tätig; in dem Fall jedoch, daß der Führer der Parteiorganisation in seiner kontrollierenden sowie den politischen Willen der Nation vertretenden Eigenschaft zum Schutz des Gemeininteresses den staatlichen Polizeiorganen eine Anweisung gibt, sind diese zu ihrer Ausführung verpflichtet. In diesem Fall jedoch muß er die Anweisung schriftlich erteilen und ihren Durchschlag in der Parteizentrale vorlegen. Die schriftlich erlassene Anweisung unterschreibt der Organisationsleiter, versieht sie mit einem amtlichen Stempel und läßt sie von seinem Stellvertreter sowie dem Führer des Parteidienstes gegenzeichnen."[577]

Dieser Erlaß wurde daraufhin fast täglich in der Parteizeitung „Összetartás" wiederholt, zusammen mit Aufrufen an die Mitglieder des Parteidienstes und der NYKP, keine Maßnahmen ohne gesetzliche Rechtsgrundlage zu ergreifen. Durch die Verpflichtung zu Schriftlichkeit, Gegenzeichnung und Vorlage der Anweisung in der Parteizentrale wollte man die Anweisungen der Parteileiter an die Polizeikräfte nachvollziehbar und kontrollierbar machen, doch war damit das grundsätzliche Problem einer geregelten Kooperation von Verwaltung, Sicherheitsorganen, Partei und Parteidienst bei weitem noch nicht gelöst.

Aus diesem Grund erließ Vajna am 24. Oktober eine von NYKP und Innenministerium gemeinsam ausgearbeitete[578], großenteils auf obigem Parteierlaß basierende Verordnung (203.400/1944 B. M.), die die Zusammenarbeit verbindlich festlegen und die

[575] Laut Pressemeldung war bereits am 26.9.1944 unter der Lakatos-Regierung eine „Nationalgarde" gegründt worden mit dem Ziel, die öffentlichen Sicherheitsorgane bei der Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung zu unterstützen; vgl. Keesings Archiv der Gegenwart 14, 30.9.1944, S.6541.

[576] Bei der Machtübernahme Szálasis hatten Parteidienstler wie einfache NYKP-Mitglieder unkontrolliert Waffen erhalten. Ständiges, nie gelöstes Problem, über das mit den Deutschen verhandelt werden mußte, war die Beschaffung der Waffen und der Munition. So forderte die Arbeiterorganisation der NYKP im XIII. Budapester Bezirk am 10.11.1944 für 46 Betriebe insgesamt 330 Stück Pistolen oder Gewehre an. Am 17.11. bestätigte sie, am Tage der Machtergreifung 4 (!) Gewehre entgegengenommen zu haben; vgl. Szálasi-TB, Anhang. In zahlreichen Fällen wurde die staatliche Verwaltung angewiesen, beschlagnahmte, abgelieferte Waffen an die lokale Parteiorganisation auszugeben. Die Parteileitung versuchte ab November 1944 meist vergeblich, durch formale Vorschriften die Zahl der zum Waffentragen Berechtigten zu kontrollieren und einzuschränken; vgl. dazu Teleki, 1974, S.124, 128, 338, Anm.67; Sorsforduló I, Nr.232, S.415f.

[577] Összetartás Nr.240, 21.10.1944, S.3: A NYKP-HM hirei.

[578] Teleki, 1974, S.124.

Kompetenzen gegeneinander abgrenzen sollte[579]. Während Abschnitt I die Bedeutung der Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung für die Verwirklichung der hungaristischen Staatsidee betonte und, neben Behörden und Sicherheitsorganen, auch den Parteidienst dazu verpflichtete, an der Erfüllung dieser Aufgabe teilzunehmen, benannte Abschnitt II die Grundregeln der Kooperation: „Der Parteidienst als Exekutivorgan der Pfeilkreuzpartei – Hungaristische Bewegung verfährt zur Erfüllung seines Staatsschutzdienstes gemäß den Anordnungen seiner eigenen Vorgesetzten sowie auf Ersuchen der Verwaltungsbehörden und der allgemeinen Sicherheitsorgane."

Explizit hieß es weiter, der Parteidienst dürfe nicht selbständig vorgehen, da er ein „Hilfsorgan der öffentlichen Sicherheitsorgane" sei, von denen er auch seine Befehle erhalte. Im Klartext bedeutete dies, daß der Parteidienst beispielsweise keine Festnahmen und Verhaftungen vornehmen konnte, sondern den örtlichen Gendarmen dazu auffordern mußte. Wenn dieser sich weigerte, war der Parteidienst bei Gefahr im Verzuge zum sofortigen Vorgehen verpflichtet; in diesem Fall war der NYKP-Leiter berechtigt, unter Einhaltung bestimmter Formen (Schriftlichkeit, amtlicher Stempel, Gegenzeichnung, Durchschlag an die Parteizentrale, Benachrichtigung der Behörden), Polizei oder Gendarmerie Befehle zu erteilen, die sie ausführen mußten.

Aus diesen Formulierungen wird das Dilemma der Verordnung deutlich. Einerseits versuchte man, den bewaffneten Parteidienst dem staatlichen Sicherheitsapparat einzufügen; andererseits betonte man die Eigenständigkeit des Parteidienstes sowie die führende Rolle der Partei, der als Verkörperung des politischen Willens der Nation Kontrollrechte gegenüber dem Staat zukamen, wobei, wenn Szálasi seine politischen Ziele tatsächlich hätte durchsetzen können, die Partei ausschlaggebend gewesen wäre[580]. Noch während seiner Landesrundfahrt vom 10.–12. Februar 1945 wurde er gefragt, ob die Partei ein Verhaftungsrecht habe. Er verneinte dies, erläuterte detailliert die Verordnung über das komplizierte Zusammenwirken von Parteidienst und regulärer Polizei, setzte jedoch hinzu: „Ich muß auch bei dieser Gelegenheit bemerken, daß ich immer der Partei recht geben werde."[581]

Das in der Praxis herrschende Mit-, Neben- und Gegeneinander der Ordnungs- und Sicherheitskräfte von Partei und Staat hatte zur Folge, daß der Status des bewaffneten Parteidienstes nicht unangefochten blieb. Auf einer Unterredung bereits am 2. November 1944 eröffnete Szálasi dem Parteiaufbauleiter Gera, die Partei müsse wieder in ihren alten Rahmen gestellt werden: „Wir unterstellen den Parteidienst unter Führung von Návay dem Innenminister. Auch die Partei kann den Parteidienst in Anspruch nehmen, aber auch sie nur über den Innenminister. [...] Es wird nur vier bewaffnete Einheiten im Land geben: Armee, Polizei, Gendarmerie, Parteidienst. Wer sich außerhalb organisiert, wird liquidiert."[582]

Die genauen Hintergründe für diesen Versuch, die Parteiarmee zu verstaatlichen, als reguläre Polizeitruppe dem Innenministerium zu unterstellen und damit in die Hierarchie von Staat und Bürokratie zu integrieren, sind nicht bekannt. Drei Wochen

[579] Im folgenden nach dem Text der Verordnung in: Sorsforduló I, Nr. 28, S. 51 f.; auch Megfigyelés alatt, Nr. 221, S. 439 f.

[580] Streitfälle sollten auf höchster Ebene zwischen Innenminister und Parteidienstführung verhandelt werden; wer jedoch ausschlaggebend war, wurde nicht geregelt.

[581] IfZ, MA 1541/1, B. 719.

[582] NL Henney: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi – Gera, 2. 11. 1944, S. 1.

später, am 22. November, erschien die Verordnung 4190/1944 M. E. über die Bildung des „Bewaffneten Nationaldienstes" (Fegyveres Nemzetszolgálat) und trat drei Tage darauf in Kraft. Sie ermächtigte in § 1 den Innenminister, eine militärisch organisierte, bewaffnete Einheit aufzustellen; ihre Aufgabe war neben der Unterstützung der ordentlichen Sicherheitskräfte die Gewährleistung der persönlichen Sicherheit Szálasis sowie der Verwirklichung der Ziele des Hungarismus. Organisation, Dienst- und Disziplinarrecht bestimme der Innenminister, der gemeinsam mit dem Honvédminister die Beziehung des Nationaldienstes zu Polizei und Gendarmerie regele. Die Mitglieder des Nationaldienstes besäßen den Status von Beamten und hätten Anspruch auf Versorgung im Fall von Verwundung, Gesundheitsschäden und Tod; der Führer der Nation ernenne die Offiziere auf Vorschlag des Innenministers[583].

Aufnahmebedingung für den aus Freiwilligen gebildeten Nationaldienst[584] waren die ungarische Staatsbürgerschaft, Mitgliedschaft in der NYKP, Vollendung des 17. Lebensjahres sowie ein integres Vorleben und „Verläßlichkeit" „in nationaler Hinsicht". Von einer verordneten Auflösung des ehemaligen Parteidienstes, der automatischen Übernahme seiner Mitglieder in den Nationaldienst und damit der Unterstellung unter das Innenministerium findet man in den spärlichen Quellen keine oder nur widersprüchliche Hinweise. Obwohl Teleki mehrfach davon spricht, der Nationaldienst sei die Nachfolgeorganisation des Parteidienstes gewesen, ist es fraglich, ob der Parteidienst tatsächlich jemals aufgelöst wurde.

Welche Machtkämpfe sich hinter den Kulissen, besonders wohl um Innenminister Vajna, abspielten, bleibt im dunkeln, doch ist festzuhalten, daß der Parteidienst entweder, wie Teleki meint, unter der alten Bezeichnung neu gebildet wurde, oder überhaupt als Organisation nie aufgehört hatte zu bestehen. Für letzteres spricht, daß Sándor Olaszy, der neue Landesleiter des Parteidienstes, spätestens am 15. November ernannt worden war[585], als die Verordnung über die Bildung des Nationaldienstes sich noch in der Vorbereitungsphase befand. Für die Koexistenz beider Organisationen spricht auch Szálasis Aufzählung der zugelassenen Waffenträger auf einer Parteiführerkonferenz am 4. Januar. Neben Armee, ungarischen SS-Divisionen, hungaristischer Legion, Gendarmerie und Polizei erwähnte er sowohl den Nationaldienst als auch den Parteidienst, „der der Parteiführung in erster Linie zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung der Partei zur Verfügung steht"[586].

Aus Mangel an einschlägigem Quellenmaterial liegen nur wenige, großenteils widersprüchliche Erkenntnisse über die Tätigkeit und das weitere Schicksal des Nationaldienstes vor. Fest steht, daß seine Zusammenarbeit mit der Verwaltung durch Verordnung geregelt und durch Rundbriefe der Partei bekannt gemacht wurde, daß es aber weiterhin zu ernsthaften Zusammenstößen und Beschwerden wegen Übergriffen, Massenverhaftungen usw. kam[587]. Nach Teleki begann der Parteidienst kurz nach seiner Reorganisierung, seinen Rivalen, den Nationaldienst, „abzusägen" und seine Or-

[583] Belügyi Közlöny 50 (1944), Nr. 802, S. 1695 f.; zusammenfassend Összetartás Nr. 278, 28. 11. 1944, S. 5; auch bei Morva, in: HK 17 (1970), Nr. 15, S. 293.
[584] Im folgenden nach Teleki, 1974, S. 129, 131.
[585] Összetartás Nr. 274, 23. 11. 1944, S. 3.
[586] IfZ, MA 1541/7, B. 167 f.: Kurzprotokoll, 4. 1. 1945.
[587] Vgl. auch Teleki, 1974, S. 130.

ganisation zu zerschlagen[588]. Quellenmäßig abgesichert ist nur Szálasis Anweisung vom 17. Januar an Innenminister Vajna, bis zum 1. März eine Verordnung zur Auflösung des Nationaldienstes auszuarbeiten: Diejenigen, die schon vor dem 1. August 1944 Parteimitglied gewesen seien, sollten aus dem aufgelösten National- in den Parteidienst zurückkehren, die anderen seien in die hungaristischen Freikorps zu versetzen[589]. Damit wäre Vajna gezwungen gewesen, eine ihm unterstellte Einheit ersatzlos zugunsten der Parteiarmee aufzulösen.

Nichts deutet darauf hin, daß diese Anordnung, wie Teleki schreibt, „den Tod des bewaffneten Nationaldienstes" bedeutete[590]. Fest steht, daß rund 2000 Mann des Nationaldienstes im von der Roten Armee umzingelten Budapest zurückblieben[591] und dort Seite an Seite mit dem Parteidienst unter einem gemeinsamen Befehlshaber, Imre Nidossy, kämpften[592]. In der Gesetzesvorlage der Szálasi-Regierung zur „Verewigung der Verdienste" der Verteidiger der Hauptstadt im März 1945 wurden sowohl der „Bewaffnete Nationaldienst" als auch der „Hungaristische Parteidienst" erwähnt[593]. Weitere Indizien weisen darauf hin, daß genausowenig, wie sich zuvor der Parteidienst aufgelöst hatte, nun der Nationaldienst aus der Szenerie der Ordnungskräfte verschwand. Er wurde sogar in gewisser Hinsicht zum Konkurrenzorgan der Armee aufgewertet. In Absprache mit dem Verteidigungsminister erließ Parteiaufbauleiter Gera seine Verordnung 4/1945, in der er den Dienst im Bewaffneten Nationaldienst als geleistete Wehrpflicht anerkannte. Mitglieder des Parteidienstes sowie Parteifunktionäre (von denen 30% ohnehin vom Militärdienst befreit waren) sollten ihrer Wehrpflicht nicht in der regulären Armee, sondern im Nationaldienst nachkommen[594]. Mit größter Wahrscheinlichkeit legalisierte diese Regelung eine seit langem praktizierte Gewohnheit.

Dies bedeutete eine eindeutige Privilegierung der Parteimitglieder, die somit nicht zum gefährlichen Frontkampf der regulären Armee verpflichtet waren, sondern in der

[588] Ebenda, S. 132f. Teleki bleibt für ihre Ausführungen jeden Nachweis schuldig und verweist weder auf Primärquellen noch auf Forschungsliteratur. Am 24.12. sei Návay, der Oberbefehlshaber des Nationaldienstes, auf Befehl des Innenministers (?) von Parteidienstlern „entführt", seine Organisation zerschlagen worden. Zu klären wäre vor allen Dingen, falls diese Aussagen überhaupt korrekt sind, warum der Innenminister selbst den Befehl zur Zerschlagung einer ihm unterstellten Einheit mit Hilfe und zugunsten der Parteitruppen gegeben haben soll.

[589] IfZ, MA 1541/7, B. 148: Kurzprotokoll der Audienz Szálasi-Vajna, 17.1.1945.

[590] Teleki, 1974, S. 133.

[591] NL Szöllösi: TB, Anlage 11: Protokoll der Konferenz des Nationalbunds bei Szálasi, 28.2.1945, S. 113, Aussage Vajna. Demnach waren insgesamt 11 000 Mann der verschiedenen Ordnungs- und Sicherheitskräfte in Budapest zurückgeblieben.

[592] Összetartás Nr. 5, Budapest, 9.1.1945, S. 2. Der Parteibeauftragte für die Verteidigung Budapests, Dr. Ernö Vajna, hatte den Parteidienstführer Nidossy mit Wirkung vom 25.12. in den Rang eines Oberstleutnants versetzt und gleichzeitig zum Oberbefehlshaber des Nationaldienstes ernannt.

[593] NL Szöllösi: Parlamentsdrucksache Nr. 919, 6.3.1945. Das Gesetz war vom Kulturamt entworfen, dann vom Justizministerium überarbeitet worden. Beide Entwürfe vgl. IfZ, MA 1541/3, B. 755, 759.

[594] Ebenda, 1541/4, B. 455f.: Verordnung 4/1945 PÉV, Kapuvár, 8.2.1945. Teleki, 1974, S. 133, zitiert dasselbe Dokument sinnentstellend, indem sie statt National- stets Parteidienst schreibt.

sicheren Etappe Ordnungsdienste leisteten. Entsprechend schlecht war der Widerhall der Verordnung in der Öffentlichkeit. Der ehemalige Innenminister Jaross brachte einen zaghaft formulierten Einwand gegen diese Regelung auf der Konferenz des Nationalbunds bei Szálasi am 28. Februar 1945 vor. Szálasi legitimierte sie mit der Begründung, der Nationaldienst bilde eine der regulären Armee ähnliche eigene Kampfeinheit; nach Absprache mit dem Innenminister sei ein Teil zur Ausbildung neuer Polizei- und Gendarmerieverbände zu den Ordnungskräften abbeordert, da hier acht- bis zehntausend Mann fehlten[595]. Diese doppelte Aufgabenzuweisung als Kampfeinheit und Sicherheitsorgan einen Tag vor der einst angeordneten Auflösung des Nationaldienstes belegt, daß von diesem Plan längst Abstand genommen worden war. Auch die große Reorganisation der Partei am 9. März ging von der Fortführung beider Organisationen aus: „Die Partei hat nur eine einzige bewaffnete Einheit: den Parteidienst [...] der bewaffnete Nationaldienst bleibt unter dem Innenministerium."[596]

Trotzdem müssen Dinge vorgefallen sein, die zu Konflikten mit dem Nationaldienst führten, ohne daß Genaueres über die direkt Beteiligten und die Hintergründe gesagt werden könnte. Ein auf den 17. März datierter Bericht, vielleicht aus der Feder Pethös im Rechenschaftsamt, läßt erkennen, daß sich der Nationaldienst zahlreiche Mißbräuche und Übergriffe hatte zuschulden kommen lassen, die das übliche Maß überschritten. Die Aufzählung der Verfehlungen von Offizieren und Mannschaften reichte von der Nichtbefolgung der Befehle Szálasis über Diebstahl, Raub, unbefugte Requirierungen, Beschlagnahmungen bis zu willkürlichen Erschießungen. Návay habe „unzuverlässige Elemente" in den Nationaldienst geworben, seinen Einheiten schriftlichen Befehl zu Plünderungen erteilt sowie die Diebstähle und Raubzüge seiner Untergebenen geduldet. Der Verfasser des Untersuchungsberichts schlug vor, Konsequenzen zu ziehen: Die Militärgerichtsbarkeit solle Strafverfahren gegen Offiziere und Mannschaften einleiten; die Mitglieder des Nationaldienstes seien auf die Armee zu verteilen. Aus den tatsächlich hervorragenden, erprobten Kräften solle er als Eliteeinheit wiedergegründet werden und eine von Musteroffizieren erteilte, ausgezeichnete theoretische und praktische, sich auf alle Waffengattungen erstreckende Ausbildung erhalten[597].

Vorbild dieser Empfehlung zur Reorganisation des Nationaldienstes, deren Stellenwert sich ohne Kenntnis weiterer Quellen nicht bestimmen läßt, war die versuchte Bildung einer der SS-ähnlichen Elitetruppe. Wie ihr deutsches Pendant hätte sie Armee-, Polizei- und auch Parteifunktionen zu erfüllen gehabt, schrieb doch bereits die Gründungsverordnung vom 25. November auch die Gewährleistung der persönlichen Sicherheit Szálasis sowie die Bekämpfung gegnerischer weltanschaulicher Kräfte als Aufgaben vor. Da zur Zeit der Niederschrift des Berichts die Flucht der Pfeilkreuzler nach Deutschland in vollem Gange war und der endgültige Zusammenbruch des Regimes bevorstand, wurden seine Empfehlungen natürlich nicht mehr realisiert. Die

[595] NL Szöllösi: TB, Anlage 11: Protokoll der Konferenz des Nationalbunds bei Szálasi, 28.2.1945, S. 102 f., 110 ff. Jaross' Bemerkung, daß in diesem Fall der Nationaldienst dem Verteidigungs-, nicht dem Innenminister unterstehen müßte, war damit nicht begegnet.

[596] IfZ, MA 1541/2, B. 1133: Protokoll des Parteiführerrats, Köszeg, 9.3.1945.

[597] Ebenda, 1541/1, B. 50 ff. Die Zitate bei Teleki, 1974, S. 132 f., wie üblich ohne genauere Angaben, scheinen sich auf dasselbe Dokument zu beziehen.

Tatsache jedoch, daß er nicht zurückgelassen, sondern mitgenommen wurde, weist darauf hin, daß man nach der erhofften Rückeroberung Ungarns die neuerliche Aufstellung des Nationaldienstes plante.

Herrschaft zwischen Tradition, Systemveränderung und Zusammenbruch

Die Herrschaft der Pfeilkreuzler war nicht nur bei ihren Opfern gefürchtet und traf auf die Ablehnung ihrer politischen Gegner; auch in den eigenen Reihen stießen die in der politischen Praxis vorgefundenen Fälle von Machtmißbrauch, Korruption, Gewaltanwendung und Mord auf Kritik. Die deutschen Bundesgenossen machten ebenfalls aus der Tatsache kein Hehl, daß sie ihre in Szálasi gesetzten Erwartungen keineswegs erfüllt sahen. Der stellvertretende Ministerpräsident bemerkte in seinem Jahresbericht für 1944 über seine Unterredung mit Veesenmayer am 30. Dezember, der ersten nach dem Verlassen Budapests: „Ich habe bei ihm erfahren, daß er unsere Tätigkeit lebhaft beobachtet, und er machte mehrere solche Bemerkungen, die, obwohl sie völliges Wohlwollen zeigten, kein Geheimnis daraus machten, daß seine Beurteilung unserer Regierungstätigkeit nicht in allem die günstigste ist."[598] Auch bei seinem Besuch in Köszeg am 3. Januar habe Veesenmayer derartige Anspielungen gemacht und besonders die Reibereien in Zusammenhang mit der Tätigkeit der Regierungskommissare hervorgehoben[599].

Wenn diese Passagen den Inhalt der Kritik auch nur andeutungsweise wiedergeben, so sprechen andere Quellen eine deutlichere Sprache, zumal für Veesenmayer nur die für die Kriegführung wichtigen Aspekte von Bedeutung waren. Der Erfahrungsbericht eines hungaristisch gesinnten Offiziers vom 25. Februar 1945 benannte dagegen die Punkte, die unter den der Szálasi-Regierung positiv gegenüberstehenden Kräften auf Ablehnung stießen. Partei und Bewegung, so der Bericht, seien in ihrem jetzigen Zustand bei weitem noch nicht dem hungaristischen Ideal nahegekommen, so daß man bisher wenig Recht auf das Vertrauen der Nation erworben habe. Zunächst leide das moralische Ansehen der NYKP erheblich daran, daß die Parteiorganisation sich in die Verwaltung der eingezogenen jüdischen Vermögen einmische. Zweitens müsse Parteimitgliedern Handel jeglicher Art (Tabak, Alkohol usw.) verboten werden, da dies die gängige Ansicht nähre, die Pfeilkreuzler machten jetzt mit allem gute Geschäfte. Die Geschäftemacherei laufe an einigen Orten sogar über die lokalen Parteibüros, was ebenso zu kritisieren sei, wie wenn die Gendarmerie dort ihre Verhöre abhalte. Drittens sei die endgültige Regelung des Verhältnisses von Parteiorganisation und Verwaltung bzw. Armee absolut unerläßlich, ebenso wie die strenge Einhaltung der diesbezüglich gesetzten Normen. Besonders wichtig sei viertens die sorgfältige Auswahl der zur Kontrolle der Fabriken und Betriebe abkommandierten hungaristischen Parteidienstler. Abschließend kritisierte der Bericht den erheblichen Mangel an innerer Disziplin und Kontrolle und wies eindringlich darauf hin, daß die Partei durch die Anordnung, daß NYKP-Mitglieder ihre Wehrpflicht im Parteidienst ableisten könnten,

[598] NL Szöllösi: TB, Anlage 1: Abschlußbericht für 1944, Köszeg, 4.1.1945, S. 5 f. Szálasis Reaktion war typisch; am Rand dieser Textstelle vermerkte er: „Auch meine nicht von der ihrigen! Bitte ihm das mitzuteilen."

[599] Ebenda, S. 6.

einen starken Prestigeverlust erlitten habe. Kein Außenstehender könne und wolle wissen, was der Parteidienst sei; man sehe nur, daß die, die sich beispielhaft verhalten sollten, sich vor dem Frontdienst drückten[600].

Die neuralgischen Punkte, die dieser Erfahrungsbericht anschnitt, waren neben der mangelnden fachlichen und charakterlichen Eignung der Pfeilkreuzler-Gefolgschaft also die politische Sonderstellung der NYKP sowie das daraus resultierende ungeklärte, konfliktreiche Verhältnis zwischen Partei und Staatsapparat. Hinzu kam, daß die Zentralregierung nicht in der Lage war, ihre Entscheidungen nach unten durchzusetzen. Nicht in der totalen Machtposition des NV, sondern in der mangelnden „totalen Durchführung" sah der Ministerrat die Probleme des Regimes[601]. In Anbetracht der durch den militärischen Zusammenbruch gekennzeichneten Situation und der Tatsache, daß der größte Teil der Hungaristen über keinerlei Verwaltungs- oder Regierungserfahrung verfügte, ist das Szálasi-Regime jedoch kaum als Beleg für die Richtigkeit der Polykratie-These zu nutzen, nach der die rationale Verteilung von Herrschaft dem Nationalsozialismus wesensfremd gewesen sei[602].

Die politischen Kräfteverhältnisse zwangen die neuen Machthaber, mit den seit der Besetzung Ungarns durch die Deutschen zwar von „linken", liberalen und altkonservativen Kräften gesäuberten[603], aber dennoch politisch und gesellschaftlich deutlich von der Horthy-Zeit geprägten Apparaten von Verwaltung und Armee zu kooperieren. Die Elemente des revolutionären Bruchs und der historischen Kontinuität waren jedoch zu gegensätzlich, als daß ihre erzwungene politische Zusammenarbeit problemlos vor sich gegangen wäre[604]. So klagten diejenigen, die ihr politisches Ziel in der möglichst raschen, eventuelle Hemmnisse unterdrückenden, kompromißlosen Durchsetzung des hungaristischen Staates sahen, über die bremsenden Widerstände in Ministerien, Verwaltung und Armee: „Ein großer Teil der Kraft mußte darauf verwandt werden, die hier gebliebenen Vasallen des verräterischen Systems unschädlich zu machen und die durch sie lange Jahre hindurch fortgesetzte irreführende Propaganda auszugleichen."[605]

Einen Hort „konservativer Reaktion" bildete nach Parteiquellen besonders das Finanzministerium des zum rechten MÉP-Flügel gehörigen Remény-Schneller. Der hungaristische Nationalbankpräsident László Temesváry verfaßte bereits Mitte November 1944 mehrere Aufzeichnungen über „die stille Sabotage des Finanzministers",

[600] NL Henney: Erfahrungsbericht des Offiziers András Endre, 25.2.1945, S. 3 f.

[601] NL Szöllösi: TB, 21.3.1945, S. 153.

[602] Viele Indizien scheinen dagegen die Polykratie-These auch für das Pfeilkreuzlerregime zu bestätigen: So waren z. B. fünf Stellen berechtigt, im Versorgungswesen Maßnahmen zu ergreifen, nämlich Versorgungsministerium, ungarische Militärbehörden, deutsche Wehrmacht, Regierungskommissare und nicht zuletzt die Partei, wie Szöllösi auf dem 1. Kronrat am 26.1.1945 kritisierte; vgl. ebenda: Protokoll des 1. Kronrats, S. 36; ebenso auf der Ministerratssitzung vom 24.1.1945; vgl. ebenda, TB, 24.1.1945, S. 46 f.

[603] Vgl. z. B. Nagy-Talavera, 1970, S. 197: „The whole administration was purged of Bethlenite conservatives in the commanding positions; they were to be replaced with Imrédists all along the line. Here, as in the military, the ‚Gleichschaltung' was not difficult at all."

[604] Vgl. dazu auch MT 8/2, S. 1188 f.

[605] NL Szöllösi: Protokoll des 1. Kronrats, 26.1.1945, S. 34 (Rede Kovarcz). Andererseits plädierte Kovarcz an gleicher Stelle für „größte Ordnung und schärfste Disziplin", eine scharfe Abgrenzung der Kompetenzen und die Beibehaltung des Staatsapparats, über den die notwendigen Veränderungen durchzuführen seien.

nach denen Reményi-Schneller zwar die von Parteiseite geforderten personellen Veränderungen und Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung (u.a. durch Versteigerung der konfiszierten Schmuck- und Wertsachen aus jüdischem Besitz) stets mündlich zugesagt, aber dann nicht durchgeführt hatte[606]. Ähnliches beklagte der Parteibeauftragte in der Zentrale der Geldinstitute in seinem Brief an Szálasi vom 22. November 1944[607]. Der Ende Februar 1945 von Rechenschaftsamtsleiter Pethö erstellten Zusammenfassung aller Unterlassungen Reményis ist zu entnehmen, daß sich bis zu diesem Zeitpunkt nichts daran geändert hatte. Die Befürchtungen Temesvárys und des Parteibeauftragten bestätigten sich: Der Finanzminister hatte den Budapester Banken die Evakuierung nach Westen freigestellt, keine Vorbereitungen getroffen und die Geld-, Gold- und Devisenvorräte der zurückbleibenden TÉBE-Banken nicht vorsorglich beschlagnahmt. Diese und andere Mängel, so Pethö, seien nur auf die fehlende Kooperation zwischen Partei und Ministerien zurückzuführen[608].

Demgegenüber beschwerten sich die konservativ Eingestellten und realpolitisch Denkenden in und außerhalb der NYKP über die stetigen, Regelungen und Kompetenzabgrenzungen mißachtenden Übergriffe der „Systemveränderer": „Die zu Recht Ungeduldigen möchten, indem sie einzelne Kompetenzen an sich reißen, einen Systemwandel durchsetzen, ohne daß in den meisten Fällen die gesetzliche Möglichkeit – auf die man unbedingt achten muß – oder die praktische Durchführbarkeit bestünde." Dieser Auszug aus der Rede Justizminister Budinszkys vor dem Kronrat am 26. Januar 1945 brachte das Problem auf den Nenner. Der Minister fuhr fort: „Die Verwaltung, die die Grundlage des alten Systems war, muß unbedingt inhaltlich und personell umorganisiert werden, jedoch nach ruhigen, überlegten Richtlinien." Bis dahin seien alle die Regierung und die Administration behindernden Störfaktoren auszuschalten: „Es ist eine unbezweifelbare Tatsache, daß die Wünsche der Partei zur Führung des Landes über die durch den Führer der Nation ins Leben gerufene Regierung geltend gemacht werden müssen, und gerade deshalb müssen Macht und Ansehen der verantwortlichen Regierung und ihrer einzelnen Mitglieder auf jede Weise gesichert werden."[609]

Einig waren sich alle Minister in ihrer Forderung nach Abgrenzung der Kompetenzen der einzelnen Ämter und Positionen, um die politische Realität mit dem monolithischen hungaristischen Herrschaftsanspruch „ein Weg, ein Ziel, ein Führer" in Einklang zu bringen. Für Budinszky war es zur Aufrechterhaltung von Disziplin und Ansehen der Regierung unbedingt erforderlich, daß für jede Angelegenheit stets nur eine Person verantwortlich sei[610], eine Ansicht, die auch Mobilmachungsminister Kovarcz teilte[611]. Finanzminister Reményi-Schneller sah sogar die Ursache aller innenpolitischen Probleme darin begründet, „daß die Tätigkeit der verschiedenen Organe nicht

[606] IfZ, MA 1541/1, B. 54ff.: Aufzeichnungen Temesvárys, 13. und 14.11.1944.
[607] Ebenda, 1541/12, B. 768.
[608] Ebenda, 1541/3, B. 771: Anmerkungen Pethös zu Reménys Rede auf dem 2. Kronrat (23.2.1945).
[609] NL Szöllösi: Protokoll des 1. Kronrats, 26.1.1945, S. 22 (Rede Budinszky); dasselbe Zitat bei Teleki, 1974, S. 373, Anm. 37. Dort wird jedoch der Kronrat (koronatanács) mit dem Regentschaftsrat (kormányzótanács) verwechselt.
[610] Vgl. dazu ebenda, Protokoll des 2. Kronrats, 23.2.1945, S. 68 (Rede Budinszky).
[611] Vgl. ebenda, Protokoll des 1. Kronrats, 26.1.1945, S. 34 (Rede Kovarcz).

in erforderlicher Weise eingegrenzt ist. Die Ruhe der Bevölkerung und ihr Vertrauen gegenüber der neuen Regierung können jedoch nur dann dauerhaft und endgültig bekräftigt werden, wenn sie sich darüber im klaren ist, daß in einer bestimmten Angelegenheit einzig und allein eine zuständige Instanz Maßnahmen verfügen kann."[612]

Mitverantwortlich, wenn auch sicherlich nicht ausschlaggebend für das Scheitern der Pfeilkreuzler beim praktischen Aufbau einer effizienten Staatsführung und Verwaltung war nicht zuletzt Szálasis unverwechselbarer Führungsstil. Dabei ist der Befund keineswegs eindeutig. Einerseits ist auf Szálasis Gepflogenheit der sogenannten „Rundfahrten durch das Land" (országjárás) hinzuweisen, die er schon in früheren Jahren unternommen hatte, um einmal jährlich die Parteiorganisationen außerhalb Budapests zu besuchen[613]. Als Staatsoberhaupt nahm er diese Gewohnheit auf, ja scheint auch von seinen Ministern ähnliche „Kontrollrundreisen" erwartet zu haben[614]. Aus der diese Fahrten für ihre Zwecke auswertenden Propagandakampagne der Pfeilkreuzler ergeben sich charakteristische Hinweise auf Szálasis Selbstverständnis als „Führer der Nation". So hieß es in einer am 27. Januar von der Presseabteilung des Propagandaministeriums herausgegebenen Schrift, daß Szálasi damit an eine Gewohnheit des großen Königs Matthias anknüpfe, um sich persönlich über die allgemeine Stimmung zu informieren und zu kontrollieren, ob und wie seine Anordnungen ausgeführt würden; dies geschehe in bewußter Abgrenzung zum alten System, das seine Führungsspitze nach unten abgeschirmt habe[615]. Deutlich wird auch hier wieder das extrem personalistisch aufgefaßte Führerprinzip.

Ende Dezember 1944 plante der Landesleiter für die Arbeitsordnung, Henney, Szálasis Rundfahrten für die noch nicht von den Sowjets eroberten Landesteile Westungarns[616]. In den Monaten Januar, Februar und März (7.–9.1., 13.–15.1., 20.–22.1., 27.–29.1.; 10.–12.2., 17.–19.2., 24.–26.2.; 10.–12.3., 17.–19.3.) sollte vormittags und nachmittags je ein Verwaltungskreis (járás) vom Führer der Nation besucht werden; er stand in Begleitung von Henney (Landesleiter für die Arbeitsordnung), Endre (Leiter der Zivilverwaltung der Operationsgebiete), Baky (Leiter des Nationalen Sicherheitsbüros) und Csonka (Führer der Parteijugend). Anwesend zu sein hätten von seiten der Verwaltung Ober- und Untergespan des Komitats, der Oberstuhlrichter des Kreises sowie die Gemeindevorstände, von seiten der Partei der Komitats-, Kreis- und Ortsgruppenleiter, von seiten der Streitkräfte die zuständigen Kommandanten der Armee und Gendarmerie. Mindestens eine Woche vor Beginn des Besuchs sollten die Teilnehmer aus Verwaltung und Militär/Gendarmerie bei Henney Berichte vorlegen, die

[612] Ebenda, S. 2 (Rede Reményi-Schneller). Reményi hatte in jenen Tagen erhebliche Probleme mit seinem hungaristischen Nationalbankpräsidenten und trug sich auf der Ministerratssitzung vom 24.1. offen mit Rücktrittsplänen: Er könne die Verantwortung nicht weiter tragen, da sich Temesváry nicht an seinem Amtssitz aufhalte, ihn nur in den seltensten Fällen aufsuche und eine unmögliche Kreditpolitik betreibe; vgl. ebenda, TB, 24.1.1945, S. 47 f.

[613] Vgl. z. B. das ausführliche Programm der Rundfahrt im Krisenjahr 1943, als Szálasi insgesamt 50 Tage unterwegs war; vgl. Szálasi-TB, September 1943, S. 88.

[614] Überliefert ist ein entsprechender Reiseplan Budinszkys vom 4.1.1945 für Januar bis März 1945; vgl. IfZ, MA 1541/2, B. 246.

[615] Nemzetvédelmi Tudósító, Szombathely, 27.1.1945, in: Sorsforduló II, Nr. 416, S. 78 ff.

[616] Im folgenden nach NL Henney: Vertraulicher Rundbrief Henneys mit Programm und Ablauf der Landesrundfahrten des NV Januar – März 1945 (4 Anlagen), Köszeg, 27.12.1945; vgl. auch Sorsforduló I, Nr. 181, S. 327 ff.

genaue Informationen über Bevölkerungs- und Flüchtlingszahlen, Lebensbedingungen, Produktionszweige, Stand der Arbeiten in der Landwirtschaft, Stimmung der Bevölkerung, Situation der Verwaltung und der öffentlichen Sicherheit sowie konkrete Probleme und Lösungsvorschläge enthalten mußten. Es folgte eine exakte Aufstellung des Ablaufs der Besprechungen (einschließlich der Kranzniederlegung an der Heldengedenkstätte), der Sicherheitsbestimmungen, Verköstigung und Unterbringung (bei Parteimitgliedern).

Wie bei den NYKP-Großratssitzungen, auf denen sich Szálasi den Fragen der Parteifunktionäre stellte[617], antwortete er auch auf den Rundfahrten vorgebrachten Fragen und Beschwerden. Diese betrafen die militärische Lage, Versorgungsprobleme, Übergriffe der Militärs usw.[618]. Szálasis Antworten waren wie immer stark weltanschaulich-visionär geprägt, also charakteristisch für sein eher visionär-ideologisches als realistisches Verständnis von Politik. Konkrete Detailprobleme „löste" er oft durch stereotype Verweise auf die großen, übergeordneten Zusammenhänge. Dies belegen auch die Protokolle des 1. und 2. Kronrats am 26. Januar bzw. 23. Februar 1945, die neben den Referaten der Minister über die aktuelle außen-, innen-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Lage die Ausführungen Szálasis enthalten[619]. Auch bei noch so handgreiflichen Problemen, die realitätsbezogene Lösungsversuche erfordert hätten, blieben seine Antworten auf die rein ideologische Ebene beschränkt und wiederholten die visionären Fernziele der Bewegung.

Im Falle der Fahrten Szálasis durch die noch unter Pfeilkreuzlerherrschaft stehenden Landesteile blieb es jedoch nicht nur bei den phrasenhaften Reden, was Teleki nicht erwähnt. Jeder der den NV begleitenden Männer war verpflichtet, über die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beobachtungen und Beschwerden einen zusammenfassenden schriftlichen Bericht zu erstellen. Erhalten geblieben ist der 17 Punkte umfassende Bericht des Leiters des Nationalen Sicherheitsbüros, Baky, über die auf der Fahrt vom 10. bis 12. Februar erfahrenen Mißstände und Beobachtungen in Armee und Sicherheitskräften und die an Ort und Stelle getroffenen Maßnahmen[620]. Von Endre wurden Anordnungen, die auf Beobachtungen und als berechtigt anerkannte Beschwerden auf den Inspektionsfahrten zurückgingen, zur weiteren Bearbeitung an die zuständigen Ministerien, Behörden und Parteistellen gesandt; sie reichten von Fragen des Straßenzustands über landwirtschaftliche Probleme bis zu Themen der Verwaltung, Versorgung, Flüchtlingsunterbringung usw.[621].

Szálasi ließ es sich nicht nehmen, den Ressortministern konkrete Anweisungen zu erteilen in Angelegenheiten, die ihm auf den Landesfahrten zur Kenntnis gebracht worden waren: Als Zeitraum zur Beseitigung der Mißstände gab er sieben Tage vor[622].

[617] Fragen und Antworten wurden in Protokollen festgehalten; vgl. z. B. IfZ, MA 1541/1, B. 323 bis 480, für Oktober–Dezember 1943 und März–Juli 1944 sowie B. 813 ff. für Februar 1944.

[618] Vgl. ebenda, B. 508 ff., 727 ff. für Januar 1945 sowie 705 ff. für Februar 1945; vgl. Teleki, 1974, S. 258 ff.

[619] NL Szöllösi: Protokolle des 1. und 2. Kronrats.

[620] NL Henney: Bericht Bakys über die Landesrundfahrt 10.–12.2.1945.

[621] Ebenda befinden sich folgende Anordnungen Endres: Nr. 225, 227–229, 231–232 (20./21.1.); Nr. 491–496 (10.–12.2.); Nr. 536–539 (17./18.2.); Nr. 641–648, 652–655, 660, 734 (24./25.2.).

[622] IfZ, MA 1541/7, B. 139 ff.: Anweisungen Szálasis, 27.1.1945.

Ob danach tatsächlich Maßnahmen ergriffen bzw. nach unten durchgesetzt wurden, ist in Anbetracht der herrschenden Zustände zu bezweifeln. Festzuhalten ist jedoch, daß Szálasis Fahrten durchaus nicht im völlig unverbindlichen, rein ideologisch-propagandistisch bestimmten Rahmen blieben.

Andererseits hatten es gerade die Minister schwer, mit ihren praxisbezogenen, dringend einer Klärung oder Anweisung bedürftigen Angelegenheiten zu Szálasi zu gelangen. In den ersten Wochen nach der Machtübernahme hatte er den Mitgliedern der neuen Staatsführung noch in protokollierten Einzelaudienzen ihre Aufgaben näher erläutert, war auf Probleme eingegangen[623]. Er zog sich jedoch im Laufe der Zeit immer mehr zurück, um seine Bücher über den Hungarismus zu verfassen. Das Führerprinzip zeigte damit seine rasche Maßnahmen und flexibles Reagieren massiv behindernde Seite, die eigenverantwortliches Handeln ausschloß. Szöllösi notierte über die Ministerratssitzung vom 18. Dezember 1944, auf der sich die Minister Szász, Rajniss und Reményi-Schneller wegen der ständigen Auseinandersetzungen mit den Regierungskommissaren mit Rücktrittsgedanken trugen, in sein Tagebuch, er habe Szálasi von diesen Vorgängen in Kenntnis gesetzt und gleichzeitig empfohlen, sich mit den Ministern als wichtigen Arbeitsgefährten häufiger zu befassen, ihnen mehr Zeit einzuräumen und mindestens einmal monatlich am Ministerrat teilzunehmen[624].

Szálasi, der die erklärte Absicht hatte, persönlich als oberster Kriegsherr in dem zum Operationsgebiet erklärten Land „total" zu führen und die Regierung für die Dauer des Krieges „zum reinen Exekutivorgan" zu „degradieren"[625], befaßte sich kaum mit den Problemen der Minister, die in ihrer Arbeit nicht auf die Ideologie ausweichen konnten, sondern konkrete Maßnahmen ergreifen mußten. So klagte Außenminister Kemény am 18. Dezember, daß er kürzlich dreimal vergeblich dringend bei Szálasi vorsprechen wollte, dabei einmal sogar mehr als zwei Stunden wartete, ehe er unverrichteter Dinge wieder abziehen mußte. An den Ministerratssitzungen scheint Szálasi nur am Anfang, danach nicht mehr teilgenommen zu haben. Drei Tage später, am 21. Dezember, versuchte Szöllösi nach einer Oberhaussitzung, in mehreren unaufschiebbaren Angelegenheiten eine Audienz bei Szálasi zu erhalten, was jedoch „wegen anderweitiger Beschäftigung des Führers der Nation" abgelehnt wurde. Aus seiner Initiative, daß der NV einer Vorsprache seines stellvertretenden Ministerpräsidenten innerhalb von 24 Stunden stattgeben müsse, wurde jedoch nichts[626]. Ebensowenig realisierte sich seine Bitte, Szálasi möge wenigstens an den wichtigen Sitzungen des Ministerrats teilnehmen und seinen Willen zum Ausdruck bringen; die Antwort des NV belief sich auf ein kurzes „Nein!" und die Bemerkung: „Jeden Monat kommen die Minister eine Stunde lang."[627] Es erübrigt sich festzustellen, daß eine einstündige Einzelaudienz der Minister einmal im Monat in Anbetracht der krisenhaften Zeitumstände mehr als unzureichend war und die Arbeit der Regierung, die ja, dem Führerprinzip unterworfen, nicht selbständig vorgehen konnte, sondern weisungsabhängig war, erheblich behindert wurde.

[623] Diese von Köfaragó-Gyelnik, dem Landesaufbauleiter, verfaßten Inhaltsprotokolle befinden sich ebenda, 1541/2, B. 1069 ff. sowie im NL Henney.
[624] NL Szöllösi: TB, 18.12.1944, S. 20 f.
[625] NL Henney: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi-Beregfy, 21.10.1944.
[626] NL Szöllösi: TB, 21.12.1944, S. 23.
[627] Ebenda, TB, Anlage 1: Bericht für 1944, 4.1.1945, S. 1 f.

Ein wesentlicher Grund für Szálasis zunehmend knapp bemessene Zeit lag in seiner ruhelosen Schreibtätigkeit an den „Büchern des Hungarismus", die sein politisches Vermächtnis enthalten sollten. Während er notwendige Entscheidungen zurückstellte und beispielsweise Szöllösis Vorstoß, jede Kompetenzüberschreitung strengstens ahnden zu dürfen, mit der schroffen Bemerkung abblockte, mit „Überempfindlichkeit" könne man keine Politik machen[628], war er im Februar kaum noch für jemanden zu sprechen: „Er sagte, daß man ihn nicht stören könne, weil er schreibe. [...] Er sagte, jeder ungarische Staatsbürger müsse sein Buch kaufen. ‚Ich gebe eine entsprechende Verordnung heraus' [...] (kein schlechtes Geschäft) ‚Danach wird jeder wissen, was der Hungarismus ist. So erziehe ich das ungarische Volk.'"[629]

Zugunsten reiner Symbolproduktion zog Szálasi erhebliche Kräfte von der Ebene konkreten politischen Handelns ab, war also weniger Politiker als Ideologe. In der Situation des Zusammenbruchs hielt er es für wichtiger, seine Weltanschauung der Nachwelt zu übermitteln als den Erfordernissen des Tages Genüge zu leisten. Zu einer ähnlichen Einschätzung Szálasis gelangte auch sein stellvertretender Ministerpräsident am 28. Februar 1945, als nach der Sammelaudienz von Vertretern des Nationalbunds die politische Lage durch das brüske Auftreten des NV noch schwieriger und verfahrener geworden war: „Ich mußte erneut feststellen, daß der Führer der Nation kein politischer Mensch ist oder dies besser gesagt vielleicht auch gar nicht sein will. Er verspürte immer eine gewisse Aversion gegenüber den politischen Methoden, weil er von den Menschen erwartet, daß sie seine Gedankengänge und Wahrheiten verstehen und sich ihm dann aufrichtig anschließen, unabhängig von jeder politischen Einstellung oder Schlauheit."[630]

Die Ablösung Szálasis von der Ebene der Realpolitik führte dazu, daß er einerseits seine Mitarbeiter oftmals durch überhöhte Erwartungen überforderte[631], andererseits in Sachfragen rein ideologisch argumentierte nach dem Leitsatz: Was die Ideologie nicht kennt oder nicht zuläßt, kann auch in der Realität nicht vorkommen. Schlagendes Beispiel ist die auf dem 1. Kronrat vom 26. Januar angeschnittene Frage der Inflation. Industrieminister Szakváry wies darauf hin, daß auch in Kriegszeiten die Pflicht zur Wahrung der Wertbeständigkeit des Geldes und zur Verhinderung einer unmäßigen Inflation kaum zu bestreiten sei. Im Augenblick herrsche zwar kein Marktgleichgewicht, doch müsse man inflationsfördernden „Übertreibungen" entgegentreten. Er nannte in diesem Zusammenhang die von den Parteibeauftragten in den Betrieben durchgesetzten Lohnerhöhungen. Ähnlich argumentierte Finanzminister Reményi-Schneller: Da die Mittel der Steuer- und Kreditpolitik zur Zeit nicht anwendbar seien, bleibe als einziger Ausweg, um die schädliche Banknotenvermehrung zu unterbinden, eiserne Sparsamkeit im Staatshaushalt. Das Budget dürfe nicht mit immer neuen Ämtern, Organen, Büros und Amtsträgern überlastet werden; in personeller Hinsicht genüge es, wenn an jeder Stelle nur ein zuständiger Fachmann sitze[632].

[628] Ebenda, S. 6.
[629] TB Rajniss, 11.3.1945, S. 13.
[630] NL Szöllösi: TB, 28.2.1945, S. 115.
[631] So z. B., als er am 4.1. Szöllösi aufforderte, bis zum 1.2. desselben Jahres die Grundzüge einer modernen Verwaltungsreform auszuarbeiten; vgl. ebenda, 4.1.1945, S. 3.
[632] Ebenda, Protokoll des 1. Kronrats, 26.1.1945, S. 3, 8.

Szálasis Entgegnungen auf die Einlassungen seiner Wirtschaftsfachleute kennzeichnen seine ideologische Denkweise: Die nationalsozialistische Wirtschaft kenne keine Banknotenvermehrung und Inflation, sondern nur den Bedarf nach einer gewissen Menge Geld. Also beschränke er, Szálasi, nicht die Menge der umlaufenden Noten, sondern setze das nationalwirtschaftlich Notwendige fort ohne Rücksicht darauf, ob sich nun ganz Ungarn oder nur einige Fußbreit Boden unter seinen Füßen befänden. Die Gefahr einer Inflation bestehe nicht, seitdem man am 17. Oktober 1944 im Arbeitsplan der Regierung beschlossen habe, ab Januar 1945 vom Staats- zum „Nationalhaushalt"[633] überzugehen. Was das Personal angehe, fuhr Szálasi fort, so stimme er zu, daß man Fachleute brauche, doch sei er „ein zu sehr ideologisch und revolutionär eingestellter Mensch" (!), um nicht der Ansicht zu sein, daß der Sachverstand der Treue und politischen Verläßlichkeit unterzuordnen sei. Die Fachleute müßten der revolutionären Führungsschicht unterstellt bleiben[634].

Nach diesen Worten Szálasis unterwarf sich die Ideologie um der hungaristischen Revolution willen die realpolitischen Erfordernisse und „Sachzwänge". Dafür nahm er offenbar bewußt in Kauf, daß das enorme Gewicht, das er der Weltanschauung zumaß, in der gegebenen Situation auch kontraproduktive, die aktuelle politische Lage durchaus verschärfende oder verwirrende Konsequenzen zeitigen konnte. Durch diese Fixierung auf die Ideologie schließlich wird auch nachvollziehbar, wie Szálasi und die Pfeilkreuzlerführung es fertig bringen konnten, in Zeiten des militärisch-politischen Zusammenbruchs mit dem Aufbau des nationalsozialistischen Modellstaats zu beginnen und in Anbetracht der Realität phantastische Pläne und Vorhaben zu erarbeiten.

5. Wirtschaft, Arbeiter und Berufsstände

Ansätze einer hungaristischen Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Herrschaft der Pfeilkreuzler auf einem immer kleiner werdenden Teil Ungarns dauerte nur ein knappes halbes Jahr, eine Zeit, die schon für die Durchführung weitreichender Veränderungen im politischen Bereich zu kurz bemessen war, von Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft ganz zu schweigen. Immerhin versuchte die Regierung noch, die „Entfeudalisierung" der ungarischen Gesellschaft einzuleiten, indem sie am 15. November 1944 durch die Verordnung 4060/1944 M.E. die Verwendung verschiedener Titel (Durchlaucht, Exzellenz, Euer Hochgeboren, Euer Gnaden, gnädiger Herr) verbot und nur die Anrede „Herr", gefolgt von der amtlichen Stellung

[633] Der in der Presse veröffentlichte Aufbauplan der Regierung hatte als Aufgabe des Finanzministers festgesetzt: „c) Vorbereitungsarbeiten zur Umstellung des Staatshaushalts und des Kostenvoranschlags [= Budgetaufstellung] auf den Nationalhaushaltsplan"; vgl. Pester Lloyd Nr. 241, 22.10.1944, S. 2. Man vertraute auch hier auf die „Magie des Worts", daß durch eine Umbenennung aufgrund einer anderen Weltanschauung sich auch der bezeichnete Sachverhalt ändert.

[634] NL Szöllösi: Protokoll des 1. Kronrats, 26.1.1945, S. 4.

oder der Berufsbezeichnung, gestattete[635]. Die Landreform jedoch, die einst in der gesamten rechtsradikalen Propaganda keine unbedeutende Stellung eingenommen hatte, wurde nicht einmal mehr auf dem Papier angegangen, was nicht wenige für ein politisches Versäumnis hielten[636].

Zieht man weiter in Betracht, daß die fünfeinhalb Monate hungaristischer Herrschaft in das Ende eines verlorenen Weltkrieges fielen und vom politischen und militärischen Zusammenbruch gekennzeichnet waren, würde man kaum Ansätze einer Wirtschafts- und Sozialpolitik vermuten, die über die kriegswirtschaftlichen Erfordernisse hinausgingen. Es soll im folgenden nicht die Rede sein von der wirtschaftlichen Situation Ungarns in diesen Monaten (soweit sich diese überhaupt feststellen und in Zahlen ausdrücken läßt), seiner Ausschlachtung durch das Dritte Reich, der katastrophalen Versorgungslage, der Situation der Arbeiter in den Kriegsbetrieben, der Evakuierung wirtschaftlicher Güter und ganzer demontierter Betriebsanlagen nach NS-Deutschland; ebensowenig soll untersucht werden, ob und in welchem Ausmaß die Industriearbeiterschaft Widerstand leistete oder sich passiv verhielt. Ziel ist vielmehr, die Ansätze einer selbständigen, sich aus der hungaristischen Ideologie ergebenden Politik gegenüber Wirtschaft und Arbeiterschaft aufzuspüren, ging sie doch vom Grundsatz des „handelnden Staats" aus, der auch im ökonomischen und sozialen Bereich Initiativ- und Lenkungsfunktionen ausübe[637].

Der am 17. Oktober 1944 aufgestellte Arbeitsplan der Szálasi-Regierung wies dem Industrieminister Aufgaben zu, die über die kriegswirtschaftliche Einbindung der Industrie hinausgingen, ja diesem Ziel in der gegebenen Situation sogar zuwiderlaufen mußten, da sie einen nicht unerheblichen Wandel des Wirtschaftssystems voraussetzten. So hieß es in der veröffentlichten Erstversion: „c) Sämtliche Gruben und Energie erzeugenden Betriebe müssen in den Besitz der nationalsozialistischen Gemeinschaft übergehen. Das so gewonnene Vermögen muß zum sozialistischen Gedeih und Wohlstand, sowie zur Lebenssicherung der arbeitenden Nation im nationalen Staatshaushalt verwendet werden. d) Die Großindustrie kommt unter die Kontrolle der Nation. Diese Kontrolle wird die hungaristische Bewegung ausüben, und zwar solange, bis diese Kontrolle eine gesetzliche Regelung erfährt."[638]

Diese Überlegungen entsprangen nicht kriegswirtschaftlichem Kalkül, sondern waren prinzipieller Natur. Bergbau- und Energieunternehmen sollten diesen Plänen zufolge enteignet und nationalisiert, ihr Kapital und Ertrag in den Staatshaushalt einbezogen werden. Für die sonstige Großindustrie war zwar keine Änderung der Besitzverhältnisse vorgesehen, dafür aber eine, wenn auch nicht näher umrissene „Kontrolle", die durch ein künftiges Gesetz geregelt werden sollte. Bis dahin übe diese Kontrollfunktion die „Bewegung", d.h. also die Pfeilkreuzpartei aus. Die Großindustrie sollte wie die staatliche Verwaltung unter die Überwachung der Partei gestellt werden.

[635] Belügyi Közlöny 49 (1944), Nr. 787, S. 1679; Magyarság Nr. 261, 17.11.1944, S. 5.
[636] Vgl. z. B. NL Szöllösi: TB, 18.1.1945, S. 33 (Milotay zu Szöllösi).
[637] IfZ, MA 1541/12, B. 408: Begründung zum Gesetzentwurf „über den Betrieb", 1945. Der Gesetzentwurf kleidete die wirtschaftspolitischen Grundsätze des Hungarismus in Paragraphen; vgl. ebenda, B. 391 ff. oder 1541/11, B. 450 ff.
[638] Pester Lloyd Nr. 238, 19.10.1944, S. 2.

Über die unmittelbare Wirkung dieser Ankündigungen ist nichts bekannt, doch schrieb SD-Chef Geschke in seinem politischen Wochenbericht vom 27. Oktober an Winkelmann: „Die inzwischen amtlich verlautbarten Pläne der neuen Regierung haben vor allem in der Wirtschaft teilweise grosse Bestürzung hervorgerufen, vor allem in vorstehenden 2 Punkten: [...] Inzwischen wurden auch schon verschiedentlich Kommissare seitens der Pfeilkreuzlerpartei in den Betrieben und Ministerien eingesetzt, die sich in erster Linie mit personellen Umbesetzungen und Entfernung der negativen Elemente befassen."[639]

Die „Bestürzung" in Wirtschaftskreisen ist nicht verwunderlich, denn seit Béla Kuns Zeiten war die Diskussion um eine Verstaatlichung der Produktionsmittel politisch tabu gewesen; hier stand sie nun im offiziellen Regierungsprogramm. Um derartige Pläne propagandistisch zu untermauern, nahmen führende Hungaristen in der Tagespresse zu Themen aus Wirtschaft und Gesellschaft Stellung, verkündeten das Ende des Klassenkampfes und den Beginn des wahren Sozialismus, versprachen der Arbeiterschaft neue Gerechtigkeit, Arbeitsfrieden und die Abschaffung der Mammuteinkommen[640]. Justizminister Budinszky beispielsweise stellte die Nivellierung der Preise und Einkommen in Aussicht und fuhr fort: „Es ist nicht nötig, daß, während die Arbeiter, die Werktätigen Not leiden, andere Vermögen zusammenraffen. Wenn es nötig sein wird, muß man ins Privateigentum eingreifen. Die ungarische Nation übt das Eigentumsrecht über die Kohlenbergwerke aus, und den Gewinn aus der Schwer- und Eisenindustrie bekommt die ungarische Nation."[641]

Was sich hinter den Kulissen abspielte, ist nicht zu rekonstruieren, doch konkretisierte Szálasi gegenüber Industrieminister Szakváry in einer Einzelaudienz am 20. Oktober seine Zeitvorstellungen: „Aufgabe: Bis zum 1.1.1945 sollen die wichtigsten Produktionsmittel ins Eigentum der Nation gelangen. Dies sind die Bergwerke und die energieerzeugenden Betriebe." Schlüsselindustrien, fuhr Szálasi fort, d.h. Industrien, die Rohstoffe zum Verbrauch vorbereiteten, seien vom Staat zu kontrollieren[642].

Während an der Nationalisierung der Bergwerke und Energieunternehmen also festgehalten, ja sogar eine äußerst kurze Frist von nur zwei Monaten zu ihrer Durchführung ins Auge gefaßt wurde, erwähnte Szálasi mit keinem Wort mehr die Rolle der Partei bei der Kontrolle der Industrie. Auch die revidierte Zweitversion des Regierungsprogramms überging die Partei und betonte im Gegenteil die Rolle der Regierung und die Gesetzlichkeit der Pläne, ohne allerdings andere inhaltliche Zugeständnisse zu machen: „c) Sämtliche Gruben und energieerzeugenden Betriebe sind Gemeingut der Nation. Ihre rechtliche Stellung wird durch ein besonderes Gesetz geklärt. Bis zur Verabschiedung dieses Gesetzes stehen die betreffenden Betriebe unter der Kontrolle der Regierung. d) Die Großindustrie steht unter der Kontrolle des Staates. Die rechtliche Form der Kontrolle wird durch ein Gesetz geregelt."[643]

[639] IfZ, MA 652/3: Akten BdS Slowakei, B.6838.
[640] Vgl. einige Zitate aus der Presse bei Teleki, 1974, S.106f.
[641] Összetartás, 26.10.1944, zitiert nach ebenda, S.107.
[642] NL Henney: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi–Szakváry, 20.10.1944, S.2. Ob mit der Verwendung des Begriffs Schlüssel- statt Großindustrie tatsächlich auch ein neues Konzept und nicht nur Begriffsunklarheit verbunden war, ist schwer zu sagen. In allen anderen Quellen zum Thema ist stets von „Großindustrie" die Rede.
[643] Pester Lloyd Nr.241, 22.10.1944, S.2.

Dem Handels- und Verkehrsminister wurde die auf eine Planwirtschaft weisende Aufgabe zugeteilt, „Vorarbeiten für die Abstimmung der einzelnen Privatinitiativen mit den wirtschaftlichen Gesamtinteressen der Nation"[644] anzustellen. Trotzdem scheint vor allen Dingen die Aussicht auf eine Überwachung der Betriebe durch die Partei Erregung verursacht zu haben, zog diese Entscheidung doch unmittelbare Konsequenzen nach sich. Eine staatliche bzw. militärische Kontrolle hingegen war ohnehin Bestandteil der praktizierten Kriegswirtschaft[645]. Szálasi wurde denn auch zu Kompromissen gezwungen, wie SD-Chef Geschke am 4. November an Winkelmann meldete: „Die Überschattung von Grossbetrieben durch eingesetzte Kommissare aus den Reihen der Pfeilkreuzlerpartei und die Übernahme von Versorgungsbetrieben durch die Partei wurden abgestoppt. Diese Massnahme hat den bisherigen Widerstand der Wirtschaft sichtlich vermindert."[646] Demnach muß die Partei neben der Einsetzung von Funktionären zur Kontrolle von Großbetrieben sogar einige Betriebe im Versorgungsbereich selbst übernommen haben.

Die Verstaatlichungspläne der Regierung wurden niemals in Angriff genommen. Nach ihrer Proklamierung verschwanden sie aus der Propaganda, doch bereiteten Regierung (Justiz-, Industrieministerium, Ministerium für Kriegsproduktion) und Arbeitsstab des NV (Landesaufbau-, Rechenschaftsamt) einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Dabei herrschten offensichtlich unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Industrien betroffen sein sollten. Während im Februar 1945 das Industrieministerium an einer Vorlage zur „Verstaatlichung von Bergbau und elektrischer Energie" arbeitete[647], zielten die Überlegungen des Landesaufbauamts von Anfang Januar auf die „Nationalisierung der Großbanken und der Großindustrie" schlechthin[648]. Szálasis eigene Pläne kreisten um die Überführung der Unternehmen in Bergbau, Energiegewinnung und Herstellung von Kriegsmaterial in „Gemeineigentum"[649].

Obwohl Szálasi gezwungenermaßen die Einschaltung der Partei in die Kontrolle der Wirtschaft eindämmen mußte, konnte die NYKP dennoch über die Schaffung zweier neuer Institutionen ihren Einfluß in den einzelnen Unternehmungen einbringen und ausbauen: durch die „Betriebsräte" (üzemi tanácsok) und die Parteibeauftragten.

Die Aufgabe der Betriebsräte wurde zunächst vage mit der Einbindung der Betriebe und Arbeiter in die totale Mobilmachung der Nation umschrieben. Sie bildeten sich aus im Betrieb beschäftigten Parteimitgliedern, die vom örtlichen NYKP-Arbeiterführer ernannt wurden[650]. Später wurde die Aufstellung eines Betriebsrates auch für die Verwaltung obligatorisch. Den Akten des Oberstuhlrichters des Kreises Sárvár vom 23. Februar 1945 ist zu entnehmen, daß von den sieben Mitgliedern des Betriebsrates

[644] Ebenda.

[645] Bereits im September 1939 wurden Betriebe zu Kriegsbetrieben ernannt und dem Kommando eines militärischen Befehlshabers unterstellt. Im Herbst 1940 gab es bereits 1152 Kriegsbetriebe; vgl. hierzu Kónya, in: Pölöskei/Ránki, 1981, S. 383.

[646] IfZ, MA 652/3: Akten BdS Slowakei, B. 6830.

[647] NL Szöllösi: TB, Anlage 14: Bericht für Februar 1945, S. 15.

[648] IfZ, MA 1541/2, B. 245: Brief 2/1945 von Budinszky an Köfaragó-Gyelnik, Szombathely, 4.1.1945.

[649] Ebenda, 1541/3, B. 819: Brief von Pethö an Henney, Köszeg, 5.2.1945.

[650] Teleki, 1974, S. 108.

eines den „Betrieb" und sechs die Partei vertraten[651]. Ähnlich dürfte das Verhältnis in den Unternehmungen ausgesehen haben. Zur praktischen Tätigkeit der Betriebsräte sind kaum Quellen verfügbar. Die wenigen auswertbaren Hinweise lassen vermuten, daß sie eine den Parteibeauftragten ähnliche Rolle spielten, mit der Besonderheit, daß es sich bei ihnen um Betriebsangehörige handelte[652].

Die Einführung der hungaristischen Betriebsräte erfolgte zunächst offenbar allein durch Parteianordnung[653]. Parlament und Regierung, insbesondere der Industrieminister, versuchten, die Tätigkeit der Betriebsräte wenigstens durch eine Verordnung zu legalisieren, damit aber auch ihre Befugnisse festzuschreiben und von der Regierung kontrollierten Regelungen zu unterwerfen. Ab Januar 1945 finden sich Quellen, die Auseinandersetzungen um eine Betriebsräteverordnung zwischen Vertretern der NYKP und der Ministerien belegen[654]. Leider enthalten sie keine inhaltlichen Aussagen, doch müssen die Divergenzen erheblich gewesen sein. Erst im März 1945, kurz vor der Flucht der Regierung nach Deutschland, kam es zu einer Annäherung der Standpunkte. Bis dahin übten die Betriebsräte ihre Tätigkeit ohne rechtliche Grundlage auf Geheiß der Partei aus. In seinem Bericht über die Erfahrungen auf den Landesrundfahrten mit Szálasi im Januar und Februar 1945 schrieb Endre, der Kommissar für die zivile Verwaltung der Operationsgebiete, an den Leiter für die Arbeitsordnung, Henney, noch am 16. März: „Einen Anlaß zur Beschwerde bildete das schlechte Verhältnis zwischen den Kommandanten der Kriegsbetriebe und den durch die Pfeilkreuzpartei aufgestellten Betriebsräten, das daraus entstand, daß die Betriebskommandanten die berechtigten Wünsche der Betriebsräte nicht beachteten. In Hinblick darauf, daß die Betriebsratsfrage noch nicht geregelt ist, habe ich den Industrie- und den Verteidigungsminister auf diese Zustände aufmerksam gemacht."[655]

Tatsächlich legte erst auf der Ministerratssitzung vom 9. März Industrieminister Szakváry den Entwurf einer Betriebsratsverordnung vor. Er sei besonders dringend, da die Betriebsräte schon in vielen Unternehmungen installiert seien, ihre Tätigkeit jedoch noch legalisiert werden müsse[656]. Auf einer Audienz wurde er dann zusammen mit einem Gegenentwurf der Partei Szálasi vorgestellt; Hellebronth, der Minister für die Leitung der Kriegsbewirtschaftung, erhielt den Auftrag, die Vorlagen zu vereinheitlichen[657]. Erst am 17. März gelang es nach einer zehnstündigen (!) Unterredung in

[651] Zitiert nach ebenda, S. 246, ohne Angabe, ab wann die Betriebsräte auch in der Verwaltung tätig waren.

[652] So meldete beispielsweise der hungaristische Betriebsrat der Budapester Ford-Motorenwerke am 10.11.1944 der NYKP-Zentrale die beklagenswerte „Gleichgültigkeit" der Betriebsleitung und eine sehr hohe Zahl von Fehlenden unter den Arbeitern und Angestellten. Er forderte die Entsendung einer Parteikommission zur Inspektion und die Unterstellung des Unternehmens unter einen Partei- oder Regierungskommissar; vgl. IfZ, MA 1541/12, B. 180f.

[653] Teleki, 1974, S. 108, behauptet, die Aufstellung der Betriebsräte sei durch Verordnung erfolgt, bleibt jedoch, obwohl sie ausführlich aus der Vorordnung zitiert, den Quellennachweis schuldig, an dem insbesondere die Datumsangabe wichtig wäre. Alle verfügbaren Quellen weisen darauf hin, daß die Verordnung erst im März erlassen wurde.

[654] NL Szöllösi: TB, 15.1.1945, S. 20, 22.

[655] NL Henney: Bericht Endres an Henney, Velem, 16.3.1945, S. 2. Die Minister wurden unter der Nr. 227/1945 am 22.2.1945 von Endre informiert.

[656] NL Szöllösi: TB, 9.3.1945, S. 136.

[657] Ebenda, 12.3.1945, S. 139.

Brennberg, in der Frage der Betriebsräte einen gemeinsamen Standpunkt zwischen den Vertretern der Partei und der Ministerien herzustellen und sich auf einen Verordnungstext zu einigen[658], der freilich keinen aktuellen Bezug mehr hatte.

Die Verordnung bestimmte die Aufstellung von Betriebsräten in Betrieben mit mindestens 20 Beschäftigten. Ihre Aufgaben umfaßten die politische Erziehung der Arbeiter und Angestellten zur hungaristischen Weltanschauung, die Kontrolle der Einhaltung der das Arbeitsverhältnis regelnden Vorschriften sowie die Weiterleitung von Beschwerden der Arbeitnehmer an den Arbeitgeber. Für den Fall, daß dieser keine Maßnahmen traf, um Verzögerungen und Versäumnisse zu beseitigen, war der Betriebsrat verpflichtet, dies der zuständigen übergeordneten Behörde bzw. dem NYKP-Arbeiterführer zu melden. Andererseits war ihm nur mit Erlaubnis des Industrieministers gestattet, vom Arbeitgeber Akteneinsicht zu verlangen. Er durfte ferner für seine unentgeltliche Tätigkeit keine Nachteile erleiden[659]. Die Betriebsräte sollten nach der in Verordnung 4070/1944 M.E. festgelegten Formel vereidigt werden, die am 15. November 1944 zur Vereidigung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst erlassen worden war[660]. Damit wurde der rein parteiliche Charakter der Betriebsräte zurückgedrängt, und ihrer Aufgabe eine quasi staatliche, öffentlich-rechtliche Bedeutung zugemessen. Andererseits wurden sie nach wie vor vom örtlichen NYKP-Arbeiterführer ernannt und auch vereidigt.

Von den Betriebsräten, die aus im Betrieb beschäftigten Parteimitgliedern gebildet wurden, zu unterscheiden sind die von der NYKP eigens entsandten Parteibeauftragten, wie sie zunächst nur im öffentlichen Sektor, dann aber auch in Privatunternehmen üblich waren, da sich die Partei explizit für die „Sicherung der Fortführung der Produktion" verantwortlich fühlte[661]. Die Rede des Industrieministers auf dem 1. Kronrat am 26. Januar ist die einzige dieser Untersuchung zugängliche Quelle, die über die Tätigkeit der NYKP-Beauftragten in den Betrieben nähere Auskunft gibt[662]. Der Minister erhob Beschwerde gegen die Parteibeauftragten in „zahlreichen Betrieben", die die Betriebsführung dazu zwängen, den Arbeitern und Angestellten trotz des allgemeinen Lohnstopps von der Regierung nicht genehmigte „außerordentliche Beihilfen" und andere Zuwendungen zu zahlen. Diese Lohnerhöhungen setzten einen „Wettlauf der Preise und Löhne" in Gang, da die „teilweise gutwilligen, teilweise dilettantischen Wirtschafts- und Sozialpolitiker" nicht geneigt seien, die wirtschaftlichen

[658] Ebenda, 17.3.1945, S. 147.

[659] Teleki, 1974, S. 108; MT 8/2, S. 1197 f. Bereits die Sztójay-Regierung hatte im Juni 1944 die Errichtung eines Betriebsratsgremiums in Industrie- und Bergbauunternehmen mit über 25 Beschäftigten verkündet. Ein vom Arbeitgeber (!) Ernannter sollte die Einhaltung der innerbetrieblichen Regeln kontrollieren, Beschwerden der Belegschaft entgegennehmen und Mißstände gegebenenfalls an die Behörden weiterleiten. Er sollte von einem zur Hälfte vom Arbeitgeber nominierten, zur anderen Hälfte von den Arbeitern gewählten Rat unterstützt und beraten werden; vgl. PRO. FO 371.39264, S. 119 f.: Memoranda on Axis-controlled Europe Nr. 203. Review of the Foreign Press, Series A, 11.7.1944.

[660] Belügyi Közlöny 49 (1944), Nr. 788, S. 1679 ff.

[661] Összetartás Nr. 240, 21.10.1944, S. 3.

[662] Auch Teleki, 1974, S. 101 f., erwähnt nur die Tatsache der Entsendung von Parteibeauftragten in die Betriebe.

Mechanismen der Inflation einzusehen. Nach den Worten Szakvárys zu urteilen, beschränkten sich die Parteibeauftragten in den Unternehmungen also keineswegs auf Kontrollaufgaben im engeren Sinn, sondern begriffen sich als Faktoren einer eigenständigen Sozialpolitik der Partei. Zudem klagte der Industrieminister, daß sie personelle Veränderungen „zwar radikal und schnell, jedoch ohne jede gesetzliche Grundlage" durchführten, die zuständigen übergeordneten Behörden aber zu spät von diesen Übergriffen in Kenntnis gesetzt würden. Die Unternehmensführungen reagierten „mit unglaublicher Passivität"[663].

Szálasis Antwort auf diese kaum verhüllte Kritik seines Ministers macht deutlich, daß mit Hilfe der Parteibeauftragten die Wirtschaft im Sinne des Hungarismus revolutionär verändert werden sollte: „Aber man muß das Auftreten der Parteibeauftragten verstehen, weil ja die hungaristische Revolution nicht im Gange war, sondern es noch ist. Der Hungarismus jedoch wird so lange im Körper unserer Nation bleiben, als er nicht an revolutionärer Gesinnung und Leidenschaftlichkeit verliert." Erlahme der revolutionäre Schwung, fuhr Szálasi fort, müsse Ungarn das Schicksal des faschistischen Italien erleiden. Was die von den Parteibeauftragten durchgeführten Lohnerhöhungen betreffe, so erschienen sie zwar als „unbefugte Eingriffe ins wirtschaftliche und private Leben", seien wohl vom ökonomischen Standpunkt auch nicht gutzuheißen, doch dienten sie der „Besänftigung" des übermäßigen „revolutionären Elans"[664]. Die Erhaltung der „hungaristischen Revolution" und damit die Einschaltung der Partei in die Betriebsführung und die Sozial- und Wirtschaftssphäre wird somit, nimmt man Szálasi beim Wort, zur Existenzgarantie des neuen Regimes.

Die Gewinnung der Arbeiter für den Nationalsozialismus und die Organisierung der Betriebe standen auch nach der Machtübernahme weiterhin an erster Stelle der wichtigsten parteiinternen Aufgaben[665]. Während sich die Arbeitsbedingungen verschärften und die Arbeitszeit auf 10 bis 14 Stunden verlängert wurde, versuchte das Regime, in der Industriearbeiterschaft Fuß zu fassen. Dazu diente zunächst eine direkt die Arbeiter ansprechende hungaristische Presseppropaganda[666]. In einer Audienz bei Szálasi am 23. Oktober hatte Propagandaminister Kassai ausdrücklich um die „Wiederbelebung der Arbeiterpresse" nachgesucht, was auch genehmigt wurde. Kassai sollte den ganzen Apparat der eingestellten sozialdemokratischen Zeitung „Népszava" übernehmen und damit den „Hungaristischen Arbeiter" (Hungarista Munkás) heraus-

[663] NL Szöllösi: Protokoll des 1. Kronrats, 26.1.1945, S. 8. Über die Passivität der Unternehmensleitung klagte auch der Betriebsrat der Fordwerke am 10.11.: Obwohl die Zahl der fehlenden Arbeiter erschreckend hoch sei, würden keinerlei Gegenmaßnahmen eingeleitet; vgl. IfZ, MA 1541/12, B. 180 f.

[664] NL Szöllösi: Protokoll des 1. Kronrats, S. 10. Zur Legitimierung der Lohnerhöhungen berief sich Szálasi auf das vermeintliche Beispiel Deutschlands 1933 und den Anschluß Österreichs 1938, wo die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 50–100% erhalten hätten.

[665] NL Henney: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi–Gera, 2.11.1944, S. 1.

[666] Teleki, 1974, S. 102 f., 106 f.
einstellen; vgl. NL Szöllösi: TB, 13.2.1945, S. 77. Die Zeitung „Hungarista" mit Erscheinungsort Szombathely war erst im Dezember 1944 als neue Parteizeitung gegründet worden; ihre erste Nummer erschien am 24.12., ebenda, S. 22, 29.

geben[667]. Ein weiteres Mittel zum selben Zweck mögen die spontanen, offenbar nicht mit NYKP-Zentrale oder Regierung abgesprochenen außerordentlichen Lohnerhöhungen gewesen sein, die die Parteibeauftragten in einzelnen Betrieben durchsetzten. Szálasi persönlich erließ die Anordnung zur Auszahlung eines 13. Monatsgehalts, jedoch in Form einer „Betriebsbeteiligung". Die Idee einer Beteiligung der Arbeiter am Produktivvermögen war in Ungarn durchaus neu[668].

Zu diesen Ansätzen einer „Arbeiterpolitik" zählte auch die Ende November 1944 erlassene Verordnung 4210/1944 M.E. über das Verbot von Massenentlassungen in der Industrie: Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten war es nicht gestattet, auf einmal oder sukzessive 10 oder mehr Prozent der Beschäftigten (Stand: September 1944) zu kündigen; zudem durfte die absolute Zahl der Entlassenen 100 nicht übersteigen. Nur in Ausnahmefällen konnten die Arbeitgeber nach Rücksprache mit dem zuständigen Minister größere Entlassungen vornehmen[669]. Diese Verordnung war für den Augenblick jedoch eher propagandistischer als sozialpolitischer Art, denn im November 1944, als in der Industrie wegen der Einberufung der arbeitsfähigen Männer zum Militär und der allgemeinen Kriegssituation extremer Arbeitskräftemangel herrschte, hatte kein Unternehmer Massenentlassungen vorgenommen.

Die sich an diesen Befund anschließende Frage, inwieweit die Bemühungen von NYKP und Regierung um die Industriearbeiterschaft zum Ziel führten, läßt sich nicht nur aus Mangel an einschlägigen Quellen nicht beantworten: Das Thema „Arbeiterschaft und Faschismus" ist ideologisch „besetzt", so daß sich aus der marxistisch-leninistischen Forschung kein adäquates Bild gewinnen läßt. Es ist nun keinesfalls anzunehmen, daß die Arbeiter überzeugte Pfeilkreuzler waren; ebensowenig ist von massiven, breit angelegten Widerstandsaktionen auszugehen, eher von einer allgemeinen Kriegsmüdigkeit und ideologischen Resistenz. So weigerten sich beispielsweise die Bergarbeiter in Salgótarján Ende November, sich zu Arbeiten nach Deutschland transportieren zu lassen[670]. Ferner berichten die Quellen von einer sehr hohen Zahl von Fehlenden in den Belegschaften[671], also von „passiver Sabotage".

[667] NL Henney: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi–Kassai, 23.10.1944, S. 1. Kassais Pläne scheiterten, da aus Papiermangel die schon existierenden Zeitungen zusammengelegt und ihr Seitenumfang erheblich reduziert wurden; vgl. Nem engedélyezem! A cenzúra bizottság dossziéjából, S. 44; Virradat Nr. 46, 13.11.1944, S. 3. Zudem wurde dem Propagandaminister die Presse nicht unterstellt. Statt dessen hatten der Regierungskommissar für das Pressewesen, die Presseabteilung im Ministerpräsidium, der Pressechef der Partei sowie das Kulturamt des Arbeitsstabs des NV in diesem Bereich mitzureden. Am 13.2.1945 klagte Kassai verbittert, daß er als Propagandaminister nicht über die Propagandamittel, weder Radio noch Presse, verfügen könne; jetzt wolle man auch noch seine einzige Tageszeitung „Hungarista"

[668] NL Henney: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi–Gera, 2.11.1944, S. 2; auch Teleki, 1974, S. 109. Nach ebenda, S. 333, Anm. 97, legte Szálasi die Summe auf einen halben Monatslohn plus die doppelte Familienzulage fest.

[669] Belügyi Közlöny 50 (1944), Nr. 803, S. 1696 f.; zusammenfassend auch Magyarság Nr. 271, 29.11.1944, S. 5.

[670] PRO. FO 371.39267: Telegramm Nr. 5325 von Norton, Bern, an FO, 21.12.1944. Als der für die Verschickung verantwortliche Offizier mit Erschießung drohte, sangen die Bergarbeiter die ungarische Nationalhymne, woraufhin die Aktion unterblieb.

[671] Vgl. z. B. IfZ, MA 1541/12, B. 180 f.: Bericht des hungaristischen Betriebsrats der Ford-Motorenwerke an die NYKP-Zentrale, Budapest, 10.11.1944.

Allerdings verfügten nach den Beobachtungen des SD-Chefs Geschke Ende Oktober 1944 die Pfeilkreuzler über „einen sehr beachtlichen Anhang", darunter „ein grosser Teil der Budapester Arbeiterschaft" sowie die kleinen Beamten; dagegen lehnten die meisten mittleren und alle oberen Beamten Szálasi ab, doch habe diese Ablehnung bisher zu keinen konkreten Formen von Widerstand geführt[672]. Wertet man diese Bemerkung vorsichtig aus, ohne sie zu überinterpretieren, so muß die Ablehnung des Pfeilkreuzlerregimes in anderen („bürgerlichen") Schichten spürbarer gewesen sein als in der Arbeiterschaft. In dieselbe Richtung weist die Rede Hellebronths, des Ministers zur Leitung der Kriegswirtschaft, vor dem 1. Kronrat am 26. Januar 1945: Während „unsere sowieso undisziplinierte Bauernschaft" in ihrer Gesinnung noch weiter verkommen sei, seit sie infolge von Flucht und Umsiedelung mit kampfunwilligen Einheiten der Armee und mit der völlig lethargischen Mittelklasse in Kontakt geriet, sei einzig die Haltung der Industriearbeiterschaft lobend hervorzuheben: „Nur in einer gesellschaftlichen Schicht erlebte die heutige Führung eine angenehme Überraschung, und das ist die Arbeiterschaft, die mit wenigen Ausnahmen (Diósgyör, Tatabánya) nicht auf die sozialistisch-kommunistischen Agitatoren hereinfiel, sondern produzieren wollte und sogar auch an mehreren Orten direkt hinter der Front unter gegnerischem Feuer ihre Aufgabe erfüllte."[673]

Die „Berufsständeordnung der Werktätigen Nation"

Nahm die Pfeilkreuzpartei für sich in Anspruch, den politischen Willen der Nation auszudrücken, so sollten die Berufsstände als Faktoren der Staatsmacht den Willen der werktätigen Nation verkörpern. Die Binnengliederung der Arbeiter- und Bauernorganisation der NYKP war deutlich darauf ausgerichtet, nach der Machtübernahme auf die nach ständischem Muster zu organisierende Nation übertragen zu werden. So schrieb der Abgeordnete János Lill, der Landesleiter für berufliche Organisation (országos szakmaszervezési osztály vezetöje), in seinem ersten Rundbrief Mitte Mai 1940, die Organisation in Berufsgruppen sei deswegen von höchster Bedeutung, „weil jedes einzelne Parteimitglied, später sogar unabhängig davon jeder einzelne Werktätige unbedingt daran teilnehmen muß". Ihr Ziel sei, fuhr Lill fort, den Schutz der nationalen Arbeit zu gewährleisten; sie regele die Arbeitszeit, die Überstunden, die Modalitäten der Vertragsabschlüsse zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sowie die Beilegung von Streiks, Aussperrungen und Sabotage (unter Mitwirkung der Arbeitsgerichte), den Arbeitsmarkt (Stellenangebote und -gesuche), die innere Kolonisation und die Versicherung der Arbeiter im Fall von Krankheit, Invalidität, Alter, Lungenleiden, unverschuldeter Arbeitslosigkeit, Mutterschaft usw.[674].

Lills Ausführungen messen den berufsständischen Organisationen bzw. ihrer gemeinsamen Vertretungskörperschaft eine bedeutende Rolle bei der Regelung der Be-

[672] IfZ, MA 652/3: Akten BdS Slowakei, B.6837: Politischer Wochenbericht Geschkes an den HSSPF Winkelmann, 27.10.1944.

[673] NL Szöllösi: Protokoll des 1.Kronrats, 26.1.1945, S.16. Hellebronth beschwerte sich ferner über den „wirklich schädlichen Einfluß" der Priesterschaft, „die sich unter dem Einfluß der obersten Kirchenleitung mit wenigen Ausnahmen nicht in die neue Ordnung einfügen will".

[674] PI, A. 685–1/2: NYKP, 1.Rundbrief der Abteilung für Berufsgruppenorganisation, Budapest, 15.5.1940, S.1f.

ziehungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern sowie im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik zu, ja erklären sie sogar zu Trägern der Sozialversicherung. Dahinter steht die Konzeption einer korporativen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die durch die Schaffung von Berufsständen mit weitreichenden Kompetenzen in der Arbeitswelt den Klassenkampf zwischen Werktätigen und Kapitaleignern aufheben will. In der Partei sollten mit der NYKP-Berufsgruppenorganisation zunächst die Mitglieder nach ständischen Prinzipien erfaßt werden. Die wesentliche Aufbauphase einer berufsständisch gegliederten Parteiorganisation fiel in die Jahre 1941/42 bis Juni 1944, aus der zahlreiche Entwürfe, Skizzen und Notizen erhalten sind[675]. Vorgesehen waren, so die minutiösen Planungen, neun Berufsstände (hivatásrend), die sich in 50 bis 70 Stände (rend), diese wiederum in 200 bis 250 „Sitze" (szék) gliederten. Die immer kleinere Einheiten umfassenden weiteren Unterteilungen waren 500 bis 600 Berufshauptgruppen (szakfőcsoport), 1500 bis 2000 Berufsgruppen (szakcsoport), 8000 bis 10000 Berufseinheiten (szaktestület) und schließlich, als kleinste Einheit, die rund 25000 Einzelberufe (szakma)[676].

Es wäre verfehlt, hinter diesen Parteigliederungen in der historischen Realität Massenorganisationen zu vermuten, doch waren sie deutlich als Keimzelle des späteren Berufsständesystems konzipiert. Eine zwar undatierte, sich in einem Aktenbestand von 1943 bis Juni 1944 befindende Aufstellung der Berufsständezentrale (Szakmai Székház) belegt, daß die ersten Schritte zur Erreichung des Ziels bereits zurückgelegt waren: Demnach hatten acht Stände, 17 „Sitze", 25 Berufshauptgruppen und 106 Berufsgruppen ihre Arbeit aufgenommen[677].

Diese Binnengliederung entsprach im wesentlichen dem inneren Aufbau der von Szálasi am 8. November 1944 durch Verordnung 3920/1944 M.E. ins Leben gerufenen „Berufsständeordnung der Werktätigen Nation" DNHR (a Dolgozó Nemzet Hivatásrendje)[678]. Nach deutscher Interpretation folgte die Errichtung der DNHR dem Vorbild der Deutschen Arbeitsfront[679], doch belegen nicht nur die Ausführungsbestimmungen vom 2. Dezember (Verordnung 4300/1944 M.E.) das Gegenteil[680]. Bereits am 18. Oktober 1941 hatte Szálasi sein Berufsständemodell, das den einzelnen mit der Gesellschaft verbinden und die sozialen Verhältnisse ordnen sollte, vom italienischen wie vom deutschen Beispiel abgegrenzt: Der Faschismus habe mit seinen Korporationen nur ein funktionsloses Ornament errichtet, der Nationalsozialismus gar nur die Prinzipien des alten liberalen Systems übernommen, da das Verhälntis Arbeiter – Arbeitgeber rein technisch nach dem Führerprinzip geregelt und keine Korpora-

[675] Vgl. z.B. IfZ, MA 1541/4, B.566–643, 690–711; 1541/6, B.677–702; 1541/11, B.86–111; 1541/14, B.750–862.

[676] Ebenda, 1541/4, B.616: Péter Szerdahelyi, Allgemeiner organisatorischer Wegweiser der Berufsstände. Die Studie wurde Szálasi am 10.1.1944 übersandt. Eine abstrakte Erläuterung der gewählten Begrifflichkeit vgl. ebenda, 1541/6, B.672f.: Arbeitsplan der Berufsstände, Budapest, 24.3.1942.

[677] Ebenda, 1541/4, B.570ff. Die Rede ist weiter von fünf nicht näher spezifizierten „Gruppen" und fünf Berufseinheiten. Alle bereits errichteten Ständegruppen gehörten zu den Berufsständen Produktion, öffentlicher Dienst, Verkehr und Erziehung.

[678] Teleki, 1974, S.249; Macartney II, S.449.

[679] Keesings Archiv der Gegenwart 14, 8.11.1944, S.6588.

[680] Zum Datum vgl. die Rede des DNHR-Leiters Dr. Károly Kiss am 8.12.1944; in: Összetartás Nr.288, 10.12.1944, S.1 sowie Karsai, 1965, S.616.

tionen gebildet worden seien[681]. Szálasi schwebte jedoch die vollständige Integration der „Werktätigen Nation" in die Verfassungsorgane vor.

Die Verordnung 4300/1944 M.E.[682] bestimmte in den §§ 1 und 2 die Errichtung von 14 Berufsständen unter der Leitung von „Berufsstandsführern" (Hivatásrendvezetö), die ihrerseits dem „Standesmeister" (Rendnagy)[683] unterstellt waren. Einen eigenen Berufsstand bildeten die Soldaten, Kirchen, Mütter (!), die „Erzieher der Nation" (Lehrer, Dozenten, Professoren, Journalisten usw.), die „Schützer der Gesundheit" (Ärzte, Apotheken usw.), die Beamten, freien Berufe, Bauern, Bergleute, Arbeiter, die „Mitglieder der Zünfte" (Céhbeliek), d.h. also die Handwerker, die Beschäftigten im Verkehrswesen, die Kaufleute und Händler sowie die Beschäftigten im Bankgewerbe. Drei Aufgabengebiete – innerhalb der Berufsstände, im nationalen Gemeinwesen und außerhalb des Lebensraums der ungarischen Nation[684] – wurden der DNHR durch die Verordnung zugewiesen. Zum ersten Bereich zählten die Interessenvertretung der Mitglieder der Werktätigen Nation sowie die Sicherung und Verteidigung des nationalsozialistischen Arbeitsfriedens (§ 4). Zu den gesellschaftlichen Pflichten gehörten an erster Stelle „a) die Beendigung des Klassenkampfes und die praktische Harmonisierung der einzelnen gesellschaftlichen Schichten" (§ 5) sowie die „sozialistische Fürsorge" für die Werktätige Nation. Die Verordnung bestimmte jedoch weiter auch „d) die sozialistische Inanspruchnahme der Produktionsmittel der Nation zum Nutzen der Werktätigen Nation", was im Klartext die Mitwirkung an Verstaatlichungs- oder Vergesellschaftungsmaßnahmen, ja sogar deren Leitung bedeuten würde. International gesehen war es die Aufgabe der bis zum 1. Mai 1945, dem Tag der Arbeit, zu errichtenden DNHR, die Zusammenfassung der „arbeitenden Völker der Welt" in der Sozialnationale zu initiieren und daran mitzuarbeiten (§§ 6 und 7). In deutlicher Parallele zum Schluß des Kommunistischen Manifests lautete die Parole der DNHR auf Wunsch Szálasis: „Völker der Welt, vereinigt euch!"[685]

Der Institutionalisierung des korporativen Systems mit weitreichenden Befugnissen im Bereich von Arbeit, Wirtschaft und Sozialem auf der einen Seite entsprach auf der anderen die Aufhebung aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verbände und Organisationen mit ähnlichen Aufgaben. Da die DNHR als Ausdruck des Willens der Arbeitenden verstanden wurde, war daneben, der Logik der hungaristischen Ideologie folgend, natürlich kein Platz mehr für eine pluralistische Vielfalt von Interessenverbänden, die in die Berufsständeordnung integriert werden mußten. So verfügte denn auch § 7/2 der Verordnung 4300/1944: „Gleichzeitig mit der Aufstellung der DNHR sorgt der Standesmeister für die Auflösung aller ähnlichen Vereinigungen, Institutionen und sonstiger Organisationen und für ihre Integration in die DNHR."[686]

[681] IfZ, MA 1541/6, B.677ff.

[682] Im folgenden nach NL Szöllösi: Entwurf der Verordnung 4300/1944 mit handschriftlichen Korrekturen und Unterschrift Szálasis, 23.11.1944. Der Entwurf entspricht der Endfassung; vgl. Teleki, 1974, S.250.

[683] Interessant ist hier wieder die archaisierende, an das Mittelalter anknüpfende Sprache, die sich nur schwer übersetzen läßt.

[684] Vgl. hierzu auch die Zusammenfassung in: Összetartás Nr.288, 10.12.1944, S.1f. (Radioansprache Kiss).

[685] Teleki, 1974, S.251, ohne nähere Quellenangabe.

[686] NL Szöllösi: Verordnung 4300/1944, S.3. Das Vermögen der aufgelösten Organisationen ging auf die DNHR über.

Die Hauptstoßrichtung dieser Bestimmung zielte auf die Aufhebung der seit März 1944 zwar durch einen Regierungskommissar gleichgeschalteten, aber als Organisation noch existenten Gewerkschaften. Nach britischen Informationen war sogar die Mehrzahl der ehemaligen Funktionäre auf ihrem Posten belassen worden[687]. Erst die am 16. Januar von Szálasi angewiesenen[688] Verordnungen 807 bis 815/1945 M.E. vom 27. Februar bzw. 3. März 1945 erklärten die Gewerkschaften für aufgelöst und überführten sie de iure in die DNHR, zusammen mit 110 Vereinigungen im Gesundheitswesen, 21 der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, 50 der Akademiker, 78 der Bauern, 5 der Bergarbeiter, 80 der Arbeiter, 66 der Beschäftigten im Verkehrswesen sowie 251 Innungsorganisationen der Handwerker[689].

Zum Standesmeister der DNHR und in dieser Eigenschaft ständigen Oberhausmitglied wurde Dr. Károly Kiss ernannt[690]. Szálasi selbst übernahm als gelernter Weber – er hatte diese Tätigkeit im Zuchthaus ausgeübt und gab seitdem als Beruf Weber an – die Führung des Arbeiterstandes. Nach Kiss' Radioansprache vom 8. Dezember bedeute dies, daß es im Leben der werktätigen Nation keinen Unterschied zwischen Minister und Bauer, Regierungskommissar und Straßenbahnschaffner, Führer der Nation und Weber gebe. In diesem Lande werde jeder mit seiner Arbeit zum Leben der Nation beitragen; wer dies nicht tue, werde aus der Gesellschaft ausgestoßen[691].

Die Ausführungsverordnung 4300/1944 über die Errichtung der DNHR verursachte erhebliche politische Unruhe in Regierung und Parlament. Auf der Parlamentssitzung am 5. Dezember erklärte Kultusminister Rajniss, der Ministerrat habe ihr nicht zugestimmt, und der Abgeordnete Béla Nyári war in der anschließenden Debatte der Ansicht, es sollten Maßnahmen getroffen werden, die das Schicksal des Landes beförderten, und nicht solche, die das bißchen Frieden, das der Bevölkerung verblieben sei, störten[692]. Grund für diese Aufregung war, daß sich mit der Einführung der Berufsstände auch ein politischer Systemwandel verband, der sich konkret in einer Umbildung und Umfunktionierung des Parlaments niederschlug. Bereits am 25. Oktober 1944 hatte Szálasi dem Minister für den totalen Kriegseinsatz der Nation, Kovarcz, in einer Einzelaudienz anvertraut: „Die Berufsstände drücken den Willen der Werktätigen Nation aus und werden an die Stelle des Oberhauses rücken. Das Unterhaus [sic] bleibt der Ort der politischen Nation." Beide wandelten sich in dem zum Operationsgebiet erklärten Land zum „ständigen Fachberatungsorgan" der Staatsführung, das sich in Fachausschüsse unter Leitung der Ressortminister gliedere[693].

Daß sich die nichthungaristischen Parlamentsmitglieder beider Häuser gegen eine derartige, de iure festgeschriebene und legalisierte Selbstentmachtung auf Dauer aussprachen, ist nicht erstaunlich. Zwar waren ihre Kompetenzen de facto ohnehin auf die Funktion einer Zustimmungsmaschine in nur noch der Form nach parlamentarischen Gesetzgebungsprozessen beschränkt; sie hielten jedoch – verfassungsrechtlich

[687] PRO. FO 371.39267: Press Reading Bureau, Stockholm, an Political Intelligence Dept., London: Hungary No. 103, 6.12.1944.

[688] IfZ, MA 1541/7, B. 158: Kurzprotokoll der Audienz Szálasi-Kiss, 16.1.1945.

[689] Hivatalos Közlöny Nr. 20, 18.3.1945.

[690] Teleki, 1974, S. 250. Diese Ernennung stand seit der Machtübernahme Szálasis fest; vgl. NL Henney: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi–Kovarcz, 25.10.1944, S. 2.

[691] Abgedruckt in: Összetartás Nr. 288, 10.12.1944, S. 2.

[692] Zitiert nach Teleki, 1974, S. 250.

[693] NL Henney: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi–Kovarcz, 25.10.1944, S. 2.

korrekt – an der Illusion fest, daß dies nicht auf einem Systemwandel, sondern auf dem Ausnahmerecht des Horthy-Systems beruhe, das bei allen seinen autoritären Zügen die Existenz des Parlaments als Gesetzgebungskörperschaft prinzipiell anerkannte und garantierte. Sie setzten folglich der Einführung des Korporationensystems durch die Hintertür, nämlich qua Verordnung, Widerstand entgegen mit der juristisch zutreffenden Begründung, das Ausnahmerecht ermächtige die Regierung nicht zu Änderungen der Verfassung und des politischen Systems. Auch Regierungsmitglieder meldeten aus denselben Gründen Bedenken an[694]. Kurienpräsident Jenö Szemák ging sogar so weit, die Teilnahme seines Gerichtshofs an der Ausführung der Verordnung zu verweigern[695].

Am 17. Januar 1945 hatte Szálasi Justizminister Budinszky mit der Umbildung des Oberhauses beauftragt, damit es den Willen der werktätigen Nation zum Ausdruck bringe[696]. Budinszky hielt vor dem Kronrat neun Tage später auch eine entsprechende Rede, war jedoch andererseits realistisch genug, um einzusehen und auch zuzugeben, daß die Verwirklichung der Berufsständeordnung von der Rückeroberung des ganzen Landes abhänge und daher „ein wenig in die fernere Zukunft gehört"[697]. Das große Vorhaben der DNHR blieb daher schon im Verordnungs- und Planungsstadium stekken. Man begann zwar mit den Organisationsarbeiten, doch führten die Berufsstände „some sort of ghost-life"[698], ohne je politisch wirksam zu werden. Am 11. Februar meldete die Pfeilkreuzler-Presse, in Sopron hätten von den 14 geplanten Ständen vier, nämlich Händler, Kirchen, Verkehrswesen und Bankgewerbe, ihre Tätigkeit aufgenommen[699]. Diese Aktivitäten dürften sich jedoch auf die Einholung von Informationen[700] und auf Absichtserklärungen[701] beschränkt haben.

6. Szálasi-Regime und Drittes Reich

Bemühungen um die Anerkennung der ungarischen Souveränität

Die mit maßgeblicher deutscher Unterstützung durchgeführte Machtübernahme der Pfeilkreuzler und die Fortsetzung der deutsch-ungarischen militärischen und politischen „Schicksalsgemeinschaft" verhinderten nicht, daß das Mißtrauen auf beiden Seiten bestehen blieb. Der euphorische Ton des Völkischen Beobachters, der die Bil-

[694] Für Szöllösi war die am 8.11.1944 im Amtsblatt veröffentlichte DNHR-Verordnung nicht durch Gesetz II/1939 gedeckt und daher nicht gesetzlich; vgl. NL Szöllösi, TB, 13.3.1945, S. 143.

[695] BL. NL Macartney/8: Szemák an Macartney, Rauris, 16.12.1958, S. 7.

[696] Teleki, 1974, S. 231.

[697] NL Szöllösi: Protokoll des 1. Kronrats, 26.1.1945, S. 21.

[698] Macartney II, S. 449.

[699] Karsai, 1965, S. 615.

[700] Vgl. z. B. die Meldung vom 12.2.1945 an die DNHR-Zentrale über die Zahl der im Kreis Keszthely verbliebenen Gewerbetreibenden, in: Sorsforduló II, Nr. 527, S. 229; vgl. auch ebenda, Nr. 610, S. 363 f.

[701] So z. B. der Brief des Bauernstandführers an den Untergespan des Komitats Vas über seine Ernennung, Aufgaben und Kompetenzen auf Komitatsebene; vgl. ebenda, Nr. 556, S. 278 f.

dung der „revolutionären Kampfregierung" in Ungarn feierte[702], und der in den deutschen und ungarischen Zeitungen veröffentlichte Telegrammwechsel zur hungaristischen Machtergreifung zwischen Hitler und Szálasi (sowie zwischen Szálasi und Göring, Kemény und Ribbentrop)[703] ließen Unstimmigkeiten nicht oder allenfalls in Andeutungen ahnen[704]; die immense Abhängigkeit Ungarns vom nationalsozialistischen Deutschland machte die Austragung etwaiger Konflikte von vornherein unmöglich.

Die Herrenvolkideologie des deutschen Nationalsozialismus war Ausgangspunkt der Unstimmigkeiten. Diese äußerten sich konkret in Fragen der „Volkstumspolitik" und der deutschen Hegemonie, was Szálasis überempfindliches Bewußtsein von seiner und Ungarns Souveränität verletzte, ohne daß er seine Vorstellungen wirksam gegen die Deutschen durchsetzen konnte. Als „Störfaktoren" waren sie jedoch nicht ganz ohne Bedeutung. Auch in den Tagen unmittelbar vor der Machtübernahme hatte Szálasi sein Mißtrauen nicht überwunden. Am 4. Oktober nach einer Unterredung mit Veesenmayer, äußerte er den Verdacht, daß die deutsche Führung „Ungarn auf imperialistische Weise in ihre nationalsozialistische Ordnung zu integrieren" versuche und noch immer nicht die Notwendigkeit der nationalsozialistischen Europagemeinschaft begriffen habe[705].

Einen Tag darauf übergab Szálasi Veesenmayer seine konkreten Vorschläge zur Durchführung der Machtübernahme und zum zukünftigen Verhältnis zwischen der deutschen und der ungarischen Regierung[706]. Dabei betonte er die Freiheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit Ungarns und sein Recht auf einen eigenen Nationalsozialismus. Dem schlossen sich weitergehende Forderungen und Konsequenzen an, die für die deutsche Seite völlig inakzeptabel waren. Zum einen betrachte sich laut Szálasi seine Regierung für die von den Systemregierungen geschlossenen Abkommen als nicht verantwortlich, doch bildeten die eingegangenen Verpflichtungen für die Dauer des Krieges keinen Diskussionsgegenstand. Danach müsse durch die Gründung der Europagemeinschaft eine neue Regelung gefunden werden. Diese Formulierungen sprachen indirekt die Revisionsbedürftigkeit des 2. Wiener Schiedsspruchs und der SS-Abkommen an. Zum anderen schlug Szálasi im Interesse der Kriegführung eine

[702] Vgl. dazu Völkischer Beobachter Nr.287–294, 18.–26.10.1944; Zitat aus Nr. 293, 25.10.1944, S. 1. Daß die Schriftleiter des VB anfangs keine Ahnung über die Pfeilkreuzler und ihre führenden Männer hatten, zeigt, daß fast sämtliche Namen falsch geschrieben wurden, vgl. z. B. Nr. 287, 18.10.1944, S. 1: Karoly Berecky statt Beregfy, Dr. Ferene Rajnis statt Ferenc Rajniss, Dr. Sander Ceia statt Sándor Csia. Grundzug aller Darstellungen ist die Betonung der Massenbasis der Pfeilkreuzler, die Legalität der Machtübernahme, die Charakterisierung des Horthy-Regimes als Herrschaft einer verbrecherischen Clique; auf die führende Rolle der SS wurde nicht hingewiesen, sondern eine ungarische Volkserhebung suggeriert. Ein aufmerksamer deutscher Leser konnte sich jedoch die wahren Zusammenhänge rekonstruieren, sprach doch z. B. Beregfy in seinem übersetzten Aufruf an die Armee von „unseren deutschen Kameraden, denen alles zu verdanken ist und die uns erneut zu Hilfe gekommen sind"; vgl. ebenda.

[703] Ebenda, Nr. 297, 29.10.1944, S. 1 f.; Virradat Nr. 44, 30.10.1944, S. 3.

[704] Immerhin wies der VB in seinem Artikel „Szálasi und der Hungarismus" auf einige Unterschiede hin, nachdem er die Vorbildfunktion Hitlers und des deutschen NS hervorgehoben hatte; vgl. Nr. 290, 21.10.1944, S. 2.

[705] Szálasi-TB, 4.10.1944, S. 13.

[706] Im folgenden nach ebenda, 5.10.1944, S. 15 f.

Abstimmung des gemeinsamen Vorgehens vor. Zu diesem Zweck solle ein Stab ungarischer Fachleute, der in seiner Zusammensetzung der Binnengliederung der deutschen Staatsführung entspreche, in Berlin dem ungarischen Gesandten unterstellt werden, „der neben seiner Eigenschaft als Gesandter zugleich Bevollmächtigter des Obersten Führers des ungarischen Staates ist". Dasselbe Recht stehe der deutschen Seite zu. Die deutsch-ungarischen Beziehungen sollten den übrigen Völkern Europas in der NS-Europagemeinschaft als Vorbild dienen.

Diese Forderung zeigt deutlich, daß Szálasi Ungarns Unterordnung unter Deutschland seit März 1944, wie sie im Titel des „Gesandten und Bevollmächtigten des Großdeutschen Reiches" zum Ausdruck kam, nicht akzeptieren wollte. Er hielt an der Illusion eines gleichberechtigten Bündnisses zweier souveräner Staaten und der ebenbürtigen Stellung von „Führer und Kanzler des Großdeutschen Reiches" und ungarischem Palatin bzw. „Führer der Nation" fest, wie es die hungaristische Ideologie entwarf und auch für die Staaten der künftigen Europagemeinschaft vorschrieb. Er nahm daher für sich ebenfalls das Recht heraus, einen Gesandten und Bevollmächtigten nach Deutschland zu entsenden, um die Gleichberechtigung beider Partner zu betonen. Am 8. November, nach seiner Ernennung zum „Führer der Nation", kam Szálasi in einer Unterredung mit Veesenmayer auf diesen seinen Wunsch zurück. Er wurde mit der Begründung abgelehnt, dieser Titel habe nur für die deutsche Seite seine Berechtigung, um gegenüber den Stellen der deutschen Wehrmacht in Ungarn mit größerem Gewicht auftreten zu können. Unter Berufung auf ihr erstes Gespräch im April 1944, in dem Veesenmayer Ungarn (ironisch) den Bevollmächtigten-Titel in Aussicht gestellt hatte, wenn ungarische Truppen in Deutschland einmarschierten bzw. sich dort aufhielten[707], behauptete Szálasi, dieser Fall sei nun eingetreten, da ungarische Einheiten zur Zeit in Deutschland ausgebildet würden[708]. Auf Veesenmayer machte dieses Argument natürlich wenig Eindruck.

Für die Deutschen war die Machtübergabe an die Pfeilkreuzler eine widerwillige Notlösung und der letzte Rettungsanker vor dem Zusammenbruch gewesen, und Sonderbotschafter Rahn versäumte es nicht, am 17. Oktober 1944 darauf hinzuweisen, daß, falls das neue ungarische Regime den deutschen Erwartungen nicht entspreche, man gezwungen sei, eine deutsche Militärverwaltung einzuführen[709]. Insbesondere die mit „Volkstumsfragen" beschäftigten deutschen Stellen sowie der Volksbund der Deutschen in Ungarn reagierten sensibel und sahen Schwierigkeiten für die Zukunft voraus. Der Volkstumsreferent der deutschen Gesandtschaft in Budapest, Meckel, brachte seinen Bericht vom 17. Oktober auf den Nenner: „Gute Zeiten für die augenblickliche Reichspolitik, schlechte Zeiten für die Volkstumspolitik." Zwar diene die Regierung Szálasi den momentanen Kriegszielen am besten, doch unter dem „Gesichtspunkt einer weitreichenden Volkstumspolitik" werde sie „ungeahnte Schwierigkeiten" bereiten: „Szálasi wird selbstverständlich fordern, daß alle Minderheiten, auch die deutsche, sich restlos seiner Führung und seinen Zielen unterordnen müssen. Im gleichen Maße, in dem er dem Reich gegenüber alle Forderungen und Wünsche erfül-

[707] Vgl. dazu S. 290 dieser Arbeit.
[708] Zitiert nach Teleki, 1974, S. 174.
[709] Szálasi ließ diese unverhohlene Drohung alarmiert zu Protokoll geben; vgl. IfZ, MA 1541/1, B. 200.

len wird, wird er fordern, daß das ungarländische Deutschtum sich bedingungslos in seinen Staatsapparat einfügt."[710]

Szálasis Plan in dieser Anfangsphase lief darauf hinaus, in der Volkstumspolitik „neue Wege" zu gehen und für jede Nationalität „Staatssekretariate" zu errichten, um sie besser im Staat zu verankern. Meckel beurteilte diese Entwicklung als „nicht ungefährlich" für die deutsche Volksgruppe, „da auf diese Weise die Staatsbejahung bei dem assimilierten Teil einen neuen Auftrieb erfährt"[711]. Auch der Bericht der Volksdeutschen Mittelstelle für Oktober 1944 lautete eher skeptisch: Die im Krieg erfolgte Annäherung könne nicht verbergen, daß einige Programmpunkte der Pfeilkreuzler auf Dauer nicht mit den Interessen der deutschen Volksgruppe vereinbar seien[712]. Der Monatsbericht für November gab schließlich die Ansicht der Volksbundführung weiter, „daß nach einem Sieg der Achsenmächte Ungarn wieder seine eigenen Wege gehen und bei einer Neuordnung Europas je nach Lage der Verhältnisse und gestellten Anforderungen mit seiner gewohnten deutschfeindlichen Einstellung die größten Schwierigkeiten machen wird"[713].

Das seit jeher gespannte Verhältnis zwischen Pfeilkreuzpartei und Volksbund in der Nationalitätenfrage wurde bis zum Ende des Szálasi-Regimes nicht bereinigt[714], obwohl die Probleme nicht unmittelbar zum Ausdruck kamen: Basch, der Volksbundführer, hatte einem Burgfrieden zugestimmt und das Versprechen geleistet, bis zum Ende des Krieges die Nationalitätenfrage nicht anzuschneiden, da militärische und wirtschaftliche Probleme absoluten Vorrang hätten[715]. Obwohl Basch als einziger Volksgruppenführer am hungaristischen Kronrat im Januar und Februar 1945 teilnahm[716], entzündeten sich die Spannungen am alten Streitpunkt des vom Volksbund beanspruchten Organisationsmonopols für Volksdeutsche und damit an der Frage, wer als Deutscher oder Deutschstämmiger zu betrachten sei. In mehreren Unterredungen zwischen Basch und Szálasi sowie anderen Regierungsmitgliedern (Szöllösi, Kemény) kam das Problem zur Sprache, ohne daß eine Regelung gefunden wurde, da hier zwei unterschiedliche ideologische Konzeptionen aufeinanderstießen. Szálasi hielt bis auf weiteres stur an der Vereinbarung des 2. Wiener Schiedsspruchs fest, daß sich die deutsche Volkszugehörigkeit danach bemesse, „wer sich zum Deutschtum be-

[710] ADAP, E/VIII, Nr. 274, S. 505. Dieselbe Quelle zitiert Tilkovszky, 1981, S. 332, nach ihrem Original (PA, AA. Inland II g, Bd. 473), doch schreibt er sie dem Volksbundführer Steyer zu.

[711] ADAP, E/VIII, Nr. 274, S. 505.

[712] Zitiert nach Tilkovszky, 1981, S. 333.

[713] Zitiert nach ebenda, S. 343 f.

[714] Zusammenfassend dazu ders., in: Sz 107 (1973), S. 54 ff.

[715] NL Szöllösi: TB, 27.2.1945, S. 109 f. (Unterredung Szöllösi–Basch).

[716] Am 14.1.1945 verfügte Szálasi Baschs Einladung zum Kronrat; vgl. Tilkovszky, 1981, S. 344. Am 17.1. fragte Szöllösi in einer Audienz, ob es ratsam sei, den Volksbundführer einzuladen, da sein Standpunkt mit dem hungaristischen noch nicht abgeklärt sei. Szálasi betrachtete dieses Argument als irrelevant gegenüber dem Gesichtspunkt, daß er alle Volksgruppen als Mitglieder der ungarischen Nation betrachte und diese daher auf dem Kronrat anwesend zu sein hätten. Die anderen Volksgruppen hätten sich jedoch bisher noch nicht gebildet, so daß nur die deutsche eingeladen werden könne; vgl. NL Szöllösi: TB, 17.1.1945, S. 30. Veesenmayer befürwortete Baschs Mitwirkung, „da mir dadurch die Möglichkeit einer zuverlässigen Kontrolle über Tätigkeit und Wirkung dieser neuen Einrichtung gegeben ist"; vgl. ADAP, E/VIII, Nr. 340, S. 635: Telegramm Veesenmayers an das AA, 16.1.1945.

kennt und von der Führung des Volksbundes der Deutschen in Ungarn als Volksdeutscher anerkannt wird"[717]. Diese kompromißhafte Formulierung entsprach weder den Rassevorstellungen des deutschen Nationalsozialismus noch Szálasis geopolitischem Entwurf des hungaristischen Vielvölkerreichs im Karpaten-Donau-Becken. Er hatte daher den Schiedsspruch immer abgelehnt, hielt jetzt aber – Ironie der Geschichte – aus taktischen Gründen an der rechtlich noch immer gültigen Vereinbarung fest.

Basch wollte sich mit der Definition des Wiener Abkommens nicht begnügen, da die Zugehörigkeit zum deutschen „Blut" höher zu bewerten sei als ein bloßes Bekenntnis; er könne den assimilierten Typus, der sich seinen blutsmäßigen Verpflichtungen entziehe, nicht ausstehen. Einmal drohte er gar, die 130000 Volksdeutschen, die jetzt in den Reihen der SS kämpften, würden gegebenenfalls die Sache mit Gewalt in Ordnung bringen. Die Frage der europäischen Nationalitäten sei bereits in Deutschland überdacht und ausgearbeitet, Himmler mit ihrer zukünftigen Abwicklung betraut worden[718].

Szálasis Politik lief demgegenüber darauf hinaus, bis zum Kriegsende am Wiener Abkommen festzuhalten und danach in einem Treffen mit Hitler, und nur mit diesem, von gleich zu gleich, die Frage auf Grundlage der neuen NS-Europagemeinschaft endgültig zu regeln. Infolgedessen erkundigte er sich bei Basch im Februar 1945, als dieser ihm seine Minimalforderungen vortrug, ob er denn überhaupt von Hitler zu Unterhandlungen ermächtigt worden sei[719]. Mit der Abwicklung der laufenden Geschäfte in Zusammenhang mit der deutschen Volksgruppe betraute er bis auf weiteres das Außenministerium[720]. Als Szálasi am 16. März auf der „Volksgemeinschaftskonferenz" (népközösségi értekezlet) die Führer der einzelnen „Volkspersönlichkeiten" im künftigen hungaristischen Staat ernannte, nahm er den Volksbund von der Regelung aus: Deutsche außerhalb des Volksbundes gehörten vorerst zur ungarischen Volkspersönlichkeit; erst nach dem Abkommen mit Hitler werde auch der Volksbund einbezogen. Dies war insofern konsequent, als die Volksgruppenführer als gleichzeitige Leiter der entsprechenden NYKP-Nationalitätengliederung dem Parteiapparat angehören sollten[721].

Das Fazit der Volksbundführung über die Pfeilkreuzlerherrschaft war insgesamt negativ. Im Januar meinte Basch zu Kemény, er wolle, wenn er in zwei Wochen zu Himmler reise, wenigstens einige Erfolge für die deutsche Volksgruppe vorweisen können, um darzulegen, daß tatsächlich ein Systemwechsel stattgefunden habe[722].

[717] Ebenda, D/X, Nr. 413, S. 482.

[718] NL Szöllösi: TB, 27.2.1945, S. 110 (Basch zu Szöllösi).

[719] Ebenda, S. 111. Basch fand diese Frage so lächerlich, daß er sich nach der Audienz vor Lachen schüttelte: Er sei nicht so ein Volksgruppenführer wie die anderen, die erst von Deutschland in ihre Stellung gebracht worden seien, sondern er habe sich seinen Platz durch harte Arbeit und Leiden selbst erkämpft. Am 13.3. meinte er, Szálasi mache einen großen Fehler, wenn er Volksgruppenangelegenheiten nur mit Hitler besprechen wolle, denn gerade in Hinblick auf die ungarische Souveränität sei es adäquater, direkt mit der deutschen Volksgruppe zu verhandeln; vgl. ebenda, 13.3.1945, S. 142.

[720] Ebenda, 10.3., S. 138. Veesenmayer meinte in diesem Zusammenhang, er halte die Nationalitätenfrage für eine innenpolitische Angelegenheit; ein baldiges Treffen Himmler–Szálasi sei wünschenswert.

[721] Ebenda, 16.3.1945, S. 145 f.

[722] Zitiert nach Tilkovszky, 1981, S. 345.

Ende Februar stand für ihn jedoch fest, daß die deutsche Volksgruppe seit der Machtübernahme keine großen Veränderungen erlebt habe: Pfarrer und Notär seien noch immer dieselben, Volksdeutsche würden immer noch bei der Lebensmittel- und Kleidungsverteilung benachteiligt[723].

Für die deutsche Reichsführung war indes die Volkstumspolitik in diesen Monaten allenfalls noch ein Nebenschauplatz ihrer Aktivitäten, zumal Veesenmayer sich von Baschs Verhalten und Vorgehen distanzierte[724]. Hauptziel war und blieb die größtmögliche Ausbeutung des ungarischen Militär- und Wirtschaftspotentials für die deutsche Kriegführung. Obwohl ein deutsch-ungarisches Abkommen vom 14. November die „vorübergehende Evakuierung" kriegswichtiger Produktionszweige von Ungarn nach Deutschland bestimmte[725] und die Umsiedelungsaktionen kurz darauf in großem Stil anliefen[726], sahen die deutschen Vertreter in Budapest und Hitler selbst ihre Erwartungen nicht erfüllt, so daß die Wehrmacht nach Befehl Hitlers auf jede Rücksichtnahme auf ungarische Interessen verzichtete. Sie wurde am 3. Dezember angewiesen, alle für die Kriegführung erforderlichen Zerstörungen und Lähmungen „planmäßig und gründlich" durchzuführen; die bisherigen ungarischen Leistungen würden einer Schonung ihrer Städte und Versorgungsanlagen nicht entsprechen[727].

Mit erheblicher Beharrlichkeit verfolgte Szálasi sein Ziel, als „Führer der Nation" mit dem bewunderten Hitler von gleich zu gleich in Berlin zusammenzutreffen[728]. Obwohl Veesenmayer von einer mehrtätigen Abwesenheit der ungarischen Führungsspitze nicht begeistert war, war Szálasi von seinem Plan nicht abzubringen. Er setzte sein Vorhaben durch und reiste am 3. Dezember in Begleitung von Beregfy, Kemény, Henney und anderen nach Berlin, wo er einen Tag darauf mit Hitler zusammentraf[729].

[723] NL Szöllösi: TB, 27.2.1945, S. 109 (Basch zu Szöllösi).

[724] Ebenda, 10.3.1945, S. 138 (Veesenmayer zu Szöllösi). Basch hatte allerdings nie mit Veesenmayer, sondern mit Winkelmann und der Volksdeutschen Mittelstelle kooperiert.

[725] Vgl. den Text in: IfZ, MA 1541/1, B. 45 ff.; Unbestrafte Kriegsverbrecher, S. 66; dazu auch Karsai, 1965, S. 589.

[726] Obwohl durch den Abtransport ins Reich sich die Eigentumsverhältnisse nicht ändern sollten, handelte es sich doch de facto um Raubzüge und Enteignungen ungarischen Eigentums. Winkelmann selbst erkannte dies ganz klar und bat in einem Brief an Himmler am 26.12.1944, allerdings aus Gründen der eigenen Macht- und Kompetenzerweiterung, um die Gesamtvertretung des RFSS gegenüber den ungarischen Interessen im Reich, denn: „Ein guter Geschäftsmann wird, wenn er eine andere Firma in seiner Firma aufnimmt, Wert darauf legen, dass die aufzunehmende Firma intakt bleibt [...]. Er wird alles tun, um zu vermeiden, dass die neu aufzunehmende Firma vorher Pleite macht. Diese Gefahr sehe ich augenblicklich für Ungarn."; vgl. das Schreiben in BA, NS 19 neu/2067.

[727] Nürnberg-Dok. NOKW 1998, zitiert nach Hillgruber, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 10 (1960), S. 99, Anm. 103.

[728] Ebenso plante Szálasi einen Besuch bei Mussolini und verband seine Besuchsabsicht mit der in Anbetracht der Umstände völlig absurden Mitteilung, Ungarn sei jederzeit bereit, dem faschistischen Italien jegliche Hilfe zukommen zu lassen; vgl. IfZ, MA 1541/1, B. 120 f.: Aufzeichnung der Unterredung Szálasis mit dem italienischen Geschäftsträger Graziani, 20.11.1944. Noch im Januar 1945 räumte er der Italienreise Zeit ein, und zwar in der ersten Februar- oder ersten Märzwoche. Weiter plante er unter völliger Ignorierung der Kriegslage eine zweite Deutschlandreise im April oder Mai; vgl. ebenda, 1541/7, B. 154: Kurzprotokoll der Unterredung Szálasi–Kemény, 16.1.1945.

[729] Dazu auch Teleki, 1974, S. 174 ff.

Selbstverständlich hatte zuvor der deutsche Geheimdienst Szálasis Absichten für seinen Besuch ermittelt, die Kaltenbrunner am 3. Dezember Ribbentrop telegraphisch in fünf Punkten mitteilen ließ[730]. Erstens strebe Szálasi nach der Anerkennung seiner Führungsposition in Partei und Bewegung analog zur Stellung Hitlers; Ziel sei die Bestellung eines Kommissars für Parteiangelegenheiten in Berlin oder eines offiziellen Verbindungsmanns zu Reichsleiter Bormann. Er versuche zweitens, die Souveränität der ungarischen Regierung vom Territorium unabhängig zu machen, um im Falle einer Evakuierung ins Reichsgebiet über alle ungarischen Staatsbürger die Hoheitsrechte auszuüben und eine eigenständige ungarische Verwaltung aufzubauen. Neben dem Hauptproblem der Bewaffnung der neu aufgestellten oder noch aufzustellenden ungarischen militärischen Verbände interessierten ihn die Pläne der deutschen Kriegführung im Südosten[731]. Zuletzt wolle Szálasi die Frage der Befehlsgewalt über die (ungarischen und volksdeutschen) Waffen-SS-Einheiten thematisieren sowie seine „politische und weltanschauliche Weisungsbefugnis" und seine Mitsprache auch bei der Bestimmung der Führungsposten und der militärischen Einsätze durchsetzen.

Diese Punkte zeigen deutlich Szálasis Bestrebungen nach Anerkennung seiner Position als „Führer" und verweisen auf die als besonders diskriminierend empfundenen Seiten der „deutsch-ungarischen Schicksalsgemeinschaft" (deutscher Oberbefehl über die ungarischen Armee- und SS-Einheiten, fehlende Information über die militärische Lage und geplante Kriegführung, keine Anerkennung als gleichberechtigter Partner). Die Propaganda des Völkischen Beobachters, der vom „Geiste der traditionellen und bewährten Waffenbrüderschaft und Freundschaft"[732] schrieb, sowie der ungarischen Presse[733] können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Szálasi auf seinem Staatsbesuch in den konkreten politischen Fragen völlig scheiterte. Im Protokoll der Unterredung ist nachzulesen, daß Hitler nach bewährter Manier viel und vage sprach, sein Gegenüber kaum zu Wort kommen ließ, seine Einleitung mit einem Überblick über die Vorkriegsentwicklung beinahe zum Hauptteil ausdehnte, über die untreuen Bundesgenossen klagte und begrenzte militärische Hilfe versprach, aber keinerlei konkrete politische Aussagen machte. Nur der ebenfalls anwesende Guderian legte sich auf die Zusage fest, daß Budapest auf alle Fälle gehalten werden solle, nicht nur aufgrund seiner Bedeutung als Verkehrs- und Industriezentrum, sondern auch aus Gründen des politischen Prestiges[734].

[730] PA, AA. Inland II g: Berichte über Ungarn, 1944/45, Bd. 473.

[731] Eines der größten Probleme der Szálasi-Regierung war, daß es die deutsche Heeresleitung auch nach dem 15. Oktober nicht für nötig hielt, ihre Ungarn unmittelbar betreffenden Pläne mitzuteilen, was in den ungarischen Regierungs- und Militärkreisen erheblichen Ärger verursachte; vgl. Teleki, 1974, S. 278 f. Handelsminister Szász kritisierte auf dem 2. Kronrat am 23.2. „von deutscher Seite dieselbe Heimlichtuerei wie früher" und fuhr fort: „ohne die nötige Information trifft uns nämlich jedes Kriegsereignis unerwartet, es wirkt überraschend, findet uns unvorbereitet. Bei unseren Maßnahmen fehlt also die Planmäßigkeit. Ständig sind wir auf Improvisationen angewiesen, was die Regierungsmaßnahmen ungenau und ihre Durchführung ungewiß macht"; vgl. NL Szöllösi: Protokoll des 2. Kronrats, S. 5 f.

[732] Völkischer Beobachter Nr. 330, 7.12.1944, S. 1.

[733] Vgl. z. B. Összetartás Nr. 286, 7.12.1944, S. 1 f.; dazu auch Teleki, 1974, S. 179.

[734] ADAP, E/VIII, Nr. 313, S. 581 ff.; auch in: Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler II, Nr. 67 und 68, S. 519 ff.; zusammenfassend Teleki, 1974, S. 176 ff.

Andererseits war Szálasis Auftreten keineswegs darauf ausgerichtet, einen fest umrissenen Standpunkt nachhaltig zu vertreten; er verzichtete auf fast alle bedeutsamen weiterführenden Fragen und Probleme. Von einem auf seine Souveränität pochenden, selbstbewußten Staatsmann und Parteiführer konnte keine Rede sein. Die deutsche Führung war von Szálasi enttäuscht; Guderian notierte über diesen Besuch in seinen Erinnerungen: „Die Unterhaltung blieb schleppend. Der Eindruck des neuen Mannes ließ keine Taten erwarten. Er schien ein Emporkömmling wider Willen."[735] Doch die Enttäuschung war gegenseitig. Was die offiziellen ungarischen Gesprächsprotokolle nicht verraten[736], kommt in internen Aufzeichnungen um so deutlicher zum Ausdruck: „sie waren zu keinerlei Stellungnahme geneigt, und sie hielten nur die allerhöflichsten Konversationsformen ein in unbedeutenden, die Politik nicht anschneidenden Fragen. Wann immer ich ihnen politische Fragen stellte, wichen sie sofort aus und lenkten den Gesprächsverlauf sogleich auf anderes." Man habe den Eindruck gewonnen, daß die deutsche Außenpolitik „nur im Sturm laviert und rettet, was zu retten ist"[737].

Die nächste „kalte Dusche" traf die Szálasi-Regierung mit Hitlers Neujahrsrede zum Jahresbeginn 1945 und seinem Tagesbefehl an die Wehrmacht, denn er reihte Ungarn ohne Unterschied ein in die Reihe der verräterischen Bundesgenossen Italien, Finnland, Rumänien und Bulgarien[738]. Auf der Tagung des III. Kongresses der Union Nationaler Journalistenverbände Mitte Dezember in Wien[739] hatte sich die neue Taktik bereits angekündigt: „Die Rede des Führers wird [in der ungarischen Presse] ebenfalls in der zu erwartenden Form wiedergegeben, wobei sie allerdings geflissentlich darüber hinweggehen, daß der Führer im Gegensatz zu der bisherigen offiziösen Darstellung der Ereignisse am 15. Oktober in Ungarn klar und deutlich von einem schmachvollen Verhalten des Reichsverwesers spricht und Ungarn unter den Staaten aufzählt, die wie Rumänien u.s.w. den Verrat am Deutschen Reich begangen haben."[740]

Szálasi verbot erbost jeden Radio- und Pressekommentar in Verbindung mit Hitlers Neujahrsrede[741], und Außenminister Kemény erhob gegenüber Veesenmayers politischem Referenten Haller diplomatischen Protest[742]. Daß Hitler auch in seinem Neu-

[735] Guderian, 1950, S. 378. Nach Abschluß des Staatsbesuchs am 6.12. tauschte man gegenseitig Danktelegramme aus; vgl. VB Nr. 332, 9.12.1944, S. 1; Összetartás Nr. 288, 10.12.1944, S. 3.

[736] Vgl. z. B. Außenminister Keménys Aufzeichnungen, u. a. über seine mit Hitler und Ribbentrop geführten Gespräche, 10. und 13.12.1944, in: IfZ, MA 1541/1, B. 27 ff.

[737] Ebenda, 1541/14, B. 622, 629: Aufzeichnung der im Führerhauptquartier gemachten Beobachtungen und Gespräche, von Zoltán Bagyossy, 4.12.1944; gegengezeichnet von Kemény, 14.12.1944. Vgl. auch Teleki, 1974, S. 180.

[738] Ebenda, S. 210 f., 361, Anm. 45.

[739] Vgl. z. B. die Berichterstattung im VB Nr. 337, 15.12.1944, S. 1 f.

[740] BA, R 58/528: Lagebericht Südosteuropa Nr. 295, 17.–31.12.1944, S. 69.

[741] NL Szöllösi: TB, 3.1.1945, S. 2; 5.1, S. 4.

[742] IfZ, MA 1541/1, B. 186 ff.: Aufzeichnung Keménys über seine Unterredung mit Haller, 17.1.1945; auch bei Teleki, 1974, S. 211. Haller entgegnete daraufhin, Hitler und das deutsche Volk könnten nur praktische Erfolge wertschätzen; es sei nicht zu bestreiten, daß sich nach dem 15.10. in Ungarn besonders in der Armee eine Krise einstellte.

jahrsbefehl an die Armee nur vom „schmachvollen Verhalten des früheren ungarischen Reichsverwesers" sprach, mit keinem Wort jedoch Szálasis Rolle und die weiter an deutscher Seite kämpfende ungarische Armee erwähnte, löste nach einem Erfahrungsbericht im hungaristisch gesinnten Offizierskorps Verbitterung und Empörung aus; ohne ein anderes deutsches Verhalten, so der Bericht, werde es zu keiner restlos deutschfreundlichen Einstellung kommen[743]. Der veränderten Interpretation der Ereignisse vom 15. Oktober lag eine wohl berechnete Absicht zugrunde, die ein bezeichnendes Licht auf Hitlers „eigentliche", wenn auch bereits völlig realitätsferne Pläne mit Ungarn und den Pfeilkreuzlern wirft. Der SD-Bericht zum Wiener Journalistentreffen bemerkte dazu: „Dies verdient unsererseits aber unbedingt festgehalten zu werden, da damit Ungarn nicht besser als die übrigen ehemaligen Bundesgenossen qualifiziert wurde und seine Ansprüche, bei einer Neugestaltung Europas mitzuwirken, von dieser Basis aus zu betrachten sind."[744] Auch Goebbels vertraute seinem Tagebuch am 10. März an, Ungarn könne nur noch als „Voraussetzung" für die Kriegführung der Großmächte betrachtet werden[745]; zwei Tage später notierte er Hitlers Phantasien eines Sonderfriedens mit dem Kreml (!), der zwar nicht die Ziele von 1941 erfüllen könne, „aber der Führer hofft dabei doch zu einer Teilung Polens zu kommen, Ungarn und Kroatien zur deutschen Hoheit zuschlagen zu können und Operationsfreiheit gegen den Westen zu gewinnen"[746].

Das Mißtrauen Szálasis gegenüber dem deutschen „Schicksalsgefährten" verschärfte sich seit dem Jahresbeginn 1945. Am 9. Februar richtete er ein Handschreiben an Hitler, in dem er auf seine alten Forderungen nach einer zumindest formellen Bestätigung seiner Souveränität zurückkam. Es verlangte die symbolische Übergabe des Oberbefehls über die deutschen (!) und ungarischen Truppen in Ungarn, ohne daß dies jedoch in der Praxis zu Veränderungen führen sollte; weiter wünschte er die Aufrechterhaltung seiner Rechte als Oberster Kriegsherr über die noch aufzustellenden ungarischen SS-Einheiten[747].

Noch zur Zeit der Regierung Lakatos begannen Verhandlungen zwischen Winkelmann und Verteidigungsminister Csatay über die Aufstellung ungarischer Waffen-SS-Einheiten[748], nachdem das am 14. April 1944 unterzeichnete dritte SS-Abkommen zwischen der ungarischen und deutschen Regierung nur die Ungarndeutschen betrof-

[743] NL Henney: Bericht des Offiziers András Endre, 25.2.1945, S. 1.
[744] BA, R 58/528: Lagebericht Südosteuropa Nr. 295, 17.–31.12.1944, S. 69.
[745] Goebbels, Tagebücher 1945, S. 177.
[746] Ebenda, S. 205. Goebbels fand Hitlers Programm „grosszügig und überzeugend. Nur krankt es vorläufig daran, dass keine Möglichkeit zu seiner Verwirklichung gegeben ist."
[747] Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht IV/2 (1945), S. 1426 f.; wiedergegeben auch bei Karsai/Somlyai, 1970, S. 290; Teleki, 1974, S. 282. Rajniss bestätigt in seinem Tagebuch den Inhalt des Schreibens: Szálasi verlas demnach vor dem Februar-Kronrat seinen an Hitler gerichteten Brief, in dem er aufgrund seiner Rechte als oberster Kriegsherr den militärischen Oberbefehl für sich forderte. Von der bloß symbolischen Titelanerkennung verzeichnet Rajniss nichts; vgl. TB Rajniss, 9.4.1945, S. 65.
[748] Szálasi-TB, 16.9.1944, S. 22.

fen hatte[749]. Szálasi, der von Rajniss am 16. September unterrichtet wurde, daß sich diese Gespräche ihrem Ende zuneigten, ließ im Hungaristischen Tagebuch vermerken, er werde den Vertrag nicht akzeptieren und auch in Zukunft den Parteimitgliedern verbieten, in die SS einzutreten. Er lasse statt dessen die „Hungaristische Legion" aufstellen; wenn die Deutschen SS-Einheiten ausrüsten könnten, könnten sie auch den hungaristischen Einheiten Waffen beschaffen[750]. Szálasi dachte also ursprünglich gar nicht daran, die SS als Eliteformation des deutschen Nationalsozialismus zu übernehmen, sondern wollte eine eigene, hungaristische Kampftruppe bilden.

Es kam auch zur Gründung und Aufstellung der dem Minister für den totalen Kriegseinsatz untergeordneten Hungaristischen Legion (Hungarista Légió)[751], doch gelang es der deutschen SS-Führung aus durchsichtigen Gründen zu verhindern, daß sie in Ungarn als Gegen- und Konkurrenzorganisation zur SS[752] das Monopol als weltanschauliche Eliteeinheit erhielt. In einem protokollierten Gespräch Ende Februar 1945 kam Szálasi auf sein „Umschwenken" bzw. erzwungenes Nachgeben in dieser Frage zu sprechen: „hingegen kam von seiten der SS, daß sie in diesem Fall die zur Aufstellung einer hungaristischen Division notwendige Ausrüstung und Bewaffnung geben werde, wenn wir zustimmten, daß parallel dazu auch eine ungarische SS-Division zustande kommt. [...] Eine ungarische SS-Division wurde also nicht deshalb aufgestellt, weil wir dies wollten, denn schließlich wollte ich aus der Hungaristischen Legion jene weltanschauliche Armee machen, die sie SS nennen."[753]

[749] Den Text des Abkommens vgl. ADAP, E/VII, Nr. 353, S. 660 ff.; auch in: Unbestrafte Kriegsverbrecher, S. 48 f.; einen auf den 30.3. datierten Entwurf vgl. IfZ, MA 1541/15, B. 1062 f. Das Abkommen wies einige für die reale politische Situation des scheinbar selbständigen Ungarn bezeichnende Inhaltspunkte auf. Abweichend vom rechtlich gültigen 2. Wiener Abkommen wurde als deutscher Volksangehöriger bestimmt, „wer sich durch seine Lebensweise und seine Volkstumsmerkmale als solcher zeigt oder sich freiwillig zum Deutschtum bekennt". War nach den beiden früheren SS-Abkommen mit dem Eintritt in die SS gleichzeitig die ungarische Staatsbürgerschaft erloschen, so bestimmte nun das dritte Abkommen, daß die in Wehrmacht oder Waffen-SS bereits Einberufenen oder noch Einzuberufenden ungarische Staatsbürger mit allen Rechten blieben oder wieder wurden, gleichzeitig jedoch als deutsche Reichsangehörige galten; vgl. dazu Tilkovszky, 1981, S. 317 f.; MT 8/2, S. 1159.

[750] Szálasi-TB, 16.9.1944, S. 22.

[751] Vgl. hierzu auch Teleki, 1974, S. 80. Rajniss hat mit seiner Bemerkung unrecht, Beregfy habe die Legionen aus politischer Spielerei aufgestellt; vgl. TB Rajniss, 9.4.1945, S. 66. Erstens waren die Legionen Kovarcz unterstellt, und zweitens handelte es sich bei ihrer Konzeption um alles andere als um eine politische Spielerei. Zwar sollte die Hungaristische Legion aus Freiwilligen geworben werden, doch finden sich in den Quellen Beispiele für eine zwangsweise Rekrutierung; vgl. z. B. Lengyel/Sáry/Tirnitz, Bd. I, Nr. 8, S. 56. Wie viele Legionäre es insgesamt gab, ist nirgends zu ermitteln. Wegen Disziplinlosigkeiten und Diebstählen einer Legionseinheit kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Szöllösi und Kovarcz, der die Beschwerden als Lappalien wertete, die im Vergleich mit den Verdiensten der Legionen nicht zählten; vgl. NL Szöllösi: TB, 16.2.1945, S. 84 f.

[752] Die Konkurrenzsituation ging so weit, daß am 7.3.1945 in Györ die Kommandantur der Hungaristischen Legion von ungarischen SS-Truppen umschlossen, die Wachen entwaffnet und 150 Mann gezwungen wurden, der SS beizutreten; vgl. NL Henney: Brief Jancsuskós an Serényi, Kapuvár, 22.3.1945.

[753] NL Szöllösi: TB, Anlage 11: Protokoll der Audienz des Nationalbunds bei Szálasi, 28.2.1945, S. 91.

Am 23. Oktober 1944 unterzeichneten Beregfy und Winkelmann ein entsprechendes Abkommen, das die Aufstellung einer ungarischen Waffen-SS-Division aus Freiwilligen vereinbarte; Ausrüstung, materielle Versorgung und Ausbildung sollten aus Deutschland bezogen, aber, bei ungarischer Kommandosprache, zur unmittelbaren Verteidigung Ungarns eingesetzt werden[754]. Beregfy erließ einen Aufruf an Freiwillige, sich bis zum 20. November mit dem Ziel der Befreiung der besetzten Landesteile in die „Hunyadi SS-Panzergrenadierdivision"[755] zu melden: Die Division sei trotz deutscher Waffen und Materialien organischer Bestandteil der ungarischen Armee, trage ungarische Uniform und lege den Eid auf das ungarische Staatsoberhaupt ab[756]. Die Meldefrist wurde zunächst bis zum 15. Dezember[757], dann am 14. Dezember wegen angeblicher „massenhafter Meldungen" „bis zu einem von mir später festzusetzenden Tag" auf unbestimmt verlängert[758]. Fernziel war, aus den Freiwilligen noch vier weitere ungarische SS-Divisionen – benannt nach den Nationalhelden von 1848/49 Kossuth, Petöfi, Klapka und Görgey – aufzustellen und mit ihnen den Kern der künftigen hungaristischen Armee zu bilden[759].

Szálasi hatte der Aufstellung ungarischer SS-Einheiten also zugestimmt, „aber meine Rechte als Oberster Kriegsherr sollten nicht beeinträchtigt werden". In der Praxis zog er jedoch den kürzeren, was sich bald darauf an der Eidesformel der Hunyadi SS erweisen sollte. Hatte Beregfy noch von einer Vereidigung auf das ungarische Staatsoberhaupt und der Zugehörigkeit zur ungarischen Armee gesprochen, forderten die Deutschen kurz darauf eine Vereidigung nur auf Hitler. Szálasi konnte als Kompromiß erreichen, daß der Eid auf ihn und Hitler gemeinsam abgelegt wurde, und zwar auf Hitler als „obersten Befehlshaber der Wehrmacht" und Szálasi als „Führer der Nation"[760]. Die rekrutierten ungarischen SS-Einheiten[761] befanden sich jedoch meist in Deutschland zur Ausbildung, so daß Szálasi selbst mißmutig bemerkte: „aber nachdem die ungarischen SS-Truppen in Deutschland und nicht in Ungarn sind, ist nur der auf Hitler sich beziehende Teil des Eides in Kraft; dagegen gelangte mein Wille bezüglich meiner Rechte als Oberster Kriegsherr nicht sehr zum Ausdruck."[762] Dies bedeutete im Klartext, daß der „Führer der Nation" de facto keinerlei Einflußmöglichkeiten besaß und sein Titel als Oberster Kriegsherr nur auf dem Papier, und nicht einmal mehr dort, bestand.

[754] PA, AA. Inland II g: Waffen-SS Ungarn, 1942–1944, Bd. 331.

[755] Interessanterweise vermied es die ungarische Presse anfangs, von „SS" zu sprechen, sondern schrieb nur von einer Werbung für die „Hunyadi Panzergrenadier-Division"; vgl. Összetartás Nr. 255, 2.11.1944, S. 5. Der Name „Hunyadi SS" tauchte erstmals am 18.11. auf; vgl. Magyarság Nr. 262, 18.11.1944, S. 5.

[756] Összetartás Nr. 255, 2.11.1944, S. 5. Auch Karsai, 1965, S. 575 f., bei dem es jedoch heißt, die Hunyadi SS habe laut Beregfys Aufruf deutsche Uniformen tragen sollen.

[757] Magyarság Nr. 265, 22.11.1944, S. 7.

[758] Honvédségi Rendeletek 71, Nr. 69, 15.12.1944, zitiert nach der Abschrift im Szálasi-TB, Anhang.

[759] Vgl. dazu Gosztony, 1964, S. 8; Morva, Dokumentumok, in: HK 17 (1970), Nr. 16, S. 293 f.

[760] NL Szöllösi: TB, Anlage 11: Protokoll der Audienz des Nationalbunds bei Szálasi, 28.2.1945, S. 92. Karsai, 1965, S. 640, druckt den Text der Eidesformel auf deutsch und ungarisch ab.

[761] Nach Aussage des Hunyadi SS-Divisionskommandanten Generalmajor József Grassy umfaßte die Einheit 12 000 Mann; vgl. Teleki, 1974, S. 327, Anm. 27.

[762] NL Szöllösi: TB, Anlage 11: Protokoll der Audienz des Nationalbunds bei Szálasi, 28.2.1945, S. 92 f.

In Zusammenhang mit der Aufstellung ungarischer Waffen-SS-Einheiten hatte Szálasi bereits im Januar Beregfy angewiesen, Winkelmann und Greiffenberg zur Kenntnis zu bringen, daß jene ungarischen Offiziere, die ohne sein Wissen und seine Zustimmung eine Funktion bei der ungarischen SS ausübten, degradiert würden, ihre Staatsbürgerschaft verlören und ihre Gehälter nicht erhielten, solange die Befehlsrechte nicht geklärt seien[763]. Trotzdem wurde im Februar bekannt, daß der Szálasi wegen seiner engen Kontakte zur deutschen SS von Anfang an politisch suspekte ehemalige MNSZP-Führer Jenö Ruszkay, der sich gerade in Deutschland mit einem „hohen Auftrag" der SS-Führung aufhielt[764], als Inspekteur der ungarischen SS-Einheiten vorgesehen war. Der NV ließ daraufhin ihm wie auch den anderen in der deutschen SS dienenden ungarischen Offizieren Ney und Görgey die ungarische Staatsbürgerschaft entziehen. Er gab Innenminister Vajna am 28. Februar eine entsprechende Anweisung mit der Begründung, die Betroffenen hätten sich offensichtlich sehr weit vom Gedanken der ungarischen Honvéd entfernt und lägen völlig auf SS-Linie[765].

Stillschweigend unterstützt wurde die Aktion von Veesenmayer, dem die scharfen Kritiken Ruszkays an seiner Person und dessen enge Kontakte zu seinem alten Rivalen Winkelmann aufstießen[766]. Sofort trat Winkelmann selbst auf den Plan, der die Fakten bagatellisierte und mit einem Mißverständnis begründete[767], doch erneuerte Szálasi am 5. März seine Anweisung[768]. Daß seine Begründung für diesen Schritt, nämlich die wiederholte schwere Verletzung seiner Rechte als Oberster Kriegsherr, nicht aus der Luft gegriffen war, belegt ein Brief Ruszkays an den Hunyadi SS-Kommandanten Grassy aus Wien vom 8. März 1945. Am 1. des Monats war Ruszkay vom Reichsführer SS Himmler zum Generalinspekteur der ungarischen Waffen-SS-Verbände ernannt, der NV dabei völlig übergangen worden. Die ungarische SS dürfe nicht, so Ruszkay mit deutlichem Bezug auf Szálasi, auf jene blinden oder tauben Männer hören, die sie von Ungarn aus auf Sonderwege verführen wollten; jede deutschfeindliche Stimmung sei unbedingt zu vermeiden[769].

Auch hier gelang es Szálasi nicht, sich durchzusetzen: Zum einen ergaben sich Schwierigkeiten, eine geeignete rechtliche Begründung für den Entzug der Staatsbürgerschaft zu finden[770]. Zum anderen teilte am 15. März ein Dr. Musil Szöllösi und Beregfy offiziell Winkelmanns Wunsch mit, so lange in der Sache Ruszkay keine Entscheidung zu fällen, bis der Reichsführer SS von Beregfy bei ihrem nächsten Treffen persönlich von dieser Angelegenheit unterrichtet worden sei. Außerdem möge die ungarische Regierung zur Kenntnis nehmen, daß ein Eingriff in die ungarische Souveränität Himmler nicht einmal in den Sinn käme[771]. Wie die Sache ausging, läßt sich mangels Quellen nicht belegen, doch blieb das Verfahren wahrscheinlich in der Schwebe und erübrigte sich mit dem Zusammenbruch.

[763] IfZ, MA 1541/7, B. 147: Kurzprotokoll der Audienz Szálasi-Beregfy, 17.1.1945; vgl. auch Teleki, 1974, S. 283.
[764] NL Szöllösi: TB, 2.3.1945, S. 117 (Winkelmann zu Szöllösi).
[765] Ebenda, 28.2.1945, S. 113.
[766] Ebenda, 20.2.1945, S. 93 (Veesenmayer zu Szöllösi).
[767] Ebenda, 2.3.1945, S. 117f.
[768] Ebenda, 5.3.1945, S. 124.
[769] Vgl. dazu Teleki, 1974, S. 283f.
[770] NL Szöllösi: TB, 20.3.1945, S. 151.
[771] Ebenda, 15.3.1945, S. 144f.

Mit dem Näherrücken der Flucht von Regierung und Parteiführung nach Deutschland stellte sich die Frage des Verhältnisses zwischen deutschem und ungarischem Nationalsozialismus immer drängender, die Antworten lauteten immer negativer. Vor den Abgeordneten des Nationalbunds meinte Szálasi am 28. Februar: „Ich weiß, was Moskau aus Europa machen will, wir alle wissen es, aber ich weiß auch sicher, was London und Washington aus Europa machen wollen, aber ich weiß z. B. noch nicht, was Berlin in seinem großen Aufbau konkret mit Europa machen will." Der Hungarismus sei notwendig, fuhr er fort, aber es sei fraglich, ob Berlin diese Notwendigkeit akzeptieren werde[772]. Szálasi hielt zwar – zumindest gegenüber anderen – an seinem alten Verdacht fest, es gebe in Ungarn wie in Deutschland nur eine „kleine Gruppe", die die Ansicht vertrete, „daß nach dem deutschen Sieg ganz Europa ein großes deutsches Reich wird, in dem wir ein assoziiertes Land sein werden, kurz also völlig dem Deutschen Reich einverleibt werden"[773]. Andererseits klangen seine Ausführungen im Zusammenhang mit den Problemen um die ungarischen SS-Einheiten nüchterner und skeptischer als früher. Dazu hatte ein beim Leiter des nationalpolitischen Weltanschauungsamtes, István Péntek, in Auftrag gegebener Bericht zur außenpolitischen Situation beigetragen, der am 26. Februar fertiggestellt und vorgelegt wurde. Es zeige sich in letzter Zeit „wieder übermäßig das deutsche Hegemonialprinzip", begann das Gutachten seine Ausführungen, das – mit eventueller Ausnahme Englands – gegenüber den anderen Völkern „nicht die politische Harmonie der Lebensräume, sondern die völkische Absonderung" betreibe; auch gegenüber dem Hungarismus betone es die eigene völkische Totalität und Hegemonie[774].

All diese schwelenden Konflikte durften nicht zum Ausbruch kommen, da die Szálasi-Regierung darauf angewiesen war, für sich und andere ungarische Flüchtlinge auf deutschem Territorium Zuflucht zu erhalten. Trotzdem blieb den deutschen Stellen die Abkühlung der Beziehungen nicht verborgen, zumal die Hungaristen intern sogar so heikle Punkte anrührten wie das im Vertrag von Trianon an Österreich abgetretene Burgenland, das Szálasi ohne Rücksicht darauf, es in dieser Frage nun mit dem Deutschen Reich zu tun zu haben, als Bestandteil der Karpaten-Donau-Heimat betrachtete[775]. Am hellhörigsten war die SS, die in ihrem Lagebericht Südosteuropa Mitte März 1945 folgendes abschließende Fazit ihrer Beobachtungen zog: „Nachdem das erste Anlehnungsbedürfnis nach der Machtübernahme geschwunden ist, beginnen auch die Hungaristen unabhängig von der Realität der augenblicklichen Lage und ihrer Möglichkeiten die traditionelle Politik Ungarns fortzusetzen, dem Reich gegenüber scharfe Grenzen zu ziehen, die Ansprüche ideologisch für die Zukunft für alle Fälle zu unterbauen und den Riegel zwischen das Reich und dem übrigen Südosten prellen zu wollen."[776]

[772] Ebenda, TB, Anlage 11: Protokoll der Audienz des Nationalbunds bei Szálasi, 28.2.1945, S. 101 f.

[773] Ebenda, S. 93. Er habe auch Hitler gegenüber betont, „daß der Nationalsozialismus und der Imperialismus Feinde sind und nicht zusammenpassen, weil der eine den anderen auffrißt"; vgl. ebenda, S. 101.

[774] NL Henney: Außenpolitischer Bericht Pénteks, 26.2.1945, S. 2 f.

[775] NL Szöllösi: TB, 5.3.1945, S. 126.

[776] BA, R 58/528: Lagebericht Südosteuropa Nr. 306, 11.–18.3.1945, S. 48.

Die Judenpolitik des Szálasi-Regimes

Angesichts der Herrschaftsstrukturen des Szálasi-Regimes, wie sie geplant und ansatzweise realisiert wurden, fragt man sich unwillkürlich, was denn nun tatsächlich geschah, wenn man die „hohe" Ebene der Staats- und Parteiführung verläßt. Von den Zusammenstößen zwischen „alten" staatlichen und „neuen" Parteiinstitutionen sowie der unkontrollierten Verselbständigung der Pfeilkreuzlerbasis war bereits die Rede. Die Situation des militärisch-politischen Zusammenbruchs und die lückenhafte Quellenlage ließen jedoch, gerade was die „unteren" Ebenen der Politik angeht, oft nur punktuelle Aussagen zu. Ein relativ konsistentes, durch Quellen- und Forschungsmaterial gestütztes Bild ist nur über das Schicksal der ungarischen Juden zu gewinnen, die von den Massendeportationen zur Zeit der Sztójay-Regierung noch nicht erfaßt worden waren. Gut fundierten Schätzungen zufolge handelte es sich um rund 150000 Juden in den Arbeitsdiensteinheiten[777] und um die ungefähr 160000 Budapester Juden (März 1944: 762000 Juden in Ungarn)[778].

Szálasi hatte die Deportationen der ungarischen Juden in den Monaten des Sztójay-Kabinetts nicht befürwortet, wenngleich er auch nichts tat, um sie zu verhindern oder öffentlich zu kritisieren. Auf einem parteiinternen „Informationstag" am 2. Juni 1944 beurteilte er es als „übereilte Maßnahme" der Regierung, „als sie dem Abtransport der Juden ins Ausland zustimmte. Offenbar weiß die Regierung nicht, was sie mit den Juden anfangen soll." Er begründete seine Ablehnung mit dem allgemeinen Arbeitskräftemangel und der Notwendigkeit der Kriegsproduktion: „Wenn wir nur ausrechnen, daß wir mit dieser Regierungsmaßnahme ca. 400000 arbeitsfähige Personen weggeben, mit einer Arbeitsfähigkeit von täglich wenigsten 10 Stunden, so können wir uns leicht ausrechnen, wieviele Arbeitsstunden, nützliche Arbeit und Nationalvermögen vom 19. 3. bis 1. Juni verlorengingen."[779]

Diese „ökonomische" Einstellung bildete den Ausgangspunkt auch nach der Machtergreifung. Im Aufbauplan vom 17. Oktober 1944 hieß es explizit: „Die Juden bleiben in Ungarn und werden im Arbeitsdienst für die Nation eingesetzt [...]. Nach Beendigung des Krieges wird das Judentum aus Ungarn hinausgewiesen und zwar auf einen Platz, der ihm auf Grund eines zwischenstaatlichen Abkommens bestimmt werden wird."[780]

Während auch die korrigierte, fünf Tage später veröffentlichte Version des „Aufbauplans" diese Intention wiederholte[781], war sie de facto von der politischen Realität be-

[777] Zum Arbeitsdienst vgl. die von Karsai herausgegebene zweibändige Quellenedition: Fegyvertelenül álltak az aknamezökön, 1962.

[778] Braham, Genocide II, S. 829, 877, Anm. 27, 1144. Vgl. dazu auch Veesenmayers Telegramm Nr. 3132, 28.10.1944, in: The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 236, S. 520: Demnach waren von den 800000 Juden in Ungarn im März 1944 bereits 430000 abtransportiert; 150000 befänden sich im Honvédarbeitsdienst, 200000 in Budapest.

[779] IfZ, MA 1541/1, B. 418: Antwort Szálasis auf Fragen von NYKP-Funktionären, Budapest, 2.6.1944. Diese Argumentation „übersieht", daß auch nichtarbeitsfähige Kinder, Greise, Kranke usw. abtransportiert wurden.

[780] Pester Lloyd Nr. 238, 19.10.1944, S. 2. So Szálasi auch in seiner Unterredung mit dem päpstlichen Nuntius Angelo Rotta am 21.10.1944; vgl. IfZ, MA 1541/1, B. 1182, 1185. Vgl. dazu auch Braham, Genocide I, S. 64; Genocide II, S. 822; Macartney II, S. 367, 450.

[781] Pester Lloyd Nr. 241, 22.10.1944, S. 2.

reits überholt. Nicht nur vergingen sich bewaffnete, oftmals jugendliche Pfeilkreuzlertrupps, die sich nun endlich an der Macht sahen und selbständig gegen den „inneren Feind" zogen, in blutigen Ausschreitungen an Budapester Juden sowie an Arbeitsdienstkolonnen in der Provinz. Diese „Einzelaktionen [...] auch in Form persönlicher Ausschreitungen und Tötungen", so Veesenmayers Bericht vom 17. Oktober[782], forderten bereits in den ersten Tagen nach der Machtergreifung mehrere hundert Todesopfer[783]. Eichmann kehrte am 17. Oktober „auf Antrag" Winkelmanns und „Befehl" Kaltenbrunners nach Ungarn zurück[784] und verfolgte unbeirrt das „Endziel Ausräumung ungarischen Raumes"[785]. Er trat am Tag darauf mit dem neuen NYKP-Innenminister Vajna in Verhandlungen, der, obwohl der „Aufbauplan" ursprünglich allein den Justizminister mit der „Regelung der Judenfrage" betraut hatte[786], nun zum entscheidenden Mann im Kabinett wurde.

Das Ziel der deutschen Judenpolitik wurde vor der ungarischen Regierung klar zum Ausdruck gebracht, nämlich das Interesse „an einer endgültigen Bereinigung des Problems", besonders der „Ausräumung des Stadtgebiets von Budapest"[787]. Eichmann formulierte die nächsten konkreten Schritte. Erstens sollten „50000 männliche arbeitseinsatzfähige Juden" nach Deutschland „im Fußtreck" gebracht werden; zweitens seien weitere Juden zum Bau militärischer Befestigungsanlagen um Budapest einzusetzen, die übrigen drittens „in Ghetto-ähnlichen Lagern" am Stadtrand zu konzentrieren. Offiziell noch nicht zur Sprache kam Eichmanns feste Absicht, nach dem ersten Fußtreck weitere 50000 Juden „anzufordern"[788]. Vajna sagte zu, trotz Szálasis Grundsatzentscheidung eine „ausnahmsweise Zustimmung zu beantragter einmaliger zeitweiser Überlassung" beim NV zu versuchen, und kooperierte auch in den anderen Punkten. Eichmanns Sondereinsatzgruppe sollte, mit Ausnahme der Bewachung des Fußtrecks, „nur beratend" an der „Aktion Budapest" mitwirken, während die ungarische Gendarmerie unter der Direktive des Innenministeriums den Hauptpart übernahm[789].

Vajna trat an mit dem festen Willen, „die Judenfrage [zu] lösen", wobei entgegen der Gepflogenheiten der Sztójay-Regierung weder die Konfession noch irgendwelche Schutzbriefe oder ausländische Pässe, sondern ausschließlich die Rasse[790] ausschlagge-

[782] Telegramm Nr. 2996 Veesenmayers, 17.10.1944, in: ADAP, E/VIII, Nr. 273, S. 504; auch in: The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 226, S. 506.

[783] Vgl. ausführlich Braham, Genocide II, S. 829ff.

[784] Telegramm Nr. 2996 Veesenmayers, 17.10.1944, in: ADAP, E/VIII, Nr. 273, S. 504.

[785] Telegramm Nr. 3007 Veesenmayers, 18.10.1944, in: ebenda, Nr. 275, S. 506; The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 227, S. 507.

[786] Vgl. Pester Lloyd Nr. 241, 22.10.1944, S. 2.

[787] Telegramm Nr. 3037 Veesenmayers, 20.10.1944, in: The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 231, S. 511. Gleichzeitig überreichte er eine Aufzeichnung über die Entwicklung der Judenpolitik seit dem 19.3.; den Text vgl. ebenda, Nr. 234, S. 514ff.

[788] Telegramm Nr. 2996 Veesenmayers, 17.10.1944, in: ebenda, Nr. 226, S. 506; ADAP, E/VIII, Nr. 273, S. 504.

[789] Telegramm Nr. 3007 Veesenmayers, 18.10.1944, in: The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 227, S. 507; ADAP, E/VIII, Nr. 275, S. 506.

[790] Nur das erste Judengesetz von 1938 beruhte auf rein konfessionellen Kriterien, das dritte von 1941 ging in seiner Definition des Judentums als Rasse in einigen Fällen sogar über das deutsche Vorbild hinaus. Vgl. im Überblick Hilberg, 1982, S. 545, Tabelle 66.

bend sein sollte; „niemand, weder aus dem In- noch Ausland", dürfe dem ungarischen Staat hineinreden[791]. Vatikan, Rotes Kreuz und die neutralen Staaten protestierten gegen die Mißachtung der bisherigen Freistellungen und ihrer Schutzpässe. Da die neuen ungarischen Machthaber an ihrer diplomatischen Anerkennung interessiert waren, wurde Vajnas Verordnung Ende Oktober wieder zurückgezogen, die alten Ausnahmeregelungen blieben offiziell in Kraft[792].

Am 20. Oktober bestimmte eine Verordnung aufgrund Gesetz II/1939, § 124, die Arbeitsdienstpflicht für alle arbeitsfähigen jüdischen Männer zwischen 16 und 60 Jahren[793]. Die „Aussonderung" begann sofort und erfaßte bis zum Abend desselben Tages rund 22000 Menschen[794], oftmals ohne Berücksichtigung der gesetzten Alters- und Gesundheitsgrenzen. Einen Tag darauf rekrutierte man die restlichen Juden zwischen 16 und 60 Jahren sowie alle Jüdinnen zwischen 16 und 40 Jahren[795]. Bis zum 26. Oktober wurden nach Meldung Veesenmayers rund 25000 Männer und 10000 Frauen zwangsausgehoben[796]. Die auf zwei Sammelplätzen Zusammengetriebenen wurden, ausgerüstet mit eigenen Lebensmitteln für drei Tage, in neu gebildete Zwangsarbeitereinheiten eingeteilt und mußten unter fürchterlichen Umständen im Süden und Südosten Budapests Befestigungsarbeiten leisten. Mit dem Vorrücken der Sowjets verschlechterte sich ihre Lage. Der Druck der Offensive entfesselte in der Pfeilkreuzlerbasis derartige Ausbrüche von Gewalttaten, daß sogar Sondereinheiten der Polizei zum Schutz der Juden herbeigerufen werden mußten[797].

„Flankiert" wurden die Gewaltmaßnahmen, die zahllose Todesopfer forderten, durch eine Regierungsverordnung vom 3. November, nach der unter Kontrolle eines Regierungskommissars Vermögen und Besitz der Juden auf den Staat übergingen, zur Deckung der Kriegskosten sowie, so die zynische Wendung, der Ausgaben bei der Durchführung der Judengesetze. Alle Vermögensgegenstände waren innerhalb einer Woche bei der Finanzdirektion zu melden[798]. Die Realität sah anders aus. Während die Vorräte aus den geschlossenen jüdischen Geschäften unter maßgebender Teilnahme der Parteibeauftragten verkauft wurden[799], bemächtigten sich einfache NYKP-

[791] Összetartás Nr. 238, 19.10.1944, S. 1 f.: Rundfunkrede Vajnas.

[792] Vgl. dazu Braham, Genocide II, S. 832 f., 843. Als Beispiel für den Druck des Vatikans und der neutralen Staaten vgl. die Unterredung Szálasis mit dem päpstlichen Nuntius, 21.10.1944, in: IfZ, MA 1541/1, B. 1185 ff. Insbesondere Außenminister Kemény wurde zum Ansprechpartner der sich in der Judenfrage engagierenden Diplomaten und versuchte, ihnen entgegenzukommen.

[793] Vgl. Összetartás Nr. 240, 21.10.1944, S. 3.

[794] Telegramm Nr. 3033 Veesenmayers, 20.10.1944, in: The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 228, S. 508.

[795] Den Text der Verordnung vgl.: Fegyvertelenül álltak az aknamezökön II, Nr. 279, S. 643 f. Der Aufruf an die Frauen wurde Anfang November wiederholt bzw. um jüdische Näherinnen zwischen 16 und 50 Jahren ergänzt; vgl. ebenda, Nr. 285, 286, S. 658 f.; Összetartás Nr. 259, 5.11.1944, S. 3.

[796] Telegramm Nr. 3115 Veesenmayers, 26.10.1944, in: The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 235, S. 519.

[797] Ausführlich dazu Braham, Genocide I, S. 342 f.; II, S. 835 ff.

[798] Ebenda, S. 837; Összetartás Nr. 257, 3.11.1944, S. 2; Keesings Archiv der Gegenwart 14 (1944), S. 6583. Ausgenommen waren Kult- u. persönlichste Gegenstände, Brennstoff und Lebensmittel für zwei Wochen sowie eine kleine Summe Geld.

[799] Vgl. z. B. Váci Hungarista Hiradó I/3, 4.11.1944, S. 2; Összetartás Nr. 276/277, 25./26.11.1944, S. 8 bzw. 4.

Mitglieder und Parteidienstler der Wertsachen, wo sie ihrer nur habhaft werden konnten, und ließen sie in die eigene Tasche wandern. Zwar drohte eine am 4. November publizierte Anordnung des Parteiaufbauleiters Gera in solchen Fällen mit dem Standrecht[800], doch zeigen die Quellen noch im Jahr 1945, daß die NYKP-Führung dem Massenphänomen persönlicher Bereicherung unter ihren Mitgliedern nicht Herr wurde[801].

Eichmanns am 18. Oktober mit Vajna ausgehandeltes Abkommen traf in der Frage der Überlassung von 50000 arbeitsfähigen Juden an das Reich zunächst auf den „Widerstand der ungarischen Regierungsstellen". Winkelmann bedrängte Veesenmayer, der sich seinerseits am 23. Oktober mit einer „Teilforderung" an Szálasi wandte, „uns wenigsten 25000 Arbeitsjuden leihweise für ein halbes Jahr" zu gewähren. Dieser genehmigte den Antrag „sofort", bemerkte jedoch, daß die Mehrzahl der Juden für Befestigungsarbeiten in Ungarn selbst benötigt würden, und überließ weitere Schritte Winkelmann und Mobilmachungsminister Kovarcz[802]. Auf Aufforderung Ribbentrops[803] erreichte Veesenmayer am 1. November bei Szálasi eine Zusage auf „Gestellung weiterer Kontingente"[804].

Der für den Arbeitsdienst zuständige Verteidigungsminister Beregfy ordnete am 26. Oktober die Überstellung von 70 jüdischen Arbeitsdiensteinheiten in das Reich an[805], die am 2. November offiziell anlief. Die mit Schanzarbeiten an den verschiedensten Orten eingesetzten Juden[806] wurden zunächst in einigen Durchgangssammelstationen, dann in einer Budapester Ziegelei konzentriert und ab 8. November ohne Verpflegung, ausgeplündert und gequält, zu Fuß in Marsch gesetzt. Das barbarische Unternehmen erhielt später die Bezeichnung „Todesmärsche nach Hegyeshalom", benannt nach dem ungarischen Grenzort in Richtung Wien. Rotes Kreuz, Vatikan und die neutralen Staaten[807], besonders der in Budapest unermüdlich tätige Schwede Wallenberg, bemühten sich, Hilfe zu leisten und Menschen zu retten. Sogar der General der Waffen-SS Hans Jüttner war so schockiert über das, was er auf einer Inspektionsfahrt sah, daß er bei Winkelmann Protest erhob[808].

Nach Meldung Veesenmayers vom 13. November waren bis zu diesem Tag rund 27000 Juden beiden Geschlechts in „Tagesraten von 2–4000" in Richtung Reich in Marsch gesetzt worden, ein „Restkontingent" von 40000 sollte folgen[809]. Nachdem

[800] Váci Hungarista Hiradó I/3, 4.11.1944, S. 2.

[801] Vgl. z. B. IfZ, MA 1541/4, B. 448 f.: Rundbrief 1/1945 von Gera, 14.1.1945. So auch die parteiinternen Kritiken aus dem Bereich des Rechenschaftsamts, vgl. ebenda, B. 204 ff. sowie ebenda, 1541/3, B. 775 ff.

[802] Telegramm Nr. 3092 Veesenmayers, 24.10.1944, in: The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 233, S. 513; ADAP, E/VIII, Nr. 280, S. 512 f.

[803] Vom 29.10.1944, vgl. The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 237, S. 521.

[804] Ebenda, Nr. 239, S. 526: Telegramm Nr. 3176 Veesenmayers, 1.11.1944.

[805] Vgl. den Text in: Fegyvertelenül álltak az aknamezökön II, Nr. 284, S. 651 ff.

[806] Über die herrschenden Zustände in den Arbeitsdienstlagern vgl. ebenda, Nr. 276 ff., S. 640 ff.; auch Sorsforduló II, Nr. 393, 529, 568, S. 49 ff., 232 ff., 298 f.

[807] Vgl. z. B. die Unterredung des päpstlichen Nuntius mit Außenminister Kemény am 10.11.1944, in: IfZ, MA 1541/1, B. 1191 ff.; oder am 17.11. zwischen Szálasi, päpstlichem Nuntius und schwedischem Gesandten, ebenda, B. 1197 ff.

[808] Vgl. zu den Märschen ausführlich Braham, Genocide II, S. 838 ff.

[809] Telegramm Nr. 3262 Veesenmayers, 12.11.1944, in: ADAP, E/VIII, Nr. 298, S. 552; The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 240, S. 527.

30000 Juden abmarschiert waren, ordnete Szálasi nach Veesenmayers Telegramm vom 20. November an, „im Hinblick auf hierbei aufgetretene Unzulänglichkeiten" Jüdinnen in Zukunft nur noch „bei Gestellung Transportmittel" nach Deutschland schicken zu lassen, was praktisch die Einstellung der Abtransporte bedeutete. Hinzu kam eine Wende der deutschen Zielsetzung der ganzen Aktion. Nicht mehr der „Grundsatz möglichst weitgehender Ausräumung Stadtgebieten", sondern die Aushebung „absolut arbeitsfähiger Juden" wurde angestrebt, was durch die Praxis der Todesmärsche unmöglich war. Der ehemalige Auschwitz-Kommandant Höß, nun Leiter des Judeneinsatzes Niederdonau, hatte nur aus politischen Gründen die an der Grenze übergebenen „ungeeignete[n] Kontingente" halbverhungerter, geschundener, kranker Juden nicht zurückgewiesen, die nach eigenen Angaben die „schwerste Belastung seines Arbeitsbetriebes" darstellten; er forderte für die anstehende Untertagearbeit nur „bestarbeitsfähige Männer" unter 40[810].

Wenn auch Ribbentrop, alarmiert durch das Stocken der Märsche, Szálasi über Veesenmayer „dringend nahelegen" ließ, die Räumung der Hauptstadt von Juden „energisch voranzutreiben"[811], der Führer der Nation diesem Wunsch auch „durch laufende Auskämmung" nachkommen wollte[812], so fanden die Überstellungen ab Budapest ein Ende. Allerdings wurden dem Reich auch reguläre, in Westungarn eingesetzte jüdische Arbeitsdiensteinheiten z. B. zum Bau des Ostwalls überlassen[813].

Am 17. November 1944 legte Szálasi, um ausländischen Protesten entgegenzutreten und den bereits laufenden Aktionen einen Bezugsrahmen zu geben, seinen verbindlichen Endplan zur Lösung der Judenfrage vor, in dem er sechs Kategorien von Juden aufstellte: 1. Juden mit ausländischen Schutzpässen, die am 20. November in ausgewiesene Gebäude (internationales Ghetto) übersiedeln und dort ihre mit den neutralen Staaten noch auszuhandelnde Auswanderung abwarten sollten; 2. die sogenannten „Leihjuden", die in Deutschland für die ungarische Nation arbeiten würden; 3. Juden in allgemeinen Ghettos, die dort auf ihre Auswanderung aus Ungarn warten sollten (Kinder, Kranke, Alte, Schwangere usw., eigens markierte christliche Juden); 4. exemte Juden (z. B. Kriegsverletzte oder Ausgezeichnete); 5. Geistliche und Nonnen jüdischer Herkunft; 6. jüdische ausländische Staatsbürger[814].

Das Sonderghetto für Juden mit Schutzpaß, in das rund 16000 Menschen gepfercht wurden, bestand nur kurze Zeit, bis die Rote Armee die Hauptstadt eingekreist und die Szálasi-Regierung jede Hoffnung auf geregelte diplomatische Beziehungen zu den neutralen Staaten aufgegeben hatte. Es wurde aufgelöst, seine Bewohner in das gerade eingerichtete allgemeine Ghetto überführt. Ihr Status verhalf vielen „Schutzjuden" ohnehin nicht zu mehr Sicherheit vor Übergriffen und Gewalttaten, da die Pfeilkreuzler-

[810] Telegramm Nr. 3353 Veesenmayers, 20.11.1944, in: ADAP, E/VIII, Nr. 306, S. 568 f.; The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 242, S. 532 f.

[811] Telegramm Ribbentrops an Veesenmayer, 21.11.1944, in: ebenda, Nr. 243, S. 534.

[812] Telegramm Nr. 3367 Veesenmayers, 23.11.1944, in: ebenda, Nr. 244, S. 535.

[813] Vgl. Braham, Genocide II, S. 843 f.

[814] Den deutschen Text von Szálasis Denkschrift vgl. in: The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 241, S. 528 ff.; auch Braham, Genocide II, S. 845 f.

banden hier die „reichen Juden" vermuteten; die Situation verschärfte sich mit der Entdeckung gefälschter Schutzpässe[815].

Die innenministerielle Verordnung 8935/1944 B.M. zur Errichtung des allgemeinen Ghettos in Budapest[816] wurde am 29. November 1944 veröffentlicht, nachdem seit Mitte des Monats entsprechende Vorbereitungen getroffen worden waren. Fast 12000 nichtjüdische Bewohner mußten ihre Wohnungen in einem als Ghetto ausgewiesenen Gebiet im VII. Stadtbezirk verlassen und in die mit einem gelben Stern markierten „Judenhäuser" im Stadtgebiet ziehen. Diese mußten ihrerseits von 63000 Juden geräumt werden, die in das Ghetto übersiedelten. Veranschlagt auf sechs Tage, bis zum 2. Dezember, an denen sich die Juden nur zwei Stunden täglich außer Haus aufhalten durften, fand die gigantische Aktion statt, die keineswegs geordnet nach den Regeln der Verordnung vor sich ging. Die übersiedelnden Juden wurden Opfer der Gewalttaten und Plünderungen umherschweifender Pfeilkreuzlerbanden, deren Exzesse sich im schließenden Belagerungsring der Roten Armee und nach der Evakuierung der hohen Partei- und Regierungsstellen nach Westungarn[817] noch steigerten. Obwohl das Ghetto am 10. Dezember versiegelt wurde und nur noch an vier, von Pfeilkreuzler- und Polizeieinheiten bewachten Haupteingängen betreten werden durfte, drangen nachts bewaffnete Trupps ein. Schätzungen zufolge lag die Zahl der Todesopfer pro Nacht durchschnittlich bei 50 bis 60[818]. Die Gewalttaten nahmen derartige Ausmaße an, daß sich am 8. Januar 1945 Vertreter des Judenrats an die zurückgebliebenen Behörden um Hilfe wandten. Eine Verordnung verbot Unbefugten den Zutritt, doch erst die Bildung einer Sondertruppe aus regulärer Polizei und zuverlässigen Pfeilkreuzlern vier Tage später verhinderte weitere Überfälle[819].

Gewalttaten, Hunger, Kälte, Seuchen und Bestattungsprobleme bildeten den Alltag der Ghettobevölkerung, die sich in eineinhalb Monaten zudem mehr als verdoppelte (Anfang Dezember: 33000, Ende Dezember: 55000, Mitte Januar: 70000 Personen, zumeist Alte, Kranke und Kinder). Der Grund für diesen Anstieg lag in der Überführung eines Großteils der „Schutzjuden" aus dem aufgelösten internationalen Ghetto und jüdischer Kinder aus den Heimen verschiedenster kirchlicher und Wohlfahrtsorganisationen[820]. Erst nachdem das Vorhaben der SS und ihrer ungarischen Helfer, das Ghetto vor der nahen Einnahme Budapests durch Bombardierung zu zerstören, unter Mithilfe des SS-Generals Schmidthuber am 15. Januar in letzter Minute verhindert worden war, hatte das Leiden mit der Eroberung von Pest zwei Tage darauf ein Ende[821].

[815] Ausführlich ebenda, S. 846ff.; vgl. auch Veesenmayers Telegramm Nr. 3353, 20.11.1944, in: ADAP, E/VIII, Nr. 306, S. 569: The Destruction of Hungarian Jewry II, Nr. 242, S. 532f.

[816] Einen Straßenplan vgl. Braham, Genocide II, S. 852.

[817] Dort wurde Anfang Januar 1945 eine Gesetzesvorlage über die Scheidung von Ehen zwischen Juden und Nichtjuden ausgearbeitet, die letzteren keinerlei Verpflichtungen auferlegte. Scheidungsunwilligen Nichtjuden wurde die Gleichbehandlung mit Juden angedroht; vgl. ebenda, S. 869; auch NL Szöllösi: TB, Anlage 6: Bericht für Januar 1945, S. 7ff.

[818] Braham, Genocide II, S. 869f.

[819] Ebenda, S. 873.

[820] Ausführlich zum Ghettoalltag ebenda, S. 854ff.

[821] Ebenda, S. 873f.

Wieviele jüdische Todesopfer forderten nun die erzwungenen Lebensumstände und Terrorakte zur Zeit der Pfeilkreuzlerherrschaft? Obwohl exaktes statistisches Schriftgut aus diesen Monaten fehlt, läßt sich ihre Zahl doch relativ genau einkreisen. 762 000 Juden lebten im März 1944 in Ungarn; 255 500 wurden 1945 befreit oder hatten die Deportation überlebt. 437 000 waren in der kurzen Zeit zwischen dem 16. Mai und 8. Juli 1944 nach Auschwitz deportiert worden; hinzu kommen einige Deportationen kurz vor bzw. nach diesen Eckdaten. Damit beläuft sich die Zahl der jüdischen Todesopfer unter dem Szálasi-Regime auf ungefähr 50 000[822].

[822] Conway, in: VfZ 32 (1984), S. 208, aufgrund der Berechnungen von Braham, Genocide II, S. 607, 1144; eine statistische Aufschlüsselung vgl. auch ders., 1977, Anhang XIV, S. 120.

Schlußbemerkung

Hält man sich die Regionen „faschistischen Potentials" in der Zwischenkriegszeit vor Augen[823], so lassen sich die Extrempunkte einer Idealtypenskala relativ leicht abstecken. Auf der einen Seite stehen entwickelte Industriegesellschaften mit konsolidierter liberal-parlamentarischer Tradition (z. B. England, USA, Skandinavien), die zwar auch von wirtschaftlichen und politischen Krisenerscheinungen betroffen waren, diese aber systemintern, auf demokratischem Wege, meistern konnten. Faschistische Kräfte regten sich auch hier, blieben allerdings völlig marginal und konnten keine oder nur kurzlebige Erfolge erzielen. Den gegenüberliegenden Pol markieren die am wenigsten entwickelten Gesellschaften, die noch homogenen Agrarnationen mit geschlossenen kleinbäuerlichen Strukturen (z. B. auf dem Balkan), die im Krisenfall mit traditionalen Diktaturformen (z. B. Königsdikatatur) reagierten. Faschistische Tendenzen blieben auf schmale soziale Gruppen beschränkt und konnten sich nicht zu einer Massenerscheinung ausweiten.

Zwischen beiden Polen liegt eine Fülle unterschiedlich strukturierter „transitionaler" Gesellschaften[824] mit starken inneren Disparitäten, denen bei aller Verschiedenheit so viel gemeinsam war, daß sich in ihnen faschistische Parteien zu einem Massenphänomen entwickelten. Marxistischen Faschismustheorien, die sich einseitig auf die Erforschung der Zusammenhänge zwischen Faschismus und Kapitalismus konzentrieren, wird daher die These entgegengehalten, daß die historisch-politische Analyse vorindustrielle, ständisch-feudale Strukturen mindestens in demselben Ausmaß einbeziehen muß wie kapitalistische[825]. Kockas geschickte Umprägung des bis heute stark nachwirkenden Horkheimer-Wortes, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, solle auch vom Faschismus schweigen[826], verurteilt nunmehr den zum Schweigen, der vorindustrielle, vorkapitalistische und vorbürgerliche Traditionen nicht zur Kenntnis nehmen will[827].

Nur dem italienischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus gelang es jedoch, ohne externe Hilfe die Macht zu übernehmen. Bei beiden Ländern handelte es sich um Gesellschaften, die nach einer späten, aber um so stürmischeren Industrialisierung noch starke vorbürgerlich-ständische Relikte in ihrer politischen und soziokulturellen Verfassung aufwiesen. Die Phasen nationaler Integration und liberaldemokratischer Verfassungsbildung setzten spät ein, konnten nur einen kurzen, schwachen Traditionsstrang begründen und blieben unvollendet. Die soziale Mobilisierung, die

[823] Vgl. dazu Niethammer, in: Politische Bildung 5 (1972), S. 24 f.; Lackó, in: VfZ 21 (1973), S. 43 f. Beide unterscheiden drei, allerdings nur teilweise deckungsgleiche Ländergruppen.
[824] Zum Begriff und seinen Implikationen vgl. Flora, 1974, S. 25 ff.
[825] Vgl. Winkler, 1978, S. 82 f.
[826] Horkheimer, in: Zeitschrift für Sozialforschung 8 (1939), S. 116.
[827] Kocka, 1977, S. 336.

immer auch eine Ausweitung der politisch relevanten Bevölkerungsschichten impliziert, hatte starke Arbeiterbewegungen entstehen lassen. Dies machte es den unter Veränderungsdruck stehenden Eliten unmöglich, in der Krise der Zwischenkriegszeit ihre Position durch Rückgriff auf traditionale, auf Ausgrenzung beruhende autoritäre Diktaturformen zu restabilisieren. Nur unter diesen Bedingungen konnte es Mussolini und Hitler gelingen, durch einen doppelten Angriff auf das bestehende politische System von unten (Massenbewegung) und oben (Allianz mit den sich bedroht fühlenden Eliten) die Macht zu übernehmen und zu bestimmen, wobei im Fall Italiens die konservativen Elemente zweifellos prägnanter und einflußreicher waren als in Deutschland.

Während auf der angenommenen zweipoligen Skala Deutschland den Anschluß der Übergangsgesellschaften an die konsolidierten demokratischen Industrienationen herstellt, tendieren Länder wie Österreich, Ungarn, Spanien, Rumänien und Kroatien zum anderen Ende der Skala, wobei letztere die Verbindung zum agrarisch-unterentwickelten Balkantypus bilden. Diese Ländergruppe ist zu identifizieren als teilindustrialisierte Agrargesellschaften mit starken traditionalen, ständisch-feudalen Strukturen und nur schwachen, kaum verankerten liberalen Elementen, in denen Krisen (nationale Krise, Agrarkrise usw.) in autoritären Regimen traditionellen Typs aufgefangen wurden. Faschistische Bewegungen waren hier aufgrund ihrer Dynamik zwar erfolgreich, gelangten jedoch nicht aus eigener Kraft an die Macht oder wurden wie in Spanien und Rumänien an der Macht beteiligt, jedoch vom autoritären politischen System absorbiert und entschärft.

Eine Rekapitulation der Charakteristika des Horthy-Regimes führt es als geradezu klassisches Beispiel eines konservativ-autoritären politischen Systems vor, das in zentralen Punkten bedeutsame Unterschiede zum Faschismus aufwies. Ergebnis eines Zusammenbruchs traditionaler Königsherrschaft, beruhte es nach einer krisenhaften Formierungsphase, die der politischen Mobilisierung seiner Trägerschichten bedurfte, als konsolidiertes Regime auf der Entpolitisierung der Bevölkerung und ihrer weitgehenden Ausgrenzung von der politischen Partizipation. Die autoritäre Regierungspartei, gebildet nach (!) dem Machtantritt von oben (!), entstand durch eine Fusion verschiedener Gruppen, die den tonangebenden traditionalen, durchaus heterogenen Machteliten entsprach. Unter diesen spielten Bürokratie und Militär eine wichtige Rolle. Der Reichsverweser als autoritäre Führerfigur war nicht identisch mit dem Parteiführer, wie überhaupt die Partei nur einen Machtfaktor unter mehreren, keinesfalls aber eine Monopolorganisation darstellte und für die Machtposition der autoritären Eliten von wenig Bedeutung war. Mithin ist „limited pluralism" das Kennzeichen autoritärer Regime: Er gilt für die politischen Entscheidungsträger des Systems, das sogar Raum ließ für eine schwache Opposition, für die heterogene soziale und politische Zusammensetzung der Führungsschichten sowie für den relativ diffusen ideologischen Grundkonsens aus Nationalismus und Antikommunismus[828].

Die politische Stabilität des Horthy-Regimes war jedoch mehreren Bedrohungen zur selben Zeit ausgesetzt: systemintern durch seine Unfähigkeit, den Interessen aller

[828] Vgl. diese Kennzeichen autoritäter politischer Systeme bei Linz, in: Allardt/Rokkan, 1970, S. 255 ff.

integrierten sozialen und politischen Gruppen nachzukommen. Die zur Systemerhaltung wichtigen Beamten und Militärs sahen sich einem erstarrten, nach außen abgeschotteten konservativen Interessenkartell aus Großgrundbesitz, Hochfinanz und oberster Bürokratie gegenüber, das die Schalthebel der ökonomischen und politischen Macht für sich allein beanspruchte. Die Reaktion weiter Teile des abstiegsbedrohten Beamten- und Armeeapparats war eine politische Radikalisierung nach rechts.

Von außen und unten bedrohte das Regime die sich in den dreißiger Jahren formierende faschistische Massenbewegung der Pfeilkreuzler. Die soziale und politische Mobilisierung weiter Bevölkerungsschichten hatte ein Ausmaß angenommen, das den engen Rahmen des auf Ausgrenzung gründenden, durch Honoratiorenstrukturen gekennzeichneten Regierungssystems sprengte. Nach der Ausschaltung der linken Opposition zu Anfang der zwanziger Jahre boten sich die Pfeilkreuzler den partizipations- und integrationswilligen, ökonomisch benachteiligten sozialen Gruppen als Massenintegrations- und Protestbewegung gegen das wirtschaftlich und politisch verkrustete Regime an. Sie erhöhten ihre Dynamik durch ihre partielle politische und soziale Überschneidung mit der Gruppe der radikalisierten Beamten und Militärs einerseits, andererseits durch die Auswirkungen und Zwänge der in Hitlers Fahrwasser segelnden revisionistischen Außenpolitik Ungarns.

Warum gelang es aber der Pfeilkreuzlerbewegung trotz ihrer systemsprengenden Dynamik nicht, ohne deutsche Hilfe eigenständig die Macht zu erobern?

Das politische System setzt die Rahmenbedingungen für die freie Entfaltung und Durchschlagskraft einer Massenbewegung. Aufgrund der autoritären Struktur Horthy-Ungarns kam der quantitativen Stärke einer Partei und den parlamentarischen Kräfteverhältnissen bei weitem nicht das politische Gewicht zu wie in einer Demokratie. Das Wahlrecht sicherte der Regierung eine kaum zu erschütternde Mehrheit; zudem war das Parlament nur ein politischer Nebenschauplatz. Die eigentlichen Entscheidungsträger waren die Männer um Horthy, Regierung, Ministerialbürokratie und Armeeführung; in diese „in-group" konnten die Pfeilkreuzler kaum vordringen. Dies galt noch mehr für die Jahre des Zweiten Weltkriegs, als mit dem Ausnahmezustand die politischen Grundrechte und damit auch der Aktionsspielraum einer Massenpartei eingeschränkt und aufgehoben wurden. Unter diesen Umständen bot sich nur noch der Putsch als Mittel zur Machtergreifung an.

Zudem waren die „Ungleichzeitigkeiten des Gleichzeitigen" (Karl Mannheim) Horthy-Ungarns bei weitem ausgeprägter als die Verwerfungen des Modernisierungsprozesses in Deutschland und auch Italien. Die Pfeilkreuzler, wie andere faschistische Parteien eine breite Sammlungsbewegung aus heterogenen, mit den herrschenden Zuständen aus verschiedenen Gründen unzufriedenen Schichten, stießen auf die Schwierigkeit, die zu integrierenden Sozialgruppen dauerhaft an sich zu binden. Nicht nur bezüglich ihrer sozioökonomischen Lage, sondern auch und gerade in „Mentalität" und politischem Verhalten unterschieden sich diese stark, umfaßten sie doch so disparate Gruppen wie die noch weitgehend „vormodern" geprägten agrarischen Unterschichten, städtische Industriearbeiter, radikalisierte Beamten- und Freiberuflergruppen usw. Auf diese zu große Disparität der Interessen ist die schwankende Parteilinie zurückzuführen, wenn in konkreten Fällen (z. B. Bodenreform, Bergarbeiterstreik) Ideologie und Propaganda nicht mehr ausreichten, die Gegensätze zu integrieren bzw. zu verdecken.

Dies zeigte sich auch in den vierziger Jahren, als die Pfeilkreuzler nach einem kometenhaften Aufstieg einen ähnlich schnellen Niedergang erlebten. In dem Augenblick, als sie – durch selbstverordnete Zurückhaltung und die eingeschränkten Aktionsmöglichkeiten im Ausnahmezustand – ihrer Funktion als aktivistischer, radikaler Protestpartei gegen die herrschenden Verhältnisse nicht mehr nachkamen, verfiel auch ihre Massenbasis. Die Möglichkeit, gegensätzliche Gruppen durch den Aufbau einer feindlichen inneren oder äußeren „Front" zu einen, entfiel hier insofern, als das Regime durch antijüdische Maßnahmen, Antibolschewismus und Kriegseintritt auf seiten der Achsenmächte eine wirksame „Konkurrenz" darstellte. Damit war jedoch der eine der beiden kombiniert anzuwendenden Wege zur Macht, nämlich der Angriff von unten gegen das bestehende System durch den Druck einer Massenbewegung, nicht mehr gangbar.

Aber auch der andere Weg zur Macht, nämlich von oben durch eine Allianz mit den traditionellen Machteliten, war in Ungarn nicht zu realisieren. Der Grad der sozialen und politischen Mobilisierung der Bevölkerung war bereits zu fortgeschritten, als daß ihm ein auf Entpolitisierung beruhendes konservativ-autoritäres System entsprochen hätte. Andererseits war der Druck auf die Eliten dadurch gemildert, daß immer noch weite Segmente der Gesellschaft, insbesondere in den agrarischen Unterschichten, sich politisch passiv verhielten bzw. nach kurzer Aktivierung in die Passivität zurückfielen. Trotz aller Krisenerscheinungen, trotz der Machtkämpfte zwischen Konservativen und Rechten, trotz der kontinuierlichen Verschiebung des politischen Spektrums nach rechts und des gelegentlichen Kokettierens einzelner mit den Pfeilkreuzlern fühlten sich die ungarischen Eliten in ihrer Stellung bei weitem nicht in dem Maße erschüttert, daß sie sich zu ihrer vermeintlichen Restabilisierung mit der plebejischen, radikal auftretenden Hungaristenbewegung verbunden hätten. Sie sahen im Gegenteil in den Pfeilkreuzlern nicht die Ableiter sozialer und politischer Unruhen, sondern die eigentlichen Unruhestifter. Diese erlangten niemals ihre „Salonfähigkeit", sondern blieben bis zuletzt eine vom Establishment verachtete „out-group".

Anhang

Zeittafel

1918

31. 10.	Bürgerlich-demokratische Revolution; Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten und Bürgerlich-Radikalen unter Graf Mihály Károlyi.
16. 11.	Ausrufung der Volksrepublik.

1919

21. 3.	Proklamation der Räterepublik unter Béla Kun.
29. 5.	Bildung der Gegenregierung in Szeged.
1. 8.	Sturz der Räteregierung; Gewerkschaftsregierung unter Gyula Peidl.
4. 8.	Besetzung Budapests durch rumänische Truppen.
7. 8.	Regierung István Friedrich.
16. 11.	Räumung Budapests durch rumänische Truppen; Einzug Horthys in Budapest.
24. 11.	Koalitionsregierung Károly Huszár.

1920

25./26. 1.	Wahlen zur Nationalversammlung.
1. 3.	Wahl Horthys zum Reichsverweser.
4. 6.	Unterzeichnung des Trianoner Vertrags.
19. 7.	Regierung Graf Pál Teleki.

1921

März	1. Rückkehrversuch Karls IV.
14. 4.	Regierung Graf István Bethlen.
Oktober	2. Rückkehrversuch Karls IV.
6. 11.	Dethronisation des Hauses Habsburg.

1922

22. 2.	Bildung der „Einheitspartei".

1923

Mai	Beginn der Verhandlungen um eine Völkerbundanleihe.

1924

1. 7.	Völkerbundanleihe; Währungsreform.

1927

5. 4. Italienisch-ungarischer Freundschaftsvertrag.

1931

28.–30. 6. Parlamentswahlen.
13. 7. Zusammenbruch des ungarischen Finanzwesens.
19. 8. Rücktritt Bethlens.
24. 8. Regierung Graf Gyula Károlyi.

1932

21. 9. Rücktritt Károlyis.
29. 9. Ernennung von Gyula Gömbös zum Ministerpräsidenten.

1933

17.–19. 6. Besuch Gömbös' bei Hitler.

1934

17. 3. Römische Protokolle zwischen Italien, Österreich und Ungarn.

1935

4. 3. Rücktritt der Regierung Gömbös; erneute Ernennung Gömbös' zum Ministerpräsidenten.
6. 3. Austritt Bethlens aus der Regierungspartei.
6./7. 4. Parlamentswahlen.

1936

6. 10. Tod Gömbös' in München.
12. 10. Regierung Kálmán Darányi.

1938

5. 3. Györer Rede Darányis: Wiederbewaffnung, Judenpolitik.
12. 5. Rücktritt Darányis.
14. 5. Regierung Béla Imrédy.
20.–26. 8. Deutschland-Besuch Horthys und Imrédys.
2. 11. Erster Wiener Schiedsspruch: Wiederangliederung des „Oberlandes".

1939

15. 2. Rücktritt Imrédys.
16. 2. Regierung Graf Pál Teleki.
24. 2. Beitritt Ungarns zum Antikomintern-Pakt.
14.–18. 3. Besetzung der Karpato-Ukraine durch die ungarische Armee.
11. 4. Austritt Ungarns aus dem Völkerbund.
5. 5. Verkündung des 2. Judengesetzes.
28./29. 5. Parlamentswahlen.

1940

30. 8. Zweiter Wiener Schiedsspruch: Wiederangliederung Nordsiebenbürgens.
20. 11. Beitritt Ungarns zum Dreimächtepakt.
12. 12. Ungarisch-jugoslawischer Freundschaftsvertrag.

1941

3. 4. Selbstmord Telekis; Regierung László Bárdossy.
6. 4. Deutscher Angriff auf Jugoslawien.
11. 4. Besetzung der Batschka durch die ungarische Armee.
27. 6. Kriegserklärung Ungarns an die Sowjetunion.
7. 12. Kriegserklärung Großbritanniens an Ungarn.
12. 12. Kriegserklärung Ungarns an die USA.

1942

7. 3. Entlassung Bárdossys.
9. 3. Regierung Miklós Kállay.

1943

Januar Sowjetische Winteroffensive; Vernichtung der zweiten ungarischen Armee am Don (Woronesch).
September Geheime Waffenstillstandsverhandlungen Kállays mit den Westmächten.

1944

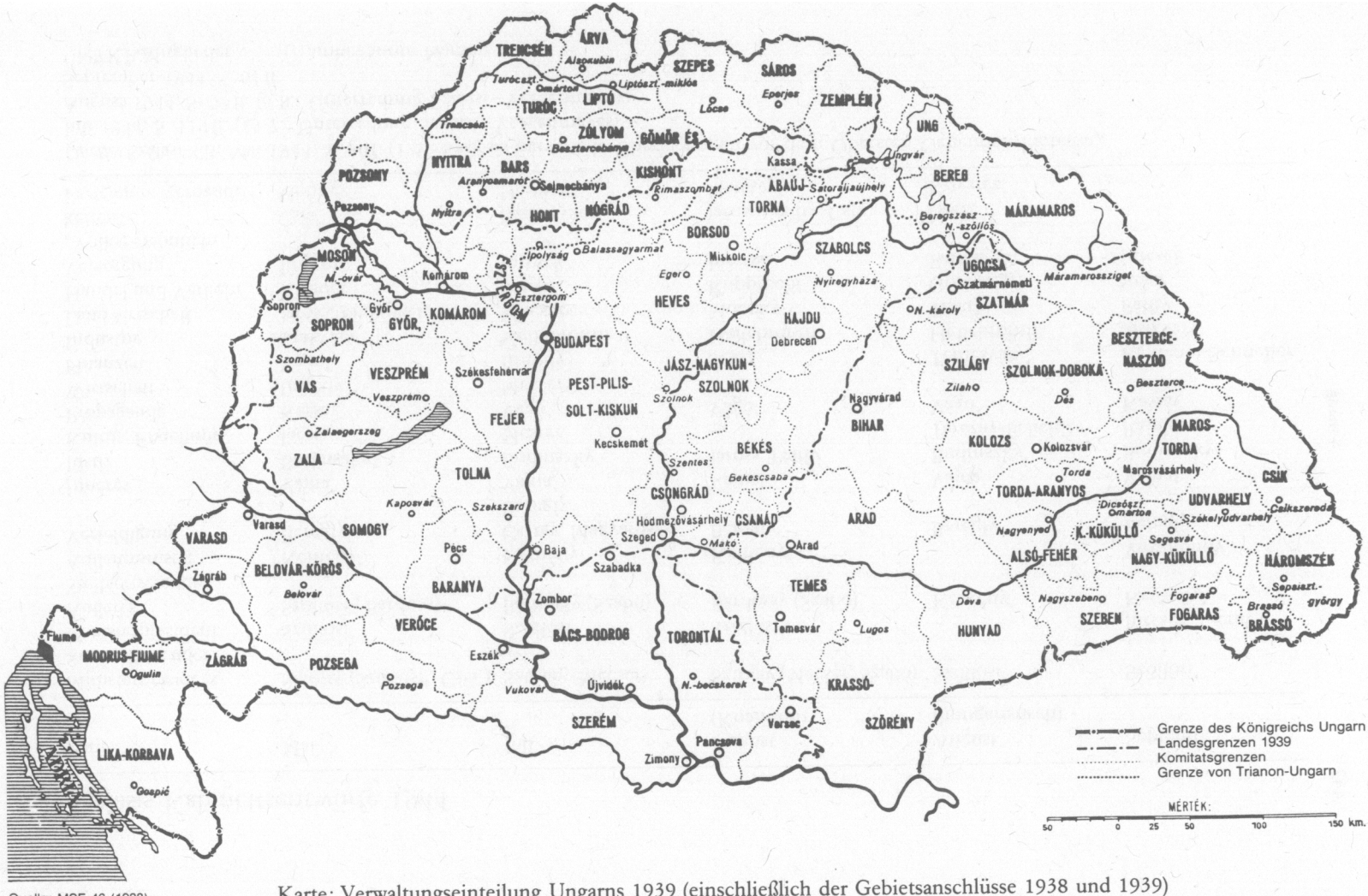
19. 3. Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen.
22. 3. Regierung Döme Sztójay.
23. 8. Kapitulation und Frontwechsel Rumäniens.
29. 8. Entlassung Sztójays; Regierung Géza Lakatos.
11. 10. Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens in Moskau.
15. 10. Waffenstillstandsproklamation Horthys; Putsch der SS und der Pfeilkreuzler.
16. 10. Regierung Ferenc Szálasi.
22. 12. Bildung der Provisorischen Nationalregierung in Debrecen unter Béla Dálnoki Miklós.
25. 12. Beginn der Belagerung Budapests.

1945

13. 2. Fall der Festung Buda.
4. 4. Abschluß der Eroberung Ungarns durch die Rote Armee.

Szálasis Parteigründungen

- „Partei des Willens der Nation" NAP (Nemzet Akaratának Pártja): 1.3.1935 bis 15.4.1937 (Verbot).
- „Ungarische Nationalsozialistische Partei" MNSZP (Magyar Nemzeti Szocialista Párt): 24.10.1937–21.2.1938 (Verbot).
- „Nationalsozialistische Ungarische Partei – Hungaristische Bewegung" NSZMP-HM (Nemzeti Szocialista Magyar Párt – Hungarista Mozgalom): am 27.3. 1938 gegründet, am 1.8.1938 umbenannt in
- „Ungarische Nationalsozialistische Partei – Hungaristische Bewegung" MNSZP-HM (Magyar Nemzeti Szocialista Párt – Hungarista Mozgalom): verboten am 23.2.1939.
- „Pfeilkreuzpartei" NYKP (Nyilaskeresztes Párt): gegründet am 15.3.1939; aufgelöst am 24.8.1944; am 17.10. erneut zugelassen als „Pfeilkreuzpartei – Hungaristische Bewegung" NYKP-HM.



Quelle: MSE 46 (1938)

Karte: Verwaltungseinteilung Ungarns 1939 (einschließlich der Gebietsanschlüsse 1938 und 1939)

Szálasis Kabinettsentwürfe 1944

Amt	Mai	Juli	August (Koalition)	August (hungaristisch)	September
Ministerpräsident	Sztójay (Szöllösi*, Csia*)	Sztójay (Mecsér)	Sztójay (Mecsér, Szabó)	Szöllösi*	Szöllösi*
Stellvertretender Ministerpräsident	Szöllösi*	Szöllösi*	Szöllösi*	–	Jurcsek; Gera*
Äußeres	Szöllösi*, Bárdossy	Bárdossy (Szabó)	Bárdossy (Szabó)	Kemény*	Kemény*
Stellvertretender Außenminister	Kemény*	Kemény*	Kemény*	–	Vöczköndy
Verteidigung	Beregfy	Csatay, Magyarossy, Beregfy	Beregfy	Beregfy	Beregfy
Inneres	Vajna*	Vajna*	Vajna*	Vajna*	Vajna*
Justiz	Budinszky*	Budinszky*	Jaross, Pálffy	Budinszky*	Budinszky*
Kultus, Erziehung	Jaross	Mester	–	Tárczay-Felicides*	Rajniss
Propaganda	Kassai*	Vágó*	Vágó*	Vágó*	Kassai*
Wirtschaft	Imrédy	Mecsér			
Finanzen	Vágó*	Imrédy	Szász	Temesváry*	Reményi-Schneller
Industrie	Szakváry	Hellebronth	Hellebronth	Hellebronth	Szakváry
Landwirtschaft	Jaross, Piukovich	Mocsáry	Mocsáry	Tatár*	Pálffy
Handel und Verkehr	Kunder	Szász	Rupprecht	Göröve*(?)	Szász
Versorgung	Jurcsek	Jurcsek	Jurcsek	Farkas* (?)	Jurcsek
„Volkspersönlichkeiten“	Csia*	Jaross, Csia*	Jaross, Pálffy, Csia*	Gera*	–
Parteien u. Verbände	Henney*	Henney*	Henney*	Kovarcz*	–

Quelle: Szálasi-TB; Mai 1944, S. 80 f. (1.5.: Szálasis personelle Überlegungen vor dem Obersten Geheimen Parteirat).
Juli 1944, S. 119 ff. (25.7.: Unterredung Szálasi – Veesenmayer).
August 1944, S. 53 ff. (6.8.: Unterredung Szálasi – Veesenmayer).
September 1944, S. 61 ff.
* NYKP-Mitglieder (?) unbekannte Namen.

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AH	Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae
AUSB	Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae (Sectio Historica)
AVA	Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien
BA	Bundesarchiv, Koblenz
BdS	Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
BL	Bodleian Library, Oxford
CK	Szálasi, Ferenc, 1935: Cél és követelések *(Ziel und Forderungen)*
FO	Foreign Office
GLF	Szálasi, Ferenc, Nagytér – élettér – vezetönép *(Großraum – Lebensraum – Führungsvolk):* Rede vor der Konferenz für Auswärtige Angelegenheiten der NYKP, 15./16. Juni 1943.
GG	Geschichte und Gesellschaft
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HHS, NPA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien. Neues Politisches Archiv
HK	Hadtörténelmi Közlemények *(Militärgeschichtliche Mitteilungen)*
HM	Hungarista Mozgalom *(Hungaristische Bewegung)*
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
HZ	Historische Zeitschrift
IfZ (MA)	Institut für Zeitgeschichte, München (Mikrofilmarchiv)
JCEA	Journal of Central European Affairs
JCH	Journal of Contemporary History
JMH	Journal of Modern History
JSHS	Journal de la Société Hongroise de Statistique
JSS	Jewish Social Studies
Kj	Katasterjoch (ungarische Maßeinheit)
KSz	Közgazdasági Szemle *(Volkswirtschaftliche Rundschau)*
LAP	Láthatlan Pártépítés *(Unsichtbarer Parteiaufbau)*
LK	Levéltári Közlemények *(Archiv-Mitteilungen)*
LSz	Levéltári Szemle *(Archiv-Rundschau)*
MAFT	Szálasy [sic], Ferenc, 1933: A magyar állam felépítésének terve *(Der Aufbauplan des ungarischen Staates)*
M.E.	Miniszterelnök *(Ministerpräsident)*
MÉP	Magyar Élet Pártja *(Partei des Ungarischen Lebens)*
MK	Mezögazdasági Közlöny *(Landwirtschaftliches Mitteilungsblatt)*
MMP	Magyar Megújulás Pártja *(Partei der Ungarischen Erneuerung)*
MNSZP	Magyar Nemzeti Szocialista Párt *(Ungarische Nationalsozialistische Partei)*
MÖSTA	Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs
MSE	Magyar Statisztikai Évkönyv *(Ungarisches Statistisches Jahrbuch)*
MSSz	Magyar Statisztikai Szemle *(Ungarische Statistische Rundschau)*

MT	Magyarország története 8, 1918/19–1945, 1984 *(Geschichte Ungarns 8, 1918/19–1945)*
MTK	Magyarország történeti kronológiája, 1983 *(Historische Chronologie Ungarns)*
NAP	Nemzet Akaratának Pártja *(Partei des Willens der Nation)*
NEP	Nemzeti Egység Pártja *(Partei der Nationalen Einheit)*
NHQu	The New Hungarian Quarterly
NL	Nachlaß
NSZMP	Nemzeti Szocialista Magyar Párt *(Nationalsozialistische Ungarische Partei)*
NV	Nemzetvezetö *(Führer der Nation)*
NYKP	Nyilaskeresztes Párt *(Pfeilkreuzpartei)*
P	Pengö (ungarische Währung)
PA, AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn
PI, A	Párttörténeti Intézet. Archivum. *(Parteihistorisches Institut, Budapest – Archiv)*
PRO	Public Record Office, London
PtK	Párttörténeti Közlemények *(Parteihistorische Mitteilungen)*
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RAR	Ferenc Szálasi, Rede vor dem Arbeitergroßrat, 18. Oktober 1942.
RBR	Ferenc Szálasi, Rede vor dem Bauerngroßrat, 22. November 1942.
RIR	Ferenc Szálasi, Rede vor dem Großrat der „Intelligenz", 27. Dezember 1942.
SD	Sicherheitsdienst
Sipo	Sicherheitspolizei
Sz	Századok *(Jahrhunderte)*
TB	Tagebuch
TSz	Történelmi Szemle *(Historische Rundschau)*
TT	Társadalomtudomány *(Gesellschaftswissenschaft)*
UC	Szálasi, Ferenc, 1938: Út és cél *(Weg und Ziel).*
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Quellen und Literatur

1. Ungedruckte Quellen

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn (PA, AA):

Büro des Staatssekretärs:
Akten betr. Ungarn, Bände 1–12, 1938–1944.
Abteilung Politik I – Militär:
Abwehr Ungarn, Bände 1–2, 1942–1944.
Abteilung Politik IV:
Ungarn. Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen, 1937–1939, Bände 1–4.
Ungarn. Nationalsozialismus, Faschismus und ähnliche Bestrebungen, 1936–1939.
Abteilung Inland I Partei:
Politik Ungarn, 1939–1940.
Abteilung Inland II geheim:
Ungarn. Tätigkeit des SD, der Abwehr, der Agenten und Polizeiattachés, 1941–1944, Band 108.
Auslandsreisen nach Ungarn, 1940–1944, Band 167.
Judenfrage in Ungarn, 1942–1945, Bände 208–213.
Waffen-SS Ungarn, 1941–1944, Bände 325–333.
Berichte und Meldungen zur Lage in und über Ungarn, 1940–1944/45, Bände 465 bis 474.
Abteilung Inland II A/B:
Staatsmänner, 1934–1942.
Organisationen ungarischer Staatsbürger im Deutschen Reich, 1934–1939.
Ungarn. Spionageabwehr, Vertrauensmänner, 1940–1944.
Abteilung Inland II D:
Ungarn. Deutschfeindliche Maßnahmen 1941–1944; deutsche Volksgruppe 1938–1944.
Ungarn. Gesetze und Verordnungen, 1940–1943.
Umsiedlung der Magyaren, 1942–1944.
Sonderreferat Evakuierung: Ungarn.
Deutsche Gesandtschaft Budapest:
Ungarns innere politische Lage, 1936–1938.
Nachlaß Erdmannsdorff:
Die politischen Ereignisse in Ungarn während der Zeit von Mai 1937–Juli 1941; datiert Juli 1964.

Bundesarchiv, Koblenz (BA):

R 43/ II: Reichskanzlei:
Ungarn. Nr. 1502, 1502a, 1503, 1504.
R 57 neu: Deutsches Auslandsinstitut:
Nr. 1154: Ungarn 1. Allgemeines, Parteien, politische Organisationen.
R 58: Reichssicherheitshauptamt:
Nr. 124: Wochenberichte Südosteuropa, Juni 1943–September 1944.
Nr. 527: Presseauszüge Südosteuropa, 1944/45.
Nr. 528: Lageberichte Südosteuropa, Dezember 1944–März 1945.
Nr. 538: Politische Wochen- und Lageberichte des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in Ungarn und Chefs der Einsatzgruppe G, Oktober 1944–Februar 1945.
Nr. 1114: Berichte von Agenten, V-Leuten, Auslandspresse über Innen- und Außenpolitik u.a. in Ungarn, 1943–1945.
R 67: Südosteuropa-Gesellschaft:
Nr. 95, 129, 206, 212.
NS 6: Stellvertreter des Führers, Parteikanzlei:
Nr. 688.
NS 19/neu: Persönlicher Stab des Reichsführers SS:
Nr. 777, 1460, 1463–1466, 1494, 1529, 2067, 2114, 2120, 2122, 2133, 2134, 2631.

Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ):

Fb 102: A Hungarista Mozgalom naplója (Szálasi-Tagebuch).
G 01: Eichmann-Prozeß. Vernehmungen.
Eichmann-Prozeß: Beweisdokumente, Nr. 800, 801, 807, 900.
Mikrofilm-Archiv (MA):
70/1: Antikomintern-Material (Ungarn 1937–1944).
145/1: Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich (EAP 106/1).
225: Rosenberg-Akten (EAP 99/389).
330: Persönlicher Stab RFSS (EAP 161-b-12/352).
441/2: RFSS, SD-Meldungen aus dem Reich (EAP 173-b-14-16/31).
600: NSDAP, Außenpolitisches Amt (EAP 250-d-18/3).
652/1, 652/3: Akten des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in der Slowakei (EAP 173-g-12-18/254, 258).
1541/1–21: Akten der 1945 nach Deutschland geflohenen Szálasi-Regierung (= National Archives Microfilm Publication T 973/1-21).

Haus, Hof- und Staatsarchiv, Wien (HHS):

Neues Politisches Archiv (NPA):
Karton 889, Liasse Ungarn 2/3: Innere Lage, 1935–1938.
Karton 893, Liasse Ungarn 2/21: Die nationalsozialistische und Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn, 1933–1937.
Originalberichte der österreichischen Gesandtschaften und Konsularämter:
Karton 21: Budapest, Juli 1935–1938.

Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien (AVA):

Bestand des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich („Bürckel-Akten"):
1575/2: Ungarische nationalsozialistische Partei.
Bundeskanzleramt Inneres: Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, 1935–1938.

Archiv des Parteihistorischen Instituts, Budapest (PI, A):

685. 1/1–1/5; 1/10–1/12: hektographiertes Material rechtsradikaler Provenienz.

Bodleian Library, Oxford (BL):

Nachlaß C. A. Macartney/1–21.

Public Record Office, London-Kew (PRO):

Foreign Office (FO) 371: Aktenbände bzw. -mappen mit den Signaturen: 19520–24, 20394–96, 21151–55, 21642–52, 22373–81, 22945, 23005–14, 23035–41, 23054, 23060–72, 23111–16, 24429–31, 30964–68, 30977–78, 34493–99, 34503–05, 39161, 39251–67, 39274, 39282, 39284, 39288, 48505–06, 48509–11, 48523, 48529, 48482–83, 59001, 59016, 59035.
FO 417: 39, 40, 42, 43.
FO 434: 2–5.

Nachlässe in Privatbesitz (NL):

Nachlaß Árpád Henney.
Nachlaß Jenö Szöllösi.
Tagebuch Ferenc Rajniss.

2. Quellen und Literatur

Übersetzungen ungarischer Titel sind kursiv nachgestellt.

Quelleneditionen und Einzeldokumente

Quelleneditionen werden im folgenden unter ihrem Titel, Dokumentationen und Einzeldokumente unter dem Namen des Herausgebers aufgeführt.

Allianz Hitler – Horthy – Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik (1933–1944), 1966: hg. von *Magda Adám/Gyula Juhász/Lajos Kerekes,* Budapest.
Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP):
Serie C, 1933–1937, 6 Bände, Göttingen 1971–1981.
Serie D, 1937–1941: 13 Bände, Baden-Baden – Göttingen 1950–1970.
Serie E, 1941–1945: 8 Bände, Göttingen 1969–1979.

Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, 1969: hg. von *Dietrich Eichholtz/Wolfgang Schumann,* Berlin (Ost).

Bárdossy, László, 1976: A nemzet védelmében, Utolsó beszédei az un. népbírósag elött, Fahrwangen *(In Verteidigung der Nation. Seine letzten Reden vor dem sog. Volksgericht).*

Bethlen István titkos iratai, 1972: hg. von *Miklós Szinai/László Szücs,* Budapest *(Die geheimen Schriften von István Bethlen).*

Bethlen István gróf beszédei és irásai I, 1933, Budapest *(Reden und Abhandlungen von Graf István Bethlen).*

Csak szolgálati használatra! Iratok a Horthy-hadsereg történetéhez 1919–1938, 1968: hg. von *Tibor Hetés/Frau Tamás Morva,* Budapest *(Nur zum dienstlichen Gebrauch! Schriften zur Geschichte der Horthy-Armee 1919–1938).*

The Destruction of Hungarian Jewry. A Documentary Account, 1963: hg. von *Randolph L. Braham,* 2 Bände, New York.

Diplomáciai iratok Magyarország külpolitikájához 1936–1945 (DIMK), 1962–1982: hg. von *László Zsigmond,* 5 Bände, Budapest *(Diplomatische Schriften zur Außenpolitik Ungarns 1936–1945).*

Esti, Béla (Hg.), 1975: 1944–1945. Libération de la Hongrie. Choix de documents, Budapest.

Fegyvertelenül álltak az aknamezökön ... Dokumentumok a munkaszolgálat történetéhez Magyarországon, 1962: hg. von *Elek Karsai,* 2 Bände, Budapest *(Sie standen unbewaffnet auf den Minenfeldern ... Dokumente zur Geschichte des Arbeitsdienstes in Ungarn).*

Források Budapest történetéhez 1919–1945, 1972: hg. von *József Szekeres,* Budapest *(Quellen zur Geschichte von Budapest 1919–1945).*

Gazsi, József (Hg.), A fasiszták kisérletei Magyarország népességének elhurcolására 1944–45-ben. Hadtörténelmi Okmánytár, in: HK 11 (1964/1), S. 297–333 *(Die Versuche der Faschisten zur Verschleppung der Bevölkerung Ungarns 1944–45. Militärgeschichtliche Urkundensammlung).*

Goebbels, Joseph, 1977: Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen, Hamburg.

Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, 1973: hg. von *Wolfgang Schumann,* Berlin (Ost).

Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945, 1962: hg. von *Helmut Heiber,* Stuttgart.

The Holocaust in Hungary. An Anthology of Jewish Response, 1982: hg. von *Andrew Handler,* Alabama.

Horthy Miklós titkos iratai, 1972: hg. von *Miklós Szinai/László Szücs,* Budapest, 4. Auflage *(Die geheimen Dokumente von Miklós Horthy)* (in englischer Übersetzung, gekürzt: The Confidential Papers of Admiral Horthy, 1965).

Indikatoren der Modernisierung. Ein historisches Datenhandbuch, 1975: hg. von *Peter Flora,* Opladen.

Iratok az ellenforradalom történtéhez 1919–1945, 1953–1976: hg. von *Dezsö Nemes, Elek Karsai* u.a., 5 Bände, Budapest *(Akten zur Geschichte der Gegenrevolution 1919–1945).*

Iratok a Gömbös – Hitler találkozó (1933. június 17.–18.) történetéhez, 1961: hg. von *Elek Karsai,* Budapest *(Akten zur Geschichte des Treffens Gömbös – Hitler, 17./18. Juni 1933).*

Itél a történelem. Az Imrédy-per. A Bárdossy-per. A Szálasi-per. A vád, a vallomások és az itélet, 1945/46: hg. von *Ferenc Ábrahám/Endre Kussinszky,* 3 Bände, Budapest *(Es urteilt die Geschichte. Der Imrédy-Prozeß. Der Bárdossy-Prozeß. Der Szálasi-Prozeß. Die Anklage, die Aussagen und das Urteil).*

Karsai, Elek (Hg.), The Meeting of Gömbös and Hitler in 1933 (Documentation), in: NHQu 3 (1962), S. 170–196.

–/*Somlyai, Magda* (Hg.), 1970: A felszabadulás krónikája. 1944 ösze – 1945 tavasza, Budapest *(Die Chronik der Befreiung, Herbst 1944 – Frühjahr 1945).*

Der Kastner-Bericht über Eichmanns Menschenhandel in Ungarn, 1961: mit einem Vorwort von Carlo Schmid, München.

Kerekes, Lajos (Hg.), Akten des Ungarischen Ministeriums des Äußeren zur Vorgeschichte der Annexion Österreichs, in: AH 7 (1960), S. 355–390.

Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, 1966: hg. von *Hermann Weber,* Hannover.

Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab), 1940–1945, 1961–1965: hg. von *Percy Ernst Schramm,* 4 Bände, Frankfurt.

Lehmann, Hans Georg (Hg.), Unternehmen Panzerfaust. Der Putsch der SS in Budapest am 15. Oktober 1944, in: Ungarn-Jahrbuch 5 (1973), S. 215–231.

Lengyel, Alfréd/Sáry, István/Tirnitz, József (Hg.), 1970: Az élet megindulása a felszabadulás után Györ-Sopron megyében 1945, Györ *(Der Beginn des Lebens nach der Befreiung im Komitat Györ-Sopron 1945).*

Lévai, Jenö (Hg.), o.J.: Fekete könyv a magyar zsidóság szenvedéséröl; Budapest. (= Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry, Zürich 1948).

–, (Hg.), 1961: Eichmann in Ungarn. Dokumente, Budapest.

Macartney, Carlile A. (Hg.), Ungarns Weg aus dem Zweiten Weltkrieg, in: VfZ 14 (1966), S. 79–103.

Magyar-brit titkos tárgyalások 1943-ban, 1978: hg. von *Gyula Juhász,* Budapest *(Geheime ungarisch-britische Verhandlungen 1943).*

Magyarország és a második világháború. Titkos diplomáciai okmányok a háború elözményeihez és történetéhez, 1959: hg. von *Magda Adám/Gyula Juhász/Lajos Kerekes,* Budapest *(Ungarn und der Zweite Weltkrieg. Geheime diplomatische Dokumente zur Vorgeschichte und Geschichte des Krieges).*

Megfigyelés alatt ... Dokumentumok a horthysta titkosrendörség müködéséböl 1920–1944, 1977: hg. von *Éva Berán-Nemes/Ervin Hollós,* Budapest *(Unter Beobachtung. Dokumente über die Tätigkeit der Geheimpolizei Horthys, 1920–1944).*

Morva, Tamásné (Hg.), Dokumentumok a Horthy-Szálasi-hadsereg utolsó hónapjainak történetéhez (Hadtörténelmi Okmánytár), in: HK 17 (1970/2), S. 281–311 *(Dokumente zur Geschichte der letzten Monate der Horthy-Szálasi-Armee. Kriegsgeschichtliche Dokumentensammlung).*

Nagy, Kázmér (Hg.), Egy nyilasvezér feljegyzései, in: Kritika 8/1984, S. 16–22 *(Aufzeichnungen eines Pfeilkreuzlerführers).*

Nem engedélyezem! A cenzúra bizottság dossziéjából, 1975: hg. von *László Márkus/*

Miklós Szinai/Miklós Vásárhelyi, Budapest *(Nicht bewilligt! Aus dem Dossier der Zensurkommission).*

(Népszámlálás) Az 1941. évi népszámlálás, 4 Bände, Budapest *(Die Volkszählung des Jahres 1941).*

Band 1, 1975: Foglalkozási adatok községek szerint *(Angaben zur Beschäftigung nach Gemeinden).*

Band 2, 1976: Demográfiai adatok községek szerint *(Demographische Angaben nach Gemeinden).*

Band 3, 1978: Összefoglaló adatok *(Zusammenfassende Angaben).*

Band 4, 1979: Demográfiai és foglalkozási adatok törvényhatóságok szerint *(Demographische und Beschäftigungsangaben nach Gebietskörperschaften).*

A püspöki kar tanácskozásai. A magyar katolikus püspökök konferenciának jegyzőkönyveiből 1919–1944, 1984: hg. von *Jenö Gergely,* Budapest *(Die Beratungen des Episkopats. Aus den Protokollen der ungarischen katholischen Bischofskonferenz 1919–1944).*

Rosdy, Pál (Hg.), Dokumentum. Serédi bíboros felszólalása Szálasi hatalomátvétele ellen, in: Vigilia 34 (1969), S. 858–860 *(Kardinal Serédis Erklärung gegen Szálasis Machtübernahme).*

The Shadow of the Swastika. The Rise of Fascism and Antisemitism in the Danube Basin 1936–1939, 1975: hg. von *Bela Vago,* London.

Shvoy Kálmán titkos naplója és emlékirata 1918–1945, 1983: hg. von *Mihály Perneki,* Budapest *(Geheimes Tagebuch und Erinnerungen von Kálmán Shvoy, 1918–1945).*

Sorsforduló. Iratok Magyarország felszabadulásának történetéhez. 1944. szept. – 1945 apr., 1970: hg. von *Elek Karsai/Magda Somlyai,* 2 Bände, Budapest *(Schicksalswende. Akten zur Geschichte der Befreiung Ungarns, September 1944–April 1945).*

Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939–1944, 1967/70: hg. von *Andreas Hillgruber,* 2 Bände, Frankfurt.

„Szálasi Naplója". A nyilasmozgalom a II. világháború idején, 1978: hg. von *Elek Karsai,* Budapest *(„Das Szálasi-Tagebuch". Die Pfeilkreuzlerbewegung zur Zeit des 2. Weltkriegs).*

Szinai, Miklós/Szücs, László (Hg.), Horthy's Secret Correspondence with Hitler, in: NHQu 4/11 (1963), S. 174–191.

Unbestrafte Kriegsverbrecher. Dokumente, hg. von *István Pintér/László Szabó,* Budapest o.J. (ca. 1961).

Válogatott dokumentumok a baranyai háromszög politikai történetéhez 1941–1944, 1980: hg. von *László Szita,* Eszék *(Ausgewählte Dokumente zur politischen Geschichte des Baranya-Dreiecks 1941–1944).*

Vádirat a nácizmus ellen. Dokumentumok a magyarországi zsidóüldözés történetéhez, hg. von *Ilona Benoschofsky/Elek Karsai,* 3 Bände, Budapest *(Anklageschrift gegen den Nazismus. Dokumente zur Geschichte der Judenverfolgung in Ungarn).*

(Vörös, János) Das private Kriegstagebuch des Chefs des ungarischen Generalstabes vom Jahre 1944, hg. von *Peter Gosztony,* in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 20 (1970), S. 634–659, 703–732.

Weidlein, Johann (Hg.), 1962: Der ungarische Antisemitismus in Dokumenten, Schorndorf.

A Wilhelmstrasse és Magyarország, Német diplomáciai iratok Magyarországról 1933–1944, 1968: hg. von *György Ránki/Ervin Pamlényi/Loránt Tilkovszky/Gyula Juhász,* Budapest *(Die Wilhelmstraße und Ungarn. Deutsche diplomatische Akten über Ungarn 1933–1944).*

Erinnerungen und persönliche Erlebnisberichte

Biss, Andreas, 1966: Der Stopp der Endlösung. Kampf gegen Himmler und Eichmann in Budapest, Stuttgart.

Duke, Florimond/Swaart, Charles M., 1969: Name, Rank and Serial Number, New York.

Fenyö, Miksa, 1946: Az elsodort ország. Naplójegyzetek 1944–1945-böl., Budapest *(Das fortgerissene Land. Tagebuchaufzeichnungen von 1944–1945).*

Friessner, Hans, 1956: Verratene Schlachten. Die Tragödie der deutschen Wehrmacht in Rumänien und Ungarn, Hamburg.

Guderian, Heinz, 1952: Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg.

Hagen, Walter (= Wilhelm Höttl), 1950: Die geheime Front. Organisation, Personen und Aktionen des deutschen Geheimdienstes, Zürich.

–, 1955: Unternehmen Bernhard. Ein historischer Tatsachenbericht über die größte Geldfälscheraktion aller Zeiten, Wels.

Hennyey, Gustav, 1975: Ungarns Schicksal zwischen Ost und West. Lebenserinnerungen, Mainz.

von Horthy, Nikolaus, 1953: Ein Leben für Ungarn, Bonn.

–, 1957: Memoirs. With an introduction by Nicholas Roosevelt, former American Minister to Hungary, New York.

Hory, András, 1965: A kulisszák mögött. A második világháború elözményei, ami és ahogy a valóságban történt, Wien *(Hinter den Kulissen. Die Vorgeschichte des 2. Weltkriegs, was und wie es in Wirklichkeit geschah).*

Kádár, Gyula: Emlékezés az ország német megszállására (1944. március 19.), in: HK 21 (1974), S. 75–91. *(Erinnerung an die deutsche Besetzung des Landes, 19. März 1944).*

Kállay, Nicholas, 1954: Hungarian Premier – A Personal Account of a Nation's Struggle in the Second World War, New York.

Kéri, Kálmán, Vissaemlékezés 1944. március 19-re, in: HK 21 (1974), S. 92–103 *(Rückerinnerung an den 19. März 1944).*

Kertesz, Stephen D., Peacemaking on the Dark Side of the Moon: Hungary 1943–1947, in: The Review of Politics 40 (1978), S. 469–498.

Lakatos, Géza, 1981: Ahogyan én láttam (Visszaemlékezések), München *(Wie ich es sah. Rückerinnerungen).*

Luknickij, Pavel, 1980: Magyar napló, 1944 november – 1945 április, Budapest *(Ungarisches Tagebuch, November 1944–April 1945).*

Móricz, Lajos, 1944. október 15e – egy hadnagy naplójában in: HK 21 (1974), S. 525–535 *(Der 15. Oktober 1944 im Tagebuch eines Leutnants).*

Nagy, Vilmos, 1946: Végzetes esztendök, 1938–1945, Budapest *(Verhängnisvolle Jahre, 1938–1945).*

Neubacher, Hermann, 1956: Sonderauftrag Südost 1940–1945. Bericht eines fliegenden Diplomaten, Göttingen.

Rácz, Vilmos, 1975: „Szúrás kizárva". Ez több mint életrajz: történelem, München *(„Stich ausgeschlossen". Das ist mehr als eine Biographie: Geschichte).*

Rahn, Rudolf, 1949: Ruheloses Leben, Düsseldorf.

Skorzeny, Otto, 1950: Geheimkommando Skorzeny, Hamburg.

–, 1973–1975: Deutsche Kommandos im 2. Weltkrieg, 2 Bände, Königswinter.

–, 1976: Meine Kommandounternehmen. Krieg ohne Fronten, 2. Auflage Wiesbaden.

(Sturdza, Michael) The Suicide of Europe. Memoirs of Prince Michel Sturdza, Former Foreign Minister of Rumania, Belmont/Mass. 1968.

Szentkirályi, Frigyes, Fordulópont életemben, in: HK 21 (1974), S. 667–683 *(Wendepunkt in meinem Leben).*

Szombathelyi Ferenc visszaemlékezései, 1980: hg. von *Péter Gosztony,* Washington D.C. *(Die Erinnerungen von Ferenc Szombathelyi).*

Ullein-Reviczky, Antal, 1947: Guerre allemande – paix russe: le drâme hongrois, Neuchâtel.

Vágó Pál, 1960: Nyilt levél C.A. Macartney professzor úrhoz, Beccar *(Offener Brief an Professor C. A. Macartney).*

Vajda, Zoltán, 1945: A lapátos hadsereg. Egy munkaszolgálatos élete a német és nyilas rémuralom át az orosz felszabaditásig, Budapest *(Die Armee mit der Schaufel. Das Leben eines Arbeitsdienstlers unter der Schreckensherrschaft der Deutschen und der Pfeilkreuzler bis zur russischen Befreiung).*

Veress, Lajos Dálnoki, Lehetöségek és mulasztások 1944-ben. Miért nem sikerült a „kiugrás"? in: Új Látóhatár 1970/2, S. 157–165. *(Möglichkeiten und Versäumnisse. Warum der „Absprung" nicht gelang).*

Vozáry, Aladár R., 1945: Igy történt! 1944. március 19. – 1945. január 18., Budapest *(So ist es geschehen! 19. März 1944–18. Januar 1945).*

Zeitgenössische Veröffentlichungen

Ács, László, A pénzintézeti koncentrációról, in: KSz 60 (1936), S. 316–333 (JSHS 15 (1937), S. 408 f.). *(Über die Konzentration der Geldinstitute).*

Angyal, Pál/Isaák, Gyula, 1941: Büntetö törvénykönyv, 2 Bände, Budapest *(Strafgesetzbuch).*

Apponyi, Albert u.a., 1928: Justice for Hungary: Review and Criticism of the Effect of the Treaty of Trianon, London.

Bangha, Béla, 1934: Klärung in der Judenfrage. Katholizismus und Judentum, Wien.

Baranyai, Zoltán (Hg.), 1940: Ungarn – Das Antlitz einer Nation, Budapest.

Basch, Antonin, 1944: The Danube Basin and the German Economic Sphere, London.

Belügyi Közlöny 50, 1944 *(Amtsblatt).*

Bethlen, István, 1934: The Treaty of Trianon and European Peace: Four Lectures Delivered in London in November 1933, London.

–, Hungary's Position after the Austrian Anschluß, in: The Hungarian Quarterly 6 (1938), S. 201–210.

–, La politique étrangère de la Hongrie après la guerre, in: Esprit International 12 (1938), S. 163–184.

Bizó, Béla, 1941: A nyilaskereszt. Egy mozgalom szimbóluma, Szeged *(Das Pfeilkreuz, Symbol einer Bewegung).*

Borbíró, Hugó, 1937: Nemzetnevelés, Budapest *(Nationserziehung).*

Bosnyák, Zoltán, 1935 (a): Két világ harca. A berni protokoll-per és a zsidókérdés tanulságai, Budapest *(Der Kampf zweier Welten. Der Berner Protokoll-Prozeß und die Lehren der Judenfrage).*

–, 1935 (b): Fővárosunk elzsidósodása, Budapest *(Die Verjudung unserer Hauptstadt).*

–, 1936: Sem antiszemitizmus, sem zsidógyülölet, hanem nemzenti önvédelem, Budapest *(Weder Antisemitismus noch Judenhaß, sondern nationale Selbstverteidigung).*

–, 1937 (a): Magyarország elzsidósodása, Budapest *(Die Verjudung Ungarns).*

–, 1937 (b): A zsidókérdés törvényes rendezése. Az egyenjogusitás 70. évfordulójára, Mezóberény *(Die gesetzliche Regelung der Judenfrage. Zum 70. Jahrestag der Gleichberechtigung).*

–, 1938 (a): Az idegen vér. (A zsidókérdés fajpolitikai megvilágitásban), Budapest *(Das fremde Blut. Die Judenfrage in rassenpolitischem Licht).*

–, 1938 (b): Harc a zsidó sajtó ellen! (Sajtópolitikai tanulmány) Budapest *(Kampf gegen die jüdische Presse. Pressepolitische Studie).*

–, 1938 (c): A zsidókérdés ujabb alakulása Magyarországon, Budapest *(Die neuere Entwicklung der Judenfrage in Ungarn).*

–, 1938 (d): Prohászka és a zsidókérdés, Budapest *(Prohászka und die Judenfrage).*

–, 1940: A zsidókérdés. 1. A zsidókérdés – világkérdés. 2. A zsidókérdés – magyar kérdés, Budapest *(Die Judenfrage. 1. Die Judenfrage – Weltfrage. 2. Die Judenfrage – ungarische Frage).*

–, 1941 (a). Szembe Judeával! Budapest *(Gegen Juda!).*

–, 1941 (b): A harmadik zsidótörvény és a házasság, Budapest *(Das dritte Judengesetz und die Ehe).*

–, 1942: A magyar fajvédelem úttöröi, Budapest *(Die Pioniere des ungarischen Rassenschutzes).*

–, 1944: Harc a zsidó veszély ellen! Az antijudaizmus kézikönyve, Budapest *(Kampf gegen die jüdische Gefahr: Handbuch des Antijudaismus).*

Bratianu, Gheorge, 1940: Rumänien und Ungarn, Budapest.

Budai Összetartás. A Nyilaskeresztes Párt Hungarista Mozgalom XI. ker. szervezetének értesítöje, 22.1–10.2.1945 *(Anzeiger der NYKP-Organisation des XI. Budapester Bezirks).*

Budapesti Hírlap 58, 1938. *(Budapester Nachrichtenblatt).*

Budapesti Közlöny, 1.1.–31.3.1944. *(Budapester Anzeiger).*

A budapesti zsidóság szociális munkája, 1937, Budapest *(Die soziale Arbeit des Budapester Judentums).*

Budaváry, László, 1941: Zöld bolsevizmus. A nemzetietlen nyilas-mozgalom hüséges és döbbenetes képe, Budapest *(Grüner Bolschewismus. Das treue und bestürzende Bild der nationslosen Pfeilkreuzlerbewegung).*

Csekey, István, 1939: Faj és nemzet, Szeged *(Rasse und Nation).*

–, Die ungarische Verfassung, in: *Baranyai,* 1940, S. 571–578.

Csendörségi és rendörségi közlöny 30, Nr. 1–3, 1.1., 1.2., 8.2.1945 *(Gendarmerie- und Polizeianzeiger).*

Donáth, György, Legfontosabb behozatali cikkeink származási országai, in: MSSz 16 (1938), S. 55–61. *(Die Ursprungsländer unserer wichtigsten Importgüter).*

Dupuis, René, 1931: Le problème hongrois, Paris.

Eckhart, Ferenc, 1941: A Szentkorona-Eszme története, Budapest *(Geschichte der Idee der Heiligen Krone).*

Egyed, István, 1939: Politikai nemzet, népi nemzet, Budapest *(Politische Nation, völkische Nation).*

–, 1943: A mi alkotmányunk, Budapest *(Unsere Verfassung).*

Elekes, Désiré, 1929: La situation de la Hongrie avant et après la guerre dans le système des principales données statistiques, Budapest (JSHS 7 (1929), S. 331–419).

Erdei, Ferenc, 1934: A makói parasztság társadalomrajza, Makó *(Gesellschaftsbild der Bauernschaft von Makó).*

–, 1938: Parasztok, Budapest *(Bauern).*

–, 1940: Magyar falu, Budapest *(Ungarisches Dorf).*

–, 1941: A magyar paraszttársadalom, Budapest *(Die ungarische Bauerngesellschaft).*

ifj. Erödy-Harrach, Béla, 1930: Szociálpolitikai Evkönyv, Budapest *(Sozialpolitisches Jahrbuch).*

A fajvédöpárt programja, 1927, Budapest *(Programm der Rassenschutzpartei).*

Farkasfalvi, Sándor, Kisipari statisztika Magyarországon, in: MSSz 13 (1935), S. 529–548 *(Handwerksstatistik in Ungarn).*

Féja, Géza, 1937: Viharsarok. Az alsó Tiszavidék földje és népe, Budapest *(Sturmeck. Land und Leute an der unteren Theiß).*

Fellner, Friedrich, 1930: Das Volksvermögen Ungarns, Berlin.

Fiala, Ferenc (Hg.), 1939: Elsö nyilas kalendárium 1939, Budapest *(Erster Pfeilkreuzler-Kalender 1939).*

–, (Hg.), 1940: Nyilas könyv 1940, Budapest *(Pfeilkreuzlerbuch 1940).*

Földes, Béla, La statistique considérée au point de vue de la statistique sociale, in: JSHS 14 (1936), S. 143–162.

Földvári, Aladár: Bodenschätze, in: *Baranyai,* 1940, S. 78–90.

Gábor, Gyula, 1924: A Numerus Clausus és a zsidó egyetem, Budapest *(Der Numerus Clausus und die jüdische Universität).*

Gál, István (Hg.), 1942: Magyarország és a Balkán; a magyar tudomány feladatai Délkeleteurópában, Budapest *(Ungarn und der Balkan; die Aufgaben der ungarischen Wissenschaft in Südosteuropa).*

–, (Hg.), 1944: Ungarn und die Nachbarvölker, Budapest.

(Gazdacímtár). Magyarország földbirtokosai és földbérlöi (gazdacímtár). A 100 kat. holdas és ennél nagyobb földbirtokok és földbérletek az 1935. évi adatok alapján, 1937: hg. vom Kgl. Ung. Statistischen Zentralamt, Budapest *(Ungarns Grundeigner und Grundpächter (Eigentümerverzeichnis). Grundbesitze und Pachtgrundstücke über 100 Kj aufgrund der Daten von 1935).*

Geiger, Theodor, 1932: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Nachdruck Stuttgart 1967.

Gerö, József, 1938: A M. Kir. Belügyminisztérium által igazolt nemesek 1867–1937, Budapest *(Die vom Kgl. Ung. Innenministerium bestätigten Adeligen 1867–1937).*

Gesztelyi Nagy, László, Középosztályunk a gazdatársadalom tükrében, in: Magyar Szemle 1 (1927/3), S. 12–24 *(Unsere Mittelklasse im Spiegel der Agrargesellschaft).*

Gewürz, József: Mennyiben okai a zsidók az antiszemitizmusnak? A zsidók ellen, a zsidóságért, Debrecen o.J. *(Inwieweit tragen die Juden Schuld am Antisemitismus? Gegen die Juden, für das Judentum).*

Ghyczy, Béla, 1942: Magyar mezögazdasági idénymunkások a német birodalomban, Budapest *(Ungarische saisonale Landarbeiter im Deutschen Reich).*

(Gömbös, Gyula), 1932: Für die nationale Selbstzwecklichkeit. Zwölf Reden des Ministerpräsidenten Julius Gömbös, Budapest.

(–), 1935: 1932–1935. Drei Jahre Regierung Gömbös, Budapest.

Gross, Herrmann, 1937: Südosteuropa. Bau und Entwicklung der Wirtschaft. Beiheft zur Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa, Leipzig.

Guothfalvy-Dorner, Zoltán: Industrie, in: *Baranyai,* 1940, S. 119–131.

–, Az ipar telephelyválasztása és az észszerüség elve, in: MSSz 19 (1941), S. 410–435 (JSHS 19 (1941), S. 34–53) *(Die Standortwahl der Industrie und das Prinzip der Rationalität).*

György, Ernö: A mezögazdasági hitelválság tanulságai, in: KSz 61 (1937), S. 310–331 (JSHS 18 (1940), S. 81) *(Die Lehren der Agrarkreditkrise).*

Hall, Thomas, 1938: Der Ungarische Nationalsozialismus hinter Gittern. Justizmord an Franz Szálasi, dem Führer der Ungarischen Nationalsozialistischen Partei – Hungaristen-Bewegung, Berlin.

Haltenberger, Michael, 1931: Rumpfungarn, Budapest.

Heller, András: A sommások élelmezése. A cséplömunkások munkabére. A sommások munkabére, in: MSSz 19 (1941), S. 8–15, 105–112, 381–400 (JSHS 19 (1941), S. 127, 270) *(Die Verpflegung der landwirtschaftlichen Pauschalarbeiter. Der Arbeitslohn der Drescharbeiter. Der Arbeitslohn der landwirtschaftlichen Pauschalarbeiter).*

Hivatalos Közlöny, 1945, Sopron *(Amtsblatt).*

Horkheimer, Max: Die Judenfrage in Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung 8 (1939), S. 115–137.

Horváth, Jenö, 1939: A magyar kérdés a XX. században, Budapest *(Die ungarische Frage im 20. Jahrhundert).*

–, Weltkrieg, Friedensdiktat, Nachkriegsregelung, in: *Baranyai,* 1940, S. 591–601.

Hubay, Kálmán: Röpirat a Nyilaskeresztes Párt által benyujtott „A Magyar Szent Korona területén élö népcsoportok önkormányzatáról" szóló törvényjavaslat tárgyában, o.O., o.J. (Budapest 1940) *(Flugschrift zu dem von der NYKP eingereichten Gesetzentwurf über die Selbstverwaltung der auf dem Gebiet der Ungarischen Heiligen Krone lebenden Volksgruppen).*

–, (Hg.), Párt és állam. A Magyar Nemzetiszocialista Párt politikája, programmja és szervezete, Budapest o.J. (1944) *(Partei und Staat. Politik, Programm und Organisation der MNSZP).*

Hungarista I/1, 2.6.1938.

Hungarista Út I/1, 9.6.1938.

Hungarista Cél I/1, 14.6.1938.

Hungarista Nemzet I/1, 25.6.1938.

Hungarista Kárpát-Duna I/1, 2.7.1938.

Hungarista Nép I/1, 11.7.1938.

Hungarista, Nr. 21, 26.1.1945, Szombathely.

Hungarista Híradó I/3, 1943.

Hungarista Karácsony, Dezember 1944, Szombathely.

Hungarista Légió. A NSZMP-HM Pestkörnyéki fökerület hivatalos lapja I/1, 15.6. 1938, Pestszentlörnic *(Offizielles Organ des Hauptbezirks Pest Umgebung der NSZMP-HM).*

Hungarista program. A Hungarizmus irányeszmei cimü, Hubay Kálmán országgyülési képviselö által irott hivatalos pártprogram röviditett kiadása, Budapest o.J. (1938) *(Hungaristisches Programm. Gekürzte Ausgabe des vom Abgeordneten Kálmán Hubay geschriebenen offiziellen Parteiprogramms unter dem Titel „Leitideen des Hungarismus").*

A húszmilliós magyarságért. A Magyar Nemzetbiológiai Intézet programja, 1940, 2. Auflage, Budapest *(Für das Ungarntum von 20 Millionen. Programm des Ungarischen Nationalbiologischen Instituts).*

Hußmann, Franz, 1933: Die Königsfrage und das Reichsverwesertum in Ungarn, Hamburg.

Ihrig, Károly: Die Landwirtschaft, in: *Baranyai,* 1940, S. 110–119.

Illyefalvi, Lajos, 1930 (a): A munkások szociális és gazdasági viszonyai Budapesten, Budapest *(Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter in Budapest).*

–, 1930 (b): A kenyérkeresö nö Budapesten, Budapest *(Die erwerbstätige Frau in Budapest).*

–, 1935: A föváros polgári népességének szociális és gazdasági viszonyai, Budapest (JSHS 15 (1937), S. 398 f.) *(Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Bevölkerung der Hauptstadt).*

Illyés, Gyula, 1937: Puszták népe, Budapest *(Volk der Pußta).*

–, 1939: Lélek és kenyér, Budapest *(Seele und Brot).*

Jánki, Gyula: A föiskolai hallgatók száma 1930/31–1937/38, in: MSSz 16 (1938), S. 777–785. *(Die Zahl der Hörer an den Hochschulen, 1930/31–1937/38).*

–, Hitelfelekezet áttérések Magyarországon az 1919–1938 években, in: MSSz 17 (1939), S. 1113–1120 *(Konversionen in Ungarn 1919–1938).*

Jászi, Oszkár, 1923: Magyariens Schuld, Ungarns Sühne. Revolution und Gegenrevolution in Ungarn, München (= Revolution and Counter-Revolution in Hungary, London 1924).

–, 1929: Dissolution of the Habsburg Empire, Chicago.

Joó, Tibor: A magyar nemzeteszme, Budapest o.J. (1939) *(Die ungarische Nationalidee).*

–, 1941: Magyar nacionalizmus, Budapest *(Ungarischer Nationalismus).*

Judik, József, Sur la question du crédit agricole, in: MK 11 (1938) (JSHS 16 (1938), S. 481).

Keesings Archiv der Gegenwart 14, 1944, unveränderter Nachdruck, Bonn 1962.

Kékessy, Rudolf, 1941: Vádak és valóság, Budapest *(Anklagen und Wahrheit).*

Kempelen, Béla, 1907: A nemesség. Útmutató az összes nemességi ügyekben, Budapest *(Der Adel. Wegweiser in allen Adelsangelegenheiten).*

–, 1937–1939: Magyarországi zsidó és zsidó eredetü családok, 3 Bände, Budapest *(Jüdische und jüdischstämmige Familien in Ungarn).*

Kerbolt, László, 1934: Beteg a magyar falu, Budapest *(Das ungarische Dorf ist krank).*

Kerék, Mihály, 1939: A magyar földkérdés, Budapest *(Die ungarische Bodenfrage).*

–, Die ungarische Agrarbevölkerung und die Agrarreform, in: *Baranyai,* 1940, S. 434–441.

–, 1941: Die ungarische Bodenfrage (Dienstliche Übersetzung des Übersetzungsdienstes Wien Nr. 15), Wien.

Kertész, Manó, 1932, Szállok az úrnak. Az udvarias magyar beszéd története, Budapest *(Ein Hoch dem Herrn! Geschichte der höflichen ungarischen Rede).*

Kiss, Lajos, 1938: A szegényember élete, Budapest *(Leben des armen Mannes).*

Kitartás I/4–8, Budapest, 27.1.–9.2.1945.

Klauss, H., 1937: Nationalsozialistisches Volksgruppenrecht, Würzburg.

Klocke, Helmut: Die Stellung des Hochadels in der Grundbesitzstruktur und im politischen Aufbau der Länder der Stefanskrone, in: Ungarische Jahrbücher 15 (1935), S. 296–308.

Közi-Horváth, József: A magyarországi nemzetiszocialista pártok története, programja és jelenlegi állása, in: Magyar Kultúra 25 (1938), S. 48–52, 75–78, 116f. *(Geschichte, Programme und gegenwärtiger Stand der nationalsozialistischen Parteien in Ungarn).*

Közlemények. A Nyilaskeresztes Párt hírei, Budapest, 3.10.1942 *(Mitteilungen. Nachrichten der NYKP).*

Konkoly-Thege, Gyula: The Land and its Owners. The Management of Farms in Hungary, in: JSHS 14 (1936), S. 212–265.

Kornis, Gyula, 1926: Mi a középosztály?, Budapest *(Was ist die Mittelklasse?).*

Kosáry, Domokos: Parlament und Parteileben, in: *Baranyai,* 1940, S. 578–590.

Kovács, Alajos, 1922: A zsidóság térfoglalása Magyarországon, Budapest *(Die Expansion des Judentums in Ungarn).*

–, 1938: A Csonka-magyarországi zsidóság a statisztika tükrében, Budapest *(Das Judentum in Rumpfungarn im Spiegel der Statistik).*

–, 1941: Magyarország népe és népesedésének kérdése, Budapest *(Die Frage der Bevölkerung und ihrer Zunahme in Ungarn).*

Kovács, Ernö, 1945: Szervezés. Szervezésszaki tanfolyam a megye- és városvezetök, valamint munkatörzsük részére, 12.2.1945, o.O. *(Organisation. Organisationslehrgang für die Komitats- und Stadtführer und ihre Arbeitsstäbe).*

Kovács, Imre, 1937: A néma forradalom, Budapest *(Die stumme Revolution).*

Kovács, Norbert, 1930: Szellemi munkások, Budapest *(Geistige Arbeiter).*

Kovrig, Béla: Die ungarische Sozialpolitik, in: *Baranyai,* 1940, S. 417–433.

Laky, Dezsö, 1929: Az albérlök és ágybérlök szociális és gazdasági viszonyai, Budapest *(Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Unter- und Bettstellenmieter).*

–, 1930: Az iparosok szociális és gazdasági viszonyai, Budapest *(Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Handwerker).*

–, 1931 (a): A kereskedök szociális és gazdasági viszonyai, Budapest *(Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Händler).*

–, 1931 (b): Az értelmiség válságának gazdasági és társadalmi háttére, Budapest *(Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Hintergrund der Krise der Intelligenz).*

Lévai, Jenö, 1938: Julius Gömbös und die madjarischen Rassenschützler an der Wiege des Hitlerismus.

Lipták, László: A birtokpolitikai munka statisztikai alátámasztása, in: MSSz 14 (1936), S. 423–439 (JSHS 14 (1936), S. 434f.) *(Statistische Unterstützung der grundbesitzpolitischen Arbeit).*

Macartney, Carlile A., 1937: Hungary and Her Successors. The Treaty of Trianon and Its Consequences 1919–1937, London.

Madarász, Elemér, 1939: Magyar politikai és közigazgatási compass, 1919–1939, Budapest *(Ungarischer politischer und Verwaltungskompaß).*

Magyar Front 13 (1944).

A magyar nemzetgazdaság fejlödésére vonatkozó adatok 1924/25–1937/38, 1938, Budapest *(Daten zur Entwicklung der ungarischen Nationalökonomie 1924/25–1937/38).*

Magyar Statisztikai Evkönyv 42–46 (1934–1938), Budapest, *(Ungarisches Statistisches Jahrbuch).*

Magyar Statisztikai Szemle 14–19 (1936–1941), Budapest *(Ungarische Statistische Rundschau).*

Magyar Törvénytár, 1920–1944, Budapest 1921 ff. *(Ungarisches Gesetzbuch).*

Magyarország, 1940.

Magyarország helységnévtára, 1941, 1944: hg. vom Kgl. ung. Statistischen Zentralamt, Budapest *(Ortsnamensverzeichnis von Ungarn).*

Magyarország tiszti cím- és névtára, 1944: hg. vom Kgl. ung. Statistischen Zentralamt, Budapest *(Amtliches Titel- und Namensverzeichnis Ungarns).*

Magyarországi rendeletek tára 78, 1944, Budapest *(Verordnungssammlung Ungarns).*

Magyarság, 1939.

Magyary, Zoltán, 1942: Magyar közigazgatás. A közigazgatás szerepe a XX. sz. államában. A magyar közigazgatás szervezete, müködése és jogi rendje, Budapest *(Ungarische Verwaltung. Die Rolle der Verwaltung im Staat des 20. Jhs. Organisation, Tätigkeit und rechtliche Ordnung der ungarischen Verwaltung).*

Makkai, János, 1937: Úri Magyarország, Budapest *(Herrschaftliches Ungarn).*

–, 1942: Urambátyám országa. Középosztályunk illemrendszerének és társadalmi viselkedésének szociográfiája, Budapest *(Soziographie der Anstandsregeln und des gesellschaftlichen Verhaltens unserer Mittelklasse).*

–/*Némethy, Imre,* 1939: A zsidótörvény, Budapest *(Das Judengesetz).*

Márton, Ernö, 1941: A zsidó nép világhelyzete, Klausenburg *(Die Weltlage des jüdischen Volks).*

Matolcsy, Mátyás: Jövedelemeloszlás Magyarországon, in: KSz 60 (1936), S. 271–287 (JSHS 15 (1937), S. 408) *(Einkommensverteilung in Ungarn).*

–/*Varga, István,* 1938: The National Income of Hungary 1924/25–1936/37, London.

Mezöföld. A magyar jövö új nemzeti mozgalmának vezérorgánuma, März 1935, Enying *(Das Führungsorgan der neuen nationalen Bewegung der ungarischen Zukunft).*

Migossy, József, 1936: Mit akar a magyar nemzeti szocialista mozgalom, Budapest *(Was will die ungarische nationalsozialistische Bewegung?).*

Mokcsai, Dezsö: A Magyar Nemzetiszocialista Párt szervezési szabályzata, in: *Hubay,* 1944, S. 71–91 *(Das Organisationsstatut der MNSZP).*

Molnár, Olga, 1934: A föiskolai hallgatók szociális és gazdasági viszonyai Budapesten, Budapest *(Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Hochschulhörer).*

–, 1936: A nöi munkaerök számának alakulása a székesfövárosban, Budapest *(Die Entwicklung der Zahl weiblicher Arbeitskräfte in der Hauptstadt).*

Nádujfalvy, József: Az elsö gazdasági munkabér megállapítás eredményei, in: MSSz 18 (1940), S. 853–874 (JSHS 18 (1940), S. 356 f.) *(Die Ergebnisse der ersten Festlegung der Arbeitslöhne in der Landwirtschaft).*

–, Új munkabérhelyzet a magyar mezögazdaságban, in: MSSz 19 (1941), S. 188–206, 265–300 *(Neue Arbeitslohnlage in der ungarischen Landwirtschaft).*

Nationalsozialismus in Ungarn. Ein Zeitbild im Spiegel der Verteidigungsrede des Univ.-Prof. Dr. Nándor Bernolák, gehalten im Strafprozesse gegen Böszörmény, 1939, Wien.

Németh, Lajos, Die Wehrmacht Ungarns, in: *Baranyai,* 1940, S. 601–615.

–, Der ungarische Heldenorden, in: *Baranyai,* 1940, S. 615–617.

Némethy, Béla, 1932: Hol vagy, magyar Hitler?, Budapest *(Wo bist du, ungarischer Hitler?).*

Némethy, Imre/Térfy, Béla (Hg.), 1939: Az országgyülési képviselök választásáról szóló 1938: XIX. törvénycikk és a végrehajtásáról szóló rendeletek, Budapest *(Gesetz XIX/1938 über die Wahl der Parlamentsabgeordneten und seine Ausführungsverordnungen).*

Nemzeti szocialisták könyve. A Böszörmény mozgalom lényege, 1935, Budapest *(Das Buch der Nationalsozialisten. Das Wesen der Böszörmény-Bewegung).*

Nemzeti Szocialista Magayar Munkáspárt (Hg.), Mit akar a Nemzeti Szocialista mozgalom és kicsoda Böszörmény Zoltán, a magyar mozgalom vezére?, Budapest o.J. *(Was will die nationalsozialistische Bewegung und wer ist Zoltán Böszörmény, der Führer der ungarischen Bewegung?).*

Nemzeti Újság – Új Nemzedék, Nr. 246–275, 5.11.–10.12.1944.

Nemzetnevelés. Nemzetiszocialista Káté IV, Budapest o.J. *(Nationserziehung. Nationalsozialistischer Katechismus 4).*

Nemzet Szava, 1939.

Népszava, 1939.

Neubauer, Gyula: Az 50000 pengönél nagyobb jövedelmüek jövedelme és vagyona Magyarországon 1931.–34. évi adóstatisztikai alapján, in: MSSz 15 (1937), S. 1065–1071 (JSHS 16 (1938), S. 135) *(Einkommen und Vermögen der Einwohner mit einem Einkommen über 50000 Pengö aufgrund der Steuerstatistik 1931–1934).*

A nyilas egység-tárgyalások okmányai (28 okmány), 1940: hg. von *Ferenc Fiala,* Budapest *(Dokumente der Verhandlungen um die Pfeilkreuzlereinheit).*

Nyilas Harc. Röpirat, 26.6.1938, Szeged *(Pfeilkreuzlerkampf. Flugschrift).*

Nyilas Roham I/1–I/5, 15.2.–10.7.1938, Szeged (*Pfeilkreuzlerangriff.* Offizielles Blatt der MNSZP unter Graf Sándor Festetics/Hauptbezirk Südungarn).

Nyilaskeresztes irányelvek, o.O., o.J. (Budapest 1940) *(Pfeilkreuzler-Leitprinzipien).*

A Nyilaskeresztes Párt 1940. májusában tartott vezetöképzö tanfolyamának anyaga *(Material des Lehrgangs zur Ausbildung von Führungskräften der NYKP im Mai 1940).*

Nyilaskeresztes Párt, Mozgalmi értesitö. Szervezetvezetök és tisztségviselök részére, o.O., o.J. (Budapest 1940) *(Mitteilungen der Bewegung. Für Organisationsführer und Funktionäre).*

–, Mozgalmi hírek, o.O., o.J. (Budapest 1940) *(Nachrichten der Bewegung).*

–, Mozgalmi közlemények, o.O., o.J. (Budapest 1940) *(Mitteilungen der Bewegung).*

–, Mozgalmi tájékoztató, o.O., o.J. (Budapest 1940) *(Informationsblatt der Bewegung).*

–, Mozgalmi tudósító, o.O., o.J. (Budapest 1940) *(Anzeiger der Bewegung).*

–, Pártközlemények, Budapest o.J. (1940) *(Parteimitteilungen).*

A Nyilaskeresztes Párt nyilatkozata a bányász bérmozgalmak ügyében, 17.10.1940 *(Erklärung der NYKP zu den Lohnbewegungen der Bergarbeiter).*

A Nyilaskeresztes Párt Országépitö programja: Ezt akarják a nyilasok! 15.3.1939, Budapest *(Das Landesaufbauprogramm der NYKP: Das wollen die Pfeilkreuzler!).*

Nyilaskeresztes Párt Országos Üzemszervezési Osztály Vezetösége, 1940: A munka és munkarendszer, Budapest *(Landesleitung der NYKP-Abteilung zur Organisierung der Betriebe: Die Arbeit und die Arbeitsordnung).*

Nyilaskeresztes Párt, Szervezési Szabályzat, 1943, Budapest *(NYKP, Organisationsstatut).*

Összetartás, 1944, 1945.

Oláh, György, 1928: Három millió koldus, Miskolc *(Drei Millionen Bettler).*

–, Die Judenfrage und ihre Regelung, in: *Baranyai,* 1940, S. 398–407.

Országgyülési almanach. Az 1935–40. évi országgyülésröl, 1935: hg. von *István Haeffler,* Budapest *(Parlamentsalmanach 1935–1940).*

–, Az 1939–44. évi országgyülésröl, 1940: hg. von *István Haeffler,* Budapest *(Parlamentsalmanach 1939–1944).*

Országgyülési Napló – Képviselöház, 1939–1940 *(Parlamentsprotokolle – Abgeordnetenhaus).*

Az Országos Magyar Sajtókamara Evkönyve 2, 1941, Budapest *(Jahrbuch der Ungarischen Pressekammer 2).*

Ottlik, László, Parlamentarizmus és diktatúra, in: Magyar Szemle 15 (1932), S. 288–296 *(Parlamentarismus und Diktatur).*

Ovári-Papp, Zoltán, 1937: Magyar devizagazdákodás, Budapest *(Ungarische Devisenbewirtschaftung).*

Perneczky, Béla, Le règlement officiel ou syndical des conditions de travail agricoles, in: MK 12 (1939) (JSHS 17 (1939), S. 362).

Pester Lloyd, 1944 (Budapest); März–April 1945 (Szombathely).

Pesti Ujság, 1940.

Peters, Wolfgang, 1938: Ein Volk haßt. Ungarns Kampf um sein Recht, Berlin.

Polner, Ödön, 1935: Az államélet néhány föbb kérdése, Budapest *(Einige Hauptfragen des Staatslebens).*

Rabl, Kurt O., 1938: Grundlagen und Grundfragen eines mitteleuropäischen Volksgruppenrechts, Tübingen.

Rajkay, László (Hg.), 1941: Nyilas Évkönyv 1941, Budapest *(Pfeilkreuzler-Jahrbuch 1941).*

Rátz, Kálmán, Magyarság és zsidóság. Nemzetiszocialista káté V, Budapest o.J. *(Ungartum und Judentum. Nationalsozialistischer Katechismus V).*

Rézler, Gyula, 1942: Die soziale und wirtschaftliche Lage der ungarischen Arbeiterschaft, Pécs.

Roósz, József, 1933: Kapitalizmus vagy kommunizmus, Mezöberény *(Kapitalismus oder Kommunismus).*

–, Pénz vagy becsület. A kamatrabszolgaság megtörése, Mezöberény o.J. *(Geld oder Ehre. Die Brechung der Zinsknechtschaft).*

–, „Földreform" vagy parasztpolitika?, Budapest o.J. (1941?) *(„Bodenreform" oder Bauernpolitik?).*

–, 1941: Általános párt és államépítési irányelvek, Budapest *(Allgemeine Leitlinien zum Partei- und Staatsaufbau).*

Rudai, Rezsö, 1936: A politika, ideológia, pártszerkezet, hivatás és életkor szerepe a magyar képviselöház és a pártok életében, Budapest *(Die Rolle von Politik, Ideologie, Parteistruktur, Beruf und Lebensalter im Leben des ungarischen Parlaments und der Parteien).*

Sajóhelyi, István, Les résultats du recensement général de l'agriculture, in: MK 10 (1937) (JSHS 16 (1938), S. 135f.).

Schandl, Károly, Les coopératives de fermiers en Hongrie, in: MK 9 (1936) (JSHS 15 (1937), S. 531).

Schickert, Klaus, 1937: Die Judenfrage in Ungarn. Jüdische Assimilation und antisemitische Bewegung im 19. und 20. Jahrhundert, Essen.

Schlegelberger-Hoche, 1944: Das Recht der Neuzeit. Ein Führer durch das geltende Recht des Großdeutschen Reichs und das preußische Landesrecht 1914–1944, 19. Auflage, Berlin.

Somogyi, Imre, 1943: Kertmagyarország felé, Budapest *(Hin zu einem Gartenungarn).*

South-Eastern Europe. A Political and Economic Survey, 1939: prepared by the Information Department of the Royal Institute of International Affairs, London.

Struktur und Verfassung der ungarischen Landwirtchaft, 1937; hg. vom Internationalen Ausschuß der Ungarischen Agrarwissenschaftlichen Gesellschaft zugleich als ungarische Gruppe der Internationalen Konferenz für Agrarwissenschaft, Budapest.

Surányi-Unger, Tivadar, 1936: Budapest szerepe Magyarország gazdasági életében 1925–1934, Budapest *(Budapests Rolle im wirtschaftlichen Leben Ungarns).*

–, Le rôle de Budapest dans la vie économique de la Hongrie pendant des années 1925–1934, in: JSHS 15 (1937), S. 220–242.

–, Aufbau und Wechsellagen der ungarischen Volkswirtschaft, in: *Baranyai,* 1940, S. 90–110.

Szabó, Dezsö, 1938: A végzet ellen. Hungarizmus és halál, Budapest *(Gegen das Verhängnis. Hungarismus und Tod).*

Szádeczky-Kardoss, Tibor, 1933: A lakbérviszonyok alakulása Budapesten, Budapest *(Die Entwicklung der Mietverhältnisse in Budapest).*

Szálasy [sic], Ferenc, 1933: A magyar állam felépítésének terve I: Az állam átállítása 1: Gazdasági életünk átállítása; a nemzet akaratmegnyilvánulása, Budapest *(Der Aufbauplan des ungarischen Staates I: Die Umstellung des Staates 1: Die Umstellung unseres wirtschaftlichen Lebens; die Willensäußerung der Nation).*

Szálasi, Ferenc, 1935: Cél és követelések (A Nemzet Akaratának Pártja kiadványai), Budapest *(Ziel und Forderungen).*

Szálasi Ferenc alapvetö munkája és a munkás-, paraszt- és értelmiségi nagytanácson elmondott beszédei, 1959, Munro/Buenos Aires *(Das grundlegende Werk von Ferenc Szálasi und seine Rede vor dem Arbeiter-, Bauern- und Akademikergroßrat):*
Út és cél, 1938 *(Weg und Ziel),* S. 7–61.
Rede vor dem Arbeitergroßrat, 18.10.1942, S. 63–71.
Rede vor dem Bauerngroßrat, 22.11.1942, S. 72–88.
Rede vor dem Großrat der „Intelligenz", 27.12.1942, S. 89–104.

–, Nagytér – élettér – vezetönép: Rede vor der Konferenz für Auswärtige Angelegenheiten der NYKP-HM, 15./16.6.1943 *(Großraum–Lebensraum–Führungsvolk).*

–, A magyar állam újjáépítési terve, in: Pester Lloyd Nr. 238, 19.10.1944, S. 1f.; Nr. 241, 22.10.1944, S. 1f. *(Der Wiederaufbauplan des ungarischen Staates).*

Szeibert, János, Mezögazdasági munkanélküliség, in: MSSz 17 (1939), S. 365–381 (JSHS 17 (1939), S. 244) *(Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft).*

Szekfü, Gyula, 1935: Három nemzedék és ami utána következik, 2. Auflage, Budapest *(Drei Generationen und was danach kommt).*

–, 1939: Mi a magyar?, Budapest *(Was ist der Ungar?).*

–, 1942: Állam és nemzet, Budapest *(Staat und Nation).*

Szél, Tivadar, Öngyilkosság és gazdasági válság, in: MSSz 15 (1937), S. 1039–1055 (JSHS 16 (1938), S. 134) *(Selbstmord und Wirtschaftskrise).*

A szellemi munkások összeírása 1928, 1930, Budapest *(Erfassung der geistig Schaffenden 1928).*

Szentirmai, Imre, Vezérek, Budapest o.J. (1941) *(Führer).*

Szentmiklóssy, Géza (Hg.), 1930: A magyar feltámadás lexikona. A magyar legújabb kor története, Budapest *(Lexikon der ungarischen Erhebung. Ungarische Geschichte der neuesten Zeit).*

Sziklay, János (Hg.), 1941: Magyar sajtó-évkönyv X, Budapest *(Ungarisches Presse-Jahrbuch X).*

„Szoci – nyilas", hg. von der MNSZP, Budapest o.J. (1938) *(„Sozi – Pfeilkreuzler").*

Szombatfalvy, György, Judengesetz und Schulwesen in Ungarn, in: JSHS 17 (1939), S. 397–399.

Szöllösy, Zoltán, Magyarország területe. A földbirtokok száma és területe. (A mezögazdasági összeíraś eredményei I, II), in: MSSz 15 (1937), S. 74–78, 176–186 (JSHS 15 (1937), S. 405) *(Ungarns Gebiet. Zahl und Fläche der Grundbesitze. Die Ergebnisse des Agrarzensus I, II).*

Takács, József, 1926: A földmunkásmozgalom története, Budapest *(Geschichte der Landarbeiterbewegung).*

Temesváry, László, 1939: Nemzetiszocialista káté, Budapest *(Nationalsozialistischer Katechismus).*

Tetemrehívás. Nyilt levél Szálasi Ferenc úrhoz, a Nyilaskeresztes Párt vezetöjéhez, März 1941, Budapest *(Vor das Bahrgericht. Offener Brief an Herrn Franz Szálasi, den Führer der NYKP).*

Thirring, Lajos, A földbirtokosok és földbérlök száma, in: MSSz 14 (1936), S. 412–422 (JSHS 14 (1936), S. 434) *(Die Zahl der Grundbesitzer und Pächter).*

–, 1941: Tanulmányok az 1930. évi népszámlálás köréböl, Budapest *(Studien aus dem Umkreis der Volkszählung von 1930).*

Timon, Ákos, 1904: Ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte, Berlin.

–, 1919: Magyar alkotmány- és jogtörténet, Budapest *(Ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte).*

Török, András, 1941: Szálasi álarc nélkül. Öt év a Szálasi-mozgalomban, Budapest *(Szálasi ohne Maske. Fünf Jahre in der Szálasi-Bewegung).*

Törvényjavaslat a Magyar Szent Korona területén élö népcsoportok önkormányzatáról és anyakönyvezéséröl, 1940 *(Gesetzentwurf über Selbstverwaltung und Matrikelführung der auf dem Gebiet der Ungarischen Heiligen Krone lebenden Volksgruppen).*

Tormay, Cecile, 1923: An Outlaw's Diary, New York.

Tóth, László/Ribary, Géza, 1939: A zsidók egyenjogusitására és külön jogrend alá he-

lyezésére vonatkozó jogszabályok, Budapest *(Die Rechtsnormen bezüglich der Gleichberechtigung und der Sonderrechtsstellung der Juden).*

Új Magyar Munkás. A magyar szellemi, ipari és földmunkások lapja. Nemzet Akaratának Pártja hivatalos közlönye I/1, 15.3.1937 *(Neuer Ungarischer Arbeiter. Zeitung der ungarischen Kopf-, Industrie- und Landarbeiter. Offizielles Organ der NAP).*

Új Magyar Munkás. A jobboldali dolgozó társadalom lapja, 1940 *(Neuer Ungarischer Arbeiter. Zeitung der rechtsgerichteten werktätigen Gesellschaft).*

Unghváry, Sándor, 1939: Mit láttam az Andrássy-úti nyilasházban? A Hungarizmus élete és bukása, Kaposvár *(Was ich im Pfeilkreuzlerhaus in der Andrássy-Straße sah. Leben und Scheitern des Hungarismus).*

Váci Hungarista Híradó, I/1, 4, 25.10. und 11.11.1944.

Vágó, Pál, 1938: A magyar munkaállam, Budapest *(Der ungarische Arbeitsstaat).*

–, 1939: Munkanélküliség, hitel, országépítés. A Nyilaskeresztes Párt gazdaságpolitikájának irányelvei, Budapest *(Arbeitslosigkeit, Kredit, Landesaufbau. Die Leitlinien der Wirtschaftspolitik der NYKP).*

–, 1940: Gözgép, liberalizmus, pénzuralom és nemzetiszocialista reneszansz, Budapest *(Dampfmaschine, Liberalismus, Geldherrschaft und nationalsozialistische Renaissance).*

–, beszámolója a szeptember 7.-i megyevezetöi értekezleten, 1940, Budapest *(Rechenschaftsbericht vor der Konferenz der Komitatsleiter am 7. September).*

–, Az általuk felrobbantott nemzetiség kérdés, o.O., o.J. (Budapest, Juni 1940) *(Die von uns angeschnittene Nationalitätenfrage).*

–, 1941: Kampf gegen die Diktatur s.M. des Geldes in Ungarn. Die Grundlagen eines hungaristischen Wirtschaftsplanes. Drei hungaristische Vorträge, Preßburg.

–/*Toll, Péter,* Munkaállam, Budapest o.J. *(Arbeitsstaat).*

Varga, István, Mouvement de la population et conjonctures, in: JSHS 16 (1938), S. 263–285.

Varga, József, Der Außenhandel, in: *Baranyai,* 1940, S. 132–141.

Veres, Péter, 1936: Az Alföld parasztsága, Budapest *(Das Bauerntum der Tiefebene).*

–, 1944: Parasztsors – magyar sors, 2. Auflage, Budapest *(Bauernschicksal – ungarisches Schicksal).*

Virradat, 1944.

Walz, Gustav Adolf, 1937: Volkstum, Recht und Staat, Breslau.

–, 1942: Völkerrechtsordnung und Nationalsozialismus, München.

Weis, István, 1930: A mai magyar társadalom, Budapest *(Die heutige ungarische Gesellschaft).*

–, 1942: Hazánk társadalomrajza, Budapest *(Gesellschaftsbild unserer Heimat).*

Winkler, Wilhelm, 1931: Statistisches Jahrbuch der europäischen Nationalitäten, Wien.

Zentay, Dezsö, 1930: A munkanélküliség alakulása a szellemi pályák körében Budapesten, Budapest *(Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den geistigen Berufen in Budapest).*

–, 1940: Ungarn im Spiegel der Statistik, Budapest.

–, 1945: Beszélö számok, Budapest *(Sprechende Zahlen).*

Zöld könyv, o.O., o.J. (1939) *(Grünbuch).*

Zsidó lexikon, 1929: hg. von *Péter Ujváry,* Budapest *(Jüdisches Lexikon).*

Literatur nach 1945

Adám, Magda, 1968: Magyarország és a kisantant a harmincas években, Budapest *(Ungarn und die kleine Entente in den dreißiger Jahren).*

von Adonyi-Naredy, Franz, 1971: Ungarns Armee im Zweiten Weltkrieg. Deutschlands letzter Verbündeter, Neckargemünd.

Adriány, Gabriel, 1974: Fünfzig Jahre ungarischer Kirchengeschichte 1895–1945, Mainz.

Almond, Gabriel A., Politische Systeme und politischer Wandel, in: *Zapf,* 1969, S. 211–227.

Ambri, Mariano, 1980: I falsi fascismi. Ungheria, Jugoslavia, Romania 1919–1945, Rom.

Arató, Endre, Der Volksbund der Deutschen in Ungarn, eine Fünfte Kolonne des Hitlerfaschismus, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas 5 (1961), S. 289–296.

Bak, Janos M.: Literaturbericht über ungarische Geschichte. Veröffentlichungen 1945 bis 1960, in: HZ, Sonderheft 1, S. 123–157.

Bako, Elemer, 1961: Hungarian Abbreviations. A Selective List, Washington.

–, 1973: Guide zu Hungarian Studies, 2 Bände, Stanford.

Baksay, Zoltán, A munkanélküliség esetére szóló kötelezö biztosítás és a munkanélküli-segély kérdése az ellenforradalmi Magyarországon, in: Sz 117 (1983), S. 741–803 *(Die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenhilfe im gegenrevolutionären Ungarn).*

Balázs, Béla, 1958: A közepretegek szerepe társadalmunk fejlödésében. Egy évszázad magyar történelmének néhány sajátosságáról, 1849–1945, Budapest *(Die Rolle der Mittelschichten in der Entwicklung unserer Gesellschaft. Über einige Eigenheiten eines Jahrhunderts ungarischer Geschichte, 1849–1945).*

Balla, Bálint, Auswanderung und Gesellschaftsstruktur. Hundert Jahre ungarischer Emigration aus soziologischer Sicht, in: Ungarn-Jahrbuch 1 (1969), S. 163–183.

Balogh, Sándor, 1967: Die Stellung der Intelligenz in Ungarn während des Horthy-Regimes (1919–1944), Halle.

Barany, George, The Dragon's Teeth: The Roots of Hungarian Fascism, in: *Sugar,* 1971, S. 73–82.

–, Hungary: From Aristocratic to Proletarian Nationalism, in: *Sugar/Lederer,* 1971, S. 259–309.

–, „Magyar Jew or Jewish Magyar?" Reflections on the Question of Assimilation, in: *Vago/Mosse,* 1974, S. 51–98.

Batkay, William M., 1982: Authoritarian Politics in a Transitional State. Istvan Bethlen and the Unified Party in Hungary 1919–1926, New York.

Bein, Alexander, „Der jüdische Parasit". Bemerkungen zur Semantik der Judenfrage, in: VfZ 13 (1965), S. 121–149.

Bellér, Béla, 1975: Az ellenforradalom nemzetiségi politikájának kialakulása, Budapest *(Die Entwicklung der Nationalitätenpolitik der Gegenrevolution).*

Bendix, Reinhard, Modernisierung in internationaler Perspektive, in: *Zapf,* 1969, S. 505–512.

Berend, Iván T., Contribution to the History of Hungarian Economic Policy in the Two Decades Following the Second World War, in: AH 13 (1937), S. 3–47.

–, Ways and Pecularities of Enterprise Development in the Twentieth Century Hungarian Industry, in: AH 20 (1974), S. 363–384.
–, A világgazdasági válság (1929–1933) sajátos hatásai Közép- és Kelet-Európában, in: TSz 25 (1982), S. 44–66 *(Die spezifischen Wirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929–1933 in Mittel- und Osteuropa).*
–/*Ránki, György,* 1955: Magyarország gyáripara 1900–1914, Budapest *(Ungarns Fabrikindustrie 1900–1914).*
–/–, 1958 (a): Magyarország gyáripara a II. világháború elött és a háború idöszakában, Budapest *(Ungarns Fabrikindustrie vor dem 2. Weltkrieg und in der Zeit des Krieges).*
–/–, 1958 (b): Magyarország gazdasága az elsö világháború után 1919–1929, Budapest *(Ungarns Wirtschaft nach dem 1. Weltkrieg 1919–1929).*
–/–, Die deutsche wirtschaftliche Expansion und das ungarische Wirtschaftsleben während des zweiten Weltkrieges, in: AH 5 (1958), S. 313–339.
–/–, 1960 (a): Magyarország a fasiszta Németország életterében 1933–1939, Budapest *(Ungarn im Lebensraum des faschistischen Deutschland 1933–1939).*
–/–, 1960 (b): The Development of the Manufacturing Industry in Hungary (1900–1944), Budapest.
–/–, 1960 (c): The Hungarian Manufacturing Industry, its Place in Europe (1900–1938), Budapest.
–/–, German-Hungarian Relations Following Hitler's Rise to Power (1933–1934), in: AH 8 (1961), S. 313–346.
–/–, A munkásoszály összetétele és helyzete az ellenforradalmi rendszer elsö évtizedében, 1919–1929, in: PtK 10 (1964/3), S. 74–113 *(Zusammensetzung und Lage der Arbeiterklasse im ersten Jahrzehnt des gegenrevolutionären Systems 1919–1929).*
–/–, Infláció és elzárkózási irányzatok Magyarországon az elsö világháború után (1921–1924), in: Sz 98 (1964), S. 661–686 *(Inflation und Isolierungstendenzen in Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg, 1921–1924).*
–/–, Die Struktur der ungarischen Gesellschaft nach dem ersten Weltkrieg, in: Acta Universitatis Debreceniensis, Ser. hist. 4, 1965, S. 95–131.
–/–, 1972: Hundert Jahre ungarische Wirtschaft, Budapest.
–/–, 1974: Hungary, a Century of Economic Development, Newton Abbot.
–/–, Ungarn und die „Lebensraum"-Politik des deutschen Faschismus an der Schwelle des zweiten Weltkrieges, in: Ungarn im zweiten Weltkrieg, 1978, S. 9–25.
–/–, 1980: Underdevelopment in Europe in the Context of East-West-Relations in the 19th Century, Budapest.
–/–, 1982: The European Periphery and Industrialization 1780–1914, Budapest.
–/*Szuhay, Miklós,* 1973: A tökés gazdaság története Magyarországon 1848–1944, Budapest *(Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft in Ungarn 1848–1944).*
Bernath, Mathias/von Schroeder, Felix (Hg.), 1974–1981: Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, 4 Bände, München.
Bibó, István, 1960: Harmadik út. Politikai és történeti tanulmányok, London *(Der Dritte Weg. Politische und historische Studien).*
Bihl, Wolfdieter, Zur nationalsozialistischen Ungarnpolitik 1940/41, in: Österreichische Osthefte 11 (1969), S. 21–26.
Birn, Ruth Bettina, 1986: Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf.

Bölöny, József, 1978: Magyarország kormányai 1848–1975, Budapest *(Ungarns Regierungen 1848–1975).*

Bogdan, Henry, 1979: La question royale en Hongrie au lendemain de la première guerre mondiale, Louvain.

von Bogyay, Thomas, 1977: Grundzüge der Geschichte Ungarns, 3. überarbeitete Auflage, Darmstadt.

Boldizsár, Iván, 1949: A másik Magyarország. A magyar ellenállási mozgalom története, Budapest *(Das andere Ungarn. Geschichte der ungarischen Widerstandsbewegung).*

Borbándi, Gyula, Geistige Bewegungen in Ungarn zwischen den beiden Weltkriegen, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 131–147.

–, 1976: Der ungarische Populismus, Mainz.

Borejsza, Jerzy W., Die Rivalität zwischen Faschismus und Nationalsozialismus in Ostmitteleuropa, in: VfZ 29 (1981), S. 579–614.

Borsányi, Julián, 1978: Das Rätsel des Bombenangriffs auf Kaschau 26. Juni 1941. Wie wurde Ungarn in den Zweiten Weltkrieg hineingerissen: Ein dokumentarischer Bericht, München.

Borsody, Stephen, 1980: The Tragedy of Central Europe: Nazi und Soviet Conquest and Aftermath, 3. Auflage, New Haven, (1. Auflage unter dem Titel: The Triumph of Tyranny. The Nazi and Soviet Conquest of Central Europe, London 1960).

Both, Gerhard, Soziale ‚Basis' und Typologie der österreichischen Faschismen im innerösterreichischen und europäischen Vergleich, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1980/81. Faschismus in Österreich und international, S. 15–77.

Braham, Randolph L., Hungarian Jewry: An Historical Retrospect, in: JCEA 20 (1960), S. 2–23.

–, 1962: The Hungarian Jewish Catastrophe. A Selected and Annotated Bibliography, Jerusalem.

–, 1977: The Hungarian Labor Service System, 1939–1945, New York.

–, 1981: The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary, 2 Bände, New York.

–, (Hg.), 1966–1973: Hungarian-Jewish Studies, 3 Bände, New York.

Brausch, Gerd, 1956: Deutschland – Ungarn. Die diplomatischen Beziehungen vom Herbst 1937–Frühjahr 1939, Göttingen.

Broszat, Martin, Das deutsch-ungarische Verhältnis und die ungarische Judenpolitik 1938–1941, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, 1958, S. 183–199.

–, Die jüdischen Arbeitskompanien in Ungarn, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, 1958, S. 200–213.

–, Das deutsch-ungarische Machtverhältnis nach dem 19.3.1944 und die antijüdischen Maßnahmen in Ungarn, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, 1958, S. 214–220.

–, Faschismus und Kollaboration in Ostmitteleuropa zwischen den Weltkriegen, in: VfZ 14 (1966), S. 225–251.

–, Deutschland – Ungarn – Rumänien. Entwicklung und Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegemonial- und Bündnispolitik 1938–1941, in: HZ 206 (1968), S. 45–96.

Buchheim, Hans, Die Höheren SS- und Polizeiführer, in: VfZ 11 (1963), S. 362–391.

Buzás, József, 1961: Magyarország külkereskedelme, Budapest *(Ungarns Außenhandel).*

Cassirer, Ernst, 1949: Vom Mythus des Staates, Zürich.

Cohen, Asher, He-Halutz Underground in Hungary. March–August 1944 (based on testimony of survivers), in: Yad Vashem Studies 14 (1982), S. 247–267.

Conway, John S., Der Holocaust in Ungarn. Neue Kontroversen und Überlegungen, in: VfZ 32 (1984), S. 179–212.

Conze, Werner, Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor und nach 1919, in: VfZ 1 (1953), S. 319–338.

Csatári, Dániel, 1968 (a): Román-magyar kapcsolatok. Történelmi vázlat, Budapest *(Rumänisch-ungarische Beziehungen. Historische Skizze).*

–, 1968 (b): Forgószélben, Magyar-román viszony 1940–1945, Budapest *(Im Wirbelwind. Das ungarisch-rumänische Verhältnis 1940–1945).*

–, A második bécsi döntés és a nemzetiségi kérdés, in: Tanulmányok Kelet-Európa történetéből, Budapest 1972, S. 205–244 *(Der zweite Wiener Schiedsspruch und die Nationalitätenfrage).*

–, 1974: Dans la tourmente. Les relations hungaro-roumaines de 1940 à 1945, Budapest.

Csizmadia, Andor, 1971: Rechtliche Beziehungen von Staat und Kirche in Ungarn vor 1944, Budapest.

–, 1976: A magyar közigazgatása fejlödése a XVIII. századtól a tanácsrendszer létrejöttéig, Budapest *(Die Entwicklung der ungarischen Verwaltung vom 18. Jahrhundert bis zur Entstehung des Rätesystems).*

–, Das ungarische Verwaltungswesen in seiner Entwicklung zwischen den beiden Weltkriegen, in: Études Historiques Hongroises 1 (1985), S. 103–134.

–/*Kovács, Kálmán/Asztalos, László,* 1978: Magyar állam és jögtörténet, 2. Auflage, Budapest *(Ungarische Staats- und Rechtsgeschichte).*

Csöppüs, István, Die Entwicklung des ungarischen Agrarexports nach Deutschland zur Zeit des Zweiten Weltkriegs 1938 bis 1944, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 31 (1983), S. 57–69.

Czebe, Jenö/Pethö, Tibor, 1946: Hungary in World War II. A Military History of the Years of War, Budapest.

Darvas, József, 1960: Város az ingoványon, 3. Auflage, Budapest *(Stadt auf dem Sumpf).*

Deák, István, Hungary, in: *Rogger/Weber,* 1966, S. 364–407.

–, The Social and Psychological Consequences of the Disintegration of Austria-Habsburg 1918, in: Österreichische Osthefte 22 (1980), S. 22–31.

Degré, Alajos, Kisérlet a jobboldali pártegység megteremtésére Zala magyében 1944 nyarán, in: Sz 98 (1964), S. 1188–1195 *(Versuch zur Einheitsbildung der Rechtsparteien im Komitat Zala im Sommer 1944).*

Deutsch, Karl W., Soziale Mobilisierung und politische Entwicklung, in: *Zapf,* 1969, S. 329–350.

Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart:

Band 1, 1979: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik.

Band 2, 1979: Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent.

Band 3, 1984: Der Mittelmeerraum und Südosteuropa.

Band 4, 1983: Der Angriff auf die Sowjetunion (+ Beiheft mit Kartenskizzen).

Diner, Dan, „Grundbuch des Planeten". Zur Geopolitik Karl Haushofers, in: VfZ 32 (1984), S. 1–28.

Dombrády, Lóránt, 1981: A magyar gazdaság és hadfelszerelés 1938–1944, Budapest *(Die ungarische Wirtschaft und Kriegsaufrüstung 1938–1944).*

Door, Rochus, Zur Vorgeschichte der deutschen Besetzung Ungarns am 19. März 1944, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas 10 (1967), S. 107–131.

–, Der Weg von Horthy zu Szálasi vor dem Hintergrund der deutschfaschistischen Ungarnpolitik (Sommer/Herbst 1944), in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas 12 (1968), S. 193–223.

–, Wesen und Besonderheiten des faschistischen deutschen Besatzungsregimes in Ungarn, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 15 (1971), S. 37–56.

–, 1981: Neueste Geschichte Ungarns. Von 1917 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost).

Dósa, Rudolfné, 1972: A MOVE. Egy jellegzetes magyar fasiszta szervezet 1918–1944, Budapest *(Die MOVE. Eine typische ungarische faschistische Organisation 1918–1944).*

Dreisziger, N. F., New Twist to an Old Riddle: The Bombing of Kassa (Kosice), June 26, 1941, in: JMH 44 (1972), S. 232–242.

Eckhart, Ferenc, 1946: Magyar alkotmány- és jogtörténet, München *(Ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte).*

Emmerich, András, 1974: Entstehung und Entwicklung der sogenannten ‚Völkischen Bewegung' in Ungarn (1920–1956), Wien.

Erös, János, Hungary, in: *Woolf,* 1970, S. 111–145.

d'Eszlary, Charles, 1959–1965: Histoire des institutions publiques hongroises, Paris.

Études Historiques Hongroises, 1985: publieés à l'occasion du XVI[e] Congrès International des Sciences Historiques par le Comité National des Historiens Hongrois, 3 Bände, Budapest.

Farkas, Gábor, 1980: Politikai viszonyok Fejér megyében 1919–1945, Budapest *(Politische Verhältnisse im Komitat Fejér 1919–1945).*

Fehér, István, 1983: A bonyhádi hüségmozgalom történetéhez, Budapest *(Zur Geschichte der Treuebewegung in Bonyhád).*

Fenyo, Mario D., 1972: Hitler, Horthy and Hungary. German-Hungarian Relations 1941–1944, New Haven.

Fiala, Ferenc, 1965: Zavaros évek ... A Horthy-korszaktól Kádár Jánosig, London *(Unruhige Jahre ... Von der Horthy-Ära bis zu János Kádár).*

Fischer, Holger, 1982: Politik und Geschichtswissenschaft in Ungarn. Die ungarische Geschichte von 1918 bis zur Gegenwart in der Historiographie seit 1956, München.

Flora, Peter, 1974: Modernisierungsforschung. Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, Opladen.

Förster, Jürgen, Die Entscheidungen der „Dreierpaktstaaten": Ungarn, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg 4, 1983, S. 347–360.

Fuchs, Werner, u.a. (Hg.), 1973: Lexikon zur Soziologie, Opladen.

Gastony, Endre Béla, 1971: Revisionist Hungarian Foreign Policy and the Third Reich's Advance to the East, 1933–1939, Ann Arbor.

Gáti, Charles G., 1965: The Populist Current in Hungarian Politics, 1935–1944, Indiana.

Gazsi, József, A Honvédelmi Minisztérium a nyilas puccs után, in: LSz 14 (1964), S. 119–152 *(Das Verteidigungsministerium nach dem Pfeilkreuzlerputsch).*

–, Politikai megkülönböztetés a Horthy-hadseregben 1919–1945, in: HK 14 (1972), S. 505–543 *(Politische Unterscheidungen in der Horthy-Armee 1919–1945).*

Geleji, Dezsö, 1945: Magyarország 1944-ben. Történelmi riportsorozat Magyarország tragédiájának kulisszatitkaiból 1944. március 19-töl október 15-ig, Budapest *(Ungarn 1944. Historische Reportagereihe über die Kulissengeheimnisse der Tragödie Ungarns vom 19. März bis 15. Oktober 1944).*

Gellért, Gábor, 1967: Lázas nyár. 1944. március 19. – 1944. október 15. Történelmi riportok, Budapest *(Fiebriger Sommer. 19. März 1944–15. Oktober 1944. Historische Reportagen).*

Genuneit, Jürgen, Methodische Probleme der quantitativen Analyse früher NSDAP-Mitgliederlisten, in: *Mann*, 1980, S. 34–66.

Gergely, Ferenc/Kiss, György, 1976: Horthy Leventei. A Levente-intézmény története, Budapest *(Horthys Levente. Geschichte der Levente-Institution).*

Gergely, Jenö, L'église catholique de Hongrie et le fascisme, in: Etudes Historiques Hongroises 1, 1985, S. 259–284.

Gerschenkron, Alexander, 1962: Economic Backwardness in Historical Perspective, Cambridge/Mass.

Glatz, Ferenc/Stier, Miklós, Megyei küzdelmek a gömbösi reformtörekvések körül, in: TSz 14 (1971), S. 157–188 *(Kämpfe in den Komitaten um Gömbös' Reformbestrebungen).*

Gollwitzer, Heinz (Hg.), 1977: Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, Stuttgart.

Gosztony, Peter, 1964: Der Kampf um Budapest 1944/45, München.

–, 1969: Endkampf an der Donau 1944/45, Wien.

–, 1973: Miklós von Horthy, Admiral und Reichsverweser, Göttingen.

–, Die handelnden Persönlichkeiten von Staat, Kirche und Armee 1919–1939, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 59–71.

–, Ungarns militärische Rolle im Zweiten Weltkrieg, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 26 (1977), S. 158–165; 30 (1981), S. 152–160, 183–189; 31 (1982), S. 157–164.

–, Hungary's Army in the Second World War, in: *Ránki*, 1984 (b), S. 221–260.

Granier, Gerhard/Henke, Joseph/Oldenhage, Klaus, 1977: Das Bundesarchiv und seine Bestände, 3. Auflage, Boppard.

Guide to the Collection of Hungarian Political and Military Records, 1909–1945, 1972: hg. von The National Archives, Washington.

Gunst, Péter, 1970: A mezögazdasági termelés története Magyarországon 1920–1938, Budapest *(Geschichte der landwirtschaftlichen Produktion in Ungarn 1920–1938).*

–, La production agricole en Hongrie entre les deux guerres mondiales, in: AH 20 (1974), S. 103–136.

–, 1977: Einige Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Osteuropas, Köln.

–, Politisches System und Agrarstruktur in Ungarn 1900–1945, in: VfZ 29 (1981), S. 397–419.

Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, 1958, München.

Hajpál, Gyula, 1973: Áralakulás a két világháború között. Mezögazdasági termékek ára, Budapest *(Die Preisentwicklung zwischen den beiden Weltkriegen. Die Preise für Agrarprodukte).*

Hanák, Péter, Skizzen über die ungarische Gesellschaft am Anfang des 20. Jahrhunderts, in: AH 10 (1964), S. 1–47.

–/*Lackó, Miklós/Ránki, György,* Gazdaság, társadalom, társadalmi-politikai gondolkodás Magyarországon a kapitalizmus korában, in: TSz 12 (1969), S. 283–336 *(Wirtschaft, Gesellschaft, gesellschaftspolitisches Denken in Ungarn im Zeitalter des Kapitalismus).*

Handler, Andrew, 1980: Blood Libel at Tiszaeszlár, New York.

Heinen, Armin, 1986: Die Legion ‚Erzengel Michael' in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation. Ein Beitrag zum Problem des internationalen Faschismus, München.

–, Faschismus als Reflex und Voraussetzung autoritäter Herrschaft in Rumänien, in: GG 12 (1986), S. 139–162.

Hellwing, I. A., 1972: Der konfessionelle Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Österreich, Wien.

Henney, Arpád, 1957: Mi a Hungarizmus? Lauterbach *(Was ist der Hungarismus?).*

–, La Bataille de Budapest en 1944 et ses conséquences pour l'Europe, in: Défence de l'Occident 166 (1979), S. 33–49.

Hennis, Wilhelm, 1973: Die mißverstandene Demokratie. Demokratie – Verfassung – Parlament. Studien zu deutschen Problemen, Freiburg.

Hertz, Frederick, 1947: The Economic Problem of the Danubian States, London.

Hilberg, Raul, 1982: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin.

Hillgruber, Andreas, Deutschland und Ungarn 1933–1944, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 9 (1959), S. 651–676.

–, 1965: Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938–1944, 2. Auflage, Wiesbaden.

–, Das deutsch-ungarische Verhältnis im letzten Kriegsjahr. Vom Unternehmen „Margarethe I" (19. März 1944) bis zur Räumung Ungarns durch die deutschen Truppen (4. April 1945), in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 10 (1960), S. 78–104.

Himler, Márton, 1958: Igy néztek ki a magyar nemzet sirásói. A magyar háborús bünösök amerikaiak elött tett vallomásának hiteles szövege, New York *(So sahen die Totengräber der ungarischen Nation aus. Der authentische Text der Aussagen der ungarischen Kriegsverbrecher vor den Amerikanern).*

History of the Hungarian Nation, 1969: hg. vom Danubian Research Center, Astor Park/Florida.

Hitchins, Keith, Hungarica 1961–1974, 1981: Literaturbericht über Neuerscheinungen zur Geschichte Ungarns von den Arpaden bis 1970 (= HZ, Sonderheft 9), München.

Hoensch, Jörg K., 1967: Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakai, Tübingen.

–, 1984: Geschichte Ungarns 1867–1983, Stuttgart.

Hollós, Ervin, 1971: Rendörség, csendörség, VKF 2, Budapest *(Polizei, Gendarmerie, Generalstab).*

Horváth, József/Nemes, János/Pintér, István/Szabó, László, 1958: Az utolsó felvonás, Budapest *(Der letzte Akt).*

Huntington, Samuel P., Social and Institutional Dynamics of One-Party Systems, in: *Huntington/Moore,* 1970, S. 3–47.

–/*Moore, Clement H.* (Hg.), 1970: Authoritarian Politics in Modern Society: The Dynamics of Established One-Party Systems, New York.

–/–, Conclusion: Authoritarianism, Democracy and One-Party Politics, in: *Huntington/Moore,* 1970, S. 509–517.

Incze, Miklós, 1955: Az 1929–1933-évi világgazdasági válság hatása Magyarországon, Budapest *(Die Wirkung der Weltwirtschaftskrise 1929–1933 in Ungarn).*

–, The Condition of the Masses in Hungary during the World Economic Crisis of 1929–1933, in: AH 3 (1959), S. 1–93.

Jacobsen, Hans Adolf, 1979: Karl Haushofer. Leben und Werk, 2 Bände, Boppard.

Jahrbuch für Zeitgeschichte 1980/81: Faschismus in Österreich und international, 1982: hg. von der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, Wien.

Jámbor, Lajosné, Magyarország földterülete müvelési ágak és gazdaságnagyság-csoportok szerint 1853–1949, in: Történeti statisztikai évkönyv 1963/64, S. 218–235 *(Ungarns landwirtschaftliche Nutzfläche nach Anbauzweigen und Betriebsgrößen 1853–1949).*

Janos, Andrew C., The One-Party State and Social Mobilization: East Europe Between the Wars, in: *Huntington/Moore,* 1970, S. 204–236.

–, Modernization and Decay in Historical Perspective: the Case of Romania, in: *Jowitt,* 1978, S. 72–116.

–, 1982: The Politics of Backwardness in Hungary 1825–1945, Princeton.

Jaschke, Hans-Gerd, 1982: Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus. Studien zur Bonapartismustheorie, Opladen.

Jaworski, Rudolf, Nationalismus und Ökonomie als Probleme der Geschichte Ostmitteleuropas im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: GG 8 (1982), S. 184–204.

Jowitt, Kenneth (Hg.), 1978: Social Change in Romania, 1860–1940: A Debate on Development in a European Nation, Berkeley.

–, The Sociocultural Bases of National Dependency in Peasant Countries, in: *Jowitt,* 1978, S. 1–30.

Juhász, Gyula, Beiträge zu Ungarns Außenpolitik in den Tagen des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges, August–September 1939, in: AH 7 (1961), S. 137–174.

–, 1964: A Teleki-kormány külpolitikája 1939–1941, Budapest *(Die Außenpolitik der Teleki-Regierung 1939–1941).*

–, Politikai és diplomácia-történeti irodalom Magyarország második világháborús történetéröl, in: TSz 16 (1973), S. 312–329 *(Politik- und diplomatiegeschichtliche Literatur zur Geschichte Ungarns im Zweiten Weltkrieg).*

–, 1979: Hungarian Foreign Policy, 1919–1945, Budapest (= englische Übersetzung von: Magyarország külpolitikája 1919–1945, Budapest 1969).

–, 1983: Uralkodó eszmék Magyarországon 1939–1944, Budapest *(Herrschende Ideen in Ungarn 1939–1944).*

–, A német-magyar viszony néhány kérdése a második világháború alatt, in: TSz 27

(1984), S. 269–278 *(Einige Fragen des deutsch-ungarischen Verhältnisses während des Zweiten Weltkriegs).*

Kállai, Gyula, 1965: A magyar függetlenségi mozgalom 1936–1945, 5. überarbeitete Auflage, Budapest *(Die ungarische Unabhängigkeitsbewegung 1936–1945).*

Kanyar, József, 1970: Somogy a felszabadulás napjaiban 1944–1945, Kaposvár *(Somogy in den Tagen der Befreiung 1944–1945).*

Karady, Victor/Kemény, István, Les Juifs dans la structure des classes en Hongrie: Essai sur les antécédents historiques des crises d'antisémitisme du XX^{e} siècle, in: Actes de la Recherche en Sciences Sociales 22 (1978), S. 25–59.

Kardos, József, A királyi nélküli királyság a szent korona jegyében, in: *Pölöskei/Ránki,* 1981, S. 438–469 *(Das Königtum ohne König im Zeichen der Heiligen Krone).*

–, Die Rolle der Idee von der Heiligen Krone in Ungarn in den Jahren 1919–1921, in: Études Historiques Hongroises 1 (1985), S. 523–545.

Karsai, Elek, 1963: A budai Sándor-palotában történt, 1919–1941, Budapest *(Es geschah im Budaer Sándor-Palast, 1919–1941).*

–, Edmund Veesenmayer's Reports to Hitler on Hungary in 1943, in: NHQu 5 (1964), S. 146–153.

–, 1965: A budai vártól a gyepüig, 1919–1945, Budapest *(Von der Budaer Burg bis in die Grenzmark, 1919–1945).*

–, 1977: Itél a nép, Budapest *(Es urteilt das Volk).*

–/*Szinai, Miklós,* A Weiss Manfréd vagyon német kézbe kerülése, in: Sz 95 (1961), S. 680–719 *(Wie das Manfred-Weiss-Vermögen in deutsche Hände gelangte).*

Katzburg, Nathaniel, Hungarian Jewry in Modern Times. Political and Social Aspects, in: *Braham,* 1966, S. 137–170.

–, 1981: Hungary and the Jews. Policy and Legislation 1920–1943, Ramat-Gan.

Kelemen, István, 1946: Interjúk a rács mögött. Beszélgetések a háborús föbünösökkel, Budapest *(Interviews hinter Gittern. Gespräche mit den Hauptkriegsverbrechern).*

Kelet-Közép-Európa a második világháborúban, 1973: Themenheft der TSz 16/3–4, S. 289 ff. *(Ostmitteleuropa im Zweiten Weltkrieg).*

Kerekes, Lajos, Olaszország, Magyarország és az osztrák Heimwehr-Bewegung, 1920–1930, in: TSz 4 (1961), S. 199–216 *(Italien, Ungarn und die österreichische Heimwehr-Bewegung, 1920–1930).*

–, 1966: Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien.

–, 1973: Az elsö osztrák köztársaság alkonya. Mussolini, Gömbös és a osztrák Heimwehr, Budapest *(Abenddämmerung der ersten österreichischen Republik. Mussolini, Gömbös und die österreichische Heimwehr).*

Kertész, Stephen D., 1953: Diplomacy in a Whirlpool. Hungary Between Nazi Germany and Soviet Russia, Notre Dame/Indiana.

–, (Hg.), 1956: The Fate of East Central Europe. Hopes and Failures of American Foreign Policy, Notre Dame/Indiana.

Király, Béla K., Democratic Peasant Movements in Hungary in the Twentieth Century, in: *Gollwitzer,* 1977, S. 403–436.

Király, Péter, Geschichte des ungarischen Wortes Paraszt, ‚Bauer', in: Acta Linguistica 3 (1953), S. 63–123.

Kis, Aladár, Die Außenpolitik der Imrédy-Regierung (Nov. 1938 bis Febr. 1939), in: AUSB 3 (1961), S. 235–286.

–, 1963: Magyarország külpolitikája a második világháború elöestéjen, (1938 november–1939 szeptember), Budapest *(Ungarns Außenpolitik am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, November 1938–September 1939).*

–/*Erdödy, Gábor,* Der ungarische Faschismus. Auseinandersetzungen und Forschungen über den Charakter und die Natur des ungarischen Faschismus, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1980/81: Faschismus in Österreich und international, S. 139–149.

Klein, Bernard, Hungarian Politics and the Jewish Question in the Inter-War Period, in: JSS 28 (1966), S. 79–98.

–, Anti-Jewish Demonstrations in Hungarian Universities 1932–1936: István Bethlen vs. Gyula Gömbös, in: JSS 44 (1982), S. 113–124.

Klocke, Helmut, Die Sozialstruktur Ungarns im Zeitraum 1920–1933 mit besonderer Berücksichtigung der agrarischen Gesellschaft, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 72–120.

–, Die Pfeilkreuzlerherrschaft in Ungarn (16. Oktober 1944–4. April 1945), in: Ungarn-Jahrbuch 8 (1977), S. 129–154.

–, Gesellschaftliche Kräfte und ungeschriebene Verfassungswirklichkeit in Ungarn 1933–1938, in: Ungarn-Jahrbuch 9 (1978), S. 159–195.

Kocka, Jürgen, 1977: Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890–1940 im internationalen Vergleich, Göttingen.

–, Ursachen des Nationalsozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 25 (1980), S. 3–15.

Komlós, József, 1961: Elárult ország, Budapest *(Verratenes Land).*

Konkoly, Kálmán, Waren Ungarns Pfeilkreuzler Nazis? in: Politische Studien 17 (1966), S. 304–316.

Kónya, Sándor, 1968: Gömbös kisérlete totális fasiszta diktatúra megteremtésére, Budapest *(Gömbös' Versuch zur Errichtung einer totalen faschistischen Diktatur).*

–, To the Attempt to Establish Totalitarian Fascism in Hungary 1934–1935, in: AH 15 (1969), S. 299–334.

–, Változások a magyar államrendszerben a harmincas években, in: *Pölöskei/Ránki,* 1981, S. 362–387 *(Veränderungen in der ungarischen Staatsordnung in den dreißiger Jahren).*

Koós, Kálmán, 1960: Voltunk, vagyunk, leszünk, Buenos Aires *(Wir waren, sind und werden sein).*

Korbuly, Dezsö, Ungarns Eintritt in den Zweiten Weltkrieg, in: Der Donauraum 16 (1971), S. 18–27.

–, Zusammenbruch und Neubeginn in Ungarn. Die Ereignisse im Winter 1944/45, in: Österreichische Osthefte 16 (1974), S. 23–33.

–, Ottokár Prohászka (1857–1927) – Repräsentant und Idol des politischen Katholizismus in Ungarn, in: Der Donauraum 21 (1976), S. 70–80.

–, Die liberale Bewegung in Ungarn zwischen den Weltkriegen, in: Der Donauraum 23 (1978), S. 62–71.

–, Der politische Katholizismus in Ungarn zwischen den Weltkriegen, in: Österreichische Osthefte 23 (1981), S. 38–52.

–, Die Lage der deutschen Minderheit in Ungarn zwischen den Weltkriegen (1919–1938), in: Der Donauraum 26 (1981), S. 9–22.

Korom, Mihály, 1961: A fasizmus bukása Magyarországon. A népi demokratikus átalakulás feltételeinek létrejötte 1943–1945, Budapest *(Der Sturz des Faschismus in Ungarn. Die Entstehung der Bedingungen für die volksdemokratische Umgestaltung 1943–1945).*

–, Horthy kisérlete a háborúból való kiválásra és a szövetséges nagyhatalmak politikája, in: Sz 108 (1974), S. 836–878, 1062–1109 *(Horthys Versuch, aus dem Krieg auszuscheiden, und die Politik der alliierten Großmächte).*

–, Magyar átállási lehetöségek és tervek 1944. október végén és novemberben, in: HK 21 (1974), S. 232–305 *(Ungarische Möglichkeiten und Pläne zum Übertritt Ende Oktober und im November 1944).*

–, Möglichkeiten und Absichten einer ungarischen Umstellung in der zweiten Hälfte des Monats Oktober 1944, in: AUSB 15 (1974), S. 167–194.

–, Die Kriegszielsetzung der antifaschistischen Großmächte und die Möglichkeiten für einen Austritt aus der faschistischen Koalition im Jahre 1944, in: AUSB 16 (1975), S. 201–288.

–, 1981: Magyarország ideiglenes nemzeti kormánya és a fegyverszünet (1944–1945), Budapest *(Ungarns provisorische Nationalregierung und der Waffenstillstand 1944–1945).*

Kosa, John, Hungarian Society in the Time of the Regency (1920–1944), in: JCEA 16 (1956), S. 253–265.

Kovács, Endre, 1971: Magyar-lengyel kapcsolatok a két világháború között, Budapest *(Ungarisch-polnische Verbindungen zwischen den beiden Weltkriegen).*

Kovács, Imre, 1948: Im Schatten der Sowjets, Zürich.

Kovrig, Béla, 1954: Hungarian Social Policies, 1920–1945, New York.

von Krusenstjern, Benigna, 1981: Die ungarische Kleinlandwirtepartei (1909–1922/29), München.

Kubitsch, Imre, 1965: A magyar bányamunkásság küzdelmei (1919–1933), Budapest *(Die Kämpfe der ungarischen Bergarbeiterschaft 1919–1933).*

Kun, József, Magyarország német katonai megszállásának elökészítése és lefolyása, 1943 szeptember–1944 március, in: HK 10 (1963/1), S. 37–84 *(Vorbereitung und Ablauf der deutschen militärischen Besetzung Ungarns, September 1943–März 1944).*

Lackó, Miklós, 1958: Adalékok a budapesti munkásság összetételéhez az 1920-as évek végén, Budapest *(Beiträge zur Zusammensetzung der Budapester Arbeiterschaft am Ende der 1920er Jahre).*

–, La naissance de la démocratie populaire hongroise 1944–1946, in: AH 7 (1960), S. 1–61.

–, 1961: Ipari munkásságunk összetételének alakulása, 1867–1949, Budapest *(Die Entwicklung der Zusammensetzung unserer Arbeiterschaft, 1867–1949).*

–, Vázlat a szélsöjobboldali mozgalmak társadalmi hátteréröl Magyarországon az 1930-as években, in: TSz 5 (1962), S. 449–469 *(Skizze des sozialen Hintergrundes der rechtsextremen Bewegungen in Ungarn in den 1930er Jahren).*

–, A magyarországi nyilas mozgalom történetéhez (1935–1937), in: Sz 97 (1963), S. 782–809 *(Zur Geschichte der Pfeilkreuzlerbewegung Ungarns, 1935–1937).*

–, 1966: Nyilasok, nemzetiszocialisták 1935–1944, Budapest *(Pfeilkreuzler, Nationalsozialisten 1935–1944).*

–, 1969: Arrow-Cross Men, National Socialists 1935–1944, Budapest.

–, Ostmitteleuropäischer Faschismus. Ein Beitrag zur allgemeinen Faschismus-Definition, in: VfZ 21 (1973), S. 39–51.

–, A keresztény nemzeti gondolat formaváltozásai az 1930-as években, in: új írás 14 (1974/10), S. 105–117 *(Veränderungen der christlich-nationalen Idee in den 1930er Jahren).*

–, 1975: Válságok – valasztások. Történeti tanulmányok a két háború közötti Magyarországról, Budapest *(Krisen – Wahlen. Historische Studien über Ungarn zwischen den Kriegen).*

–, The Social Roots of Hungarian Fascism: the Arrow Cross, in: *Larsen/Hagtvet/Myklebust,* 1980, S. 395–400.

Laor, Eran, 1972: Vergangen und ausgelöscht. Erinnerungen an das slowakisch-ungarische Judentum, Stuttgart.

Laqueur, Walter/Mosse, George L. (Hg.), 1966: Internationaler Faschismus 1920–1945 (Buchausgabe des „Journal of Contemporary History"), München.

–, (Hg.), 1976: Fascism. A Reader's Guide. Analyses, Interpretations, Bibliography, Berkeley.

Larsen, Stein Ugelvik/Hagtvet, Bernt/Myklebust, Jan Petter (Hg.), 1980: Who Were the Fascists? Social Roots of European Fascism, Bergen.

Lasswell, Harold, D., The Fascists: the Changing Italian Elite (1937), in: *Lasswell/Lerner,* 1965, S. 179–193.

–/*Lerner, Daniel,* 1965: World Revolutionary Elites. Studies in Coercive Ideological Movements, Cambridge/Mass.

László, Ernö, Hungarian Jewry: Settlement and Demography, 1735–38 to 1910, in: *Braham,* 1966, S. 61–136.

–, Hungary's Jewry: A Demographic Overview, 1918–1945, in: *Braham,* 1969, S. 137–182.

László, László T., Szellemi honvédelem. Katolikus demokrata mozgalmak és az egyházak ellenállása a második világháború idején Magyarországon, in: Katolikus Szemle, 1980, Rom *(Geistige Landesverteidigung. Katholische demokratische Bewegungen und der Widerstand der Kirchen zur Zeit des Zweiten Weltkriegs in Ungarn).*

Ledeen, Michael Arthur, 1972: Universal Fascism. The Theory and Practice of the Fascist International, 1928–1936, New York.

Legters, Lyman H., Introduction, in: *Sugar,* 1971, S. 3–11.

Lehmann, Hans Georg, Unternehmen Panzerfaust. Der Putsch der SS in Budapest am 15. Oktober 1944, in: Ungarn-Jahrbuch 5 (1973), S. 215–231.

–, 1975: Der Reichsverweser-Stellvertreter. Horthys gescheiterte Planung einer Dynastie, Mainz.

Lepsius, M. Rainer, Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: *Gerhard A. Ritter* (Hg.), 1973: Deutsche Parteien vor 1918, Köln, S. 56–80.

Lerner, Daniel, The Nazi Elite, in: *Lasswell/Lerner,* 1965, S. 194–318.

–, The Coercive Ideologists in Perspective, in: *Lasswell/Lerner,* 1965, S. 456–468.

Lévai, Jenö, 1945 (a): Horogkereszt – kaszáskereszt – nyilaskereszt, Budapest *(Hakenkreuz – Sensenkreuz – Pfeilkreuz).*

–, 1945 (b): A Margit-körúti vészbírák ..., Budapest *(Die Femerichter vom Margarethenring).*

–, Research Facilities in Hungary Concerning the Catastrophe Period, in: *Braham,* 1966, S. 261–293.

–, The War Crimes Trials Relating to Hungary, in: *Braham,* 1969, S. 253–296.

–, The War Crimes Trials Relating to Hungary: A Follow-Up, in: *Braham,* 1973, S. 251–290.

Levéltári Leltárak (LL) *(Archivinventare):*

LL 8, 1958: A miniszterelnökség levéltára 1867–1944. Repertórium, hg. von *László Szücs,* Budapest *(Archivinventar des Ministerpräsidiums 1867–1944. Repertorium).*

LL 23, 1964: Magyar Országos Levéltár. Sajtó Levéltár, 1897/1920–1944/1950. Repertórium, hg. von *István Bekény,* Budapest *(Ungarisches Landesarchiv. Pressearchiv 1897/1920–1944/1950. Repertorium).*

LL 44, 1968, LL 47, 1969: Magyar Országos Levéltár, P Szekció. Kisebb családi és személyi fondok, hg. von *István Bakács* und *Frau László Dávid,* Budapest *(Ungarisches Landesarchiv. Sektion P: Kleinere Familien- und Personenbestände).*

LL 51, 1970: Magyar Országos Levéltár, P Szekció. Kisebb testületi, egyesületi és intézményi fondok, hg. von *István Bakács,* Budapest *(Kleinere Bestände von Körperschaften, Vereinigungen und Institutionen).*

LL 53, 1971: Magyar Országos Levéltár, P Szekció. Kisebb családi és személyi fondok, hg. von *István Bakacs,* Budapest *(Kleinere Familien- und Personenbestände).*

LL 58, 1973: A Belügyminisztériumi levéltár, 1867–1945/49, hg. von *Miklós Szinai,* Budapest *(Das Archiv des Innenministeriums, 1867–1945/49).*

LL 65, 1976: Magyar Országos Levéltár, P Szekció. Kisebb családi és személyi fondok, hg. von *Frau Gábor Pap/Frau Lajos Pataky,* Budapest *(Kleinere Familien- und Personenbestände).*

Linz, Juan, J., An Authoritarian Regime: Spain, in: *Erik Allardt/Stein Rokkan* (Hg.), 1970: Mass Politics. Studies in Political Sociology, New York, S. 251–283.

Lörinc, Péter, 1977: Harcban a földért. A magyar fasizmus jugoszláviai földbirtokpolitikája 1941–1944, Budapest *(Im Kampf um den Boden. Die Grundbesitzpolitik des ungarischen Faschismus in Jugoslawien 1941–1944).*

Lubasz, Heinz (Hg.), 1973: Fascism: Three Major Regimes, New York.

Macartney, Carlile A., 1957: October Fifteenth. A History of Modern Hungary 1929–1945, 2 Bände, Edinburgh.

–, 1962: Hungary. A Short History, Edinburgh.

–, 1971: Geschichte Ungarns, Stuttgart.

–, Hungarian Foreign Policy During the Inter-War Period, with Special Reference to the Jewish Question, in: *Vago/Mosse,* 1974, S. 125–136.

–/*Palmer, A. W.,* 1962: Independent Eastern Europe – A History, London.

Madaras, Éva/Niederhauser, Emil/Tokody, Gyula, Die Rolle Ungarns im zweiten Weltkrieg in der bürgerlichen französischen, englisch-amerikanischen und BRD-Geschichtsschreibung, in: Ungarn im Zweiten Weltkrieg, 1978, S. 55–98.

Magos, György, 1951: Az angol-amerikai monopoltöke szerepe a Horthy-fasizmus

megszilárdulásában, Budapest *(Die Rolle des englisch-amerikanischen Monopolkapitals bei der Stabilisierung des Horthy-Faschismus).*

Magyar életrajzi lexikon, 1967–1981: hg. von *Ágnes Kenyeres,* 3 Bände, Budapest *(Ungarisches biographisches Lexikon).*

Magyar értelmezö kéziszótár, 1972: hg. von *József Juhász* u.a., Budapest *(Ungarisches Bedeutungshandwörterbuch).*

A magyar nyelv értelmezö szótára, 1959–1962: hg. vom sprachwissenschaftlichen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, 7 Bände, Budapest *(Bedeutungswörterbuch der ungarischen Sprache).*

Magyarország története, 1964: hg. von *Erik Molnár/Ervin Pamlényi/György Székely,* 2 Bände, Budapest *(Geschichte Ungarns).*

Magyarország története 8, 1918–1919; 1919–1945, 1984: hg. von *György Ránki,* 2 Bände, 3. verbesserte Auflage, Budapest *(Geschichte Ungarns).*

Magyarország történeti kronológiája III, 1848–1944, 1983: hg. von *Kálmán Benda,* 2. verbesserte Auflage, Budapest *(Historische Chronologie Ungarns).*

Málnási, Ödön, 1958: Magyar mártyrok, 2. Auflage, London *(Ungarische Märtyrer).*

–, 1959: A magyar nemzet öszinte története, 2. erweiterte Auflage, München (1. Auflage 1937) *(Wahre Geschichte der ungarischen Nation).*

Mann, Reinhard (Hg.), 1980: Die Nationalsozialisten. Analysen faschistischer Bewegungen, Stuttgart.

Márkus, László, A bethleni kormányzati rendszer bukása, in: Sz 98 (1964), S. 42–71, 419–456 *(Der Sturz des Bethlenschen Regierungssystems).*

–, A Horthy-rendszer uralkodó elitjének jellegéröl (vita és hozzászólások), in: TSz 8 (1965), S. 449–468 *(Über den Charakter der herrschenden Elite des Horthy-Systems. Diskussion und Wortmeldungen).*

–, 1968: A Károlyi Gyula-kormány bel- és külpolitikája, Budapest *(Die Innen- und Außenpolitik der Regierung Gyula Károlyi).*

–, A kormányzati erök a bethleni uralmi koncepció szolgálatában, in: TSz 14 (1971), S. 465–482 *(Die Regierungskräfte im Dienst der Bethlenschen Herrschaftskonzeption).*

–, Über den Charakter der herrschenden Elite des Horthy-Regimes, in: AH 18 (1972), S. 119–147.

–, Aspetti e problemi della politica interna ungherese nel terzo decennio del novecento, in: Politico 45 (1980), S. 457–467.

–/*Vásárhelyi, M.,* Die Rolle der Presse in der Vorbereitung der Kriegspropaganda in der konterrevolutionären Periode, in: AH 25 (1979), S. 343–366.

Marschalkó, Lajos, 1957: Világhóditók. Az igazi háborús bünösök, München *(Welteroberer. Die wahren Kriegsverbrecher).*

Marton, Ernö, The Familiy Tree of Hungarian Jewry, in: *Braham,* 1966, S. 1–59.

Matzerath, Horst/Volkmann, Heinrich, Modernisierungstheorie und Nationalsozialismus, in: *Jürgen Kocka,* 1977: Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion, Göttingen, S. 86–116.

Mayer, Arno J., 1971: Dynamics of Counterrevolution in Europe 1870–1956, New York.

–, 1984: Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848–1914, München.

McCagg, William O., 1972: Jewish Nobels and Geniuses in Modern Hungary, New York.

–, Hungary's „Feudalized" Bourgeoisie, in: JMH 44 (1972), S. 65–78.

Michel, Henri, 1977: Les fascismes, o.O. (Paris).

Mikics, Lajos, 1981: Politika, úriság és becsület Horthys tisztikarában, Budapest *(Politik, Herrentum und Ehre in Horthys Offizierskorps).*

Montgomery, John F., 1947: Hungary – The Unwilling Satellite, New York.

Moore, Barrington, 1966: Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World, Boston (deutsch: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt, Frankfurt 1969).

Moore, Clement H., The Single Party as Source of Legitimacy, in: *Huntington/Moore*, 1970, S. 48–72.

Moore, Wilbert Ellis, 1945: Economic Demography of Eastern and Southern Europe, Genf.

Mosse, George L., Einführung: Die Entstehung des Faschismus, in: *Laqueur/Mosse*, 1966, S. 29–45.

–, (Hg.), 1979: International Fascism: New Thoughts and New Approaches, London.

Munkácsi, Ernö, 1947: Hogyan történt? Adatok és okmányok a magyar zsidóság tragédiájához, Budapest *(Wie geschah es? Daten und Dokumente zur Tragödie des ungarischen Judentums).*

Nagy, Kázmér, Negyven éve ... Szálasiék „országlása", rémuralma, in: Társadalmi Szemle 39 (Oktober 1984), S. 54–63 *(Vor vierzig Jahren ... „Regierung" und Schreckensherrschaft der Szálasi-Leute).*

Nagy, Zsuzsa L., 1972: A budapesti liberális ellenzék 1919–1944, Budapest *(Die liberale Opposition in Budapest 1919–1944).*

–, A liberális polgári ellenzék pártjai és szervezetei, 1919–1944, in: TSz 19 (1976), S. 335–360 *(Die Parteien und Organisationen der liberalen bürgerlichen Opposition).*

Nagy-Talavera, Nicholas M., 1970: The Green Shirts and the Others. A History of Fascism in Hungary and Rumania, Stanford.

Nemes, Dezsö, 1962: Az ellenforradalom története Magyarországon 1919–1921, Budapest *(Geschichte der Gegenrevolution in Ungarn 1919–1921).*

–, 1964: A Bethlen-kormány külpolitikája 1927–1931-ben. Az „aktív külpolitika" kifejlödése és kudarca, Budapest *(Die Außenpolitik der Bethlen-Regierung 1927–1931. Entwicklung und Scheitern der „aktiven Außenpolitik").*

–, 1976: A fasizmus kérdéséhez, Budapest *(Zur Frage des Faschismus).*

–, Die Lage Ungarns im zweiten Weltkrieg und am Vorabend der Befreiung, in: Ungarn im Zweiten Weltkrieg, 1978, S. 27–53.

Nemeskürthy, István, 1976: Untergang einer Armee, Berlin (Ost).

Niethammer, Lutz, Faschistische Bewegungen der Zwischenkriegszeit in Europa, in: Politische Bildung 5 (1972), S. 17–36.

Nógrád megye története 1919–1944, 1970: hg. von *Pál Molnár/Imre Szomszéd*, o.O., o.J. (Salgótarján) *(Geschichte des Komitats Nógrád 1919–1944).*

Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hg.), 1982: Handbuch der Dritten Welt, Band 1: Unterentwicklung und Entwicklung: Theorien – Strategien – Indikatoren, 2. überarbeitete Auflage, Hamburg.

–/–, Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung. Probleme der Messung und quantifizierenden Analyse, in: *Nohlen/Nuscheler,* 1982, S. 451–485.

Nolte, Ernst, 1979 (a): Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française, der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus, 5. Auflage, München.

–, 1979 (b): Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen, 7. Auflage, München.

Ö. A., 1957: Nationalismus, Supranationalismus, Connationalismus. Sonderdruck aus Jahrgang 8/1956, Nr. 10 der Monatsschrift „Út és Cél", Salzburg.

Ölvedi, Ignác, 1974: A budai vár és a debreceni csata. Horthyék katasztrófapolitikája 1944 őszén, 2. überarbeitete Auflage, Budapest *(Die Budaer Burg und die Schlacht von Debrecen. Die Katastrophenpolitik der Horthy-Leute im Herbst 1944).*

–, A moszkvai fegyverszüneti tárgyalások és Horthy sikertelen „leválási" kisérlete 1944 október, in: HK 22 (1975), S. 73–124 *(Die Moskauer Waffenstillstandsverhandlungen und Horthys erfolgloser „Ablösungs"-Versuch Oktober 1944).*

Organski, A. F. K., 1967: The Stages of Political Development, New York.

Ormos, Mária, Horthysme et fascisme, in: Revue historique 98 (1974), S. 117–122.

–, A fasiszta állam, in: *Pölöskei/Ránki,* 1981, S. 539–564 *(Der faschistische Staat).*

–, A Vasgárda, in: TSz 25 (1982), S. 426–443 *(Die Eiserne Garde).*

–, A fasizmus társadalmi bázisa a Dunamedencében, in: Jelenkor 27 (1984), S. 588–594 *(Die soziale Basis des Faschismus im Donaubecken).*

–/*Incze, Miklós,* 1976: Európai fasizmusok 1919–1939, Budapest *(Europäische Faschismen 1919–1939).*

–/–, 1980: Faschismus und Krise. Über einige theoretische Fragen der europäischen faschistischen Erscheinungen, Budapest.

Palm, Charles G./Reed, Dale, 1980: Guide to the Hoover Institution Archives, Stanford.

Pándi, Ilona, A magyar „középosztály" kérdéséhez, in: Sz 99 (1965), S. 132–151 *(Zur Frage der ungarischen ‚Mittelklasse').*

–, 1966: Osztályok és pártok a Bethlen-konszolidáció idöszakában, Budapest *(Klassen und Parteien zur Zeit der Bethlen-Konsolidierung).*

Pataki, István, 1973: Az ellenforradalom hadserege, 1919–1921. A hadsereg szerepe az ellenforradalmi rendszer kialakitásában és megszilárdításában Magyarországon (1919 augusztus – 1921 július), Budapest *(Die Armee der Gegenrevolution, 1919–1921. Die Rolle der Armee bei der Ausbildung und Festigung des gegenrevolutionären Systems in Ungarn, August 1919–Juli 1921).*

Payne, Stanley G., 1980: Fascism. Comparison and Definition, Madison.

Pethö, Tibor, Contradictory Trends in Policies of the Horthy Era, in: NHQu 4/12 (1963), S. 115–131.

Pintér, István, 1968: Ki volt Horthy Miklós? Életrajz, Budapest *(Wer war Miklós Horthy? Biographie).*

–, 1980: A Szociáldemokrata Párt története 1933–1944, Budapest *(Geschichte der Sozialdemokratischen Partei 1933–1944).*

Pölöskei, Ferenc, Bethlen István törekvései az ellenforradalmi rendszer konszolidására 1921–1922, in: PtK 20 (1974/3), S. 52–87 *(Die Bestrebungen István Bethlens zur Konsolidierung des gegenrevolutionären Systems 1921–1922).*

–, 1977: Horthy és hatalmi rendszere, 1919–1922, Budapest *(Horthy und seine Herrschaftsordnung, 1919–1922).*

–, 1980: Hungary After Two Revolutions (1919–1922), Budapest.

–, Az ellenforradalom államrendszerének kialakítása, in: *Pölöskei/Ránki,* 1981, S. 334-361 *(Die Herausbildung der gegenrevolutionären Staatsordnung).*

–/*Ránki, György* (Hg.), 1981: A magyarországi polgári államrendszerek, Budapest *(Die bürgerlichen Staatsordnungen Ungarns).*

–/*Szakács, Kálmán* (Hg.), 1962: Földmunkás- és szegényparaszt-mozgalmak Magyarországon 1848–1948, 2 Bände, Budapest *(Landarbeiter und arme-Bauern-Bewegungen in Ungarn 1848–1948).*

Pool, James und Suzanne, 1979: Hitlers Wegbereiter zur Macht. Die geheimen deutschen und internationalen Geldquellen, die Hitlers Aufstieg zur Macht ermöglichten, Bern.

Pritz, Pál, 1982: Magyarország külpolitikája Gömbös Gyula miniszterelnöksége idején, 1932–1936, Budapest *(Ungarns Außenpolitik zur Zeit der Ministerpräsidentschaft von Gyula Gömbös).*

Puskás, Júlia, A földtulajdonosok és a földet bérlök társadalmi rétegzödésének módulásai az 1920. és az 1930. évi népszámlálási adatok alapján, in: TSz 7 (1964), S. 452–465 *(Veränderungen der sozialen Schichtung der Grundeigner und Grundpächter aufgrund der Daten der Volkszählung von 1920 und 1930).*

Radvánszky, Anton, Das Amt des Kronhüters in Staatsrecht und Geschichte Ungarns, in: Ungarn-Jahrbuch 4 (1972), S. 27–45.

–, Die Stellung der Familie Horthy in Ungarn 1920–1944. Bemerkungen zur Abhandlung von Hans Georg Lehmann: Der Reichsverweserstellvertreter, in: Ungarn-Jahrbuch 9 (1978), S. 197–206.

Ránki, György, Gondolatok az ellenforradalmi rendszer társadalmi bázisának kérdéséhez az 1920-as évek elején, in: TSz 5 (1962), S. 353–369 *(Gedanken zur Frage der sozialen Basis des gegenrevolutionären Systems zu Anfang der 1920er Jahre).*

–, 1964: Emlékiratok és valóság Magyarország második világháborús szerepéröl, Budapest *(Memoiren und Wahrheit über Ungarns Rolle im Zweiten Weltkrieg).*

–, A kisipar szerepe a magyar kapitalista fejlödésben, in: TSz 7 (1964), S. 423–451 *(Die Rolle des Handwerks in der ungarischen kapitalistischen Entwicklung).*

–, The German Occupation of Hungary, in: AH 11 (1965), S. 261–283.

–, The Problem of Fascism in Hungary, in: *Sugar,* 1971, S. 65–72.

–, A 1939-es budapesti választások, in: TSz 19 (1976), S. 613–630 *(Die Wahlen von 1939 in Budapest).*

–, 1978: 1944. március 19, 2. erweiterte Auflage, Budapest *(19. März 1944).*

–, The Fascist Vote in Budapest in 1939: in: *Larsen/Hagtvet/Myklebust,* 1980, S. 401–416.

–, 1981: Gazdásag és külpolitika. A nagyhatalmak harca a délkeleteurópai gazdasági hegemóniáért (1919–1939), Budapest *(Wirtschaft und Außenpolitik. Der Kampf der Großmächte um die ökonomische Hegemonie in Südosteuropa, 1919–1939).*

–, 1983 (a): Economy and Foreign Policy. The Struggle of the Great Powers for Hegemony in the Danube Valley 1919–1939, New York.

–, 1983 (b): Mozgásterek, kényszerpályák. Válogatott tanulmányok, Budapest *(Spielräume, Zwangswege. Ausgewählte Studien).*

–, 1984 (a): Unternehmen Margarethe. Die deutsche Besetzung Ungarns, Wien.
–, „Unwilling Satellite" or „Last Satellite" – Some Problems of Hungarian-German Relations, in: *Ránki,* 1984 (b), S. 261–288.
–, (Hg.), 1984 (b): Hungarian History – World History, Budapest.
Raupach, Hans, Strukturelle und institutionelle Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Ost-Mitteleuropa, in: VfZ 24 (1976), S. 38–57.
The Records of the Foreign Office 1782–1939, 1969, London.
Reichert, Günter, 1972: Das Scheitern der Kleinen Entente. Internationale Beziehungen im Donauraum von 1933–1938, München.
Réti, László, A Bethlen-Peyer paktum, in: Sz 84 (1950), S. 37–84 *(Der Bethlen-Peyer-Pakt).*
Révész, László, Verfassung und Verfassungswirklichkeit in Horthy-Ungarn, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 47–58.
Rogger, Hans/Weber, Eugen (Hg.), 1966: The European Right. A Historical Profile, Berkely.
Rothschild, Joseph, 1974: East Central Europe Between the Two World Wars, Seattle.
Rozsnyói, Agnes, 1944. október 15. A Szálasi-puccs története, in: Sz 92 (1959), S. 373–403, 871–892 *(15. Oktober 1944. Geschichte des Szálasi-Putsches).*
–, October Fifteenth, 1944 (History of Szálasi's Putsch), in: AH 7 (1961), S. 57–105.
–, A Szálasi-puccs, in: Élet és tudomány 19 (1964), S. 1934–1937 *(Der Szálasi-Putsch).*
–, 1977: A Szálasi-puccs, 2. überarbeitete Auflage, Budapest *(Der Szálasi-Putsch).*
Rüschemeyer, Dietrich, Partielle Modernisierung, in: *Zapf,* 1969, S. 382–396.
Ruszoly, József, A törvényhozás intézményi alapjai az ellenforradalmi korszakban 1919–1944/45, in: *Pölöskei/Ránki,* 1981, S. 470–505 *(Die institutionellen Grundlagen der Gesetzgebung im gegenrevolutionären Zeitalter 1919–1944/45).*
Sakmyster, Thomas L., Army Officers and Foreign Policy in Interwar Hungary, 1918–1941, in: JCH 10 (1975), S. 19–40.
–, 1980: Hungary, the Great Powers and the Danubian Crisis 1936–1939, Athens.
–, A Hungarian Diplomat in Nazi Berlin: Döme Sztójay, in: *Ránki,* 1984 (b), S. 295–305.
Sallai, Elemér, 1958: Utolsó napok, Budapest *(Letzte Tage).*
Saly, Dezsö, 1945: Szigorúan bizalmas. Fekete könyv 1939–1944, Budapest *(Streng vertraulich. Schwarzbuch 1939–1944).*
Sarlós, Márton, Die organische Staatstheorie der Heiligen Krone in der ungarischen Rechtsgeschichtswissenschaft, in: AUSB, sect. jur. 2 (1960), S. 137–161.
Scherer, Anton, 1968: Südosteuropa-Dissertationen 1918–1960. Eine Bibliographie deutscher, österreichischer und schweizerischer Hochschulschriften, Graz.
Schieder, Wolfgang (Hg.), 1983: Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, 2. Auflage, Göttingen.
Schmidt-Papp, Ernst, Die Wirtschaftslage Ungarns 1919–1933, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 121–130.
–, Die wirtschaftlichen Probleme Ungarns zwischen 1933–1944, in: Ungarn-Jahrbuch 8 (1977), S. 115–127.
Schödl, Günter, 1978: Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn 1890–1914. Zur Geschichte des deutschen „extremen Nationalismus", Frankfurt.

–, Zur Forschungsdiskussion über alldeutsch-deutschnationale Politik in der Habsburger Monarchie und im Deutschen Reich, in: MÖSTA 36 (1983), S. 374–408.

Schulze, Hagen, Mentalitätsgeschichte – Chancen und Grenzen eines Paradigmas der französischen Geschichtswissenschaft, in: GWU 36 (1985), S. 247–270.

The Second World War. A Guide to the Documents in the Public Record Office, 1972, London.

Seewann, Gerhard, Das Ungarndeutschtum der Zwischenkriegszeit im Spiegel der internationalen Nachkriegsliteratur, in: Südostdeutsches Archiv 22/23 (1979/80), S. 128–151.

–, Geschichtswissenschaft und Politik in Ungarn 1950–1980. Die Historiographie zu Mittelalter und Neuzeit, in: Südost-Forschungen 41 (1982), S. 261–323.

Seide, Gernot, Die Deutschen in Ungarn zwischen den beiden Weltkriegen, in: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974/75), S. 148–161.

Seton-Watson, Hugh, 1962: Eastern Europe Between the Wars 1918–1941, 2. Auflage, Hamden.

–, Faschismus – rechts und links, in: *Laqueur/Mosse,* 1966, S. 253–273.

Siebel, Wigand, 1974: Einführung in die systematische Soziologie, München.

Silagi, Denis, Die Juden in Ungarn in der Zwischenkriegszeit (1919–1938), in: Ungarn-Jahrbuch 5 (1973), S. 198–214.

–, Ungarn seit 1918: Vom Ende des I. Weltkriegs bis zur Ära Kádár, in: Handbuch der europäischen Geschichte 7: Europa im Zeitalter der Weltmächte, hg. von *Theodor Schieder,* Stuttgart 1979, S. 883–919.

Simontsits, Attila L., 1983: The Last Battle for Saint Stephen's Crown. A Chronological Documentation, Cleveland.

Sinanian, Sylva/Deák, István/Ludz, Peter C. (Hg.), 1974: Eastern Europe in the 1970s, 2. Auflage, New York.

Sinor, Denis, 1959: History of Hungary, London.

Sipos, József, A Kisgazdapárt és a Teleki-kormány lemondása, in: A Móra Ferenc Múzeum Évkönyve 1978/79, S. 233–257 *(Die Kleinlandwirtepartei und der Rücktritt der Teleki-Regierung).*

–, A Kisgazdapárt és a Bethlen-kormány megalakulása, in: A Móra Ferenc Múzeum Évkönyve 1980/81, S. 311–324 *(Die Kleinlandwirtepartei und die Bildung der Bethlen-Regierung).*

–, A Kisgazdapárt és a Bethlen-kormány kezdeti tevékenysége, in: Sz 118 (1984), S. 658–707 *(Die Kleinlandwirtepartei und die anfängliche Tätigkeit der Bethlen-Regierung).*

Sipos, Péter, Az Imrédy-kormány válsága és bukása, in: TSz 9 (1966), S. 42–84 *(Krise und Sturz der Regierung Imrédy).*

–, Az Imrédy-kormány megalakulásának történetéröl, in: Sz 100 (1966), S. 62–97 *(Über die Geschichte der Bildung der Regierung Imrédy).*

–, 1970: Imrédy Béla és a Magyar Megújúlás Pártja, Budapest *(Béla Imrédy und die Partei der Ungarischen Erneuerung).*

–, Klerikale, nationalistische, faschistische Organisationen und die Arbeiterklasse in Ungarn 1919 bis 1944, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte 43 (1978), S. 85–92.

–, Negyven éve történt ... Nyilasok Magyarországon, in: Magyar Nemzet, 25.11.1984, S. 7 *(Es geschah vor vierzig Jahren ... Pfeilkreuzler in Ungarn).*

–/*Stier, Miklós/Vida, István,* Változások a kormánypárt parlamenti képviseletének összetételében, 1931–1939, in: Sz 101 (1967), S. 602–620 *(Veränderungen in der Zusammensetzung der Parlamentsvertretung der Regierungspartei, 1931-1939).*

Somlyai, Magda, A Szálasi-hatalom néhány intézkedése, hatásuk a lakosság magatartására, in: PtK 29 (1983/3), S. 68–101 *(Einige Maßnahmen der Szálasi-Herrschaft und ihre Wirkungen auf das Verhalten der Bevölkerung).*

Spira, Thomas, Hungary's Numerous Clausus, the Jewish Minority and the League of Nations, in: Ungarn-Jahrbuch 4 (1972), S. 115–128.

–, 1977: German-Hungarian Relations and the Swabian Problem. From Károlyi to Gömbös 1919–1936, New York.

–, Hungary and the Little Entente: the Failed Rapprochement of 1937, in: Südost-Forschungen 40 (1981), S. 144–163.

Statisztikai szótár. 1700 statisztikai kifejezés hét nyelvben, 1961, Budapest *(Statistisches Wörterbuch. 1700 statistische Ausdrücke in sieben Sprachen).*

Stier, Miklós, A magyarországi német követjelentések, 1933–1939 (Forráskritikai vizsgálat), in: LK 41 (1970), S. 241–258 *(Die deutschen Gesandtschaftsberichte aus Ungarn 1933–1939. Quellenkritische Untersuchung).*

–, A kormánypárt fasiszta jellegü átszervezésének csödjéhez, 1935–1936, in: Sz 105 (1971), S. 696–708 *(Zum Scheitern der Umorganisation der Regierungspartei nach faschistischem Modell, 1935–1936).*

–, Uralkodó elit, kormányzati hatalom – kormányzó réteg a Horthy-korszakban, in: Sz 117 (1983), S. 434–443 *(Herrschende Elite, Regierungsmacht – Regierungsschicht in der Horthy-Ära).*

–, Zu Fragen der Erforschung der lokalen Machtelite, in: AH 28 (1982), S. 135–145.

Sugar, Peter F. (Hg.), 1971: Native Fascism in the Successor States, 1918–1945, Santa Barbara.

–, Fascism in Interwar Eastern Europe: The Dichtomy of Power and Influence, in: *Sinanian/Deák/Ludz,* 1974, S. 13–44.

Sugar, Peter F./Lederer, Ivo J. (Hg.), 1971: Nationalism in Eastern Europe, 2. Auflage, Seattle.

Súlyok, Dezsö, 1954: A magyar tragédia, Newark, N.J. *(Die ungarische Tragödie).*

Szabó, Ágnes/Pintér, István, 1980; Legal and Underground Labour Movement in Hungary 1919–1945, Budapest.

Szabolcs, Ottó, 1964: Munka nélküli diplomások a Horthy-rendszerben 1919–1944, Budapest *(Arbeitslose Akademiker im Horthy-System 1919–1944).*

–, 1965: Köztisztviselök az ellenforradalmi rendszer társadalmi bázisában, 1920–1926, Budapest *(Beamte in der gesellschaftlichen Basis des gegenrevolutionären Systems, 1920–1926).*

Szakács, Kálmán, 1963: Kaszáskeresztesek, Budapest *(Sensenkreuzler).*

Szakály, Sándor, A második világháborús magyar katonai felsö vezetés összetétele, in: Valóság 26 (1983/8), S. 78–91 *(Die Zusammensetzung der ungarischen obersten militärischen Führung des Zweiten Weltkriegs).*

–, Az ellenforradalmi Magyarország (1919–1944) hadseregének felsö vezetése. Történelmi-statisztikai tanulmány a katonai elitröl, in: HK 31 (1984), S. 34–71 *(Die ober-*

ste Armeeführung des gegenrevolutionären Ungarn, 1919–1944. Historisch-statistische Studie über die militärische Elite).

Szekeres, József, Az 1940. évi általános bányászsztrájk története, in: Sz 101 (1967), S. 82–137 *(Geschichte des allgemeinen Bergarbeiterstreiks 1940).*

–, 1970: A magyar bányamunkásság harcai, 1934–1944, Budapest *(Die Kämpfe der ungarischen Bergarbeiterschaft, 1934–1944).*

Szélesi, Jenö, 1959: Hitler döntött ... Történelmi tények Szálasi naplójában, Newark/N.J. *(Hitler hat entschieden: historische Tatsachen in Szálasis Tagebuch).*

Szilassy, Sándor, Ein amerikanischer Diplomat an der Schwelle des Zweiten Weltkrieges, in: Ungarn-Jahrbuch 3 (1971), S. 176–185.

Szinai, Miklós, Bethlen politikai rendszeréröl, in: TSz 14 (1971), S. 483–494 *(Über Bethlens politische Ordnung).*

–, István Bethlen und die politische Konsolidierung des ungarischen konterrevolutionären Regimes 1919–1922, in: AH 23 (1977), S. 43–73.

Szirmai, Rezsö, 1946: Fasiszta lelkek. Pszichoanalitikus beszélgetések a háborús föbünösökkel a börtönben, Budapest *(Faschistische Seelen. Psychoanalytische Gespräche mit den Hauptkriegsverbrechern im Gefängnis).*

Szita, Szabolcs, 1983: Holocaust az Alpok elött 1944–1945, Györ *(Holocaust vor den Alpen 1944–1945).*

Szöllösi-Janze, Margit, Horthy-Ungarn und die Pfeilkreuzlerbewegung, in: GG 12 (1986), S. 163–182.

Szuhay, Miklós, 1962: Az állami beavatkozás és a magyar mezögazdaság az 1930-as években, Budapest *(Der Staatsinterventionismus und die ungarische Landwirtschaft in den 1930er Jahren).*

Tausz, Anikó, Die soziale Struktur des ungarischen Industrieproletariats 1919 bis 1929, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975/4, S. 47–63.

–, Adalékok a magyar ipari munkásság helyzetéhez 1919 és 1929 között, in: TSz 19 (1976), S. 631–659 *(Daten zur Situation der ungarischen Industriearbeiterschaft zwischen 1919 und 1929).*

Teichert, Eckart, 1984: Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930–1939. Außenwirtschaftspolitische Konzeptionen zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg, München.

Teleki, Éva, 1974: Nyilas uralom Magyarországon. 1944 október 16 – 1945 április 4, Budapest *(Pfeilkreuzlerherrschaft in Ungarn, 16. Oktober 1944–4. April 1945).*

–, A nyilas diktatúra államszervezete, in: *Pölöskei/Ránki,* 1981, S. 388–415 *(Die Staatsorganisation der Pfeilkreuzlerdiktatur).*

Thamer, Hans-Ulrich/Wippermann, Wolfgang, 1977: Faschistische und neofaschistische Bewegungen. Probleme empirischer Faschismusforschung, Darmstadt.

Thompson, E. P., 1963: The Making of the English Working Class, London.

Tilkovzsky, Lóránt, Az elsö bécsi döntés gazdasági és szociális következményei a Magyarországhoz átcsatolt területen, in: TSz 7 (1964), S. 87–111 *(Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des ersten Wiener Schiedsspruchs in dem an Ungarn angegliederten Gebiet).*

–, Magyar-szlovák viszony és a szlovák nemzetiségi mozgalom Magyarországon bécsi döntés után, 1938–1941, in: Sz 98 (1964), S. 383–418 *(Das ungarisch-slowakische*

Verhältnis und die solwakische Nationalitätenbewegung in Ungarn nach dem Wiener Schiedsspruch 1938–1941).

–, A nyilasok törvényjavaslata a nemzetiségi kérdés rendezéséről, in: Sz 99 (1965), S. 1247–1258 *(Der Gesetzentwurf der Pfeilkreuzler über die Regelung der Nationalitätenfrage).*

–, Volksdeutsche Bewegung und ungarische Nationalitätenpolitik 1938–1941, in: AH 12 (1966), S. 59–111, 319–346.

–, 1967: Revízió és nemzetiségpolitika Magyarországon 1938–1941, Budapest *(Revision und Nationalitätenpolitik in Ungarn 1938–1941).*

–, A Volksbund szerepe Magyarország második világháborús történetében, in: TSz 11 (1968), S. 294–312 *(Die Rolle des Volksbunds in der Geschichte Ungarns im Zweiten Weltkrieg).*

–, A magyarországi népinémet mozgalom útja, in: TSz 13 (1970), S. 369–396 *(Der Weg der volksdeutschen Bewegung Ungarns).*

–, A magyar kormányzat „társadalompolitikája" 1938–1942-ben, in: PtK 17 (1971), S. 72–103 *(Die „Gesellschaftspolitik" der ungarischen Regierung 1938–1942).*

–, Die deutsche Minderheit in Ungarn in der Zeit des Faschismus vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 15/2 (1971), S. 57–81.

–, A Volksbund utolsó éve és a magyar nemzetiségpolitika (1944. március 19.–1945. április 4.), in: Sz 107 (1973), S. 25–61 *(Das letzte Jahr des Volksbunds und die ungarische Nationalitätenpolitik, 19. März 1944–4. April 1945).*

–, A Fegyveres-SS magyarországi toborzóakciói, in: HK 20 (1973), S. 28–78 *(Die Werbeaktionen der Waffen-SS in Ungarn).*

–, Die Werbeaktion der Waffen-SS in Ungarn, in: AH 20 (1974), S. 137–181.

–, 1974 (a): SS-toborzás Magyarországon, Budapest *(SS-Werbung in Ungarn).*

–, 1974 (b): Pál Teleki (1879–1941). A Biographical Sketch, Budapest.

–, 1975: Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche (1919–1945), Budapest.

–, 1981: Ungarn und die deutsche „Volksgruppenpolitik" 1938–1945, Köln.

Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, 1980: Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte am 24. November 1978, München.

Toth, Adalbert, Ungarn, in: Wende, 1981, S. 731–773.

Tóth, Sándor, A Horthy-hadsereg szervezete (1920–1944), in: HK 5 (1958/1–2), S. 51–70; (1958/3–4), S. 64–98 *(Die Organisation der Horthy-Armee, 1920–1944).*

–, Magyarország katonai szerepe a második világháborúban (Historiográfiai áttekintés), in: TSz 16 (1973), S. 339–355 *(Ungarns militärische Rolle im Zweiten Weltkrieg. Historiographischer Überblick).*

–, 1975: Budapest felszabaditása, 1944–1945, Budapest, *(Die Befreiung von Budapest, 1944–1945).*

–, Budapest ostroma, in: HK 22 (1975), S. 266–304 *(Die Belagerung von Budapest).*

Turner, Henry A., Fascism and Modernization, in: World Politics 24 (1971/72), S. 547–564.

–, (Hg.), 1975: Reappraisals of Fascism, New York.

Turóczi, Károly, 1970: Az Imrédy-kormány belpolitikája, Budapest *(Die Innenpolitik der Imrédy-Regierung).*

Ungarn im zweiten Weltkrieg. Drei Studien, 1978: hg. von *Karl Obermann/Gustav Seeber,* Berlin (Ost).

Vago, Bela, The Destruction of the Jews of Transsylvania, in: *Braham,* 1966, S. 171–221.

–, Germany and the Jewish Policy of the Kállay Government, in: *Braham,* 1969, S. 183–210.

–, Popular Front in the Balkans: 4. Failure in Hungary and Rumania, in: JCH 5 (1970/3), S. 95–117.

–, The Attitude Toward the Jews As a Criterion of the Left-Right Concept, in: *Vago/Mosse,* 1974, S. 21–49.

–, 1975: The Shadow of the Swastika. The Rise of Fascism in the Danube Basin, 1936–1939, London.

–, Fascism in Eastern Europe, in: *Laqueur,* 1976, S. 229–253.

–/*Mosse, George L.* (Hg.), 1974: Jews and non-Jews in Eastern Europe 1918–1945, New York.

Vajda, Mihály, A fasiszta diktatúra funkciója, in: Magyar Filozófiai Szemle 14 (1970), S. 525–574 *(Die Funktion der faschistischen Diktatur).*

–, 1976: Fascism as a Mass Movement, London.

Vámbéry, Rusztem, 1946: Hungary: To Be or Not To Be, New York.

Vardy, Steven Bela, 1976: Modern Hungarian Historiography, New York.

Vargyai, Gyula, A fegyveres erö helye és funkciói az államszervezetben a harmincas években, in: *Pölöskei/Ránki,* 1981, S. 506–538 *(Platz und Funktionen der Streitkräfte in der Staatsorganisation in den dreißiger Jahren).*

–, 1983: A hadsereg politikai funkciói Magyarországon a harmincas években, Budapest *(Die politischen Funktionen der Armee in Ungarn in den dreißiger Jahren).*

Vas, Zoltán, 1975: Horthy, Budapest, 2. erweiterte Auflage, Budapest.

Végházi, István, The Role of Jewry in the Economic Life of Hungary, in: *Braham,* 1969, S. 35–84.

Veress, Lajos Dálnoki (Hg.), 1972–1974: Magyarország honvédelme a II. világháború elött és alatt (1920–1945), 3 Bände, München *(Ungarns Landesverteidigung vor und während dem Zweiten Weltkrieg, 1920–1945).*

Vigh, Károly, 1984: Ugrás a sötétbe, 2. erweiterte Auflage, Budapest *(Sprung ins Dunkel).*

Volkmann, Hans-Erich, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg 1, 1979, S. 175–368.

Vucinich, Wayne S./Karchmar, Lucien, 1974: East Central Europe Since 1939, Seattle.

Wallerstein, Immanuel, 1974: The Modern World-System: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World Economy in the Sixteenth Century, New York.

Weber, Eugen, 1964: Varieties of Fascism. Doctrines of Revolution in the Twentieth Century, Princeton.

–, The Right. An Introduction, in: *Rogger/Weber,* 1966, S. 1-28.

–, Revolution? Counterrevolution? What Revolution?, in: JCH 9/2 (1974), S. 3–47.

Wehler, Hans-Ulrich, Nationalsozialistische „Raumordnung" in Südosteuropa, in: VfZ 11 (1963), S. 72–84.

–, 1975: Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen.

Weidlein, Johann, 1976: Ungarns Revisionspolitik und der Untergang des Deutschen Reiches. Die Schuld Ungarns am Zweiten Weltkrieg und am Untergang des ungarländischen Deutschtums im Spiegel ungarischer Dokumentation, Schorndorf.

Weiss, John, 1967: The Fascist Tradition. Radical Right-Wing Extremism in Modern Europe, New York.

Wende, Frank (Hg.), 1981: Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, Stuttgart.

Wendt, Bernd Jürgen, England und der deutsche ‚Drang nach Südosten'. Kapitalbeziehungen und Warenverkehr in Südeuropa zwischen den Weltkriegen, in: Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift Fritz Fischer, Düsseldorf 1973, S. 483–512.

–, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft. Eine Antwort auf Alan S. Milward, in: *Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker* (Hg.), Der „Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 414–428.

Winckler, Lutz, 1977: Studie zur gesellschaftlichen Funktion faschistischer Sprache, 3. Auflage, Frankfurt.

Winkler, Heinrich August, 1978: Revolution, Staat, Faschismus. Zur Revision des Historischen Materialismus, Göttingen.

Wippermann, Wolfgang, 1972: Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt.

–, 1983: Europäischer Faschismus im Vergleich (1922–1982), Frankfurt.

Woolf, S. J. (Hg.), 1970: European Fascism, 2. Auflage, London.

Zapf, Wolfgang (Hg.), 1969: Theorien des sozialen Wandels, Köln.

Zauzich, Maria-Christine, 1976: Parteien im Wandel. Von der Weltanschauungspartei zur Volkspartei, München.

Zsigmond, László, 1951: Adalékok a magyar ellenforradalmi rendszer külpolitikájához 1929–1945, Budapest *(Beiträge zur Außenpolitik des ungarischen gegenrevolutionären Systems 1929–1945).*

–, Ungarn und das Münchener Abkommen, in: AH 6 (1959), S. 251–285.

–, 1960: Die Zerschlagung der Österreich-Ungarischen Monarchie und die internationalen Kräfteverhältnisse, Budapest.

Namenregister

Adorján, J. 346
Almond, Gabriel A. 11
Ambrózy, Gyula 301
Andreánszky, Jenö 374
Angyal, István 281 f., 346, 379
Antal, István 163, 287, 345, 388
Antonescu, Ion 260, 277,299
Apponyi, Károly Graf 343

Bach-Zelewsky, Erich von dem 303
Bagyossy, Zoltán 420
Bajcsy-Zsilinszky, Endre 388
Bakay, Szilárd 303
Baky, László 183, 187, 215 f., 231, 258 ff., 262, 264, 271 ff., 274 ff., 278, 286 f., 295 ff., 301, 304, 321, 345, 379, 386, 388, 397 f.
Balázs, Kornél 325
Balogh, István 113 f., 121
Baltazár, Ferenc 114
Bánffy, Dezsö 76
Barcza, György 218
Bárczy, István Bárcziházi 295
Bárdossy, László 20, 97, 280, 293, 307, 309, 439, 442
Baross, Gábor 121
Basch, Franz Anton 108, 216, 253, 264 ff., 290, 304, 416 ff.
Batkay, William M. 13, 88
Bebel, August 226
Bereczky 171
Beregfy, Károly 193, 306, 321 f., 323, 325, 341, 353, 356, 371, 385 f., 414, 418, 423 f., 429, 442
Bethlen, István Graf 13 ff., 17, 62, 64, 66 ff., 71 f., 75, 78 f., 81 ff., 88 f., 90 f., 93 f., 98 f., 101, 124, 148, 163, 169, 171, 174, 192, 288, 300 f., 342, 437 f.; *Familie* 65
Bevin, Ernest 317
Bihari, Lajos 343
Biró (Familie) 44
Bock, Ádam 257
Bodonyi, György 368 f., 374
Bonczós, Miklós 297, 309
Bormann, Martin 213, 378, 419
Böszörmény, Zoltán 107, 213
Braham, Randolph L. 241
Braun, Otto 200, 219, 271 f.
Broszat, Martin 12, 116, 211
Brunsvik, György 319
Bucharin, Nikolai Iwanowitsch 116
Budaváry, László 242 f.
Budinszky, László 258, 296, 300, 321, 338, 341, 345, 349 f., 355, 371, 396 f., 403, 413, 442
Bürckel, Josef 211, 213 f.

Cadogan, Sir Alexander 218
Cassirer, Ernst 226
Castro, Fidel 62
Chorin (Familie) 44
Clodius, Carl August 285
Codreanu, Corneliu Zelea 193, 202, 212, 246
Csáky, István Graf 218, 251
Csatay, Lajos 195, 287, 300, 309, 421, 442
Csia, Sándor 104 f., 107, 112, 215, 257 f., 261 f., 275, 322 f., 375, 414, 442
Csóka, Vendel 174
Csonka, Emil 374, 397
Csoór, Lajos 104, 187

Dalacsi, J. 346
Darányi, Kálmán 94, 97, 109, 112, 114 f., 117 ff., 207, 211, 438
Deák, István 127, 129, 133, 185
Degrelle, Léon 299
Deutsch, Karl W. 186
Dolgos, János 278
Dollfuß, Engelbert 123
Door, Rochus 14 f.
Dörnberg, Alexander Baron von 319

Eckhardt, Tibor 164
Eden, Sir Robert Anthony, Earl of Avon 115, 184
Eichmann, Adolf 241, 284, 286, 427, 429
Eitner, Ákos und Sándor 108, 189
Endre, László 112 f., 259, 287, 295 f., 300 f., 304, 361 f., 365, 371, 374, 388, 397 f., 405
Erdmannsdorff, Otto von 111, 115, 117, 128, 152, 210 f., 218 ff., 231
Erdödy, Gábor 15
Erzberger, Matthias 88, 219
Esterházy (Familie) 43

Fabricius, Wilhelm 212
Faragho, Gábor 302, 309

Farkas, Ferenc Kisbarnaki 360f.
Faulhaber, Michael Kardinal von 108
Fáy, István 309
Fazekas, J. 346
Feilitzsch, Berthold Baron 343
Feine, Gerhard 320
Fellner (Familie) 44
Festetics, Sándor Graf 43, 108, 113, 119, 121, 127, 210f., 213f.
Fiala, Ferenc 219
Fischer, Holger 13
Freyer, Hans 237, 247
Fried (Schuhhändler) 170
Friedrich, István 78, 437

Gál, Csaba 256f., 364f., 368f., 371, 376, 379
Gascoigne, A. D. F. 117, 127, 148, 152
Geiger, Theodor 27f., 54
Gera, József 275, 323, 337, 346, 353, 366, 371, 389f., 392, 429, 442
Gergely, Gyula 290, 346, 379
Geschke, Hans 316, 324, 329, 331, 336, 344, 370, 388, 403f., 409
Goebbels, Joseph 421
Goldberger (Familie) 44
Goldschmidt, Georg 253
Göllner, Lajos 346
Gömbös, Gyula 14f., 17, 67f., 84, 88f., 90ff., 96ff., 101, 103f., 106, 119, 123, 184, 191f., 200, 210, 219, 438
Gömbös, Ernö 7
Görgey, Vince 388, 424
Göring, Hermann 414
Gosztony, Peter 315
Grassy, József 423f.
Graziani, Rodolfo 217, 418
Greiffenberg, Hans von 284, 302, 424
Gruber, Lajos 177ff., 255, 257, 274, 276, 346
Guderian, Heinz 419f.

Haála, Robert 348, 379
Habsburg-Lothringen (Familie) 43, 64, 74, 76, 437; *Erzherzog Albrecht* 273; *Erzherzog Joseph* 309, 325, 330, 343; *Erzherzog Stefan* 312
Hahn, A. Baron von 210
Halácsi, József 181
Halifax, Edward Wood Viscount 119, 127, 148, 152, 165, 211
Hall, Thomas 128
Haller, Kurt 283, 294, 298, 304f., 307, 310, 314, 420
Halmai, János 208, 347
Hanke (SS-Offizier) 360
Hardy, Kálmán 303
Hargitai, Zsolt 239
Haumeder-Hegedüs, Béla 214
Hellebronth, Vilmos 193, 300, 321, 371, 405, 409, 442
Henderson, Sir Nevile M. 209
Henlein, Konrad 252
Hennet, Leopold 94, 104
Henney, Árpád 24f., 256, 275, 281f., 346, 348, 353, 371, 376, 379f., 384, 397, 405, 418, 442
Hennyey, Gusztáv 300, 309f.
Herkay 121
Heß, Rudolf 212, 378
Heydrich, Reinhard 311
Himmler, Heinrich 108, 241, 249, 259, 265, 273, 283, 285, 291, 296ff., 302f., 316, 417f., 424
Hindenburg, Paul von 106, 261
Hitler, Adolf 68, 88, 90, 93, 95, 106f., 111, 116, 122, 128, 182f., 200, 202f., 209, 211, 217, 223, 241, 249, 254, 261, 263, 265f., 284, 290f., 294ff., 300, 302f., 310f., 314, 322ff., 328, 340, 414, 417ff., 423, 425, 434f., 438
Hóman, Bálint 123, 224, 344f., 354, 388
Horkheimer, Max 433
Horthy, István 75, 209, 279
Horthy, Miklós 14, 18, 20, 61, 64f., 67f., 73ff., 90, 94, 97, 103, 106f., 111f., 114f., 118, 123ff., 148, 174, 194f., 198f., 203, 212, 221, 254, 257f., 260, 271, 277, 279f., 283f., 286f., 290f., 295ff., 300ff., 304ff., 311f., 314ff., 323f., 326ff., 332, 334, 337, 346, 356, 376f., 385, 388, 413, 420f., 434f., 437ff.; *Abdankung* 25, 314ff., 322ff., 326ff.; *Audienzen Szálasis* 106f., 257f., 286, 305f., 318ff.
Horthy, Miklós Jr. 301, 317
Höß, Rudolf 430
Höttl, Wilhelm 241, 273, 285ff., 290, 292, 297f., 303, 333
Hubay, Kálmán 117ff., 125, 127, 152, 202ff., 208, 217ff., 231, 250ff., 255ff., 261f., 266, 274, 279, 292, 346, 354, 379f., 383
Huber (SS-Offizier) 290
Hugenberg, Alfred 261, 294
Huntington, Samuel P. 87, 101
Huszár, Károly 437

Imrédy, Béla 16, 20, 67, 96ff., 101, 112, 119ff., 148f., 191, 193, 199, 203, 240, 263, 267ff., 274ff., 280, 283, 286f., 289f., 292f., 296f., 304, 307, 321, 337f., 388, 438, 442
Incze, Miklós 14, 184
Iván, Pál 257

Jakab, Mihály 325, 327
Jancsó, Albert 347

Jancsuskó, Gábor 346, 353, 374
Janos, Andrew C. 13, 47 f., 63, 66, 85 f., 91, 97, 102, 191 ff.
Jaross, Andor 123, 267 f., 287, 297, 300, 304, 393, 442
Jászi, Oszkár 69, 251
Jobbágy, Lajos 23
Jodl, Alfred 300
Jowitt, Kenneth 11
Juhász, Gyula 204
Jurcsek, Béla 193, 300, 304, 309, 321, 442
Juszkó, Béla 343
Jüttner, Hans 429

Kállay, Miklós 16, 65, 97, 258, 278 f., 283 f., 286 ff., 293, 301, 342, 439
Kaltenbrunner, Ernst 286 f., 419, 427
Kánya, Kálmán 112, 114, 210
Karl IV. 74, 437
Károlyi, Gyula Graf 66, 90, 438
Károlyi, Mihály Graf 437
Karsai, Elek 22 f.
Kassai, Ferenc 114, 248, 257, 290, 321, 355, 363, 372, 383, 407 f., 442
Kastner, Rudolf 332
Keck, Antal 252, 259
Kemény, Gábor Baron 246, 253, 258, 275, 302, 305 ff., 321, 399, 414, 416 ff., 420, 428, 442
Kerekes, Béla 346
Keresztes-Fischer, Ferenc 121, 125, 172, 209, 254, 279, 288
Keresztes-Fischer, Lajos 104, 106 f.
Keyser, John 194, 201
Kienast, Ernst 264, 285
Kis, Aladár 15
Kiss, Károly 343, 410, 412
Klug 281
Knox, Sir Geoffrey 48, 103, 115, 117, 123, 184, 198, 210 ff., 217, 267
Kocka, Jürgen 433
Kocsárd, Emánuel 281 f., 361, 363, 367
Köfaragó-Gyelnik, Vilmos 21 f., 129, 281 f., 313, 340, 346, 376, 379 ff.
Kolosváry-Borcsa, Mihály 121, 359
Kornfeld Familie) 44
Kossuth, Lajos 252, 423
Koszmovszky, Tibor 263
Koszorús (Oberst) 295
Kovács, Ernö 133, 339 ff., 346, 362, 374,
Kovarcz, Emil 128, 133, 202, 254, 257, 276, 288, 303 f., 306, 314, 316, 321, 346, 359, 363, 395 f., 412, 422, 429, 442
Kozma, Miklós 94
Kropotkin, Pjotr Alexejewitsch Fürst 226
Krumholz, Kurt 314, 359
Kubitsch, Imre 174
Kuhajda, Vilmos 252
Kun, Béla 13, 62, 66, 69, 111, 184 f., 403, 437
Kunder, Antal 178 f., 263, 267, 287, 297, 442
Kunz, A. 95

Lackó, Miklós 7, 15 f., 110, 127, 129, 131, 134, 154, 164 f., 167, 177, 182 ff., 203 f., 206, 209, 212, 214, 219 f., 226, 248, 260, 289
Láday, István 385 ff.
Lakatos, Géza 300 ff., 306, 308 ff., 316 ff., 326, 330, 361, 389, 421, 439
Lammers, Hans Heinrich 200
Lázár, Károly 301
Leicht, József 379
Lenin, Wladimir Iljitsch 62, 226
Lévai, Jenö 241
Lill, János 257, 409
List, Friedrich 47
Lukács, György 42

Macartney, Carlile A. 12, 19 f., 23, 57, 69, 110, 127, 164 f., 185, 200, 220, 250, 285, 301, 306 f., 309, 320
Magyarossy, Sándor 442
Málnási, Ödon 223, 225, 231, 236, 239, 248, 274 ff.
Mannheim, Karl 435
Maróthy-Meizler, Károly 117, 121, 187, 262
Marton, Béla 92 ff., 115, 210, 344, 359
Marx, Karl 183, 226
Matolcsy, Mátyás 116, 187, 204, 206 f., 259, 274
Matthias, König von Ungarn 397
Mayer, Arno J. 45
Meckel, Rudolf 415
Mecsér, András 98, 200, 207, 210, 219, 263 f., 442
Medvey, Aurél 195
Meskó, Zoltán 108, 113, 187, 209, 252, 262
Mester, Miklós 442
Metternich, Klemens Wenzel Fürst 75
Michael, König von Rumänien 299
Michaelis, Adolf 263 f., 273
Miklós, Béla Dálnoki 303, 316, 439
Mindszenty, József Bischof 354
Mocsáry, Dániel 442
Mosonyi, Györzö 379
Mosonyi, Kálmán 208
Musil, Dr. 424
Mussert, Anton Adriaan 299
Mussolini, Benito 89 f., 93, 95, 106 f., 111, 217, 223, 256 f., 263, 281, 283, 299, 311, 418, 434
Mycielski, Graf 117

Nádas, Lajos 379
Nagy, Ákos 379

Nagy, Kázmer 25
Nagy, László 355
Nagy, Vilmos 195
Namier, Sir Lewis Bernstein 286
Návay, Imre 346, 361, 390, 392 f.
Nesz, Károly 346
Neugeborn, Albert 214
Ney, Károly 304, 388, 424
Nidossy, Imre 392
Niethammer, Lutz 85
Nietzsche, Friedrich 223
Noble, A. N. 48
Nolte, Ernst 9
Norman, Montagu 119, 211
Nyári, Béla 376, 412
Nyisztor, Zoltán 197 f.

Oberbeck, Baron von 216
Oláh, György 32
Olaszy, Sándor 346, 391
O'Malley, Sir Owen St. Clair 165, 257
Orendy, Norbert 387 f.
Ormos, Mária 14, 184, 201
Orosz, Mihály 256, 346
Ostián, Antal 346

Pálffy, Fidél Graf 108, 113, 121, 215 f., 258 f., 262, 264, 271 ff., 274 ff., 289, 297, 300, 304, 321, 337, 346, 442
Pallavicini (Familie) 43, 66
Payr, Hugo 115, 209
Peidl, Gyula 437
Pekló, József 281
Péntek, István 114, 343, 379, 382, 425
Perényi, Zsigmond Baron 325 ff., 330
Perley 121
Pethö, Tibor 281, 372 f., 379, 381 ff., 393, 396
Peyer, Károly 82, 169, 171, 174
Piukovich, József 442
Prohászka, Ottokár Bischof 235
Pröhle, Sándor 252

Quisling, Vidkun Abraham 299

Rácz, Kálmán 208, 262, 347
Rademacher, Ernst 210, 277
Radvánszky, Albert Baron 330
Rahn, Rudolf 290, 303, 317, 322, 415
Rajk, Endre 281 f.
Rajniss, Ferenc 25, 112, 121, 193, 231, 263, 267, 304, 307 ff., 317, 321 f., 333, 352 ff., 358, 362, 364, 384, 399, 412, 414, 421 f., 442
Ránki, György 15, 42, 150, 155, 164
Rátz, Jenö 123, 267, 269, 287, 293, 343, 388
Redward, F. G. 250
Regele, Oberst 197
Reményi-Schneller, Lajos 179, 193, 263, 287, 300, 309, 317, 319, 321, 355, 362, 369, 384, 395 f., 399 f., 442
Ribbentrop, Joachim von 64, 210, 218 f., 251, 272, 283 ff., 288, 296, 303, 311, 414, 419, 429 f.
Robespierre, Maximilien de 62
Röhm, Ernst 219
Roósz, József 204
Rosenberg, Alfred 213, 247, 249
Rothen, Franz 216, 260, 263 f., 272
Rotta, Angelo 426, 428
Rupprecht, Olivér 214 ff., 260, 272 f., 441
Ruszkay, Jenö 183, 260 ff., 268, 270 f., 274 f., 286, 289 f., 293 f., 300, 304, 388, 424

Salló, János 113, 121, 154
Sanatescu, Constantin 299
Schacht, Hjalmar 119
Schepky, Ernst Christoph 210
Schiberna, Franz 287
Schieder, Wolfgang 10 f.
Schmidthuber, August 431
Schödl, Günter 186
Seelmann, Friedrich 108
Seewann, Gerhard 13 f.
Serédi, Jusztinián Kardinal 197, 325 ff., 332
Serényi, Miklós Graf 189, 239, 241, 379
Seton-Watson, Hugh 49
Seyss-Inquart, Arthur 211
Shvoy, Kálmán 20, 112, 116, 150 f.
Shvoy, Lajos Bischof 354
Sima, Horia 299
Sipos, Péter 7, 16, 97, 122, 163, 269
Skorzeny, Otto 303, 317
Sombor-Schweinitzer, József 16, 105, 127, 208, 254, 273
Stalin, Josef 128, 203
Steyer, Stefan 416
Stier, Miklós 97
Sturdza, Mihai Prinz 246
Sulyok, Dezsö 103
Sütö, Gyula 252, 346
Szabó, László 322, 441
Szabó, László (Architekt) 380
Szabolcs, Ottó 54
Szakály, Sándor 193, 195
Szakváry, Emil 321, 400, 402 f., 405 ff., 442
Szálasi, Ferenc 15 ff., 20 ff., 101 ff., 117 ff., 125 ff., 133, 169 f., 172, 177, 180 f., 183 ff., 189, 191, 193, 197 ff., 202, 204 ff., 208 ff., 214 ff., 220 ff., 232 ff., 239 ff., 248 f., 253 ff., 258 ff., 262 ff., 268 ff., 274 ff., 283, 286 ff., 300, 303 ff., 311, 313 ff., 323 ff., 333 ff., 338 ff., 342 f., 344, 346 f., 349 ff., 356, 358 ff., 368 ff., 375 f., 377, 379, 381 ff., 385 ff., 394 ff.,

402 ff., 409 ff., 414 ff., 426, 428 ff., 439; *Haft* 21 f., 24, 110 ff., 115, 121 f., 125, 128, 180 f., 183, 197, 202, 204 ff., 254 f., 262, 270, 280, 311; *Ministerpräsident* 311, 314, 316 ff., 322, 325 f.
Szamuely, Tibor 116
Szász, Lajos 193, 297, 304, 308, 321, 344, 351, 355, 362 f., 399, 419, 442
Széchenyi, Aladár Graf 76
Széchenyi, Lajos Graf 22, 112, 114 f., 119, 189, 252, 261 f.
Szekeres, József 175, 179, 182
Széll, József 115 f.
Szemák, Jenö 322, 327, 413
Szemere, Béla 262
Szendröi-Kovách, Gyula 252
Szentirmay, Felix 289
Szerdahelyi, Péter 281, 343, 410
Szeretö 281
Szlávy, László 361
Szögi, Géza 346
Szöllösi, Jenö 24 f., 133, 161, 258, 275, 290, 298 f., 307, 321, 325 f., 344 f., 347 ff., 350, 352 ff., 363 ff., 371, 373 f., 378 f., 383 f., 394, 399 f., 416, 422, 424, 442
Szombathelyi, Ferenc 195
Sztójay, Döme 97, 197, 259, 287, 289 ff., 300 ff., 304, 307, 321, 329, 335, 345, 361, 406, 426 f., 439, 442

Tar, Ferenc 232
Tárczay-Felicides, Román 354, 442
Tasnádi Nagy, András 251, 309, 325 f., 354
Tatár, Imre 379, 442
Tausz 121
Teleki, Béla Graf 304
Teleki, Éva 16, 21, 340, 348, 372, 381, 391 f., 398
Teleki, Mihály Graf 263, 304, 309
Teleki, Pál Graf 65 f., 97 f., 124, 148 f., 152, 162, 178, 180, 194, 198, 201, 203, 218 f., 251 f., 255, 257 f., 267, 270, 437 ff.
Temesváry, László 281, 331, 369, 370, 395 f., 442
Thompson, Edward Palmer 235
Tildy, Zoltán 347 f.
Timon, Ákos 72
Tiso, Jozef 64, 193
Tisza, István Graf 58
Török, András 105, 114
Török, István 346
Tost, Gyula 301, 318
Toth, Béla 346
Trotzki, Leo 226
Tsusutaro, Adachi 128, 272
Tuka, Vojtech 193

Ujvárosi, S. 239
Ullmann (Familie) 44
Unghváry, Sándor 201, 215 f.

Vágó, Pál 21, 183, 205 f., 219, 235, 250 ff., 256, 266, 290, 296, 300, 346, 442
Vajna, Ernö 368, 392
Vajna, Gábor 181, 287, 290, 293, 295, 298, 304, 306, 309, 321, 335 f., 338, 342, 354, 360, 362 f., 371, 385 ff., 391 f., 424, 427 ff., 442
Varga, Lajos 361
Vattay, Antal 301, 318 ff.
Veesenmayer, Edmund 133, 272, 280, 283 ff., 290 f., 294, 296 ff., 300, 302 ff., 309 ff., 314, 317, 321 ff., 333 f., 343, 355 f., 394, 414 f., 418, 420, 424, 427 ff.
Veress, Lajos Dálnoki 303
Vida, István 97
Vida-Perényi (Familie) 44
Vierkandt, Alfred 226
Viktor Emanuel 311
Vöcköndy, László 442
Voight, Ede 134, 331
Vörös, János 21, 295, 300

Wallenberg, Raoul 429
Wallerstein, Immanuel 13
Weber, Eugen 67, 90
Weis, István 78
Weiss, Manfred 44, 296
Weizsäcker, Ernst Freiherr von 212
Werböczi, István 72
Werkmeister, Karl 109 f., 119
Werth, Henrik 181
Wessel, Horst 124
Winkelmann, Otto 284 f., 291, 296, 302 f., 314 ff., 319, 324, 336, 356, 388, 403 f., 418, 421, 423 f., 427, 429
Wippermann, Wolfgang 10
Wirth, Károly 254, 257, 276, 346
Wlassow, Andrej Andrejewitsch 299

Zadravecz, István 343
Zimmer, Ferenc 208

Sachregister

Abgeordnetenhaus 47 f., 58, 65 f., 74 ff., 79 f., 83, 86 ff., 90 ff., 99 f., 106, 109, 114 f., 124, 148 ff., 152 f., 177 f., 181, 187 ff., 202 ff., 207 f., 217, 219, 251 f., 257, 259 ff., 268, 274 f., 277 ff., 286, 294, 306 ff., 313 ff., 318, 320, 323, 325, 327 ff., 333 f., 337, 342 ff., 349, 352, 354, 357, 376 f., 384, 405, 412 f., 435; *Sozialstruktur* 65 f., 85 ff., 188 ff.
Agententheorie 10, 14 f., 208
Agrarkrise 34, 47, 434
Agrarproletariat 30 ff., 39, 46, 60, 82, 107, 110, 134, 138, 141 f., 147, 150, 164, 166 f., 171 f., 184 ff., 200, 205, 237 f., 435 f.
Agrarreform 34, 51, 81, 90, 96, 118, 120, 123 f., 148, 204 ff., 222, 227, 259, 402, 435
Akademiker 50 f., 54 ff., 61 ff., 66, 98, 149, 156, 237 ff., 268, 276, 278, 280, 358, 360, 364, 412
Angestellte 40, 50, 52 f., 60, 86, 136 f., 144 ff., 155 ff., 164, 166, 188 ff., 196, 239, 269, 405
„Anschluß" 114 ff., 185, 211
Antikominternpakt 122, 306, 438
Antisemitismus 15, 57 ff., 61 f., 66, 76, 83 f., 90 f., 97, 109, 115, 119 f., 123, 170, 201, 221, 228, 239 f., 246, 268
Arbeiterbewegung 69, 81 f., 92, 157, 164, 169, 172 ff., 177, 184, 239, 434
Arbeiterschaft 33, 37 ff., 46, 60, 69, 81 f., 92, 108 ff., 114, 120 f., 134, 136 f., 140 f., 143 f., 146 f., 150, 152, 155 ff., 164 ff., 184 ff., 188 f., 191, 196, 202, 205, 223, 227, 230, 232, 235, 237 ff., 254, 257, 276, 279 f., 332, 387, 402 f., 406 ff., 409, 411, 435; *Ungelernte* 33, 38, 166, 168 f., 171, 186; *Facharbeiter* 33, 38, 50, 53, 166 ff., 171
Arbeitsdienst 242, 316, 387, 426 ff.
Arbeitsstaat 126, 228, 233
Arbeitsstab des Führers der Nation 25, 347 f., 357, 365, 375 ff., 379 f., 382 ff., 404
Aristokratie 15, 42 ff., 46, 49, 51, 54, 57, 61 f., 64 ff., 76, 84, 86 f., 91, 99 ff., 156, 158, 192, 196, 208, 297, 330, 341
Armee 19, 40, 50 f., 59, 65, 67, 70, 73 f., 83 ff., 90 f., 103, 106 ff., 114, 118, 180, 190, 194 f., 197 ff., 211, 260, 286, 295, 300, 306, 315 f., 325, 332, 341, 356 f., 361, 370 ff., 375, 386, 388, 390 ff., 394 f., 397, 408 f., 415, 419, 421 ff., 435, 438 f.
Ärzte 60, 62, 98, 136, 143 ff., 188, 190, 196, 411
Auschwitz 242, 432
Ausnahmezustand 77 f., 100, 198, 203, 276, 279, 342, 358, 413, 435 f.
Auswärtiges Amt 19, 109 ff., 212 ff., 218, 252 f., 267, 271, 276, 306
autoritäres Regime 11, 87, 92 f., 96, 101, 107, 123, 211, 224, 413, 433 ff.

Banken 36 f., 42 ff., 59 f., 65 ff., 97, 101, 124 ff., 148, 206, 229, 269, 360, 369, 404, 411, 413, 435
Bauern → Klein(st)grundbesitzer
Beamtenschaft 39 ff., 46, 48 ff., 51 ff., 61, 65 ff., 72, 75, 80, 83 ff., 88 ff., 92 ff., 96, 98, 101 f., 107, 110, 121, 136, 139, 149, 155 ff., 164, 166, 188 ff., 196, 201, 223, 239, 251, 255, 260, 268 f., 295, 301, 312, 332, 338, 370, 374, 391, 406, 409, 411 f., 434 f.; *Zahlen* 39, 41, 51 f., *Gehälter* 52 ff.
Bergarbeiter 33, 60, 136 f., 140, 161 f., 164, 168, 173 ff., 186, 408, 411 f.; *Wahlverhalten 1939* 161 f., 173, 177
Bergarbeitergewerkschaft 173 ff., 177, 179
Bergarbeiterstreik 1940 109, 177 ff., 257, 276, 435
Bergbau 29 f., 59, 82, 137, 141 f., 173, 176; *Arbeitsbedingungen* 178 ff.; *Erwerbstätige* 29, 39, 59 f., 140, 142 f., 175, 178; *Unternehmen* 44, 176, 178, 180, 402 ff.; *Löhne* 33, 175 f., 178 ff.
Berufsstände → Korporationen
Berufsständeordnung der Werktätigen Nation (a Dolgozó Nemzet Hivatásrendje, DNHR) 409 ff.
Besetzung Ungarns März 1944 15, 18, 22, 69, 97, 133, 282 ff., 287 ff., 310, 340, 342, 347, 351, 359, 395, 439
Bethlen-Ära 32, 62, 64, 68 f., 71 f., 76, 84, 86 f., 174, 192, 287
Bethlen-Peyer-Pakt 82, 169, 171, 174
Betriebsräte 404 ff.
Bewegung des Ungarischen Lebens (Magyar Élet Mozgalom, MÉM) 123, 149, 267
Budapest 20, 29, 37 f., 52, 55 f., 58 f., 63, 73, 77 ff., 83, 105, 108, 119, 127, 130 ff., 137, 147, 153 ff., 165 ff., 170, 184 f., 197 f., 210,

212 f., 247, 254, 268, 281, 289, 294 f., 316, 322 ff., 329, 332 ff., 345, 356, 360, 380, 385, 388, 392, 394, 397, 418 f., 426 ff., 437, 439
Bulgarien 10, 420

Christentum 221, 224 f., 229, 230 f., 248 f.
Christliche Nationalsozialistische Front (Keresztény Nemzeti Szocialista Front) 117, 121, 187, 262

Dienstboten 29, 39, 59 f., 155 f., 158, 167, 170 f.
Diktatur 11, 74, 89 f., 107, 111, 124, 268, 305, 350, 433
DNHR → Berufsständeordnung der Werktätigen Nation
Dreimächtepakt 257, 285, 306, 323, 439
Drittes Reich 9 ff., 37, 62, 68, 90, 96 f., 102, 104, 106 ff., 110, 114, 116 f., 122 ff., 148 f., 165, 182 f., 185, 194, 198, 202, 204, 231, 233, 245 ff., 251 ff., 257, 259 f., 262 ff., 268, 270 ff., 275 f., 278, 280 f., 283 ff., 290, 295, 297 ff., 303 f., 306 f., 309, 315, 324, 333 f., 342 ff., 394, 402, 408, 413 ff., 427 ff., 433 ff., 438; *Beziehungen zur Szálasi-Partei* 17 f., 128, 208 ff., 283 ff., 302 ff.

Einheitspartei (Egységes Párt; offiziell: Christliche Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger) 13, 65 f., 79, 81, 88 f., 93, 99, 437; *Sozialstruktur* 66, 86 f., 99, 192; *Altersstruktur* 85 f., 99, 192
Einkommensstruktur 33 f., 53, 60
Einparteiensystem 123, 291, 293 f., 296 f., 312, 336, 342, 348 ff., 372
Eiserne Garde 9, 202, 217, 245 f., 260, 277
Erwerbsstruktur 27 ff., 36 ff., 40 f., 51, 59, 140 ff., 188
Etatismus 45 ff., 202, 224, 265, 371, 378
Evakuierung 18, 333 f., 344 f., 356 f., 359 ff., 382, 387, 396, 402, 418 f., 431
Exekutive 27, 76 f., 88, 100, 211, 360, 367 f., 383, 399

Faschismus 70, 75, 85, 90, 92, 95 f., 101 f., 106, 110, 136, 211, 221, 223, 246 ff., 267, 280, 408, 410, 433 f.; *-forschung* 9 ff., 14 ff., 223, 433; *Sprache* 25, 226; *„von oben"* 16 f., 93 ff., 103, 106, 123, 207, 259 ff., 267 f., 275, 434, 436; *„von unten"* 17, 101 ff., 107, 260 f.; *Massenbewegung* 10, 15 ff., 25, 85, 89, 93, 95, 97, 101 ff., 106 ff., 112, 119, 121, 124, 201 ff., 207 f., 212, 214, 221, 223 ff., 228, 260 f., 268, 270 f., 275 ff., 279 ff., 289, 293 f., 332 f., 350, 433 ff.
Feudalisierung des Bürgertums 44 f., 49
Finanzkapital 10, 14 f., 44, 64, 72, 98, 208, 229
Flüchtlinge 18, 40, 51, 54 f., 222, 398, 425
Frankreich 46, 67, 242, 245 ff.
Freiberufler 40 f., 50 f., 57, 59 ff., 86, 98, 102, 136, 143 ff., 155, 166, 188 ff., 196, 201, 260, 269, 411, 435
Führer der Nation (Nemzetvezető, NV) 21, 73, 217, 327 ff., 332, 337, 343 f., 351 f., 356, 368, 371, 373, 375, 377 f., 382 ff., 391, 395 ff., 412, 415, 418, 423, 430
„Führungsvolk" 22, 243 ff., 250

Gebietsrevisionen 71, 114, 122, 131, 194, 198 f., 207, 250 f., 255, 268, 345
Geheimgesellschaften 84 f., 90, 252
Gendarmerie 50, 80, 97, 110, 134, 169, 258, 264, 276, 360, 364, 372 f., 385 ff., 390 f., 393 f., 397, 427
Gentry 45 ff., 54, 61 f., 64, 72, 82, 86 f., 95, 97, 99 f., 134, 158, 192
Gestapo 213 f., 285, 295 f., 385
Gewerkschaften 62, 81 f., 87, 91, 108, 168 f., 171 ff., 278, 288, 359, 412; *Mitgliederverfall* 173 ff.
Großbritannien 46, 197 f., 204, 211 f., 216, 245, 247, 250, 255, 289, 425, 433, 439
Großgrundbesitz 14, 30 ff., 36, 43 ff., 55, 61, 64, 66, 68 f., 72, 81, 83, 86, 88, 92, 98, 101 f., 124, 138, 145 f., 148, 150, 161, 172, 185, 188 f., 191, 196, 204 ff., 208, 232, 237, 269, 435
Großkapital 14 f., 42, 44 ff., 49 f., 57, 60 f., 65 f., 68 f., 83 f., 88, 101, 123, 185, 206, 227, 229 f., 269 f., 402 ff.
Großrat der NYKP 22, 266, 280, 288, 339, 341, 398
„Grünbuch" 217 ff.

Händler 29 f., 36, 39 f., 43, 48, 50, 59 ff., 123, 136 f., 139 ff., 144 f., 147, 155 f., 164, 177, 186, 189, 191, 196, 269, 411, 413
Handwerker 29 f., 36, 38 ff., 50, 53 f., 59 f., 136 f., 139 ff., 144 ff., 155 ff., 164 ff., 171 f., 186, 188 f., 191, 196, 269, 411 f.
Haushaltskrise 40 f., 49, 51 ff.
Heilige Krone 72 f., 234, 245, 250, 330
Heldenorden 83, 125
Herrenvolktheorie 239 f., 246 f., 249, 259 f., 264, 414, 417
Hitler-Stalin-Pakt 203 f.
Hochfinanz → Banken
Höherer SS- und Polizeiführer (HSSPF) 284 f., 388
Honoratiorenpartei 89, 91, 93, 95, 97, 101, 133, 142, 171, 186, 202, 268, 435
Horthy-Ära 11 f., 14 f., 17 f., 29, 32, 37, 41 f.,

51, 54, 62, 64, 68 f., 78 f., 98, 133, 148, 168, 186, 194 f., 346, 358, 385, 395
Horthy-System 13 ff., 17 f., 68, 80, 84 f., 87 ff., 97, 102, 174, 186, 192, 204, 225, 260, 271, 397, 413 f., 434; *Konsolidierung* 17, 62, 68, 71 f., 81 ff., 148
Hungarismus 18, 22, 25, 105, 113, 126, 194, 198, 204 f., 207, 217, 220 ff., 256, 258, 260, 262 ff., 271, 287, 293, 298, 341, 351 f., 354 f., 365, 373, 378, 384, 389, 391, 394, 400 ff., 406 f., 411, 415, 425, 435; *Bücher über den Hungarismus* 21 ff., 105 f., 222, 355, 382, 399 f.
Hungaristische Legion 391 f., 422
hungaristischer Staat 18, 205, 221, 230, 233 ff., 241, 243, 256, 311 ff., 335 f., 339, 350, 357, 366, 372 ff., 381, 384, 390, 395, 401, 417

Industrialisierung 11, 17, 43 ff., 48, 88, 90, 166, 186, 237, 433
Industrie 48, 60, 70 f., 92, 126, 166, 184, 206, 237, 388, 402 ff., 408; *Betriebsgrößen* 38 f., 165, 167 f., 237; *Erwerbstätige* 29 f., 37 ff., 59, 140, 142 f.; *Fabriken* 37, 71, 168, 179; *Löhne* 33; *Strukturwandel* 38, 168 f., 237
Inflation 35, 37, 45, 53, 71, 396, 400 f., 406 f.
Ingenieure 55 ff., 62, 98, 145, 177, 188, 190, 196, 269
Interessenpartei 157, 186
Italien 10 f., 70, 89, 102, 106, 210, 216 f., 245 ff., 254, 262, 272, 283, 299, 308, 407, 410, 418, 420, 433 ff., 438

Japan 247, 272, 308
Juden 12, 15, 19, 44 f., 48, 50, 57 ff., 67, 69, 83, 89, 100, 109, 123 f., 126, 156 ff., 163, 170, 182, 206 ff., 215 f., 228 ff., 235, 238 ff., 247, 249, 267, 275, 286 f., 295 f., 305, 316, 332 f., 359, 372, 387 f., 394, 396, 426 ff., 436; *Zahl* 58 f., 61; *Konversionen* 58, 63; *Erwerbsstruktur* 44 f., 57, 59 ff.; *Deportationen* 286 f., 295, 301, 426 ff., 432
„Judenfrage" 61, 91, 114, 119, 148, 229, 241 f., 278, 284, 427, 430
Judengesetze 62, 100, 126, 240 f., 268, 428; *NC-Gesetz* 61; *1. Judengesetz* 58, 62, 114, 438; *2. Judengesetz* 62, 123 f., 149, 207, 438
Judenpolitik Szálasis 240 ff., 321, 360, 426 ff.
Jugoslawien 70, 129, 277, 439

Kabinettskanzlei 300, 375, 377
KABSZ → Kameradschaftsbund der Ostfrontkämpfer
Kameradschaftsbund der Ostfrontkämpfer (Keleti Arcvonal Bajtársi Szövetsége, KABSZ) 292, 336 ff., 348
„Karpaten-Donau-Großheimat" (Kárpát-Duna-Nagy-Haza, KDNH) 222 f., 226, 230, 242 ff., 265, 271, 417, 425
KDNH → Karpaten-Donau-Großheimat
Kirchen 19, 44, 64, 74, 76, 108, 121, 124, 147, 174, 195, 228, 230 ff., 295, 297, 354, 411, 413
Kleinbürgertum 49, 110, 134, 154, 158, 164 f., 167, 202, 269, 275
Klein(st)grundbesitzer 30 ff., 46, 50, 54, 60, 136 ff., 144 ff., 152, 164 ff., 177, 188 f., 196, 200, 205 ff., 227, 236 ff., 240, 259, 269, 279, 332 f., 409, 411 f., 433
Kleinlandwirtepartei (Landespartei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter) 73, 79, 81, 85 f.
Kleinlandwirtepartei (Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger) 18, 81, 103, 116, 150 f., 153, 160 ff., 164, 206, 288, 347, 388
Koalitionsregierung 193, 291 f., 294, 296 f., 304, 307, 309, 321, 325, 334, 336, 342, 350
Kommunalarbeiter 39, 167, 186
Kommunisten 69, 80, 115 f., 170, 177 f., 184, 190, 202, 204, 206, 208, 218, 229 ff., 278, 316, 331, 350, 409, 411
freie Königswähler 64, 74, 88
Konnationalismus 22, 222 f., 244 ff., 266, 298 f., 304, 310, 414 f., 417
Konservative 66 ff., 76, 81, 83, 87 ff., 90 f., 94 ff., 101 f., 118, 123 f., 150, 192 f., 221, 224, 261, 283, 288, 347, 395 f., 436
Konterrevolution 66 ff., 84 f., 122 f.
Korporationen 82, 92, 120, 126, 169, 232, 236, 268, 313, 342, 409 ff., 413
Kriegswirtschaft 34, 180, 402, 404 f., 407, 409, 418, 426
Kroatien 10, 70, 421, 434
Kronrat 295, 337, 349, 351 f., 381, 384, 387, 396, 398, 400, 406, 409, 413, 416, 419

Lagersicherheitsdienst (Tábori Biztonsági Szolgálat) 386 f.
Landesaufbauamt *der NYKP* 21, 256, 277 f., 281, 313; *des Arbeitsstabs des NV* 21, 23, 206, 375, 379 ff., 404
Landesleiter für die Arbeitsordnung 24, 348, 375, 377 ff., 383, 397, 405
Landesrundfahrten 390, 397 ff., 405
Landesverteidigungsgesetz II/1939 77, 198, 203, 358
Landwirtschaft 28 ff., 59, 69, 126, 164, 179, 184, 236, 362, 398; *Arbeitslosigkeit* 32 f., 36, 90, 150; *Erwerbsbevölkerung* 29 f., 33 f., 37, 59, 137 f., 140; *Besitzverhältnisse* 27, 30, 205 f., 237; *Verschuldung* 35 f., 43, 47

LAP → Unsichtbarer Parteiaufbau
Lebensraum 22, 240, 242 ff., 248 f., 253, 272 f., 299, 411, 425
Legitimisten 65, 73 f., 88, 197
Lehrer 41, 50, 54 ff., 86, 146 f., 188 ff., 196, 268, 332, 411
Leiter der Zivilverwaltung der Operationsgebiete 361 f., 365, 374, 397, 405
Liberale/Liberalismus 18, 46 f., 63, 70, 87, 89, 154 ff., 227 ff., 234 ff., 247, 271, 293, 331, 347, 350, 370, 410, 433 f.
Lumpengarde 122, 199 f.
Lumpenproletariat 134, 165, 183 f., 260, 332 f.

Machtergreifung 18, 22 f., 25, 105, 109 f., 114, 116, 119, 124, 128, 133, 180, 182 f., 201 f., 208, 211 f., 217, 221 f., 248, 256 f., 259 f., 266, 272, 277 f., 281 f., 291, 301, 303 ff., 309 ff., 313 ff., 323, 328 f., 331 ff., 337, 339, 342 f., 349 ff., 355, 358 ff., 368, 370, 376, 389, 399, 407, 409, 413 f., 418, 425 ff., 434 f., 439
Madagaskar 242
„Magyarság" 128, 151, 214 f., 231, 264, 272 f., 275, 277
Manfred-Weiss-Werke 44, 296
Marktgesetze 47, 61, 235
Massenintegrationspartei 157, 183 ff., 279, 340, 435
Massenpartei 93, 95 f., 101, 107, 169 f., 202 f., 236, 260, 268, 270 f., 276, 279, 292, 304, 329, 338 ff., 410, 426 ff., 435 ff.; → Faschismus, *Massenbewegung*
MÉM → Bewegung des Ungarischen Lebens
Mentalität 10, 28, 39, 43 f., 47 ff., 54, 92, 168, 184, 194, 370, 435
MÉP → Partei des Ungarischen Lebens
Militärkanzlei 106, 301, 375
Minister(ien) 42, 48 f., 54, 91, 97, 193, 254, 312, 322, 333 f., 352 f., 358, 361 ff., 368 f., 371, 375 f., 378, 381 ff., 387, 395 ff., 405
Mittelklasse 49 f., 57, 61, 66 ff., 83, 89, 92, 115, 121, 154, 158, 164, 169, 201 f., 207, 238, 254, 269, 409
Mittelstand *alter* 39 f., 50, 136 ff., 141 ff., 145 ff., 158, 191, 196, 269; *neuer* 40, 50, 136 ff., 143, 147, 191, 196, 269
MMP → Partei der Ungarischen Erneuerung
MNSZP → Ungarische Nationalsozialistische Partei
MNSZP-HM → Ungarische Nationalsozialistische Partei – Hungaristische Bewegung
Modernisierung(stheorie) 10 f., 13, 17, 27, 37, 45, 81, 90, 92, 186, 236, 435
„moral economy" 235 f., 248
MSZDP → Sozialdemokratische Partei
Münchener Abkommen 71, 122

Nador 311 ff., 314, 325, 327, 329, 415
NAP → Partei des Willens der Nation
Nation 11, 27, 72, 186, 205, 224 f., 227 ff., 240, 242 ff., 246 ff., 249, 251, 254, 258, 287 f., 298, 305, 307, 309 f., 312, 315 f., 318, 323, 327, 332, 335, 341 f., 347, 349, 367, 372, 386 f., 389 f., 394, 402 ff., 407, 409, 411 f., 426, 430
Nationalbund (Nemzeti Szövetség) 307 ff., 321, 336, 342, 344 ff., 348 ff., 376, 393, 400, 425
Nationaldienst (Fegyveres Nemzetszolgálat) 385, 391 ff.
Nationale Bauern- und Arbeiterpartei (Nemzeti Földmíves és Munkáspárt; Matolcsy) 116 f.
Nationale Front (Nemzeti Front; Salló) 113, 121, 154, 160, 177
Nationales Rechenschaftskommando (Nemzeti Számonkérö Szervezet/Különitmény) 387 f.
Nationalitäten 61, 185, 190, 193 f., 226, 242 ff., 249 ff., 256, 266, 312 f., 415 f.
nationalpolitische Ämter 348, 358, 365, 375 ff., 425
Nationalsoziale Volkspartei (Nemzeti Szociális Néppárt) 123
Nationalsozialismus 76, 101 f., 104, 170, 172, 184, 192, 197, 204, 206, 210 ff., 225 ff., 231 ff., 238, 240, 244, 246 ff., 253 ff., 258 ff., 262, 264 f., 275, 287 f., 306, 339, 341, 350, 395, 407, 410, 414, 417, 422, 425
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 107 f., 118, 185, 200, 209, 212 ff., 219, 262, 294, 332, 378; *Außenpolitisches Amt* 200, 213, 263
Nationalsozialistische Partei (Nemzeti Szocialista Párt; Balogh) 113, 121
Nationalsozialistische Ungarische Partei – Hungaristische Bewegung (Nemzeti Szocialista Magyar Párt – Hungarista Mozgalom, NSZMP-HM; Szálasi, Hubay) 117 ff., 127, 440
Nationalversammlung 70 f., 73 f., 76, 78 f., 80 f., 85, 437
„Nationalwirtschaft" 126, 206, 227 f., 233 f., 236 f., 402 ff.
NEP → Partei der Nationalen Einheit
politische Neutralisierung 72, 80 ff., 89, 96, 103 f., 148, 174
NS-Einheitspartei 24, 108, 112 f., 119, 127, 187, 201, 208, 220, 258 ff., 262 ff., 267 ff., 289 ff., 307, 336 ff., 350 ff.
NS-Europagemeinschaft → Konnationalismus
NS-Parteien 68, 101, 104 f., 107 ff., 112 f., 120 f., 151 ff., 165, 170, 172, 187 ff., 201, 207 ff., 216, 220, 252, 255, 267, 337, 349

NSZMP-HM → Nationalsozialistische Ungarische Partei – Hungaristische Bewegung
NV → Führer der Nation
NYKP → Pfeilkreuzpartei

Obergespane 78, 83, 93 f., 150, 172, 264, 331, 358 f., 363, 366, 370, 387, 397
Oberhaus 58, 74, 76, 92, 149, 268, 309, 318, 320, 325 ff., 342 ff., 349, 399, 412 f.
Oberster Kriegsherr 74, 306, 314 f., 329, 399, 421, 423 f.
Öffentlicher Dienst → Beamtenschaft
Offiziere 42, 48, 50, 52 ff., 57, 66 ff., 73, 82 ff., 91, 93, 98, 101 ff., 107, 110, 125, 146 f., 158, 180, 188 ff., 193 ff., 201, 221, 260, 269, 286, 295, 300, 316, 318 f., 331, 370 f., 391, 393 f., 421, 424, 434 f.
Organisation für Parteiordnung und Parteiverteidigung 122, 125
Österreich 70, 73, 114 ff., 185, 201, 210, 425, 434, 438
„out-group" 101 f., 191 ff., 197, 201, 436

Parlament → Abgeordnetenhaus, Nationalversammlung, Oberhaus
Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung 81
Partei der Nationalen Einheit (Nemzeti Egység Pártja, NEP) 16, 65, 68, 79, 90 f., 93 ff., 97 f., 103 f., 112 ff., 121 ff., 148, 197, 438; *Alters- und Sozialstruktur* 98 f., 192
Partei der Ungarischen Erneuerung (Magyar Megújulás Pártja, MMP) 16, 193, 267 ff., 274 ff., 287, 289, 291 f., 297, 301, 307, 321, 336 ff., 344, 349, 352 f., 355
Partei des Ungarischen Lebens (Magyar Élet Pártja, MÉP) 148 ff., 178, 187 ff., 202, 207, 220, 252, 260, 263, 266 ff., 274 f., 286 f., 292 f., 297, 301, 304, 321, 336, 342, 349, 395
Partei des Willens der Nation (Nemzet Akaratának Pártja, NAP) 102, 104 ff., 112, 115 f., 209, 241, 340 f., 440; *soziale Basis* 110; *Mitglieder* 127; *Finanzierung* 209
Parteiaufbauleiter (NYKP) 262, 282, 337, 353, 366, 368, 389 f., 392, 429
Parteibeauftragte 357 f., 365 ff., 396, 403 ff., 428
Parteidienst der NYKP (Pártszolgálat) 304, 357 f., 362, 385, 389 ff., 394 f.
Parteienbündnis 24, 291 ff., 300, 351
Parteiensystem 27, 48, 79, 87, 96
Parteienverbot 80, 82, 109 f., 115 f., 120, 124 f., 257, 268, 293, 301, 305, 307, 335 f.
Pfarrer 54, 86, 108, 136, 188 f., 196, 232, 268 f., 341, 418
Pfeilkreuz 25, 209, 225
Pfeilkreuzlerpresse 22, 109, 122, 128, 151 f., 170 f., 256, 333, 407, 413
Pfeilkreuzpartei (Nyilaskeresztes Párt, NYKP) 25, 125 f., 224, 241, 256, 440; *Sozialstruktur* 183, 185, 201 ff., 332; *der Ortsgruppenleiter* 17, 134 ff., 173, 187, 191; *der Kreisleiter* 132, 144 ff.; *der Komitatsleiter* 133; *der Abgeordneten* 17, 187 ff.; *der Wähler* 17, 132, 147, 153 ff., 173; *Altersstruktur* 149 f., 192; *Mitgliederzahlen* 17, 126, 128 ff., 134, 276, 280 f., 339 ff.; *regionale Entwicklung* 130 ff., 135; *Jugendorganisation* 131, 374 f., 397; *Parteiprogramm* 126, 205 f., 222, 354 f.; *Wahlen 1939* 151 ff., 177, 207 f., 217 ff.; *Finanzierung* 208 ff.; *Sozial- und Wirtschaftspolitik* 170 ff., 401 ff., 409 ff.; *Bergarbeiterstreik 1940* 177 ff.; *radikaler Parteiflügel* 112, 114, 121 f., 124 f., 152, 183 f., 201 ff., 254, 256 f., 260, 276 f., 279, 282; *interne Spannungen* 203 ff., 435; *Niedergang* 18, 203 ff., 250 ff., 258, 267 ff., 274 ff., 340; *Fusion mit MNSZP* 258 ff., 262 ff., 270; *Verhandlungen mit MMP* 270 ff.; *im Vorfeld der Machtergreifung* 283 ff., 302 ff.; *Sonderstatus* 18, 335 ff., 344 ff., 349, 360, 366 ff., 375 ff., 385 ff., 395, 402 f.
„Plan zum Wiederaufbau des Landes" 323 f., 342, 349 f., 401 f., 426 f.
Polen 10, 70, 266, 421
politische Elite 17, 27, 43 f., 46, 64 ff., 68, 72, 76, 80 f., 85, 87, 94, 97, 99 ff., 104, 186, 222 f., 229, 231, 239, 242, 254, 376, 395, 434, 436; *Spaltung* 66, 68, 90, 96 f.; → Szegediner Rechte; Rechtsradikalismus, *„neue Rechte"*
Polizei 16, 50, 77 f., 80, 97, 103, 108, 110, 115, 118, 121, 125, 134, 136, 167, 169, 182, 197, 202 f., 208, 213, 252, 256, 258, 264, 269, 276, 279 f., 284, 321, 336, 360, 362, 364, 367, 385 f., 389 ff., 393, 428, 431
Pressezensur 80, 121, 180, 203
Propaganda 20, 22, 61, 63, 69, 91 ff., 102, 105, 108, 110, 117, 119 ff., 152, 170, 178 ff., 185, 200, 210, 215, 222, 224 f., 235, 260, 268, 279 f., 294 f., 302, 345, 353, 360, 371, 395, 397, 402 ff., 407 f., 419, 435
Provisorische Nationalregierung 329, 343, 366, 439
Putsch 18, 115, 118, 183, 210, 254, 257, 279, 295, 303 f., 306, 310, 315, 322, 324, 435, 439

Rassenschützler – Sozialistische Partei (Fajvédö Szocialista Párt) 112
Rassenschutzpartei (Fajvédö Párt; offiziell Ungarische Nationale Unabhängigkeitspartei) 88 ff., 102, 163

Rassismus 61, 119, 239 ff., 246 ff., 260, 264 f., 417, 427
Räterepublik 13, 17, 62 f., 66 ff., 69, 72 f., 80, 82 f., 93, 164, 173, 231, 437
Rechenschaftsamt 21, 372, 379, 381 f., 393, 396, 404
Rechtanawälte 51, 60, 62, 86, 98, 136, 143 ff., 156, 188 ff., 196
Rechtsradikalismus 54, 57, 66 ff., 71 f., 82 f., 85, 88 ff., 96 f., 103 f., 115, 148, 150, 177, 188 f., 193 f., 196 ff., 254 f., 271, 309, 435; *Typologie* 17, 101, 103 f.; *„alte Rechte"* → Konservative; *„neue Rechte"* 17, 68, 90 f., 95 ff., 101 f., 104, 122, 163, 188, 191 f., 193, 221, 263, 268, 436; *revolutionäre Rechte* 96, 101 f., 190 f., 194, 331; → Szegediner Rechte, Rassenschutzpartei
Regentschaftsrat (kormányzótanács) 314, 322 f., 326, 353
Regierungskommissare 288, 331, 334, 338 f., 356 ff., 368, 371, 376, 380, 394, 399, 412, 419, 428
Regierungspartei 48, 64 f., 75, 79 ff., 84 ff., 92, 101, 434; *1922–1932* → Einheitspartei; *1932–1939* → Partei der Nationalen Einheit; *1939–1944/45* → Partei des Ungarischen Lebens
Regierungssitze 376
Reichsbevollmächtigter 284 f., 290 f., 415
Reichsrat (országtanács) 314, 323, 325 ff.
Reichsverweser 72 ff., 83, 100, 106 f., 257, 286, 306, 309, 312, 314, 316, 318 ff., 322, 325 ff., 329, 434, 437
Reichsverweser-Stellvertreter 75, 279, 329
Revisionismus 54, 69 f., 83, 88, 90, 96, 117, 122, 126, 194 f., 201, 221, 435
Rote Armee 222, 299 ff., 308, 316, 329, 333 f., 351, 356 f., 359, 361, 364, 366, 392, 428, 430 f., 439
Rumänien 9 f., 70, 73, 116, 182, 201 f., 217, 243, 245, 260, 277, 299 f., 302 ff., 420, 434, 439

Schwarze Front 122, 125
SD (Sicherheitsdienst) 19, 24, 180, 182, 185, 252 f., 255, 262, 264, 270, 273, 287, 316, 324, 329, 331, 336, 344, 370, 388, 403 f., 409, 419, 421
Sensenkreuzler 107, 213
Siebenbürgische Partei 336, 344
Sowjetunion 69, 97, 245, 266, 272, 277, 299, 301, 308, 351, 388, 421, 425, 439
Sozialdemokratische Partei (Magyarországi Szociáldemokrata Párt, MSZDP) 18, 63, 68, 81 f., 92, 121, 125, 134, 151, 153 ff., 169 ff., 174, 177 f., 185, 198, 206, 278, 288, 347
„Sozialnationale" 230, 232 ff., 243, 247, 411
Spanien 185, 246, 434
SS 18 f., 183, 213 ff., 220, 259 f., 264, 267, 271, 273, 280, 284 f., 290 f., 295 ff., 302, 306, 310, 315 f., 333, 356, 359, 364 f., 391, 393, 414, 417, 419, 421 ff., 429, 431, 439
Staatsführungsstab 313, 365, 375, 383
Ständegesellschaft 27, 42 f., 46 f., 49, 92, 235 f., 433 f.
Südamerika 242, 299
Südosteuropa 9 ff., 55, 182, 211, 239, 243, 246, 249, 254, 263 f., 272, 291, 299 f., 306, 364, 425
Szálasi-Kabinett 193, 318, 321, 336
Szálasi-Regime 15 ff., 20 f., 133, 191, 193, 311 passim; *Herrschaftsstruktur* 18, 356 ff., 366 ff., 375 ff., 385 ff., 394 ff.
„Szálasi-Tagebuch" 20 ff., 103, 105 ff., 118, 129, 242, 253, 260, 263 f., 270, 280, 287, 292, 298, 310, 314, 375, 422
„Szegedi gondolat" 67, 75, 267, 293
Szegediner Rechte 66 ff., 74 f., 82 ff., 88 ff., 267

Tagelöhner 39, 53, 56, 59, 140, 167, 170 f., 184, 186, 276
Titel 42 f., 45, 50, 401 f.
Tschechoslowakei 70, 114, 122, 131, 148, 199

Übergangsgesellschaft 10 f., 27, 42 f., 184, 186, 433 ff.
Ungarische Erneuerung – Nationalsozialistisches Parteienbündnis (Magyar Megújulás Nemzeti Szocialista Pártszövetség) 266, 273, 275, 279, 292
Ungarische Nationalsozialistische Bauern- und Arbeiterpartei, Ungarische Pfeilkreuzpartei (Meskó) 187, 206
Ungarische Nationalsozialistische Partei (Magyar Nemzeti Szocialista Párt, MNSZP; Festetics) 113, 119, 121, 127, 213
Ungarische Nationalsozialistische Partei (MNSZP; Pálffy), 183, 258 ff., 262 ff., 267, 272 ff., 276, 278, 286 f., 289, 292, 295, 297 f., 301, 321, 336 ff., 344, 348 f., 424
Ungarische Nationalsozialistische Partei (MNSZP; Szálasi) 112 ff., 117, 151, 440
Ungarische Nationalsozialistische Partei – Hungaristische Bewegung (Magyar Nemzeti Szocialista Párt – Hungarista Mozgalom, MNSZP-HM; Szálasi, Hubay) 119 ff., 124 f., 148, 152, 177, 197, 199, 201, 214 ff., 440; *Mitglieder* 127 f.
Ungarndeutsche 18 f., 61, 150, 156, 193, 195, 210, 218, 243, 253, 255, 264 ff., 271, 415 ff., 421
Universitäten 54 ff., 62, 76

Unsichtbarer Parteiaufbau (Láthatlan Pártépítés, LAP) 281 f., 379
Unternehmen Margarethe → Besetzung Ungarns März 1944
Unternehmen Panzerfaust 18, 283, 302 f., 310, 315 ff., 319
Unternehmer 42 ff., 46 ff., 57, 60 f., 64 ff., 83, 98, 124, 136 f., 140, 143 ff., 156, 158, 174, 188 f., 196, 208, 269 f.
Urbanisierung 29, 37, 58 f.
USA 10, 32, 34, 247, 425, 433, 439

Vaterländische Front 123
Vereinigte Christliche Partei (Egyesült Kereszténypárt) 117, 153 f., 158 f., 162
Vereinigte Nationalsozialistische Partei (Egyesült Nemzeti Szocialista Párt; Pálffy) 113, 121, 160, 258
Vereinigte Ungarische Nationalsozialistische Partei, Pfeilkreuzler-Front (Baky, Pálffy) 187, 259
Verordnung 3400/1938 121, 139, 189, 204, 255, 338
Versorgungsprobleme 18, 179, 182, 222, 279, 360, 398, 402
Verstaatlichung 126, 402 ff., 411
Vertrag von Trianon 40, 51, 61, 64, 68 ff., 83, 88, 96, 117, 126, 186, 194 f., 244, 250, 253, 272, 425, 437
Völkerbund 71, 122, 247, 437 f.
Völkischer Beobachter 108, 413 f., 419
Volksbund der Deutschen in Ungarn 194, 250, 253, 264 ff., 349, 415 ff.
Volksdeutsche Mittelstelle 253, 266, 416
Volksgemeinschaft 92, 186, 206, 230, 232 ff., 239 f., 244, 248
Volksgerichtsprozesse 1945/46 20, 23, 128, 309, 319, 322
Volksgruppengesetzentwurf 250 ff., 259, 266
Volkswillenspartei (Nép Akarat Pártja; Csoór) 104, 160, 187
Volkszählungen 28, 39, 58, 60, 139, 266; *1930* 28, 38 ff., 60, 165; *1941* 28, 37, 40, 139 ff.

Waffenstillstand(sverhandlungen) 97, 300 ff., 303, 305 ff., 315 f., 321, 324, 351, 356, 388, 439
Wahlen 202, 279, 312, 345; *1920* 81; *1922* 99; *1926* 99; *1931* 97 f., 438; *1935* 91, 97 ff., 104, 149, 438; *1939* 97 ff., 126, 147 ff., 173, 187, 192, 203, 217, 220, 253, 267, 438
Wahlrecht 27, 74, 79 f., 90, 96, 123, 381, 435; *1919* 78 f.; *1922* 79; *1925* 79; *1938* 79, 149 ff.
Weltkrieg *Erster* 32, 34, 36 ff., 40, 44 f., 48, 52, 54, 62 f., 66, 71 f., 78, 82, 103, 108, 149, 168, 194, 227, 238, 241; *Zweiter* 11, 34, 37, 40, 68, 80, 97, 100, 131, 168, 198, 203, 205, 212, 222 f., 225, 247, 278 f., 282, 291, 300, 310, 323, 341, 358, 399, 402, 408, 416, 435 f.
Weltwirtschhaftskrise 10, 33, 35 ff., 39, 41, 45, 54, 56, 62, 66, 68, 77, 89 f., 92, 100 f., 169, 174 f.
Westalliierte 16, 69, 97, 283, 301, 439
Wien 208, 210, 213 f., 218 f., 246, 420, 429
Wiener Schiedsspruch *Erster* 71, 122, 131, 438; *Zweiter* 201, 246, 250, 254 f., 263 ff., 299, 414, 416 f., 422, 439

Studien zur Zeitgeschichte

Band 25
Gerhard Hirschfeld
Fremdherrschaft und Kollaboration
Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940 – 1945
1984. 380 Seiten

Band 26
Leonid Luks
Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie
Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921 – 1935
1984. 330 Seiten

Band 27
Heinz Dieter Hölsken
Die V-Waffen
Entstehung – Propaganda – Kriegseinsatz
1984. 220 Seiten

Band 28
Patrick Moreau
Nationalsozialismus von links
Die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die „Schwarze Front" 1930 – 1935
1985. 280 Seiten

Band 29
Marie-Luise Recker
Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg
1985. 325 Seiten

Band 30
Michael Prinz
Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen
Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit
1986. 362 Seiten

Band 31
Wolfgang Zank
Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945 – 1949
Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands
1987. 214 Seiten

Band 32
Klaus Segbers
Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg
Die Mobilisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft im „Großen Vaterländischen Krieg" 1941 – 1943
1987. 314 Seiten

Band 33
Peter Longerich
Propagandisten im Krieg
Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop
1987. 356 Seiten

Band 34
Kai-Uwe Merz
Kalter Krieg und antikommunistischer Widerstand
Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948 – 1959
1987. 264 Seiten